

**Katholische Universität Eichstätt – Ingolstadt
Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät**

***Armeen Rußlands und Deutschlands im 1. Weltkrieg und in
den Revolutionen von 1917 und 1918.
Ein Vergleich***

(Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Geschichts- und
Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt)

Vorgelegt von: Gytis Gudaitis, Rosental 1, 85072 Eichstätt

Wintersemester 2004

Inhaltsverzeichnis

Einführung.....	3
Teil 1: Die Russische Streitmacht im 1. Weltkrieg und in der Revolution von 1917:	
Kap. 1. <i>Der Ausbruch des Weltkrieges und die Rolle der Monarchien.....</i>	18
Kap. 2. <i>Die Schlacht an der Marne. Zusammenbruch des Blitzkrieges im Westen.....</i>	29
Kap.3. <i>Der russische strategische Aufmarschplan.....</i>	40
Kap. 4. <i>Die Entwicklung an der Ostfront 1914 und das Scheitern russischer Hoffnungen auf einen schnellen Sieg.....</i>	51
Kap.5. <i>Die gesellschaftliche Stimmung in Rußland im ersten Kriegsjahr.....</i>	67
Kap. 6. <i>Militärische Niederlagen 1915. Anfänge des Aufkommens einer revolutionären Stimmung in Rußland.....</i>	78
Kap. 7. <i>Veränderte Verwaltungsstrukturen des russischen Staatswesens. Widererstarren des russischen Militärpotentials und Brusilovoffensive.....</i>	101
Kap. 8. <i>Die innenpolitische Lage in Rußland 1916. Die Paralyse der Regierung am Vorabend der Februarrevolution.....</i>	118
Kap. 9. <i>Die Rolle der Streitmacht in der Februarrevolution.....</i>	149
Kap.10. <i>Die Provisorische Regierung und Beginn des Zerfalls des russischen Reiches.....</i>	181
Kap. 11. <i>Der Zerfall der russischen Frontarmeen.....</i>	198
Kap. 12. <i>Die Voraussetzungen für den Sieg der Bolschewiki. Lenin.....</i>	214
Kap. 13. <i>Die Kerenskijoffensive und der Staatsstreich der Bolschewiki im Juli 1917.....</i>	235
Kap. 14. <i>Der Kornilowputsch und der endgültige Zerfall der russischen Streitmacht.....</i>	255
Kap. 15. <i>Der Staatsstreich der Bolschewiki.....</i>	276
Teil 2.: Die Deutsche Streitmacht im 1. Weltkrieg und während der Novemberrevolution:	
Kap. 1. <i>Die Auswirkungen des Krieges auf die deutsche Innenpolitik. Die III. OHL.....</i>	286
Kap. 2. <i>Die „Diktatur Ludendorffs“.....</i>	303
Kap.3. <i>Kriegsziele des Deutschen Reiches. Der Kriegseintritt der USA und der Friedensvertrag von Brest-Litowsk.....</i>	322
Kap. 4. <i>Die Entscheidungsoffensive an der Westfront und die Überspannung der Kräfte.....</i>	335
Kap. 5. <i>Die Gegenoffensiven der Entente und der Zusammenbruch im Westen. Das „Bündnis“ des kaiserlichen Deutschland mit den Bolschewiki.....</i>	347
Kap. 6. <i>Der 29. September und die „Revolution von oben“.....</i>	364
Kap. 7. <i>Der Staatsumbau und der Notenaustausch mit Wilson. Ludendorffs Rücktritt.....</i>	387
Kap. 8. <i>Das Heranwachsen einer revolutionären Situation in Deutschland und die Abdankungsfrage.....</i>	412
Kap. 9. <i>Ausbruch der Matrosenmeuterei in Kiel. Ausbruch der Revolution in Berlin.....</i>	425
Kap. 10. <i>Ausbreitung der Meuterei in Deutschland und Maßnahmen der Militärbehörden.....</i>	444
Kap.11. <i>Entstehung der Regierung der Volksbeauftragten und die Position der Armee.....</i>	476
Kap.12. <i>Die Rolle der OHL während der Rückführung des Frontheeres in die Heimat.....</i>	492
Kap.13. <i>Die inneren Zusammenhänge des preußischen Heeres.....</i>	514
Kap. 14. <i>Zusammenbruch des Heeres im Dezember 1918. Weihnachtskrise.....</i>	537
Kap. 15. <i>Entscheidung im Januar.....</i>	559
<i>Quellen- und Literaturverzeichnis.....</i>	579

Einführung

Der 1. Weltkrieg zählt wohl anerkanntermaßen zu den zentralen Ereignissen der Weltgeschichte. George Kennan, amerikanischer Botschafter in Moskau und ein scharfsinniger Beobachter, brachte es auf dem Punkt, als er Anfang der 80er Jahre diesen Krieg als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnete¹. Allein schon seine Ausmaße sprengen die Vorstellungskraft, übertreffen sowohl qualitativ als auch quantitativ die aller vorherigen militärischen Auseinandersetzungen. In die Kampfhandlungen zwischen 1914 und 1918 waren erstmals Massenheere involviert, die im Prinzip die gesamte dienstpflichtige Bevölkerung der betroffenen Staaten umfaßte. In Deutschland wie auch in Rußland wurden in den verschiedenen Phasen dieses Krieges insgesamt je ca. 10 Mio. Einwohner einberufen. In Frankreich, Großbritannien und Österreich-Ungarn war der prozentuale Anteil der Einberufenen an der Gesamtbevölkerung etwa gleich groß wie in Deutschland.

Noch größere Bedeutung besitzt der 1. Weltkrieg hinsichtlich seiner langfristigen Konsequenzen. Er brachte das Ende für die drei größten europäischen Monarchien und begünstigte das Entstehen von Nationalstaaten in Mittel- und Südosteuropa. Damit wurde der historische Entwicklungsweg Europas beendet und eine faktische Teilung des Kontinents mit weltgeschichtlichen Konsequenzen vollzogen. Es ist in der Fachliteratur mehrfach darauf hingewiesen worden, daß dieser Konflikt die Weichen für das gesamte 20. Jahrhundert gestellt hat. So war die nationalsozialistische Entwicklung Deutschlands genauso in den Resultaten des 1. Weltkrieges und der Novemberrevolution verwurzelt wie auch die spätere folgenschwere Außenpolitik des III. Reiches. Desweiteren war er für die Entstehung des ersten totalitären Regimes in Rußland direkt mitverantwortlich.

1917 wurde das Zarenreich von einer Revolution erschüttert, die nicht nur zum Sturz des seit Jahrhunderten bestehenden Regimes und furchtbaren Umwälzungen in Rußland selbst führte, sondern auch den Verlauf der gesamten Weltgeschichte entscheidend verändern sollte. Interessanterweise waren die zeitgenössischen Politiker Westeuropas davon überzeugt, daß die Ereignisse in Rußland für Europa keine schwerwiegenden Folgen haben würden. Das lag daran, daß in der Endphase des Weltkrieges die USA anstelle des Zarenreiches in den Krieg eingetreten waren und Rußland für den Westen schon immer an der Grenze der zivilisierten Welt lag. Die russische Revolution erfolgte zudem inmitten eines verheerenden Krieges, als Europa von eigenen Problemen vollkommen in Anspruch genommen wurde. Es kam jedoch anders: ihre Auswirkungen waren nach nur wenigen Jahrzehnten und für den Rest des Jahrhunderts bis in die entlegensten Winkel der Erde zu spüren. Man kann behaupten, daß die russische Revolution von 1917 das wohl bedeutendste und folgenschwerste Ereignis des 20. Jahrhunderts war, sowohl was die politischen Auswirkungen betrifft als auch im Hinblick auf die erschreckend hohe Opferzahl, welche die Etablierung des kommunistischen Systems zur Folge hatte². Die Nachwirkungen der russischen Revolution sind selbst nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in den 90er Jahren nicht gänzlich überwunden und machen die Integration der neuen Mitgliedsstaaten der EU nicht gerade unproblematisch.

¹ Kennan, G., *Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875 bis 1890*, Frankfurt a. M. – Berlin – Wien 1981, S. 12.

² Courtois, S., *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München 1998.

Ereignisse von einer solchen Größenordnung wie die russische Revolution haben weder einen deutlich erkennbaren Anfang noch ein solches Ende. Es gibt bis heute keine allgemein akzeptierte Methode zur Bestimmung der Zeitspanne, die die russische Revolution umfaßt. Die Teilung der russischen Revolution in Perioden wurde zumindest bis zum Zusammenbruch des Kommunismus auf der Welt verschieden gehandhabt und hing maßgeblich von der jeweiligen Ideologie ab. Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß sie nicht erst mit dem Zusammenbruch der Monarchie im Februar 1917 begann, und daß sie mit dem Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg drei Jahre später nicht beendet war. Die revolutionäre Bewegung wurde bereits in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts zu einem festen Bestandteil der zaristischen Innenpolitik. Die erste Phase der russischen Revolution im engeren Sinne (die der konstitutionellen Phase der französischen Revolution von 1789-1792 entspricht) begann mit den Studentenunruhen von 1899 und gipfelte in den gewalttätigen Ereignissen der Jahre 1905-1906. Dieser Ausbruch der Unzufriedenheit wurde von der Monarchie durch eine Kombination aus Unterdrückungsmaßnahmen und Zugeständnissen unter Kontrolle gebracht. Doch nach einer Unterbrechung von 12 Jahren brachen die Gewalttätigkeiten im Februar 1917 in noch größerem Ausmaß aus und gipfelten im Staatsstreich der Bolschewiki im Oktober 1917. Der Machtergreifung der Bolschewiki folgte ein dreijähriger Bürgerkrieg, doch war die Revolution trotz unvorstellbarer Opfer auch damit noch nicht beendet. Sie wurde 1927 von J. Stalin wieder aufgenommen und nach furchtbaren Umwälzungen die noch einmal Millionen Menschenleben forderten, erst mit dem Tod des Diktators 1953 zum Abschluß gebracht. Die Geschichtsschreibung geht heute davon aus, daß die russische Revolution ein ganzes Jahrhundert für sich in Anspruch genommen hat. Hauptsächlich hing dies damit zusammen, daß die Revolutionäre, die im Oktober 1917 die Macht an sich rissen, extreme Ansichten vertraten und entschlossen waren der Bevölkerung ihr Programm mit fanatischer Hartnäckigkeit aufzuzwingen.

Es besteht kein Mangel an Darstellungen der russischen Revolution, doch diese konzentrieren sich fast alle ausschließlich auf die politischen Kämpfe um die Macht. Aus der historischen Perspektive betrachtet, war jedoch die revolutionäre Bewegung in der Endphase des Zarenreiches weit mehr als nur ein Kampf in einem Land. Die sozialistischen Intellektuellen, die 1917 der Monarchie die politische Macht entrisen haben, wollten nicht weniger, als die „Welt umstürzen“. Sie strebten nach einem vollkommen neuen Entwurf vom Staat, Gesellschaft und Kultur, mit dem Endzweck einen „neuen Menschen“ zu erschaffen. In dieser Hinsicht bestehen zwischen ihnen und den deutschen Nationalsozialisten recht große Ähnlichkeiten, obwohl der Nationalsozialismus sich als Gegenpol zum sowjetischen Kommunismus verstand¹. Die Schwierigkeiten einen so breiten Gegenstand wie die russische Revolution zu erfassen sind enorm. Es liegt nicht allein an der immensen Fülle des zur Verfügung stehenden Materials, sondern auch daran, daß diese Revolution, genauso wie die Revolution in Frankreich, vor allem durch die aufgeworfenen existentiellen Glaubensfragen, die Menschheit bis zum heutigen Tag in unversöhnliche Befürworter und Gegner spaltet. Ob es richtig ist, zugunsten der angeblich idealen Systeme Institutionen zu zerstören, die sich im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet haben. - Ob man das Recht hat, im Interesse der noch ungeborenen Generationen das Wohlergehen und sogar das Leben der eigenen Generation zu opfern. - Ob der Mensch durch Gewaltanwendung

¹ **Trozkij, L.,** *Literatur und Revolution*, Berlin 1967, S. 213f.

umgeformt werden kann. - Vor kurzem haben einige französische Historiker ein Ende der Debatte über die Beurteilung der französischen Revolution gefordert und erklärt, diese sei „beendet“. Doch die Diskussion über ein Ereignis, das derart fundamentale und philosophische Fragen aufwirft kann niemals beendet sein.

Ein anderes Problem, welches die Erforschung der russischen Revolution erschwert liegt in der Tatsache, daß sie bis vor kurzem ein fester Bestandteil unserer eigenen Zeit war. Die Sowjetregierung, welche den Löwenanteil des Quellenmaterials unter Verschuß hielt, bezog ihre Legitimität aus der „Oktoberrevolution“ und versuchte diese in einer Weise darzustellen, die für sie ideologisch vorteilhaft war. Indem sie im Verlauf der Jahrzehnte ein ideologisiertes und einseitiges Bild der Revolution geformt hat ist es ihr nicht nur gelungen festzulegen, wie die Ereignisse bearbeitet wurden, sondern auch welche behandelt werden und welche unbehandelt bleiben sollten. Erfolge des Zarismus auf dem Gebiet der Landesverteidigung während der zweiten Hälfte des Krieges, gesellschaftliche Veränderungen und die strategische Lage Rußlands, welche die Revolution von 1917 überflüssig machten, schließlich die überwältigende Ablehnung der Bolschewiki durch die absolute Mehrheit der Bevölkerung und die verschwörerische Art der Machtergreifung im Oktober 1917 sind nur einige Beispiele für letztere.

Die wichtigste Kraft, die den Verlauf der russischen Revolution 1917 bestimmte, war die Armee. Obwohl diese Revolution in der Fachliteratur des öfteren als Volksauflehnung gegen den „Zarismus“ dargestellt wird, ist sie in Wahrheit - zumindest in der Anfangsphase - nichts anderes gewesen als die Meuterei des sog. „Heimatheeres“ in Verbindung mit haarsträubenden Verfehlungen der Heeresleitung sowie deren Unfähigkeit, die Situation zu beherrschen. Es waren nicht die Streiks der Arbeiter oder die Demonstrationen, sondern einzig und allein die Meuterei der Petrograder Garnison, die zum Sturz der Monarchie im Februar 1917 führte. Die explosive Stimmung am Vorabend der Februarrevolution war nicht auf die Unzufriedenheit der „Massen“ zurückzuführen. Sie entstand in den Reihen für die Front bestimmter Reservisten, die aus unerklärlichen Gründen von der Militärverwaltung zu Hunderttausenden in den Zentren des Zarenreiches einquartiert waren und die angesichts des relativ unbeschwerten Lebens der städtischen Oberschicht mit ihrer baldigen Versetzung an die Front zu rechnen hatten. Es war die Armeeführung, die Nikolaj II. zwang, widerstandslos abzudanken. Bezeichnend ist dabei, daß die Abdankungsurkunde von Nikolaj II. sich nicht an das Dumakomitee, sondern an die Armeeführung richtete. Der 1. Weltkrieg machte die Millionen zählende Armee zur mächtigsten Institution des russischen Staates. Als die Armee während des gesamten Jahres 1917 immer mehr von Auflösungserscheinungen befallen wurde, zog sie den gesamten Staat mit sich in den Abgrund. Erst der völlige Zusammenbruch der Armee an der Front und im Hinterland ermöglichte es den Bolschewiki, den Staatsstreich durchzuführen und die Macht auch zu behaupten.

Insbesondere seit nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in der UdSSR die Archive für die Forschung zugänglich gemacht wurden, ist das für die russische Sicht des 1. Weltkrieges und für die Rolle der Armee in der Revolution von 1917 aufschlußreiche Quellenmaterial sehr umfangreich. Die Liberalisierung des Archivwesens ist bei der Erforschung der Rolle der Armee in der Revolution von besonderer Bedeutung und das aus folgendem Grund: in den 30er Jahren, kurz nach der Machtübernahme Hitlers, sind alle vom zaristischen Generalstab zwischen 1906 und 1917 ausgearbeiteten für den 1. Weltkrieg relevanten Militärdokumente aus den militärhistorischen Archiven entfernt und dem Generalstab der Roten Armee übergeben worden, der Pläne für den Krieg gegen

Deutschland ausarbeitete¹. Dort blieben die Dokumente bis 1989. Zugänglich waren sie dabei nur einem sehr beschränkten Personenkreis. Trotz der Liberalisierung des Archivwesens in Rußland ist man bei der Militärforschung auch deshalb vor nicht unerhebliche Probleme gestellt, weil große Teile des Materials noch nicht verarbeitet und z. T. systemlos über mehrere Archive verteilt sind. Dieser Mißstand wird teilweise dadurch ausgeglichen, daß vieles zur russischen Militärgeschichte dieser Epoche auch in ausländischen Archiven aufbewahrt wird, vor allem im nationalen französischen Archiv in Paris (Archives Nationales) befindet sich umfangreiches Material. Teilweise liegt dies daran, daß nach dem Bürgerkrieg in Rußland Paris das größte Sammelbecken für die russische Emigration war, die u.a. zahlreiche Spitzenmilitärs und auch bekannte Militärforscher umfaßte. Das Quellenmaterial beinhaltet nicht nur private Nachlässe, sondern auch zahlreiche relevante Dokumente, die die Emigranten bei sich hatten. Der größte Teil besteht allerdings aus Material, welches Frankreich als wichtigster Bundesgenosse Rußlands selbst archiviert hatte. Bekannterweise hatte man in Frankreich traditionell großes Interesse für die russische Militärgeschichte.

Was die Literatur zum Thema anbelangt, so ist die Situation trotz der immensen Fülle der erschienenen historischen Arbeiten nicht eindeutig zu charakterisieren. Es muß betont werden, daß die vorhandene Literatur sich entweder auf die Probleme des 1. Weltkrieges oder auf die Ereignisse der Revolution konzentriert. Eine zusammenhängende Arbeit, die bei der Untersuchung der Ereignisse von 1917 in Rußland auch in den 1. Weltkrieg zurückgreift, ist bis heute nicht veröffentlicht worden. Dies ist um so weniger verständlich, als die Ursachen für bestimmte Verhaltensmuster der russischen Armee in der „Februarrevolution“ lange vor dem Weltkrieg zu suchen sind und diese Muster während des dreijährigen Krieges endgültig ausgeprägt wurden. Zudem ist folgendes Problem zu vermerken: Trotz der unermesslichen Fülle der Literatur zur Epoche des 1. Weltkrieges ist es kennzeichnend, daß sich die absolute Mehrheit hauptsächlich auf die Ereignisse im Westen konzentriert, während die Ostfront schon immer vernachlässigt wurde. In gewisser Weise ist das verständlich: der Ausgang des 1. Weltkrieges wurde an der Westfront entschieden, nachdem der Brest-Litowsker Separatfrieden die Kämpfe im Osten beendet hatte. Es ist leicht nachvollziehbar, daß die westliche Geschichtsschreibung sich lieber mit Themen beschäftigt, die ihre eigenen historischen Erfahrungen betreffen. Daran änderte sich auch nichts, als das entsprechende russische Archivmaterial in großem Umfang zugänglich wurde. Das relativ geringe Interesse an der Ostfront war indes nicht nur ein Kennzeichen der westlichen, sondern auch der sowjetischen Historiographie. Der offiziellen Ideologie zufolge, auf der die sowjetische Geschichtsschreibung basierte, war der 1. Weltkrieg ein „imperialistischer“ Krieg, ausgelöst durch die Weltmächte, die um Kolonien und Märkte kämpften. Dieser Logik nach war auch die eigene Regierung als „imperialistisch“ zu betrachten. Dies hatte zur Folge, daß die Zeitspanne von 1914 bis 1917 aus ideologischen Gründen stark verzerrt wurde. Der Staatsstreich der Bolschewiki vom Oktober 1917 und der darauf folgende Bürgerkrieg bestätigten den kommunistischen Machtanspruch und wurden zu einem wesentlichen Bestandteil des Gründungsmythos der UdSSR. Als solche erhielten sie eine historische Bedeutung, die die Ereignisse von 1914 bis 1917 weit in den Schatten stellten. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß die Erinnerung an den Bürgerkrieg die Erinnerung an den Weltkrieg im kollektiven Bewußtsein der Russen nahezu völlig überlagert. Bestes Indiz für diese Feststellung ist die Tatsache, daß

¹ Fuller, W. C., Jr., *Die Ostfront*, in: Winter, J., Parker, G., Habeck, M. (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, Hamburg 2002.

auf dem Territorium der Russischen Föderation bis heute keine Denkmäler zu finden sind, die die Gefallenen des 1. Weltkrieges auch nur annähernd wie in England, Frankreich oder Deutschland ehrten. Dieser Umstand der Überlagerung hatte insofern negative Auswirkungen als die sowjetischen Verfasser sowohl populärer als auch wissenschaftlicher historischer Werke über die Revolution von 1917 dem 1. Weltkrieg so gut wie keine Beachtung schenkten. Die sowjetischen Historiker, sofern sie sich überhaupt detailliert mit dem 1. Weltkrieg auseinandersetzten, schrieben hauptsächlich Werke, die sich mit den technischen Fragen befaßten. Der 1. Weltkrieg wurde fast wie ein Steinbruch behandelt, aus dem nützliche Lehren für die Gegenwart und Zukunft gezogen werden konnten¹. Durch den Zusammenbruch des Kommunismus veränderte sich die Situation zum Positiven, jedoch nur zum Teil. Für viele Russen bedeutete das Ende des Kommunismus, daß sie ihre Erinnerung zurückgewinnen konnten. Das Erscheinen einer Reihe neuer Untersuchungen zeugt von einem wachsenden Interesse. Es sind in der Regel Arbeiten publizistischer Art, denn eine gründliche Untersuchung ist wie bereits erwähnt noch nicht verfaßt worden².

Dennoch ist die Literatur, welche die Ereignisse des 1. Weltkrieges und der Revolution von 1917 beschreibt schier unerschöpflich. Eine wichtige Gruppe bilden dabei die in den 20er Jahren in Sowjetrußland veröffentlichten Erinnerungen und Darstellungen. Ihre besondere Bedeutung liegt vor allem darin, daß die Autoren selbst Augenzeugen der Revolution waren und die Ereignisse noch frisch in Erinnerung hatten. In den ersten Jahrzehnten nach der Revolution erschien in Sowjetrußland eine breite Fülle bedeutsamer Arbeiten. Sie waren zwar nicht frei von der ideologischen Zwangsjacke, jedoch war die Schilderung der Ereignisse dort wahrheitsgemäß, weil die erschienenen Bücher noch vor der von J. Stalin 1931 initiierten massiven Kampagne der Geschichtsfälschung entstanden. Die "Kratkij kurs istorii VKP(b)", nach der die ganze sowjetische Geschichtsschreibung sich jahrzehntelang richten mußte, war noch nicht geschrieben. In den 20ern erschien die erste Reihe der Erinnerungen von Funktionären der Bolschewiki, wie A. Šljapnikov, V. Antonov - Ovsejenko, P. Dybenko, N. Krylenko, N. Podvojskij, F. Raskolnikov und andere³. Im Sowjetrußland der 20er Jahre war es sogar noch möglich, daß manche sozialistische Gegner des Oktoberumsturzes veröffentlichen durften. Keine Untersuchung der Ereignisse der russischen Revolution ist vollkommen ohne Berücksichtigung der glänzenden Darstellung von N. Suchanov, der als Mitglied des Exekutivkomitees des Petrograder Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten die politischen Ereignisse aus unmittelbarer Nähe verfolgen konnte⁴. Suchanovs Erinnerungen haben zwar nicht speziell die Armee im Blickpunkt, geben aber sehr wichtige Informationen über die Stimmung der Soldaten der Petrograder Garnison. Auch die in

¹ Vgl. **Beloj, A.**, *Galizijskaja bitva*, Moskau 1929, **Rostunov, I.**, *Russkij front pervoj mirovoj*, Moskau 1976, **Generalnyj štab RKKA(Hrsg.)**, *Lodzinskaja operacija: Sbornik dokumentov*, Moskau 1936, **Generalnyj štab RKKA(Hrsg.)**, *Varšavsko-lvangorodskaja operacija: Sbornik dokumentov*, Moskau 1938, **Generalnyj štab RKKA(Hrsg.)**, *Vostočno-prusskaja operacija. Sbornik dokumentov ob mirovoj imperialističeskoj vojne na ruskom fronte*, Moskau 1939.

² **Portugalskij, R., Aleksejev, P., Runov, W.**, *Pervaja mirovaja v žizniopisanijach russkich vojennačalnikov*, Moskau 1994. Um einen Eindruck von der möglichen Entwicklung der russischen Historiographie zu gewinnen, siehe **Pisarev, J.**, *Novyje podchody k izučeniju istoriji pervoj mirovoj vojny*, in: *Novaja i novejšaja istorija*, Nr. 3., 1993, S. 46-57.

³ **Antonov - Ovsejenko, V.**, *Zapiski o graždanskoj vojne*, 3 Bände, Moskau 1924, **Dybenko, P.**, *Mjatežniki*, Moskau 1923, **Krylenko, N.**, *Fevralskaja revoluzija i staraja armija*, Moskau 1927, **Podvojskij, N.**, *Vojennaja organizacija ZK VKP(b) i vojenno-revoluzionnyj komitet v 1917 godu*, Moskau 1923, **Raskolnikov, F.**, *Kronstat i Piter v 1917 godu*, Moskau - Leningrad 1925, **Šljapnikov, A.**, *Semnadzatyj god*, 4 Bde., Moskau - Leningrad 1925 -1931.

⁴ **Suchanov, N.**, *1917. Tagebuch der russischen Revolution*, München 1967.

Sowjetrußland lebenden Generäle der alten zaristischen Armee, wie Brusilov, Martynov, Polivanov und Zajončkovskij durften in dieser Zeit noch veröffentlichen¹. Zajončkovskij und Martynov waren zudem professionelle Militärgeschichtswissenschaftler, was sie zu besonders ausgewiesenen Zeitzeugen macht.

Die Berücksichtigung der Memoiren ist für die Erforschung der Rolle der Armee in der Revolution besonders wichtig, weil sie im Gegensatz zu Fachbüchern nicht nur Tatsachen konstatieren, sondern die Stimmung unter den Soldaten an der Front wie auch im Hinterland vermitteln, was man nicht immer mit nackten Zahlen ausdrücken kann. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Erinnerungen von Oskin und Šklovskij, die aus der Sicht einfacher Soldaten geschrieben sind². Die Bedeutung der Militärliteratur der 20er Jahre wurde auch von der modernen Geschichtsschreibung richtig erkannt. Selbst ein solch bedeutender Kenner der russischen Geschichte wie R. Pipes stützt sich in manchen seiner Arbeiten voll auf diese Darstellungen³.

Eine weitere wichtige Quelle zur Erforschung der Armee und der Revolution bilden die Darstellungen russischer Emigranten. Eine besondere Stellung nehmen hier die Schilderungen P. Miljukovs, S. Oldenburgs und M. Rodzjankos ein. P. Miljukov war nicht nur ein bedeutsamer Politiker der Liberalen, sondern einer der bekanntesten Historiker des vorrevolutionären Rußlands⁴. Auch die zeitgenössische Arbeit S. Oldenburgs "*Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*" verdient besonderes Interesse, weil Oldenburg die im Ausland aufbewahrten Quellen zur russischen Revolution genau kannte und auch Zugang zu den Privatarchiven der Familie Romanov hatte⁵. Rodzjankos Erinnerungen sind besonders wertvoll, weil sich dieser Politiker im entscheidenden Moment der Februarrevolution mit den Generälen Aleksejev (Generalstabschef der russischen Streitkräfte) und Russkij (Kommandeur der Nordfront) in Verbindung setzte und durch seine Autorität verhinderte, daß diese den Befehl Nikolajs befolgten, Petrograd militärisch zu besetzen⁶.

Die russischen Offiziere, insbesondere die Absolventen der Akademie des Generalstabes waren hoch gebildete Leute. Nach dem Staatsstreich der Bolschewiki im Oktober 1917 schlossen sie sich den "Weißen" an, mit denen sie im Bürgerkrieg die Niederlage erlitten und sich in der ganzen Welt zerstreuten. Viele von ihnen schrieben ausgezeichnete Darstellungen der revolutionären Ereignisse, die leider in der modernen Geschichtsschreibung viel zu wenig berücksichtigt werden, obwohl es sich hier teilweise um qualitativ hochwertige Schilderungen handelt, welche einzigartiges Dokumentenmaterial aus privaten Archiven beinhalten. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang vor allem die Darstellungen der Generäle P. Krasnov, A. Lukomskij, J. Danilov und V. Gurko⁷. Eine besondere Stellung in der Literatur der Emigranten nehmen die Veröffentlichungen der Generäle A. Denikin und N. Golovin ein. A. Denikin schildert in seinem umfangreichen Werk "*Očerki rusškoj smuty*" die

¹ **Brusilov, A.**, *Moji Vospominanija*, Moskau - Leningrad 1929, **Martynov, E.**, *Zarskaja armija v fevral'skom perevorote*, Leningrad 1927, **Polivanov, A.**, *Iz dnevnikov i vospominanij po dolžnosti voennogo ministra i ego pomoščnika 1907-1916 g.g.*, Moskau 1924, **Zajončkovskij, A.**, *Strategičeskij očerk vojny 1914-1918 g.g.*, Moskau 1923.

² **Šklovskij, V.**, *Revoljuzija i front*, Petrograd 1921, **Oskin, D.**, *Zapiski soldata*, Moskau 1929.

³ **Pipes, R.**, *The Formation of the Soviet Union. Communism and Nationalism 1917-1923*, Cambridge 1964.

⁴ **Miljukov, P.**, *Geschichte der zweiten russischen Revolution*, 2 Bde., Wien 1930, **Miljukov, P.**, *Rußlands Zusammenbruch*, 2 Bde., Berlin 1925.

⁵ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, Moskau 1992.

⁶ **Rodzjanko, M.**, *Gosudarstvennaja дума i Fevral'skaja 1917 goda revoljuzija*, Charkov 1990 und **Rodzjanko, M.**, *Erinnerungen*, Berlin 1920.

⁷ **Danilov, J.**, *Rußland im Weltkriege: 1914-1915*, Jena 1925, **Gurko, V.**, *Rußland 1914-1917: Erinnerungen an Krieg und Revolution*, Berlin 1921, **Krasnov, P.**, *Pamjati imperatorskoj rusškoj armii*, in: *Rusškoj letopis*, Bd. 5., Paris 1923, **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, 2 Bde., Berlin 1923.

Ereignisse der Revolution und enthüllt viele interessante Details, gehörte er doch zum engsten Kreis der Armeeführung und war im Bürgerkrieg eine der wohl wichtigsten Führungspersönlichkeiten der Weißen Bewegung¹. Von besonderem Interesse sind auch seine autobiographischen Werke *"Put ruskogo ofizera"*² und *"Staraja armija"*³, welche sich vor allem mit dem Alltag des militärischen Lebens befassen. Die Arbeiten von N. Golovin sind für das Verständnis der revolutionären Ereignisse ebenfalls von immenser Bedeutung. General Golovin war nicht nur ein Teilnehmer des 1. Weltkrieges, sondern auch einer der bedeutendsten Militärhistoriker unter den russischen Emigranten. Seine fünfbandige *"Rossijskaja kontrrevoljucija v 1917-1918 g.g."* zählt zu den wichtigsten und umfassendsten das Verhalten der Armee 1917 schildernden Werken. Die Beilagen dieser Arbeit beinhalten nämlich u.a. zahlreiche Dokumente des Mohilever Hauptquartiers⁴. In diesem Zusammenhang sei noch der Militärhistoriker Kersnovskij erwähnt, Autor einer der besten Allgemeingeschichten der russischen Armee, geschrieben in den 30er Jahren in Frankreich⁵.

Auch in der neueren Geschichtsschreibung findet die russische Armee eine breite Berücksichtigung. Aus der Feder sowjetischer Historiker sind die Werke A. Andrejevs, L. Beskrovnyjs, L. Senčiakovas und vor allem S. Volkovs hervorzuheben⁶. Zahlreiche der russischen Armee gewidmete Abhandlungen erschienen im englischsprachigen Raum, insbesondere in den Vereinigten Staaten. Während des „Kalten Krieges“ wurden von der Regierung der USA sehr große Geldmittel bewilligt, um die Militärgeschichte des möglichen Kriegsgegners zu erforschen. Dieses Interesse ging soweit, daß in den USA regelrechte Forschungszentren entstanden, die die russische Militärgeschichte untersuchen sollten. Aus der umfangreichen Literatur zur Epoche des 1. Weltkrieges ragen dabei die Untersuchungen von B. Menning und W. Wilfong heraus⁷. Unter den Werken, welche die Revolutionierung der russischen Streitkräfte zum Schwerpunkt haben, sind die Arbeiten von Bushnell, Rutherford und Wildman hervorzuheben⁸. Auf deutscher Seite sind u.a. die Autoren Bayrau und H. Stein zu nennen⁹. Eine interessante Arbeit über die russische Armee in der Revolution von 1917 stammt aus der Feder des sowjetischen Emigranten M. Frenkins¹⁰. Diese Untersuchung erschien in Israel und ist, was Tiefe und Umfang des bearbeiteten Quellenmaterials betrifft, das wohl umfangreichste Werk zu diesem Thema.

Die Novemberrevolution in Deutschland hat sehr viele Parallelen zur Revolution in Rußland. Auch sie ereignete sich im Zuge des 1. Weltkrieges, als die die Gesellschaft zusammenhaltenden Kräfte aufgrund der Kriegerschöpfung geschwächt waren. Auch in ihr spielte die Armee, genauer gesagt das

¹ Denikin, A., *Očerki ruskoi smuty*, 6 Bde., Moskau 1991-1993.

² Denikin, A., *Put ruskogo ofizera*, New York 1953.

³ Denikin, A., *Satara Armija*, 2 Bde., Paris 1929.

⁴ Golovin, N., *Rossijskaja kontr-revoljucija v 1917-1918 g. g.*, 5 Bde., Paris 1937.

⁵ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoi armii v četyrech tomach*, 4 Bde., Moskau 1992-1994.

⁶ Andrejev, A., *Soldazkije massy garnizonov ruskoi armii v oktjabskoj revoljuzii*, Moskau 1975, Beskrovnyj, L., *Armija i flot Rossii v načale 20 veka: Očerki vojenno - ekonomičeskogo potenziala*, Moskau 1986, Senčakova, L., *Revoluzionnoje dviženije v armii i na flote v 1905-1917 g.g.*, Moskau 1994, Volkov, S., *Ruskij ofizerskij korpus*, Moskau 1993.

⁷ Menning, B., *Bayonets before Bullets: The imperial russian Army 1861-1914*, Bloomington 1992,

Wilfong, W., *Rebuilding the Russian Army: The Question of a Comprehensive Plan for National Defense, 1905-1914*, Bloomington 1977.

⁸ Bushnell, J., *Mutiny amid Repression: Russian Soldiers in the Revolution of 1905-1906*, Bloomington 1985,

Rutherford, W., *The Tsar's War 1914-1917. The Story of the Imperial Russian Army in the First World War*, Cambridge 1992, Wildman, A., *The End of the Russian Imperial Army: The Old Army and the Soldier's Revolt, March-April 1917*, New York 1980.

⁹ Beyrau, D., *Militär und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland*, Köln 1984 und Stein, H., *Der Offizier des russischen Heeres im Zeitabschnitt zwischen Reform und Revolution 1861-1905*, in: *Forschungen zur europäischen Geschichte*, 13 (1967), S. 346-507.

¹⁰ Frenkin, M., *Russkaja armija i revoljucija 1915-1917g.g.*, München 1978.

sog. „Heimatheer“ und die Matrosen der Hochseeflotte, eine zentrale Rolle. Trotz denkbar unterschiedlicher militärischer und politischer Konstellationen im Deutschen Reich und im zaristischen Rußland war die Novemberrevolution in ihrer Anfangsphase ebenfalls nichts weiter als eine schlichte Meuterei kriegsmüder Militärangehöriger in der Heimat. Obwohl auch die deutsche Revolution zur Konstituierung einer neuen Gesellschaftsform geführt hat, war ihr Ausgang doch ein anderer als in Rußland. Die Novemberrevolution nahm nie solch radikale Formen an wie die russische. Der Regierung gelang es nach anfänglichen Kämpfen, sie in mehr oder minder ruhige Bahnen zu lenken und Deutschland ohne besondere Erschütterungen zur Einberufung der Verfassunggebenden Versammlung zu führen.

Was das Quellenmaterial anbelangt, so gilt für Deutschland im Wesentlichen dasselbe, was für andere Kulturnationen kennzeichnend ist, die sich am 1. Weltkrieg beteiligt haben. Wie alle anderen europäischen Großmächte verfügt auch Deutschland über ein Zentralarchiv, in dem das Gros an Quellenmaterial zur Geschichte des 1. Weltkrieges gesammelt worden ist. Allerdings sind für Deutschland diesbezüglich auch Eigenartigkeiten kennzeichnend, die für die anderen Staaten ganz untypisch sind. So sind in Deutschland, anders als etwa in Rußland, Großbritannien oder den USA, rein militärische Quellen nicht in einem Zentralarchiv archiviert, sondern befinden sich in der Dependence der dafür speziell zuständigen Militärarchive. Anders als in den oben erwähnten Staaten wird in Deutschland ferner seit 1937 eine Trennung zwischen „zivilem“ und „militärischem“ Schriftgut vollzogen, was zur Gründung des Heeresarchivs geführt hatte. Obwohl auch Frankreich diesem Beispiel gefolgt ist, gibt es weitere nur für Deutschland typische Besonderheiten, die durch die deutsche Geschichte bedingt sind. So verfügte Deutschland als einziger Kriegsteilnehmerstaat über keine einheitliche und zentralisierte Streitmacht, sondern über Kontingente der vier Bundesarmeen. Dieser Umstand wurde auch bei der Archivierung des militärischen Schriftguts berücksichtigt. Große Teile des Materials gingen deshalb nicht in die Aufbewahrungskammer des Heeresarchivs, sondern wurden in den Militärarchiven der Bundesländer archiviert. So ist fast das gesamte Material über das bayrische oder das württembergische Bundesheer in München, bzw. in Stuttgart untergebracht. Dazu kommt noch die Tatsache, daß in Deutschland durch den 2. Weltkrieg riesige Lücken in das Archivmaterial geschlagen wurden. So ist das aus dem Reichsarchiv hervorgegangene Heeresarchiv bei einem Bombenangriff nahezu komplett zerstört worden. Dabei ging der größte Teil der originalen Quellen zum 1. Weltkrieg verloren. Das hat zur Folge, daß gerade die militärische Geschichte des 1. Weltkrieges, soweit sie Deutschland betrifft, ebenfalls nur lückenhaft zu dokumentieren ist. Ähnliche Lücken waren auch eine Zeit lang im Archiv des Auswärtigen Amtes zu verzeichnen, dessen Dokumente für die militärgeschichtliche Forschung des 1. Weltkrieges ebenfalls von zentraler Bedeutung sind. Am Ende des 2. Weltkrieges beschlagnahmten die Siegermächte die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PA/AA) fast komplett und brachten sie außer Landes. Erst nach der wieder gewonnenen Teilsouveränität der Bundesrepublik im Jahre 1955 wurden diese Akten zurückgeführt. Die Historiker waren deshalb erst seit etwa 1960 in der Lage mit ihnen zu arbeiten, was einen Forschungsrückstand zur Folge hatte. Heute ist die Masse dieser Akten bequem zugänglich und durch

die entsprechenden Verzeichnisse gut aufgeschlüsselt. Da das Auswärtige Amt mittlerweile zahlreiche Akten veröffentlicht hat, ist die Zeitspanne zwischen 1914 und 1918 relativ gut dokumentiert¹.

Der infolge des 2. Weltkrieges eingetretene Aktenverlust des Heeresarchivs wird allerdings in gewisser Weise durch zwei glückliche Umstände wenn schon nicht aufgewogen, so doch in seiner Wirkung relativiert. Zuerst waren maßgebliche Vorgänge meistens nicht nur in den originären Akten – etwa denen der OHL – verwahrt worden, sondern fanden als Kopien den Weg zu anderen Behörden und Stäben, deren Akten den Krieg überdauert hatten. Diese Kopien wurden in den Militärarchiven der Bundesländer archiviert und sind großenteils erhalten geblieben. Meistens kann man deshalb die Vorgänge des 1. Weltkrieges mit ihrer Hilfe ziemlich genau rekonstruieren. Auch dem Fleiß der deutschen Militärgeschichtler der Zwischenkriegszeit haben wir viel zu verdanken. Gerade im ersten Jahrzehnt nach dem Ende des 1. Weltkrieges wurden im Auftrag des Truppenamtes und der Marineleitung aus den damals vorhandenen Akten die General- bzw. Admiralstabswerke geschaffen, die in der Dichte des verwendeten Quellenmaterials bis heute unübertroffen sind². Sehr reichhaltiges Material, die Originaldokumente sind heute z. T. verschollen, verdanken wir auch der Arbeit der parlamentarischen Untersuchungskommission der Weimarer Republik [WUA], die kurz nach Kriegsende relevante Dokumente und geschichtliche Zeugnisse in mehrbändigen Ausgaben zusammenfaßte, um die Verfehlungen der Heeres- sowie Marineleitung im 1. Weltkrieg und in der Novemberrevolution zu rekonstruieren³. Es handelt sich hier teilweise um so einzigartige und gründliche Quellen, daß ein so bedeutender Historiker der Weimarer Republik wie A. Rosenberg seine berühmte Arbeit über die Entstehung der Weimarer Republik fast ausschließlich mit diesen Dokumenten belegte⁴. Seine Analyse zum Zusammenbruch der Monarchie in Deutschland zählt bis heute wohl zu den besten.

Trotz der fast kompletten Zerstörung des Heeresarchivs im 2. Weltkrieg⁵ fließen die Quellen zur Geschichte des 1. Weltkrieges und der Novemberrevolution aus militärischer Sicht mehr als zahlreich. Sehr interessantes Material ist außer in Dokumentensammlungen auch in den ehemals privaten Nachlässen enthalten. Während einige von ihnen - wie z. B. die Originale des Nachlasses von Schlieffen - in die USA gebracht wurden, sind andere aus der Zeit des 1. Weltkrieges und der Novemberrevolution in Deutschland geblieben, darunter nicht nur von Politikern des Kaiserreiches sondern auch die der maßgeblichen Militärs. Besonders aufschlußreich sind dabei die Überlieferungen aus den Nachlässen der Mitarbeiter der OHL und des preußischen Kriegsministeriums, standen doch diese Menschen während des gesamten Krieges an der Schaltstelle, wo die wichtigsten Entscheidungen gefällt wurden. Aus diesen Dokumentensammlungen sind die Hinterlassenschaften der Abteilungschefs der OHL herauszuheben, vor allem die von solch herausragenden zeitgenössischen Militärs wie Haefliger, Bauer,

¹ Vgl. Beispielsweise **Hohfeld, J. (Hrsg.)**, *Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Das Zeitalter Wilhelms II. 1898-1918*, Bd. 2., Berlin 1951, **Michaelis, H., Schraepler, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945. Eine Urkunden und Dokumentensammlung*, 27 Bde., Berlin 1958-1979, **Wolfdieter Bibl. (Hrsg.)**, *Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs*, Darmstadt 1991.

² Vgl. **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918. Die militärischen Operationen zu Lande*, 14 Bde., Berlin 1914-1944, **Marinearchiv (Hrsg.)**, *Der Krieg zur See 1914-1918*, 7 Reihen, Berlin – Frankfurt a. M. 1920-1966.

³ **Schücking, W., Bell, J., Gradnauer, G., Breitscheid, R., Philipp, A. (Hrsg.)**, *Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags 1919-1930. Verhandlungen, Gutachten, Urkunden*, 4 Reihen, Berlin 1919-1928.

⁴ Vgl. **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, Frankfurt 1961.

⁵ Zur Geschichte des Heeresarchivs vgl. **Pöhlmann, M.**, *Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914-1956*, Paderborn 2002.

Nicolai und Heye. Ebenfalls von Bedeutung sind Dokumente aus den Privatsammlungen von Offizieren der zweiten Riege der OHL, wie z. B. von Merz, von Quirnheim oder Schleicher. Auch die Hinterlassenschaften der leitenden Persönlichkeiten des Heimatheeres und des preußischen Kriegsministeriums, wie die von A. Wild von Hohenborn, H. von Stein, A. L. von Falkenhausen und anderen sind beinahe komplett erhalten geblieben. Hauptsächlich handelt es sich hier um unveröffentlichtes Quellenmaterial, denn selbst die relevanten Aufzeichnungen solch wichtiger zeitgenössischer Zeugen, wie dem Verbindungsmann der OHL mit der Reichsregierung Haefen sind bis heute nur in Fragmenten in verschiedenen Quellenveröffentlichungen herausgegeben worden¹. Die Veröffentlichungen aus den Nachlässen der militärischen Führer des 1. Weltkrieges – darunter ragen insbesondere die Publikationen der Tagebücher von Thaer, Admiral Müller, General Einem und General Hoffmann heraus² – sind aufgrund der immensen Bedeutung dieses Quellenmaterials für die Geschichtsschreibung eindeutig unzureichend. Dieser Mißstand wird durch die Erinnerungsliteratur der Zwischenkriegsjahre nur bedingt behoben. Bekanntlich erschien in Deutschland im ersten Nachkriegsjahrzehnt eine breite Fülle von Erinnerungen, im Prinzip von allen maßgebenden politischen und militärischen Persönlichkeiten, deren Publikation praktisch bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges fort dauerte³. Einige von ihnen, wie z. B. General Ludendorff, veröffentlichten neben ihren Erinnerungen auch noch umfangreiche Dokumentensammlungen und diverse ergänzende Schriften⁴. Das größte Manko dieser teilweise sehr interessanten und für ein breites Publikum vorgesehenen Veröffentlichungen bestand darin, daß die Autoren sehr darauf bedacht waren ihr eigenes Handeln zu rechtfertigen. Man muß sich vor Augen halten, daß die Verarbeitung der militärischen Niederlage in Nachkriegsdeutschland einen der zentralen Eckpfeiler des geistigen und politischen Lebens bildete. Ebenfalls charakteristisch für diese Zeit war das Bemühen darum, den Beweis für die „Unschuld“ Deutschlands am Ausbruch des 1. Weltkrieges zu erbringen. Diese Tendenz ist deshalb großenteils nicht nur für die bereits erwähnten offiziellen Werke zum Ablauf des 1. Weltkrieges aus der Sicht der Heeres- und Marineleitung charakteristisch, sondern auch für Publikationen des Auswärtigen Amtes zum Thema, wie z.B. die „Große Politik der Europäischen Kabinette“⁵ und darüber hinaus für alle anderen in der Zwischenkriegszeit in Deutschland erschienenen Veröffentlichungen. Es muß an dieser Stelle erwähnt werden, daß gerade in den ersten Jahrzehnten der Weimarer Republik Untersuchungen über den 1. Weltkrieg und die Novemberrevolution erschienen, die in qualitativer Hinsicht bemerkenswert hochwertig waren. Neben der oben bereits erwähnten Arbeit von A. Rosenberg sind diesbezüglich noch Autoren zu erwähnen wie H. Delbrück, F. Endres, W. Foerster, K. Nowak, A. Niemann,

¹ **Conze, W., Matthias, E., Winter, G. (Hrsg.),** *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, 4 Reihen, Düsseldorf 1970.

² **Thaer, A., von,** *Generalstabdienst an der Front und in der OHL. Aus den Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915-1919*, Göttingen 1958, **Müller, A.,** *Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, Berlin - Frankfurt a. M. 1959, **Einem, K., von,** *Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg. Persönliche Aufzeichnungen des Generalobersten von Einem*, Leipzig 1938, **Hoffmann, M.,** *Die Aufzeichnungen des Generalmajors M. Hoffmann*, Berlin 1928.

³ Vgl. **Baden, M., von,** *Erinnerungen und Dokumente*, Berlin 1928, **Bauer, M.,** *Der große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen*, Tübingen 1921, **Falkenhayn, E., von,** *Die oberste Heeresleitung 1914-1916 in ihren wichtigsten Entschlüssen*, Berlin 1920, **Moltke, H., von,** *Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877-1916*, Stuttgart 1922.

⁴ **Ludendorff, E.,** *Meine Kriegserinnerungen*, Berlin 1919, **Ludendorff, E. (Hrsg.),** *Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18*, Berlin 1922, **Ludendorff, E.,** *Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot*, Berlin 1919.

⁵ **Lepsius, J. (Hrsg.),** *Die große Politik der europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes*, 23 Bde., Berlin 1924-1927.

B. Schwertfeger und E. Volkmann¹. Aus militärischer Sicht sind dabei insbesondere die Werke von E. Volkmann von Interesse. Dieser besaß als Archivar des Heeresarchivs unmittelbaren Zugang zu heute verschollenen Quellen und galt zu seinen Lebzeiten als einer der größten Kenner des zeitgenössischen deutschen militärischen Quellenmaterials. Eine ähnliche Bedeutung hat auch A. Niemann, der jedoch kein professioneller Historiker, sondern Abgesandter der OHL bei Wilhelm II. war. So verbrachte er die entscheidenden Tage der Novemberrevolution in unmittelbarer Nähe des Kaisers und war von den Vorgängen aus der Sicht der OHL bestens informiert. Obwohl Niemann eine recht apologetische Stellung dem letzten Kaiser gegenüber einnahm, sind seine Arbeiten für den heutigen Historiker unverzichtbar, weil sie die Vorgänge detailliert schildern und zusätzlich mit recht einzigartigem Quellenmaterial ausgestattet sind.

Es ist viel darüber geschrieben worden, daß die in der Zwischenkriegszeit in Deutschland erschienenen Veröffentlichungen über den 1. Weltkrieg und die Novemberrevolution sehr stark ideologisiert waren². Ähnlich wie in der sowjetischen Historiographie waren bestimmte Problemfelder aus der Forschung geradezu ausgeklammert. Dazu zählen solch zentrale Fragen wie die Verantwortung des preußischen Generalstabes für die Mißkalkulationen des Feldzugsplanes von 1914, die Verdrängung der zivilen Behörden unter der III. OHL aus der Innenpolitik und die daraus resultierenden Mißstände, die Rolle der OHL bei der Revolutionierung Rußlands, die Ausrufung des Uneingeschränkten U-Bootkrieges und der daraus resultierende Kriegseintritt der USA 1917, die aktive Unterstützung der Bolschewiki im russischen Bürgerkrieg sowie die Ausdehnung der Eroberungen im Osten während der Entscheidungsschlacht an der Westfront 1918; schließlich die Rolle der Militärs bei der Initiierung des Waffenstillstandes und die Durchführung der „Revolution von oben“ in Deutschland am Vorabend der Novemberrevolution. Alle diese Bereiche sind in der Geschichtsschreibung der Weimarer Republik und auch später unter dem Nationalsozialismus entweder verdrängt oder verzerrt wiedergegeben worden. Die berüchtigte „Dolchstoßlegende“ war eine der unerfreulichsten Begleiterscheinungen der Unfähigkeit der Weimarer Demokratie, ihr historisches Erbe aus jüngster Vergangenheit zu verarbeiten.

Dieser Zustand der Geschichtsschreibung wurde erst nach der Gründung der Bundesrepublik modifiziert. Selbstverständlich hat das Erlebnis des 2. Weltkrieges die Problematik des 1. Weltkrieges wie auch der Novemberrevolution in den Hintergrund treten lassen, was schon an folgendem Umstand ersichtlich ist: Bis zum heutigen Tage erschien in der Bundesrepublik Deutschland keine moderne mehrbändige Gesamtdarstellung des 1. Weltkrieges von der Qualität, wie sie für den 2. Weltkrieg vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt vorgelegt wird. Dennoch erschienen auch nach dem 2. Weltkrieg geschichtliche Untersuchungen mit der Zielsetzung, den 1. Weltkrieg und die Novemberrevolution sowohl aus militärischer Sicht wie auch als Gesamtphänomen zu untersuchen. Schon die ersten nach

¹ **Delbrück, H.**, *Krieg und Politik*, 3 Bde., Berlin 1918-1919, **Delbrück, H.**, *Geschichte der Kriegskunst in Rahmen der politischen Geschichte*, 4 Bde., Berlin 1964, **Endres, F.**, *Soziologische Struktur und die entsprechende Ideologie des deutschen Offizierskorps vor dem Weltkrieg*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Berlin 1927, Bd. 58, **Nowak, K. F.**, *Der Sturz der Mittelmächte*, München 1921, **Niemann, A.**, *Der Kaiser und die Revolution. Die entscheidenden Ereignisse im Großen Hauptquartier im Herbst 1918*, Berlin 1928, **Niemann, A.**, *Revolution von oben, Umsturz von unten*, Berlin 1928, **Volkmann, E., O. (Hrsg.)**, *Deutschlands Schicksalsjahre: 1870-1918*, 7 Bde., Berlin 1923-1930, **Volkmann, E., O.**, *Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege*, Berlin 1925, **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, Oldenburg 1930, **Foerster, W.**, *Graf Schlieffen und der Weltkrieg*, Berlin 1925, **Foerster, W.**, *Aus der Gedankenwerkstatt des deutschen Generalstabes*, Berlin 1931, **Schwertfeger, B.**, *Die großen Erzieher des deutschen Heeres. Aus der Geschichte der Kriegsakademie*, Potsdam 1936.

² **Pöhlmann, M.**, *Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik*, S. 7f.

1945 erschienenen Arbeiten bedeuteten einen qualitativen Sprung nach vorn. Einerseits, weil sie bereits frei von dem ideologischen Hemmschuh waren, der die deutsche Geschichtswissenschaft in der Zwischenkriegszeit behindert hatte und andererseits, weil die Geschichtsschreibung sich zunehmend auf Spezialbereiche spezialisierte. Aus den deutschen Autoren dieser Zeit ragen insbesondere K. Demeter, W. Görlitz, G. Ritter und W. Schmidt-Reichenberg heraus¹. Besonders ist der Historiker W. Baumgart zu erwähnen, der in den 50er Jahren das bis dahin streng geheime und hochbrisante Material über die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1918 bearbeitet und veröffentlicht hatte². Auch im Ausland erschien in dieser Zeit eine Reihe bedeutsamer Untersuchungen, vor allem von Autoren wie G. Feldman, B. Lidell Hart, J. Wheeler-Bennett und J. Benoist-Méchin³. Die in den 50er Jahren gestellten Weichen blieben auch in der Geschichtsschreibung der 70er und 80er Jahre im Großen und Ganzen bestehen. Auch in dieser Zeit sind ganz hervorragende Untersuchungen über den 1. Weltkrieg wie auch über die Novemberrevolution aus militärischer Perspektive veröffentlicht worden. Von diesen sind die Arbeiten von W. Deist, M. Messerschmidt, B. Schulte, P. Graf von Kielmansegg⁴ die wohl bekanntesten.

In der letzten Zeit ist das Interesse der Forschung an der Problematik des 1. Weltkrieges wieder etwas größer geworden, was anhand der Publikationen der letzten Jahrzehnte deutlich wahrnehmbar ist. Obwohl eine Reihe dieser Neuerscheinungen nicht mehr als eine Wiederholung der Gesamtereignisse darstellen⁵, sind einige dieser Veröffentlichungen insofern interessant als immer wieder der Versuch unternommen wurde, auch das bisher kaum verwendete Quellenmaterial Rußlands mit einzubeziehen. Diese neue Tendenz hatte zur Folge, daß die sog. „Ostfront“, die bis zuletzt eine Art graue Zone in der Geschichtsforschung zum 1. Weltkrieg darstellte⁶, wissenschaftlich besser erschlossen werden konnte⁷. Desweiteren ist zu vermerken, daß die Spezialisierungen der Geschichtsschreibung zu den Themen „Der 1. Weltkrieg“ und „Die Novemberrevolution“ eine Reihe sehr interessanter Untersuchungen hervorgebracht hat, die teilweise völlig neue Einblicke in die Problematik gestatten. Bekanntlich waren

¹ Demeter, K., *Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650-1945*, Frankfurt a. M. 1965, Görlitz, W., *Der deutsche Generalstab. Geschichte und Gestalt 1657-1945*, Frankfurt a. M. 1950, Görlitz, W., *Hindenburg. Ein Lebensbild*, Bonn 1953, Görlitz, W., *November 1918. Bericht über die deutsche Revolution*, Hamburg 1968, Ritter, G., *Der Schlieffen - Plan. Kritik eines Mythos*, Berlin 1956, Ritter, G., *Die Zusammenarbeit der Generalstäbe Deutschlands und Österreich-Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Festgabe für Hans Herzfeld*, Berlin 1958, Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des Militarismus in Deutschland*, 4 Bde., München 1968, Schmidt-Reichenberg, W., *Die Generalstäbe in Deutschland 1871-1945. Aufgaben in der Armee und Stellung im Staate*, Stuttgart 1962.

² Baumgart, W., *Die Deutsche Ostpolitik 1918. Vom Brest-Litowsk bis zum Ende des ersten Weltkrieges*, Wien-München 1966, Baumgart, W., *Die militär-politischen Berichte des Freiherrn von Keyserlingk*, in: *Vierteljahresshefte für die Zeitgeschichte*, Bd. 15, 1967, Baumgart, W., *Ludendorff und das Auswärtige Amt zur Besetzung der Krim 1918*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Bd. 14, 1966.

³ Feldman, G., *Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918*, Princeton N. J. 1966, Lidell Hart, B., *History of the First World War*, London 1970, Benoist-Méchin, J., *Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946*, 6 Bde., Hamburg 1965.

⁴ Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch - deutschen Militärgeschichte*, München 1991, Deist, W., *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918*, in: Conze, W., Matthias, E., Winter, G. (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, 2. Reihe, Bd. 1., Düsseldorf 1970, Messerschmidt, M., *Die Armee im Staat und Gesellschaft*, in: Stürmer, M. (Hrsg.), *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918*, Kronberg 1977, Messerschmidt, M., *Die preußische Armee*, München 1976, Schulte, B. F., *Die deutsche Armee 1900-1914. Zwischen Beharren und Verändern*, Düsseldorf 1977, Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, Stuttgart 1980.

⁵ Vgl. Asprey, R., *The German High Command at war. Hindenburg and Ludendorff conduct World War I*, New York 1991, Gilbert, M., *The First World War*, London 1994, Strachan, H., *The First World War*, Oxford 2001. Zum Überblick der Forschungstendenzen ab 1985 vgl. Rohwer, J. (Hrsg.), *Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg. Literaturbericht und Bibliographie von 30 Mitgliedsstaaten der „Commission Internationale d'Histoire Militaire Comparée“*, Koblenz 1985.

⁶ Unter den wenigen westlichen Autoren, die dieses Thema behandelt hatten ist vor allem die Untersuchung N. Stones zu erwähnen, Stone, N., *The Eastern Front, 1914-1917*, New York 1975.

⁷ Keegan, J., *Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie*, Hamburg 2000.

die Armeen und Flotten des 1. Weltkrieges hochkomplizierte und komplexe Gebilde. Was an der Front kämpfte, bildete nur die Speerspitze. Die Armeen des 1. Weltkrieges hätten gar nicht kämpfen können ohne all jene logistischen Organisationen und rüstungstechnischen Produktionen, die notwendig waren um die gigantische Maschinerie am Laufen zu erhalten. Man macht sich in der Regel nicht klar, was die einheitliche Führung und Ausrüstung einer Streitmacht von einigen Millionen Soldaten in der tagtäglichen Praxis des Krieges bedeutete, im Prinzip nämlich die Militarisierung des gesamten wirtschaftlichen Lebens in einem Staat, eine Verschiebung der bestehenden politischen Kräfteverhältnisse und eine Umstrukturierung der gesamten gesellschaftlichen Ordnung. Der 1. Weltkrieg war deshalb nicht nur ein militärisches, sondern in nicht minderer Größe auch ein innenpolitisches und verwaltungstechnisches Phänomen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Geschichtsschreibung sich schon seit 1918 verstärkt mit Bereichen befaßte, die über rein militärische Belange hinausgingen. Im Mittelpunkt solcher Forschungen standen traditionell vor allem Wirtschaft, Innenpolitik und Finanzen¹. Die erfreuliche Tendenz der letzten Jahrzehnte besteht darin, daß zunehmend Untersuchungen erscheinen, die sich einerseits mit den geistigen Problemen des 1. Weltkrieges und der Novemberrevolution auseinandersetzen², die aber andererseits auch detailliert traditionell vernachlässigte Bereiche erfassen, wie das alltägliche Leben an der Front oder in der Heimat³.

Betrachtet man die geschichtliche Literatur zur Novemberrevolution in Deutschland, so muß man feststellen, daß es - ähnlich wie in der Literatur zur russischen Revolution - Eigenartigkeiten gibt, die der erkenntnistheoretischen Erforschung nicht dienlich sind. Vor allem wird die Novemberrevolution selbst in der militärgeschichtlichen Forschung zumeist nur am Rande mit dem 1. Weltkrieg in Verbindung gebracht. Die meisten Werke erforschen die Vorgänge der Novemberrevolution, ohne die vom 1. Weltkrieg hervorgerufenen Veränderungen gebührend analysiert zu haben. Als Ergebnis einer solchen Betrachtungsweise erscheint die Novemberrevolution nicht als kontinuierliche Geschichtsentwicklung, sondern wird etwas aus dem Kontext der Ereignisse herausgerissen. Sofern die militärische Geschichtsschreibung den Versuch unternimmt, den 1. Weltkrieg in die Analyse der Novemberrevolution mit einzubeziehen, so macht sie dies traditionell auf zweierlei Arten. Die erste traditionelle Betrachtungsweise wurde schon in der Weimarer Republik formuliert. Sie besteht hauptsächlich in dem Versuch, die Novemberrevolution als ein Ereignis darzustellen, daß die Niederlage im 1. Weltkrieg aus deutscher Sicht erst besiegelte. Diese Betrachtungsweise änderte sich nach 1945, jedoch verfiel man in ein anderes Extrem: Die Novemberrevolution wird faßt ausschließlich als logische Konsequenz des verlorenen Krieges, als schlichte Begleiterscheinung des militärischen Zusammenbruches des Kaiserreichs dargestellt. Untersuchungen wie A. Rosenbergs „Entstehung der deutschen Republik“, in der der innere Verfall der Monarchie und der bestehenden politischen Ordnung während des 1. Weltkrieges gründlich erforscht wird, haben in der deutschen militärischen

¹ Vgl. **Lütge, F.**, *Die deutsche Kriegsfinanzierung*, in: **Stucken, R. (Hrsg.)**, *Beiträge zur Finanzwissenschaft und zur Geldtheorie*, Göttingen 1953, **Müller, A.**, *Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung 1914-1918 im Dienste des deutschen Monopolkapitals*, Berlin 1955, **Skalweit, A.**, *Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft*, Stuttgart 1927, **Lotz, W.**, *Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege*, Berlin 1927.

² **Hirschfeld, G., Krumeich, G., Langewiesche, D. (Hrsg.)**, *Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkrieges*, Essen 1997, **Michalka, W. (Hrsg.)**, *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1994.

³ **Knoch, P. (Hrsg.)**, *Kriegsalltag. Die Rekonstruktion des Kriegsalltags als Aufgabe der historischen Forschung und der Friedenserziehung*, Stuttgart 1989.

Geschichtsschreibung keine Analogie. Bis zum heutigen Tag ist keine vergleichbare Arbeit erschienen, die den 1. Weltkrieg und die Novemberrevolution aus militärischer Sicht analysiert und beides als kontinuierliche Entwicklungskette von Ereignissen darstellt. Es gibt ferner auch keine Untersuchungen darüber, wie die russische Revolution von 1917 die Ereignisse in Deutschland ein Jahr später beeinflusste und inwieweit sich dieser Einfluß nennenswert im Verhalten deutscher Soldaten in den Herbstmonaten 1918 niederschlug. Schließlich befanden sich Millionen deutscher Soldaten während der Kriegsjahre im Osten, und in der Zeitspanne zwischen 1917 und 1918 waren sie als Besatzungsmacht in den eroberten Gebieten dem revolutionären Einfluß wohl sehr stark ausgesetzt.

Es wird heute desweiteren in der Fachliteratur kaum noch erwähnt, daß nicht etwa die französische, britische oder gar amerikanische Armee, sondern die Armee Rußlands traditionell der preußisch geprägten Bundesarmee Deutschlands am meisten geähnt hatte. Diese Ähnlichkeiten der preußischen und russischen Heerestraktionen umfaßten nicht nur die institutionellen Bereiche – die anderen Heere Europas mit Ausnahme Frankreichs hatten das preußische Militärmodell Moltkes bis 1914 mehr oder minder übernommen-, sondern waren vor allem geistiger und erzieherischer Natur. Genau wie später im 2. Weltkrieg stand das Heer Deutschlands einer Streitmacht gegenüber, die nicht nur in Fragen Taktik, Organisation und Kriegsführungsmanier, sondern auch mentalitäts- und verhaltenstechnisch ihm wohl am ähnlichsten war. Zieht man die Tatsache in Betracht, daß das Zarenreich als Staatsgebilde verfassungsrechtlich mit den Mittelmächten vor 1914 wesentlich mehr Gemeinsamkeiten hatte, als mit seinen westlichen Verbündeten, so erscheint das Verhalten der Armeen Deutschlands und Rußlands während des 1. Weltkrieges und während der Revolutionen in beiden Ländern von großem Interesse zu sein.

In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, die revolutionären Ereignisse in Rußland und im Deutschen Reich 1917-1918 aus militärischer Sicht zu untersuchen und einen Vergleich zu ziehen. Es handelt sich hierbei um einen bisher so gut wie unerforschten Bereich der Geschichtsschreibung, über den bis zum heutigen Tag - ungeachtet der Bedeutung dieses Problembereichs für das Verständnis des 1. Weltkrieges, wie auch für das Verständnis der Revolutionen in Deutschland und in Rußland - keine vergleichenden Untersuchungen durchgeführt wurden. Dabei erschien es für die Analyse der Ereignisse notwendig, die Vorgänge nicht nur aus rein militärischer Sicht zu beleuchten, sondern auch solche traditionell „zivilen“ Bereiche wie Wirtschaft, Innenpolitik und kulturelle Veränderungen innerhalb der Gesellschaften während des Krieges zu erfassen. Entgegen der weit verbreiteten Meinung war der 1. Weltkrieg kein „Totaler Krieg“ im modernen Sinn. Dennoch waren die Entwicklungen der Zivilgesellschaft dermaßen wichtig, daß sein Ablauf aus militärischer Sicht ohne sie nicht darstellbar ist. Die Bedeutung der sog. „Heimatfront“ für die Heere im 1. Weltkrieg wird am besten durch die Tatsache belegt, daß Dokumente mit zivilem Hintergrund wohl mit Abstand die meisten Regalmeter der Archive füllen. Anders als im 2. Weltkrieg wurden im 1. Weltkrieg in beiden Reichen weder das parteipolitische Leben noch die zivile Gesetzgebung entscheidend außer Kraft gesetzt. Die beiden Monarchien besaßen so gut wie keine Merkmale einer totalitären Regierungsform. Kaiserliche Regierungen betrieben die Mobilisierung der Gesellschaften Deutschlands und Rußlands für den Krieg mit traditionellen Regierungsmethoden, wobei in beiden Ländern der Versuch unternommen wurde, durch eine Lockerung der Gesetzgebung während der Kriegszeit die Bevölkerung im Zaum zu halten. Aus diesem Blickwinkel betrachtet erscheint die Untersuchung der Erosion beider Monarchien

während des 1. Weltkrieges für das Verständnis der Revolutionen in Deutschland und in Rußland aus militärischer Sicht von zentraler Bedeutung. Die Institution der Monarchie war nicht nur der wichtigste Bestandteil der jeweiligen Staatsordnung, sondern auch das wichtigste Band, welches die Streitkräfte beider Länder zusammenhielt. Der Verfallsprozeß der Monarchien während des 1. Weltkrieges machte sich in der Moral der Truppe und ihrer Standhaftigkeit bemerkbar. Besonders verhängnisvolle Folgen hatte dieser Prozeß im sog. „Heimatheer“, dem in den anstehenden Wirren in beiden Ländern eine zentrale Rolle zufiel. Als im Laufe des Krieges die Autorität der Monarchien innerhalb der Zivilgesellschaften zunehmend verloren ging, waren die Soldaten des Heimatheeres der entscheidende Faktor im Kampf der jeweiligen Monarchen um die Erhaltung der bestehenden Staatsordnung.

Desweiteren ist es sehr wichtig, den Zusammenhang zwischen der kämpfenden Front und der Situation in der Heimat zu untersuchen. Gerade dieser Bereich wird in der Geschichtsschreibung traditionell nur oberflächlich beleuchtet. Die Ereignisse an der Front hatten nachweislich einen sehr großen Einfluß auf die Innenpolitik in beiden zu untersuchenden Staaten. Der größte Teil der Literatur zum Thema spezialisiert sich hingegen entweder auf die Kriegsführung oder auf die politische Entwicklung in der Heimat, ohne diese beiden Bereiche miteinander in Verbindung zu setzen. Die Untersuchung der inneren Organisation der Streitmächte beider Länder ist ein weiterer Bereich, welcher im Zusammenhang mit der Schilderung des Zusammenbruchs beider Monarchien traditionell nicht ausreichend berücksichtigt wird. Wie aus dem verfügbaren Quellenmaterial zu entnehmen ist, haben gerade die Unzulänglichkeiten in diesem Bereich, sowohl in Rußland wie auch in Deutschland, während der entscheidenden Monate des Zusammenbruchs der beiden Monarchien eine zentrale Rolle gespielt. Wie tiefgreifend diese Mankos gewesen sind, kann man schon anhand der Tatsache ersehen, daß im 2. Weltkrieg beide Länder bemüht waren, gerade die organisatorischen Fehler des 1. Weltkrieges zu vermeiden und dies mit durchschlagendem Erfolg. Einer der Hauptgründe, weshalb Deutschland und Rußland im 2. Weltkrieg in der Lage waren, trotz Katastrophen an der Front den Krieg bis zum Ende fortzuführen, ist der, daß es in beiden Ländern gelungen war, diese Fehler zu korrigieren. Ein weiteres sehr interessantes Untersuchungsfeld für die anstehenden Vergleiche besteht in der unterschiedlichen Art und Weise, in der die Regierungen Deutschlands und Rußlands versuchten, die Lage nach dem Zusammenbruch der Monarchien unter Kontrolle zu bringen. Aus den verfügbaren Quellen geht eindeutig hervor, daß gerade dieses Vorgehen den Ausgang der russischen Revolution von 1917 sowie der deutschen Novemberrevolution entschieden hat. Zuguterletzt soll der Frage nachgegangen werden, ob eine Revolution gegen eine zum äußersten Widerstand entschlossene Regierung, die durch überlegen ausgerüstete Truppen unterstützt wird, überhaupt erfolgreich sein kann¹.

¹ Zur Literatur über eine vergleichende Revolutionslehre vgl. **Beyme, K., von (Hrsg.)**, *Empirische Revolutionsforschung*, Opladen 1973, **Eliasberg, G.**, *Der Ruhrkrieg 1920. Zum Problem von Organisation und Spontaneität in einem Massenaufstand und zur Dimension der Weimarer Krise*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 10. Jg., Bonn 1959, S. 291ff., **Brinton, C. C.**, *Die Revolution und ihre Gesetze*, Frankfurt 1959, **Calvert, P.**, *A Study of Revolution*, Oxford 1970, **Greene, T. H.**, *Comparative revolutionary Movements*, New Jersey 1974, **Johnson, C.**, *Revolutionstheorie*, Köln 1971, **Meyer, G. P.**, *Revolutionstheorien heute. Ein kritischer Überblick in historischer Absicht*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Sonderheft 2: *200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung*, Göttingen 1976, S. 122ff.

Teil I.: Die Russische Streitmacht im 1. Weltkrieg und in der Revolution von 1917:

Kap. 1. Der Ausbruch des Weltkrieges und die Rolle der Monarchien

In der ersten Hälfte des Jahres 1914 wurde das Bewußtsein der Völker Europas hauptsächlich von zwei Ereignissen bestimmt. Im Mai dieses Jahres wurde in Den Haag der Friedenspalast eingeweiht. Die pompöse Feier, bei der Delegierte aller Länder der zivilisierten Welt zugegen waren, sollte das Hereinbrechen eines neuen humanen Zeitalters für die Menschheit unterstreichen. Von der Einweihung an, so die Ansprachen der meisten Redner, sollten die brutalen Geschäfte des Krieges aus dem Bewußtsein der zivilisierten Welt für immer getilgt sein und das 20. Jahrhundert ein goldenes Zeitalter der Zivilisation, der Menschlichkeit und des Fortschritts werden. Am 28. Juni 1914 wurden aber in Sarajevo unter mysteriösen Umständen der Thronfolger der k.u.k. Monarchie, Erzherzog Franz-Ferdinand und seine Gattin von serbischen Terroristen (Staatsbürgern der k.u.k. Monarchie) ermordet. Der europäische Krieg kam trotz der vielen Vorhersagen plötzlich und für die meisten Zeitgenossen unerwartet. Mit den „Schüssen von Sarajevo“ brachen die Dämme des Friedens und eine Flut lang aufgestauter nationaler und politischer Gegensätze der Großmächte brach über die Völker Europas herein¹.

Angesichts der reichhaltigen Literatur zum Kriegsausbruch ist es nicht notwendig, sich mit dem diplomatischen Vorspiel des Weltkrieges aufzuhalten². Ganz allgemein gesprochen war die unmittelbare Ursache des Weltkrieges die Entscheidung Deutschlands, Österreich-Ungarn in seiner Auseinandersetzung mit Rußland auf dem Balkan zu unterstützen. Als Österreich-Ungarn trotz der Annahme seines Ultimatums ein Exempel an Serbien statuieren wollte und mit dem Bombardement Belgrads begann, entschloß sich Rußland, seinem Satelliten beizustehen. Dem russischen Teilmobilmachungsbefehl folgte das deutsche Ultimatum, das schließlich zur Kriegserklärung Deutschlands an Rußland und Frankreich führte. Die Behandlung der außerordentlich komplizierten und unterschiedlich ausgelegten sog. „Kriegsschuldfrage“ liegt außerhalb der Zielsetzung der vorliegenden Arbeit. Die unterlegenen Mittelmächte führten später den Ausbruch des Krieges auf den russischen Teilmobilmachungsbefehl vom 15./28. Juli 1914 zurück, der in vier von insgesamt 13 Militärdistrikten des russischen Reiches erfolgt war³. Die russische öffentliche Meinung sah darin nur eine Abschreckungsgeste, denn es existierten Befehle des Zaren an die Truppen, kriegerische Operationen nicht als erste zu eröffnen⁴. Von diesen Absichten waren auch die Mittelmächte in Kenntnis gesetzt⁵. Diese Meinung wurde dadurch bekräftigt, daß ein ähnliches Abschreckungsverfahren von Rußland bereits während der Balkankrise von 1913 angewandt worden war, ohne zum Krieg zu führen⁶. Die Entente schob die „Schuld“ am Ausbruch des Krieges allein den Mittelmächten zu: Bei Unterzeichnung des Versailler Vertrages wurden die Vertreter Deutschlands gezwungen, die Schuld ihres Landes auch anzuerkennen. In der Nachkriegszeit führte die Klärung der Kriegsschuldfrage zu

¹ Zur Vorgeschichte des 1. Weltkrieges vgl. **Gilbert, M.**, *The First World War*, London 1994, **Lepsius, J. (Hrsg.)**, *Die große Politik der europäischen Kabinete 1871-1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes*, 20 Bde., Berlin 1924-1927.

² **Jemets, V.**, *Očerki vnešnej politiki Rossiji: 1914-1917*, Moskau 1977, **Lieven, D. C. B.**, *Russia and the Origins of the First World War*, London 1984.

³ **Fischer, F.**, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914/18*, Düsseldorf 1977, S.78f.

⁴ **Gurko, V.**, *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S. 11-20.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

erbitterten Papierschlachten, die nicht minder verbissen als die Militärschlachten des I. Weltkrieges ausgefochten wurden. Teilweise läßt sich die Debatte dadurch erklären, daß eine nicht ausschließliche Kriegsschuld Deutschlands mit einer Minderung der Reparationszahlungen verbunden gewesen wäre. Um die Jahrhundertwende, vor den Erfahrungen zweier Weltkriege, hatte der Krieg im Bewußtsein aller Völker ohnehin einen ganz anderen Stellenwert als danach. Der Krieg war vor 1914 noch kein internationales Verbrechen¹. Der Krieg war in den Augen der meisten Zeitgenossen, die im Sommer 1914 noch nicht seine ganze Tragweite erahnten, eben eine Weiterführung der Politik mit „*anderen Mitteln*“².

Viel interessanter hingegen ist die Frage, ob der Krieg tatsächlich im Interesse der halb absolutistischen Monarchien Mittel- und Osteuropas lag, oder ob er ihnen vielmehr von der öffentlichen Meinung der „fortschrittlichen Schichten der Gesellschaft“ ihrer Länder aufgezwungen wurde. Diese Frage ist im Hinblick auf die Revolutionen in Rußland und im Deutschen Reich außerordentlich wichtig. Der I. Weltkrieg warf zum ersten Mal nach der Französischen Revolution von 1798 nicht nur politische, sondern auch ideologische Fragen auf. Das russisch - englisch - französische Bündnis war ein sehr unnatürliches. Es ähnelte seiner Unnatürlichkeit nach dem Bündnis Churchills und Roosevelts mit Stalin im II. Weltkrieg. Es konnte nur solange bestehen, wie man in Westeuropa auf die militärische Hilfe Rußlands angewiesen war und mußte nach dem Sieg zerfallen³. Das Frankreich der Vorkriegsjahre war, wie noch nie in seiner parlamentarischen Geschichte zuvor, eine extrem links tendierende Republik und daher ideologisch kaum mit der russischen Monarchie vereinbar⁴. Auch Großbritannien war innenpolitisch eher mit dem republikanischen Frankreich, als mit den Monarchien Mittel-, oder Osteuropas vergleichbar, und seine öffentliche Meinung war schon immer eher feindlich gegenüber den halb absolutistischen Staaten Mittel- und Osteuropas eingestellt. Zudem unterstützte es außenpolitisch Kräfte, wie die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen, die nicht nur Österreich-Ungarn oder Deutschland, sondern vor allem Rußland gefährlich waren⁵. Die Gewinnung der Meerengen - jahrelang primäres Ziel russischer Außenpolitik - verlor Anfang des 20. Jahrhunderts an ihrer ursprünglichen Bedeutung. Die Türkei war auch so vertraglich verpflichtet, russische Handelsschiffe durch die Meerengen passieren zu lassen⁶. Außerdem war Rußland eine Festlandsmacht. Für die Flotte Großbritanniens war sie kein ernstzunehmender Gegner. Die britische Flotte war in der Lage, jederzeit, auch nach der Vergabe der Meerengen an Rußland, ein System von Basen in den zahlreichen Inseln Griechenlands zu errichten und bei Bedarf den russischen Besitz der Meerengen zur Fiktion zu machen⁷.

Die Vorkriegsperiode zeichnete sich in Rußland durch eine Aufbruchstimmung im ökonomischen und kulturellen Sektor aus und war mit dem Namen P. Stolypins, dem wohl bedeutendsten russischen Politiker der Vorkriegszeit verknüpft. Zum ersten Mal in der modernen Geschichte Rußlands wurde ein Versuch unternommen, aus den ständig zur „Schwarzen Umverteilung“ neigenden Bauern Privateigentümer zu machen. Stolypins Agrarpolitik ermöglichte es den Bauern, ihre Gemeinden zu verlassen und als Grundeigentümer eigene

¹ Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 2., S. 282-329. Geiss, I., *Die Kriegsschuldfrage - das Ende eines Tabus*, in: Mosse, G. (Hrsg.), *Kriegsausbruch 1914*, München 1970, S. 101-127, Kantorowicz, H., *Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914*, Frankfurt a. M. 1967.

² Ebd.

³ Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Betrachtungen*, 2 Bde., München 1925, Bd. 1., S.112.

⁴ Tarle, J., *Evropa v epochu imperializma 1871-1919*, Moskau 1958, S. 214-246.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Ebd., Golder, F. (Hrsg.), *Documents of Russian History 1914-1917*, Gloucester Mass. 1964, S.3f.

⁷ Ebd.

Siedlungen zu gründen. Obwohl während der Stolypinischen Gesetzgebung 2 465 000 (oder 24%) der Bauern Privateigentümer wurden, hatte diese Reform das Agrarproblem Rußlands nicht gelöst. Als der Krieg die Reformen unterbrach, waren die restlichen 76% der Bauern immer noch in ihren Gemeinden¹. Die Zufriedenstellung des Bauerntums, eines der wichtigsten sozialen Probleme des russischen Reiches, war somit unvollendet. Das psychologische Trauma der Revolution von 1905, der damalige regelrechte Krieg in den Dörfern und die Meutereien in der Armee waren 1914 noch keinesfalls in Vergessenheit geraten. Bedenkt man, daß schon der Krieg gegen Japan eine Revolution auslöste, so läßt sich kaum bestreiten, daß es für die russische Führungsschicht 1914 ein Gebot der Klugheit war, sich auf kein militärisches Abenteuer einzulassen. Die weitsichtigeren Politiker Rußlands waren angesichts der inneren Probleme ihres Landes bestrebt, Krieg zu vermeiden. Die russischen Ministerpräsidenten S. Witte und P. Stolypin drängten auf eine isolationistische Politik, weil sie nicht überzeugt waren, daß Rußland den Krieg überstehen könne². Niemand formulierte die schlimmen Vorahnungen der hohen Beamtenschaft treffender, als der ehemalige Innenminister P. Durnovo. Er unterbreitete im Februar 1914 Nikolaj II. ein Memorandum über die Gefahren, die Rußland durch einen Krieg drohten. Dieses Dokument prophezeite den Verlauf der Ereignisse so genau, daß man es trotz seiner unzweifelhaften Echtheit durchaus für eine Fälschung halten könnte. Durnovo gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß mit einem für Rußland nachteiligen Ausgang des Krieges „... *eine Sozialrevolution in ihrer extremsten Form unvermeidlich sein wird. Sie wird in allen Schichten der Gesellschaft eintreten, die der Regierung die Schuld an der Niederlage geben werden. Die in der Duma vertretenen Politiker werden sich die mißliche Lage der Regierung zunutze machen, um die Massen aufzuwiegeln ... Die Loyalität der Armee wird nach dem Tode zahlreicher Berufsoffiziere an der Front geschwächt sein; deren Nachfolger, soeben zu Offizieren ernannte Zivilisten, werden weder die Autorität haben, noch willens sein, den Wunsch der bei uns fast ausschließlich aus Bauern bestehenden Soldaten, in die Heimat zurückzukehren, im Zaum zu halten. Die Soldaten werden in die Heimat zurückkehren, um sich dort an der gewaltsamen Landnahme zu beteiligen ... In dem nun folgenden Aufruhr werden die Oppositionsparteien, die in der Bevölkerung keinen Rückhalt besitzen, unfähig sein sich zu behaupten ... Rußland wird in eine totale Anarchie gestürzt, deren Konsequenzen sich nicht einmal ahnen lassen*“³. Der Zar konnte unmöglich die Augen vor der Tatsache verschließen, daß im Falle einer Niederlage ihm als Monarchen die volle Verantwortung zugeschoben werden würde. Auf diese Gefahr wurde Nikolaj II. auch von seiner Umgebung sowie von seinen Ministern mehrmals hingewiesen⁴. Und eine solche Entwicklung der Dinge konnte sich Nikolaj II. als ein überzeugter Verfechter des monarchistischen Prinzips kaum wünschen. Mit einer hessischen Prinzessin verheiratet, war er sich nur allzusehr bewußt, daß sich die antideutsche Propaganda zwangsläufig leicht auch gegen die Dynastie wenden konnte⁵. Nikolaj II. war hauptsächlich gegen seinen Willen und nicht zuletzt auf Druck der öffentlichen Meinung auf den Konfrontationskurs mit den Mittelmächten gedrängt worden. Für die Liberalen und Sozialisten der Vorkriegszeit war das Deutsche Reich ein ideologischer Gegner. Ihre politischen Sympathien lagen bei Frankreich und so wurden alle Annäherungsversuche zwischen Wilhelm II. und Nikolaj II., die so oft im ersten Jahrzehnt des

¹ Golovin, N., *Rossijskaja kontr-revoljuzija*, Bd. 1., S. 81.

² Sazonov, S., *Fateful Years*, London 1928, S. 32f., Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S.112.

³ Durnovos Memorandum, in: Golder, F. (Hrsg.), *Documents of Russian History*, S. 21-22.

⁴ Ebd., Sazonov, S., *Fateful Years*, Tarle, J., *Evropa v epochu imperializma*, S. 262-270.

⁵ Ebd.

20. Jahrhunderts stattfanden, nicht zuletzt auf Druck der öffentlichen Meinung von der russischen Regierung torpediert¹.

Ähnliche Überlegungen stellten beim Ausbruch des I. Weltkrieges 1914 auch der deutsche und der österreichische Kaiser an. Die Vernichtung der Monarchie im Osten konnte für sie im Falle des Sieges (welcher aufgrund der erdrückenden Übermacht der Entente sehr zweifelhaft war) nicht nur Gebietsgewinne bieten, sondern auf lange Sicht auch mit einer gewissen Bedrohung ihrer Regierungssysteme einhergehen. Eine feindlich gesinnte Monarchie im Osten war für sie auf jeden Fall besser als ein - wenn auch geschlagener - Staat mit republikanischer Verfassung. Es ist viel darüber geschrieben worden, daß die offizielle Außenpolitik des russischen Reiches auf dem Balkan das Ziel verfolgte, durch Unterstützung der slawischen nationalistischen Bewegungen den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zu zerstören². Gerade Kaiser Franz Josef verdankte den Erhalt seines Thrones und die Erhaltung seines Reiches 1848 der brutalen Unterdrückung des ungarischen Aufstandes durch die russische Armee³. Die Donaumonarchie fühlte sich von den Bestrebungen der Balkanvölker existentiell bedroht, jedoch konnte man neben der Unterstützung der Balkanvölker durch die Russen (die übrigens in der Geschichtsschreibung bis heute oft überbetont wird⁴) auch auf gewisse Sicherheiten bauen. Man muß sich vor Augen halten, daß das russische Kaiserreich selbst ein Vielvölkerstaat war, der innenpolitisch versuchte, den Nationalismus mittels der übernationalen Idee der Monarchie einzudämmen und daher nicht fähig war, die Nationalismen seiner Verbündeten für sich zu nutzen.

Die dynastischen Bindungen der Hohenzollern zu den Romanovs hatten eine lange Tradition und konnten auf eine lange Geschichte der Kooperation (etwa bei der Eindämmung polnischer Emanzipationsbestrebungen) zurückblicken. Die Hohenzollern waren mit den Romanovs eng verwandt. Es existierten „preußische“ Militäreinheiten in der russischen Armee und „russische“ in der Armee Preußens⁵. Außerdem stellte man den Monarchen seit den Kriegen gegen Napoleon I. je einen Flügeladjutanten des anderen Landes zur Seite. „Prusskij fligeladjutant“ war ein fester Begriff im Petersburger Hofleben. Er unterstand in keiner Hinsicht dem Botschafter seines Landes⁶. Seine Mission bestand darin, das Vertrauen des Zaren zu gewinnen und eine direkte Verbindung zwischen ihm und dem preußischen König aufrechtzuerhalten⁷. Er gehörte zur persönlichen Suite des Zaren und sah ihn täglich, während er fast keinen Kontakt mit der Botschaft seines Landes unterhielt. Diesen Verbindungen war es auch nicht zuletzt zu verdanken, daß Rußland in den Einigungskriegen Bismarcks neutral blieb und Preußen bis zum letzten Soldaten alle verfügbaren Kräfte gegen Frankreich werfen konnte⁸.

Merkwürdigerweise ist es noch heute fast allgemein üblich, die Monarchen Mitteleuropas und die Aristokraten der jeweiligen Länder zu den wichtigsten Kräften der Kriegstreibung zu zählen. Vor allem Kaiser

¹ Vgl. Ebd., **Witte, S.**, *Vospominanija*, Bd. 2., S. 409f.

² **Williamson, S.**, *Austria - Hungary and the Origins of the First World War*, London 1991, S. 100f.

³ **Vojejkov, V.**, *S zarjom i bez zarja. Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, Moskau 1995, S. 194.

⁴ **Williamson, S.**, *Austria - Hungary and the Origins of the First World War*, S. 100f.

⁵ Der spätere Gründer der Reichswehr General von Seeckt und Feldmarschall Mackensen waren vor dem Weltkrieg Mitglieder "russischer" Formationen, vgl. **Carsten, F.**, *Reichswehr und Politik 1918-1933*, Berlin 1964, S. 117f, **Schwarz Müller, T.**, *Zwischen Kaiser und "Führer". General August von Mackensen. Eine politische Biographie*, Paderborn u.a. 1995, S. 32-92, **Seeckt, H., von**, *Aus meinem Leben*, Leipzig 1938, S. 13-65.

⁶ **Craig, G. A.**, *Die preußisch - deutsche Armee. Staat im Staate*, Königstein 1980, S. 283-293.

⁷ **Schweinitz, H.**, *Denkwürdigkeiten des Botschafters H. L. von Schweinitz*, Berlin 1927, 2 Bde., Bd. 1., S. 171f.

⁸ Ebd.

Wilhelm II. wird bis heute in der Geschichtsschreibung die Hauptschuld am Ausbruch des I. Weltkrieges gegeben. Nicht nur, weil er nach dem Krieg von der Entente förmlich als Kriegstreiber angeklagt wurde, sondern auch, weil Wilhelm II. persönlich zu den exzentrischsten Persönlichkeiten seiner Zeit zählte. Sehr geschadet haben ihm seine offiziellen, oft prahlerischen Reden und die nach dem Krieg herausgegebenen amtlichen Papiere mit abgedruckten Randbemerkungen¹. Wilhelm II. allein nach seinen Aussagen zu beurteilen, wäre aber nicht fair. Er erfüllte seine Aufgaben gut und seine impulsiven Bemerkungen hatten auf die praktischen Regierungsgeschäfte in Friedenszeiten, die er streng nach den Buchstaben des Gesetzes ausführte, keinen unmittelbaren Einfluß². Allerdings war sein Humor oft sehr eigenartig: Einmal, anlässlich einer Kolonialausstellung, die ein afrikanisches Häuptlingszelt mit aufgepfälhten Feindesköpfen installiert hatte, rief er beispielsweise aus: „*Wenn ich doch den Reichstag so aufgereiht sehen könnte*“³. Als allerdings der Reichstag und die öffentliche Meinung im Zuge der sog. „Daily Telegraph – Affäre“ scharf gegen den Kaiser und seine eigentlich belanglosen Äußerungen vorging, war er, schwer angeschlagen und bat die Volksvertreter um Entschuldigung⁴. Man sollte deshalb die meisten öffentlichen Aussagen des Kaisers nicht zu ernst nehmen. Es waren oft Seifenblasen, die im Gehirn Wilhelms II. ebenso schnell zerplatzten, wie sie aufgestiegen waren. Immerhin riß diese intellektuelle Seifenblasenproduktion nie ab, sie gehörte zum Charakterbild des Kaisers während dessen gesamter Regierungszeit und noch darüber hinaus. Die Improvisationen, mit denen Wilhelm gewohnheitsmäßig seine vielen Reden schmückte - oft indiskret, ausschweifend und prahlerisch, manchmal unangenehm blutrünstig -, haben nachträglich sein Bild sehr verdunkelt. Aber man darf nicht vergessen, daß sie in dem Augenblick, als sie gesprochen wurden, meist Beifallstürme seiner Zuhörer entfesselten. Sie kamen gewiß nicht aus seinem Innersten - Wilhelm II. war niemals ein blutrünstiger Gewaltmensch gewesen -, sondern reflektierten eher die Stimmung der öffentlichen Meinung. Das, was er sagte und tat, entsprach im Grunde genommen oft den Erfordernissen der Situation. Wilhelm II. hatte eine große Gabe für das Repräsentieren. Er hatte eben wie kein anderer zeitgenössischer Monarch, was die Engländer „a sense of occasion“ nennen - das Talent, die Stimmung zu erfassen und genau den Nerv des jeweiligen Publikums zu treffen. Im Gegensatz etwa zu dem russischen Zaren oder dem englischen König Eduard, las er seine Reden nie vom Papier ab⁵. Sein mediales Talent kam oft sehr gelegen und er tat vieles in den entscheidenden Augenblicken. So trug sein berühmt gewordener Ausspruch nach Kriegsausbruch „*Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche*“ zweifellos das Seine zur Mobilisierung der Öffentlichkeit für die Nöte des Krieges bei. Zu behaupten, daß Wilhelm II. oder seine Umgebung bewußt den Krieg provozierten, wäre eine grobe Übertreibung. Die Bereitschaft, außenpolitische Probleme nötigenfalls auch mit Gewalt zu lösen, kam von einer anderen Seite, und Wilhelm II., die Armeespitze oder die Aristokratie konnten sehr leicht zu Opfern der Propaganda dieser Kreise werden. Das Deutsche Reich erlebte im Gegensatz zu Rußland unmittelbar vor dem Weltkrieg bekanntlich keine Revolution. Dennoch war Wilhelm II. im zweiten Jahrzehnt seiner Regierung durch verschiedene Skandale schwer angeschlagen. Viele Geschichtsbücher berichten von der „Krüger-Depesche“ oder von der „Daily Telegraph – Affäre“ und darüber, daß Wilhelm II. um 1909 resigniert kurz vor dem Thronverzicht

¹ **Rall, H.**, *Wilhelm II. Eine Biographie*, Graz Wien Köln 1995, S. 50f.

² Ausführlich hierfür vgl. **Zedlitz-Trützler, R.**, *Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof*, Berlin 1924.

³ **Frauendienst, W. (Hrsg.)**, *Die geheimen Papiere Friedrichs von Holstein*, Göttingen - Berlin - Frankfurt a. M. 1956-1963, Bd. 3, S. 589.

⁴ **Hull, I.**, *The Entronage of Kaiser Wilhelm II. 1888-1918*, Cambridge 1982, S. 175f.

⁵ **Bülow, B. von**, *Denkwürdigkeiten*, 4 Bde., Berlin 1930, Bd. 1., S. 60f.

stand¹. Die Stimmung im Lande am Vorabend des Weltkrieges ist aber nur im Zusammenhang mit einer anderen Affäre begreiflich, deren Spitze sich gegen die unmittelbare Umgebung des Kaisers richtete.

Die herausragende Persönlichkeit in der Umgebung Wilhelms II. um die Jahrhundertwende war Graf Philipp Eulenburg². Eulenburg zählte zur Elite der preußischen Aristokratie, seine Familie stand seit Generationen im Dienst des Staates. Wie kein anderer übte Eulenburg bis zu seiner öffentlichen Ächtung auf die Person des Kaisers Einfluß aus³. Das wußte man in Deutschland. Aber auch im Ausland war man von dem Einfluß Eulenburgs auf den Kaiser bestens informiert⁴. Tatsächlich war Eulenburg nicht nur der persönliche Freund Wilhelms II., sondern auch die herausragende Persönlichkeit des politischen Lebens des Deutschen Reiches in den ersten Jahren nach der Verabschiedung Bismarcks⁵. Dabei bemühte sich Eulenburg nie um die Gunst des Kaisers. In ihrer Beziehung war stets Wilhelm II. der schwärmende und aktiv werbende Teil. In dieser Hinsicht stimmen Biographen Wilhelms II. und Eulenburgs überein⁶. Wahrscheinlich machte Eulenburgs Ehrlichkeit auf den Kaiser Eindruck, der zum großen Teil von Karrieristen umgeben war. Eulenburg, der nur aufgrund seiner Familientradition Politiker war, neigte immer dazu, sich in das Privatleben zurückzuziehen und blieb nur im politischen Leben aktiv, weil ihn Wilhelm II. in zahlreichen Briefen auf die Erfüllung seiner Pflicht hinwies⁷. In der krisenreichen Zeit nach der Entlassung Bismarcks agierte Eulenburg als eine Art „Krisenmanager“ und arbeitete dafür, eine starke Persönlichkeit zu finden und zu einem dauerhaften Reichskanzler aufzubauen⁸. Er hätte wahrscheinlich leicht selbst Kanzler werden können, lehnte es jedoch ab. Die Ernennung Bülow (erst zum Staatssekretär und dann zum Reichskanzler) ist größtenteils das Ergebnis der politischen Ambitionslosigkeit Eulenburgs gewesen⁹. Als im Herbst 1906 die politische Hexenjagd ihren Lauf nahm, lebte er bereits zurückgezogen auf seinem Gut. Seine Freundschaft mit Wilhelm II. dauerte zwar weiter an, jedoch nahm Eulenburg seit der Ernennung Bülow nachweislich keinen Anteil mehr am politischen Geschehen. Unter den politischen Journalisten der Vorkriegszeit ragt besonders der Herausgeber der Wochenschrift „Zukunft“, Maximilian Harden heraus, „der Augstein jener Epoche“, wie sein Biograph ihn bezeichnete¹⁰. Harden war seinerzeit von Wilhelm II. abgewiesen worden und begann gegen dessen Umgebung eine Verleumdungskampagne¹¹. Der öffentliche Angriff richtete sich gegen die Umgebung des Kaisers (die sog. „Liebenberger Tafelrunde“) und gegen ihren angeblichen verfassungswidrigen Einfluß auf die

¹ Vgl. **Schüssler, W.**, *Die Daily - Telegraph - Affäre. Fürst Bülow, Kaiser Wilhelm und die Krise des Zweiten Reiches*, Göttingen 1952.

² Ausführlich über P. Eulenburg vgl. **Burmeister, H. W.**, *Prince Philipp Eulenburg - Hertefeld 1847-1921*, Wiebaden 1981, S. 31f., **Hull, I.**, *The Entronage of Kaiser Wilhelm II*, S. 45-109.

³ Ebd.

⁴ **Witte, S.**, *Erinnerungen*, S. 280.

⁵ **Hull, I.**, *The Entronage of Kaiser Wilhelm II*, S. 76-109.

⁶ Ebd., **Sombart, N.**, *Wilhelm II. Sündenbock und Herr der Mitte*, Berlin 1996, S.159f.

⁷ Einige Briefe Eulenburgs an Wilhelm II. sind veröffentlicht bei: **Eulenburg - Hertefeld, P., von**, *Aus 50 Jahren. Erinnerungen, Tagebücher und Briefe aus dem Nachlaß des Fürsten Philipp zu Eulenburg - Hertefeld*, Berlin 1923.

⁸ **Röhl, J.**, *Germany without Bismarck. The Crisis of Government in the Second Reich 1890-1900*, Berkeley 1967, S. 246f., **Hull, I.**, *The Entronage of Kaiser Wilhelm II*, S.76-109.

⁹ Der Reichskanzler Bülow z. B. erwarb seinen Posten unter anderem auch durch Briefe folgenden Inhaltes, die er an Eulenburg richtete mit der Bitte, seine Kandidatur beim Kaiser zu unterstützen: *"Als schwesterliche entstiegen einst unsere Seelen dem rätselhaften Born des Daseins; nur andere Hüllen und verschiedenfarbige Flügel wurden uns gegeben. Wenn Dir die Himmlischen die Zaubergabe reichten und glänzendes künstlerische Talent schenkten, so kann ich Dir hierin produktiv nicht zur Seite stehen, wohl aber rezeptiv mich an Dir freuen, Deinen Geist genießen und Dich bewundern"*, Zitiert bei: **Thimme, F. (Hrsg.)**, *Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten*, München 1931, S. 43f.

¹⁰ Ausführlich zu Harden vgl. **Weller, B.**, *Maximilian Harden und die "Zukunft"*, Bremen 1970.

¹¹ **Balfour, M.**, *Der Kaiser*, S. 293f.

Regierungsgeschäfte. Wenn auch den Beweggründen Hardens eine gewisse historische Berechtigung nicht abgesprochen werden kann (der vermeintliche Einfluß mancher Personen auf den Kaiser war tatsächlich verfassungswidrig), so waren die Methoden alles andere als fair und werfen ein bezeichnendes Licht auf das geistige Klima im Vorkriegsdeutschland. In einer Reihe öffentlicher Prozesse wurden einige bekannte Persönlichkeiten aus der unmittelbaren Umgebung des Kaisers - darunter auch Eulenburg und der Berliner Stadtkommandant General Kuno von Moltke - der Homosexualität beschuldigt. Was heute als selbstverständlich toleriert wird, darf nicht über die Tatsache hinweg täuschen, daß Beschuldigungen dieser Art um die Jahrhundertwende mit einer öffentlichen moralischen Hinrichtung gleichbedeutend waren. „*Alle Gespräche sind beschmutzt und vergiftet durch die Eulenburgische Sache, und jeden Tag tauchen neue, gräßlichere, bedenklichere Einzelheiten und Symptome auf, die schon den Kaiser selbst in ihre versumpfte Atmosphäre ziehen*“, trug am 17. Mai 1908 Baronin Spitzenberg in ihr berühmtes Tagebuch ein¹. Hardens Persönlichkeit sollte nicht überbewertet werden. Er hatte einen starken Rückhalt in den Kreisen derer, die in der Umgebung des Kaisers Leute vermuteten, die einer aggressiven expansionistischen Außenpolitik im Weg standen. Harden war ein Lautsprecher jener, die in der Reichsgründung einen „Jugendstreich“ sahen, der „vergeblich“ war, wenn ihm nicht eine energische, auf Expansion gerichtete Außenpolitik folgte². Nicht zufällig folgten die Eulenburg-Prozesse den Enttäuschungen der Außenpolitik. Die Informationsquellen Hardens bleiben bis jetzt im Dunkeln, jedoch wurde er aller Wahrscheinlichkeit nach auch von gewissen Hofkreisen unterstützt³. Auftrieb bekamen die Prozesse durch die 1. Marokkokrise (1905-1906), die viele als eine Niederlage empfanden und der dekadenten Umgebung des Kaisers die Schuld daran gaben. Nur so kann der öffentliche Schlag gegen die konservativ - adelige Umgebung Wilhelms II. verstanden werden⁴. Die Prozesse gegen Eulenburg wurden genauso geführt. Die Anklage beschäftigte sich nicht nur mit der vermeintlichen Homosexualität der Betroffenen, sondern ihr Einfluß auf Wilhelm II. wurde als ein Störfaktor auf dem Weg zur Weltmacht gedeutet. In einem der vielen Prozesse wurde es so formuliert: „*Wir treiben im Deutschen Reich eine viel zu süßliche und weichliche Politik. Wenn wir, im Bewußtsein unserer Kraft, jede unwürdige Zumutung ablehnten, wenn wir zeigten, daß im Notfall das Schwert gezogen werden kann, gezogen werden wird, sobald die Ehre und die Zukunft der Nation es fordert, dann würde unsere Weltstellung besser sein ... Damals [1905] gab es zweierlei Politik: Die amtliche und die Eulenburgische. Die zweite, die okkulte, wurde von Herren betrieben, die den Kaiser umknieten. Diese Herren haben den Enkel des Wilhelms des Nüchternen in eine ungesunde, ihren Zwecken ersprießliche Romantik zu zerren versucht ... Daß solche Männer an solche Stelle gebracht wurden, war ein nationales Unglück. Dadurch ist die Atmosphäre entstanden, die eine so schwache, eine so weiche Politik, eine so verhängnisvolle Täuschung über die Realitäten ermöglichte*“⁵. Zur Verurteilung Eulenburgs kam es nicht - noch während der Gerichtsverhandlung brach er gesundheitlich zusammen und blieb für sein ganzes Leben an den Rollstuhl gefesselt. Der verunsicherte Wilhelm II. tappte gleich anschließend in eine andere Affäre. Er gab dem Reporter der englischen Zeitung „Daily

¹ Vierhaus, R. (Hrsg.), *Das Tagebuch der Baronin Spitzenberg. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches*, Göttingen 1960, S. 487.

² Zur Freiburger Antrittsvorlesung Webers und seinen politischen Ansichten siehe Mommsen, W., *Weber und die deutsche Politik: 1890-1920*, Tübingen 1974, S. 78f.

³ Zu den Ursprüngen der Affäre vgl. Rogge, H., *Holstein und Harden: Politisch - publizistisches Zusammenspiel zweier Außenseiter des Wilhelminischen Reiches*, München 1959, S. 31f.

⁴ Ebd.

⁵ Harden, M., *Köpfe*, 3 Bde. Berlin 1913, Bd. 3., S. 137f.

Telegraph“ ein unvorsichtiges Interview. Auch diese Affäre ereignete sich inmitten einer außenpolitischen Krise, als Europa 1908 infolge der Bosnienkrise wieder einmal unmittelbar vor dem Krieg stand¹.

Viele Historiker der Wilhelminischen Epoche gestehen trotz der brutalsten Methoden gegen politische Gegner den Motiven der Eulenburg-Prozesse eine gewisse Berechtigung zu, weil das, kurz gesagt, dem bürgerlichen Fortschritt diene und der Abneigung gegen Adelsprivileg und Günstlingsherrschaft entgegenkam. Aber die Dinge im nachbismarckischen Kaiserreich lagen auf tragische Weise so verquickt, daß Adelsprivileg und Günstlingsherrschaft (so schädlich sie auch sein mögen) mit einer vorsichtigen Außenpolitik im Sinne Bismarcks zusammenhingen, der bürgerliche Fortschritt aber mit dem Griff nach der „Weltmacht“. Es kam nicht von ungefähr, daß der Alldeutsche Verband sich vornehmlich aus dem Bürgertum, bzw. aus dessen intellektueller Elite rekrutierte und die konservative Spitze des preußischen Beamtentums und der Generalität abseits blieb². Man widerstand auch der Verlockung, die Marokkokrise von 1905-1906 zu einem Präventivschlag gegen die Entente zu benutzen, obwohl Rußland zu der Zeit infolge seiner Revolution und des verlorenen Krieges mit Japan militärisch extrem geschwächt war, und man sich im Generalstab dessen voll bewußt war, daß eine günstigere Ausgangssituation für einen Präventivschlag kaum denkbar war³. Eulenburg war nicht nur der Vertreter der Spitze des preußischen Junkertums, sondern auch ein überzeugter Verfechter der Ideale der alten Bismarckschule in der Außenpolitik und damit ein Mann des Friedens. Deshalb, nicht wegen seiner angeblichen Homosexualität wurde er vernichtet⁴. Aber es ging hier nicht um die Person Eulenburgs oder anderer Angeklagter. Die Eulenburg-Prozesse haben mehr als alle anderen politischen Ereignisse gezeigt, daß der „mächtigste Monarch der Welt“ in bestimmten Fragen der Außenpolitik nicht so allbestimmend war. Zurückblickend läßt sich sagen, daß die Eulenburg-Prozesse für die Hohenzollern ähnliche Folgen wie die Ermordung Rasputins für die Romanovs hatten. Die Ziele dieser Aktionen sind verständlich. Sie waren darauf gerichtet, die Monarchen gegen das „Böse“ in ihrer Umgebung zu schützen. Die Methoden schaden politisch aber vor allem den Monarchien. Die öffentliche Vernichtung Eulenburgs fügte der ganzen bestehenden sozialen Ordnung großen Schaden zu und bewirkte eine zunehmende Lähmung des konservativen preußischen Elements. Sie waren auf jeden Fall der Wendepunkt des Autoritätsverfalls der Monarchie in Deutschland⁵. Wilhelm II. erholte sich von den Ereignissen der Jahre 1905-1908 nie wieder. Seine Demontage begann bereits damals und fand im Weltkrieg nur ihre logische Fortsetzung. Mit ihr begann auch der Verfall der preußischen Hocharistokratie. Gerade die Aristokratie war nach 1870 mehr als andere gesellschaftliche Gruppen daran interessiert, den Frieden zu erhalten. Was das Deutsche Reich im Falle eines verlorenen Krieges zu befürchten hätte, formulierte der zaristische Innenminister in der bereits zitierten Denkschrift an den Zaren so: *„Egal wie seltsam meine Betrachtungen beim ersten Anblick erscheinen mögen, Deutschland wird im Falle einer militärischen Niederlage ähnliche soziale Erschütterungen erleben wie wir. Der Effekt des verlorenen Krieges mit ungeheuer großen Verlusten wird auch dort die jetzt noch tief versteckten Diskrepanzen an die Oberfläche treiben. Die soziale Ordnung des modernen Deutschlands ist heute vor allem durch das preußische Junkertum, die Großagrarien und das bodenbesitzende Bauerntum garantiert. Diese drei*

¹ Balfour, M., *Der Kaiser*, S. 296f.

² Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 2., S. 137f.

³ Görlitz, W., *Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, Berlin 1977, S. 139f.

⁴ Eulenburg hat sich nie von den Prozessen gesundheitlich erholt und starb schwer behindert 1921, vgl. Hull, I., von, *The Entourage of Kaiser Wilhelm II*, S.76-109.

⁵ Ebd.

Elemente sind das Bollwerk des von Preußen angeführten konservativen Regimes in Deutschland. Die vitalen Interessen dieser Gruppen erfordern die Beibehaltung der protektionistischen Politik für die Landwirtschaft bezüglich des Imports der Lebensmittel und die Erhaltung der hohen Preise für Lebensmittel auf dem heimischen Markt. Aber Deutschland hatte sich mit seinem begrenzten Territorium und seiner ständig wachsenden Bevölkerungszahl bereits vor einiger Zeit in eine mächtige Industrienation verwandelt. Der Protektionismus der Landwirtschaft ist dort mit der Industrialisierung und durch die Subventionen der Landwirtschaft gewährleistet. Für die im Industrie- und Dienstleistungssektor beschäftigte Mehrheit des Volkes ist es wegen des expandierenden Exports der Industriewaren leicht möglich, hohe Preise für heimische landwirtschaftliche Produkte zu bezahlen. Um so mehr, als der Import russischer landwirtschaftlicher Produkte für die Agrarier Deutschlands keine Gefahr darstellt. Diese werden nicht auf dem Innenmarkt verkauft, sondern im Ausland vermarktet. Das besiegte Deutschland würde aber zweifellos seine Position im industriellen Welthandel verlieren. Dies ist das Hauptziel Englands, des mächtigsten Mitgliedes der Entente. Für sie ist der Krieg gegen das Deutsche Reich vor allem der Krieg gegen die erfolgreiche deutsche industrielle Konkurrenz auf den Weltmärkten. Nachdem dies geschieht, wird die Hauptmasse des deutschen Volkes nicht nur die hohen Löhne, sondern ihr Einkommen überhaupt verlieren. Nach den langen Leiden des Krieges werden die Massen für die Ideen der sozialen Umverteilung sehr empfänglich. Die sozialistischen Parteien Deutschlands werden in der Lage sein, starke patriotische Tendenzen der Mehrheit des Volkes für die eigene Popularisierung zu benützen. Sie werden gemeinsam mit einem großen Teil des Volkes die Militärs und die halb feudale Elite des Landes des Verrates bezichtigen. Teile der Sozialdemokratie werden gezwungen sein, den Weg der friedlichen Evolution (dem sie vor dem Krieg so treu gefolgt sind) zu verlassen und sich auf den Weg der Revolution zu begeben. Ich glaube, eine große Rolle in den sozialen Umstürzen würde die in Deutschland so zahlreich vertretene Klasse der besitzlosen Bauern spielen. Abgesehen davon würden auch separatistische Tendenzen in Süddeutschland erwachen und der versteckte Antagonismus Bayerns gegen die Vorherrschaft Preußens würde in vollem Zuge zur Geltung kommen. Ich glaube, daß in Deutschland im Falle einer Niederlage eine Situation entstehen würde, die in ihrer Gravität nur unbedeutend besser wäre als die russische“¹.

Der I. Weltkrieg scheint nicht so sehr von den Monarchen Mittel- und Osteuropas herbeigewünscht worden zu sein. Er entzündete sich vielmehr als Ergebnis einer explosiven Mischung aus kriegslüsterner öffentlicher Meinung in allen beteiligten Staaten einerseits, und aus der Zwangslage der bündnispartnerlichen Verpflichtungen und Militärplanungen andererseits. Nach der vernichtenden Niederlage Frankreichs 1870 hatte Berlin allen Grund zur Annahme, daß Frankreich früher oder später versuchen würde, seine traditionelle Hegemonie auf dem Kontinent, sowie die beiden verlorengegangenen Provinzen Elsaß und Lothringen zurückzugewinnen. Während Bismarcks Kanzlerschaft war dies noch kein Anlaß zur Beunruhigung gewesen, da das militärische Potential des damals noch diplomatisch isolierten Frankreich lediglich die Hälfte des deutschen betrug, welches zudem mit Österreich-Ungarn und Rußland verbündet war. Die Sache sah jedoch ganz anders aus, als bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts Rußland und Großbritannien an der Seite Frankreichs standen und der einzige treue Bündnisgenosse Deutschlands, Österreich-Ungarn, sich am Vorabend grundlegender Veränderungen befand. Rußland war aufgrund seiner geopolitischen Lage und des größten Friedensheeres in Europa hervorragend

¹ Vgl. Memorandum Durnovos, bei: **Golder, F. (Hrsg.)**, *Documents of Russian History 1914-1917*, S.3f.

geeignet, ein Gegengewicht zur Machtstellung Deutschlands zu bilden. Großbritannien hatte zwar vergleichsweise kleine Bodendarmeen, besaß dafür aber die stärkste Flotte der Welt und verfügte über beinahe unbegrenzte Ressourcen. Selbst die optimistischsten Berechnungen des deutschen Generalstabes der Vorkriegszeit ergaben, daß die Entente der Mittelmächte, was Ressourcen und Menschenmaterial anbelangt, mindestens in einem Verhältnis von 5:3 überlegen war¹.

Das Deutsche Reich war strategisch vor die schwierigste Aufgabe gestellt. Wie kein anderer Staat Europas ist Deutschland geopolitisch von so vielen anderen Großmächten umgeben. Das Land war aufgrund seiner verhältnismäßig kleinen Ressourcen nur in der Lage, kurze Kriege zu führen und mußte eine Doktrin finden, wie mit einer zahlenmäßig kleineren Armee in einem Zweifrontenkrieg beide Gegner im kontinentalen Europa innerhalb kürzester Zeit entscheidend zu schlagen waren. Wenn Deutschland im bevorstehenden Kampf gewinnen wollte, mußte die gleichzeitige Eröffnung der feindlichen Offensiven verhindert und ihnen nacheinander begegnet werden. Sollte es Frankreich, Rußland und England gelingen, den zu erwartenden Ansturm der Deutschen zum Scheitern zu bringen und ihre Strategien dann erfolgreich miteinander zu koordinieren, waren die Siegesaussichten für Deutschland düster. Trotz seiner hervorragenden Armee wäre es ihm unmöglich gewesen, über die vereinten Streitkräfte der beiden anderen größten Heere des Kontinents und über die führende See- und Industriemacht der Welt die Oberhand zu gewinnen. Diese Überlegung lag dem sog. Schlieffenplan zugrunde, an dem der deutsche Generalstab seit 1895 arbeitete und den er bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges vervollkommnete. So waren z. B. die Bahntransporte mit einer Genauigkeit von bis zu einer Stunde in diesen Planungen vorgeplant².

Strategisch sah Schlieffens Operationsplan vor, daß Deutschland seine gesamte Streitmacht nach Westen wirft und Frankreich eine entscheidende militärische Niederlage beifügt, noch bevor Rußland seine Mobilmachung beendet hat. Anschließend sollte das Groß der deutschen Truppen nach Osten verlegt und gemeinsam mit der Armee Österreich-Ungarns gegen Rußland eingesetzt werden. Der Grundgedanke des Schlieffenplanes war die Schnelligkeit bei der Mobilmachung, bei der Durchführung der Operationen und bei der Truppenverschiebung. Die Überlegenheit Deutschlands gegenüber Rußland in der Organisation seiner Streitmacht und die kleineren Entfernungen in Westeuropa waren fest eingeplant. Die russische Mobilmachung war durch die geographischen Entfernungen des Landes unvergleichbar schwerer durchzuführen. Nach Angaben eines Militärexperten mußte ein einberufener Soldat in Deutschland durchschnittlich 200 bis 300 Kilometer von seinem Heimatort zurücklegen, um seine Einsatzstelle zu erreichen. In Rußland dagegen betrug diese Entfernung ca. 1 000 Kilometer³. Der Schlieffenplan kalkulierte das geringere Tempo der russischen Mobilmachung ein und setzte es auf ca. 110 Tage fest, während für Deutschland nur 15 Tage für die Durchführung der Mobilmachung vorgesehen waren⁴. Man hoffte in dieser Zeit (auf dem Papier waren es ca. 3 Monate) neun Zehntel der mobilisierten Truppen zur Westfront abkommandieren und dort der Hauptmacht der Franzosen eine entscheidende Niederlage versetzen zu können. Während dieses Westfeldzuges sollte die noch in der Mobilmachung begriffene russische Armee von

¹ Görlitz, W., *Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S. 159f.

² Groener, W., *Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg*, Göttingen 1957, S. 97-105 und 131-140.

³ Golovin, N., *Vojennyje usilija Rossiji v mirovoj vojne*, Paris 1939, 2 Bde., S. 56f. Nach Sidorov betrug aufgrund der geographischen Entfernungen die Länge des russischen Schienennetzes lediglich ein Elftel des deutschen, vgl. Sidorov, A., *Ekonomičeskoje položenie Rossiji v gody Pervoj Mirovoj Vojny*, Moskau 1973, S. 567f.

⁴ Jemets, V., *Očerki vnešnej politiki Rossiji: 1914-1917*, Moskau 1977, S. 46f.

der Hauptmacht des österreich-ungarischen Heeres in Schach gehalten werden, verstärkt durch die Teile der deutschen Armee, welche entlang der Grenze in Ostpreußen stationiert waren. Dem Schlieffenplan zufolge sollte der Feldzug in Frankreich innerhalb von ca. 40 Tagen nach Beginn der Mobilmachung abgeschlossen sein¹. Zu diesem Zeitpunkt sollten – laut Theorie - noch nicht einmal die Hälfte der Soldaten in der russischen Armee einberufen sein². Der Schlieffenplan wurde in der deutschen Geschichtsschreibung vorwiegend vom technischen Gesichtspunkt her als abenteuerlich und undurchführbar kritisiert³. Auch der ungeheure politische Sprengstoff dieses Feldzugsplanes blieb nicht unbeachtet. In einer Krise schränkte er von vornherein die Manövrierfähigkeit der Diplomatie ein. Alles in ihm hing von der Schnelligkeit der eigenen Mobilmachung ab: Sobald die Russen mobil machten, mußte das Deutsche Reich automatisch nachziehen, wollte man nicht das Fehlschlagen des gesamten Feldzugsplanes riskieren.

Um das Handeln der deutschen Führung in der diplomatischen Sackgasse des Sommers 1914 besser zu verstehen, reicht die Feststellung nicht aus, daß Deutschland seinen österreichischen Bundesgenossen die Freiheit des Handelns gewährte und dadurch den Weltkrieg verursachte⁴. Die Lage um 1914 war viel komplizierter. Deutschland befand sich im Zugzwang. In Berlin wußte man genau, daß man weder in St. Petersburg, noch in London oder Paris den Krieg wollte, nicht zuletzt deshalb, weil man die Kriegsvorbereitungen noch nicht abgeschlossen hatte. Großbritannien war zu der Zeit noch beschäftigt, seine Armee überhaupt zu organisieren. Wenn der Schlieffenplan noch vage Aussichten auf Erfolg hatte, so war sein Gelingen vollkommen unrealistisch, sobald Rußland und Großbritannien ihre militärischen Vorbereitungen abgeschlossen hatten. Das bereits in den Berechnungen existierende militärische Kräfteverhältnis von 5:3 zu Ungunsten der Mittelmächte sollte in Zukunft noch größer werden. Darüber, daß die „friedliebende“ Entente, nachdem sie ein militärisches Übergewicht erreicht hätte, Deutschland unweigerlich als stärkste Militärmacht Europas verdrängt hätte, bestand in Berlin kein Zweifel. Ein Fachmann bezüglich des Archivmaterials über das Zarenreich und Frankreich, faßte die Lage vor 1914 in folgenden Worten zusammen: *„Die Ergebnisse der 9. russisch-französischen Konferenz waren in Berlin freilich bestens bekannt. Die Beschlüsse dieser Konferenz zeigten, daß weder Rußland noch Frankreich beabsichtigten, in unmittelbarer Zukunft anzugreifen. 1914 waren sie vom militärischen Standpunkt her gesehen dazu noch nicht bereit. Diese Argumentation konnte allerdings von der deutschen Seite keinesfalls als Entwarnung aufgefaßt werden, denn infolge des neuen russischen Rüstungsprogramms arbeitete die Zeit eindeutig gegen Deutschland. Wenn gemeinsame französisch-russische Anstrengungen tatsächlich bewirken sollten, daß sich der Zeitplan der russischen Mobilmachung entscheidend verkürzt, gefährdete dies den Schlieffenplan. Sobald Deutschland gleich zu Beginn der Operationen an beiden Fronten mit voll mobilisierten Gegnern zu tun hätte, wäre seine militärische Lage hoffnungslos. Seine einzige Möglichkeit war, der Übermacht der Entente zuvorzukommen“*⁵. Von diesem Gesichtspunkt her betrachtet, erscheint das Handeln der deutschen Führung im Sommer 1914 als eine Überreaktion auf die steigende Bedrohung Deutschlands durch die Ententemächte.

¹ Ebd., Keegan, J., *The First World War*, London 1998, S. 25-53.

² Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 2., S. 239-256.

³ Ebd., Ritter, G., *Der Schlieffen - Plan. Kritik eines Mythos*, Berlin 1956.

⁴ Ausführlich zur Gewährung des sog. "Blankoschecks", vgl. Tschirschky, F. G., von, *Erinnerungen eines Hochverrätters*, Stuttgart 1972 und Fischer, F., *Griff nach der Weltmacht*, S. 47-53.

⁵ Tarle, J., *Evropa v epochu imperializma*, S. 270.

Die Militärs und Politiker in Deutschland wurden noch mehr durch das sog. Große Programm (Bolšaja programa) irritiert, das die russische Duma am Vorabend des Weltkrieges verabschiedete¹. Wesentliche Teile dieses Modernisierungsprogramms der russischen Streitkräfte kündigten Verbesserungen der Artillerie und der anderen Ausrüstung an, so daß man in puncto Bewaffnung mit der Streitmacht Deutschlands bis 1917 gleich gezogen hätte. Die wichtigsten Veränderungen im Hinblick auf den Schlieffenplan sollten jedoch in einer Modernisierung des Transportwesens und der Neuorganisation der russischen Mobilmachung erfolgen. Obwohl dieses Programm aus russischer Sicht viel zu spät verabschiedet wurde und vor dem Krieg weitgehend auf dem Papier blieb, drohte es, die Russen in die Lage zu versetzen, ihre Mobilmachung innerhalb von 18 Tagen abzuschließen, was mit einem Schlag die jahrelang ausgearbeiteten Pläne des deutschen Generalstabes zunichte gemacht hätte. Mit der erfolgreichen Durchführung ihres Modernisierungsprogramms wären die Russen in der Lage gewesen, im Falle eines deutschen Festhaltens am Schlieffenplan Berlin noch viel eher zu bedrohen, als die Deutschen ihrerseits Paris². Die deutschen Militärs und Politiker waren durch diese Aussichten dermaßen irritiert, daß sie nach Zeugnis des Hamburger Historikers Fischer einen Präventivschlag immer enger in Betracht zogen³.

Als im Sommer 1914 Österreich - Ungarn in Serbien einfiel und der Zar die Teilmobilmachung verfügte, mußte Deutschland ebenfalls mobilmachen. Alle Vermittlungsversuche waren in der Krise des Sommers 1914 von vornherein unmöglich. Eindrucksvoll schildert der Onkel des Zaren, Großfürst Konstantin Konstantinovič, die Stimmung im Sommer 1914; er hielt die Aussage Nikolajs II. in seinem Tagebuch fest, die berichtet, wie der deutsche Gesandte in St. Petersburg, Graf Pourtalés, vor lauter Hektik dem Außenminister Sazonov versehentlich gleich beide Varianten der Note überreichte (eine davon war die Kriegserklärung, das andere Dokument war der Aktionsplan im Falle der Widerrufung der russischen Mobilmachung)⁴. So begann der Krieg, der die Monarchien Mittel- und Osteuropas die Existenz kosten sollte.

Kap. 2. Die Schlacht an der Marne. Zusammenbruch des Blitzkrieges im Westen

Gleich nach der Kriegserklärung setzte das Deutsche Reich seinen jahrelang bis ins kleinste Detail durchdachten Aufmarschplan in die Tat um. Die Riesenmassen an Mannschaften, Material und Proviant wurden rasch an die Westgrenze befördert. Schon am 17. August standen dort ca. 1,6 Millionen Mann und 750 000 Pferde zum Aufmarsch bereit, Ergebnis von nicht weniger als 11 000 Bahntransporten⁵. Deutschland hatte an der

¹ Zur russischen Vorkriegsrüstung vgl. **Wilfong, W.**, *Rebuilding the Russian Army, 1905-1914. The Question of a Comprehensive Plan for National Defence*, Bloomington 1977, **Stevenson D.**, *Armaments and the Coming War. Europe 1904-1914*, Oxford 1996, S. 315-323 und 326f.

² **Stone, N.**, *The Eastern Front, 1914-1917*, S. 42.

³ **Fischer, F.**, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1978, S. 544, **Schulte, B.**, *Europäische Krise und Erster Weltkrieg. Beiträge zur Militärpolitik des Kaiserreichs, 1871-1914*, Frankfurt a. M. 1983, S. 167f., **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 2., S. 182f.

⁴ **Bochanov, A.**, *Nikolaj II, in: Rossijskije samoderžy 1801-1917*, Moskau 1994, S. 366-367.

⁵ Ausführlich über den Aufmarsch im Westen vgl. **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 141-150f., **Kuhl, H., von Der Weltkrieg 1914-1918. Dem deutschen Volke dargestellt, 2 Bde., Berlin 1929, Bd. 1., S. 16f., **Kretschmann, W.**, *Das deutsche Militär-Eisenbahnwesen im Weltkrieg 1914-1918*, 2 Bde., Berlin 1925.**

Westfront 7 Armeen, die von Norden nach Süden gezählt und mit den Nummern eins bis sieben versehen waren¹. Frankreich hatte ihnen nur 5 Armeen entgegenzusetzen, die mit den Nummern eins bis fünf in umgekehrter Richtung numeriert waren. Zusätzlich verfügte die Entente im Norden über die britische Expeditionstreitmacht (ca. 160 000 Mann) und die belgische Armee (ca. 340 000 Mann)². Belgien war vielleicht das einzige Land, das unprovokiert in den Krieg hineingezogen wurde. Vor dem Krieg befolgte die belgische Regierung eine strikte Neutralitätspolitik und war bestrebt, sich aus dem französisch-deutschen Konflikt herauszuhalten. Ihr Territorium war aber vom deutschen Generalstab zum Aufmarsch vorgesehen worden, und die belgische Regierung bekam ein Ultimatum gestellt, das sie aufforderte, es zuzulassen. Das kleine Königreich hatte aber einen großen König, der keinen Augenblick gezögert hatte, die für sein Land zerstörerischen Durchmarschforderungen der OHL abzulehnen³.

Alles, was sich beim Westaufmarsch der deutschen Armeen am südlichen Teil der Front von der französischen Festung Verdun bis zur Schweizer Grenze im Frontabschnitt zwischen der Vierten bis Siebten deutschen Armee abspielte, ist für die Darstellung der Ereignisse der Westoffensive von 1914 irrelevant. Hier wurde zwar auch die ganze Zeit erbittert und blutig gekämpft, hier wurde aber nichts entschieden. Von der operativen Planung Schlieffens her spielte dieser Abschnitt keine wichtige Rolle. Die Entscheidung der bevorstehenden Riesenschlacht sollte auf dem rechten Flügel fallen. Den dort stationierten Armeen, der 3. Armee des Generalobersts von Hausen, der 2. Armee des Generalobersts von Bülow und insbesondere der 1. Armee unter dem Kommando von Generaloberst von Kluck, war eine Schlüsselrolle zugeordnet.

Der Operationsplan des deutschen Generalstabes basierte auf dem Grundgedanken des Krieges mit Frankreich im Jahre 1870 und bezweckte, der französischen Streitmacht eine schnelle Niederlage in nur wenigen Entscheidungsschlachten zu bereiten⁴. Taktisch sollte die ganze Aktion nach dem Bildnis einer riesigen Drehtür funktionieren⁵. Der linke Flügel der Westfront sollte stehen wo er war, die Mitte und insbesondere der rechte Flügel sollten in einer gigantischen Drehung durch Belgien und Nordfrankreich ausschwenken, Paris umfassen und schließlich die ganze französische Streitmacht Richtung Schweizer Grenze abdrängen. Die Operationen an der Westfront sollten, gipfelnd in der Einkreisung und Vernichtung der ganzen Streitmacht der Westalliierten, in einem riesigen „Sedan“ abgeschlossen werden⁶. Je heftiger die Franzosen in Lothringen angriffen, desto vollkommener sollte ihre Umfassung durch den rechten „starken“ Flügel der Deutschen in Belgien und Nordfrankreich erfolgen⁷. Der Erfolg des Schlieffenplanes hing seinen Autoren zufolge davon ab, daß man eine Übermacht auf dem rechten umfassenden Flügel bildete. Von Schlieffen war das Kräfteverhältnis zwischen dem

¹ Vgl. **Görlitz, W.**, *Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S. 163, **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd.1., S. 27f. **Kuhl, H., von**, *Der Marnefeldzug 1914*, Berlin 1921.

² Ebd.

³ **Albertini, L.**, *The Origins of the War of 1914*, 3 Bde., Oxford 1952-1965, Bd.3., S. 462f., **Tuchman, B.**, *August 1914. Ausbruch des Weltkrieges, der eigentliche Beginn unseres Jahrhunderts*, Bern-München 1979, S. 128f., **Fischer, F.**, *Griff nach der Weltmacht*, S. 81f.

⁴ Ausführlich über den Schlieffenplan vgl. **Ritter, G.**, *Der Schlieffen - Plan. Kritik eines Mythos*, Berlin 1956, **Generalstab des Heeres(Hrsg.)**, *A Graf von Schlieffen: Dienstschriften*, 2 Bde., Berlin 1938, **Foerster, W.**, *Aus der Gedankenwerkstatt des deutschen Generalstabes*, Berlin 1931, **Kuhl, H., von**, *Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges*, Berlin 1920.

⁵ Ebd., **Görlitz, W.**, *Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S. 140f.

⁶ Zur Problematik des sog. "Lauthernprinzips" der Einkesselung, vgl. **Schlieffen, A., von**, *Cannae*, Berlin 1925.

⁷ **Görlitz, W.**, *Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S. 140f.

rechten und dem linken Flügel ursprünglich auf 7:1 veranschlagt worden¹. Vor dem Krieg unternahm man im Generalstab zwar noch Änderungen, aber das Übergewicht des rechten Flügels blieb auch während der Westoffensive mit 3:1 bestehen². Die Aufmarschanweisung für die im Westen anrückenden Armeen wurde folgendermaßen formuliert: „Die Hauptkräfte des deutschen Heeres sollen durch Belgien und Luxemburg nach Frankreich vorgehen. Ihr Vormarsch ist als Schwenkung und Festhalten des Drehpunktes Diedenhofen-Metz gedacht. Maßgebend für das Fortschreiten der Schwenkung ist der rechte Heeresflügel! Die Bewegungen der inneren Armeen werden so geregelt werden, daß der Zusammenhang des Heeres und der Anschluß an Diedenhofen-Metz nicht verloren geht. Der Schutz der linken Flanke der Hauptkräfte des Heeres sollen neben den Festungen Diedenhofen und Metz die südöstlich von Metz aufmarschierenden Heeresteile übernehmen“³. Seit Schlieffen arbeitete der deutsche Generalstab nur noch an der Vervollkommnung technischer Einzelheiten. Der Aufmarsch war daher technisch und organisatorisch gut ausgereift⁴. Viele Kritiker Moltkes warfen ihm nach dem Krieg vor, daß durch seine Veränderungen der ursprüngliche Plan Schlieffens „verwässert“ worden sei. Vor allem deswegen, weil der rechte Angriffsflügel etwas abgeschwächt und Truppen auf andere Frontabschnitte verteilt wurden. Diese Beschuldigung ist aber nicht gerecht⁵. Die „Verwässerung“ des ursprünglichen Schlieffenschen Planes war nichts anderes, als seine Anpassung an die neuen Realitäten, die seit dem Amtsantritt Moltkes eingetreten waren⁶. Der deutsche Generalstab besaß vor dem Krieg zuverlässige Informationen, daß die Franzosen gemäß ihrem Feldzugsplan ebenfalls aktiv vorzugehen beabsichtigten (Angriff in Lothringen), und konnte diesen Umstand nicht außer Acht lassen⁷. Übrigens wurde die „Verwässerung“ von Ludendorff ausgearbeitet, der vor dem Krieg die Operationsabteilung des Generalstabes geleitet hat. Das spätere Scheitern des Westfeldzuges ist somit nicht auf die Fehler Einzelner zurückzuführen, sondern resultierte vielmehr aus der Tatsache, daß der Feldzugsplan bereits in seinen Grundgedanken unrealisierbar war⁸.

Es machte sich gleich mit Beginn des Feldzuges im Westen bemerkbar, daß die deutsche Generalität keine Kriegserfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit hatte. Das vom älteren Moltke in den Einigungskriegen erfolgreich praktizierte System der Koordinierung der Bewegungen war veraltet und entsprach nicht mehr den Bedingungen des 20. Jahrhunderts. Seit den Einigungskriegen waren die deutschen Armeen von einem zurückgezogenen Generalstab mit Hilfe von Direktiven geführt worden⁹. Unter den Bedingungen des 19. Jahrhunderts war dies gut vertretbar gewesen. Moltke hatte die Schlachten seiner vergleichsweise kleinen Armeen aus der Zurückgezogenheit der Heeresleitung noch persönlich beobachten können und war jederzeit in der Lage gewesen, eingreifen zu können. Sein Neffe, dem Wilhelm II. die faktische Leitung der Operationen anvertraute, befand sich in einer vollkommen anderen Situation. Er hatte es nicht nur mit einer Front zu tun, die sich von der Schweiz bis zu den Niederlanden erstreckte, sondern er hatte überdies auch noch die Aktionen an der

¹ Ebd., **Kuhl, H.**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Berlin 1929, 1. Bd., S. 11f.

² Ebd.

³ **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 1., S. 27f.

⁴ Ebd., **Lidell Hart, B.**, *History of the First World War*, S. 41f., **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, B d. 1., S. 7-19.

⁵ Vgl. Ebd., **Groener, W.**, *Das Testament des Grafen Schlieffen. Operative Studien über den Weltkrieg*, Berlin 1927, **Leppa, K.**, *Moltke und Conrad. Die Heerführung des Generalobersten v. Moltke und des Generals der Infanterie Freiherr v. Conrad im Sommer 1914*, Stuttgart 1935, **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 2, S. 268f.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd., **Görlitz, W.**, *Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S. 150f.

⁸ Vgl. Ebd., **Gackenholtz, H.**, *Entscheidung in Lothringen 1914. Der Operationsplan des jüngeren Moltke und seine Durchführung auf dem linken deutschen Heeresflügel*, Berlin 1933.

⁹ Ebd.

Ostfront zu bedenken¹. Was in dem großen Kaisermanöver der Vorkriegszeit noch möglich gewesen war, konnte während des Westfeldzuges unmöglich in die Praxis umgesetzt werden. Die Unterteilung der Streitkräfte in Heeresgruppen, die später die Armeeführung maßgeblich erleichterte, war noch nicht erfunden². Hinzu kamen Probleme mit Nachschub und Kommunikation. Die zurückflutenden Franzosen zerstörten alle Kommunikationsverbindungen. Moltke konnte daher unmöglich die Bewegungen seiner Armeen aus der Zurückgezogenheit seiner Hauptquartiere in Mainz und Luxemburg effektiv koordinieren. Je weiter die angreifenden Armeen vorwärts drangen, desto mehr waren sie auf sich selbst angewiesen. Die Funkverbindung war noch unvollkommen: Vor Paris brach die Verbindung mit den am weitesten vorgedrungenen Armeen fast vollkommen zusammen, der Oberkommandierende befand sich aber im entfernten Luxemburg weit weg vom Geschehen. Er griff erst ein, nachdem das Kind bereits in den Brunnen gefallen war.

Bezeichnend für die Unzulänglichkeiten in der Aufmarschplanung des deutschen Generalstabes waren schon die für die Armeeführung unangenehmen Ereignisse während der Mobilmachungsphase. Generaloberst von Moltke hatte bereits während der ersten Stunden der Mobilmachung einen Zusammenstoß mit Wilhelm II., der ihn nach eigener Schilderung aus dem seelischen Gleichgewicht brachte. Diese berühmte Episode schilderte er folgendermaßen: *„Ich war auf dem Rückweg vom Schloß nach dem Generalstab, als ich den Befehl erhielt, sofort ins Schloß zurückzukehren, es sei eine wichtige Nachricht eingetroffen ... Im Schloß fand ich außer Seiner Majestät den Reichskanzler, den Kriegsminister und noch einige andere Herren. Der Reichskanzler, der das wichtigste Ziel seiner Politik darin sah, ein gutes Verhältnis mit England herzustellen und der merkwürdigerweise bis zu diesem Tag immer noch geglaubt hatte, daß sich der allgemeine Krieg, zumindest die Teilnahme Englands an demselben vermeiden lassen würde, war augenscheinlich über den Inhalt einer soeben von dem deutschen Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, eingetroffenen Depesche freudig erregt, ebenso S. M. der Kaiser. Die Depesche teilte mit, daß der Staatssekretär Grey dem Botschafter mitgeteilt habe, England wolle die Verpflichtung übernehmen, daß Frankreich nicht in den Krieg gegen uns eintreten werde, wenn Deutschland sich seinerseits verpflichte, keine feindselige Handlung gegen Frankreich zu unternehmen ... Der Kaiser sagte zu mir: „Also wir marschieren einfach mit der ganzen Armee im Osten auf!“. Ich erwiderte S. M., daß das unmöglich sei. Der Aufmarsch eines Millionenheeres lasse sich nicht improvisieren, es sei das Ergebnis einer vollen, mühsamen Jahresarbeit und könne, einmal festgelegt, nicht geändert werden. Wenn S. M. darauf bestehe, das gesamte Heer nach dem Osten zu führen, so würden dieselbe kein schlagfertiges Heer, sondern einen wüsten Haufen ungeordneter bewaffneter Menschen ohne Verpflegung haben. Der Kaiser wirkte sehr ungehalten, er sagte mir unter anderem „Ihr Onkel würde mir eine andere Antwort gegeben haben!“, was mir sehr weh tat“³. General Groener schrieb später zur dieser Episode, daß Wilhelm I. ähnliche Fragen an Moltkes Oheim gar nicht gestellt hätte⁴. Aber der Kaiser hatte vollkommen recht: Daß der Große Generalstab in all den Jahren keine alternativen Transport- und Kriegspläne ausgearbeitet hatte, war fahrlässig. Wenn es bei Lichnowskys Telegramm geblieben wäre, hätte die ganze Armee nach Westen abtransportiert werden müssen; erst kurz vor der Grenze hätte sie kehrt machen und gegen Osten*

¹ **Görlitz, W.**, *Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S. 76f. und 163f., **Matuschka, E.**, *Organisationsgeschichte des Heeres 1890-1918*, in: **Militärhistorisches Forschungsamt (Hrsg.)**, *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte: 1648-1939*, 6 Bde., München 1964-1981, Bd. 3., S. 218f., **Moltke, H., von**, *Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877-1916*, Stuttgart 1922.

² Ebd.

³ **Moltke, H., von**, *Erinnerungen*, S. 19-20.

⁴ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 146.

fahren können. Dies hätten wahrscheinlich aber weder Frankreich noch England zugelassen. Das Deutsche Reich befand sich noch vor Beginn der Operationen in Zugzwang. Es war wegen seiner Aufmarschpläne gezwungen, Frankreich über Belgien zu bedrohen und gab dadurch den Westalliierten ein unnötig starkes Propagandamittel gegen sich in die Hand. Die Westalliierten und insbesondere Großbritannien waren als Demokratien von ihren öffentlichen Meinungen stark abhängig. Die Absichten des Deutschen Reiches gaben ihnen die willkommene Gelegenheit, Krieg zu führen und der Öffentlichkeit Deutschland als den Schuldigen zu präsentieren. Großbritannien betrieb bis zum Kriegsausbruch eine Politik, welche die deutsche Seite bis zur Kriegserklärung glauben ließ, das Königreich würde sich aus dem Krieg heraushalten. Dieses Problem hatte sich aber in ein Paar Stunden nach der von Moltke geschilderten Szene erübrigt. Es stellte sich bald heraus, daß Lichnowskys Telegramm eine Falschmeldung war¹. Die Wahrung der belgischen Neutralität war für Großbritannien nur ein Vorwand: Diese Weltmacht betrachtete die mögliche Niederlage Frankreichs mit seiner Weltmachtstellung als unvereinbar und griff ein². Die englische Politik des Schwankens hatte aber ihre Ziele erreicht. Sie ließ in den Augen der eigenen öffentlichen Meinung Deutschland als den einzigen Aggressor erscheinen und erleichterte dadurch die Mobilisierung der Öffentlichkeit. Sie brachte in den Vorgehensplan der Deutschen (der ab Kriegsbeginn gleichsam maschinell ablaufen sollte) schon in der Phase der Mobilmachung ein Moment der Unsicherheit.

Nach dem geschilderten Erlebnis konnte der Chef der OHL, von Moltke seine Fassung nicht mehr wiedergewinnen³. Er war immerhin das entscheidende Koordinationszentrum der beginnenden Westoffensive. Viele Zeitgenossen damals und viele Historiker später haben versucht, Moltke allein die Schuld für das Scheitern der Westoffensive zu geben. Zu Unrecht, denn die Hauptschuld für das Scheitern trug vielmehr das System selbst: Es war veraltet und den Anforderungen des beginnenden Krieges nicht gewachsen. Manche Armeeführer ignorierten sogar Moltkes Direktiven. Das geschah zuerst in Lothringen, in einer Armeegruppe, die dem ursprünglichen Plan nach nichts besonderes unternehmen sollte. Die dortigen Kommandeure, der bayrische Kronprinz Ruprecht und sein Stabschef General Kraft von Dellmensingen, weigerten sich jedoch tatenlos zuzusehen, wie die „Preußen“ im Westen marschierten und ihnen den Ruhm des künftigen Sieges raubten⁴. Sie griffen ebenfalls an, und Moltke konnte den Thronfolger des zweitmächtigsten Bundesstaates nur bitten, ihm aber keine militärischen Befehle erteilen. Zum Glück für die Deutschen wurde er gleich von den Franzosen gestoppt, allerdings nicht besiegt, wie das im Französischen Plan XVII vorgesehen war⁵.

Der Hauptstoß der deutschen Armeen des rechten Flügels entwickelte sich zu Beginn der Westoffensive sehr positiv. Entscheidend für den Sieg war die Übermacht der durch Belgien marschierenden Armeen. Nur gegenüber der 2. Armee (Generaloberst von Bülow) stand ein gleich starker Gegner (die 5. französische Armee des Generals Lanrezac). Vor der 3. Armee der Deutschen (Generaloberst von Hausen) stand fast nichts. Die stärkste und wichtigste 1. Armee des Generalobersts von Klucks hatte nur das englische Expeditionskorps vor

¹ Fischer, F., *Griff nach der Weltmacht*, S. 78f.

² Ebd.

³ Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 146f.

⁴ Lidell Hart, B., *History of the First World War*, S. 53f., Bayern, Ruprecht, von, *Mein Kriegstagebuch*, 3 Bde., München 1929, Bd. 1., S. 46-103, Xylander, R., von, *Deutsche Führung in Lothringen 1914. Wahrheit und Kriegsgeschichte*, Berlin 1935, Deuringer, K., *Die Schlacht in Lothringen und in den Vogesen 1914. Die Feuertaufe der bayrischen Armee*, 2 Bde., München 1929.

⁵ Ebd., Bayern, Ruprecht, von, *Mein Kriegstagebuch*, S. 46-103.

sich. Die Westalliierten auf dieser Flanke wurden überrannt, die als uneinnehmbar geltenden belgischen Festungen (vor allem Lüttich) planmäßig erobert¹. Der Großteil Belgiens befand sich binnen kürzester Zeit in deutscher Hand. Die Westalliierten erlitten eine Reihe empfindlicher Niederlagen und wurden immer mehr gegen Norden in Richtung Paris abgedrängt. Am 20. August erlitten sie Niederlagen bei Saarlouis und Mörchingen (6. und 7. Armee), am 22./23. August bei Longwy (4. und 5. Armee), am 23./24. August bei Namur und Mons (1. Armee), am 24./25. August an der Sambre (2. Armee)². Die Niederlagen der Westalliierten in den Schlachten von St. Quentin und Le Chateau folgten, die Lage wurde von Tag zu Tag kritischer. Die deutschen Armeen des rechten Flügels waren selbst durch die Zerstörung der Kommunikation und der daraus resultierenden Schwierigkeiten nicht zu stoppen. Sie rückten unaufhaltsam vorwärts und die stark mitgenommenen Westalliierten waren nicht in der Lage, auch nicht mit Hilfe des sich in ihrem Rücken befindlichen intakten Eisenbahnnetzes, die Verfolger abzuschütteln. In diesen Tagen entstanden große Spannungen und Intrigen zwischen der französischen Armeeführung und den Kommandeuren des englischen Expeditionskorps³.

Das rasche Vordringen der deutschen Armeen wurde auch durch das Unvermögen des französischen Oberkommandierenden Joffre begünstigt. Bei der Untersuchung der Aktionspläne der Briten und Franzosen aus der Anfangsphase des Westfeldzuges verblüfft vor allem die Erkenntnis, mit welcher intellektuellen Langsamkeit sie auf die Umfassungsaktion der Deutschen reagierten. Joffre begriff bis zum letzten Augenblick nicht, was die OHL überhaupt vorhatte und in welcher tödlicher Gefahr seine Armeen seit Beginn der Operationen an der Westfront schwebten⁴. Die Franzosen wußten schon vor dem Krieg in groben Zügen von den deutschen Aufmarschplänen. Daß sie so weit nach Westen ausholen würden und die Umfassung nur durch den rechten Flügel erfolgen sollte, war für sie aber eine unangenehme Überraschung. Joffre wollte bis zum Schluß nicht wahr haben, daß die im Westen marschierenden „Feldgrauen“ zu solch einer Marschleistung fähig waren. Es wirkte auf die Westalliierten paralyisierend, daß die Deutschen während der Westoffensive auch ihre Reserveeinheiten aktiv einsetzten. Diese Reserveeinheiten kämpften nicht nur an vorderster Front, sondern erwiesen sich auch den regulären Einheiten der Westalliierten als überlegen⁵. Trotz der Aktivitäten an der äußersten westlichen Seite der Front erwartete man in der französischen Kommandozentrale die ganze Zeit aktive Angriffe der Deutschen auch in Lothringen, wo Joffre einige unsinnige Gegenangriffe führte. Er versuchte ebenfalls, die 6. und 7. Armee in der Mitte anzugreifen, was im Falle eines Gelingens seine Armeen noch tiefer in den „Sack“ getrieben hätte. Kurz: Es war nichts anderes, als ein intellektuelles Ringen des französischen Oberkommandierenden an einer falschen Front. Joffre schwächte dadurch seine Kräfte in der Hauptrichtung des deutschen Vormarsches, nämlich in Belgien und vor den Toren von Paris. Selbst die Gewährleistung eines effektiven Rückzugs moderner Art mit sog. flexiblen Absetzungsbewegungen wollte den zurückgedrängten Franzosen nur äußerst schwer gelingen, denn vor dem Krieg wurden französische Soldaten nur für Angriffe geschult. Viele tausend französische Soldaten wurden zum Opfer unsinniger Unternehmungen der ersten Kriegswochen und des Feldherrntalents ihres schwerfälligen Oberkommandierenden. W. Churchill faßte die Ergebnisse der ersten Kriegsmonate und die Fähigkeiten von

¹ **Frentz, H.**, *Der unbekannt Ludendorff. Der Feldherr in seiner Umwelt und Epoche*, Wiesbaden 1972, S. 10f.

² **Stegemann, H.**, *Geschichte des Krieges*, 3 Bde., Berlin Stuttgart 1917, Bd. 1., S. 117-164.

³ Zitiert bei **Edmonds, J.**, *Military Operations, France and Belgium 1914*, New York 1928, S. 88f.

⁴ **Montgomery, V.**, *Weltgeschichte der Schlachten und Kriegszüge*, 2 Bde., München 1975, Bd. 2., S. 496f., **Liddell Hart, B.**, *History of the First World War*, S. 54f.

⁵ Ebd.

Joffre so zusammen: *„Bei den Kämpfen vom 21 August, als der Hauptzusammenstoß an der Westfront stattfand, bis zum 12. September, als der Sieg an der Marne endgültig errungen war, verlor die französische Armee nahezu 300 000 Mann an Tod und Gefangenschaft, das sind mehr als ein Sechstel ihrer Gesamtverluste an Toten und Gefangenen während der ganzen 52 Monate des Krieges. Zu dieser Einbuße müssen 280 000 Verwundete hinzugerechnet werden, was eine Gesamtverlustsumme von 600 000 Mann in dieser kurzen Periode bei der französischen Armee allein ausmacht. Und von diesen schauerhaften Gesamtverlusten wurden wieder drei Viertel vom 21. bis 24. August und vom 5. bis 9. September erlitten, also in weniger als acht Tagen. Keine der kämpfenden Armeen hat in so kurzen Zeiträumen auch nur annähernd eine derartige Schächterei ausgehalten, weder bei den russischen Debakeln in Ostpreußen noch bei den Endkämpfen an der Westfront 1918. Daß die französische Armee diese fürchterliche Metzerei überleben konnte, ebenso wie die offenkundigen Fehler in der Armeeführung, denen das Unglück zuzuschreiben war, daß sie den darauffolgenden langwierigen und erschöpfenden Rückzug bestand und sich trotzdem jene kriegerischen Fähigkeiten bewahrte, die eine glänzende Genugtuung ermöglichten, ist der größte Beweis für heldenhafte Tapferkeit und Opfermut, den die Geschichte aufzuweisen hat. Wäre diese heroische Armee beim ersten Zusammenstoß mit Besonnenheit und nach vernünftigen strategischen Prinzipien geführt, mit der Wirkung moderner Feuerwaffen, dem Gebrauch von Stacheldraht und Feldbefestigungen rechtzeitig bekanntgemacht worden, so ist kaum zu bezweifeln, daß die deutsche Invasion nach enormen Verlusten 30 bis 50 Kilometer vor der französischen Grenze zum Stehen gebracht worden wäre. Statt dessen erlitt die französische Armee in den ersten wenigen Kriegswochen Wunden, die ihr fast zum Verhängnis wurden und niemals ganz geheilt werden konnten“¹.*

In den ersten Septembertagen wurde die militärische Lage der Westalliierten dramatisch. Die unvermeidliche Niederlage der ganzen französischen Streitmacht bahnte sich an, dem Sieg der Deutschen schien nichts mehr im Wege zu stehen. Die ihnen von Schlieffen zuge dachte riesige „Drehtür“ schwang unaufhaltsam voran. Die Armeen des rechten deutschen Heeresflügels bewegten sich erfolgreich durch Belgien tief in die Flanke und in den Rücken der Armeen der Westalliierten. Die 1. und 2. Umfassungsarmee standen schon 50 Kilometer vor der französischen Hauptstadt. Alle Versuche der Franzosen, zum Gegenstoß auszuholen, scheiterten. Über die Stimmung Wilhelms II. in diesen Tagen notierte Admiral Müller: *„Morgens sehr frohe Nachrichten. Bülow treibt den Feind vor sich her. Die 1. Armee von Klucks greift schon um den linken Flügel der Engländer und Franzosen herum, so daß eine große Katastrophe zu erwarten ist. Der Kaiser ist strahlend. Erzählt auf dem Reitwege jedem davon und teilt die Siegesnachricht auch den auf der Rheininsel exerzierenden Rekruten mit“².* Obwohl im Hauptquartier Moltkes Anfang September die Krise des Feldzuges immer mehr bewußt wurde, herrschte in Deutschland eine beinahe allgemeine Siegeszuversicht. Im Hauptquartier erschien in den ersten Septembertagen Karl Helfferich von der Deutschen Bank mit der Anfrage, ob die Erwirkung der weiteren Kriegsanleihen noch nötig seien³. Jedoch wurde seine Zuversicht von der OHL und insbesondere vom Oberkommandierenden Moltke nicht geteilt, und zwar aus folgendem Grund: Die Franzosen zogen sich zwar zurück, entscheidend geschlagen

¹ Churchill, W., *Die Weltkrisis 1916/1918*, 2 Bde., Zürich - Leipzig - Wien 1927, Bd. 1., S. 38-39.

² Müller, A., von., *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marinekabinetts*, S. 51.

³ Über seine Mission schweigt er sich in seinen Erinnerungen aus, erwähnt lediglich seine Audienz bei Moltke vgl., Helfferich, K., *Der Weltkrieg*, 3 Bde., Berlin 1919, Bd. 2., S 17f.

wurden sie aber nirgends. Im Westfeldzug standen sich Millionennarmeen gegenüber, die Zahl der gefangenen Franzosen belief sich jedoch bis September gerade mal auf ein paar Tausend¹.

Und trotzdem stand Frankreich Anfang September 1914 am Rande einer militärischen Niederlage. Die französische Regierung beschloß, nach Bordeaux umzusiedeln und der mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Joffre faßte schon die weitere Verteidigung südlich von Paris ins Auge. In diesen Tagen gingen dutzende verzweifelte Telegramme an den russischen Bundesgenossen, aktiv im Osten anzugreifen. Und dann ereignete sich plötzlich etwas ganz Unerwartetes. Die am äußersten Ende des rechten Flügels operierende 1. Armee des Generalobersts von Kluck hielt sich nicht mehr an die Direktiven des Hauptquartiers. Anstatt Paris wie ursprünglich vorgesehen weiter von Nordwesten zu bedrohen, schwenkte sie plötzlich nach Osten aus. Der dortige Armeestab beschloß, die stark mitgenommene 5. Armee der Franzosen zu vernichten und sich erst dann gegen die Hauptstadt zu wenden. Dieses Manöver führte nordöstlich an Paris und änderte damit vollkommen die militärische Lage. So entstand die Situation, die laut Schlieffen unter allen Umständen hätte verhindert werden müssen. Die deutschen Stoßarmeen waren, anstatt die Franzosen mit einer Überflügelung zu bedrohen, selbst an ihrer rechten Flanke gefährdet. Noch schlimmer war, daß zwischen der 1. und der 2. Armee eine legendär gewordene Lücke entstand, die über den weiteren Verlauf der Operationen entschied. Die Franzosen waren erst jetzt in der Lage, zu einem Gegenstoß ausholen. Es rächte sich bitter, daß sich das Hauptquartier Hunderte von Kilometern von der Front entfernt befand und daher eine schlechte Übersicht über das Kriegsgeschehen besaß. Ihre Direktiven reichten zur Koordinierung der Aktionen zwischen den Armeen nicht aus. Die Heeresleitung kannte die wirkliche Lage an der Front nicht. In dieser Situation traf Moltke eine katastrophale Entscheidung: Nach bester Tradition der Kriege von 1865-1870 sandte er einen Offizier seines Stabes (den Oberstleutnant Hentsch) zu den Armeen an die Front, um die Lage zu erkunden. Die Reise Hentschs von Luxemburg an die Front kostete viel Zeit. In der Krisensituation einer Schlacht, bei der sich stündlich die Situation änderte, war dies ein unverzeihlicher Fehler. Der ausschlaggebende Faktor, die Zeit, lief den angreifenden Armeen immer mehr davon.

Die Franzosen staunten das Vorbeimarschieren der deutschen 1. Armee an Paris wie ein Wunder an. Das unerwartete Manöver der 1. Stoßarmee bot ihnen eine einmalige Chance; im französischen Lager entstand spontan der Plan, ihrerseits den Deutschen ein „Sedan“ zu bereiten. Die Idee entstand fast gleichzeitig in Joffres Hauptquartier und in Paris. Das Oberkommando der Franzosen registrierte die Bewegungen der Deutschen und entwarf Gegenaktionen. Die Einkesselung sollte nach einem von Joffres Gehilfen Berthallot entworfenen Plan zwischen Paris und Verdun erfolgen und in der Einkreisung der Hauptmasse der deutschen Armeen mit ihren ca. 800 000 Mann ihren Höhepunkt finden². Die entscheidenden Schläge sollten aus dem Großraum Paris in den Rücken der 1. Armee Klucks und in die Lücke zwischen den Armeen Klucks und Bülow's erfolgen. Dabei profitierte Joffre vor allem von drei Faktoren³. Seine Armeen erhielten aus dem Süden unaufhaltsam Verstärkungen. Er hatte ein intaktes und leistungsfähiges Eisenbahnnetz im Rücken. Aber vor allem besaß die französische Armee eine bessere Organisation, denn sie wurde nicht durch Direktiven eines weit zurückgebliebenen Hauptquartiers, sondern direkt von ihrem Oberkommandierenden geführt, der persönlich die

¹ Vgl. Müller, G., von., *Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marinekabinetts*, S.53.

² Stegemann, H., *Geschichte des Krieges*, Bd.1., S.173f.

³ Liddell Hart, B., *History of the First World War*, S. 79-96.

Fronten bereiste und gegebenenfalls in die Ereignisse eingriff. Joffres Stab operierte unmittelbar am Kriegsgeschehen. Er war dadurch über die Entwicklungen immer richtig informiert und konnte die Geschehnisse jederzeit selbst lenken. Joffres große persönliche Leistung bestand eben darin, daß er zu den Kommandeuren der verschiedenen Armeen reiste und vor Ort die notwendigen Maßnahmen einleitete. So ging er in den kritischen Tagen der Marneschlacht auch zu den geschlagenen Engländern und erzwang in einer dramatischen Unterredung ihre Zusage, in die berühmte Lücke zwischen den Armeen Klucks und Bülows vorzustößen¹.

In dieser Konstellation wurden dann auch die Entscheidungen der beiden feindlichen Kommandozentralen getroffen, die den Ausgang der Marneschlacht und den ganzen Verlauf des Weltkrieges bestimmen sollten. Je nach Kriegslager sollten diese entweder als „Wunder an der Marne“ oder als „Drama an der Marne“ in die Geschichte eingehen. Die Schlacht an der Marne wurde gar nicht richtig durchgeführt, sondern noch vor ihrer Kulmination durch Generaloberst Moltke abgebrochen. An ein und demselben Tag, dem 5. September, entschlossen sich der deutsche und der französische Oberkommandierende ganz unabhängig voneinander zu Aktionen, die den Ausgang der Schlacht auch mitbestimmen sollten. Joffre genehmigte den Gegenangriff auf der ganzen Front, Moltke entschloß sich, den Rückzug der bedrohten Armeen einzuleiten und sie dadurch einer möglichen Einkesselungsgefahr zu entziehen. Am 8. September schickte er, nachdem er die Gefahr des französisch-englischen Gegenangriffes erkannt hatte, wieder den Oberstleutnant Hentsch in die Kommandos des linken Flügels, diesmal mit der Befugnis ausgestattet, einen Rückzug einleiten zu können. Die ganze Schlacht, ja der Erfolg des ganzen Feldzuges hing zu einem wesentlichen Teil von einem Oberstleutnant ab². Das war wohl das krasseste Beispiel für die Uneffektivität des vom älteren Moltke eingeführten Systems der Armeeführung angesichts der Anforderungen des 1. Weltkrieges. Was Hentsch sah, stimmte ihn sehr pessimistisch. Die Lage der 3. Armee war befriedigend, jedoch der Armeestab war nach einer erfolgreichen Bayonettenattacke offensichtlich an Typhus erkrankt. Sehr schlimm war die Lage der 2. Armee Bülows. Sie hatte die Führung mit der rechts von ihr operierenden 1. Armee des Generals von Kluck verloren und wurde mit einem Gegenangriff der Engländer in die Flanke konfrontiert. Dieser englische Gegenangriff sollte in der Marneschlacht der entscheidende werden. Hentsch erreichte von Bülow, so daß dieser als erster den Befehl zum Rückzug gab. Damit war alles entschieden: Eine der Stoßarmeen hatte ihren Rückzug angetreten und dadurch auch das weitere Vorgehen der wichtigsten 1. Armee bestimmt. Der Stabschef der 1. Armee, General von Kuhl, behauptete Hentsch gegenüber, ihre Lage sei sehr gut, und daß er glaube, den Sieg gegen die aus dem Großraum Paris vordringenden Franzosen, die mit Taxis an die Front kamen (der erste Masseneinsatz von Kraftfahrzeugen in der Militärgeschichte), erringen zu können. Jedoch zwang der Rückzug der 2. Armee auch die Generäle von Kluck und von Kuhl, ihre Aktion aufzugeben³. Damit wurde alles endgültig entschieden. Das „Sedan“, das die deutsche Armeeführung den westlichen Alliierten zu bereiten gedachte, endete mit dem Rückzug der deutschen Flügelarmeen und mit ihm scheiterte auch das Hauptziel des ganzen Feldzuges. Die jahrzehntelang vorbereitete Aktion zur Ausschaltung Frankreichs mißlang.

¹ Ebd., **Stegemann, H.**, *Geschichte des Krieges*, Bd.1., S. 170-173 und 176f.

² Vgl. Ebd., **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 1., S. 44f., und Hentschs Bericht bei **Tappen, A.**, *Bis zur Marne 1914. Beitrag zur Beurteilung der Kriegführung bis zum Abschluß der Marneschlacht*, Oldenburg 1920.

³ Zu den Ereignissen in den Armeen des rechten Heeresflügels vgl. **Kluck, A., von**, *Der Marsch auf Paris und die Marneschlacht 1914*, Berlin 1920, **Bülow, K., von**, *Mein Bericht zur Marneschlacht*, Berlin 1919, Hausen, M., Freiherr, von, *Erinnerungen an den Marnefeldzug 1914*, Leipzig 1920, **Kuhl, H., von**, *Der Marnefeldzug 1914*, Berlin 1921.

Unstrittig ist, daß die deutschen Armeen des rechten Flügels in der Marneschlacht nicht vom Gegner dazu gezwungen wurden, sondern sich freiwillig aufgrund der Weisung der Heeresleitung zurückzogen. Dies war bei den deutschen Armeeführern heiß umstritten. Viele von ihnen glaubten, den Sieg im entscheidenden Augenblick verschenkt zu haben. So beispielsweise der Stabschef der 1. Armee, von Kuhl, später ein bedeutender Militärhistoriker der Weimarer Republik: *„Für die 1. Armee war die Marneschlacht ein tragisch verschenkter Sieg. Ich kenne die Gegenargumente: Was - hatte man gefragt - hätte ein Sieg der 1. Armee an der Pariser Front genützt, angesichts der bedrängten Lage der zweiten Armee ... angesichts der englischen Drohung im Rücken der 1. Armee? Ein Sieg nützt immer etwas! Und ein Sieg an entscheidender Stelle, unmittelbar vor den Toren von Paris, mit der Folge neuer Gefahr für Paris selbst - dadurch hätten sich Joffre und French in ihren Operationen nicht stören lassen sollen? Man darf nicht immer nur fragen: Was macht der Feind, was hat er vor... So gewinnt man keine Kriege! Krieg ist keine Exerzierübung, wie der alte Bülow meinte, und auch kein Schachspiel, wie Moltke dachte. Krieg ist Willenssache. Der stärkere Wille siegt. Siegen heißt, den eigenen Willen durchsetzen und den Willen des Feindes brechen ... Gewankt hat der Wille während der Marneschlacht aber bei Moltke, Bülow und Hentsch. Das war unsere Tragödie ... Und nun kommt der Stoß von Gallieni, gegen unsere eigene Flanke aus Paris. Auf den hatte Joffre seine ganze Hoffnung gesetzt: Auf den und nicht auf die Engländer, diese unsicheren Kantonisten. Also mußte er zunichte gemacht werden! Ist das so schwer zu begreifen? ... Als die 1. Armee im Begriff war, einen großen Sieg zu erringen, da wurde ihr der Rückzug befohlen“¹.*

In der umfangreichen deutschen Fachliteratur zur Marneschlacht wird vor allem gegen Generaloberst Helmuth von Moltke, der in den ersten sechs Wochen des Krieges an der Spitze der Obersten Heeresleitung stand, der Vorwurf erhoben, daß er durch den Abbruch der Marneschlacht einen bereits greifbaren deutschen Sieg verhindert hätte. Die Anschuldigungen gegen Moltke waren immer sehr persönlich und nicht immer fair. Man behauptete, daß er zu krank und zu alt und daher der Leitung solcher Operationen nicht gewachsen war. Viele Beschuldigungen lagen in seinem Privatleben begründet, wie z. B. jene unbewiesene, daß er an den spiritistischen Séancen seiner Frau teilnahm². Sogar solche Eigenschaften wie seine überdurchschnittliche Allgemeinbildung lagen angeblich seinem „Schwanken“ zugrunde. Es gab tatsächlich „etwas“, das Moltke von fast allen anderen Generälen des I. Weltkrieges unterschied. Er war trotz seines Pflichtbewußtseins ein General, der vor allem an das persönliche Schicksal seiner Soldaten dachte. Mitten in der Krise des Westfeldzuges Anfang September schrieb er an seine Frau: *„Heute fällt eine große Entscheidung, unser ganzes Heer, von Paris bis zum oberen Elsaß, steht seit gestern im Kampf. Müßte ich heute mein Leben hingeben, um damit den Sieg zu erkämpfen, ich täte es mit tausend Freuden, wie es wieder Tausende unserer Brüder heute tun und Tausende es getan haben. Welche Ströme von Blut sind schon geflossen. Welcher namenlose Jammer ist über die ungezählten Unschuldigen gekommen, denen Haus und Hof verbrannt und verwüstet sind. Mich überkommt oft ein Grauen, wenn ich daran denke und mir ist zumute, als müßte ich dieses Entsetzliche verantworten. Und doch konnte ich nicht anders handeln, als es geschehen ist“³.* Generaloberst von Moltke war gewiß kein genialer Heerführer (einen Napoleon gab es in diesem Krieg auf keiner Seite), aber er trägt nicht die Schuld an den Unzulänglichkeiten des Systems. Moltkes Rücknahme des Stoßflügels in der Marneschlacht kann man auch anders bewerten. Als Mensch, dem das

¹ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 1., S. 45.

² Einem, K., *Erinnerungen eines Soldaten, 1853-1933*, Leipzig 1933, S. 144f.

³ Moltke, H., von, *Erinnerungen, Briefe, Dokumente*, S. 384.

Schicksal seiner Soldaten wichtig war, hat er sie keinem sinnlosen Risiko ausgesetzt. Ohne den von Moltke befohlenen Rückzug wäre die deutsche 1. Armee in einer ähnlichen Einkesselungsgefahr gewesen, wie die russische Samsonov-Armee in Ostpreußen, und zwar gerade in dem Moment, als es ihr gelungen wäre, die von Paris angreifende 6. Armee zurückzuwerfen. Die Militärhistoriker sind sich heute darüber einig, daß die Verfolgung der Franzosen die Lücke zwischen der 1. und der 2. Armee noch mehr aufgerissen und den Engländern die Möglichkeit gegeben hätte, ungehindert in den Rücken von Klucks 1. Armee zu fallen¹. Die 2. deutsche Armee hatten die Briten und Franzosen bereits gegen Nordwesten hin abgedrängt. Die Briten strömten schon in diese Lücke hinein. Daß „diese unberechenbaren Kantonisten“ ihre Chance wahrgenommen hätten, läßt sich aufgrund des vorliegenden Quellenmaterials nicht eindeutig beweisen: Der von Moltke befohlene Rückzug entzog ihnen diese Chance noch rechtzeitig. Aber es wäre ein unverantwortliches Vabanquespiel gewesen, es darauf ankommen zu lassen. Moltkes Aktion kann von dem Blickwinkel aus gesehen werden, daß er die 1. Armee vor ihrer Vernichtung abzog und damit den Zusammenhalt der Front gewährleistete. Deutschland wurde damit vor der Niederlage in den ersten Kriegsmonaten bewahrt.

Zur technischen Seite: Alle kontinentalen Großmächte begannen den I. Weltkrieg mit groß angelegten Offensiven, von denen sie sich einen schnellen Sieg erhofften, aber alle diese Offensiven scheiterten, sowohl die österreichische gegen Serbien, als auch die russische gegen Österreich und schließlich auch die deutsche gegen Frankreich durch Belgien. In den ersten Kriegsmonaten erwies sich bereits auf sämtlichen Kriegsschauplätzen - entgegen den Vorkriegsüberzeugungen aller Generalstäbe-, was für den gesamten Verlauf des I. Weltkrieges grundlegend wurde: Daß nämlich beim Stand der damaligen Kriegstechnik die Verteidigung dem Angriff weit überlegen war, so daß die Offensive bestenfalls Gelände gewinnen, aber niemals eine gegnerische Großmacht, ja nicht einmal kleinere Länder wie Belgien oder Serbien auf Anhieb aus dem Krieg ausschalten konnte. Die Westoffensive zeigte gleich zu Beginn eine Tendenz, die für den gesamten Verlauf des Weltkrieges entscheidend wurde: Die technischen Bedingungen dieses Krieges schränkten die Möglichkeiten der Strategie und damit des Angriffes radikal ein. Selbst ein erfolgreicher Angriff - und der deutsche Angriff des Sommers 1914 war zunächst erfolgreicher, als es je ein alliierter in diesem Krieg werden sollte - konnte nicht zum völligen Durchbruch führen, da es schneller gelang, die entstehenden Lücken zu stopfen, Reserven herbeizuführen, den Angriff wieder aufzufangen, als den Angriff zu nähren, voranzutreiben, mit neu angeführten Truppen zu verstärken. Man muß sich immer vor Augen halten, daß der I. Weltkrieg vor allem ein Infanteristenkrieg war. Keine Armee konnte deshalb schneller vorrücken, als ein einzelner Soldat marschierte. Die Verteidiger hatten aber in ihrem Rücken Eisenbahnen, mit denen die Reserven aus den anderen Frontabschnitten herbeigeschafft werden konnten. Die Feuerkraft der Verteidiger mit dem massenhaften Einsatz von Maschinengewehren verschaffte der verteidigenden Seite eindeutige Vorteile gegenüber der angreifenden Seite. Fachleute sind sich im Prinzip einig, daß der deutsche Westangriff im Sommer 1914 überhaupt nur dank der überlegenen schweren Artillerie möglich war². Diese Artillerie (vor allem die 42 cm-Geschütze) zerstörte leicht alle im Wege stehenden belgischen Befestigungen und ermöglichte den vorwärts dringenden Armeen ein ungestörtes Vordringen nach Nordfrankreich. Aber auch diese Waffen konnten die allgemeine Tendenz nicht verhindern. Überall, wo die Armeen aufeinander trafen, stellte sich

¹ Liddell Hart, B., *History of the First World War*, S. 79-96.

² Görlitz, W., *Die kleine Geschichte des Generalstabes*, S. 130, Churchill, W., *Die Weltkrisis*, Bd. 1., S. 202, Bruchmüller, G., *Die deutsche Artillerie in den Durchbruchsschlachten des Weltkrieges*, Berlin 1921.

ein Positionskrieg ein, der nur mit äußerster Mühe und zahllosen Opfern überwunden werden konnte. Motorisierte Einheiten, die wie im II. Weltkrieg in der Lage waren, die Front der Verteidiger aufzureißen und weit hinter deren Rücken die Kommunikation abzuschneiden, gab es im I. Weltkrieg noch nicht. Die Unmöglichkeit der Deutschen im Spätsommer 1914, einen entscheidenden Sieg zu erringen, wird am eindrucksvollsten durch die konkreten Zahlen über die technischen Möglichkeiten beider Seiten vor den Toren von Paris belegt. Zu Beginn des Westangriffs standen auf dem rechten Flügel in Belgien ca. 358 deutschen Bataillonen mit weit überlegener Artillerie ca. 257 Bataillone der Westalliierten gegenüber¹. Bei Ausbruch der Marneschlacht waren aber die Engländer und die Franzosen auf diesem entscheidenden Abschnitt um fast 200 Bataillone und 190 Batterien überlegen². So sehr hatte sich das Verhältnis in nur 5 Wochen verschoben. Dies legt die Vermutung nahe, daß Moltkes Rückzugsbefehl nicht auf charakterlose Weise die Operation aufgab, sondern vielmehr die einzige Chance Deutschlands war, den Kampf nicht gleich zu Beginn des Krieges aufgeben zu müssen.

In der ersten Entscheidungsschlacht an der Westfront führte die englische Expeditionsarmee die ausschlaggebende Bewegung in die Lücke zwischen der deutschen 1. und 2. Armee durch. Das Nachwort der Engländer zur Marneschlacht spricht Winston Churchill, der im Weltkrieg britischer Marineminister war: *„Der Vormarsch der britischen Armee war nicht übermäßig kraftvoll; aber er war allesentscheidend. Vor dem allgemeinen deutschen Rückzug überschritt nur eine alliierte Armee die Marne: Die britische. Sie war die einzige alliierte Armee, die vorankam. Man kann wahrheitsgetreu sagen, daß die Franzosen auf der ganzen Front von Paris bis Verdun während der Marneschlacht überhaupt keine nennenswerten Fortschritte erzielten. Die Briten gewannen in drei Tagen mehr als 70 Kilometer. Es ist wahr: Sie hatten in der schicksalhaften Lücke nur einen Kavallerieschleier und schwache zusammengewürfelte Infanteriekräfte vor sich. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß sie es waren, die den Entscheidungsstoß führten - den Stoß in die Leber“*³.

Kap.3. Der russische strategische Aufmarschplan

Die ersten strategischen Aufmarschpläne Rußlands entstanden bereits kurz nach der Gründung des Deutschen Reiches. Der in den 1880er Jahren zusammengestellte Aufmarschplan sah vor, eine Truppenkonzentration in Polen durchzuführen und unter dem Schutz der polnischen Festungen Entlastungsoffensiven gegen Berlin oder Wien im Falle eines deutschen Angriffes auf Frankreich zu starten. Im Falle des deutschen Angriffes auf Rußland beabsichtigte man im russischen Generalstab unverzüglich, das Territorium Polens zu räumen und damit den Deutschen die Chance zu nehmen, die russische Armee nah der Grenze zu schlagen. Die unterentwickelten Bahnlinien im damaligen Polen machten es für Rußland jederzeit möglich, sich dem drohenden Umfaßungsangriff zu entziehen⁴.

¹ Ausführlich hierfür vgl. Ebd., **Asprey, B.**, *The First Battle of the Marne*, Philadelphia 1962.

² Ebd.

³ **Churchill, W.**, *Die Weltkrise*, Bd. 1., S. 202.

⁴ **Hoffmann, M.**, *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, München 1923, S. 70.

Ökonomische und politische Veränderungen im Europa des 20. Jahrhunderts, der Krieg gegen Japan und die Revolution von 1905 zwangen den russischen Generalstab, Änderungen in seinen Militärkonzeptionen vorzunehmen. Obwohl russische Landtruppen im Krieg gegen Japan keine Debakel im großen Stil erlitten, hatte die Niederlage verheerende Folgen für das Selbstvertrauen der russischen Generalität. 1909 wurde der alte Aufmarschplan vollkommen umgestaltet und in mehr als 9 Punkten geändert¹. Der geistige Vater des neuen russischen Aufmarschplanes war General J. Danilov². Er verfaßte zahlreiche Denkschriften, die als Grundlage der russischen Militärplanungen der Vorkriegszeit dienten. Danilovs Konzeptionen sind in vieler Hinsicht phantastische Dokumente und veranschaulichen den fachlichen Qualitätsverfall der russischen Generalität am Vorabend des 1. Weltkrieges³. Die neuen strategischen Überlegungen wurden in mehreren Plänen ausgearbeitet, die dann je nach der tatsächlichen Lage angewandt werden sollten. Trotz des Beistandspaktes mit Frankreich wurde die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß man im Falle eines Krieges allein auf sich gestellt sein könnte. Für diesen Fall formulierte Danilov äußerst vorsichtige Gegenmaßnahmen. Man rechnete ernsthaft damit, daß Rußland möglicherweise gleichzeitig von mehreren, darunter auch neutralen Ländern, wie etwa von Japan und Schweden, angegriffen werden könne⁴. Als Gegenmaßnahme - um dieser imaginären "Weltverschwörung" zu begegnen - wurde eine totale Defensive propagiert. Danilov schrieb die Konzentration der Truppen tief im Inneren des Zarenreiches vor und stellte ihnen als einzige Aufgabe, das Vordringen des Feindes in das Landesinnere zu verlangsamen⁵. Vorsicht galt als oberstes Gebot, auch für den Fall, daß das Bündnis mit Frankreich greifen sollte. Auch diese Variante war defensiv ausgerichtet. Sie sah eine totale Defensive gegen die Deutschen und eine "vorsichtige" Offensive gegen die Österreicher vor. Letztere sollte allerdings nur dann beginnen, wenn die Hauptmassen der deutschen Truppen im Westen blieb und eine österreichische Offensive, die wegen schnellerer Mobilmachungskapazität der Donaumonarchie unweigerlich erfolgen sollte, zurückgeschlagen wäre⁶. Alles in allem geben die verschiedenen militärischen Überlegungen des russischen Generalstabes der Vorkriegszeit bestes Zeugnis davon, daß Rußland nicht nur nicht an einen Eroberungskrieg dachte, sondern nicht einmal wußte, wie das eigene Staatsgebiet zu verteidigen war.

Allerdings war es dem russischen Generalstab nicht vergönnt, seine Aktionspläne allein auszuarbeiten. Aufgrund der Lehren von 1870 war in Frankreich die Angst zu groß, dem Andrang der gesamten Streitmacht Deutschlands alleine zu begegnen. Der Meinung der französischen Militärs nach konnten die Russen zur gemeinsamen Sache mehr beitragen, wenn sie offensiv vorgingen und ihre gesamte Streitmacht nicht gegen Österreich-Ungarn, sondern direkt gegen Deutschland aufmarschieren ließen. Die französische Armeeführung verlangte von seinem Bundesgenossen auch, daß er seinen Angriff gegen östliche Gebiete Deutschlands bereits führte, ehe die Mobilmachung vollkommen abgeschlossen war⁷. Obwohl der russische Generalstab seinen

¹ Danilov, J., *Rußland im Weltkriege*, S. 160f. Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3, S. 158f.

² Zu seinen politischen Ansichten vgl. Danilov, J., *Na puti k krušeniju. Očerki iz poslednego perioda ruskoj monarchiji*, Moskau 1992.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Danilov, J., *Rußland im Weltkriege*, S. 160f., Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 1., S. 29.

⁶ Ebd.

⁷ Golovin, N., *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 48-49.

ursprünglichen Aufmarschplan nicht ändern wollte, einigten sich die Alliierten unmittelbar vor dem Kriegsausbruch auf einen Kompromiß. Der russische Generalstab gab seine Absichten, den Hauptschlag gegen die militärisch schwächeren Österreicher an der Südfront auszuführen nicht auf, verpflichtete sich aber auch, gegen Deutschland eine Großoffensive zur Entlastung Frankreichs zu starten. In dem kurz vor Kriegsausbruch erneuerten russisch-französischen Bündnisabkommen wurde in § 3 schriftlich festgehalten, daß - ungeachtet der Kämpfe an anderen Fronten - sofort mit dem Ausbruch der Feindseligkeiten Frankreich mit 1 300 000 Mann, Rußland mit ca. 700 000 Mann gegen Deutschland aufmarschieren sollten¹. Die eigentliche unangenehme Überraschung für die Deutschen erzwangen die Franzosen vor allem dadurch, daß der russische Unterhandlungsführer, General Žilinskij, sich verpflichtete, die Offensive gegen deutsches Territorium bereits am 15. Tag der Mobilmachung durchzuführen². Dies war um ein Vielfaches früher als der deutsche Generalstab bei der Erstellung des Schlieffenplanes angenommen hatte.

Diese Aufspaltung des tatsächlichen Hauptstoßes in den letzten Vorkriegsmonaten ist hinterher vielfach kritisiert worden. Russische Konservative behaupteten, daß die Militärführung ihres Landes mit diesem Kompromiß einen altruistischen Selbstaufopferungsakt vollzog. Man griff Ostpreußen an, ohne die völlige Konzentration ihrer Truppen abzuwarten. Ihnen zufolge unterließen es die Westalliierten, als Rußland 1915 selbst in ärgste Bedrängnis geriet, gleiches mit gleichem zu vergelten und ließen Rußland im Stich³. Es sollte allerdings festgehalten werden, daß die russischen Zusagen an Frankreich nicht zuletzt aus wohl verstandenem Eigeninteresse erfolgten. Ein russischer Historiker faßt die Gründe des Entgegenkommens seines Landes gegenüber den Forderungen der Westalliierten mit folgender Analyse zusammen: *“Man darf nicht vergessen, daß das zaristische Rußland sich auf den Krieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn im Bündnis mit Frankreich vorbereitete, das voraussichtlich in der Anfangsphase des Krieges die wesentlich schwierigere Aufgabe hatte dem Druck fast der gesamten deutschen Armee standzuhalten. Frankreich war freilich im Hinblick auf seine Anstrengungen im Kampf gegen Deutschland und dem Einsatz seiner Streitkräfte bis zu einem gewissen Grad vom Verhalten Rußlands abhängig. Das zaristische Rußland war seinerseits nicht weniger daran interessiert, daß die französischen Truppen den ersten Ansturm überstanden. Das ist auch der eigentliche Grund, warum die russische Armeeführung den Operationen an der deutschen Front so viel Aufmerksamkeit schenkte... Deshalb ist es zutreffender, von der gegenseitigen Abhängigkeit der Alliierten zu sprechen, wenn es um deren Beziehungen zu Beginn des Krieges geht”*⁴.

Strategisch gesehen war die Absicht, gleich zu Beginn der Kampfhandlungen Ostpreußen anzugreifen, zweifellos richtig. Fachleute behaupten, daß die in Ostpreußen allein zurückgelassene 8. Armee der Deutschen alle möglichen Aktionen der Russen gegen die Österreicher an ihrer Südfront ganz erheblich bedrohten. Sie konnte jederzeit einen Vorstoß nach Polen in den Rücken der russischen Südfront unternehmen und wäre sehr

¹ Ebd.

² Dobrorolskij, S., *Strategičeskije plany*, Belgrad 1922, S. 6f.

³ Buchanan, G., *My Mission to Russia and other diplomatic Memories*, London 1920, S. 219-222.

⁴ Jemets, V., *Očerki vnešnej politiki Rossiji*, S. 52f.

wahrscheinlich in der Lage gewesen, die Operationen dort entscheidend zu gefährden¹. Viel schlimmer für die Entente wäre es jedoch gewesen, wenn die energischen deutschen Generäle den Entschluß gefaßt hätten, ihre 8. Armee in die Züge zu setzen und sie während der Septemberkrise an der Westfront anzuwenden. Was passiert wäre, wäre diese bestens ausgerüstete und geführte Armee im entscheidenden Augenblick der Marneschlacht auf der berühmten rechten Flanke aufgetaucht, ist trotz patriotischer Geschichtsschreibung der Franzosen nicht schwer vorzustellen.

Trotz aller nach dem Weltkrieg erschienenen Fachliteratur von den angeblich schlechten Qualitäten der russischen Armee hatten die Franzosen gute Gründe, warum sie vor dem Krieg auf die Entlastungsangriffe gerade dieser Armee so viele Hoffnungen setzten. Man darf nicht vergessen, daß das Rußland der Vorkriegsjahre das größte stehende Heer der Welt besaß. Es war größer als die Friedensarmeen Deutschlands und Österreich-Ungarns zusammengenommen. In ihrer vollen Kriegsstärke war sie mit ihren knapp fünf Millionen Mann eine eindrucksvolle Streitmacht, insbesondere, wenn man bedenkt, daß hinter ihnen viele weitere Millionen wehrtüchtiger Männer standen. Die größte Bevölkerungszahl Europas und die mit Abstand größte Geburtsrate der Vorkriegszeit ließ die Legende entstehen, daß kein Gegner in der Lage sein würde, Rußlands Ansturm im Kriege zu widerstehen. Die Vision von der russischen "Dampfwalze" hielt so viele Westeuropäer der Vorkriegszeit in ihrem Bann, daß auch französische Generalstäbler fest daran glaubten. Es wurden allen Ernstes Berechnungen erstellt, daß ein derartiger Vorstoß bereits am 35. Tag der Mobilmachung so tief in deutsches Territorium vordringen konnte, daß den Deutschen nichts anderes übrigbliebe, als Westfrontarmeen nach Osten zu verlegen und somit den Franzosen den Weg nach Süddeutschland freizumachen².

Zum Zwecke der Durchführung beider russischer Westoffensiven, wurde eine entsprechende Armeeorganisation geschaffen. Vieles in der Organisation und in den Methoden der zaristischen Militärmaschinerie wurde nach dem damals modernen deutschen Beispiel organisiert. An der Spitze der Heeresorganisation stand ein in vielerlei Hinsicht nach dem deutschen Beispiel organisiertes Hauptquartier, genannt Stawka. Ihr Leiter war nach deutschem Beispiel auch der faktische Oberbefehlshaber der gesamten russischen Streitmacht: Durch den Zaren ernannt, konnte er nur durch ihn abgesetzt werden. Ansonsten war er in allen Entscheidungen vollkommen unabhängig³. Die Stawka war in vieler Hinsicht als eine Art Ersatzregierung konzipiert. Ihr zugunsten wurde die Zivilverwaltung aller sich in der Nähe der Front befindlichen Provinzen der eigentlichen Zivilverwaltung entzogen⁴. Eine solche Konzentration von Macht in den Händen der Militärs war in der Geschichte Rußlands früher nie da gewesen. Allerdings war die russische Armeeführung des 1. Weltkrieges, ungeachtet ihrer breiten Vollmachten, anders als die im 2. Weltkrieg weitgehend dezentralisiert. So waren für die Planung und Durchführung der Operationen entlang der riesigen Westgrenze des Zarenreiches sog.

¹ **Jemets, V.**, *Očerki vnešnej politiki Rossiji*, S. 68f., **Zichovič, J.**, *Strategičeskij očerok vojny 1914 - 1918 g.g.*, Moskau 1922, Bd. 1., S. 17f.

² **Pipes, R.**, *Geschichte der russischen Revolution*, Bd. 1., S. 349.

³ Vgl. **Pares, B.**, *The Fall of the Russian Monarchy. A Study of the Evidence*, London 1939, S. 254f.

⁴ Ebd., **Florinskij, M.**, *Samoderžavije i problema jedinstva gosudarstvennogo upravljenija v period Pervoj Mirovoj Vojny. 1914 – fevral 1917 g.g.*, Leningrad 1990.

⁵ **Svečin, A.**, *Evoluzija vojnogo iskustva*, Moskau 1927, S. 328f.

Frontkommandos zuständig¹. Am Anfang des Weltkrieges gab es derer zwei: Die Nordfront für die Leitung der Operationen gegen Deutschland und die Südfront für den Kampf gegen Österreich-Ungarn. Ihre Autonomie von der Stawka ging sehr weit. Sie planten alle militärischen Operationen und führten sie auch durch, sie entwarfen sogar eigene Strategien, die von der Stawka nur genehmigt werden mußten². Die Fronten unterstanden keiner Einflußnahme der Zivilregierung und waren gleichzeitig die tatsächlichen Machtzentralen der Streitmacht eines im Kriege befindlichen Landes³. Bezeichnenderweise trug nicht nur der Leiter der Stawka, sondern auch die Kommandeure der Fronten den Titel "Oberbefehlshaber" [russ. "Glavnokomandujuščij"]. Beide Fronten bestanden ihrerseits aus einzelnen Armeen. Deren Kommandeure befolgten nur die Befehle des Hauptquartiers ihrer Front⁴. Zur Truppenführung bediente man sich deutscher Führungsmethoden: Vom zurückgezogenen Stab der Front durch Vergabe der Direktiven.

Die Ermittlung eines tauglichen Armeekommandeurs für den "Ernstfall" ist eine sehr komplizierte Angelegenheit und in vielerlei Hinsicht eine Glückssache. Der deutsche Militärhistoriker G. Ritter bemerkt in seinem umfangreichen Werk "*Staatskunst und Kriegshandwerk*" zu einem der zentralen Gründe warum manche Nationen moderne Kriege gewinnen und andere nicht, daß, neben anderen wichtigen Faktoren, die Fähigkeit der Staaten, ihr Wesen für die Anforderungen des Krieges erfolgreich umzugestalten, wichtig sei. Dazu zählt Ritter die Fähigkeit der kriegführenden Staaten, die besten zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten in die Schlüsselpositionen zu bestellen, sie mit erforderlichen Vollmachten auszustatten und gleichzeitig einer effektiven Kontrolle zu unterstellen⁵. In allen kriegführenden Ländern wurden solche Verfahren mit bestem Wissen durchgeführt. Alle kriegführenden Länder waren vital daran interessiert, die besten Vertreter in die Schlüsselpositionen zu bringen. Jedes kriegführende Land des 1. Weltkrieges hatte zahlreiche Beispiele vorzuweisen, wie ihre besten Fachleute der Friedenszeit im Krieg nicht standhielten und viel Schaden anrichteten. Eine der größten Schwächen der russischen Kriegsmaschinerie in der ersten Periode des Krieges war vor allem der anfängliche Fehler bei der Besetzung der leitenden Posten und die daraus resultierenden Schwächen der Leitung.

In dieser Hinsicht besaß die russische Militärmaschinerie erhebliche Schwächen: In der Führungsspitze waren zahlreiche Generäle vertreten, die über keinerlei Erfahrung in der Truppenführung verfügten. Die Mehrheit von ihnen hatte ihre Karriere ausschließlich in der Verwaltung gemacht und noch nie zuvor Soldaten kommandiert. Dieser Mißstand, der in der ersten Phase des Krieges mit vielen unnötigen Verlusten beglichen werden mußte, war ein hausgemachtes Problem. Wie schon angedeutet, hielten alle europäischen Vorkriegsexperten das militärische Modell Deutschlands für das beste in Europa. Das daraus resultierende Ergebnis war, daß alle europäischen Armeen des Vorkriegseuropas nach dem Prinzip aufgebaut wurden, welches der preußische Generalstab unter Moltke für Deutschland entwickelte⁶. Auch der Schöpfer des modernen russischen Militärsystems, Graf Dmitrij Miljutin, nahm die preußischen Militärreformen als Beispiel, als er 1878

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland*, 4 Bde., München 1968.

⁶ Montgomery, V., *Weltgeschichte der Schlachten und Kriegszüge*, S. 476f.

mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht die Grundlagen der modernen russischen Armee schuf¹. Miljutin begriff jedoch ihren tatsächlichen Geist nicht und setzte sie in vielen Punkten aus dem Blickwinkel eines Bürokraten um². Die preußischen Generäle verbrachten die meiste Zeit unter ihren Soldaten und selbst die Stabsoffiziere mußten während ihrer Ausbildung immer wieder Militäreinheiten kommandieren. Die russischen Generäle hingegen erhielten ihre Ausbildung oft fern der Truppen und machten ihre Karrieren nicht selten ausschließlich innerhalb der Verwaltung, ohne eine praktische Übung zu durchlaufen. Fotografien jener Zeit zeigen zumeist wohlbeleibte, intelligente und satte Gesichter. Sie erhielten eine gute Allgemeinbildung auf der Generalstabsakademie und waren sowohl deswegen als auch wegen ihrer ausschließlichen Laufbahn in einer der zahlreichen Kanzleien ausgezeichnete Verwaltungsbeamte sowie interessante Gesprächspartner - dagegen verfügten sie über ungenügende Kenntnisse im Kriegshandwerk. Der britische Militärattaché in Rußland, Sir Alfred Knox, vermerkte über diese Sorte Militärs folgendes: *“Die meisten Vertreter der russischen Generalität litten an den typischen Untugenden ihrer Landsleute. Obwohl sie eigentlich nicht faul waren, neigten sie doch dazu, ihre Pflichten zu vernachlässigen, wenn sie nicht ständig beaufsichtigt wurden. Sie verabscheuten die lästige Pflicht des täglichen Drills. Im Gegensatz zu britischen Offizieren, fanden sie keinen Geschmack am täglichen Exerzieren unterm freien Himmel. Sie waren gern bereit, einen freien Tag damit zu verbringen, noch mehr als sonst zu essen und noch länger als sonst zu schlafen”*³. Vielleicht wurde dieses Urteil etwas überspitzt formuliert. Es waren in der russischen Armee der Vorkriegszeit durchaus zahlreiche hochqualifizierte Offiziere zu finden. Immerhin besaß Rußland eine ruhmreiche militärische Tradition und ein Ausbildungssystem, das nach der Meinung von zahlreichen zeitgenössischen in- und ausländischen Fachleuten zu den besten der Welt zählte⁴. Darüber hinaus gab es in Rußland zahlreiche Offiziere, die über Kriegserfahrungen aus jüngster Zeit verfügten. Diese Tatsache verschaffte ihnen gegenüber dem Offizierskorps der Mittelmächte Vorteile, da in diesen Ländern militärische Gedanken während der letzten friedlichen 42 Jahre nur in der Theorie erprobt werden konnten. Allerdings waren solche Kommandeure nur in den mittleren und niederen Rängen vertreten⁵.

Die Besetzung der Stawka wurde noch einigermaßen glücklich ausgewählt. Die Öffentlichkeit und die Armee erfuhren, daß diesen Posten der Onkel des Zaren, Großfürst Nikolaj Nikolajewič, erhielt⁶. Der Großfürst war ein professioneller Militär, der seine Laufbahn bei den Truppen absolviert hatte. Ungeachtet seiner Abstammung, diente er sich von vergleichsweise niederen militärischen Rängen hoch. In der Reformperiode nach der Revolution erwies er sich zwar als schwacher Organisator, jedoch erzielte er in seiner späteren Eigenschaft als oberster Kontrolleur der Streitkräfte durchaus gute Ergebnisse. In der Armee und in der Gesellschaft war sein Ansehen sehr groß. Als führendes Mitglied des herrschenden Hauses war er in der Lage, seine Ansichten selbst gegen dienstältere Generäle durchzusetzen. Der Großfürst versäumte nicht, sich den Ruf zu verschaffen, daß seine Sorge den Soldaten galt. Vor allem dadurch, daß er seine Repressivmaßnahmen in der Regel gegen hohe Offiziere

¹ Ausführlich über Miljutins Militärreformen in Rußland vgl. **Miller, A.**, *Dmitrii Miliutin and the Reform Era in Russia*, Charlotte, N. C. 1968, **Zajončkovskij, P.**, *Vojennyje reformy 1860-1870 g.g.*, Moskau 1962, sowie **Menning, B.**, *The Imperial Russian Army 1861-1914*, S. 6-51,

² Ebd.

³ **Knox, A.**, *With the Russian Army 1914-1917*, S. 27.

⁴ **Denikin, A.**, *Staraja armija*, Bd. 1., S. 9-32.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. **Danilov, J.**, *Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch. Sein Leben und Wirken*, Berlin 1930.

richtete. Er genoß auch sehr hohes Ansehen in der Zivilbevölkerung. Selbst den oppositionell eingestellten gebildeten Bevölkerungsschichten war er bekannt als der Mann, der während der Revolution von 1905 maßgeblich dazu beigetragen hatte, daß der Zar in Rußland die Einführung der konstitutionellen Monarchie genehmigte¹. Obwohl er vor dem Krieg in die Einzelheiten des strategischen Planes nicht eingeweiht war, besaß Nikolaj Nikolajewiç Qualitäten, die seine Zeitgenossen annehmen ließen, daß er durchaus gute Kenntnisse in Strategie besaß². Seine mangelnde Kenntnis der Einzelheiten des Aufmarschplanes konnte Nikolaj Nikolajewiç ferner dadurch ausgleichen, daß General J. Danilov, ihm als Generalquartiermeister zugeteilt wurde. Allerdings war der Oberkommandierende während des Krieges mit Japan fernab von der tatsächlichen Truppenführung und hatte nicht viele Operationen von Armeen, geschweige denn Fronten, geleitet³. Die Wahl seines wichtigsten Gehilfen wurde hingegen nachher vielfach kritisiert: Zum Stabschef der Stawka bestellte der Zar General Januškeviç, einen General polnischer Abstammung, der persönlich noch nie Truppen geführt hatte und nicht zuletzt deshalb den Spitznamen "Kleinkind" [russ. Maloje detjo] trug⁴. Sein ganzer "Werdegang" ist für den Geist der Miljutinischen Militärreform sehr bezeichnend: Nach nur einem kurzem Kommando über eine Kompanie in seiner Jugend, erhielt Januškeviç einen Posten in der Militärverwaltung. Als Verwaltungsoffizier absolvierte er die Akademie des Generalstabes und kehrte gleich nach Beendigung in die Militärverwaltung zurück, wo er bis zu seiner Ernennung zum Chef des Generalstabes im Frühjahr 1914 verblieb. Ein paar Monate nach seiner Ernennung brach der Weltkrieg aus und aus dem Chef des Generalstabes wurde automatisch der Stabschef der Obersten Heeresleitung. Nach Zeugnis eines ausländischen Militärbeobachters, der ihn im Frühjahr 1914 getroffen hatte, machte Januškeviç "eher den Eindruck eines Richters, als eines Soldaten"⁵.

Sehr unbefriedigend fiel die Besetzung der Posten an der Nordfront aus. Die Kommandeure der beiden gegen Deutschland kämpfenden Armeen dieser Front waren vor dem Krieg durchaus bekannte Persönlichkeiten. Dies galt besonders in bezug auf die Person des Kommandeurs der 1. Armee, Paul Elder von Rennenkampf. Rennenkampf war Abkömmling des deutschsprachigen Adels der Ostseeprovinzen und im Vorkriegsrußland bekannt wie kaum ein anderer. Seine Karriere begann vielversprechend im russisch-japanischen Krieg. Rennenkampf fiel dort als energischer und tüchtiger Kommandeur einer kleinen Kavallerieeinheit auf. Als während der Demobilisierung der Armee im Fernen Osten eine Revolte der Reservisten ausbrach und hunderttausende heimkehrende Soldaten der Reserveeinheiten ganz Sibirien entlang des einzigen Bahnweges blockierten, wurde gerade Rennenkampf mit der Wiederherstellung der Ordnung beauftragt. Ihm gelang es, in einer spektakulären Aktion in nur wenigen Wochen die Ordnung wiederherzustellen⁶. Unter den Liberalen und unter der revolutionären Intelligenz galt er als Ultrareaktionär. Die Konservativen hielten ihn für einen begabten Truppenführer und beide sahen in ihm den Inbegriff energischer Aktionen. Nach dem Krieg von 1905 machte

¹Zu den Einzelheiten der Verabschiedung des Oktobermanifests vgl. **Vuič, N.**, *K istorii manifesta 17-go oktjabrja*, in: *Archiv ruskoj revoluziji*, Bd. 18, S. 5-13, **Bushnell, J.**, *Mutiny amid Repression*, S. 71-73, **Vitte, S.**, *Erinnerungen*, S. 334f.

²**Brusilov, A.**, *Moji vospominanija*, Moskau 1963, S. 74-76, **Kerenskij, A.**, *Die Kerenski Memoiren. Rußland und der Wendepunkt der Geschichte*, Wien - Hamburg 1966, S. 159f.

³Während der Revolution von 1905 war Großfürst Nikolaj Nikolajewiç Kommandeur des St. Petersburger Militärdistrikts, **Gurko, V.**, *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S.16f.

⁴**Gurko, V.**, *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S. 16f.

⁵**Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 42.

⁶**Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 334f., **Denikin A.**, *Put ruskogo ofizera*, S. 227-229.

Rennenkampf sein Regiment zu einer der diszipliniertesten Einheiten in der russischen Armee, was die Obrigkeit bewog, ihn zum Kommandeur der 1. Armee im Ostpreußenfeldzug zu ernennen. Allerdings hatte er vor dem Krieg keine Armee geführt und darüber hinaus war er unter den Offizieren nicht besonders beliebt. Man warf ihm "unsittliches Benehmen" im Privatleben vor und verbreitete Gerüchte, daß sein leiblicher Bruder auf deutscher Seite kämpfe¹. Der Befehlshaber der 2. Armee, General der Kavallerie Samsonov, war in der Öffentlichkeit eine weit weniger bekannte Größe. Im russisch-japanischen Krieg diente er ebenfalls als Kommandeur einer kleinen Kavallerieeinheit und war nach dem Krieg Militärgouverneur in Zentralasien. Unter den Offizieren galt er als tapferer Mensch, hatte jedoch wie Rennenkampf noch nie eine Armee kommandiert². Beide Ernennungen erfolgten unmittelbar vor dem Krieg, so daß beide Armeeführer überhaupt keine Zeit hatten, sich an ihre neue Rolle zu gewöhnen. Die Anstrengung, beide Armeen in Ostpreußen zu leiten, oblag dem Stab der Nordfront und seinem Kommandeur General Žilinskij. Žilinskij war das typische Beispiel eines russischen Kommandeur-Bürokraten, die so zahlreich die Stäbe der russischen Streitkräfte in den Vorkriegszeiten bevölkerten. Formal gesehen besaß General Žilinskij durchaus die Laufbahn, welche ihn für solch einen wichtigen Posten geeignet erscheinen ließ. Im russisch-japanischen Krieg war er im Stab des Admirals Aleksejev im Fernen Osten tätig³. Seit 1910 war Žilinskij Chef des russischen Generalstabes und Unterhandlungsführer in den Verhandlungen mit der Armeeleitung Frankreichs. Er wurde schließlich unmittelbar vor dem Kriegsausbruch zum Kommandeur des Warschauer Militärdistrikts ernannt. Infolgedessen war er mit den strategischen Planungen Rußlands bestens vertraut, was für seine Ernennung zum Kommandeur der Nordfront ausschlaggebend war. Bei näherem Hinsehen fällt jedoch auf, daß Žilinskij für seinen Posten einfach unqualifiziert war. Er war nämlich während seiner gesamten Laufbahn nie in Berührung mit Soldaten gekommen. Während des russisch-japanischen Krieges arbeitete er nicht an der Front, sondern in der Verwaltung der Gebiete des Fernen Ostens. Nach dem Krieg durchlief Žilinskij diverse Ämter, die ihn aber ebenfalls nie in Berührung mit der Truppe brachten. Zu den bürokratischen Ämtern Žilinskij konnte ruhig auch seine Tätigkeit als Chef des Generalstabes gerechnet werden. Obwohl Graf Miljutin sein System nach dem preußischen Vorbild organisierte, war der russische Chef des Generalstabes, anders als der des preußischen, ein bloßer Verwaltungsmann und nicht der Mann in dessen Obhut die eigentliche Führung der Armeen oblag. Die Wehrentscheidungen der Vorkriegszeit fielen im Vorkriegsrußland ausschließlich dem Kriegsministerium zu. Der russische Stabschef leitete nicht einmal ein Manöver, denn dies war Vorrecht des Großfürsten Nikolaj Nikolajevič. Žilinskij's Tätigkeit im Generalstab war hauptsächlich politischer Natur. Als Vertreter Rußlands nahm er Teil an den französisch-russischen Vorkriegskonferenzen und die Ernennung zum Kommandeur des Warschauer Militärdistrikts erfolgte erst unmittelbar vor dem Ausbruch des Weltkrieges: Zu spät, d.h. zu kurz, um ihm doch noch die Zeit zu geben, sich in seiner neuen Rolle zurechtzufinden. So war am Vorabend des Weltkrieges der künftige Kommandeur der Nordfront ein "vertrockneter und unbeliebter Bürokrat"⁴. Unter den Militärs hatte Žilinskij keine Autorität: Die Offiziere seines Stabes nannten ihn untereinander "lebender Leichnam"⁵.

¹ Gurko, V., *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S. 19.

² Knox, A., *With the russian Army 1914-1917*, S. 60,

³ Knox, A., *With the russian Army 1914-1917*, S. 45-46.

⁴ Knox, A., *With the russian Army 1914-1917*, S. 46.

⁵ Solženyzin, A., *Das rote Rad. Zweiter Knoten. November Sechzehn*, München 1984, S. 1054.

Wesentlich besser gestaltete sich die Besetzung der leitenden Posten der russischen Südfront. Die Offiziere dieser Front erwiesen sich während des Krieges als besser vorbereitet und lieferten in den späteren Kriegsjahren Kader für Führungsstellen der russischen Armee. Die berühmtesten Führungspersonlichkeiten der Russen im Weltkrieg, wie etwa M. Aleksejev, Brusilov, Plehwe oder Leščitzkij, waren ursprünglich Angehörige dieser Front. Vielleicht hatte hier auch die Tatsache eine Rolle gespielt, daß sie die Möglichkeit hatten, gegen den schwächeren Feind (Österreicher) Erfahrungen zu sammeln. Auch die besten deutschen Generäle dieses Krieges kamen von der Ostfront, wo sie sich besser als im Westen entfalten konnten. Allerdings hatte die gute Besetzung der Führungspositionen der russischen Südfront auch objektive Gründe. Zuerst verfügte die Führungsspitze der Südfront über Offiziere, die am russisch-japanischen Krieg teilgenommen hatten. Die Russen führten den Krieg gegen Japan mit nur einem Drittel ihrer Streitmacht, deren Kern aus Soldaten und Offizieren der Militärdistrikte Kijev und Odessa bestand; alles Militärs, die den Kern der russischen Südfront im Weltkrieg bilden sollten¹. Zum Kommandeur der Südfront wurde General Ivanov ernannt, zum Zeitpunkt seiner Ernennung mehr als 60 Jahre alt. Ivanov war der Sohn eines einfachen Bauern und arbeitete sich hoch bis zum Rang eines Generaladjutanten. Vor dem Krieg unterrichtete er in der Akademie des Generalstabes und leitete den Kijever Militärdistrikt. Für seine Karriere war es allerdings sehr förderlich, daß es ihm gelang, während der Revolution von 1905 den Aufstand der Kronstädter Matrosen unblutig niederzuschlagen². Ivanov gab sich sehr volkstümlich: Er schlief auf einer schlichten soldatischen Strohmattze, trug einen großen Bart und sah im allgemeinen aus wie ein einfacher russischer Bauer. Allerdings besaß Ivanov trotz seines Alters eine gute Auffassungsgabe und ließ seinem Stabschef, M. Aleksejev, der zum bedeutendsten russischen Stabsoffizier diesen Krieges werden sollte, alle Freiheiten³. Ivanov führte in seinem Stab tadellose Disziplin ein und verlangte von seinen Untergebenen äußerste Zurückhaltung im Privatleben. Der Engländer Alfred Knox beschreibt in seinem Tagebuch eine solche Episode, als während seines Besuches im Stab der Südfront die höchsten Würdenträger des Zarenreiches beim offiziellen Empfang lediglich Limonade von schlechter Qualität und Mineralwasser aufgetischt bekamen⁴.

Eine kurze Erwähnung verdient auch eine andere Tatsache: Im Sommer 1914 wurde die Hälfte aller russischen Armeen von Kommandeuren in den Krieg geführt, die von der russischen öffentlichen Meinung als "Deutsche" bekannt waren. Von vier Armeen der Südfront wurden die 8. und die 3. durch die "Russen" Brusilov und Russkij geleitet, das Kommando über die 5. und die 4. erhielten hingegen die "deutschen" Generäle Plehwe und Salza (später Ewert)⁵. Dieselbe Situation ergab sich auch an der Nordfront. Die 2. Armee mit General Samsonov und seinem Stabschef Postovskij an der Spitze, wirkte zusammen mit der von zwei "Deutschen", Rennenkampf und Millant, angeführten 1. Armee. Zahlreiche Deutsche kämpften an der Front unter den Offizieren der niederen Ränge und waren auch in der Verwaltung verschiedener Ebenen im Hinterland häufig

¹ **Menning, B.**, *The Imperial Russian Army 1861-1914*, Blomington 1992, S. 152-200, **Denikin, A.**, *Put russkogo ofizera*, S. 312f.

² **Denikin, A.**, *Put russkogo ofizera*, S. 314, **Drezen, A.**, *Revoluzija vo flote: Baltijskije morjaki v vostanijach 1905-1906 g.g.*, Leningrad 1926, S. 22-29.

³ **Knox, A.**, *With the Russian Army 1914-1917*, S. 49-51.

⁴ Ebd.

⁵ Baron Salza war eigentlich zu Beginn der Operationen Kommandeur der 4. Armee. Er wurde jedoch bereits in den ersten Wochen des Krieges abgesetzt und fungierte als Stabschef des neuen Armeekommandeurs Ewert, **Zichovič, J.**, *Strategičeskij očerok vojny*, Bd. 1., S. 17f., **Knox, A.**, *With the Russian Army 1914-1917*, S. 48.

vertreten¹. Anscheinend bereitete die Loyalität dieser, zumeist aus dem Adel der Ostseeprovinzen stammenden Menschen, dem Regime Rußlands keine Kopfschmerzen. Auch die von den Liberalen geformte öffentliche Meinung Rußlands zog ihre Loyalität beim Ausbruch des Weltkrieges nicht in Zweifel. Wie Würdenträger des Zaren anderer Nationalitäten bewährten sich die Deutschen durchaus unterschiedlich. Es gab unter ihnen durchaus schlechte, aber auch sehr gute Führungskräfte. Der Kommandeur der 5. Armee General Plehwe rettete die Russen zwei Mal buchstäblich vor Katastrophen. Einmal im Herbst 1914, als die bereits durch die Deutschen abgeschnittene 2. Armee in Polen (Schlacht von Lodz) beinahe vernichtet wurde und einmal im Winter 1915, als nach dem Debakel der 10. Armee die ganze Nordfront vor der Auflösung stand. Allerdings boten gerade die Führungskräfte deutscher Abstammung viele Angriffsflächen für die Kritiker des Regimes. Solange sich die Lage an der Front günstig zu entwickeln schien, war alles durchaus in Ordnung. Als allerdings die ersten Hiobsbotschaften dieses Krieges von der Front die Zivilbevölkerung erreichten, dienten gerade die Deutschen als Blitzableiter für die Volkswut. Die Gerüchte, daß die Würdenträger deutscher Abstammung und sogar der Hof selbst ihr Land verraten hätten, sollte bei der Isolierung der Monarchie und ihrem Sturz im Februar 1917 keine geringe Rolle spielen.

Auch ein weiterer Umstand verdient eine nähere Erörterung, möchte man die Ereignisse des 1. Weltkrieges und der Revolution in Rußland verstehen. Die These von der russischen Übermacht an der Ostfront beim Ausbruch des Weltkrieges war nichts als eine Propagandaerfindung mancher deutscher Generäle, die damit ihre eigenen Verdienste hervorzuheben trachteten. Der russisch - japanische Krieg und die Ereignisse der ersten Revolution hatten für die russische Streitmacht katastrophale Folgen. Die Armee wurde zum großen Teil demobilisiert, zum Teil befand sie sich in Auflösung, sodaß nach dem Zeugnis Wittes Rußland um 1908 *"von seinen Truppen fast vollkommen entblößt"* war². In den ersten Jahren nach der Revolution stand nicht einmal ein Viertel der vorgesehen Friedensstärke zur Verfügung³. Mit welchen Schwierigkeiten die russische Regierung in dieser Zeit konfrontiert wurde läßt sich an folgendem Vorfall ersehen. Als 1908 die Krise auf dem Balkan ausbrach, sah sich der damaliger Kriegsminister General Roediger genötigt, auf der Sitzung des Kronrats in Zarskoje Selo am 13. März dem Zaren zu erklären, daß die Armee unfähig war die Verteidigung des Landes zu gewährleisten⁴. Roediger erklärte ferner, daß neben der Umorganisation der Armee und ihrer Umrüstung auf modernes Gerät eine ganze Generation von Offizieren verabschiedet werden müsse, bis an die Spitze der Streitmacht wirkliche Fachleute treten werden. Die vorhandene Masse der Generäle, so Roediger, sei für eine erfolgreiche Kriegführung einfach ungeeignet⁵. Im Gegensatz zu Deutschland, dessen Armee seit Jahrzehnten keine Erschütterungen erlebt hatte und dessen Generäle systematisch an den Verbesserungen des Militärapparats arbeiten konnten, hatte Rußland nur wenige Jahre um seine Armee einsatztüchtig zu machen. Von diesem Blickwinkel aus gesehen war es wahrlich eine außerordentliche Leistung, daß Rußland es nicht nur schaffte, die ersten Monate des Weltkrieges zu überstehen, sondern sogar in der Lage war, bis zur Februarrevolution eine ernstzunehmende Macht darzustellen.

¹ Ebd.

² Vitte, S., *Erinnerungen*, S. 398-402.

³ Ebd.

⁴ Suchomlinov, V., *Erinnerungen*, Berlin 1924, S. 327f.

⁵ Ebd.

Daß es gelungen war, von 1908 an eine (wenn auch in vielerlei Hinsicht mangelhafte) militärische Organisation zu schaffen, verdankte das Land der Arbeit des Kriegsministeriums. Seit 1909 stand an der Spitze des Kriegsministeriums General Suchomlinov, unter seinen Zeitgenossen eine sehr umstrittene Persönlichkeit. Als junger Offizier nahm Suchomlinov teil am russisch-türkischen Krieg von 1878 und zeigte sich dort als fähiger Offizier. Seine Leistungen im Krieg gegen die Türkei wurden von seinen Vorgesetzten registriert und damit begann ein kometenhafter Aufstieg des jungen Offiziers. Seit diesem Krieg war sehr viel Zeit vergangen, in der Suchomlinov große Veränderungen durchgemacht hatte. Seine weitere Laufbahn ist für die Fehler des Miljutinischen Systems sehr bezeichnend: Der Beginn seines Aufstiegs zeichnete sich vor allem durch seine Entfernung von der Truppe aus, denn im Verlauf seiner weiteren Karriere diente Suchomlinov ausschließlich in den Kanzleien. Am Vorabend des Weltkrieges war er ein vollkommen veränderter Mensch. Zwei Mal geschieden, heiratete er zuletzt eine halb so alte Frau und schenkte der Petersburger Salongesellschaft keine geringe Aufmerksamkeit. Durch ihn selbst wissen wir, daß er durchaus nicht abgeneigt war, sein mageres Gehalt durch kleinere Bestechungen aufzubessern. Als vorzüglicher Erzähler und Tischgenosse war Suchomlinov ein Mensch mit positiver Lebensauffassung und verstand es sehr gut, auf seine Vorgesetzten Eindruck zu machen. Wilhelm II. war entzückt von seinen Anekdoten, als er während seiner Reise durch Deutschland dem Kaiser erzählte, wie er in seiner Kindheit in Berlin einer Bäckerin mithalf, Brötchen zu verkaufen. Auch dem Zaren imponierte Suchomlinov durch seinen Optimismus. Eine weitere Eigenschaft des Kriegsministers war eine merkwürdige Neigung zum Leichtsinne, die mit den Jahren immer größere Ausmaße annahm. Der letzte Ministerpräsident der Vorkriegszeit, Kokovzov, erinnerte sich später, daß während der Balkankrise von 1912 Suchomlinov in einer dramatischen Ansprache dem Kabinett von der unmittelbaren Gefahr des Krieges berichtete und direkt nach der Sitzung den Zaren ersuchte, ihm einen Urlaub an der Riviera zu genehmigen. Trotz all dieser Schwächen war aber Suchomlinov ein außerordentlich begnadeter Verwaltungsmann. Unter seiner Leitung wurden in der Zeit zwischen 1909 und 1914 eine Reihe erfolgreicher Militärreformen durchgeführt. Wie immer man diese oder auch den Kriegsminister selbst beurteilen mag, so muß man anerkennen, daß Suchomlinovs Reformen der Jahre 1909-1914 die russische Streitmacht aus Auflösung in mehr oder weniger geordnete Bahnen gelenkt haben. Ein Militärhistoriker charakterisierte seine Tätigkeit folgendermaßen: *"Vor der Ernennung Suchomlinovs hatten wir in Rußland bezüglich der Verfassung der Armee eine desorganisierte bewaffnete Machtlosigkeit. Als Ergebnis seiner Tätigkeit wurde aus unserer Armee eine (wenn auch weit von der Vollkommenheit entfernte) organisierte bewaffnete Streitmacht"*¹.

Die wichtigsten Bereiche der Militärreformen der Jahre 1909-1914 umfaßten die Vereinfachung der Organisation, die Verbesserung der Aufrüstung, sowie Verbesserungen der Mobilmachungspläne der Bodentruppen². Verbesserungen und Vereinheitlichungen der Organisation innerhalb des Militärapparates ermöglichten binnen kürzester Zeit, die Armeebestände mit neuen Kadern aufzufüllen. Bereits im Winter 1913-1914 standen in Rußland 2 230 000 Menschen unter Waffen³. Diese erstaunlichen Kapazitäten sollten für

¹ Kersnovskij, A., *Istorija russkoj armiji*, Bd. 3., S. 134.

² Vgl. Wilfong, W., *Rebuilding the russian Army*, S. 148-170.

³ Ebd.

den Verlauf des 1. Weltkrieges eine enorme Rolle spielen. Die rapide Erhöhung der Zahl der Mannschaften ging Hand in Hand mit Verbesserungen im Militärapparat und in der Rüstung. Noch vor dem russisch - japanischen Krieg gab es in der Armeestruktur ein großes Durcheinander. In der Infanterie z. B. gab es 11 verschiedene, zahlenmäßig stark differierende Typen von Kompanien. Die Zahl der Kompanien eines Bataillons schwankte ebenfalls zwischen 4 und 10. Ein Regiment konnte aus 4 oder auch aus 2 Bataillonen bestehen. Ein Armeekorps (die wichtigste Einheit bei der Planung der Operationen) setzte sich entweder aus 2 Brigaden oder aus 2 Divisionen zusammen. Ein Armeekorps konnte somit 2 bis 3 mal stärker sein als ein anderes¹. Erst mit Ernennung Suchomlinovs wurde dieses Chaos im Zuge der Reform des Jahres 1910 beseitigt. Die Armee war nun gleichmäßig durchstrukturiert, was militärische Planungen erheblich vereinfachte².

Auch die Ausrüstung der Bodentruppen erfuhr seit 1909 deutliche Verbesserungen. Die um die Jahrhundertwende eingeführten Infanteriegewehre Mosins zählten zu den besten der Welt und waren bis 310 Meter Entfernung zielgenau. Auch die Menge und die Qualität der verwendeten Maschinengewehre waren denen westlicher Armeen vergleichbar. In dieser Zeit entwickelte man in Rußland auch eine eigene schwere Artillerie, die im 1. Weltkrieg eine Schlüsselrolle spielen sollte. Interessant zu erwähnen ist ebenso die Tatsache, daß am Vorabend des 1. Weltkrieges auch die Luftfahrt ihre Anfänge nahm. Der junge Flugzeugkonstrukteur Igor Sikorskij sollte später in der Verbannung Gründer eines der erfolgreichsten Militärflugzeuge herstellenden Konzerns der USA werden. Den Höhepunkt der Reformen Suchomlinovs bildete das 1914 von der Duma verabschiedete große Umrüstungsprogramm (die sog. "*Bolšaja programma*"), das vorsah, bis 1917 das Rüstungsniveau des Deutschen Reiches zu erreichen und gegebenenfalls zu übertreffen.

Trotz aller Anstrengungen der Regierung und der Armeeführung wurde die Armee 1914 vom Krieg überrascht, als sie sich noch mitten in der Reorganisation befand. Der russische Generalstab rechnete aufgrund der deutschen Rüstungsprogramme mit einem möglichen Angriff nämlich frühestens im Jahre 1915³. Als der Weltkrieg im Sommer 1914 ausbrach war Rußland unter den europäischen Großmächten zweifellos diejenige, die am wenigsten auf den Krieg vorbereitet war und deren Armee sich in der ungünstigsten Ausgangsposition befand.

Kap. 4. Die Entwicklung an der Ostfront 1914 und das Scheitern russischer Hoffnungen auf einen schnellen Sieg

Als die Feindseligkeiten ausbrachen, handelten die Russen gemäß den Vereinbarungen, die sie mit Frankreich am Vorabend des Weltkrieges getroffen hatten. Dafür teilten sie ihre gesamte Streitmacht in drei Teile: Die Nordfront, die Südfront und die Reserve („Manövriermasse“) dazwischen⁴. Die gegen die Deutschen operierende Nordfront wurde aus der 1. und 2. Armee gebildet. Die Front gegen die Österreicher bestand aus vier weiteren Armeen, die - von Norden nach Süden gezählt - mit den Nummern 4, 5, 3 und 8 versehen waren⁵. Zur Unterstützung beider Fronten wurde westlich von Warschau die 9. Armee als strategische Reserve konzentriert.

¹ Kersnovskij, A., *Istorija russskoj armiji*, Bd. 3., S. 136f.

² Ebd.

³ Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 25f.

⁴ Keegan, J., *The First World War*, S.111-139. Reichsarchiv (Hrsg.), *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 3., S. 419f.

⁵ Ebd.

Zuletzt wurde noch die 10. Armee in der Nähe von St. Petersburg aus Angst vor feindlichen Landungen zurückbehalten¹. Die in den Quellen beschriebenen Ansichten gehen hinsichtlich der strategischen Absichten der Russen im Sommer 1914 auseinander, jedoch läßt der tatsächliche Verlauf der Operationen vermuten, daß Rußlands Generalstab durchaus ambitionierte Absichten verfolgte. Die Südfront sollte den Ansturm der Österreicher aufhalten und danach eine Großoffensive gegen Österreich-Ungarn starten. Aber auch den Forderungen der Westalliierten, direkte Operationen gegen deutsche Truppen zu führen, wurde Rechnung getragen. Man lehnte zwar die Bitten der Franzosen, durch Schlesien in Richtung Berlin vorzustößen, als undurchführbar ab, beschloß aber dafür, die in Ostpreußen konzentrierte 8. Armee anzugreifen und nach ihrer Vernichtung eine Offensive gegen Berlin entlang der Bahnstrecke Berlin-Warschau durch Schlesien zu beginnen².

Zuerst begannen die Operationen an der Nordfront. Die 1. Armee, unter dem Kommando des Generals Rennenkampf, stand in Litauen. Sie sollte von Osten her nach Ostpreußen eindringen und die Hauptmasse der dort stationierten 8. Armee der Deutschen an sich binden. Die 2. Armee unter dem Kommando von General Samsonov stand nördlich von Warschau. Sie erhielt den Befehl, im Fall des erfolgreichen Durchbruchs der 1. Armee von Süden nach Norden vorzustößen und damit den Rückzug der Deutschen aus Ostpreußen abzuschneiden. Nachdem sie die 8. Armee ausgeschaltet hatten, sollten sich beide Armeen vereinigen und gemeinsam mit der als „Manövriermasse“ bezeichneten 9. Armee eine von Norden nach Süden gerade verlaufende Front bilden. Anschließend sollte eine Offensive entlang der Bahnstrecke Warschau-Berlin erfolgen³.

Um Frankreich möglichst schnell zu entlasten, befahl der russische Oberkommandierende, die Offensive in Ostpreußen bereits am 14. Tag der Mobilmachung zu beginnen, ein Tag früher, als es den Franzosen zugesagt worden war. Der Stabschef der 2. Armee, Postovskij, bezeichnete dies in einem Privatgespräch als „Abenteuer“⁴. Seine Skepsis war wohl begründet. Die Berechnungen der Vorkriegszeit hatten ergeben, daß am 14. Tag der Mobilmachung die russischen Armeen erst in einem anfänglichen Stadium der Entfaltung begriffen und deshalb nicht einsatzfähig waren. Berechnungen des russischen Generalstabes zufolge hätten die Armeen der Nordfront frühestens ab dem 20. Tag der Mobilmachung angreifen können⁵. Die Friedensstärke der russischen Armee betrug im Sommer 1914 bekanntlich 1 300 000 Mann, zu denen mit Beendigung der Mobilmachung weitere 3 500 000 Mann stoßen sollten⁶. Allerdings konnte die volle Kriegsstärke dieser knapp fünf Millionen Mann starken Streitmacht nicht früher als am 60. bzw. 82. Tag der Mobilisation erreicht werden⁷.

Diese Tatsachen waren dem deutschen Generalstab vor dem Krieg bestens bekannt und bildeten einen festen Bestandteil der gut bedachten Verteidigungsstrategie Ostpreußens. Ostpreußen sollte von einem möglichen Einbruch der Russen durch eine Großoffensive der Österreicher in Südpolen entlastet werden, die bereits für den

¹ Churchill, W., *Die Weltkrise*, Bd. 1., S. 40.

² Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S.54.

³ Vgl. Generalnyj štab RKKA(Hrsg.), *Vostočno-prusskaja operacija. Sbornik dokumentov ob mirovoj imperialističkoj vojne na ruskom fronte*, Moskau 1939, Knox, A., *With the russian Army 1914-1917*, Bd. 1., S. 48.

⁴ Ebd.

⁵ Zichovič, J., *Strategičeskij otčerkvojny*, Bd. 1., S. 17-45f., Dobrorolskij, S., *Strategičeskije plany*, S. 16f., Rutherford, W., *The Tsar's War 1914-1917*, S. 33-46.

⁶ Ebd.

⁷ Knox, A., *With the russian Army 1914-1917*, Bd. 1., S. 60f.

20. Tag der Mobilmachung vorgesehen war¹. Die Offensive der Österreicher sollte die Hauptmacht der Russen an sich binden. Die in Ostpreußen zurückgelassene 8. Armee unter dem Kommando von General Prittwitz zählte in voller Kriegsstärke ca. 20 Infanteriedivisionen, nur unbedeutend weniger als beide russische Armeen der Nordfront zusammengenommen. Vor Abschluß der russischen Mobilmachung sollte deutschen Kalkulationen nach der Sieg im Westen bereits errungen sein und starke Kräfte zur Unterstützung der 8. Armee an der Ostfront erscheinen². Die Berechnungen der Deutschen vor dem Krieg waren von solider Art. Sie stützten sich auf tatsächliche Gegebenheiten. Erstens besaß das Deutsche Reich vor dem Weltkrieg die weltbeste Heeresorganisation und war mit dem effektivsten Mobilmachungssystem ausgestattet. Sie verteilte zweitens ihre Armee in Ostpreußen auf vergleichbar kleinem Territorium mit gut ausgebauten Befestigungen und leistungsfähigen Bahnverbindungen. Ihr Armeekommando veranstaltete vor dem Krieg zahlreiche Manöver und bereitete dadurch ihre Führungskader effektiv auf die Verteidigung Ostpreußens vor. Die Soldaten der 8. Armee waren größtenteils Ostpreußen, die sich gut im Gelände auskannten und die schließlich ihre Heimat verteidigten. Die Russen hingegen hatten in topographisch schwer durchgängigem Gelände, im Wirrwarr zahlreicher Seen und Sümpfe zu Fuß zu operieren. Nach Überquerung der Staatsgrenze konnten sie nicht einmal auf Unterstützung ihrer Bahn rechnen. Die russische Bahnspur war nämlich breiter als die westeuropäische und für die Abfertigung eines Zuges an der Grenze brauchte man 2 bis 3 Stunden³. Manche Forscher veranschlagten die zahlenmäßige Überlegenheit der Russen während der Operationen in Ostpreußen auf 3:2, die jedoch allein schon wegen der schwierigen Geländebedingungen und der Abwesenheit von Transportmöglichkeiten für die Angreifer verlorenging⁴.

Jedoch war die Wahrheit für die Russen viel trauriger. Vor allem deshalb, weil für die tatsächliche Stärke im modernen Krieg nicht etwa die Zahl kämpfender Truppen, sondern einzig und allein die Feuerkraft kämpfender Formationen ausschlaggebend ist⁵. Eine russische Infanteriedivision war in den ersten Monaten des Weltkrieges zahlenmäßig einer deutschen überlegen, verfügte aber nur über die Hälfte ihrer Feuerkraft⁶. Mit dem Befehl zur Offensive auf Ostpreußen bestanden beide Armeen der russischen Nordfront nur aus 13 Infanteriedivisionen und 92 Artilleriebatterien. Zum gleichen Zeitpunkt zählte die Ostpreußen verteidigende Armee von General Prittwitz 14 Infanteriedivisionen und 153 Artilleriebatterien⁷. Demgemäß war die angreifende Armee den Verteidigern unterlegen, Berechnungen russischer Militärhistoriker nach etwa 1.5 Mal⁸. Die 8. Armee war durch zahlreiche Reserveeinheiten und die Landwehr verstärkt. Insbesondere die deutschen Reserveeinheiten waren von guter Qualität. Sie entsprachen qualitativ nicht nur etwa der Stärke der ersten Formationen von Armeen der anderen Länder, sondern übertrafen sie in manchen Komponenten sogar. Die bewaffnete und gut organisierte Landwehr

¹ **Golovin, N.**, *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 59f. Diese Ansicht wurde auch vom Chef der Mobilisierungskommission der russischen Streitmacht General Dobrorolskij bestätigt, vgl. **Dobrorolskij, S.**, *Mobilisazija russkoj armiji v 1914 godu*, Belgrad 1922, S. 10f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1917*, Bd. 2, S. 3-14 und 46f., **Buat, E.**, *L'armée allemande pendant la guerre de 1914-1918*, Paris 1920, S. 46f., **Golovin, N.**, *The Russian Army in the World War*, New Haven 1931, S. 210f.

⁵ Ebd.

⁶ **Gurko, V.**, *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S. 59f.

⁷ **Golovin, N.**, *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 103f.

⁸ Ebd.

war ebenfalls eine ernstzunehmende Kraft. Hingegen war das russische Äquivalent zur Landwehr [opolčeniye] nicht einmal bewaffnet und stand lediglich als Dienstpersonal zur Verfügung¹.

Die russische Offensive gegen Ostpreußen ging anfangs sehr gut voran. Rennenkamps 1. Armee überquerte bereits nach drei Tagesmärschen die Staatsgrenze und drang von Osten her in Ostpreußen ein. Wie von den Russen vorgesehen, wurde sie von Teilen der 8. Armee gleich hinter der Staatsgrenze nahe Gumbinen attackiert. Dort trafen am 20. August 1914 nach mehr als hundertfünfzig Jahren Deutsche und Russen kriegerisch aufeinander. Bei Gumbinen fochten 70 russische Infanteriebataillonen gegen 62 deutsche. Die Russen besaßen ein leichtes zahlenmäßiges Übergewicht, waren jedoch an Feuerkraft den Deutschen mit ihren 264 zu 370 Geschützen unterlegen². Die Schlacht begann mit Flankenangriffen der Deutschen, welche die 1. Armee der Russen größtenteils einkesseln sollte. Diese Schlacht nahm aber eine für die Russen günstige Wendung: Die Flanken Rennenkamps hielten, das zentrale Korps der Deutschen unter dem Kommando von Mackensen wurde geschlagen. Bei diesem Stand der Dinge wurde die Schlacht bei Anbruch der Nacht vom Kommandeur der 8. Armee, General Friedrich von Prittwitz, abgebrochen³.

Die Schlachten moderner Armeen werden nicht nur auf dem Feld geschlagen. Die Entscheidung fällt auch in den weit vom tatsächlichen Kriegsgeschehen entfernten Stäben. Das Schicksal der russischen Offensive in Ostpreußen wurde vor allem im Stab der russischen Nordfront in Bialystock entschieden. Genauer gesagt: Der Kommandeur der russischen Nordfront, General Žilinskij, trug zum russischen Debakel in Ostpreußen mehr bei, als die deutschen Generäle, die den Sieg bei Tannenberg erfochten.

Der Stab der 8. Armee befand sich nach der Niederlage von Gumbinen in einer verzweifelten Situation. Es gelang ihm nicht, die 1. Armee Rennenkamps hinter die Staatsgrenze zurückzuschlagen. Nördlich von Warschau stand eine andere Armee der Russen, die jederzeit in den Rücken der 8. Armee fallen konnte. Außerdem machte Žilinskij eine Bewegung, die Prittwitz und seinen Stab in Panik versetzte. Er setzte ein Korps der 1. Armee Rennenkamps in Züge und verstärkte die im Westen stehende 2. Armee Samsonovs. Dieselbe überlastete Bahnstrecke beförderte in derselben Zeit Truppen zur Südfront gegen die Österreicher. Die russische Bahnbewegung wurde von der deutschen Luftaufklärung registriert. Prittwitz und seinem nach der streng wissenschaftlichen Tradition Schlieffens erzogenen Stab wollte nicht in den Kopf, warum der russische Kommandeur der Nordfront seine 1. Armee durch den Entzug eines ganzen Korps auf eine Stärke von nur 6 Divisionen schwächte, während die Mobilmachung der russischen Nordfront erst zur Hälfte abgeschlossen war⁴. Den Truppenentzug der 1. Armee und die Bahntransporte an die Südfront hielt er für ein geschicktes Manöver und für die Formierung einer neuen, in Wirklichkeit nicht existierenden Armee⁵. Deshalb teilte Prittwitz der OHL in Luxemburg mit, die 8. Armee sei nicht in der Lage, die Verteidigung Ostpreußens zu gewährleisten und erbat die Erlaubnis, neue Verteidigungspositionen hinter der Weichsel zu beziehen⁶. Psychologisch ist dieser berühmte

¹ Ebd.

² Reichsarchiv (Hrsg.), *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 2., S. 46f.

³ Ebd., Golovin, N., *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 19-25 un d 103f.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. Golovin, N., *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 133-172, Reichsarchiv(Hrsg.), *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 2., S. 79-102.

⁶ Reichsarchiv (Hrsg.), *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 2., S. 96f., Liddell Hart, B., *History of the First World War*, London 1970, S. 100f.

Entschluß nur allzu gut zu verstehen. So etwas passiert oft, wenn ein guter Schachspieler eine Partie mit einem ihm unbekanntem Amateur spielt. Es kann gut vorkommen, daß der Amateur einen Zug zu Beginn der Partie macht, die den Fachmann in Panik versetzt, gerade weil dieser Zug jeder Logik entbehrt.

Die Perspektive des Verlusts von Ostpreußen löste in der OHL in Luxemburg einen Schock aus. Vielleicht war Ostpreußen aus objektivem Sichtwinkel eine abgelegene Provinz im Landesosten, für den Kaiser und seine Umgebung war es das geistige Kernland. In dieser kritischen Situation handelte Wilhelm II. nicht als Deutscher Kaiser, sondern vielmehr als preußischer König. Er verfügte gemeinsam mit dem anderen Preußen, Generaloberst von Moltke, Maßnahmen, die in vieler Hinsicht entscheidend für den Ausgang der Westoffensive und damit des gesamten Weltkrieges waren. Sie nahmen dem rechten Angriffsflügel an der Westfront zwei Armeekorps weg und schickten sie nach Osten. Vier weitere Armeekorps wurden auf ihrem Weg zur Westfront aufgehalten¹. Nach dem Zeugnis eines französischen Generals aus Joffres nächster Umgebung war diese Maßnahme wahrscheinlich der größte Fehler der deutschen OHL während der ganzen Westoffensive im Sommer 1914: *„Diese zwei Armeekorps wurden von der Westfront genommen: Ein Gardekorps aus Bülow's Armee und das 11. Korps aus der sächsischen Armee von Hausens. Eine Kavalleriedivision ging mit ihnen. Diese Maßnahme war wahrscheinlich unsere Rettung. Es ist nicht schwer vorzustellen, welche Konsequenzen es für uns gehabt hätte, wäre dieses Gardekorps am 7. September an seiner ursprünglichen Stelle zwischen von Bülow und von Kluck (die berühmte Lücke) gewesen und das 11. Korps zusammen mit der sächsischen Kavalleriedivision in Feré-Champenoise am 9. September erschienen ... Solch ein Fehler vom Chef der deutschen OHL 1914 sollte wahrhaft den älteren Moltke zwingen, sich in seinem Grab umzudrehen“*². Die in Rußland sehr verbreitete Ansicht, daß der vorzeitige Angriff auf Ostpreußen und der Sieg bei Gumbinen eine wichtige Rolle beim Scheitern des Schlieffenplanes gespielt hätten, bestätigen zahlreiche zeitgenössische Quellen und die Aussagen sowohl der beiden Oberkommandierenden Joffre und Moltke, wie des Kommandeurs der berühmten 1. Armee, Alexander von Kluck³. So haben die Russen mit ihrem unvorbereiteten Angriff auf Ostpreußen den weiteren Verlauf des Weltkrieges entscheidend beeinflusst. Obwohl zahlreiche Kommandeure der 8. Armee im Osten behaupteten, daß sie keine Verstärkung von der OHL angefordert hätten, ändert das nichts an der Tatsache, daß Truppen von der Westfront an die Ostfront verschoben wurden und im entscheidendem Moment im Westen gefehlt hatten. Allerdings war für den Oberkommandierenden der russischen Nordfront eine andere Konsequenz von Bedeutung, die seine deutschen Opponenten im entfernten Luxemburg gezogen hatten. Der Kommandeur der 8. Armee, von Prittwitz, wurde abgesetzt und die Leitung der Operationen den Generälen Erich Ludendorff und Paul Hindenburg anvertraut.

Inzwischen begann Žilinskij, Befehle herauszugeben, die das Debakel der Russen in Ostpreußen fundamentieren sollten. Am 17. Tag der Mobilmachung befahl er der Narevarmee, von Warschau nach Norden vorzustoßen, um die 8. Armee „vom Rückzug“ ins Reichsgebiet abzuschneiden⁴. Zahlreiche deutsche Generäle

¹ Ebd., **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 2., S. 96f. **Golovin, N.**, *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 184.

² **Dupont, G.**, *Le Haut Commandement Allemand en 1914*, Paris 1922, S. 2f.

³ **Moltke, H., von**, *Erinnerungen*, S. 434f, **Joffre, J.**, *Mémoires du Maréchal Joffre, 1910-17*, 2 Bde., Paris 1932, Bd. 1., S. 353 und 369. Klucks Meinung in: **Vojejkov, V.**, *Vospominanija*, S. 139. Vgl. **Kluck, A., von**, *Wanderjahre, Kriege, Gestalten*, Berlin 1929.

⁴ **Golovin, N.**, *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 173f.

schrieben nach dem Krieg Memoiren, die von der Überlegenheit der 2. Armee Samsonovs berichten, die sie später heldenhaft in der Schlacht von Tannenberg besiegt hätten¹. Diese Behauptung entspricht nicht dem tatsächlichen Stand der Dinge, wenn man bei der Beschreibung der Ereignisse auch die russischen Quellen berücksichtigt. Die 2. Armee war aus schlechteren Einheiten als alle anderen Frontarmeen der Russen zusammengewürfelt, vor allem deshalb, weil ihr aktiver Einsatz ursprünglich gar nicht vorgesehen war². Als man in den letzten Vorkriegswochen doch noch beschloß, die 2. Armee aktiv einzusetzen, war die Zeit bereits zu knapp geworden, sie umzuformieren³. Der Kommandeur ihres stärksten Korps (des 13.), General Klujev, erreichte seine Soldaten bezeichnenderweise erst kurz vor der Staatsgrenze, als die Offensive bereits begonnen hatte. In seinem Tagebuch bescheinigte er den „*vertrauten russischen Gesichtern*“, daß sie großenteils bloß uniformierte Bauern ohne jegliche Militärausbildung waren⁴. „*Unsere Marschkolonne*“, schrieb er zusammenfassend, „*sieht aus wie eine Kolonne religiöser Pilger*“⁵. Als Samsonov seinen Vormarsch begann, war die Konzentration seiner Armee noch nicht einmal zur Hälfte abgeschlossen. Die Versorgung war noch gänzlich in der Phase des Aufbaus begriffen. Artillerie und Munition waren nicht vollständig eingetroffen, die Einheiten nur etwa bis zur Hälfte ihres Sollbestandes aufgefüllt^{6*}. Die Feldküchen fehlten fast gänzlich, die Soldaten bekamen tagelang nichts zu Essen⁷. Das war noch nicht das Schlimmste. Die Erkundungseinheiten der 2. Armee waren zu Beginn der Offensive noch auf dem Weg, die telefonischen Verbindungen der einzelnen Armeekorps untereinander noch nicht eingerichtet. Nicht einmal der Schlüssel für die Chiffrierung der Telegramme war eingetroffen⁸. Der englische Militärattaché Knox, der einzige ausländische Augenzeuge des ostpreußischen Debakels, beschrieb die angreifenden Russen als „*große gutmütige Kinder, die an nichts Böses dachten und halb im Schlaf in ein Wespennest getreten*“⁹ waren.

Seine Offensive begann Samsonov entlang der Bahnstrecke Warschau-Marienburg, überquerte ohne Gegenwehr die Staatsgrenze und besetzte nach kleinen Zusammenstößen die ostpreußischen Kleinstädte Orlau und Frankenau. Da der Schlüssel zur Chiffrierung der Telegramme in der 2. Armee noch nicht eingetroffen war, wurden die Befehle des Stabes der Nordfront einfach unverschlüsselt gekabelt¹⁰. Der Befehl der Nordfront für Samsonov lautete, in Eilmärschen rasch nach Norden vorzustoßen und „die in Gumbinen geschlagene 8. Armee“ vom übrigen Reichsgebiet abzuschneiden. Der Kommandeur der Nordfront war sich des Sieges so sicher, daß er Samsonov zahlreiche unchiffrierte Telegramme schickte, in denen er die Deutschen als „total geschlagen“ und

¹ Aufschlußreich hierfür sind die Erinnerungen des Generals François, der in der Schlacht von Tannenberg das I. Korps befehligte hatte, vgl. **François, H., von**, *Marneschlacht und Tannenberg. Betrachtungen zur deutschen Kriegsführung der ersten sechs Kriegswochen*, Berlin 1920.

² **Asprey, R.**, *The German High Command at war*, S. 74f., **Pares, B.**, *Day by Day with the russian Army*, London 1915, S. 10f.

³ Ebd.

⁴ Aufzeichnungen des Generals Klujev, in: Archiv des Generals Golovin, vgl., **Golovin, N.**, *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 177f.

⁵ Zitiert aus **Golovin, N.**, *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 177f.

⁶ Beim Beginn der Operation bestand die 2. Armee Samsonovs aus 7 Infanteriedivisionen, die 8. Armee bestand hingegen aus 14 Infanteriedivisionen, Teile ihrer Kräfte mußte der Stab Hindenburgs gegen die 1. Armee zurücklassen. Was die Zahl der Artillerie anbelangt, so waren beide russische Armeen in Ostpreußen mit ihren 92 Batterien den 153 Batterien der 8. Armee beträchtlich unterlegen, vgl. **Golovin, N.**, *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 103, **Pares, B.**, *Day by Day with the russian Army*, S. 10f.

⁷ Ebd.

⁸ **Golovin, N.**, *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 179.

⁹ **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 86.

¹⁰ **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 2., S. 116f., **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 83-85.

„fliehend“ bezeichnete¹. Gleichzeitig erließ er den Befehl, dem die Katastrophe in Ostpreußen zu verdanken war. Er befahl nämlich der 1. Armee, die Verfolgung der Deutschen einzustellen und die Belagerung Königsbergs zu beginnen, anstatt - wie ursprünglich beabsichtigt - zur 2. Armee Samsonovs zu marschieren. Damit wurde die 1. Armee unerwartet nach Norden anstatt nach Süden gelenkt und entfernte sich von der 2. Armee². Gleichzeitig erhielt General Samsonov den Befehl, seinen Vorstoß nach Norden zu forcieren, denn Žilinskij befürchtete, daß sich die Deutschen dem russischen Umfassungsangriff durch die Nutzung der leistungsfähigen Bahn entziehen würden. Der Stab der Nordfront verfügte auch andere Maßnahmen, die den Russen maßgeblich zum Verhängnis wurden. Er befahl z.B. Samsonov, die Bahnstrecke Warschau-Marienburg zu verlassen und den Vormarsch rechts von ihr fortzusetzen. Dieser Befehl hatte zur Folge, daß die Russen ihren Vormarsch ohne logistische Unterstützung fortsetzen mußten³. Die Versorgung wurde auf einen Schlag katastrophal. Außerdem eröffnete Žilinskij Maßnahme für den Stab Hindenburgs glänzende Perspektiven. Der verlassene Bahnweg war nämlich derselbe, mit dessen Hilfe die Deutschen bei Soldau ihre Truppen zur späteren Umfassung heranschafften⁴.

Nach Samsonovs Tod machten viele Russen aus ihm beinahe einen Volkshelden, der, von seinem Kommandeur in die Irre geführt und von Rennenkampf verraten, den freiwilligen Tod der Gefangenschaft vorgezogen hatte. Samsonov war kein Kriegsheld, sondern zusammen mit Žilinskij einer der Hauptschuldigen an der Katastrophe der 2. Armee. Noch nie in der neueren Militärgeschichte Rußlands waren Truppen so schlecht geführt worden, wie von Samsonov im Sommer 1914. Erkundungen waren gar nicht geführt worden⁵. Die telefonische Verbindung der verschiedenen Teile seiner Armee untereinander und mit seinem Stab war von sehr schlechter Qualität. Einzelne Einheiten der 2. Armee zerstreuten sich allen Regeln der Truppenführung zuwider auf nicht weniger als 150 Kilometer und verloren zeitweilig sogar die Fühlung miteinander. Hätte Samsonov seine Armee zusammengehalten, wie es die elementarsten Führungsregeln verlangten, wäre seiner Armee ihr späteres Schicksal aller Wahrscheinlichkeit nach erspart geblieben⁶. Die wahllos zerstreuten Teile der 2. Armee marschierten dagegen nichtsahnend ihrem Schicksal entgegen, ohne Kontakt zueinander und ohne zu wissen, was der Gegner vorhatte.

Als der Angriff der 2. Armee begann, war der Stab der 8. Armee darüber im Bilde, was der Stab der russischen Nordfront vorhatte⁷. Er entschied sich daher noch vor der Ankunft Hindenburgs und Ludendorffs für ein riskantes Unternehmen⁸. In aller Heimlichkeit zog man den größten Teil aller Rennenkampf gegenüberstehenden Truppen zurück und schickte sie in die Lücke, die zwischen den beiden in Ostpreußen operierenden russischen Armeen klaffte⁹. Auf diese Weise sollte die angreifende 2. Armee Samsonovs abgeschnitten und vernichtet werden. Hätte der Stab der Nordfront erkannt, was ihre Gegner vorhatten und ihren Angriff auf die Lücke gerichtet, hätte dieses Manöver für die Deutschen möglicherweise traurige Folgen haben

¹ Ebd., **Ironside, E.**, *Tannenberg. The First Thirty Days in East Prussia*, Edinburgh 1925, S. 126, 128-129.

² **Liddell Hart, B.**, *History of the First World War*, London 1970, S. 103-105.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ **Golovin, N.**, *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 119.

⁶ Ebd., **Gurko, V.**, *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S. 60f.

⁷ **Stegemann, H.**, *Geschichte des Krieges*, Berlin 1917 4 Bde., Bd. 1., S. 234-238f.

⁸ Ebd., **Hoffmann, M.**, *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, S. 25-40.

⁹ Ebd.

können¹. Die Russen wären in der Lage gewesen, die linke Flanke ohne besondere Anstrengungen aufzurollen und der 8. Armee eine vernichtende Niederlage zuzufügen. Die Russen wären dann kräftemäßig mit der 8. Armee etwa gleich stark gewesen, hätten aber aus einer weit besseren Position heraus agieren können.

Trotz aller Unerfahrenheit war Samsonov noch in der Lage, seine Armee dem drohenden Debakel zu entziehen. Er bemerkte sogar das Manöver Ludendorffs und bat den Stab der Nordfront um Erlaubnis, die Offensive zu stoppen oder wenigstens seine Einheiten gegen die vom Westen her aufmarschierenden Deutschen wenden zu dürfen. Žilinskij machte auch diese letzte Chance zunichte und beantwortete Samsonovs Anfrage bzgl. der ihm aus dem Westen drohenden Gefahr mit einer bemerkenswerten Phrase: *„Der Feind ist durch unsere 1. Armee geschlagen worden und zieht sich in Eile zurück ... Es ist eine Feigheit, den Feind dort zu sehen, wo er gar nicht vorhanden ist. Ich werde Ihnen, General Samsonov, niemals gestatten, ein Feigling zu sein. Ich fordere sie energisch auf, ihre Offensive in der vorgeschriebenen Richtung weiter fortzusetzen“*². Nach dieser einzigartigen Lagebeurteilung durch seinen direkten Vorgesetzten erlangte Samsonov nie wieder das geistige Gleichgewicht. Man muß sich vor Augen halten, daß General Samsonov vor seiner Ernennung ein unbekannter General aus der Peripherie war, sein Oberkommandierender dagegen einer der einflußreichsten Spitzenmilitärs. Samsonov setzte deshalb die Offensive „wie befohlen“ fort, und das Unglück nahm seinen Lauf. Die im Zentrum operierenden XIII. und XV. Korps unter dem Kommando der Generäle Matros und Klujev drangen „erfolgreich“ vor und besetzten Allenstein. Zu diesem Zeitpunkt war die Einkesselungsgefahr bereits akut, aber nicht unvermeidlich, vorausgesetzt, die Russen hätten im Zentrum den Rückzug angetreten und näher an ihren zurückgebliebenen Flanken Stellung bezogen. Der „geschlagene Feind“ hätte dann wohl kaum eine Chance gehabt, sie auf einmal einzukesseln. Da sich aber die 2. Armee mit ihrem Zentrum immer mehr von den Flanken entfernte, beendeten die Deutschen die eigene Konzentration und führten die Operation durch, die das Zentrum der 2. Armee schließlich zu ihren Gefangenen machte. Mit diesem Ziel führte Ludendorff seinen ersten Schlag auf den weit vom Zentrum operierenden rechten Flügel der 2. Armee. Der dortige Kommandeur, der Verwaltungsgeneral Blagoveščenskij, ließ seine Korps zurück und floh nach Polen, ohne auch nur den Stab Samsonovs oder seine Nachbarn vom Rückzug zu unterrichten. Seine hauptsächlich aus Reservisten bestehende Truppe folgte ihm nach. Vor dem Tribunal erklärte Blagoveščenskij später, er sei *„nicht gewöhnt bei der Truppe zu sein und den Kampf zu kommandieren“*³. Die deutschen Generäle, die gewohnt waren, bei ihrer Truppe zu sein, begannen die 2. Armee auch von links einzukesseln. Nachdem die rechte Flanke Samsonovs abgedrängt wurde, richteten sie ihren zweiten Schlag gegen die andere Flanke, die aufgrund von Samsonovs Unvermögen ebenfalls weit vom Zentrum entfernt zurückgeblieben war. Der Korpskommandeur auf der linken Flanke, General Artamonov, verfiel in das andere Extrem. Er verließ den Stab und kämpfte zusammen mit seinen Soldaten gegen die angreifenden Deutschen. In diesem Augenblick geschah etwas Unbegreifliches. Anstatt den immer weiter vorwärts dringenden Kommandeuren beider Korps der Mitte, Matros und Klujev, den Befehl zu erteilen, sofort den Rückzug anzutreten, verließ Samsonov seinen Stab und ging zu ihnen, um die Schlacht persönlich zu leiten. Die Verbindung mit dem Stab der Nordfront und die der einzelnen Armeekorps mit ihrem Hauptquartier wurde dadurch vollständig unterbrochen. Von diesem Augenblick an war die 2. Armee kein organisierter Kampfverband

¹ Ebd.

² **Golovin, N.**, *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 213, **Rutherford, W.**, *The Tsar's War*, S. 55.

³ **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 191.

mehr. Artamonovs Korps wurde nach Süden abgedrängt und die zwei Korps im Zentrum eingekesselt. General Samsonov beging Selbstmord¹.

Als die 2. Armee in Ostpreußen vernichtend geschlagen war und ihre Reste sich hinter die Staatsgrenze zurückgezogen hatten, war strategisch auch das Schicksal der 1. Armee Rennenkampfs entschieden. Die 1. Armee allein war den Deutschen zahlenmäßig hoffnungslos unterlegen. Sie erhielt seit der Schlacht von Gumbinen keine Verstärkungen und operierte weit von ihren Basen entfernt². Die Deutschen verfügten auch über eine mindestens drei Mal stärkere Artillerie³. Nach den Schätzungen russischer Militärgeschichtler waren die Deutschen den Russen in der Schlacht bei den Masurischen Seen mindestens 2-3 Mal überlegen⁴. Verheerend für Rennenkampf wirkte sich auch der Umstand aus, daß die Niederlage bei Tannenberg nicht nur die 2. Armee, sondern auch den Stab der Nordfront außer Gefecht gesetzt hatte. Der von den Entwicklungen in Soldau geschockte Žilinskij sorgte sich jetzt nicht mehr um das Schicksal der ihm verbliebenen Armee, sondern lediglich um sein eigenes. Als erfahrener Bürokrat trachtete er, den Zorn des Großfürsten Nikolaj Nikolajevič auf andere (Rennenkampf) zu lenken und sammelte schriftliche Belege seiner „Unschuld“. Die einzige Möglichkeit, der 1. Armee das Schicksal der 2. Armee zu ersparen, war der Befehl, sich unverzüglich hinter die Staatsgrenze zurückzuziehen. Befürworter einer solchen Maßnahme konnten nicht mit der Nachsicht des Großfürsten rechnen, also befahl Žilinskij Rennenkampf, mit der Belagerung von Königsberg fortzufahren und gleichzeitig Samsonovs 2. Armee zur Hilfe zu eilen. Jedoch verfügten die Russen über keine Bahnen in Ostpreußen und Rennenkampf kam freilich zu spät⁵. Selbst als Rennenkampf mit seinen 7 Infanteriedivisionen gegen die Übermacht der zusätzlich vom Westen verstärkten 8. Armee allein blieb, befahl ihm Žilinskij, die besetzten Gebiete zu verteidigen. Rennenkampf empfing nur Direktiven (wie die von 8. September 1914): „*Wenn die Deutschen sie angreifen, könnte die Lage an ihrer linken Flanke gefährlich werden. Mögen sie dies gebührend beachten*“⁶, aber keine Verstärkungen. Am 9. September kam deshalb auch die 1. Armee an die Reihe. An diesem Tag griffen Ludendorff und Hindenburg Rennenkampf an, dem nichts anderes übrig blieb, als sich einzugraben. Die Übermacht der Deutschen, die von zwei Korps von der Westfront verstärkt wurden, war erdrückend. Ludendorff gelang die Wiederholung des Manövers von Tannenberg nur deshalb nicht, weil die Russen in die Defensive gingen und die technischen Möglichkeiten dieses Krieges es unmöglich machten, so agierende Einheiten einzukesseln⁷. Dennoch hielten die Russen nicht aus und begannen den Rückzug. Sie zerstörten Bahnverbindungen und machten erst in Kowno Halt. Dort fand auch der Angriff der Deutschen ein Ende. Die Schlacht bei den Masurischen Seen markiert das Ende des ersten russischen Angriffes auf Ostpreußen. Während der ersten Operationen in Ostpreußen verloren ca. 250 000 russische Soldaten ihr Leben oder gerieten in Gefangenschaft⁸. Rußland erlitt einen enormen Imageverlust. Sein Ansehen unter den Alliierten begann herabzusinken. Mit ihm sank auch das relative Gewicht Rußlands im Lager der Entente. Trotz allem hatte die Niederlage in Ostpreußen keine gravierenden Auswirkungen auf die gesamtstrategische Lage an der Ostfront. Beide Armeen, oder was davon übrig blieb, wurden wieder aufgefüllt und erhielten eine Ruhepause,

¹ Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 87.

² Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 196f.

³ Ebd.

⁴ Golovin, N., *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 296-297f.

⁵ Gurko, V., *Erinnerungen an den Krieg und Revolution*, S. 60f.

⁶ Zum vollen Text des Telegramms vgl. Golovin, N., *Iz istoriji kampaniji 1914 goda*, S. 373.

⁷ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 1., S. 154-156.

⁸ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 374.

so daß mit Abschluß der russischen Mobilmachung die Verluste wieder voll ersetzt waren¹. Die Nordfront erhielt dazu die 10. Armee als Verstärkung und bestand jetzt aus drei Armeen. Nach ein paar Monaten verfügte Rußland somit wieder über eine erhebliche Kraft an ihrer Nordfront. Alarmierend an der ostpreußischen Katastrophe war nicht so sehr die Niederlage der russischen Nordfront; ein Land mit 170 Millionen Einwohnern konnte sich dies leisten. Viel schlimmer war die Reaktion der Machthabenden.

Der Oberkommandierende Nikolaj Nikolajewič maß dem Debakel keine große Bedeutung bei und nahm den Verlust seiner 250 000 Soldaten an der Nordfront ohne weiteres hin. Dem französischen Botschafter Paléologue gegenüber erklärte der Großfürst: „*Nous sommes heureux de faire de tels sacrifices pour nos alliées*“² und tat alles, um die unangenehme Geschichte zu vertuschen. Er schuf zwar eine Kommission zur Untersuchung der Mißstände im Führungskader der Nordfront, deren Ergebnisse jedoch sehr bescheiden ausfielen. Viele unfähige Offiziere blieben trotz ihres offensichtlichen Unvermögens auf dem Posten. Nur wenige wurden abgesetzt, noch weniger vor Gericht gestellt. Unter den Letzteren war der Kommandeur des VI. Armeekorps, General Blagoweščenskij, dem das Verlassen seiner Soldaten im Kampf lediglich Festungshaft einbrachte³. Einer der Hauptschuldigen an der Niederlage in Ostpreußen, Žilinskij, wurde zum russischen Militärattaché in Frankreich ernannt. Der Stabschef Samsonovs, General Postovskij, behielt sogar seinen Posten bis zur nächsten Niederlage der 2. Armee. „*Es sieht so aus, als ob die Russen zu einfach und zu weich sind, um einen modernen Krieg zu führen*“⁴, bemerkte diesbezüglich der britische Militärattaché Knox.

Im Gegensatz zur Niederlage in Ostpreußen errang Rußland gegen seinen anderen Gegner einen glänzenden Sieg. Dort fochten die 4., 5., 3. und 8. Armee auf einer mehr als 500 Kilometer langen Front beinahe gegen die gesamte Streitmacht Österreich-Ungarns⁵. In dieser Schlacht erlitten die Russen zu Beginn der Operationen beinahe eine Niederlage, die möglicherweise den Verlust des Krieges bedeutet hätte. Besonders schwer gestaltete sich für sie die Lage bei Krasnik im nördlichsten Teil der riesigen Südfront, wo der österreichische Oberbefehlshaber Conrad von Hötzendorf seinen Hauptschlag ausrichtete. Hötzendorf ließ die österreichische Streitmacht in zwei großen Gruppen aufmarschieren. Im Norden wurde ein offensiver Flügel aus den Armeen Dankls und Auffenbergs gegen die 4. und 5. Armee der Russen formiert. Auf diesem Frontabschnitt standen 205 000 Österreicher mit 600 Artilleriegeschützen der 4. und 5. Armee der Russen (160 000 Soldaten und 588 Artilleriegeschütze) gegenüber⁶. Im Süden lag ein Defensivflügel aus 350 Infanteriebataillonen und 130 Batterien (520 Artilleriegeschütze) in Stellung⁷. Der österreichische Aufmarschplan bezweckte, den Angriff mit seinen nördlichen Gruppen zu führen, die Russen dort aufzurollen und nach Mittelpolen vorzustoßen. Die aus den Armeen der Generäle Kovess und Bruderemann bestehende Südgruppe sollte hingegen die 8. und 3. Armee der Russen im Süden in Schach halten⁸.

¹ Ebd.

² Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 90f.

³ Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 80f.

⁴ Ebd.

⁵ Liddell Hart, B., *History of the First World War*, S. 107-110, Belo, A., *Galizijskaja bitva*, Moskau 1929.

⁶ Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 95f.

⁷ Ebd.

⁸ Liddell Hart, B., *History of the First World War*, S. 110f.

Die Österreicher, die ihre Mobilmachung früher abgeschlossen hatten, begannen die Schlacht. Sie drangen mit ihrem Nordflügel in die polnische Stadt Lublin ein, mit dem Ziel, nach Mittelpolen vorzustoßen. Als erster griff General Dankl mit 12 Infanteriedivisionen die 4. Armee des Generals Ewert an, die zur gleichen Zeit nur über 6 Infanteriedivisionen verfügte. Ewert geriet in starke Bedrängnis und gab langsam nach. Auch die russische 5. Armee unter dem Kommando des erfahrenen Plehwe sah sich großem Druck ausgesetzt. Der Plan des österreichischen Oberkommandierenden sah nämlich vor, wie die Deutschen in Ostpreußen beide russische Armeen im Nordflügel einzukesseln¹. Jedoch waren die österreichischen Truppen nicht von der Qualität der deutschen. Auffenberg umzingelte beide Flanken der 5. Armee, der es jedoch dank der energischen Maßnahmen ihres Kommandeurs Plehwe gelang, die angreifenden Österreicher zurückzuwerfen. Die Russen verloren in diesen Kämpfen ca. 40 000 Soldaten aber hielten dem Ansturm stand.

Der Stab der Südfront, insbesondere Stabschef General Aleksejev, ließ sich von den ungünstigen Entwicklungen nicht entmutigen und beschloß, seine Armeen durch einen massiven Angriff im Süden der Front zu entlasten. Die dort operierende 3. und 8. Armee gingen zum Angriff über und drängten die Österreicher zurück. Zu der Zeit, als Reste von Samsonovs Armee aus Ostpreußen flohen, schlug die 8. Armee unter dem Kommando von General Brusilov die Österreicher bei Proskurov und überquerte die Staatsgrenze. Die unter dem Kommando des Generals Russkij stehende 3. Armee rückte ebenfalls vor und näherte sich Lemberg, der Hauptstadt Galiziens. Beide machten große Fortschritte. Brusilov legte, nur um ein Beispiel zu nennen, von Beginn der Operation am 17. August bis zum 3. September ca. 250 Kilometer zurück². Die Österreicher gerieten durch diese verhängnisvolle Entwicklung in eine verzweifelte Lage. Ihr Oberkommandierender faßte den Entschluß, der in der Mitte operierenden 3. Armee in den Rücken zu fallen und so die Lage seiner Südgruppe doch noch zu retten³. Dabei wurde er von seinen Generälen Auffenberg und Erzherzog Peter auf eine für Österreich-Ungarn tragische Weise in die Irre geführt⁴. Diesen gelang es nicht, Plehwes 5. Armee im Norden einzukesseln, wohingegen ihr Oberkommandierender fälschlicherweise vom Gelingen der Einkesselung unterrichtet wurde⁵. Der ahnte nichts Böses und zog seine Kräfte von der vermeintlich vernichteten 5. Armee der Russen im Norden ab, um sie Lemberg verteidigen zu lassen. Das war ein fataler Fehler, den seine Gegenspieler unverzüglich ausnützten und der Österreich-Ungarn an den Rand des Abgrunds brachte. Als bekannt wurde, daß die 5. Armee der Russen ohne Gegner blieb, verfügte der Stab der Südfront, gleich zwei Offensiven zu starten. Im Norden der riesigen Front sollten die 4. und die 5. Armee die allein verbliebene Armee des österreichischen Generals Dankl angreifen. Eine weitere Offensive wurde in der Mitte der Südfront gestartet. Die dortigen Armeen sollten mit einer umfassenden Drehbewegung die südliche Armeegruppe der Österreicher von der übrigen Front abschneiden und vernichten⁶. Das Gelingen dieser Operation bot den Russen eine reale Möglichkeit, Österreich-Ungarn mit einem Schlag ihrer Armee zu berauben. Dem Deutschen Reich drohte Anfang September der Verlust seines stärksten Verbündeten, denn beide russischen Offensiven hatten anfangs große Erfolge zu verzeichnen. In der Mitte durchbrach General Russkij die Front der Österreicher und nahm Lemberg ein. Auch im Norden wurde die Front der Österreicher

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Ebd., **Liddell Hart, B.**, *History of the First World War*, S. 110f.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd., **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 3., S.206f.

⁶ Ebd., **Rutherford, W.**, *The Tsar's War*, S. 69

durchbrochen. Der dort operierende General Dankl hielt nicht stand. Seine Armee zahlte Fersengeld und ließ Munition, Kriegstechnik und sogar Verwundete zurück. Die Flucht Dankls, auf dessen Armee der ganze Kriegsplan der Österreicher aufgebaut war, entschied den Ausgang der ersten russisch-österreichischen Generalschlacht dieses Krieges. Ca. 360 000 österreichische Soldaten wurden getötet oder gingen in Kriegsgefangenschaft¹. Die Russen erbeuteten 640 Artilleriegeschütze und 220 Maschinengewehre. Dabei wurde der vollkommene Sieg nur durch ein Durcheinander im Stab der russischen Südfront verhindert. Der Kommandeur der 3. Armee, Russkij, stand in der Militärhierarchie viel höher als der Stabschef der Südfront, Aleksejev. Als Letzterer ihm durch Direktiven die Einkreisung der Hauptmasse der gegnerischen Armee vorschreiben wollte, statt Lemberg zu stürmen, verweigerte General Russkij den Gehorsam. Er setzte seine Angriffe auf Lemberg fort und gab damit Conrad von Hötzendorf die Chance, die Reste seiner Armeen der russischen Einkesselung zu entziehen². Für Russkij blieb dieser Ungehorsam jedoch ohne Folgen. Der „Eroberer von Lvov“ wurde öffentlich belobigt und erhielt den Posten des abgesetzten Žilinskij. Diese Ernennung bezahlte Rußland mit den zahlreichen Niederlagen an der Nordfront und die Monarchie schließlich mit ihrer Existenz^{3*}.

Die Siege der Russen an ihrer Südfront trübten den Triumph der Deutschen in Ostpreußen, weil Österreich-Ungarn innerhalb kürzester Zeit die Hauptmasse seiner Armee verloren hatte. Conrad von Hötzendorf zog die Reste seiner stark mitgenommenen Armeen hinter Sanfluß zurück, was eine unmittelbare Gefahr für Schlesien heraufbeschwor. Die Entwicklung schien der OHL so bedrohlich, daß sie trotz der eigenen Überzeugung, einzig im Westen die Entscheidung suchen zu müssen, die Aufstellung einer neuen Armee im Osten befahl. Hindenburg wurde zum Kommandeur dieser neu aufgestellten 9. Armee ernannt und nahm als seinen Stabschef auch Ludendorff mit⁴. Die 9. Armee wurde in nur wenigen Wochen formiert und nahm ihren Platz in Schlesien ein, um diese industrialisierte Provinz vor dem möglichen Einbruch der Russen zu schützen und den schwankenden Bundesgenossen zu unterstützen⁵. Zu demselben Zweck erhielten die strapazierten Österreicher eine umfangreiche Unterstützung in Munition und Kriegsgerät, was ihnen ermöglichte, die verlorene Kraft zumindest teilweise zu ersetzen⁶. Für die Schlagkraft der Armeen der Mittelmächte an der Ostfront war der Umstand von besonderer Bedeutung, daß sie, verglichen mit den Russen, über ein weit besser ausgebautes und leistungsfähigeres Bahnnetz nahe der Frontlinie verfügte. Gerade deswegen konnten sie ihre Armeen wesentlich schneller als ihre russischen Gegner umgruppieren und Verstärkungen herbeiführen. Die russische Bahn nahe der Grenze war vor dem Krieg aus strategischen Gründen - anders als in anderen Gebieten des europäischen Rußlands - bewußt unterentwickelt geblieben. Vor dem Krieg glaubte man in Rußland, dadurch einen deutschen Angriff auf

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Russkij's Wirken als Kommandeur der russischen Nordfront war sehr unglücklich. Im Herbst 1914 versäumte sein Stab, zwei bereits eingekesselte Korps der Deutschen zu schlagen. Er war auch der Hauptschuldige des Debakels der 10. Armee in der sog. Winterschlacht in den Wäldern von Augustowo im Januar 1915. Es gelang ihm jedoch, Kommandeur der Nordfront zu bleiben, vor allem deshalb, weil er ein guter Diplomat war und über gute Verbindungen zu der Duma verfügte. Als die Russen 1915 große Debakel erlitten, war General Russkij "krank" und seine Front wurde aus der Einkesselung von General Aleksejev herausgeführt. Russkij wurde deshalb mit den Niederlagen von 1915 nicht in Zusammenhang gebracht und behielt seinen Posten bis zur Februarrevolution von 1917. Es war General Russkij, der den Vormarsch der Regierungstruppen auf Petrograd stoppte und den Zaren in Pskow de facto gefangen hielt. Allerdings wurde er von der Provisorischen Regierung abgesetzt und pensioniert. Während des Bürgerkrieges lebte er als Privatperson, wurde jedoch von den Bolschewiki gefangenengenommen und enthauptet. Seine Geschichte erzählt **Vilčkovskij, S.**, *Russkaja letopis*, Nr.3 (1929), S. 161-186.

⁴ **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, Berlin 1919, S. 57f.

⁵ **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 6., S. 58-65.

⁶ Ebd.

Polen zu erschweren. Allerdings hatte dieses Verfahren für die Russen selbst erhebliche Nachteile. Da sie entgegen den Befürchtungen der Vorkriegszeit ihre Staatsgrenzen in Polen großenteils behalten hatten, mußten sie selbst, und nicht die Deutschen diese unterentwickelten Bahnwege benutzen¹.

Großfürst Nikolaj Nikolajewič beabsichtigte, nach der Entscheidungsschlacht in Galizien eine großangelegte Offensive in Schlesien zu organisieren. Die Vorbereitungen hierfür gingen allerdings langsam voran und waren mit organisatorischen Mängeln belastet. Als die Deutschen über ihre 9. Armee in Oberschlesien längst verfügten und selbst die geschlagenen Österreicher ihre Armeen reorganisiert hatten, waren die Russen immer noch damit beschäftigt, einige wenige Einheiten der Südfront nach Mittelpolen zu schaffen². An der laschen Umgruppierung der Russen waren nicht nur die unzureichenden Bahnkapazitäten schuld. Ihr Oberkommando litt an Konzeptionslosigkeit und wußte eigentlich nicht, wie die beabsichtigte Offensive konkret durchzuführen war³. Bei der Unentschlossenheit der Russen spielte die gerade in Ostpreußen erlittene Niederlage eine ganz erhebliche Rolle. Die Stawka und insbesondere der Stab der Nordfront hatten panische Angst vor Ostpreußen und der dort operierenden 8. Armee. Die Stawka organisierte mehrmals Besprechungen der Frontkommandeure, die allerdings ergebnislos verliefen, da man befürchtete, im Falle einer neuen Offensive auch eine neue Niederlage zu riskieren⁴. Es entstand aus russischer Sicht eine paradoxe Situation. Einerseits erließ und kabelte die Stawka zahlreiche Befehle bzgl. der Heranschaffung zahlreicher Einheiten für die Offensive nach Schlesien, andererseits unternahm man nur wenig konkretes, weil die Stäbe beider Fronten sich nicht auf gemeinsame Maßnahmen einigen konnten. Wertvolle Zeit verstrich ergebnislos.

Ergebnisloses Debattieren war nicht die Sache der deutschen Generäle. Sie entschlossen sich, den Russen zuvorzukommen und starteten selbst eine präventive Offensive. Zu diesem Zweck verstärkten sie die in Oberschlesien stehende 9. Armee auf Kosten der 8. Armee in Ostpreußen und überredeten die Österreicher zum gemeinsamen Vorgehen. Ihr Hauptziel war, Warschau und die Festung Ivangorod einzunehmen und damit die Russen de facto aus Polen zu vertreiben⁵. Der Angriff der Mittelmächte begann am 23. September. Die aufgestockte 9. Armee Hindenburgs wurde dabei gleich von vier Armeen der Österreicher unterstützt⁶. Mit dem Überschreiten der Staatsgrenze wurden die Verbündeten allerdings mit denselben Problemen konfrontiert, wie die Russen während ihrer ersten Offensive auf Ostpreußen. Sie hatten erhebliche Schwierigkeiten, aufgrund der breiteren Bahnspur jenseits der Grenze die Logistik ihrer Truppen zu gewährleisten. Auch die beginnende Regenperiode machte sie zum ersten Mal mit der berüchtigten Weglosigkeit bekannt. Der betroffene Hindenburg schrieb über seinen ersten Polenfeldzug in seinen Erinnerungen folgendes: *„Wir betreten Russisch-Polen und lernen sofort die volle Bedeutung dessen kennen, was ein französischer General in seiner Beschreibung des von ihm miterlebten napoleonischen Feldzuges im Winter 1806 als besonderes Element der dortigen Kriegführung bezeichnet hat, nämlich - den Dreck. Und zwar den Dreck in jeder Form, nicht nur in der freien Natur, sondern auch in den sogenannten menschlichen Wohnungen und an deren Bewohnern selbst ... Unsere Bewegungen*

¹ Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 139f.

² Danilov, J., *La Russie dans la Guerre Mondiale*, Paris 1917, S. 259f.

³ Pares B., *The Fall of the Russian Monarchy. A Study of the Evidence*, New York 1961, S. 205f.

⁴ Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 139-143.

⁵ Vgl. Generalnyj štab RKKA(Hrsg.), *Varšavsko-Ivangorodskaja operacija: Sbornik dokumentov*, Moskau 1938, Kuhl, H., *Der Weltkrieg*, Bd. 1., S. 79f.

⁶ Der 1. Armee (Dankl), der 4. Armee (Erzherzog Josef Ferdinand), der 3. Armee (Borojevič) und der 2. Armee (Böhm - Ermolli), vgl. Rutherford, W., *The Tsar's War*, S. 76f.

werden durch grundlose Wege aufs äußerste erschwert“¹. Die polnischen Straßen waren im Herbst 1914 tatsächlich in sehr schlechtem Zustand. Sie waren zumeist einfache Feldwege und hielten deshalb der Beanspruchung durch viele tausende Soldaten und deren Transportmittel nicht stand². Allerdings verfügten die angreifenden Deutschen während der Offensive in Polen doch noch über gewisse Vorteile, denn den Russen war, als sie ihre breitere Bahnspur erdachten, ein kardinaler Fehler unterlaufen. Der spätere zeitweilige Stabschef des russischen Heeres in diesem Krieg, General Gurko, formulierte es so: *„Der letzte Krieg hat gezeigt, daß beim Vorhandensein genügender Arbeitskräfte und Arbeitsgeräte ein Umlegen der Schienen fast mit der Schnelligkeit des Vormarsches der Truppen im Feldkriege erfolgen kann ... Der Umstand aber, daß unsere Spur breiter als die deutsche war, gab in der Folge unseren Feinden die Möglichkeit, bei der Umnagelung unserer Eisenbahnlinien auf die schmale europäische Einheitsspur die Schwellen abzuschneiden und sie so zu verkürzen, daß ihre erneute Umänderung in unsere Spur eine Auswechslung aller Schwellen, d. h. eine weit schwierigere Arbeit erforderte“*³.

Die Offensive der Mittelmächte auf Polen machte anfangs sehr gute Fortschritte. Die deutsche 9. Armee marschierte mit Teilen der 1. österreichischen Armee (Dankl) entlang des linken Weichselufers, die restlichen Armeen entlang des rechten. Vor allem entlang des linken Ufers gelang es ohne nennenswerte Gegenwehr der Russen sehr rasch und tief ins Landesinnere vorzudringen. Ungeachtet der schlechten Straßenverhältnisse legten die Vorhuteinheiten der 9. Armee in nur 14 Tagen nicht weniger als 300 Kilometer zurück⁴. Am Höhepunkt der 1. Hindenburgoffensive (28. September) stand die 9. Armee nur ca. 20 Kilometer von Warschau entfernt⁵. Der rasche Vorstoß der Deutschen wurde erheblich durch das Durcheinander in der russischen Heeresleitung erleichtert. Der Oberkommandierende beabsichtigte als Gegenmaßnahme, große Truppenmassen erst im Großraum Warschau zu konzentrieren und mit einem Gegenangriff den Vormarsch der 9. Armee zu stoppen. Allerdings hatte er anfangs erhebliche Schwierigkeiten, seine Absichten in die Tat umzusetzen, da der Stab der Nordfront sich weigerte, die dazu nötigen Truppen bereitzustellen. Der dortige Kommandeur, General Russkij, hatte panische Angst, seine Truppen von der ostpreußischen Grenze abzuziehen, da er jederzeit einen Angriff aus dieser Richtung befürchtete⁶. Selbst in der kritischen Zeit, als die Vorhut der 9. Armee unter Mackensen mit dem Sturm auf Warschau begann, formierte General Russkij weit im Norden eine Manövriermasse, die einen imaginären Angriff aus Ostpreußen abzuwehren hatte. Erst nach für die Stawka erniedrigenden Verhandlungen zeigte sich der Stab der Nordfront bereit, doch noch Truppen nach Warschau abzuzweigen⁷.

Trotz aller anfänglichen Erfolge erwies sich Hindenburgs Offensive als durchaus abenteuerliches Unternehmen. Die Mittelmächte überschätzten die eigene Kraft und unterschätzten die Möglichkeiten der Russen. Sie drangen sehr tief ins feindliche Gebiet vor, obwohl sie nicht genügend Potential hatten, Warschau einzunehmen. Der Vormarsch war auch miserabel geplant. Die entlang des rechten Weichselufers marschierenden Österreicher wurden von der dort operierenden Südfront schon zu Beginn der Offensive gestoppt. Die entlang des linken Ufers marschierende 9. und 1. Armee hatte vorerst keinen Gegner und entfernte sich leichtsinnig von den

¹ Hindenburg, P., von, *Aus meinem Leben*, S.91.

² Knox, A., *With the russian Army 1914-1917*, Bd. 1., S. 146.

³ Gurko, V., *Erinnerungen an den Krieg und Revolution*, S. 59.

⁴ Hindenburg, P., von, *Aus meinem Leben* S. 92.

⁵ Falls, C., *The First World War*, London 1960, S. 55f.

⁶ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S.222f.

⁷ Ebd.

anderen. Als die Russen ihr organisatorisches Durcheinander doch noch lösten, sahen sich Hindenburg und Dankl mit ihren beiden Armeen auf dem linken Weichselufer einer gleich aus vier Armeen bestehenden russischen Übermacht gegenüber. Als die Russen der bisher ohne Widerstand marschierenden 9. Armee vor Warschau den Weg versperrten, verwickelten sich beide Gegner in äußerst erbitterte Kämpfe mit sehr hohem Blutzoll¹. Dieses Unternehmen konnte für die Deutschen durchaus in einer Katastrophe mit unvorhersagbaren Konsequenzen enden. Die Russen beabsichtigten, eine groß angelegte Gegenoffensive aus dem Großraum Warschau zu starten. Dazu hatten sie mit ihren vier Armeen nicht nur die notwendige Kraft, sondern verfügten zudem über ein leistungsfähiges Eisenbahnnetz, das es ihnen auch organisatorisch ermöglichte². Die 9. Armee operierte zum Zeitpunkt der russischen Gegenoffensive bedenklich weit von ihren Basen entfernt und war einer akuten Vernichtungsgefahr ausgesetzt³. Erst im letzten Augenblick wurde sie gerettet, und zwar von ihren Generälen. Hindenburg zeigte in dieser gefährlichen Situation Qualitäten, die Samsonov seinerzeit gefehlt hatten. Als Hindenburg und Ludendorff die Gefahr eines russischen Gegenangriffes erkannten, brachen sie die Offensive, ohne die OHL darüber auch nur zu unterrichten, sofort ab und ordneten den Rückzug an⁴. Hilfreich für die Deutschen waren allerdings die unchiffrierten russischen Telegramme, die von den Russen mal wieder sorglos durch den Äther verschickt wurden⁵.

Was Hindenburgs 9. Armee vielleicht erwartet hätte, zeigt das Beispiel der österreichischen Armee Danks. Danks 1. Armee löste die 9. Armee vor Warschau ab, um die Kalkulationsfehler Hindenburgs und Ludendorffs auszubügeln, wurde aber überrannt und beinahe vollkommen aufgerieben⁶. Die in ihren Reihen wütende Cholera erhöhte die Verluste zusätzlich⁷. Die 9. Armee Hindenburgs rettete sich nur durch das Opfer ihres Bundesgenossen und legte die 300 Kilometer in schnellerem Tempo zurück, als beim Einmarsch. Sie zog sich wieder zur Staatsgrenze zurück und zerstörte bei ihrem Rückzug alle Kommunikationsverbindungen. Die Russen setzten nach. Sie entfernten sich allerdings zunehmend von ihren Basen und mußten kurz vor der Staatsgrenze ebenfalls aufgrund unüberwindlicher Nachschubschwierigkeiten halt machen⁸.

Die erfolglose Offensive in Polen drohte indessen für die deutsche Ostfront schwere Folgen zu haben. Eine Invasion Schlesiens durch die vorrückenden Russen schien unmittelbar bevorzustehen. Der Stab Hindenburgs begann deshalb mit der Zerstörung der schlesischen Industrie und transportierte alle Männer in wehrfähigem Alter ins Landesinnere ab⁹. Das war für die auf Schlesien angewiesene Rüstungsindustrie des Deutschen Reiches nicht unerheblich. Außerdem schwächte die Niederlage in Polen die Westfront, wo erbitterte Kämpfe tobten. Ungeachtet der Kämpfe an der Somme sah sich die OHL gezwungen, im Osten eilig Verstärkungen heranzuführen. Als die Russen die deutsche Staatsgrenze erreichten, reichten die Reserven der Mittelmächte trotz der Verstärkungen aus dem Westen kaum aus, sie aufzuhalten¹⁰. Anstatt aus sicheren

¹ Die deutschen Verluste beliefen sich auf 50 000 Mann, vgl. **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 164f.

² Hindenburg beziffert das Kräfteverhältnis vor Warschau am Vorabend der russischen Gegenoffensive als 14:5 zuungunsten der Deutschen, **Hindenburg, P., von**, *Aus meinem Leben*, S. 90f.

³ Ebd.

⁴ **Hindenburg, P., von**, *Aus meinem Leben*, S. 93.

⁵ **Hoffmann, M.**, *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, S. 76f.

⁶ **Taslaunu, O.**, *With the Austrian Army in Galicia*, London 1919, S. 92f.

⁷ Ebd.

⁸ **Hoffmann, M.** *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, S. 76.

⁹ **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 6., S. 100f.

¹⁰ Das gibt allerdings auch Hindenburg zu, vgl. **Hindenburg, P., von**, *Aus meinem Leben*, S. 94-96.

Verteidigungslinien dem Vormarsch der Russen zu begegnen, mußten Hindenburg und Ludendorff jetzt gefährliche Gegenangriffe starten. Im November führte Ludendorff eine lokale Offensive durch, die beinahe wie Samsonovs Operation geendet hätte. In der Schlacht um Lodz durchbrach der deutsche General Scheffer die russische Front, stieß unvorsichtig zu weit in die Tiefe und wurde selbst eingekesselt¹. Ein ganzes Armeekorps befand sich bei Temperaturen um -20°C plötzlich von ihrer Front abgeschnitten und von den Russen umzingelt. „Aus den feindlichen Funksprüchen“, schrieb Ludendorff über seine Empfindungen jener Tage, „erfahren wir, weitab vom Schlachtfelde in Posen, wie hoffnungsvoll der Russe die Lage ansah, wie er zu entscheidenden Kämpfen ansetzte, wie er triumphierte, verschiedene deutsche Armeekorps gefangen zu nehmen ... Was ich dabei empfand, kann ich nicht schildern. Was stand auf dem Spiel. Nicht nur die Gefangennahme so vieler tapferer Männer, verbunden mit dem Triumph des Feindes, sondern ein verlorener Feldzug“². Aus dieser verzwickten Situation hatte sich Scheffer glänzend befreit. Es gelang ihm in der Nacht unbemerkt die Einkreisung zu umgehen und zu den eigenen Leuten durchzubrechen. Es glückte sogar, einige Tausend russische Gefangene mitzunehmen, was die deutsche Kriegspropaganda als großen Erfolg bezeichnete. Allerdings war die gesamte Aktion Scheffers, die auf die Einkesselung der 2. Armee der Russen abzielte, trotz der glänzenden Leistungen seiner Soldaten ein Abenteuer. Nicht nur, daß er dabei selbst eingekesselt wurde, auch sein gefeierter Ausbruch gelang ihm nur rein zufällig, nicht aufgrund eigenen Verdienstes, sondern ausschließlich wegen der haarsträubenden Fehler des russischen Stabes der Nordfront und Generals Russkij persönlich. Als die Gruppe Scheffers durch die Operationen einzelner Armeekommandeure bereits eingekesselt war, verfügte Russkij Maßnahmen, die für ein Durcheinander im russischen Ring sorgten³. Scheffer schlich unbemerkt aus dem russischen Kessel, obwohl nahe der Ausbruchsstelle mehr als genügend Truppen standen, die dies verhindern hätten können. Der Stab der Nordfront, dessen Aufgabe es war, die Einkesselung von Scheffers Gruppe zu koordinieren, verschief dabei nicht nur ihren Abgang, sondern versäumte es auch, die Verfolgung zu organisieren^{4*}.

Die Schlacht von Lodz war der Auftakt erbitterter Kämpfe, die von allen Teilnehmern des Krieges an der Ostfront als die zähesten aller Kämpfe bezeichnet wurden. Die Deutschen versuchten mit Hilfe lokaler Gegenoffensiven die Russen in kleinere Kämpfe zu verwickeln und sie dadurch zu schwächen. Dies gelang ihnen auch mehr oder weniger, da die Stawka seit der Schlacht von Lodz beschlossen hatte, daß das ohne Regenerationszeit vorhandene Potential für eine Großoffensive nicht ausreichte. Die Russen erdachten eine neue Art der Kriegsführung, die viele menschliche Leben forderte und materielle Reserven verschlang. Um die Westverbündeten zu beschwichtigen und die öffentliche Meinung zuhause zu beruhigen, versuchten sie nicht, auf

¹ Ausführlich über die Schlacht bei Lodz, vgl. **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 6., S. 114-218, **Wulffen, K., von**, *Die Schlacht bei Lodz*, Oldenburg 1918, **Generalnyj štab RKKA(Hrsg.)**, *Lodzinskaja operazija: Sbornik dokumentov*, Moskau 1936.

² **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 84-85.

³ **Golovin, N.**, *The Russian Army in the World War*, S. 215f.

⁴ General Russkij gelang es allerdings, sich durch ein glänzendes Manöver aus der Affäre zu ziehen, da er die Schuld dem Kommandeur der 1. Armee Rennenkampf zuschob. Rennenkampf wurde zusätzlich mit Details der Sommeroffensive in Ostpreußen belastet und seines Kommandos enthoben. Die Entlassung Rennenkampfs wurde politisch entschieden. Sein weiteres Schicksal war sehr tragisch. Die Untersuchungskommission konnte seine Schuld nicht beweisen und mußte ihn freilassen. Allerdings wurde die Öffentlichkeit davon nicht unterrichtet und so lebte Rennenkampf ohne Rehabilitation in der Hauptstadt. Er, den jeder wegen seiner Rolle in der Revolution von 1905 kannte, war sozusagen dem Zorn der Öffentlichkeit preisgegeben. Er wurde nach der Revolution von meuternden Soldaten auf der Straße ergriffen und - nach einer zeitgenössischen Zeitungsmeldung - gelyncht, vgl. **Denikin, A.**, *Put russkogo ofizera*, S. 320f., **Novaja Žizn**, 04. 05. 1918, S. 3f.

die Vernichtung der deutschen Armeen hinzuarbeiten, sondern einzig und allein möglichst viel vom feindlichen Territorium zu besetzen und dieses zu verteidigen. Die Russen überrannten wieder Gebiete Ostpreußens und drängten die Deutschen auch an anderen Frontabschnitten etwas zurück. Die Kämpfe führten beide Seiten mit größter Erbitterung für Territorien mit bloß lokaler Bedeutung. Allein im Dezember verloren mindestens 100 000 deutsche Soldaten und Offiziere ihr Leben¹. Weitere 200 000 fielen in den Herbstschlachten vor Warschau und Lodz². Die Russen hatten fast die doppelte Zahl an Opfern zu beklagen. Diese erbittert geführten Schlachten ermatteten jedoch die Offensivkraft der Russen, so daß sie ihre beabsichtigte Offensive in Schlesien fallen lassen mußten und hauptsächlich damit beschäftigt waren, für ihre ausgebluteten Armeen Verstärkungen herbeizuführen.

Kap.5. Die gesellschaftliche Stimmung in Rußland im ersten Kriegsjahr

Als Deutschland Rußland den Krieg erklärte, stand die Bevölkerung hinter dem Zaren. Am Tag nach der Kriegserklärung rief Nikolaj II. in seinem allerhöchsten Manifest zur Einheit aller gesellschaftlichen Klassen und Strömungen auf: „*Mögen in dieser schicksalhaften Stunde alle inneren Streitigkeiten beigelegt werden, auf daß die Einheit des Volkes mit dem Zaren noch wachse und Rußland wie ein Mann den feigen Überfall des Feindes zurückschlage*“³. Der Kriegsausbruch erfüllte in unerwarteter Weise den Traum des russischen Monarchen, im Volk populär zu sein. Nie zuvor war er Gegenstand derartiger Sympathien gewesen, wie im Sommer 1914, und sollte es auch nie wieder werden. Alle Zeitzeugen stimmen in ihren Schilderungen der Ereignisse vom Sommer 1914 darin überein, daß in der Gesellschaft Rußlands der Ausbruch des I. Weltkrieges einstimmig als unprovoked Angriff der Mittelmächte auf die Souveränität ihres Landes empfunden wurde. Die Kriegsbegeisterung übertraf bei weitem die des russisch-japanischen Krieges von 1904, oder sogar des Krieges gegen die Türkei 1878. Sie ähnelte äußerlich vielmehr der Stimmung des Jahres 1812, als das ganze Land sich gegen den Einbruch Napoleons erhob. Im Sommer 1914 bezeichneten die Zeitgenossen den gerade begonnenen Krieg als einen neuen „*Großen Vaterländischen Krieg*“⁴. In der obligatorischen Beschwörung der Armee und der Bevölkerung hatte der traditionsbewußte Nikolaj II. deshalb denselben Text gebraucht, mit dem sein Vorfahre, Aleksander I., die Bevölkerung zur Verteidigung Rußlands gegen die Armee Napoleons aufgerufen hatte⁵. Wie Aleksander I. schwor auch Nikolaj II., „keinen Frieden zu schließen“, solange sich „auch nur ein feindlicher Soldat“ auf dem Boden des Russischen Reiches befinde⁶.

In der heutigen Geschichtsschreibung wird häufig die Meinung vertreten, daß sich in Rußland, anders als in den übrigen kriegführenden Ländern, die Kriegsbegeisterung ausschließlich auf die gebildete Schichten erstreckte. Obwohl diese Meinung häufig auch in der Fachliteratur vertreten wird, entspricht sie nur teilweise der historischen Wahrheit⁷. Kundgebungen der russischen Bauern zur Unterstützung des Krieges waren tatsächlich im

¹ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 248f.

² Ebd.

³ Der volle Text des Aufrufes von Nikolaj II. an das Volk anläßlich des Kriegeintritts Rußlands in: *Reč*, Nr. 193, 04. 08. 1914, S. 1.

⁴ Zur Anlehnung an die Stimmung von 1812, vgl., Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S. 80-87.

⁵ Buchanan, G., *My Mission to Russia*, S. 212f.

⁶ Vojejkov, V., *Vospoinanija*, S. 117123.

⁷ Wildman, A., *The End of the russian imperial Army*, S. 76-80.

Unterschied zu den übrigen kriegführenden Ländern unbekannt¹. Die russischen Bauern zogen zumeist ohne besondere Begeisterung in den Krieg, oft sogar mit feindlichen Äußerungen den Serben gegenüber. Der Kriegsteilnehmer D. Oskin z.B., der seine Erinnerungen aus der Sicht eines einfachen Soldaten schrieb, vermerkte, daß es während seiner Einberufung die Bauern wenig verlockte, „für serbische Rechnung“ gegen „unbekannte Deutsche“ in den Krieg ziehen zu müssen². Die Bauernschaft scheint als einzige gesellschaftliche Schicht Rußlands der offiziellen Propaganda nicht geglaubt zu haben, daß dieser Krieg „leicht“ und „schnell“ sein würde³. Die Einberufungsszenen der bäuerlichen Rekruten verliefen deshalb wesentlich nüchterner, als in den Städten⁴. Der Engländer Knox, der die Soldaten der Südfront mit einer kriegsbegeisterten Rede ermuntern wollte, vernahm überrascht, daß „ein breiter Weg in den Krieg, und nur ein schmaler Pfad zurück in die Heimat [führe]“⁵.

Bei aller Skepsis dem Krieg gegenüber erfüllte die russische Bauernschaft vollkommen die ihr auferlegte Pflicht. Knox, der als einziger Ausländer Augenzeuge der von Žilinskij verursachten Katastrophe war, vermerkte, daß diese auf die fachliche Überlegenheit der deutschen Generäle zurückzuführen war und betonte ausdrücklich, daß die Bauernsoldaten „bis zuletzt erbittert“ gekämpft hatten⁶. Daß die Bauernschaft durchaus bereit war zu kämpfen, zeigt nicht nur ihr Verhalten an der Front, sondern auch der Ablauf der Mobilmachung. Der russische Generalstab hatte im Hinblick auf die Erfahrungen des Krieges mit Japan einkalkuliert, daß nicht mehr als 80% der Rekruten der Einberufung Folge leisten würden⁷. Man befürchtete Ausschreitungen der Mobilisierten. Der Ablauf der Mobilmachung übertraf jedoch alle Erwartungen der russischen Heeresleitung. In die Einberufungspunkte trafen nicht weniger als 98% aller Einberufenen ein. Die Mobilmachung verlief entgegen allen Befürchtungen in allen Teilen des Riesenreiches glatt; es wurden jedenfalls keine nennenswerten Zwischenfälle gemeldet⁸. Die bei der Mobilmachung des Jahres 1904 so häufigen Ausschreitungen, als die Soldaten auf ihren Transportwegen Alkoholläden ausplünderten, blieben diesmal aus⁹. Die Bauern zeigten sich nach vielen Schilderungen der Zeitgenossen zwar wenig empfänglich für Feierlichkeiten und Kriegsbegeisterung, jedoch waren sie zumeist fest entschlossen, ihr Land zu verteidigen. In den Einberufungspunkten meldeten sich zahlreiche Freiwillige aus den Dörfern¹⁰. Der Schriftsteller Kuprin, der zur Zeit der Mobilmachung in einem Einberufungspunkt tätig war, hielt fest, daß in seinem Einberufungspunkt fast alle Rekruten aus dem Dorf es ablehnten, medizinisch untersucht zu werden, da sie ihrer Meinung nach vollkommen diensttauglich seien, um das „Vaterland zu verteidigen“¹¹. So etwas hatte Rußland in keinem Krieg - ausgenommen 1812 - erlebt.

Was die Kriegsbegeisterung der russischen Arbeiterschaft anbelangt, so gibt es diesbezüglich nur wenig glaubhaftes Quellenmaterial¹². Vieles deutet jedoch darauf hin, daß das russische Proletariat sich ähnlich verhielt,

¹ Ebd.

² Oskin, D., *Zapiski soldata*, Moskau 1929, S.36f.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd.1., S. 55f.

⁵ Knox, A., *With the russian Army 1914-1917*, S. 50.

⁶ Knox, A., *With the russian Army 1914-1917*, S. 83-94.

⁷ Ausführlich über die Mobilmachung in Rußland vgl. Dobrorolskij, S., *Mobilisazija ruskoj armiji v 1914 godu*, Belgrad 1922, Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 43f.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd., Wildman, A., *The End of the russian imperial Army*, S. 78f. Zu den Ausschreitungen der Einberufenen im russisch-japanischen Krieg vgl. Bushnell, J., *Mutiny amid Repression*, S. 43f.

¹⁰ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 176f.

¹¹ Golovin, N., *The russian Army in the World War*, S. 204.

¹² Vgl. Fleer, M., *Rabočeje dviženije v Rossiji v gody imperialističeskoj vojny*, Leningrad 1926.

wie Arbeiter in anderen kriegführenden Staaten¹. Die ersten Wochen nach dem Kriegsausbruch erlebten seit der Revolution von 1905 nicht mehr gesehene Massendemonstrationen von Arbeitern mit zaristischen Fahnen, begleitet vom Absingen der Nationalhymne „Gott schütze den Zaren“. Der Vorsitzende der Staatsduma, Rodzjanko, war mehr als erstaunt, als er eine dieser Demonstrationen sah und schrieb über seine Beobachtungen folgendes: *„Nach meiner Rückkehr nach Petersburg war ich von der Veränderung der Stimmung in der Hauptstadt buchstäblich erschüttert. Wer sind diese Leute, fragte ich mich erstaunt, die auf den Straßen mit Nationalfahnen marschierten, „Gott schütze den Zaren“ sangen und den Platz vor der serbischen Botschaft bevölkerten? Ich ging durch die Straßen, mischte mich in die Menschenmenge und sprach mit den Teilnehmern dieser Demonstrationen. Zu meinem Erstaunen stellte ich fest, daß es hauptsächlich einfache Arbeiter waren. Dieselben Arbeiter, die nur ein paar Tage zuvor Telegraphenleitungen beschädigt, Autos auf den Straßen umgeworfen und Barrikaden errichtet hatten. Auf meine Frage, wie so etwas möglich sei, antworteten sie: Was vor kurzer Zeit geschah, war doch nur ein Familienstreit. Jetzt ist aber Rußland in Gefahr. Wir möchten deswegen den Zaren, der unser einziges Emblem ist, unterstützen und ihm folgen, bis Deutschland besiegt wird“*². Im Übrigen hatte das Proletariat der beiden Hauptstädte leicht zu reden. Zahlenmäßig ohnehin gering, sollte es hauptsächlich die Kriegsproduktion gewährleisten und war deshalb von der Mobilmachung nur sehr wenig betroffen. Die Regierung brauchte fast jeden in den Fabriken und nicht auf den Schlachtfeldern. Fabrikarbeiter waren nicht zuletzt deshalb unter den eifrigsten Demonstranten der ersten Kriegswochen. Häufig richteten sie sich auch gewalttätig gegen die Einrichtungen feindlicher Länder. Wie in anderen Hauptstädten auch, erfolgten in Rußland Übergriffe gegen Botschaften. In Petersburg drang der zumeist aus Arbeitern bestehende Mob in die leeren Botschaftsgebäude des Deutschen Reiches. Sie töteten den Hausmeister (welcher übrigens ein Russe war) und verwüsteten anschließend das Botschaftsgebäude³. Die umfangreiche Kunstsammlung des Botschafters Pourtalés flog auf die Straße und wurde von patriotisch gesinnten Demonstranten vernichtet⁴. Die Stadtpolizei mischte sich, wie die Polizei in Wien, Berlin, Paris oder London bei ähnlichen Zwischenfällen nicht ein. Allerdings muß erwähnt werden, daß im russischen Reich die Akte des Vandalismus in den ersten Kriegswochen ihrem Ausmaß nach wesentlich kleiner waren als in den anderen Kriegsteilnehmerstaaten⁵.

Dagegen war die gebildete Oberschicht fast einheitlich patriotisch. Die Studentenschaft der russischen Hochschulen, ein erklärter Oppositionsherd, ging im Sommer 1914 auf die Straßen und demonstrierte für die „Landesverteidigung“. *„Um mich ringsum geschieht etwas Unbeschreibliches. Auch meine eigenen Gefühle sind nicht wiederzugeben. Als ob die Jugend noch einmal zurückgekehrt wäre. Auf den Straßen wurden die Menschen auf Antrieb jünger“*, schrieb Rosanov über seine Eindrücke während der ersten Kriegswochen⁶. Unterstützungsbekundungen für die Regierung erfolgten praktisch aus allen Lagern der sonst so gespaltenen und zu Sektierertum neigenden russischen Intelligenz, quer durch alle Berufsgruppen, öffentlichen Organisationen und Parteien. Sogar die Sozialdemokraten, die dem bestehenden Regierungssystem am feindlichsten gegenüber standen, traten mehrheitlich für die Verteidigung des Landes ein. Der Begründer der russischen Sozialdemokratie

¹ Fleer, M., *Rabočije dviženije*, S. 5f., Wildman, A., *The End of the russian imperial Army*, S. 78f.

² Rodzjanko, M., *Gossudarstvennaja Duma i Fevral'skaja 1917 goda revoliuzija*, in: *Archiv russkoj revoliuziji*, Bd. 6., S. 16-17.

³ Ausführlich über die Vorfälle bei der Deutschen Botschaft vgl., *Birževyje Vedomosti*, 23. 07. 1914 und *Birževyje Vedomosti*, 24. 07. 1914.

⁴ Buchanan, G., *My Mission to Russia*, S. 213.

⁵ Oldenburg, S., *Zarstvovanie imperatora Nikolaja II-go*, S. 53.

⁶ Rosanov, V., *Apokalypsis našego vermeni*, Paris 1917, S. 28f.

Plechanov entfachte eine energische Propagandakampagne gegen den „deutschen Imperialismus“¹. Selbst Trotzki schrieb in der Zeitung „Naše slovo“, daß man Rußland unterstützen solle, da eine Niederlage den Sieg des „reaktionären“ Deutschland bedeuten würde². Zahlreiche in der Emigration lebende Sozialisten, darunter die berühmten Terroristen Burzev und Savinkov, baten die Regierung, ihre Rückkehr zu ermöglichen und bekundeten den Wunsch, als Freiwillige an die Front zu gehen³. In diesem Sinne stimmten die sozialistischen Abgeordneten der Staatsduma nicht - wie anfangs befürchtet - gegen die Kriegaanleihen und ermöglichten diese ohne „Nein“-Stimmen⁴. Nur der damals in Krakau lebende Lenin schrieb an seine Gesinnungsgenossen in Rußland Briefe, die sie aufforderten, die Regierung nicht zu unterstützen. Jedoch war seine Partei zu diesem Zeitpunkt eine unbedeutende Randerscheinung. Politisch geschlagen und zahlenmäßig zusammengeschrumpft besaß sie keinen Einfluß, weder auf das politische System, noch auf die russischen Arbeiter, und konnte nicht einmal ihrem Anführer die materielle Existenz sichern⁵.

Besonders patriotisch gaben sich jedoch die Liberalen, die politisch und finanziell wohl stärkste Gruppierung im Vorkriegsrußland⁶. Liberale aller Schattierungen beherrschten vor dem Weltkrieg die öffentliche Meinung und das wirtschaftliche Leben. Sie bildeten die absolute Mehrheit in der Staatsduma, gaben die meisten Zeitungen heraus und stellten die meisten russischen Industriellen⁷. Sie waren glühende Verfechter eines militärischen Bündnisses mit den „zivilisierten Ländern Westeuropas“ und träumten davon, westeuropäische Zustände (von denen allerdings die meisten von ihnen nur eine sehr vage Vorstellung hatten) auch in ihrem Land einzuführen⁸. Die Monarchien der Mittelmächte waren ihnen verhaßt, nicht weniger als der Zarismus der Jahre 1904/1905, als Liberale die erste russische Revolution anführten. Die russischen Liberalen waren seit langem für die slawische „Verbrüderung“ der Völker des Balkans und unterstützten deren Kampf gegen das „Joch“ der Habsburger. Das Deutsche Reich war ihnen in den Vorkriegsjahren zwar noch nicht so verhaßt wie Österreich-Ungarn, jedoch zeichneten sich die Liberalen durch eine ausgesprochene Deutschenphobie aus⁹. Dem bestehenden Regierungssystem des Deutschen Reiches standen sie geschlossen ablehnend gegenüber und stellten die wahre „Kriegspartei“ im Zarenreich dar¹⁰. Als der Weltkrieg ausbrach, bekundeten sie der Regierung in zahlreichen Resolutionen ihre uneingeschränkte Unterstützung im Kampf gegen den äußeren Feind. In Moskau trafen sich die Vertreter der russischen Landtage [russ. Zemstwo] und wählten ein Führungsgremium zur Leitung und Koordinierung aller Landtage [russ. Zemgor]¹¹. Sie verabschiedeten eine Resolution, die der Regierung die

¹ **Martov, J.**, *Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie*, Berlin 1926, S. 275f.

² Während des Kriegsausbruchs befand sich Trotzki in Wien, von wo aus er über die Schweiz nach Frankreich ging. In seinen Erinnerungen wird von Trotzki allerdings behauptet, daß er von Anfang an gegen die "Vaterlandsverteidigung" eintrat, vgl. **Trozkij, L.**, *Mein Leben*, Berlin 1930, S. 223-232.

³ **Buchanan, G.**, *My Mission to Russia*, Bd. 1., S. 237f., **Paléologue, M.**, *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S.280-281, Burzevs Brief an die Londoner Zeitung "The Times", **Times**, 18. 09. 1914, S. 9.

⁴ Die extremen Linken der Duma wollten allerdings keine Ja - Stimmen abgeben und verließen den Saal, **Reč**, 09. 08. 1914, S. 3f. Der Text der Dumaresolution in: **Pravitelstvennyj Vestnik**, 09. 08. 1914, S. 1f.

⁵ **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 2, S. 54f., **Solomon, I.**, *Lenin i jego semja*, Paris 1931, S. 78.

⁶ Zu den russischen Liberalen siehe **Birth, E.**, *Die Oktobristen, 1905-1913. Zielvorstellungen und Struktur. Ein Beitrag zur russischen Parteigeschichte*, Stuttgart 1974, **Leontowitsch, V.**, *Geschichte des Liberalismus in Rußland*, Frankfurt a. M. 1974, S. 235-360 und 371-420.

⁷ Die Zusammensetzung der Duma bei Ausbruch des Weltkrieges hinsichtlich der politischen Parteien war folgende: 12 Sozialdemokraten (5 Bolschewiki und 7 Menschewiki), 10 Sozialrevolutionäre (Trudowiki), 47 Progressisten, 57 Kadetten, 85 Oktobristen, 33 Zentristen, 20 Progressive Nationalisten, 60 Nationalisten und 64 Rechte, vgl. **Pearson, R.**, *The Russian Moderates and the Crisis of Tsarism 1914-1917*, New York 1977, S. 12-13f.

⁸ Ebd.

⁹ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 518-519 und 533f.

¹⁰ Ebd.

¹¹ **Pares, B.**, *The Fall of the Russian Monarchy*, S.219f.

Hilfe der Öffentlichkeit zusagte und bestellten den Fürsten Lwow zum Vorsitzenden des „Zemgor“¹. Diese patriotische Kundgebung der Landtage war eigentlich ein offener Verfassungsbruch. Erstens bildete ein solches Gremium quasi ein zweites Parlament neben der bereits existierenden Staatsduma, ohne von der Gesetzgebung vorgesehen zu sein und war daher illegal; zweitens konnte Fürst Lwow nicht Vorsitzender einer Volksvertretung sein, da er in keinen der Landtage gewählt worden war². Dieses Angebot einer russischen Variante des „Burgfriedens“ wurde vom Monarchen trotz bedenklicher Rechtswidrigkeiten anerkannt³. Lwows Gremium wurde offiziell anerkannt und die zahlreichen gerichtlichen Streitigkeiten der Regierung mit den Liberalen der letzten Vorkriegsjahre wurden fallengelassen. Zum Bürgermeister Moskaus wurde der bekannte liberale Politiker M. Čelenkov ernannt. Auch ihr wichtigstes Presseorgan (die Tageszeitung „Reč“), das in den ersten Kriegswochen bereits in Ungnade beim Oberkommandierenden gefallen war, wurde vom Zar in Schutz genommen und durfte weiter ohne Auflagen erscheinen. Dieser Burgfrieden wurde auch finanziell untermauert. Ein Mitarbeiter des Ministerpräsidenten, A. Jachontov, bezifferte die von der Regierung an verschiedene Organisationen der Liberalen allein bis November 1914 überwiesenen Gelder auf die astronomische Summe von 43 Millionen Goldrubel (86 Millionen Goldmark)⁴. Diese finanzielle Unterstützung sollte weiterhin wachsen^{5*}.

Der Anstieg des Patriotismus in Rußland wie auch in den anderen Kriegsteilnehmerstaaten ging Hand in Hand mit ansteigender Massenhysterie und dem Herabsinken des kulturellen Niveaus. Die sonst so qualitativ hochwertige Journalistik verschwand mit dem Ausbruch des Krieges fast augenblicklich. Der Markt wurde von Druckerzeugnissen von zunehmend schlechter Qualität überschwemmt, die dafür um so chauvinistischer waren. Dieses Phänomen betraf auch die Literatur. Gedruckt und veröffentlicht wurden zunehmend nur „patriotische“ Erzeugnisse, die sich übrigens weder durch Qualität noch durch Originalität auszeichneten. Gedichte wie das des damals populären Dichters Igor Severjanin: „*Deutschland sei nicht hochnäsig/obwohl du von Bismarck erbaut worden bist/Auf deine Größe glaube ich/werden Rußlands Soldaten niesen*“ erschienen in allen Zeitungen⁶. Die gebildete Oberschicht Rußlands versank zunehmend in Banalitäten und Kriegseuphorie. Der Außenminister Sazonov erhielt tausende Briefe von begeisterten Zeitgenossen, die glühend ihre Vaterlandsliebe beteuerten. Einen ganz typischen Brief dieser Tage schrieb ihm ein Student aus Kasan: „*Exzellenz! Ich habe nicht die Ehre, Sie zu kennen. Aber ich bin im Begriffe, ins Feld zu ziehen. Wenn uns dieser Krieg zum Besitz von Konstantinopel verhelfen soll, würde ich mich mit Freuden 20 mal niederschließen lassen. Wenn wir Konstantinopel nicht bekommen sollen, dann lasse ich mich nur einmal niederschließen, den Tod im Herzen! Exzellenz, ich beschwöre Sie, mir ganz einfach, auf beigefügter Karte, die meine Aufschrift trägt, mit einem „Ja“ oder „Nein“ zu*

¹Ebd.

² Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 536f.

³ Ausführlich über „Zemgor“ und seine Tätigkeit vgl. Fallows, T., *Politics and the War Effort in Russia: The Union of Zemstvos and Organisation of Food Supply, 1914-1916*, in: *Slavic Review*, Bd. 37, Nr. 1., Cambridge 1978, Jachontov, A., *Tjaželyje dni*, in: *Archiv ruskoj Revoliuziji*, Bd. 18, S. 15f.

⁴ Ebd., *Vozroždenije*, 08. 09. 1936, S. 6f.

⁵ Bis 1. Januar 1916 wurden verschiedenen öffentlichen Organisationen der Liberalen allein aus der Staatskasse (sie bezogen Gelder auch aus der Stawka) 115 Millionen Rubel überwiesen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß die Vergabe staatlicher Mittel keinen formalen Bedingungen unterworfen war, so daß das „Zemgor“ keine Rechenschaft schuldig war und die Gehälter seiner Mitglieder beliebig gestalten konnte. Die Durchschnittsverdienste der „Zemgor“-funktionäre war deshalb drei - vier mal höher als die Gehälter der Regierungsbeamten, vgl., Jachontov, A., *Tjaželyje dni*, in: *Archiv ruskoj Revoliuziji*, Bd. 18, S. 15f., Solženyzin, A., *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 246f.

⁶ Zitiert bei Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 546. Igor Severjanin (1887-1941) war ein "modernistischer" Lyriker, der am Vorabend des Weltkrieges in Rußland als angehender Dichter gefeiert wurde. Seinen größten Erfolg errang er mit dem Gedichtband "Der donnerspuckende Pokal", der 1913 erschien und in nur zwei Jahren sieben Auflagen erlebte, vgl. Solženyzin, A., *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 1158.

antworten“¹. Allem, was deutsch war, wurde mit militanter Ablehnung begegnet. Die seit dem 17. Jahrhundert erscheinende deutschsprachige „St. Petersburger Zeitung“ wurde geschlossen, obwohl sie eine durch und durch russische Zeitung war. Leute russifizierten ihre deutsch klingenden Namen. Universitäten schlossen Ehrenprofessoren aus Deutschland und Österreich-Ungarn aus ihren Reihen aus. Es gab Philosophen, die in der Öffentlichkeit ernste Diskussionen darüber eröffneten, daß Kant im Prinzip nichts anderes als ein „*deutscher Militarist, wie Krupp*“ sei². Der kulturelle Vandalismus erreichte in Rußland seinen vorläufigen Höhepunkt mit der Umbenennung der Hauptstadt von „St. Petersburg“ in „Petrograd“. Die Stadt, die ihr Begründer, Peter der Große, zu Ehren seines Namenspatrons „Stadt Sankt Peters“ (ursprünglich holländisch „St. Pitersburch“) genannt hatte, wurde auf Vorschlag des liberalen Politikers Šeinin willkürlich in „Stadt Peters“, Petrograd umbenannt.

In vieler Hinsicht war der sich entfaltende Chauvinismus der russischen Oberschicht beim Ausbruch des Weltkrieges mit der inneren Situation in anderen kriegführenden Staaten vergleichbar. Allerdings gab es in Rußland Merkmale, die anderswo fehlten. Diese Eigentümlichkeiten sind unbedingt zu erwähnen, möchte man die Ereignisse in Rußland während des Weltkrieges verstehen. Zuallererst war die russische Bildungsschicht anders als etwa die deutsche durch zahlreiche Ausnahmeregelungen leicht in der Lage, dem Militärdienst zu entgehen. Das war wahrscheinlich der größte Fehler, der dem liberalen Kriegsminister Aleksanders II., Graf Miljutin unterlaufen war und für den Rußland im Weltkrieg teuer zu zahlen hatte. Miljutin hatte nämlich nicht nur zahlreiche Berufsgruppen, wie etwa Tierärzte oder Lehrer von der Pflicht befreit, ihrem Lande im Falle des Krieges zur Verfügung zu stehen, sondern zahlreiche Ausnahmeregelungen geschaffen, die es beinahe allen Staatsbürgern mit höherer Bildung ermöglichte, der Einberufung zu entgehen. In allen Kriegsteilnehmerstaaten befand sich die Elite des Landes in den Schützengräben. Im Deutschen Reich stellte das Bildungsbürgertum das Gerüst der Institution der Reserveoffiziere³. Die militärische Gesetzgebung Rußlands befreite gebildete Staatsbürger von der Dienstpflicht, und legte die Last des Krieges ausschließlich auf die Schultern des Offizierskorps und der Bauern⁴. Die gesellschaftliche Schicht, die am meisten vom Staat profitierte, war im Rußland der Zaren nicht verpflichtet, diesem Staat auch zu dienen und machte, ungeachtet der Kriegsbegeisterungswelle der ersten Kriegswochen, von diesem Privileg ausgiebig Gebrauch. Der Kommandeur der höchsten Einberufungskommission des Landes, General Dobrorolskij, erinnerte sich, daß seine Behörde während der Mobilmachung von „*schriftlichen und verbalen Anträgen auf Befreiung von der Wehrpflicht buchstäblich überschwemmt war. Diese Anträge wurden nicht etwa von kleinen Leuten, sondern vor allem von Personen der gesellschaftlichen Elite und des Bürgertums gestellt*“⁵. „*Diese böse Entwicklung*“, stellte Dobrorolskij fest, „*wurde natürlich nach unseren Kräften bekämpft, aber leider mit sehr wenig Erfolg. Vetternwirtschaft war eine schädliche, aber im russischen Leben tief verankerte Gewohnheit. Sie konnte nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der gesamten Gesellschaft erfolgreich bekämpft werden ... Eine solche Bekämpfung alleine durch unsere Behörde während der Tage der Mobilmachung, kam daher für uns nicht in Frage*“⁶.

¹ Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S.169.

² Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 544.

³ Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch - deutschen Militärgeschichte*, München 1991, S. 54f., Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 2., S. 130f.

⁴ Menning, B. W., *The imperial russian Army*, S. 39f., Wildman, A., K., *The End of the Russian imperial Army*, S.27-28.

⁵ Dobrorolskij, S., *Mobilisazija russkoj armiji v 1914 godu*, S. 58f.

⁶ Ebd.

Zweitens war die gebildete Oberschicht, soweit sie sich in der Öffentlichkeit artikuliert, eine traditionell dem bestehenden Regime gegenüber sehr unversöhnlich gesinnte politische Macht¹. Gefährlich für die Krone war auch, daß die russische gebildete Oberschicht, und allen voran die Intelligenzija, ausgesprochen radikale Ansichten vertrat. Sie war traditionell - anders als in Europa - nicht nationalistisch, sondern vielmehr international veranlagt. Wie ihr Idol, der Schriftsteller Graf L. Tolstoj, sahen sich die Vertreter der Intelligenzija Rußlands hauptsächlich nicht als „Staatsbürger“, sondern als „Weltbürger“ ihren Idealen verpflichtet. Die Liberalen und sogar die Sozialisten (ausgenommen wahrscheinlich der damals politisch unbedeutende Lenin) wollten zweifellos alles in ihren Kräften stehende tun, um den Sieg gegen das „reaktionäre Kaiserreich“ herbeizuführen. Doch zugleich waren sie auch nicht abgeneigt, den Krieg zur Förderung ihrer politischen Interessen zu nutzen, und das ungeachtet des Schadens, der ihrer Heimat dadurch zugefügt würde. Die gebildete Oberschicht Rußlands glaubte zu wissen, daß nur die Kalamität der eigenen „reaktionären“ Regierung eine Chance darstellte, das Parlament auf Kosten der Krone und der Bürokratie zu stärken (ihr erklärtes Ziel während der Revolution von 1905) und so aus Rußland eine „Demokratie“ zu machen. Und gerade dies stellte für sie ein unüberwindliches Dilemma dar, denn einerseits wünschten sie ihrem Land aufrichtig den Sieg, andererseits wünschten sie sich noch mehr die Beschneidung der verfassungsmäßigen Rechte der Krone und die Einführung einer parlamentarischen Demokratie nach französischem oder zumindest nach englischem Muster. Ähnliches war in anderen kriegführenden Ländern vielleicht auch der Fall, doch nur in Rußland war der Teil der gebildeten Elite bereit, eher auf den militärischen Sieg, als auf die Einführung der parlamentarischen Regierungsform zu verzichten. Diese Haltung konnte für die Krone umso gefährlicher werden, als in Rußland die patriotisch gesinnte Mittelschicht, wie sie in Deutschland vorhanden war, beinahe vollkommen fehlte².

Als die Einberufungsbefehle für die russische gebildete Oberschicht ausgeblieben waren, beschäftigte sich die vom Militärdienst befreite öffentliche Meinung Rußlands in den ersten Monaten des Weltkrieges hauptsächlich mit den Nachrichten von der Front. In den ersten Kriegsmonaten gab es in Rußland wie auch in den anderen Kriegsteilnehmerstaaten so gut wie keine Innenpolitik. Überall herrschte auf den ersten Blick der unzerstörbare „Burgfrieden“. Alle Schichten der Gesellschaft waren durch den gemeinsamen Siegeswillen vereint. Man erwartete einen schnellen Sieg und verschob gerne die Lösungen aller Zwistigkeiten auf die Nachkriegszeit. Die hohen Militärs erfreuten sich einer großen Popularität. Die Nachrichten von der Front waren in den ersten Kriegsmonaten durchaus unterschiedlich: Mit den ersten Meldungen vom Debakel der 2. Armee in Ostpreußen erfuhr das Land auch von den Siegen der russischen Südfront gegen die Österreicher. Hunderttausende Kriegsgefangene und die Eroberung Lembergs übertönten die Nachricht vom Schicksal Samsonovs und der zwei eingekesselten Korps seiner Armee. Der schnelle Sieg gegen die Mittelmächte war zwar nicht eingetreten, genauso wenig aber die deutsche Westoffensive gegen Frankreich geglückt. Aus russischer Sicht bedeutete dies, daß die westlichen Verbündeten dem Ansturm standhielten und die Mittelmächte daher nicht in der Lage waren, wie anfangs befürchtet, ihre ganze Militärmacht gegen Rußland zu richten.

Einen mächtigen Interessensschub bewirkte der Beginn der Herbstoffensive der Mittelmächte auf Warschau. Die angreifenden Armeen erlitten große Verluste und mußten sich eiligst hinter die Staatsgrenze zurückziehen. Das machte die öffentliche Meinung glauben, daß die russische Armee nicht nur mit den militärisch

¹ Vgl. **Rosenberg, W.**, *Liberals in the Russian Revolution*, Princeton 1974, **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 246-270.

² Ebd.

schwächeren Österreichern, sondern sogar mit den vorzüglich bewaffneten und geführten Deutschen fertig werden konnte¹. Die Hoffnungen der Öffentlichkeit wurden vom Oberkommandierenden und der Stawka geschickt genährt. Den im Hauptquartier erscheinenden Vertretern der Öffentlichkeit wurde zugesichert, daß Hindenburgs Niederlage vor Warschau jetzt eine Offensive gegen das deutsche Territorium möglich mache. Den Höhepunkt der öffentlichen Erregung weckte die Schlacht von Lodz, als nach anfänglichen Niederlagen ein deutsches Armeekorps eingekesselt wurde. Die Abendzeitungen Petersburgs veröffentlichten bereits Gerüchte von der Gefangennahme genauso vieler Deutscher, wie die Armee Samsonovs in deutsche Gefangenschaft verloren hatte, was die in Sachen Militär unerfahrenen Bürger zuhause als Vergeltung für die Schlacht von Tannenberg auffaßten².

Als der Winter das Kriegsgeschehen an den Fronten vorläufig lahmlegte, war die Öffentlichkeit in Rußland wie auch anderswo in Europa überrascht: Der große und schnelle Sieg, den alle Vorkriegsexperten vorhergesagt hatten, war ausgeblieben. Weder Deutschland noch Österreich-Ungarn waren besiegt und das Kriegsende schien ferner denn je zu sein. Weit verblüffender war, daß es den industriell mächtigen und gesellschaftlich fortschrittlichen Verbündeten im Westen nicht gelang, mit dem „reaktionären Kaiserreich“ fertig zu werden. Im Winter 1914 war die Lage an der Ostfront weit vorteilhafter als dort. Die deutschen Truppen im Westen wurden zwar etwas von Paris abgedrängt, jedoch verlief die Frontlinie tief in französischem Territorium. An der Ostfront hingegen gelang es dem Zarenreich, das Staatsgebiet weitgehend zu verteidigen. Die Deutschen hatten zwar ein kleines Territorium in russisch Polen besetzt, dafür hatten aber die Russen Teile Ostpreußens in ihrer Gewalt. Auch die Lage der Deutschen an der Ostfront war durchaus gefährlicher als im Westen. Obwohl die deutsche Propaganda ihre örtlichen Erfolge (Schlacht von Tannenberg, der Ausbruch der eingekesselten Korps in der Schlacht von Lodz) propagandistisch ausschlachten ließ, wußten die Russen bestens, daß Hindenburgs Armeen durchaus stark angeschlagen waren. Das erfüllte die russische öffentliche Meinung mit Stolz, durchaus besser gekämpft zu haben, als die Verbündeten im Westen, und stimmte sie zuversichtlich für die Zukunft. Vom konkreten Verlauf der Operationen an der Front wußte die öffentliche Meinung in der ersten Phase des Weltkrieges allerdings nur sehr wenig. Die durch die militärische Zensur verhängte Nachrichtensperre erlaubte der Presse nur, oberflächliche Berichte von der Front zu drucken. Die Presse hatte nur einen sehr kleinen Einblick, nicht nur bezüglich der geplanten Operationen (was durchaus selbstverständlich war), sondern auch in Sachen Versorgung der Front mit Munition und Kriegsgerät³.

Von der öffentlichen Meinung blieb weitgehend unbemerkt, daß auch der Kriegseintritt der Türkei auf seiten der Mittelmächte das Zarenreich vor beinahe unlösbare Probleme stellte. Die Zeitungen druckten Berichte vom Kriegseintritt der Türkei und freuten sich offen darüber, daß Rußland jetzt berechtigt war, den Türken die seit Jahrhunderten hochbegehrten Meerengen abzunehmen⁴. Von den Gefahren und Folgen der türkischen Kriegsbeteiligung gegen Rußland schrieb im Herbst 1914 niemand. Dazu hätte es aber durchaus gute Gründe gegeben: Rußland im Weltkrieg war nämlich von vielen Zeitgenossen mit einem Haus verglichen worden, dessen Zugang nur über den Keller oder den Kamin möglich war⁵. Mit Ausbruch des Krieges wurden alle Zufuhrwege nach Europa, die nunmehr durch das Territorium der Mittelmächte gingen, mit einem Schlag abgebrochen. Übrig

¹ Golovin, N., *The russian Army in the World War*, S. 215f.

² Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S. 195f.

³ Buchanan, G., *My Mission to Russia*, S. 219f.

⁴ *Novoje Vremja*, 30. 10. 1914, S. 1f. und *Reč*, 30. 10. 1914, S. 1f.

⁵ Golovin, N., *Vojennyje usilija Rossiji v Mirovoj Vojne*, 2 Bde., Bd. 1., S. 62.

blieben nur der „Kamin“, der einzige russische Hafen in Murmansk und der „Keller“, die Häfen der Schwarzmeerküste. Allerdings waren diese weitgehend verstopft. Der Hafen von Murmansk froh in den Wintermonaten zu und besaß zudem keine lückenlose Eisenbahnverbindung zu St. Petersburg¹. Mit dem Kriegseintritt der Türkei wurden auch automatisch die Durchfahrt durch die Meerengen für die russischen Handelsschiffe sowie die neutraler Länder gesperrt². Die einzige freie Bahnverbindung zu den Alliierten führte über einen Umweg um die ganze Welt, über den 6 000 km entfernten Hafen von Wladiwostok, wofür ein einziger Zug drei Wochen und 120 Lokomotivpaare brauchte³. Mit einem Schlag war also das russische Reich genauso von der Außenwelt abgeriegelt, wie die Mittelmächte durch die englische Seeblockade. Wenn man jedoch in Betracht zieht, daß Rußland weit weniger als seine Hauptgegner industrialisiert war, war seine Lage durchaus dramatischer als die des Deutschen Reiches in vergleichbarer Situation. „Sagen wir offen“, schrieb einer der klarsten Köpfe Rußlands, P. Struwe, noch im Jahr 1909, „gegenüber Deutschland und Österreich, die bei realistischer Betrachtung unsere potentiellen Feinde sind, liegt die Schwäche Rußlands in seiner unzureichenden Wirtschaftsmacht ... und seiner sich daraus ergebenden finanziellen Abhängigkeit von anderen Ländern. Unter den heutigen Bedingungen eines militärischen Konflikts werden sich alle angeblichen russischen Natural- oder Seminaturalwirtschaften als Ursache für die militärische Schwäche herausstellen ... Kein Gedanke ist theoretisch abwegiger als der, die wirtschaftliche Rückständigkeit Rußlands könne irgendwelche militärischen Vorteile mit sich ziehen“⁴. Solche „defätistischen“ Meinungen wurden jedoch von der öffentlichen Meinung während des ersten Kriegsjahres ignoriert. Mehr noch: In der wirtschaftlichen Rückständigkeit ihres Landes sahen viele Russen paradoxerweise eine potentielle Stärke. Zum einen besaß Rußland in ihren Augen als immerhin fünftgrößte Industrienation der Welt genügend Kapazitäten, um seine Frontruppen mit Kriegsgerät zu versorgen. Außerdem war Rußland weit weniger als Deutschland von Rohstoffzufuhren abhängig⁵. Zum anderen waren die entwickelten Industrienationen wie Deutschland vom Export und Import, sowie vom Zusammenwirken verschiedener Wirtschaftsfaktoren mit denen anderer Länder so abhängig geworden, daß sie die Härten eines Krieges gar nicht durchstehen würden. Rußland mit seinen beinahe unbegrenzten Ressourcen und seiner vergleichsmäßig geringen Abhängigkeit vom Ausland konnte, so die Schlußfolgerung, hingegen beinahe einen endlosen Krieg führen⁶.

Nach der Aufregung der ersten Kriegswochen verlief das Leben in den Städten Rußlands langsam wieder in den gewohnten Bahnen. Das Frontgeschehen im ersten Kriegsjahr hatte sich in Rußland tatsächlich viel weniger auf das alltägliche Leben in den Städten ausgewirkt, als in anderen Ländern Europas. Die Preise blieben anfänglichen Befürchtungen zum Trotz stabil, die wirtschaftliche Lage ebenfalls. Die Hochschulen unterbrachen für keinen Augenblick die Lehrveranstaltungen. Ebenfalls geöffnet blieben Theater, Kinos und öffentliche Vergnügungsanstalten. Zeitzeugen berichten, daß die Besucherzahlen in den Vergnügungsstätten Rußlands diejenigen der anderen Kriegsteilnehmerstaaten im ersten Kriegsjahr weit überflügelten⁷. Die offensichtliche Unfähigkeit Rußlands, seine Feinde militärisch aus dem Krieg zu werfen, sorgte zwar für eine gewisse

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Kersnovskij, A., *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 12.

⁴ Struwe, P., *Ekonomičeskije problemy*, in: *Velikaja Rossija. Sbornik Stajej*, 2. Bd., Moskau 1911, S. 151f.

⁵ Ein Begründer solcher Theorien war der russische Ökonom I. Bljoch, dessen Buch sich in Rußland großer Popularität erfreute und sogar ins Englische übersetzt wurde, vgl. Bljoch, I., *The Future of War*, New York 1899.

⁶ Ebd.

⁷ Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 543f.

Ernüchterung und Ratlosigkeit, jedoch wurde diese Stimmung in der lesenden Bevölkerung bald durch neue hoffnungsvolle Berichte gehoben. Die Presse begann von einer möglichen Hungersnot in den Staaten der Mittelmächte zu berichten. Seit dem Winter schlachtete die Presse die Neuigkeiten (Deutschland führte Lebensmittelkarten für die Bevölkerung ein) so aus, daß der Feind unmittelbar vor dem Zusammenbruch zu stehen schien¹. In den Zeitungen erschienen Listen von Lebensmittelangeboten in den Geschäften des Deutschen Reiches. Die neue Propagandakampagne verglich sie mit dem Überfluß in den russischen Läden und sagte den baldigen Zusammenbruch des „deutschen Imperialismus“ voraus. Jedoch setzte in Rußland, noch bevor diese neue Propagandakampagne ihren Höhepunkt erreichen konnte, eine andere, im Kriege viel gefährlichere Mangelwirtschaft ein. Inzwischen wurde nämlich die eigene Armee von Munitionsknappheit heimgesucht, allerdings vollzog sich diese Entwicklung für die öffentliche Meinung zuhause vollkommen unbemerkt.

Nach den Berechnungen des Rüstungsprogramms der Vorkriegsjahre (Bolšaja programma) sollte das russische Heer erst im Jahr 1917 das Rüstungsniveau Deutschlands erreichen. Der Qualität der Gewehre und der Artilleriegeschütze nach war man im ersten Kriegsjahr den Deutschen zwar ebenbürtig, jedoch der Quantität der Artillerie und Munition nach eindeutig im Nachteil. Ein langjähriger Mitarbeiter des Generalstabes, General Lukomskij, berichtet, daß die zahlenmäßige Unterlegenheit bereits vor dem Krieg vom Generalstab in Kauf genommen wurde². So planten die westlichen Alliierten Rußlands vor dem Krieg 2 000 Geschosse für eine Kanone als Vorrat ein. Die Deutschen hielten selbst 3 000 Geschosse für zu wenig. Das russische Kommando beschloß, seine Norm auf 1 500 festzusetzen, aber selbst diese Norm wurde nicht erreicht. So wurde in den russischen Frontarmeen jede Artilleriekanone bei Ausbruch des Krieges durchschnittlich nur mit 850 Geschossen versehen³. Der Verbrauch an Artilleriemunition in den ersten Kriegsmonaten überstieg alle noch so phantastischen Berechnungen der Vorkriegszeit. Die russische Armee feuerte in den ersten 5 Monaten des Krieges 2,5 Millionen Geschosse ab, ein Mehrfaches des Munitionsverbrauchs im russisch-japanischen Krieg, auf dem alle Berechnungen des russischen Generalstabes beruhten⁴. In Rußlands Depots wurden vor dem Krieg ca. 6,5 Millionen Artilleriegeschosse gelagert. Theoretisch standen im Winter 1914 noch ca. 4 Millionen Geschosse zur Verfügung. In der Theorie war die Armee bis Sommer 1915 mit Artilleriemunition versorgt; dann erwartete man die Steigerung der Munitionsproduktion, die zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches lediglich in der Lage war, ca. 100 000 Artilleriegeschosse monatlich herzustellen⁵. Aber das war nur Theorie: Die Praxis des Alltags sah anders aus. Das Problem lag darin, daß die Artilleriemunition in den Depots in einzelne Bestandteile zerlegt gelagert war und ihre Zusammenstellung bis zu 12 Monate erforderte⁶. Die Folge dieser Zustände war, daß im Frühjahr 1915 Rußlands Heer an der Front mit einem totalen Ausbleiben der Munitionslieferungen konfrontiert wurde. Die Artilleriegeschosse reichten selbst für die Durchführung von Offensiven kleinen Ausmaßes nicht mehr aus. Die Lage war so schlimm, daß manche Artilleriebatterien schon im ersten Kriegswinter täglich nur ein paar Geschosse zugeteilt bekamen und oft nicht einmal in der Lage waren, das Feuer des Gegners zu erwidern⁷.

¹ Vgl. **Solženyzin, A.**, *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 246f.

² **Buchanan, G.**, *My Mission to Russia*, S. 220, **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 25-43.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ausführlich zur Bewaffnung der russischen Armee und der Munitionskrise von 1914-1915 vgl. **Sidorov, A.**, *Ekonomičeskoje položenije*, S. 11f., **Stone, N.**, *The eastern Front, 1914-1917*, S. 160f.

⁶ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 547.

⁷ **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 252f.

Ähnlich katastrophal stand es mit den Infanteriegewehren. Vor dem Krieg besaß Rußland 5 Millionen davon. Theoretisch war damit für jeden einzelnen Soldaten ein Gewehr vorhanden. Die Jahresproduktion der russischen Fabriken betrug 700 000 Stück, nach den Berechnungen des Generalstabes gerade genug, um die durch Kampfhandlungen entstehenden Verluste auszugleichen¹. Der Krieg machte aber auch hier einen Strich durch die Rechnung der russischen Militärbehörden. Die Produktion in den Gewehrfabriken geriet gleich zu Beginn des Krieges ins Straucheln, da man zunehmend damit beschäftigt war, die an der Front beschädigten Gewehre zu reparieren, deren Zahl ebenfalls alle Berechnungen der Vorkriegszeit überstieg. Die russischen Soldaten pflegten ihre Waffen schlecht. Überall an der Front war man davon überzeugt, daß sich ein beschädigtes oder während der häufigen Rückzüge einfach liegengelassenes Gewehr einfach durch ein neues ersetzen ließe. Bereits in den ersten Monaten des Krieges fehlten den Intendanten der kämpfenden Armeen deshalb hunderttausende Infanteriegewehre². Wären russische Militärbehörden weitsichtiger oder auch nur sparsamer gewesen, hätte der Mangel an Infanteriegewehren behoben werden können. Während der Sommerschlachten in Galizien gingen hunderttausende Österreicher in russische Kriegsgefangenschaft und russische Militärbehörden verfügten über riesige Bestände an erbeuteten Infanteriegewehren. Anstatt sie aber auf russische Kugeln umzuarbeiten oder nur zu lagern, ließen sie die erbeuteten Gewehre in eindrucksvollen großen Lagerfeuern einfach verbrennen³. So kam es zu der Situation, daß neu einberufene Rekruten bereits im ersten Kriegswinter nicht eingesetzt werden konnten, da nicht genügend Gewehre vorhanden waren, um sie zu bewaffnen⁴.

Die Schuld an dieser Versorgungskatastrophe trugen zweifellos die Armeeleitungen, und zwar die Stawka in Mohilew genauso wie das Kriegsministerium in der Hauptstadt. Menschlich ist das Versäumnis des Kriegsministeriums leicht zu verstehen. Die Behörde errechnete die benötigte Menge an Kriegsgerät und Munition aus den Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges und war überzeugt, daß man für den künftigen Krieg (wenn auch notdürftig) vorgesorgt hätte⁵. Man muß sich vor Augen halten, daß kein bedeutender Fachmann in militärischen Fragen den künftigen Krieg auf mehr als ein paar Monate prognostiziert hatte; daher trat auch in allen kriegführenden Ländern im Winter des ersten Kriegsjahres ein Munitionsnotstand ein⁶. Unverzeihlich und für Rußland verhängnisvoll war allerdings, wie die Kriegsführung an das Problem der Munitionsknappheit herangingen. Als die Munitionskrise an der Front fühlbar wurde, verfielen beide Organe in Panik. Der Kriegsminister, General Suchomlinov, sowie seine Mitarbeiter im Kriegsministerium wußten sehr wohl, daß es nicht möglich war, die Lage kurzfristig entscheidend zu verbessern. Die Umstellung der Industrie auf den Krieg konnte im Zarenreich nicht von heute auf morgen vollzogen werden. Auch mit Lieferungen aus dem Ausland konnte man aufgrund der Isoliertheit kaum rechnen. Da man den baldigen Zusammenbruch der Mittelmächte allgemein erwartete, entschloß sich der russische Kriegsminister zu einer originellen Lösung des Problems. Man leitete zwar Maßnahmen zur Erhöhung der Munitionsproduktion ein, beschloß aber gleichzeitig, die Munitionsknappheit geheim zu halten, um den Feind nicht unnötig zu ermutigen und eine Panik der heimischen Bevölkerung zu verhindern. Davon wußte der Zar. Davon wußte auch die Stawka und deren Leitung. Beide

¹ Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 320.

² Oldenburg, S., *Zarstovovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 547f., Golovin, N., *The Russian Army in the World War*, S. 127f. Kersnovskij, A., *Istorija russskoj armiji*, Bd. 3., S. 253

³ Ebd.

⁴ Golovin, N., *The Russian Army in the World War*, S. 127f.

⁵ Suchomlinov, V., *Erinnerungen*, S. 399f.

⁶ Ebd.

Instanzen billigten jedoch stillschweigend das Verhalten des Kriegsministers. Der Stabschef des russischen Oberkommandierenden, General Januškevič, schrieb um die Jahreswende an den Kriegsminister einen blumigen Brief, in dem es u.a. heißt: *„Wenn nur in die Armee genügend Munition eintreffen könnte ... Ich bin überzeugt, daß es in diesem Fall möglich wäre, die Initiative den Deutschen zu entreißen. Jetzt ist es am Herzen schwer und einsam. Im Schlaf träume ich oft die Stimme, die mir sagt: Du hast dein Vaterland verkauft, du hast verschlafen“*¹.

Somit begingen die russischen Militärbehörden im Hinblick auf die Zivilbevölkerung einen unverzeihlichen Fehler. Man unternahm nichts, um die Bevölkerung von der katastrophal gewordenen Versorgung der Frontarmeen zu unterrichten und sie auf künftige Entbehrungen schonend vorzubereiten. Die Generäle des Zaren erwiesen sich als schlechte Psychologen, weil man mit nichtsahnenden Betroffenen schwerlich die Umstellung der Industrie auf Kriegsbedürfnisse organisieren kann. Die Gesellschaft wußte nichts von den Mißständen an der Front und war den Ereignissen des nächsten Kriegsjahres gegenüber unvorbereitet.

Die gebildete Oberschicht in der Heimat zeigte bereits im ersten Kriegswinter merkwürdige Tendenzen und die Militärführer des Landes wußten nicht, wie man ihrer Herr werden konnte. Bereits seit Frühjahr 1915 waren in der russischen Presse Töne zu hören, die in anderen Ländern niemals durch die Zensur gegangen wären. Es waren die ersten Publikationen der Gleichgültigkeit. Der oben zitierte kriegsbegeisterte Dichter Severjanin z. B. schrieb im ersten Kriegswinter schon Gedichte, die nur sehr wenig mit seiner Stimmung des vorigen Sommers gemein hatten, u.a.: *„Es bedeutet noch lange nicht Verräter zu sein/Wenn man bloß fröhlich ist/Wenn man freundlich zu den Kriegsgefangenen bleibt/Und wenn man sich nicht beeilt in den Rauch des Kriegsgeschehens zu stürzen“*². Dieses Gedicht und ähnliche Publikationen wurden trotz der Zensur in den größten und angesehensten Zeitungen, wie „Birževyje vedomosti“ oder „Reč“ gedruckt. Die russischen Intellektuellen fanden nichts dabei, bereits im ersten Kriegsjahr öffentlich zu bekennen, daß sie vom Krieg bereits ermüdet waren. Sie lösten zwar noch erbitterte Diskussionen unter den Zeitungslesern aus, aber die Mehrheit aller Briefe an die Zeitungen stimmten bereits mit den Dichtern damit überein, daß es auch wichtigere Dinge als den Krieg gäbe. Die Erfolge der Mittelmächte an der Front wurden tendenziös hochstilisiert, die eigenen dagegen heruntergespielt. Der französische Militärattaché in Rußland, General Languiche, war besonders überrascht, daß selbst der Sieg vor Warschau von der öffentlichen Meinung zumindest in der Hauptstadt niedriger eingestuft wurde als bei den Westalliierten³. Auf den Straßen Petersburgs sprach man aber nicht von vier Armeen, die an der Offensive der Mittelmächte teilnahmen, sondern nur von deutschen Truppen, denen bei Lodz der Ausbruch geglückt war⁴.

Kap. 6. Militärische Niederlagen 1915. Anfänge des Aufkommens einer revolutionären Stimmung in Rußland

Die Ostfront erstreckte sich im Winter 1914/1915 über eine gewaltige Länge. Sie verlief von der Ostsee im Norden bis hin zur rumänischen Grenze im Süden. Sie folgte im wesentlichen der Staatsgrenze, machte einen tiefen Bogen entlang der polnisch-deutschen Grenze und war um einiges länger, als die Front in Frankreich. Im

¹ Zitiert bei Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 548f.

² Ebd.

³ Knox, A., *With the russian Army 1914-1917*, S. 167.

⁴ Knox, A., *With the russian Army 1914-1917*, S. 170, Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S. 197.

nördlichen Teil dieser riesigen Front standen um die Jahreswende 52 russische Infanteriedivisionen 35 Infanteriedivisionen der Deutschen gegenüber¹. Die Südfront der Russen verfügte über 46 Infanteriedivisionen gegenüber 48 Infanteriedivisionen der Mittelmächte². Insgesamt standen 99 Infanteriedivisionen der Russen 83 der Mittelmächte gegenüber (41 deutsche und 42 aus Österreich-Ungarn)³. Theoretisch war Rußland an seiner Westfront um die Jahreswende den Armeen der Mittelmächte zahlenmäßig leicht überlegen. Was allerdings die Artillerie anbelangt, war das Übergewicht auf Seiten letzterer. Laut verfügbarer Quellen hatte die Stawka für Offensivoperationen kaum noch Ressourcen. Etwa ein Drittel der Soldaten an der Front hatte kein Gewehr, so daß bei der Berechnung der tatsächlichen Stärke der Fronttruppen die russischen Armeen um mindestens ein Drittel schwächer waren, als es auf dem Papier stand. Ein russisches Artilleriegeschütz verfügte im ersten Kriegswinter durchschnittlich nur über ein Dutzend Geschosse, was im Vergleich zum Verfügungsrahmen der Mittelmächte (die übrigens auch ein wenig an Munitionsnot litten) um ein Vielfaches kleiner war. Selbst als die Armeestäbe befahlen, eine örtliche Offensive hier oder dort zu starten, konnten die Russen nur ca. 100 Artilleriegeschosse pro Kanone zusammenbringen⁴.

Im Gegensatz zur Westfront ist es im Osten mit dem Wintereinbruch nicht zu einem Stellungskrieg gekommen. An der Ostfront wurde auch im ersten Kriegswinter ungeachtet der harten Bedingungen erbittert und blutig gekämpft. Der über die Misere der Russen bestens informierte Hindenburg begann im Januar eine Offensive in Ostpreußen mit dem Ziel, die Russen endgültig von deutschem Boden zu vertreiben. Am 28. Januar griff die 10. Armee der Deutschen (250 000 Mann) die 10. Armee der Russen (126 000 Mann) bei den Masurischen Seen an⁵. Russische Militärs berichteten später, daß das kommende Debakel mit einem taktischen Rückzug jederzeit hätte verhindert werden können, jedoch verschlief der weit vom Frontgeschehen zurückgezogene Stab der Nordfront diese Gelegenheit⁶. Der Kommandeur der Nordfront, General Russkij, maß anfangs dem Angriff der Deutschen keine besondere Bedeutung bei und gestattete dem Stab der 10. Armee nicht, einen taktischen Rückzug vorzunehmen⁷. Als er später seinen Fehler erkannte und den Rückzug doch noch genehmigte, war es bereits zu spät. In Winterkälte und heftigem Schneetreiben fügten die Deutschen der im Stich gelassenen 10. Armee bedeutende Verluste zu und kesselten ein Korps dieser Armee ein. Von den 126 000 Mann retteten sich nur 70 000. Die anderen starben oder wurden in den Wäldern von Augustowo gefangengenommen⁸. Das Schicksal der 10. Armee war seit der Vernichtung zweier Korps der Armee Samsonovs im Sommer 1914 die größte russische Niederlage. Von ihrem Erfolg angespornt, richteten Hindenburg und Ludendorff einen zweiten Schlag gegen die russische Nordfront. Aus Ostpreußen griff ihre 8. Armee die 12. Armee der Russen nördlich von Warschau an und verwickelte sie in einen erbitterten Kampf um das polnische Städtchen Prasnyś⁹. Allerdings hatten sie diesmal wenig Erfolg. Der erfahrene Kommandeur der 12. Armee, General Plehwe, verteidigte sich zäh und fügte seinerseits den Deutschen empfindliche Verluste zu. In den Winterschlachten 1914/1915 verloren die

¹ Reichsarchiv (Hrsg.), *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 6., S. 370.

² Ebd.

³ Ebd., Danilov, J., *Rußland im Weltkriege*, S. 408.

⁴ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 252f., Rutherford, W., *The Tsar's War*, S. 111 und 74.

⁵ Kamenskij, M., *Krušenije XX-go korpusa*, Leningrad 1921, S. 170-172. Zur Stärke der deutschen 10. Armee vgl.

Reichsarchiv (Hrsg.), *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 7., S. 177.

⁶ Martynov, E., *Tsarskaja armija v fevral'skom perevorote*, S. 24f.

⁷ Ebd.

⁸ Kamenskij, M., *Krušenije XX-go korpusa*, S. 202f.

⁹ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 1., S. 140. Ausführlich über die Kämpfe um Prasnyś, Morgen, C., von, *Meiner Truppen Heldenkämpfe*, Berlin 1922.

Russen um die 200 000 Mann. Davon gingen ca. 70 000 (hauptsächlich Angehörige der 10. Armee) in deutsche Kriegsgefangenschaft. Die Verluste der Deutschen waren ebenfalls groß. Beide deutsche Armeen verloren in Ostpreußen zusammen um die 94 000 Mann. 80 000 fielen, 14 000 gerieten in Gefangenschaft¹. Hindenburg und Ludendorff ließen die Ergebnisse dieser Winterschlachten massiv propagandistisch ausschlichten und meldeten der Heimat übertrieben große Gefangenenzahlen (110 000 Mann)². Die 10. Armee hatte in Wahrheit vor der Schlacht um Prasnyz insgesamt 126 000 Mann gezählt. Da es den Russen nachweislich geglückt war, aus der Schlacht mehr als 70 000 Mann herauszuführen, sind die Behauptungen des deutschen Oberkommandos im Osten als reine Propaganda einzustufen³.

Auch gegen Österreich-Ungarn wurde im ersten Kriegswinter erbittert gekämpft. Die Südfront der Russen startete eine Großoffensive und eroberte die Pässe über die Karpaten. Den Höhepunkt dieser Offensive markierte die Erstürmung der österreichischen Festung Prschemyschl am 22. März. 9 Generäle, 2 500 Offiziere und 120 000 Soldaten gerieten in russische Gefangenschaft⁴. Den russischen Armeen war die ungarische Ebene weitgehend schutzlos ausgeliefert, denn die Verluste Österreich-Ungarns während der Operation in den Karpaten waren astronomisch hoch. Die Donaumonarchie verlor dort mindestens 400 000 Mann durch Tod und Verwundung und geriet zum zweiten Mal während des Weltkrieges bedenklich ins Schwanken⁵. Daß Österreich-Ungarn am Rande des Zusammenbruches stand, zeigt vor allem das erschreckend rapide Herabsinken der ohnehin nicht besonders großen Kampfmoral seiner Armeen. Nach der Einnahme der Festung Prschemyschl brach die Garnison, vielleicht mit Ausnahme ihrer Generäle, in Freudentaumel aus⁶. Die siegreichen Russen fühlten sich derart sicher, daß sie den Offizieren Prschemyschls die Waffen beließen und ihnen beinahe vollständige Bewegungsfreiheit gestatteten. Die Vergnügungsstätten Prschemyschls waren Augenzeugen bizarrer Fraternalisierungsszenen, anläßlich derer Österreicher und Russen gemeinsam zwanglos über die Operationen diskutierten, welche die Einnahme der Festung zur Folge gehabt hatten⁷.

Das Ergebnis der Winterkämpfe war ungeachtet der Erfolge für Rußland im großen und ganzen sehr unbefriedigend. Die Nordfront war durch die energisch operierenden Deutschen vorübergehend entkräftet. Die Munition war so restlos aufgebraucht, daß die Artilleriegeschütze jetzt durchschnittlich nur noch über ein paar Geschosse pro Kanone verfügten. Auch die Südfront war aufgrund der Operationen in den Karpaten entscheidend geschwächt. Ihre Verluste waren so groß (ca. 300 000 Mann), daß sich die Stawka selbst nach Inbesitznahme der wichtigsten Bergpässe zur Einstellung der Offensive gezwungen sah⁸. Die russische Südfront verfügte am Höhepunkt ihrer Erfolge ebenfalls nur noch über eine Tagesration von ein paar Artilleriegeschossen pro Kanone⁹. Daß Rußland bereits in den Winterschlachten keine militärische Katastrophe erlitt, verdankte es ausschließlich der Opferbereitschaft seiner Soldaten. In der Schlacht um die nordpolnische Stadt Prasnyz brachten sie nicht nur den

¹ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 262.

² Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 1., S. 137.

³ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 259.

⁴ Denikin, A., *Put ruskogo ofizera*, S. 347.

⁵ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 269.

⁶ Washburn, S., *Victory in Defeat*, London 1916, S.8f.

⁷ Vgl. Ebd., Rutherford, W., *The Tsar's War*, S. 121f.

⁸ Buchan, J., *A History of the Great War*, Boston 1922, Bd. 1., S. 526f., Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 256-257.

⁹ Ebd.

deutschen Vormarsch zum Stehen, sondern fügten dem Gegner sogar eine empfindliche Niederlage zu, obwohl das Kommando der Nordfront nicht einmal imstande war, sie mit Munition zu versorgen¹.

Für das deutsche Oberkommando ergab die Überprüfung der Lage nach drei Monaten Krieg trotz ihrer großen Erfolge im Westen wie im Osten düstere Aussichten. Der Schlieffenplan war fehlgeschlagen, es war nicht gelungen, dem so gefürchteten Krieg an zwei Fronten zu entgehen. Die Westfront erstarrte in einem Stellungskrieg, ohne daß das deutsche Heer nennenswerte Vorteile erlangt hätte. Hier war kein schneller Sieg mehr zu erwarten. Der österreichische Hauptverbündete war nach der Überquerung der Karpaten durch die Russen mal wieder bedenklich ins Schwanken geraten. Es war abzusehen, daß die Donaumonarchie einen dritten Schlag nicht aushalten würde. In der Lagebesprechung von Januar 1915 erklärte der bereits abgesetzte Generaloberst von Moltke gegenüber dem Kaiser: „*Unsere gesamte Lage ist jetzt so kritisch, daß nur ein ganzer und voller Erfolg im Osten sie retten kann*“². Diese Meinung Moltkes unterstützten alle deutschen Heeresführer im Osten, sowie eine bedeutende Mehrheit in der OHL und auch der Reichskanzler Bethmann-Hollweg. Die Argumentationsweise der deutschen Militärleitung im Osten hatte einiges für sich: Sie hielten alle die Westfront nicht für geeignet, entscheidende Siege zu erringen³. Die Front im Westen war klein und sehr dicht besetzt. Die Dichte des Eisenbahnnetzes und die wirtschaftliche Übermacht der Engländer und der Franzosen machte es dort unmöglich, Entscheidungen herbeizuführen. Dazu war die Ostfront viel besser geeignet. Der riesige Raum im Osten ermöglichte es, dort selbst nach einem Jahr Krieg konventionelle Operationen auszuführen. Im Westen war man gezwungen, allein gegen die Engländer und die Franzosen zu operieren. Im Osten konnte man gemeinsam mit den Österreichern gegen das wirtschaftlich schwächere und von seinen Alliierten isolierte Rußland vorgehen. Moltkes Nachfolger General Erich Falkenhayn, war aber ein überzeugter Verfechter der aktiven Operationen im Westen. Er argumentierte, daß Deutschland eigentlich über nicht genügend Kraft verfüge, eine Entscheidung im Osten herbeizuführen, solange große Teile seiner Armeen im Westen gebunden seien⁴. Den Österreichern hielt er gerne Schlieffens Aphorismus entgegen, daß die Zukunft der Donaumonarchie nicht in Galizien, sondern „an der Seine“ entschieden würde⁵. Aber nach den Frühjahrsdebakeln der Donaumonarchie bewilligte auch er die Überführung starker Armeeverbände von Westen nach Osten, so daß sich der Schwerpunkt des Krieges nach Osten verschob. Auf dem Höhepunkt der Ostoffensive (August 1915) befanden sich ca. zwei Drittel der deutschen Gefechtsdivisionen (65 von insgesamt 90) und beinahe die gesamte Streitmacht Österreich-Ungarns an der russischen Front⁶. Auch das Hauptquartier verließ die Westfront und siedelte in das 15 km von Krakow entfernte Städtchen Pleß über⁷.

Was die Stawka plante, als die Mittelmächte zunehmend ihre militärischen Einheiten nach Osten verlegten, ist sehr verwunderlich und erklärt teilweise, warum dieser Krieg für Rußland so unglücklich verlief. General Brusilov hatte einmal geschrieben, daß der strategische Aufmarschplan eigentlich die höchste Leistung der russischen Stabsoffiziere der ersten Kriegsperiode darstellte, und daß sie zu beschränkt waren, um etwas Neues vorzuschlagen⁸. Was er damit genau gemeint hatte, wird klar, wenn man den russischen strategischen Plan für das

¹ Ebd.

² Moltke, H. von, *Erinnerungen*, S. 406 und 414.

³ Vgl. Moltke, H. von, *Erinnerungen*, S. 405-406.

⁴ Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 3., S. 55-72.

⁵ Ebd.

⁶ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 381, Rutherford, W., *The Tsar's War*, S. 109.

⁷ Ebd., Falkenhayn, E. von, *Die oberste Heeresleitung 1914-1916 in ihren wichtigsten Entschlüssen*, Berlin 1920, S. 87f.

⁸ Brusilov, A., *Soldiers Notebook*, London 1930, S. 98.

zweite Kriegsjahr unter die Lupe nimmt. Wer diese Dokumente studiert, muß darüber staunen, daß die hohe russische Generalität aus den Erfahrungen des ersten Kriegsjahres so gut wie nichts gelernt hatte. Zuallererst wurde der russische strategische Kriegsplan von demselben General entworfen, der bereits den gescheiterten Kriegsplan für 1914 erstellt hatte: Der Generalquartiermeister der Stawka, J. Danilov¹. Ungeachtet der erschreckend großen Munitionsknappheit bezeichnete er die Lage als „stabil“ und „gefestigt“. Seiner erstaunlichen Erkenntnis gemäß entwickelte er auch seine Vorschläge. Als die Mittelmächte immer mehr Soldaten im Osten zusammenzogen, dachte die russische Stawka nicht im entferntesten daran, defensiv zu bleiben. Danilov schlug vor, Offensiven selbst zu starten, und zwar nach demselben Muster wie 1914. Die Südfront sollte nach Budapest vorstoßen und Österreich-Ungarn zum Kriegsausscheiden zwingen². Die Nordfront sollte mit derselben kombinierten Aktion zweier Armeen die Gegend der Masurischen Seen unter ihre Kontrolle bringen, um dann eine Offensive gegen Berlin via Schlesien starten zu können³. Der Verlust zweier Korps aus der Narevarmee 1914 reichte anscheinend nicht aus, um die russischen Militärbürokraten am Erfolg solcher Aktionen zweifeln zu lassen. Danilovs Entwurf wurde aber von General Russkij unterstützt und als solcher vom Oberkommandierenden Nikolaj Nikolajewič genehmigt⁴. Aber die Winterschlachten in Ostpreußen sowie die Erstürmung der Karpatenpässe machten diese Pläne zu Makulatur, denn die Kriegslage veränderte sich schneller, als die Tinte der strategischen Kriegspläne des russischen Oberkommandos trocknete. Als den russischen Armeen im Frühjahr 1915 die Munition endgültig ausging, besaß die Stawka keinen strategischen Vorgehensplan. Es wurde deshalb beschlossen, alle militärischen Aktivitäten einzustellen und abzuwarten, wie sich die Ereignisse entwickelten. Die russischen Armeen erhielten den Befehl, sich zu verschanzen und das besetzte Territorium solange zu verteidigen, bis die Munitionsknappheit wieder überwunden wäre. Es wurde ihnen ferner ausdrücklich verboten, auch nur einen taktischen Rückzug zu unternehmen. Selbst in den Fällen nicht, in denen die militärische Situation es ausdrücklich verlangte.

Die eigensinnige Handhabung der elementarsten Kriegsregeln endete schließlich mit einer Katastrophe. Bereits im April 1915 waren die Mittelmächte den Russen an der Ostfront an Mannschaftsstärke beträchtlich und an Artilleriegeschützen erdrückend überlegen⁵. Zu Beginn der Frühjahrszeit hatten sie ferner südlich von Krakow (in der Flanke der russischen Südfront) eine aus Eliteeinheiten der Westfront zusammengestellte Armee unter Mackensen und von Seeckt zusammengezogen⁶. Diese neu gebildete 11. Armee sollte den Auftakt der großen Ostoffensive gegen Rußland einleiten. Auf diesem Frontabschnitt war die Überlegenheit der Mittelmächte den Russen gegenüber mehr als erdrückend. In Gorlice stand die 3. Armee der Russen (6 Infanteriedivisionen mit 130 Artilleriegeschützen) den 16 Infanteriedivisionen und 572 Artilleriegeschützen Mackensens gegenüber⁷. Angesichts der russischen „Munitionshungersnot“ liegt es nahe, der Behauptung Glauben zu schenken, daß sie an Feuerkraft den Angreifern gegenüber in einem Verhältnis von 40:1 unterlegen waren⁸. Zum Zeitpunkt des Durchbruchs bei Gorlice waren die Depots der 3. Armee so leer, daß sie nicht einmal in der Lage war, das

¹ Der volle Text der Denkschrift Danilovs vgl. **Danilov, J.**, *Rußland im Weltkriege*, S. 407f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. **Danilov, J.**, *Rußland im Weltkriege*, S. 408f., **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 7., S. 140.

⁶ **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 7., S. 361f.

⁷ Zur Stärke der 11. Armee Mackensens vgl. **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 7., S. 367f. Zur Stärke der 3. Armee der Russen vgl. **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 3., S. 275.

⁸ **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 381f.

Artilleriefeuer zu erwidern. Fast jeder Schuß in die deutsche Richtung galt als ein außerordentliches Ereignis¹. Die Konzentrierung der deutschen Übermacht erfolgte äußerst schnell und wurde lange Zeit selbst vor den verbündeten Österreichern geheimgehalten. Doch war die russische Heeresleitung von den Absichten der Mittelmächte im Raum Gorlice gut unterrichtet. Der englische „Intelligence Service“ erfuhr von den Plänen der deutschen OHL früher als der österreichische Verbündete und teilte den Russen die Stelle des Hauptstoßes mit². Auch der Kommandeur der 3. Armee, der Bulgare Radko-Dmitrijev, bat seine unmittelbaren Vorgesetzten, den Stab der Südfront, um Erlaubnis, einen taktischen Rückzug einzuleiten³. Der Oberkommandierende, Nikolaj Nikolajevič, ignorierte alle Warnungen und bestand ausdrücklich auf seiner Weisung, „keinen Fußbreit des Bodens“ kampfflos abzugeben. Der Kommandeur der Südfront, General Ivanov, gegen dessen Untergebenen sich der Hauptschlag richten sollte, stand seit Monaten ebenfalls unter dem Druck seines Stabes, einen Rückzug einzuleiten. Da aber der Großfürst gewillt war, die Gefahr zu ignorieren, beschloß auch er zu schweigen⁴.

Der deutsche Durchbruch im Raum Gorlice begann am 2. Mai 1915 mit einem alles vernichtenden Artilleriefeuer, das mehrere Tage andauerte. Bereits in den ersten Stunden feuerten die Deutschen mehr als 700 000 Geschosse auf die Stellungen der 3. Armee ab, die Bernhard Pares zufolge buchstäblich „unter Metall begraben“ wurden⁵. Das war die neue technische Erfindung des I. Weltkrieges: Die flächendeckenden Dauerfeuer der schweren Artillerie. Im Jahr darauf sollte diese Erfindung auch im Westen (in den Schlachten von Verdun und an der Somme) wiederholt angewandt werden und bis zum Ende des Krieges dort taktisch das Bild der Kämpfe prägen⁶. Um zu verstehen, welchen Leiden die Soldaten aller Kriegsteilnehmerstaaten während des Stellungskrieges ausgesetzt waren, ist es wichtig, dieses Verfahren in Kürze zu schildern. Ein Augenzeuge der Kämpfe in Gorlice verglich diese neue Methode der Kriegführung mit dem Angriff eines Drachen. „Die angreifende Armee nähert sich wie ein riesiger Drache den feindlichen Schützengräben. Die vorderste Stellung beziehen die Infanteristen. Sie verschanzen sich so, daß die feindlichen leichten Artilleriegeschütze sie nicht erreichen können. Dann zieht der Drache auch seinen Schwanz - die schwere Artillerie, vor. Sie nimmt hinten Stellung, wo sie von den kleineren Geschützen der Verteidiger nicht zu erreichen ist. Sie überschüttet dann die Schützengräben der Verteidiger mit einem Schwall von Geschossen. Das Bombardement dauert solange an, bis die Verteidiger samt ihren Schützengräben ausgelöscht sind. Dann zieht der Drache seine Füße vor und läßt die eigene Infanterie die Reste der Schützengräben stürmen. In dieser Zeit richtet die Schwerartillerie ihr Feuer auf die hinteren Regionen der Schützengräben und auf die Artillerie der Verteidiger. Ihre Infanterie hält sich in Bereitschaft, alle möglichen Gegenangriffe mit MG-Feuer zu ersticken. Wenn die erste Verteidigungslinie fällt, zieht der Drache seinen Schwanz, die schwere Artillerie, wieder vor und beginnt mit dem Beschuß der nächsten Verteidigungslinie. Die Verteidiger sind machtlos und müssen zusehen, wie die Angreifer immer wieder diese Operation wiederholen“⁷. Um die Wirkung auf die russischen Frontsoldaten besser zu vergegenwärtigen, muß

¹ Denikin, A., *Put ruskogo ofizera*, S. 348f.

² Telegramm von Lord Kitchener vom 28. März 1915, Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 274f.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Zitiert aus Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 382f. Vgl. François, H., von, *Gorlice. Der Karpatendurchbruch und die Befreiung von Galizien*, Leipzig 1922.

⁶ Ebd.

⁷ Golovin, N., *The Russian Army in the World War*, S. 221f.

erwähnt werden, daß bei der 40 Kilometer breiten Durchbruchsstelle 160 Schwerartilleriegeschütze der Deutschen gegen 4 russische aufgeföhren waren¹.

Noch nie in diesem Krieg war Rußland so nah am Rande der Kapitulation, wie während des Durchbruchs Mackensens bei Gorlice. Die gesamte Südfront befand sich zum Zeitpunkt des Durchbruchs noch im Karpatengebirge und konnte vom Rückzug abgeschnitten werden. Daß das doch nicht eintrat, verdankten die Militärbürokraten der Stawka ausschließlich der Zähigkeit der Soldaten der Südfront. Die Reste der 3. Armee band Mackensens Armee solange, bis die anderen Armeen der Südfront sich aus den Karpaten zurückgezogen hatten und so der Umklammerung entgingen. Das kostete allerdings die 3. Armee ihre Existenz. Von ihren 150 000 Soldaten blieben am Ende der Operation nur ein paar tausend übrig. Die Südwestfront mußte ihren Rückzug aus dem Gebirge antreten, als die Front bei Gorlice bereits durchbrochen war. Dieser Rückzug vollzog sich ebenfalls unter großen Verlusten und kostete die Russen mindestens 200 000 Tote und 140 000 Gefangene. Insgesamt verloren sie während des Durchbruchs von Gorlice und aufgrund seiner Folgen ca. 410 000 Mann an Tod, Verwundung und Gefangenschaft². Alle Gebietsgewinne in Galizien, für deren Erwerb Rußland ein Jahr lang gekämpft hatte, mußten Hals über Kopf evakuiert werden, darunter Prschemyschl und Lemberg. Die Katastrophe in Gorlice hatte für Rußland nicht nur verheerende taktische Folgen, sondern hinterließ auch tiefe Spuren in der Psyche der Teilnehmer. Die einfachen Soldaten kämpften noch zäh und verbissen. Laut einem österreichischen General wäre ohne den hohen Kampfeinsatz der Soldaten der russischen Südfront der strapaziöse Rückzug aus den Karpaten gar nicht zustande gekommen³. Die Offiziere fühlten sich jedoch mehr und mehr von ihrer Führung im Stich gelassen. Dieser Umstand kann nicht genug hervorgehoben werden, denn gerade die Offiziere der Südfront stellten 1917 das Gerüst der russischen Führungskräfte dar, von dem am Vorabend der Revolution das Schicksal der Monarchie in Rußland im wesentlichen abhing. „*Das ist kein Krieg mehr, das ist Massaker*“, vernahm der Engländer Pares an der Südfront von den Auswirkungen der flächendeckenden Artilleriebeschüsse von einem russischen Offizier⁴. Ein General schrieb dem Kriegsminister einen Brief, in dem u.a. steht: „*Die Deutschen setzten lediglich ihr Metall ein, wir hingegen unser Leben und sind dazu im Rückzug begriffen*“⁵. Einer der späteren Anführer der „Weißen“ im russischen Bürgerkrieg, General Denikin, erinnerte sich bezüglich des Rückzugs der Südfront an folgendes: „*Das Jahr 1915 wird immer unauslöschlich in meiner Erinnerung bleiben. Überall schwere blutige Kämpfe. Wir hatten weder Patronen noch Geschosse. Elf Tage blieb meine Division an der vordersten Front. Elf Tage des schrecklichen Feuers der schweren Artillerie des Gegners. Unsere Schützengräben wurden buchstäblich mit den dort befindlichen Soldaten hinweggefegt. Unsere Batterien schwiegen. Wir konnten ihnen nicht antworten, es gab keine Geschosse. Selbst Patronen für die Infanteriegewehre waren knapp. Unmenschlich übermüdet wehrten wir uns mit den letzten Resten unserer Kraft gegen die Infanterieangriffe des Gegners. Meistens mit vereinzelt Schüssen oder mit bloßen Bajonetten. Ich sah wie die Reihen meiner Soldaten sich lichteteten und fühlte vollkommene Verzweiflung. Ich fühlte mich im Stich gelassen, denn fast alle meine Leute, die gefallen waren, waren aus der Entfernung vernichtet worden. Und als nach drei Tagen des Schweigens endlich meine Artillerie 50 Geschosse erhielt, ich betone: 50 Geschosse, haben wir*

¹ Ebd., sowie **Dobrorolskij, S.**, *Strategičeskije plany*, S. 99.

² Ebd., **Lane, J. (Hrsg.)**, *Letters of the Tsar to the Tsaritsa, 1914-1917*, New York 1929, S. 57.

³ **Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, Wien-Leipzig 1932, S. 21f.

⁴ **Pares, B.**, *The Fall of the russian Monarchy*, S. 252

⁵ **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 275.

*telephonisch diese Nachricht an alle Einheiten meiner Division übermittelt*¹. Nur wenn der Rückzug von 1915 unter diesem Blickwinkel geschildert wird, wird verständlich, weshalb sich das Offizierskorps der russischen Armee in den entscheidenden Tagen der Februarrevolution zwiespältig verhielt, und weshalb der spätere Anführer der Konterrevolution, General Kornilov (der übrigens während des Durchbruchs bei Gorlice in Gefangenschaft geriet), den Zaren auf Verfügung der Provisorischen Regierung im Februar 1917 persönlich verhaftete.

Nach der Katastrophe von Gorlice waren auch die Tage der russischen Herrschaft über Polen gezählt. In Polen befanden sich im Sommer 1915 sechs russische Armeen. Von Norden nach Süden mit den Nummern 12, 1, 2, 4, 3 und 13 versehen, bildeten sie eine Streitmacht von 69,5 Infanteriedivisionen². Die Mittelmächte hatten dort nach dem Abschluß ihrer Konzentration 80,5 Infanteriedivisionen plazierte³. Die zahlenmäßige Überlegenheit der Mittelmächte war hiermit mit ca. einem Drittel zu beziffern (deutsche Infanteriedivisionen waren zahlenmäßig größer), die Überlegenheit in der Artillerie war infolge der Munitionsknappheit der Russen geradezu erdrückend⁴. Die Lage der Russen in Polen war aussichtslos: Sie waren nicht nur bedeutend schwächer, sondern operierten auch in einem Territorium, das gleich von drei Seiten angegriffen werden konnte. Im großen und ganzen war die Lage der Russen im „polnischen Sack“ der Lage der berühmten 6. Armee während der Schlacht um Stalingrad im II. Weltkrieg sehr ähnlich. Obwohl sie sich der akuten Einkesselungsgefahr durchaus bewußt waren, zögerten Nikolaj Nikolajewitsch und sein Stab mit dem Rückzugsbefehl. Unter strategischen Gesichtspunkten bestand keine andere Möglichkeit, als ganz Polen zu evakuieren. Politisch war das allerdings ein höchst unangenehmes Unterfangen, wenn man an die Auswirkung dachte, die das auf die öffentliche Meinung in Rußland haben mußte. Es wurde deshalb vom Oberkommandierenden verboten, den Rückzug anzutreten und befohlen, Polen mit aller Macht zu verteidigen. Ein Unterfangen, das viele russische Generäle des Weltkrieges nachher als unnötiges Abschlagen ihrer Soldaten bezeichneten⁵. Bei der Herausgabe des Befehls protestierte freilich, wie schon in Gorlice, niemand und so nahmen die Ereignisse ihren Lauf.

Die Mittelmächte verfolgten seit der geglückten Offensive in Gorlice an ihrer Ostfront hochfliegende Pläne nämlich in einer riesigen Zangenbewegung von Norden und Süden her die in Polen stehenden Armeen vom Rückzug ins Landesinnere abzuschneiden. Der militärischen sollte dann eine diplomatische Offensive folgen und Rußland zu einem annehmbaren Separatfrieden zwingen. Die militärische Offensive war nach allen Regeln der Kriegsführung erdacht. Das Gelingen des deutschen Feldzugsplanes von 1915 hätte zweifellos den russischen Zaren schachmatt gestellt und ihn fast seiner ganzen Streitmacht beraubt. Alle Voraussetzungen dafür waren gegeben. Als sich die Truppenführer der Mittelmächte zu ihrer letzten Beratung am 2. Juli 1915 in Posen trafen, waren alle Fristen für die Russen für einen freiwilligen Rückzug aus Polen bereits verstrichen⁶. Die Konzentration der Mittelmächte war hingegen abgeschlossen. Unerwarteterweise kamen gerade deutsche Feldherren, allen voran der Stabschef im Osten, Ludendorff, den Russen ungewollt zur Hilfe. Der von der OHL entworfene und von Falkenhayn unterstützte Feldzugsplan war für die Russen tödlich. Die Heeresgruppe Mackensen sollte vom Süden

¹ Denikin, A., *Put russkogo ofizera*, S. 352f.

² Kersnovskij, A., *Istorija russkoj armiji*, Bd. 3., S. 288f.

³ Ebd.

⁴ Die Munitionsknappheit war zu diesem Zeitpunkt so fortgeschritten, daß die Artilleriegeschütze im Hinterland gelassen wurden, vgl. Manikovskij, A., *Obespečenije russkoj armiji bojevyymi pripasami v vojnu 1914-1917 g.g.*, 3 Bde., Moskau 1920-1923, Bd. 2., S. 81f.

⁵ Golovin, N., *The Russian Army in the World War*, S. 222f.

⁶ Ausführlich über die Konferenz in Posen vgl. Reichsarchiv (Hrsg.), *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 8., S. 264-277, Falkenhayn, E., von, *Die oberste Heeresleitung*, S. 116f.

her die Russen in die nordöstliche Richtung drängen, worauf die deutsche 12. Armee (Gallwitz) südöstlich von Pommern losschlagen würde. Wenn beide Heeresgruppen östlich von Warschau (in Sjedletz) aufeinandertrafen, hätten sie bis zu vier russische Armeen abgeschnitten¹. Dieses Vorhaben Falkenhayns war durchaus realistisch. Russische Militärgeschichtler vertreten immer wieder die Meinung, daß in diesem Fall das „Sedan“ der Deutschen sehr gute Erfolgschancen gehabt hätte.

Es ist schwer zu sagen, ob die deutsche Gründlichkeit oder Ludendorffs persönliche Überheblichkeit nach Tannenberg daran schuld waren, aber der Stab des deutschen Ostheeres beharrte auf seiner eigenen Vorgehensweise. Dieser Plan war mit dem Plan Falkenhayns und der OHL in den Grundgedanken identisch: Man wollte ebenfalls die Russen vom Süden und vom Norden her angreifen und ihren Rückzug aus Polen unterbinden². Ludendorff faßte aber eine für den weiteren Verlauf der Operationen entscheidende Änderung ins Auge. Er schlug nämlich vor, nicht - wie ursprünglich vorgesehen - von Pommern auf Sjedletz, sondern von Ostpreußen auf Litauen (mit Endziel Weißrußland) zu schlagen und dadurch beinahe alle Armeen der russischen Nordfront abzuschneiden³. Wegen dieser Frage erhob sich zwischen der OHL im Westen und dem Stab von Hindenburg im Osten ein erbitterter Kampf. Der Kaiser schwankte. Einerseits war der Plan Falkenhayns vernünftiger, andererseits konnte man die Befreier Ostpreußens, Hindenburg und Ludendorff, nicht ignorieren⁴. Zum Glück für die Russen fehlte es Falkenhayn schließlich an Autorität, seinen Feldzugsplan Hindenburg aufzuzwingen. Schließlich einigte man sich auf einen faulen Kompromiß, der den Deutschen den Endsieg im Sommer 1915 kostete. Der Vorstoß aus Ostpreußen sollte, wie von Falkenhayn vorgeschlagen, gegen die Kommunikationen der vier russischen Armeen in Polen erfolgen. Aber auch der von Ludendorff vorgeschlagene Strich gegen zwei weitere Armeen in Litauen sollte durchgeführt werden⁵. Damit begingen die Deutschen einen entscheidenden Fehler. Anstatt den Russen im Norden nur einen, dafür aber tödlichen Stoß zu versetzen, griff man sie an zwei Stellen an und schwächte dadurch die Wucht des Angriffes⁶.

Ein weiterer Glücksfall für die Russen im „polnischen Sack“ war auch die Erkrankung des Kommandeurs der Nordfront General Russkij und im Frühjahr 1915 seine Ersetzung durch General M. Aleksejev⁷. Da Aleksejev eine so entscheidende Rolle in der russischen Kriegführung spielte, ist es interessant, seine Person näher zu schildern. Der spätere Begründer der Freiwilligenarmee im russischen Bürgerkrieg stammte aus armen Verhältnissen. Sein Vater war ein leibeigener Bauer, der seine Freilassung noch vor der Abschaffung der Leibeigenschaft als Teilnehmer des Krimkrieges erlangte. Da die Familie Aleksejews in Armut lebte, hatte der wichtigste Kommandeur der russischen Streitmacht der zweiten Weltkriegshälfte seine Karriere ausschließlich seiner eigenen Tüchtigkeit zu verdanken. Früh verließ er die Schule, ging zur militärischen Bildungsstätte des niedersten Ranges (Kadettenschule) und begann seine militärische Laufbahn als Unteroffizier. Aleksejev nahm am russisch-türkischen Krieg von 1877 teil, wurde befördert und beendete in den folgenden Jahren die Akademie des Generalstabes als bester. In der Armee war Aleksejev schon 1915 bereits eine sehr bekannte Größe und galt als

¹ Ebd.

² Ausführlich dazu vgl. **Hindenburg, P., von**, *Aus meinem Leben*, S. 127f., **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 114f. und insbesondere **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, S. 231f.

³ Ebd.

⁴ **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 3., S. 55-72.

⁵ Ludendorff wartete gar nicht auf die Erlaubnis des Kaisers, sondern begann auf eigene Faust, Truppen in Ostpreußen zu konzentrieren, vgl. **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 8., S. 277-282.

⁶ **Heerwesen (Hrsg.)**, *Österreich - Ungarns letzter Krieg*, Bd. 3., S. 163f.

⁷ Zu Aleksejev vgl. **Vestnik Archiva presidenta Rossijskoj Federaziji**, Moskau 1997, Nr. 2., S. 3f.

fähigster Stabsoffizier Rußlands. Mit der Erfahrung des russisch-japanischen Krieges bekleidete er seit 1914 erfolgreich die Stellung des Stabschefs der Südfront und war als solcher in alle größere Siege der Russen über die Österreicher unmittelbar beteiligt. Ganz untypisch für einen russischen General der ersten Weltkriegsperiode war Aleksejev nicht nur ein talentierter Truppenführer, sondern auch gleichzeitig ein sehr harter Arbeiter. Seine Mitarbeiter berichten übereinstimmend, daß Aleksejev jeden Tag außerordentliche Mengen an verschiedenen Aufgaben bewältigte¹. Seine Arbeitsamkeit ging so weit, daß Aleksejev zumeist nicht nur seine eigene Arbeit erledigte, sondern auch die vieler seiner Vorgesetzten und Untergebenen. Dabei zeichnete er sich wie kein anderer unter den russischen Truppenführern durch Bescheidenheit und Integrität aus, was ihn insbesondere unter seinen Untergebenen sehr beliebt machte. Allerdings besaß Aleksejev auch Eigenschaften, die seinem Land trotz aller seiner Verdienste im Weltkrieg während der Revolution teuer zu stehen kamen. Zuallererst war er sehr penibel und versuchte buchstäblich alles zu kontrollieren. Einer seiner Mitstreiter hielt in seinen Erinnerungen später fest, daß die Kleinlichkeit Aleksejews soweit ging, daß er oft nach Dienstende im Hauptquartier blieb, um seine Freizeit mit dem Anfärben der Operationskarten zu verbringen². In dieser Hinsicht übertraf er sogar Ludendorff, von dem bekannt ist, daß dieser in seiner Jugend nicht mit seinen Altersgenossen spielen wollte, da diese „*seine Hosen schmutzig machen konnten*“³. Die übertriebene Liebe zum Detail hatte bei Aleksejev zur Folge, daß er permanent mit Nebensächlichkeiten überlastet war und dadurch weniger Zeit fürs Wesentliche aufbringen konnte. Als er während dieser so schwierigen Phase der russischen Geschichte an das Ruder der Streitkräfte trat, war er bereits gesundheitlich stark angeschlagen. Er verbrachte den Vorabend der Februarrevolution mehr auf Kur als auf seinem Posten. Außerdem besaß Aleksejev überhaupt kein Durchsetzungsvermögen. Beim ersten „Streit“ gab er gewöhnlich auf und beschränkte sich lediglich darauf, „Bitten“ und „Hinweise“ zu kabeln. Selbst als faktischer Oberkommandierender der russischen Streitmacht nach der Absetzung von Großfürst Nikolaj Nikolajewiĉ, führte Aleksejev Armeen seit 1916 dadurch, daß er Frontkommandeure „bat“ und ihnen nie etwas befahl⁴. An der Front konnte er diese Schwäche durch außerordentliche fachliche Kenntnisse zwar weitgehend ausgleichen, jedoch war er im Hinblick auf die russische Revolution wohl ein wenig geeigneter Mann, etwas zu fordern, geschweige denn Initiativen zu ergreifen. Auch seine äußere Erscheinung (die in psychologischer Hinsicht für einen Kommandeur sehr wichtig ist) war dazu denkbar ungeeignet. Obwohl ein sehr talentierter Fachmann, war Aleksejev ein typischer Stäbler und besaß überhaupt keine persönliche Ausstrahlung. Kleinwüchsig mit Sehdefekt (er schielte) war er auch rein äußerlich für einfache Leute weit weniger anziehend als etwa Hindenburg in Deutschland, der zu dieser Zeit bereits zu einer Identifikationsfigur aufgestiegen war.

Trotz aller seiner Schwächen leistete General Aleksejev der russischen Armee im Sommer 1915 große Dienste. Die damalige Rettung der Armeen war im wesentlichen sein Werk: Aleksejev übergab den Befehl seines Oberkommandierenden *„keinen Schritt zurückzuweichen“* dadurch, daß er stillschweigend den Rückzug auch ohne Genehmigung vorbereitete, der allerdings aufgrund der Sturheit der Stawka unter feindlichem Feuer erfolgen mußte. Aleksejev war sozusagen ein General mit Augenmaß und gutem strategischen Sinn, verfügte aber wie erwähnt über keinerlei Durchsetzungsvermögen. In dieser Hinsicht war er ein ganz anderer Charaktertypus als

¹ Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 33-35.

² Ebd.

³ Zum Ludendorffs Privatleben, vgl. Ludendorff, E., *Mein militärischer Werdegang*, München 1937, S. 12f.

⁴ Brusilov, S., *Moji vospominanija*, S. 180f.

Ludendorff, der über viel Durchsetzungsvermögen verfügte, aber kein Augenmaß besaß. Da Augenmaß mit Abstand die wichtigste Eigenschaft eines Truppenführers ist, sind deshalb die fachlichen Leistungen Aleksejevs im Sommer 1915 weit höher einzuschätzen, als die seines deutschen „Kollegen“.

Der deutsche Umfassungsangriff begann Mitte Juni auf der südlichen Flanke der „polnischen Falle“. Die Heeresgruppe Mackensen richtete dort ihren Schlag gegen Lublin, den ersten Punkt auf dem Weg nach Zentralpolen. Zwischen Weichsel und Bug griffen die 40 Infanteriedivisionen Mackensens mit mächtigen Artillerie und unbegrenzten Munitionsreserven 31 russische Infanteriedivisionen an, die ebenfalls mit beachtlicher Artillerie ausgestattet waren, denen aber die Geschosse fehlten. Mackensens Heeresgruppe überschüttete die Positionen der Russen wie bei dem Durchbruch von Gorlice flächendeckend mit Artilleriefeuer. In wenigen Stunden ließ man auf die Russen Mengen von Artilleriegeschossen niedergehen, welche die Jahresproduktion der russischen Rüstungsfabriken der Vorkriegszeit übertrafen¹. Die russische Front wurde stark mitgenommen und Mackensen begann den Gegner gegen Norden zu drücken. Allerdings blieben die Erfolge Mackensens im Süden weit hinter den Erwartungen der OHL zurück. Schuld daran waren mal wieder russische Bauernsoldaten, die trotz schlechter Führung und chronischem Munitionsmangel erbitterten Widerstand leisteten. Die Zähigkeit der Kämpfe in Südpolen läßt sich an der Tatsache ablesen, daß in den ersten 7 Tagen des Angriffes die Heeresgruppe Mackensen nur ca. 15 Kilometer vorzudringen vermochte². Mit einem solchen Tempo war freilich die Umfassung nicht zu bewältigen.

Ähnlich erging es auch der Narevfront, wo die verstärkte 12. Armee unter dem Kommando von General Gallwitz am 30. Juni (12. Juli) von Pommern aus ihre Offensive in Richtung Mackensens Truppen begann³. Zu Beginn der Offensive eröffnete die 12. Armee das Feuer aus ihren 1 400 Artilleriegeschützen und ließ auf die Positionen der Russen 2 Millionen Geschosse niederfallen⁴. Die Russen schossen an demselben Tag 50 000 Artilleriegeschosse zurück⁵. Damit setzte auch im Norden Polens eine Zangenbewegung ein, die, wäre sie erfolgreich gewesen, die russische 1., 2. und 4. Armee eingeschlossen hätte. Aber auch im Norden machten russische Soldaten einen Strich durch die Rechnung der deutschen Generäle. In der Durchbruchsstelle bei Prasnyz haben zwei russische Infanteriedivisionen 8,5 Infanteriedivisionen der Deutschen bis zum 4. Juli aufgehalten. Somit war auch an der Nordflanke entscheidende Zeit gewonnen worden, die allerdings von den Russen mit sehr großen Opfern erkaufte wurde. Die Verluste der Deutschen (199 Offiziere und 8 872 Soldaten) standen in keinem Verhältnis zu den Verlusten der Russen (391 Offiziere und 39 464 Soldaten)⁶. Diese fünf Tage retteten im Prinzip dann auch die russischen Armeen in Polen vor der Vernichtung. Als die Deutschen endlich vorstoßen konnten, fanden sie die russische Armeen bereits im Osten vor sich. Man konnte jetzt die zurückweichenden Russen nur noch verfolgen.

¹ Ausführlich über die Operation **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 8., S.139-235, **Österreichisches Bundesministerium für Heerwesen (Hrsg.)**, *Österreich - Ungarns letzter Krieg*, Bd. 3., S. 163f.

² Ebd., **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 291f.

³ **Gallwitz, M., von**, *Meine Führertätigkeit im Weltkriege 1914-1916*, Berlin 1929, S. 269f, **Meyer, G.**, *Der Durchbruch am Narev (Juli - August 1915)*, Oldenburg 1919, S. 33f.

⁴ **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 294f.

⁵ Ebd.

⁶ **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 295f. Auch deutsche Quellen beklagten große Eigenverluste (20 000 Mann) und kleine Erfolge, vgl. **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 8., S. 299.

Der Oberbefehlshaber der russischen Armee, Großfürst Nikolaj Nikolajewič, genehmigte Aleksejev erst am 9./22. Juli die Evakuierung Polens, also erst nach dem Beginn der deutschen Umfassungsoperationen¹. Er und sein Stab waren hauptsächlich dafür verantwortlich, daß der Rückzug unter schweren Kämpfen verlief und die russische Streitmacht während der Sommermonate 1915 permanent am Rande der Katastrophe operieren mußte. Die Festung Polen, deren Bau so große Summen im Vorkriegsrußland verschlungen hatte, mußte Hals über Kopf evakuiert werden. Großfürst Nikolaj Nikolajewič war von der Katastrophe erdrückt und brach innerlich zusammen. Er mischte sich zum Glück für die Russen in die folgenden Ereignisse kaum noch ein. Die ganze Organisation des Rückzuges wurde General Aleksejev überlassen. Er dauerte den ganzen Sommer über und verlief für die Russen im großen und ganzen erfolgreich. Anders als 1941 gelang es im Sommer 1915, einen deutschen Durchbruch im großen Stil zu verhindern, und die Hauptmasse der Armeen der Nordfront trotz zahlreicher Krisen aus der drohenden Umklammerung ins Innere des Zarenreiches zurückzuziehen².

Da aber der russische Oberkommandierende geistig ausgeschaltet und der Kommandeur der Nordfront mit der Bewältigung seiner direkten Aufgaben an der Front beschäftigt war, fühlte sich niemand für die planmäßige Evakuierung zuständig. Hinter den Linien der sich zurückziehenden Armeen herrschte vollkommenes Chaos. Die Bahn war hoffnungslos überlastet, die Verbindungsstraßen verstopft. Das ganze überforderte Verkehrssystem drohte jeden Augenblick zusammenzubrechen. Selbst die Heranführung der Munition an die ausblutende Front gelang nur mit äußerster Mühe. Dies machte auf die Frontsoldaten einen sehr demoralisierenden Eindruck³. Der wichtigste militärische Stützpunkt der Russen in Polen war die bei Warschau gelegene Festung Nowogeorgijewsk. Die Riesenfestung hatte eine Garnison von 100 000 Mann und viel Kriegstechnik. Sie diente auch als eines der wichtigsten Lager für Munition der Fronttruppen. Anstatt aber die Evakuierung der Festung Nowogeorgijewsk zu organisieren, begann man mit der Evakuierung Warschaus⁴. Dieses letzte traurige Kapitel der russischen Herrschaft über Polen fand eine fast schon lustige Fortsetzung, für die preußische Generäle sorgten. Ende Juli besetzten die Einheiten der 9. Armee unter der Leitung eines katholischen bayerischen Fürsten das von den Russen zurückgelassene Warschau. Der Einmarsch erfolgte unter den Klängen der polnischen Nationalhymne „*Noch ist Polen nicht gestorben*“ und sollte den Auftakt für den Plan der OHL bilden, die polnische Bevölkerung zu verleiten, in die Armeen der Mittelmächte einzutreten⁵.

Aber es mußte für die zurückflutenden Russen noch schlimmer kommen. Als die deutsche Heeresleitung merkte, daß sich Aleksejev der ihm von Falkenhayn zugedachten Falle immer mehr entzog, ließ man auch in Ostpreußen große Kontingente aufmarschieren, die nach Litauen und Weißrußland einbrachen, um den Armeen der Nordfront doch noch den Rückzug ins Landesinnere zu versperren. Allerdings erfolgte der Rückgriff auf den ursprünglichen Feldzugsplan Ludendorffs bereits zu spät. Man stieß zwar weit nach Osten vor und eroberte ganz Polen, Litauen, sowie Teile Lettlands und Weißrußlands. Man errang großartige Siege, wie z.B. die blitzartige Erstürmung von Nowogeorgijewsk, als die russische Besatzung nach ein paar Schüssen aus deutschen Kanonen kapitulierte und 100 000 Besatzungsmitglieder in Gefangenschaft gerieten⁶. Den Rückzug der Armeen der

¹ Ebd.

² Ebd., **Korolkov, G.**, *Nepolučivšijesja Kanny*, Moskau 1926.

³ **Vojejkov, V.**, *Vospominanija*, S. 159f.

⁴ Ebd.

⁵ **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 3., S. 298f.

⁶ **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 1., S. 240f.

Nordfront ins Landesinnere konnte man jedoch nicht verhindern und mußte im September die Offensive im Osten aufgrund der Erschöpfung der eigenen Truppen einstellen.

Der militärische Plan der OHL, Rußland durch eine Großoffensive im Osten seiner Streitmacht zu berauben und zu einem Separatfrieden zu zwingen, war gescheitert. Die riesige Entfernung zum Zarenreich und die einsetzende berüchtigte russische Weglosigkeit, entzogen der Offensive die Versorgung. Der Widerstand der schlecht gerüsteten, aber tapfer kämpfenden russischen Armeen nahm ihr die Kraft. Hätte sich die OHL vor der Offensive auf Falkenhayns Plan geeinigt und ihre gesamte Kraft in Narev angewandt, hätte ihre Offensive im Osten womöglich tatsächlich die Vernichtung einiger Armeen der Russen zur Folge gehabt. Ludendorff und Hindenburg erleichterten unabsichtlich Aleksejev den Rückzug. Indem sie ihre Umfassungsoperation auch durch Litauen ausführen ließen, verloren sie jegliches Maß für die tatsächlichen Möglichkeiten ihrer eigenen Truppen. Die früheren Kommandeure der Nordfront, Žilinskij und Russkij, hatten dazu verleitet, die Qualitäten der Russen zu unterschätzen, aber in der Person Aleksejews trat ein Gegner ganz anderen Kalibers auf. Das Scheitern der militärischen Offensive der Mittelmächte im Osten wurde auch vom Scheitern ihrer diplomatischen Offensive begleitet. Letztere wurde von den Mittelmächten gleich an zwei Fronten geführt. Die Österreicher überredeten eine in Niederösterreich lebende Verwandte des Zaren, die Gräfin Vasilčikova, Briefe an die russische Kaiserin zu übergeben, welche die Verhandlungsbereitschaft der Mittelmächte signalisierten¹. Auch Berlin besann sich auf die früheren engen dynastischen Verbindungen und ließ den Bruder der Zarin, den Großherzog von Hessen-Darmstadt, einen Brief schreiben². Selbst Philipp Eulenburg wandte sich schriftlich an den Hofmeister des Zaren, Graf Frederiks³. Man ließ Petersburg erkennen, daß man bereit sei, vorteilhafte Friedensbedingungen anzubieten. Alles war vergeblich. Nikolaj II. drohte der Vasilčikova mit Repressalien und untersagte ihr die Rückkehr nach Österreich⁴. Die Briefe aus Deutschland wurden Ministern vorgezeigt und nicht erwidert⁵. Der Zar ging noch weiter: In einer Audienz versicherte er den Botschaftern Frankreichs und Großbritanniens, daß man in Rußland nicht nur keinen Separatfrieden zu schließen gedenke, sondern auch bereit sei, nach dem Krieg den Wunsch Frankreichs nach einer Zerstückelung Deutschlands zu unterstützen⁶.

Es spricht vieles dafür, daß die deutsche Ostoffensive vom Sommer 1915 trotz zahlreicher glänzender militärischer Siege strategisch verfehlt war und zur Niederlage 1918 führte⁷. Diese Offensive hatte ja ein doppeltes Ziel verfolgt: Die russischen Armeen in Polen zu vernichten und Rußland zum Friedensschluß zu zwingen⁸. Weder das eine noch das andere wurde erreicht. Den Russen gelang es trotz großer Verluste, ihre Armeen aus Polen zurückzuziehen, auch strebten sie keinen Frieden an. Die OHL mußte deshalb in der Beurteilung der Ergebnisse des Ostfeldzuges zu dem Schluß kommen, daß Rußland wegen seiner Bereitschaft, endlos Menschenleben und Territorium zu opfern, nicht endgültig besiegt werden könne⁹. Dazu verschafften die Offensiven an der Ostfront den Westalliierten die nötige Atempause, um ihre Volkswirtschaften auf den

¹ Der volle Text des Briefes in: **Semjonnikov, V.**, *Politika Roanovyč nakanune revoliuziji*, Moskau 19126, S.12f.

² *Pisma imperatryz Aleksandry Fjodorovny k Imperatoru Nikolaju II*, 2 Bde., Berlin 1922, Bd. 1., S.451-452.

³ Der volle Text des Briefes in: **Golder, F. (Hrsg.)**, *Documents of russian History*, S. 50.

⁴ **Rodzjanko, M.**, *The Reign of Rasputin*, London 1927, S. 169.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Ebd., **Buchanan, G.**, *My Mission to Russia*, Bd. 1., S. 151f., **Paléologue, M.**, *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S. 293f. und 184-194.

⁷ **Kerenskij, A.**, *Die Kerenski Memoiren. Rußland und der Wendepunkt der Geschichte*, S. 159-161.

⁸ **Falkenhayn, E. von**, *Die oberste Heeresleitung*, S. 66f. und 88f.

⁹ **Šljapnikov, A. G. (Hrsg.)**, *Kto dolžnik*, Moskau 1926, S. 125f., **Falkenhayn, E. von**, *Die oberste Heeresleitung*, S. 135.

Erschöpfungskrieg vorzubereiten. Als die Deutschen ihre Offensivkraft im nächsten Jahr nach Westen wandten, fanden sie ihre Gegner gut vorbereitet. Die Briten schufen in dieser Zeit ihr Massenheer (die sog. Kitchenerarmee), und rüsteten ihre Front gemeinsam mit den Franzosen mit einer Artillerie auf, die um ein Vielfaches die deutsche übertraf. *„Trotz aller brillanten Erfolge auf dem Schlachtfeld muß der deutsche Ostfeldzug von 1915 somit letztlich als eine strategische Niederlage gewertet werden, weil er sein militärisches Ziel verfehlte und weil dabei wertvolle Zeit vergeudet wurde. Das Debakel von 1915 war möglicherweise Rußlands größter, wiewgleich unfreiwilliger Beitrag zum Sieg der Ententemächte“*¹.

Zivilisten denken nur selten strategisch. Den strategischen Sieg der Entente 1915 betrachtete die Bevölkerung Rußlands als verheerende Niederlage. Die Großoffensive der Mittelmächte traf die öffentliche Meinung denkbar unvorbereitet. Die Zeitungen des Zarenreiches brachten unablässig Katastrophenmeldungen. Engpässe bei der Versorgung der Front waren im Winter 1914 ein Staatsgeheimnis und vom Desaster der Munitionsknappheit erfuhr die Öffentlichkeit erst, als es bereits zu spät war. Seit der Eröffnung der deutschen Großoffensive befand sich das Land in einem Zustand wachsender Empörung. Die Gesellschaft war von den Frontereignissen im Sommer 1915 geschockt, denn es war zweifellos die größte militärische Niederlage, welche die russischen Truppen in ihrer jüngsten Militärgeschichte erlitten hatten. Im Mai, als die russischen Fronttruppen erbittert darum kämpften, die Deutschen nach ihrem Durchbruch bei Gorlice zurückzuschlagen, veranstaltete der wütende Mob auf den Straßen Moskaus ein Pogrom, bei dem Ladengeschäfte und Häuser mit deutschen Firmenschildern verwüstet wurden. Das Pogrom brach aus, als kleine Gruppen von „Patrioten“ begannen, verschiedene Betriebe nach deutschen Spionen zu durchsuchen. Während dieser Unruhen wurden 113 Ausländer und 489 Russen mit ausländisch klingenden Namen (darunter 90 Personen mit russischen Nachnamen) zum Teil schwer verletzt². In nur drei Tagen verursachte das „entrüstete Volk“ einen Schaden, der sich Polizeiberichten zufolge auf ca. 40 Millionen Goldrubel belief³. Als die Polizei endlich begriff, daß das Pogrom vor allem die eigenen Produktionsbetriebe zerstörte und das Feuer eröffnete, wandte sich die Stimmung gegen die eigene Regierung, was wiederum zu blutigen Zusammenstößen führte⁴.

Die Erfolge der Deutschen an der Front lösten in Rußland zunehmend anti-deutsche Gefühle aus, und zwar in einem Ausmaß, wie es das Land in seiner bisherigen Geschichte noch nicht erlebt hatte. Wer auf den Straßen russischer Städte 1915 deutsch sprach, setzte sein Leben aufs Spiel. Das Land wurde buchstäblich von einer epidemischen Germanophobie erfaßt und Bürger mit deutsch klingenden Namen der Spionage verdächtigt. Manche Ereignisse, wie die Explosion in einer der größten Rüstungsfabriken des Zarenreiches in Ohta während einer Offensive der Mittelmächte, erregte die öffentliche Meinung und bestärkte sie in ihrem Glauben, daß es sich hier um eine Diversion handeln mußte. Allerdings hatte man in Rußland während des gesamten Weltkrieges kein einziges deutsches Spionagenetz aufgedeckt⁵. So basierten Verdächtigungen grobenteils auf Gerüchten und waren gerade dadurch um so gefährlicher, weil unberechenbarer. Besonders schlimm war es, daß die Militärzensur sehr lasch gehandhabt wurde und die Zeitungen beinah uneingeschränkt ihre Artikel drucken konnten. Manche

¹ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 385.

² Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 552.

³ Ebd.

⁴ Lloyd George, D., *War Memoirs*, London 1933, Bd. 1., S. 458.

⁵ Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 545f.

Zeitungen gingen so weit, daß sie Personen mit deutsch klingenden Namen auf den Listen der Angestellten der russischen Rüstungsindustrie suchten und veröffentlichten¹. Der rapide Übergang des anti-deutschen Gefühls zu den von der Zivilbevölkerung verübten Gewalttaten ist psychologisch mit Feindlichkeit oder Chauvinismus allein nicht zu erklären. Wahrscheinlich war eher ein Gefühl der Panik entstanden, das in Zusammenhang mit der erfolgreichen Offensive der Mittelmächte die Bevölkerung erfaßte und auf diese Art und Weise kompensiert wurde.

Militärhistoriker haben festgestellt, daß im Krieg Demoralisierung und Panikstimmung in der Regel nicht an der Front unter den kämpfenden Truppen beginnen, sondern im Hinterland in der Zivilbevölkerung, die dazu neigt, Niederlagen ebenso wie Siege zu übertreiben. *„Die Entstehung der Panikstimmung im Kriege beginnt zuerst unter denjenigen, die persönlich nicht kämpfen. Schon in der Antike entging es den Beobachtern nicht, daß die Flucht während einer verlorenen Schlacht immer von den Soldaten initiiert wurde, die in den hintersten Reihen einer Schlachtformation standen und an dem Kampf nicht unmittelbar beteiligt waren. Dasselbe gilt auch für den Weltkrieg. Militärschreiber und Soldaten auf ähnlichen Posten (Köche, Offiziersboten und sogar Stäbe der Militäreinheiten) waren in der Regel die ersten, die das Schlachtfeld verließen, wenn Panik ausbrach. Es wäre psychologisch gesehen auch schlecht nachvollziehbar, wenn dies nicht der Fall wäre. Es gibt durchaus gute Gründe, warum gerade sie die Nerven früher verloren als ihre Kameraden, die unmittelbar kämpften. Vor allem besaßen sie keine Kampferfahrung und waren nicht genügend diszipliniert. Je weiter vom Kampfeschehen entfernt, desto größere Ausmaße kann die Panikstimmung erreichen. Die tatsächliche Lage wird im Hinterland mehr verzerrt, die Siege wie Niederlagen in ihrer Wirkung übertrieben zur Kenntnis genommen. Dies geschieht vor allem deshalb, weil die Meinung dort nicht auf tatsächlichen Ereignissen basiert, sondern weil sie hauptsächlich aufgrund von Erzählungen von Verwundeten und Flüchtlingen geformt wird. Die Letzten neigen jedoch aufgrund ihrer persönlichen Erlebnisse dazu die Fakten zu hyperbolisieren ... Die schlechten Nachrichten besitzen große zerstörerische Kraft, insbesondere wenn sie von Mund zu Mund weitergegeben werden. Die Vorstellungsfähigkeit der Einzelnen spielt auch eine gewisse Rolle und füllt die Köpfe mit Chimären ... Zusammenfassend läßt sich sagen, daß im modernen Krieg der Ausbruch einer Panik immer im Hinterland beginnt und zwar in der Regel in den Familien der Frontsoldaten“². So war es auch in Rußland. Seit dem Durchbruch bei Gorlice verfiel die russische Öffentlichkeit im Hinterland immer mehr in Panikstimmung, die in den Sommermonaten 1915, als die Deutschen ihre Umfassungsoperation in Polen begannen, ihren Höhepunkt erreichte. Zuerst ließ die Stawka verlauten, daß der deutsche Angriff wahrscheinlich etwa auf der Linie zwischen Kowno und Brest-Litowsk zum Stehen gebracht würde, aber nur ein paar Tage nach der Veröffentlichung dieser Verlautbarung wurde die Festung Kowno in einem Handstreich genommen. Dies machte auf das politische Petersburg einen derartigen Eindruck, daß der Kriegsminister des russischen Zaren sich für berufen hielt, seine Rede zur Frontlage vor der Duma mit der bündigen Formel der französischen Revolution *„Das Vaterland ist in Gefahr!“* einzuleiten³. Nach dem Zeugnis des Landwirtschaftsministers Šeinin glich die russische Regierung in diesen Tagen einem „Tollhaus“⁴. Dem Regierungssekretär Jachontov zu Folge war die Arbeit der Regierung im*

¹ Ebd.

² Sérrigny, General, *Réflexions sur l'art de la guerre*, Paris 1921, S. 42-46.

³ Jachontov in: *Archiv russkoj Revoliuziji*, Bd. 18, S. 15.

⁴ Pares, B., *The Fall of the russian Monarchy*, S. 256.

Sommer 1915 weitgehend paralytiert, da sie sich in einem Schockzustand befand¹. In Petersburg und anderen Großstädten Rußlands kursierten die wildesten Geschichten, die kaum Bezug zur Realität hatten. Erstaunlicherweise geschah dies zumeist in den Salons der höheren Gesellschaft oder unter den Vertretern der vom Militärdienst befreiten gebildeten Oberschicht².

Auch die Stimmung in der Stawka war ab der zweiten Hälfte des Jahres mehr als bedrückt. Der Autor des russischen Aufmarschplanes, der im Frühjahr 1915 die Frontlage als „stabil“ und „gefestigt“ charakterisiert hatte und eine Generaloffensive nach Berlin für durchführbar hielt, berichtete - von der Angriffswucht der Deutschen in Polen beeindruckt - einem Freund, man könne jeden Gedanken an eine Strategie fallenlassen, da die Armeen aufgrund des Munitionsmangels zu aktiven Operationen gar nicht in der Lage seien. Ihre einzige Hoffnung sei die *„Erschöpfung der deutschen Truppen, Glück und der Schutz des hl. Nikolaus, des Wundertäters“*³. Der Oberkommandierende, Großfürst Nikolaj Nikolajewič, der seinen Armeen im Frühjahr 1915 jeden taktischen Rückzug kategorisch verboten hatte, verlor ebenfalls den Kopf und leitete im Herbst desselben Jahres nicht nur Maßnahmen zur Evakuierung Kijews und Rigas ein, sondern erörterte sogar die eventuelle Räumung Petersburgs. Über seinen seelischen Zustand schrieb der russische Zar an seine Frau: *„Armer N. (Nikolaj Nikolajewič), als er mir das alles erzählte, weinte er in meinem Zimmer und fragte sogar, ob ich nicht gedenke, ihn durch einen fähigeren Mann zu ersetzen ... Er dankte mir mehrmals für meine Präsenz und erklärte, daß sie ihn sehr unterstützt“*⁴.

Die Stawka beschloß bei ihrem Rückzug ins Landesinnere die Traditionen von 1812 wiederzubeleben und begann damit, einen „Vaterländischen Krieg“ zu organisieren⁵. Allerdings tat sie dies nicht auf dem Schlachtfeld, sondern vielmehr auf Gebieten, welche die innere Stabilität des Landes im Hinblick auf die Revolution außerordentlich schwächten. Die Jahre 1915 und 1812 waren sich rein äußerlich betrachtet sehr ähnlich: In beiden Jahren hatten die militärisch bedeutend schwächeren Armeen Rußlands den Einfall eines überwältigend stärkeren Gegners abzuwehren. 1812 verfügten allerdings Barklay und Kutuzov über Zivilcourage und politischen Weitblick. Sie zogen aus eigenem Entschluß zurück ins Landesinnere, vereinigten dort ihre auseinandergerissenen Armeen und retteten damit ihre besten Militärkader. Die russischen Strategen von 1915 waren zu Leistungen ähnlicher strategischer Weitsicht nicht fähig. Sie traten ihren taktischen Rückzug erst an, als es bereits zu spät war, als der Gegner ihnen die Entscheidung bereits abgenommen hatte und als der Rückzug nur unter dem Beschuß des Gegners und mit großen Opfern durchgeführt werden konnte. Sie ruinierten die besten Armeekader und dadurch auch die Wehrkraft ihres Landes. Daher auch die unterschiedlichen Ergebnisse beider Feldzüge: Napoleons Einbruch dauerte nicht einmal ein Jahr, der Rückzug der Stawka stellte das Land und ihre Armee vor weit gravierendere Probleme⁶.

¹ Jachontov in: *Archiv russkoj Revoliuziji*, Bd. 18, S. 15f.

² Ebd.

³ Jemets, V., *Očerki vnešnej politiki Rossiji*, S. 175. Vgl. Sidorov, A., *Ekonomičeskoje položenije*, S. 95.

⁴ Brief des Zaren vom 11. Mai 1915, Zitiert aus Pares, B., *Letters of the Tsar to Tsaritsa*, London 1929, S. 55.

⁵ Sehr gute Analyse des "Großen Rückzuges" und seiner psychologischen Auswirkungen auf die Bevölkerung in Solženyzin, A., *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 245-312.

⁶ Deutsche Generäle wiesen auf die Unmöglichkeit einer Wiederholung von 1812 mit folgendem Argument hin, daß moderne Massenarmeen einen zu breiten Keil in das Feindesland treiben würden. So saße Napoleon, General Hoffmann zu Folge, "noch heute in Moskau", wenn er über die Bahn verfügt hätte, Hoffmann, M., *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, S.76f., Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 1., S. 255-262. Diese Argumentationsweise scheint jedoch nach den Erfahrungen

Die Stawka verfügte während des „Großen Rückzuges“ im Zuge der Nachahmung von 1812 Maßnahmen, die für die Anforderungen des Weltkrieges nicht mehr zeitgemäß waren und für die Rußland in dessen späteren Phasen teuer bezahlen mußte. Zuallererst verfügte man, eine Politik der „verbrannten Erde“ zu betreiben. Die zurückflutenden russischen Armeen vernichteten alles, was nicht ins Landesinnere evakuiert werden konnte. Dabei gingen die Strategen der Stawka dermaßen rabiatt vor, daß sie nicht etwa nur Ernte, Vieh und Kommunikationsmittel vernichten ließen, sondern auch die Verbrennung oder Sprengung ganzer Städte und Dörfer veranlaßte. Der Zivilbevölkerung in frontnahen Gegenden wurde empfohlen, ins Landesinnere zu ziehen. Manche Historiker schätzen, daß die Stawka während des Rückzuges von 1915 bis zu vier Millionen Menschen ins Innere des Zarenreiches umsiedelte¹. Dieser Exodus schädigte aber nicht etwa die angreifenden Deutschen, da sie nach den Worten Hoffmanns Territorien erwarben, aber nicht für die Verpflegung der Zivilbevölkerung aufkommen mußten². Als dieser gewaltige Flüchtlingsstrom auf den Weg gesetzt wurde, schaffte es die Stawka nicht, für Verpflegung und Unterbringung zu sorgen. Die zurückflutende Zivilbevölkerung verstopfte die Straßen in den Westgouvernements just zu dem Zeitpunkt, als der allgemeine Rückzug erfolgte. Erschöpfte Zivilisten mischten sich oft unter die zurückziehenden Fronttruppen. Sie demoralisierten die Soldaten und hinderten die Armeen am Rückzug. Tausende starben unterwegs an Hunger und Krankheiten, die meisten verloren ihr Hab und Gut. Damit schaffte es die Stawka des Großfürsten, aus einem ordinären militärischen Sieg der Deutschen eine Nationalkatastrophe zu machen. Die Unterbringung der Flüchtlinge im Landesinneren wurde von den Militärbehörden ebenfalls nicht organisiert. Deshalb sammelten sich die Flüchtlinge zumeist in den Städten, welche aber keine Infrastruktur zu deren Unterbringung besaßen. Die Bevölkerung der russischen Städte schwoll bedrohlich an. Im Hinblick auf das Anwachsen der revolutionären Stimmung in Rußland ist die Rolle der Kriegsflüchtlinge kaum zu unterschätzen. Die Flüchtlinge brachten gewisse soziale Probleme mit sich, von der Problematik des Verhältnisses der Großrussen zu den Flüchtlingen anderer Nationalitäten ganz zu schweigen. Diesem Ursprung entstammten die „Roten Garden“, die sich in den wichtigsten Städten Rußlands ansiedelten^{3*}. Der Stabschef der Stawka, General Januškevič, der geistige Vater der Umsiedlung der Zivilbevölkerung, entwickelte noch weitere Projekte, mit denen er die „Landesverteidigung“ in den Griff zu bekommen glaubte. Er sprach den Bauernsoldaten, die in Kriegsgefangenschaft gerieten, das Recht auf Boden ab. Die anderen Soldaten sollten nach Kriegsende (auf Kosten der „Deserteure“) mit Boden beschenkt werden. Die Verwirklichung solcher Pläne hätte in Rußland den Bürgerkrieg möglicherweise ein Jahr früher ausgelöst. Allerdings blieb der Vorschlag des Stabschefs der Stawka unverwirklicht, da sich alle Minister des Zivilkabinetts ihm gegenüber ablehnend verhielten⁴.

des 2. Weltkrieges wenig stichhaltig. Zu den Ansichten Marschalls Rokossovskij, **Rokossovskij, K.**, *Soldatskij dolg*, Moskau 2002, S. 55-109f. Vgl. **Svečin, A.**, *Postiženije vojnogo iskusstva. Idejnoje nasledije A. Svečina*, Moskau 1999, **Svečin, A.**, *Strategi*, Mineapolis 1992.

¹ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 554.

² **Hoffmann, M.**, *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, S. 90f.

³ Das speziell zur Registrierung der Flüchtlinge einberufene sog. Titianinsker Komitee trug in seine Listen 3 306 051 Flüchtlinge ein. Da in die Listen nur die Personen eingetragen wurden, die sich freiwillig meldeten, ist zu vermuten, daß die Dunkelziffer beträchtlich höher lag, vgl. **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 554 und 568.

⁴ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 558f.

Auch in einer anderen Hinsicht waren die Militärstrategen von 1812 fähiger als ihre modernen Nachfolger. Man verstand es im Rußland von 1812, die öffentliche Meinung trotz des Rückzuges gegen die Invasoren zu lenken. Die Öffentlichkeit von 1915 wollte dagegen Köpfe rollen sehen. Die abrupte Wendung des Kriegsglücks verstand sie als Katastrophe und suchte deren Ursachen in „Verrat“. Der Oberkommandierende fädelte eine politische Intrige ein, welche die öffentliche Meinung zum ersten Mal in diesem Krieg gegen den inneren Feind wandte und dadurch Schritte zur Zersetzung der Einigkeit eingeleitet hat. Nikolaj Nikolajewiĉ ließ den Mitarbeiter des Kriegsministers Hauptmann Mjasojedov verhaften und stellte ihn vor ein Militärtribunal. Dieser fachlich höchst talentierte, aber korrupte Offizier, hatte beim russischen Rückzug aus Ostpreußen aus einem Privathaus zwei Kunstwerke mitgenommen. Der Großfürst beschuldigte ihn jedoch des Landesverrats und der Spionage¹. Dadurch versprach er sich zweierlei: Der Unmut über die Munitionsknappheit sollte auf das Kriegsministerium abgelenkt werden und der Kriegsminister Suchomlinov (ein persönlicher Feind des Großfürsten noch aus der Vorkriegszeit) politisch ausgeschaltet werden². Es ist nicht auszuschließen, daß der Oberkommandierende auch gewisse Ambitionen hegte, den Unmut zur Abdankung des herrschenden Monarchen auszunutzen³. Rußland hatte vor dem I. Weltkrieg mit seinen unabhängigen Richtern und Geschworenen eines der fortschrittlichsten Gerichtswesen weltweit. Das Gericht verwarf die Beschuldigungen als unbegründet und weigerte sich, Mjasojedov als Spion zu verurteilen⁴. Daraufhin wurden die Richter auf eine willkürliche Verordnung des Großfürsten hin ausgetauscht. Aber auch die neuen Richter weigerten sich, den Schuldspruch zu fällen⁵. Als auch das dritte vom Großfürsten willkürlich zusammengestellte Militärgericht genauso verfuhr und sich weigerte, der haltlosen Anklage der Spionage Glauben zu schenken, beging der Oberkommandierende einen Justizmord. Mjasojedov wurde in Warschau vor ein „Tribunal“ gestellt, von dem Augenzeugen und Verteidiger ausgeschlossen waren. Die Anklageschrift wurde vom Dumaabgeordneten Guĉkov vorgelesen, wenige Stunden später wurde das Todesurteil verhängt^{6*}. Mjasojedovs Prozeß markierte das Ende des russischen „Burgfriedens“ und übertrug den Kampf auf die Politik: Über den Kriegsminister kam auch das Zarenpaar in Verdacht, sich heimlich einen Separatfrieden mit den Hohenzollern zu wünschen. Das Herrscherpaar hätte Suchomlinov gerne behalten, jedoch wurden die Forderungen nach seiner Entlassung immer vernehmlicher. Am 11. Juni 1915 erhielt er seinen Abschied^{7*}. Was so eine Beschuldigung politisch bedeutete, kann man sich anhand der Äußerungen berühmter Politiker der Ententemächte, wie z. B. Lord Grey, vergegenwärtigen. Als Suchomlinov ein Jahr nach seiner Demission auch offiziell vor Gericht gestellt wurde (das ihn aber aus Mangel an Beweisen freisprach), sagte Grey in einem Privatgespräch zum Palastkommandanten des Zaren, Vojejkov: „*Eure Regierung muß schon*

¹ Pares, B., *The Fall of the Russian Monarchy*, S.213 und 221.

² Vgl. Suchomlinov, V., *Erinnerungen*, S. 415-421, Suchomlinov, V., *Großfürst Nikolai Nikolajewitsch*, Berlin 1925.

³ Radzinskij, E., *Nikolaj II: Žizn i smert*, Moskau 1996, S. 160-167.

⁴ Ausführlich zum Prozess vgl. Elkin, N., *Vospominanija prisjažnogo poverennogo vposletstvii senatora*, in: *Zeitschrift Sud idjet*, Moskau 1925, Nr. 19 und 20. Dokumente der Gerichtsverhandlung gegen Mjasojedov in: *Archiv russkoj revoluziji*, Bd. 14.

⁵ Ebd.

⁶ Die Absurdität der Anklage wird schon dadurch hervorgehoben, daß Mjasojedov mit einer willkürlich zusammengesetzten Gruppe Beschuldigter vors Tribunal gestellt wurde, in der freilich auch zahlreiche Juden und sogar ein Baron mit deutschem Namen nicht gefehlt haben, vgl. Ebd., Suchomlinov, V., *Erinnerungen*, S.438-442.

⁷ Historische Untersuchungen zeigten nach Kriegsende jedoch, daß Kriegsminister Suchomlinov persönlich für die Mängel der Rüstungsproduktion nicht verantwortlich war und seine Versäumnisse aufgebauscht wurden, vgl. Stone, N., *The Eastern Front*, S. 131f. und 147, sowie Djakin, V., *Russkaja buržuazija i zarizm vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny (1914-1917)*, Leningrad 1967, S. 78f. Vgl. Suchomlinov, V., *Die russische Mobilmachung im Lichte amtlicher Urkunden und der Enthüllungen des Prozesses*, Bern 1917.

außerordentlich couragiert sein, um es zu wagen, einen Kriegsminister inmitten eines verheerenden Krieges des Kriegsverrats zu beschuldigen“¹.

Die von der Stawka unterstützten Gerüchte fielen in Rußland auf sehr fruchtbaren Boden. Die Begeisterung der ersten Kriegsmonate hatte zwar alle inneren Streitigkeiten in Rußland zurückgestellt, sie aber keinesfalls gelöst. Als die Katastrophenmeldungen von der Front das Hinterland erreichten, gelangten viele Russen zu der Erkenntnis, daß die Krone und die ihr unterstellte Bürokratie des Landes unfähig waren, die Kriegsanstrengungen effektiv zu organisieren. Besonders schwer ins Gewicht fiel die Munitionsknappheit an der Front, die man sich nämlich durch den Verrat von dem Zaren nahestehenden Würdenträgern erklärte. Selbst die Gattin des Zaren und die gesamte kaiserliche Umgebung wurden verdächtigt. Im Sommer 1915 war der Geist eines gemeinsam verfolgten Ziels, der in den ersten Monaten des Krieges Regierung und Opposition verbunden hatte, geschwunden und einer Vorwurfshaltung gewichen, die noch intensiver war als 1904/1905. Und das war auch verständlich: Der Feldzug von 1915 war eine Katastrophe. Man hatte infolge des Rückzuges breite Landesteile verloren, die seit Jahrhunderten dem russischen Herrschaftsbereich angehört hatten und die in wirtschaftlicher Hinsicht eine bedeutende Rolle spielten. Darunter befanden sich ganz Polen, weite Teile des Westgouvernements und die Ostseeprovinzen. 23 Millionen (ca. 13%) der Gesamtbevölkerung des Zarenreiches kamen unter feindliche Besatzung. Für Mißerfolge solchen Ausmaßes reichte die Tätigkeit von „Spionen“ wie Suchomlinov oder Mjasojedov nicht aus. Viele Menschen begannen, die Ursachen der militärischen Mißerfolge auch in der mangelhaften Organisation zu suchen und meinten damit nicht - wie die Stawka hoffte - ausschließlich „Personen“, sondern auch grundlegende Probleme im „System“ selbst. Sobald der Öffentlichkeit das tatsächliche Ausmaß des Rückzuges bekannt wurde, entstanden damit in Rußland auch die ersten Keime der Opposition.

Die Opposition begann sich in Rußland bereits im Sommer 1915 zu formieren und erfaßte vor allem die gebildete Oberschicht und die Hocharistokratie. In ihrer Bestrebung war sie allerdings nicht pazifistisch eingestellt². Man trat auch weiterhin vorbehaltlos für die Fortsetzung des Krieges ein, allerdings war man entrüstet über die Mißstände im eigenen Land, insbesondere im Hinblick auf die Munitionsknappheit. Im Sommer 1915 begannen sich auch zwei der Oppositionsherde herauszukristallisieren, die 1917 die Monarchie zum Sturz bringen sollten. Der eine bestand aus großen Teilen der höheren Gesellschaft beider Hauptstädte und der Abgeordneten der Staatsduma, der andere aus Hofkreisen. Die militärischen Niederlagen hatten mit einem Schlag sämtliche politische Gruppierungen Rußlands zusammengeführt, die sich unter normalen Umständen niemals vereint hätten. Die politische Spitze der aufkeimenden Opposition bildete der Fortschrittsblock, der unter dem Eindruck der Niederlagen an der Front in der Staatsduma gegründet wurde. Darin schloß sich die Mehrheit der sonst sehr zerstrittenen politischen Parteien zusammen, so daß er im August 1915 bereits 300 von 420 Dumaabgeordneten umfaßte³. Der Fortschrittsblock verstand sich bezüglich seiner Aufgaben zuerst als politische Macht, die sich zusammengeschlossen hatte, um die Kriegsanstrengungen des Landes zu übernehmen. Am 24. August veröffentlichte er ein Neunpunkteprogramm, in dem er seine politischen Forderungen zusammenfaßte, deren

¹ **Vojejkov, V.**, *Vospominanija*, S. 158.

² **Paléologue, M.**, *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S. 349-353.

³ Wichtigste Quellen zum Fortschrittsblock sind: **Grave, B. (Hrsg.)**, *Buržuazija nakanune Fevral'skoj Revoljuziji*, Moskau - Leningrad 1927, sowie in **Krasnyj Archiv**, Nr. 1-2 und 50-51, Moskau 1932, S. 117-160, **Krasnyj Archiv**, Nr. 3-52, Moskau 1932, S. 143-196, **Krasnyj Archiv**, Nr. 1-56, Moskau 1933, S. 80-135.

wichtigste darin bestand, der Krone die gesetzmäßig zugestandene Kontrolle über das Ministerkabinett zu entziehen¹. Weiter forderte er die die Kontrolle über das Organ, welches „*das Vertrauen der Nation genießt*“, d.h. die Staatsduma. Man glaubte, dadurch die Kriegsanstrengungen des Landes besser in den Griff zu bekommen und Rußland an der Seite der Westalliierten zum Endsieg zu führen. Der Einwand, daß die Verwirklichung dieses Plans aus Rußland über Nacht einen parlamentarisch regierten Staat mit einer neuen Verwaltungsstruktur gemacht hätte, wurde von den meisten Dumaabgeordneten als „nicht stichhaltig“ verworfen². Man glaubte in der Duma durchaus, der Aufgabe gewachsen zu sein, das Land besser zu verwalten, als es die Beamten im ersten Kriegsjahr getan hatten. Das Neunpunkteprogramm beinhaltete ferner Forderungen wie den Entzug der zivilen Verwaltungsbefugnisse der Stawka und die Autonomie zahlreicher Volksgruppen des russischen Reiches, was alles zwar für Rußland wichtig war, jedoch zum Zeitpunkt der Generaloffensive der Mittelmächte auch etwas verschoben hätte werden können. Dazu gehören auch die Punkte, die eine neue Gesetzgebung für die Beamten vorsahen oder eine formelle Anerkennung der bürgerlichen Rechte der Bauernbevölkerung (die bereits seit 1906 gesetzlich verankert waren). Der Zar war zwar etwas aufgebracht über die „Politiker“, die ihren Geschäften nachgingen, während die Frontsoldaten ihr Letztes geben mußten, versprach aber, einigen Forderungen der Parlamentarier nachzugehen, jedoch erst, wenn die Frontlage es gestattete. Als Zeichen des guten Willens entließ er noch vor den Parlamentsdebatten einige als „konservativ“ geltende Minister und ersetzte sie durch Beamte, die unter den Abgeordneten großes Ansehen genossen. Einer von ihnen war der neue Kriegsminister Polivanov. Die Hauptforderung des Fortschrittsblocks, das Recht, Minister zu ernennen, stieß jedoch beim Monarchen auf Ablehnung und sollte im darauffolgenden Jahr zum Zankapfel werden. Dieser Streit trug entscheidend dazu bei, die Regierungsmacht vor dem Februar 1917 zu lähmen.

Die Weigerung des Zaren, seine gesetzliche Befugnis zur Ernennung der Minister aus der Hand zu geben, hatte hauptsächlich zwei Gründe, einen ideologisch-moralischen und einen praktischen. Seine Ideologie gab ihm ein, daß nur der Monarch „vor Gott“ verantwortlich sei, die Abgeordneten hingegen zufällig kamen und gingen und dazu noch dem Parteizwang unterworfen waren³. Der praktische Grund war stichhaltiger. Er glaubte nämlich nicht, daß in einem Land wie Rußland mitten im Krieg über Nacht eine ihr unbekannte parlamentarische Regierungsform eingeführt werden könne. Außerdem mißtraute er den Intellektuellen. Es war ihm nicht wohl bei der Vorstellung, daß diese Minister ohne seine Kontrolle regieren sollten, auch glaubte er nicht, daß sie viel von der Verwaltung des Landes verstünden⁴. Die Ereignisse des Jahres 1917 zeigten deutlich, daß diese Befürchtungen durchaus nicht unbegründet waren. Nikolaj II. hatte gewiß gute Gründe, vorsichtig zu sein. Das Land besaß seit noch nicht einmal 10 Jahren eine Volksvertretung und eine Gesetzgebung, die die wichtigsten politischen Rechte garantierte. Auch die russische Revolution von 1905 lag erst 10 Jahre zurück. Sie war damals äußerst erbittert durchgefochten worden und ihre Narben waren in den dynamischen Vorkriegsjahren noch nicht vergessen. Rußlands politische Kultur war dementsprechend auf einer vergleichsweise niedrigen Entwicklungsstufe. Wie schwer sich das Land seinen Weg zum modernen Rechtsstaat bahnte, zeigt am deutlichsten das Beispiel der 1. Staatsduma. Ein enger Mitarbeiter Stolypins, überdies Autor der Gesetzesvorlage

¹ Ausführlich dazu vgl. **Pares, B.**, *The Fall of the russian Monarchy*, S. 271f.

² **Rodzjanko, M.**, *Erinnerungen*, S. 127-164, **Rodzjanko, M.**, *Gossudarstvennaja Duma i fevral'skaja 1917 goda revoliuzija*, Charkov 1990.

³ Ebd.

⁴ **Vilčkovskij, S.**, in: *Russkaja letopis*, Nr.3 (1929), S. 161-186.

zur Einberufung der Duma, Kryžanovskij, gibt uns einen etwas ungewöhnlichen, aber in gewisser Hinsicht bezeichnenden Einblick in manche Aspekte ihrer Arbeit, die bestimmt auch Nikolaj II. nicht entgangen waren: *„Es genügte, einen Blick auf die buntgeschreckte Menge von Deputierten zu werfen - und das war mein Schicksal, mit ihnen ganze Tage in den Gängen des Taurischen Palais zu verbringen -, um beim Anblick des ersten Repräsentativvorgangs Rußlands in Schrecken versetzt zu werden. Es war eine Ansammlung von Wilden ... Wer hätte annehmen wollen, daß diese Individuen wirklich das Volk und seine „innersten Strebungen“ repräsentierten, der hätte auch zugeben müssen, daß Rußland mindestens ein Jahrhundert lang nur durch äußeren Zwang überleben konnte, und daß ein aufgeklärter Absolutismus für das Land die einzigste heilsame Regierungsform war. Der Versuch, das politische System auf dem Willen des Volkes zu gründen, war offensichtlich zum Scheitern verurteilt, da in dieser Masse jedes Bewußtsein von Staatlichkeit ... völlig in sozialer Feindseligkeit und Klassenneid unterging: Genauer gesagt, ein solches Bewußtsein gab es überhaupt nicht. Ebenso müßig war es, die Hoffnung in die Inteligenzija und ihren kulturellen Einfluß zu setzen. In der Duma war diese vergleichsweise schwach vertreten, und offensichtlich wich sie der brodelnden Macht der finsternen Massen. Sie glaubte an die Macht guter Worte, sie vertrat Ideale, die den Massen völlig fremd vorkamen, und ihre einzige Rolle war die eines Sprungbretts der Revolution. Sie brachte nichts Schöpferisches zustande ... Die Haltung der bäuerlichen Abgeordneten gegenüber ihren Pflichten war in höchstem Maße befremdlich. In ihrem Gefolge führten sie Bittsteller in den verschiedensten Angelegenheiten mit sich; diese setzten sie in die Sitze der Abgeordneten, aus denen die Saalordner sie nur mit Mühe vertreiben konnten. Bei einer Gelegenheit hielt die Polizei auf einer Straßenseite nahe der Parlamentsgebäude zwei Bauern an, die Eintrittskarten zum Palais verkauften; beide entpuppten sich als Dumaabgeordnete, eine Tatsache, von der der Vorsitzende gebührend in Kenntnis gesetzt wurde. Einige Abgeordnete begannen sogleich, in den Fabriken revolutionäre Propaganda zu betreiben, Straßenaktionen zu organisieren, den Pöbel gegen die Polizei aufzuhetzen und dergleichen mehr. Während einer solchen Demonstration wurde der Anführer einer Bande von Raufbolden, ein gewisser Michajličenko, der als Abgeordneter die Bergarbeiter im Ural vertrat, arg verprügelt. Er erschien am Tag darauf in der Duma und beteiligte sich an der Debatte mit einem so stark bandagierten Gesicht, daß nur seine Nase und seine Augen zu sehen waren. Bauerndeputierte betranken sich in den Kneipen und beteiligten sich an Schlägereien. Als man versuchte, sie unter Arrest zu nehmen, beriefen sie sich auf ihre Immunität als Abgeordnete. Die Polizei war anfangs sehr verwirrt und verunsichert, was sie in solchen Fällen tun sollte und was nicht ... Bei einem dieser Vorfälle wurden die Zweifel durch eine alte Frau beseitigt, die Besitzerin der Schenke, die einem betrunkenem Abgeordneten, der sich auf seine Immunität berief, eine Tracht Prügel verabreichte und dabei schrie: 'Für mich bist du sehr wohl verletzlich, du H...sohn'. Es gab auch eine große Beerdigungszeremonie eines Dumaabgeordneten, dessen Name mir leider entfallen ist und der an Delirium tremens gestorben war. In den Grabreden würdigte man ihn nichtsdestotrotz als 'Kämpfer, der auf dem Felde der Ehre gefallen' sei ... Nach dem sie (in St. Petersburg) angekommen waren, wurden einige Abgeordnete von Gerichten wegen kleinerer Diebstähle und Gaunereien verurteilt; der eine hatte ein Schwein gestohlen, der andere wurde beim Taschendiebstahl erwischt usw. Nach Angaben des Innenministeriums betrug die Zahl der zumeist bäuerlichen Abgeordneten in der I. Duma, die wegen Gelddelikten verurteilt worden waren und eigentlich gar nicht hätten gewählt werden dürfen und nur aufgrund der sorglosen Einstellung der Wähler und Wahlmännerlisten ein Mandat errungen hatten, alles*

in allem über 40, das heißt etwa 8% aller Abgeordneten“¹. Das wichtigste geistige Produkt der 1. Staatsduma war der berühmte Wyborger Aufruf, mit dem die Abgeordneten den rechtmäßigen Akt der Dumaauflösung durch die Krone beantworteten und der die Bevölkerung zum zivilen Ungehorsam aufrief². Die 2. Duma war in vielerlei Hinsicht noch radikaler, da sich diesmal auch Vertreter der sozialistischen Parteien wählen ließen. Sie bereicherten die Geschichte des russischen Parlamentarismus mit der Organisation eines Komplotts³. Erst die 3. Staatsduma, die nach abgeändertem, in vieler Hinsicht reaktionärem Wahlrecht zusammentrat, beendete ihre Kadenz. Jedoch war sie aufgrund der überproportionellen Vertretung der besitzenden Klassen aus heutiger Sicht kaum repräsentativ, da sie den tatsächlichen Mehrheitsverhältnissen im Lande in keiner Weise entsprach. Damit waren die russischen Erfahrungen mit dem Parlamentarismus im Prinzip erschöpft. Gleich nach den Wahlen zur 4. Staatsduma brach der Weltkrieg aus.

Als die Forderung der im Fortschrittsblock zusammengefaßten Dumamehrheit nach Kontrolle über das Ministerkabinett abgelehnt wurde, löste das große Unzufriedenheit in den politischen Parteien und in der Gesellschaft beider Hauptstädte aus. Die Weigerung Nikolajs II., seine Machtbefugnisse beschneiden zu lassen, faßten sie als Herausforderung auf. Im Prinzip markierte das die Entstehung eines tiefen Konflikts, der das politische Klima in den nächsten Kriegsjahren vergiftete und Rußland schließlich im Februar 1917 in Flammen aufgehen ließ. Allerdings war die Macht der Monarchie in Rußland 1915 nicht gebrochen und so scheuten sich die politischen Parteien, einen offenen Bruch mit der Krone zu riskieren. Trotz der Ablehnung ihrer wichtigsten Forderungen durch den Zaren, begann man in der Duma einen politischen Rückzug einzuleiten, der allerdings nur taktischer Natur war. Offiziell beschloß das Zentralkomitee der Konstitutionell Demokratischen Partei (Kadetten) auf ihrem Parteitag, alle Veränderungen in der Verfassung des russischen Reiches bis Kriegsende zurückzustellen⁴. Da die Kadetten den Kern des Fortschrittsblocks in der Duma bildeten, bedeutete dieser Beschluß, daß de facto auch das Neunpunkteprogramm des Fortschrittsblocks offiziell außer Kraft gesetzt war⁵. Hinter den Kulissen zettelten jedoch zahlreiche Parteien der Duma eine Propagandakampagne an, die sich gegen die Position der Monarchie richtete und großen Anklang bei der gebildeten Schicht fand. In der Presse erschienen zahlreiche Artikel, die Nikolaj II. der Inkompetenz beschuldigten, das Land zum Sieg führen zu können. Das erfolgte erst in versteckter Form, was jedoch auch so für viele Russen bestens verständlich war. Ein angesehener Politiker der Liberalen, Vasilij Maklakov, schrieb einen Artikel, der die vorherrschende Meinung des Fortschrittsblocks widerspiegelte und der in den Hauptstädten für großes Aufsehen sorgte. Er verglich darin Rußland mit einem „Automobil“, das durch einen „völlig unfähigen Chauffeur“ (Nikolaj II.) über einen Bergpaß gesteuert wird. Im Fahrzeug sitzt auch die „Mutter“ (Rußland). Beim geringsten Fehler des Fahrers muß der Wagen in den Abgrund stürzen und alle Fahrgäste würden sterben. Unter ihnen befinden sich, so Maklakov, auch „fähige Chauffeure“, doch der „Fahrer“ weigert sich, das Steuer aus der Hand zu geben, da er sicher sein kann, daß ihm aus Angst vor einem tödlichen Unfall keiner der Insassen das Steuer mit Gewalt entreißen wird.

¹ Kryžanovskij, S., *Vospominanija*, Berlin 1938, S. 81f. Vgl. Kurlov, P., *Das Ende des russischen Kaisertums*, Berlin 1920.
² Ebd.

³ Die späteren Untersuchungen zeigten, daß das tatsächlich der Fall war, vgl. Kryžanovskij, S. in: Ščeglovitov, P. (Hrsg.), *Padenije zarskogo režima*, Leningrad 1924-1927, 7 Bde., Bd. 5., S. 421f. sowie Kurlov, P., *Das Ende des russischen Kaisertums*, S. 154f.

⁴ Djakin, V., *Russkaja buržuazija i zarizm vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 126f., Ausführlich über die parteipolitischen Kämpfe während des 1. Weltkrieges vgl. Miljukov, P., *Geschichte der zweiten russischen Revolution*, 2 Bde., Wien 1930, Miljukov, P., *Rußlands Zusammenbruch*, 2 Bde., Berlin 1925.

⁵ Ebd.

Maklakov stellte diesbezüglich folgende Überlegungen an: „*Sie bleiben zurückhaltend und verschieben die Abrechnung mit dem Fahrer, bis man wieder die Ebene erreicht hat. Damit haben sie vollkommen recht, genauso muß man unter diesen Umständen handeln. Jedoch, was werden sie fühlen, wenn ihre Zurückhaltung zu einer Katastrophe führen wird? Was, wenn ihre Mutter sie um Hilfe bittet und, nach dem sie ihr diese Hilfe verweigert haben, sie ihr Verhalten nicht versteht? Wer ist der Schuldige, wenn ihre Mutter schließlich den Glauben verliert und während der Fahrt aus dem Wagen springt?*“¹. Dieser Artikel erregte in Rußland enormes Aufsehen. Dem Publikum blieb nicht verborgen, daß der Autor in seinem Artikel auf die Ereignisse anspielte, die seinerzeit zur Ermordung des Kaisers Pauls I. geführt hatten. Damals schrieb S. Voronzov den berühmten Brief an Novosilzev, der den Zaren als inkompetenten Schiffskapitän beschreibt, „*der auf unruhiger See seiner Schiffsbesatzung die Kommandos in einer ihr unverständlichen Sprache gibt*“². Ganz Rußland wußte, daß wenige Tage nach diesem Brief Paul I. einer Palastverschwörung zum Opfer fiel. Diesmal wurden aber weder der Autor, noch die Zeitung von den Behörden mit einer Strafe belegt.

Die politische Krise des Sommers 1915 ebte auch ohne Repression des Regimes von alleine ab. Dafür sorgten einfach die technische Gegebenheiten des 1. Weltkrieges. Die russische Öffentlichkeit nahm mit Verwunderung zur Kenntnis, daß die unbeweglichen Massenheere des I. Weltkrieges weit weniger in der Lage waren, ins Innere des Landes vorzudringen, als die Armeen früherer Jahrhunderte. Die Generaloffensive der Deutschen endete nicht etwa ähnlich wie 1941, als Stalin vor den Toren Moskaus seine ausgeruhten Fernostarmeen einsetzte und den Angriff der Heeresgruppe Mitte zum Stehen brachte. Die Offensive der Mittelmächte verlor vielmehr ihre Kraft und mußte von Falkenhayn selbst eingestellt werden, als die Russen nicht nur in vollem Rückzug begriffen waren, sondern nach Zeugnis zahlreicher Quellen bereits erste Auflösungserscheinungen zeigten³. Mit dem Abebben des deutschen militärischen Druckes ebte auch die oppositionelle Stimmung der russischen Gesellschaft ab. Es herrschte in den Städten Rußlands keine Nahrungsmittelknappheit. Nicht einmal nach einem Kriegsjahr wurde es für nötig befunden, Lebensmittelkarten einzuführen. Obwohl sich Hauptnahrungsmittel, verglichen mit Kriegsbeginn, erheblich verteuerten (Brot um ca. 40%, Fleisch um ca. 25% und Zucker um ca. 33%), wurde diese Teuerung durch eine Anhebung der Löhne weitgehend ausgeglichen⁴. Manche Statistiken führen verblüffende Ergebnisse auf. Wie aus neueren Untersuchungen hervorgeht, ernährte sich die russische Zivilbevölkerung in den Städten sogar besser als vor Kriegsausbruch, wie das Beispiel einer „Luxusware“ jener Epoche (Zucker) zeigt. 1915 betrug der Verbrauch von Zucker pro Kopf in Rußland statistisch 24,4 Pfund, verglichen mit 18 Pfund im Jahr 1914⁵. Was das in der Praxis bedeutet, zeigt am besten der Vergleich mit Deutschland, wo bereits im Winter 1914/1915 Lebensmittelkarten eingeführt worden waren, und wo 1915 das Land bereits an chronischer Lebensmittelknappheit litt⁶. Selbstverständlich neigte die Zivilbevölkerung Rußlands im Jahre 1915 noch nicht zu Gewaltaktionen; sobald sich die Lage an der Front beruhigte, versank sie in gewohnter politischer Passivität. Ernüchternd wirkte dabei auch die Drohung der Militärbehörden, Unruhestifter an die Front zu schicken. Der Justizminister Ivan Ščeglovitov hielt im

¹ *Russkije Vedomosti*, Nr. 221, vom 27. September 1915, S. 2.

² Der volle Text des Briefes vgl. **Ivanov, V.**, *Russkaja inteligencija ot Petra I do našich dnei*, Moskau 1997, S. 405-406.

³ **Kersnovskij, A.**, *Istorija russskoj armiji*, Bd. 305-306.

⁴ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanie imperatora Nikolaja II-go*, S. 568.

⁵ Ebd.

⁶ Zur Lebensmittelknappheit in Deutschland siehe Moltkes Memoranden an den Kaiser sowie den Reichskanzler Bethmann - Hollweg vom 10. Januar 1915, **Moltke, H., von**, *Erinnerungen, Briefe, Dokumente*, S. 404-406 und S. 399-401.

Herbst 1915 die politische Lage für so gesichert, daß er sich sogar zu einer witzigen Bemerkung hinsichtlich der Fähigkeit der Opposition, das einfache Volk gegen das Regime aufzuwiegeln, hinreißen ließ. Über die politische Lage Rußlands im Herbst 1915 sagte er einem Ministerkollegen gegenüber: „*Die Paralytiker in der Regierung wehren sich schwach, unentschlossen und fast widerwillig gegen die Epileptiker der Revolution*“¹. Er war ein schlechter Prophet.

Kap. 7. Veränderte Verwaltungsstrukturen des russischen Staatswesens. Widererstarren des russischen Militärpotentials und Brusiloffensive

In der heutigen Geschichtsschreibung bleibt leider oft unbemerkt, wieviel Lebenskraft das zaristische Regime 1916 noch besaß, zu welch tiefen strukturellen Veränderungen es sich fähig zeigte und wie schnell es seine Industrie für die Kriegsnöte zu mobilisieren vermochte. W. Churchill war einer der wenigen Politiker im Westen, dem die Leistungen Rußlands nach den Niederlagen im Sommer 1915 nicht entgangen waren. Es seien, so schrieb er, „*wenige Ereignisse des Weltkrieges so eindrucksvoll, wie das Wiederaufstehen und die Neuaufrüstung Rußlands, sowie sein erneuter Riesenaufwand im Jahre 1916. Es war die letzte glorreiche Tat des Zaren und des russischen Volkes, bevor sie im Elend und Entsetzen versanken. Im Sommer 1916 hatte es Rußland zustande gebracht, nachdem es 18 Monate vorher nahezu vernichtet worden war und 1915 eine ununterbrochene Folge furchtbarer Niederlagen erlitten hatte, aus eigener Kraft, sowie mit Hilfe seiner Verbündeten, 60 organisierte, bewaffnete und gut ausgerüstete Armeekorps ins Feld zu stellen, anstatt der 39, mit denen es den Krieg begonnen hatte. Die Transsibirische Bahn hatte auf einer Strecke von 6 000 Kilometern bis zum Baikalsee ein zweites Gleis erhalten. Eine neue 1 400 km lange neue Bahnlinie, im strengstem Winter erbaut, verband Petrograd mit der eisfreien Murmansküste, und auf diesen Schienenwegen strömte Kriegsgerät in unablässigen Zügen nach Rußland. Die inländische Produktion von Kriegsmaterial aller Art hatte sich gleichfalls vervielfältigt*“².

Churchills Würdigung ist erheblich zu ergänzen: Der Krone gelang es, durch Einbindung zahlreicher Privatorganisationen und Parteien in Verwaltung und Regierung Rußland ohne viel Aufsehen und laute Proklamationen die Gestalt eines modernen Rechtsstaates annehmen zu lassen. Besonders hervorzuheben ist, daß diese Leistungen nicht etwa im Frieden, sondern mitten im Krieg erreicht wurden. Während Demokratien wie Großbritannien oder Frankreich gezwungen waren, ihre parlamentarischen Institutionen für die Dauer des Krieges gleichsam außer Kraft zu setzen, brachte es Rußland fertig, Militärbedürfnisse zu befriedigen und gleichzeitig demokratische Strukturen weitgehend zu erweitern. Solche tiefgreifenden Veränderungen wären allenfalls in einem Land mit alten demokratischen Traditionen zu vertreten gewesen. In Rußland jedoch hatten sie auch negative Wirkungen, die sich im Februar 1917 durchaus bemerkbar machten.

Rußland war vor dem I. Weltkrieg ein Reich, dessen Verwaltung ausschließlich dem Beamtentum (Činovniki) oblag. Die Öffentlichkeit war weder mit der Duma, noch mit den Landtagen in die tatsächliche

¹ Spiridovič, A., *Velikaja revoluzija, 1914-1917g.g.*, 4 Bde., New York 1962, Bd. 3., S. 13.

² Churchill, W., *Die Weltkrisis*, Bd. 1., S. 101-102.

Verwaltung groß eingebunden. Gebieter über die Provinzen Rußlands waren die vom Zaren ernannten Gouverneure, die mit ihren Beamten das Land verwalteten¹. Seit den Zeiten Peters des Großen waren sie zudem paramilitärisch organisiert und in 14 Rangstufen (Činy) eingeteilt². Diese Struktur war von den Zaren mit einer solchen Konsequenz zementiert worden, daß die Beförderung der russischen Beamten, anders als in den westlichen Demokratien, ausschließlich über die Rangstufen erfolgte. Für die Bekleidung eines bestimmten Verwaltungsamtes mußte man über einen gewissen Rang verfügen³. Um die Pflicht des Beamten, dem Monarchen zu dienen, zu betonen, hatten russische Beamte, selbst Minister und Universitätslehrer, Uniformen zu tragen. Sie leisteten ihren Eid nicht etwa auf den Staat oder das Volk, sondern auf den Monarchen persönlich. Obwohl der Zugang zum russischen Beamtentum selbst während der Leibeigenschaft nicht von der Abstammung, sondern ausschließlich von der Bildung abhing, was theoretisch den Eintritt aller Gesellschaftsgruppen zum Beamtentum eröffnete, war das Beamtentum selbst nach Einführung der konstitutionellen Monarchie 1905 eine von der Gesellschaft abgeschlossene Kaste geblieben. Die Minister, die sich nicht aus den Reihen der ranghohen Beamten rekrutierten, konnte man buchstäblich an den Fingern abzählen. Bis zur Revolution von 1905 besaß Rußland keinen Ministerpräsidenten im westeuropäischen Sinne und die russischen Zaren waren „wie Ludwig XIV.“ bestrebt, „ihre eigenen Premierminister“⁴ zu sein. Dieses System bestand weitgehend auch nach der Demokratisierung der zaristischen Gesellschaft, die durch das Manifest vom 17. Oktober 1905 erfolgt war. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern war die Arbeit der Ministerien in Rußland bis zum Kriegsausbruch nicht horizontal, sondern vertikal gegliedert⁵. Sie operierten weitgehend voneinander unabhängig und erstatteten ihre Berichte nicht dem Kopf der Regierung in Person eines Ministerpräsidenten, sondern dem Monarchen. Dieses System machte den Verwaltungsapparat nicht nur vollkommen vom Monarchen abhängig, sondern duldete in der tatsächlichen Landesverwaltung auch keine Einmischung seitens der Duma. Das Land wurde somit vom Monarchen regiert, der sich auf das Beamtentum stützte, das um die Jahrhundertwende ca. 250 000 Personen zählte⁶.

Die russische Gesellschaft stand lange vor Kriegsausbruch dem Beamtentum feindlich gegenüber. Diese Einstellung teilten sich ausnahmsweise die russischen Intellektuellen mit den Bauern auf dem Lande. Die Bauern mißtrauten den Regierungsbeamten, da diese in den Städten residierten, aber Steuern aus ihren Dorfgemeinden eintrieben. Die Intelligenzija mißtraute den Regierungsbeamten vor allem deshalb, weil das System alle gewöhnlichen Untertanen, solange sie nicht verbeamtet waren, ungeachtet ihrer Qualifikationen von der Verwaltung des Landes ausschloß⁷. Den Intellektuellen galt das Beamtentum als eine Herde egoistischer und korrupter Reaktionäre, die überdies weitgehend über nur bescheidene Intelligenz verfügte⁸. Gogols „Revisor“ ist eines von zahlreichen Werken der russischen Literatur, in denen die Leser das Wesen des Beamtentums wiedererkannten.

¹ Die Bestimmungen zur Regelung des russischen Beamtenwesens wurden formell im 3. Band des Gesetzbuches festgehalten: *Ustav o službe po opredeleniju ot pravitelstva, Izdanije 1896 goda, Svod zakonov Rossijskoj Imperiji*, St. Petersburg 1913. Vgl. *Korkunov, N., Rossijskoje gosudarstvennoje pravo*, St. Petersburg 1896, Bd. 2., S. 552f.

² Ebd., *Leroy - Beaulieu, A., Das Reich des Zaren und die Russen*, Bd. 2, Sondershausen 1887, S. 82f.

³ Ebd.

⁴ *Pipes, R., Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 118-130.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ *Dan, F., Proischozdenije bolševizma*, New York 1946, S. 443f.

⁸ Ebd.

Den Beamten des Zaren, die äußerlich viele Züge des preußischen Beamtentums kopierten, war nicht selten der etwas unpreußische Hang zur Korruption eigen¹. Allerdings ist das nur die halbe Wahrheit: Das Zarenreich verfügte besonders in den letzten Jahrzehnten seines Bestehens über durchaus fähige, qualifizierte und pflichtbewußte Verwaltungskräfte. Aus dem russischen Beamtentum gingen immerhin Staatsmänner vom Format Stolypins und Wittes hervor. Ferner schufen Finanzbeamte ein Finanzsystem, das vor dem Krieg zu den gestündesten der Welt gehörte². Das russische Beamtentum hielt ein Sechstel der Erdfläche mit 170 Millionen Bewohnern zusammen, obwohl ihr Bevölkerungsanteil um die Hälfte niedriger als in Deutschland war³. Offensichtlich verfügten sie trotz aller Mängel doch über Kenntnisse, die den Intellektuellen in Rußland völlig fehlten. Daß die Inteligenzija wenig vom Regieren verstand, zeigt die Tatsache, daß nach der Februarrevolution derselbe Staat und dieselbe Gesellschaft, die jahrhundertlang irgendwie von den Bürokraten zusammengehalten worden war, innerhalb von zwei, drei Monaten so gründlich auseinanderfiel, daß man im September 1917 nicht mehr von einem einheitlichen Staatsgebilde sprechen konnte.

Im Weltkrieg wurde die Tradition, die Öffentlichkeit von der Verwaltungstätigkeit auszuschließen, gebrochen. Es wurde schon erwähnt, daß Nikolaj II. auf die Kriegsbegeisterung im Lande Rücksicht nahm und die Gründung des Allrussischen Verbandes der Landtage, des sog. „Zemgor“ trotz seiner Verfassungswidrigkeit genehmigte⁴. Unter der Führung des Fürsten Lwow war das die erste Organisation außerhalb des Beamtentums, die offiziell eine Rolle in der Organisation der Landesverteidigung spielen durfte. Den Landtagen wurde gestattet, sich der Linderung der kriegsverursachten Nöte der Zivilbevölkerung zu widmen und die Versorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen zu organisieren⁵. Um seine humanitäre Mission hervorzuheben, erhielt der „Zemgor“ das Rote Kreuz zum Wappen und versorgte Millionen Flüchtlinge während des „Großen Rückzugs“. Er entwickelte sich während der zweiten Hälfte des Weltkrieges zu einer Organisation, die den Militärbehörden die Verwaltung der kriegsnahen Gebiete immer mehr aus der Hand nahm und deren Versorgung mitorganisierte. Die Verteilung der Lebensmittel an die Zivilbevölkerung und das Medizinwesen oblagen zunehmend dieser Organisation. Ihr Einfluß wuchs dermaßen, daß die Monarchie ihr sogar gestattete, Landtage auf nationaler Ebene einzuberufen. Das war in der russischen Geschichte ein Novum, dessen Bedeutung für das Erwachen des Nationalgefühls bei den Völkern des russischen Reiches kaum genug hervorgehoben werden kann. Zum ersten Mal ließ das „Völkergefängnis“ neben den Finnen und den Polen, die schon vor dem Krieg autonom waren, auch andere Volksgruppen Organisationen gründen, die eine nationale Selbstverwaltung ausüben konnten.

Ein zweites großes Zugeständnis der Monarchie war die Einbindung von Vertretern der Öffentlichkeit in die Arbeit der Rüstungsindustrie. Zu diesem Zweck wurde im Sommer 1915 der Sonderausschuß zur Landesverteidigung [*russ. Osoboje soveščanije po oborone strany*] gegründet, in dem die Vertreter der Staatsduma als völlig gleichberechtigte Mitglieder zusammen mit den Ministern wirkten und die Umstellung der Industrie des

¹ Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 13f.

² Vgl. Laue, Th. von., *Sergei Witte and the Industrialisation of Russia*, New York 1963, Thaden, E., *Russia Since 1801. The Making of a New Society*, London - New York 1971, S. 167-192, 315-340.

³ Weissman, N., *Reform in zarist Russia*, New Brunswick 1981, S. 11f., Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 13f.

⁴ Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 536-537. Jachontov A., *Tjaželyje dni*, in: *Archiv russkoj Revoluziji*, Bd. 18, Berlin 1928, S. 15f.

⁵ Pares, B., *The Fall of the russian Monarchy*, S. 195, 206 und 219.

Landes auf den Rüstungsbedarf leiteten¹. Dieses nach dem Vorbild des gerade gegründeten Munitionsministeriums in Großbritannien gegründete Gremium war in doppelter Hinsicht von großer Bedeutung. Einerseits versprach die Einbindung des Privatsektors eine schnellere und effizientere Erhöhung der Rüstungsproduktion, zum anderen gab das der Staatsduma die Gelegenheit, sich in den Prozeß der tatsächlichen Verwaltung des Landes aktiv einzuschalten². Der Vorsitzende des Gremiums war zwar ein Mann des Monarchen (in der Regel der Kriegsminister), jedoch hatte die Staatsduma das Recht, einen Dumaabgeordneten ihrer Wahl in den Ausschuß zu entsenden³. Um ihr Gewicht auf das Verwaltungsgeschäft auszubauen, wurden neben dem Sonderausschuß auch solche für Transport-, Brennstoff- und Nahrungsmittelversorgung errichtet, die ebenfalls weitgehend unter den Einfluß der Duma gestellt waren⁴. Der Verteidigungsausschuß verfügte über weitgehende Vollmachten. Er war unter anderem berechtigt, ineffiziente Großunternehmen zu konfiszieren, ihre Manager unabhängig von der Betriebsleitung zu entlassen, die Höhe der Vergütung der Belegschaft zu bestimmen und vieles mehr⁵. Die Macht des Verteidigungsausschusses zeigt schon die Tatsache, daß er zwei der größten Unternehmen Rußlands, die Putilov- und die Obuchowwerke verstaatlichte und ihre Umstellung auf die Rüstungsproduktion veranlaßte. Die Tätigkeit des Verteidigungsausschusses wurde ferner durch die Gründung des Zentralen Kriegsindustriekomitees [*russ. Zentralnyj vojenno promyšlennyj komitet*] ergänzt, welches fast ausschließlich aus Vertretern der Öffentlichkeit bestand⁶. Das Kriegsindustriekomitee wurde vom Dumaabgeordneten A. Gučkov geleitet, der als persönlicher Widersacher Nikolaus II. galt, und bezog seinen Sitz in Moskau. Obwohl Gučkovs Gremium ganz in privater Hand war, erhielt er weitgehende Vollmachten, die ihm große Macht über die kleineren und mittleren Industrieunternehmen verlieh. Das Komitee entfaltete eine rege Tätigkeit und errichtete im ganzen Land nicht weniger als 250 Geschäftsstellen. Es war offensichtlich bei der Umrüstung von nicht weniger als 1 300 Kleinunternehmen auf die Kriegsproduktion beteiligt. Außerdem vergab es staatliche Aufträge nach seinem Ermessen⁷.

Wie tiefgreifend die Einbindung der Öffentlichkeit in die Verwaltung des Landes war, zeigt auch die im Herbst 1915 erfolgte Gründung der sog. Zentralen Arbeitsgruppe [*russ. Zentralnaja rabočaja grupa*] unter dem Vorsitz des Menschewiken K. Gvosdev⁸. Diese Einrichtung erfaßte alle russischen Betriebe, deren Belegschaft mehr als 500 Personen zählte. Die Arbeiter der Großbetriebe wählten ihren „Betriebsrat“, der das Recht hatte, sich an der Führung seines Betriebes zu beteiligen⁹. Nach den Worten eines westlichen Historikers nahm durch die breite Einbindung der Öffentlichkeit „ein neues Rußland Gestalt an ... Die Beteiligung von Bürgern ohne Rang Seite an Seite mit den Rangträgern in den Regierungsinstitutionen und eine Einführung von Arbeitervertretern in

¹ Pares, B., *The Fall of the russian Monarchy*, S. 242f., Rodzjanko, M., *The Reign of Rasputin*, S. 132-139f.

² Beskrovnyj, L., *Armija i flot Rossiji v načale XX veka*, S. 71.

³ Sidorov, A., *Ekonomičeskoje položenije*, S. 102f. Die Mehrheit des Verteidigungsausschusses stellten Dumaabgeordnete und Privatpersonen, die vom Dumavorsitzenden Rodzjanko vorgeschlagen worden waren, vgl. Ščeglovitov, P. (Hrsg.), *Padenije zarskogo režima*, Bd. 7., S. 140f.

⁴ Kokovzov, *Iz mojego prošlogo*, Bd. 2., S. 41.

⁵ Ščeglovitov, P. (Hrsg.), *Padenije zarskogo režima*, Bd. 7., S. 140f.

⁶ Zu seiner Tätigkeit vgl. Pogrebinskij, A., in: *Istoričeskije zapiski*, Nr. 11., Moskau 1941, S. 150f., sowie Florinskij, M. *The End of the russian Empire*, Oxford 1931, S. 133f.

⁷ Pogrebinskij, A., in: *Istoričeskije zapiski*, Nr. 11., S. 160f.

⁸ Ausführlich zu der Zentralen Arbeitsgruppe vgl., Spiridovič, A., *Velikaja revoliuzija, 1914-1917g.g.*, Bd. 2., S. 177f.,

Pares, B., *The Fall of the russian Monarchy*, S. 382, Ščeglovitov, P. (Hrsg.), *Padenije zarskogo režima*, Bd. 4., S. 15f.

⁹ Ebd.

*das Industriemanagement waren Symptome einer stillen Revolution und insofern wirksam, als damit der bestehende Mangel beseitigt und nicht utopische Visionen realisiert wurden*¹.

Ebenfalls sehr wirksam gestaltete sich die Umstellung der Industrie auf die Kriegsproduktion. In Rußland gelang es innerhalb eines halben Jahres, die Munitionsproduktion erheblich zu steigern, so daß im Winter 1915/1916 der Munitionsmangel der Frontarmeen endgültig der Vergangenheit angehörte. Die Aufrüstung eines modernen Industriestaats ist ein Vierjahresprozeß, den Churchill einmal plastisch beschrieben hat: „*Im ersten Jahr fast nichts; im zweiten sehr wenig; im dritten eine ganze Menge; vom vierten an soviel man will*“². Demnach erreichte Rußland am Ende des zweiten Aufrüstungsjahres die „eine ganze Menge“ - Phase mit allen Aussichten auf „soviel man will“. Am besten läßt sich diese Entwicklung an der Produktion von Artilleriegeschossen ablesen, deren Fehlen so verhängnisvolle Folgen für die Frontarmeen 1915 gehabt hatte. Während die Industriekapazitäten im Sommer 1914 lediglich ausgereicht hatten, um jährlich 150 000 Artilleriegeschosse herzustellen, betrug deren Produktion im Sommer 1915 bereits 950 000 Stück monatlich und im Frühjahr 1916 schon 1,8 Millionen³. Waren die russischen Armeen 1914 mit einer Ration von ca. 800 Geschossen pro Artilleriekanone in den Krieg gezogen, betrug die durchschnittliche Anzahl der Geschosse pro Kanone im Frühjahr 1916 bereits durchschnittlich 3 500⁴. Auch die Produktion der Infanteriegewehre stieg steil an und erreichte im Herbst 1915 eine Million pro Jahr⁵. Damit gehörte die Munitionsknappheit 1916 bereits der Vergangenheit an, um so mehr, als die von den russischen Niederlagen aufgeschreckten Alliierten ab Spätherbst 1915 Rußland massiv mit Munition belieferten. Im Winter 1915/1916 erhielt Rußland von seinen Verbündeten über eine Million Infanteriegewehre und andere Ausrüstung, die mindestens 12 % des Bedarfs der Frontarmeen deckte⁶. Es wurde behauptet, daß die Wiederaufrüstung Rußlands in qualitativer Hinsicht weit hinter den Mittelmächten zurückgeblieben sei und daß dies die Niederlage des russischen Heeres mitbedingt habe⁷. Die in den Archiven abrufbaren Fakten klingen anders: Die Rüstungsproduktion stieg seit 1915 permanent auch in qualitativer Hinsicht an. Im Frühjahr 1916 waren die Frontarmeen des Zaren der technischen Ausrüstung nach etwa 1,5 Mal schwächer als die Ostarmeen der Mittelmächte zur selben Zeit. Im Frühjahr 1917 waren die Unterschiede bereits so unbedeutend, daß man bezüglich der Ausrüstung von quantitativer und qualitativer Gleichheit der Russen mit den Mittelmächten ausgehen muß⁸. Im Sommer 1917 verfügten die Russen bereits über ein Übergewicht, und das trotz der ausgebrochenen Revolution, die der Industrieproduktion des Landes einen Schlag versetzte. Die technische Überlegenheit der Mittelmächte über die Russen blieb zwar bis zum Ende des Krieges bestehen, aber nur in Waffengattungen wie z. B. der Luftwaffe. Jedoch war dieser Vorsprung von keiner großen Bedeutung im Hinblick auf die Kriegsführung an der Ostfront. Die modernen Waffengattungen hatten auf den Ausgang des 1. Weltkrieges kaum Einfluß, da sie auch im Westen noch zu primitiv waren, um alleine die Entscheidung herbeizuführen. Die Luftfahrt war noch auf einem sehr primitivem Entwicklungsniveau, die Produktion von Panzern, die 1918 eine

¹ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 405.

² Zitiert bei Haffner, S., *Der Selbstmord des Deutschen Reiches*, München - Wien 1970, S. 45.

³ Sidorov, A., *Ekonomičeskoje položenije*, S. 117f.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Manikovskij, A., *Bojevoje snabženije ruskoj armiji v mirovuju vojnu*, Bd. 1., Moskau 1930, S. 132.

⁷ Golovin, N., *The Russian Army in the World War*, S. 126-162.

⁸ Pares, B., *The Fall of the Russian Monarchy*, S. 373f.

entscheidende Rolle gespielt haben, war in Deutschland ebenfalls noch nicht angelaufen¹. Die russischen Flugzeuge, wie das von Sikorskij konzipierte Flugzeug „Ilja Murometz“, waren manchen Maschinen der Mittelmächte technisch sogar überlegen, denn sie wurden von mehreren Motoren angetrieben. Theoretisch waren die Russen waffentechnisch sogar im Vorteil, weil sie mit Kriegsgerät aus dem Westen beliefert wurden; die Westalliierten ihrerseits waren den Deutschen nicht nur quantitativ mehr als doppelt überlegen, sondern besaßen auch einen qualitativen Vorsprung auf diesem Gebiet².

Auch gelang es der russischen Armee erstaunlich schnell, sich wieder zu fangen. Im Herbst 1915 wurde der Vormarsch der Mittelmächte nach Osten gestoppt und sie vermochten bis zur Auflösung des russischen Fronttheeres im Sommer 1917 keine Territorialgewinne mehr zu erzielen. Als man auch an der Ostfront zum Positionskrieg überging, waren die russischen Armeen am Rande der Auflösung. Als die Ostoffensive abklang verfügten die Russen manchen Schätzungen zu Folge an ihrer riesigen Front, die sich von Murmansk bis zur rumänischen Grenze erstreckte, nur über ca. 800 000 Mann³. Sie wurden im Winter 1915/1916 durch die Einberufung von 1,8 Millionen frischer Rekruten verstärkt⁴. Im Frühjahr 1916 erfolgte eine neue Einberufungswelle, so daß die Armeen an der Front bereits ca. 4,5 Millionen Mann zählten, mit weiteren 1,5 Millionen in den Trainingslagern des Hinterlandes. Im Prinzip war die russische Armee im Frühjahr 1916 zahlenmäßig sogar stärker, als vor Beginn der Ostoffensive⁵.

Diese Entwicklung blieb in Deutschland nicht unbemerkt und sorgte für Verwirrung. Der Ostfeldzug hatte wider Erwarten keine Kriegsentscheidung mit sich gebracht. Die Russen konnten es sich wie kein anderer Staat Europas leisten, aufgrund ihrer geopolitischen Lage nicht nur große Flächen ihres Landesgebietes zu opfern, sondern verfügten zudem über genügend Ressourcen, die Menschenverluste an der Front auszugleichen. Die neuen Pläne der Mittelmächte für das Jahr 1916 sahen deshalb vor, vom russischen Kriegsschauplatz abzusehen und eine Entscheidung an der Westfront zu suchen⁶. In den Stäben der Mittelmächte hielt man die Russen aber für dermaßen demoralisiert, daß man von ihnen keine ernsthaften Schwierigkeiten mehr erwartete⁷.

Die russische Kriegsmaschinerie ließ auch nach zwei Jahren der Kriegführung viel zu wünschen übrig und verzeichnete Mißstände, die schon nach Niederlage schmeckten. Vor allem die oberste Etage der Heeresleitung war so ineffizient organisiert, wie in keiner anderen kriegführenden Großmacht Europas, außer vielleicht Österreich-Ungarn. Es ist bereits erwähnt worden, daß die Heere der europäischen Großmächte mit Ausnahme Frankreichs vor dem Weltkrieg veraltete Führungsmethoden wieder eingeführt hatten, die weder modern, noch effizient waren. Nach der Niederlage an der Marne erkannten die Deutschen ihre Führungsschwächen und organisierten das veraltete Modell der Einigungskriege den neuen Anforderungen entsprechend so um, daß die Kommandeure beim Kampffeld blieben und Entscheidungen nach Augenschein trafen. Nichts dergleichen geschah in Rußland. Die russischen Kommandeure der Fronten residierten auch 1916

¹ **Rosenberg, A.**, *Entstehung der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 1974, S. 202f.

² **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 163-172.

³ **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 6f.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Brief Mackensens vom 02. 06. 1915 an Wilhelm II. bei: **Schwarz Müller, T.**, *General August von Mackensen*, S. 114.

⁷ **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd.10., S. 1-42, **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 3., S. 113f., **Falkenhayn, E., von**, *Die oberste Heeresleitung*, S. 30-41f.

weit hinter der Frontlinie und befehligten ihre Truppen mittels Direktiven, so als habe es die Erfahrungen der letzten beiden Kriegsjahre nicht gegeben¹.

Noch schwerer wog die ineffiziente Machtverteilung an der Spitze der russischen Militärmaschinerie. Seit Winter 1915/1916 war die gesamte Streitmacht Rußlands in drei Fronten organisiert. An der Spitze der Militärhierarchie befand sich die vom Oberkommandierenden angeführte Stawka, die gemeinsam mit den Stäben der drei Fronten für die Kriegführung zuständig war². Ursprünglich hatte diese Einteilung wohl effektivste Kriegführung verheißen; immerhin griff auch zu Beginn des II. Weltkrieges die UdSSR auf diese Organisationsform zurück. Auch die Rote Armee wurde 1941 von der Stawka geführt, die die Anstrengungen der Stäbe dreier Fronten koordinierte und die Operationen leitete³. Diese Ähnlichkeit in der Heeresorganisation beider Weltkriege besteht aber nur auf den ersten Blick: Die Stawka des Zaren übte den Oberbefehl nur formal aus, denn die tatsächliche Macht war in den Händen der Frontkommandeure und ihrer Stäbe⁴. Im II. Weltkrieg befand sich die Kommandogewalt ausschließlich in der Hand des Oberkommandos in Moskau. Ein Kenner der Materie verglich die Frontkommandeure im I. Weltkrieg mit „*eigenständigen feudalen Herrschern*“ [russ. *Udelnyje knjazja*], von denen jeder im Grunde „*seinen privaten Krieg*“ führte⁵. Die organisatorische Autonomie der Frontkommandeure und ihrer Stäbe ging im I. Weltkrieg so weit, daß sie nicht nur Operationen planten, sondern eigenständige Strategien entwickeln und verfolgen durften⁶. Das Fehlerhafte an dieser Praxis zeigt die von den Kommandeuren der Nord- und Westfronten sabotierte Generaloffensive von 1916 und ihr offensichtliches Versagen im Februar 1917; so wachten die Anführer Rußlands im II. Weltkrieg eifersüchtig darüber, daß die Kommandeure der Fronten die Befehle des Hauptquartiers befolgten und in ihren Befugnissen eingeschränkt waren⁷.

Eine weitere negative Erscheinung war die gesundem Menschenverstand zuwiderlaufende Beförderungsregelung. Während in allen kriegführenden Großmächten ausschließlich die Qualifikation des Aspiranten entscheidend war, gaben in Rußland Dienstgrad und Dienstalter nicht minder den Ausschlag⁸. Während es in der deutschen Armee des I. Weltkrieges Offiziere gab, die - wie Max Hoffmann - als Leutnant in den Krieg gezogen waren und das Kriegsende als General erlebten, konnte die Leitung des russischen Heeres bis zur Revolution keine ähnlichen Fälle vorweisen⁹. Die Beförderung an die Spitze der Militärhierarchie der russischen Frontarmeen erfolgte selbst im dritten Kriegesjahr noch aus den Reihen der „Dienstärtesten“ und „Ranghöchsten“ und berücksichtigte wenig die Talente, die sich entfalteten¹⁰. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Besetzung der Posten aller drei Frontkommandeure. Die Südfront befehligte bei Kriegsausbruch der ziemlich betagte General Ivanov, der schon vor dem Krieg einen hohen Posten in der russischen Militärhierarchie bekleidet

¹ Kersnovskij, A., *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 172f.

² Ebd.

³ Zur Organisation des russischen Heeres im 2. Weltkrieg vgl. Žukov, G., *Erinnerungen und Gedanken*, Salzburg 1969, S. 275-282.

⁴ Kersnovskij, A., *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 172f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Žukov, G., *Erinnerungen und Gedanken*, S. 275-282.

⁸ Wrangel, P., *Zapiski. Smuta i razval armiji*, Moskau 1994, S. 181f.

⁹ Hoffmann begann den Krieg als Stabsoffizier der 8. Armee in Ostpreußen. Nach der Abberufung Hindenburgs in die OHL im Sommer 1916 wurde er zum Stabschef des "Oberost" Luitpold von Bayern und damit tatsächlicher Oberkommandierender der Streitmacht Deutschlands im Osten, vgl. Hoffmann, M., *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, München 1923.

¹⁰ Wrangel, P., *Zapiski*, S. 181f.

hatte. Manche Militärbeobachter bescheinigten ihm bei Kriegsausbruch zwar scharfen Verstand und schnelle Auffassungsgabe, jedoch war er gegen Kriegsende merklich verbraucht. Alle Fäden zog sein Stabschef Aleksejev, so daß der fachlich weniger kompetente Ivanov im Laufe der Zeit immer mehr zum einfachen Statisten degradiert wurde¹. Jedoch bekleidete Ivanov bis zum Winter 1916 seinen Posten, obwohl zu dieser Zeit gerade in den Stäben der Südfront weit fähigere Militärs zur Verfügung standen und Ivanov aufgrund der enormen psychischen Belastung zweier Kriegsjahre und seiner 66 Jahre offensichtlich nicht mehr den Anforderungen standhielt². Noch bezeichnender ist die Besetzung an der Nordfront. Den Rückzug aus Polen im Sommer 1915 hatte Aleksejev geleitet, der wohl fähigste strategische Kopf Rußlands. Als Nikolaj II. aufgrund der Niederlagen an der Front und der immer angespannter wirkenden Lage im Inneren des Landes Großfürst Nikolaj Nikolajewič entließ und im Spätherbst 1915 selbst den Posten des Oberkommandierenden übernahm, ernannte er Aleksejev zu seinem Stabschef. Nach dessen Abgang besaß die Nordfront in General Plehwe für kurze Zeit einen würdigen Kommandeur. Bis auf die ersten Kriegsmonate war Plehwe gegen die Deutschen eingesetzt und bewährte sich glänzend als einer der wenigen russischen Generäle des I. Weltkrieges, die den Deutschen eine Reihe empfindlicher Niederlagen zufügten³. Als aber Plehwe kurz nach seiner Ernennung im März 1916 starb, kehrte man bei der Auswahl seines Nachfolgers wieder zur alten protektionistischen Praxis zurück. Den Posten erhielt General Kuropatkin, der als Kriegsminister um die Jahrhundertwende die russische Militärhierarchie angeführt hatte und als Oberkommandierender im Krieg gegen Japan unfähig gewesen war. Witte charakterisierte Kuropatkin noch um die Jahrhundertwende mit folgenden Worten: *„Kuropatkin war ein talentierter Verwaltungsmann. Er war auch ein sehr guter, ergebener und außerordentlich furchtloser Offizier, der allerdings als Armeeführer in Kriegszeiten absolut untauglich war. Kuropatkin war furchtlos in dem Sinne, daß er den Tod nicht fürchtete, aber er war zugleich auch ein Feigling, und zwar in dem Sinne, daß er nicht in der Lage war, in einer schwierigen Situation die Verantwortung zu übernehmen“*⁴. Ähnlich urteilten auch andere Russen. Knox hörte mehrmals von verschiedenen Frontoffizieren die Meinung, die Reaktivierung Kuropatkins sei als ob *„die Franzosen Bazaine und die Österreicher Benedek wiederauferstehen ließen“*⁵. Es ist schwer zu sagen, was Nikolaj II. bewogen hat, diesem Mann sein Vertrauen zu schenken, dessen kurze Tätigkeit schnell zeigte, daß Witte mit seiner Charakteristik recht hatte. Kuropatkin versagte als Kommandeur der Nordfront vollkommen, erwies sich allerdings als Gouverneur von Turkestan, wohin er im Herbst 1916 gesandt wurde, als glänzender Organisator. Nach seiner Absetzung ernannte man General Russkij wieder zum Kommandeur der Nordfront.

Der dritte Spitzenmilitär der Russen war General Ewert, der Kommandeur der erst im Herbst 1915 geschaffenen Westfront, die im Mittelabschnitt der riesigen Ostfront operierte⁶. Als Nachfahre eines russifizierten schwedischen Adelsgeschlechts war Ewert zwar ein strammer Monarchist mit konservativem Einschlag, dafür aber auch nur ein sehr mittelmäßiger Fachmann. Zwar hatte sein Wirken während des Weltkrieges keine Schlappen zu verzeichnen wie das von Russkij, jedoch fehlten auch ihm die Eigenschaften, die es zum

¹ Zu Ivanov vgl., **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 49-51.

² **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 204f. sowie S. 393-394.

³ Vor allem in den Schlachten von Lodz und Prasnysz, vgl. **Pares, B.**, *The Fall of the russian Monarchy*, S. 352f.

⁴ **Witte, S.**, *Vospominanija*, Bd. 2., S. 156.

⁵ **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 394.

⁶ Zu seiner Person vgl. **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 352f.

erfolgreichen Anführen eines Stabes bedurft hätte. Dies sollte während der russischen Offensive 1916 mehr als deutlich werden.

Abgesehen von den schwerwiegenden organisatorischen Mängeln der Militärführung hatte die russische Armee dennoch in den etwas mehr als zwei Kriegsjahren dazugelernt¹. Während des ganzen Rückzuges von 1915 war es ihren Anführern gelungen, die Einkesselung und Gefangennahme großer Einheiten zu verhindern. Militärische Niederlagen führte man auf Munitionsknappheit zurück, was ihre psychologische Verkräftung erlaubte; mit der Stabilisierung der Frontlinie und der Behebung der Engpässe gerieten sie zunehmend in Vergessenheit². Dieser Prozeß ging dermaßen schnell vor sich, daß ab dem Winter 1915/1916 wieder ehrgeizige Pläne entworfen wurden. Aleksejev erkannte den größten strategischen Fehler seines Vorgängers, Großfürst Nikolaj Nikolajewič, der den stärkeren der beiden Kontrahenten Rußlands an der Westfront zu besiegen gesucht hatte. Aleksejev ging davon aus, daß Rußlands Militärpotential besser in Angriffen auf die schwächeren Stellen der Gegner verwendet werden konnte. Nach der Ausschaltung Österreich-Ungarns - so Aleksejews Argumentation - würde auch Deutschland aufgeben müssen, das den Krieg nicht im Alleingang den Krieg führen konnte. Inwiefern die strategischen Ansichten Aleksejews richtig waren, sollte sich später zeigen, als der Zusammenbruch des Bundesgenossen die OHL 1918 nötigte, den Krieg als verloren aufzugeben.

Zu diesem Zweck begannen Aleksejev und die Stawka eine Generaloffensive gegen Österreich-Ungarn zu planen, die im Frühjahr 1917 beginnen sollte, sobald die russische Armee an Truppen und Ausrüstung den Mittelmächten überlegen war³. An der Südfront wurde ein Punkt ausgewählt, der leicht zu durchbrechen war und anschließend große Entwicklungsmöglichkeiten geboten hätte. Wegen der schlechten Bahnverbindungen auf ihrer Frontseite hätten die Deutschen auch wenig Chancen gehabt, Unterstützung herbeizuführen. Ferner wurde der langfristigen Geheimhaltung der Konzentration von Truppen und Kriegsgerät vor der feindlichen Erkundung viel Aufmerksamkeit geschenkt. Zum ersten Mal in diesem Krieg blieben Truppenbewegungen bis zum letzten Augenblick von ihren Kontrahenten unbemerkt⁴. Welche Gefahren die neue Stawka den Mittelmächten bereitet hätte, zeigt die spätere Entwicklung dieses Krieges. Als nach der Februarrevolution die revolutionäre Führung Rußlands eine groß angelegte Offensive (die sog. Kerenskijoffensive) zu starten beschloß, tat sie dies genau an der Stelle, wo Aleksejev seinen Durchbruch vorbereitet hatte⁵. Obwohl die Armee Rußlands wegen der revolutionären Stimmung ihre Kampfkraft fast völlig eingebüßt hatte und eigentlich keine reelle Gefahr für die Mittelmächte mehr darstellte, gelang es ihnen mit verblüffend geringen Verlusten, die Front der Österreicher spielend leicht zu durchbrechen⁶. Wie die Ereignisse sich entwickelt hätten, wäre an dieser Stelle statt des demoralisierten revolutionären Haufens eine organisierte militärische Streitmacht aufgetreten, ist leicht auszumalen; immerhin brachen die Russen auch im II. Weltkrieg über die südliche Flanke nach Europa ein⁷.

Die Taktik Aleksejews hing an der Untätigkeit seiner Gegner. Die preußischen Generäle besaßen aber mehr Energie, als die russischen und französischen zusammengenommen; sie waren auch nicht geneigt, dem

¹ Pares, B., *The Fall of the Russian Monarchy*, S. 335f.

² Ebd.

³ Bubnov, A., *V zarskoj stavke. Vospominanija admirala Bubnova*, New York 1955, S. 201f.

⁴ Bubnov, A., *V zarskoj stavke*, S. 203f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Žukov, G., *Erinnerungen und Gedanken*, S. 511-575.

methodisch vorgehenden Aleksejev ein ganzes Jahr Verschnaufpause zu gönnen. Bereits im Februar 1916 begannen sie ihre hartnäckige Offensive auf Verdun, wo sie Frankreich zu besiegen hofften¹. In dieser Situation zeigte sich, daß Rußland infolge seiner militärischen Niederlagen in den Augen seiner westlichen Verbündeten erschreckend an Gewicht verloren hatte². Als die Lage vor Verdun für die Franzosen so bedrohlich wurde, daß ihre Front einzubrechen drohte, erzwangen sie von den Russen die Zusage, eine Entlastungsoffensive zu starten. Diese wurde zwischen 15. und 26. März, inmitten des Frühjahrs der Weglosigkeit ohne jegliche Aussicht auf Erfolg durchgeführt³. Deutsche Quellen vermerken, daß der russische Entlastungsangriff im Frühjahr am Naroschsee „mit einem Trommelfeuer (einsetzte), wie man es im Osten noch nie erlebt hat“⁴; die Deutschen unterließen die beabsichtigte Truppenverschiebung von der Ostfront nach Verdun. Den Russen kostete ihre „Bündnistreue“ 90 000 Mann, davon 35 000 Tote⁵. Aber das befriedigte die Franzosen nicht. Sie schickten eine Delegation unter dem Vorsitz des Senators Doumergue nach Rußland und forderten die Entsendung von 300 000 russischen Soldaten an die Westfront, die unter französischem Kommando Sturmseinheiten bilden sollten⁶. Ansonsten drohte man unzweideutig, die französischen Militärlieferungen einzustellen, für die Rußland bereits bezahlt hatte⁷. Selbst Stalin, der im II. Weltkrieg wahrlich keine Skrupel zeigte, seine Staatsbürger als „Kanonenfutter“ einzusetzen, wagte es nicht, russische Soldaten ins Ausland zu schicken, geschweige denn, sie ausländischen Offizieren unterzuordnen. Obwohl Aleksejev Doumergues Forderung nach 300 000 Soldaten verwarf, stellte er den Franzosen drei Infanteriebrigaden zur Verfügung und versprach, im nächsten Jahr fünf weitere nachfolgen zu lassen⁸. Diese Einheiten wurden zwar - den Forderungen der Franzosen zum Trotz - samt Offizieren, als geschlossene Militärformationen entsandt, aber der Vorfall zeigte, daß die Prinzipienlosigkeit der russischen Armeeführung eine ehrenhafte Behandlung oder Respekt erschwerte. Diese Entwicklung hatte für die russische Kriegsführung Folgen. Das französische Armeekommando und insbesondere sein Oberkommandierender Joffre hielt ohnehin an der Meinung fest, daß bis 1916 „alleine die Franzosen die ganze Kriegslast trugen“ und forderte mehr Engagement russischerseits in der „gemeinsamen Sache“⁹. Um ihren Forderungen Wirkung zu verleihen, organisierten die Franzosen in Chantilly eine Konferenz der alliierten Militärvertreter und erzwangen dort den Beschluß, noch 1916 eine Generaloffensive sowohl im Osten als auch im Westen zu starten¹⁰. Die Westalliierten verpflichteten sich, an der Somme in die Offensive zu gehen und verlangten von den Russen nicht nur, daß sie ihre Offensive vorverlegten, sondern auch, sie in Weißrußland

¹ Ausführlich dazu vgl. **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 1., S. 392-425.

² **Russische Kriegsgeschichtliche Kommission (Hrsg.)**, *Strategičeskij očerk vojny 1914-1918 g.g.*, 7 Bde., Moskau 1923, Bd. 7., S. 31f.

³ Zu den Operationen am Naroschsee vgl. **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 10., S. 424-439, **Rutherford, W.**, *The Tsar's War*, S. 200-203.

⁴ **Hoffmann, M.**, *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, S. 135. Der gut informierte britische Militärattaché notierte in seinem Tagebuch, daß während dieser Operation die Russen zum ersten Mal in diesem Krieg technisch den Deutschen ebenbürtig waren, vgl. **Knox, A.**, *With the Russian Army 1914-1917*, S. 411f.

⁵ **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 30f.

⁶ **Russische Kriegsgeschichtliche Kommission (Hrsg.)**, *Strategičeskij očerk*, Bd. 7., S. 31f. **Paléologue, M.**, *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S. 456-458.

⁷ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanie imperatora Nikolaja II*, S. 573.

⁸ Ausführlich dazu vgl. **Valentinov, N. (Hrsg.)**, *Snošenija s sojuznikami po vojennym voprosam vo vremja vojny 1914-1918 g.g.*, Moskau 1923., Paléologue spricht allerdings von einer Infanteriebrigade, vgl. **Paléologue, M.**, *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S. 465-466.

⁹ Vgl. Den Bericht des russischen Militärattachés in Frankreich General Žilinskij an General Aleksejev vom 31. Dezember 1915 in: **Meždunarodnyje otnošenija v epochu Imperializma**, Bd. 9. S. 166f.

¹⁰ Zur Konferenz von Chantilly vgl. **Valentinov, N. (Hrsg.)**, *Snošenija s sojuznikami po vojennym voprosam vo vremja vojny 1914-1918 g.g.*, Moskau 1923, **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 10., S. 44-49.

durchzuführen¹. Somit gab Joffre den Russen sogar die Offensivrichtung vor. Die Stawka und Aleksejev gaben haltlos nach. Durch ihren Militärattaché in Frankreich, General Žilinskij, sagten sie nicht nur zu, eine Offensive großen Stils bereits im Frühsommer 1916 zu beginnen, sondern auch, den Hauptschlag gegen die deutschen Kontingente wie gewünscht in Weißrußland zu verrichten². Die französischen Alliierten behandelten die Generäle des Zaren wie senegalesische Korporäle und die Generäle ihrerseits zeigten, daß sie eine bessere Behandlung auch gar nicht verdient hatten.

Den französischen Wünschen entsprechend organisierte die Stawka dann auch die Frühjahrsoffensive von 1916. Seit dem Winter wurden die Kräfte an den russischen Fronten so eingeteilt, daß ca. 70% im Norden aufmarschierten und nur 30% an die Südfront kamen³. Um die Offensivchancen zu steigern, setzte Aleksejev beim Zaren die Absetzung General Ivanovs durch und besetzte die Leitung der Südfront mit dem als energisch geltenden Aleksej Brusilov⁴. In den ersten Apriltagen fand in der Stawka eine Konferenz statt, in der man die Frontkommandeure mit dem Plan der Generaloffensive bekannt machte und über eine sinnvolle Vorgehensweise beriet⁵. An dieser Tagung nahmen die Kommandeure aller drei Fronten samt ihren Stabschefs teil, sowie die Vertreter der Stawka mit Nikolaj II. an der Spitze und dem abgesetzten General Ivanov, der als Sachverständiger hinzugezogen wurde. Diese Konferenz ist von besonderem Interesse, denn sie wirft ein bezeichnendes Licht auf die russische Militärhierarchie des I. Weltkrieges. Aleksejev schlug vor, den Hauptschlag durch die Westfront in Richtung Wilna durchzuführen. Er sollte von den Armeen der Nordfront unterstützt werden. Der Südfront war eine passive Rolle zgedacht. Die Kommandeure der Nord- und Südfronten, Kuropatkin und Ewert, plädierten aber gegen die Offensive überhaupt⁶. Kuropatkin hatte schon während des russisch-japanischen Krieges keine große Offensive geführt, Ewert hielt das Truppenverhältnis an seinem Frontabschnitt für „ungünstig“, obwohl seine ca. 400 000 Soldaten nur 90 000 Deutsche (freilich in guten Verteidigungspositionen) vor sich hatten⁷. Einzig Brusilov sprach sich für die Offensive aus und bat Aleksejev, auch seine Front einzusetzen⁸. Der durch die Absprachen von Chantilly gebundene Aleksejev verwarf aber die Argumente Ewerts und Kuropatkins, passiv zu bleiben und schrieb ihnen vor, für den 18. Mai 1916 beide Fronten für eine Generaloffensive bereitzustellen. Man einigte sich auch auf einen konkreten Operationsplan. Die Offensive sollte an der Südfront mit einer „Demonstration“ beginnen und möglichst viele Kräfte der Mittelmächte von ihren nördlichen Sektoren an sich ziehen. Ewert wurde befohlen, mit der Westfront den Hauptschlag auszuführen, den Kuropatkin mit der Nordfront offensiv zu unterstützen hatte. Der kombinierte Schlag mit drei beteiligten Fronten sollte den gigantischen Operationen der Sowjetunion während des II. Weltkrieges als Vorbild dienen^{9*}. Die Konferenz endete mit einer sehr bezeichnenden Szene. Nach der Beratung ging Ivanov zum Zaren und bat ihn mit Tränen in den Augen, der Südfront die Beteiligung an der Offensive zu untersagen. Kuropatkin stellte seinerseits Brusilov zur Rede, warum er sich denn anbiete, obwohl die Südfront ursprünglich nicht in der Offensive vorgesehen war. Wenn man

¹ Ebd.

² **Bubnov, A.**, *V zarskoj stavke*, S. 204f.

³ **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 10., S. 429, **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S.32f.

⁴ **Brusilov, A.**, *Moji vospominanija*, S. 203f., **Bubnov, A.**, *V zarskoj Stavke*, S. 203.

⁵ **Klembovskij, V.**, *Strategičeskij očerk vojny 1914-1915 goda*, Moskau 1920, S. 29f., **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 432f., **Brusilov, A.**, *Moji vospominanija*, S. 209-212f.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. **Žukov, G.**, *Erinnerungen und Gedanken*, S. 470-511 und 511-541.

Brusilovs Erinnerungen Glauben schenken will, sagte Kuropatkin u.a. auch folgendes: „*Weshalb sind sie so scharf darauf, freiwillig Unannehmlichkeiten zu riskieren? Sie können ihren Posten verlieren und auf jeden Fall ihre ausgezeichnete Reputation als fähiger Truppenführer einbüßen, sollte ihre Offensive scheitern. Ich würde an ihrer Stelle mit aller Kraft versuchen, unbeteiligt zu bleiben, denn diese Offensive kann ihnen nur das Genick brechen, persönlichen Nutzen daraus können sie aber gleichzeitig kaum erhoffen*“¹.

Die Vorbereitung der Großoffensive verlief indessen vorbildlich. Die für den Hauptschlag vorgesehene Westfront war zahlenmäßig den Deutschen mehr als doppelt überlegen. Letztere hatten zwar ihre Stellungen an der Ostfront beträchtlich befestigt, jedoch war ihre Ausgangslage mehr als bedrohlich. Die Russen konzentrierten vor ihren Linien ihre gesamte Schwerartillerie, die zum ersten Mal in diesem Krieg der deutschen ebenbürtig war². Auch die Südfront bereitete sich so gut wie noch nie auf die Offensive vor. Nach dem Zeugnis eines ausländischen Beobachters „*waren die von Brusilovs Stab angeordneten Vorbereitungen so gründlich, wie man es bislang an der Ostfront noch nicht erlebt hatte. Die Frontgräben wurden immer weiter vorangetrieben, an manchen Stellen bis zu 300 Schritt vor die feindlichen Linien. Riesige Unterstände für Reservetruppen wurden errichtet, dabei wurden die Positionen mit Erdwällen versehen, die so hoch waren, daß feindliche Kanoniere nicht ausmachen konnten, was hinter ihnen vorging. Man stellte hinter der Frontlinie exakte Modelle der österreichischen Gräben her, an denen die russischen Soldaten gründlich ausgebildet wurden. Die Luftaufklärung wurde zum ersten Mal von den Russen aktiv eingesetzt, so daß alle Stellungen österreichischer Batterien genauestens vermerkt waren*“³.

Leider wird in der heutigen Geschichtsschreibung der Brusilovoffensive zu wenig Bedeutung zugemessen, obwohl sie endgültig die Wehrkraft Österreich-Ungarns brach, so daß es ab Sommer 1916 nicht mehr als ernstzunehmende militärische Kraft auftreten konnte⁴. Es wird heute auch gerne übersehen, daß die Brusilovoffensive eine Art „Stalingrad“ des I. Weltkrieges darstellt, die den russischen Armeen neuen Geist einhauchte. Sie machte ferner Epoche und brachte die Kriegführungsmethoden des I. Weltkrieges aus der Sackgasse heraus, in der sie sich bis zum Sommer 1916 befunden hatten, und die denkbar primitiv waren. Die in dieser Hinsicht am geschicktesten operierenden Deutschen wurden lange Jahre vor dem Krieg auf ein einheitliches Vorgehensmuster gedrillt. Ihre an Schlieffens Lehren geschulten Offensiven liefen in der Regel so ab, daß man große Truppenkontingente an den Flanken konzentrierte und versuchte, die feindliche Front durch eine Umfassungsaktion einzukesseln⁵. Diese Methode war im deutschen Militärdenken dermaßen verankert, daß alle großen deutschen Operationen des I. Weltkrieges nur nach diesem Muster ausgeführt wurden, was dem Gegner die Defensivarbeit erheblich erleichterte. Die französischen, englischen oder auch russischen Generäle der ersten Kriegshälfte waren in dieser Hinsicht noch einfallsärmer. Sie konzentrierten ihre Mittel ebenfalls auf einen bestimmten Frontabschnitt und versuchten, die Front frontal zu durchbrechen. Danach hofften sie nur noch darauf, daß der Feind seine gesamte Linie zurückzog und sie zuhause von ihren Geländegewinnen berichten konnten. Die Konzentrierung großer Truppenmassen war aber gerade der schwache Punkt der Kriegführung. Sie wurde immer

¹ Brusilov, A., *Moji vospominanija*, S. 212.

² Knox, A., *With the russian Army 1914-1917*, S. 432-437, **Reichsarchiv (Hrsg.)**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd.10., S. 429.

³ Stone, N., *The Eastern Front, 1914-1917*, S. 238.

⁴ Hoffmann, M., *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, S. 138f., **Rauchensteiner, M.**, *Der Tod des Doppeladlers*, S. 213-214f.

⁵ Ebd.

noch vor Beginn der Offensive aufgedeckt, mit dem Ergebnis, daß keine Offensive des I. Weltkrieges, weder an der West- noch an der Ostfront den Gegner jemals überraschen konnte. Der Überraschungseffekt ging verloren und die angreifende Seite mußte gegen den gut vorbereiteten Feind und seine gut ausgebauten Defensivstellungen antreten. Unter diesen Umständen waren sogar die Russen ohne Munition in der Lage gewesen, ihre Armeen während der Ostoffensive von 1915 zurückzuziehen. Die russische Großoffensive im Sommer 1916 war auch insofern eine qualitativ ganz neue Erscheinung, als zum ersten Mal in diesem Krieg der Versuch unternommen wurde, den Feind gleichzeitig an allen Fronten zu attackieren, damals eine höchst unkonventionelle Vorgehensweise, die später Schule machen sollte¹. Hier soll der Hinweis genügen, daß die großen Offensiven der Roten Armee im II. Weltkrieg in taktischer Hinsicht nichts anderes als weiter entwickelte Brusilovoffensiven waren.

Die russische Südfront erstreckte sich 1916 auf einer mehr als 300 Kilometer langen Linie zwischen den Pripjatsümpfen und der rumänischen Grenze und besaß vier von Norden nach Süden gezählte Armeen mit den Nummern 8, 11, 7 und 9. Hier waren die Russen ihren Gegnern zahlenmäßig nicht überlegen². Südlich der Pripjatsümpfe waren 39 russische Infanteriedivisionen 38 Infanteriedivisionen der Mittelmächte gegenüber aufmarschiert³. Im Norden der Südfront stand die 8. Armee der gemischten deutsch-österreichischen Heeresgruppe des preußischen Generals Linsingen gegenüber. Der 7. Armee in der Mitte des Frontabschnitts gegenüber war die von General Borthmer angeführte deutsche Südarmee zu finden. Die anderen Frontabschnitte wurden ausschließlich von den Österreichern besetzt. Militärisch unterstanden die südlich von Pripjat operierenden Armeen der Mittelmächte dem österreichischen Hauptquartier in Teschen mit Erzherzog Friedrich und seinem Stabschef Conrad von Hötzendorf an der Spitze⁴.

Die topographischen Bedingungen waren denkbar schwierig. Das Gelände war an vielen Stellen von Sümpfen und Flüssen durchzogen und galt allgemein als schwer durchquerbar. Die sehr niedrige industrielle Entwicklung dieser Gebiete hatte auch einen schlechten Zustand der Kommunikationswege zur Folge. Es gab nur wenig brauchbare Straßen, die Bahnverbindungen waren ebenfalls schlecht. Zudem hatten die Mittelmächte ihre Befestigungen entlang der Frontlinie seit dem Ende der Ostoffensive von 1915 permanent ausgebaut. Insgesamt galten die Positionen südlich von Pripjat als uneinnehmbar⁵. In Wien wurde sogar eine Ausstellung eröffnet, in der man sich durch Aufnahmen mit den Festungen bekannt machen konnte. Auch Brusilov schätzte die Verteidigungslinien der Mittelmächte gegen seine Front als sehr gut ein: *„Wir haben festgestellt, daß die feindlichen Positionen gründlich und gut organisiert waren. Über die ganze Frontlänge hatten sie nie weniger als drei Befestigungslinien, die 3 - 5 Kilometer hintereinander aufgebaut waren. Jede einzelne Befestigungslinie bestand aus nicht weniger als drei Reihen von Schützengräben, die - abhängig von der Konfiguration des Geländes - 150 - 300 Meter hintereinander lagen. Alle Schützengräben waren so tief, daß die feindlichen Soldaten stehend agieren konnten, und überall waren sie reichlich mit Verstecken, Bunkern und Maschinengewehrnestern versehen. Es existierte ein sehr gut ausgebautes Netz von Kommunikationsgängen zwischen den verschiedenen*

¹ Ebd.

² Vgl. Reichsarchiv (Hrsg.), *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd.10., S. 429, Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 432-438.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

Linien. Die feindlichen Schützengräben waren ferner so konzipiert, daß alle Zugänge zu ihnen sehr gut von Maschinengewehrfeuer beschossen werden konnten. Die Bunker waren sehr gründlich erbaut und boten beinahe vollkommenen Schutz vor der feindlichen Artillerie. Sie hielten sogar dem Beschuß durch Schwerartillerie teilweise stand. Es gab zahlreiche Betonbauten ... An manchen Stellen waren die Bunker sogar komfortabel. Die Wände und Decken waren mit Holz verkleidet, die Böden gegen Nässe isoliert. Wo die Lage es gestattete, gab es Fenster, die größtenteils verglast waren. Es gab dort sogar Heizung. Die Kommandeure erhielten Räumlichkeiten mit 3 - 4 'Zimmern' pro Person, die nicht selten mit gefärbten Böden und tapezierten Wänden versehen waren. Jede einzelne Verteidigungslinie war reichlich mit Stacheldraht versehen worden. Nicht selten gab es vor der Front 19 - 30 Reihen solcher Befestigungen. Manche Reihen waren aus so dickem Stacheldraht gefertigt, daß man ihn nicht mit Zangen durchschneiden konnte. Vielerorts standen Stacheldrahtbefestigungen unter Strom oder waren mit Bomben bestückt. Es gab zahlreiche Minenfelder. Die Positionen waren von den Deutschen und Österreichern sehr gründlich durchdacht und ordentlich befestigt und ihre Truppen arbeiteten bereits seit den 9 Monaten des Positionskrieges ständig an ihrer Vervollkommnung“¹.

Die russische Generaloffensive begann am 4. Juli 1916². An diesem Tag griffen die in der Mitte und im Süden operierenden 11. und 9. Armeen Brusilovs die Armeen der Mittelmächte an. Die 8. und die 7. Armee folgten in den nächsten zwei Tagen. Die Offensive übertraf bereits in ihrer Anfangsphase alle Erwartungen. Die im Norden operierende 4. Armee Kaledins griff die Heeresgruppe Linsingens bei Lutsk an, machte bereits in den ersten vier Tagen ihrer Offensive 45 000 Gefangene und besetzte den Ort³. Linsingens Stab verlor die Kontrolle über die Ereignisse und leistete einen großen Beitrag zur Katastrophe der Österreicher⁴. Auch die im Süden operierende 9. Armee General Leščitzkij's verzeichnete große Fortschritte. Die demoralisierten Österreicher gaben auch dort haltlos nach und ergriffen die Flucht. Die gesamte österreichische Front geriet bereits zu Beginn der Operationen in eine verzweifelte Lage. Im Norden näherten sich die Russen dem Eisenbahnknotenpunkt Kowel, dessen Verlust eine militärische Katastrophe bedeutet hätte. Im Süden wurden die österreichischen Armeen ebenfalls weitgehend zerschlagen. Auch der 8. und der 7. Armee gelangen große Erfolge. Brusilov war es geglückt, die Front gleich an vier Stellen zu durchbrechen. Die Größe der österreichischen Niederlage kann schon daran gemessen werden, daß in nur zwei Wochen mehr als 200 000 Soldaten in russische Kriegsgefangenschaft gerieten⁵. Zu diesem Zeitpunkt war der Widerstand der Mittelmächte im Süden bereits gebrochen. Nur eine ihrer Armeen (die Südarkmee des Grafen Borthmer) hatte nennenswerten Widerstand geleistet, aber auch sie wurde immer mehr gegen Westen abgedrängt⁶. An der Südfront befand sich die Streitmacht der Mittelmächte am Rande der Auflösung. Ludendorff bezeichnete die Lage in seinen Erinnerungen später als die schwerste Krise an der Ostfront seit Beginn des Weltkrieges⁷. Der Erfolg der Russen war so vollständig, daß selbst der Stab der Südfront,

¹ Brusilov, A., *Moji vospominanija*, S. 220-221.

² Ausführlich über die Operationen an der Südwestfront vgl. Reichsarchiv (Hrsg.), *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 10, S. 439-564, Rauchensteiner, M., *Der Tod des Doppeladlers*, S. 345-362

³ Pares, B., *The Fall of the russian Monarchy*, S. 363.

⁴ Hoffmann, M., *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, S. 138.

⁵ Pares, B., *The Fall of the russian Monarchy*, S. 363f.

⁶ Ebd.

⁷ Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 171-178.

der eigentlich nur eine „Demonstration“ geplant hatte, darüber in Verwirrung geriet¹. Unverhofft hatte sich die militärische Lage so gestaltet, daß nach zwei Wochen Brusilovoffensive reale Chancen entstanden waren, Österreich-Ungarn eine entscheidende militärische Niederlage beizubringen².

In dieser Situation war es für die Russen von entscheidender Bedeutung, daß die dezimierte Front der Österreicher keine Verstärkungen von den anderen Fronten erhielt. Die Ressourcen der Deutschen im Osten waren sehr begrenzt. Die Brusilovoffensive fiel zeitlich mit der Offensive der Westalliierten an der Somme zusammen, so daß man von dort kaum Truppen zu erwarten hatte. Die Lage der von den Deutschen gehaltenen Front nördlich der Pripjatsümpfe war ebenfalls sehr bedrohlich. Die Mittelmächte verfügten dort nur über knapp 40 Infanteriedivisionen, die eine Übermacht der russischen West- und Nordfront (106 Infanteriedivisionen) abzuwehren hatten³. Ein Schlag, wie er von der Stawka im Operationsplan vorgesehen war, hätte sie in eine verzweifelte Lage gebracht⁴. Die Deutschen waren einer erheblichen Gefahr ausgesetzt; ihre Front wäre wahrscheinlich ebenfalls durchbrochen worden, hätten die Russen dort ähnliche Methoden wie an der Südfront eingesetzt. Die Kommandeure der West- und Nordfront versagten aber in dieser entscheidenden Lage. Der seit dem russisch-japanischen Krieg moralisch tote Kuropatkin und der allzu methodische Ewert bereiteten ihre Offensiven separat vor, zudem nach den konventionellen Methoden, die den Durchbruch nach langer Artillerievorbereitung nur auf einer Stelle vorsahen. Aber auch das war nur Theorie. Eigentlich dachten beide gar nicht daran, ihre Offensiven zu starten⁵. Anfangs plante Ewert, die ihm vorgeschriebene Hauptoffensive Ende Mai in Litauen auszuführen. Als jedoch die Erfolgsmeldungen von der Brusilovfront eintrafen, verlor er die Nerven und bat die Stawka um mehr Zeit (bis Anfang Juni), da er inzwischen beschlossen hatte, den Schwerpunkt seiner Offensive nach dem südlichen Weißrußland zu verlagern⁶. Als auch diese Zeit verstrich, berief sich Ewert auf den orthodoxen Dreifaltigkeitstag, der mit der beabsichtigten Offensive zusammenfiel und bat die Stawka, sie bis Ende Juli zu verschieben⁷. Schließlich führte er nach mehrmaligen und für die Autorität der Stawka erniedrigenden Verhandlungen seine Offensive doch durch. Er tat dies allerdings auf eine Art und Weise, die einer Befehlsverweigerung gleichkam. Obwohl die Westfront ursprünglich für den Hauptschlag vorgesehen war und über mehr als 50% aller russischen Kriegsmittel verfügte, unternahm Ewert seine „Offensive“ mit nur einem einzigen Armeekorps, obwohl ihm 26 zur Verfügung standen. Als dieses in die deutschen Stellungen eindrang, führte Ewert seine Truppen gar nicht ins Gefecht, sondern kabelte der Stawka, daß sein Angriff gescheitert war⁸. Obwohl die Westfront den Deutschen an Mannschaftsstärke um mehr als das Doppelte überlegen war und über eine gleich starke Artillerie verfügte, nahm die Stawka Ewerts Argumente hin und beließ ihn auf seinem Posten. Aleksejev bestand nicht einmal auf einer weiteren Offensive der Westfront. Während Ewert immerhin ein Korps gegen die deutschen Positionen lanciert hatte, unternahm Kuropatkin an der Nordfront gar nichts. Er versammelte

¹ **Brusilov, A.**, *Moji vospominanija*, S. 325f.

² Ebd.

³ **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj Armiji*, Bd. 4., S. 38.

⁴ **Hoffmann, M.**, *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, S. 139.

⁵ **Brusilov, A.**, *Moji vospoinanija*, S. 225-232, **Klembovskij, V.**, *Strategičeskij očerk vojny 1914-1915 goda*, S.29f.

⁶ Ebd.

⁷ **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 64f.

⁸ Ebd.

alle seine Reserven an der Ostseeküste und erklärte, daß eine mögliche deutsche Diversion die Offensive seiner Armeen völlig ausschlosse. Beide Kommandeure hatten den Befehl der Stawka völlig ignoriert¹. Aleksejev sandte zahlreiche Telegramme, die beide Frontkommandeure zuerst „baten“ und ihnen später „befahlen“, die Offensive zu starten. Alle Appelle blieben aber folgenlos. Ewert und Kuropatkin beharrten auf ihren Positionen. Die glänzenden Perspektiven der Brusilovoffensive konnten nicht genutzt werden. Mit der Weigerung der zwei Frontkommandeure, ihre Befehle zu befolgen, war die Generaloffensive gescheitert. Die Mittelmächte erhielten Gelegenheit, Truppen von anderen Fronten abzuziehen und an die österreichische Front zu entsenden, um dadurch die Donaumonarchie vor der endgültigen Niederlage zu retten². Die deutsche Bahn war ungleich leistungsfähiger als die russische und besaß auf ihrer Seite ein weit besser ausgebautes Eisenbahnnetz³. Eilends wurden Truppen nach Galizien abtransportiert, um den Vormarsch der Russen zu stoppen. Die russische Generaloffensive war von den beiden Frontkommandeuren zu Fall gebracht worden⁴.

Welche Chancen sich das russische Oberkommando im Sommer 1916 entgehen ließ, zeigt der weitere Verlauf der Brusilovoffensive. Die zahlreichen deutschen Verstärkungen hatten an der Südfront anfangs überhaupt keine stabilisierende Wirkung. Die Mittelmächte befanden sich an der Ostfront in einer schweren Krise. Nachdem das Ausmaß der Katastrophe bekannt wurde, wurden alle Armeen der Ostfront dem Befehl Hindenburgs unterstellt, dessen Stab die Lage durch Gegenoffensiven am Dnjester und Kiselin zu stabilisieren suchte. Diese Operationen wurden jedoch durch Leščitzkijs 9. und Kaledins 8. Armee dermaßen erfolgreich zurückgeschlagen, daß sich die deutschen Verstärkungseinheiten dem allgemeinen Rückzug anschlossen⁵. Dieser hatte für die Mittelmächte schwere Folgen, denn die Russen setzten eine neue, vielversprechende Methode ein. Da diese russische „Erfindung“ auch an der Westfront praktiziert wurde und die Ereignisse von 1918 wesentlich beeinflussen sollte, ist es von Interesse, sie kurz zu erwähnen. Rußlands Armeen litten ständig an Munitionsknappheit; auch während der Brusilovoffensive mußte eine solche über kurz oder lang eintreten, denn zwei Drittel der russischen Munition wurden umsonst an der Westfront konzentriert, deren Kommandeure sich dem Angriff entzogen. An der Südfront machte man aus der Not eine Tugend und entwickelte eine Strategie, welche die taktisch überlegene Defensive auch im Positionskrieg auszuschalten erlaubte. Die Sache war nämlich die, daß der Artilleriehagel auch für die angreifende Seite negative Nebenwirkungen hatte. Man bombte die Stellungen des Gegners in der Regel erst sturmreif, bevor man sie der Infanterie überließ. Dieses Verfahren verschlang nicht nur Unmengen an Material, sondern war auch außerordentlich zeitraubend und ineffektiv. Das langwierige Artilleriefeuer schloß jeden Überraschungseffekt aus und ermöglichte es dem Gegner, Reserven an der bedrohten Durchbruchstelle zu konzentrieren⁶. Im Laufe der Zeit hatte man überdies gelernt, die Soldaten bis zum Ende des Bombardements zurückzunehmen, um sie später wieder nach vorne zu schicken⁷. Die Russen führten in diese verfahrenere Taktik eine äußerst simple, dafür aber geniale Erfindung ein: Konzentriertes

¹ Brusilov, A., *Moji vospominanija*, S. 231-232.

² Hoffmann, M., *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, S. 140-141f.

³ Ebd., Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 268-279 und 307f.

⁴ Ausführlich dazu vgl. Litvinov, A., *Proryv devjatoj Armiji v ijune 1916 goda*, Leningrad 1923.

⁵ Rauchensteiner, M., *Der Tod des Doppeladlers*, S. 353f.

⁶ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 1., S. 103-114, sowie ders., Bd. 2., S. 9-12.

⁷ Ebd.

Schwerartilleriefire. In der Schlacht um das Städtchen Koschewo ließ die angreifende 8. Armee am 15. Juli ihre Artillerie nur 15 Minuten lang schießen und führte dann einen energischen Infanterieangriff durch. Der Überraschungseffekt war vollkommen. Die Positionen Linsingens wurden auf diesem Frontabschnitt buchstäblich überrannt. In nur drei Stunden verlor die 4. Armee der Mittelmächte nicht weniger als zwei Drittel ihres Bestandes¹. Der Angriff von Koschewo machte Epoche in der Kriegführung, wie Cannae, Leuthen oder Ulm. Zum ersten Mal im Weltkrieg wurde die unvollkommene Technik der Zeit den Bedürfnissen der Taktik untergeordnet und die ganze Kriegführung aus der Sackgasse geholt, die der angreifenden Seite vormem jede Aussicht auf Sieg genommen hatte und den Kampf in einen Abnutzungskrieg verwandelte. Der Angriff von Koschewo gab diesem Krieg seine Überraschungsmomente zurück. Als sich die Mittelmächte von ihren Niederlagen erholt hatten und der Zerfall Rußlands im Jahre 1917 ihnen Gelegenheit gab, eine Entscheidungsschlacht im Westen durchzuführen, wurde die Westoffensive 1918 nach dem Muster der Schlacht von Koschewo angelegt. In den Schlachten der Picardie verzichtete Ludendorff ebenfalls zugunsten des Überraschungsmoments auf langzeitigen Beschuß und errang mit seinem konzentrierten Artilleriefire Ergebnisse, die alle früheren deutschen Offensiven weit in den Schatten stellten².

Die Ergebnisse der Brusilovoffensive übertrafen alles, was die Russen oder ihre Alliierten gegen die Mittelmächte auf dem Schlachtfeld des I. Weltkrieges jemals erreicht hatten. Die feindliche Front wurde gleich vier Mal durchbrochen. Man eroberte 25 000 Quadratkilometer feindliches Territorium, 581 Artilleriegeschütze, 1791 Maschinengewehre und 500 Minenwerfer und nahm 420 000 Gefangene³. Die Mittelmächte verloren in diesen Kämpfen mindestens eine Million Soldaten, was sich besonders für Österreich-Ungarn schmerzhaft bemerkbar machte, dessen Armeen endgültig ihren Zusammenhalt einbüßten und bis zum Ende des Weltkrieges nur noch vermischt mit deutschen Militäreinheiten eingesetzt werden konnten⁴. Größere, psychologische Wirkung hatte der Erfolg auf die russische Armee. Endlich schwand der Druck auf die Stawka, da nicht nur die militärisch schwächeren Österreicher, sondern auch die „unbesiegbaren“ Deutschen niedegerannt worden waren. Unter den Kriegsgefangenen der Brusilovoffensive waren nach russischen Zählungen mindestens 80 000 Deutsche⁵. Die vergleichsweise besser ausgerüsteten Westalliierten hatten während der Offensive an der Somme nur 25 000 Mann gefangenzunehmen vermocht⁶. Die Brusilovoffensive markierte einen militärischen Wendepunkt, der nur mit dem Ausgang der Schlacht von Stalingrad verglichen werden kann. Erst in Stalingrad lernten die sowjetischen Generäle den Sieg und gewannen die Überzeugung, den Krieg erfolgreich beenden zu können⁷. Ähnlich wie Stalingrad markierte auch die Brusilovoffensive den Einzug eines neuen Geistes in die Reihen der russischen Frontarmeen. An die Stelle der Befehlshaber, die ihre Posten ihrem hohen Alter und politischer Patronage verdankten, traten jetzt Offiziere mit strategischem Verständnis und technischen Kenntnissen⁸. In den Kreisen der

¹ Ebd., **Rauchensteiner, M.**, *Der Tod des Doppeladlers*, S. 359.

² Zur Westoffensive im Frühjahr 1918 vgl. **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2., S. 302-317 und 325-337.

³ **Golovin, N.**, *The russian Army in the World War*, S. 237f.

⁴ **Rauchensteiner, M.**, *Der Tod des Doppeladlers*, S. 362-370.

⁵ **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 96.

⁶ **Liddel Hart, B.**, *History of the First World War*, S. 231-254, **Churchill, W.**, *Die Weltkrisis*, S. 169-195.

⁷ **Žukov, G.**, *Erinnerungen und Gedanken*, S. 387-418.

⁸ **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 417.

russischen Generalität bestanden bereits keine Zweifel mehr, daß im folgenden Jahr eine große Offensive gegen Österreich-Ungarn geführt werden mußte und es militärisch im Bereich des Möglichen lag, die Donaumonarchie zur Kapitulation zu zwingen. Admiral Bubnov, der seit Beginn des Krieges zur Stawka gehörte und in die Planungen bestens eingeweiht war, faßte die Stimmung an der russischen Armeespitze in folgende Worte: „Obwohl die Brusilovoffensive es auch nicht geschafft hatte, den Krieg mit einem Schlag zu beenden (darauf haben wir in der Stawka anfangs auch nicht gehofft), hatte sie ihre Ziele dennoch vollkommen erreicht. Erstens wurde Italien von der drohenden Katastrophe gerettet. Zweitens, was aus unserer Sicht noch wichtiger war, hatte sie die tatsächlichen Möglichkeiten des österreichischen Heeres bloßgestellt. Dieses war dermaßen geschwächt worden, daß wir in der Stawka bezüglich des Sieges der von uns beabsichtigten Generaloffensive gegen Österreich-Ungarn im Sommer 1917 jetzt ganz sicher waren. Der Verlauf der Operationen auf unseren Fronten 1916 lieferte ein eindrucksvolles Zeugnis, wie richtig unsere Planungen waren, die Generaloffensive gegen Österreich 1917 zu eröffnen. Insbesondere optimistisch stimmte uns auch die Erkenntnis, daß unsere Vorbereitungen von den Operationen von 1916 nicht beeinträchtigt wurden und weiter verliefen, wie auch die Tatsache, daß wir während der Brusilovoffensive den beabsichtigten Punkt unserer künftigen Generaloffensive nicht preisgegeben haben“¹.

Kap. 8. Die innenpolitische Lage in Rußland 1916. Die Paralyse der Regierung am Vorabend der Februarrevolution

1916 trat der I. Weltkrieg in ein neues Stadium ein. Die Kriegsbegeisterung wich in allen beteiligten Staaten einer beginnenden Kriegsmüdigkeit. Zweijähriges beispielloses Blutvergießen hatte den Gesellschaften übermenschliche Opferbereitschaft abgefordert; die enorme seelische Anspannung konnte nur durch gut funktionierende staatliche Institutionen kompensiert werden. Jetzt konnten nur die Länder auf Erfolg hoffen, die es am besten verstanden, ihre Ressourcen zu bündeln und letzte Reserven zu mobilisieren. Die Einberufungen von 1916 hatten in Rußland schon ca. 15 Millionen Wehrpflichtige erfaßt, darunter bereits solche des Jahrganges 1919. Somit näherten sich selbst die als unausschöpflich geltenden menschlichen Ressourcen des russischen Reiches ihrem Ende² *. Freilich mußte diese Entwicklung nicht zwangsläufig die nahende Niederlage bedeuten. Nach den letzten regulären Einberufungen konnte Rußland immer noch auf die älteren Jahrgänge zurückgreifen, die bei weitem ausreichten, um den Krieg weiterzuführen. Das wären allerdings Rekruten gewesen, die 40 Jahre und älter

¹ Bubnov, A., *V zarskoj stavke*, S. 207.

² Wie unvollkommen die militärische Gesetzgebung Miljutins war, zeigt die Tatsache, daß wesentlich bevölkerungsärmere Länder wie Deutschland oder Frankreich aufgrund ihrer besseren militärischen Organisation Rußland in diesem Punkt überholt hatten. So beriefen Frankreich und Deutschland am Vorabend der Februarrevolution nur ihre Jahrgänge von 1918 zu den Fahnen. Da die russischen Kriegsverluste nicht wesentlich größer waren, als die des an zwei Fronten kämpfenden Deutschlands, kann dieser Umstand nur durch die Ineffektivität des Einberufungssystems erklärt werden. Die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes sowie zahlreiche Ausnahmeregelungen für die gebildeten Bevölkerungsschichten bewirkten, daß im Herbst 1916 den Militärbehörden Rußlands nur der Jahrgang 1918 zur Verfügung stand. Die russischen Militärbehörden berichteten, daß ihnen im Herbst 1916 nur noch 2 Mio. Mann zur Verfügung standen vgl. Golovin, N., *The russian Army in the World war*, S. 45-75.

waren, ihren Militärdienst lange hinter sich hatten und laut Miljutinischer Gesetzgebung gar nicht mehr einberufen werden durften¹.

Eine gewisse Kriegsmüdigkeit war in Rußland bereits im ersten Kriegswinter spürbar gewesen. Damals hatte sie ausgerechnet die Elite des Landes erfaßt, die durch ihre Vorkriegsstimmung am meisten zum Kriegsausbruch beigetragen hatte, aber nicht an der Front kämpfen mußte. Diese Kriegsmüdigkeit betraf jedoch nicht nur die vom Militärdienst befreite Intelligenzija, sondern erstreckte sich auch auf Kreise der Hocharistokratie, die ebenfalls wenig Neigung zum Kriegsdienst verspürte, war also vor allem psychologisch bedingt. Rußland litt unter den andauernden Kriegsanstrengungen. Der feindliche Einmarsch von 1812 war nur von kurzer Dauer gewesen, da Napoleon bereits im Winter desselben Jahres aus Rußland vertrieben worden war. Der I. Weltkrieg ging dagegen in das dritte Kriegsjahr hinein, ohne allzuviel Hoffnung auf sein baldiges Ende zu wecken. Das Frontheer war zwar so weit wiederhergestellt, daß man im Zuge der Brusilovoffensive einen bedeutenden Sieg errungen hatte, jedoch entwickelte sich gleichzeitig eine innenpolitische Unruhe, die auch die eigentlich passiven unteren Schichten erfaßte. Die Ursachen hierfür waren primär wirtschaftlicher Art - wachsende Knappheit der Verbrauchsgüter und das rapide Absinken des Lebensstandards der Stadtbevölkerung. Zur echten Bedrohung wurde dieses Phänomen ab dem Spätsommer 1916 besonders in den Hauptstädten Moskau und Petersburg.

Vor dem Krieg war Rußland verglichen mit seinen europäischen Nachbarn ein relativ armes Land. Schätzungen zufolge betrug 1913 das Pro-Kopf-Einkommen in Großbritannien 243 Dollar, in Frankreich 185, in Deutschland 146 und in Rußland lediglich 44². Aber diese Rückständigkeit war in erster Linie auf die ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung des Zarenreiches zurückzuführen. Wenn die Hauptmasse der russischen Landbevölkerung arm war, so waren die Bewohner von Industriemetropolen wie Moskau, Petersburg, Riga oder Odessa wirtschaftlich ungleich besser gestellt. Sie verfügten über einen Lebensstandard, der sich nur unwesentlich von dem der Einwohner anderer europäischer Metropolen unterschied³. Das Land war vor dem Krieg weltgrößter Exporteur landwirtschaftlicher Produkte und auch die Industrie boomte⁴. Berechnungen westlicher Wirtschaftswissenschaftler zufolge hatte sich die Industrieproduktion Rußlands um die Jahrhundertwende um ganze 126% erhöht; das ist das doppelte des deutschen und das dreifache des nordamerikanischen Wirtschaftswachstums dieser Zeit. Dieser Trend hielt nach kurzer Unterbrechung bis 1914 an⁵. Obzwar dieser Zuwachs von einer niedrigen Ausgangsposition aus erfolgte, war der Anstieg so beeindruckend, daß viele Zeitgenossen in Rußland eine kommende wirtschaftliche Hegemonialmacht in Europa sahen⁶. Statistischen Schätzungen zufolge stieg das reale Einkommen russischer Städter von 1900 bis 1909 um ca. 80%⁷. Stadtbewohnern des russischen Reiches waren in der jüngsten Vergangenheit Lebensmittelknappheit,

¹ Ebd

² So die Berechnungen des führenden russischen Wirtschaftsexperten der Vorkriegszeit S. Prokopovič vgl. **Sidorov, A.**, *Ekonomičeskoje položenije*, S. 131f.

³ Ebd.

⁴ **Thaden, E.**, *Russia since 1801*, S. 315-340.

⁵ **Wagenführ, R.**, in: *Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung*, Sonderheft 31, Berlin 1933, S. 18f.

⁶ Vgl. **Théry, E.**, *La Transformation économique de la Russie*, Paris 1914, **Preyer, W.**, *Die russische Agrarreform*, Jena 1914.

⁷ **Kerenskij, A.**, *Die Kerenski Memoiren*, S. 130-131.

Inflation und steigende Preise deshalb fremd. Während des russisch-japanischen Krieges, als das Inselvolk seine Ressourcen bereits ausgeschöpft hatte und kurz vor dem ökonomischen Kollaps zu stehen schien, war die wirtschaftliche Lage Rußlands so stark, daß es angeblich zu überhaupt keinen Preiserhöhungen gekommen war¹. Lebensmittel- und Konsumgüterüberschuß war in den wichtigsten russischen Städten selbst während des allgemeinen Oktoberstreiks im Zuge der Revolution von 1905 vollkommen gewährleistet².

Obleich Rußland vor dem Krieg - verglichen mit den reichsten Industrienationen - weitgehend ein armes Agrarland geblieben war, zählte seine Währung zu den stärksten der Welt. Vor Kriegsausbruch besaß Rußland die größten Goldreserven in Europa³. Im Februar 1905 verfügte das Finanzministerium in seinen Tresoren über Edelmetall im Wert von 1, 067 Milliarden Rubel bei einem Notenumlauf von 1,25 Milliarden⁴. Der Rubel war somit zu 85% in Gold gedeckt⁵. Da sich das Finanzministerium streng an die Emissionsauflagen hielt, betrug die Golddeckung des Rubels am Vorabend des I. Weltkrieges angeblich sogar 98% und wurde vor dem Krieg auf den Finanzmärkten der Welt mit ca. 2 Goldmark gehandelt⁶. Seine vollkommene Konvertierbarkeit, die Witte durchgesetzt hatte, machte ihn vollends attraktiv für Anleger. Russische Bankinstitute waren vor dem Krieg gesetzlich verpflichtet, jederzeit für Papiergeld dem Kunden ein Äquivalent in Gold auszuhändigen⁷. Die hermetische Abriegelung Rußlands von der Außenwelt durch die Mittelmächte hatte zunächst positive Auswirkungen. Einerseits blieben die Lebensmittel im Lande und fanden im Millionenheer hervorragende Abnehmer, andererseits wurde die Industrie Rußlands vor Deutschland als dem stärksten Konkurrenten im Binnenmarkt geschützt⁸. Während des ersten Kriegsjahres überstieg die Menge der angebotenen Güter auf dem Markt bei weitem die Nachfrage, was wirtschaftlich vorteilhaft schien. Allerdings war dies eine vorübergehende Entwicklung, denn mit dem ersten Schuß an der russisch-preußischen Grenze setzten sich Prozesse in Bewegung, die das russische „Wirtschaftswunder“ der Vorkriegsjahre wie eine Sandburg zusammenfallen ließen.

Die ersten gravierenden Fehler im Wirtschaftsleben hatte allerdings die Regierung selbst verschuldet. Von der patriotischen Stimmung und dem Ernst der Lage im Sommer 1914 beeinflusst, verfügte Nikolaj II. (als erstes Regierungsoberhaupt eines bedeutenden Staates in der Geschichte überhaupt) ein Verbot, alkoholische Getränke herzustellen oder zu vertreiben. Das Verbot bezweckte, dem *„physischen und moralischen Verfall des Volkes“* Einhalt zu gebieten⁹. Dieses edle Vorhaben des Zaren scheiterte allerdings, und zwar aus denselben Gründen, wie eine ähnliche Verfügung von M. Gorbačev zu Beginn der Perestrojka¹⁰ *. Der *„moralische Verfall“* wurde nicht

¹ **Helfferich, K.**, *Das Geld im russisch - japanischen Krieg*, Berlin 1906, **Oldenburg, S.**, *Zarstovonije imperatora Nikolaja II*, S. 298-304.

² Ebd., sowie **Oldenburg, S.**, *Zarstovonije imperatora Nikolaja II*, S. 303-343.

³ **Jurovskij, L.**, *Currency Problems of the Soviet Union*, London 1925, S. 12.

⁴ Ebd., **Pogrebinskij, A.**, *Gosudarstvennyje finansy zarskoj Rossiji v epochu Imperializma*, Moskau 1968, S. 64f.

⁵ Ebd.

⁶ **Diesen, E.**, *Exchange Rates of the World*, Bd. 1., S. 143f.

⁷ Ebd. **Laue, Th. von.**, *Sergei Witte and the Industrialisation of Russia*, S. 37f.

⁸ Vgl. **Golder, F. (Hrsg.)**, *Documents of Russian History*, S. 3-24.

⁹ Ukas über den Verbot alkoholischer Getränke, vgl. **Novoje Vremja** vom 23. 08. 1914, S. 1.

¹⁰ Die „Erzählung der vergangenen Jahre“ (Nestorchronik) erklärt bei der Bekehrung Rußlands zum Christentum die Ablehnung des Islam durch die Fürsten von Kijev mit dem Alkoholverbot der muslimischen Religion. „Rusi jest vesele piti,

aufgehalten, denn anstelle der nach staatlichen Reinheitsgeboten hergestellten Produkte wurde der Markt mit Erzeugnissen von schlechter, gesundheitsschädigender Qualität überschwemmt, was zudem in ein rapides Anwachsen der Kriminalität auslöste. Ähnlich wie in den USA in den dreißiger Jahren führte das Verbot nur zu Schwarzbrennerei und Schmuggelei¹. Den Staatsfinanzen des russischen Reiches wurde damit ein erster und sehr schwerer Schlag versetzt, so daß sie ins Wanken gerieten und sich nicht mehr erholten. Vor dem Weltkrieg hatten die Steuereinnahmen aus dem Alkoholmonopol nicht nur ein Viertel der staatlichen Gesamteinnahmen des Zarenreiches ausgemacht, sondern waren auch ausreichend gewesen, um unter Aleksander III. die Unterhaltung der Streitkräfte zu finanzieren². Den weiteren Rückgang der staatlichen Einkünfte bewirkten kriegsbedingte Ausfälle, wie z.B. Zolleinnahmen oder das Exportgeschäft.

Diese Ausfälle stellten den Haushalt vor große Probleme, da er gleichzeitig mit der Unterhaltung und Verpflegung eines Millionenheeres enorm belastet wurde. Die Ausgaben schnellten rapide in die Höhe. Rußland mußte Kriegskosten tragen, die in diesem Weltkrieg nur noch von denen des auf zwei Fronten kämpfenden Deutschlands übertroffen wurden³. Im Winter 1916 hatte Rußland für den Krieg bereits 25 Milliarden Rubel (50 Milliarden Goldmark) ausgegeben⁴. Das russische Finanzministerium erwies sich zwar diesbezüglich als sehr geschickt und vermochte diese Summe durch Aus- und Inlandsanleihen zu zwei Dritteln abzudecken. Die restlichen 8 Milliarden mußten jedoch aus Staatseinnahmen finanziert werden⁵. Welch enorme Belastung dies für den Haushalt bedeutete, kann schon daran abgeschätzt werden, daß die ordentlichen Einnahmen des Landes 1916 nur 4,3 Milliarden Rubel betragen, von denen 2,8 Milliarden für zivile Zwecke bestimmt waren⁶. An den 15 Millionen Einberufenen verlor der Fiskus ebenfalls, denn sie zahlten keine Steuerabgaben. Eine Aufstockung der Staatseinnahmen durch Steuererhöhungen war wenig erfolgversprechend. Obwohl die russischen Staatsbürger vor dem Krieg einer unvergleichbar kleineren Steuerlast ausgesetzt waren, als ihre Zeitgenossen in den westlichen Industrieländern, konnte man sich nur wenig von zusätzlichen Einnahmen durch Steuererhöhungen erhoffen. Abgesehen davon, daß solche Maßnahmen inmitten eines Krieges für den öffentlichen Frieden nicht ungefährlich waren, besaß Rußland in dieser Hinsicht weit weniger Spielraum als sein Hauptkonkurrent Deutschland. 80% der russischen Bevölkerung bestand vor dem Krieg aus Bauern, die in ihrer Mehrheit Naturalwirtschaft betrieben und deshalb steuerlich wenig belangt werden konnten. Die restlichen 20%, die im Industrie- und Dienstleistungssektor beschäftigt waren, alles in allem ca. 20 Mio. Menschen, konnten niemals so viel aufbringen, daß sie es mit

ne možet bez nego byti“ (die Russen sind fröhlich beim Trinken - ohne das Trinken können sie nicht leben); das soll, dieser Chronik nach, der Fürst von Kijew, Vladimir, den muslimischen Abgesandten erklärt haben, die gekommen waren, um ihn für ihren Glauben zu gewinnen. Die Erzählung ist natürlich apokryph, aber sie heiligt das Trinken als nationalen Zeitvertreib und es war unrealistisch, auf einen Schlag dieses Problem bekämpfen zu wollen. Schon Mitte des 17. Jh. war die Trunksucht in Rußland zu einem so ernsten Problem geworden, daß Patriarch Nikon und die kirchlichen Reformer in seiner Umgebung die völlige Prohibition durchzusetzen versuchten. Versuche, diese Neigung zu bekämpfen, stießen jedoch immer an Grenzen und hatten wenig Erfolg, wie übrigens auch in anderen Staaten wie den USA, Schweden und Finnland, vgl. **Pipes, R.**, Rußland vor der Revolution, S. 165f.

¹ **Lindemeyer, H.**, *Die ethische Begründung der Prohibition*, Erlangen 1927, **Dingle, A.**, *The Campaign for Prohibition in Victorian England*, London 1980.

² **Pipes, R.**, *Rußland vor der Revolution*, S. 165f., **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 353-356.

³ Schätzungen des Wirtschaftsexperten Prokopovič, vgl. **Sidorov, A.**, *Ekonomičeskoje položenije*, S. 131f.

⁴ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 592, **Sidorov, A.**, *Ekonomičeskoje položenije*, S. 131f.

⁵ **Claus, R.**, *Die Kriegswirtschaft Rußlands bis zur bolschewistischen Revolution*, Bonn - Leipzig 1922, S. 4f.

⁶ **Sidorov, A.**, *Ekonomičeskoje položenije*, S. 117f.

Deutschland und seiner insgesamt leistungsfähigeren Gesellschaft finanziell aufnehmen konnten¹. Der einzige Ausweg war das Drucken von Papiergeld, welches dann allerdings nicht mehr durch die Goldreserven gedeckt war. Bereits am 27. Juli 1914 wurde die Goldkonvertibilität des Rubels abgeschafft und die Auflagen der Staatsbank zur Herausgabe von Papiergeld gelockert. Die Anzahl der sich in Umlauf befindlichen Banknoten stieg im Winter 1917 um ein Vierfaches gegenüber 1914². Der Wert der russischen Währung auf den internationalen Finanzmärkten begann zu sinken. An den Börsen von London und Stockholm wurde der Rubel um die Jahreswende 1916/1917 nur mit 56% seines Vorkriegswertes gehandelt³. Obwohl er sich bis zum Oktoberumsturz im Herbst 1917 auf diesem Niveau zu behaupten vermochte, löste der Wertverfall des Rubels einen steilen Preisanstieg aus. Ab 1916 war die Inflation deutlich zu spüren und führte zu sehr originellen Auswirkungen.

Fast alle Schilderungen der Verhältnisse auf dem Land in den Jahren 1915-1916 stimmen darin überein, daß sich die Dörfer während der ungeheuren Kriegsanstrengungen eines ungewohnten Wohlstandes erfreuten⁴. Das erscheint auf den ersten Blick paradox; immerhin bildeten die Bauern die absolute Mehrheit der Soldaten. Jedoch blieben die Dörfer von verheerenden demographischen oder wirtschaftlichen Folgen verschont, da das europäische Rußland stark überbevölkert war. Mit dem Krieg waren Millionen wehrpflichtige Bauer einberufen worden. Da aber das Land zumeist nicht in Privateigentum war, sondern den Gemeinden gehörte, blieb der Boden nicht unbearbeitet. Der Wegfall überschüssiger Arbeitskraft verminderte somit den Druck auf das Land und steigerte gleichzeitig beträchtlich das Einkommen der verbliebenen Landarbeiter. Die Angehörigen der Einberufenen erhielten von der Regierung großzügige finanzielle Entschädigungen, die den Verdienstaufschlag der entzogenen Familienernährer weit überstiegen. Zudem verfügten die Bauern als Lebensmittelproduzenten über die wertvollste Ware überhaupt, denn die Lebensmittelnachfrage stieg in allen kriegführenden Ländern in bisher ungekannte Höhen. Selbst die Inflation schädigte die Bauern nicht, sondern vergrößerte vielmehr ihren Realgewinn, da sie einen Teil ihrer Produktion dem Staat zu festgesetzten Preisen verkauften und den anderen Teil auf dem freien Markt umsetzten oder gegen Wertsachen eintauschten⁶. Mit dem reichlich zufließenden Geld waren sie nicht nur in der Lage, Boden zu erwerben, sondern vermochten sogar, große Geldsummen zu sparen. Während des Weltkrieges wuchsen die Sparkonten der bäuerlichen Klienten um mehr als das Doppelte; dies ist ein eindrucksvolles Zeugnis ihrer anwachsender Kaufkraft^{7*}. Offiziellen statistischen Berechnungen nach hat sich damals eine stille Revolution in den Landbesitzverhältnissen vollzogen. Die Bauern und ihre Gemeinden besaßen 1916 nicht weniger als 89,2% des gesamten anbaufähigen Bodens, was von vielen Historikern der russischen

¹ **Gaponenko, L.**, *Rabočij klass Rossiji nakanune Velikogo Oktjabrja*, S. 51, in: *Istoričeskije Zapiski*, Bd. 73, Moskau 1963.

² Zum Vergleich: 1916 erhöhte sich die Menge an Papiergeld in Deutschland um 200%, während sie sich in Großbritannien überhaupt nicht erhöhte, vgl. **Claus, R.**, *Die Kriegswirtschaft Rußlands*, S. 15 und 25.

³ **Claus, R.**, *Die Kriegswirtschaft Rußlands*, S. 156f. Allerdings stabilisierte sich der Wertverfall des Rubels weitgehend, so daß er bis zum Vorabend des bolschewistischen Oktoberumsturzes nicht mehr weiter an Wert verlor, vgl. Ebd.

⁴ **Izgojev, A.**, *Položenije russkich krestjan v gody Pervoj Mirovoj Vojny*, Belgrad 1921, S. 118-148f., **Anfimov, A.**, *Rossijskaja derevnja v gody Pervoj Mirovoj Vojny 1914-1917*, Leningrad 1967, S. 168f., **Knox, A.**, *With the Russian Army*, Bd. 2., S. 388f.

⁵ **Izgojev, A.**, *Položenije russkich krestjan v gody Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 137f.

⁶ **Kotelnikov, V.**, **Meller, V.**, *Krestjanskoje dviženije v 1917 godu*, Moskau - Leningrad 1927, S. 25-38.

⁷ Manchen Schätzungen zur Folge gehörte 1917 bis zu 75% der in den Sparkassen deponierten Gelder den Bauern, vgl. **Bolšaja S owjetskaja Enziklopedija**, Bd. 50, S. 359 und **Nazarov, I.**, in: *Naša Žizn*, vom 24. 03. 1918, S. S.1f., **Ivanov, V.**, *Russkaja inteligencija ot Petra do našich dnei*, S. 39.

Revolution oft gerne übersehen wird¹. Die restlichen 10,8% waren in der Hand des Staates und der Grundbesitzer, die zunehmend ihren Grund an die Bauern verkauften und in die Stadt zogen². Selbst als in den ersten Monaten des Jahres 1917 überall in Rußland die regierungsfeindliche Stimmung zunahm, berichtete die über diese Entwicklung beunruhigte, gleichzeitig am besten informierte Behörde, die Ochrana, daß das russische Dorf „zufrieden und ruhig“ sei und daß man dort „keine Erschütterungen“ erwartete³.

Dies war allerdings eine sehr oberflächliche Einschätzung, die besonders den moralischen Veränderungen keine Rechnung trug. Der Krieg stürzte das russische Bauertum in eine tiefe geistige Identitätskrise. Zwischen 1914 und 1916 veränderten sich die Dörfer mehr, als seit der Bauernbefreiung von 1861. Das viele Geld, das den Bauern seit Kriegsausbruch von allen Seiten her zufließte - man nannte es auf dem Lande „verrücktes Geld“ - war zu leicht und zu schnell verdient, um geistig verarbeitet werden zu können. Am deutlichsten zeigt dies der Umgang der Bauern mit ihrem Gewinn. Die Einnahmen durch den Lebensmittelverkauf führten nicht etwa zur Erhöhung der Produktivität, sondern zur Verringerung der Anbauflächen. Die Bauern begannen weniger zu säen und vergrößerten dennoch durch Preissteigerungen ihre Gewinnspanne. Die Entwicklung auf dem freien Markt entging den zwar wenig gebildeten, aber praktisch veranlagten Bauern nicht; sie begannen, ihre Produktion zu horten. Die Dörfer waren seit 1916 voll der wildesten Gerüchte über bevorstehende Preiserhöhungen, wie etwa, daß die Getreidepreise bald von zweieinhalb Rubel für ein Pud (ca. 16,38 Kg.) auf 25 Rubel ansteigen würden⁴. Kein Wunder, daß die Bauern wenig Eile hatten, ihre Produkte auf dem Markt loszuwerden und geneigt waren, gerade so viel zu verkaufen, wie sie im Augenblick an Geld benötigten. Die Dörfer eigneten sich mit atemberaubender Schnelligkeit städtische Angewohnheiten an und erfreuten sich mitten im Krieg solcher Luxusgüter wie Kaffee (die Bauern nannten es merkwürdigerweise „Kakao“), Schokolade und Grammophones. Polizeiberichte aus jenen Jahren verzeichneten ein zunehmend rapides Ansteigen der Kriminalität, was mit der Auflösung des Familienzusammenhalts Hand in Hand ging⁶. Das Geld wurde schnell verdient und schnell ausgegeben. Die Dorfkneipen waren in der Regel voll. Während des Krieges kamen Glücksspiele in Mode: Anstelle des traditionellen Kartenspiels „Durak“ (ein russischer „Schafskopf“) trat Poker. Schenkt man Augenzeugenberichten Glauben, konnte ein ganz gewöhnlicher Bauer an einem Abend mehr Geld verlieren, als er vor Kriegsausbruch in einem Monat harter Arbeit verdient hätte; das soll häufig vorgekommen sein⁷. Kurz: Die Dörfer wurden durch den Krieg dezimiert, während gleichzeitig ein noch nie gekannter Geldregen auf sie niederprasselte. Diese Entwicklung nahm sich sehr zerstörerisch aus.

Die Dörfer waren am Vorabend der Februarrevolution ruhig weil reich, aber gefährlich weil potentiell instabil. Besonders destabilisierend wirkte die Rückkehr der Verwundeten (deren Zahl 1916 bereits zwei

¹ Vgl. **Oganovskij, N., Čajanov, A. (Hrsg.),** *Statističeskij spravočnik po agrarnomu voprosu*, Moskau 1917, Bd. 1., S. 10f. und **Oganovskij, N., Čajanov, A. (Hrsg.),** *Predvaritelnyje dannyje vsrossijskoj selsko - chozjajstvennoj perepisi 1916 goda*, Petrograd 1917, S. 18-22, 38-41, 73f.

² Dies geben selbst zahlreiche russische Radikale zu, vgl. **Kerenskij, A.,** *Die Kerenski Memoiren*, S. 118.

³ **Grave, B.,** *Buržuazija nakanune fevral'skoj revoliuziji*, Moskau - Leningrad 1927, S. 137.

⁴ **Pipes, R.,** *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 426.

⁵ **Oganovskij, N., Čajanov, A. (Hrsg.),** *Predvaritelnyje dannyje vsrossijskoj selsko - chozjajstvennoj perepisi 1916 goda*, S. 18-22, 38-41, 73f.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

Millionen überstieg¹) mit ihren Erlebnissen vom Krieg und seinem millionenfachen Menschensterben². An den Fronten hatten Requisitionen dem ohnehin nicht sonderlich respektierten Privateigentum einen zusätzlichen Schlag versetzt³. Wie tief der Respekt vor Privateigentum am Vorabend der Revolution bereits gesunken war, zeigen die in den Kriegsjahren erfolgten Übergriffe der Bauern: Sie richteten sich nicht mehr wie üblich gegen die Gutsbesitzer, sondern gegen andere Bauern, die sich im Rahmen der Stolypinischen Bodenreform aus den Dorfgemeinden zurückgezogen hatten und als Grundeigentümer Boden kultivierten⁴. Sein wahres Gesicht sollte der von der russischen Literatur des 19. Jh. als „*Gotträger*“ idealisierte Bauer zeigen, als er in den ersten Tagen der Februarrevolution die russische Staatlichkeit zerschlug und auf das Eigentum anderer losging oder während des Bürgerkrieges dem verhungernenden Stadtbewohner für ein wenig Mehl das letzte Hemd nahm. Auf Maxim Gorkij machte dies einen äußerst beklemmenden Eindruck, dem er folgende Zeilen widmete: „*Ich suchte gespannt nach einem solchen Menschen, dem gutmütigen, tiefsinnigen russischen Bauern, dem unermüdlichen Sucher nach Wahrheit und Gerechtigkeit, den die russische Literatur des 19. Jh. der Welt so überzeugend und großartig beschrieben hat, und fand ihn nicht. Ich begegnete einem finsternen Realisten und Schlaumeier, der - wenn es für ihn vorteilhaft war - sich herrisch oder als einfältiger Simpel zeigen konnte. Seiner Natur nach war er nicht dumm und wußte dies selber sehr gut*“⁵. Der Militärdienst an der Front bedeutete nicht nur eine Gefahr für das Leben, sondern auch den Verzicht auf ausgiebige finanzielle Vorteile. In dieser Lage bewahrten die Dörfer nur solange Ruhe, wie sich die Regierungsmacht stark zeigte und die öffentliche Ordnung gewährleisten konnte.

Noch bedrohlicher zeichnete sich die Lage in den Städten ab. Die Kriegsauswirkungen trafen sie mit voller Wucht und es gab keine Mittel, die „Kriegsentbehungen“ finanziell zu erleichtern. 1916 schnellten die Preise für Konsumgüter unaufhaltsam in die Höhe. Besonders rasant wuchsen die Preise für Lebensmittel, die im Spätsommer 1916 bisher unbekannte Höhen erreicht hatten. So kostete das Brot 92%, Fleisch 138%, Butter 145% und Salz sogar 256% mehr als vor dem Krieg⁶. Es bestand zwar keine akute Hungersnot wie etwa in Berlin im Herbst 1918: Die Regale waren immer noch reichlich gefüllt. Dennoch waren die Kriegsauswirkungen für die „kleinen Leute“ deutlich spürbar geworden. An den Inflationseffekten hatten in den Städten Rußlands alle zu leiden. Die Arbeiter ebenso wie die Angestellten, und schließlich auch die Beamten unterer Ränge und selbst Mitarbeiter der Polizei. Die Regierung versuchte zwar, die Mißstände auch durch Lohnerhöhungen zu bekämpfen, jedoch wirkten diese Maßnahmen nur amortisierend und konnten die Teuerung nicht vollständig ausgleichen. Neue Geldmengen lösen gewöhnlich mehr Inflation aus. Dieser Vorgang ist mit mathematischer Genauigkeit kaum zu erfassen, jedoch bestätigen offizielle Berichte den Trend. Im Oktober 1916 schätzte das Polizeidepartement, daß die Löhne durchschnittlich um 100% gestiegen waren, die Preise der lebensnotwendigen Artikel hingegen um 200%⁷. Auf die Stimmung der russischen Stadtbewohner, denen jede Erfahrung mit steigenden Preisen fehlte, hatte diese Entwicklung gravierende Folgen. Sie waren anfangs verwirrt und gaben die

¹ Golovin, N., *The Russian Army in the World War*, S. 75f.

² Wrangel, P., *Zapiski*, S. 181f.

³ Ebd.

⁴ Bazylow, L., *Obalenie caratu*, Warschau 1976, S. 160f.

⁵ Gorkij, M., *O russkom krestjanstve*, Berlin 1922, S. 23.

⁶ Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 588.

⁷ Grave, B. (Hrsg.), *Buržuazija nakanune Fevral'skoj revoliuziji*, S. 131f.

Schuld an der Inflation instinktiv den Regierungsbeamten und dem Krieg. Sie hatten insofern Recht, als die Verpflegung der Städte nur unvollkommen organisiert worden war. Selbst 1916 hatte Rußland noch keine Lebensmittelkarten eingeführt. Die Erwartung höherer Gewinne und die daraus resultierende Unwilligkeit der Bauern, ihre Produktion auf den Markt zu bringen, führte häufig zu Engpässen in der Lebensmittelversorgung der Städte. Die Arbeiter der Rüstungsindustrie mußten ihre Lebensmittel selbst besorgen; nach Schichtende mußten sie noch verschiedene Läden aufsuchen und Schlange stehen, ein zeitraubendes und ermüdendes Unterfangen. Die ersten Streiks der Industriearbeiter, die ab 1916 stattfanden, waren zumeist einfache Arbeitsniederlegungen, um sich um die Beschaffung von Lebensmitteln zu kümmern¹. Damit war Rußland die einzige kriegführende Großmacht, die sich inmitten des Krieges Streiks seiner Industriearbeiter leistete. Seit dem Ausbruch des Krieges verzeichneten Großstädte und insbesondere Industriezentren einen großen Bevölkerungszustrom. Schätzungen nach wuchsen die Städte von 1914 bis 1916 um bis zu 8 Millionen. In der Regel handelte es sich um Kriegsflüchtlinge oder deklassierte Dorfbewohner, die in den Hauptstädten bessere Lebensbedingungen zu finden hofften². Diese Massen in Moskau und St. Petersburg waren nicht gerade das Element, auf das die Regierung beim Ausbruch möglicher Unruhen hätte zählen können, da sie mit Abstand am meisten unter der Inflation und den Preissteigerungen zu leiden hatten und wegen des Überflusses an Arbeitskräften schwer eine Arbeitsstelle finden konnten³.

Das russische Verkehrssystem mit seinen Problemen trug zunehmend zur Verschlechterung der Gesamtlage in den Städten bei. Bei seiner territorialen Ausdehnung war die Funktionstüchtigkeit der Eisenbahnen von besonderer Wichtigkeit für das Zarenreich. Diesem Industriezweig galt vor dem Krieg die besondere Aufmerksamkeit der Regierung, mit dem Ergebnis, daß Rußland über eine gut entwickelte Bahn verfügte, die sich durchaus mit denen anderer europäischer Staaten messen konnte:

Die Bahnkapazitäten im europäischen Vergleich⁴:

	<i>Lokomotiven</i>		<i>Waggons</i>	
	1914	1917	1914	1917
Rußland	20 000	20 800	485 000	504 000
Frankreich	13 952	14 241	371 047	411 085
Deutschland	28 362	32 539	703 545	808 597

¹ **Blok, A.**, *Poslednije Dni zarskogo režima*, in: *Archiv russkoj revoliuziji*, Bd. 4., S. 13f., **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 423.

² **Florinskiy, M.**, *The End of the Russian Empire*, New Haven 1931, S. 121f., **Rašin, A.**, *Naselenije Rossiji za sto let*, Moskau 1956, S. 26 und 112.

³ Ebd.

⁴ **Beskrovnyj, L.**, *Armija i flot Rossiji v načale XX veka*, S. 127.

Jedoch haben alle Statistiken bezüglich der Bahnkapazität des Zarenreiches nur einen relativen Wert. Schon die geographische Ausdehnung Rußlands hatte zur Folge, daß die Bahnen weit weniger leisten konnten, als etwa die deutschen. Russische Bodenschätze und wichtigste Agrargebiete lagen Tausende von Kilometern von Moskau und Petersburg entfernt. Bezeichnenderweise war es für die Bevölkerung Petersburgs vor dem Krieg wirtschaftlicher, Kohle aus Großbritannien zu beziehen, statt sie mit der Bahn aus den eigenen Kohlenrevieren heranzuschaffen¹. Seit Kriegsausbruch war die Bahn hauptsächlich mit der Logistik der Fronttruppen beschäftigt, weshalb sie zunehmend Schwierigkeiten hatte, die Städte zu versorgen. Diese Situation verschärfte sich 1916 insofern, als bezüglich der zivilen Versorgung eine paradoxe Situation entstand. Der gesamte Süden Rußlands erstickte beinahe an einer Lebensmittelüberproduktion, während es die fehlende Bahnkapazität immer schwieriger machte, Lebensmittel in die Hauptstädte zu befördern. So kam es, daß im Spätherbst 1916 in den Großstädten „*arme Leute vor den Bäckereien stundenlang in der Kälte nach Brot anstanden*“².

Die Stadtbevölkerung wurde auch dadurch zunehmend kriegsmüde, daß die russische Oberschicht 1916 nicht nur aufgrund gesetzlicher Bevorzugung der Front fern blieb, sondern selbst eine Moralverdrossenheit verzeichnete. An den Bestimmungen, welche die russische Bildungsschicht fast ausnahmslos vom Militärdienst befreite, hatte sich auch nach zwei Kriegsjahren wenig geändert. Nicht nur die russische Oberschicht, sondern auch fast alle Staatsbürger mit Schulabschlüssen konnten sich der Einberufung mühelos entziehen. Die Gesetzesänderungen des Jahres 1915 boten ihnen noch mehr Schlupflöcher als zu Beginn des Krieges. So wurden z.B. alle Angestellten öffentlicher Organisationen vom Militärdienst befreit³. Welche Ausmaße das allein im letztgenannten Sektor annahm, läßt sich an deren Mitgliederzahlen ablesen. „Zemgor“ schaffte es, bis 1916 nicht weniger als 8 000 Zweigstellen zu gründen und verfügte gemeinsam mit dem Zentralen Kriegsindustriekomitee landesweit über mehr als 300 000 Mitarbeiter⁴. Freilich waren beide Organisationen an der Beseitigung verschiedener Engpässe beteiligt, jedoch waren mehr als die Hälfte ihrer Mitarbeiter wehrdienstpflichtigen Alters und entgingen doch ihrer Einberufung. Bemerkenswert ist, daß dienstbefreite junge Männer aus der Oberschicht in paramilitärischen Uniformen die Städte Rußlands bevölkerten; nicht nur stießen sie auf keine Ablehnung seitens der öffentlichen Meinung, sondern erfreuten sich großer Akzeptanz. Diverse amtliche Institutionen waren mehr als bereit, sie aufgrund von Beziehungen für dienstuntauglich zu erklären⁵. 1941 war es dagegen gerade die gebildete Oberschicht, die nach der Vernichtung der regulären Truppen an die Front geschickt wurde⁶. Frische und ausgeruhte sibirische Truppen standen zur Reserve bereit und wurden erst während der Gegenoffensive von Moskau eingesetzt⁷.

Ferner gab es in den russischen Städten zahlreiche Bevölkerungsgruppen, die während des Krieges zu bisher unerhörtem Reichtum kamen. Statistiken über den Zustand der russischen Sparkonten fördern wahrlich Erstaunliches zutage: Zwischen 1914 und 1917 stieg das Privatvermögen um etwa 300% von ca. zwei Milliarden

¹ Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 532-553, Pares, B., *The Fall of the Russian Monarchy*, S. 329f.

² Ebd.

³ Wrangel, P., *Zapiski*, S.181f.

⁴ Ebd., Jachontov, A., *Tjaželyje dni*, in: *Archiv russkoj Revoluziji*, Bd. 18, S. 15f., Solženyzin, A., *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 246f.

⁵ Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 50-80.

⁶ Radzinskij, E., *Stalin*, Moskau 1997, S. 497f.

⁷ Ebd.

auf sechs Milliarden Rubel¹. Allerdings kam dieses Geld nur wenigen Stadtbewohnern zugute. Vom Verkauf von Rüstungserzeugnissen profitierten nicht nur Privatunternehmer und verschiedene Vermittler, sondern auch politische Vertreter der Öffentlichkeit. Wie bereits erwähnt, war es gestattet, Gremien zu gründen und sich aktiv an der Beseitigung verschiedener Engpässe zu beteiligen. Der von Fürst Lwow angeführte „Zemgor“ und verschiedene Komitees der Staatsduma waren quasi-staatliche Organisationen und erhielten als solche beträchtliche Geldsummen vom Fiskus. Alleine dem „Zemgor“ wurden 1916 über 317 Millionen Goldrubel überwiesen²*. Zahlreiche Finanzspritzen erhielten auch die verschiedenen Verteidigungsausschüsse der Staatsduma und insbesondere das einflußreiche Zentrale Kriegsindustriekomitee³. Patriotismus war nicht kostenlos zu haben und es entwickelte sich eine rege wirtschaftliche Aktivität. Das für den Privatsektor zuständige Zentrale Kriegsindustriekomitee erwirkte vom Zaren die Genehmigung, bei Vergabe offizieller Rüstungsaufträge an Privatfirmen 1% der Vertragssumme einzubehalten⁴. Es wurde vereinbart, daß die Zahlung unmittelbar nach Abschluß des Kontrakts an das Zentrale Kriegsindustriekomitee zu erfolgen hatte, und nicht etwa erst nach Lieferung der bestellten Waren. Sehr oft merkten die Militärbehörden, daß ihnen nach einer Geldüberweisung an das Zentrale Kriegsindustriekomitee keine Waren geliefert wurden und das Geld in dunklen Kanälen verschwunden war⁵. Ferner wurden Rüstungsgüter vom Zentralen Kriegsindustriekomitee an den Staat zu überhöhten Preisen weiterverkauft. So kostete das in einer staatlichen Fabrik hergestellte Schwerartillerieschoß 42 Rubel, das Zentrale Kriegsindustriekomitee lieferte es jedoch für 70 Rubel. Ein Haubitzeneschoß für 15 Rubel verkaufte die Organisation Gučkows in der Regel für 35 Rubel an den Staat weiter, was nicht weniger als 133% an Gewinn ausmachte⁶. Ähnliche Spannen waren auch für anderes Kriegsgerät gängig⁷.

Die Städte Rußlands waren vom Geld buchstäblich überflutet. Selbst die Inflation konnte mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Bis 1916 erhöhte sich die Menge an Papiergeld um ca. 500%, so daß der Wertverfall von 44% dem nichts entgegensetzen konnte⁸. Während die Mehrheit der Stadtbevölkerung zunehmend verarmte und mit Nahrungsmittelknappheit konfrontiert wurde, erfreuten sich die Neureichen aller Vorzüge des Lebens. Zudem beförderte der Krieg einen besonders abstoßenden Unternehmertyp ans Tageslicht. Von den einfachen Leuten verhaßt, verdiente er sein Geld sehr schnell, war aber bestrebt, es wegen der unsicheren Lage schnell wieder auszugeben. Inmitten der Not war das dem geistigen Klima in den Städten nicht besonders zuträglich⁹.

¹ **Ivanov, V.**, *Russkaja inteligencija ot Petra do našich dnei*, S. 39.

² Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß die Vergabe staatlicher Mittel keinen Bedingungen unterworfen war. Die Durchschnittsverdienste der „Zemgor“ funktionäre waren deshalb drei - vier Mal höher als die Gehälter der Regierungsbeamten, vgl. **Jachontov, A.**, *Tjaželyje dni*, in: *Archiv russkoj Revoliuziji*, Bd. 18, S. 15f. **Solženyzin, A.**, *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 246f.

³ Ebd.

⁴ **Vojejkov, V.**, *Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, S. 160-162.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd., **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 11f.

⁷ Ebd.

⁸ **Sidorov, A.**, *Finansovoje položenije Rossiji v gody Pervoj Mirovoj Vojny 1914-1918 g.g.*, Moskau 1960, S. 146f.

⁹ Die meisten „Neureichen“ kamen allerdings aus den Reihen des „Fortschrittblocks“. So hatte - um nur ein Beispiel zu nennen - das Unternehmen des Kadettenpolitikers Konovalov Gewinne bis zu 1000% erzielt, vgl. **Solženyzin, A.**, *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 881f.

Freilich war kriegsbedingter Sittenverfall auch in anderen kriegführenden Staaten zu verzeichnen, jedoch herrschten nirgendwo solche Zustände wie in Rußland. Als in Deutschland 1916 die Bevölkerung bereits an Unterernährung litt und die deutsche Regierung sich bemühte, jedes vorhandene Körnchen rationell zu verteilen (deutsche Wirtschaftsexperte sprachen von „organisierter Hungersnot“¹), erfreuten sich die Bewohner der beiden russischen Hauptstädte eines ausschweifenden Nachtlebens. Vergnügungszentren aller Art wurden eröffnet. Restaurants und verschiedene Salons waren jeden Abend trotz des offiziellen Alkoholverbots überfüllt².

Zur größten Bedrohung wurde die Stimmung unter den Neueinberufenen, die sich in Städten sammelten³. Zu deren Vorbereitung auf den Krieg benützte man ein billiges und praktisches Verfahren, das sich aber als besonders verhängnisvoll erwiesen hat und die spätere Niederlage Rußlands mitbegründen sollte. Während sich alle regulären Truppen an der Front befanden, wurden die Neueinberufenen in den Großstädten konzentriert, in den Kasernen der ausgeschiedenen Truppen untergebracht und von Reserveoffizieren ausgebildet⁴. Das warf keine besonderen Probleme auf, solange das Regime zusammenhielt. Anfang 1917 sollten diese städtischen Reservistengarnisonen, in denen die Wehrpflichtigen aus dem Landsturm in der Mehrheit waren, allerdings zu den Hauptbrutstätten der Unzufriedenheit werden⁵. Die seit Herbst 1916 eingezogenen Reservisten stammten überwiegend aus den älteren Jahrgängen, die nicht mehr damit gerechnet hatten, einrücken zu müssen, da sie nach der Militärgesetzgebung Miljutins ihre Schuldigkeit bereits getan hatten. Es waren Bauern, denen Bemerkungen ihrer Zeitgenossen nach die „*Leibeigenschaft noch in den Knochen steckte*“. Alles Männer über 40, die ihren Dienst bereits in ihrer Jugend verrichtet hatten und die nur aufgrund mangelnder Menschenressourcen des Zarenreiches einrücken mußten. Der Widerwille, den sie ihrem Schicksal entgegenbrachten, ist mehr als verständlich, denn zum einen mußten sie ihre Dörfer just zu dem Zeitpunkt verlassen, als dort das Leben immer besser wurde, und zum anderen waren die Straßen der Hauptstadt von jungen Männern wehrpflichtigen Alters überschwemmt, die ihren Pflichten nur deshalb entronnen waren, weil sie einer anderen Schicht angehörten⁶. Diese Garnisonen in den wichtigsten Städten des Reiches waren für Kriegsmüdigkeit und den Verfall an Disziplin besonders anfällig. Die Rekruten wohnten in überfüllten Kasernen und ihr größter Wunsch bestand darin, nicht an die Front gehen zu müssen.

Dieses System der Einberufenenausbildung war vollkommen ineffektiv und stellt wohl eines der größten Versäumnisse der russischen Militärbehörden im I. Weltkrieg dar. Die Westalliierten errichteten ihre Ausbildungslager weit von den Städten entfernt und bildeten ihre Rekruten in der Abgeschiedenheit aus, um negative Einflüsse auf sie zu unterbinden. In Rußland hingegen häuften sich die Rekruten in den Großstädten und wurden unnötig hart mit den Ungerechtigkeiten des Krieges konfrontiert. Ihre Ausbildung in den Städten war dermaßen miserabel, daß man sie nach ihrer Ankunft an der Front noch einmal richtig schulen mußte, bevor sie

¹ In Deutschland wurde schon seit Oktober 1914 dem Brotmehl ein bestimmter Prozentsatz Mengkorn und Kartoffeln beigemischt. Im Februar 1915 wurde das Brotkartensystem - 225 g. Mehl - eingeführt, im Sommer 1915 die gesammte Ernte vom Staat beschlagnahmt, vgl. **Solženyzin, A.**, *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 246f.

² Ausführlich dazu vgl. **Gippius, S.**, *Sinijska knjiga*, Belgrad 1929.

³ **Frenkin, M.**, *Zachvat vlasti bolševikami i rol tylovyh garnisonov armiji: podgotovka i provedenije oktjabrskogo mjateža 1917-1918 g.g.*, Jerusalem 1992, S. 1-30.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

überhaupt an die Front gelassen werden konnten¹. In den Städten lernten die Rekruten hauptsächlich zu marschieren, was sie in der Regel auf öffentlichen Plätzen machten. Auch die Kriegsversehrten wurden - anders als in allen anderen kriegführenden Staaten - in den Städten versammelt, so daß die Rekruten jeden Tag sehen konnten, was sie an der Front erwartete. Besonders zersetzend wirkten auf die Einberufenen jedoch die Städte selbst. Vor den Augen der Soldaten brodelte das Stadtleben mit seinen neureichen Ausschweifungen, dem Nachtleben und anderen Annehmlichkeiten, die ihnen verwehrt waren². Aber trotz aller Unzulänglichkeiten fanden oppositionelle Kreise keine Möglichkeit, in den Einberufungsstätten ihre Propaganda zu verbreiten. Vor allem deshalb nicht, weil der Aufenthalt dort nur ein paar Wochen dauerte. Die Einberufenen verließen nach Ablauf dieser Frist ihre Anstalten und gingen an die Front. Wenn am Vorabend der Februarrevolution die Moral in den städtischen Rekrutenausbildungsanstalten schlecht war, so hatten dafür eher die Eindrücke aus dem Aufenthalt in der Stadt gesorgt, als die Agitation der Regimegegner. Der Vorsitzende der Staatsduma, M. Rodzjanko, erinnerte sich, daß es *„Anzeichen von Wehrkraftzersetzung bereits im zweiten Kriegsjahr gegeben hat ... Der Nachschub aus den Reservebataillonen war bereits um ein Viertel dezimiert, als er die Front erreichte ... Manchmal mußten die ganzen militärischen Züge, die sich auf dem Weg an die Front befanden, auf halbem Weg ihren Marsch unterbrechen, weil nur noch die Offiziere und Fähnriche übriggeblieben waren“*³. Erst nach ihrer Ankunft an der Front erhielten die Rekruten von ihren Einheiten eine gebührende Ausbildung und verwandelten sich wieder zu Soldaten, die man auch im Kampf einsetzen konnte⁴. Trotz aller Ausschweifungen in der Etappe kehrte die Disziplin an der Front wieder ein. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Rekrutenausbildungsstätten in den Großstädten zunehmend zu einer potentiellen Bedrohung für die allgemeine Ordnung wurden, um so mehr, als diese vom Militärkommando unbemerkt blieb. Allein in Petersburg und Umgebung befanden sich bis zu 340 000 Reservisten in Wartestellung - unzufrieden, reizbar, bewaffnet. Nur eine gut organisierte Verwaltung mit eiserner Disziplin war in der Lage, diese Kraft im Zaum zu halten⁵.

In mancher Hinsicht ähnelt ein Staat mitten im Krieg einer Bank und seine Autorität gewissermaßen der Bonität bei den Anlegern. Eine Bank hält nur einen kleinen Teil der ihr anvertrauten Einlagen flüssig - gerade soviel, wie sie für Abhebungen im normalen Maß braucht - und investiert das übrige Kapital. Die Anleger haben in der Regel gegen diese Praxis solange nichts einzuwenden, wie sie überzeugt sind, daß sie ihr Guthaben jederzeit im vollen Umfang abheben können. Wenn jedoch eine Bank auch nur einem einzigen Kunden seine Anlage nicht auszahlen kann, ist das Vertrauen sofort zerstört und es kommt zu einem Ansturm der Anleger, welcher die Bank zwingt, die Auszahlungen einzustellen. Ähnlich gelingt es einem Staatswesen im Krieg, allgemeinen Gehorsam zu erzwingen. Nicht bloß, weil er die notwendigen Mittel dazu besitzt, allen denkbaren Herausforderungen entgegenzutreten, sondern auch weil er über genügend Mittel verfügt, um allen zu erwartenden Herausforderungen begegnen zu können. Das Unvermögen, entschlossen zu handeln, bewirkt Autoritätsverlust, provoziert eine

¹ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 247f.

² Ebd.

³ Rodzjanko, M., *Gossudarstvennaja Duma i Fevral'skaja 1917 goda revoliuzija*, S. 31.

⁴ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, S. 247f., Frenkin, M., *Zachvat vlasti bolševikami i rol tylovyh garnisonov*, S. 1-30.

⁵ Andrejev, A., *Soldatzkije massy garnisonov ruskoj armii v oktjabrskoj revoljuzii*, Moskau 1975.

Vielzahl von Herausforderungen und endet schließlich mit einer politischen „Bankpanik“, die man im Prinzip auch als Revolution bezeichnen kann.

In der Monarchie russischer Prägung war der Monarch der Verfassung nach faktischer Regierungschef. Die Monarchie benötigte deshalb einen Monarchen, der - wie es Witte einmal ausdrückte - nicht nur aufgrund formeller Privilegien, sondern auch Kraft seiner Persönlichkeit herrscht. So gesehen hatte das Schicksal Rußland in doppelter Hinsicht benachteiligt. Zu Beginn des 20. Jh. hingen die gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen damit zusammen, daß auf dem Thron ein Monarch saß, der ungeeignet war, sein Land in einer so schweren Phase der Geschichte anzuführen. Bereits seit dem 19. Jh. hatten sich die Herrscher auf dem Thron in einer merkwürdigen Reihenfolge abgewechselt, bei der einem charaktermäßig „schwachen“ Zaren einer mit autoritären Tendenzen folgte. Den schwankenden und zum Mystizismus neigenden Aleksander I. hatte sein Bruder beerbt, der „Zuchtmeister“ Nikolaj I. Dieser hielt sein Land mit eiserner Hand fest im Griff und reglementierte jahrzehntelang sein Leben bis in das kleinste Detail. Sein Sohn, Aleksander II., der in Rußland eine Ära der Reformen einleitete, war wiederum ein Herrscher von unausgeglichem und weichem Charakter. Schließlich war der Vater Nikolajs II., Aleksander III., die personifizierte Autokratie: Ein Riese von einem Mann, der Hufeisen mit bloßen Händen verbog, Opern liebte, Tuba spielte und seine Hofgesellschaft damit unterhielt, daß er mit bloßem Faustschlag Türen aus den Angeln hob¹. Wie keiner seiner Vorgänger auf dem Zarenthron war Aleksander III. ein Machtmensch und hatte nicht die geringsten Skrupel, bei Bedarf Gewaltmittel einzusetzen. Merkwürdigerweise hatten in der russischen Geschichte gerade die „humanen“ Herrscher mit Problemen zu kämpfen, die rechtzeitige Reformen behinderten und das Land immer wieder an den Rand einer Katastrophe brachten. Der herausragendste von ihnen, Aleksander I., kannte die Verhältnisse im Ausland und versuchte stets hartnäckig, Reformprojekte herauszuarbeiten, die seinem Land helfen sollten, zu den modernsten Staaten Europas aufzuschließen². Allerdings hatte er dabei so wenig Erfolg, daß er nach dem Ende des Wiener Kongresses zunehmend dem Mystizismus verfiel und sein Leben in Zurückgezogenheit beendete, ohne auch nur ein einziges seiner zahlreichen Vorhaben verwirklicht zu haben³. Hätte nach seinem Tod 1825 Nikolaj I. auf dem Senatsplatz nicht Entschlossenheit gezeigt, hätten die nach Freimaurerprinzipien organisierten russischen Revolutionäre (Dekabristen) bereits damals das Land in einen Zustand der Anarchie und des Bürgerkrieges versetzt. Allerdings hatte Rußland die Standhaftigkeit seines Monarchen teuer zu bezahlen. Das Land hielt sich jahrzehntelang im reaktionärsten Zustand von ganz Europa. Als der „liberale“ Aleksander II. eine Ära der Reformen einleitete, indem er die Bauern des Landes aus der Leibeigenschaft entließ und eines der weltweit humansten Gerichtswesen einführte, löste er in den Schichten der russischen Intelligenzija eine Bewegung aus, die in einer Welle des Terrorismus mündete und den Reformen ihre Grenzen zeigte. Aleksander II. wurde 1881 von einer Bombe zerfetzt, als er sich auf dem Weg zu seinen Ministern befand, um die Urkunde zu unterzeichnen, die seinem Land eine Verfassung gegeben hätte. Der Zar, der sich nach dem Zeugnis Solženitzins stundenlang in eine Gefängniszelle einsperren ließ, um die „*Leiden*

¹ Zur Person Aleksanders III. vgl. **Witte, S.**, *Vospominanija*, Bd. 1., sowie **Romanov, A.**, *Once a Grand Duke*, Casell 1932, S. 73f.

² Vgl. **Čartorizky, A.**, *Memuary knjazja Čartorizkogo*, Bd. 1., Moskau 1912.

³ Nach dem Tod Aleksanders I. grassierten in Rußland Gerüchte, daß der Zar gar nicht gestorben war, sondern als Mönch Ivan Kuzmič weiterlebte. Diese Legende wird zwar in der Fachliteratur nicht anerkannt, jedoch wurde nach der Öffnung der Familiengruft durch die Bolschewiki festgestellt, daß sie leer war, vgl. **Sacharov, A.**, *Aleksander I, in: Rossijskije samoderžy*, S. 91-159, **Romanov, A.**, *Vospominanija*, Moskau 1999, S. 9-16.

der Verurteilten“ zu verstehen, starb, als er einen tödlich verwundeten Soldaten seiner Wache vom Boden aufheben wollte¹. Nikolaj II., der das Land in der schwierigsten Phase seiner Geschichte anführte, besaß alle Charaktereigenschaften eines „schwachen Zaren“. Dieser Umstand allein ließ nichts Gutes für die Zukunft erahnen.

Dank der sowjetischen Geschichtsschreibung zählte Nikolaj II. bis vor kurzem zu den wohl meist verleumdeten Herrschern Rußlands. Er erfreute sich schon zu seinen Lebzeiten keiner großen Beliebtheit, weder in den Kreisen russischer Konservativer, noch in den Reihen der Liberalen, geschweige denn in den Kreisen der revolutionären Intelligenzija. Nach seinem Tod bezeichneten ihn sozialistische Opponenten immer wieder als einen beschränkten, prinzipienlosen, rachsüchtigen und sturen Monarchen. Seine nach der Revolution veröffentlichten Tagebücher wurden schon von seinen Zeitgenossen als Zeugnis seiner beschränkten geistigen Fähigkeiten ausgelegt, da sich darin in knappen Sätzen nur sein Tagesablauf niederschlug². So schrieb er z.B. am 5 April 1907: „Heute inspizierte ich die Truppen. Später arbeitete ich draußen, brach das Eis vor der Eingangstür. Am Abend las ich und spielte Billard“³. Häufig wird vergessen zu erwähnen, daß der russische Zar in seinen Tagebüchern immerhin jeden Tag vermerkte, er habe „gearbeitet“ und in der Freizeit „gelesen“. Außerdem sprach Nikolaj vier Fremdsprachen fließend. Allerdings beruhte die Abneigung auf Gegenseitigkeit. Einem On-dit zu Folge machte Nikolaj II., wenn er das Wort „revolutionäre Intelligenzija“ in den Mund nahm, ein Gesicht, als spräche er „Syphilis“ aus⁴. Nach seinem Dafürhalten sollte es aus dem russischen Wortschatz getilgt werden⁵. Welche Blüten allerdings das kommende System trieb, wird am einige Jahrzehnte später aufgezeichneten Tagebuch Brežnevs deutlich: „13. April 1977: Kosygin ging um 5 Palme zu treffen. Ich ließ ihn durch seinen Sekretär wissen, daß ich überhaupt nicht in der Lage bin Palme zu sehen“⁶. „16. Mai 1976: Ging nirgendwohin, rief niemanden an, aber auch ich wurde von niemandem angerufen. Am Morgen Haare gewaschen und geschnitten, rasiert ... Schaute dem Spiel zu, wie ZASK gegen Spartak verloren hat. Die Burschen spielten gut“. „25. Juli 1976: Gefrühstückt wie immer alleine. Rasiert, geschwommen, geschlafen auf der Bank. Heute begann T. Nikolajevna die Zähne zu putzen; Musa begutachtete die Zahnprothese. Sprach mit Černenko. Wildschweine. Ihm geht es nicht gut. Alles mögliche ist getan worden“. „30. Mai. 1976: Zawidowo mit Černenko. 8 Wildschweine“ „(Ohne Datum) Gespräch mit Podgornyj über Fußball, Hockey und auch ein bißchen über die Verfassung“⁷. Diese Aufzeichnungen entblößen nicht nur den geistigen Horizont des sowjetischen Staatschefs, sondern zeigen auch, mit welcher Art von „Geschäften“ er sich auseinandersetzte, als sein Land auf den Abgrund zusteuerte. Ferner decken sie schonungslos auf, daß der Generalsekretär seiner Muttersprache nicht mächtig war. Brežnevs Tagebuchaufzeichnungen sind nicht nur zusammenhanglos, sondern wimmeln nur so von grammatikalischen

¹ Romanov, A., *Vospominanija*, S. 58-61.

² Vgl. *Dnevnik Imperatora Nikolaja II-go*, Moskau 1991.

³ *Dnevnik Imperatora Nikolaja II-go*, S. 360.

⁴ Witte, S., *Erinnerungen*, S. 191

⁵ Ebd.

⁶ *Archiv des Präsidenten*, F. 80, Brežnevs Tagebuchaufzeichnungen für April - Mai 1976, S. 5f.

⁷ Ebd.

Fehlern. So schaffte er es in seinem Tagebuch kein einziges Mal, den Namen des ersten Parteisekretärs von Georgien richtig zu schreiben: Eduard Ševarnadze fungiert dort meistens als Eduard Šarnavadze¹.

Im Prinzip besaß Nikolaj einen aufrichtigen, einfachen und unkomplizierten Charakter. Er verfügte über eine schnelle Auffassungsgabe und ein gutes Erinnerungsvermögen². Selbst Sergej Witte, der gegen Ende seines Lebens eine Art Intimfeind Nikolajs darstellte, schrieb über ihn, daß die hervorragendsten Charaktereigenschaften dieses Zaren seine „schnelle Auffassungsgabe“ und seine „verwalterische Kompetenz“ waren³. Außerdem hielt Witte den Zaren für den „wohlerzogensten Menschen, dem (er) je begegnet“ war⁴. Zahlreichen Überlieferungen zufolge kam sein seelisches Gleichgewicht nie ins Wanken, auch trat er seinem Gesprächspartner (ob das ein ausländisches Staatsoberhaupt oder ein einfacher Bediensteter war) nie taktlos entgegen. Nikolajs Leben war voll von Erschütterungen, Enttäuschungen und Verlusten, aber niemals vermittelte er den Eindruck, um sein Leben Angst zu haben. Kein Hinweis diesbezüglich findet sich in den zahlreichen Dokumenten oder zeitgenössischen Zeugnissen⁵. Der Zar arbeitete viel, war außerordentlich pflichtbewußt, pünktlich und zuverlässig. Seine persönlichen Bedürfnisse waren gering. Am liebsten verbrachte er seine Freizeit in Gesellschaft seiner Familie oder mit körperlicher Betätigung im Freien. Der Aussage eines amerikanischen Historikers der russischen Revolution nach stellte er „*die ideale Besetzung für den Part eines repräsentativen Monarchen*“⁶ dar.

Nikolajs Charakter barg jedoch einiges, was ihn von den übrigen Monarchen dieser Epoche wesentlich unterschied und letzten Endes verheerende Folgen für das Land mit sich brachte. Der letzte russische Zar verfügte über keinen Machthunger. „*Ich halte die Alleinherrschaft nicht zu meinem persönlichem Vergnügen aufrecht*“, sagte er in einem Privatgespräch 1904 zu Svjatopolk-Mirskij, „*ich handle nur deshalb in ihrem Geist, weil ich überzeugt bin, daß sie für Rußland notwendig ist. Wenn es allein um mich ginge, würde ich sie nur zu gern aufgeben*“⁷. Das waren keine leeren Worte. Dem Zeugnis zahlreicher Zeitgenossen nach machte Nikolaj gerade in den ersten Monaten nach seinem Thronverzicht einen erleichterten Eindruck wie noch nie zuvor. An seinem Hof gab es wesentlich weniger Empfänge und gesellschaftliches Leben, als bei seinen Vorgängern. Politiker und Minister hielt er sich vom Leibe und hatte eine starke Abneigung gegen ihre politischen Intrigen. Er war ein sehr religiöser Mensch mit starkem Hang zum Fatalismus⁸. Diese Charaktereigenschaft wurde von den Nachkommen vielfach belächelt, obwohl sein Leben tatsächlich sehr viele merkwürdige Ereignisse zu verzeichnen hat⁹ * . In

¹ Ebd.

² Wrangel, P., *Zapiski*, S.184-185.

³ Witte, S., *Vospominanija*, Bd. 2., S. 15f.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 111.

⁷ Svjatopolk - Mirskaja, in: *Istoričeskije zapiski*, Nr. 77, Moskau 1965, S. 247.

⁸ Ein Paar Wochen vor dem Zusammenbruch der Monarchie erklärte Nikolaj II. seinem Verwandten Großfürst Aleksander Michailovič gegenüber: „*Gottes Wille geschehe. Ich bin am 6. Mai, am Tage des vielgelittenen Hiob geboren. Ich bin bereit, meinem Schicksal zu begegnen*“, vgl. Romanov, A., *Kniga vospominanij Velikogo Knjazja Aleksandra Michailoviča*, Paris 1933, S. 188.

⁹ Zeitgenossen wiesen mehrmals auf die Tatsache hin, daß die Schicksalsschläge ihres Zaren sehr merkwürdig mit der Zahl 17 in Zusammenhang standen. Am 17. Oktober ist der damalige Thronfolger während der Zugkatastrophe in Borki knapp dem Tod entronnen; am 17. Januar 1895 hielt er seine unglückliche Thronantrittsrede, die katastrophale Auswirkungen auf die öffentliche Meinung hatte; am 17. Oktober 1905 wurde das Ende der „Selbstherrschaft“ besiegelt, am 17. Dezember

einem so abergläubischen Land wie Rußland blieb dies nicht unbemerkt, und Nikolaj galt bei seinem Volke als Zar ohne Fortune. Nikolaj selbst entschuldigte seinen Fatalismus damit, daß er am Geburtstag des Hiob zur Welt gekommen war. „*Alles in den Händen des Herrn. Ich bin am 6 Mai, dem Tag des Hiob geboren und ich bin bereit, mein Schicksal zu akzeptieren*“, schrieb er im Winter 1917 an seine Mutter Marie¹. Vom Ehrgeiz der Politiker und von der allgemeinen Moral seiner Zeit angewidert, war Nikolaj II. weit weniger als andere zeitgenössische Monarchen gewappnet, den Veränderungen des 20. Jahrhunderts psychisch zu begegnen. Viel schlimmer und folgenschwerer war aber, daß der letzte russische Zar überhaupt kein Durchsetzungsvermögen besaß. Das konnte in Rußland zu nichts Gutem führen. Das hatte bereits Aleksander III. bemerkt, der immer wieder äußerte, daß sein Sohn ungeeignet sei, die Pflichten, die ihn erwarteten, zu erfüllen². Bezeichnenderweise hielten fast alle, die mit ihm in Berührung kamen, Nikolaj für schwach und glaubten, ihn leicht manipulieren zu können. Darunter waren Wilhelm II., viele russische Politiker, sowie Vertreter des Romanovclans. Die meisten von ihnen wurden in dieser Hinsicht allerdings früher oder später enttäuscht, trotzdem ließen die Manipulationsversuche während seiner gesamten 25jährigen Herrschaft niemals nach.

Im großen und ganzen läßt sich sagen, daß sich die Gesellschaft vor dem Krieg ihrem Zaren gegenüber eher gleichgültig verhielt. Er galt zwar als weich und farblos und las seine Reden immer vom Papier ab, vermochte aber seine Schwächen immer wieder durch die ihm eigene einfache Umgangsweise zu kompensieren. Möglicherweise hätte es Nikolaj auch geschafft, sich mit der gespaltenen russischen Gesellschaft doch noch zu verständigen, wäre da nicht seine Frau gewesen. Diese spielte während der letzten Jahre des Ancien Régime in Rußland eine Rolle, die der Marie Antoinettes in Frankreich nicht unähnlich war. Kaiserin Aleksandra war als Prinzessin Alice von Hessen-Darmstadt in Deutschland geboren, verbrachte aber ihre Jugend fast ausschließlich in England am Hofe ihrer Großmutter Königin Victoria. Der französische Botschafter Maurice Paléologue skizziert Aleksandra aus seinen Erinnerungen heraus. Nach zahlreichen Begegnungen mit ihr hält er folgendes für charakteristisch: „*Moralische Besorgtheit, fortwährende Traurigkeit, eine unbestimmte Sehnsucht, ein ständiger Wechsel zwischen Zuständen der Erregung und der Erschöpfung, fortwährende Gedanken, die dem Unsichtbaren und Übernatürlichen gelten, Gläubigkeit, Aberglauben*“³. Vieles aus dieser Beschreibung mag zutreffen, da Aleksandra tatsächlich - mehr als ihre englische Erziehung vermuten läßt - einer übertriebenen Religiosität und dem Aberglauben verfallen war. Obwohl sie im „fortschrittlichsten Königshaus Europas“ aufgewachsen war, versuchte Aleksandra, sich die extremste patrimoniale Attitüde ihrer neuen Heimat anzueignen, was sie wiederum in Rußland zu einer unbeliebten Person machte. Die gebildeten Schichten standen beinahe geschlossen Aleksandra ablehnend gegenüber. Auch der Romanovclan samt der Petersburger Hofgesellschaft mochte sie nicht. An diesem Zustand war die letzte Kaiserin wohl im wesentlichen auch selbst schuld, denn ihr Auftreten und mangelhaftes Taktgefühl ließen beinahe alle, die mit der Kaiserin in Kontakt traten, über kurz oder lang auf Distanz zu ihr gehen. Bereits nach kurzer Aufenthaltszeit galt es in Rußland als ausgemacht, daß die Kaiserin eine kalte und hochmütige

wurde Rasputin ermordet; 1917 wurde der Zusammenbruch Rußlands und der Monarchie besiegelt und schließlich ereignete sich der Mord an der Romanovfamilie merkwürdigerweise auch in der Nacht zum 17. Juli, **Radzinskij, E.**, *Nikolaj II*, S. 66.

¹ **Romanov, A.**, *Kniga vospominanij*, S. 188.

² **Witte, S.**, *Vospominanija*, Bd. 1, S. 434f. und **Verner, A.**, *Nicolas II and the Role of the Autocrat during the First russian Revolution, 1904-1907*, Columbia University 1986, S. 103.

³ **Kondratovič, in: Byloje**, Nr. 22, S. 208f.

„Deutsche“ sei, die für Rußland nichts als Verachtung hege und ihrem Gatten den Weg zur Verständigung mit der Opposition versperre¹ *. Vor dem Krieg lebte Aleksandra deshalb mehr oder weniger von der Gesellschaft ausgegrenzt; sie führte ein zurückgezogenes Leben, mied die Öffentlichkeit und konzentrierte sich auf die Erziehung ihrer Kinder. Bezeichnend klein war auch ihr Vertrautenkreis, der sich fast ausschließlich auf ihre Freundin Anna Vyubova beschränkte². Mit dem Kriegsausbruch verstärkte sich die Isoliertheit der Zarin noch mehr, teils, weil sie sich gänzlich aus der Öffentlichkeit zurückzog, teils, weil der Zar nach Übernahme des Oberkommandos immer öfter an der Front verweilte. Die Gesellschaft glaubte nun, von der unbeliebten Aleksandra und von den dubiosen Gestalten aus ihrer Umgebung regiert zu werden.

Die Erforscher der russischen Revolution gehen mit Recht davon aus, daß es zwei Hauptgründe für die Februarrevolution gab: Erfolgloser Kriegsverlauf und die Schwäche der Machthaber³. Was den Krieg anbelangt, so war die Lage trotz der vielen Niederlagen in den Jahren 1914 und 1915 nicht aussichtslos, denn Deutschland befand sich Ende 1916 in einer noch weit schwierigeren Situation⁴. Die Frontlinie war 1916 stabil. Sie verlief weit entfernt von Petersburg und anderen wichtigen Zentren Rußlands. Die Brusilovoffensive und die strategische Niederlage der Mittelmächte bei Verdun hatten bei den Deutschen und den Österreichern 1916 den Glauben an einen günstigen Ausgang des Krieges zunichte gemacht, was der Rücktritt Falkenhayns mehr als deutlich machte⁵. Weitsichtigen Politikern war klar, daß Deutschland den Krieg nicht mehr gewinnen konnte, zumal die USA die Entente nicht nur offen und direkt unterstützten, sondern ihr Kriegseintritt nur noch eine Frage der Zeit war⁶. Die militärische Lage Rußlands Anfang 1917 war schwierig. Allerdings waren die materiellen und ideellen Ressourcen zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs ausgeschöpft, so daß der Fortsetzung des Krieges diesbezüglich nichts im Wege stand. Angesichts der Okkupation weiter Teile des Landes nahm der Krieg aus russischer Sicht immer mehr den Charakter eines gerechten Verteidigungskrieges an.

Im entscheidenden Augenblick zeigte sich die Monarchie in Rußland als führungsunfähig. Vor allem die Entscheidung Nikolajs II. vom 6. August 1915, Petersburg zu verlassen, den Oberkommandierenden der Streitkräfte an der Front, Großfürst Nikolaj Nikolajewič seines Amtes zu entheben und selbst dessen Platz einzunehmen, erwies sich als verhängnisvoller Fehler. Seine Minister protestierten gegen diese Entscheidung und warnten den Zaren: Dieser Beschluß sei *„der schwerste Fehler in der ganzen Regierungszeit“* und werde

¹ Ein Beispiel für Aleksandras mangelhaftes Taktgefühl liefert ihre Ansprache an Kokovzov, den Nachfolger des 1908 ermordeten Stolypin. Sie sagte dem verblüfftem Politiker: *„Es scheint, als hielten Sie das Gedächtnis Stolypins zu sehr in Ehren und legten seiner Tätigkeit und Person zuviel Wichtigkeit bei ... Man soll aber über die Dahingeshiedenen nicht so viel Trauer tragen. Jeder erfüllt seine Rolle und seine Aufgabe, und wenn jemand nicht länger unter uns weilt, dann deshalb, weil er seine Aufgabe erfüllt hat und abtreten mußte, weil es für ihn nichts mehr zu tun gab... Ich bin überzeugt, daß Stolypin gestorben ist, damit Sie an seine Stelle treten können und daß dies zum Besten Rußlands ist“*, vgl. **Kokovzov, V.**, *Iz mojego prošlogo*, Bd. 2., S 8.

² Vgl., **Vyubova, A.**, *Stranicy iz mojej žizni*, Berlin 1923.

³ Dazu **Volkogonov, D.**, *Lenin*, S. 101-109, **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 409-496, **Chamberlin, W.**, *The Russian Revolution 1917-1921*, London 1935, Bd. 1., S. 73-100, **Medvedjev, R.**, *Oktober 1917*, Hamburg 1979, S. 32-45, **Rodzjanko, M.**, *Erinnerungen*, Berlin 1923, S. 127-210.

⁴ **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 240-257, **Falkenhayn, E. von**, *Die oberste Heeresleitung*, S. 243-246.

⁵ **Czernin, O.**, *Im Weltkriege*, S. 195f.

⁶ Bereits am 30. Januar 1917 gab es zwischen Deutschland und den USA keine diplomatischen Beziehungen mehr, vgl. **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 620.

„schwerwiegende Folgen für ganz Rußland ... und für seine Dynastie haben“¹. Doch der Zar ließ sich nicht umstimmen. Es ist umstritten, welche Beweggründe er dafür gehabt haben mag. Tatsache ist: Durch seine Abreise nach Mohilew ließ er die Machtzügel aus der Hand gleiten, so daß das politische Geschehen in der Hauptstadt zunehmend von verräterischen Intrigen bestimmt wurde, die alle Reste des Vertrauens der Bevölkerung in den Staat zerstörten. Rußland war traditionsgemäß an eine starke Regierung gewohnt, die von einer konkreten Person verkörpert wurde². Die bald einsetzende Regierungskrise führte nach der Abreise des Zaren zum endgültigen Scheitern der von der Staatsduma verkündeten „Politik des inneren Friedens“³. Die Konfrontation mit den politischen Parteien ließ schließlich die Monarchie in Flammen aufgehen und das Land stürzte in den Abgrund.

Bereits zum Winter hatten sich in Rußland drei oppositionelle Interessengruppen gebildet, die 1917 in der jeweiligen Periode der Revolution eine wichtige Rolle spielen sollten. Sie entsprangen ursprünglich verschiedenen Quellen und hatten rein äußerlich betrachtet keine Verbindungen zueinander, brachten aber gemeinsam die Monarchie zu Fall. Den ersten Oppositionsherd stellte die High-Society der Hauptstadt, vor allem die vom Frontdienst befreiten Großfürsten sowie andere Vertreter des Establishments dar. In Opposition traten sie vor allem deshalb, weil sie Nikolaj II. für unfähig hielten, die Lage unter Kontrolle zu halten. Sie traten für den Erhalt ihrer Privilegien ein und dachten das am leichtesten dadurch zu erreichen, daß sie in der Öffentlichkeit ihre „patriotische Haltung“ kundtaten. Ihr regierungsfeindliches Treiben in den verschiedenen Salons der Hauptstadt erreichte mit der Zeit solche Ausmaße, daß der Onkel des Zaren, Großfürst Aleksander Michailovič, sich über den Zustand der Familie Romanov am Vorabend der Revolution folgendermaßen äußerte: „*Wir beobachten zur Zeit ein ungewöhnliches Schauspiel in Rußland: Eine Revolution von oben*“⁴. Das Schauspiel war tatsächlich ungewöhnlich, denn zahlreiche Vertreter des Romanovclans begannen gegen den Monarchen zu konspirieren und gingen dabei so weit, offen mit den oppositionellen Kreisen zu paktieren. Sie strebten die Ablösung Nikolajs durch den früheren Oberbefehlshaber und Onkel des Zaren, Großfürst Nikolaj Nikolajevič an, oder zumindest den Thronverzicht des Zaren zugunsten seines Sohnes Aleksej. Ein erklärtes Ziel der Angriffe der Romanovs war die Kaiserin Aleksandra, deren Person in den Salons in den Schmutz gezogen wurde. Entgleisungen der Hocharistokratie und der Verwandten des Zaren wurden in der Regel so frei ausgesprochen, daß sie in der Hauptstadt kein Geheimnis darstellten. „*Seit zehn Monaten, da ich in der russischen Gesellschaft verkehre, hat mich eine Tatsache zutiefst verwundert, nämlich die Freiheit oder besser gesagt die Frechheit, mit der man über den Kaiser, die Kaiserin und die kaiserliche Familie spricht. In diesem Lande der Alleinherrschaft ... ist das Verbrechen der Majestätsbeleidigung die immer wiederkehrende Sünde der gesellschaftlichen Unterhaltung*“, vermerkte Paléologue, selbst ein eingefleischter Republikaner⁵. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Aristokraten in Rußland am Vorabend der Revolution an dem Ast sägten, auf dem sie selber saßen.

¹ Volkogonov, D., *Lenin*, S. 105f., Solženyzin, A., *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 268f.

² Ebd.

³ Zur „Politik des inneren Friedens“ vgl. Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 386-407, 430-473.

⁴ Brief des Großfürsten Aleksanders Michailovič an Nikolaj II. vgl. *Vestnik archiva presidenta Rossijskoj Federaziji*, Nr. 1., Moskau 1997, S. 22.

⁵ Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 1., S. 179.

Der zweite Oppositionsherd tat dem gleich, ohne sich dessen bewußt zu sein. Seine Macht war um ein Mehrfaches größer und sein Auftreten gegen die Monarchie gleichzeitig viel verbissener. An seiner Spitze standen der Fortschrittsblock der Staatsduma, der Allrussische Verband der Landtage („Zemgor“) und das Zentrale Kriegsindustriekomitee, alles Organisationen, die hauptsächlich aus Liberalen bestanden und deren Bestrebungen repräsentierten. Ihr politisches Gewicht war unvergleichbar größer als das der ersten Gruppe. Sie beherrschte die Presse und Industrie und sprach für die öffentliche Meinung des Landes. Das politische Ziel der russischen Liberalen seit 1905 war die Einführung einer parlamentarischen Regierungsform und die legislative Kontrolle der Exekutive. Sie forderten hartnäckig die Einführung des sog. „Kabinetts des öffentlichen Vertrauens“. Das russische Staatswesen im I. Weltkrieg war eine Monarchie, die gemeinsam mit der Bürokratie und den Militärbehörden das Land verwaltete und somit in den Augen der Bevölkerung für dessen Zustand verantwortlich war. Bereits seit 1905 war Rußland eine konstitutionelle Monarchie, die allerdings - ähnlich wie in Deutschland - den Volksvertretern nur bedingt die Teilnahme an den Regierungsgeschäften gestattete. Vor dem Kriegsausbruch war die Monarchie in Rußland nicht nur berechtigt, die Duma aufzulösen, sondern auch mit Hilfe des Art. 87 der russischen Verfassung Gesetze zu verabschieden¹. Es ist mehr als verständlich, daß die politische Elite mit diesem Zustand unzufrieden war und danach strebte, ihren Einfluß so zu vergrößern, daß sie auch tatsächlich und formell in die Regierungsgeschäfte eingebunden wäre. Seit 1915 wurden zwar Vertreter der Öffentlichkeit zunehmend zu den Regierungsgeschäften hinzugezogen, jedoch wurde dieser Prozeß niemals gesetzlich fixiert. Das russische Reich war bis zum Ausbruch der Februarrevolution ein Staatswesen, dessen Schicksal von der Monarchie abhing. Die Liberalen und die Dumamehrheit wollten diesem Zustand ein Ende bereiten. Man wünschte sich in diesen Kreisen aber keine Revolution, die ja mitten im Krieg eine militärische Niederlage nach sich gezogen hätte². Andererseits wünschte man auch keinen militärischen Sieg, den die Monarchie erringt; dieser hätte Nikolajs Position so gestärkt, daß der Machtverschiebung zugunsten der Volksvertreter Einhalt geboten wäre³. Die Opposition entschied sich für eine höchst riskante Politik, deren Grundsatz darin bestand, noch während des Krieges die Machtbasis an sich zu reißen, um nach dem Krieg nicht vom Willen des Monarchen abhängig zu sein⁴.

Aus der Revolution von 1905 hatten die liberalen Oppositionsparteien Rußlands zwei wichtige Lehren gezogen. Die erste bestand darin, daß der herrschende Monarch sich erst unter Druck bereit zeigte, seine Machtbefugnisse einzuschränken. Die zweite war, daß in diesem Kampf um die Macht diejenige Seite siegreich sein würde, die es am besten verstünde, die Unterstützung der Militärs zu gewinnen. Während der Revolution von 1905 war nämlich die Armee das Zünglein an der Waage gewesen, das den Ausgang der Revolution bestimmte⁵. 1916 war die Rolle der Militärs noch gewachsen, so daß das Millionenheer und seine Befehlshaber im Prinzip zu den alles entscheidenden Faktoren wurden. Den Kampf um den Einfluß in der Armee begannen die mit den Ergebnissen der Revolution von 1905 unzufriedenen Oppositionellen lange vor dem Weltkrieg. Unter ihnen ragt

¹ **Astrov N., Gronskij, P.**, *The War and the Russian Government*, New Haven 1929, S. 3-25.

² Bericht des Innenministers Ščerbatov an Nikolaj II. vom 29. September 1915 in: **Semennikov, V.**, *Politika Romanovych nakanune revoliuziji*, Moskau 1926, S. 97-99.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ausführlich dazu **Bushnell, J.**, *Mutiny amid Repression: Russian Soldiers in the Revolution of 1905-1906*, Bloomington 1985.

besonders Aleksander Gučkov heraus, der als Anführer der größten Partei der 3. Duma (der sog Oktobristen) eine Art Experte der russischen Liberalen in Sachen Militär war¹.

Gučkov war ein kleinwüchsiger Monokelträger, der zu Fettleibigkeit neigte und eine Gehbehinderung hatte. Seine Unzulänglichkeiten hinderten ihn jedoch nicht daran, eine der schrillerndsten Persönlichkeiten der russischen Revolution zu werden. Geboren wurde Gučkov in einer reichen Moskauer Kaufmannsfamilie, die ihm vollkommene finanzielle Unabhängigkeit ermöglichte. Schon in der Kindheit zeigte er eine Charaktereigenschaft, die während seines ganzen Lebens nie verschwinden sollte: Den Hang zum Abenteuer. Als während des Berliner Kongresses die europäischen Mächte Rußland zwangen, auf die im Türkenkrieg eroberten Territorien zu verzichten, entschloß sich Gučkov (der zu der Zeit noch ein Schüler war) zu seiner ersten politischen Tat. Er beschloß nach London zu reisen und dort den damaligen britischen Ministerpräsidenten Disraeli zu ermorden. Von dem Vorhaben erfuhren aber seine Eltern und wirkten auf ihn energisch ein. Diese Episode hatte jedoch auf den jungen Mann nur mäßige Auswirkung gehabt, denn danach widmete sich Gučkov voll seiner Leidenschaft. Er bereiste die Krisenregionen der Welt, von Zentralasien bis China und engagierte sich mal als Freischärler, mal als einfacher Abenteurer. Seine Familie vergaß nicht, dafür zu sorgen, daß ihr ruheloser Sprößling eine gute Ausbildung in Europa erhielt. Sie finanzierten sein Studium in Deutschland. Der relativ lange Aufenthalt in diesem Land hinderte den künftigen Anführer der Oktobristen jedoch nicht, sein ganzes Leben lang ausgesprochen deutschfeindliche Ansichten zu vertreten. Den Höhepunkt in Gučkovs abenteuerlichem Leben bildete der Krieg Großbritanniens in Südafrika, in dem Gučkov als Freischärler auf der Seite der Buren kämpfte. In die Heimat kehrte Gučkov erst, als am Vorabend der Revolution von 1905 sein Land zu den größten Krisenherden der Welt wurde. Dort etablierte er sich sehr schnell als einer der Anführer der Partei der Oktobristen, die als zahlenmäßig stärkste Partei der zweiten und der dritten Duma binnen kürzester Zeit immensen Einfluß auf das politische Leben des Landes erlangt hatte. Obwohl noch sein Großvater ein Leibeigener gewesen war, hatte der Anführer der Oktobristen keine gute Meinung von den niederen Schichten des Volkes. Seine Lebenserfahrung bestärkte ihn vielmehr in dem Glauben, daß es für das Wohl eines Volkes viel besser sei, wenn die Entscheidungen von den „klugen Köpfen“ getroffen würden. Solange in Rußland ein solch starker Politiker wie Stolypin als Ministerpräsident regierte, war Gučkov durchaus kooperationsbereit, auch wenn er sich weigerte, die Verantwortung mitzutragen. Nach dem tragischen Tod Stolypins entdeckte Gučkov weitere Felder für seine politische Tätigkeit. Er glaubte - ähnlich wie Kurt Schleicher in der Weimarer Republik - viel mehr erreichen zu können, wenn er mit Hilfe politischer Intrigen aus dem Hintergrund die Fäden zöge und den Regierenden seinen Willen aufzwänge. Aleksander Kerenskij zufolge, der ihn bewunderte und als „*eine Art mürrischer Einzelgänger mit einer Aura des Geheimnisvollen*“ bezeichnete², beschloß Gučkov Nikolaj II. zu beherrschen und ihn für seine Ziele einzuspannen. Als der Zar den ehrgeizigen Politiker abblitzen ließ, änderte sich Gučkovs Verhältnis zu dem herrschenden Monarchen und er ging auf Konfrontationskurs. Er beschimpfte von der Dumatribüne herab die Minister, duellierte sich mit den zaristischen Beamten und verunglimpfte in der Öffentlichkeit die Herrscherfamilie. Die Verbreitung der Legende von Rasputin in der Petersburger Gesellschaft war größtenteils seinem Wirken zu verdanken. Obwohl Gučkovs Anschuldigungen in der Regel frei erfunden waren und vor

¹ Gurko, V., *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S. 203f.

² Kerenskij, A., *Crusifixion of Liberty*, S. 126f.

Gericht widerlegt werden konnten, machte Nikolaj II. keine Anstalten, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Der ehrgeizige Oppositionelle fühlte sich infolgedessen so sicher, daß er sich nicht nur erlaubte, Pläne zum Sturz des Monarchen zu schmieden, sondern es sogar nicht einmal für nötig befand, diese Pläne zu verheimlichen. Gučkov diskutierte Regierungsumbildungen in aller Öffentlichkeit, seine Vorhaben lieferten immer wichtigen Stoff für Klatschgeschichten der Oberschicht der Hauptstadt. Nachdem Gegenmaßnahmen der Regierung ausblieben, schritt er zur Tat.

Noch vor dem Weltkrieg richtete er sein Bemühen darauf, Sympathisanten im Offizierskorps anzuwerben und mit ihrer Hilfe den Einfluß auf die Militärmaschinerie auszubauen. Besonders interessierte er sich bezeichnenderweise für junge Karrieristen aus der Akademie des Generalstabes. Es gelang Gučkov noch vor dem Weltkrieg, einen Kreis junger Offiziere, die sog. „Jungtürken“ um sich zu scharen und eine illegale geheime Offiziersorganisation zu bilden¹. Hilfreich für den Chef der Oktobristen war dabei sein militärisches Engagement. Als Vertreter des Roten Kreuzes lernte er viele junge Offiziere bereits im russisch-japanischen Krieg kennen. Sehr nützlich erwies sich auch sein Aufenthalt in Südafrika, wo er einen russischen Kriegsberater Krügers, Vasilij Gurko, kennenlernte. Die Versammlungen der geheimen Offiziersorganisation wurden in Gurkos Wohnung abgehalten. Dieser verfügte als Sohn eines berühmten russischen Feldmarschalls des russisch-türkischen Krieges von 1878 über zahlreiche Kontakte und war imstande, die begabtesten jungen Generalstäbler heranzuziehen. Einige berühmte Namen lassen das Potential dieser Offiziersorganisation erahnen: Außer V. Gurko waren darin Aleksejev, Polivanov, J. Danilov, N. Golovin, A. Lukomskij und viele andere vertreten². Der geheime Offizierszirkel war allerdings nicht monarchiefeindlich, seine Mitglieder beschäftigten sich hauptsächlich mit der Modernisierung der Armee und wollten von Politik nicht viel wissen³. Gučkov hingegen verfolgte weitreichende politische Ziele⁴. Mit dem Kriegsausbruch war der politische Einfluß Gučkovs gewaltig angestiegen. Als Leiter des Industriekomitees der Duma wurde er zu einem der mächtigsten Politiker des Landes. Noch während der erwähnten Krise im Sommer 1915 verfaßte Gučkov seine berühmte „Disposition Nummer 1“, die zum „Krieg auf zwei Fronten“ aufrief: Außen gegen die Mittelmächte und gegen die Monarchie im Inneren⁵. Im Sommer 1915 versuchten die oppositionellen Kreise, ihre Vorkriegsverbindungen wiederzubeleben. Die Leutnants waren inzwischen zu Hauptmännern, die Hauptmänner zu Generälen geworden. Polivanov leitete seit 1915 das Kriegsministerium, Aleksejev und Gurko die Stawka, Danilov war als faktischer Erfinder des russischen Aufmarschplanes schon immer eine der einflußreichsten Figuren in der Militärhierarchie gewesen. Mit den liberalen Politikern in Petersburg sympathisierte General Russkij, der seit Spätherbst 1916 wieder Kommandeur der Nordfront war und in dieser Position für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Petersburg zuständig war.

Der dritte Oppositionsherd war im Herbst 1916 noch unsichtbar. Es handelte sich dabei um zahlreiche, der Monarchie gegenüber traditionell feindlich eingestellte sozialistische Parteien, unter denen besonders die

¹ Ebd.

² Ebd.

³ **Menning, B.**, *The Imperial Russian Army 1861-1914*, S. 200-238.

⁴ **Pares, B.**, *The Fall of the russian Monarchy*, S. 105-110, **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S.469-474 und 641.

⁵ **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 238f.

Sozialrevolutionäre, die Menschewiki und die Bolschewiki herausragten. Ihr Einfluß war damals nicht groß. Alle radikalen Anführer lebten im Ausland, ihre Parteiorganisationen in Rußland führten ein kümmerliches Dasein mit ordentlich geschrumpften Mitgliederzahlen und waren größtenteils von der Polizei zerschlagen worden.

Strategisch sind die Kräfte, die 1917 eine entscheidende politische Rolle spielten, folgendermaßen zu charakterisieren. Die erste, „aristokratische“ Gruppe bestand aus der Oberschicht der Hauptstadt und den oppositionell eingestellten Mitgliedern der Romanovfamilie. Ihr politisches Ziel war die Kundgebung des eigenen Patriotismus und die Durchführung einer Palastrevolution. Ihre politischen Kampfmethoden waren Intrigen. Sie verfügten über keine politische Macht. Ein politisches Programm besaßen sie ebenfalls nicht. Die zweite Gruppe, die „Öffentlichkeit“, strebte die Einführung einer parlamentarischen Regierungsform und die Schwächung der Krone an. Dies gedachte sie allein zu bewerkstelligen, um das von ihnen „repräsentierte“ Volk daran zu hindern, an den Ereignissen teilzunehmen. Ihre Kampfmethoden waren die Mobilisierung der öffentlichen Meinung durch die Duma und die Presse, sowie die Gewinnung der Sympathien führender Militärs. Ihre wichtigste politische Karte war der angebliche Verrat des Zarenpaars und seiner Umgebung, gegen das Nationalinteresse und angeblicher Wunsch, einen für Rußland unvorteilhaften Separatfrieden schließen zu wollen. Das politische Ziel der dritten Gruppe war eine Revolution und die Durchführung einer sozialen Umverteilung des Eigentums. Alle drei Gruppen standen selbstverständlich ohne jegliche Verbindung zueinander; ungewollt waren sie jedoch stark miteinander verknüpft, da ihre Anstrengungen in eine gemeinsame Richtung zeigten. Dabei spielte die erste Gruppe bewußt der zweiten in die Hände und beide bereiteten die Lage vor, die der dritten Gruppe zugute kommen sollte.

Die entscheidende politische Krise begann im Spätherbst 1916, als die Aktivitäten an der Front infolge der einsetzenden Unwetterperiode abflauten. Es war bereits vielen Russen klar geworden, daß in diesem Jahr den Mittelmächten doch keine entscheidende Niederlage zugefügt werden würde. Dem Land stand noch ein weiterer Kriegswinter bevor, der in diesem Jahr besonders hart zu werden drohte. Nach zwei milden Wintern brach der Winter 1916/1917 schon sehr früh ein. Die Durchschnittstemperaturen fielen rasant in den Keller und übertrafen bereits im Herbst beträchtlich die vergleichbare Temperaturen der früheren Jahre¹. Silvester haben die Bewohner Petersburgs bei Temperaturen von -38°C gefeiert². Die Kälte war so schlimm, daß sich Bäuerinnen der umliegender Dörfer bereits im Spätherbst weigerten, Lebensmittel in die Städte zu fahren, was sich sofort bemerkbar machte und von der Bevölkerung nicht gerade mit Freude aufgenommen wurde. Drohende Versorgungsengpässe, damit verbundene mögliche Unruhen der Stadtbevölkerung und die Kriegsverdrossenheit der gesellschaftlichen Oberschichten schufen ein politisches Klima, das die Regierungsgewalt paralyisierte. Die Übernahme des Oberbefehls durch den Zaren, der immer mehr in der Stawka weilte und die Regierung seinen Ministern überließ, spielte dabei auch eine Rolle. Mit seiner Abreise nach Mohilew hat Nikolaj die Zügel der Macht aus den Händen gleiten lassen und machte sein Land noch schwerer regierbar denn je. Die Hauptstädte waren voll der wildesten Gerüchte vom bevorstehenden Kollaps der Versorgung sowie der Machtübernahme

¹ Nur im November - Dezember 1916 fiel die Temperatur auf durchschnittlich 12, 1 Grad minus. Zur gleichen Zeit 1915 betrug sie durchschnittlich 4,4 Grad minus, vgl. **Zentralnoje Statističeskoje Upravlenije(Hrsg.)**, *Trudy*, Bd. 7., Moskau 1921, S. 252f.

² Ebd.

durch dubiose Kreise aus der unmittelbaren Umgebung des Zaren, die das Land verraten und direkt zur Niederlage führen würden. Eine besondere Rolle spielte dabei die Affäre um Rasputin, dem man andichtete, er hätte durch List und Erpressung die tatsächliche Macht an sich gerissen.

Grigorij Rasputin (Novych), von manchen Zeitgenossen auch als „wahnsinniger Mönch“ bezeichnet, war in Rußland schon vor dem Weltkrieg eine bekannte Persönlichkeit. Geboren in einem sibirischen Dorf, kam er als Wanderprediger nach Petersburg und machte dort durch sein Auftreten und seine außerordentlichen hypnotischen Fähigkeiten auf die oberen Gesellschaftsschichten großen Eindruck. Mit dem Herrscherpaar wurde er lange vor dem Krieg bekanntgemacht - durch Miliza, die Ehefrau des späteren Oberkommandierenden Großfürst Nikolaj Nikolajewič¹. Auf die Zarin machte er gleich einen sehr großen Eindruck. Nikolaj II. verhielt sich ihm gegenüber jedoch eher reserviert. Seinem Ministerpräsidenten der Vorkriegsjahre, Kokovzov, erwähnte er 1912 gegenüber, daß er *„persönlich diesen Bauernburschen [russ.mužičiok] kaum kenne“* und ihm zudem nicht besonders *„über den Weg traue“*². Seinem letzten Innenminister, Protopopov gegenüber enthüllte der Zar, er sei Rasputin gegenüber *„gleichgültig“*³. Die Wahrhaftigkeit dieser Aussagen steht außer Zweifel. Jedenfalls beobachtete der Hofkommandant, General Vojejkov, in den Tagen nach dem Attentat auf Rasputin beim Zaren keine Anzeichen von Trauer: *„Vom allerersten Bericht über das mysteriöse Verschwinden Rasputins, bis zum letzten über die Beisetzung des Leichnams in der Kapelle ... habe ich bei Seiner Majestät kein einziges Mal Anzeichen der Trauer bemerkt, sondern vielmehr den Eindruck eines Gefühls der Erleichterung bei ihm gewonnen“*, erinnerte er sich später⁴.

Durch die heute verfügbaren historischen Dokumente läßt sich eindeutig feststellen, daß sich der Einfluß Rasputins auf das Herrscherpaar ausschließlich auf seine Fähigkeit beschränkte, den jungen Thronfolger Aleksej medizinisch zu versorgen. Nikolajs Sohn litt an Hämophilie, einer Erbkrankheit der hessischen Großherzöge, die durch die männliche Linie hindurch vererbt wurde⁵. Rasputin war der einzige, der die Blutungen des Thronfolgers zum Stillstand brachte, als die Leibärzte des Zaren vor der Krankheit kapituliert hatten. Nach Schilderungen des Leibarztes Botkin reichte lediglich das Erscheinen Rasputins aus, um den Zustand Aleksejs zu stabilisieren⁶. Unter diesen Umständen ist es mehr als verständlich, daß seine Mutter zunehmend in eine geistige Abhängigkeit vom „Wunderheiler“ geriet. Vermutlich gehörte Rasputin der in Rußland verbotenen Sekte der sog. „Chlysten“ an, die predigten, daß die Sünden in der Welt nur durch wiederbegangene Sünden getilgt werden konnten⁷. Jedenfalls war sein Leben in der Hauptstadt von schwerer Trinksucht geprägt. In seinem Privathaus floß der Wein in Strömen; Rasputin verkehrte mit verschiedenen Glücksrittern, die sich etwas von seiner Verbindung zur Zarin erhofften. Ob Rasputin tatsächlich über die ihm nachgesagten Fähigkeiten verfügte, ist mehr als fraglich. Sein

¹ Es geschah am 1. November 1905 in Petershof, vgl. **Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federaziji**, f. 61, op. 1, d. 249, S. 71, **Vojejkov, V.**, *Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, S. 37f.

² **Kokovzov**, *Iz mojego prošlogo*, Bd. 2., S. 41.

³ Protopopovs Aufzeichnungen vor seinem Tod in: **Ščeglovitov, P. (Hrsg.)**, *Padenije zarskogo režima*, Bd. 4., S.14f.

⁴ **Vojejkov, V.**, *Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, S. 178.

⁵ **Djakin, V.**, *Russkaja buržuazija i zarism vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 260f.

⁶ **Bochanov, A.**, *Nikolaj II*, S. 358.

⁷ **Bochanov, A.**, *Nikolaj II*, S. 365.

Privatarzt, R. Werden behauptete, Rasputins Leib sei schon 1914 dermaßen ruiniert gewesen, daß er wahrscheinlich zu keinem Geschlechtsverkehr mehr in der Lage war¹. Für seine Skandale und Ausschweifungen war er in der Hauptstadt allerdings mehr als bekannt und brachte damit auch das Herrscherpaar in Verruf. Rasputin verkehrte nämlich in denselben Restaurants der Hauptstadt, in denen auch die vom Frontdienst befreite High-Society ihre Langeweile bekämpfte.

Das Thema, das die russische Gesellschaft am Vorabend der Revolution beschäftigte, war der vermeintliche schlechte Einfluß Rasputins auf die Zarin und auf den herrschenden Monarchen. Die Familie des Zaren wohnte seit dem Ausbruch des Weltkrieges zurückgezogen und führte zudem ein sehr asketisches Leben. In ihrem Palast in Zarskoje Selo, nahe Petersburg, hatte seit Kriegsbeginn nicht ein einziger Ball stattgefunden. Die Zarin und ihre älteste Tochter engagierten sich bei der Versorgung verwundeter Soldaten. Aleksandra assistierte sogar als einfache Krankenpflegerin im Operationssaal. Durch ihre Hände gingen hunderte Verwundete, die von ihr eigenhändig gewaschen und versorgt wurden². In der russischen Geschichte war dieses Engagement beispiellos. Welche Taten Aleksandra auch begangen haben mag, ihrer neuen Heimat gegenüber war sie sehr loyal. Die nach der Februarrevolution einberufene Kommission, die ihr „verräterische Tätigkeit“ nachweisen sollte, fand trotz ihrer Voreingenommenheit keine Beweise³. Das Verfahren mußte deshalb ergebnislos eingestellt werden. Es liegt in der Tradition Rußlands begründet, daß um die Regierung und ihre Tätigkeit zahlreiche Gerüchte kursieren, die verschiedenen dunklen Kräften Einfluß zusprechen, die in Wirklichkeit gar nicht existieren. Die Wohltätigkeit Aleksandras wurde von der Gesellschaft auch im Weltkrieg nicht wahrgenommen; vielmehr wurde behauptet, daß sie als „Deutsche“ geheime Informationen an den Feind weitergab und damit an der Niederlage Rußlands arbeite. Auch von Rasputins Einfluß wurde behauptet, er sei so groß, daß dieser nach Belieben Minister stürzen konnte und ihnen Befehle erteile. Derartige Gerüchte kursierten im November und Dezember 1916 in der Hauptstadt; sie waren in den höchsten gesellschaftlichen Kreisen an der Tagesordnung, im Yachtklub, in dem die Großfürsten verkehrten, in den Hallen der Staatsduma und des Reichsrats, unter den Politikern und selbst in der Stawka in Mohilew. Das Ausmaß der Rasputinlegende gegen Ende des Jahres 1916 kann man daran ablesen, daß selbst Aleksejev, der ausgeglichene Stabschef des Zaren seinen Mitarbeitern gegenüber behauptete, der Feldzugsplan für das Jahr 1917 sei in die Hände der Zarin und vielleicht auch Rasputins geraten⁴.

Den tatsächlichen Einfluß Rasputins dokumentiert am besten die Einberufung seines Sohnes, der als Bauerjunge 1915 einrücken mußte. Rasputin hat wiederholt die Zarin und deren Intimfreundin Ana Vyubova beknet, für seinen Sohn eine Ausnahmeregelung zu erwirken. Es existieren drei Briefe der Zarin an Nikolaj, in denen sie die Bitte Rasputins mit wärmsten Empfehlungen weitergeleitet hats. Alles half nichts, der Junge mußte

¹ **Bakmeteffarchiv der Columbia University New York**, Privatpapiere von S. E. Kryžanovskij, Box 5., Ordner „Rasputin“. Vyubova, die sich vor ihrem Tod in Finnland ärztlich ihre Jungfräulichkeit bescheinigen ließ, behauptet in ihren Erinnerungen, daß ihr keine einzige von Rasputins Affären bekannt gewesen sei, vgl. **Vyubova, A.**, *Souvenir de ma vie* Paris 1927, S. 115f.

² **Bochanov, A.**, *Nikolaj II*, S. 367-368.

³ **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 17f.

⁴ Ebd., **Kerenskij, A.**, *Die Kerenski Memoiren*, S. 181.

⁵ *Perepiska Nikolaja i Aleksandry Romanovyč*, Moskau 1925, Bd. 3, S. 326, 232, 285, 293 und 337.

trotz der besonderen Verbindungen seines Vaters zur Kaiserin einrücken. Die einzige Erleichterung, die zugestanden wurde, war, daß er nicht in die Schützengräben ging, sondern einer medizinischen Abteilung zugewiesen wurde. Das war so ziemlich alles, was der Mann zu erreichen vermochte, den die russische öffentliche Meinung verdächtigte, durch die Zarin die Macht im Land an sich gerissen zu haben¹.

Inzwischen vermehrten sich die Gerüchte; Unzufriedenheit und die Angst vor Versorgungsengpässen konnte die Stadtbevölkerung jederzeit auf die Straßen treiben und dies leicht in Massenunruhen umschlagen. Die loyalste und gleichzeitig informierteste Behörde, die Polizei, zeigte sich von dieser Entwicklung höchst beunruhigt und verfaßte mehrere Denkschriften, deren Hellsichtigkeit heute geradezu verblüffen. Im Spätherbst beschrieb sie die innenpolitische Lage in den düstersten Farben. „*Wir müssen der uneingeschränkten und unumstößlichen Tatsache ins Auge sehen*“, heißt es in einem Bericht, „*daß das innere Gefüge des politischen Lebens in Rußland sich gegenwärtig einer extremen Bedrohung ausgesetzt sieht, dem unaufhaltsamen Heraufziehen einer großen Unruhe, die ausschließlich durch wirtschaftliche Faktoren bedingt und erklärlich ist: Hunger, die ungleichmäßige Verteilung von Nahrungsmitteln und Artikeln für den täglichen Bedarf und das ungeheure Ansteigen der Preise. Für die breitesten Schichten der Bevölkerung des Reiches ist das Nahrungsmittelproblem ein einziger gewaltiger beseelender Impuls, der die Massen allmählich der wachsenden Bewegung aus Unzufriedenheit und Feindseligkeit zutreibt. Im vorliegenden Fall läßt sich aufgrund konkreter und exakter Anhaltspunkte mit Bestimmtheit behaupten, daß diese gesamte Bewegung bislang eine ausschließlich wirtschaftliche Grundlage hatte, praktisch frei von jeder Verbindung zu rein politischen Programmen. Doch diese Bewegung braucht nur eine konkrete Form anzunehmen und in einem bestimmten Handeln ihren Ausdruck zu finden (ein Pogrom, ein ausgedehnter Streik, ein denkbarer Zusammenstoß zwischen den unteren Bevölkerungsschichten und der Polizei etc.), um unvermittelt und unweigerlich einen rein politischen Charakter anzunehmen*“².

Diese Entwicklung blieb freilich auch den politischen Parteien Rußlands nicht verborgen; sie beschlossen zu handeln, um nicht ihren Einfluß auf das Volk zu verlieren. Dabei dachten sie nicht im entferntesten daran, der Regierung zu helfen, die Mißstände zu beheben, sondern einzig und allein, sie unter Druck zu setzen und dadurch Punkte bei der einfachen Bevölkerung auf Kosten der Regierung zu sammeln. Im September und Oktober hielten die wichtigsten Oppositionsparteien Rußlands insgeheim zuerst getrennte, dann - als Fortschrittsblock - gemeinsame Zusammenkünfte ab, um über gemeinsame Vorgehensweisen zu beraten. Die treibende Kraft hinter den Kulissen waren die Konstitutionellen Demokraten. Auch sie hielten einen geheimen Parteitag ab, der wahrscheinlich der folgenschwerste von allen war³. Auf diesem Parteitag (22. bis 24. Oktober) erzwang die Parteibasis von ihrer Führung das Versprechen, die Regierung zu stürzen, um - wie es im formellen Beschluß des Parteitages heißt - „*den Kontakt mit den breiten Massen der Bevölkerung zu halten*“⁴. Dabei wählten die Kadetten den denkbar riskantesten und politisch kurzsichtigsten Weg. Sie beschlossen, die kaiserliche Regierung öffentlich

¹ Bochanov, A., *Nikolaj II*, S. 363-364.

² Polizeiakte in: *Krasnyj Archiv*, Nr. 4/17, Moskau 1926, S. 24f.

³ Ausführlicher Bericht über den Parteitag der Kadetten in: **Grave, B. (Hrsg.)**, *Buržuazija nakanune Fevralskoj Revoluziji*, S. 145f., sowie **Djakin, V.**, *Russkaja buržuazija i zarism vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 236f.

⁴ Ebd.

des Verrats und der Spionage zugunsten Deutschlands anzuklagen¹. Diese Handlungsweise verstieß derart gegen die Grundsätze einer Partei, die auf ihre Gesetzlichkeit so viel Wert legte, daß sie eigentlich nur durch interne Parteikämpfe und Panikstimmung erklärt werden kann. Einer der Anführer der Kadetten, Fürst Dolgorukov, äußerte nach der Revolution die Vermutung, daß der Vorstand der Partei, P. Miljukov nur deshalb seinen Posten behielt, weil er versprochen hatte, die Angriffe gegen die Regierung anzuführen². Als Opfer wählte man den Ministerpräsidenten Boris Stürmer aus, der aufgrund seines deutsch klingenden Nachnamens am besten geeignet war, den Zaren in Verruf zu bringen. Stürmer war in Rußland wenig beliebt. Er hatte seine Karriere als Mitarbeiter Plehwes, des berüchtigten Innenministers der Jahrhundertwende begonnen und galt als eingefleischter Konservativer. Ehemals Generalgouverneur der Provinz Twer, erhielt er seinen Posten nach dem altersbedingten Rücktritt des langjährigen Ministerpräsidenten Ivan Goremykin im März 1916³. Stürmer brillierte durchaus nicht mit geistigen Gaben, war aber ein solider Verwaltungsmann und bekräftigte mehrmals, daß sein Hauptanliegen Loyalität dem Zaren gegenüber sei. Für die ihm zur Last gelegten Beschuldigungen gab es überhaupt keinen Anhaltspunkt. Er hatte sich nichts zuschulden kommen lassen, was auch nur entfernt an Verrat grenzte. Aber Verrat war seit dem Vorgehen des Oberkommandierenden Großfürst Nikolaj Nikolajewič gegen Mjasojedov ein beliebtes Gerücht. Die Verdächtigungen verstummten auch nicht nach der Ablösung des Kriegsministers Suchomlinov. Im Gegenteil: Sie erstarkten geradezu in dem Maße, wie die Kriegsverdrossenheit der russischen Oberschicht zunahm.

Die Opposition erklärte der Regierung den Krieg und ging am 1. November 1916 zum Angriff über. An diesem Tag wurde in der Staatsduma eine Sitzung abgehalten, in der die Oppositionsparteien ihre Ansichten offen darlegten und ihre Aspirationen sozusagen dem gesetzlichen Verlauf übergaben. Diese Dumasitzung fand nach Schilderungen aller Teilnehmer in einer Atmosphäre beispielloser Spannungsgeladenheit statt und hatte, wie die Ereignisse zeigen sollten, katastrophalste Auswirkungen auf die russische Innenpolitik⁴. Bereits nach der patriotischen Ansprache des Dumavorsitzenden Rodzjanko ereignete sich ein erster Eklat, als die anwesenden Regierungsmitglieder, die durch Geheiminformanten von den Absichten der Opposition erfahren hatten, den Saal verließen. Der Sprecher des Fortschrittsblocks, einer der Anführer der Oktobristenpartei, S. Šidlovskij, ging als erster zum Angriff über, indem er der Regierung „*nicht vorhandenes Ansehen [in der Bevölkerung]*“ vorwarf. Ferner forderte er die Krone auf, eine aus Politikern des Fortschrittsblocks bestehende Regierung des „*öffentlichen Vertrauens*“ zu bilden und sie mit unbeschränkten Befugnissen auszustatten⁵. Diese offiziellen Forderungen waren im Prinzip für alle wichtigen Parteien Rußlands stellvertretend an die Regierung gerichtet und zielten auf die Übergabe der Regierungsgeschäfte an die Duma. Man mußte jetzt nur noch eine Gesetzesvorlage formulieren und sie dem Hof offiziell überreichen. Eine weitere Eskalation war deshalb vollkommen unnötig, vorausgesetzt, die wichtigsten politischen Köpfe Rußlands verfügten über genügend Weitsicht und Staatlichkeitssinn, um ihr Land innenpolitisch nicht zu schwächen.

¹ Ebd.

² **Grave, B. (Hrsg.)**, *Buržuazija nakanune Fevral'skoj Revoluciji*, S.146f.

³ Zur Person Stürmers siehe *Istoričeskij Archiv*, Moskau 1960, Nr. 1., S. 207f.

⁴ Ausführlich über die Dumasitzungen **Gosudarstvennaja Duma četviortogo sozyva (Hrsg.)**, *Stenografičeskij otčet. Sesija 5, Zasedanije 1*, S. 11f., **Miljukov, P.**, *Vospominanija 1859-1917*, 2 Bde., New York 1955, Bd. 2., S. 270f. **Solženycyn, A.**, *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 980-1002.

⁵ Ebd.

Dahingehend machte der Leiter der Plenarsitzung aber keine Anstalten¹ *. Statt dessen ermöglichte er es dem Sozialrevolutionär A. Kerenskij, die Lage zu verschärfen. Mit Kerenskij's Rede wurde alles in den Schatten gestellt, was in den Parlamenten der kriegführenden Länder bislang zu hören gewesen war. In seiner hysterischen Rede beschuldigte Kerenskij „die herrschenden Klassen Europas“, den „imperialistischen Krieg angezettelt“ zu haben, um die „Demokratie in Blut zu ertränken“. Die eigene Regierung und die Minister des Zaren bezeichnete er als „gedungene Mörder“ und „Feiglinge“, die einen „weißen Terror gegen das Volk“ führten, indem sie Gefängnisse mit „arbeitenden Menschen“ füllten: „Ist es nicht ein Symbol, daß unsere Genossen... in einer Siedlung der Region Truchansk festsitzen, während Suchomlinov durch Petersburg promeniert? Wer verursachte in Rußland, der Kornkammer anderer Staaten, Desorganisation und Zusammenbruch, so daß die städtischen Massen mit dem Schrei „Brot!“ auf die Straße ziehen müssen und man ihnen mit den bleiernen Kugeln antwortet[?!]... Der größte und mächtigste Feind unseres Landes ist nicht der Gegner an der Front. Er befindet sich mitten unter uns. Es gibt keine Rettung für das Land, wenn wir nicht jene, die das Land vernichten, es verachten und verhöhnen zum Abtreten zwingen“². Die Frage, ob ihn so eine Regierung ungestraft so reden lassen würde, stellte sich der künftige Anführer der Februardemokratie allerdings nicht. Seine Zuhörer konnten sich ebenfalls nicht erinnern, daß in diesem Krieg die Armee gegen die angeblich hungernde Bevölkerung eingesetzt gewesen wäre. Was die politischen Gefangenen anbelangt, so wußten die Dumadeputierten, daß selbst der Sozialdemokrat Čcheidze ihre Zahl nur auf ca. 7 000 veranschlagte. Die meisten von ihnen saßen nicht im Gefängnis, sondern lebten in der Verbannung³. Die Autorität Kerenskij's unter den Deputierten war sehr bescheiden und seine Eskapaden zu bekannt, um seiner Rede großes Gewicht zu verleihen.

Ganz anders sah es jedoch aus, als das Wort dem Abgeordneten Miljukov erteilt wurde und dieser „mit den Fakten in der Hand“ die Tribüne bestieg. Paul Miljukov war nicht nur der Anführer der wichtigsten politischen Partei Rußlands, sondern auch einer der besten Historiker des Landes mit ausgezeichnetem wissenschaftlichen Ruf. Er galt in der politischen Landschaft als Mann mit klarem Kopf, war glaubwürdig und seriös. In seiner Rede ging es ohne Geschrei und Schimpfwörter ab, alles wurde seriös vorgetragen; dabei wußte der Redner genau, daß seine Anschuldigungen jeglicher Grundlage entbehrten und nichts als Lügen waren. Das hat Miljukov übrigens in seinen Erinnerungen auch selbst offen zugegeben⁴. Miljukov's Ausführungen nahmen ihren Ausgang von der berühmten Antwort, die der alte Kriegsminister, General Šuvajev der Anschuldigung des Abgeordneten Čcheidze erteilt hatte, als er den „Gerüchten über den Verrat in den höchsten Stellen“ entgegenhielt: „Ich bin vielleicht ein Dummkopf, aber kein Verräter!“⁵. Miljukov zählte alle angeblichen und tatsächlichen Fehler der Regierung auf, die jeweils von der rhetorischen Frage begleitet wurden: „War es Dummheit oder Verrat?“ Der Chor der

¹ Der Dumavorsitzende Rodzanko, der von der anstehenden Rede Miljukov's bestens unterrichtet war, der es sich aber weder mit dem Zaren noch mit dem Fortschrittsblock verscherzen wollte, verließ bereits nach seiner Begrüßungsrede den Saal und ging „auf die Toilette“, von der er bis Sitzungsende nicht wiederkehrte. Die Sitzung wurde von seinem Stellvertreter Varun - Sekret geleitet, **Solženyzin, A.**, *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 986f.

² Der volle Text der Rede in: **Gosudarstvennaja Duma četviortogo sozyva (Hrsg.)**, *Stenografičeskij otčet. Sesija 5, Zasedanije 1*, S. 29-33.

³ A. Solženyzin schrieb diesbezüglich, daß während des 1. Weltkrieges nur diejenigen in der Verbannung lebten, die zu bequem zu fliehen waren, oder diejenigen, die sich der Einberufung entziehen wollten, vgl., **Solženyzin, A.**, *Das rote Rad. November Sechzehn*, S. 988.

⁴ **Miljukov, P.**, *Vospominanija 1859-1917*, Bd. 2., S. 276f.

⁵ **Pares, B.**, *The Fall of the russian Monarchy*, S. 391.

Dumadeputierten johlte je nach Laune und Fraktion „Dummheit“ oder „Verrat“¹. Miljukov ließ die eigentliche Bombe platzen, als er den Ministerpräsidenten Stürmer beschuldigte, er beschäftige einen deutschen Spion namens Manuilov als Privatsekretär und betreibe zusammen mit der Zarin eine Politik, die einen für Rußland schmachvollen Separatfrieden mit Deutschland anstrebe. Diese Beschuldigung begründete er mit angeblichen Informationen (ohne die Quelle zu nennen), die er auf seiner letzten Europareise erhalten habe, sowie mit Berichten der deutschen Presse, die Stürmer und Aleksandra als deutschfreundliche Partei in Rußland bezeichneten. Er forderte zum Schluß seiner Rede den Rücktritt der Regierung und die Auslieferung aller Schuldigen an den Untersuchungsrichter, inklusive Ministerpräsident und Zarin: *„Was wir brauchen, ist eine gerichtliche Untersuchung wie im Fall Suchomlinov. Als wir Suchomlinov vor Gericht stellten, waren wir nicht im Besitz der Beweise, die erst durch eine Untersuchung aufgedeckt werden sollten. Wir hatten das, was wir jetzt auch haben: Die instinktive Stimme des ganzen Landes und eine subjektive Gewißheit“*².

Später hat Miljukov zugegeben, daß die Opposition den Zusammenbruch der Regierung befürchtete und die Machtübernahme angestrebt habe, um dem zuvorzukommen³. Daraus leitete er die moralische Berechtigung ab, auf *„subjektive Gewißheit“* und *„die instinktive Stimme des ganzen Landes“* zu vertrauen und dem unmittelbar drohenden Zusammenbruch Rußlands durch Beschuldigungen zuvorzukommen, die den Regierungschef und die Zarin direkt oder indirekt des Landesverrats bezichtigten. In Wirklichkeit trug er mehr als alle Minister des Zaren mit allen ihren Fehlern und Unterlassungen dazu bei, revolutionäre Leidenschaften zu wecken. Vielen Russen schien es unvorstellbar, daß ein Mann seines Formats solch schwerwiegende Vorwürfe erheben konnte, ohne wichtiges Belastungsmaterial zu besitzen. Deshalb wurde Miljukovs Rede als Flugblatt gedruckt und millionenfach an der Front und im Hinterland gelesen⁴. Das offizielle Druckverbot der Militärzensur erregte die Neugier der Menschen noch mehr. Dabei zogen die verschiedenen Schichten Rußlands unterschiedliche Schlüsse. Ein Zeitzeuge der Ereignisse schrieb in einer angesehenen Zeitschrift im Winter 1916, daß seit der Rede Miljukovs *„das Bekämpfen der Obrigkeit in Rußland für die gesamte gebildete Oberschicht zu einer Art Volkssport geworden“* sei⁵. Niemand las mehr die Nachrichten über die Frontereignisse; alle befaßten sich ausschließlich mit den Berichten über die Innenpolitik. Die Gerüchte vom Verrat der Kaiserin und der Spionage der höchsten Würdenträger des Reiches ließen bei den Oberschichten eine Psychose aufkommen, die wegen ihrer Irrationalität und Unberechenbarkeit jeden Augenblick in eine Katastrophe münden konnte. Nach den Worten des Dumaabgeordneten V. Šulgin, war das Land, das zwei Jahre tapfer gegen den Feind gekämpft hatte, inzwischen von tödlicher Furcht vor der eigenen Regierung befallen: *„Die Männer, die Hindenburg furchtlos ins Auge geblickt haben, lassen gegenüber Stürmer den Mut sinken“*⁶. Der irrationale Wunsch hatte sich eingestellt, die Lage viel schlimmer aufzufassen, als sie in Wirklichkeit war. Der Hofkommandant, General Vojejkov, der dieses Phänomen von Mohilew aus beobachtete, sprach von der *„verbreiteten Vorstellung, daß etwas zerbrochen und*

¹ Voller Text der Rede Miljukovs in: *Reč* vom 13.12.1916, S. 1f.

² Ebd.

³ Privatbrief Miljukovs an den Funktionär der Kadetten Petrunkevič vom 1919, in: *Djakin, V., Russkaja buržuazija i zarism vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 243f.

⁴ *Bazylov, L., Obalenie caratu*, S. 204.

⁵ *Westnik Jevropy*, 1916, Nr. 12, S. 379.

⁶ *Gosudarstvennaja Duma čtviortogo sozyva (Hrsg.), Stenografičeskij otčet. Sesija 5*, S. 68.

vernichtet werden müsse - eine Vorstellung, die die Menschen peinigte und ihnen keine Ruhe mehr ließ“¹. Miljukov hatte einen Fehler begangen, denn seine Rede politisierte die trägen Massen. „Die Arbeiter und die Soldaten an der Front, die die Rede vereinfachten“, heißt es bei einem Biographen Nikolajs, „zogen daraus den Schluß, der Dumaabgeordnete Miljukov habe bewiesen, daß die Zarin und Stürmer mit einer Million Rubel bestochen wurden und Rußland an Kaiser Wilhelm verkauft haben“².

„Für einen Staatsmann gibt es keine größere Sünde und kein größeres Vergehen, als die Furcht und den Kleinmut“, warnte Stolypin den Zaren kurz vor seiner Ermordung³. Der einzige Ausweg aus dieser Situation wäre gewesen, die Duma aufzulösen, Neuwahlen anzusetzen und die Hetzer zur Verantwortung zu ziehen. Jedoch zeigte sich Nikolaj dieser Aufgabe nicht gewachsen. Mehr noch: Er kapitulierte vor der Opposition und setzte Stürmer schon am 8. November einfach auf die Straße, ohne dessen offensichtliche Unschuld auch nur zu erwähnen. Man sah ihn noch oft „mit gebeugtem Rücken und zu Boden gerichtetem Blick ... ganz in finstere Gedanken verloren“ ziellos in den Straßen Petersburgs herumgeistern⁴. Ein Jahr darauf starb Stürmer als völlig gebrochener Mann. Diese Episode mit Stürmer und sein unehrenhaftes Verhalten hatten zunächst für Nikolaj selbst denkbar katastrophale Folgen. Die Entlassung des übel verleumdeten Ministerpräsidenten ohne triftigen Grund hatte ihn der letzten Anhänger beraubt, die ihm noch verblieben waren. Die Staatsdiener waren vor Furcht wie gelähmt und wagten nicht einmal mehr daran zu denken, der Duma die Stirn zu bieten⁵. Der Zar selbst machte in diesen Tagen auf seine Umgebung einen resignierten Eindruck und verfügte Maßnahmen, die als Versöhnungsversuch gemeint waren, aber das Land direkt zum Umsturz im Februar geführt haben.

Trotz drängender Briefe seiner Frau, standhaft zu bleiben und mit einem „Faustschlag“ für Ordnung zu sorgen, beschloß er, einen Mann zu berufen, der als reformfreudig galt. Er ernannte den Verkehrsminister A. Trepov zum Ministerpräsidenten⁶. Diese Amtshandlung kam der vollständigen Kapitulation der Krone gleich. Trepov war nämlich nicht nur ein dumafreundliches Mitglied des Ministerkabinetts, sondern war auch immer wieder offen für die Einführung einer parlamentarischen Regierungsform in Rußland eingetreten⁷. Schon am 19. November verkündete Trepov in seiner Regierungsantrittsrede vor der Duma, daß die Regierung bereit sei, den Wünschen der Dumamehrheit nachzugeben⁸. In seiner Rede, die in Ton und Inhalt stark an die Reden Stolypins erinnerte, bat Trepov im Namen der Regierung die Duma um Entschuldigung und sicherte seine vollkommene Loyalität und Bereitschaft zu, mit ihr zusammenzuarbeiten. Ferner kündigte er im Namen der Regierung an, Regierungsakte gegen den Willen der Dumamehrheit mit Hilfe des Art. 89 der Verfassung in Zukunft vollkommen auszuschließen⁹. „Wir wollen unseren Streit vergessen und unsere Fehden zurückstellen ... Im

¹ **Vojejkov, V.**, *Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, S. 185.

² **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 603f.

³ Zitiert aus **Bochanov, A.**, *Nikolaj II*, S. 375.

⁴ **Paléologue, M.**, *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 2., S. 277.

⁵ **Šulgin, V.**, *Dni*, Belgrad 1925, S. 86f., **Pares, B.**, *The Fall of the russian Monarchy*, S. 393f.

⁶ Ebd.

⁷ Zu seinem Regierungsprogramm vgl. **Djakin, V.**, *Russkaja buržuazija i zarism vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 248f.

⁸ **Gosudarstvennaja Duma četviortogo sozyva (Hrsg.)**, *Stenografičeskij otčet. Sesija 5, Zasedanije 6*, S. 253f.

⁹ Ebd.

Namen der Regierung erkläre ich offen und ehrlich, daß diese den Wunsch hat, ihre Energien auf eine konstruktive, praktische Arbeit unter Mitwirkung der Legislative zu richten“, hieß es¹.

Wäre die politische Elite Rußlands nicht von ihren psychotischen Zuständen beherrscht gewesen, hätte sie ihre langjährigen Forderungen nach einer parlamentarischen Regierungsform inhaltlich als erfüllt ansehen müssen. In den Zeitungsartikeln jener Tage herrschte die Meinung vor, daß die Entlassung Stürmers eine Wende markiere, da kein Minister in Rußland mehr seinen Posten gegen den Willen der Dumamehrheit behaupten könne². Wären die Dumapolitiker imstande gewesen, die Lage auch nur einigermaßen vernünftig zu beurteilen, hätten sie wohl das Angebot der Krone angenommen. Das Land befand sich inmitten eines beispiellosen Krieges; jede Konfrontation spaltete die Kräfte und beschwor womöglich den Ausbruch einer Revolution und damit die Kriegsniederlage herauf. Doch die Duma hatte Blut geleckt. Trepovs Rede wurde von so großen Unmutsbekundungen unterbrochen, daß der Vortragende annähernd 40 Minuten lang schweigen mußte³. Selbst seine Ankündigung, daß die Alliierten Rußland den Besitz von Konstantinopel und den Meerengen vertraglich zusprachen, ließ die Stimmung nicht umschlagen. Trepov stand einer Versammlung gegenüber, die jedes Versöhnungsangebot ausschlug⁴. Die Dumamehrheit piffte den Premier von der Tribüne. Am 21. November legte die Dumamehrheit ihre restlichen Skrupel ab und verabschiedete eine Resolution, welche die Regierung aufforderte, *„den Einfluß der dunklen Mächte zu beseitigen und dem verantwortungslosen Treiben Einhalt zu gebieten“*⁵. Besonders unversöhnlich zeigten sich sozialistische Dumaabgeordnete. Zwei Wochen nach Trepovs Aufruf zur Zusammenarbeit riefen Kerenskij und Čcheidze öffentlich und ungestraft die Bevölkerung zum zivilen Ungehorsam auf⁶. Die Verwirrung der Regierung war vollkommen. Der Kriegsminister Šuvajev, der Miljukov gerade noch als Spottfigur gedient hatte, schüttelte diesem bei einem Zusammentreffen die Hand und äußerte den Wunsch nach friedlicher Koexistenz von Regierung und Opposition⁷. Welche Kluft beide Parteien allerdings bereits voneinander trennte, zeigt am besten der Konflikt wegen des Innenministers Aleksander Protopopov, dessen Absetzung die Duma verlangte. Die Geschichte Protopopovs ist interessant und in vieler Hinsicht sehr bezeichnend. Erstens zeigt sie die wahren Fähigkeiten eines typischen Vertreters der russischen Opposition, das Land zu verwalten, und zweitens zeigt sie das Ausmaß der Unversöhnlichkeit dieser Opposition, die am Vorabend der Massenunruhen in Petersburg die Gesellschaft bereits ergriffen hatte.

Protopopov war lange Zeit ein Vorzeigepolitiker und aufgehender Stern am Himmel der russischen Parteienlandschaft in der Duma. Als einer der Anführer der Oktobristenpartei machte er während des Krieges eine berauschende Karriere, wurde zu einer der Führungspersönlichkeiten im Fortschrittsblock und als Stellvertreter Rodzjankos sogar zum zweitwichtigsten Mann des russischen Parlaments. Der Dumavorsitzende Rodzjanko,

¹ Ebd.

² *Reč*, vom 11. 11. 1916, S. 1-2.

³ **Djakin, V.**, *Russkaja buržuazija i zarism vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 251.

⁴ Ebd.

⁵ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 607f.

⁶ Ebd., **Bazylov, L.**, *Obalenie caratu*, S. 248f.

⁷ **Pares, B.**, *The Fall of the russian Monarchy*, S. 393.

Gučkov und andere Anführer der Opposition hatten von ihm eine überschwänglich gute Meinung¹. Als Vizepräsident der Duma bereiste er die Hauptstädte der Westverbündeten und machte dort ebenfalls eine gute Figur. Angeblich besaß er eine ziemlich seltene Eigenschaft, das „*Talent, sich an Menschen unterschiedlicher politischer Couleur anzupassen*“². Auch Nikolaj hatte von Protopopov, der ihm nach seiner Europareise Bericht erstattete, einen guten Eindruck und wollte mit seiner Hilfe die Versöhnung mit der Dumamehrheit erreichen. Noch einen guten Monat vor der Krise um Stürmer wurde er deshalb vom Zaren zum Innenminister ernannt, in der Hoffnung, daß die Ernennung eines Dumamitglieds die Duma veranlassen würde, ihre Angriffe auf die Regierung einzustellen³. Dabei ging die Krone so weit, daß sie mit Protopopovs Ernennung eine Regel der Beamtenernennung verletzte. Das ungewöhnliche an der Ernennung Protopopovs war der Umstand, daß er mit dem zweitwichtigsten Posten der zaristischen Verwaltung betraut wurde, obgleich er weder über die notwendige bürokratische Erfahrung, noch über einen Beamtenrang verfügte. Es hatte zwar auch schon früher Minister gegeben, die man ohne Erfahrungen in der Verwaltung zu Ministern ernannte (z.B. den Landwirtschaftsminister Bobrynskij), aber noch nie war im Zarenreich der Posten des Innenministers jemandem anvertraut worden, der in seiner Karriere nicht im Polizeiapparat gearbeitet hatte. Die Reaktion des oppositionellen Lagers auf die Ernennung Protopopovs zeigt den damaligen Abgrund zwischen den politischen Lagern Rußlands auf. Die gestrigen Freunde und Mitstreiter in der Duma starteten gegen den neuen Innenminister eine Verleumdungskampagne und stießen diesen vollkommen aus den eigenen Reihen. Bereits wenige Wochen nach seiner Ernennung galt Protopopov als Vasall Rasputins und Verräter Rußlands, der vielleicht schon mit dem Feind Verhandlungen über einen Separatfrieden geführt hatte⁴. Sein Erscheinen in der Duma rief Entrüstung unter den Abgeordneten hervor, so daß ihr ehemaliger Führer als Innenminister nicht mehr sprechen durfte. Selbst seine geistige Gesundheit wurde angezweifelt: In der Öffentlichkeit galt es als ausgemacht, daß Protopopov auch noch Syphilitiker war und bereits erste Anzeichen von Geistesschwäche zeigte. Dieses und ähnliche Gerüchte geisterten Ende 1916 durch die Presse und gehörten zu den Lieblingsthemen der Oberschichten⁶. Die Mentalität der russischen Opposition, die in der Regel jede konstruktive Beilegung eines Streites ablehnte und stark zur Kompromißlosigkeit neigte, wurde schon 1905 formuliert. Damals sind alle Versuche Stolypins, auch Oppositionelle ins Kabinett zu berufen, auf strikte Weigerung seitens der großen politischen Parteien gestoßen. Diese Einstellung tat damals Miljukov kund, als er in einer an die Regierung gerichteten Rede sagte: „*Hören sie auf, unsere Leute in ihr Lager ziehen zu wollen, es hat ja sowieso keinen Sinn. Sobald es ihnen gelingt, jemanden von uns für sich zu gewinnen, wird er sofort aufhören, „unserer“ zu sein und, ich nehme an, er wird sofort*

¹ Blok, A., in: *Archiv rusckoj Revoliuziji*, Bd. 4., S. 11f.

² Gurko, B., *Memories and Impressions of War and Revolution in Russia 1914-1917*, London 1918, S. 148-150.

³ Protopopov wurde zuerst zum „geschäftsführenden Innenminister“ ernannt. Zum „Innenminister“ wurde er erst im Dezember 1916 nach der Ermordung Rasputins, Djakin, V., *Russkaja buržuazija i zarism vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 265f..

⁴ Während seiner Europareise wurde Protopopov tatsächlich in Stockholm vom deutschen Geschäftsmann Wartburg kontaktiert. Es handelte sich dabei aber um keine Verhandlungen, vgl. Gurko, V., *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S.148f.

⁵ Ebd., Ščeglovitov, P. (Hrsg.), *Padenije zarckogo režima*, Bd. 4., S. 29f.

⁶ Blok, A., in: *Archiv rusckoj Revoliuziji*, Bd. 4., S. 11f.

aufhören, ihnen nützlich zu erscheinen“¹. Mit dieser politischen Kultur war auf Dauer nicht nur der Weltkrieg nicht zu gewinnen; auch jede Massenunruhe sollte unweigerlich in eine Katastrophe ausarten.

Kap. 9. Die Rolle der Streitmacht in der Februarrevolution

Während im Januar/Februar 1917 im Landesinneren die Spannungen anwuchsen, hielt die Armee an der Front zusammen. So beurteilten jedenfalls ausländische Beobachter das Geschehen. Nach Meinung des französischen Militärattachés in der Stawka war die Armee „*innerlich gesund*“², und der englische Rußlandkenner Pares stimmte mit ihm darin überein: „*Die Front war einwandfrei, das Hinterland aber verdorben*“³. Der wohl objektivste ausländische Beobachter, der britische Militärattaché General Alfred Knox, faßte die militärischen Perspektiven für das Jahr 1917 folgendermaßen zusammen: „*Am Vorabend der Februarrevolution waren die Perspektiven der Russen für den Feldzug von 1917 zweifellos weit besser, als im Winter 1916. Es ist schon wahr, daß der unglückliche Kriegseintritt und anschließende Kollaps Rumäniens der russischen Front weitere 400 Kilometer hinzufügte ... Aber die französischen Offiziere versicherten mir gegenüber mehrmals, daß Frankreich den Rumänen ausführliche Hilfen geleistet hatte und daß ihre Armee sich bald wiederfinden würde: Das war eine Einschätzung, die auch meiner Meinung nach mehr als berechtigt war. Die russische Infanterie war zweifellos müde, aber sie war elf Monate unvergleichbar mehr erschöpft gewesen. Es war offensichtlich, daß in den künftigen Feldzügen das russische Armeekommando mit seinen menschlichen Ressourcen sparsamer umgehen mußte als vorher, aber jedenfalls standen in den Trainingslagern 1,9 Mio. Mann von physisch exzellenter Qualität zur Verfügung. Die Bewaffnung und die Munition war besser und reichlicher als in den Tagen der Mobilmachung und unvergleichbar reichlicher als in den Feldzügen des Frühjahrs 1915 und 1916. Die Arbeit der Armeeführung verbesserte sich jeden Tag. Ich kann aus meiner Erfahrung anlässlich unzähliger Frontreisen bestätigen, daß die Stimmung der Frontsoldaten vortrefflich war. Die Männer hätten während des Winters alle Entbehrungen des letzten Jahres leicht vergessen und hätten den Elan des Jahres 1916 mit Sicherheit wieder aufgebracht. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß - wenn das Hinterland zusammengehalten hätte oder nach der Revolution Männer an die Spitze gekommen wären, die den Mut aufgebracht hätten, die Truppen vor der Propaganda der Demagogen zu schützen - die russischen Soldaten 1917 wieder Erfolge gehabt hätten, die nach meiner bescheidenen Urteilskraft die Erfolge von 1916 übertroffen hätten. Sie hätten einen Druck auf den Feind ausgeübt, der es den Alliierten ermöglicht hätte, den Endsieg bereits zum Ende des Jahres zu erringen*“⁴. Diese Einschätzung ist von besonderem Interesse, denn sie widerlegt die in der Geschichtsschreibung verbreitete Meinung, daß die russischen Frontarmeen am Vorabend der Revolution bereits demoralisiert waren und keine Kapazitäten mehr besaßen. Auch die Zahlen sprechen diesbezüglich eine eindeutige Sprache. Im Winter 1917 war die russische Armee auf die astronomische Höhe von ca. 9 Mio. Soldaten

¹ Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 589.

² Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 2., S. 361.

³ Pares, B. (Hrsg.), *Letters of the Tsaritsa to the Tsar, 1914-1916*, London 1923, S. 38f.

⁴ Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 551-552.

gewachsen¹. Auch die unbedingte materielle Überlegenheit der Mittelmächte über Rußland gehörte fast schon der Vergangenheit an. An der Ostfront standen 7 405 russische Artilleriegeschütze 9 130 Geschützen der Mittelmächte gegenüber². Noch war die technische Überlegenheit der Mittelmächte vorhanden, aber die Kehrtwende war auch an der Ostfront nicht mehr aufzuhalten. Sie trat offen im Sommer 1917 ein, als die Russen anlässlich der Kerenskijoffensive den Mittelmächten in technischer Hinsicht überlegen waren³. Allerdings war das zu spät: Die Auflösung der Disziplin infolge der Revolution hatte die Armee bereits kampfunfähig gemacht.

Besonders die westliche Geschichtsschreibung hat die Tendenz, die Rolle Rußlands für den Ausgang des I. Weltkrieges zu unterschätzen. Manche Geschichtsbücher erwähnen die Ostfront quasi nur als Kriegsnebenschauplatz. Objektiv betrachtet hätten die Westalliierten aber ohne Rußland diesen Krieg zweifelsfrei verloren. Die Rettung Frankreichs durch den Abmarsch zweier deutscher Armeekorps nach Osten auf dem Höhepunkt der Marneschlacht kann noch bestritten werden, jedoch nicht der Beitrag des Zarenreiches zum Sieg der Westalliierten, als Rußland 1915 Hauptkräfte der Mittelmächte an sich band⁴. Im Sommer 1915 befanden sich ca. zwei Drittel der Infanteriedivisionen der Mittelmächte an der Ostfront. Nach kurzem Zwischenspiel (Verdun 1916) verschob sich der Schwerpunkt des Krieges wieder nach Osten. Offizielle Angaben der Stawka, die von deutschen Quellen bestätigt werden, belegen für den Winter 1917 1 585 Infanteriebataillone der Mittelmächte an der Ostfront und nur 1 327 im Westen⁵. Mit anderen Worten band Rußland alleine die Hälfte aller Ressourcen der Mittelmächte an sich und ihre Westverbündeten Frankreich und Großbritannien (weit besser industrialisierte und leistungsfähigere Länder) bekämpften zusammen die andere Hälfte. Nach der Brusilovoffensive wurde die Zahl der Bataillone der Mittelmächte an der Ostfront auf 345 deutsche und 174 österreichische erhöht. Zum gleichen Zeitpunkt kamen nur 27 deutsche Infanteriebataillone an die Westfront⁶. Dabei kämpfte Rußland an seiner Kaukasusfront noch zusätzlich gegen die Türkei. Die Annahme, daß die Türkei kein gleichwertiger Gegner gewesen sei, entbehrt jeder Grundlage. Die Türken besaßen seit dem Mittelalter eine ruhmreiche militärische Tradition, die auch in der Neuzeit glänzend aufrechterhalten wurde: Noch im 18. Jh. diktierten sie den Österreichern zweimal (1739 und 1790) die Friedensbedingungen und später schlugen sie die damals noch unbesiegbare Armee Napoleons in Palästina. 1913 verloren sie zwar den Krieg gegen eine Koalition der Balkanstaaten, bereiteten dafür aber im I. Weltkrieg den Engländern zahlreiche Debakel. In Galipoli stießen sie 1915 ein englisches Expeditionskorps ins Meer und nahmen in Mesopotamien ein anderes gefangen, woraufhin Großbritannien ca. ein Drittel seines militärischen Potentials an den verschiedenen türkischen Fronten einsetzte. Die Engländer hatten vor den Türken so viel Respekt, daß während ihrer Endoffensive 1918 der Oberkommandierende Allenby sich eine zehnfache Überlegenheit sicherte, bevor er überhaupt zum Angriff überging⁷. Diese Tatsachen alleine zeigen die Absurdität der Berichte über die „Schwäche“ der Türken in diesem Kriege. Oder warum evakuierten die Briten und Franzosen so fluchtartig Konstantinopel, wie das 1922 nach der

¹ **Frenkin, M.**, *Zachvat vlasti bolševikami i rol tylovyh garnisonov armiji*, S. 1-30.

² Offizielle Angaben der Stawka in: **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 547.

³ **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 89-105.

⁴ An der Westfront verfügten die Engländer und die Franzosen über 15 545 Artilleriegeschütze. Die Deutschen hatten nur 9859 eingesetzt, vgl. **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 547.

⁵ 509 deutsche, 534 österreichische und 24 türkische, vgl. **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 551.

⁶ Ebd.

⁷ **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 124-163.

ersten Aufforderung Kemals der Fall war? Galipoli, Kteziphon und Kut el Amara verhinderten nach dem Krieg die Kolonialisierung der Türkei.

Da oft behauptet wird, daß die hohen Verluste der Armee in Rußland die Revolution auslösten, müssen an dieser Stelle die Kriegsverluste erwähnt werden. Wegen der unvollständigen Angaben der russischen Kriegsstatistik (die Stawka führte keine Statistiken über ihre Verluste) ist es nicht möglich, genaue Zahlen zu nennen. Die Stawka bezifferte die Todesfälle im Weltkriege mit nur 775 400 Armeeingehörigen¹. Deutsche Quellen haben angegeben, daß 2,4 Mio. Russen ihr Leben ließen². Ähnliche Zahlen finden sich auch in den sowjetischen Geschichtsbüchern der Nachkriegszeit, die allerdings bemüht waren, einen Teil der Toten des Bürgerkrieges auf die Rechnung der „Imperialisten“ zu setzen³. Die Entente schätzte nach dem Weltkrieg die Verluste Rußlands auf ca. 1,8 Mio. Mann, was etwas die Verluste der Deutschen und erheblich die der Engländer und Franzosen übersteigt⁴. Wie sich inzwischen nach Öffnung der russischen Archive herausgestellt hat, sind diese Zahlen stark übertrieben. Neue Schätzungen ergeben ca. 900 000 Mio. Gefallene und 300 000, die später ihren Verletzungen erlegen sind, genausoviel wie Frankreich und Österreich und ein Drittel weniger als Deutschland zu beklagen hatte, das ein Jahr länger Krieg führte⁵. Daß diese Verluste für eine Bevölkerung von 170 Mio. ohne weiteres zu verkraften waren, zeigen die Erfahrungen des II. Weltkrieges: 900 000 Kriegstote übersteigen nur wenig die Zahl der Opfer der Roten Armee bei der Schlacht um Kijev 1941.

Diskussionswürdig ist dagegen die Anzahl der Russen, die in Kriegsgefangenschaft gerieten. Ca. 2,4 Mio. russische Kriegsgefangene stehen den 2,2 Mio. Untertanen der Donaumonarchie gegenüber, die von den Ententemächten gefangengenommen wurden⁶ *. Die Kriegsgewinner England und Frankreich hatten hingegen zusammen nur ca. eine Million Ausfälle durch Gefangenschaft zu beklagen. Dennoch sagt diese Bereitschaft der Russen, ihre Waffen niederzustrecken, nichts über ihren Kampfgeist aus. Die Höhe der Kriegsgefangenen ist vielmehr der Inkompetenz der russischen Stawka der ersten Kriegsjahre anzulasten: Der Einbruch in Ostpreußen im Sommer 1914 ohne vorherige Konzentration der Truppen und die „Kein Schritt zurück“ - Taktik im Frühsommer 1915 waren maßgeblich daran beteiligt. Man sollte sich deshalb nicht über die Gefangenenzahlen wundern, sondern vielmehr darüber, daß die russische Armee unter einer solchen Führung überhaupt in der Lage war, den Krieg weiterzuführen. Wenn man schon von den Russen spricht, die sich ergaben, muß man auch andere Zahlen in Betracht ziehen. Bis zum 1. Januar 1917 nahmen diese „kriegsunwilligen“ Russen trotz der inkompetenten Führung und des Munitionsmangels selbst 2,2 Mio. Soldaten gefangen⁷. Diese Zahl übersteigt die „Trophäen“ ihrer weit besser bewaffneten Westalliierten zusammengenommen um ein mehrfaches. Bis 1917

¹ **Zentralnoje Statističeskoje Upravljenje. Otdel Vojenoj Statistiki (Hrsg.),** *Rossija v Mirovoj Vojne 1914-1918 goda (v zyfrach)*, Moskau 1925, S. 4f.

² **C. R. M. F. Cruttwell,** *A History of the Great War, 1914-1918*, Oxford 1936, S. 630-632.

³ **Zentralnoje statističeskoje upravljenje (Hrsg.),** *Rossija v mirovoj vojne 1914-1918 goda (v zyfrach)*, S. 4f.

⁴ **C. R. M. F. Cruttwell,** *A History of the Great War, 1914-1918*, Oxford 1936, S. 630-632.

⁵ **Poljakov, J.,** *S owjetskaja strana posle okončanja graždanskoj vojny*, Moskau 1996, S. 99f.

⁶ Diese Zahl wurde dem russischen Roten Kreuz von den Behörden der Mittelmächte bekanntgegeben. Da die Mittelmächte kein Interesse daran hatten sie nach unten zu korrigieren, kann man annehmen, daß sie im Großen und Ganzen auch zutrifft, vgl. **Kersnovskij, A.,** *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 168. Manche russischer Forscher schätzten diese Zahl auf ca. 3 Millionen, jedoch führten sie ihre Berechnungen auf der Grundlage unsystematischer Quellen durch, vgl. **Beskrovnyj, L, G.,** *Armija i flot Rossiji v načale XX Veka*, S. 17f.

⁷ **Beskrovnyj, L, G.,** *Armija i flot Rossiji v načale XX Veka*, S. 17f.

nahmen die Russen ca. 200 000 Deutsche gefangen, die Franzosen schafften im gleichen Zeitraum 160 000, die Briten nur 90 000 Gefangennahmen¹. Recherchiert man im Potsdamer Militärarchiv die Intendanzbücher der deutschen Regimenter, stellt man schon nach oberflächlicher Untersuchung fest, daß die Ostfront für die Deutschen doppelt so tödlich war wie ihre Hauptfront im Westen. Auch eine andere Tatsache verdient kurze Erwähnung: Deutsche Archive belegen, daß von den 1 312 000 gefangengesetzten russischen Soldaten 260 000 zu fliehen versuchten². Da eine ähnliche Tendenz auch in den Gefangenenlager Österreich-Ungarns zu belegen ist³, kann man davon ausgehen, daß der Kampfgeist der Russen im I. Weltkrieg nicht so schwach war, wie es manchmal dargestellt wird.

Es ist wenig sinnvoll, die Militärgeschichte in Zusammenhang mit dem Revolutionsausbruch zu bringen; der Zusammenbruch begann nicht an der Front, sondern im Hinterland. Für die Revolution war nicht die militärische Erschöpfung Rußlands verantwortlich, sondern die innenpolitische Entwicklung, die alle Kriegsanstrengungen zunichte gemacht hat. Die Exekutive befand sich am Vorabend der Februarrevolution in einer tiefen Krise. Die Historiker bezeichnen deshalb das damalige Rußland vollkommen zurecht als „das schwächste Glied“ der kriegführenden Großmächte. Die Regierung war von einer tiefen Krise erfaßt, die in der russischen Geschichtsschreibung als „Bockspringen der Minister“ eingegangen ist. Dabei spielten die Charakterschwäche Nikolajs II. und die unversöhnliche Einstellung der Opposition eine große Rolle. Allein nach dem altersbedingten Rücktritt Ivan Goremykins im Januar 1916 bekleideten drei Premierminister den Chefposten des zivilen Kabinetts bis Februar 1917. Zwei davon (Stürmer und Trepov) wurden von der Dumamehrheit gestürzt, der dritte, Fürst Golyzin, regierte nur ein paar Monate. Der Ministerrat war ohne Führung und daher beträchtlich geschwächt; er verwandelte sich zunehmend in eine Versammlung von Einzelpersonlichkeiten, die immer weniger als gemeinsames Organ handelten und deshalb kaum mehr die Verwaltung des Landes gewährleisten konnten⁴. Ferner gab es in Rußland von 1915 bis 1916 fünf Innenminister - nach Fürst Ščerbatov kam A. Chvostov, nach diesem Makarov, dann Chvostov der Ältere und schließlich Protopopov⁵. Jeder ist durchschnittlich etwa 2,5 Monate im Amt gewesen. Während des gleichen Zeitraums gab es drei Kriegsminister - Polivanov, Šuvajev und Beliajev⁶. Unter solchen Umständen konnte natürlich von einer ernsthaften Innenpolitik nicht die Rede sein⁷. Den ständigen Übergriffen der Duma ausgesetzt, kümmerten sich die verunsicherten Minister immer weniger um die Erfüllung ihrer tatsächlichen Pflichten, sondern vielmehr darum, sich aus der Schußlinie der Kritik zu halten. Das dadurch entstandene ungesunde Arbeitsklima wurde zunehmend von Intrigen beherrscht. Dafür darf der zweite Kriegsminister als Paradebeispiel dienen, General Polivanov, von dessen Fähigkeiten Hindenburg gesagt haben soll, er habe die russische Armee 1915/1916 vor dem Untergang gerettet⁸.

¹ Ebd., **Zentralnoje statističeskoje upravlenije (Hrsg.)**, *Rossija v mirovoj vojne 1914-1918 goda (v zyfrach)*, S. 15 und 41., Diese Zahlen sind wahrscheinlich noch untertrieben. Die deutsche Quellen sprechen von 250 000 Soldaten in russischer Gefangenschaft, **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 164f.

² **Golovin, N.**, *The russian Army in the World War*, S. 205f.

³ Ebd.

⁴ **Block, A.**, *Der Sturz des Zarenreiches*, Frankfurt 1971, S. 17f., **Djakin, V.**, *Russkaja buržuazija i zarizm vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 274f.

⁵ **Rodzjanko, M.**, *Erinnerungen*, S. 195f.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ **Pares, B. (Hrsg.)**, *Letters of the Tsaritsa to the Tsar*, S. 33.

Polivanov erwies sich als talentierter Verwaltungsmann und faktischer Organisator der Rüstungsindustrie. Dann wurde er von den Dumapolitikern gezwungen, sie mit Material für ihre Angriffe gegen die Regierung zu beliefern¹. Das zeigt nicht nur die Servilität vieler russischer Spitzenmilitärs, sondern auch die Atmosphäre in den obersten Etagen der Macht. Zur kompletten Charakteristik Polivanovs muß noch hinzugefügt werden, daß er nach der Februarrevolution die „Deklaration der Soldatenrechte“ formulierte und einer der eigentlichen Organisatoren der Roten Armee im russischen Bürgerkrieg war²*. Die Desorganisation des Verwaltungsapparats beschränkte sich 1916 nicht nur auf die Ministerien, die während des Jahres 1916 alle paar Monate einen neuen Chef erhielten. Es wurde nunmehr üblich, auch Gouverneure ständig zu verabschieden. Allein in den ersten 9 Monaten des Jahres 1916 wurden nicht weniger als 43 Neuernennungen ausgesprochen, was bedeutet, daß innerhalb nur eines Jahres die meisten russischen Provinzen von einer regionalen Verwaltungskrise erschüttert wurden³.

Lukomskij entschuldigt diese Entwicklung damit, daß zumindest im Militärapparat die besten und ehrlichsten Menschen an der Front kämpften. Jedoch ist die Annahme wahrscheinlicher, daß das absolute Unvermögen der russischen Parteien, staatlich zu denken, zu diesem Zustand Entscheidendes beigetragen hat. Sie paralyisierten die auch so schon von verschiedenen Mängeln belastete Bürokratie noch zusätzlich. Maurice Paléologue gibt eine diesbezüglich aufschlußreiche Episode vom Besuch französischer Sozialisten im Sommer 1916 wieder: „Nach dem gemeinsamen Frühstück bilden sich einzelne Gesprächsgruppen. Man bespricht ernste Angelegenheiten. Einen Augenblick sehe ich Albert Thomas im Zwiegespräch mit Stürmer. Ich nähere mich ihnen und höre: „Ihre Fabriken arbeiten nicht genug“, sagt Thomas „sie könnten zehnmal mehr erzeugen, sie sollten bloß ihre Arbeiter militarisieren“. „Unsere Arbeiter militarisieren!“, ruft Stürmer aus. „Aber da würde die ganze Duma sich gegen uns erheben!“ So plauderten im Jahre 1916 nach Christi Geburt die berufenen Vertreter des französischen Sozialismus und der russischen Selbstherrschaft miteinander“⁴. Der letzte k.u.k. Außenminister, Graf Czernin, besuchte Rußland 1916 und gewann von den Zuständen dort die besten Eindrücke. Nach seiner Rückkehr wurde er von Kaiser Franz Josef befragt, ob die Möglichkeit einer Revolution in Rußland bestünde und „verneinte seine Frage auf das entschiedenste“⁵. Da er keine Möglichkeit hatte, in den Kreisen der Petersburger hohen Gesellschaft zu verkehren, konnte er auch nicht wissen, daß die russische Exekutive spätestens seit der Rede Miljukovs infolge innenpolitischer Spannungen gelähmt war. In welchem Ausmaß diese Paralyse bereits im Winter fortgeschritten war, hatten die Franzosen begriffen. Das bestehende Regime in Rußland hielten sie aufgrund innerer Spannungen bereits für so geschwächt, daß sie auf der im Januar 1917 in Petersburg

¹ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 243.

² Die These der Biographen Trotzkijs, daß er die Rote Armee schuf (vgl. Deutscher, I., *The Prophet Armed. Trotsky*, London 1954, S. 446f.) ist lediglich einer der zahlreichen Mythen der russischen Revolution. Ein hoher sowjetischer General und Historiker, D. Volkogonov, kam bei der Untersuchung Trotzkijs militärischer Tätigkeiten zu dem Schluß, daß dieser in militärischen Fragen „ein Dilletant“ war, vgl. Volkogonov, D., *Trotzki. Das Janusgesicht der Revolution*, Düsseldorf - Wien - New York - Moskau 1992, S. 254. Die Schaffung der Roten Armee war trotz aller Verdienste Trotzkijs eine gemeinsame Leistung zahlreicher militärischer und politischer Gremien unter Einbeziehung der Offiziere der alten Armee, vgl. Pipes, R., *Russia under the Bolshevik Regime 1919-1924*, London 1994, S. 51-63.

³ Djakin, V., *Russkaja buržuazija i zarism vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 275.

⁴ Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 2., S. 111.

⁵ Czernin, O., *Im Weltkriege*, Wien 1919, S. 137-138.

abgehaltenen Konferenz der Ententemächte offiziell den Zaren aufforderten, die russische Streitmacht dem französischen Oberbefehl unterzuordnen¹.

Die Kooperationsverweigerung der Opposition bewirkte auch, daß an die Spitze des Staates zunehmend Leute traten, die außer Servilität über keinerlei Eigenschaften verfügten, die ihnen anvertrauten Aufgaben zu erfüllen. Da Trepov gehen mußte und kein anderer Kandidat der Krone für die Dumamehrheit akzeptabel war, bestimmte Nikolaj den alten und labilen Fürsten Golyzin zum Regierungschef, der sich auf seine Inkompetenz berufend bis zuletzt geweigert hatte, diesen Posten anzunehmen². Golyzins Ernennung zum Ministerpräsidenten erfolgte nicht wegen seiner Fähigkeiten, sondern weil nicht anzunehmen war, daß die Opposition ihn verstoßen würde³. Ferner sprach er diverse Fremdsprachen und in Petersburg erwartete man eine Konferenz der Ententemächte. Die sonst so rebellisch und patriotisch eingestellte Dumamehrheit begrüßte diese Begründung, als wäre sie der Meinung, russische Minister sollten gleich Portiers teurer Hotels mit jedem ausländischen Vertreter in dessen Landessprache verkehren können. So etwas trug auch maßgeblich dazu bei, daß General Beliajev zum Kriegsminister ernannt wurde. Der alte Kriegsminister Šuvajev hatte dank Miljukovs Rede solch eine „Popularität“ erlangt, daß sein weiteres Verbleiben auf dem Posten mit der Würde des Amtes nicht mehr zu vereinbaren war. Beliajev galt als General mit europäischer Allgemeinbildung und schien dem Zaren am besten geeignet, Rußland auf der Ententekonferenz zu vertreten⁴. Dabei besaß er bis auf seine Sprachkenntnisse keine Qualitäten, um dieses Amt auszuüben: Beliajev war damals 53 Jahre alt, besaß aber keinerlei Erfahrung als kommandierender Offizier, da er seine ganze Laufbahn hindurch ausschließlich in verschiedenen Militärkanzleien Petersburgs gearbeitet hatte. In der Stawka besaß er keine Autorität, die Frontoffiziere nannten ihn „Totenkopf“⁵. In Hinblick auf die anstehenden Massenunruhen in Petersburg sollte sich Beliajevs Ernennung als besonders verhängnisvoll erweisen, wie im Übrigen auch die Besetzung des Postens des Kommandeurs des Petersburger Militärdistrikts mit General Chabalov. Diese für die Sicherheit der Stadt direkt zuständige Person war ebenfalls ein Verwaltungsoffizier ohne jegliche Kampferfahrung⁶.

Die zunehmende Desorganisation der Regierungsmacht und des Verwaltungsapparates begünstigte die Opposition, die im Winter die letzten Reste von Gesetzlichkeit abwarf und zu Terrormitteln griff. Der erste Oppositionsherd, die Petersburger Hocharistokratie, erreichte den Gipfel seiner politischen Kreativität, als er in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember 1916 den vermeintlichen Usurpator Rasputin auf bestialische Art beseitigte. Der Mord wurde von zwei Spitzenaristokraten, dem Lieblingsneffen des Zaren, Großfürst Dmitrij Pavlovič und Fürst Jussupov, dem Ehemann einer Nichte Nikolajs II., verübt⁷. Die dem Frontdienst ferngebliebenen jungen Männer (einer 25, der andere 29 Jahre alt) wurden bei ihrer Tat von dem rechtsradikalen Dumaabgeordneten Puriškevič unterstützt⁸. Sein politisches Ziel faßte der Rädelsführer Fürst Jussupov in ein Programm, das ein bezeichnendes Licht auf die politische Urteilskraft vieler russischer Aristokraten am Vorabend der

¹ Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 619

² Ščeglovitov, P. (Hrsg.), *Padenije zarskogo režima*, Bd. 2., S. 251f., Pares, B., *The Fall of the russian Monarchy*, S. 411f.

³ Ebd.

⁴ Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 615.

⁵ Martynov, E., *Zarskaja armija v fevral'skom perevorote*, S. 60f.

⁶ Ebd.

⁷ Ausführlich über den Mordanschlag auf Rasputin, vgl. Jussupov, F., *Rasputins Ende*, Frankfurt a. M. 1990.

⁸ Vgl. Puriškevič, V., *Wie ich Rasputin ermordete*, Berlin 1991.

Februarrevolution wirft: *„Innerhalb von zwei Wochen nach Rasputins Tod wird die Zarin in ein Irrenhaus eingeliefert. Ihr inneres Gleichgewicht hängt ausschließlich von Rasputin ab; von dem Augenblick an, da er nicht mehr da ist, wird es unweigerlich zerfallen. Und wenn der Zar erst einmal vom Einfluß Rasputins und der Zarin befreit ist, wird sich alles ändern: Er wird zu einem guten konstitutionellen Monarchen werden“*¹. Rasputins Tod bewirkte aber genau das Gegenteil dessen, was die Verschwörer sich erhofft hatten. Die Petersburger hohe Gesellschaft frohlockte zwar, aber die einfachen Bauern an der Front und in den Dörfern waren dem Zeugnis mehrerer Zeitgenossen nach eher entsetzt². Die Nachricht erweckte bei ihnen den Eindruck, daß die unmittelbare Umgebung des Zaren nun gänzlich zu einer schmarotzenden Gesellschaft verkommen war³. Daß der Volksinstinkt in dieser Frage nicht weit von der Wahrheit entfernt war, zeigt deutlich das Verhalten der Täter. Jussupov schrieb am Tag nach der Ermordung Rasputins an die Zarin einen Brief, dessen Infamie Aufschluß über die aristokratische Opposition gibt und ihren Zeitvertreib illustriert, während das ganze Land seine letzten Kräfte mobilisieren sollte: *„Kaiserliche Hoheit. Ich beeile mich ergebenst, Ihre Bitte zu erfüllen und alle schrecklichen Beschuldigungen, die gegen meine Person letzter Zeit erhoben worden sind, zu zerstreuen. In der Nacht vom 16. Dezember organisierte ich bei mir eine Einzugsparty, zu der ich auch ein paar gute Freunde sowie einige Damen eingeladen habe. Der Großfürst Dmitrij war auch anwesend. Gegen 12 Uhr bekam ich einen Anruf von Grigorij Jefimovič (Rasputin), der mich zu einer anderen Party einlud. Ich habe aber seine Einladung ausgeschlagen, denn an diesem Abend gab ich bekanntlich meinen eigenen Abend ... Eure Majestät! Mir fehlen die Worte, um meine tiefe Erschütterung durch diese kriminelle Tat gebührend auszudrücken. Ferner bin ich zutiefst von den wilden Beschuldigungen betroffen, die gegen meine Person von der Polizei erhoben wurden. Ich bleibe immer Ihrer Kaiserlichen Majestät zutiefst ergeben. Felix“*⁴.

Auch der zweite Oppositionsherd um den Fortschrittsblock hatte endgültig den Kontakt zur Verfassung verloren. Die Liberalen hatten einen ähnlichen Weg eingeschlagen wie die Aristokratie. Da jedoch ihre Mittel weit größer waren, arbeiteten sie an einem viel anspruchsvolleren Projekt: An einer Palastrevolte. So ein mit Hilfe der Garde durchgeführter Umsturz war im Rußland des 18. und 19. Jh. eine populäre Methode, die Zaren zur Vernunft zu bringen. Vom Tod Peters des Großen bis 1825 ließen mindestens zwei Herrscher bei solchen Ereignissen ihr Leben⁵. Die Liberalen waren am Vorabend der Revolution hauptsächlich damit beschäftigt, ihre Verbindungen zum Offizierskorps zu festigen, um sie zum Mitmachen zu bewegen. Das wiederholte die Situation von 1801, als das Komplott gegen Paul I., das mit dessen Ermordung endete, die Aktivitäten der oppositionellen St. Petersburger Gesellschaft beherrscht hatte.

Eine der Legenden der Februarrevolution besteht darin, daß die gewissenhaften Kommandeure der Frontarmeen von den Dumavertretern während der Meuterei der Petersburger Garnison in die Irre geführt worden seien; Das ist nur die halbe Wahrheit. Die Stawka war über die innenpolitische Krise bestens informiert und machte sich natürlich Sorgen. Schon wegen seiner Herkunft waren Aleksejev so manche Forderungen der Duma

¹ Maklakov, B., in: *Soveremennyje Zapiski*, Bd. 34., S. 265f.

² Spiridovič, A., *Raspoutine*, Paris 1935, S. 413f.

³ Nikolaj II. verbannte beide Mörder an die Krim und rettete ihnen damit unwillkürlich das Leben. Beide emigrierten nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki ins Ausland und führten dort ein sorgfreies Leben unter englischen Aristokraten, ebd.

⁴ Vojejkov, V., *Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, S. 206.

⁵ Kropotkin, P., *Zapiski revoliuzionera*, Moskau 1920, S. 343f.

durchaus verständlich und sympathisch. Als Berufssoldat war Aleksejev zwar immer darauf bedacht, unpolitisch zu sein, aber daß er durchaus Sympathien für Veränderungen in Rußland hegte, zeigt auch die Auswahl seiner beiden engsten Mitarbeiter. Die zwei Hauptmänner in seinem Gefolge waren so republikanisch eingestellt, daß sie sogar die Einladungen Nikolajs zum gemeinsamen Essen in Mohilew ablehnten¹. Wenn Aleksejev gegen einen Umsturz war, dann nur deshalb, weil er befürchtete, daß die daraus resultierenden Massenunruhen auch auf die Front überspringen und diese destabilisieren könnten. Im Winter erschien beim Stabschef des Zaren eine Abordnung der Opposition, bestehend aus Gučkov und Konovalov². Sie erkundigten sich ganz offen nach den Ansichten Aleksejevs über die politische Lage und baten ihn, den Fortschrittsblock in seinem Kampf um die parlamentaristische Regierungsform zu unterstützen. Sie wollten auch wissen, wie die Armee einen Umsturz aufnehmen würde³. Die Charakterlosigkeit Aleksejevs kam nun vollkommen zur Geltung: Er nahm den Abgeordneten das Versprechen ab, für die Dauer des Krieges keine Palastrevolutionen zu initiieren und erklärte seinen Mitarbeitern später, die Lage sei vollkommen bereinigt⁴. Aber die Vertreter des Fortschrittsblocks dachten nicht im entferntesten daran, ihre Pläne zurückzustellen. Die Tatsache, daß Aleksejev sie überhaupt empfangen hatte, bestärkte sie in ihrer Überzeugung, ungestraft intrigieren zu können. Der Bürgermeister von Tiflis, A. Chatisov suchte den Oberbefehlshaber der Kaukasusfront, Großfürst Nikolaj Nikolajevič auf und erkundigte sich bei ihm im Namen des Vorsitzenden des „Zemgor“, ob er im Falle eines Komplotts gegen Nikolaj II. bereit wäre, (als Nikolaj III.) den Thron zu besteigen⁵. Dies war offener Landesverrat. Seinerzeit hatte Großfürst Nikolaj Nikolajevič als Oberkommandierender der Streitmacht Rasputin mit der Todesstrafe gedroht, wenn dieser sich in der Nähe der Stawka zu zeigen wagte. Sein knappes Telegramm an die Zarin „*Er soll kommen, ich lasse ihn aufhängen*“ kannte damals ganz Rußland⁶. Im Fall Chatisov aber erbat sich Nikolaj Nikolajevič einen Tag Bedenkzeit und erklärte danach, er lehne den Vorschlag ab, mit der Begründung, daß weder die Bauern noch die Soldaten die Ermordung des Zaren billigen würden⁷. Anschließend hielt es der Großfürst nicht für angebracht, dem Zaren von diesem Vorfall zu berichten⁸.

Unter diesen Umständen erwies sich die Entscheidung, Protopopov zum Innenminister zu machen als denkbar falsch⁹. Nikolaj ließ Protopopov freie Hand bei der Aufrechterhaltung der Ordnung im Landesinneren. „*Tun sie das nötige, retten sie das Land*“, sagte er ihm bei Amtsantritt¹⁰. Der letzte Innenminister des Zaren war zweifelsohne loyal und versuchte nach bestem Wissen und Gewissen seine Pflichten zu erfüllen. Jedoch verfügte der ehemalige Anführer des Fortschrittsblocks über keinerlei Fähigkeiten, die seinem gutgemeinten Vorhaben hätten dienlich sein können. Wie alle seine Mitstreiter im Fortschrittsblock hatte Protopopov keinen Sinn für die

¹ Bubnov, A., *V zarskoj stavke*, S. 158f.

² Lemke, M., *250 dnej v zarskoj stavke*, Moskau 1920, S. 545 und 700, Melgunov, S., *Na putjach k dvorzovomu perevorotu*, Paris 1931, S. 94-102.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Melgunov, S., *Na putjach k dvorzovomu perevorotu*, S. 105-117.

⁶ Kerenskij, A., *Die Kerenski Memoiren*, S. 179.

⁷ Melgunov, S., *Na putjach k dvorzovomu perevorotu*, S. 105-117.

⁸ Ebd.

⁹ Zur Protopopovs Ernennung vgl. Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 588-590, Pares, B., *The Fall of the russian Monarchy*, S. 376-390.

¹⁰ Ebd.

Verwaltung. Was konnte man schon von einem Mann an der Spitze eines Ministeriums erwarten, der vorher sein eigenes Unternehmen an den Rand des Bankrotts geführt hatte? Als typischer Vertreter der Öffentlichkeit verbrachte Protopopov auch nach dem Wechsel auf die Regierungsbank nur sehr wenig Zeit mit Arbeit. Seine Leistung als wichtigster Beamter des Landes beschränkte sich zumeist auf Imagepflege und Öffentlichkeitsarbeit. Er verbrachte kaum Zeit an seinem Schreibtisch und ignorierte die erstaunlich hellsichtigen Analysen der inneren Lage, die ihm vom Polizeidepartement zugestellt wurden². Dem Zaren gegenüber versicherte Protopopov bis zuletzt, er habe alles unter Kontrolle, denn als früheres Mitglied des Fortschrittsblocks, so betonte er, kenne er doch „*all ihre Taktiken und Kampfmethoden*“³. Protopopov kümmerte sich überhaupt nicht um die Verschwörungen gegen die Herrscherfamilie, von denen seine Behörde Berichte erstattete. Die Verschwörer tat er als eitle „Schwätzer“ ab und manipulierte die Informationszufuhr an den Zaren so, daß Nachrichten bedrohlicher Art aus den Berichten verschwanden⁴. Es klingt schon unglaublich, aber der Leiter der Abteilung für besondere Fälle des Polizeidepartements, Vasiljev, dem vorher alle Fälle der Terrorismusbekämpfung oblagen, erinnerte sich später, daß ihm nach dem Amtsantritt Protopopovs keine besonderen Aufgaben mehr zugewiesen wurden⁵. Die Bedeutungslosigkeit des Polizeiapparates unter Protopopov wird am deutlichsten durch die Tatsache dokumentiert, daß sich die Zeitungsredakteure trotz bestehender Militärensensur nicht mehr die Mühe machten, der Zensurbehörde Vorexemplare zur Prüfung vorzulegen⁶. Die einzige gegen die Revolution gerichtete Amtshandlung des Innenministers war die Verhaftung der sog. Arbeitergruppe am 28. Januar 1917, mit der er beide sozialdemokratischen Parteien Rußlands ihrer Führung beraubte⁷.

Am 26. Januar unterrichtete der höchste Polizeibeamte Petersburgs, K. Globačev, den Innenminister, daß die Führer der Opposition, unter ihnen Gučkov und Lvov, sich bereits als rechtmäßige Regierung ausgaben und ihre Zeit damit verbrachten, Ministerposten unter sich aufzuteilen⁸. Die Verhandlungen der Oppositionsführer mit Aleksejev und Großfürst Nikolaj Nikolajevič hatten ihren Plänen zusätzliche Kraft verliehen. Ein zeitgenössischer Historiker, Melgunov, enthüllt diese Pläne sowie die damalige Atmosphäre in seinem umfangreichen Werk „*Auf dem Weg zum Palastumsturz*“: „*Am 9. Januar versammelte sich eine große Gesellschaft bei dem Industriellen Bogdanov. Unter anderen waren dort auch der Großfürst Gavril Konstantinovič sowie der Großindustrielle Putilov anwesend. Champagner half, daß die Zungen zunehmend freier wurden. Putilov richtete eine Rede an den Großfürsten, in der er dafürhielt, daß der einzige Weg zur Rettung der Monarchie in Rußland der war, Nikolaj zur Abdankung zugunsten seines Sohnes zu zwingen. Der Großfürst protestierte nicht und versprach sogar, das Gehörte den anderen Vertretern des Romanovclans zur Kenntnis weiterzugeben ... Einige Tage darauf fand ein anderes Essen beim Großfürsten Gavril Konstantinovič statt, von dem auch Paléologue in seinen Erinnerungen berichtet; als geladener Gast war er besonders überrascht, daß Gespräche so verantwortungsloser Art geführt*

¹ Čermenskij, E., *Gossudarstvennaja Duma i sverženije zarizma v Rossiji*, Moskau 1976, S. 196f.

² Ščeglovitov, P. (Hrsg.), *Padenije zarskogo režima*, Bd. 1., S. 1-64.

³ Oldenburg, S., *Zarstvovanie imperatora Nikolaja II-go*, S. 614-615, Kurlov, P., *Das Ende des russischen Kaisertums*, S. 337-358.

⁴ Spiridovič, A., *Velikaja revoliuzija, 1914-1917g.g.*, Bd. 3., S. 29f.

⁵ Djakin, V., *Russkaja buržuazija i zarism vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 274f.

⁶ Spiridovič, A., *Velikaja revoliuzija, 1914-1917g.g.*, Bd. 3., S. 40.

⁷ Pares, B., *The Fall of the russian Monarchy*, S. 428, Djakin, V., *Russkaja buržuazija i zarism vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny*, S. 300, Spiridovič, A., *Velikaja revoliuzija, 1914-1917g.g.*, Bd. 3., S. 14f.

⁸ Polizeibericht von 5. Januar 1917, in: Block, A., *Der Sturz des Zarenreiches*, S. 32f.

wurden. Das Dinner fand bei einer intimen Freundin des Großfürsten statt ... Während des ganzen Abends spricht man vom Palastumsturz. All dies geschieht unter Konsum von Champagner, ungeachtet der Präsenz einer Zigeunerkapelle und einer Hausbediensteten“¹. Zur ergänzenden Darstellung der Ereignisse muß der Umstand erwähnt werden, daß zahlreiche Anführer des Fortschrittsblocks den damals sehr beliebten Freimaurerlogen angehörten² *. Auch die spätere „Geisel der Demokratie“, der Anführer der Provisorischen Regierung Kerenskij, gab in seinen Erinnerungen seine Mitgliedschaft bei den Freimaurern zu³ *.

Bei solchen Verschwörungsvorbereitungen ist es kein Wunder, daß auch das Herrscherpaar bestens informiert war. Auf den Zaren wirkte das alles deprimierend. Die letzten Wochen der Monarchie verbrachten er und seine Familie zurückgezogen in Zarskoje Selo, ca. 22 Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Ein Besucher in Zarskoje Selo jener Tage schrieb später, daß die Atmosphäre dort an die Stimmung eines Trauerhauses erinnerte⁴. Der Kontakt wurde nicht nur zur Außenwelt, sondern sogar zu den meisten Verwandten abgebrochen. Die Kinder waren an Masern erkrankt und Aleksandra verbrachte auch die meiste Zeit krank im Bett⁵. Nikolajs Gesicht wirkte zerfurcht und unter den Augen waren große schwarze Ringe aufgetaucht⁶. Seine Gefühle waren jedoch unter einer starren Maske versteckt und der Zar versuchte bis zuletzt, Haltung zu bewahren. In den letzten Monaten vor der Revolution verlor er nur einmal die Selbstbeherrschung und zeigte seiner Umwelt, was wirklich in ihm vorging. Der Vorfall ereignete sich am 7. Januar 1917. Als der Dumavorsitzende Rodzjanko in einer Audienz dem Zaren mit einer Revolution drohte und von ihm verlangte, die Duma mit der Regierung des Landes zu betrauen, faßte sich Nikolaj mit den Händen an den Kopf und sagte: „Ist es denn möglich, daß ich 22 Jahre lang das Beste zu tun versucht habe und daß 22 Jahre lang alles ein Irrtum war?“⁷. Rodzjanko beantwortete diese Frage: „Ja“⁸.

¹ Melgunov, S., *Na putjach k dvorzovomu perevorotu*, S. 118.

² In der zeitgenössischen russischen, sowie in der westlichen Geschichtsschreibung wird immer wieder der Umstand erwähnt, daß die russischen Oppositionellen seit 1915 verstärkt Masonenlogen gründeten, um von dort aus eine mächtige Opposition zur Krone zu organisieren. Zahlreiche russische Konservative behaupteten später, daß die Februarrevolution nur eine Masonenverschwörung darstellte, vgl. **Katkov G.**, *Russia 1917. The February Revolution*, London 1967, S. 163-173. Diese Sichtweise ist jedoch abwegig, denn schon die Wahl dieser Kampfmethod durch die liberale Opposition verrät, daß sie sich gar nicht zutraute, eine echte Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung im Oppositionskampf zu erlangen. Zu den Masonenlogen im Weltkrieg, vgl. **Aronson, G.**, *Rossija nakanune revoluziji: Istoričeskije etudy*, New York 1962, S. 112f., **Hasegawa, T.**, *The February Revolution: Petersburg, 1917*, Seattle - London 1981, S.193-197. Besonders wertvoll sind die Zeugnisse des Historikers Melgunov, der während des Krieges persönlich enge Verbindungen zu den Kreisen der Opposition unterhielt, vgl. **Melgunov, S.**, *Na putjach k dvorzovomu perevorotu*, S. 181-193f.

³ **Kerenskij, A.**, *Die Kerenski Memoiren*, S. 108. Von besonderem Interesse ist die Zusammensetzung der prominentesten russischen Freimaurer, denn sie vertraten oft diametral verschiedene politische Ansichten. Die führenden Freimaurer Rußlands am Vorabend der Februarrevolution waren: Großfürst Nikolaj Michailovič, G. Lvov (Progressist und Vorsitzender des „Zemgor“), A. Kerenskij (Sozialrevolutionär), N. Nekrasov (linker Konstitutioneller Demokrat), V. Maklakov (rechter Konstitutioneller Demokrat), N. Čcheidze (Anführer der Fraktion der Sozialdemokraten (Menscheviki) in der Duma), N. Sokolov (Sozialdemokrat-Menschevik und Verfasser des Befehls Nr. 1), vgl. **Hasegawa, T.**, *The February Revolution*, S.194. Trotz Vermutungen russischer Konservativer war P. Miljukov kein Freimaurer. Interessant ist auch der Umstand, daß die Bolschewiki in den Logen weit weniger vertreten waren, als die liberale Opposition. Ein aktives Mitglied der Bewegung in Petersburg, E. Kuskova, erklärte dies damit, daß die Bolschewiki als zu schwach eingestuft wurden und man kein Interesse an ihrer Mitgliedschaft hatte, vgl. Ebd.

⁴ **Wrangel, P.**, *Zapiski*, S. 185f.

⁵ Ebd.

⁶ **Pares, B.**, *The Fall of the russian Monarchy*, S. 414.

⁷ **Rodzjanko, M.**, *The Reign of Rasputin*, London 1928, S. 253f.

⁸ Ebd.

Anfang 1917 spitzte sich die Lage im Hinterland zu und war vor allem in Petersburg angespannt. Während des Krieges waren die russischen Großstädte zum Sammelbecken für zahlreiche Flüchtlinge aus der Provinz geworden. So erhöhte sich die Zahl der Bewohner Petersburgs während des Krieges fast um das Doppelte¹. Die Stadt war überfüllt und die Regierung erwies sich als unfähig, den damit verbundenen Herausforderungen zu begegnen. Obwohl in Rußland keine Nahrungsmittelknappheit herrschte, gab es wegen des unzulänglichen Transportwesens Schwierigkeiten mit der Versorgung². Zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung standen der Millionenstadt lediglich 3 500 Polizisten zur Verfügung³. Die Stadt stand unter der unfähigen Führung Golyzins, Protopopovs, Chabalovs und Beliajevs. Die Petersburger Garnison, die in Friedenszeiten nie mehr als 40 000 Mann zählte, wuchs Anfang 1917 auf 160 000 an⁴. Sie bestand aus Neueinberufenen, die man den Petersburger Reservebataillonen der Garderegimenter zugewiesen hatte, welche schon an der Front kämpften. Die Rekruten sollten einige Wochen in der Stadt bleiben, eine Grundausbildung erhalten und anschließend ihre Einheiten an der Front verstärken. Zu Ausbildungseinheiten zusammengefaßt, waren sie deutlich überbesetzt; einige Reservekompanien bestanden aus über 1 000 Soldaten, obwohl Kompanien normalerweise sich auf 200 Soldaten beschränkten⁵. 160 000 Reservisten lebten zusammengepfercht in Kasernen, die für höchstens 40 000 Mann angelegt waren⁶. Ihre Moral war katastrophal. Im Grunde genommen handelte es sich hier um keine richtigen militärischen Einheiten, sondern vielmehr um eine Masse Bauern, die erst zu Soldaten geformt werden sollte⁷. Kampferfahrungen hatten sie keine. Sie trugen zwar militärische Bekleidung, aber ansonsten unterschieden sie sich nur unwesentlich von den einfachen Arbeitern und Bauern, welche die Straßen Petersburgs bevölkerten⁸. Nikolaj war sich der Gefahr, die Petersburg von dieser Garnison her drohte, durchaus bewußt und versuchte, die undiszipliniertesten Einheiten von der Hauptstadt entfernen zu lassen. Im Januar gab er ferner dem Stellvertreter des Stabschefs, General V. Gurko, die Anordnung, zuverlässige Garderegimenter von der Front in die Hauptstadt zu verlegen⁹. Diese Anordnung verlief jedoch im Sand, wie viele andere gute Vorhaben der Regierung in den letzten Tagen ihres Bestehens. Der Oberkommandierende der Petersburger Garnison, General Chabalov, hatte keinen Platz, die Truppen von der Front unterzubringen¹⁰. Angesichts der Tatsache, daß die Februarrevolution häufig als Aufstand der Arbeiter Petersburgs dargestellt wird, muß betont werden, daß sie zuerst und vor allem von Bauern im Soldatenrock ausging, die aus Sparsamkeitsgründen in völlig überfüllten Kasernen untergebracht waren.

¹ Gurko, V., *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S. 206f.

² Sidorov, A., *Ekonomičeskoje položenije*, S. 492-496.

³ Hasegawa, T., *The February Revolution*, S.163.

⁴ Gurko, V., *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S. 206f.

⁵ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 98.

⁶ Nach offizieller Statistik der Provisorischen Regierung betrug die Zahl der Stadtgarnison sogar 180 000 Mann, **Burdžalov, E.**, *Vtoraja russkaja revoluzija: Vosstanije v Petrograde*, Moskau 1967, S. 96-97. Zu den Lebensbedingungen der Reservisten vgl. **Hasegawa, T.**, *The February Revolution*, S. 163-171, **Martynov, E.**, *Zarskaja armija v fevral'skom perevorote*, S. 206f., **Kochakov, B.**, *Sostav Petrogradskogo garnisona v 1917 godu*, Leningrad 1956, S. 60f.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Gurko, V., *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S. 206f.

¹⁰ Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 624.

Inzwischen ging auch der dritte Kriegswinter dem Ende entgegen. Die Temperatur stieg in Petersburg Mitte Februar auf ca. +8°C und blieb bis zum Monatsende konstant¹. Es setzten sonnige Tage ein: Fotografien jener Zeit zeigen zumeist fröhliche Gesichter unter blauem und sonnigem Himmel. Menschen, die monatelang vom strengen Winter gefangen in ihren Wohnungen lebten, strömten auf die Straßen, um die Sonne zu genießen. Dieser klimatische Zufall sollte keine geringe Rolle bei den einsetzenden Ereignissen spielen. Am 18. Februar ereignete sich ein Streik in den größten Rüstungswerken Petersburgs, der Putilovfabrik, in der die Arbeiter gegen die Arbeitsbedingungen protestierten². Im demokratischen Großbritannien oder im sozialistischen Frankreich wäre wahrscheinlich ein Streik einer Rüstungsfabrik mitten im Krieg von der Armee schnell beendet worden. Im „Land der Peitsche und Sibiriens“ mischten sich die Militärbehörden in die Ereignisse nicht ein. Das Innenministerium beschloß, daß der Streik eine Angelegenheit der Betriebsadministration sei und überließ dieser vollkommene Handlungsfreiheit. Daraufhin sperrten die Putilovwerke die Streikenden aus. Die ausgesperrten Arbeiter lungerten in den Straßen der Hauptstadt herum, offensichtlich ohne Ziel. Die Stimmung war gespannt, denn an diesem Tag gingen Gerüchte um, daß die Regierung die Einführung der Lebensmittelrationierung plane³. Die darauffolgenden Hamsterkäufe leerten die Regale in den Läden und der Eindruck entstand, daß die Lebensmittelvorräte zur Neige gingen. In der Nacht bildeten sich vor den Lebensmittelgeschäften Warteschlangen. Leute harrten die ganze Nacht draußen aus, um beim Einkaufen die ersten zu sein⁴. Die Menschen wurden zunehmend gereizt, es kam hier und dort zu Handgemengen. An diesem Tag trafen Nikolaj und Protopopov zu einer Beratung zusammen, und der Innenminister versicherte seinem Souverän, daß dieser ruhig zur Stawka nach Mohilew abreisen könne: Die Lage sei unter Kontrolle⁵. Am 22. Februar verließ der kaiserliche Zug die Hauptstadt⁶.

Der 23. Februar nach russischem Kalender fiel mit dem europäischen 8. März, dem Internationalen Frauentag zusammen. Die Hauptstadt wurde Zeuge einer Massendemonstration von Frauen, die durch die Innenstadt zum Rathaus zogen. Die Polizei hielt den Demonstrantenzug im Zaum und wandte keine Gewalt an. Obwohl gleichzeitig ungefähr 98 000 Arbeiter in den Ausstand traten, blieb es in der Stadt ruhig⁷. Am darauffolgenden Tag breiteten sich die von der Untätigkeit der Staatsgewalt ermunterten Unruhen aus und wurden zunehmend gewalttätig. An diesem Tag traten nach Polizeischätzungen bereits bis zu 200 000 Arbeiter in den Streik und die Stadt füllte sich vom Morgen an mit Demonstranten. Schon morgens plünderte die Menge etliche Lebensmitteläden und richtete Sachschäden an⁸. Die Atmosphäre wurde zunehmend gereizt, zumal vom Dumasaal im Taurischen Palais aus diverse Hetzreden zur Unterstützung der Demonstrierenden geschwungen wurden. Als Redner fungierten vertraute Akteure wie Miljukov, Kerenskij und Puriškevič, die von der Tribüne Forderungen an die Regierung richteten, sie endlich mit der Regierungsvollmacht auszustatten, was in der gegebenen Situation gleichermaßen „Dummheit“ und „Verrat“ war. Die Luft auf den Straßen war erfüllt von einer

¹ Pipes, R., *Geschichte der russischen Revolution*, Bd. 1., S. 476.

² Kurlov, P., *Das Ende des russischen Kaisertums*, S. 359f.

³ Keep, J. L. H., *The Russian Revolution. A Study in Mass Mobilisation*, London 1976, S. 58.

⁴ Ebd.

⁵ Vojejkov, V., *Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, S. 217-219.

⁶ Ebd.

⁷ Hasegawa, T., *The February Revolution*, S. 215-232.

⁸ Kurlov, P., *Das Ende des russischen Kaisertums*, S. 361.

eigenartigen Stimmung, einer ziellosen und zerstörerischen Bereitschaft zur Gewalt, die Aleksander Puškin einmal als „sinnlose russische Revolte“ bezeichnet hat. Bis zu diesem Zeitpunkt stellten die Massenkundgebungen auf den Straßen eine typisch anarchistisch geprägte Revolte dar. Studenten und Radikale, die sich unter die Demonstranten mischten und ihnen politische Lösungen aufzuzwingen versuchten, hatten noch keinen Einfluß auf den Verlauf der Ereignisse. Das war zumindest die Meinung des führenden Funktionärs der Bolschewiki in der Hauptstadt, Aleksander Šljapnikov: „Was für eine Revolution? Gebt den Arbeitern ein Pfund Brot und die Bewegung wird sich wieder verlieren“, war sein Urteil an diesem Tag¹. Massenunruhen in Rußland sind immer anarchistisch ausgerichtet und vernünftigen Argumenten nur wenig zugänglich. In den Depots der Hauptstadt lagerten rund 9 000 Tonnen Mehlvorräte, genug um den Bedarf der Bevölkerung für mehrere Tage zu decken². Solche Nachrichten wären in Berlin oder in Wien damals von der Bevölkerung mit Genugtuung aufgenommen worden. In Petersburg ließen sie die Demonstrierenden aber unbeeindruckt und milderten ihre Gewaltbereitschaft in keiner Weise.

In dieser Situation agierten die für die Sicherheit der Hauptstadt verantwortlichen Personen denkbar unglücklich: Der Innenminister zersprengte seine Polizei in kleine Gruppen von 2-3 Mann und ließ sie in der Millionenstadt patrouillieren. Waffenanwendung war ihnen strikt verboten, so wurden sie von den Demonstranten regelrecht weggefegt. Der Polizeikommandeur Hauptmann Levisohn beging nach dem Zusammenbruch des Regimes Selbstmord³. Das war die letzte Maßnahme des Innenministers gewesen. Protopopov verschwand im entscheidenden Augenblick von der Bildfläche und ließ seine Behörde einfach im Stich⁴. Nicht minder unglücklich agierten auch die beiden Köpfe der Militärbehörden. Zur Unterstützung der Polizei führten Beliajev und Chabalov ausgewählte Reservisten der Garderegimenter auf die Straßen, untersagten ihnen aber die Anwendung von Waffen, trotzdem auf den Straßen bereits die ersten Polizeibeamten gelyncht worden waren⁵. Von diesen Ereignissen wurden weder die Stawka, noch Nikolaj gebührend informiert. Der Innenminister hatte vor seinem Verschwinden verfügt, die Polizeiberichte zu beschönigen⁶. Auch Beliajev und Chabalov gaben Berichte ab, die nicht ganz der Realität entsprachen, so daß nach Aussage des Generalquartiermeisters der Stawka, Lukomskij, in Mohilew niemand eine Vorstellung vom Ausmaß der Ereignisse in der Hauptstadt hatte⁷.

Am nächsten Tag, dem 25. Februar, streikten nach polizeilichen Angaben 240 000 Arbeiter, in Wirklichkeit aber war das gesamte wirtschaftliche System der Stadt bereits zum Stillstand gekommen. Die Radikalen unter den Demonstranten waren vom Ausbleiben entschlossener Unterdrückungsmaßnahmen ermutigt und wurden zunehmend aggressiver. In ihren Reihen waren auch zahlreiche Regimegegner vertreten, die immer wieder terroristische Aktionen starteten. An einer Stelle schoß man aus der Menge auf die patrouillierenden Polizisten, an einer anderen warf man eine Handgranate. Eine auf der Wyborger Seite - wo die Industriebetriebe konzentriert waren - beliebte Taktik der Demonstranten war es, die Polizeibeamten voneinander zu trennen und sie

¹ Lewitas, E. R. (Hrsg.), *V ognje revoluzionnyh bojev (Rajony Peterburga v dvuch revoluzionach)*, Moskau 1967, S. 84.

² Martynov, E., *Zarskaja armija v fevralskom perevorote*, S. 118.

³ *Archiv Oktjabrskoj Revoluziji, Čeresvyčajnaja sledstvennaja Komissija sledstvennaja čast*, Nr. 2., 10 delo, Bd. 10., S. 62f.

⁴ Vasiljev, A., *Police Russe et Révolution*, Paris 1936, S. 166f.

⁵ Ebd.

⁶ Die Aussage des Leiters der Besonderen Abteilung des Polizeidepartments I. Vasiljev ist abgedruckt bei Ščegolev, P., *Očranniki i avantjuristy*, Moskau 1930, S. 141f.

⁷ Ebd., Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 97-111.

zu lynchen. Dort erklärten die Radikalen ganze Straßen für „befreit“¹. Auf den Demonstrationen zeigten sich zunehmend rote Fahnen und Plakate mit regierungsfeindlichen Parolen, die von radikalen Regierungsgegnern, vor allem Studenten und Sozialisten getragen wurden. Die der Lynchjustiz ausgesetzte Polizei begann erst an diesem Tag, Schußwaffen einzusetzen. Beliajev verfügte Maßnahmen, welche die Menge noch zusätzlich reizen sollten. In Petersburg sollte in diesen Tagen eine Konferenz der Alliierten stattfinden und der Kriegsminister befürchtete, daß die Anwendung von Schußwaffen auf die Teilnehmer negative Auswirkungen haben würde². In einem Telefongespräch mit dem Dumavorsitzenden Rodzjanko sagte er: „*Was für einen verheerenden Eindruck das auf unsere Verbündeten machen wird, wenn die Menschenmenge auseinandergeht und auf dem Nevskij-Prospekt Tote zurückbleiben*“³. Er befahl, nur in die Luft zu schießen⁴. Es muß noch einmal ausdrücklich hervorgehoben werden, daß der Sieg der Aufständischen nicht durch ihre Kraft, sondern ausschließlich durch das Ausbleiben entschlossener Maßnahmen seitens der Regierung bedingt war. Die zwiespältige Haltung der führenden Politiker in diesen Tagen spielte dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die stenographische Aufzeichnung des Telefongesprächs, das Chabalov mit Rodzjanko führte, ist für die Stimmung der Behörden der Hauptstadt sehr typisch:

Rodzjanko: „*Eure Hoheit! Warum befehlen Sie zu schießen? Wozu das Blutvergießen?*“

Chabalov: „*Eure Hoheit! Ich bin nicht minder als Sie bestürzt von der Anwendung der Schußwaffen in der Stadt, aber die Kraft der Ereignisse zwingt mich, dies zu verfügen.*“

Rodzjanko: „*Welche ‚Kraft der Ereignisse‘?*“

Chabalov: „*Wenn man die Truppen angreift und die Soldaten tötet, kann die Armee nicht als Zielscheibe dienen. Sie muß zur Selbstwehr greifen und gegen guten Willen Schußwaffen einsetzen.*“

Rodzjanko: „*Wer greift denn die Truppen an?*“

Chabalov: [*Zählt die Vorfälle auf und betont ausdrücklich das Werfen einer Handgranate auf eine Polizeipatrouille*].

Rodzjanko: „*Eure Hoheit! Die Granate haben die Gendarmen selbst in die Patrouille geworfen!*“

Chabalov: „*Gott mit euch! Erbarmen sie sich, Eure Hoheit! Was für einen Sinn gibt es für einen Polizisten, eigene Mitarbeiter in die Luft zu sprengen?*“⁵.

Die Menge auf den Straßen wurde währenddessen zunehmend gereizter. Überall in der Stadt wurden wieder Läden geplündert. Auch unter den Truppen bemerkte man die ersten Anzeichen von Unsicherheit. Am 25. und 26. Februar folgten die Soldaten ihren Kommandeuren noch widerspruchslos, sogar als sie Gewalt anwenden mußten. Der Kriegsminister des Zaren schrieb aber am Abend an die Stawka, daß die Lage in der Hauptstadt vollkommen unter Kontrolle sei⁶. An diesem Tag erging aus Mohilew der Befehl des Zaren, unter Anwendung aller Mittel Herr der Lage zu werden. In seinem Telegramm schrieb Nikolaj dem Kriegsminister, daß Unruhen im

¹ Hasegawa, T., *The February Revolution*, S. 232f.

² Martynov, E., *Zarskaja armija v fevral'skom perevorote*, S. 78f.

³ *Pokazanija Bjel'ajeva čeresvyčajnoj sledstvennoj komissii*, in: Ščeglovitov, P. (Hrsg.), *Padenije zarskogo režima*, Bd. 2. S. 239f.

⁴ Ebd.

⁵ *Pokazanija Chabalova čeresvyčajnoj sledstvennoj komissii*, in: Ščeglovitov, P. (Hrsg.), *Padenije zarskogo režima*, Bd. 1., S. 214f.

⁶ Telegramm des Innenministers an den Oberkommandierenden vom 25. Februar 1917, in: *Krasnyj Archiv*, Nr. 2-21, Moskau 1927, S. 4.f

Hinterland nicht hingenommen werden könnten, während Soldaten in den Schützengräbern froren und ihr Leben einsetzten¹. Nikolaj befahl, Soldaten der Reserveeinheiten an allen wichtigen Punkten der Hauptstadt zu postieren².

Am Sonntagmorgen, dem 26. Februar, wurden Rekruten der Reserveeinheiten massiv auf die Straßen geführt und von der Stadtverwaltung eine vollständige Ausgangssperre für die zivile Bevölkerung verhängt. Als die Demonstranten trotz aller Verbote Richtung Innenstadt zogen, wurde die Konfrontation unausweichlich. An diesem Tag schossen die Soldaten der Reserveeinheiten in mehreren Stadtteilen auf die Zivilisten. Der blutigste Zwischenfall ereignete sich auf dem Znamenskijplatz, wo die Reservisten des Wolynischen Garderegiments das Feuer eröffneten und ca. 40 Zivilisten töteten³. Die Anwendung von Gewalt durch die militärische Stadtverwaltung erfolgte zwar viel zu spät, hatte aber dennoch eine ernüchternde Wirkung. Bei Einbruch der Dunkelheit herrschte in der Stadt bereits Ruhe und es schien, als ob die Regierung wieder Herr der Lage wäre. Viele Radikale gaben nach diesem Tag die Revolution bereits auf⁴. Von der Stadtverwaltung ergingen nach Mohilew wieder beruhigende Telegramme, die allerdings nicht vermerkten, daß sich die Reserveeinheiten nur widerwillig an den Einsätzen gegen die Zivilbevölkerung beteiligt hatten⁵. Doch dann sollte es zu einer Abfolge von Ereignissen kommen, die durch ihre Plötzlichkeit und ihr Ausmaß verblüffen: Die Meuterei der Petersburger Garnison versetzte innerhalb von nur 24 Stunden der tausendjährigen Monarchie in Rußland den Todesstoß.

General E. Martynov, ein Zeuge der Februarrevolution, der nach dem Oktoberumsturz zu den Bolschewiki überlief, hat in seiner ausgezeichneten Darstellung der Februarrevolution die Passivität der Behörden gegenüber der Verbrüderung der Petersburger Garnison mit den Auführern kritisiert⁶. Er stellte diesem Verhalten die energischen Maßnahmen des französischen Präsidenten Adolphe Thiers im März 1870 gegenüber. Sobald man damals festgestellt hatte, daß die Soldaten sich mit den Pariser Volksmassen verbrüdereten, ließ Thiers sie nach Versailles verlegen. Er ließ sie von dort aus später einen Gegenangriff starten und die Hauptstadt zurückerobern⁷. Beliajev und Chabalov sahen hingegen untätig zu, wie der Sturm heraufzog. Die Ergebnisse ihrer Unentschlossenheit ließen nicht lange auf sich warten. Bereits am 26. Februar ereignete sich der erste Zwischenfall, an dem sich Soldaten beteiligten. An diesem Tag eröffnete die 4. Kompanie des Pavlovischen Regiments das Feuer auf Soldaten, die im Einsatz gegen Demonstranten waren. Als die Truppen diese Kompanie umzingelten, gab sie auf und wurde entwaffnet⁸. Jedoch wurden keine energischen Maßnahmen gegen die Meuternden getroffen: Sie wurden lediglich entwaffnet, zurück in die Kasernen geschickt und kein einziger von ihnen wurde verhaftet. Dies war wahrscheinlich der verhängnisvollste Fehler, den die unfähige Leitung der Petersburger Garnison machte. Die undisziplinierten, schwankenden Soldaten der Reserveeinheiten gehorchten, wenn auch widerwillig, nur solange, wie sie von einer entschlossenen Obrigkeit kommandiert wurden und solange sie damit zu rechnen hatten, daß die Meuterei unausweichlich auch Gegenmaßnahmen nach sich ziehen würde.

¹ Ščeglovitov, P. (Hrsg.), *Padenije zarskogo režima*, Bd. 1., S. 190.

² Ebd.

³ Martynov, E., *Zarskaja armija v fevralskom perevorote*, S. 85.

⁴ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 34f.

⁵ Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 97-111.

⁶ Martynov, E., *Zarskaja armija v fevralskom perevorote*, Moskau 1927.

⁷ Martynov, E., *Zarskaja armija v fevralskom perevorote*, S. 208f.

⁸ Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 627.

Die Unentschlossenheit der Militärführung bedeutete in ihren Augen lediglich Machtlosigkeit und heizte die Stimmung noch mehr an.

Bereits am 27. Februar kam es zur Explosion, die merkwürdigerweise in dem Reserveregiment ihren Anfangspunkt hatte, welches ein Tag zuvor am entschlossensten gegen die Demonstranten agiert hatte, dem Wolynischen Reserveregiment der Garde¹. Um 7 Uhr morgens erschoss ein neu einberufener Student, Sohn eines Professors der Petersburger Universität, Timofej Kirpičnikov seinen Kompaniekommandeur, Hauptmann Laškevič, und führte die restlichen Soldaten auf die Straße². Den Meuternden schlossen sich sofort die Rekruten der Pavlovischen und Litauischen Reserveregimenter an. Der Aufstand entflammte so rasch, daß binnen weniger Stunden fast die Hälfte der Petersburger Garnison meuterte. Die andere Hälfte verhielt sich zwar passiv, erklärte aber ihre Neutralität und verweigerte den Offizieren die Gefolgschaft. Die Aufständischen erlangten innerhalb nur eines Tages die Kontrolle über die ganze Stadt: Sie befreiten Gefangene der Peter-Paul-Festung, hißten die rote Fahne über dem Winterpalais und zerstörten das Innenministerium. Das Vorgehen der wütenden Meuterer wurde von Plünderungen und Lynchmorden begleitet. Polizisten oder Offiziere, derer man in Uniform habhaft wurde, wurden verprügelt oder umgebracht³ *. Bei der Besetzung des Innenministeriums wurde das ganze Gebäude verwüstet und in Brand gesetzt. Besonders rührig waren bei dieser Aktion übrigens nicht so sehr die Soldaten, sondern radikale Regierungsgegner, die einen besonderen Eifer bei der Verbrennung der Archive der Geheimpolizei an den Tag legten. Es wurde im nachhinein gemunkelt, daß die Geheimpolizei des Zaren zahlreiche prominente Vertreter der extremistischen Parteien, darunter viele führende Bolschewiki als Agenten angeworben hatte⁴ *.

Die Schnelligkeit, mit der sich die Soldatenmeuterei am 27. Februar in Petersburg ausbreitete, läßt sich mit den besonderen organisatorischen Mißständen allein nicht erklären. Erlebnisberichte von Zeitgenossen lassen darauf schließen, daß es sich hierbei um eine typisch russische Revolte mit stark ausgeprägten anarchistischen Zügen handelte. Soldaten verließen die Kasernen und mischten sich unter die Menschenmenge, dabei verkauften sie vielerorts ihre Waffen an Zivilisten⁶. Alle Offiziere waren auf der Flucht. Selbst nach dem Zeugnis bolschewistischer Quellen über die ersten Tage der Februarrevolution gab es unter den Aufständischen keine einzige kampffähige militärische Einheit⁷. Und dennoch befand sich gegen Ende des Tages die gesamte Hauptstadt mit den umliegenden Ortschaften in den Händen der meuternden Soldaten: Der Widerstand der

¹ Martynov, E., *Zarskaja armija v fevral'skom perevorote*, S. 93.

² Seine Version vgl. Kirpičnikov, T., *Vosstanije 1-go gvardejskogo Volynskogo polka*, in: *Byloje*, Nr. 27, S. 5f.

³ Während der Februarereignisse starben in Petersburg 1 443 Menschen, darunter 869 Militärs, vgl. Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 47.

⁴ Eine der nichtbewiesenen Theorien besagt, daß auch J. Stalin aller Wahrscheinlichkeit nach unter den Agenten der Ochrana war. Diese Vermutung wird durch die Tatsache bekräftigt, daß er als einziger prominenter Bolschewik nie in der Emigration gelebt hatte und die Ochrana ihn einmal verhaften ließ, just zu dem Zeitpunkt, als kaukasische Sozialisten ihn „entlarven“ wollten, vgl. Radzinskij, E., *Stalin*, S. 86-93.

⁵ Dan, F., *Proischoždenije bolševizma*, New York 1964, S. 456. Ausführlich zu den Ereignissen der Februartage in Petersburg siehe Šljapnikov, A., *Semnadzatyj god*, 4 Bde., Moskau - Leningrad 1925 -1931, Melgunov, S., *Martovskije dni 1917 goda*, Paris 1961, Katkov G., *Russia 1917. The February Revolution*, London 1967.

⁶ Frenkin, M., *Russkaja armija i revoliuzija 1915-1917g.g.*, S. 40f.

⁷ Šljapnikov, A., *Semnadzatyj god*, S. 126f, Martynov, E., *Zarskaja armija v fevral'skom perevorote*, S. 209f.

Gendarmerie war gebrochen, die wichtigsten Minister gefangengenommen. Unter den Gefangenen befanden sich auch Beliajev, Chabalov und Golyzin. Protopopov stellte sich freiwillig¹.

Der Sieg der Meuternden war so vollständig, daß bereits am nächsten Tag, dem 1. März, wieder Ruhe in die Hauptstadt einkehrte: Es gab keine Objekte mehr, die noch der Eroberung wert waren. Bis zu diesem Moment war die Revolution führungslos. Es handelte sich um eine einfache Revolte der Reservisten der Petersburger Garnison, die zusammengebrochen wäre, vorausgesetzt, die politische Elite des Landes hätte sie als das erkannt, was sie wirklich war und hätten Schritte zu ihrer Eindämmung eingeleitet. Da in Rußland die Achtung vor dem Staat durch den Dauerzwist bereits erloschen war, hatte auch die Meuterei der Reservisten gute Siegeschancen. Martynov zufolge ist das entscheidende Ereignis, welches den Sieg der Februarrevolution ermöglichte, der Übertritt der Staatsduma auf die Seite der Aufständischen.

Die Frage, ob es nach der Meuterei der Petersburger Garnison noch im Bereich des Möglichen gelegen hätte, den Aufstand in der Hauptstadt niederzuwerfen, ist eindeutig zu bejahen. Bereits 1905 hatte Rußland eine ähnliche Soldatenmeuterei erlebt, als die nach dem Krieg gegen Japan demobilisierten Soldaten der Reserveeinheiten in Sibirien meuterten und die transsibirische Eisenbahnmagistrale blockierten. Während des russisch-japanischen Krieges befand sich im Fernen Osten ein 1 012 000 Mann zählendes Heer². Die Mehrheit stellten 562 000 Reservisten, die in den damals winzigen Städten Charbin, Vladivostok und Čita, stationiert waren³. Statt den Heimtransport der Reservisten nach dem verlorenen Krieg entlang der Transsibirischen Eisenbahn militärisch zu organisieren, Versorgungspunkte zu errichten und die Soldaten in militärische Einheiten zusammengefaßt unter der Leitung ihrer Offiziere abzutransportieren, beschloß das Armeekommando damals, die Soldaten an Ort und Stelle zu demobilisieren. Man gab ihnen in Charbin das Reisegeld für den Heimweg und schickte sie einzeln nach Hause⁴. Dadurch löste das Armeekommando eine Katastrophe aus. Das Geld vertranken die Soldaten an Ort und Stelle und zogen mittellos nach Westen. Unterwegs verkauften sie Kleidung und persönliche Habe. Als nichts mehr zu verkaufen war, verwüsteten die hungrigen und gereizten Soldatenmengen die Bahnhöfe und die Siedlungen entlang der Eisenbahnlinien⁵. Die herrenlose Menschenmasse ergoß sich in die kleinen Städte und Siedlungen Sibiriens, deren Zentralgewalten daraufhin zusammenbrachen⁶. Damals gelang es dem Regime aber, die Ordnung wiederherzustellen. Die in der Mandschurei stehende Frontarmee bewahrte Ruhe und der Armeeführung befahl der Zar, die Meutereien zu unterdrücken⁷. Zur Wiederherstellung der Ordnung entlang der Eisenbahnlinie benötigte man nur verschwindend kleine militärische Kräfte. Witte, der damalige russische Regierungschef, beauftragte zwei Generäle, Meller-Zakomenskij und Rennenkampf, die Ordnung entlang der transsibirischen Magistrale wiederherzustellen. Rennenkampf mit nur einer Division Fronttruppen bewegte sich von Osten nach Westen, Meller-Zakomenskij kam ihm vom Westen nach Osten entgegen: Er hatte nur 200 Mann und 2 Geschütze bei sich⁸. Mit dieser kleinen Streitmacht legte er in nur zwei Wochen die 6 000

¹ Ebd.

² **Bushnell, J.**, *Munity amid Repression*, S. 38-44.

³ **Denikin, A.**, *Put ruskogo ofizera*, S. 214.

⁴ **Denikin, A.**, *Staraja armija*, Bd. 2., S. 133f.

⁵ Ebd.

⁶ **Denikin, A.**, *Put ruskogo ofizera*, S.224.

⁷ **Menning, B.**, *The imperial russian Army 1861-1914*, S. 152-200.

⁸ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 334f. und **Denikin A.**, *Put ruskogo ofizera*, S. 227-229.

Kilometer lange Strecke von Moskau bis Čita zurück und stellte die Staatsordnung wieder her. Obwohl seine winzige Einheit gegen tausendfach überfüllte Eisenbahnstationen vorging, nahm er diese ohne nennenswerten Widerstand ein. Meist ergaben sich die frischgebackenen sibirischen Republiken bereits nach den ersten Wamschüssen¹.

Am 27. Februar war die Hauptstadt für das Regime infolge der erfolgreichen Meuterei der Petersburger Garnison verlorengegangen. Aber die anderen Städte des riesigen Reiches schlossen sich der Revolution nicht an. Selbst in Moskau blieb es, abgesehen von ein paar Solidaritätsstreiks, am 27. Februar ruhig. Im Grunde beschränkte sich die Revolution bis zum 27. Februar ausschließlich auf die Meuterei einer einzigen Garnison in einer einzigen Stadt. Und selbst dies muß noch eingeschränkt werden. Martynov zufolge nahmen an der Meuterei nicht alle Reservisten teil. Die Militäreinheiten gingen nicht geschlossen auf die Straßen der Hauptstadt. Die meisten Soldaten blieben in den Kasernen oder nahmen nur als Zuschauer am Geschehen teil². Die vorsichtigeren unter ihnen gingen anfangs sogar zum Gebäude der Akademie des Generalstabes und hofften, damit ein Alibi zu erlangen, falls die Meuterei niedergeschlagen werden sollte³.

Die Reservisten verwandelten sich nach der Flucht ihrer Offiziere in eine desorganisierte Menschenmenge, die zugleich grausam und verängstigt auftrat. Von der Hauptstadt breiteten sich die Soldatenmeutereien in der unmittelbaren Umgebung aus. In Kronstadt töteten die meuternden Matrosen ihren Oberkommandierenden, Admiral Nepenin, und viele andere Offiziere seines Stabes⁴. Besonders grausam ging es in Helsingfors (Helsinki) zu, wo auf den Schiffen und in der Stadt fast alle hohen Offiziere ermordet wurden⁵. Die Pogrome waren so heftig, daß die gesamte Ostseeflotte mit einem Schlag ihres Kommandos beraubt wurde und aufhörte, als organisierte Macht zu existieren⁶. In Zarskoje Selo nahm die Meuterei hingegen einen ganz anderen Charakter an. Es wurde seitens der Aufständischen überhaupt kein Versuch unternommen, die Familie des Zaren gefangenzunehmen. Sie konzentrierten ihre Aktivität statt dessen auf die Besetzung der Weinkeller der Zarenfamilie, die vor dem Krieg zu den größten der Welt zählten⁷. Jeden Tag hielten die Soldaten dort unter Transparenten wie „Laßt uns die Romanov’schen Reste vernichten“ ihre Versammlungen ab und zeigten keine Lust, gegen die aufmarschierenden Fronttruppen des Generaladjutanten Ivanov vorzugehen. Knox, der sich in diesen Tagen in der Hauptstadt aufhielt, berichtet, daß eine handvoll gut organisierter Frontsoldaten vollkommen ausgereicht hätte, um die Meuterei zu unterdrücken⁸. Das bestätigt besonders ein Vorfall während der Eröffnungssitzung des Petersburger Rats. Einer der Anführer der Bolschewiki, Šljapnikov, erinnerte sich später: *„In der Nähe des Taurischen Palais hörte man MG-Feuer. Das Geräusch der Schüsse drang in die Halle, wo die Sitzung stattfand. Sogleich brach eine Panik aus. Die Menschen stürzten in Scharen zu den Türen und schwappten*

¹ Ebd.

² **Martynov, E.**, *Zarskaja armija v fevralskom perevorote*, S. 94.

³ Ebd.

⁴ Zum Pogrom in der Ostseeflotte vgl. **Raskolnikov, F.**, *Kronštāt i Piter v 1917 godu*, S. 58f., **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 258-260.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 631f.

⁸ **Knox, A.**, *With the russian Army 1914-1917*, S. 563.

in die Katharinenhalle. Die Soldaten in diesem weiten Raum versuchten ebenfalls, die Ausgänge zu erreichen. Manche zerbrachen die Fensterscheiben zum Garten und sprangen nach draußen“¹.

Selbst am 7. Februar verfügte die Regierung in der Hauptstadt noch über loyale Truppen, deren sinnvoller Einsatz aber nicht organisiert werden konnte. Eine von Hauptmann Kutepov befehligte Militäreinheit von ca. 1 100 regierungstreuen Soldaten besetzte das wichtigste Gebäude der Stadt, das Winterpalais, und gedachte, dieses Machtsymbol der Monarchie bis zur Ankunft der Fronttruppen zu halten. Der Bruder des Zaren, Großfürst Aleksander, forderte sie jedoch auf, das Gebäude zu verlassen und wies die letzten Verteidiger der Monarchie in der Hauptstadt darauf hin, daß die Konfrontation mit den Aufständischen zahlreiche Kunstschatze dem Wandalismus aussetzen würde². Die verwirrten Soldaten besetzten danach das Admiralsgebäude, aber auch dort wurden sie aufgefordert zu gehen: Der Kommandeur der russischen Flotte, Admiral Grigorovič, befürchtete ebenfalls die Zerstörung des Gebäudes (sowie seiner eigenen Wohnung innerhalb der Admiralität) und verbat kategorisch, zu kämpfen³. Die demoralisierte Truppe ging schließlich zur Peter-Paul-Festung. Dort erwartete sie der Kriegsminister Beliajev, der ihr weinend befahl, auseinanderzugehen⁴. Die Unfähigkeit des Regimes, sich zu behaupten, wird noch deutlicher, führt man sich das Verhalten der nahen Verwandten des Zaren kurz vor Augen. Viele Großfürsten erklärten, daß sie keine Gewalt gegen „das Volk“ anwenden würden⁵. Einige von ihnen scheuten nicht davor zurück, offen Verrat zu begehen. Großfürst Kiril Vladimirovič, der mit einer Militäreinheit die Familie des Zaren in Zarskoje Selo schützen sollte, führte seine mit roten Bannern ausgestatteten Soldaten nach Petersburg und erklärte, daß er auf die Seite des „revolutionären Volkes“ trete⁶. Sein Abzug, der die Familie des Herrschers ungeschützt zurückließ, sollte bei den weiteren Ereignissen eine große Bedeutung bekommen. In dieser Situation hing der Erfolg des Aufstandes von der Position der Truppen an der Front ab sowie vom Verhalten der Dumaparteien.

Nach Angaben Lukomskijs unterschätzte das Hauptquartier von Beginn an das Ausmaß der Petersburger Ereignisse⁷. Die Informationsquellen der Stawka in der Hauptstadt in Gestalt der Militärbehörden (Beliajev und Chabalov), des Innenministeriums (Protopopov) und des Ministerrates (Golyzin) versuchten bis zuletzt in ihren Lageberichten, die tatsächliche Lage in der Hauptstadt zu beschönigen⁸. Bis zuletzt hoffte man daher im Hauptquartier, daß die Unruhen von den in der Stadt stationierten Einheiten unter Kontrolle gebracht werden würden und initiierte keine aktiven Maßnahmen⁹. Nikolaj II. erteilte erst am 27. Februar den Befehl, Truppen von der Front zur Unterdrückung des Aufstandes zu entsenden, als Golyzin zum maßlosen Erstaunen der Generäle in seinem letzten Telegramm berichtete, die Lage in der Hauptstadt sei schon vollkommen außer Kontrolle geraten und um seinen Abschied bat. Erst jetzt begann die Stawka, eine Strafexpedition zur Wiederherstellung der

¹ Šljapnikov, A., *Semnadzatyj god*, Bd. 1., S. 155.

² Kutepov A., *Pervyje dni revoluziji v Petrograde. Otryvok iz vospominanij napisnnych genelalom Kutepovym v 1926 godu*, Paris 1934, Pares, B., *The Fall of the russian Monarchy*, S. 444, Kersnovskij, A., *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 260-261.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Hasegawa, T., *The February Revolution*, S. 364f.

⁶ Ebd.

⁷ Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 104-106.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.

Ordnung zu organisieren. Das Kommando wurde dem Generaladjutanten Ivanov mit dem Befehl übergeben, die Meuterei zu unterdrücken und die Hauptstadt als faktischer Regierungschef zu verwalten¹. Der 66-jährige Ivanov war als früherer Kommandeur der Südfront bekannt und verfügte außerdem über eine langjährige Erfahrung im Gendarmeriekorps. Aber ob er für eine solche verantwortungsvolle Mission der richtige Mann gewesen ist, ist mehr als fraglich: Eine Episode am Vorabend der Brusilovoffensive, als er den Zaren „mit Tränen in den Augen“ gebeten hat, nicht anzugreifen zu müssen, läßt bezüglich seiner Fähigkeiten gewisse Zweifel aufkommen. Am Abend des 27. Februar erging aus Mohilew ein telegraphischer Befehl an den Stabschef der Nordfront, Danilov, zwei Infanterie- und zwei Kavallerieregimenter „aus besonders kampferprobten und zuverlässigen Soldaten“ und „kühnen Offizieren“ zusammenzustellen und sie in Richtung Hauptstadt in Marsch zu setzen². Ähnliche Befehle ergingen auch an die West- und Südfront³. Insgesamt verfügte die Stawka über acht Infanterieregimenter, verstärkt durch Kavallerie- und MG-Einheiten⁴. Ivanov selbst verließ die Stawka mit 800 Soldaten, allesamt Träger des St. Georgs-Kreuzes für Tapferkeit, die während des Krieges den Schutz des Hauptquartiers gewährleistet hatten. Berechnungen der Militärs zufolge sollte die Konzentration vor der Hauptstadt spätestens am 1. März abgeschlossen sein⁵.

Viele Anführer der Februarrevolution von 1917 berichteten später, die Strafexpedition Ivanovs habe für sie keine reelle Gefahr dargestellt; die Aufständischen seien zuversichtlich gewesen, die Einnahme der Hauptstadt durch Fronttruppen verhindern zu können. Die Einschätzung der Revolutionsanführer entsprach in keiner Weise den tatsächlichen Möglichkeiten, hielt sich aber als Legende über die militärische Ohnmacht des alten Regimes⁶. Es gab bei Ivanovs Anrücken trotz späterer Behauptungen der Eisenbahnergewerkschaft keine Sabotageakte⁷. Den unbewaffneten Zug des Zaren zu stoppen (wie das später auch tatsächlich geschah) war eine Sache, die Fronttruppen aber an der Durchfahrt zu hindern, war ein weit gefährlicheres Unternehmen, das leicht mit der Verhängung der Todesstrafe enden konnte, um so mehr, als die Soldaten entschlossen waren, gegen die Meuterer vorzugehen⁸. Daher wagte niemand, die Strafexpedition an der Durchfahrt zu hindern. Ivanov löste die Komitees der Aufständischen überall auf seinem Wege auf und befahl den Meuterern, sich nach altrussischer Weise niederzuknien, was diese in der Regel auch mit großer Bereitschaft taten⁹. Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Lomnovskij, behauptete später, daß er mit seinen Kameraden den Zug gestoppt und den General alleine zur Zarin nach Zarskoje Selo geschickt habe. Diese Behauptung hat sich in fast allen Büchern

¹ Ausführlich über die Operation Ivanovs vgl. **Melgunov, S.**, *Martovskije dni 1917 goda*, S. 93-105.

² Der Text des Befehls befindet sich in: **Krasnyj Archiv**, Nr. 2/21 (Moskau 1927), S. 10f.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ **Melgunov, S.**, *Martovskije dni 1917 goda*, S. 94.

⁶ Ebd.

⁷ **Lomonosov, J.**, *Vospominanija o martovskoj revoliuziji 1917 goda*, Stockholm 1921, S. 39f.

⁸ Die späteren Behauptungen, daß die Fronttruppen von Anfang an unzuverlässig waren, stammen aus den Aussagen der betroffenen Soldaten vor der Untersuchungskommission. Da sie nach dem Sieg der Revolution gemacht worden waren und die Soldaten sich bemühten, den neuen Machthabern gerecht zu werden, sind Aussagen über ihre „revolutionäre Gesinnung“ mit Vorsicht zu genießen. Vgl. **Melgunov, S.**, *Martovskije dni 1917 goda*, S. 92f. Der Generalquartiermeister der Stawka, Lukomskij, bezeugt, daß die bei der Strafexpedition beteiligten Soldaten Berichten ihrer Offiziere zu Folge in guter Verfassung waren, vgl. **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 112-114.

⁹ Ebd.

über die Februarrevolution niedergeschlagen¹. Aber Ivanov traf am 1. März um 9 Uhr in Zarskoje Selo nicht etwa alleine, sondern in Begleitung seiner 800 Mann ein; dort erwartete er die restlichen Truppen. Der erste Zug mit dem 67. Tarutinregiment erreichte ebenfalls um 9 Uhr sein Ziel an der Station Aleksandrovskaja². Das 68. Borodinoregiment erreichte den Eisenbahnknoten Luga³. Die restlichen Truppen waren noch unterwegs zwischen Luga und Pskow. Die ersten Einheiten der Westfront passierten bereits Polock⁴. Die Lage der Aufständischen war verzweifelt, wie aus den Erinnerungen des Vorsitzenden des Komitees der aufständischen Soldaten der Luga-Garnison, Voronovič, hervorgeht: „*Das Militärkomitee wußte nicht, was es ausrichten konnte: Im Zug befanden sich schätzungsweise 2 000 Frontsoldaten. Die aufständische Garnison von Luga zählte nicht einmal 1 500 Reservisten, von denen nur auf 300 bis 400 gezählt werden konnte. In der Artilleriedivision der Stadt waren alle Geschütze für Lehrzwecke bestimmt, keines von ihnen konnte deshalb mit richtiger Munition schießen ... Alle unsere Geschütze, die auf der Plattform im Bahnhof aufgestellt waren, waren lauter Attrappen. Selbst die aufgebauten Maschinengewehre hatten keine Patronen*“⁵.

Wir wissen heute durch Vojejkov, daß der Zar fest entschlossen war, den Aufstand in der Hauptstadt militärisch niederzuschlagen⁶. Jedoch erwies sich seine Entscheidung vom 28. Februar, die Operationen aus unmittelbarer Nähe zu überwachen, als fataler Fehler. Ein Grund für diesen verhängnisvollen Entschluß war die unruhige Lage in Zarskoje Selo, wo seine Familie einer akuten Gefahr ausgesetzt war. Nach der Abfahrt Ivanovs verließ auch Nikolaj II. gegen den Rat seiner Generäle das Hauptquartier und fuhr zu seiner Familie. Da er die Mission Ivanovs nicht behindern wollte⁷, machte er einen Umweg und fuhr zunächst östlich in Richtung Moskau, um dann in Vjasma nach Nordwesten in Richtung Petersburg abzubiegen. Dieser Umweg hatte für den Zaren schwerwiegende Folgen. Ivanov erreichte mit seinen Truppen planmäßig am 1. März Zarskoje Selo, auch die von der Nordwestfront abgezogenen Truppen kamen rechtzeitig zu seiner Verstärkung herbei. Der Zug des Kaisers wurde aber ca. 150 Kilometer von Petersburg entfernt, in der Eisenbahnstation Malaja Wischera, von streikenden Eisenbahnern aufgehalten und zur Umkehr gezwungen. Nach kurzer Überlegung faßte Nikolaj einen weiteren verhängnisvollen Entschluß; er fuhr nicht zurück ins Hauptquartier, sondern nach Pskow zum Stab der Nordfront⁹. Während seiner Abwesenheit von Mohilew war die Verbindung zwischen Nikolaj und seinen Generälen im Hauptquartier unterbrochen und die Ereignisse entwickelten ihre eigene Dynamik.

Nach dem Sieg der aufständischen Garnison in Petersburg verlagerte sich der politische Schwerpunkt der Ereignisse in das Taurische Palais, wo die Staatsduma ihre Sitzungen abhielt. Die Stimmung dort war bedrückt. Unentschlossene Minister zu bekämpfen war um ein Vielfaches leichter, als aufständische Volksmassen zu bändigen. Einer der Anführer des Fortschrittsblocks, Šulgin, gibt die Stimmung wieder, die bei den meisten

¹ **Benckendorff, P.**, *The last Days at Tsarskoje Selo*, London 1927, S. 14-15.

² Ebd., **Melgunov, S.**, *Martovskije dni 1917 goda*, S. 95f.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ **Voronovič, N.**, *Zapiski predsedatelja S owjeta soldatskich deputatov*, in: *Archiv graždanskoj vojny*, 2 Bde., Berlin 1921, Bd. 2, S.17-33.

⁶ **Vojejkov, V.**, *Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, S. 226-232.

⁷ **Benckendorff, P.**, *Last Days at Tsarskoje Selo*, S. 10f, **De Basily, N.**, *Diplomat of Imperial Russia, 1903-1917: Memoirs*, Stanford, Calif. 1973, S. 113f.

⁸ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 634-635.

⁹ Ebd.

Dumaabgeordneten herrschte: *„Die gesamte Duma war anwesend. Rodzjanko und die Dumaältesten saßen hinter einem Tisch. Um sie herum saßen und standen die übrigen dicht gedrängt zusammen. Verängstigt, aufgeregt, auf irgendeine Art innerlich gegenseitig Halt suchend. Selbst langjährige Feinde spürten unvermittelt, daß es etwas gab, das für sie gleichermaßen gefährlich, bedrohlich, abstoßend war. Dieses Etwas war die Straße, der Pöbel ... Man konnte seinen heißen Atem spüren ... Und mit der Straße nahte auch Er, an den zu diesem Zeitpunkt die wenigsten dachten, den jedoch zweifellos sehr viele unbewußt fühlten. Deshalb waren sie so blaß, wurde ihnen die Brust im Innern so eng. Inmitten einer tausendfachen Menge auf der Straße schritt der Tod“*¹. Andererseits sah die Mehrheit des Fortschrittsblocks in den ausgebrochenen Unruhen die Möglichkeit, endlich der Krone das Recht abzurufen, eine parlamentarische Regierungsform einzuführen. Während der Gedanke an tote Demonstranten die Minister in Schrecken versetzte, waren sie von der Opposition als Trittbrett zur Macht geradezu erwünscht. Die Mehrheit der Duma zögerte deshalb nicht lange. Nach einer heftigen und chaotischen Diskussion wurde beschlossen, eine Exekutive aus zwölf Dumamitgliedern zu bilden und die Macht im Lande zu übernehmen². So entstand das sog. „Provisorische Komitee“, das als Vorläufer der „Provisorischen Regierung“ seine Tätigkeit aufnahm³. Dieser offene Verfassungsbruch kam einer Meuterei gleich. Die Duma ignorierte nicht nur den Befehl des Monarchen, die Dumasitzungen entsprechend der Verfassung für die Dauer der Unruhen zu vertagen, sondern lief unverblümt auf die Seite der Aufständischen über. Indem sie die Verfassung brachen und sich an die Spitze des Aufstandes stellten, bewirkten sie im Grunde genommen das Gegenteil von dem, was sie eigentlich hatten erreichen wollen. Sie legitimierten die Revolte und machten aus der Meuterei einer einzigen Garnison die Revolution eines ganzen Volkes⁴.

Gleich zu Beginn der Revolution zeigte sich, daß die liberalen Politiker überhaupt nicht fähig waren, Verantwortung zu übernehmen, schon gar nicht als *„Provisorisches Komitee der Dumaabgeordneten zur Wiederherstellung der Ordnung in der Hauptstadt und zur Herstellung von Verbindungen mit Einzelpersonen und Institutionen“*. Einerseits griffen die Abgeordneten nach der Macht, andererseits aber unternahmen sie auch Schritte, die ihnen im Falle der Niederschlagung des Aufstands die Möglichkeit geben sollten, ihre Hände in Unschuld zu waschen. Schließlich war man von der anrückenden Strafexpedition Ivanovs informiert. Der neu ernannte provisorische Verkehrsminister, der Abgeordnete Bublikov, faßte die Befürchtungen seiner Kameraden in folgende Worte: *„In unserer Lage hätte eine einzige disziplinierte Division der Fronttruppen ausgereicht, um den Aufstand in der Hauptstadt zu unterdrücken. Noch mehr: Die Hauptstadt konnte man leicht besiegen, indem man einfach die Zufahrtswege blockiert hätte. Der unvermeidliche Hunger hätte uns in diesem Fall schon nach drei Tagen gezwungen, uns zu ergeben. Im März konnte der Zar noch zurückkehren und das fühlten wir alle“*⁵. Dafür, daß der Zar nicht zurückkehrte, sorgten die Anführer der Opposition nicht zuletzt dadurch, daß sie sich mit der Armeespitze in Verbindung setzten und diese überredeten, die heranrückenden Truppen zurück an die Front zu beordern. Am 28. Februar funkte Rodzjanko nach Mohilew, daß die Aufständischen seine Regierungsmacht anerkannten und es dem Provisorischen Komitee gelungen war, die Lage in der Hauptstadt vollkommen unter

¹ Sulgin, V., *Dni*, Leningrad 1925, S. 157f. Die Protokolle der Dumasitzungen in den Tagen der Revolution, zuerst veröffentlicht in: *Volja Russi*, Prag 1921, Nr. 153.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 493.

⁵ Zitiert bei Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 635.

Kontrolle zu bringen¹. Er bat Aleksejev deshalb, das Anrücken der Fronttruppen zu stoppen und Ivanov zu befehlen, keine Strafmaßnahmen zu ergreifen. Ferner erklärte Rodzjanko den Generälen, er fahre zur Station Dno, um sich zusammen mit dem Zaren über die Regierungsumbildung zu beraten². Die Lage in der Stadt beschrieb dieser als seriös geltende Politiker als verhältnismäßig ruhig und beteuerte, daß die Demonstranten lediglich gegen den Monarchen manifestierten und überall beteuerten, daß sie bereit seien, auch weiterhin entschlossen den Krieg weiter zu führen. Daß überall in der Hauptstadt mit roten Fahnen demonstriert wurde und im Dumagebäude bereits der gesetzwidrige Rat der Arbeiterdeputierten (Sowjet) tagte, wurde mit keiner einzigen Silbe erwähnt³.

Die Bemühungen des Dumapäsidenten fielen bei der Armeeleitung auf fruchtbarem Boden. Was ihnen angeboten wurde, klang sehr verlockend. Sie mußten lediglich Nikolaj fallen lassen und bekamen in Aussicht gestellt, die Massenunruhen ohne Gewalt unterdrücken zu können. Der Dumavorsitzende stellte den Fortbestand der Monarchie nicht in Frage, sondern verlangte lediglich die Umstellung Rußlands in eine Staatsform, in der das Parlament die gesamte Macht inne hatte. Schon wegen seiner Herkunft war das russische Offizierskorps einem sozialen Wandel in ihrer Heimat gegenüber offen. Aus zahlreichen Quellen geht eindeutig hervor, daß die Mehrheit der russischen Generalität sich mehr Macht für die Duma wünschte⁴. Mit den herrschenden Monarchen waren die Generäle schon lange unzufrieden. Sie erwarteten von Nikolaj, daß dieser die Lage im Hinterland beherrschte, waren aber immer wieder in dieser Hinsicht von ihrem Souverän enttäuscht worden. Viele von ihnen hatten die Ereignisse des Jahres 1915 nicht vergessen, als der Armee die Munition ausgegangen war, und waren für Gerüchte sehr empfänglich⁵. Die Propaganda der Opposition und die Intrigen der Aristokraten bewirkten auch, daß viele in der Stawka zunehmend an den Fähigkeiten Nikolajs, das Land doch noch zum Sieg zu führen, zu zweifeln begannen. Der von Peter dem Großen im 18. Jh. eingeführte Wahlspruch der russischen Armee „Für Glaube, Zar und Vaterland“ entsprach 1917 kaum mehr der Einstellung der russischen Berufsmilitärs. Brusilovs Spruch „Wenn ich entweder meinem Kaiser oder Rußland folgen muß, dann folge ich Rußland“⁶ ist vielleicht eine Legende, gibt aber die Einstellung der Generalität im Frühjahr 1917 wahrheitsgemäß wieder.

Michail Aleksejev war schon vor dem Krieg als „Jungtürke“ mit den wichtigsten Anführern der Opposition persönlich bekannt. Aus den Verschwörungen gegen den Zaren hatte er sich herausgehalten, da er von der Unzulässigkeit von Umwälzungen mitten im Krieg überzeugt war. Jedoch hatte er von Dumaleuten wie Rodzjanko, Miljukov und selbstverständlich Gučkov eine sehr hohe Meinung. Als faktischer Oberkommandierender der Streitmacht war er gleichzeitig besorgt, daß die Unruhen auch auf die Front überschwappten. In diesem Fall drohte der Zusammenbruch der Front und die Niederlage Rußlands. Unglücklicherweise verstanden die russischen Generäle des I. Weltkrieges nur sehr wenig von Politik⁷. Aleksejev war der Meinung, daß man mit den Anführern der Dumamehrheit kooperieren und zumindest ihren Versprechen trauen könne. Bezüglich der Ehrlichkeit Rodzjankos hatte er keine Bedenken⁸. Ähnliche Ansichten vertrat auch

¹ Der volle Text des Telegramms ist abgedruckt bei **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 148f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ **Denikin, A.**, *Put russkogo offizera*, S. 97f.

⁵ **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 44f.

⁶ Zitiert bei **Melgunov, S.**, *Na putjach k dvorzovomu perevorotu*, S. 149.

⁷ **Denikin, A.**, *Staraja armija*, Bd. 1., S. 50f.

⁸ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 631-632.

Russkij, der es schon immer verstanden hatte, mit der Dumamehrheit in gutem Verhältnis zu stehen und in der russischen Generalität als jemand galt, der von Politik viel verstand. Das Gegenteil sollte sich in unmittelbarer Zukunft herausstellen, als die Stawka und der Stab der Nordfront von den ehrgeizigen Dumapolitikern hinters Licht geführt wurden.

Als Nikolaj am 1. März endlich in Pskow eintraf, dachte er nicht im entferntesten daran, abzudanken. Er war im Gegenteil fest entschlossen, die Autorität der Monarchie in der Hauptstadt mit Gewalt wiederherzustellen. In diesem Sinne erteilte er während seiner Irrfahrt Befehle und notierte in seinem Tagebuch am 28. Februar, Ivanov habe „*die Ordnung zu erzwingen*“¹. Zum Zeitpunkt seiner Ankunft in Pskow lehnte er es ab, die Duma mit der Regierung des Landes zu beauftragen, da er nach wie vor überzeugt davon war, daß die Vertreter der Opposition unfähig seien, das Land zu regieren. Jedoch traf er im Hauptquartier der Nordfront unerwartet auf Hindernisse, die eine erfolgreiche Niederschlagung der Revolution in der Hauptstadt endgültig zunichte machten. General Russkij war nämlich der Herrscherfamilie gegenüber ganz und gar nicht wohlwollend eingestellt; seine Sympathien galten ganz dem Fortschrittsblock der Duma². Und das nicht ohne Grund: Als Komandeur der Nordfront war General Russkij nachweisbar für mehrere Debakel verantwortlich. Russkij verstand sich sehr gut darauf, seine Fehler anderen (z.B. Rennenkampf) anzulasten und sich auf eine ziemlich unwürdige Art reinzuwaschen. Vielleicht war das die eigentliche Ursache für seine Unterstützung des Fortschrittsblocks: Er hatte viel zu verbergen³. Nach der Machtergreifung der Bolschewiki wurde Russkij in Kislowodsk als Geisel verhaftet und von Tschekisten enthauptet. Er war gegen Ende seines Lebens penibel darauf bedacht, sich vom Verdacht zu salvieren, den Zaren zur Abdankung gedrängt zu haben⁴. Wie auch immer: Nikolaj verbrachte „*die beiden entscheidenden Tage seines Lebens unter dem Einfluß des Militärbefehlshabers ... der am entschiedensten gegen ihn eingestellt war*“⁵. Nach seiner Ankunft in Pskow erwirkte Russkij von ihm den Befehl, den Marsch der Fronttruppen auf die Hauptstadt zu stoppen⁶. Von diesem Augenblick an war die Gefahr einer Strafexpedition für die Hauptstadt gebannt. Russkij setzte sich am selben Abend mit den oppositionellen Dumapolitikern in Verbindung und informierte sie, daß man in der Hauptstadt nichts mehr zu befürchten habe⁷. Damit hatte die Revolution gesiegt. Die Truppen wurden an die Front zurückbeordert, wobei manche damit begannen, nach dem Sinneswandel der Generäle mit den Aufständischen zu fraternisieren⁸.

Es ist schwer zu sagen, ob Rodzjanko der Armeeführung seine falschen Informationen absichtlich kabelte oder von den Ereignissen tatsächlich keine Ahnung hatte. Die Aufständischen hinderten ihn an der Abreise zum Zaren, was einem Arrest gleich kam⁹. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte er auf die wahren Machtverhältnisse

¹ *Krasnyj Archiv*, Bd. 20, S. 134-136.

² Hasegawa, T., *The February Revolution*, S. 492.

³ Aleksandra nannte Russkij in ihrem Brief von 3. März 1917 „Judas“, vgl. Pares, B. (Hrsg.), *Letters of the Tsaritsa to the Tsar*, London 1923.

⁴ Ausführlich wird Russkij's Geschichte erzählt in: Vilčkovskij, S., *Russkaja Letopis*, Nr.3, Paris 1922, S.161f.

⁵ Hasegawa, T., *The February Revolution*, S. 492f.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 76f. und 112f.

in der Stadt aufmerksam werden müssen¹. Dennoch telegraphierte Rodzjanko spät in der Nacht zum 2. März Russkij an die Nordfront, daß das Provisorische Dumakomitee die Lage in der Hauptstadt unter Kontrolle habe². Sein Nichterscheinen erklärte Rodzjanko damit, daß ohne ihn die Lage in der Stadt „*unkontrollierbar werden könnte*“, da die aufständischen Volksmassen nur ihm vertrauten³. Er behauptete, daß die Aufständischen die Monarchie nicht in Frage stellten und lediglich den Thronverzicht Nikolajs „*zugunsten seines Sohnes, mit dem Großfürsten Michail als Regenten*“ forderten. „*Mit tiefem Schmerz*“ in seinem „*Herzen*“ beteuerte Rodzjanko, „*daß der Haß des Volkes auf den herrschenden Kaiser seine äußersten Grenzen überschritten hat. Alle Menschen, mit denen ich die Möglichkeit hatte, mich zu unterhalten, als ich zu den Demonstranten und den Soldatenversammlungen sprach, bestätigten mir ausdrücklich, den Krieg bis zum siegreichen Ende weiterführen zu wollen... Sie werden unser teures Vaterland den Deutschen nicht übergeben... Hören sie auf, Truppen von der Front zu schicken... Verhindern sie unnötige Opfer... Ich wiederhole es noch einmal: Der Volkszorn gilt nur den Mißständen der abgewirtschafteten Regierung. Unsere ruhmreiche Armee wird keine Engpässe zu spüren haben. In diesem Punkt sind sich alle Parteien einig, so daß die Eisenbahnverbindung keinesfalls beeinträchtigt wird. Wir hoffen, daß nach dem Manifest der Provisorischen Regierung alle Bewohner Brot und Munition an die Front liefern werden und daß die Vorratslager durchaus voll sind... Nikolaj Vladimirovič [Russkij], vergessen sie bloß nicht, daß der Umsturz für uns alle vollkommen schmerzlos verlaufen kann und in diesem Fall alles in ein paar Wochen beendet sein wird. Ich kann ihnen versichern, daß es kein Blutvergießen und keine Opfer geben wird. Ich werde es nicht zulassen*“⁴. In ähnlichem Sinne telegraphierte Rodzjanko auch an Aleksejev nach Mohilew, dem Russkij seinerseits den Inhalt seines Gesprächs mit Rodzjanko übermittelte.

Aleksejev glaubte den Beteuerungen des Dumapäsidenten, daß die Parteien in Petersburg lediglich die Abdankung Nikolajs zugunsten seines Sohnes Aleksej forderten, ohne die Monarchie in Frage zu stellen und leitete Schritte ein, um Nikolaj zu diesem Schritt zu bewegen. Er kannte den Zaren gut genug: Zwar wollte dieser von Abdankung nichts wissen, doch würde er auf die Meinung der Militärs hören. Ohne dazu ermächtigt worden zu sein, verschickte Aleksejev am 1. März um 10 Uhr Telegramme an die Spitzenmilitärs der Frontarmeen, um ihren Rat zur gegenwärtigen Lage einzuholen⁵. Er bat die Generäle, ihre Antworten so zu fassen, daß Nikolaj II. zur Abdankung zugunsten seines Sohnes leicht zu bewegen wäre⁶. Nach nur vier Stunden gingen die angeforderten Antworten ein⁷. Der Kommandeur der Kaukasischen Front, Großfürst Nikolaj Nikolajewič, riet dem Zaren „*auf Knien*“, zugunsten seines Sohnes abzudanken, um die siegreiche Beendigung des Krieges und die Zukunft der Monarchie nicht zu verbauen⁸. Der Kommandeur der Südfront, Brusilov, kniete zwar nicht nieder,

¹ Ebd.

² Stenographische Aufzeichnung dieses Gesprächs bei **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 1., S. 48-54.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Der volle Text des Telegramms an die Oberkommandierenden der Fronten ist abgedruckt bei **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 148-164, sowie **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoluzija*, 5 Bde., Paris 1937, Bd. 1., S. 32-38 und 45-59.

⁶ Ebd.

⁷ Texte der Telegramme der Oberkommandierenden an die Stawka sind abgedruckt bei **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 1., S. 45-59.

⁸ Ebd.

erfüllte jedoch Aleksejevs Bitte und empfahl dem Zaren ebenfalls, abzudanken¹. Der Kommandeur der Westfront, Ewert, bat sich Zeit aus, die Antworten Brusilovs und Sacharovs (Kommandeur der Ende 1916 gebildeten rumänischen Front) zu erwarten und empfahl schließlich das gleiche². Sacharov kabelte zwar an die Stawka, die Dumaabgeordneten seien „eine Gangsterbande“, aber auch er erfüllte Aleksejevs Bitte³. Die Kavalleriekommandeure Chan Nachičevanskij und Keller meldeten, daß Soldaten und Offiziere für den Zaren kämpfen und lediglich den Einsatzbefehl erwarten würden⁴. Admiral Kolčak, der die Schwarzmeerflotte befehligte, antwortete überhaupt nicht. Mit den Ergebnissen seiner Anfrage verfuhr Aleksejev folgendermaßen: Die Antworten in seinem Sinne kabelte er nach Pskow, die anderen hielt er zurück⁵. Dann legte auch er dem Zaren nahe, daß die Abdankung die beste Lösung für die Krise wäre⁶.

Aleksejev hat Nikolaj zur Abdankung natürlich nicht gezwungen; allerdings empfahl er sie solcherart, daß dem Monarchen nach weiteren Unruhen der mögliche Zusammenbruch der Frontarmeen vor Augen geführt wurde: „*Indem ich Eurer Majestät die nachfolgenden Telegramme ehrerbietigst unterbreite, bitte ich inständigst, sofort jenen Entschluß zu fassen, den Gott Eurer Majestät eingeben wird. Durch eine Verzögerung droht der Untergang Rußlands. Bisher ist es gelungen, die Armee vor dem Eindringen der Krankheit zu schützen, die Petersburg erfaßt hat ... Die weitere Disziplin der Armee kann aber nicht verbürgt werden. Die Berührung der Armee mit der inneren Politik wäre das unausbleibliche Ende des Krieges, die Schmach Rußlands und dessen Untergang. Eure Majestät, die unser Vaterland innigst lieben, wollen daher zur Erhaltung des Sieges geruhen, jeden Entschluß zu fassen, der einen friedlichen und glücklichen Ausweg aus der gegenwärtig schwierigen Lage bringen kann. Ich erwarte ergebenst die Allerhöchste Willensmitteilung und weitere Befehle*“⁷.

Die Abdankungsszene verlief ganz anders als die des Deutschen Kaisers eineinhalb Jahre später. Zuerst hatte die Stawka Nikolaj ihre Gefolgschaft nicht verweigert, wie Groener es 1918 tat⁸. Die russischen Generäle appellierten an die patriotischen Gefühle Nikolajs und forderten ihn auf, der Duma nachzugeben. Dabei wußte keiner von ihnen, daß den Oppositionspolitikern die Soldatenmeuterei schon lange außer Kontrolle geraten war. Die Generäle brachten die Dringlichkeit vor, die Revolution mit friedlichen Mitteln einzudämmen, um den Kriegsausgang nicht durch einen Bürgerkrieg zu gefährden. Insofern kann der Meinung des Rußlandshistorikers Richard Pipes beigepflichtet werden, der über die Abdankungsmotive Nikolajs II. schrieb: „*Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Nikolaj aus patriotischen Motiven abdankte: Aus dem Wunsch, Rußland eine demütigende Niederlage zu ersparen und seine Streitkräfte vor dem Zerfall zu retten ... Wäre es Nikolaj hauptsächlich darum gegangen, den Thron für sich zu retten, dann hätte er unverzüglich einen Separatfrieden mit Deutschland*

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 262-263.

⁶ Der Text des Telegramms von Aleksejev an den Zaren ist abgedruckt bei Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 150f.

⁷ Ebd.

⁸ Pronin, V., *Poslednije dni zarskoj Stawki*, Belgrad 1929, S. 22f.

geschlossen und die Aufstände in Petersburg und Moskau mit Hilfe der Fronttruppen niedergeschlagen. Stattdessen entschloß er sich, der Krone zu entsagen, um dadurch die Front zu retten“¹.

Wie die späteren Ereignisse zeigen sollten, waren die russischen Generäle weit mehr geneigt, Befehle der oberen Instanzen zu befolgen, als diesen ihre eigenen Ansichten aufzuzwingen, wie das ihre deutschen Kollegen in diesem Krieg zu tun pflegten. Die russische Generalität unterwarf sich allen Befehlen, wenn sie nur von ihren Vorgesetzten kamen. Hätte Nikolaj II. sich energisch geweigert, seine Macht abzutreten, hätten diese sich zwar mißbilligend, aber sicherlich der Willensbekundung des Zaren unterworfen. Wenn Nikolaj von solchen Schritten abgesehen hat, so nur deshalb, weil er das Wohl Rußlands vor seine eigenen machtpolitischen Interessen stellte; gleichzeitig war er sich dessen bewußt, daß die russische Öffentlichkeit weder ihm noch der Dynastie einen solchen Schritt je verziehen hätte.

Um 14.30 Uhr am 2. März wurden die Telegramme der Frontkommandeure Nikolaj vorgelesen. Die Appelle - Nikolaj wußte weder von ihrem Ursprung, noch davon, daß manche Antworten zurückgehalten wurden - machten auf ihn einen großen Eindruck. Schon um 15 Uhr verkündete er Russkij seine Bereitschaft, zugunsten seines Sohnes Aleksej abzudanken². Allerdings waren die Dumapolitiker seiner Meinung nach nicht fähig, das Land zu regieren; außerdem glaubte Nikolaj, daß die Soldaten an der Front diesen Schritt nicht verstehen würden³. Russkij erinnerte sich später an dieses Gespräch, das ahnungsvoll die kommenden Ereignisse ansprach: *„Der Grundgedanke des Souveräns war, daß er nichts für sich und sein eigenes Interesse wünschte, sich jedoch nicht für berechtigt hielt, die Führung Rußlands in die Hände von Menschen zu legen, die heute dem Vaterland schlimme Schäden zufügen und morgen zurücktreten und ihre Hände in Unschuld waschen ... Der Zar ging mit erstaunlicher Hellsichtigkeit all jene durch, die in nächster Zeit Rußland als verantwortliche Minister regieren könnten. Er äußerte die Überzeugung, daß die Dumaaktivisten, die das verantwortliche Kabinett bilden würden, keine Verwaltungserfahrung besäßen und sich unter der Bürde der Macht als unfähig erweisen würden, ihrer Aufgabe gerecht zu werden“⁴. Bei der Ankunft des Zaren in Pskow hatte Russkij erklärt, man müsse *„sich wohl den Siegern ergeben“*. Vojekov gegenüber präziserte er, daß er und Aleksejev darunter die Politiker des Fortschrittsblocks der Duma verstanden⁵. Der Entwurf des Abdankungsmanifests wurde dann in der Stawka von dem Hofjuristen Nikolaj de Basily entworfen und von Nikolaj am 3. März gegen 19 Uhr unterschrieben⁶. Damit war Nikolajs mehr als zwanzigjährige Regierungszeit beendet.*

Den Thron des jungen Aleksej sollte Großfürst Michail Aleksandrovič, der Bruder des Zaren, bis zu dessen Volljährigkeit verwalten, aus Rußland sollte eine parlamentarisch regierte Monarchie werden⁷. Dieses erste Abdankungsmanifest wurde jedoch nicht abgesandt: Als es unterschrieben werden sollte, erhielten die Militärs

¹ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 537. Diese Meinung deckt sich mit der Lageeinschätzung des damaligen Generalquartiermeisters der Stawka, Lukomskij, daß es vom militärischen Standpunkt aus gesehen durchaus möglich war, die Meuterei in der Hauptstadt zu unterdrücken. Dieses Vorgehen hätte allerdings hohen Blutzoll gefordert, vgl. Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 115f.

² Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 641.

³ Russkij unter vier Augen mit Nikolaj II. geführtes Gespräch wird wiedergegeben von Vilčkovskij, S., in: *Russkaja Letopis*, Nr. 3., S. 169f.

⁴ Ebd.

⁵ Vojekov, V., *Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, S. 229f.

⁶ De Basily, N., *Diplomat of Imperial Russia, 1903-1917*, S. 113f.

⁶ Ebd.

⁷ Der Text des Abdankungsmanifests, ebd.

Nachricht, daß eine aus zwei Anführern des Fortschrittsblocks bestehende Dumadelegation nach Pskow abgereist war¹. Die Duma wußte nichts von den Vorgängen im Stab der Nordfront und unternahm daher ihrerseits Schritte, den Zaren zur Abdankung zu bewegen. Die Abordnung bestand aus dem Intimfeind Nikolajs, Gučkov, und dem Nationalisten Šulgin². Die beiden kamen am 2. März gegen 22 Uhr an, von der Reise und den Vorgängen in der Hauptstadt äußerst erschöpft. Šulgin mit seinem zerknitterten Anzug und glatt rasiertem Kopf erinnerte eher an einen „*entflohenen Sträfling*“, als an jemanden, der mit dem Zaren über dessen Abdankung verhandeln sollte³. Gučkov, der sich innerlich auf eine Debatte eingestellt hatte, war sehr überrascht, als der Zar sie kurz begrüßte und nach nur ein paar Minuten in seine Abdankung einwilligte. Allerdings änderte Nikolaj bei der Erstellung seiner zweiten Abdankungsurkunde seine Meinung und beschloß, zugunsten seines Bruders Michail abzudanken. Das Abdankungsmanifest lautete:

„An den Chef des Generalstabes!

In den Tagen des gewaltigen Ringens gegen den äußeren Feind, der sich seit drei Jahren bemüht, unser Vaterland zu unterjochen, hat es Gott dem Herrn gefallen, Rußland eine neue schwere Prüfung aufzuerlegen. Innere Unruhen drohen, eine verhängnisvolle Rückwirkung auf den weiteren Verlauf des hartnäckigen Krieges auszuüben. Das Schicksal Rußlands, die Ehre unserer Armee, das Wohl des Volkes und die ganze Zukunft unseres teuren Vaterlandes fordern, daß der Krieg um jeden Preis zu einem siegreichen Ende geführt wird. Der grausame Feind macht seine letzten Anstrengungen, und schon naht die Stunde, in der unser Heer gemeinsam mit unseren glorreichen Verbündeten den Feind endgültig zu Boden werfen wird. In diesen für das Leben Rußlands entscheidenden Tagen hielten wir es für unsere Gewissenspflicht, Unserem Volke den engsten Zusammenschluß und die Sammlung aller Volkskräfte zwecks Verwirklichung eines raschen Sieges zu erleichtern, und haben im Einvernehmen mit der Reichsduma für gut erkannt, dem Thron des Russischen Reiches zu entsagen und die oberste Gewalt niederzulegen. Da Wir Uns nicht von Unserem geliebten Sohne trennen wollen, übertragen Wir die Erbfolge an Unseren Bruder, den Großfürsten Michail Aleksandrovič, und erteilen Ihm Unseren Segen bei der Besteigung des Thrones des Russischen Reiches. Wir gebieten Unserem Bruder, die Staatsgeschäfte in unbedingter Übereinstimmung mit den Vertretern des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften zu leiten, auf den Grundlagen, die von ihnen festgesetzt werden, worauf er einen unverletzlichen Eid leiten wird. Im Namen der heißgeliebten Heimat rufen Wir alle treuen Söhne des Vaterlandes auf, ihre heilige Pflicht dem Vaterlande gegenüber zu erfüllen, dem Kaiser im schweren Augenblick nationaler Prüfungen zu gehorchen und ihm gemeinsam mit den Vertretern des Volkes zu helfen, das Russische Reich auf den Weg des Sieges, der Wohlfahrt und des Ruhmes zu führen. Möge Gott der Herr Rußland helfen. Nikolaj II. Pskow, am 2. März 1917“⁴.

Zwei Details dieser Abdankungsurkunde verdienen besondere Aufmerksamkeit. Zum ersten ist sie nicht etwa an die Provisorische Regierung gerichtet, sondern an den Stabschef der Stawka, General Aleksejev. Offenbar war in den Augen des Zaren das Oberkommando der Streitkräfte der einzig verbliebene Träger der Souveränität, während die Massenunruhen in der Hauptstadt die Staatsmacht weggefegt hatten. Zum zweiten

¹ **Vojejkov, V.**, *Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, S. 232-234.

² Gučkovs Schilderung der Ereignisse in: **Ščeglovitov, P. (Hrsg.)**, *Padenije zarskogo režima*, Bd. 6., S. 263f., Zur Version von Šulgin vgl. **Šulgin, V.**, *Dni*, S. 265-283.

³ **De Basily, N.**, *Diplomat of Imperial Russia*, S. 127-131.

⁴ Zum Text des Abdankungsmanifests vgl. **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 119f.

anerkennt das Manifest das, wofür die russische Opposition seit Jahrzehnten gekämpft hatte, nämlich die Übernahme der Exekutive durch das verantwortliche Kabinett. Aber diese Details waren nicht die entscheidenden. Viel folgenschwerer für das Schicksal Rußlands war die Rechtswidrigkeit des Abdankungsmanifests. Nach geltendem Recht war Nikolaj II. nicht berechtigt, auch für seinen Sohn abzdanken. Die Gesetze des russischen Reiches besagten eindeutig, daß die Krone rechtmäßig ausschließlich an den ältesten Sohn des regierenden Monarchen gehen muß, selbst wenn dieser regierungsunfähig war, oder der vorige Herrscher seine Krönung nicht wünschte¹. Da die Abdankung des Prinzen vor dessen Volljährigkeit rechtlich nicht möglich war, befürchtete der Monarch, daß die republikanisch eingestellte Opposition nicht davor zurückschrecken würde, die Abdankung durch seine Ermordung „zu beschleunigen“². Aber den eigentlichen Ausschlag für Nikolajs Entschluß gaben die Versicherungen des Leibarztes Botkin und des Medizinprofessors Fjodorov, daß Aleksej unheilbar krank war³. Die Abdankung war weiterhin durch die Berücksichtigung Michails rechtswidrig: Der Großfürst hatte seinen Anspruch auf den Thron 1913 verwirkt, als er ohne Erlaubnis eine zweimal geschiedene österreichische Staatsbürgerin von zweifelhaftem Ruf heiratete⁴.

Das eigentliche Manko des Abdankungsmanifests war allerdings nicht seine juristische Unzulänglichkeit (in Revolutionstagen hält man sich gewöhnlich sowieso nicht an Gesetze), sondern der Umstand, daß der Thron einem Mann zgedacht war, der überhaupt nicht fähig war, das Ruder des Staates zu halten. Großfürst Michail hatte einen sehr unausgebalancierten und weichen Charakter. Mit seiner Vermählung bescherte er den Romanovs einen der größten Skandale ganz Vorkriegseuropas⁵. Erst 1914 wurde ihm erlaubt, nach Rußland zurückzukehren. Dort angekommen, zeigte sich, daß der Großfürst vollkommen unter dem Einfluß seiner als Intrigantin berühmten Frau stand, die den Titel Gräfin Brassova erhalten hatte⁶. Während des Krieges galt ihr Salon in der Hauptstadt als der oppositionellste und radikalste⁷. Im Krieg kommandierte Michail die aus Kaukasien bestehende „Wilde Kavalleriedivision“. Später wohnte er zurückgezogen in der Hauptstadt und hatte mit der Politik nicht das Geringste zu tun. In den Tagen der Soldatenmeuterei zeichnete sich Großfürst Michail vor allem durch die Ausweisung der regierungstreuen Soldaten aus dem Winterpalais aus. Der schlimmste Umstand für das weitere Schicksal der Monarchie war aber, daß der Großfürst zum Zeitpunkt der Abdankung faktisch eine Geisel der meuternden Hauptstadt war.

Am 3. März kehrten Gučkov und Šulgin mit der Abdankungsurkunde nach Petersburg zurück, wo man darüber beriet, was nun mit der Monarchie geschehen sollte⁸. Kerenskij vertrat die Meinung, daß die Monarchie in Rußland abgeschafft werden sollte⁹. Einige Mitglieder des Kabinetts wollten dagegen eine Fassade der

¹ Gradovskij, A., *Sobranije sočinenija*, Bd. 7., St. Petersburg 1901, S. 158-162.

² Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II-go*, S. 642.

³ Benkendorff, P., *The last Days at Tsarskoje Selo*, S. 46f.

⁴ Ebd.

⁵ Ausführlich zu seiner Heirat, vgl. Bochanov, A., *Nikolaj II*, S.335 und 343f.

⁶ Paléologue, M., *Am Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd.1., S. 29-31.

⁷ Ebd.

⁸ Martynov, E., *Zarskaja armija v fevralskom perevorote*, S. 174f.

⁹ Pares, B., *The Fall of the russian Monarchy*, S. 469-471, Miljukov, P., *Geschichte der zweiten russischen Revolution*, S. 63f.

Monarchie erhalten¹. Außenminister Miljukov argumentierte: „Die starke Staatsgewalt, die zur Wiederherstellung der Ordnung in Rußland notwendig ist, macht die Unterstützung durch ein Symbol der Macht erforderlich, das den Massen vertraut ist. Ohne einen Monarchen wird die Provisorische Regierung zu einem gebrechlichen Kahn, der im Meer der Unruhen versinken wird“². Die Monarchie lag den russischen Liberalen allerdings nicht besonders am Herzen. Miljukov ließ hinter den Kulissen Äußerungen fallen, wie: „Die Kombination aus Aleksej und Großfürst Michail ist für uns von großem Vorteil. Der eine ist ein krankes Kind, der anderer ein ziemlich dummer Mensch“³. So hatte es Kerenskij leicht, seine Ansicht durchzusetzen, daß es am besten sei, wenn der Großfürst Michail auf den Thron verzichte. Dieses Ziel wollte er nötigenfalls durch einen neuen Aufstand in Petersburg erreichen⁴. Aber das war gar nicht nötig: Die Aktivisten „berieten“ noch am 3. März mit dem über seinen Bruder verärgerten Michail, dem man Verantwortung aufgebürdet hatte, ohne sich mit ihm vorher abgesprochen zu haben⁵. Der designierte Thronfolger sah im Herrscheramt nichts als eine schwierige und unerwünschte Bürde. Nach der Darstellung Rodzjankos interessierte er sich vor allem dafür, ob die Provisorische Regierung für die Sicherheit seiner Person bürgen könne⁶. Als das verneint wurde, brach er in Tränen aus und willigte ein, der Krone zu entsagen. Das war ein großer Fehler: Das von Baron Nolde und Vladimir Nabokov (dem Vater des Schriftstellers) verfaßte Abdankungsmanifest wurde so formuliert, daß Großfürst Michail zugunsten der Provisorischen Regierung abdankte, bis die verfassunggebende Versammlung über das Schicksal der Monarchie entschied⁷. Tatsächlich aber dankte er im Namen aller Romanovs für immer ab. Seine Weigerung, den Thron in jener kritischen Stunde zu besteigen und Verantwortung zu übernehmen, zerstörte die Grundlagen der russischen Monarchie. Die Abdankung Michails untergrub sein Ansehen in den Reihen der ohnehin demoralisierten Monarchisten⁸. Von seiner Abdankung wurden weder Nikolaj noch die Stawka unterrichtet. Am 3. März wußte in Mohilew keiner, daß der Thron unbesetzt geblieben war⁹.

Es genügte für die Provisorische Regierung nicht, Michail „überzeugt“ zu haben; sie mußte auch die Militärs dazu bringen, der faktischen Abschaffung der Monarchie in Rußland zuzustimmen. Zu diesem Zweck fädelten sie wieder eine politische Intrige ein: Rodzjanko rief am 3. März Russkij erneut an den Hedgesapparat und erklärte, daß die Thronbesteigung des Großfürsten Michail „*absolut unzulässig*“ sei¹⁰. In der Nacht zum 3. März hätten in der Hauptstadt so heftige Massenunruhen stattgefunden, wie er es „*in seinem Leben vorher noch nie gesehen*“ habe¹¹. Er empfahl, die Abdankungsurkunde Nikolajs zugunsten seines Bruders geheimzuhalten, da die neue Meuterei antimonarchistisch sei und die randalierenden Soldaten im Falle der Thronbesteigung Michails

¹ Ebd.

² Melgunov, S., *Martovskije dni 1917 goda*, S. 226f.

³ Zitiert bei Kersnovskij, A., *Istorija russskoj armiji*, Bd. 4., S. 261.

⁴ Miljukov, P., *Geschichte der zweiten russischen Revolution*, S. 63f.

⁵ Ebd., De Basily, N., *Diplomat of Imperial Russia*, S. 143f.

⁶ Rodzjanko, M., in: *Archiv russskoj revoliuziji*, Bd. 6., S. 62f.

⁷ Text des Abdankungsmanifests in: Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 1., S. 45f.

⁸ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 177-178.

⁹ Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 119f.

¹⁰ Der Text des Gesprächs vgl. Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 189-191.

¹¹ Ebd.

„die Stadt im Blut zu ertränken“¹ drohten. Das gleiche teilte er telefonisch auch Aleksejev in Mohilew mit; die Thronbesteigung durch Michail wäre infolge neuer Massenunruhen „unannehmbar“². Die Generäle wußten aber diesmal, daß der ehemalige Dumapäsident log; ihren Informationen nach hatte es in der Nacht vom 2. auf den 3. März in der Hauptstadt keine Unruhen gegeben. Aber sie hatten keine Wahl mehr: Bereits am nächsten Tag veröffentlichte die Provisorische Regierung beide Abdankungsurkunden, die alle russischen Zeitungen auf die Titelseite druckten³. Dieser Schachzug schlug der Generalität endgültig die Waffen aus der Hand. Ab diesem Augenblick konnte nichts mehr gegen Petersburg unternommen werden, da die Manifeste dem Land verkündeten, daß die Provisorische Regierung legal durch Abdankung an die Macht gelangt war⁴. Ferner riefen beide Abdankungsurkunden die Bevölkerung auf, der neuen Regierung Gefolgschaft zu leisten⁵.

Auf Nikolaj machten die Ereignisse tiefen Eindruck. Um den drohenden Untergang Rußlands doch noch abzuwenden, war er nun bereit, den kranken Aleksej zu opfern und übergab Aleksejev ein Manifest in diesem Sinne⁶. Der Stabschef der Stawka sah jedoch keine Möglichkeit mehr, sich dem Diktat aus Petersburg zu widersetzen. Man beschloß das dritte Manifest, das die Abdankung zugunsten Michails widerrief und die Abdankung zugunsten Aleksejs verkündete, nicht zu veröffentlichen⁷. Aleksejev und Nikolaj vereinbarten lediglich, ein Manifest an die Armee zu verabschieden, das die Soldaten aufforderte, sich loyal den neuen Machthabern gegenüber zu verhalten. Der Text des Abschiedsaufrufes lautete: *„Ich wende mich zum letzten Mal an Euch, meine heißgeliebten Truppen. Nach meiner Abdankung für mich und meinen Sohn ist die Macht auf die Provisorische Regierung übergegangen, die nach dem Willen der Duma entstanden ist. Gott helfe ihr, Rußland dem Ruhm und dem Glück entgegenzuführen. Gott helfe auch Euch, unser Vaterland vom Feind zu befreien. Zwei Jahre lang habt Ihr täglich den schweren Dienst getan, viel Blut vergossen, vieles geleistet, und nun naht die Stunde, da Rußland im Verein mit seinen heldenmütigen Verbündeten den letzten Widerstand des Feindes brechen wird. Dieser beispiellose Krieg muß bis zum letzten Ende durchgeführt werden. Wer jetzt an den Frieden denkt, wer ihn jetzt wünscht, ist ein Verräter an seinem Vaterland. Ich weiß, daß jeder ehrliche Soldat so denkt. Tut also Eure Pflicht, verteidigt die Heimat, gehorcht der Provisorischen Regierung und Euren Vorgesetzten. Denkt daran, daß jede Lockerung der Dienstordnung nur dem Feind Nutzen bringt. Ich glaube fest, daß in Euren Herzen die Liebe zu unserer großen Heimat wach bleibt. Gott segne Euch und der Heilige Märtyrer Georg möge Euch zu Erfolgen führen. Nikolaj II.“*⁸.

Im Kontext der politischen Tagesereignisse jener Zeit stieß der Thronverzicht Nikolajs II. ins Leere. Er war von der aufständischen Bevölkerung Petersburgs bereits entmachtet. A. Solženyzin schrieb, *„nicht Rußland hat sich von den Romanovs losgesagt, sondern die Brüder Nikolaj und Michail haben sich für alle Romanovs für immer von Rußland losgesagt - in drei Tagen, angefangen mit den ersten großen Unruhen in einer Stadt, wobei sie nicht einmal zu kämpfen versucht, sondern alle verraten haben - ein Millionenköpfiges Heer, das ihnen den Eid*

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Vgl. *Izvestija*, vom 04. 03. 1917, S. 1, *Reč*, vom 04. 03. 1917, S. 1.

⁴ **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 61.

⁵ Ebd., *Izvestija*, vom 04. 03. 1917, S. 1.

⁶ **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 264-265.

⁷ Ebd.

⁸ **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 123-124.

geleistet hat“¹. Aber so war es nicht: Nikolaj II. hat erst dann abgedankt, als die vom Volk gewählte Staatsduma auf die Seite der meuternden Soldaten getreten war und die Armeeführung zu der Ansicht gelangte, daß der einzige richtige Weg aus der Krise die Abdankung des Monarchen sei. Schließlich war es Aleksejev gewesen, der eigenmächtig die Frontkommandeure zu ihrem gemeinsamen Appell an den Zaren bewogen hatte. Nikolaj II. war am Vorabend seines Sturzes in der russischen Gesellschaft politisch isoliert und die Monarchie hatte den Tiefpunkt ihres Ansehens in der Armeespitze erreicht. In der Armeeführung fand der Gedanke an den Thronverzicht des Zaren deshalb so leichten Eingang, weil er sowohl „von der öffentlichen Meinung als auch von der Generalität vor dem Ausbruch der Revolution vollkommen geteilt wurde“². Während sich die Front bis zur Abdankung noch loyal verhielt, war die Armeeführung längst propagandistisch bearbeitet und psychologisch in das Lager der Opposition gezogen worden. Selbst Kuropatkin hinterließ im März 1917 geradezu verblüffende Zeilen. Der dienstälteste General der russischen Armee schrieb am 8. März bezüglich der Abdankung des Zaren: „Ich fühle mich heute wie neu geboren und nachdem ich mich bei der heutigen fröhlichen Stimmung ertappt habe, bin ich auch ein bißchen verstimmt: Es ist irgendwie unanständig, daß ich, ein alter Generaladjutant des Zaren, so erfreut über die Revolution und die Änderung der Machtverhältnisse bin. Das ganze russische Volk lebte aber in der letzten Zeit so schwer, die Regierungskreise waren so sehr abgewirtschaftet, der Herrscher selbst wurde so unverständlich, daß die Explosion unausweichlich geworden ist. Insbesondere freue ich mich auch deswegen, weil wir meiner Ansicht nach ohne die Staatsumwälzung vom Feind geschlagen worden wären und Anarchie im Lande unvermeidlich gewesen wäre. Ich wünsche nur, daß es möglich ist, die Disziplin der Truppen in der Etappe bald wieder herzustellen und daß sich die politische Hitzköpfigkeit nicht an den Fronten ausbreitet. Sobald es gelungen ist, die Gemüter zu beruhigen, wird der Sieg unser sein. Davon bin ich aufrichtig überzeugt“³. Die Behauptung, daß die Generäle von den Dumaabgeordneten betrogen worden seien - selbst Nolde und der offizielle Biograph des Zaren Oldenburg vertreten diese Auffassung⁴ -, ist nicht aufrechtzuerhalten. Schon seines Amtes wegen hatte Aleksejev keinen Grund, sich von den Politikern so billig überrumpeln zu lassen. Dies um so weniger, als die Stawka neben den „Enten“ Rodzjankos auch eigene Informationsquellen in der Hauptstadt besaß.

Nur wenige bedauerten die Abdankung des Zaren. Viele zeitgenössische Schilderungen berichten, daß seine Abdankung unter großem Jubel von der Bevölkerung aufgenommen wurde. Doch das sind zumeist Schilderungen der politischen Gegner des Regimes, in deren Reihen die Veröffentlichung des Abdankungsmanifestes tatsächlich große Freude ausgelöst hats. Das einfache Volk war wie immer nicht nach seiner Meinung gefragt worden. „Sicherlich ist einer Nation niemals vom Schicksal härter mitgespielt worden als Rußland“, schrieb Winston Churchill. „Sein Schiff versank in Sicht des Hafens. Es hatte den Sturm glücklich überstanden, als alles zerfiel. Jedes Opfer war gebracht, das schwere Werk vollendet - da riß der Verrat die Macht an sich, im Augenblick, als man bereits am Ziel war ... Die Zeit der schwierigen Operationen war vorbei: Das Erreichte festzuhalten, die Deutschen am Vordringen zu hindern und ohne besondere Kampfhandlungen den geschwächten Feind an seine Stellungen zu binden, mit einem Wort aushalten - war alles, was Rußland von den

¹ Zitiert bei **Medvedjev, R.**, *Oktober 1917*, Hamburg 1979, S. 43-44.

² **Melgunov, S.**, *Martovskije dni 1917 goda*, S. 244-245.

³ Zitiert bei **Melgunov, S.**, *Martovskije dni 1917 goda*, S. 243-244.

⁴ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 635, **Nolde, B.**, *Nabokov v 1917 godu*, in: *Archiv russkoj revoliuziji*, Bd. 7 Berlin 1937.

⁵ **Kerenskij, A.**, *Die Kerenski Memoiren*, S. 233-258.

Früchten eines allgemeinen Sieges trennte ... Im März (Februar) war der Zar noch auf dem russischen Thron; das russische Kaiserreich und sein Volk standen aufrecht, die russische Front war gefestigt und der Sieg sicher. Es entspricht den oberflächlichen Anschauungen unserer Tage, das zaristische Regime als engherzige, verdorbene und unfähige Tyrannei hinzustellen. Aber ein Blick auf den 30 Monate langen Krieg mit Deutschland und Österreich müßte diese Anschauung ändern und die Tatsachen ans Licht bringen. An den Schlägen, die das russische Reich erduldet, an den Katastrophen, die es erlebt, an den unerschöpflichen Kräften und an seiner damaligen Genesung können wir seine Stärke ermessen. Wenn sich in der Politik große Ereignisse abspielen, wird immer der Führer einer Nation, wer es auch immer sei, für einen Mißerfolg verantwortlich gemacht oder durch Erfolg gerechtfertigt ... Warum sollen wir Nikolaj II. diese strenge Prüfung versagen? Er hat viele Fehler begangen; welcher Herrscher tut das nicht? Seine Tätigkeit glich der einer Magnetnadel im Kompaßgehäuse: Krieg oder kein Krieg? Vormarsch oder Rückzug? Rechts oder Links? Demokratisierung oder Festigkeit? Nachgeben oder Durchhalten? - das waren die Schlachtfelder Nikolajs II. Ist es gerecht, ihm für alles, was er geleistet hat, Anerkennung zu versagen? Der opferreiche Anmarsch der russischen Armeen, durch den Paris 1914 gerettet wurde, der geordnete Rückzug ohne Munition, die langsam wiedergewonnene Kraft, die Siege Brusilovs, der Beginn des russischen Feldzuges 1917 - stärker als je. Trotz großer und schrecklicher Irrtümer hatte das durch ihn damals personifizierte Regime, dessen Leiter er war, über das er herrschte und dem seine Persönlichkeit den Lebensfunken gab, in diesem Augenblick den Krieg für Rußland gewonnen“¹.

Kap.10. Die Provisorische Regierung und Beginn des Zerfalls des russischen Reiches

Franz Kafkas „*Legende von dem Gesetz*“ erzählt von einem Mann, der Einlaß durch eine bestimmte Tür begehrt und vom Türhüter immer wieder abgewiesen wird. Er verbringt sein ganzes Leben wartend und hoffend vor dieser Tür und versucht wiederholt vergeblich, den unerbittlichen Türhüter zu erweichen. Endlich, in seiner Todesstunde, brüllt ihm der Türhüter in sein „*vergehendes Gehör*“: „*Dieser Eingang war nur für dich bestimmt. Ich gehe jetzt und schließe ihn*“. Diese Geschichte erinnert in vielem an die Geschichte der Intelligenzija der Zarenzeit. Von den Reformen Aleksanders II. zum Leben erweckt, schienen die Intelligenzija und das neue Staatswesen füreinander bestimmt zu sein. Die Gesetzgebung des Zarenreiches begünstigte die Bildungsschicht. Für eine Karriere in Rußland war seit Aleksander II. einzig und allein die erhaltene Bildung ausschlaggebend². Das Manifest vom 17. Oktober 1905 führte in Rußland die konstitutionelle Monarchie ein und hatte damit den äußeren politischen Rahmen geschaffen, in welchem sich die russische Bildungsschicht entfalten konnte und den sie eines Tages mit dauerhafter und sinnvoller politischer Substanz auszufüllen gedachte. Das ihr das nicht gelungen ist, liegt teilweise an ihrer dauerhaften Konfrontation mit der Monarchie. Das zaristische Regime war ja kein makellooses Regierungssystem und eine demokratischere und vernünftiger Staatsordnung hätte für das russische Volk durchaus positive Auswirkungen gehabt. 1917 erwies sich aber, daß die Intelligenzija über keinerlei organisatorisches Talent verfügte und einfach unfähig war, die Verantwortung zu übernehmen. Als sie nach der Meuterei der Petersburger Garnison endlich an die Macht gelangte, führte sie das Land in die Katastrophe. Ihr

¹ Churchill, W., *Die Weltkrise*, Bd. 1., S. 219-220.

² Pipes, R., *Rußland vor der Revolution*, S.253-357.

schöpferischer Gipfel in der Revolution von 1917 war die sog. Doppelherrschaft, ein politisches System, das die Auflösung des Staates und die anschließend folgende Diktatur der Bolschewiki ermöglichte.

Zur Überraschung vieler Russen trat nicht der populäre Rodzjanko an die Spitze der Provisorischen Regierung, sondern der parteilose Anführer des „Zemgor“, Lvov. Der 56jährige Fürst Lvov besaß Wurzeln in der Dynastie der Rüriki, die Rußland vor den Romanovs regiert und dem Land u.a. auch Ivan den Schrecklichen gegeben hatte¹. Ihm fehlte aber nicht nur jegliche Verwaltungserfahrung, sondern auch gesunder Menschenverstand, der für einen erfolgreichen Staatsmann geradezu unabdingbar ist. Lvov hing einem extremen Populismus an, der in einem grenzenlosen Glauben an die Klugheit und den guten Willen des Volkes wurzelte: *„Der Gang der großen russischen Revolution ist noch nicht abgeschlossen, doch jeder Tag, den wir erleben, bestärkt uns in dem Glauben an die grenzenlosen schöpferischen Kräfte des russischen Volkes, an seine politische Weisheit und seine Seelengröße“*, erklärte er bei seinem Amtsantritt und handelte auch nach dieser Maxime². Als Ministerpräsident erinnerte er an Fürst Nechludov aus Tolstojs Roman „Der Morgen des Gutsbesitzers“: Gutmütig aber charakterlos, jeder Gewalt abhold und so naiv, das Vertrauen des „wahren Volkes“ gewinnen zu wollen. Lvov war eine tragikomische Figur, dessen Vorhaben scheitern mußte, weil er das Volk und die Verhältnisse im Lande nur aus Büchern kannte. Aber seine politischen Überzeugungen trieben ihn bis zum Anarchismus; persönlich hat er viel dazu beigetragen, daß die Regierung das Steuer aus den Händen gleiten ließ.

Eine Regierung begnügt sich nicht damit, Gesetze zu erlassen. Zuallererst erfüllt sie die Verwaltungsaufgaben und überwacht, ob alle bereits erlassenen Gesetze eingehalten werden. *„Verwalten heißt Regieren, und Regieren heißt Herrschen; darauf läuft doch alles hinaus“*, schrieb seinerzeit Mirabeau von den Aufgaben eines Staatsoberhauptes³. Von diesem Prinzip verstand Lvov so gut wie nichts. Während des Krieges versuchte er hauptsächlich, einen Palastumsturz zu organisieren und kümmerte sich kaum um seine Aufgabe, die Landtage zu koordinieren. Politisch war Lvov ein militanter Befürworter der Dezentralisierung des Landes. Er trieb dieses Prinzip bis zum äußersten, da er davon überzeugt war, daß in einer echten Demokratie alle Entscheidungen vor Ort getroffen werden müßten⁴. Die zahlreichen Abordnungen aus der Provinz, die seit der Machtübernahme nach Petersburg kamen, wies er in der Regel mit nichtssagenden Reden und der Aufforderung, selbst Entscheidungen zu treffen, zurück. *„Wir sind grenzenlos glücklich, daß wir jetzt in der Lage sind, das neue Leben des Volkes zusammen mit dem Volk selbst zu gestalten“*⁵, sagte er. *„Das ist eine Frage der alten Psychologie. Die Provisorische Regierung hat die alten Gouverneure abgesetzt, wird aber niemanden ernennen. Das machen die Orte selbst. Solche Fragen müssen nicht vom Zentrum, sondern von der Bevölkerung selbst gelöst werden“*⁶. Unterstaatssekretär Nabokov erinnerte sich später an die Atmosphäre, die in Lvovs Büro herrschte: *„Ich kann mich an keine Gelegenheit erinnern, zu der Lvov einen machtvollen Ton angeschlagen hätte... Er war der Inbegriff der Passivität... Ich erinnere mich hauptsächlich an eine Atmosphäre, in der alle Empfindungen*

¹ Kerenskij, A., *Die Kerenski Memoiren*, S. 242.

² Zitiert bei Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 75.

³ *Administrer, c'est gouverner gouverner, c'est régner; tout se réduit là.*

⁴ Medlin, V., Parsons S. (Hrsg.), *V. Nabokov and the russian Provisional Government 1917*, New Heaven 1976, S. 84f.

⁵ Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 1., S. 61.

⁶ Miljukov, P., *Geschichte der zweiten russischen Revolution*, S. 80.

unwirklich zu sein schienen“¹. Die Ernennung des farblosen Lvov zum Ministerpräsidenten war wahrscheinlich dadurch erfolgt, daß der wirklich starke Mann im Kabinett, Miljukov, ihn durchgeboxt hatte. So war sein Konkurrent Rodzjanko aus dem Weg geräumt². Miljukov hoffte dadurch, selbst alle Fäden in seinen Händen zu halten³.

Die starken Männer waren Außenminister Miljukov und Justizminister Kerenskij, der einzige Sozialist in der Regierung. Miljukov war einer der bekanntesten Oppositionspolitiker Rußlands und genoß großes Ansehen als Wissenschaftler. Er verfügte über ein ungeheures Wissen und war sicherlich einer der gebildetsten Menschen Rußlands. Geboren 1875, gehörte Miljukov der älteren Generation an und war einer der Anführer der Revolution von 1905 gewesen, wo er im gemeinsamen Gremium der damaligen Opposition (Bund der Bünde) den Ton angegeben hatte⁴. Er besaß eine schier unerschöpfliche Energie und verfügte über langjährige politische Erfahrung. Ferner war er ein sehr bewandelter Parlamentarier. Ihm fehlte allerdings politischer Instinkt und die Fähigkeit, staatlich zu denken. Miljukov hatte für die Dauer des Krieges eine Revolution vermeiden wollen. Durch seine parteipolitische Tätigkeit trug er jedoch mehr als jeder andere Politiker dazu bei, die Regierung in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren. Der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei und einstige Weggefährte Lenins, Peter Struve, sagte einmal über Miljukov, dieser sei ein fast so begnadeter Politiker wie Bismarck, betreibe jedoch Politik wie ein Schachspiel; wäre Politik Schach gewesen, so hätte Miljukov als ein wahrer Großmeister gegolten⁵. Ein Bismarck ist aus Miljukov nicht geworden: Er betrieb eine Politik, die nicht auf das Wohl des Landes abzielte, sondern ausschließlich auf das Wohl seiner eigenen Partei. Das hat ihm schließlich politisch das Genick gebrochen.

Der Mann, der die Politik bis zur Machtergreifung Lenins geprägt hat, war Aleksander Kerenskij. Er stammte wie Lenin und Protopopov aus der Wolgastadt Simbirsk, einer der provinziellsten und zurückgebliebensten Gegenden Rußlands. Wie Lenin stammte Kerenskij aus einer wohlhabenden Lehrerfamilie und gehörte zur Spitze des russischen Dienstadels⁶. Sein Vater Fjodor war Direktor am Gymnasium, an welchem der künftige Gründer des Sowjetstaates sein Abitur machte. Er setzte sich für den jungen Uljanov bei den Behörden ein, als Lenin aufgrund revolutionärer Tätigkeiten seines Bruders mit der Universität von Kasan Schwierigkeiten bekam⁷. Im Februar 1917 war Kerenskij erst 36 Jahre alt, genoß in Rußland aber bereits einen gewissen Bekanntheitsgrad. Vor dem Krieg vertrat er mit einem Anwälteteam in zwei sehr berühmten Prozessen die Goldminenarbeiter von Lena und den jüdischen Arbeiter Beylis, der des Ritualmordes angeklagt war⁸. Das brachte ihn - trotz seiner bloßen Nebenrolle in diesen Prozessen - in die IV. Duma, wo er die chaotische Fraktion der Trudowiki, anführte⁹. Als 1917 seine polizeiliche Akte veröffentlicht wurde, erfuhr die Öffentlichkeit, daß ihr

¹ Medlin, V., Parsons S. (Hrsg.), *V. Nabokov and the Russian Provisional Government*, S. 84 und 135.

² Hasegawa, T., *The February Revolution*, S. 525.

³ Ebd., Pares., B., *The Fall of the Russian Monarchy*, S. 461f.

⁴ Zu der Organisation der Liberalen während der Revolution von 1905 vgl. Galai, S., *The Liberation Movement in Russia 1900-1905*, Cambridge 1973, S. 262f.

⁵ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 518f.

⁶ Aleksejev, W., Schver, A., *Semja Uljanovyč v Simbirsk*, Leningrad 1925, S. 48-51, *Molodaja Gvardija*, Moskau 1924, Nr. 1., S. 89f.

⁷ Ebd.

⁸ Kerenskij, A., *Die Kerenski Memoiren*, S. 107.

⁹ Kerenskij, A., *Die Kerenski Memoiren*, S. 105f.

frischgebackener Justizminister sein Deputiertenmandat während des Krieges hauptsächlich dazu benützt hat, Diversionen gegen die Monarchie zu organisieren¹. 1915 war er angeblich kurz davor gewesen, einen Arbeiterrat zusammenzustellen; Kerenskij arbeitete ständig an der Sabotierung der Kriegsanstrengungen seines Landes². Eine weitere Leidenschaft war die Freimaurerei, der er zusammen mit seinen Logenbrüdern Nekrasov und Tereščenko (ebenfalls Mitglieder der Provisorischen Regierung) viel Zeit widmete³. Die Polizei wußte davon und bezeichnete ihn in den Akten als „den Haupträdelsführer der gegenwärtigen Revolutionsbewegung“⁴, wagte es aber aus Angst vor der Dumamehrheit nicht, ihn zu verhaften. Kerenskij verfügte genausowenig wie Fürst Lvov über die Gaben, die nötig waren, um ein Land zu führen. Als Politiker war Kerenskij das Gegenteil von Miljukov. Dieser verkörperte Theorie und Logik, während Kerenskij geradezu der Inbegriff des Impulsiven und des Emotionalen war. In der IV. Duma hielt Kerenskij hysterische Reden und genoß außer bei seiner Fraktion kein großes Ansehen unter den Deputierten. In einem stabilen Staat wäre ein Politiker wie Kerenskij nie an die Spitze gelangt, da sein Auftreten zu sehr an Chlestakov, den unsterblichen „Revisor“ aus Gogols gleichnamiger Satire erinnerte. Der Justiz- und spätere Kriegsminister war vielen zu melodramatisch. Da er an sich eine physische Ähnlichkeit mit Napoleon I. zu entdecken glaubte und dessen Mimik zu kopieren begann, hieß er später hinter vorgehaltener Hand nur noch „Höchstüberredender“. Bezeichnenderweise wurde Kerenskij in den Akten des KGB, die bis zu seinem Tod geführt wurden, der Deckname „Clown“ gegeben⁵.

Kerenskij's Aufstieg begann in den Tagen der Soldatenmeuterei. Auf die politisch unerfahrenen aufständischen Bauernsoldaten machten seine Reden großen Eindruck und er nützte diese Gelegenheit, um an die Macht zu kommen. Schon die Art, wie er seinen ersten Ministerposten ergatterte, sagt vieles über seine Person aus. Er ließ sich von den meuternden Soldaten in den Vorstand des Sowjets, das sog. Exekutivkomitee [russ. Ispolkom] wählen, führte aber gleichzeitig Verhandlungen um den Posten des Justizministers in der Regierung⁶. Als das Exekutivkomitee seinen Mitgliedern verbot, in die „bürgerliche“ Regierung einzutreten⁷, wandte sich Kerenskij in einer dramatischen Rede direkt an die Soldaten; er schwor, „als Justizminister niemals demokratische Ideale zu verraten“ und bat um Unterstützung⁸. „Ich kann ohne das Volk nicht leben, und wenn sie mir nicht vertrauen, bin ich bereit, vor ihren Augen zu sterben“; schloß er seine Rede, ließ sich auf den Boden fallen und stellte sich tot⁹. Seine Parteigefährten verziehen ihm solche Auftritte nie. Das „Volk“ aber hob ihn freilich auf und erzwang seine Ernennung zum Minister¹⁰. Trotz alledem war Kerenskij ein aufrichtiger Demokrat. „Die Duma vergießt kein Blut“, war sein häufiger Ausspruch. Er rettete in den ersten Revolutionstagen dutzende Würdenträger des Zaren vor mordlustigen Meuterern. Als Politiker war er jedoch auf einem Auge blind. Kerenskij's politischer Vorteil war seine Doppelrolle als Vertreter des Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten und als Mitglied der Regierung:

¹ Vgl. **Zentralnyj Komitet trudovoj grupy (Hrsg.)**, *Aleksander Fjodorovič Kerenskij po materialam departamenta poliziji*, Petersburg 1917.

² Ebd.

³ **Kerenskij, A.**, *Die Kerenski Memoiren*, S. 108.

⁴ **Wilcox, E.**, *Russia's Ruin*, London 1919, S. 193f.

⁵ **Volkogonov, D.**, *Lenin*, S. 132.

⁶ **Hasegawa, T.**, *The February Revolution*, S. 351-398 und 410-412.

⁷ Ebd.

⁸ **Suchanov, N.**, *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 144-147.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

Mit jeder Androhung einer Konfrontation mit dem Sowjet erlangte er größeren Einfluß innerhalb des Kabinetts. Obwohl er sich aufrichtig zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekannte, dachte er nicht im entferntesten daran, das Volk auch nach seiner Meinung über die zukünftige Staatsform zu fragen. Er tat alles, um eine Republik zu etablieren, die er schließlich im Sommer 1917 auch ausrufen ließ, ohne eine Volksbefragung durchzuführen oder die Zusammenkunft der verfassunggebenden Versammlung abzuwarten, die darüber die Entscheidung hätte treffen müssen¹. Die größte Gefahr für die Demokratie sah er im Offizierskorps, nicht in den radikalen Sozialisten. „*Ich wünsche, daß Lenin in Rußland genauso frei reden kann wie in der Schweiz*“, war ebenfalls ein beliebter Ausspruch des neuen Justizministers.

In den ersten Tagen der Februarrevolution entstand in Petersburg ein weiteres Gremium, der Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der berühmte Sowjet. Dieser bekundete bereits zu Beginn seines Bestehens ebenfalls einen Machtanspruch im Lande und trat in ein scharfes Konkurrenzverhältnis zur Regierung. Wir erinnern uns, daß Ende 1915 Selbstverwaltungsorgane der Arbeiter einberufen wurden. Ihre Koordination oblag der Zentralen Arbeitsgruppe unter der Leitung des Menschewiken Gvosdev². Seit der politischen Krise im Herbst 1916 entsagten die sozialistischen Intellektuellen, die in der Zentralen Arbeitsgruppe den Ton angaben, immer mehr ihren eigentlichen Aufgaben. Sie konzentrierten sich zunehmend darauf, die Arbeiter der Hauptstadt gegen die Monarchie aufzuwiegeln. Um sich Unannehmlichkeiten mit der Staatsduma zu ersparen, verschloß die Regierung monatelang die Augen davor. Die Quittung für diese Feigheit wurde am 26. Januar 1917 präsentiert, als die Zentrale Arbeitsgruppe im Namen der Arbeiter verkündete, daß die Regierung des Zaren den Krieg absichtlich in die Länge ziehe, um die Arbeiterklasse „*unter furchtbare Ketten*“ zu halten³. Sie verlangte „*die endgültige Beseitigung des autokratischen Regimes*“ und „*die vollständige Demokratisierung des Landes*“⁴. Daraufhin wurden Gvosdev und seine sozialistischen Weggefährten verhaftet und in die Peter-Paul-Festung gebracht⁵. Als einen Monat später die meuternden Soldaten das Gefängnis stürmten, marschierten die freigekommenen Anführer der Arbeitergruppe zum Taurischen Palais und gründeten im Gebäude den berüchtigten Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Zum Vorsitzenden wählten sie den Anführer der sozialistischen Dumafraktion, den Georgier Čcheidze⁶. Seine Stellvertreter wurden Kerenskij und der Menschewik Skobelev⁷.

Der Sowjet war kein repräsentatives Organ der Volksvertretung und überdies illegitim, da die russischen Gesetze eine solche Institution nicht vorsahen. Gleich nach ihrer Ankunft im Taurischen Palais am 27. Februar hielten die Sowjetgründer Wahlen ab und entsandten schon am Abend ihre Delegierten in die Duma⁸, wo sich schnell zeigte, daß sie einzig die Durchsetzung der eigenen Ansichten für demokratisch hielten. Sie betonten stets den „bürgerlichen“ Charakter der bisherigen Revolution. Ferner war der Sowjet innerlich so undemokratisch organisiert, daß er in einem Land mit parlamentarischer Erfahrung undenkbar gewesen wäre.

¹ Golder, F. (Hrsg.), *Documents of the Russian History*, S. 539f.

² Ausführlich zur Zentralen Arbeitsgruppe vgl. Spiridovič, A., *Velikaja revoluzija, 1914-1917g.g.*, Bd. 2., S. 177f., Pares, B., *The Fall of the Russian Monarchy*, S. 382, Ščeglovitov, P. (Hrsg.), *Padenije zarskogo režima*, Bd. 4., S. 15f.

³ Der volle Text in: Spiridovič, A., *Velikaja revoluzija, 1914-1917g.g.*, Bd. 3., S. 42f.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Golder, F. (Hrsg.), *Documents of the Russian History*, S. 291-292.

⁷ Ebd.

⁸ Hasegawa, T., *The February Revolution*, S. 312-429.

Schon die Wahlen in den Sowjet waren allen Regeln der Demokratie zuwider organisiert. Durch ihre ausschließliche Abhaltung in Kasernen und Großbetrieben der Hauptstadt wurden auch nur Soldaten und Arbeiter gewählt¹. Der Sowjet bestand aus dieser breiten Basisversammlung und aus einem vorgesetzten Exekutivkomitee (Ispolkom), das zwar nicht gewählt wurde, in dessen Händen sich aber die gesamte Entscheidungskraft des Sowjets befand. Die Versammlungen wurden wie in den Dorfgemeinden abgehalten. Es gab keine Tagesordnung und die Redner bestimmten die Thematik ihrer Mitteilungen selbst, was dazu führte, daß die Sitzungen gleich zu Beginn einen recht chaotischen Charakter annahmen. Suchanov, einer der Führer des Sowjets der ersten Revolutionswochen, beschreibt eine typische Sitzung folgendermaßen: „*Und was ist im Sowjet los?*“, fragte ich einmal jemanden, der von jenseits des Vorhanges kam. Jener machte eine resignierende Handbewegung: *„Eine Massenversammlung! Wer will, redet, und jeder redet, was er will“*². Die Versammlungen des Sowjets waren praktisch nur ein Forum für Volksredner, da ja nur das Exekutivkomitee Beschlüsse fassen durfte³. Das Exekutivkomitee war wiederum nicht repräsentativ für die Arbeiter und Soldaten, da seine Mitglieder weder von der Bevölkerung, noch von der Basisversammlung gewählt, sondern wie 1905 von den sozialistischen Parteien ernannt wurden⁴. Die Besetzung des Exekutivkomitees sah Sitze für jede sozialistische Partei vor; bürgerliche Parteien waren ausgeschlossen⁵. Die Mitglieder des Exekutivkomitees repräsentierten demnach lediglich ihre jeweiligen Parteiorganisationen und konnten jederzeit durch andere Mitglieder ihrer Partei ersetzt werden. Diese Rahmenbedingungen hatten zum Ergebnis, daß die Bolschewiki, obwohl sie niemals viele Stimmen auf sich vereinigen konnten, trotzdem überproportional zahlreich vertreten waren⁶.

Im Ispolkom war anfangs kein einziges Mitglied der Basisversammlung vertreten. Als die Deputierten des Sowjets das Exekutivkomitee baten, auch Arbeiter und Soldaten ins Ispolkom zu berufen, wurde ihnen das verweigert⁷. Für die Bauern hatten die sozialistischen Intellektuellen ebenfalls wenig Verständnis. Als Bauerndelegierte vor den Sowjet traten und um Aufnahme baten, wurde ihnen diese Bitte ausgeschlagen und sie organisierten sich in einem eigenen Sowjet⁸. Die radikalen Intellektuellen hatten ohnehin bezüglich der Gestaltung des Landes eigene Pläne, die sie nicht zur Disposition zu stellen gedachten. Suchanov gibt uns die Stimmung wieder, die bei den meisten Intellektuellen des Ispolkom in den ersten Tagen vorherrschend war: *„Die jetzige Situation war aber ganz anders. Jetzt war die Bauernschaft in die grauen Militärmäntel gekleidet. Das war der erste Punkt. Außerdem fühlte sie sich als Hauptheld der Revolution. Sie stand in der Provinz sowie in der konstituierenden Versammlung nicht abseits, sondern beugte sich hier mit dem vollen Gewicht ihrer*

¹ Zum Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten vgl. **Anweiler, O.**, *Rätebewegung in Rußland: 1905-1921*, Leiden 1958, **Tokarev, J.**, *Petersburgskij sowjet rabočich i soldatskich deputatov v marte-aprele 1917 g.*, Leningrad 1976, **Stankevič, V.**, *Vospominanija, 1914-1919 g.*, Berlin 1920 und **Suchanov, N.**, *1917: Tagebuch der russischen Revolution*, München 1967.

² **Suchanov, N.**, *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 98.

³ **Anweiler, O.**, *Rätebewegung in Rußland*, S. 127-136.

⁴ Ebd.

⁵ Im Laufe der Zeit wuchs das Exekutivkomitee ständig. Zur Erleichterung der Arbeit schuf man später das Büro des Exekutivkomitees, **Nalivajskij, B.**, *Petersburgskij s owjet rabočich i soldatskich deputatov: Protokoly zasedanij ispolnitelnogo komiteta i bjuro ispolnitelnogo komiteta*, Moskau - Leningrad 1925, S. 59f.

⁶ **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 500-511.

⁷ Erst später wurden Arbeiter und Soldaten in den Ispolkom zugelassen, jedoch waren sie bis zum Ende des Bestehens des Sowjets immer noch zu wenige, als daß sie zu irgendeinem Zeitpunkt tatsächlich über Einfluß verfügt hätten. Vgl. **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 212-213.

⁸ Ebd.

Masse und dazu noch mit dem Gewehr in der Hand über die Wiege der Revolution. Und sie erklärte: Ich bin der Herr nicht nur des Landes, nicht nur des russischen Staates, nicht nur der nächsten Periode der russischen Geschichte, ich bin der Herr der Revolution, die ohne mich nicht hätte vollzogen werden können. Das war völlig unangebracht und außerordentlich schädlich. Die Revolution hatte grundlegende, äußerst schwierige Aufgaben, denen die Bauernschaft wahrscheinlich nicht gewachsen war. Diese Aufgaben konnten nur dann erfolgreich bewältigt werden, wenn sie neutral blieb und sich nicht einmischte“¹. Von 3 000 Sowjetdeputierten waren 2 000 Soldaten und die restlichen 1 000 Arbeiter². Später wuchs ihre Zahl ständig. Der Sowjet wies bis zum Ende seines Bestehens ein folgenschweres Merkmal auf: Weder bürgerliche Schichten, noch die Bauernschaft, die 80% der Bevölkerung ausmachte, waren im Sowjet vertreten, so daß fast der gesamten Landbevölkerung ein Mitspracherecht in Fragen der Landesregierung verweigert war³.

Dagegen hatte die Provisorische Regierung am Anfang ihres Bestehens keine Legitimationsprobleme: Beide Romanovs hatten sie als Führungsmacht anerkannt. Letzte Zweifel hätte das unveröffentlichte Abschiedsmanifest des Zaren an seine Truppen zerstreuen können. Merkwürdigerweise suchten die Regierungsmitglieder aber ihre Machtbefugnisse nicht von ihren Vorgängen, dem Zar und dem Thronfolger abzuleiten, sondern glaubten, sie im Exekutivkomitee des Sowjets zu finden. Das ist doppelt bemerkenswert: Der Sowjet war in den ersten Tagen seines Bestehens bei weitem nicht so mächtig, wie er es später geworden ist. Auf irreguläre Weise zustande gekommen und von den Vertretern sozialistischer Parteien geführt, die niemand gewählt hatte, bildete das Exekutivkomitee ein Privatgremium, von dem sich allenfalls sagen läßt, daß seine Basis die Arbeiter und Soldaten der Hauptstadt vertrat. Seine Macht war ebenfalls mehr als fraglich: Die Stütze des Sowjets, die Reservisten der Petersburger Garnison, waren nach der Flucht ihrer Offiziere keine ernstzunehmende militärische Kraft. Dagegen waren die Regierungsmitglieder trotz des undemokratischen Dreistufenwahlrechts in die IV. Duma immerhin vom Volk gewählt und waren vor der Revolution in Rußland anerkannte politische Größen. Und dennoch machten die Dumapolitiker keine Anstalten, die Regierung zu übernehmen, sondern trafen noch am 1. März zu Verhandlungen mit dem Ispolkom über die Grundlagen der künftigen Zusammenarbeit zusammen.

In ihren Memoiren behaupten zahlreiche Minister der ersten Provisorischen Regierung, daß sie sich ausschließlich durch das Exekutivkomitee zu legitimieren versuchten, „um die demokratischen Kräfte zu bündeln“⁴. Diese Behauptung ist abwegig. Plausibler klingt die Annahme, daß sie sich an den Ispolkom wandten, um einen Teil der Verantwortung auf die Schultern der sozialistischen Intelligenzija abzuladen⁵.

Die gemeinsame Beratung in der Nacht zum 2. März wurde zur Grundlage der sog. Doppelherrschaft⁶. Für die Duma führte Miljukov die Verhandlungen, das Ispolkom hatte eine Mehrparteiendelegation unter der

¹ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 205.

² Šljapnikov, A., *Semnadzatyj god*, Bd. 3., S. 167f.

³ Anweiler, O., *Rätebewegung in Rußland*, S. 147-151.

⁴ Ausführlich über die Problematik der „Doppelherrschaft“ vgl. Kerenskij, A., *Die Kerenski Memoiren*, S. 241-269.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Jakovlev, J.(Hrsg.), *Petrogradskij S owjet Rabočich i Soldatskich Deputatov. Protokoly zasedanij Ispolnitelnogo Komiteta i Bjuro I. K.*, Moskau 1925, S. 26f., Miljukov, P., *Vospominanija 1859-1917*, Bd. 2., S. 307f., Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 125-135.

Leitung Čcheidzes bevollmächtigt¹. Beide Seiten vereinbarten, die Staatsgewalt zu teilen: Die Provisorische Regierung erhielt die exekutive Gewalt bis zu den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung, das Ispolkom sollte als „demokratisches Kontrollorgan“ die Tätigkeit der Regierung überwachen². Man einigte sich auf ein Achtpunkteprogramm zur Regelung der Regierungsarbeit, das bei Regierungsantritt auch veröffentlicht wurde. Somit hatte die Regierungserklärung die Gestalt eines Koalitionsvertrags³. Später beschuldigten die Liberalen das Exekutivkomitee der Sabotage der Landesregierung, womit den politischen Extremisten der Weg freigemacht worden sei. Diese Aussage ist nur bedingt richtig. Schon an dem Abend, an dem der „Vertrag“ ausgehandelt wurde, fiel Suchanov auf, daß Miljukov als „Unterhändler der Bourgeoisie“ bereitwillig alle Vorschläge des Ispolkom annahm⁴. Aber die wichtigsten Forderungen der sozialistischen Intelligenzija waren ja dieselben, die Miljukov und die Kadetten 1905 an Stolypin gestellt hatten⁵. Damals hatte Stolypin die Vorschläge als Unsinn abgetan. Den Politikern aber, die nun an die Macht gekommen waren, war jedes staatliche Denken abhanden gekommen. Sie waren bereit, dem Land jede Prüfung aufzuerlegen, die ihnen ihre theoretischen Überlegungen eingaben. Für Miljukov waren alle Forderungen des Ispolkom *„nicht nur ganz annehmbar, sondern entstammten den eigenen Anschauungen der neugebildeten Regierung über ihre Aufgabe“*⁶.

Die Weigerung der Dumapolitiker, „den Zaren zu beerben“, hatte Auswirkungen für die Regierung. Zum einen bedeutete die Mißachtung des Legitimitätsprinzips, daß die Macht demjenigen gehörte, der sich durchzusetzen vermochte. Als Miljukov nach der Machtübernahme immer wieder mit der Frage konfrontiert wurde, wer denn eigentlich die Provisorische Regierung gewählt habe, gab er die Antwort: *„Uns hat die russische Revolution gewählt“*⁷. Dieser Logik nach war auch ein Lenin berechtigt, die Macht für seine Partei zu beanspruchen, ohne auf die Ergebnisse verschiedener Volksabstimmungen achten zu müssen. Zum anderen hat die Provisorische Regierung ihr politisches Schicksal mit einer Organisation verbunden, die im Grunde die Macht für sich beanspruchte; es bestand wenig Aussicht, daß sie der rechtmäßigen Regierung helfen würde, ihre Macht zu konsolidieren. *„So verdankte die demokratische Regierung Rußlands vom ersten Augenblick ihres Bestehens an ihre Legitimität dem Wohlwollen eines Gremiums aus radikalen Intellektuellen, die sich das Recht angemafßt hatten, im Namen der Demokratie zu sprechen, und war auch in ihrer Tätigkeit auf deren wohlwollende Duldung angewiesen“*⁸.

Die Minister erinnerten in den ersten Regierungsmonaten an Zugführer, die einen außer Kontrolle geratenen Zug dadurch zu beherrschen suchten, daß sie die Bremsen abmontierten⁹. Keine Revolution war für den Staat so zerstörerisch und richtete solchen administrativen Schaden an, wie die Februarrevolution. Die französische Revolution von 1789 hat in ihrer Anfangsphase vieles in der Verwaltung durcheinander gebracht, als sie

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 125-135.

⁵ Kryžanovskij, S., *Vospominanija*, S. 124.

⁶ Miljukov, P., *Geschichte der zweiten russischen Revolution*, S. 55.

⁷ Miljukov, P., *Geschichte der zweiten russischen Revolution*, S. 60.

⁸ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 1., S. 515.

⁹ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 267.

beispielsweise die Intendanten entließ und dadurch die Hauptstadt der Kontrolle über die Provinzen beraubte¹. Jedoch waren die Auswirkungen in Frankreich bei weitem nicht so gravierend wie im Russischen Reich. Die französischen Revolutionäre handelten in Friedenszeiten in einem Nationalstaat, während die Regierungserklärung in Rußland mitten im Krieg in ein Reich platzte, dessen Bevölkerung zur Hälfte gar nicht russisch war. In den ersten Wochen nach ihrer Machtübernahme erließ die Provisorische Regierung zahlreiche Gesetze, die in Rußland alle erdenklichen Freiheiten verkündeten, einschließlich das des Streiks; mit keiner Silbe wurden Pflichten erwähnt, die zumindest für die Dauer des Krieges gegolten hätten. Alle gesetzlichen Einschränkungen wurden abgeschafft, Rechte auf uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsfreiheit eingeführt bzw. ausgedehnt. Die Umsetzung der Bestimmungen der Regierungserklärung erwies sich als verhängnisvoll. Wie in der Regierungserklärung versprochen (Art. 6), setzten die Dumapolitiker bereits am 5. April alle Gouverneure des Riesenreiches ab und lösten auch ihre Kanzleien auf. Mit einem einzigen Federstrich war der gesamte Verwaltungsapparat abgeschafft², womit über Nacht ein Machtvakuum in den Provinzen entstand. An die Stelle der Gouverneure sollten die Landtage treten, waren dem jedoch nicht gewachsen. Im Zarenreich waren sie nie an der Verwaltung beteiligt gewesen und versagten nun vollständig, zum einen weil sie inkompetent waren, zum anderen weil sie die Bevölkerung gar nicht anerkannte. In dieser Lage war die Verwirklichung des Artikels 5 nicht minder zerstörerisch: Den von den meuternden Soldaten zerschlagenen Polizeiapparat hätte man in der Hauptstadt aufgrund vieler qualifizierter Fachleute wieder aufbauen können, um so mehr, als in den Provinzen nicht nur die Polizei, sondern auch die berüchtigte Ochrana unversehrt geblieben war³. Da gemäß Regierungsprogramm das Polizeidepartement und die Gendarmerie aufgelöst wurden, standen zwei Wochen später der Regierung keine Polizeitruppen mehr zur Verfügung. Die bewaffneten Milizen, die nach dem Dafürhalten der Dumapolitiker die Polizei zu ersetzen hatte, genossen bei der Bevölkerung keine Autorität und niemand wollte in ihren Reihen dienen. Soweit sie dennoch gebildet wurden, führten sie in der Regel ein karges Dasein. Laut Nabokov wurden sie in einigen Fällen sogar von Kriminellen übernommen⁴. Die kleinste regierungsfeindliche Kundgebung drohte zu einer Machtprobe auszuarten, insbesondere in der Hauptstadt. Was es bedeutete, ohne einen einzigen Polizisten zu sein, sollte sich bereits einen Monat später in aller Deutlichkeit zeigen, als es dem gerade zurückgekehrten Lenin beinahe gelang, die Regierung auf Antrieb zu stürzen. Artikel 7 der Regierungserklärung sorgte für die Beibehaltung einer permanenten „revolutionären Situation“ durch das Verbleiben der 160 000 Mann starken Petersburger Garnison in der Hauptstadt, um die „revolutionären Errungenschaften“ gegen die „Konterrevolution“ zu verteidigen. Da sie über keinerlei Einfluß unter den zersetzten Reservisten verfügte, schuf die Provisorische Regierung eine bedrohliche Miliz, die sich jederzeit gegen sie selbst richten konnte. Die revolutionäre Regierung löste den Staat auf, noch ehe eigene demokratische Institutionen eingeführt waren.

Die Provisorische Regierung hatte bei Regierungsantritt „*nicht beabsichtigt, militärische Umstände zu einer Verzögerung der oben skizzieren Reformen und Maßnahmen auszunützen*“; wäre sie weniger unerfahren gewesen, hätte sie nicht versucht, ihre Ideen wörtlich umzusetzen, sondern sie den politischen Gegebenheiten des Landes angepaßt. Aber sie sah in der Demokratie kein Ziel, das geduldig Schritt für Schritt erarbeitet werden

¹ Godechot, J., *Les Institutions de la France sous la Révolution et l'Empire*, Paris 1951, S. 89-91.

² Chamberlin, H., *The Russian Revolution 1917-1921*, Bd. 1., S. 100-119.

³ Ebd.

⁴ Medlin, V., Parsons S. (Hrsg.), *V. Nabokov and the Russian Provisional Government*, S. 83.

mußte, sondern eine bereits vorhandene Realität, die lediglich von den „*finsternen Mächten des alten Regimes*“ an ihrer Entfaltung gehindert wurde. Daß das an den Rand äußerster Erschöpfung gelangte Land einer übermäßigen Demokratisierung nicht standhalten würde, hatte sie nicht vorhergesehen. Sie begann, alle erdenklichen bürgerlichen Rechte ohne jegliche Einschränkungen in die Tat umzusetzen. Freilich konnte eine demokratisch gesinnte Regierung den politischen Gegnern des alten Regimes unmöglich eine Amnestie vorenthalten (Art. 1), geschweige denn fundamentale Bürgerrechte wie Presse- oder Meinungsfreiheit verbieten. Jedoch hatte es Pressefreiheit auch im von „*finsternen Mächten*“ beherrschten Regime gegeben. Im russischen Reich wurden seit 1915 die verschiedensten politischen Meinungen bis hin zur radikalen Regierungskritik veröffentlicht. Eine Erweiterung hätte mit der objektiven Berichterstattung auch die Pressefreiheit verfehlt und ihren Mißbrauch zu Propagandazwecken legalisiert. Unter dem Zaren hatte es nicht nur bürgerliche Grundrechte gegeben, sie waren auch ziemlich gut ausgebaut. Rußland besaß eines der fortschrittlichsten Gerichtswesen weltweit und unterhielt - wie 1905 versprochen - alle Organe der Volksvertretung, einschließlich der Oppositionsparteien. Verbliebene ethnisch oder konfessionell bedingte rechtliche Beschränkungen wurden mit Kriegsausbruch de facto aufgehoben. Versammlungsfreiheit und Streiks waren zwar eingeschränkt, aber letztere fanden trotzdem statt. Die traditionsreichen Demokratien in Europa und die USA hatten Versammlungen im Krieg schlicht untersagt. Aber die uneingeschränkte „*Freiheit der Rede, der Presse und des Zusammenschlusses, der Versammlungen, Streiks und Ausdehnung der politischen Freiheiten auf Personen, die im Militärdienst stehen*“ (Art. 2) garantierte weniger die Grundrechte, als vielmehr ein Forum für die verschiedenen Extremisten. Ebenso abgeschafft wurde die Todesstrafe, selbst für solche Delikte wie Sabotage, Landesverrat oder Mord, und zwar nicht nur für die Zivilbevölkerung, sondern auch für die Militärangehörigen in der Etappe und selbst an der Front¹.

Die erlassene Generalamnestie spielte eine denkbar zerstörerische Rolle. Unter den vielen tausend Verbannten und Gefangenen befanden sich nur noch wenige ideologische Gegner des Regimes. Die meisten Amnestierten waren einfache Kriminelle. Zeitgenossen stellten fest, daß die Meutereien nach der Erstürmung der Gefängnisse auf einmal beträchtlich gewaltsamer geworden waren². Die Provisorische Regierung zog daraus aber keine Lehren und entließ trotzdem per Gesetz alle Insassen der russischen Gefängnisse. Einer davon war Joseph Dschugaschwili, der aus seiner Verbannung aus dem Sibirischen Truchansk die Reise nach Petersburg antrat und später unter seinem Decknamen Stalin berühmt wurde. Die Generalamnestie war wahrscheinlich der einzige Punkt, der konsequent durchgeführt wurde. Den Extremisten und Staatsfeinden aller erdenklichen Ausrichtungen wurde nicht nur gestattet, nach Rußland zurückzukehren, sondern deren Rückreise sogar unterstützt. Sie reisten auf Kosten der Regierung, deren Sturz sie anstrebten. Als Leo Trotzki aus New York die Heimreise antrat, half ihm die Provisorische Regierung dabei. Die Briten, die von Trotzkijs Absichten bestens unterrichtet waren, nahmen ihn im kanadischen Halifax fest, mußten ihn jedoch auf offizielles Ersuchen Miljukovs freilassen³. Bezeichnend verlief auch die Rückkehr des Politikers, der dafür sorgte, daß die Provisorische Regierung auch nur ein Provisorium blieb. Lenin erhielt eine Einreiseerlaubnis, obwohl er durch das Territorium des Deutschen Reiches fuhr. Sie

¹ Chamberlain, W., *The russian Revolution*, Bd.1., S. 100f.

² Martynov, E., *Zarskaja armija v fevral'skom perevorote*, S. 101f.

³ Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 71.

protestierte auch nicht, als der Ispolkom bei Lenins Ankunft eine riesige Begrüßungsfeier im Bahnhof organisierte, die aus den Geldern des jungen russischen demokratischen Staates bezahlt wurde¹.

Trotz des ausgehandelten „Koalitionsvertrags“ dachten die radikalen Intellektuellen des Ispolkom nicht im entferntesten daran, ihre Versprechen einzulösen. Sie hatten den Verbleib der Petersburger Garnison für die Dauer des Krieges in der Hauptstadt erreicht und erfreuten sich der Unterstützung der Soldaten, denen die Perspektive, die Revolution zu verteidigen, weit verlockender erschien, als in Schützengräben ihr Leben täglich einzusetzen. Die Provisorische Regierung hatte infolge ihrer Tätigkeit jede reelle Macht in der Hauptstadt verloren. Sie hatte den alten Verwaltungsapparat aufgelöst, noch ehe ihr der eigene zur Verfügung stand. Die Unterstützungsversprechen des Ispolkom waren nur Lippenbekenntnisse; die sozialistischen Intellektuellen hatten eigene politische Pläne und hielten in der Öffentlichkeit Reden, welche die Regierung demütigten und ihr Ansehen in den Augen der Bevölkerung herabsetzten. Dabei war die Bevölkerung seit Jahrhunderten gewohnt, der Obrigkeit mit Respekt zu begegnen. Ein gutes Beispiel dafür, wie die Minister mit sich verfahren ließen, gibt die Rede des Vorsitzenden des Ispolkom Čcheidze wieder, mit der er einer Demonstration begegnete, die mit Transparenten die Provisorische Regierung begrüßte: *„Ich sehe auf ihren Transparenten die Worte ‚Wir grüßen die Provisorische Regierung‘, doch es kann ihnen nicht verborgen geblieben sein, daß viele Mitglieder dieser Regierung am Vorabend der Revolution geschwankt und kein Vertrauen zu ihr gehabt haben. Sie grüßen aber diese Leute. Offenbar sind sie überzeugt, daß sie die neue Fahne hochhalten wird. Wenn das so ist, dann bleiben sie bei ihrem Glauben. Wir werden sie aber nur so lange unterstützen, wie sie sich an die demokratischen Grundsätze hält. Wir wissen jedoch, daß unsere Regierung nicht demokratisch, sondern bürgerlich ist. Achten sie lieber wachsam darauf, was sie tut. Wir werden nur die Regierungsmaßnahmen unterstützen, die zum Gemeinwohl beitragen, doch alles andere werden wir entlarven, denn es geht um Rußland“*². Da solchen Auftritten seitens der Regierung aus Berücksichtigung der Redefreiheit nicht begegnet wurde, leisteten sich die Anführer des Sowjets zunehmend mehr Entgleisungen. Der Menschewik Zereteli erklärte öffentlich, die Provisorische Regierung verdanke ihre Existenz der Vereinbarung mit dem Sowjet³. Ein weiteres Mitglied des Ispolkom, der Sozialrevolutionär Stankevič, prahlte öffentlich, der Sowjet habe die Macht, die Provisorische Regierung innerhalb von 15 Minuten aufzulösen⁴.

Die Apologeten der Doppelherrschaft haben später behauptet, die Mitglieder des Ispolkom seien die wichtigste und loyalste Stütze der Regierung gewesen und hätten alles getan, um die Regierung zu unterstützen. Theoretisch fungierte das Kabinett unter der Doppelherrschaft als vereinigte Exekutive und Legislative. Der Sowjet, genauer gesagt, das Ispolkom, hatte aber in beiden ein Vetorecht. Beide sollten den gesellschaftlichen Status Quo in Rußland erhalten, bis die verfassunggebende Versammlung zusammentrat und über das weitere Schicksal Rußlands bestimmte⁶. Diese Vereinbarung war sozusagen das Kernstück des Abkommens vom 2. März. Die Führung des Petersburger Sowjets war in Sachen Revolution gut bewandert und wußte, daß

¹ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 177-183.

² Zitiert bei Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, 6 Bde., Moskau 1923-1930, Bd. 1, S. 114f.

³ Zapanko, M., *Vserossijskoje soveščnije Sowjetov Rabočich i Soldatskich Deputatov: Stenografičeskij otčet*, Moskau - Leningrad 1927, S. 38.

⁴ Zereteli, I., *Vospominanija o Fevral'skoj Revoluziji*, 2 Bde., Paris 1961-1963, Bd. 1, S. 97.

⁵ Zereteli, I., *Vospominanija*, Bd. 1., S. 107f., Kerenskij, A., *Die Kerenski Memoiren*, S. 241-262.

⁶ Miljukov, P., *Vospominanija 1859-1917*, Bd. 2., S. 307f., Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 125-135.

Konterrevolutionen zumeist von den Streitkräften, vor allem vom Offizierskorps ausgingen¹. Um die „bourgeoise“ Regierung der Möglichkeit zu berauben, russische Militärs für ihre eigenen Zwecke einzuspannen, begannen sie einen Machtkampf um den Einfluß in den Streitkräften und erließen dabei auch eigene Gesetze. Am 1. März verlangte das Ispolkom, daß dem folgenden Aufruf an die Truppen Gesetzeskraft verliehen werde:

„Befehl Nr. 1 des Rates der Arbeiter und Soldatendeputierten vom 1 März 1917:

An die Garnisonen des Petersburger Militärbezirks. Allen Soldaten der Garde, der Armee, der Artillerie und der Flotte zur unverzüglichen und genauen Ausführung, den Arbeitern Petersburgs zur Kenntnisnahme. Der Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat beschlossen:

1. In allen Kompanien, Bataillonen, Regimenten, Batterien, Eskadronen, in allen einzelnen Stellen der verschiedenen militärischen Verwaltungen sowie auf den Schiffen der Kriegsflotte sind unverzüglich Komitees aus gewählten Vertretern der Mannschaften der oben aufgezählten Truppenteile zu wählen.

2. Alle Truppeneinheiten, die ihre Vertreter in den Rat der Arbeiterdelegierten noch nicht gewählt haben, sollen für jede Kompanie einen Vertreter wählen. Diese Vertreter haben mit einer schriftlichen Bestätigung am 2. März um 10 Uhr morgens im Dumagebäude zu erscheinen.

3. In allen politischen Angelegenheiten untersteht jeder Truppenteil dem Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten und seinen Komitees.

4. Die Befehle der militärischen Kommission der Staatsduma sind nur in den Fällen auszuführen, wenn sie zu den Befehlen und Beschlüssen des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten nicht in Widerspruch stehen.

5. Alle Arten von Waffen, wie Gewehre, Maschinengewehre, Panzerautos usw. müssen sich in den Händen und unter Kontrolle des Kompanie- und Bataillonskomitees befinden und dürfen unter keinen Umständen den Offizieren ausgeliefert werden, auch wenn diese es verlangen.

6. Bei Ausübung ihres Dienstes müssen die Soldaten die strengste militärische Disziplin einhalten, aber außerhalb des Dienstes dürfen die Soldaten in ihrem politischen, bürgerlichen und privaten Leben in denjenigen Rechten keineswegs beeinträchtigt werden, die alle übrigen Bürger genießen. Der militärische Gruß außerhalb des Dienstes wird abgeschafft.

7. Ebenso wird das Titulieren der Offiziere: Exzellenz, Wohlgeboren usw. abgeschafft und wird durch Wendungen wie Herr General, Herr Oberst usw. ersetzt. Grobes Verhalten, unter anderem das Duzen der Soldaten, wird verboten. Von jeder Übertretung dieser Ordnung sowie über alle Mißverständnisse zwischen Offizieren und Soldaten sind letztere verpflichtet, ihre Kompaniekomitees in Kenntnis zu setzen“².

Nach einer der Legenden der Februarrevolution wurde dieser Befehl von einer Meute Soldaten und Matrosen geschrieben, als die Minister der Provisorischen Regierung deren Beschwerden nicht ernst genug nahmen³. Wie die Erfahrungen der Revolution von 1905 zeigten, stellten die Soldaten in der Regel Forderungen, die eng mit ihrem militärischen Alltag verknüpft waren und nur an zweiter Stelle politische

¹ Die wichtigsten Bestimmungen des Befehls Nr. 1 entstanden im Exekutivkomitee des Rates, vgl. Šljapnikov, A., *Semnadzatj God*, Bd. 1., S. 173f.

² Spannocchi, L., *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 58-59.

³ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 122f.

Forderungen, die ihnen zumeist von den radikalen Gegnern des Regimes diktiert wurden¹. Befehl Nr. 1 spiegelt nicht die Beschwerden der Frontsoldaten wieder, sondern vielmehr die Bestrebungen der radikalen Intellektuellen, mit denen die Frontsoldaten noch keinen Kontakt hatten. Von den sieben Artikeln des Befehls Nr. 1 sind lediglich die beiden letzten dem militärischen Alltag gewidmet, die übrigen behandeln die Rolle der Streitkräfte unter dem neuen Regime und sind geradezu zersetzend. Art. 1 verfügte die Bildung von Körperschaften, die jeder militärischen Organisation fremd sind, da sie das einheitliche Armeekommando in Frage stellen. Art. 3 unterstellte die Truppen der politischen Kontrolle des Sowjets. Art. 5 entzog den Offizieren die Kontrolle über militärisches Gerät und entwaffnete sie durch deren Übergabe an die Komitees. Art. 4 verordnete, daß die Befehle der militärischen Kommission der Staatsduma nur dann auszuführen waren, wenn sie den Beschlüssen des Sowjets entsprachen. Die Konsequenzen des Befehls für die vom Krieg erschöpfte Armee müssen klar gewesen sein. Wer wird schon geglaubt haben, daß dieses ungewöhnliche Dokument lediglich den Beschwerden der Soldaten Rechnung zu tragen suchte? Die beabsichtigte Wirkung des Befehls Nr. 1 war, die Autorität der Regierung und des Offizierskorps gegenüber den Armeeingehörigen der niederen Ränge zu untergraben. Mit der Bildung von parallelen militärischen Gewalten zur militärischen Hierarchie bezweckten sie, die Soldaten dem Einfluß ihrer Offiziere zu entziehen und so die Macht über die Armee mit ihren 9 Mio. Mann zu gewinnen.

Bereits eine Woche nach der Machtübernahme bewahrheiten sich die Ahnungen des Zaren, der Aleksejev und Russkij gegenüber geäußert hatte, daß die Politiker des Fortschrittblocks keine Wurzeln im Volke hätten und aller Wahrscheinlichkeit nach in ihren Bemühungen, die Ordnung wiederherzustellen, scheitern würden². Der Literaturkritiker Belinskij schrieb Zeilen, welche die damaligen Ängste vor den anarchistischen Zügen der Revolution in Rußland widerspiegeln: *„Unser Volk versteht Freiheit als Wolja, und Wolja heißt, sich gehen zu lassen. Die befreite russische Nation würde sich nicht auf den Weg ins Parlament machen, sondern in die Schenke laufen, um Schnaps zu trinken, Gläser zu zerschlagen und die Adligen zu hängen, die sich den Bart rasieren und einen Frack statt des Bauernkittels tragen“*³. Ähnlich wie in den Tagen der Perestrojka ging die Demokratisierung Hand in Hand mit fortschreitender Anarchie und dem Zusammenbruch des Staates. Rosanov, der den Kriegsausbruch 1914 mit Begeisterung zur Kenntnis genommen hatte, schildert gut, was nach dem Zusammenbruch der Monarchie in Rußland innerhalb kürzester Zeit geschah: *„Rußland welkte in zwei Tagen dahin. Bestenfalls in drei. Nicht einmal die Zeitung „Novoje Vremja“ hätte man so schnell stilllegen können, wie Rußland seinen Betrieb stilllegte. Es ist schon erstaunlich, wie es plötzlich als ganzes auseinanderfiel und bis in die kleinsten Teile in die Brüche ging. Wahrhaftig, eine solche Umwälzung hatte es noch nirgendwo gegeben, nicht einmal bei der Völkerwanderung ... Es gab plötzlich kein Reich mehr, keine Kirche, keine Armee, keine Arbeiterklasse. Was blieb eigentlich übrig? So seltsam es klingt: Buchstäblich nichts. Nur ein niederes Volk blieb übrig“*⁴.

¹ Vgl. **Bushnell, J.**, *Mutiny amid Repression*, S. 115, **Denikin, A.**, *Put ruskogo ofizera*, S. 237f., **Wildman, A.**, *The End of the Russian Imperial Army*, S.48f., **Konovalov, V.**, *Revoluzionnoje dviženije v russkoj armiji v gody pervoj russkoj revoliuziji*, Moskau 1955, S. 48-67.

² **Vilčkovskij, S.**, in: *Russkaja Letopis*, Nr. 3., S. 169f.

³ Brief an D. Ivanov vom 7. August 1837, in: **Belinskij, V.**, *Pisma*, Bd. 1., St. Petersburg 1914, S. 92f.

⁴ **Rosanov, V.**, *Apokalypsis našego vermeni*, S. 6.

Vom 23. bis zum 28. Februar beschränkte sich die revolutionäre Krise ausschließlich auf die Hauptstadt. Rußland ging seinen Alltagsgeschäften nach, als hätte es gar nicht bemerkt, daß sich etwas ganz Ungewöhnliches ereignet hatte. Zuerst reagierte Moskau auf die Ereignisse mit ersten Demonstrationen¹. Sie waren nicht besonders stark und erst am 1. März, als sich der Sieg der Revolution in der Hauptstadt abzeichnete, gelang es den unzufriedenen Elementen in Moskau, die Oppositionsbewegung zu organisieren und einen Sowjet zu gründen. Im übrigen Land blieb die Lage weiterhin ruhig. In manchen Provinzstädten wie Rostov veröffentlichten Zeitungen sogar, daß es der Monarchie gelungen wäre, mit Hilfe der Fronttruppen die Massenunruhen in der Hauptstadt zu unterdrücken². Erst nach dem Abdankungsmanifest des Zaren begannen die russischen Städte, die Machtübernahme durch die Provisorische Regierung anzuerkennen. Die Revolution verbreitete sich „*durch den Telegraphen*“³. Das Land hatte sich über Jahrhunderte hinweg der Hauptstadt bedingungslos untergeordnet. Mit der Formulierung kommunistischer Geschichtsschreibung „*Das Volk schloß sich in allen Städten der Revolution an*“ sind Feierlichkeiten gemeint, welche die Städte veranstalteten, um ihre Loyalität der neuen Regierung zuzusichern. Gewalttätigkeiten oder Massenausschreitungen fanden nirgendwo statt. Die Gouverneure beeilten sich, die neue Regierung anzuerkennen und beteiligten sich bereitwillig an den Feierlichkeiten. Ein großer Teil der zaristischen Bürokratie hatte vor der Revolution ohnehin die Machtbeteiligung der Dumapolitiker befürwortet, andere hofften, ihre Posten zu behalten⁴. Wie sehr die Februarrevolution ein Phänomen der Hauptstadt war, zeigt die Tatsache, daß viele Dörfer erst Ende März davon erfuhren, als das Ende der russischen Weglosigkeit den Dorfbewohnern wieder Zugang zu den Großstädten verschaffte.

Entgegen der verbreiteten Legende vom Haß des Volkes auf den Zaren bezeugen viele zeitgenössische Quellen das Gegenteil. In den ersten Tagen der Revolution herrschte im Volk eine Stimmung, die man als allgemeine Verwirrung bezeichnen könnte. Selbst der mit der Opposition sympathisierende französische Botschafter Paléologue vermerkte über die meuternden Soldaten der Petersburger Garnison: *”Der Anblick ist überall derselbe; ernstes, andächtiges Publikum, das traurige und erstaunte Blicke wechselt. Einige Soldaten sehen ganz verwirrt und verstört drein; manchen stehen die hellen Tränen in den Augen. Indessen: Auch unter denen, die am ergriffensten scheinen, sehe ich keinen, der sich nicht mit einer roten Kokarde oder einer roten Armbinde geschmückt hätte. Sie haben alle an der Revolution mitgearbeitet, sie alle haben sich ihr angeschlossen. Sie beweinen aber nicht desto weniger ihr Väterchen, den Zaren“*⁶. Auf die Westeuropäer machte das Antlitz der ersten russischen Demokratie in Petersburg einen ziemlich deprimierenden Eindruck: *”Mit der unbezwinglichen Macht einer Äquinoktialflut steigt die Anarchie an und breitet sich aus ... Die Vorstädte haben jede Macht über ihre Verwaltungsleute eingebüßt, die im übrigen fast ihre ganze Zeit damit verbringen, in den Räten das große Wort zu führen oder in den Straßen Kundgebungen zu veranstalten. Natürlich nimmt die Lebensmittelkrise nicht ab, wenn sie nicht noch schlimmer wird. Und dabei befinden sich*

¹ Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 1, S. 30-52.

² Oldenburg, S., *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 634.

³ Chamberlin, W., *Die russische Revolution 1917-1921*, Bd. 1., S. 95f.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Paléologue, M., *Im Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 2., S. 413.

im Bahnhof von Petersburg 4 000 mit Mehl beladene Waggons. Aber die Fuhrleute verweigern die Arbeit. Da veröffentlicht der Rat einen beredten Aufruf: Kameraden Fuhrleute! Ahmt doch nicht die Gemeinheit des früheren Regimes nach! Laßt Eure Brüder nicht Hungers sterben! Ladet die Waggons ab! Die Kameraden Fuhrleute antworten einstimmig: Wir werden die Waggons nicht abladen, weil wir keine Lust dazu haben. Wir sind frei! Wenn es dann den Kameraden Fuhrleuten beliebt, das Mehl abzuladen, sind es die Bäcker, die die Arbeit verweigern. Da veröffentlicht der Rat wieder einen beredeten Aufruf: Kameraden Bäcker! Ahmt doch nicht die Gemeinheit des früheren Regimes nach! Laßt Eure Brüder nicht Hungers sterben! Backt doch das Brot! Die Kameraden Bäcker antworten einstimmig: Wir werden kein Brot backen, weil wir keine Lust dazu haben. Wir sind frei! In den Straßen weigern sich die Izwoschtschiks, rechts zu fahren, weil sie frei sind. Aber da es zwischen ihnen noch zu keiner Übereinstimmung gekommen ist, erfolgen unaufhörlich Zusammenstöße. Die Polizei, welche das hauptsächlichste, wenn nicht das einzige Gerüst des Landes war, ist nirgends mehr vorhanden; die Rote Garde, eine Art städtischer Miliz, die in einigen großen Städten gebildet wurde, ist nichts als eine zusammengewürfelte Horde von Entgleisten und Apachen. Und da alle Gefängnisse geöffnet wurden, ist es ein wahres Wunder, daß man nicht noch mehr Gewalttaten gegen die Menschen und ihr Hab und Gut meldet ... Eines der merkwürdigsten Anzeichen der allgemeinen Verwirrung ist die Haltung der Räte und ihrer Anhängerschaft den Kriegsgefangenen gegenüber. In Schlüsselburg läßt man die deutschen Gefangenen in der Stadt frei herumziehen. Fünf Werst hinter der Front hat einer meiner Offiziere ganze Scharen von deutschen und österreichischen Gefangenen gesehen, die in Freiheit spazierengingen. Schließlich, was noch schöner ist, hat man ein Meeting aller deutschen, österreichisch-ungarischen und türkischen Gefangenen aus der Umgebung gefordert und erreicht, daß man ihnen gegenüber den Achtsturentag zur Anwendung bringe!“¹. Baron Wrangel und Knox vermerkten ebenfalls, daß der Demokratisierung der Hauptstadt die Arbeitsverweigerung der Bevölkerung folgte. „Ich sah Petersburg sehr belebt“, schrieb Wrangel im März über seine Eindrücke von Petersburg, „Die Straßen waren vom Morgen bis in die Nacht hinein mit Menschen gefüllt. Nirgendwo wurde gearbeitet. Die Anzahl roter Fahnen hatte im Vergleich zu den ersten Tagen der Revolution merklich abgenommen, dafür stach die überall permanent anwachsende Unordnung der herumlungernenden Soldaten in die Augen, die Passanten schubsten: Zigarette im Mund, Hände in den Taschen, Militärmäntel aufgeknöpft. Die Taschen der Mäntel waren voll mit Sonnenblumenkernen. Ähnlich war auch das Erscheinungsbild der Arbeiter. Das Spucken von Sonnenblumenkernschalen war zweifellos eine der wichtigsten Beschäftigungen des revolutionären Volkes in Rußland seit dem Sturz des Monarchen. Da seit der Verkündung der „Freiheit“ durch die neue Regierung niemand die Straßen gekehrt hatte, befand sich die ganze Stadt unter einer dicken Schmutzschicht“². Knox konstatierte, daß im ersten Monat der Freiheit „die wichtigste Bestrebung aller war, möglichst wenig zu arbeiten ... Der Sowjet tagte immer noch im Taurischen Palais, jedoch wurde die Menschenmenge dort immer kleiner. Die Demonstranten waren selbst zum demonstrieren zu faul. Der Dreck in den Räumen und in den Passagen wuchs von Tag zu Tag. Die Straßenkehrer demonstrierten für ihre neue Freiheit, indem sie die ersten Tage an den Wänden gelehnt verbrachten. Wochen danach saßen sie auf Stühlen oder lagen auf dem Boden ... Überall in der Stadt pausenlos Versammlungen. Die Russen erfanden in den letzten Wochen ein neues Wort: „Mitingovat“, was soviel wie „Versammlungen abhalten“ bedeutet. Wenn

¹ Paléologue, M., *Im Zarenhof während des Weltkrieges*, Bd. 2., S. 484.

² Wrangel, P., *Zapiski*, S. 196.

jemand seinen Freund in diesen Tagen fragte, was dieser gerade vorhabe, die Antwort lautete mit größter Wahrscheinlichkeit: Ich werde ein wenig „mitingieren“ ... Mit Sicherheit gibt es kein anderes kriegführendes Land, wo die feindlichen Kriegsgefangenen für bessere Entlohnung und Verpflegung streiken ... Neulich war Petersburg Zeuge einer Demonstration von Kindern, die auf ihren Transparenten Sprüche wie „Nieder mit dem Joch der Eltern“ angebracht hatten“¹.

Der Sieg der Revolution in Petersburg und die Anerkennung der Macht der Provisorischen Regierung in den anderen Zentren Rußlands hatte zur Folge, daß die Zustände der Hauptstadt auch auf die anderen Städte übersprangen. Die traditionell apolitische Bevölkerung Rußlands zeigte in den ersten Revolutionswochen nicht die Bestrebung, die politischen „Errungenschaften der Revolution“ zu verwirklichen, sondern konzentrierte sich fast ausschließlich auf die Verbesserung des eigenen Wohlstands. Zuerst ergriff die Bewegung die Arbeiter der russischen Industriebetriebe, die von den Sozialisten im Ispolkom gemäß Marxistischer Gesellschaftstheorie als wichtigste Gesellschaftsklasse bezeichnet wurden. Die Arbeiter beantworteten die Aufrufe des Ispolkom deshalb mit großem Enthusiasmus, gründeten überall ihre Komitees und bekundeten dem Ispolkom ihre Unterstützung. Die Arbeiterkomitees übernahmen vielerorts die Leitung ihrer Betriebe und erließen Verordnungen, die für das Produktionsvolumen gravierende Folgen haben sollten. Als erstes wurde der obligatorische Achtstundentag in allen Fabriken des Landes, auch in den Rüstungsbetrieben, eingeführt². Der Einführung des Achtstundentages folgte die drastische Erhöhung der Löhne, mit dem die Arbeiter den Grundstein zum Ruin ihrer Betriebe legten. Wie dieser Prozeß in Rußland verlief, zeigen folgende Zahlen: In den 10 größten Unternehmen des Donezker Kohlebeckens wurde eine Lohnerhöhung der Belegschaften um 240 Millionen Goldrubel verfügt, ungeachtet der Tatsache, daß ihre Betriebe 1916 nur 75 Mio. Goldrubel Gewinn erwirtschaftet hatten³. Diese „Initiative“ hatte eine Pilotfunktion und wurde sofort auch in anderen Industriezentren kopiert. Die Arbeiterkomitees des Donezkerbeckens stockten ihre Belegschaften auf, erhöhten die Löhne um 800 Millionen Goldrubel, gefolgt von 500 Mio. im Ural, obwohl beide Industriezentren 1916 zusammen nur etwa 200 Mio. Goldrubel Gewinn erzielt hatten⁴. Weitere Industriegebiete folgten diesem Beispiel; der Vorreiter in dieser Entwicklung aber war das Proletariat Petersburgs. Die Löhne dort erreichten bereits Ende März mit einer Steigerung von bis zu 300% astronomische Höhen⁵. Den Lohnerhöhungen folgte allerdings keine Steigerung der Arbeitsproduktivität. Im April verbrachten die Arbeiter die meiste Zeit in verschiedenen politischen Kundgebungen, mit dem Ergebnis, daß mindestens 20% der Unternehmen der Hauptstadt ihre Produktion stilllegen mußten⁶. Dies wiederum radikalisierte die Arbeiter noch mehr, da sie nicht sich selbst die Schuld an dieser Entwicklung gaben, sondern sie der „Bourgeoisie“ und der Provisorischen Regierung ankreideten. Das Gebaren der Petersburger Arbeiter erreichte solche Ausmaße, daß selbst die Reservisten der Petersburger Garnison den Arbeitern „*absoluten Arbeitsunwillen und Ignorierung der Interessen der Front*“⁷ vorwarfen. Nach dem Augenzeugenbericht Suchanovs erreichten die Spannungen zwischen Arbeitern und Reservisten solche Ausmaße, daß die Soldaten

¹ Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 575 und 610.

² Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 224f.

³ Chamberlain, W., *The Russian Revolution*, Bd.1., S.260-275, Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd.1., S.66.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 244f.

am 20. März „die Zählung der Arbeiter und eine Kontrolle in den Fabriken“ verlangten und „mit Zwangsmaßnahmen“ drohten¹.

Das alles war den Bauern in ihren Gemeinden nicht entgangen, die den Sturz der Monarchie und den folgenden Zusammenbruch der Zentralgewalt auf eigene Weise interpretierten. Endlich schien der Augenblick gekommen, den Jahrhunderttraum von der „Schwarzen Umverteilung“ zu verwirklichen, dem Stolypin Einhalt geboten hatte. Jahrhundertlange Erfahrung hatte die Masse der Bauern gelehrt, im Zaren den einzig wahren Eigentümer des Landes zu sehen. Die Bezeichnungen für „Herrscher“ (Gosudar) und „Staat“ (Gosudarstvo) legten am Anfang des Jahrhunderts diese Anschauung nahe. Wie stark diese Vorstellung in Rußland verankert war, zeigt die Antwort Nikolajs II. auf die Frage nach seinem Beruf anlässlich einer Volkszählung um die Jahrhundertwende: „Ich bin der Besitzer Rußlands“ [russ. Choziajn zemli russkoj] schrieb der Zar auf dem Fragebogen². 40 Jahre später nannten die Mitarbeiter Stalins den Diktator inoffiziell nur „Besitzer“³. Ein Gosudarstvo ohne Gosudar war für die Bauern unbegreiflich. Die Absetzung des Zaren kam für sie der Annihilierung des Staates gleich. Das Verschwinden der Gouverneure und der örtlichen Verwaltung konnte dieses Fazit nur bekräftigen. Für die Bauern war der Zerfall der Staatsgewalt das Startsignal für ihren Angriff auf das Privateigentum. Entgegen der bis heute weit verbreiteten Meinung, die „Schwarze Umverteilung“ sei auf Gutsbesitz beschränkt gewesen, haben sich die Übergriffe der Gemeindebauern gegen Privatgrundbesitz überhaupt gerichtet. Die Opfer der Enteignungsaktionen der Dorfgemeinden waren nicht nur die Grundbesitzer, sondern allen voran die Bauern, die im Zuge der Reformen Stolypins ihre Gemeinden verlassen und Privateigentum erworben hatten. Petersburg erfuhr von den Unruhen auf dem Land bereits Mitte März⁴. Sie hatten eine rapide ansteigende Tendenz, so daß die Regierung befürchtete, sie könnten zum offenen Bürgerkrieg auf dem Lande ausarten. Zuerst waren die Enteignungen relativ friedlich; sie richteten sich nur selten gegen Personen, sondern gegen deren Hab und Gut. Die Gemeindebauern überfielen hauptsächlich einzelne Familien und Höfe, fällten Bäume, requirierten Lebensmittel und Vieh, verjagten Kriegsgefangene, die auf den Feldern der Gutsbesitzer arbeiteten. Morde waren selten. In der Regel waren an den Gewalttätigkeiten Kriminelle und ehemalige Kriegsteilnehmer beteiligt⁵. Zur anfänglichen Mäßigkeit der Agrarunruhen hat aller Wahrscheinlichkeit nach der Umstand beigetragen, daß die Dorfjugend vorwiegend noch an der Front war⁶. Die Bauern merkten sehr bald, daß die Regierung nicht in der Lage war, ihre Übergriffe zu unterbinden; die Bewegung breitete sich rasch aus. Nach Regierungsangaben waren im März 34 Landbezirke von Enteignungen betroffen, im April 174, im Mai 236, im Juni 280 und im Juli bereits 325⁷, vor allem in Gebieten Zentralrußlands.

Bereits im April begann sich Rußland in seine Bestandteile aufzulösen. Die westlichen Provinzen waren von den Mittelmächten besetzt. Diesen kriegsbedingten Verlusten folgten solche, die der aufkeimende Nationalismus und das administrative Durcheinander begünstigten. In Finnland, im Kaukasus und in der

¹ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 244.

² Zitiert bei Bochanov, A., *Nikolaj II*, S. 314.

³ Radzinskij, E., *Stalin*, S. 610-622 und 617.

⁴ Chamberlin, W., *Die russische Revolution 1917-1921*, Bd. 1., S. 226f.

⁵ Ebd.

⁶ Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 1., S. 67f.

⁷ Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 1., S. 96f.

Ukraine entstanden Volksvertretungen, die bald ihre Unabhängigkeit anstrebten. Der Prozeß der Auflösung verlief noch schneller als während der Perestrojka. Anders als in der Ära Gorbačev folgten den Fremdvölkern 1917 bald auch die rein russischen Provinzen. Die Macht der Provisorischen Regierung reichte nur bis nach Petersburg und Moskau. Selbst dort war sie durch die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte zur reinen Fiktion geworden. Der Verwaltungsapparat des Zaren existierte nicht mehr und es war kein neuer aufgebaut worden. Die örtlichen Sowjets hingegen benahmen sich so anarchistisch, daß sie sich als rein zerstörerischer Faktor erwiesen: *„Der Rat von Kasan verfügte zum Beispiel eigenmächtig die Demobilisierung der über 40jährigen Frontsoldaten aus ihrer Provinz. Als der Kriegsminister Gučkov dieses Handeln für ungesetzlich erklärte, erlaubte es der Rat von Kasan offiziell, die Anweisung des Kriegsministers zu ignorieren. Der Rat von Rjasan rief eine 'demokratische Untersuchungskommission' ins Leben, um dem Staatsanwalt der Provisorischen Regierung, Stal, zu verbieten, die Bauern im Bezirk Ranenburg an ihren Pogromen gegen das Privateigentum zu hindern... Der Rat von Samara verfügte die Herausgabe einer eigenen Währung, um die Finanzierung seines Verwaltungsapparates zu gewährleisten. Noch drastischer verfuhr der Sowjet von Ranenburg, der den Besitz des Kaufmanns Šibanov konfiszierte und ihn unter seinen Mitgliedern verteilte... Schließlich beschloß der Rat von Blagoveščensk die Einstellung seiner Steuerabgaben an die Hauptstadt, weil, wie es hieß, 'die Regierung provisorisch (ist) und das Geld verschwinden kann'¹“*. Die Provinzen wurden unregierbar. Für das Land, das gewohnt war, den Anweisungen aus der Hauptstadt widerspruchslos zu gehorchen, hatte die plötzliche totale Dezentralisierung verheerende Folgen. Man kann mit Sicherheit sagen, daß spätestens Ende März das russische Staatswesen aufgehört hatte, als zentralisiertes Reich zu existieren².

Kap. 11. Der Zerfall der russischen Frontarmeen

Die Stawka hatte nach der Abdankung Nikolajs die revolutionäre Stimmung auf die Hauptstadt beschränken wollen, um die Fronttruppen davor zu bewahren. Nach allgemeiner Beruhigung der Gemüter sollte der Krieg bis zum Endsieg geführt werden. Die anfängliche Beschränkung der Revolution auf die Hauptstadt schien die Pläne der Generäle zu begünstigen. Noch in den allerersten Tagen hatte Aleksejev befohlen, alle Agitatoren nach ihrer Ankunft an der Front zu verhaften und den Militärtribunalen zu übergeben³. Am 15. März erstellte er die Denkschrift *„Zur Abwehr der Revolution an der Front“* und kabela sie an die Regierung in die Hauptstadt. Diese Denkschrift ist insofern von Interesse, als daß sie nicht bloß Maßnahmen zur Disziplinierung vorschlug, sondern auch Reaktionen der Truppen auf den Staatsumsturz vor der Proklamation des Befehls Nr. 1 schilderte⁴. Die Soldaten an der Nordfront hatten die Nachricht von der Abdankung des Zaren *„reserviert“* aufgenommen⁵. Offiziere berichteten, daß ihre Soldaten einen *„verwirrten“*

¹ Zitiert bei **Miljukov, P.**, *Rossija na perelome*, Bd. 1., S. 144.

² **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 2., S. 549-553.

³ **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 121f.

⁴ Text der Denkschrift in: *Archiv russoj revoliuziji*, Bd. 15, S. 286-288, **Kersnovskij, A.**, *Istorija russoj armiji*, Bd. 4., S. 267f.

⁵ Ebd.

Eindruck machten, als ob sie „*das Manifest nicht verstünden*“¹. Die Schützen des 2. Sibirischen Korps äußerten, daß „*ein Monarch für Rußland unabdingbar*“ sei. In der 5. Armee herrschte allgemeine Verwirrung über die Ereignisse. Die Soldaten waren enttäuscht, weil „*niemand sie nach ihrer Meinung gefragt*“ hatte². Von der Westfront hieß es, daß die Nachrichten insgesamt „*ruhig*“ aufgenommen worden seien und viele Soldaten „*traurig*“ wirkten³. Die 9. und 10. Armeekorps nahmen die Nachricht „*mit Bedauern*“ auf. Viele Soldaten der Westfront äußerten ihren Kommandeuren gegenüber, daß der „*Zar sein Volk nicht verlassen*“ würde⁴. An der Südfront wirkten die Soldaten auf ihre Vorgesetzten ebenfalls „*verwirrt*“⁵. Ähnliches meldete auch die neu gebildete rumänische Front. Die 4. Armee verfaßte sogar eine Resolution, in der die Soldaten „*den Patriotismus Nikolajs II. bewundern*“ und vom „*Entschluß des Großfürsten Michail vor den Kopf gestoßen*“ sind⁶. Vermutlich spielt in diesen Berichten das hinein, was im russischen Militärjargon noch heute „*Pokazucha*“ heißt: Das Streben der Vorgesetzten, die makellose Verfassung ihrer Mannschaften zur Schau zu tragen. Aber der Historiker Melgunov bezeugt, daß selbst die Soldaten der Petersburger Garnison nicht einmal wußten, was der damals gängige Ausdruck „*Wir sind für die Neuordnung*“ eigentlich bedeutet⁷. Die Soldaten schmückten sich in Rot, spielten aber bei ihren Paraden die Nationalhymne „*Gott schütze den Zaren*“⁸. Der Zusammenbruch der Monarchie bedeutete neben der „*Neuen Ordnung*“, die ihnen verschiedene Agitatoren in verschwommenen Farben ausmalten, auch das Ende der vertrauten alten Welt. Die Bauern sind ein skeptisches und mißtrauisches Volk. Daher rief die Abdankung des Zaren Unbehagen und ein mulmiges Gefühl hervor. Viele Erinnerungen russischer Generäle machen deutlich, daß die meisten Frontsoldaten im ersten Augenblick verunsichert waren. General Denikin beschreibt, wie seine Division von den Ereignissen erfährt: „*Überall Stille und innere Sammlung ... hier und dort salutiert man mit dem Gewehr. Manche dienstälteren Soldaten weinen*“⁹. Wrangel berichtet ähnliches, allerdings mit der Ergänzung, daß die Frontintelligenzija (Militärschreiber und ehemalige Studenten in den Stäben) zu Ehren der Revolution Feiern veranstaltete¹⁰.

Kriegsminister Gučkov und die Stawka agierten in dieser angespannten Lage denkbar unglücklich. Gučkov strebte schon seit langem nach Einfluß in der Armee, wobei er sich für einen Fachmann hielt. „*Bei seiner Tätigkeit in der Duma hatte er sich mit den Verwaltungstätigkeiten des russischen Kriegsministeriums bekannt gemacht. Das alles gab ihm die Einbildung einer gründlichen Kenntnis des Kriegswesens, der Truppen und der militärischen Verhältnisse. Aber seine Kenntnisse auf diesem Gebiet hatten ungeheure Lücken, deren er sich noch dazu schwerlich bewußt war. Man muß wohl annehmen, daß ihm vor allem der Geist des Kriegswesens, das Seelenleben der Truppen, nicht bekannt war*“, erinnerte sich General Gurko, der Gučkov gut gekannt hat¹¹. Der Kriegsminister befahl Aleksejev, seine Verfügung, alle Agitatoren an der Front zu verhaften,

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Melgunov, S., *Martovskije dni 1917 goda*, S. 56-57.

⁸ Melgunov, S., *Martovskije dni 1917 goda*, S. 254f.

⁹ Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 56f.

¹⁰ Wrangel, P., *Zapiski*, S. 190f.

¹¹ Gurko, V., *Erinnerungen an Krieg und Revolution*, S. 219f.

zu widerrufen und ließ Aleksejevs Tauglichkeit als Leiter der Stawka „überprüfen“¹. Zu diesem Zweck wurde ein Schreiben an die Frontkommandeure gesandt mit der Aufforderung, den Oberbefehlshaber selbst zu wählen². Die Generäle hatten Aleksejevs unglückliche Hand während der Soldatenmeuterei nicht vergessen und bescheinigten ihm „Charakterschwäche“. Gleichzeitig hatten sie aber Angst, die Armeeleitung in einer solchen Lage zu wechseln und empfahlen, Aleksejev auf seinem Posten zu belassen, was die Regierung nach einer Debatte schließlich genehmigte³.

Gučkov war so rege, daß er die russische Armee noch vor dem Befehl Nr.1 weitgehend destabilisierte⁴. Da von der Untätigkeit Aleksejevs keine Gegenwehr zu erwarten war, begann der Kriegsminister grundlegende personelle Änderungen an der Armeespitze vorzunehmen. Mit einem einzigen Federstrich entthob er über die Hälfte der höheren Generalität ihrer Postens⁵. Der erste, dem gekündigt wurde, war der Kommandeur der Westfront, Ewert⁶. Großfürst Nikolaj Nikolajewič hatte seit der Februarrevolution Hoffnungen, wieder zum Oberkommandierenden ernannt zu werden und reiste sogar zur Stawka nach Mohilew. Aber auch er mußte seinen Abschied nehmen⁷. Zur gleichen Zeit wurden auch zahlreiche Frontkommandeure entlassen. Ihre Zahl erhöhte sich noch durch den Ausfall zweier Generäle, deren Truppen während der Brusilovoffensive zu den erfolgreichsten Armeen der Südfront gehörten, Kaledin, Kommandeur der 4. , und Leščizkij, Kommandeur der 9. Armee, die sich weigerten, der Provisorischen Regierung den Eid zu leisten. Innerhalb kürzester Zeit schieden die 8 höchsten Befehlshaber der russischen Fronttruppen aus. Weiter wurden die 5 höchsten Stabsoffiziere der Frontarmee entlassens⁸. Von insgesamt 70 Korpskommandeuren mußten 35 ihren Abschied nehmen⁹. Von den Divisionskommandeuren wurde ca. ein Drittel (75 von 240) ausgewechselt¹⁰. Auf der Aleksejev vorgelegten Liste Gučkows standen 120 Generäle¹¹. Nach Dokumenten des Generalstabsarchivs erfolgte die Absetzung der Befehlshaber aufgrund persönlicher Auswahl Gučkows, je nach Wohlwollen den Betroffenen gegenüber, aber auch aufgrund des Einflusses von Glücksrittern, die das Privathaus des neuen Kriegsministers bevölkerten¹². Deutlich wird das an der Auswahl der neuen Distriktskommandeure: Zum Moskauer Militärkommandanten wurde der Oktobrist Gruzinov, ein persönlicher Freund Gučkows. Der Sozialrevolutionär Korovičenko kehrte nach dem Sturz der Monarchie aus seiner Verbannung in Sibirien zurück, wurde von Gučkov willkürlich vom Fähnrich zum Hauptmann befördert und zum Militärkommandanten von Kijev ernannt¹³.

¹ **Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 65-71.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ **Denikin, A.**, *Očerki ruskoj smuty*, Bd. 1., S. 62.

⁵ **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 268f.

⁶ **Melgunov, S.**, *Martovskije dni 1917 goda*, S. 245-251.

⁷ Ebd.

⁸ **Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 63f.

⁹ **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj Armiji*, Bd. 4., S. 268.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Denikin beziffert die Gesamtzahl der Opfer der Säuberung in den höheren Positionen auf ca. 150 Offiziere. Vgl. **Denikin, A.**, *Očerki ruskoj smuty*, Bd. 1., S. 5-14.

¹² **Zajončkovskij A.**, *Strategičeskij otčerk vojneno - istoričeskoj komisiji*, Moskau 1923, S. 40f., **Zajončkovskij, A.**, *Strategičeskij očerok vojny 1914-1918 g.g.*, Moskau 1923.

¹³ Ebd.

Die desorganisierte Stawka geriet immer mehr in den Bann des unternehmungslustigen Kriegsministers. Aleksejev ließ die Zügel endgültig aus der Hand gleiten, als eine Woche nach Gučkovs Amtsantritt der Sturm über die Frontarmeen hereinbrach: Der Befehl Nr. 1 erreichte die Front und wurde von den Agitatoren aus dem Hinterland unter den Soldaten verbreitet¹. Bereits am 12. März wurde die Todesstrafe abgeschafft, die Militärtribunale aufgelöst. Somit war die letzte Chance vertan, die Fronttruppen dem Einfluß des Hinterlandes zu entziehen. Beide russischen Militärspitzen, Gučkov mit dem Kriegsministerium und Aleksejev mit der Stawka, wußten, daß der Befehl eine Katastrophe auslösen würde. Schon während der Revolution von 1905 war das Manifest des Zaren vom 17. Oktober, das in Rußland die Einführung demokratischer Grundrechte verkündet hatte, von den Soldaten anarchistisch ausgelegt worden, obwohl mit keiner Zeile militärische Kommandostrukturen in Frage gestellt waren². Die Soldaten glaubten damals, mit diesem Manifest einen Freibrief für maßloses Tun in den Händen zu halten, was zahlreiche Meutereien nach sich zog³. Gučkov hatte die letzten Jahre in verschiedenen geheim-verschwörerischen Zirkeln verbracht. So kam es, daß er - anstatt entschiedene Maßnahmen zu ergreifen - lediglich darüber philosophierte, daß der Befehl „*in der deutschen OHL geschrieben*“ worden sei⁴. Der Kriegsminister monierte nicht, daß er von unbefugter Seite verfaßt und daher rechtswidrig war. Stattdessen wandte er sich an den Ispolkom, und bat, den Befehl zurückzuziehen. Der Ispolkom antwortete mit dem Erlaß des Befehls Nr. 2 am 5. März, der alles nur noch schlimmer machte⁵. Der Politiker, vor dem sich alle Minister des Zaren „mehr als vor Ludendorff“ gefürchtet hatten, erreichte von dem Ispolkom nicht einmal die Zusicherung, die Verbreitung des Befehls Nr. 1 unter den Fronttruppen zu unterlassen⁶. Der Befehl Nr. 1 gelangte nicht nur widerstandslos an die Fronttruppen, sondern wurde nach dem Zeugnis Lukomskijs „den Armeen durch die Leitung des Generalstabs telegraphiert, auf welche die Funktionäre des Sowjets keinen Zugriff hatten“⁷. Es war deshalb kein Wunder, daß ohne offizielles Dementi des Kriegsministers Befehl Nr. 1 an der Front „als Regierungsbefehl angesehen“ wurde⁸. Ein Matrose der bezeichnender Weise Pugačev hieß, erklärte kurz nach dem Bekanntwerden des Befehls Nr. 1 Mereškovskij gegenüber: „Gebildete Leute werden ihn vielleicht anders auffassen. Wir haben ihn aber ohne Umschweife verstanden: Entwaffnet eure Offiziere!“⁹.

Die Dumapolitiker hatten die Macht erstritten, weil sie glaubten, das Land besser als der Zar und seine Minister zum Sieg führen zu können. Sie verfügten eine grundlegende Demokratisierung der Streitmacht und beriefen eine Kommission zur Vorbereitung entsprechender Maßnahmen, deren Leitung dem ehemaligen Kriegsminister Polivanov anvertraut wurde. Mit einem Team junger Generalstäbler erarbeitete Polivanov die sog. „*Deklaration der Soldatenrechte*“, welche Befehl Nr. 1 nicht nur legitimierte, sondern dessen

¹ **Frenkin, M.**, *Zachvat vlasti bolševikami i rol tylovyh garnisonov armiji*, S. 30-69.

² Deutsche Übersetzung des Manifests von 17. Okt. 1905 bei **Hoetzsch, O.**, *Rußland*, Göttingen 1915, S. 126f.

³ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S.315-322, **Bushnell, J.**, *Mutiny amid Repression*, S.82-83.

⁴ Nach dem Zeugnis von Gučkovs „Experten“ wiesen die für die russische Armee gefährlichsten Artikel des Befehls Nr. 1 auf die „*Reste der deutschen Syntaxis*“ hin, vgl. **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj Armiji*, Bd. 4., S. 261.

⁵ Der volle Text des Befehls Nr. 2 in: **Avdejev, N. (Hrsg.)**, *Revoliuzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 1., S. 180f.

⁶ Ebd.

⁷ **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 128f.

⁸ Ebd.

⁹ **Gippius, Z.**, *Sinijaja kniga*, Belgrad 1929, S. 97.

Bestimmungen sogar noch übertraf¹. Die Provisorische Regierung verfügte die radikale Demokratisierung der Streitmacht, politisierte die Soldaten und ermöglichte in ihren Reihen grenzenlose Propagandamöglichkeiten². Das offizielle Organ der Kadetten, die Zeitung *Reč*, pries die Militärpolitik Gučkovs: „*Sie gibt jedem Soldaten die Möglichkeit, aktiv am politischen Leben der Heimat mitzuwirken. Sie befreit den Soldaten endgültig von den Ungerechtigkeiten des alten Regimes und bringt ihn aus dem Gestank der alten Kaserne an die freie Luft ... Armeen anderer Länder sind weit entfernt von einer Teilnahme am politischen Leben. Die russische Armee ist dagegen die erste Armee der Welt, welche die volle Bandbreite aller politischen Bürgerrechte auch für sich in Anspruch nehmen kann*“³. Gučkov selbst gab inzwischen Aleksejev gegenüber brieflich zu, als Kriegsminister versagt zu haben: „*Sehr geehrter Michail Aleksejevič! Es erscheint mir notwendig, zwischen uns die Voraussetzungen für eine einheitliche Beurteilung der gegenwärtigen Lage zu schaffen, und daß Sie sich in der Bewertung des Nachstehenden lediglich die grausame Wirklichkeit vor Augen halten müssen, ohne sich einer Illusion hinzugeben ... Ich bitte sie, mir zu glauben, daß die gegenwärtige Lage der Dinge folgende ist: 1. Die Provisorische Regierung besitzt keine wirkliche Macht in der Hauptstadt und ihre Befehle werden nur nach Gutheißen des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten ausgeführt, die in ihrer Hand die wichtigsten Elemente der wirklichen Macht halten, wie Truppen, Eisenbahnen, die Post und den Telegraphen. Man kann geradezu sagen, daß die Provisorische Regierung ihre Existenz der Duldung des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten verdankt. Besonders auf militärischem Gebiet können jetzt nur solche Anordnungen erlassen werden, die nicht zu den Beschlüssen des genannten Rates in Widerspruch stehen. 2. Die gerade begonnene Auflösung der Ersatzformationen in den inneren Bezirken des Reiches nimmt ihren Fortgang und darum wird ein Ersatz an das Heer, wie ich glaube, nicht vor drei bis vier Monaten stattfinden können. Auch haben die Ersatztruppen hierfür nicht die erforderliche moralische und militärische Ausbildung ... Eine detaillierte Schilderung der gegenwärtigen Lage werden ihnen die zwei Offiziere meiner Umgebung ... geben, die sowohl über die gegenwärtigen Bedingungen der Ergänzung unseres Heeres sowie die Einzelheiten aller Umstände in Petersburg informiert sind, weil beide Offiziere schon seit den ersten Tagen der Revolution der militärischen Kommission der Duma angehören und weil beide den Mitgliedern der Provisorischen Regierung sowie jenen des Sowjets nahe stehen. Aleksander Gučkov*“⁴.

Die Situation der Streitmacht war folgende: Gučkov und seine Kabinettskollegen fürchteten sich vor dem Ispolkom des Petersburger Sowjets und taten alles, um bei den demoralisierten Reservisten der Hauptstadt nicht als „Reaktionäre“ zu gelten. Die Leitung der Stawka war träge. Die Generäle fürchteten sich ihrerseits vor ihren vorgesetzten Ministern und erfüllten widerstandslos alle Verordnungen des Kriegsministers, auch diejenigen, die seine gesetzlichen Machtbefugnisse bedeutend überschritten. Aleksejev schielte auf Gučkov, dieser auf die illegitime Führung des Sowjets, welche wiederum angenehm überrascht konstatierte, daß ihr die Macht über Rußland und sein Millionenheer in die Hände gefallen war. Einer der Mitarbeiter Aleksejews in diesen Tagen General Denikin gibt ein vernichtendes Urteil ab: „*Die Stawka ließ gleich zu Beginn der*

¹ Zur Polivanovkommission vgl. **Polivanov, A.**, *Iz dnevnikov i vospominanij po dolžnosti voennogo ministra i ego pomoščnika 1907-1916 g.g.*, Moskau 1924, **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 128, **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1, S. 43f.

² Ebd.

³ *Reč*, vom 14. 05. 1917, S. 2f.

⁴ Voller Text des Briefes in: **Zajončkovskij A.**, *Strategičeskij očerok vojneno - istoričeskoj komisiji*, S.121f.

Revolution die Macht aus ihren Händen gleiten. Entschiedene Maßnahmen der Stawka hätten möglicherweise doch noch die Erhaltung der militärischen Disziplin in den ersten Wochen der Revolution bewirkt. Nur energische Gegenmaßnahmen konnten in dieser Situation den sich in seiner Bedeutung überschätzenden Ispolkom auf den ihm gebührenden Platz verweisen, die 'Demokratisierung' der Streitmacht verhindern und die künftigen Ereignisse in eine andere Richtung lenken... Die bedingungslose Loyalität der Armeekommandeure und das absolute Fehlen jeglicher Gegenwirkung auf die zerstörerische Wirkung der zersetzten Hauptstadt seitens der Stawka übertrafen alle optimistischen Erwartungen der revolutionären Demagogie“¹.

Nach Angaben des Oberkommandos waren die Frontsoldaten im März 1917 folgendermaßen verteilt: An der Nordfront 1 240 000, an der Westfront 1 437 000, an der Südwestfront 2 800 000 und an der rumänischen Front 1 597 000². 80% waren Bauern, 10% Arbeiter und 10% gehörten anderen Schichten an³. Den Kern dieser Armee bildeten die „Großrussen“: Russen, Ukrainer und Weißrussen⁴. In Friedenszeiten stellten die Ostslawen 75% bis 80% des Soldatenkontingents. Der kriegsbedingte Rückzug in das Landesinnere hatte zur Folge, daß der Anteil der Großrussen noch anstieg. Man geht davon aus, daß sie im März 1917 ca. 90% aller Soldaten stellten⁵. Das Offizierskorps bildete eine isolierte berufsständische Gemeinschaft. Das heißt nicht, daß das Offizierskorps etwa feudal oder gar aristokratisch war, wie es oft dargestellt wird; es war schon lange von der bürgerlichen Mittelschicht dominiert und rekrutierte sich ab 1916 vornehmlich aus den Reihen der Intelligenzija⁶. Neueste Schätzungen gehen davon aus, daß insgesamt 15 Mio. Russen im Verlauf des Krieges einberufen worden sind⁷. Dieser Umstand forderte eine enorme Steigerung des Offizierskorps, das im Frühjahr 1917 250 000 Mann zählte⁸. Mit dem Ausfall fast aller Berufsoffiziere seit Beginn des Krieges wurden die letzten Standesunterschiede eingeebnet. Die Offiziere waren schlecht entlohnt. Im Krieg lebten sie in den Schützengräben genauso wie die einfachen Soldaten und aßen aus derselben Feldküche - ein Faktor, der entscheidend den Zerfall der Frontarmeen in den ersten Monaten der Revolution bremste und die Frontarmeen in unvergleichbar besserer Verfassung hielt, als die Reserveeinheiten im Hinterland⁹. Offiziere, die der Krieg in führende Positionen brachte, gehörten oft nicht den privilegierten Schichten an, sondern stammten aus dem einfachen Volk. In seiner nationalen Zusammensetzung vor dem Krieg spiegelte das Offizierskorps die Verhältnisse der gesamten Armee wieder; es bestand hauptsächlich aus Ostslawen. Zwar gibt es keine Statistik, die Aufschluß über die Nationalität der Armeeingehörigen gibt, aber die Aufstellung des Religionsbekenntnisses vermittelt eine ungefähre Vorstellung: Vor 1914 dienten in der russischen Armee 81% Orthodoxe (Russen, Ukrainer, Weißrussen), 12% Lutheraner (meist Adelige aus den Ostseeprovinzen) und 9% Katholiken¹⁰. Mit dem Anstieg der Zahl der Offiziere während des Weltkrieges veränderte sich das Verhältnis:

¹ Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 102f.

² Die Zahl beinhaltet auch die Reserveeinheiten der Frontarmeen, Frenkin, M., *Russkaja armija i revoliuzija*, S. 70f.

³ Denikin A., *Put ruskogo ofizera*, S. 119.

⁴ Denikin, A., *Staraja armija*, Bd. 1., S. 86-94.

⁵ Frenkin, M., *Zachvat vlasti bolševikami i rol tylovyh garnisonov armiji*, S.111-179.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ 200 000 an der Front und 50 000 im Hinterland, vgl. Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 1., S. 85f.

⁹ Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 162-174.

¹⁰ Vgl. Denikin, A., *Put ruskogo Ofizera*, S. 282-283.

Orthodoxe Russen stellten fast das gesamte Offizierskorps. Bei Kriegsausbruch führten zahlreiche Generäle deutscher Abstammung die russischen Armeen an; 1917 verzeichnen die Kommandoposten fast ausschließlich russische Namen. Soldaten und Offiziere, die im Verlauf der Revolution zwei feindliche Lager bildeten, waren ein- und derselben Nationalität.

Die Berufsoffiziere des zaristischen Rußland entstammten hauptsächlich den Militärschulen. Das Schulungssystem brachte Offiziere hervor, die internationalen Standards vollkommen gewachsen waren. Wenn man General Denikin Glauben schenken darf, waren die russischen Offiziere der unteren Ränge ihrer Qualifikation nach etwa den deutschen gleichwertig und sogar etwas besser als die französischen¹. Graf Miljutin hatte in seinen Militärreformen auf die Bildungsschicht gesetzt und verfügt, daß neben den militärischen Disziplinen verstärkt auch Fremdsprachen und sogar Literatur unterrichtet wurden². Merkwürdigerweise wurden von den Offiziersanwärtern ebenso gute Ergebnisse in russischer Literatur verlangt, wie in den Militärfächern³. Die Bildungsausrichtung verdeutlicht die Nikolajakademie des Generalstabes, wo die Elite des russischen Heeres ausgebildet wurde. Aufnahme und Studium an der Akademie waren ungeheuer schwer und glichen einem Überlebenskampf. Abstammung galt dort nichts: Großfürsten unterlagen denselben Bedingungen wie Bauernsöhne. Jedes Jahr wurden aus den 1 500 Bewerbern 400 bis 500 Offiziere zur Teilnahme an den Aufnahmeprüfungen der Akademie ausgewählt. Von diesen wurden 150 ausgesiebt, den letzten Kurs erreichten nur noch 100. Etwa 50 bekamen Stellen im Generalstab, die anderen 50 kehrten zu ihren Einheiten zurück⁴. Das Studium an der Akademie des Generalstabes dauerte in Friedenszeiten 3 Jahre und schloß Fächer wie Geschichte, Literatur und Fremdsprachen ein, wobei schlechte Leistungen überhaupt den Ausschluß aus der Akademie nach sich zogen⁵. Nach Angaben vieler Militärexperten spielte der Umstand, daß sich die Offiziere teilweise in Literaturgeschichte besser auskannten, als in Fragen der Truppenführung, bei den Niederlagen der Russen in den ersten Monaten des Weltkrieges keine geringe Rolle⁶.

Wie bereits erwähnt, gehörten die Offiziere vor der Revolution in Rußland keinem bevorzugten gesellschaftlichen Stand an. Der Lohn eines Facharbeiters in der Petersburger Rüstungsindustrie war etwa genauso hoch, wie der Sold eines Absolventen der Kriegsschule, der als Leutnant jeden Tag sein Leben in den Schützengräben einsetzte⁷. Zudem genossen die Berufsmilitärs in Rußland kein hohes Ansehen: Im Gegensatz zu der Rolle der Armee in Deutschland als „Schule der Nation“, stand die russische Bildungsschicht den Offizieren ihres Landes ablehnend gegenüber. Die Ächtung der Militärs war besonders tief in den Reihen der Intelligenzija verankert und fand vor dem Krieg auch in der russischen Literatur Widerhall, wie etwa im Roman „*Duell*“ von Kuprin. Der Dienst in der Armee und besonders im Offizierskorps galt als eine barbarische, unzeitgemäße Beschäftigung, die eines intelligenten Menschen unwürdig war. Das bezeugen die Erinnerungen Generals Sergejevskijs: „*Im Jahre 1901 habe ich in St. Petersburg mein Abitur gemacht. Ich galt in meinem*

¹ Denikin, A., *Put ruskogo ofizera*, S. 58.

² Um „schädliche Ideen“ seitens moderner russischer Literatur von den Offiziersanwärtern fernzuhalten, wurde vornehmlich alte russische Literatur unterrichtet, vgl. Denikin, A. *Staraja armija*, Bd. 1., S. 47.

³ Ebd.

⁴ Denikin, A., *Put ruskogo ofizera*, S. 86.

⁵ Denikin, A., *Staraja armija*, Bd. 1., S. 13f.

⁶ Knox, A., *With the Russian Army 1914-1917*, S. 27.

⁷ Zajončkovskij, A., *Samoderžavije i russkaja armija*, S. 123-125.

*Gymnasium als guter Schüler und beendete die Schule mit Auszeichnung. Nach den Prüfungen erklärte ich meinen Lehrern, daß ich Offizier zu werden beabsichtigte. Gleich nach Bekanntwerden meines Entschlusses versuchten alle Lehrer unseres Gymnasiums mich zu überreden, das zu unterlassen. Zweimal wurde ich sogar in die Wohnung unseres Direktors eingeladen. Er versuchte ebenfalls mich zu beeinflussen und mich von meinem 'unkultivierten Vorhaben' abzubringen. 'Es ist eine Schande für unser Gymnasium', sagte er mir. 'Wer wird heutzutage Offizier? Nur ein Idiot oder Taugenichts',*¹. Die militärischen Niederlagen der ersten Kriegsjahre waren nur wenig geeignet, das Ansehen des Offizierskorps zu steigern.

Die Bauern als Kern der russischen Armee traten ihren Wehrdienst wegen des dreijährigen Ausscheidens aus der vertrauten Umgebung ungern an. Ihren Dienst verrichteten sie pflichtbewußt, wenn die militärische Ordnung die Ausführung erteilter Befehle gewährleistete. Die meisten Soldaten verhielten sich bis zur Februarrevolution loyal. Das unterstreichen ihre Leistungen im Karpatenwinter 1914/1915 und die ungeheuren Blutopfer der großen Rückzugsbewegungen von 1915. Eine gespaltene Armee wäre nicht in der Lage gewesen, solches zu leisten. Die Kampfmoral in der ersten Phase des I. Weltkrieges war übrigens so groß, daß es bis zum Sommer 1915 keine Veranlassung für die Einführung der Todesstrafe gab². Vor Kriegsausbruch diente der Soldat unter sehr kargen Bedingungen: In der Kaserne schlief man auf hölzernen Betten mit Strohmattentzen. Decken und Bettwäsche waren als „*Errungenschaft der Revolution*“ erst nach 1905 eingeführt worden, was jedoch bei Fronteinsätzen keine Geltung haben konnte³. Als Zudecke wurde der Militärmantel aus Kamelwolle, der sog. „*Šinel*“ benutzt. Die der russischen Nationaltracht nachempfundene Uniform war unästhetisch und praktisch, hatte aber einen großen Nachteil. Sie war nämlich für alle Gebiete des riesigen Landes gleich, ungeachtet der großen klimatischen Unterschiede⁴. Auch das Essen war bescheiden, obwohl die Versorgung vollkommen dem internationalen Standard entsprach⁵. Da die ganze Armee einheitlich versorgt wurde, ist es möglich, die typische Tagesration eines Soldaten zu beschreiben⁶: Zum Frühstück eine Tasse Tee mit Schwarzbrot⁷, zum Mittagessen Suppe mit Fleisch oder Fisch mit Brei als Hauptspeise, zum Abendessen Brei mit Fleisch. Nach Qualität und Kalorienzahl war das Essen sogar etwas besser, als die Mehrheit der Bauern von Zuhause her gewohnt war⁸. Auch bekamen sie bedeutend mehr als in den Schützengräben gegenüber: Dem russischen Soldaten standen täglich 310 g Fleisch zu, fast das doppelte wie seinem deutschen Gegner, der nur auf 180 g Anspruch hatte⁹. Als die von den Mittelmächten initiierten Fraternalisierungen an der Front begannen, tauschten Deutsche und Österreicher Zigaretten und Schnaps gegen Lebensmittel ein. Unregelmäßigkeiten in der Essensversorgung waren während des ganzen Weltkrieges bis zum Ausbruch der Revolution praktisch

¹ Zitiert bei **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 3., S. 150.

² Ausführlich zu den Verhältnissen in der zaristischen Armee vor der Revolution vgl. **Krasnov, P.**, *Pamjati imperatorskoj russkoj armii*, in: *Russkaja letopis*, Bd. 5., Paris 1923.

³ **Denikin, A.**, *Put russkogo ofizera*, S. 120f.

⁴ Ebd.

⁵ Ausführlich über die Versorgung der Soldaten in den Armeen europäischer Großmächte vgl. **Messerschmidt, M.**, *Militärsgeschichte im 19. Jahrhundert 1814-1890. Strukturen und Organisation*, in: *Handbuch zur deutschen Militärsgeschichte 1648-1939*, S. 186.

⁶ Ebd., **Denikin, A.**, *Put russkogo ofizera*, S. 120f.

⁷ Die tägliche Brotration betrug 3 Pfund, ebd.

⁸ Ebd.

⁹ **Messerschmidt, M.**, *Militärsgeschichte im 19. Jahrhundert 1814-1890. Strukturen und Organisation*, in: *Handbuch zur deutschen Militärsgeschichte 1648-1939*, S. 186-188.

unbekannt. Ganz anders als in der Sowjetarmee gab es in der Armee des Zaren keine separate Offiziersküche¹. Während der Feldübungen oder im Krieg wurden die Offiziere wie die Soldaten versorgt. Traditionell aßen bei Truppeninspektionen sogar Generäle, Großfürsten und selbst Nikolaj II. das einfache Soldatenessen². Die Besoldung der Soldaten betrug in etwa nur ein Drittel der Besoldung in der deutschen Armee. Dieser Umstand ist aber nur von geringer Bedeutung, denn weder der eine mit seinen 2 Rubel 70 Kopeken³, noch der andere mit seinen 9 Mark⁴ konnten sich etwas mehr als Zigaretten kaufen.

Denikin hat später in seinen Erinnerungen behauptet, daß das Verhältnis zwischen Mannschaften und Offizieren vor der Revolution mindestens ebenso gut gewesen sei, wie im deutschen oder österreich-ungarischen Heer, die Behandlung der Soldaten aber dafür weniger grausam⁵. Die Offiziere duzten ihre Soldaten, was die radikalen Intellektuellen - im Gegensatz zu den Soldaten - als schreiende Ungerechtigkeit empfanden. Das Duzen war in der einfachen Bevölkerung tief verankert. Nur die von den einfachen Leuten wenig geliebte Oberschicht der Städte siezte einander. Trotz der Vorschrift der Sowjetarmee, die Soldaten zu siezen, redeten die Offiziere ihre Soldaten weiterhin mit „du“ an; Soldaten dagegen siezten ihre Offiziere. Das Siezen seitens der Offiziere bedeutete etwas Offizielles und wurde von den Soldaten nicht gerne gehört⁶.

Bis zum 20. Jahrhundert waren körperliche Strafen die wichtigste „Erziehungsmethode“ aller Armeen Europas. Im republikanischen Frankreich ohrfeigten Unteroffiziere ihre Soldaten⁷. In Deutschland waren Soldatenmißhandlungen eines der Lieblingsthemen der Sozialdemokratie⁸. Vor dem Krieg wurde kein Militäretat verabschiedet, ohne die Mißhandlungen zu erwähnen⁹. Großbritannien, das sich als fortschrittlichster Staat Europas verstand, schaffte die körperliche Bestrafung in der Flotte erst 1906 ab¹⁰. Die Armee Österreichs kannte nicht nur körperliche Strafen, sondern gestattete sogar in begrenzten Fällen Folterungen, die erst 1917 mit dem Zerfall der Donaumonarchie verschwanden¹¹. Die Zustände dort müssen wohl im Vergleich mit denen der Streitmächte anderer europäischer Großmächte als die schlimmsten gewertet werden. Obwohl das Offizierkorps sehr aufgeschlossen war und man sich untereinander nicht mit dem Dienstgrad, sondern mit dem Vornamen anredete, waren die Beziehungen zu den Soldaten ganz und gar nicht von Jovialität geprägt. Diese wurden Disziplinarmaßnahmen unterzogen, die nicht anders als mittelalterlich zu nennen sind¹². Eine weit verbreitete Strafe bestand darin, Soldaten in unnatürlicher Stellung stundenlang anzuketten. Die Soldaten bedankten sich, indem sie keinen Eifer für die Verteidigung der Donaumonarchie an den Tag legten. Ein Beitrag der österreichisch-ungarischen Armee zum Weltkrieg bestand in ausgeklügelten Selbstverstümmelungstechniken,

¹ Denikin, A., *Put ruskogo ofizera*, S. 120f., Spannocchi, L., *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 27.

² Spannocchi, L., *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 27.

³ Bushnell, J., *Mutiny amid Repression*, S. 14.

⁴ Messerschmidt, M. (Hrsg.), *Militärsgeschichte*, S. 185.

⁵ Denikin, A., *Put ruskogo ofizera*, S. 121-122, zu den Verhältnissen in den Bundesarmeen Deutschlands vgl. Messerschmidt, M. (Hrsg.), *Militärsgeschichte*, S. 153-176.

⁶ Volkogonov, D., *Autopsy of an Empire. The seven Leaders who built the Soviet Regime*, New York 1998, S. 435f.

⁷ Wildmann, A., *The End of the Russian Imperial Army*, S. 34.

⁸ Vgl. Wiedner, H., *Soldatenmißhandlungen im wilhelminischen Kaiserreich (1890-1914)*, in: Friedrich - Ebert Stiftung (Hrsg.), *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 22., Bonn 1982, S. 159-201.

⁹ Wiedner, H., *Soldatenmißhandlungen im Wilhelminischen Kaiserreich 1890-1914*, S. 160.

¹⁰ Denikin, A., *Put ruskogo ofizera*, S. 121-122f.

¹¹ Ebd.

¹² Ebd.

die so massiv wie in keiner anderen Armee praktiziert wurden. Die russischen Soldaten erlernten diese „Kunst“ bei ihren österreichischen Kollegen. Die alarmierte russische Armeeführung stellte fest, daß die Selbstverstümmelungsfälle an der Südfront mehr verbreitet waren, als an der weit mörderischeren Nordfront¹. In Rußland hat man gleich nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1878 die Züchtigung der Soldaten drastisch eingeschränkt. Sie durfte nicht mehr durch Offiziere, sondern nur in Ausnahmefällen und einzig und allein auf Beschluß des Militärtribunals verfügt werden². 1905 wurde sie schließlich abgeschafft³. Trotz ihrer neuerlichen Zulassung 1915 wurde sie nicht mehr angewandt. Der Kommandeur der Westfront versicherte, daß ihm während seiner gesamten Dienstzeit nur zweimal die Verhängung dieser Strafe mitgeteilt worden sei⁴. Die militärische Gesetzgebung des zaristischen Rußland beließ den Offizieren viele repressive Rechte, u.a. Arbeitsverordnung, Inhaftierung in das Militärgefängnis (die sog. „Hauptwacht“) und vor allem die Übergabe der Delinquenten an das Kriegsgericht⁵. Tötlichkeiten der Offiziere Soldaten gegenüber waren in der Armee Rußlands ein äußerst seltenes Ereignis und solche Offiziere wurden in der Regel nicht nur von ihren Soldaten, sondern auch von anderen Offizieren verachtet. In Rußland mußte jede Mißhandlung der Soldaten den Vorgesetzten gemeldet werden und solche Offiziere durften nicht mit Nachsicht rechnen⁶.

Einer der wichtigsten Aspekte der vorrevolutionären Armee ist ihr politisches Bewußtsein. Statistische Angaben des Kriegsministeriums über die Zahl der Schreibkundigen unter den Einberufenen für das Jahr 1904 ergeben folgendes Bild⁷:

Rußland insgesamt	Ostsee- Provinzen	Jaroslavler Provinz	St. Petersburg und Umgebung	Provinz Smolensk	Permer Provinz	Volynien	Ufa Provinz
55,5%	99%	87%	90%	66%	50%	35%	27%

Obwohl Planungen vorsahen, spätestens bis zum Jahr 1922 allen Bürgern Rußlands eine Schulausbildung zu ermöglichen und in den letzten Friedensjahren recht viel zur Anhebung des Bildungsniveaus getan wurde⁸, betrug der Anteil der Analphabeten unter den Soldaten zu Kriegsausbruch immer noch 30-40%⁹. Die Armeeführung versuchte diese „Not“ durch Militärschulen zu lindern¹⁰, konnte aber allein diese

¹ Ebd., **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 1., S. 74-86.

² **Denikin, A.**, *Staraja armija*, Bd. 142-143.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Auch im Bezug auf Offiziere unterer Ränge war diese Maßnahme anwendbar, **Denikin, A.**, *Staraja armija*, Bd. 2., S. 27-28.

⁶ Denikin schreibt, daß im Kijever Militärdistrikt zu seiner Zeit jede einzelne Tötlichkeit der Offiziere den Soldaten gegenüber dem Bezirkskommandeur persönlich gemeldet werden mußte und immer geahndet wurde, **Denikin, A.**, *Staraja armija*, Bd. 2., S. 142-143.

⁷ **Thaden, E.**, *Russia Since 1801*, S. 330.

⁸ **Kerenskij, A.**, *Die Kerenskij - Memoiren*, S. 129f.

⁹ **Denikin, A.**, *Put ruskogo ofizera*, S. 123, **Rašin, A.**, *Gramotnost i narodnoje obrazovanije v 19 i načale 20 v.*, in: *Istoričeskij žurnal*, Moskau 1951, Bd. 37., S. 45f.

¹⁰ Ebd.

beschämenden Versäumnisse des Staates nicht beheben. Rußland war der einzige europäische Staat mit Großmachtaspirationen, der es um die Jahrhundertwende nicht geschafft hatte, allen seinen Bürgern das Lesen beizubringen. Dies ist um so peinlicher, als in den Westprovinzen des russischen Reiches, wo bis 1905 ein Sprachverbot herrschte und nationale Schulen geschlossen blieben, alle schreibkundig waren. Allerdings konnten viele der als „schreibkundig“ registrierten Westeuropäer nicht viel mehr als ihren Namen lesen oder schreiben, von politischer Bildung ganz zu schweigen. Dem Bauernsoldaten waren die politischen Ideen der Opposition in der Regel fremd. Es gab jedoch ein anderes Problem, das die politisch grundsätzlich desinteressierten „Bauern in Uniform“ unter gewissen Umständen zu einem revolutionären Sprengsatz von ungeheurer Kraft machen konnte, nämlich der Landhunger, der den bäuerlichen Jahrhundertwunsch nach gewaltsamer Bodenverteilung verkörperte¹.

Das Bauerntum bildete in Rußland bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen ständigen Unruheherd. Das Agrarproblem war durch die Abschaffung der Leibeigenschaft nicht gelöst worden. Die Bauern Zentralrußlands waren mit ihrer Lage auch nach 1863 unzufrieden, und zwar in doppelter Hinsicht. Erstens bekamen sie die von ihnen bearbeiteten Grundstücke nicht kostenlos, sondern mußten sie von den Großgrundbesitzern zurückkaufen, was sie als ungerecht empfanden²*. Zweitens waren die erhaltenen Grundstücke in der Regel kleiner, als während der Leibeigenschaft, noch dazu machte die Bodenreform die Bauern nicht zu Privateigentümern. Sie lebten in der Mehrzahl in Dorfgemeinden, die weder privates Grundeigentum kannten, noch geeignet waren, die Bodenbearbeitungskultur zu heben³. Der europäische Teil Rußlands war überbevölkert. Es lebten dort mehr als vier Fünftel der Bevölkerung. Die durchschnittliche Grundstücksgröße in den zentralen Gebieten Rußlands betrug 1,8 ha und war damit sogar kleiner als in den westeuropäischen Ländern (in Frankreich waren es durchschnittlich 1,83, in Deutschland 1,95 und in England 2,82 ha)⁴. Die Bodenbearbeitungskultur war mäßig; der vom Bauern bearbeitete Boden wurde von der Gemeinde alle paar Jahre wieder neu verteilt, was es reizlos machte, in den Boden zu investieren. Diese Einstellung verhinderte jede Einführung technischer Erneuerungen (z. B. wandte man in Rußland keine chemischen Düngemittel an). Die Bauern waren kaum in der Lage, ihre großen Familien (vor Kriegsausbruch hatte eine Bauernfamilie durchschnittlich 10-12 Kinder) zu ernähren. Auswandern, wie viele im überbevölkerten vorindustriellen Europa des 19. Jahrhunderts, wollten sie nicht. Vom Tode Alexanders II. bis zur Reform Stolypins wurde zur Verbesserung der Verhältnisse auf dem Lande nicht viel getan, und so neigten die großenteils in Armut lebenden Bauern zunehmend zur „Schwarzen Umverteilung“.

¹ **Maslov, S.**, *Agrarnaja revoliuzija v Rossiji*, Prag 1928, **Willetts, H.**, *Die russische Agrarfrage nach der Bauernreform*, in: **Geyer, D. (Hrsg.)**, *Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland*, Köln 1975, S. 168-188 und insbesondere **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 164-188.

² Dieses Phänomen hat einen geschichtlichen Hintergrund, denn ursprünglich gehörte der ganze Boden dem russischen Zaren, der dann dem Adel Landgüter für Staatsdienste verlieh. Bedingung dieser Entlohnung war allerdings ein aktiver Staatsdienst seitens des Adels (alle Stände in Rußland waren verpflichtet, aktiv dem Staat zu dienen). Im 18. Jh. jedoch wurde der Adel vom Staatsdienst befreit, und die verliehenen Lehen entwickelten sich zum unbeschränkten privaten Grundeigentum. Mit anderen Worten, der Adel wurde zum Grundeigentümer, ohne - wie ursprünglich vorgesehen - dem Staat zu dienen. Allein die russischen Bauern haben es nie vergessen, daß die Besitztümer ihrer Herren nur dem Zaren gehörten und den Gutsbesitzern ursprünglich nur zeitweilig verliehen worden waren. Und von dem Augenblick an, wo diese Dienstlehen Privateigentum der Adeligen geworden waren, warteten die Bauern beharrlich auf die Zeit, in der dieses Land wieder dem Zaren zurückerstattet und an sie weiter verteilt werden würde. Dazu ausführlicher **Miljukov, P.**, *Rußlands Zusammenbruch*, Berlin 1925, Bd. 1., S. 13-15.

³ **Oldenburg, S.**, *Zarstvovanije imperatora Nikolaja II*, S. 164-188.

⁴ **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 2., S. 74-86.

Kenner der Materie stimmen darin überein, daß das Offizierskorps vor der Revolution weitgehend apolitisch war. Es mischte sich nicht nur nicht in die Politik ein, sondern zeigte gar kein Interesse daran¹. In den Offiziersklubs galt ein Gespräch über Politik als Geschmacklosigkeit. Die Offiziere blickten auf Zivilisten, insbesondere auf Politiker herab; sie beteiligten sich nicht an der Politik, weil sie die Befürchtung hegten, daß sie vielleicht ihren Treueid dem Zaren gegenüber nicht einhalten könnten. Dazu erzogen, in bedingungsloser Loyalität zur bestehenden Staatsmacht die höchste Tugend zu sehen, waren sie besonders schlecht darauf vorbereitet, die 1917 ausbrechenden Konflikte zu bestehen. Die „Depolitisierung“ der Streitkräfte am Vorabend des I. Weltkrieges erreichte kuriose Ausmaße. Obwohl die russischen Streitkräfte - ähnlich wie in Deutschland - mit dem bedrohlich anwachsenden Einfluß sozialistischer Ideen im Staat konfrontiert waren, war den Soldaten nicht nur sozialistische Propaganda strengstens verboten, sondern den Offizieren wurde auch untersagt, Gegenpropaganda zu betreiben². Das hatte tragische Folgen: Die Ereignisse von 1917 trafen ein völlig unvorbereitetes Offizierskorps³. Sie waren unfähig, der Propaganda der Sozialisten entgegenzutreten. Diese extreme „Depolitisierung“ des Offizierskorps wiegt besonders schwer angesichts des Umstands, daß die Soldaten 1905 aufgrund ihres Unwissens höchst anfällig für die Propaganda verschiedener Extremisten waren. Als die Februardemokratie allen Parteien den uneingeschränkten propagandistischen Zugang zu den Fronttruppen ermöglichte und durch ihre vorschnelle Gesetzgebung das Offizierskorps entmachtete, war sie nicht mehr Herr der Lage und unfähig, dem Zerfall der Armee entgegenzutreten⁴ *.

Die Ereignisse der ersten Wochen der Februarrevolution versetzten das gesamte Offizierskorps in einen Schockzustand; die Frontoffiziere wußten nicht, wie sie den neuen, bisher unbekanntenen Herausforderungen begegnen sollten. Die militärische Maschinerie hatte bislang funktioniert, weil der Zar im Sommer 1914 die Mobilmachung verfügte und die Armeen gegen die Mittelmächte in den Krieg schickte. „Sie befehlen, wir marschieren“, lautete das offizielle Motto der Armee seit Jahrhunderten. Die Rollen waren demnach exakt verteilt: Der Monarch befahl dem Offizierskorps, die Offiziere den Soldaten. Über Sinn oder Unsinn dieses Krieges wurde nur wenig nachgedacht, da es dem Monarchen vorbehalten war, Entscheidungen zu treffen. Den Offizieren waren dabei die Kriegsziele gut begreiflich: Mehrheitlich gingen sie davon aus, daß die Mittelmächte ihr Land bedrohten⁶. Sie befürchteten die Zerstückelung des Imperiums, für das ihre Väter dreihundert Jahre lang gekämpft hatten. Die von der Stawka abgehaltene Beratung der Armeespitzen kurz nach der Februarrevolution verwarf einen möglichen Separatfrieden mit der Begründung, die Westalliierten würden ihnen dann zuvorkommen und selbst Frieden auf Kosten Rußlands schließen. Ihrer Meinung nach waren die

¹ Ganz anders in der Armee Japans, wo ideologischer Indoktrinierung besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, vgl. **Gluck, C.**, *Japan's Modern Myths. Ideology in the late Meiji Period*, Princeton 1985. Die russische Armee wurde anscheinend gar nicht indoktriniert, vgl. **Denikin, A.**, *Staraja armija*, Bd. 1., S. 50f.

² **Denikin, A.**, *Staraja armija*, Bd.1., S. 50f., **Brusilov, A.**, *Moji vospominanija*, S. 270-271f.

³ Ebd.

⁴ Brusilov widmete in seinen Erinnerungen dem Problem der politischen Inkompetenz des Offizierskorps unter anderem auch folgende Zeilen: „*Unser Offizierskorps verstand nichts von der Politik und geriet nach dem Umsturz in eine erbärmliche Lage. Auf einem Meeting konnte den Offizier buchstäblich jeder beliebige Propagandist (auch ein solcher der nur zwei, drei Bücher gelesen hatte) ohne Mühe niederargumentieren und die Soldaten auf seine Seite ziehen*“, **Brusilov, A.**, *Moji vospominanija*, S. 271. Vgl. **Volkov, S.**, *Russkij ofizerskij korpus*, Moskau 1993.

⁵ **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 77-80.

⁶ **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 43f.

westeuropäischen Länder zu dicht besiedelt und ressourcenarm; sie würden deshalb die Mittelmächte leicht überreden, sich mit territorialen Zugewinnen und dem Naturreichtum Rußlands entschädigen zu lassen¹.

Die Bauernsoldaten kämpften nicht minder tapfer als ihre Offiziere, jedoch aus anderen Gründen². Franzosen und Deutsche glaubten jeweils, ihr Land gegen drohende Unterjochung verteidigen zu müssen; trotz ihrer unterschiedlichen Staatsordnungen standen sich kaiserliche und republikanische Soldaten in Sachen Patriotismus in nichts nach. Nicht minder patriotisch empfand der britische Soldat, der sein Leben für den Erhalt des Empire und seiner Suprematie nicht nur in Europa, sondern auch in Asien, Afrika und im Atlantischen Ozean einsetzte. Der russische Soldat kämpfte nicht minder verbissen, jedoch fehlte es ihm an innerer Motivation. Die nationalistischen Gefühle der anderen Europäer waren ihm fremd; er tat seine Pflicht, weil es der Zar durch seine Offiziere befohlen hatte. Deutsche und Österreicher gingen ihn nichts an, vorausgesetzt, sie ließen ihn in Ruhe und belagerten nicht gerade sein Dorf. Die Verteidigung serbischer „Glaubensbrüder“ war ihm ebenfalls fremd³. Auch die religiöse Verbundenheit der russisch- und serbisch-orthodoxen Glaubensbrüder war ein Produkt der überreizten Vorstellungskraft deutscher und österreichischen Nationalisten⁴; ohnehin hatte man die sprichwörtliche Religiosität der russischen Bauern stark übertrieben, wie die späteren Ereignisse zeigen sollten. Zur Bestürzung der russischen Slawophilen war die Bauernschaft nur äußerlich religiös. Die Kirche hatte auf die Dörfer Rußlands nur wenig Einfluß; die Bauern besuchten zwar die Gottesdienste, betrachteten die Dorfgeistlichen aber als eine Art „Händler mit Hostien“⁵. An der Südfront sah Denikin, wie Soldaten, die in einer orthodoxen Kirche einquartiert waren, darin eine Toilette errichteten, weil es draußen zu kalt war⁶. Bei den Soldaten der gegenüberliegenden Seite, den Armeen Leopolds von Bayern etwa, ist so ein Verhalten in einer katholischen Kirche schwer vorzustellen. Wären die Bauern in Rußland tatsächlich religiös gewesen, wäre es Lenin nicht nur schwer gefallen, die Kirche 1921 so zu zerschlagen, wie er es getan hat, sondern es hätte womöglich auch die russische Geschichte im Jahre 1917 einen ganz anderen Weg eingeschlagen.

Wie bereits erwähnt, war Kriegsmüdigkeit kein bestimmender Faktor; die Soldaten in den Schützengräben gegenüber waren nicht minder erschöpft⁷. Am Heilig Abend 1916 führte die 12. Armee an der Nordfront einen Infanterieangriff auf die deutschen Stellungen bei Babit durch. Die deutsche 8. Armee erlitt dabei erhebliche Verluste, ihre Stellungen wurden überrannt⁸. Interessant ist weniger die lokale Bedeutung dieses Sieges, als vielmehr die Art und Weise, wie er erfolgte: Die Russen griffen die befestigten Stellungen bei Temperaturen um -20° Grad an, trotz der Schneeberge, die mancherorts den Angreifenden bis zur Brust reichten⁹. Der Angriff erfolgte bei Nacht, ohne jegliche Artillerievorbereitung, auf die wegen des

¹ Vgl. Protokoll der Rede des Kommandeurs der Westfront V. Gurko auf der Beratung Frontkommandeure in der Stawka, **Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 95f.

² Die beste Beschreibung des seelischen Zustands der russischen Soldaten im 1. Weltkrieg ist A. Solženyzin gelungen. Vgl. **Solženyzin, A.**, *Das rote Rad. August vierzehn*, München - Zürich 1987 und **Solženyzin, A.**, *Das rote Rad. November sechzehn*, München - Zürich 1986.

³ So D. Oskin, der interessante Memoiren aus der Sicht eines Soldaten schrieb, vgl. **Oskin, D.**, *Zapiski soldata*, S. 36f.

⁴ Ebd.

⁵ **Krafcinskij, F.**, *The russian Peasantry*, New York 1898, S. 229f.

⁶ **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 77-80.

⁷ Zur Moral der deutschen Soldaten in der zweiten Hälfte des Weltkrieges vgl. **Jünger, E.**, *In Stahlgewittern*, Stuttgart 1961.

⁸ Ausführlich dazu siehe **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 117f.

⁹ Ebd.

Überraschungseffekts verzichtet wurde. Auch auf ihre Schußwaffen verzichteten die Russen: Gekämpft wurde größtenteils mit blanken Bajonetten, da General Dmitrijev die Gewehrmagazine entfernen lassen¹. Die Soldaten waren also durchaus noch bereit, ihr Leben einzusetzen, weil eine starke und in der Tradition verwurzelte Macht das Land führte. Die Ereignisse 1917 führten dahingehend schnell eine Wende herbei. Mit der Abdankung des Zaren war das wichtigste Stück aus der traditionellen Militärstruktur herausgebrochen. Mit dem Sturz der Monarchie verbanden die Soldaten instinktiv auch das Ende ihrer Pflicht der Monarchie gegenüber. Die Befehle des Zaren hatten sie befolgt, denn er und seine Vorgänger hatten schon immer Rußland Befehle erteilt. Den neuen „demokratischen Zaren“, Ministerpräsident Fürst Lvov, kannten sie kaum. In ihren Augen war er ein Emporkömmling, der mit den anderen Ministern eine gesellschaftliche Schicht repräsentierte, die in der letzten Zeit durch Ausschweifungen aufgefallen war. Die Radikalen hielten die Bauern für unreif und bedienten sich des Volkes nur, um es gegen die verhaßte Monarchie einzusetzen. Die Bauern, ob in Uniform oder in den Gemeinden, wußten instinktiv darum und waren ihrerseits den gebildeten Schichten mehrheitlich ebenfalls unfreundlich gesonnen. Diese gegenseitige Abneigung war in Rußland stärker ausgeprägt, als irgendwo sonst in Europa. Wenn die Gebildeten die Bauern für primitiv hielten, so galt bei diesen besonders die Intelligenzija als realitätsfern. Für den Zaren zu kämpfen war der Bauer seit Generationen gewohnt, für die neuen Herren zu sterben fiel ihm gar nicht ein, schon gar nicht, weil die gebildeten Schichten dem Krieg fernblieben. Mit dem Zaren hatte für den Bauern auch der Staat abgedankt; damit war sein Militärdienst beendet. Die von der Provisorischen Regierung und dem Ispolkom geschaffenen Zustände im Hinterland bestärkten ihn in diesem Entschluß: Warum sollte er in den Schützengräben sein Leben aufs Spiel setzen, während die Arbeiter in den Städten einen Achtstundentag und umfangreiche Lohnerhöhung durchsetzten und von der Heimat Nachrichten eintrafen, daß die Dorfgemeinden das Land unter sich verteilten? Der Offizier, der ihn zum Weiterkämpfen beschwor, erschien immer verdächtiger. Die zahlreichen Presseerzeugnisse, die seit Februar die Front überfluteten, stellten ihn als einen reaktionären Klassenfeind dar. Das offizielle Blatt des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten der Hauptstadt, „Izvestija“, war da keine Ausnahme. Am 14. März forderte Steklov, einer der Mitbegründer des Sowjets, die Soldaten auf, ihre Offiziere zu überwachen. In der „Izvestija“ war zu lesen, daß er den Soldaten das Recht zubilligte, einen „konterrevolutionären Offizier zu töten, bevor er seine Hand gegen die Revolution erheben“ könne².

Armeeleitung und Regierung ergriffen keine Initiative, die Front über die tatsächlichen Geschehnisse aufzuklären und für sich zu gewinnen. Die Soldaten wurden einfach ihrem Schicksal überlassen. Im „Archiv Oktjabrskoj Revoljuziji“, das sich erschöpfend mit dem Zerfall des Frontheeres beschäftigt, befinden sich Aufzeichnungen eines Unbekannten, welche die damaligen Empfindungen der Frontoffiziere anschaulich schildern. Sein Brief endet mit folgenden Sätzen: *„Die Deutschen jubeln. Sie stellen Plakate auf, lassen Orchester spielen, schießen Salut. Wir versuchten anzugreifen, wurden aber zurückgeschlagen. Unsere Kommandeure sind orientierungslos und wissen nicht, was sie machen sollen. Wahrscheinlich sollten wir selbst eine Parade mit Salut abhalten und den Augenblick der geistigen Freude für unsere Ziele nützen ... Das Leben der Kompanien fließt aber weiter, als ob nichts geschehen wäre. Es ist fürchterlich, aber ich glaube, daß nach*

¹ Ebd.

² Steklov, J., in: *Izvestija* vom 14. 03. 1917, S. 2f.

der Verabschiedung des Manifests auch bei uns irgend etwas geschehen wird“¹. Bezeichnend für die damalige Situation ist auch, daß vielerorts die Soldaten von der Revolution aus den gegenüberliegenden Schützengräben erfuhren². Die Offiziere vor Ort waren von den Ereignissen überrollt worden und wußten nicht, wie sie ihren Mannschaften gegenüber treten sollten. Die politische Lage war verwirrend. Eigentlich standen die Chancen der Offiziere, Soldaten für sich zu gewinnen, anfangs gar nicht so schlecht; das Offizierskorps war die einzig noch funktionierende Einrichtung in Rußland. Bei der damaligen Infrastruktur hätten Soldaten in abgelegenen Regionen, irgendwo in den Sümpfen Weißrußlands oder in Rumänien trotz aller Dekrete nur soviel von den Ereignissen erfahren, wie man ihnen mitgeteilt hätte³. Aber es war den Frontoffizieren nicht möglich, die Soldaten auf ihre Seite zu ziehen, weil sie selbst nur Befehlsempfänger der Zivilgewalten waren und die Provisorische Regierung ihnen gegenüber nicht gerade wohlgesonnen war.

In dieser Situation machte sich die politische Unerfahrenheit der Offiziere deutlich bemerkbar. Auch sie hielten ihre Soldaten für unreif und verwirrten sie noch mehr durch ihre merkwürdigen Einfälle. In der Usurischen Reiterarmee, von der noch die Rede sein wird, unterrichtete ein Hauptmann die Soldaten von der Abdankung des Zaren mit der Erklärung: „Seine Majestät ist verrückt geworden“⁴. Derartige innere Unsicherheit war kein Einzelfall. Wie General Wrangel bemerkte, waren die Erklärungen, mit denen die Offiziere vor versammelter Mannschaft aufwarteten, meist sinnlos: „Seine Majestät wurde von der schweren Arbeit für den Staat müde und genehmigte sich eine Ruhepause. Deswegen übergab er seine Macht für kurze Zeit den Volksvertretern und beobachtet sie jetzt aus der Zurückgezogenheit. Dies alles ist eine Revolution. Wenn jemand etwas anderes behauptet, schickt ihn zu mir und ich werde ihm persönlich die Visage polieren. Es lebe Seine Majestät der Kaiser. Hurra!“⁵. Obwohl es unter den russischen Berufsmilitärs zahlreiche kompetente und ehrliche Menschen gab, die bereit waren, ihr Leben für ihre Überzeugungen hinzugeben, trieb die Umwälzung auch viele Karrieristen an die Oberfläche, die bereit waren, ihre Überzeugungen jederzeit dem Aufstieg in eine der vakant gewordenen Stellungen zu opfern. Dafür glaubten sie sich den neuen Machthabern verpflichtet und sahen in der Loyalität dem Sowjet gegenüber keinen Widerspruch zu ihrer Berufsauffassung. Die Sowjets, an der Front Komitees genannt, gründeten in der Regel nicht etwa Frontsoldaten, sondern Karrieristen aus den Stäben, wie der spätere Rote Marschall, Hauptmann Jegorov, der das erste Komitee ins Leben rief⁶.

Die Zerschlagung der militärischen Befehlsstruktur wirkte ähnlich wie die Zerstörung der Administration im Hinterland⁷. Die Frontsoldaten nahmen aktiv an der neuen Armeeordnung teil, aber die Revolution interessierte sie nur insofern, als sie hofften, bald nach Hause zurückkehren zu können. Als mit der Disziplin auch der innere Zusammenhalt verloren ging, begann das Frontheer zu schwanken. Der beginnende Zusammenbruch zeigte sich an der Fraternisierungsbereitschaft, deren Rahmen auf Betreiben deutscher und

¹ Zitiert bei **Melgunov, S.**, *Martovskije dni 1917 goda*, S. 58f.

² Ebd.

³ **Melgunov, S.**, *Martovskije dni 1917 goda*, S. 255f.

⁴ **Wrangel, P.**, *Zapiski*, S. 190f.

⁵ **Melgunov, S.**, *Martovskije dni 1917 goda*, S. 255f.

⁶ Vgl. **Jegorov, A.**, *Razgrom Denikina*, Moskau 1931.

⁷ Vgl. **Miljukov, P.**, *Geschichte der zweiten russischen Revolution*, Bd. 1., S. 64-69, **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 270f.

österreichischer Offiziere entstanden war. Sobald den Offizieren die Gewalt über ihre Mannschaften entzogen worden war, tauchten deutsche und österreichische Parlamentäre im Niemandsland auf, versprachen den russischen Soldaten, die Feindseligkeiten einzustellen und luden sie ein, ihre Stellungen zu besuchen. Im März verließen die von Neugier getriebenen Soldaten ihre Schützengräben und machten ihre Visite. Empfangen wurden sie mit Wodka und Proklamationen. Veröffentlichte Beispiele dieser Proklamationen weisen deutlich auf eine zentrale Herausgeberschaft hin¹. Die Russen wurden belehrt, daß sie diesen Krieg für das Konto des britischen und französischen Imperialismus sowie der einheimischen Kapitalisten und Generäle führten und dabei keine Chance hätten, die Mittelmächte zu besiegen. Man rief sie auf, ihre Waffen niederzustrecken und die Front zu verlassen, da weder Deutschland noch seine Verbündeten weitere Offensiven planten. Die Propaganda richtete sich vor allem gegen die russischen Offiziere, denen die Soldaten den Gehorsam verweigern sollten². Besonders nachdem die russischen Offiziere den Beschuß der Parlamentäre angeordnet hatten, rief man die Soldaten auf, ihre Offiziere zu beseitigen. Zur glaubwürdigen Gestaltung ihrer Friedensliebe wurden besonders zuverlässige Soldaten ausgewählt und ihrerseits zur Verbrüderung mit den Russen geschickt. Diese Politik führte zwar nicht zur Auflösung der russischen Frontarmeen, jedoch hat sie ihren Beitrag zur Auflösung der Disziplin zweifellos geleistet. Von den 220 Divisionen der Westfront waren im Mai 162 von den Verbrüderungen erfaßt; 38 verkündeten, nicht mehr kämpfen zu wollen³. Die Verbrüderungen wurden auf Bitten der Österreicher hin gestoppt, deren Armeen sich infolge der Begegnungen mit den Russen zu zersetzen begonnen hatten. Ernüchternd auf die Russen wirkten die Maßnahmen der Deutschen, die trotz aller Beteuerungen ihre militärischen Ziele nicht aus den Augen ließen. Am 22. März griffen die Deutschen einen russischen Brückenkopf am Stochodfluß in Weißrußland an. Sie zerstörten die Brücken und schnitten dadurch Teilen des 3. Armeekorps den Rückzug ab. Von den 20 000 Soldaten dieses Korps wurden 3 000 getötet, 10 000 gerieten in Gefangenschaft. Auf die russischen Soldaten wirkten besonders die mit Giftgas präparierten deutschen Geschosse ernüchternd⁴.

Ein weiteres untrügliches Anzeichen des beginnenden Verfalls war die rasch ansteigende Zahl der Deserteure. Nach offiziellen Angaben der Armeeführung verließen vor der Februarrevolution monatlich annähernd 7 000 Soldaten willkürlich ihre Einheits. Die Zahl ist nicht besonders groß; es handelte sich zumeist um Rekruten der Reserveeinheiten im Hinterland, die zu großen Teilen wieder eingefangen und an die Front geschickt wurden. Bis Ende Mai schnellte die Zahl der Deserteure auf monatliche 34 270 Mann empork und überstieg im Juli 40 000, wovon hauptsächlich Fronteinheiten betroffen waren⁶. Diese Angaben müssen um die organisierte und zahlenmäßig viel breitere Desertation ergänzt werden, die von der Statistik nicht erfaßt wird, da sie „legal“ erfolgte. Die Komitees hatten die Befugnis, Soldaten zu beurlauben, sei es als Delegierte der örtlichen Räte oder aufgrund ihrer familiären Lage. Schätzungsweise verließen bis zum Sommer mehr als 1,5 Mio. Soldaten mit verschiedenen Bescheinigungen die Front - im Grunde genommen eine inoffizielle

¹ Ausführlich dazu, *Fevralskaja Revoliuzija 1917 goda: Dokumenty Stavki verchnonogo glavnokomandujuščego i štaba glavnokomandujuščego armijami severnogo fronta*, in: *Krasnyj Archiv*, Moskau 1927, Bd. 2., Nr. 2f.

² Ebd., *Semennikov, Politika Romanovych nakanune revoliuziji*, S. 94-95.

³ *Kersnovskij, A., Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 270f.

⁴ Ebd.

⁵ *Zentralnoje statističeskoje upravlenie (Hrsg.), Rossija v mirovoj vojne 1914-1918 goda (v zyfrach)*, S. 24-29.

⁶ Ebd.

Demobilisierung¹. Die Soldaten zogen zurück in ihre Dörfer und nahmen an den Übergriffen auf Privateigentum teil, die sich dadurch ausbreiteten und zunehmend radikalisierten. Während im Frühjahr die Enteignungen noch friedlich verlaufen waren, wurden von den 120 Fällen organisierter Übergriffe im Juli 100 als gewalttätig registriert². Bauernunruhen und Desertationen stimulierten einander und erreichten kurz vor der Machtergreifung der Bolschewiki ihren Höhepunkt.

Die riesigen Frontarmeen zerfielen nicht sofort: Der Verfall wurde im Anfangsstadium entscheidend durch die Autorität der Offiziere verlangsamt. Dabei zeichnet sich eine interessante Tendenz ab, die bis zur völligen Auflösung der Frontarmeen im Herbst 1917 konstant blieb: Je weiter nämlich die Front vom Revolutionszentrum entfernt war, desto langsamer schritt der Verfall voran³. Am schlimmsten waren die Nord- und Westfront mit ihren Basen Petersburg und Moskau im Rücken betroffen. Etwas besser war die Lage an der Südwestfront, da Kijew weniger stark von der Revolution erfaßt wurde. Und schließlich vermochte die rumänische Front auf fremdem Territorium die militärische Disziplin am längsten zu bewahren⁴.

Kap. 12. Die Voraussetzungen für den Sieg der Bolschewiki. Lenin

Jedes Volk strebt nach nationaler Wohlfahrt, sozialer Gerechtigkeit und einer humanen Gesellschaftsordnung; so auch Rußland im Februar 1917. Die ungeheure Popularität der Provisorischen Regierung und des Sowjets in der Bevölkerung während der ersten Wochen bezeugt, daß mit der Februardemokratie viele Hoffnungen verbunden waren. Die Ideale waren zweifellos demokratisch. Die Revolution stellte die einzigartige Chance dar, die beschleunigte Reformierung des Landes in Angriff zu nehmen, noch verbliebene Relikte der Rückständigkeit durch modernere Strukturen zu ersetzen und dem Land einen starken Impuls zur nationalen Wohlfahrt zu verleihen. Jede Revolution birgt aber neben den großartigen Chancen auch gewisse Gefahren für das Land, deren größte die Illusion ist, das alte Leben von heute auf morgen durch ein neues ersetzen zu können. Die Februardemokratie mußte noch einige Bedingungen erfüllen, um ihren Idealen ein stabiles Fundament zu verleihen: Zuerst die Einberufung der verfassunggebenden Versammlung, um der neuen Staatsordnung unbestrittene Legitimität zu verleihen. Dann tiefgreifende Reformen, und schließlich mußten stabile Verhältnisse folgen, um den Staat vor den Übergriffen radikaler Randgruppen zu schützen. Wie die Geschichte der Weimarer Republik gezeigt hat, haben demokratische Staaten keine Überlebenschancen ohne Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung. In Rußland war diese Mehrheit das Bauerntum. Daher bemerkte Nikolaj II. - eben kein Dilettant in Fragen russischer Innenpolitik-, daß in Rußland alle politischen Fragen verglichen mit der Bauernfrage nur zweitrangige Bedeutung haben⁵. Auch L. Tolstoj warnte seine Mitbürger: *„Die russische Revolution wird sich nicht gegen den Zaren oder die Unterdrückung richten, sondern gegen das Grundeigentum. Ihr Ruf wird sein: Von mir, dem Menschenwesen, nehmt alles was ihr wollt, aber gebt uns das*

¹ Frenkin, M., *Russkaja armija i revoliuzija*, S. 195f.

² Chamberlin, W., *Die russische Revolution 1917-1921*, Bd. 1., S. 231.

³ Ebd.

⁴ Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 1., S. 72-74.

⁵ Bochanov, A., *Nikolaj II*, S. 336-337f.

ganze Land“¹. Die Konsolidierung der Demokratie in Rußland war von umfassenden Agrarreformen abhängig. Schließlich gab es noch den Krieg, ohne dessen vernünftige Beendigung alle anderen Aufgaben unerfüllbar waren. Tiefgreifende strukturelle Umgestaltungen haben zur Bedingung, daß alle verfügbaren Ressourcen dazu mobilisiert und eingesetzt werden. Der Februardemokratie mißlang die Verwirklichung dieses Programms.

Als in Frankreich die Revolution von 1848 den „Bürgerkönig“ Louis Philippe stürzte, dauerte es keine zwei Monate, bis die verfassunggebende Versammlung zusammentrat und das Land eine durch das Volk legitimierte Regierung erhielt. Nicht so in Rußland. Die Provisorische Regierung und der Sowjet hatten sich zwar verpflichtet, möglichst schnell Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung einzuberufen, bewältigten jedoch ihre Aufgabe nicht in den ganzen 8 Monaten, die ihnen zur Verfügung standen. Schon die Wahlkommission wurde erst am 25. März bestätigt und hat sich dann - nach den Worten Nabokovs - „grundsätzlich mit weniger wichtigen Problemen“ beschäftigt². Die Wahlen wurden erst am 12. November 1917 durchgeführt, als es bereits zu spät war und die Macht den Bolschewiki schon gehörte. Gleich zu Beginn ihrer Arbeit verzettelte sich die Wahlkommission hoffnungslos in ideologischen Streitigkeiten und ließ den Eindruck entstehen, daß die Politiker die Wahlen gar nicht anstrebten, sondern nur darauf bedacht waren, ihre Posten zu behalten³. Die mit dem Krieg verbundenen Schwierigkeiten spielten dabei nur eine untergeordnete Rolle, obwohl sie den russischen Politikern stets als Rechtfertigung dienten. Schließlich gelang es in Deutschland 1918 - trotz Niederlage und Bürgerkrieg - die verfassunggebende Versammlung in weniger als vier Monaten einzuberufen, und so den radikalen Randgruppierungen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Dringend war die rasche Lösung der Kriegsfrage. Die Geschichte kennt kein Land, das nach Ausbruch einer Revolution einen Krieg mit Aussicht auf Erfolg weitergeführt hätte. Ganz im Gegenteil waren Thiers 1871 oder Ebert mit Groener 1918 bestrebt, möglichst schnell Frieden zu schließen und sich der Stabilisierung der inneren Lage zuzuwenden. Die Februardemokratie in Rußland glaubte aber trotz des rasch voranschreitenden Zusammenbruchs in der Lage zu sein, den Krieg weiterzuführen. Die russische Oberschicht hatte die Abdankung des Zaren herbeigeführt, weil sie glaubte, den Krieg besser führen zu können. Selbst die russischen Sozialisten vertraten nach der Februarrevolution mehrheitlich die Ansicht, daß es unabdingbar sei, den Krieg an der Seite der Westalliierten weiterzuführen⁴. Alle wichtigen sozialistischen Parteien Rußlands und deren Anführer befürworteten die Fortsetzung des Krieges bis zum Sieg⁵. In dieser Frage unterschieden sie sich von den bürgerlichen Politikern lediglich bezüglich der Kriegsziele. Während das von Miljukov geleitete Außenministerium stellvertretend für alle bürgerlichen Kreise Rußlands an den Kriegszielen des Zarenreiches festhielt und die Eroberung von Konstantinopel und den Dardanellen anstrebte, traten die sozialistischen Intellektuellen des Ispolkom für die Fortführung des Krieges bis zu einem Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ ein⁶.

¹ Tolstoj, L., *Zapisnaja knižka*, in: *Polnoje sobranije sočinenij*, Moskau 1952, Bd. 48, S. 85.

² Medlin, V., Parsons S. (Hrsg.), *V. Nabokov and the Russian Provisional Government 1917*, S. 135f.

³ Višnjak, M., *Vserossijskoje Učereditelnoje Sobranije*, Paris 1932, S. 73f.

⁴ Miljukov glaubte dadurch den Westalliierten das Signal zu geben, daß Rußland immer noch der treue Bündnispartner sei, Vasjukov, V., *Vnešnjaja politika Vremennogo Pravitelstva*, Moskau 1966, S. 87f.

⁵ Ebd., Buchanan, G., *My Mission to Russia*, Bd. 2., S. 90f.

⁶ Ebd.

In den ersten Kriegsmonaten sah man immer wieder Demonstrationen mit Plakaten wie „Krieg bis zum Sieg“ und „Für die Freiheit bis zum siegreichen Ende“¹. Nach Suchanov beteiligten sich an diesen Zügen auch zahlreiche Soldaten der Petersburger Garnison², ohne jedoch ihren Bekundungen Taten folgen zu lassen. Jeder Versuch, sie an die Front abzukommandieren, löste in der Hauptstadt gefährliche Krisen aus. Ein französischer Beobachter, der Petitionen der Soldaten an die Provisorische Regierung zu lesen bekam, gelangte zu dem Schluß, daß *„es bei ihnen so aussah, als betrachteten sie alle Befürworter des unverzüglichen Friedens als Anhänger des deutschen Kaisers“*³. Selbst die Bolschewiki unterstützten bis zur Ankunft Lenins mehrheitlich die Regierung und den Sowjet: *„Der Krieg geht weiter und es gibt keine Hoffnung, daß er morgen oder übermorgen aufhört ... Wenn eine Armee einer anderen gegenübersteht, dann wäre es die absurdeste Politik, vorzuschlagen, eine von beiden solle die Waffen niederlegen und nach Hause gehen. Das wäre keine Politik des Friedens, sondern eine Politik der Sklaverei“*, schrieb Stalin in der „Prawda“⁴. Die tragenden Parteien der Februardemokratie traten so einstimmig für die weitere Fortsetzung des Krieges ein, daß die Deutschen, die anfangs die Februarrevolution begrüßt hatten, später mehrheitlich die Meinung vertraten, sie sei durch die Intrigen englischer und französischer Diplomaten ausgelöst worden. Die Sozialisten verkündeten ihre Einstellung zur Kriegsfrage mit dem berühmten Aufruf *„An die Völker“*, den angeblich M. Gorkij verfaßte⁵: *„Genossen, Proletarier und Werktätige aller Länder! Wir, die russischen Arbeiter und Soldaten, die im Petersburger Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten vereinigt sind, entbieten euch unsere flammenden Grüße und machen euch Mitteilung von einem großen Ereignis: Die russische Demokratie hat den alten Despotismus des Zaren gestürzt und tritt nun ebenbürtig in eure Familie ein, um ihre ganze Kraft in den Kampf für unsere allgemeine Befreiung einzusetzen ... Noch haben wir unsere Sache nicht völlig gewonnen. Die Schatten der alten Ordnung haben sich nicht ganz verflüchtigt, und nicht wenige Feinde rüsten zum Kampf gegen die russische Revolution. Dennoch sind unsere Errungenschaften groß. Die Völker Rußlands werden ihren Willen in einer konstituierenden Versammlung zum Ausdruck bringen, die in Bälde auf der Grundlage einer allgemeinen, direkten, freien und geheimen Wahl einberufen werden soll. Und es kann bereits zuversichtlich vorausgesagt werden, daß die demokratische Republik in Rußland triumphieren wird. Das russische Volk besitzt völlige politische Freiheit. Es kann jetzt sein gewichtiges Wort bei der inneren Selbstbestimmung des Landes und seiner auswärtigen Politik sprechen. Wir wenden uns an alle Völker, die in diesem ungeheuerlichen Krieg der Kapitalisten von Ausrottung und Ruin heimgesucht wurden, und sagen ihnen, daß die Zeit gekommen ist, mit den räuberischen Bestrebungen aller Regierungen aufzuräumen ... Im Bewußtsein ihrer revolutionären Macht bekräftigt die russische Demokratie ihren Willen, mit allen Mitteln gegen die Eroberungspolitik ihrer eigenen Herrscherklasse zu kämpfen, und ruft die Völker Europas zur Entscheidungsschlacht über den Frieden auf. Wir appellieren an unsere proletarischen Brüder der österreichisch-deutschen Koalition und vor allem an das Proletariat Deutschlands. Von den ersten Kriegstagen an redete man euch ein, daß ihr im Kampf gegen das autokratische Rußland die europäische Kultur gegen den*

¹ Zereteli, I., *Vospominanija*, Bd. 1., S. 40.

² Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 224f.

³ Ferro, M., in: Pipes, R., *Revolutionary Russia*, New York 1969, S. 151-157.

⁴ Stalin, J., in: *Prawda*, vom 15. 03. 1917, S. 4.

⁵ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 221f.

*asiatischen Despotismus verteidigen würdet. Viele von euch erblickten darin die Rechtfertigung für ihre kriegerische Unterstützung. Nun aber entfällt diese Rechtfertigung, das demokratische Rußland wird die Freiheit und die Zivilisation nicht bedrohen. Wir werden unsere Freiheit energisch gegen jeden, innen und außen verteidigen. Die russische Revolution wird nicht vor den Bajonetten der Eroberer zurückweichen und sich nicht durch fremde Streitkräfte unterkriegen lassen ... Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“*¹.

Aus der Sicht der russischen Regierung war die Frage des Friedens ein sehr heikles Problem. In Rußland war man bestens informiert, welche Kriegsziele das Deutsche Reich in bezug auf ihr Land hegte. Ein russisches Friedensangebot wäre unweigerlich mit riesigen Territorialverlusten und Entschädigungszahlungen verbunden gewesen. Zahlreiche gebildete Russen waren daher der Ansicht, daß ein auf russischer Initiative abgeschlossener Separatfrieden mit Deutschland ökonomische und politische Sklaverei bedeutet hätte². Dennoch hätte die Provisorische Regierung erkennen müssen, daß nach den ersten Wochen ihrer Amtsführung die Zerfallserscheinungen im Land und in der Armee bereits solche Ausmaße angenommen hatten, daß ein sofortiges Friedensangebot die einzige Alternative zur nationalen Katastrophe war. Während das Chaos im Hinterland noch teilweise mit der Euphorie der Bevölkerung zu erklären war und sich möglicherweise noch rückgängig machen ließ, war der Zusammenbruch der Armee unaufhaltsam. Der Krieg war mit der Zerstörung des militärischen Organismus verloren und die Pflicht einer jeden realistisch denkenden Regierung wäre es gewesen, die Folgen der Niederlage zu minimalisieren: Genau das, was Ebert nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches auch getan hat. Aber die russischen Verantwortlichen erwiesen sich auch in dieser Sache als unfähig. Gegen jede Vernunft und alle Beispiele beschloß die Provisorische Regierung nicht nur, im Krieg zu verbleiben, sondern sogar eine großangelegte Offensive zu lancieren³. Diese Entscheidung ist um so verwunderlicher, als sich die allgemeine strategische Lage gegenüber 1916 grundsätzlich gewandelt hatte. Zum einen scheiterte die französische Frühjahrsoffensive von Nivelles, womit sich wiederum zeigte, daß der Krieg nicht durch schnelle Siege entschieden werden würde. Das neue französische Armeekommando ging zum „Zermübungskrieg“ über und war nicht in der Lage, die Russen zu entlasten. Zudem brachen im Frühsommer Meutereien unter den französischen Truppen der Westfront aus, die Frankreich beinahe eine Kriegsniederlage bescherten⁴. Ihre Ursache war der Unmut über die schweren Verluste im Verlauf der Nivellesoffensive, doch die Nachricht von der russischen Revolution und die Angst, ohne zweite Front im Osten allein gegen Deutschland stehen zu müssen, spielte auch eine erhebliche Rolle⁵. Frankreich stand mit 54 von der Meuterei betroffenen Divisionen kurz vor dem Zusammenbruch. Nur 2 loyale Infanteriedivisionen waren vor Paris verblieben⁶. Frankreich entging nur dadurch dem Untergang, daß die III. OHL diese einzigartige Chance

¹ Der volle Text des Aufrufes vgl. *Izvestija* vom 15. 03. 1917, S. 1.

² **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 162-174.

³ Ausführlich zur Vorbereitung der Junioffensive vgl. **Kerenskij, A.**, *Die Kerenski-Memoiren*, S. 275-290, **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., Teil 2., S. 89-105.

⁴ Einige deutsche Generäle behaupteten in ihren Kriegserinnerungen zu Recht, daß es einer der großen Fehler der OHL im Krieg gewesen war, diese Gelegenheit nicht auszunutzen, vgl. **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S.319-378.

⁵ Dazu ausführlich **Watt, M.**, *Dare call it Treason*, New York 1963.

⁶ **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 276.

ungenutzt verstreichen ließ; auch waren die französischen Generäle weit energischer als ihre russischen Kollegen¹ *.

Die Motive der Großoffensive an der Ostfront sind durchaus nachzuvollziehen; Mohilew hoffte, der Zersetzung der Militärdisziplin entgegenzuwirken und die endgültige Auflösung der Frontarmeen aufzuhalten. Die Generäle drängten ihrerseits, weil die Russen den Mittelmächten zum ersten Mal in diesem Krieg technisch ebenbürtig waren. Alle wußten, daß die Frontarmeen ohne nachhaltige Bestätigung infolge der neuen Gesetzgebung auseinanderfallen würden. Sie stellten den Politikern vage in Aussicht, den Verfall der Frontarmeen zu stoppen und dadurch Rußland doch noch vor der Niederlage zu retten. Im Prinzip erfüllten die Generäle nur ihre Pflicht; doch die Politiker hätten den Krieg beenden müssen. Diese zeigten sich jedoch nicht nur unfähig, pragmatische Entscheidungen zu treffen, sondern agierten auch denkbar unklug. Die Provisorische Regierung genehmigte nicht nur die Offensive, sondern verband sie auch mit ihrer Vertrauenswürdigkeit in der Zivilbevölkerung.

Der Wohlstand eines Volkes wird nicht durch Demagogie gewährleistet, sondern muß nach den Regeln der Marktwirtschaft hart erarbeitet werden. Wie bereits erwähnt, besaßen die Bauern ca. 90% des anbaufähigen Bodens und erfreuten sich darüber hinaus eines ungewohnten Wohlstands. Die restlichen 10% befanden sich nicht etwa ausschließlich in den Händen der Gutsbesitzer, sondern gehörten auch Städtern, die den Boden erworben hatten. Seit der Revolution von 1905 befand sich der russische Adel ökonomisch im Rückzug, so daß vor dem Weltkrieg nur noch drei von zehn „Dvorjane“ auf dem Land lebten². Viele landwirtschaftliche Großbetriebe wurden vor dem Krieg von bürgerlichen Besitzern betrieben (auch Trotzkijs Vater besaß einen landwirtschaftlichen Großbetrieb in Südrußland³) und waren wesentlich produktiver als die Bauernhöfe. Die russischen Bauernhöfe wirtschafteten unproduktiv und verbrauchten selbst ihre Erträge. Der eigentliche Weltlieferant war der Großbetrieb. Amtlichen Statistiken zufolge erwirtschafteten die „Gutsbesitzer“ pro Hektar bis zu 50% höhere Erträge als ihre bäuerlichen Nachbarn⁴. Die landwirtschaftlichen Großbetriebe waren Kulturinseln auf dem flachen Lande. Es war volkswirtschaftlich unsinnig, soziale Gerechtigkeit durch Verarmung der Reichen schaffen zu wollen. Einer vernünftigen Agrarreform in Rußland wirkten aber zwei Faktoren entgegen. Zum einen neigten die Bauern dazu, ihre Nöte durch „Schwarze Umverteilung“ lösen zu wollen. Dann hielten es auch die russischen Sozialisten für ausgemacht, daß die Agrarfrage allein durch Enteignung der Krone, der Kirche und der Grundbesitzer gelöst werden könne. Aber mit der schlichten Enteignung der Privatgrundbesitzer und der gleichmäßigen Verteilung ihres Vermögens an die Bauern war das

¹ Trotz den Bemühungen der französischen Geschichtsschreibung, dieses Faktum zu umgehen, muß betont werden, daß die Unterdrückung der Meutereien, die den späteren Endsieg ermöglichten, Frankreich nicht etwa Clemenceau, sondern Pétain zu verdanken hatte. Clemenceau wurde erst Premierminister, als die Meutereien abebbten und regierungstreue Truppen die Ordnung wiederhergestellt hatten. Die Krise in der Kriegsführung wurde durch eine Intrige ausgelöst, als die Minister Nivelles zu Fall brachten. Der spätere „Kolaborateur“ Pétain war nicht so charakterlos wie Aleksejev. Er führte, ohne Anweisungen der Regierung abzuwarten, energische Maßnahmen zur Befriedung der Truppen durch und erreichte dies mit minimalen Blutopfern. Französische Militägerichte verhängten lediglich 150 Todesurteile, von denen nur 23 vollstreckt wurden. Diese Meuterei war zu keinem Zeitpunkt eine wirkliche Bedrohung für den Staat - ein aufschlußreiches Zeugnis für den Zusammenhalt Frankreichs im Unterschied zu Rußland. Dazu ausführlich **Watt, M.**, *Dare call it Treason*, New York 1963, **Churchill, W.**, *Die Weltkrise*, Bd. 1., S. 255-282.

² **Pipes, R.**, *Geschichte der russischen Revolution*, Bd. 1., S. 155-160.

³ Ausführlich über L. Trotzki vgl. **Trotzkij, L.**, *Moja žizn. Opyt avtobiografii*, 2 Bde., Berlin 1930, **Volkogonov, D.**, *Trotzki. Das Janusgesicht der Revolution*, Düsseldorf - Wien - New York - Moskau 1992.

⁴ Vgl. **Jermolov, A.**, *Naš zemelnyj vopros*, St. Petersburg 1906, Pipes, Bd. 1., S. 200.

Problem der Bodenknappheit nicht zu lösen. Während der Herrschaftszeit Nikolajs II. beschäftigten sich zahlreiche Kommissionen mit der Agrarfrage, verwarfen aber die Enteignung der Großbetriebe immer wieder. Die Gründe, weshalb eine Enteignung der Besitzer am Kern des Problems vorbeiging, legte Stolypin dar: „Nehmen wir einmal an, die Regierung akzeptiert die totale Verstaatlichung als zweckmäßig und umgeht das Problem, daß sie auf diese Weise eine ganze Klasse von Grundbesitzern ruiniert, mit anderen Worten, sie findet sich mit der Zerstörung der verstreuten Kulturinseln auf dem flachen Land ab. Was wäre das Ergebnis? Würde diese Maßnahme wenigstens die materielle Seite der Agrarfrage lösen? Würde sie es möglich machen oder nicht, die Bauern dort wo sie wohnen, zufriedenzustellen? Diese Fragen lassen sich mit Zahlen beantworten, und aus den Zahlen, meine Herren, geht folgendes hervor: Wenn den Bauern ausnahmslos der gesamte private Grund und Boden, auch der in der nächsten Umgebung der Städte, übertragen würde, dann entfielen durch die Verteilung des bisherigen Gemeindelandes, vermehrt um die neuen Ackerflächen, in der Provinz Wologda auf jeden Haushalt 147 Desjatinen, in Olonetsk 185 und in Archangelsk sogar 1309 Desjatinen. Andererseits gäbe es in 14 weiteren Provinzen nicht einmal genug Land, um jeden Haushalt auch nur mit 15 Desjatinen zu versorgen. In Poltawa wären es lediglich neun und in Podolien sogar weniger als acht Desjatinen. Das liegt an der höchst ungleichen Verteilung des Bodens nicht nur der Krone und des Staates, sondern auch der übrigen privaten Ländereien in den einzelnen Provinzen. Ein Viertel des Bodens in der Hand von Privateigentümern liegt ausgerechnet in den zwölf Provinzen Rußlands, in denen das Gemeindeland 15 Desjatinen je Hof übersteigt, während lediglich ein Siebtel davon in den zehn Provinzen liegt, wo die Zuteilungen durch die Gemeinden mit sieben Desjatinen je Hof am niedrigsten sind. Es ist anzumerken, daß diese Zahlen das gesamte Land aller Eigentümer umfassen - das heißt nicht nur das der 107 000 Adeligen, sondern auch das von 490 000 Bauern, die Land auf eigene Rechnung gekauft haben (zwischen 1907 und 1914 kamen ca. 2, 5 Mio. Familien dazu), sowie das Land das 85 000 Stadtbewohnern gehört, wobei auf die beiden letztgenannten Gruppen 17 Mio. Desjatinen entfallen. Daraus folgt, daß eine Aufteilung des Landes pro Kopf der ansässigen Bevölkerung das Problem einer lokalen Bodenknappheit nicht lösen kann. Somit bleibt uns nichts anderes übrig, als auf die von der Regierung vorgeschlagene Maßnahme zurückzugreifen: Umsiedlung... Die Bodenfrage, meine Herren, läßt sich offensichtlich nicht durch Enteignung und Umverteilung von Boden im Privatbesitz lösen. Das wäre so, als wollte man ein Pflaster auf eine eiternde Wunde legen... Aber einmal abgesehen von den zuvor erwähnten materiellen Ergebnissen, was wird dabei dem Land angetan, was wird damit vom moralischen Gesichtspunkt aus erreicht? Das Bild, das wir jetzt in unseren Dorfgemeinden beobachten können - die Notwendigkeit für alle, sich einer einzigen Methode, Landwirtschaft zu betreiben, zu unterwerfen, die Erfordernis ständiger Umverteilungen, die Unmöglichkeit für einen Bauern mit Eigeninitiative, das ihm nur für eine bestimmte Frist zugewiesene Land nach eigenen Wünschen zu bewirtschaften - all das wird sich in ganz Rußland ausbreiten. Alles und jeder wird gleich sein, und Land wird ebenso zu einem Allgemeingut wie Wasser und Luft. Doch weder dem Wasser noch der Luft kommt der menschliche Fleiß zugute, beide werden sie nicht durch die menschliche Mühe verbessert, sonst würden Wasser und Luft zweifellos einen Preis haben und wären dem Eigentumsrecht unterworfen. Ich behaupte, daß der Boden, der unter den Gemeinden verteilt werden soll, nachdem er den ursprünglichen Eigentümern genommen und den lokalen sozialdemokratischen Büros überantwortet wurde, innerhalb kurzer Zeit dieselben Eigenschaften annimmt, wie Wasser und Luft. Man würde ihn ausbeuten, aber niemand würde ihn verbessern, niemand würde seine Mühe darauf verwenden, nur damit

ein anderer später den Nutzen davon hat ... Ein guter Bauer, ein einfallsreicher Bauer wird allein durch die Macht der Umstände der Möglichkeit beraubt, seine Kenntnisse auf das Land anzuwenden ... Infolge dessen wird das kulturelle Niveau Rußlands sinken“¹. Die späteren Ereignisse der russischen Geschichte haben die Hellsichtigkeit Stolypins eindrücklich bestätigt.

Die Februardemokratie trat zweifellos ein schwieriges Erbe an, denn nichts hatte in der Psyche der russischen Bauernschaft tiefere Spuren hinterlassen, als die bis 1861 institutionalisierte Leibeigenschaft. Die Behauptung, daß u.a. auch Preußen Leibeigenschaft kannte, ist so nicht zutreffend. Ein preußischer Leibeigener war lediglich verpflichtet, seinem Herrn an bestimmten Tagen Arbeitsdienst zu leisten und verfügte über die restlichen Tage nach eigenem Gutdünken. Er besaß ferner Privatbesitz und sein Verhältnis zu seinem Herrn war gesetzlich geregelt. Mag auch die berühmte Episode von Friedrich dem Großen und dem Potsdamer Müller eine Legende sein, so zeigt sie doch, daß die Untertanen durchaus auch zu Rechtsmitteln greifen konnten. In Rußland dagegen war der Leibeigene ein Gegenstand: Er konnte gekauft oder verkauft werden. Sein Herr verfügte über ihn und seine Familie völlig frei. Er war verpflichtet, seinem Feudalen jederzeit zu Diensten zu stehen. Erst im 18. Jahrhundert wurde durch ein Ukas verboten, Leibeigene durch Verkauf von ihren Familien zu trennen. Der russische Leibeigene hatte im Gegensatz zum mitteleuropäischen Leibeigenen keinen Privatbesitz: Obwohl ihm in der Regel nie sein Besitz genommen wurde, war das gesetzlich nicht verboten. Der Besitz wurde dem Leibeigenen aus Gewohnheitsrecht belassen. In gewisser Hinsicht war die Leibeigenschaft russischer Prägung der Sklaverei in Nordamerika verwandt, lediglich mit dem Unterschied, daß hier die Angehörigen desselben Volkes unterdrückt waren. Allerdings stand auch der Adel so bedingungslos dem Zaren zur Verfügung, wie seine Bauern ihm². In Rußland bezeichneten vom 16. Jahrhundert an die Worte „Hofleute“ und „Dienstmannen“ gleichermaßen den Adel wie die Grundbesitzer; die russischen Adeligen erhielten ihre Güter ausschließlich durch den Dienst an der Krone³. Erst Peter III. und Katharina II. befreiten den Adel von der Pflicht, der Krone zu dienen und entließen sie ins Privatleben.

Einer der renommiertesten Forscher der Antike, M. Rostovzev, verglich die Sklaverei im Alten Rom mit der Leibeigenschaft Rußlands und kam zu dem Ergebnis, daß die Leibeigenen im Gegensatz zu den Sklaven seit Generationen keine persönliche Freiheit kannten und daher leichter von totalitären Regierungen manipuliert werden konnten. In der Byzantinischen Tradition seiner Heimat sah er die Hauptursache für den späteren Sieg des Bolschewismus⁴. Freilich war seit der Bauernbefreiung viel getan worden, um die Lage des russischen Bauerntums zu verbessern. *„Man hört oft davon, daß der russische Bauer unter der Herrschaft des Zaren 'unterdrückt' war, aber es ist nicht ersichtlich, wer ihn unterdrückte. Am Vorabend der Revolution war der Bauer im vollen Genuß aller zivilen und bürgerlichen Rechte. Er besaß entweder als Eigenbesitz oder zusammen mit seiner Dorfgemeinde neun Zehntel der Agrarflächen des Landes. Verglichen mit dem westeuropäischen oder nordamerikanischen Bauern war er arm, lebte aber besser als sein Vater und freier als*

¹ **Gossudarstvennaja Duma, Stenografičeskije otčety**, 1907 g., II-oj sozvyv, II-aja Sessija, Zasedanije 36, St. Petersburg 1907, S. 435f.

² **Miljukov, P.**, *Rußlands Zusammenbruch*, 2 Bde., Berlin 1925, Bd 1., S. 13-15f.

³ Ebd.

⁴ **Rostovzev, M.**, in: *Naš Vek*, vom 05. 06. 1918, S. 2f. Auch Philosoph Nikolaj Berdjajev sieht im Sieg der Bolschewiki eine Gesetzmäßigkeit und erklärt ihn durch die russische Tradition, vgl. **Berdjajev, N.**, *Sinn und Schicksal des russischen Kommunismus*, Luzern 1937.

sein Großvater, der aller Wahrscheinlichkeit nach noch ein Leibeigener war. Er besaß den Boden, der ihm von den anderen Bauern seiner Gemeinde garantiert zur Verfügung gestellt worden war und genöß wesentlich mehr Sicherheit als seine Schicksalsbrüder in Irland, Italien oder Spanien. Das Problem des russischen Bauerntums war nicht seine Unterdrückung, sondern seine Abgeschiedenheit vom politischen, ökonomischen und kulturellen Leben seines Landes“¹. Trotz vieler Versäumnisse der zaristischen Bürokratie (wie etwa in Fragen der Volksbildung) galt dem Bauern vor der Revolution die Aufmerksamkeit seiner Regierung. Nach der Bauernbefreiung mußte die Bauernschaft zwar ihre Grundstücke von den ehemaligen Herrn zurückkaufen, geriet aber bald mit der Rückzahlung in Verzug und wurde von der Krone schließlich von ihrer Verpflichtung gänzlich befreit. Die unter Aleksander III. gegründete Bauernbank gewährte ihr zinslose Darlehen. Während der Agrarreform Stolypins finanzierte der Staat die Umsiedlung in weniger bevölkerte Regionen des Landes. Alles half nichts: „Letzten Endes wurde die russische Monarchie vom Bauern zerstört, den sie für ihren treuesten Anhänger gehalten hatte. Die Verhältnisse ließen die Entwicklung eines konservativen Bauernstandes in Rußland nicht zu. Der latente Anarchismus des Bauern verzögerte zuerst die notwendigen Reformen, lenkte sie dann in eine überbehaltsame Richtung und löste schließlich, als er ans Licht trat, ein Chaos aus, das den nur unzureichend reformierten Staat zugrunde richtete. Niemals in der Geschichte war in Rußland der Bauer jener Anker der Stabilität, der er in Deutschland und in Frankreich gewesen war“².

Der russische Bauer war extrem anarchistisch veranlagt. Er fügte sich dem Gesetz nur ungern und die Anhebung seines kulturellen Niveaus gestaltete sich schwierig: „Ohne erneute Verordnung wird kein Bauer ein früher verabschiedetes Gesetz ausführen. Jeder denkt, das Gesetz sei 'nur für ein Mal' verabschiedet worden ... Es wird ein Ukas erlassen, der es untersagt, Birken für den Bau der Maihütten zu fällen. Dort, wo man die Anweisung entgegengenommen hat, werden in diesem Jahr keine Birken gefällt. Im Jahr darauf gibt es kein neues Ukas, und überall im Land werden wieder Maihütten gebaut. Es wird eine 'strenge' Anweisung erlassen, entlang den Straßen Birken anzupflanzen. Das geschieht. Die Birken verdorren (es gab keine Anweisung sie auch zu gießen). Im folgenden Jahr wird das Gesetz, Birken anzupflanzen nicht wiederholt, und deshalb pflanzt niemand Birken an ... Unterdessen ist es Zeit, Steuern zu zahlen. Man könnte erwarten, daß jedermann aus Erfahrung weiß, daß sie bezahlt werden müssen, sobald sie fällig sind, daß der Staat die Zahlung nicht ausfallen läßt. Und dennoch, ohne eigene und obendrein 'strenge' Anordnung wird niemand, auch kein reicher Bauer, seine Steuern bezahlen. Vielleicht, so scheint man anzunehmen, schaffen wir es diesmal ohne Steuern“³. Der Autor dieser Zeilen, A. Engelhardt, beschreibt nicht etwa die Realitäten einer sowjetischen Kolchose, sondern die bäuerliche Mentalität um die Jahrhundertwende, die er durch jahrelange eigene Anschauung kannte und im wohl interessantesten Buch über das russische Bauerntum festgehalten hat. Selbst zwei Generationen nach der Bauernbefreiung kannten die russischen Bauern zwar Gesetze, aber kein Rechtssystem⁴. Obwohl das Land juristisch dem einzelnen oder der Gemeinde gehörte, betrachteten die Bauern es weiter als Eigentum des Staates

¹ Pipes, R., *Bolshevik Regime 1919-1924*, S. 492f.

² Pipes, R., *Rußland vor der Revolution*, S. 175.

³ Engelhardt, A., *Iz derevni*, Moskau 1987, S. 430f.

⁴ So die Behauptung eines Juristen, der Jahrzehntlang auf seinem Gut unter den Bauern gelebt hatte, vgl. Sljosberg, G., *Dela minuvšich dnei*, Paris 1933, Bd. 2., S. 248.

bzw. des Zaren, der es ihnen zur befristeten Nutzung überlassen hatte¹. Angeblich hatten sie bis 1917 nicht einmal eine Bezeichnung für Privateigentum und hielten hartnäckig am Wort „Besitz“ (Vladienje) fest: Das, was dem Staat gehörte und den Gemeinden „zur gerechten Verteilung“ weitergegeben worden war².

Die Leibeigenschaft wirkte sich auch in anderer Hinsicht noch lange negativ aus: Sie behinderte Eigeninitiative und tüchtige Bauern hatten es nicht leicht, ihre Eigenschaften zu entfalten. Die mißgünstigen Gemeindebauern warteten nur auf eine Gelegenheit, Hand an ihr Privateigentum zu legen. Selbst zeigten sie wenig Eigeninitiative und erwarteten eine Lösung der Mißstände nicht durch eigene Arbeit, sondern durch die Hilfe des Staates³. Bei einer solchen Einstellung drohte die Beseitigung der Relikte der Leibeigenschaft in Rußland ein sehr mühsamer Prozeß zu werden. Um so mehr, als die Bauern den anderen Mitgliedern der Gesellschaft ablehnend gegenüber standen und die russische Intelligenzija als „Müßiggänger“ verachteten⁴. Die kulturelle Entfremdung der Bauernschaft von den anderen gesellschaftlichen Gruppen war 1917 so groß, daß die Worte noch Geltung hatten, die der Marquis de Custine 1839 über seine Reise durch Rußland geschrieben hat: Das Land steuere einem Bürgerkrieg entgegen, in dem die „Bärtigen“ gegen die „Rasierten“ kämpfen würden⁵.

Ein weiteres Relikt der Leibeigenschaft war die totale Gleichgültigkeit der Bauern demgegenüber, was man heutzutage unter „Freiheit“ und „Menschenrechte“ versteht. Gegen die Annahme, daß sich die leibeigenen Bauern unterdrückt fühlten, spricht ihre berühmte Einstellung ihren Eigentümern gegenüber: „*Wir gehören ihnen, aber das Land gehört uns*“. Viele waren darüber verblüfft, daß die Leibeigenen sich mit ihren Besitzern identifizierten und die freien Bauern als „schutzlose Kreaturen“ ansahen⁶. Einige bedauerten sogar das Ende der Leibeigenschaft, da sie persönliche Freiheit als Ablehnung durch ihren Herrn interpretierten. Der Freiheit wurde kein besonderer Wert beigemessen: Ein grausamer, dafür aber effizienter Herr wurde viel höher geschätzt als ein humaner, der ineffizient wirtschaftete⁷. Es ist durchaus kein Zufall, daß die starken Zaren mehr Respekt genossen und Rußland unter diesen nach innen und außen stärker auftrat. Gut charakterisiert diese Einstellung der Beiname „Groznyj“ für den sadistisch veranlagten Ivan IV., den man gewöhnlich mit „Schrecklicher“ übersetzt; der Beiname bedeutet eigentlich „Ehrfruchtgebietender“ und hat keinen abwertenden Beiklang. Dagegen wurden „schwache“ Herren in Rußland immer verachtet. Mit ihnen verband man die Auflösung der stabilen Strukturen.

Der Verlauf der politischen Ereignisse in Rußland nahm eine dramatische Wendung, als am 16. April um 11 Uhr abends Lenin mit einer Gruppe von radikalen Emigranten aus der Schweiz via Deutschland in Petersburg eintraf. Lenins politisches Wirken und sein phänomenaler Erfolg liefern ein eklatantes Beispiel für die Bedeutung eines Einzelnen in der Geschichte. Nicht nur diktierte er geradezu den weiteren Verlauf der Ereignisse in Rußland; das Regierungssystem, das er im Oktober 1917 errichtete, machte seine Person gleichsam zur allumfassenden Institution. Der Anführer der russischen Bolschewiki, Vladimir Uljanov-Lenin,

¹ Witte, S., in: *Rus*, Nr. 191 vom 17. 08. 1905, S. 2.

² Krafcinskij, F., *The russian Peasantry*, S. 6f.

³ Vgl. Stellungnahme Marschalls Žukovs aus seiner Jugend, Žukov, G., *Erinnerungen und Gedanken*, S. 12f.

⁴ Zu der Einstellung der Bauern zu den gebildeten Schichten, vgl. Fenomenov, M., *Sovremennaja derevnja*, Leningrad - Moskau 1925, 2 Bde., Bd. 1., S. 93f.

⁵ Custine, A., de, Marquis, *Russia*, London 1854, S. 455.

⁶ Pipes, R., *Rußland vor der Revolution*, S. 153-175.

⁷ Ebd.

war vor allem ein außerordentlich talentierter Organisator und besaß einen phänomenal ausgeprägten politischen Instinkt. Diese beiden fundamentalen Eigenschaften des erfolgreichen Politikers wurden bei ihm ferner durch eisernen Willen und eine gehörige Portion Machthunger ergänzt, was aus Lenin eine unvergleichbar größere politische Gestalt machte, als es seine Widersacher in der Provisorischen Regierung und im Ispolkom des Petersburger Sowjets waren. In einem gewissen Sinn war Lenin die einzige hervorragende politische Gestalt des Jahres 1917 in Rußland, ein Realpolitiker vom Format eines Bismarck. Vielleicht war es kein Zufall, daß Lenin für dieselbe Musik Begeisterung empfand wie der deutsche Realpolitiker Bismarck: Beethovens „Appassionata“. Allerdings wirkte diese Musik auf beide Menschen sehr unterschiedlich. Bismarck gestand, daß er von Beethovens Sonate nie genug bekommen konnte: *„Das ist wie das Ringen und Schluchzen eines ganzen Menschenlebens ... Wenn ich diese Musik oft hörte, würde ich immer sehr tapfer sein“*¹. Lenin erklärte seinem Förderer Gorkij: *„Eine wunderbare, nicht mehr menschliche Musik. Aber allzuoft kann ich diese Musik nicht hören. Sie wirkt auf die Nerven. Man möchte den Menschen den Kopf streicheln, die in der schmutzigen Hölle leben und trotzdem solche Schönheiten schaffen können. Wenn man jedoch heutzutage jemandem den Kopf streichelt, beißt er einem die Hand ab. Wir müssen zuschlagen, erbarmungslos zuschlagen, obwohl wir die Gewalt im Grunde genommen ablehnen“*².

Lenin war ein sehr verschlossener Mensch. Obwohl er wie besessen Reden und Schriften verfaßte, genug, um 55 Bände seiner Werkausgabe zu füllen, bestanden diese zum großen Teil aus Propaganda und Agitation, ohne seine eigenen Gedanken, geschweige denn Gefühle preiszugeben. Selbst seinen engen Parteigenossen enthüllte er nur selten, was in ihm vorging. Lenin liebte Geheimniskrämerei. Fast alle seine Briefe und Resolutionen, die heute in Archiven zu finden sind, hat er mit Bemerkungen wie „geheim“ oder „streng geheim“ versehen³. Als erfahrener Verschwörer behielt er seine Pläne für sich und erteilte zahlreiche Befehle mündlich, besonders solche, deren Bekanntwerden er verhindern wollte. Um sein Denken zu rekonstruieren ist es deshalb notwendig, von bekannten Taten auf verborgene Absichten zu schließen⁴.

Auf seine Zeitgenossen machte Lenin einen eher unvoreilhaften Eindruck. Angelika Balabanov, die Lenin bewunderte und ihm nahe stand, charakterisierte seine Erscheinung als die eines „*Provinzlehrers*“⁵. Der britische Diplomat Bruce Lockhart fühlte sich von ihm abgestoßen und bezeichnete Lenin als einen „*Gemischtwarenhändler aus der Provinz*“⁶. Berdjajev enthüllt, daß der Grund für diese Einschätzung der Zeitgenossen die äußerliche Farblosigkeit Lenins war: *„Lenin war ein typisch russischer Mensch. Sein Gesicht hatte ein russisch-mongolisches Gepräge, und in seinem Wesen waren die typischen Züge des russischen Volkscharakters: Einfachheit, Ganzheit, Abscheu vor Rhetorik und Weitschweifigkeit, praktische Einstellung zum Leben und Neigung zum nihilistischen Zynismus auf moralischer Grundlage“*⁷. Zweifellos hatte Lenin viele Charakterzüge, die unsympathisch wirkten, wie die Streitsucht wirklich jeder anderen Meinung gegenüber.

¹ Zitiert bei **Haffner, S.**, *Im Schatten der Geschichte*, Stuttgart 1985, S. 206.

² **Gorkij, M.**, *Erinnerungen an Zeitgenossen*, Berlin 1928, S. 246.

³ **Volkogonov, D.**, *Lenin*, S. 293.

⁴ Ebd.

⁵ **Balabanov, A.**, *Impressions of Lenin*, Ann Arbor 1964, S. 123.

⁶ **Lockhart, B.**, *Vom Wirbel erfaßt*, Stuttgart, S. 217.

⁷ **Berdjajev, N.**, *Sinn und Schicksal des russischen Kommunismus*, S. 123.

Selbst sein älterer Bruder Aleksander mochte ihn nicht; er hielt ihn für grob und zynisch¹. Ein anderer, bislang noch wenig beachteter Charakterzug Lenins war seine Feigheit. Lenin ging nie ein persönliches Risiko ein und sobald er sich bedroht fühlte, entzog er sich der Gefahr durch Flucht. Die Ehefrau des bolschewistischen Fraktionssprechers der II. Duma, Tatjana Aleksinskij, berichtet von einem dieser Vorfälle: *„Ich traf Lenin zum ersten Mal im Sommer 1906. Ich möchte mich lieber nicht an diese Begegnung erinnern. Lenin, den alle linken Sozialdemokraten verehrten, war für mich ein Held aus der Legende ... Wir waren ihm noch nie direkt begegnet, weil er bis zur Revolution von 1905 im Ausland lebte und so hatten wir ihn uns als Revolutionär ohne Furcht und Tadel vorgestellt ... Wie bitter enttäuscht war ich daher, als ich ihn jetzt auf einer Versammlung in einem Vorort von Petersburg sah. Es war nicht allein seine äußere Erscheinung, die einen auf mich so unsympathischen Eindruck machte: Er war glatzköpfig, hatte einen rötlichen Bart, mongolische Wangenknochen und einen unangenehmen Gesichtsausdruck. Es war vor allem sein Verhalten während der anschließenden Demonstration. Als jemand die auf die Menge zu galoppierenden Soldaten entdeckte und 'Kosaken!' rief, war Lenin der erste, der sich davon machte. Er sprang über eine Abgrenzung, der Hut fiel ihm vom Kopf und enthüllte seinen nackten Schädel, der schweißüberströmt im Sonnenlicht glänzte. Er stürzte zu Boden, stand wieder auf und rannte weiter... Ich hatte ein merkwürdiges Gefühl. Mir war klar, daß man nichts anderes tun konnte, als sich in Sicherheit zu bringen“*². Seinen Mitstreitern war dieser Zug gut bekannt, was sie aber nicht daran hinderte, Lenin als unangefochtenen Führer der Bewegung zu betrachten. Die negativen Eigenschaften wurden durch das wieder ausgeglichen, was der strapazierte Begriff „Charisma“ bezeichnet. Lenin war nämlich ein ausgesprochener Führungsmensch: Er arbeitete hart und stellte seine Person uneingeschränkt in die Dienste seiner Partei. Auf seinem Arbeitstisch und in seinem Privatleben herrschte Ordnung. Lenin bildete unter den russischen Berufsrevolutionären auch insofern eine Ausnahme, als er vollkommen von den Eitelkeiten und Eifersüchteleien der Szene frei war. Ein Leben wie es die russischen Emigranten führten, ohne einer geregelten Arbeit nachzugehen und die Zeit in Kaffeehäusern mit sinnlosen Diskussionen zu vergeuden, war für Lenin eine grauenvolle Vorstellung. Auch die Frauengeschichten russischer Berufsrevolutionäre - man denke nur an Kalinin oder Bucharin - waren ihm fremd. Ilja Ehrenburg behauptete einmal: *„Man braucht nur einen Blick auf die Krupskaja zu werfen, um zu erkennen, wie wenig Lenin an Frauen interessiert war“*³. Die besten Eigenschaften des Revolutionsführers waren Sachlichkeit - im Gegensatz zu den anderen Berufsrevolutionären, die nicht selten naive Tagträumer waren - und Nüchternheit. Es war schon eine außerordentliche Leistung, daß Lenin seine Partei bis zur Revolution zusammenzuhalten vermochte. Besonders wenn man bedenkt, daß seine Mitstreiter einander eher feindlich eingestellt waren. Welche Zustände in seiner Partei herrschten, wird am Machtkampf deutlich, der nach seinem Tod entbrannte; der politischen „Kaltstellung“ des Gegners folgte in der Regel auch dessen Tod.

Die letzten Kriegsmomente vor der Februarrevolution hatte Lenin - völlig von seinen Mitstreitern in Rußland isoliert - in bitterer Armut in der Schweiz verbracht. Zeitweise war seine finanzielle Lage so schlimm, daß er gezwungen war, seine Mahlzeiten im Obdachlosenasyll einzunehmen. Selbst seine früheren Anhänger nahmen Abstand von ihm und verspotteten ihn als „politischen Jesuiten“. Als L. Krasin, der einmal enger

¹ Volkogonov, D., *Lenin*, S. 10-32.

² Aleksinskij T., *La Grande Revue*, Paris 1923, S. 206f.

³ Zitiert bei Volkogonov, D., *Lenin*, S. 452.

Mitarbeiter Lenins gewesen war und mittlerweile ein sorgloses Leben als Manager der Kriegsindustrie führte, um eine Spende für den hungernden Lenin gebeten wurde, zog er zwei Fünfrubelscheine aus seiner Tasche und gab sie Lenins Kurier mit den Worten: *„Lenin verdient keine Unterstützung. Er richtet nur Unheil an. Man weiß nie, welche verrückten Ideen sein Tatarenschädel noch ausbrütet. Zum Teufel mit ihm!“*¹. Lenin war aber nicht nachtragend: Nach dem Sieg der Bolschewiki spielte Krasin bereits wieder eine bedeutende Rolle in der Partei. Die Bolschewiki waren nämlich nicht besonders reich an gebildeten und selbständig denkenden Menschen. Mit der Führungsriege der Partei - u.a. Kamenev, Zinowjev und Bucharin - war kein Staat zu machen. Lenin machte sich bezüglich ihrer Fähigkeiten keine Illusionen: Keiner hatte es geschafft einen Studienabschluß zustandezubringen². Der von Natur aus zynische Lenin ließ in Privatgesprächen immer wieder eine seiner Lieblingsbemerkungen fallen, daß *„von 100 Bolschewiki 60 kriminell, 38 naiv und nur 2 fähige Parteileute“* sind³. Zu den „60“ zählte wohl Zinowjev, zu den „38“ Bucharin. Fähige Leute beschaffte sich Lenin 1917 dadurch, daß er aus Gründen politischer Opportunität den „Lakai der Bourgeoisie“ Trotzki überredete, sich seiner Partei anzuschließen und solchen illoyalen aber fähigen Gefolgsleuten wie Krasin verzieh. Trotzki, der Lenin im Übrigen Čcheidze gegenüber als *„schmutzigen Intriganten“* bezeichnet und die Vermutung geäußert hat, daß *„das gesamte Gebäude des Leninismus in dieser Zeit auf Lügen und Fälschungen gebaut“* sei *„und in sich den verderblichen Grund für den eigenen Zerfall“* trage⁴, wechselte mit seiner Splitterpartei zu den Bolschewiki über. Mit ihm kamen auch Leute wie Radek, Joffe und Čičerin, die in den ersten Jahren dem Sowjetstaat große Dienste leisten sollten.

Berdjajev hat die Gründe für Lenins politischen Erfolg in folgender Überlegung zusammengefaßt: *„Lenin wurde zum Führer der Revolution und realisierte seinen Plan, weil er kein typisch russischer Intelligenzler war. Die Züge eines typischen russischen Intellektuellen und Sektierers verbanden sich in ihm mit den Charakterzügen jener Menschen, die den russischen Staat aufgebaut haben: Eines Černyševskij, Nečajev, Tkačev und Željabov, mit denen der Moskauer Großfürsten, Peters des Großen und der selbstherrlichen russischen Staatsmänner. Darin bestand die Eigenart seiner Persönlichkeit. Er war ein maximalistischer Revolutionär und ein Staatsmann zugleich; er vereinigte in seinem Charakter Einheitlichkeit der revolutionären Weltanschauung und den äußersten Radikalismus russischer Revolutionäre mit praktischer Politik und Elastizität in der Wahl seiner Kampfmittel. Einfachheit, Geradheit und ein nihilistisch-asketischer Zug verbanden sich mit einer Schlaueit, die sich fast bis zur Arglist steigern konnte ... Lenins Erfolg lag darin, daß er in sich die zwei großen Linien der russischen Tradition vereinigte: Die der russischen revolutionären Intelligenz in ihren radikalsten Strömungen und die der russischen Staatsmacht in allen ihren despotischen Erscheinungsformen. Die anderen russischen Sozialisten - die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre - blieben lediglich bei der ersten Tradition. Indem aber Lenin jene beiden Richtungen in sich vereinigte, die im 19. Jahrhundert einander auf Tod und Leben bekämpft hatten, vermochte er den Plan der Organisation eines kommunistischen Staates auszuarbeiten und in den Stürmen der Revolution zu verwirklichen. Der Bolschewismus, so paradox es auch zu sein scheint, ist die dritte Erscheinung des russischen Imperialismus, des*

¹ Solomon, G., *Lenin i ego semja*, Paris 1931, S. 78.

² Volkogonov, D., *Lenin*, S. 310-326.

³ Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 2., S. 11f.

⁴ Zitiert bei Volkogonov, D., *Trotzkij*, S. 67.

russischen Großreiches, dessen erste und zweite Erscheinung das Moskauer Zarstwo und das Imperium Peters des Großen gewesen waren“¹.

Die tragenden Säulen der Februardemokratie - die Provisorische Regierung und der Ispolkom - unterschätzten die Möglichkeiten Lenins und der Bolschewiki. Fürst Lvov äußerte den anderen Ministern gegenüber, daß die Ideen der Bolschewiki derart absurd seien, daß sie sich in Kürze selbst in den Augen der Bevölkerung diskreditieren würden. Die Sozialisten fanden die Ideen Lenins ebenfalls lächerlich. Für sie war der Moment der sozialistischen Revolution erst dann gekommen, wenn die „Bourgeoisie“ zuvor die Industrialisierung vorangetrieben hatte und genügend Arbeiter für die „Diktatur des Proletariats“ bereitstanden. Erst dann wollten sie die sozialistische Revolution entfachen, die schon deshalb siegreich werden sollte, weil Marx im „Kapital“ die Hauptthese vertreten hatte, daß der Kapitalismus mit seiner Bestrebung zur Industrialisierung selbst die Keime seiner Vernichtung züchte. „*Lenin ist in der Hinsicht ein erstklassiger Philosoph, daß er in Philosophie ein Erstkläßler ist*“, äußerte der Begründer der russischen Sozialdemokratie, Plechanov, über die theoretischen Fähigkeiten Lenins². Die Sozialisten befürchteten höchstens, daß Lenin mit seinen Plänen die „Rechten“ konsolidieren könnte, die „Errungenschaften der Revolution“ durch eine Konterrevolution zu zerstören³. Die russische Intelligenzija verstand nur wenig von Politik und ihr Irrtum in Bezug auf Lenin sollte sehr bald auf tragische Art zutage treten.

Lenins Machthunger machte sich bereits in seinen Anfangsjahren bemerkbar, als er, kaum in die Führungsriege der russischen Sozialdemokratie aufgenommen, schon 1903 beim zweiten Kongreß der Sozialdemokratischen Partei eine Parteispaltung herbeiführte und sich an die Spitze der neuen Gründung setzte. Damals bewies er auch psychologisches Geschick, als er seiner Partei den Namen „Bolschewiki“ („Mehrheitler“) gab⁴. Dieser Parteitag ist von weltgeschichtlicher Bedeutung: Aus ihm ging die erste totalitäre Partei der Welt hervor. Bei seiner Parteigründung blieb Lenin der russischen Tradition verbunden. Als organisatorisches Modell seiner Partei diente Lenin die terroristische Organisation „Volkswille“, die mit der Ermordung Aleksanders II. ihren spektakulärsten „Erfolg“ errungen hatte⁵. „Volkswille“ war streng hierarchisch aufgebaut und arbeitete quasi-militärisch. Dabei konspirierten sie so geschickt, daß bis heute vieles von ihren Aktivitäten im Dunkeln bleibt⁶. Lenin übernahm vor allem das Organisationsprinzip⁷: Er lehnte die Gleichheit der Parteimitglieder ab und ersetzte diese durch eine hierarchische Kommandostruktur, deren Spitze das allmächtige Exekutivkomitee besetzte⁸. Wollte man Mitglied dieses Komitees werden, mußte man seine Person bedingungslos der Partei - de facto Lenin - zur Verfügung stellen. Jeder durch Stimmenmehrheit des

¹ **Berdjajev, N.**, *Sinn und Schicksal des russischen Kommunismus*, S. 124 und 128.

² **Volkogonov, D.**, *Lenin*, S. 306.

³ Ausführlich dazu vgl. **Melgunov, S.**, *Kak bolševiki zachvatili vlast: Oktjabskij perevorot 1917 goda*, London 1984, S. 11f.

⁴ Ausführlich über die Spaltung der russischen Sozialdemokratie vgl. **Martov, J.**, *Geschichte der russischen Sozialdemokratie*, Berlin 1926, S. 79-92, **Carr, E.**, *The bolshevik Revolution 1917-1923*, 4 Bde., London 1978, Bd. 1., S. 3-45, **Ulam, A.**, *Die Bolschewiki. Vorgeschichte und Verlauf der kommunistischen Revolution in Rußland*, Köln - Berlin 1967, S. 225-251.

⁵ Zu der Bewegung der Narodniki vgl. **Gitermann, V.**, *Die Geschichte Rußlands*, 3 Bde., Hamburg 1949, Bd. 3, S. 212-253, **Ulam, A.**, *Vorgeschichte und Verlauf der kommunistischen Revolution in Rußland*, S. 90-118, **Chamberlain, W.**, *The russian Revolution*, Bd. 1., S. 18-46.

⁶ Ebd.

⁷ Zur Organisation der Bolschewikipartei, vgl. **Carr, E.**, *The bolshevik Revolution 1917-1923*, Bd. 1., S. 151-223f., **Chamberlain, W.**, *The russian Revolution*, Bd. 1., S. 124f.

⁸ **Carr, E.**, *The bolshevik Revolution 1917-1923*, Bd. 1., S. 151-223f.

Exekutivkomitees gefaßte Beschluß war für die einfachen Parteimitglieder bindend; sie waren verpflichtet, ihn ohne Widerspruch auszuführen. Die Mitglieder des Exekutivkomitees mußten ihre Berufstätigkeit aufgeben und sich als „Berufsrevolutionäre“ voll in die Dienste der Partei stellen¹. Dafür wurden sie aus Parteimitteln bezahlt. Ungehorsam gegenüber der Partei war mit sofortigem Ausschluß und dem Verlust aller Einnahmen verbunden. In zwei wichtigen Punkten wich Lenin vom Modell ab: Während „Volkswille“ paramilitärisch aufgebaut war, arbeitete sein Exekutivkomitee kollegial und erkannte keine persönliche Führung an². Die Bolschewiki und ihr Exekutivkomitee bekannten sich zum „demokratischen Zentralismus“ und hatten bis zur Machtergreifung formell keinen Vorsitzenden³. Tatsächlich dominierte Lenin vollständig die Sitzungen des Exekutivkomitees, das selten wichtige Beschlüsse ohne seine Zustimmung faßte. Des weiteren wollten die Revolutionäre in „Volkswille“ niemals nach der Macht greifen. Sie hielten ihre Aufgabe mit der Einberufung der verfassunggebenden Versammlung für beendet und wollten sich dann auflösen. Für Lenin war der Zusammenbruch der Monarchie nur der erste Schritt zum Übergang der politischen Macht in die Hände seiner Partei⁴.

Seine Partei hatte auch andere Besonderheiten, die von großer Bedeutung waren. Zum einen war Lenin davon überzeugt, daß seine Berufsrevolutionäre besser die Sache des Proletariates vertraten, als die Arbeiter selbst: *„Keine einzige Klasse in der Geschichte ist zur Herrschaft gelangt, ohne ihre politischen Führer hervorgebracht zu haben, die fähig waren, die Bewegung zu organisieren und zu leiten“*⁵. Diese in seinem theoretischen Werk „Was tun?“ popularisierte Ansicht untergräbt die Demokratie, denn der Wille des Volkes ist nicht mehr das, was die lebendigen Menschen wollen, sondern das, was von geistig Höherstehenden als ihre wahren Interessen ausgegeben wird. Dieses Prinzip war in der Ideologie der Bolschewiki so tief verankert, daß anläßlich der von Lenin 1916 organisierten internationalen Konferenzen in Zimmerwald und Kienthal (die der Welt verkündeten, daß das Proletariat die Waffen gegen die eigenen Regierungen erheben würde) Zinovjev für das Proletariat Lettlands und Radek für die holländischen Arbeiter die Schlußerklärung unterzeichneten⁶. Die andere Besonderheit der Bolschewiki war, daß sie gar nicht daran dachten, die Macht in Rußland auf legitime Weise durch einen Wahlsieg zu erhalten. Lenin konzipierte seine Partei absichtlich als kleine aber straff geführte Organisation, deren politisches Ziel es war, die Macht in Rußland durch einen Staatsstreich gewaltsam zu erobern und dann die Revolution „von oben“ zu organisieren. Die Bolschewiki wurden von ihm deshalb nicht als eine gewöhnliche Partei, sondern vielmehr als eine Verschwörerorganisation konzipiert, die jederzeit bereit war, der Mehrheit der Bevölkerung ihre Ideale aufzuzwingen. Lenin ging richtig davon aus, daß in einem Staat mit unterentwickeltem Bürgersinn derjenige, der sich der zentralen Gewalt bemächtigte, sehr gut in der Lage sein würde, seine Macht auch gegen andere politische Gruppierungen zu behaupten. Als einziger Politiker begriff er die ungeheure Dynamik der russischen Revolution; gemäß russischer Tradition würden nicht die Parteien und ihre politischen Programme siegen, sondern derjenige, der am Ende über mehr Maschinengewehre verfügte. Seine Partei sollte dabei die Staatsinstitutionen auflösen und sie unter eigene Kontrolle bringen. Um

¹ Ebd.

² **Gitermann, V.**, *Die Geschichte Rußlands*, Bd. 1., S. 212-253.

³ **Carr, E.**, *The bolshevik Revolution 1917-1923*, Bd. 1., S. 151-223f.

⁴ Ebd.

⁵ **Lenin, V.**, *Ausgewählte Werke*, 3 Bde., Berlin 1961-1966, Bd. 1., S. 136f.

⁶ **Pipes, R.**, *Geschichte der russischen Revolution*, Bd. 2., S. 85.

dieses Ziel zu erreichen, bediente er sich der Methoden, die andere russische Sozialdemokraten als „Anarcho-Blaquismus“ verwarfen, da sie ihrer Meinung nach die Errichtung einer totalitären Diktatur bedeuteten¹.

Neben der Erfindung der ersten totalitären Partei war Lenins größter Beitrag die Militarisierung der Politik, was mitten im Weltkrieg von großer Tragweite war. Die Völker waren in diesem Krieg erstens bewaffnet, und zweitens verbittert. Das millionenfache Sterben an der Front und die Requisitionen unter der Zivilbevölkerung hatten das Rechtsempfinden der Völker erschüttert. Ganz anders als die Sozialisten seiner Epoche, dachte Lenin nicht ausschließlich in Marxistischen, sondern auch in Clausewitzschen Kategorien. Ohne Marx hätte Lenin nie die Gesellschaft so verändern können, wie ihm das nach dem Oktoberputsch gelang, ohne Clausewitz aber wäre er nie in der Lage gewesen, die Macht in Rußland zu ergreifen. Die Lehren des preußischen Militärtheoretikers, daß Kriegshandlungen auf die Vernichtung der gegnerischen Armeen zielten, sowie das anschauliche Epigramm vom Kriege als der „*Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln*“² dienten Lenin zu eigenen Folgerungen: Er machte aus der Politik „die Fortsetzung des Krieges“ und suchte - statt seine politischen Widersacher zu besiegen oder sich mit ihnen zu einigen - einzig und allein deren Vernichtung. In dieser Militarisierung der Politik lag die entscheidende Quelle seines Erfolgs. Seine politischen Gegner konnten sich nicht vorstellen, daß jemand Politik im Ernst als Krieg ohne Pardon betreiben könnte.

Nadežda Krupskaja erinnerte sich später, daß bei ihrer Ankunft in der Stadt, die für Jahrzehnte Lenins Namen tragen sollte, der künftige Revolutionsführer ihr gegenüber die Befürchtung geäußert hatte, man werde zu einer solch späten Stunde Schwierigkeiten haben, im Finnischen Bahnhof einen Kutscher zu finden³. Aber dort erwartete Lenin eine vom Ispolkom organisierte Massenkundgebung, bei der Čcheidze eine Begrüßungsrede hielt und die Hoffnung äußerte, mit den Bolschewiki zusammenarbeiten zu können⁴. Lenin war von dem Empfang begeistert. Bereits in den ersten Tagen nach seiner Ankunft äußerte er, daß Rußland zu den „freiesten Staaten der Welt“ gehöre⁵. Er dachte aber nicht im entferntesten daran, mit den Parteien zusammenzuarbeiten, sondern entwickelte sogleich Aktivitäten, um diese Demokratie zu unterwandern. Die intellektuelle Verantwortungslosigkeit der Provisorischen Regierung in Verbindung mit der moralischen Feigheit der sozialistischen Mehrheit im Ispolkom schufen eine Atmosphäre, in der die bolschewistische Minderheit gedieh wie die Made im Speck. Die Bolschewiki besetzten die Villa der Balletttänzerin Kšesinskaja und richteten dort ihr Hauptquartier ein, von wo aus sie ihre subversiven Aktivitäten steuerten. Lenin formulierte seine Einstellung zur Februardemokratie schon am 6. März in seinem „Brief aus der Ferne“: „*Unsere Taktik ist vollständiges Mißtrauen, keine Unterstützung der Provisorischen Regierung. Sofortige Bewaffnung des Proletariats ... keine Annäherung an die anderen Parteien*“⁶.

Ein in Fragen des Staatsstreichs bewandeter Politiker, Benito Mussolini, hat Curzio Malaparte zufolge einmal die Überzeugung geäußert, daß sich „*der Staat nicht gegen das Programm einer Revolution ... sondern*

¹ Martov, J., *Geschichte der russischen Sozialdemokratie*, S. 90-91.

² Vgl. Clausewitz, C., von, *Von Kriege*, Bonn 1980.

³ Gorkij, M., *Erinnerungen*, S. 264f.

⁴ Ebd.

⁵ Ulam, A., *Vorgeschichte und Verlauf der kommunistischen Revolution in Rußland*, S. 363.

⁶ Lenin, V., *Werke*, 40 Bde., Berlin 1955-1971, Bd. 23, S. 306.

gegen ihre Taktik“ verteidigen müsse¹. Die Taktik Lenins während der Februarrevolution war wesentlich mehr an Clausewitz als an Marx orientiert und hatte viel mehr mit Kriegsführung als mit Politik gemein.

Den Militärhistorikern zu Folge hat Napoleon I. seine Siege durch eine originelle Taktik erreicht. Vor der Schlacht pflegte der französische Feldherr seine Truppen zu teilen: Die eine Hälfte waren die erfahrenen Veteranen (die Garde), die andere frisch einberufene Rekruten. Das Grundprinzip seiner Kriegsführung formulierte Napoleon im Ausspruch: „*On s'engage et puis on voit*“ (Man fängt an, das weitere wird sich finden)². Er war immer bestrebt, den Feind so schnell wie möglich zum Kampf zu zwingen. Dann schickte er die unerfahrenen Rekruten auf den Feind los. Nachdem er sich eine Übersicht über die gegnerischen Absichten verschafft hatte, setzte Napoleon seine erfahrenen Soldaten mit verheerender Wirkung für den Feind ein. Dieses Prinzip des vorhergehenden „Geplänkels“ (tirailleur), das von vielen Militärhistorikern als wichtigster Beitrag Napoleons zur Kriegsführung angesehen wird³, wurde von Lenin übernommen und auf die Politik angewandt. Die Rolle der „Garde“ übernahm dabei das Exekutivkomitee der Bolschewiki und dessen Militärorganisation (Milrevkom) ein. Die Rolle des „Kanonenfutters“ übernahmen die Demonstranten, vor allem die Arbeiter und Soldaten der Petersburger Garnison. Obwohl die Demonstranten nach Möglichkeit bewaffnet sein sollten, machte sich Lenin über ihre Zuverlässigkeit keine Illusionen. Das einfache Fußvolk der Partei, geschweige denn die Sympathisanten, wußten in der Regel nichts von den Absichten der Parteiführung, die nur Lenin und seiner Umgebung bekannt waren. Es hatte ohnehin Tradition, daß die Mitläufer von den geistig Höherstehenden unter Vorspiegelung falscher Tatsachen auf die Straße geholt wurden. So führten die Dekabristen nach dem Tod Aleksanders I. ihre Soldaten auf dem Senatsplatz nicht etwa mit der Parole „*Für die Republik und die Verfassung*“ an, sondern mit dem Ruf „*Für den rechtmäßigen Thronfolger Konstantin und seine Frau Konstituzija*“⁴.

Die Taktik der Bolschewiki war von ihren politischen Zielen bestimmt. Sie konnten erst dann die Macht ergreifen und diese erfolgreich behaupten, nachdem der Staat und seine Institutionen zerfallen waren. Je schwächer der Staat war und je mehr alles in Anarchie versank, desto mehr Chancen hatte eine straff organisierte Minderheit, durch eine Verschwörung die Macht zu ergreifen. Lenins Aufgabe war es - wollte er siegen - die Quellen der Unzufriedenheit aufzuspüren und sie zu entfesseln, um die Provisorische Regierung ihrer Machtbasis zu berauben. Der stärkste Trumpf der Bolschewiki lag dabei in ihrem totalen Desinteresse an Rußland. Während alle anderen Parteien trotz ihrer Unterschiede die Erhaltung Rußlands anstrebten, war Lenin bereit, alles zu opfern, um sein politisches Programm zu verwirklichen. Keine politische Partei hat jemals für ihre ehrgeizigen Machtpläne so konsequent und offen die Zerstörung des eigenen Vaterlandes betrieben. Aus dem Studium der Geschichte der Pariser Kommune hatte Lenin die Erkenntnis gewonnen, daß diese vor allem deshalb unterlegen sei, weil sie die alten Institutionen des Staates nicht rücksichtslos zerschlagen hatte. Entschlossen, das in Rußland zu vermeiden, entfachte Lenin eine Propaganda, die seine gebildeten Zeitgenossen zwar als haarsträubend empfanden, die sich aber im Endeffekt als die richtige erwiesen hat. Die mit Abstand gefährlichste Hürde auf dem Weg zum Staatsstreich war zweifellos die Armee und das Offizierskorps. Solange

¹ Malparte, C., *Der Staatsstreich*, Leipzig 1932, S. 217.

² Lenin, V., *Ausgewählte Werke*, Bd. 3., S. 870.

³ Delbrück, H., *Geschichte der Kriegskunst*, Bd. 4., S. 492f.

⁴ Romanov, A., *Vospominanija*, S. 13.

die Provisorische Regierung über eine, wenn auch nur halbwegs disziplinierte und einsatzfähige Armee verfügte, war der Weg zur Macht versperrt. Gleich nach seiner Rückkehr begann Lenin, für ein sofortiges Ende des Krieges zu werben und rief die Soldaten auf, ihre Frontgräben zu verlassen und nach Hause zu gehen. Betrachteten die Soldaten anfangs seine Parolen auch mit Mißtrauen, fielen sie letztendlich auf fruchtbaren Boden. In Deutschland und in Frankreich wurden die Truppen durch die Militärdisziplin noch zusammengehalten, aber in Rußland war das militärische Gefüge von der Gesetzgebung der Februardemokratie bereits zerstört. So versprach Lenins Militärpropaganda dort auch größere Erfolge. Allerdings erfuhren die russischen Bauersoldaten während des ganzen Jahres 1917 nie, daß Lenin politisch nicht etwa ein Ende des Blutvergießens forderte, sondern lediglich die Umwandlung des Weltkrieges in einen Bürgerkrieg anstrebte¹. Die zweite mächtige Quelle der Unzufriedenheit stellte das Bauerntum mit seinen Übergriffen auf das Privateigentum dar. Im Prinzip waren Lenin und die Bolschewiki entschiedene Gegner des Privateigentums der Bauernschaft. Die Bauern betrachteten sie aus ideologischen Gründen als tödliche Gegner der erstrebten gesellschaftlichen Ordnung, als eine reaktionäre („kleinbürgerliche“) Klasse²; sie wollten sofort nach der Machtübernahme den gesamten Grundbesitz verstaatlichen und die Bauernschaft in staatlichen Großbetrieben vereinigen. Die zerstörerische Kraft der „Schwarzen Umverteilung“ wurde von Lenin erkannt und er trat mit ganzer Kraft dafür ein, diesen bäuerlichen Traum für seine Zwecke einzuspannen. Dem politisch unerfahrenen Bauerntum wurde von der Propaganda der Bolschewiki zugerufen, nicht auf die Agrarreform der Provisorischen Regierung zu warten, sondern sich schlicht des Privatbesitzes zu bemächtigen. Die berühmte Parole der Bolschewiki „Raubt das Geraubte!“ fiel auf fruchtbaren Boden. Die dritte mächtige zerstörerische Quelle der Unzufriedenheit war der Separatismus der nichtrussischen Völker. Lenin war nicht entgangen, daß die Volksrussen in ihrem Reich zahlenmäßig in der Minderheit waren und das Ausscheiden anderer Völker aus dem Gefüge des Staatswesens Rußland in den Abgrund stoßen würde. In der Nationalitätenfrage unterschied sich die Partei der Bolschewiki grundlegend von allen anderen Parteien. Das schon 1913 formulierte Nationalitätenprogramm der Bolschewiki bezeichnete das Zarenreich als „Völkergefängnis“ und erkannte allen Volksgruppen das Recht an, eigene Staatswesen zu bilden. Aus taktischen Gründen verschwieg Lenin, daß er das „proletarische Recht“ über das „Recht der Völker auf Selbstbestimmung“ stellte und die nichtrussischen Völker gewaltsam wiedereingliedern würde. Die Demagogie bezüglich der Nationalitäten Rußlands sollte ihm 1917 wertvolle Dienste erweisen.

Lenins Meinung über die Anführer der Februardemokratie unterschied sich nicht von der Nikolajs II. Er betrachtete sie - um die Wendung Clemenceaus zu gebrauchen - als „vegetarische Tiger“, deren Sturz vorprogrammiert war. Mit Bemerkungen, wie „*endlich hat es unsere Bourgeoisie geschafft, ihren Hintern auf die Ministersessel zu bekommen*“³ spottete Lenin über die demokratischen Minister Rußlands und nützte ihre Defizite gnadenlos aus, um ihnen die Macht abzunehmen. Die berühmte Parole „*Alle Macht den Sowjets!*“, der sich die Bolschewiki gegen die Provisorische Regierung bedienten, erscheint nur auf den ersten Blick paradox: Im Frühling 1917 war die Wählerschaft der Bolschewiki so klein, daß sie sogar in den örtlichen Sowjets nur eine

¹ Lenin, V., *Werke*, Bd. 35, S. 140f.

² Zur Bauernschaft als „Klassenfeind des Proletariats“ vgl. **Mitrany, D.**, *Marx against the Peasant. A Study in social Dogmatism*, Chapel Hill 1951.

³ Zitiert bei **Volkogonov, D.**, *Lenin*, S. 107.

verschwindende Minderheit darstellten¹. Lenin, der mit der russischen Sozialisten-Szene bestens bekannt war, bemerkte, daß die Anführer des Ispolkom an die Macht gelangt waren, doch das Land gar nicht regieren wollten. Sie hatten trotz ihrer ehrgeizigen Pläne nur die eine Tugend der russischen Intelligenzija: Keine Verantwortung zu übernehmen und aus dem Hintergrund die Regierung zu kritisieren. Diese moralische Feigheit offenbarte sich vollends auf dem Ersten Allrussischen Rätekongreß in Petersburg, als alle Vertreter der sozialistischen Parteien die Meinung vertraten, daß keine Partei in der Lage wäre, das Land alleine zu regieren. Damals ließ Lenin sich zu einer Replik verleiten, die von den anderen Delegierten mit Gelächter quittiert wurde: „*Es wurde behauptet, daß es in Rußland keine politische Partei gäbe, die ihre Bereitschaft zur Übernahme der Macht im ganzen zum Ausdruck bringt. Doch ich sage: Es gibt sie! Unsere Partei wird sich dieser Aufgabe stellen*“². Dem Kalkül Lenins zufolge mußte den Räten die Macht zugespielt werden, worauf die Bolschewiki sie ihnen leicht wieder entreißen würden. „*Solche Leute muß man in die Enge treiben, und, falls sie sich nicht unterwerfen, in den Schmutz ziehen*“, beschrieb Lenin noch 1911 seinen beabsichtigten Umgang mit den russischen Sozialisten³.

Der erste Umsturzversuch Lenins erfolgte gleich nach seiner Ankunft in Petersburg. Die Regierung erlebte in der zweiten Aprilhälfte eine schwere innenpolitische Krise, die wegen der unterschiedlichen Kriegsziele ausgebrochen war. Am 20. März hatten die Zeitungen die Bemerkung Miljukovs veröffentlicht, daß Rußland sich an die alten Kriegsziele gebunden fühle und die Angliederung von Konstantinopel und den Schwarzmeereengen anstrebe. Miljukov behauptete später, es sei ihm damals nicht um Territorialgewinne gegangen, sondern er habe den Alliierten ein Zeichen geben wollen, daß Rußland auch weiterhin seine Bündnisverpflichtungen erfüllen werde. Der Petersburger Sowjet erzürnte sich über dieses Vorpreschen, in dem er eine Herausforderung an den „Aufruf an die Völker“ sah⁴. Normalerweise wäre der Konflikt durch Verhandlungen leicht zu beheben gewesen und hätte aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Rückzug der Regierung geendet⁵. In der von revolutionärer Euphorie befallenen Hauptstadt gab es aber zahlreiche Hitzköpfe wie den Studenten Theodor Linde, der aufgrund seines abgeschlossenen Studiums den Rang eines Reserveleutnants erhalten hatte. Linde war ein radikaler Sozialdemokrat und glühender Nationalist. Er verlor bald darauf an der Front sein Leben, als er während einer Kundgebung für einen deutschen Spion gehalten und gelyncht wurde. Miljukovs Erklärung hielt Linde für eine „Herausforderung der Revolution“. Er erschien vor dem Soldatenkomitee seiner Einheit und forderte es auf, Soldaten in Richtung Regierungssitz in Marsch zu setzen und dort ihren Rücktritt zu verlangen⁶. Die politische Reife mancher radikaler Intellektueller verdeutlicht der Umstand, daß Linde nach eigenen Angaben nicht wußte, was so ein Schritt für Konsequenzen nach sich ziehen konnte. Sein Versuch, Soldaten zur Teilnahme an einer politischen Kundgebung mit diesem Ziel zu bewegen, war Anstiftung zur Meuterei⁷. Die aufgebrauchten Reservisten - einige tausend Mann - machten sich auf den Weg zum Marienpalais, dem offiziellen Regierungssitz. Die Provisorische Regierung geriet gleich zu

¹ Auf dem 1. Allrussischen Rätekongress verfügten die Bolschewiki nur über 105 Delegierte, ihre Oponenten hingegen über 1050, vgl. Volkogonov, D., *Lenin*, S. 140f.

² Lenin, V., *Polnoje sobranije sočinenij*, 55 Bde., Moskau 1960, Bd. 32., S. 267.

³ Institut Marksizma-Leninizma pri CK KPSS (Hrsg.), *Leninskij sbornik*, 39 Bde., Moskau 1924-1980, Bd. 18., S. 33.

⁴ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 329f.

⁵ Ebd.

⁶ Linde, T., in: *Naša Žizn*, vom 23. 04. 1917, S. 6.

⁷ Ebd., Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 goda: Chronika sobytij*, Bd. 2, S. 50f.

Beginn der Aktion in eine mißliche Lage und offenbarte schonungslos die Schwächen der Februardemokratie. Die Demonstration war zwar zahlenmäßig sehr klein, die Regierung verfügte aber über kein Instrumentarium, ihr zu begegnen. Die alte Polizei war aufgelöst. Die Petersburger Militärgarnison erklärte sich für „neutral“ und ließ die Regierung, zu deren Schutz sie in der Stadt verblieben war, einfach im Stich. Vor dem Einsatz von Fronttruppen schreckten die Provisorische Regierung und das Ispolkom zurück, da sie den Generälen in der Stawka nicht besonders vertrauten. Zum Glück war die von Leutnant Linde organisierte Demonstration harmlos. Linde und seine Kameraden waren glühende Anhänger der Februardemokratie und dachten nicht im entferntesten an ihre Beseitigung. Gleichzeitig waren sie unglaublich schlechte Organisatoren. Die Demonstranten wußten nicht einmal, daß die Provisorische Regierung nicht im Marienpalais, sondern - aufgrund einer Unpäßlichkeit Gučkows - im Gebäude des Kriegsministeriums tagte. Die ganze Aktion verlief deshalb ins Leere. Die Empörung der Aktionsteilnehmer ebte ohnehin schnell ab, denn vor dem leeren Palais erfuhren sie, daß der Außenminister einen Rückzieher gemacht hatte und so das Friedenskonzept des Ispolkom die Oberhand behielt.

Diese Ereignisse waren Lenin nicht entgangen; sofort faßte er den Entschluß, einen Demonstrationenzug nach dem Beispiel Lindes zu organisieren und die Provisorische Regierung zu zwingen, ihre Machtbefugnisse dem Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu übergeben. Die sowjetische Geschichtsschreibung hat bestritten, daß Lenin bereits im April 1917 nach der Macht gegriffen hat. Diese Verschleierungsversuche sind teilweise dadurch zu erklären, daß die Bevölkerung den Bolschewiki - die nur eine lächerliche Demonstranzzahl mobilisierten - entschlossen Widerstand geleistet hat. Die bolschewistischen Agitatoren forderten in Fabriken und Kasernen auf, mit Transparenten wie „Nieder mit der Provisorischen Regierung“ und „Alle Macht den Sowjets“ zu demonstrieren, was auf so gut wie keine Resonanz stieß. Es gelang bloß, eine Handvoll zum Mitmachen zu bewegen. Nur die Matrosen aus Kronstadt entsandten zahlreichere Kontingente. Deren Teilnahme war aber nicht etwa durch besondere Sympathien für die Bolschewiki, sondern durch die spezifischen Zustände in ihrem Stützpunkt zu erklären. Nach der Ermordung zahlreicher Offiziere in den ersten Tagen der Februarevolution war Kronstadt zu einem gewalttätigen Nest verkommen, in dem Anarchisten und gewöhnliche Kriminelle das Sagen hatten. Die Matrosen nahmen immer begeistert an Aktionen teil, die ihnen Raubzüge in der Hauptstadt versprachen und Gelegenheit, den verhaßten Bourgeois die Köpfe einzuschlagen. Die Arbeiter Petersburgs hatten abgewunken, ungeachtet der Ankündigung, den Lohnausfall ersetzt zu bekommen. Die großen Werke der Hauptstadt, Putilov und Obuchov, blieben der Demonstration ganz fern, nur in den Kleinbetrieben war es gelungen, einige Arbeiter zu gewinnen. Insgesamt beteiligten sich an der Demonstration des 21. April nur ein paar tausend Mann¹. Am frühen Nachmittag marschierte der von regierungsfeindlichen Parolen begleitete Protestzug unter Führung paramilitärischer Formationen der Bolschewiki auf dem Newskij-Prospekt in Richtung Stadtzentrum. Der Demonstrationenzug war zahlenmäßig klein, aber bewaffnet und aggressiv. Auffällig war die Teilnahme deklassierter Elemente mit abgerissener Kleidung und typischen Kriminellengesichtern². Am Straßenrand entlang der Marschroute versammelten sich sogleich Schaulustige in weitaus größerer Zahl, die den Demonstranten gegenüber zunehmend feindlich auftraten; hier und dort kam es zu Handgemengen. Baron Wrangel, der das Geschehen vom Straßenrand aus

¹ Golikov, G., Tokarev, J., in: *Istoričeskije zapiski*, Nr. 57, Moskau 1956, S. 51.

² Wrangel, P., *Zapiski*, S. 196-197.

verfolgte, gewann den Eindruck, daß man den Einsatz der Truppen gegen die Bolschewiki begrüßt hätte¹. Die empörte öffentliche Meinung der Hauptstadt wartete auf entschlossene Maßnahmen ihrer demokratischen Regierung gegen die Provokation. Diese blieben aber aus². Die Provisorische Regierung verbot dem Militärkommandant der Stadt kategorisch, Gewalt gegen den bewaffneten Zug der Bolschewiki einzusetzen: „Die Regierung vergießt kein Blut. Sie würde dadurch das hohe moralische Ansehen in den Augen der Bevölkerung verlieren, das sie genießt. Das russische Volk wird seine politische Reife zeigen und die Extremisten werden unweigerlich eine Niederlage erleiden“, erklärte der für die Ordnung in der Stadt direkt zuständige Innenminister³. Der Ispolkom wandte sich ebenfalls gegen entschiedene Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung auf den Straßen der Stadt und erließ nebenbei eine Erklärung, die der Autorität der Provisorischen Regierung einen weiteren Hieb versetzte: „Nur das Exekutivkomitee hat das Recht, den Einsatz der Truppen zu verfügen. Jeder Befehl über das Auftreten einer Militäreinheit muß auf dem Formularbogen des Exekutivkomitees geschrieben, mit seinem Siegel versehen und von nicht weniger als zwei Mitgliedern des Ispolkom unterzeichnet sein ... Bei jedem Einsatzbefehl ist eine Gegenkontrolle über Telephon erforderlich“⁴. Die Sozialisten versuchten die Lage unter ihre Kontrolle zu bekommen und den Störenfrieden gut zuzureden. Der Ispolkom organisierte eine Gegendemonstration und gab ihr Transparente wie „Nieder mit den Bolschewiki!“ und „Lenin - zurück nach Deutschland“ mit auf den Weg⁵. Der Gegenzug war bedeutend größer als die Demonstration der Bolschewiki und bestand größtenteils aus friedlichen Bürgern⁶. Als er dem Demonstrationszug der Bolschewiki den Weg versperrte und am Weitermarschieren hinderte, feuerten diese mehrfach auf die Gegendemonstranten. Es gab drei Tote und mehrere Verletzte, alles friedliche Passanten oder Menschen, die dem Aufruf gefolgt waren, „die Errungenschaften der Februarrevolution zu verteidigen“⁷. Die ersten blutigen Opfer seit der Soldatenmeuterei hatten ihr Leben und ihre Gesundheit gelassen, weil sie an die Weitsichtigkeit der Politiker der Februardemokratie geglaubt hatten. Der Zug der Bolschewiki wurde gestoppt und löste sich auf. Die eigentlichen Verantwortlichen für das Blutbad, die in Kšesinskaja Villa residierten, entzogen sich den Konsequenzen ihres Handelns. Weder der Ispolkom noch der Justizminister leiteten eine gerichtliche Untersuchung dieses Vorfalls ein. Es wurde lediglich für einen Zeitraum von 48 Stunden verboten, Straßendemonstrationen abzuhalten⁸. Währenddessen hatte es Lenin für ratsam befunden, zuhause zu bleiben⁹. Der Hauptverantwortliche für das Blutbad verhielt sich - um Suchanovs Ausdruck zu verwenden - „mäuschenstill“ und wies jede Urheberschaft von sich und seiner Partei¹⁰. Er beschuldigte S. Bagdatjev, einen kleinen Funktionär seiner Partei, an der von ihm unautorisierten Kundgebung teilgenommen zu haben und versicherte, daß das Exekutivkomitee der Bolschewiki am 21. April lediglich mit organisatorischen

¹ Ebd.

² Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 329-341.

³ Wrangel, P., *Zapiski*, S. 197.

⁴ Zitiert bei Miljukov, P., *Geschichte der zweiten russischen Revolution*, S.121.

⁵ Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd.2., S. 57f.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Lenin, V., *Biografičeskaja Chronika*, 12 Bde., Moskau 1970-1982, Bd. 4., S. 106-110.

¹⁰ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 341f.

innerparteilichen Banalitäten beschäftigt gewesen sei¹. Lenin war sich seiner Position dermaßen sicher, daß er die staatsfeindlichen Aktivitäten seiner Partei gar nicht abstritt. In seiner „Rechtfertigung“ gab er teilweise preis, was er und seine Gefolgschaft mit der Demonstration vom 21. April bezweckt hatten: „*Worin bestand unsere abenteuerliche Politik? In dem Versuch, zu Gewaltmaßnahmen zu greifen. Wir wußten nicht, wie stark die Masse in diesem bewegten Augenblick nach unserer Seite hinneigte ... Wir wollten eine Erkundung der feindlichen Kräfte vornehmen, aber keine Schlacht liefern*“².

Die Ereignisse vom 21. April offenbarten nicht bloß die noch schwache Anhängerschaft der Bolschewiki, sondern auch, wie die Februardemokratie unter den Schlägen der Extremisten in die Knie ging: Es kam zu einer schweren Regierungskrise, die zeigte, wie Recht Nikolaj II. mit seiner Prophezeiung hatte, die Dumapolitiker würden beim ersten Mißerfolg sich nur um die eigene Sicherheit kümmern. Aufgrund der Aprilereignisse demissionierten gleichzeitig die beiden wichtigsten Politiker der Provisorischen Regierung, Miljukov und Gučkov, die Hauptstützen des vormaligen Fortschrittsblocks. Das Land fieberte. Es gab keinen Zaren und keine „reaktionäre Bürokratie“ mehr, denen man die Mißerfolge in die Schuhe schieben hätte können. Zwischen der Provisorischen Regierung und den Führern der Sozialisten begann ein unwürdiges Schauspiel, wer nun Schuld habe. Die Provisorische Regierung rief am 26. April alle Staatsbürger zur „Geschlossenheit“ auf; die sozialistische Intelligenzija sollte der Regierung beitreten. Der Ispolkom lehnte das Angebot am 28. April ab, aus Angst, sich durch die Annahme von Ministerposten in den Augen der „Massen“ zu kompromittieren. Den ganzen April war in Rußland niemand bereit, das Land zu regieren. Der in der Tätigkeit geheimer Logen bewanderte Gučkov schlug vor, „*heilsame Kräfte*“ mit einem „*energischen General*“ und diversen „*Führern aus Wirtschaftskreisen*“ mit der Amtsführung zu beauftragen³. Den energischen General dachte er sich in dem gerade aus österreichischer Gefangenschaft entflohenen General Lavr Kornilov, der nun die Petersburger Militärgarnison befähigte und während der Aprilereignissen entschlossen für eine gewaltsame Unterdrückung der Bolschewiki eingetreten war. Das wiederum erzürnte die Führung des Ispolkom, die ihre Weigerung, der Regierung beizutreten, mit der Person Gučkovs begründete⁴. Dieser erklärte schließlich, seine Arbeit werde vom Ispolkom zunichte gemacht und er werde lieber als Freiwilliger an die Front gehen und dort seine Vaterlandsliebe unter Beweis stellen. Gučkov ging dann tatsächlich an die Front, jedoch rückte er nicht bei den kämpfenden Truppen ein, sondern ließ sich im Verpflegungswesen unterbringen⁵. Nach dem Krieg emigrierte er nach Deutschland, gegen das er als Politiker jahrelang erbittert gekämpft hatte.

Erst im Mai waren die Sozialisten bereit, der Regierung beizutreten und in Petersburg erfolgte die erste Regierungsumbildung⁶. Diese erste Koalitionsregierung bestand aus sechs Sozialisten - darunter Zereteli und Kerenskij -, zwei Parteilosen und sieben Liberalen: Eigentlich eine historische Chance für Rußland⁷. Da die sozialistischen Intellektuellen Verantwortung übernommen hatten, repräsentierte diese Regierung ein wesentlich

¹ *Očerki istoriji Leningradskoj organizaziji KPSS*, Leningrad 1962, S. 482f.

² **Lenin, V.**, *Ausgewählte Werke*, Bd. 2., S. 107.

³ **Gučkov, A.**, in: *Poslednije Novosti* vom 30. 09. 1936, S. 2.

⁴ Zur Regierungskrise und dem Rücktritt von A. Gučkov und P. Miljukov vgl. **Suchanov, N.**, *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 329-341.

⁵ **Wrangel, P.**, *Zapiski*, S. 202.

⁶ **Smilg-Bernario, M.**, *Von Kerenski zu Lenin. Die Geschichte der zweiten russischen Revolution*, Wien 1929, S. 47-65.

⁷ *Reč*, 6. Mai 1917, S. 1.

breiteres Spektrum der Bevölkerung als die ausschließlich aus den Vertretern der „Bourgeoisie“ und Kerenskij bestehende Vorgängerregierung. Aber die erste Koalitionsregierung war eine gefährliche Mischung aus unerfahrenen Politikern, die nicht fähig waren, ihre ideologischen Gegensätze zu begraben. Schon während der Koalitionsverhandlungen legten die Vertreter des Ispolkom besonderen Wert darauf, in der künftigen Regierung in Minderheit zu bleiben, was ihre tatsächliche Einstellung verriet¹. Aber auch die Besetzung der Ministerposten war sehr unglücklich: Ministerpräsident blieb der farblose Fürst Lvov, obwohl er in den vorangegangenen Monaten eindeutig seine Inkompetenz bewiesen hatte. Den Posten des Kriegsministers erhielt Aleksander Kerenskij, der nie in seinem Leben auch nur annähernd mit der Armee in Berührung gekommen war. Merkwürdig fiel auch die Besetzung des Außenministerpostens aus. Diesen erhielt der parteilose Tereščenko, ein reicher Zuckerfabrikant aus der Ukraine, der weder über internationale Erfahrung, noch über Bekanntheit in der Bevölkerung verfügte. „*Es war jedoch ein offenes Geheimnis, daß er ebenso wie Kerenskij den Freimaurern angehörte, und es wurde gemunkelt, daß er seine Ernennung seinen freimaurerischen Beziehungen verdankte*“². Die merkwürdigste Designierung war jedoch mit Viktor Černov als Landwirtschaftsminister erfolgt. Das Gründungsmitglied der russischen Sozialrevolutionäre gehörte neben Kerenskij zu den einflußreichsten Anführern dieser Partei. Es war allgemein bekannt, daß sich der emigrierte Černov während des Krieges von den deutschen Geheimdiensten anwerben ließ und seinen Unterhalt dadurch verdiente, daß er in Gefangenenlagern unter den russischen Soldaten defätistische Propagandablätter verteilte³. Im Gegensatz zu Lenin, der mit den deutschen Geheimdiensten in Verbindung stand, aber nie ein deutscher Agent gewesen ist, bezog Černov von den Feinden Rußlands nicht nur regelmäßig Gehalt, sondern war auch als deren „Mitarbeiter“ in den Akten eingetragen⁴. Die Absurdität der Situation wird besonders daran ersichtlich, daß die Kabinettsmitglieder von der Vergangenheit Černovs bestens unterrichtet waren. Bei ihren Besprechungen mit den Ministern wurden die Generäle mehrmals ganz offiziell darauf hingewiesen, vor dem „Genossen Černov“ keine geheimen Angelegenheiten zu erwähnen⁵.

Kap. 13. Die Kerenskijoffensive und der Staatsstreich der Bolschewiki im Juli 1917

Mai und Juni vergingen im Zeichen der bevorstehenden Offensive. In dieser Frage war die Generalität gespalten: Ein Teil um den Stabschef der Stawka A. Denikin befürwortete ihre Durchführung mit einem moralischen und einem praktischen Grund. Denikin, der zwar ein vorzüglicher General, aber ein schlechter Politiker war, äußerte, daß der Verzicht auf die zugesagte Operation einem Verrat gleichkäme und durch Verrat noch kein Volk zu einer glücklichen Zukunft gelangt sei⁶. Rußland war seiner Meinung nach verpflichtet, alles zu tun, um die Verlagerung der deutschen Verbände nach Westen zu verhindern. Der praktische Grund bestand darin, daß die Frontarmeen unbedingt tätig werden mußten, wollte man ihren endgültigen Zerfall noch

¹ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 343f.

² Pipes, R., *Geschichte der russischen Revolution*, Bd. 2., S. 123.

³ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 277f.

⁴ Ebd.

⁵ Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 2., S. 14-15, Smilg-Bernario, M., *Von Kerenski zu Lenin*, S. 183.

⁶ Denikin, A., *Očerki ruskoj smuty*, Bd. 1., S. 177f.

aufhalten¹. Mit der Auflösung der äußeren Zwänge war es immer schwieriger geworden, die Soldaten in den Schützengräben zu halten. Bezüglich des Sieges machten die Generäle sich keine übertriebenen Hoffnungen. Der Zerfallsprozeß war bereits zu weit vorangeschritten. Der einzige Hoffnungsschimmer bestand in der materiellen Überlegenheit über die Mittelmächte an der Ostfront². Zu den einflußreichsten Gegnern der Sommeroffensive gehörte allerdings General Aleksejev. „*In Ergänzung zu meinem Brief vom 9. März halte ich es für meine moralische Pflicht, eine freimütige Meinung zu äußern und damit schmerzliche Folgen zu vermeiden, die entstehen könnten, wenn ich es unterließe*“ , schrieb er an Kerenskij und empfahl ihm, die Offensive zu verlegen³. Rückblickend läßt sich sagen, daß diese Einstellung Aleksejews die Stimme der Vernunft war. Jedoch waren seine Tage als Oberkommandierender bereits gezählt.

Der neue Kriegsminister Aleksander Kerenskij packte seine Aufgabe mit bewundernswerter Energie an; bald wurde die beginnende Sommeroffensive nur noch als „Kerenskijoffensive“ bezeichnet. Aleksejev, der das Kriegsministerium mit Telegrammen bombardierte, welche die unverzügliche Einstellung der Revolutionierung der Fronttruppen forderten, war Kerenskij schon lange ein Dorn im Auge. Zweimal hatte Aleksejev eine Konferenz der russischen Armeespitzen einberufen, welche die Auflösungserscheinungen in Rußland anprangerten und die Regierung aufforderten, diese zu beheben. Im Mai entsandten die Generäle sogar eine Delegation nach Petersburg. Sie forderten die Regierung auf, den Befehl Nr. 1 zurückzunehmen und die alte Ordnung in der Armee wiederherzustellen. Die Regierung antwortete am 14. Mai spät in der Nacht mit einem Telegramm an die Stawka, das Aleksejev seines Amtes enthob und Brusilov zum neuen Oberkommandierenden ernannte⁴. Offiziell wurde die Entlassung Aleksejews damit begründet, daß dieser den Idealen der Revolution nicht genügend Sympathien entgegenbrachte. Wahrscheinlich aber wurde dem General gekündigt, weil er die Offensive mißbilligte. Denikin, der Aleksejev das Telegramm mit seiner Kündigung überbrachte, erinnerte sich später, dieser sei in Tränen ausgebrochen und habe gesagt: „*Sie kündigen mir wie einer Putzfrau. Womit habe ich das verdient?*“⁵ . Gleichzeitig wurden auch die Kommandeure der West- und Nordfronten, die Generäle Gurko und Russkij demissioniert; Gurko, weil er es in der Konferenz am 1. Mai in der Hauptstadt gewagt hatte, die Regierung scharf zu kritisieren.

Brusilovs leitende Tätigkeit hat keinen guten Eindruck hinterlassen. Dieser erfolgreiche General erwies sich politisch als total unfähig und hatte kein Konzept, wie der Revolutionierung der Fronttruppen zu begegnen sei. Aleksejev hatte noch wenigstens versucht, der Revolutionierung der Armee entgegenzuwirken. Unter Brusilov wurden solche Versuche eingestellt. Brusilov gedachte der Lage dadurch Herr zu werden, daß er den Widerstand gegen die Demokratisierung der Armee aufzugeben befahl. Selbst bereiste er die Front im rot geschmückten Wagen. Bei zahlreichen Versammlungen bekundete er nicht nur den Veränderungen in Rußland seine Zustimmung, sondern pries auch die neue Ordnung der Frontarmeen als fortschrittlich. Dabei kann von einer sozialistischen Gesinnung Brusilovs nicht die Rede sein. Denikin gegenüber offenbarte Brusilov das Dilemma, das viele russische Generäle in der Februarrevolution durchmachten: „*Denken sie, Anton Ivanovič, es*

¹ Ebd.

² Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., Teil 2., S. 163f.

³ Der voller Text des Briefes von Aleksejev an Kerenskij vgl. Kerenskij, A., *Die Kerenski Memoiren*, S. 278f.

⁴ Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 143f.

⁵ Ebd.

ist mir nicht zuwider, mit den roten Lumpen um mich herumzuwinken? Was soll ich aber machen? Rußland ist sehr krank und man muß es heilen. Eine andere Methode wie man die Lage unter Kontrolle bringen kann, ist mir aber nicht bekannt“¹. So dachte damals die Mehrheit der russischen Generalität².

Bekanntlich verändert nichts mehr die Menschen als Macht. Trotz seiner vollständigen Ignoranz in Militärbelangen traute es sich Kerenskij als ambitionierter und selbstbewußter Mensch zu, eine Millionenarmee anzuführen. Er spekulierte auf die revolutionäre Begeisterung der Soldaten und hoffte, nach dem Beispiel der französischen revolutionären Armee von 1792 eine Wende im Krieg herbeizuführen³. Von einer erfolgreichen Offensive versprach man sich eine Woge des Patriotismus in der Bevölkerung, was es einfacher machen würde, den Herausforderungen der innenpolitischen Gegner Einhalt zu gebieten⁴. Zum Unglück für Rußland war Kerenskij kein Mann der Tat, sondern ein Mann der Phrase. Das erstaunte bereits seine Kollegen im Petersburger Sowjet: *„Zweifellos fühlte sich Kerenskij als Held von 1793, und gewiß war er den Helden der Großen Französischen Revolution ebenbürtig - aber eben nicht den russischen. [Als Kriegsminister] hatte er fraglos alles getan, was menschliche Kräfte vermochten. Nicht umsonst erinnert sich selbst Miljukov, der kühle und mißgünstige Historiker, an Kerenskij mit einem Schatten von Rührung und Dankbarkeit, an die 'schlanke Figur des jungen Mannes mit dem Arm in der Binde', der mal an dem, mal an jenem Abschnitt unserer unermesslichen Front erschien ... Kerenskij, der in seiner Justizministerzeit das Jackett gegen eine dunkelbraune Bluse vertauscht hatte, zog jetzt einen hellen und eleganten Rock nach Offiziersart an. Er hatte fast den ganzen Sommer mit seiner Hand zu tun, was ihm zusammen mit der schwarzen Binde das Aussehen eines verwundeten Helden verlieh. Eben in dieser Gestalt ist er im Gedächtnis hunderttausender Soldaten und Offiziere haften geblieben, an die er von Finnland bis zum Schwarzen Meer seine flammenden Reden richtete“⁵. Als Kriegsminister machte Kerenskij eine tiefgreifende Entwicklung durch. Er eignete sich innerhalb kürzester Zeit Eigenschaften an, die seiner Meinung nach seinem Amt Nachdruck verliehen. Kerenskij tauchte in der Öffentlichkeit nicht nur in militärischer Gewandung auf, sondern begann sich auch herrisch zu benehmen. Das bekamen zuerst die Generäle in der Stawka und die Frontkommandeure zu spüren. Kerenskij verlangte von ihnen mehr Etikette als Nikolaj II. Einmal war Brusilov in der Stawka durch Arbeit verhindert und hatte seinen Stabschef Lukomskij beauftragt, Kerenskij am Bahnhof zu empfangen. Kerenskij veranstaltete im Bahnhof eine Szene und weigerte sich, den Zug zu verlassen, solange Brusilov nicht zum Rapport erschienen war⁶. Ehrenformation und Militärkapelle warteten, bis seiner Eitelkeit endlich Rechnung getragen wurde. Erst nach gebührender Parade willigte Kerenskij ein, zu der Beratung zu fahren⁷. Die Generäle bekamen die schwere Hand Kerenskij auch durch die entsandten Kommissare zu spüren, die in der Stawka und den Frontstäben mit*

¹ Zur Stawka unter dem Kommando Brusilovs, vgl. **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., Teil 2., S. 143-151, sowie **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 132-148.

² Ebd.

³ Vgl. **Kerenskij, A.**, *Die Kerenski-Memoiren*, S. 290-312.

⁴ Außenminister Tereščenko teilte dem französischen Botschafter sogar mit, im Falle eines erfolgreichen Verlaufs der Offensive würden Maßnahmen ergriffen, um die meuternden Elemente in der Petersburger Garnison zu unterdrücken, vgl. **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 2., S. 135.

⁵ **Suchanov, N.**, *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 369.

⁶ **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 144-148, **Brusilov, A.**, *Moji vospominanija*, S. 277f.

⁷ Ebd.

weitreichenden Befugnissen auftauchten. Diese revolutionären „*commissaires aux armées*“ zeugten vom Mißtrauen der Regierung und wurden erst von Stalin nach den Niederlagen des II. Weltkrieges abgeschafft.

Nach der Ernennung zum Kriegsminister glaubte Kerenskij unerschütterlich an sein Talent zum Feldherrn. Großen Gefallen fand er allerdings an Versammlungen der Frontsoldaten, an die er seine Reden richtete. Den ganzen Mai und die ersten Juniwochen verbrachte Kerenskij an der Front, wo er zahllose patriotische Reden hielt und versuchte, den Kampfgeist der Truppen zu heben¹. V. Nemirovič-Dančenko, ein Augenzeuge und Bewunderer Kerenskij, verglich seine Auftritte mit einem „*Vulkan*“, der „*die Gaben eines alles verzehrenden Feuers schleudert*“ und beschrieb seine Wirkung mit folgenden Worten: „*Jedes Hindernis zwischen ihm und dem Publikum ist für Kerenskij unerträglich ... Er will in voller Größe da stehen, von Kopf bis Fuß, so daß das einzige zwischen dem Zuhörer und ihm Luft ist, vollständig durchdrungen von wechselseitigen, unsichtbaren aber starken Strahlungen. Deshalb will er von Tribünen, Rednerpulten oder Tischchen nichts wissen. Er verläßt die Plattform, springt auf den Tisch, und wenn er dir seine Hände entgegenstreckt - nervös, unruhig, leidenschaftlich, ganz bebend von der Verzückung des Gebets, die ihn ergriffen hat - dann fühlst du, daß er dich berührt, dich mit diesen Händen ergreift und dich unwiderstehlich an sich zieht*“². Kerenskij hatte bei den Soldaten einen phänomenalen Erfolg: Seine Reisen glichen einem Triumphzug. Die Leute versammelten sich bereits Stunden vor seinen Auftritten, bewarfen ihn mit Blumen und Tapferkeitsmedaillen; stundenlang andauernde Ovationen schlugen oft in Massenextase um³. Dabei waren seine Auftritte nicht frei von peinlichen Szenen, die in der allgemein begeisterten Atmosphäre jedoch unbeachtet blieben. Kerenskij hatte panische Angst vor Pferden und bereiste die Truppen ausschließlich im Automobil, aus dem er in der Regel auch zu den Soldaten sprach. Von militärischen Bräuchen hatte er kein bißchen Ahnung. Als eine in Reih und Glied aufgestellte Kavalleriedivision in Tarnopol auf Kommando das Schwert aus der Scheide zog und salutierte, verfiel der Kriegsminister in Panik. Er glaubte sein Leben durch „*konterrevolutionäre Kosaken*“ bedroht und rannte laut schreiend zu seinem Wagen⁴. Unter den Berufsoffizieren und der Generalität stießen die agitatorischen Auftritte Kerenskij auf große Skepsis. Sie hielten die Ansprachen des „*Höchstüberredenden*“ nicht für ausreichend, um die Armee zu disziplinieren. Kampfhandlungen einer Millionenarmee bedurften solider Planung und waren nicht mit der „*Kanonade von Valmy*“ - eines der Lieblingsthemen Kerenskij bei seinen Auftritten - vergleichbar. Dabei trägt auch Brusilov Schuld, der wußte, welche Folgen der schon im voraus gescheiterte Angriff haben würde und doch nichts tat, um die Generaloffensive auszusetzen⁵.

Die Wirkung Kerenskij und seiner Propaganda verflüchtigte sich wieder, sobald er die Bühne verließ⁶. „*Kerenskij ... war überzeugt, daß er 'magischen Einfluß' auf die Moral der Truppen hatte und diese dadurch die verlorene Kampfkraft wiedererlangen würden. Ihn von dieser Überzeugung abzubringen hatte niemand gewagt - das erledigte die unmittelbare Zukunft. Zahlreiche Offiziere und insbesondere die Kommandeure der in*

¹ Kerenskij, A., *Die Kerenski-Memoiren*, S. 290-312.

² Zitiert bei Wilcox, E., *Russia's Ruin*, New York 1919, S. 196-197.

³ Ebd.

⁴ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 283.

⁵ In seinen in der UdSSR erschienenen Erinnerungen behauptete Brusilov, er habe bereits bei der Übernahme des Oberkommandos gewußt, daß in den russischen Truppen kein Kampfgeist mehr steckte und daß die Offensive fehlschlagen würde, vgl. Brusilov, A., *Moji vospominanija*, S. 215f.

⁶ Stankevič, V., *Vospominanija*, S. 157f.

Auflösung begriffenen Einheiten luden Kerenskij absichtlich zu sich ein, um später ihre Hände in Unschuld waschen zu können ('Selbst Kerenskij hat es nicht geschafft, sie zu bekehren'). Kerenskij nahm diese Einladungen für bare Münze, 'überzeugte' sich tagtäglich von seiner 'unbeschreiblichen Popularität' und begann, noch mehr an seine Bedeutung zu glauben ... Die Truppen aber mitingierten. Sie stimmten in der Regel mit jedem Redner überein, der sie in diesen Tagen besuchte, obwohl diese nicht selten einander inhaltlich ausschlossen. In ein- und derselben Division faßte ein Regiment auf seiner Versammlung den Beschluß, anzugreifen. Ein anderes verfaßte eine Resolution für die Defensive, allerdings 'ohne die deutschen Prinzessinnen Annexion und Kontribution'. Das dritte faßte gar keine Beschlüsse, sondern steckte die Bajonette in die Erde und löste sich auf. Die Soldaten machten sich einfach auf den Weg in ihre Dörfer. Alle waren überzeugt, daß der Deutsche es bis zu ihrem Heimatdorf irgendwo 'in der Provinz Tambov' sowieso nicht schaffen würde“¹.

Kerenskij vertrat sein Leben lang die Meinung, daß am Vorabend der Generaloffensive „die Stimmung an der Front an Stärke zugenommen“ hatte und „die einfachen, durch die lange Zeit der Untätigkeit gelangweilten Soldaten aus eigenem Antrieb ihre normalen Pflichten“ wieder aufnahmen². Er ging soweit zu behaupten, daß „die Armee, das Offizierskorps und die Komitees auf unterer Ebene solide organisiert“ waren und die Armee „hauptsächlich aus Männern bestand, die für die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen eintraten“³. Die russischen Generäle hatten über die Zustände der Mannschaften aber anderes zu berichten. Zahlreiche Einheiten befanden sich bereits in Auflösung. Besonders betroffen waren dabei die Reserveeinheiten dicht hinter den Frontlinien. Denikin schildert den Alltag in der „demokratischsten Armee der Welt“: „Unter den Einheiten der von mir gerade übernommenen Westfront galt das Saramskij-Infanterieregiment als das am meisten von den Auflösungserscheinungen erfaßte. Die Soldaten terrorisierten und verprügelten ihre Offiziere. Viele von ihnen erstatteten mir Bericht, daß es ihre menschlichen Kräfte überstiege, unter solchen Bedingungen dienen zu müssen und baten um Versetzung. Ich wollte mir von der Lage auf der Stelle ein Bild machen und stattete dem Regiment einen Besuch ab. Was sich da vor meinen Augen abspielte, kann man kaum in Worte fassen. Die Soldaten saßen einfach auf der Wiese. Bei meiner Ankunft machte niemand Anstalten aufzustehen, geschweige denn, sich der Disziplin gemäß zu benehmen. Das einfachste wäre natürlich gewesen, sie zu beschimpfen und wieder wegzufahren, aber ich erachtete dies als feige und beschloß zu bleiben. Ich blieb, wir fingen unvermittelt ein Gespräch an. Je länger ich mit ihnen sprach, desto mehr wich die anfängliche Wut in mir und machte der Trauer Platz. Was aus der Schöpfung Gottes, dem Menschen, bloß werden konnte! Mit herabgerissener Kleidung, schmutzig und hungrig, hatten sie nicht einmal eine Ahnung, was um sie ringsum passierte. Meine Wut galt vielmehr unserer Regierung, die zu diesen Zuständen durch ihre Demagogie maßgeblich beigetragen hatte“⁴.

Die Offensive wurde von der Stawka und den Frontstäben bis in das kleinste Detail ausgearbeitet. Die Generäle wußten nur nicht, ob es gelingen würde, die von der Propaganda infizierten und der neuen Gesetzgebung „befreiten“ Soldaten gegen die feindlichen Stellungen zu bewegen. Daher griff man zu

¹ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 282-283.

² Kerenskij, A., *Die Kerenski Memoiren*, S. 296.

³ Ebd.

⁴ Denikin, A., *Očerki ruskoj smuty*, Bd. 1., S. 97f.

originellen Mitteln. In der ganzen Armee wurden aus den besten Soldaten Sturmeinheiten, die sog. „Todesbataillone“ formiert, die als erste die gegnerischen Positionen erstürmen sollten¹. Von ihnen erhoffte man anfängliche Erfolge und eine positive Wirkung auf die Kameraden. Diese Einrichtung hatte aber auch eine negative Seite. Der Weggang der disziplinierten Soldaten und Offiziere hatte zur Folge, daß die Masse der Truppen noch schneller zerfiel. Mit ihrem Tod fielen die Kader aus, die bislang den Zusammenhalt der Truppe gewährleistet hatten². Die russische Generaloffensive begann am 18. Juni 1917 mit einer zwei Tage andauernden Artillerieschwere und verzeichnete in der Anfangsphase große Erfolge. Der Hauptstoß wurde an der Südwestfront (General Gutor) konzentriert und zielte auf Lemberg. Unterstützende Operationen erfolgten an der West- (General Denikin) und Nordfront (General Dragomirov). Zum ersten Mal in diesem Krieg besaßen die Russen eine übermächtige Artillerie; allein die Südwestfront beschoß die gegnerischen Stellungen aus 3 000 Kanonen verschiedenen Kalibers³. Der russische Angriff erfolgte fast überall nach dem gleichen Schema: Als erstes griffen die ausgewählten Freiwilligeneinheiten an, die in der Regel klein, aber wirksam waren. Ihnen folgten äußerst unwillige und undisziplinierte Truppen. An der Südwestfront durchbrach gleich am ersten Tag der Offensive die 11. Armee die österreichische Frontlinie und fügte den Mittelmächten bei Sborovo eine empfindliche Niederlage zu. 3 000 Offiziere und 18 000 Soldaten gerieten in russische Gefangenschaft⁴. Besonders demoralisierend wirkte, daß den Österreichern auch Regimenter gegenüberstanden, die sich aus Tschechen und Slowaken zusammensetzten und auch noch durch besondere Verbissenheit auszeichneten⁵. In der Gegend von Bshezany fügte die 7. Armee der deutschen „Südarmerie“ große Verluste zu. Die Analyse des österreichischen Generalstabs beziffert die Verluste der Mittelmächte dort auf 3 000 Offiziere und 12 000 Soldaten⁶. Die größten Fortschritte machte jedoch die 8. Armee in der Gegend von Halitsch. Sie machte zwar nur ca. 7 000 Gefangene, verzeichnete jedoch den größten Geländegewinn und nahm die Stadt ein. Wie sich Kerenskij erhofft hatte, lösten die ersten Erfolgsmeldungen patriotische Kundgebungen aus, die allerdings nicht von Dauer waren. Die Offensive kam nach zwei Tagen zum Stillstand, weil die Soldaten im Gefühl, ihre Pflicht getan zu haben, sich den Befehlen widersetzten, weiter vorzudringen. Soldatenkomitees der Verstärkungen hielten Kundgebungen ab und trafen diesbezüglich Beschlüsse. Manchmal hatten Russen die gegnerischen Schützengräben eingenommen und den ganzen Tag gehalten, kehrten dann aber in die eigenen zurück, „weil sie in den fremden Schützengräben keine bequemen Übernachtungsmöglichkeiten sahen“⁷. Als die Stoßtruppen wegen ihrer Verluste nicht mehr anzugreifen in der Lage waren, blieb auch die nachfolgende Masse stehen. Am 2. Juli kam der russische Angriff endgültig zum Erliegen.

Die Anfangserfolge der Kerenskijoffensive lösten in Rußland eine patriotische Welle aus. Kerenskij, der in den Erfolgen der russischen Südwestfront seine geniale Amtsführung bestätigt sah, schickte begeisterte Telegramme nach Petersburg, die in den Medien veröffentlicht wurden. „Nach drei Jahren bitteren Leidens

¹ Ausführlich über die „Todesbataillone“ und ihre Aufgaben vgl. **Kritskij, N.**, *Kornilovskij udarnyj polk*, Paris 1936.

² Ebd.

³ **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 283f.

⁴ Ebd., **Rauchensteiner, M.**, *Der Tod des Doppeladlers*, S. 473f.

⁵ Zur Bildung der tschechischer Einheiten in der Armee Rußlands, vgl. **Rauchensteiner, M.**, *Der Tod des Doppeladlers*, S. 480f.

⁶ **Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S. 283f.

⁷ Die russische Offensive ist eindrucksvoll vom Kommandeur der Westfront A. Denikin beschrieben worden, **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., Teil 2, S. 167.

*fragten sich Millionen kriegsmüde Soldaten: ‚Warum muß ich jetzt sterben, wenn in der Heimat ein neues, freies Leben beginnt?‘ ... Es ist einfach, erschöpfte Menschen aufzurufen, sie sollen die Waffen niederlegen und nach Hause gehen, wo inzwischen ein neues Leben begonnen hat. Ich aber rufe euch zum Kampf auf, zum Heldentum - ich lade euch nicht zu Festlichkeiten ein, sondern zum Tode! Dazu, euch zu opfern, um das Vaterland zu retten“¹. Auch der berühmte Tagesbefehl des sprachgewandten Kriegsministers an die Truppen wurde mit ähnlich merkwürdigen Worten verfaßt: *„Für die Rettung des freien Rußland werden Sie dorthin gehen, wohin Ihre Kommandeure und die Regierung Sie führen werden. Durch den Stillstand kann der Feind nicht hinausgetrieben werden. Sie werden an den Spitzen ihrer Bajonette Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit tragen. Sie werden in fest geschlossenen Reihen vorgehen, zusammengefügt durch die Disziplin der Pflicht und die grenzenlose Liebe zur Revolution...“* ². Ministerpräsident Lvov antwortete Kerenskij mit einem öffentlichen Telegramm. *„Im Namen von ganz Rußland beglückwünscht die Provisorische Regierung ihre auf wahren demokratischen Grundlagen aufgebaute und von den Idealen der Demokratie durchdrungene Armee, die zur Offensive übergegangen ist. In diesem Augenblick, wo auf dem Schlachtfeld das Schicksal der Revolution und ihrer hohen Ziele entschieden wird, möge die Armee wissen, daß ganz Rußland allein vom Wunsch beseelt ist, den flammenden Enthusiasmus der Armee zu unterstützen und das hohe Ideal der Freiheit zu verwirklichen“*³. Die Generäle teilten diesen Enthusiasmus nicht, da die abgebrochene Offensive bedrohlich für die Zukunft wirkte. Sie wollten eine Umgruppierung der Kräfte vornehmen und den Angriff von neuem aufrollen.*

Noch bevor die Stawka die Umgruppierung ihrer Kräfte an der Südwestfront abgeschlossen hatte, eröffneten die Deutschen am 6. Juli etwas nördlich von der Hauptstoßrichtung der russischen Südwestfront in der Gegend von Tamopol einen Gegenangriff. Mit 600 Geschützen beschossen sie das XXV. Korps der 11. Armee, welches rebellierte und Fersengeld zahlte, ohne auch nur zu versuchen, Widerstand zu leisten. Es handelte sich dabei um ein Korps, das lange Zeit in der Reserve der 11. Armee gestanden und besonders aktiv an den Versammlungen teilgenommen hatte. Die anderen Truppen der 11. Armee folgten dem Beispiel ihrer Kameraden und flohen ebenfalls, mancherorts sogar *„ohne den Angriff der Deutschen überhaupt abzuwarten“*⁴. Die Südwestfront wurde gleich am ersten Tag der Gegenoffensive durchbrochen und mit der Einkesselungsgefahr zahlreicher Einheiten konfrontiert. Obwohl während des Krieges ähnliche Situationen leicht gemeistert worden waren, indem die Durchbruchstellen gestopft wurden, geriet die Hauptmasse der auspropagandierten Soldaten diesmal sofort in Panik. Die ganze riesige Front begann einen ungeordneten Rückzug, der bereits nach kürzester Zeit in eine wilde Flucht umschlug. Am 14. Juli befand sich die Südwestfront der „freiesten Armee der Welt“ bereits östlich vom Ausgangspunkt der Brusilovoffensive. In weniger als eineinhalb Wochen ging das ganze Territorium verloren, für das 1916 erbittert gekämpft worden war. Dieser Rückzug gehört zu den dunkelsten Seiten der russischen Militärgeschichte: Das ganze verlorene Terrain wurde von Pogromen in bislang unbekanntem Ausmaß durchzogen. Von dem Frontkommandeur hieß

¹ **Kerenskij, A.**, *Die Kerenski Memoiren*, S. 299-300.

² Zitiert bei **Suchanov, N.**, *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 369, Text des anderen Tagesbefehls vgl. **Smilg-Bernario, M.**, *Von Kerenski zu Lenin*, S. 114-115.

³ Der Text des Begrüßungstelegramms in: **Smilg-Bernario, M.**, *Von Kerenski zu Lenin*, S. 116.

⁴ Von den Kommissaren der Südwestfront abgesandtes Telegramm von 22. Juli 1917. Der voller Text ist abgedruckt in: **Reč**, 24. 07. 1917, S. 1.

⁵ Ebd.

es: „Auf den Feldern, die man unmöglich als Schlachtfelder bezeichnen kann, herrschen Schande und Schmach, die in diesem Ausmaß die russische Armee noch nie erlebt hat. Die Masse der vor Angst unzurechnungsfähig gewordenen Menschen flieht. Sie morden, vergewaltigen, berauben unterwegs die Zivilbevölkerung und lynchen ihre Offiziere“¹.

Kerenskij war von den Ereignissen überfordert. Er fiel augenblicklich in einen Zustand tiefster Depression. Als die Südwestfront Hals über Kopf nach Osten floh, befahl Kerenskij das Ende der Entlastungsoffensiven an den anderen Fronten². Damit brachte er die dem Feind ausgesetzte Südwestfront in eine katastrophale Situation und untergrub die Befehlsgewalt der Stawka. Hätte Minister Stürmer 1916 gewagt, sich von der Hauptstadt direkt an die Truppen zu wenden und befohlen, die Brusilovoffensive abzubrechen, wäre er entweder vom Zaren vors Tribunal gestellt oder von der patriotischen Opposition des Fortschrittsblocks vernichtet worden. Die Stawka reagierte auf die Katastrophe an der Südwestfront mit zwei Gegenmaßnahmen. Die eine bestand im Tagesbefehl, „Tarnopol dem Feind nicht zu überlassen“. Die zweite Maßnahme war wirkungsvoller: Der energische Kommandeur der 8. Armee, General Kornilov, wurde zum Kommandeur der gesamten Südwestfront ernannt mit der Befugnis, die Freiwilligenformationen ins Hinterland zu beordern und sie gegen die marodierenden Deserteure einzusetzen. Es wurde gestattet, die bislang strikt untersagte Todesstrafe zu verhängen. Die Katastrophe des Juniangriffs und die panikartige Flucht nach der vernichtenden Niederlage von Tarnopol brachte die Armeeleitung nur mit äußerster Mühe unter Kontrolle. Allein das Freiwilligenbataillon der 11. Armee verhaftete an nur einem Tag mehr als 12 000 Deserteure³. Erst diese energischen Maßnahmen machten aus der Flucht der Südwestfront einen - wenn auch ungeordneten - Rückzug⁴. Erst am 23. Juli gelang es der Stawka und dem Stab der Südwestfront, eine neue Verteidigungslinie zu beziehen und den Vormarsch der Mittelmächte zu stoppen.

Die Katastrophe von Tarnopol hatte auf die demoralisierten Truppen einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Die besten Einheiten waren größtenteils aufgerieben⁵. Die Verluste beliefen sich auf ca. 20 000 Gefallene, 257 Artilleriegeschütze, 191 Minenwerfer und 546 Maschinengewehre. 655 russische Offiziere und 41 000 Soldaten gerieten in Gefangenschaft⁶. Die verbliebenen Truppen fühlten sich jetzt von der Führung betrogen. Sie waren vor dem Angriff bearbeitet worden, daß der Gegner von der „demokratischsten Armee der Welt“ leicht zu besiegen sei. Der künstlich hochgeschraubte Optimismus der Soldaten schlug nach der vernichtenden Niederlage augenblicklich in Wut um, die sich gegen die Offiziere richtete⁷. Da es in der Armee keine Kraft mehr gab, die sie am Verlassen der Schützengraben hindern hätte können, zogen sie massenweise nach Hause. Offiziere, die das zu verhindern versuchten, liefen Gefahr, gelyncht zu werden. Über die Lage schrieb Kerenskij: „Nach unserer Niederlage ergriffen die wutentbrannten Massen bewaffneter Männer die Flucht von der Front ins tiefe Hinterland. Sie fegten dabei auf ihrem Weg die gesamte Staatlichkeit

¹ Ebd.

² Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 301.

³ Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 1., S. 129.

⁴ Rutherford, W., *The Tsar's War*, S. 272f.

⁵ Denikin, A., *Očerki ruskoj smuty*, Bd. 1., Teil 1., S. 163-172.

⁶ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 298.

⁷ Denikin, A., *Očerki ruskoj smuty*, Bd. 1., Teil 1., S. 163-172.

und Kultur hinweg“¹. Noch vollständiger erscheint die Katastrophe, wenn man auch die inneren Entwicklungen beachtet. Während die Frontsoldaten - wengleich widerwillig - in der Offensive ihr Leben aufs Spiel setzten, wurde das ganze Hinterland von einem Generalstreik der Industriearbeiter und Eisenbahner lahmgelegt, die eine bessere Entlohnung forderten. Die Verbindung der Front mit dem Hinterland war vollkommen zusammengebrochen². Auch die Bauern nahmen kaum Notiz von den wiederaufgenommenen Kampfhandlungen. Ihr ganzes Interesse galt nur der „Schwarzen Umverteilung“. Im Juni/Juli erreichten die Bauernüberfälle ihren vorläufigen Höhepunkt³. Als im August die Überfälle etwas abflauten, lag das nicht an gewecktem Patriotismus, sondern am Beginn der Erntezeit, mit dem die Bauern alle anderen Tätigkeiten vorläufig einstellten⁴.

Diese Ereignisse gaben den Bolschewiki unerwartet zum zweiten Mal Gelegenheit, nach der Macht zu greifen. Lenin war von der politischen Entwicklung in seiner Heimat begeistert. Seit dem Eintritt der Sozialisten in die Provisorische Regierung war seine Partei zur einzigen politischen Alternative geworden; ihr haftete nicht der Makel des Versagens an. Den von Eino Rachja zusammengestellten Statistiken zufolge wurden die Bolschewiki ständig mehr: Februar 1917 - 23 000 Parteimitglieder, April - 100 000, August - 240 000. Bis Anfang Oktober sollte diese Zahl auf 350 000 Parteimitglieder anwachsen⁵. In den Tagen der Aprilkrise war die Partei der Bolschewiki noch durch innere Kämpfe zerrissen, denn zahlreiche Parteifunktionäre mit B. Kamenev an der Spitze mißbilligten Lenins Machtergreifungspläne. Selbst Lenins Artikel erschienen in der von Kamenev redigierten „Prawda“ mit der Bemerkung, daß sie nicht die Meinung der Mehrheit der Bolschewiki repräsentierten, die mit der Februardemokratie zusammenzuarbeiten bereit sei. Die innerparteiliche Lage im Juli war demgegenüber eine ganz andere. Laut Suchanov siegte Lenin mit seinen Ansichten „auf der ganzen Linie“ und dominierte im Alleingang das ganze Auftreten seiner Partei⁶. Der Staatsanwalt der Provisorischen Regierung, B. Nikitin, der sich eingehend mit den Finanzen der Bolschewiki befaßte, stellte fest, daß zu diesem Sieg finanzielle Druckmittel keine geringe Rolle gespielt hatten: „Allein Lenin war für die Gehälter der Mitglieder des ZK zuständig. Wenn jemand seiner politischen Linie nicht folgte, wurde ihm das Salär einfach gestrichen ... Mittel, die Lenin als Verwalter der Parteikasse aus ‚Enteignungen‘ und ‚Spenden‘ erhielt, machten ihn zum uneingeschränkten Herrscher des Parteiapparats“⁷.

Kerenskij, der sich als „Mann der Mitte“ und „des historischen Kompromisses“ verstand, äußerte öfters den Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit den Bolschewiki. Darunter verstand er natürlich eine Unterstützung seiner politischen Linie „im Namen der Revolution“. Obgleich Kerenskij mehrmals sein Interesse an einer Begegnung bekundete, zog Lenin es vor, einer persönlichen Konfrontation aus dem Wege zu gehen. Kerenskij war für ihn nur „ein Held des Augenblickes“, mit dem er keine Kompromisse eingehen wollte. Der Regierungschef, der „mit Ungeduld die Einberufung der verfassunggebenden Versammlung erwartete, um alle

¹ Kerenskij, A., *Iz daleka. Sbornik stajej*, Paris 1922, S. 72.

² Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 373-380.

³ Chamberlin, W., *Die russische Revolution 1917-1921*, Bd. 1., S. 371.

⁴ Maslov, S., *Agrarnaja revoliuzija v Rossiji*, Prag 1928, S. 51f.

⁵ Volkogonov, D., *Lenin*, S. 153.

⁶ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 300-303.

⁷ Nikitin, B., *Rokovyje gody. Novyje pokazanija. Memuary načalnika vojennoj kontrrazvedki Petrogradskogo vojnogo okruga*, Paris 1937, S. 228.

seine Ämter niederzulegen und unverzüglich zurückzutreten“¹, hatte in seinen Augen keine Zukunft. Kerenskij, der schon bald begriff, daß er Lenin nicht als Verbündeten im Kampf für die „Verteidigung der Ideale des demokratischen Februar“ gewinnen würde, verhielt sich gegenüber Lenin durchaus tolerant und sogar großmütig. Selbst als die von der Tätigkeit der Bolschewiki empörten Generäle in der Stawka ihn aufforderten, mit Lenin „kurzen Prozeß“ zu machen und die öffentliche Meinung mit dieser Ansicht sympathisierte, fühlte Kerenskij als Sozialist die Pflicht, Lenin in Schutz zu nehmen. Obwohl er zweifellos seine Methoden mißbilligte, galt ihm Lenin als verirrter Glaubensbruder, nicht aber als Quelle einer tödlichen Gefahr. Der angehende Ministerpräsident der Provisorischen Regierung war für die Grausamkeiten der Revolution nicht geschaffen. Bei Lenin lag die Sache freilich ganz anders. Als Politiker war Lenin mit allen Wassern gewaschen: Flexibel in seiner Taktik, änderte er im Notfall beliebig seine Lösungen, schreckte auch vor Demagogie und dem Einsatz krimineller Methoden nicht zurück. Der Führer der Bolschewiki machte aus seinen Methoden keinen Hehl: „Die Revolution ist eine schwierige Sache. Dabei macht man sich natürlich die Hände schmutzig ... Die Partei ist kein Pensionat für höhere Töchter. Irgendein Verbrecher kann uns gerade deshalb nützlich sein, weil er ein Verbrecher ist“². „Wenn die Sozialdemokraten stolz und zufrieden erklären: ‚Wir sind weder Anarchisten, noch Räuber, das ist nicht unser Niveau;‘ dann frage ich mich: Wissen diese Leute überhaupt was sie da sagen?“³.

Obwohl Lenin ein recht konservativer Mensch war, dem Černyševskjs langweiliger Roman „Was tun?“ mit seinen blassen Helden lieber war, als Majakovskijs Lyrik⁴, war er in politischen Fragen durchaus fortschrittlich. Lenin erkannte die Bedeutung der Massenpropaganda und setzte dieses Mittel massiv ein, was Hitler und Mussolini später in vielem nachahmten. Vor dem damals noch wenig bekannten Film, den Stalin und Hitler später viel benutzten, war das wichtigste Medium die Presse. Nichts beeindruckte die Zeitgenossen mehr, als der massive Einsatz von Druckerzeugnissen durch die Bolschewiki. Seit den ersten Tagen der Februardemokratie hatten sie Rußland mit Zeitungen, Flugblättern und Proklamationen überschwemmt und ihre zerstörerische Propaganda tagtäglich auf die Köpfe der politisch ungebildeten Bevölkerung ausgegossen. Das geschriebene Wort machte ungeheuren Eindruck. Der Militärhistoriker N. Golovin entdeckte nichts neues als er festgestellt hat, daß je weniger die Menschen von Politik verstehen, sie desto mehr dazu neigen, die Zeitung unkritisch aufzunehmen. Lenin war diese Neigung durchaus nicht entgangen. Fast alle Zeitungen der Bolschewiki hießen „Wahrheit“. Neben dem Parteiorgan „Prawda“ für die Zivilbevölkerung gaben sie die „Soldatskaja Prawda“ und „Okopnaja Prawda“ für die Soldaten, die Zeitung „Golos Prawdy“ für die Matrosen heraus⁵. Es gab spezielle Prawda-Zeitungen für Bauern, Arbeiter, Bahnbedienstete und sogar Frauen. Die Zahl der bolschewistischen Druckerzeugnisse war beeindruckend: Bereits im Juli 1917 gab die Partei, deren Namen vor der Revolution nur Eingeweihte kannten, 41 Tageszeitungen heraus⁶. 27 dieser Publikationen erschienen in

¹ So der Vertrauter und Sympathisant Kerenskij, Stankevič, vgl. **Stankevič, V.**, *Vospominanija, 1914-1919*, Berlin 1920, S. 252.

² **Voitinskij**, *Gody pobed i poraženij*, 2 Bd., Berlin 1924, S 227.

³ Seine berühmte Rede vor dem III. Kongress der kommunistischen Jugend vgl. **Lenin, V.**, *Polnoje sobranije sočinenij*, Bd. 10, S. 86.

⁴ Vgl. **Valentinov, N.**, *Malo znakomyj Lenin*, Paris 1972.

⁵ Ausführlich dazu vgl. **Budnikov, V.**, *Bolševizkaja partijnaja pečat v 1917 godu*, Charkov 1959.

⁶ **Novyj Žurnal**, Moskau 1971, Nr. 102, S. 226.

russischer Sprache, die übrigen in georgisch, lettisch, armenisch, tatarisch, polnisch usw. Allein die Prawda hatte eine Auflage von 90 000 Exemplaren¹. Seit Februar war die Partei im Besitz einer eigenen Druckerei im Wert von 260 000 Rubel². Diese Druckorgane verbreiteten täglich die politischen Botschaften Lenins und riefen die „Massen“ auf, der Provisorischen Regierung die Gefolgschaft aufzukündigen. Dabei wurde die Propaganda der Bolschewiki in verschleierte Form formuliert. Die Artikel gaben keine konkreten Handlungsanweisungen (das war Aufgabe der Agitatoren vor Ort), sondern flößten dem Leser Ideen ein, aus denen er die gewünschten politischen Schlüsse selbst ziehen konnte. In ihren Aufrufen an die Truppen riefen die bolschewistischen Organe z.B. nicht offen zu Desertion und Mord an den Offizieren auf, was zu ihrem Verbot geführt hätte, sondern verhalfen zur Erkenntnis, „*wer den Krieg begonnen und wer den Krieg nötig hat*“³. Natürlich waren es die „Bourgeoisie“ und ihre Handlanger, die „reaktionären Offiziere“, gegen die der Soldat sein Bajonett richten sollte. Die von der Provisorischen Regierung ultrakonsequent durchgesetzte Meinungsfreiheit begünstigte die Vorgehensweise der Bolschewiki. Wenn dennoch die eine oder andere Zeitung gelegentlich mit Erscheinungsverbot belegt wurde, änderten die Bolschewiki einfach ihren Namen und verteilten sie ungehindert weiter. Teilweise nahm die Durchsetzung der fundamentalen Bürgerrechte in der Februardemokratie auch wahrlich groteske Züge an, wie z.B. als die Regierung die Frontkommandeure zwang, den Bolschewiki folgende Erlaubnis auszustellen: „*Der Stab der 2. Armee hat in Absprache mit dem Kommissar der Armee beschlossen, der Anfrage der Fraktion der Bolschewiki im Armeekomitee zu entsprechen. Hiermit wird es den Bolschewiki gestattet ... ein Seminar für die Weiterbildung der Parteimitglieder mit dem Ziel der Vorbereitung zu den Wahlen in die verfassungsgebende Versammlung abzuhalten. Ich befehle aus allen Sowjets unserer Armee je einen Delegierten in das obengenannte Seminar zu entsenden. Befehl Nr. 1644. Stabschef der 2. Armee Gen. Suworow*“⁴.

Woher stammten die Gelder der Bolschewiki? Immerhin bezahlten sie ihre Funktionäre und die Parteikasse verzeichnete ein kräftiges Plus. Bekanntlich verfolgte Lenin Ziele, die mit denen Deutschlands in vielem übereinstimmten. Deutschland strebte seit 1915 einen Separatfrieden an, um seine gesamte Streitmacht im Westen einsetzen zu können. Zu Lenins politischen Zielen gehörte die Zerschlagung des russischen Staatsapparats und der Armee, um ungehindert die Macht ergreifen zu können. Darin trafen sich Lenins Pläne mit den Zielen des Deutschen Reiches. Es gilt unter Historikern als ausgemacht, daß gerade diese Interessensverquickung der russischen Jakobiner und der Staatsräson des Deutschen Reiches, eine der entscheidenden Quellen des bolschewistischen Erfolgs darstellte. Die Offiziere in der OHL und in den Stäben der Heeresgruppen hielten sich allesamt für talentierte Feldherren, waren es aber nicht. Vielmehr sollte ihr übermäßig gestiegener Einfluß in diesem Krieg zu der Katastrophe führen, von der ebenfalls noch die Rede sein wird. Die eigentliche Erfindung dieses Krieges wurde im deutschen Außenministerium gemacht: Der deutsche Gesandte in der Schweiz, von Romberg, empfahl seinem Vorgesetzten, „*Lehnen*“⁵, um „*in Rußland ein*

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Typisch dafür ist der Leitartikel Grigorij Zivovjevs in der Soldatskaja Prawda vom 15. April, vgl. *Soldatskaja Prawda*, 15. 04. 1917, S. 1.

⁴ Zitiert bei **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 199-200.

⁵ So wurde Lenin im Memorandum von 20. März von den deutschen zuständigen Stellen im Außenministerium genannt, vgl. **Hahlweg, W.**, *Lenins Rückkehr nach Rußland 1917*, Leiden 1957, S. 47.

*größtmögliches Chaos zu schaffen*¹, die Rückreise durch das Territorium des deutschen Reiches zu genehmigen. Entgegen zeitgenössischer Vermutungen war Ludendorff kein Initiator in diesem Spiel; die eigentlichen Verantwortlichen gehörten dem Auswärtigen Amt an. Die Entsendung Lenins nach Rußland war die eigentliche „Wunderwaffe“ des I. Weltkrieges, von deren wirklicher Bedeutung allerdings keiner der Beteiligten auch nur die leiseste Vorahnung hatte. Es ist bezeichnend für die Kurzsichtigkeit der Verantwortlichen in Deutschland, daß sie sich in diese gefährlichen Gewässer wagten, ohne genauere Erkundungen über „Lehnin“ und sein politisches Programm anzustellen. Ein Historiker, der die deutschen Archive durchforschte, stieß auf einen einzigartigen Fakt, der auf eine unglaubliche Verantwortungslosigkeit schließen läßt: Zwei Exemplare von Lenins Zeitschrift „Sbornik Sozialdemokrata“, die von der deutschen Botschaft in Bern nach Berlin geschickt worden waren, lagen vierzig Jahre später immer noch unaufgeschnitten im Archiv².

Von noch größerer Tragweite waren aber die Geldmittel deutscher Herkunft, ohne die Lenins Erfolg wahrscheinlich gar nicht möglich gewesen wäre. Der deutsche Sozialdemokrat Eduard Bernstein, der über gute Verbindungen zu verschiedenen Amtsträgern der Weimarer Republik verfügte, bezifferte die deutsche Unterstützung an die Bolschewiki auf die astronomische Summe von ca. 50 Mio. Goldmark. Bernstein führte in einer Artikelserie 1921 im „Vorwärts“ den lückenlosen Nachweis über sämtliche finanzielle Transaktionen seit 1915 und forderte Lenin auf, ihn doch zu verklagen, wenn er und die Bolschewiki sich verleumdet fühlen sollten³. Natürlich wurde weder seitens der Bolschewiki, noch seitens der angegriffenen Würdenträger des Deutschen Kaiserreiches jemals eine Anklage erstattet, denn beide waren sich im klaren darüber, daß Bernsteins Behauptungen wahr waren. Auch die Geldsumme wird von der heutigen Geschichtsforschung im großen und ganzen bestätigt. Trotz der konspirativen Abwicklung der Geldgeschäfte und der späteren systematischen Vernichtung von Quellenmaterial, fanden sich zahlreiche Dokumente in Drittstaaten, welche die Verbindung der Bolschewiki mit dem Deutschen Reich erschließen. Den Geheimdiensten der Westalliierten, die dieser Angelegenheit mit großem Interesse nachgingen, gelang es schon beizeiten, belastendes Material in großen Mengen sicherzustellen und der Provisorischen Regierung zukommen zu lassen. Bereits im Juli 1917 verfügte sie über 21 Aktenordner mit Beweisen über die Kontakte der Bolschewiki zum Deutschen Reich - wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs⁴.

Der von den Bolschewiki 1921 zum Tode verurteilte und in den Westen geflüchtete Historiker S. Melgunov enthüllte in seinem umfangreichen Werk „Der goldene Schlüssel der Bolschewiki“⁵: *„Der goldene deutsche Schlüssel‘ zum ungewöhnlich schnellen Erfolg der leninistischen Propaganda war im Besitz von Parvus, der sowohl mit der sozialistischen Weltbewegung als auch mit dem deutschen Außenminister und den Vertretern des Generalstabes in Verbindung stand“*⁶. Der in Odessa geborene Aleksander Parvus war schon lange eine bekannte Größe in der sozialistischen Szene: 1905 war er einer der Anführer des Arbeitersowjets und der eigentliche Erfinder der Idee der „permanenten Revolution“, die bei vielen russischen

¹ Das Memorandum von 21. März 1917, vgl. **Hahlweg, W.**, *Lenins Rückkehr nach Rußland 1917*, S. 49f.

² **Hahlweg, W.**, *Lenins Rückkehr*, S. 10.

³ Zitiert bei **Volkogonov, D.**, *Lenin*, S. 123.

⁴ **Volkogonov, D.**, *Lenin*, S. 123.

⁵ **Melgunov, S.**, *Zolotoj nemezkiy ključ bolševikov*, New York 1989.

⁶ Zitiert bei **Volkogonov, D.**, *Lenin*, S. 112f.

radikalen Sozialisten Begeisterung entfachte¹. Obschon Parvus ein durchaus fähiger Publizist war, war seine Leidenschaft zum Handel viel bestimmender als seine aufrührerische Natur. Parvus emigrierte in die Türkei und später nach Deutschland und machte großes Geld, indem er während der Balkankriege die Kriegsparteien mit Waffen belieferte. Während des I. Weltkrieges war Parvus bereits ein sehr reicher und in den Regierungskreisen Deutschlands geachteter Mann, der zu der erstaunlichen Erkenntnis gelangte, daß die militärische Niederlage Rußlands durch die Unterstützung russischer Radikaler wie Lenin erlangt werden könne. Es war Parvus, der die Deutschen auf Lenin aufmerksam machte und ihnen zur Erkenntnis verhalf, daß dieser am Rande des finanziellen Abgrunds in der Schweiz lebende politische Flüchtling in der Lage sein würde, einen Umsturz in seiner Heimat durchzusetzen. So wurde Lenin durch die deutschen Ämter entdeckt und gefördert. Nach seiner Rückreise telegraphierte der deutsche Agent in Stockholm an das Außenministerium: „*Lenins Einreise nach Rußland erfolgreich. Er arbeitet genau nach unseren Wünschen*“². Dann wurden die Bolschewiki verstärkt gefördert. Lenin war jedoch keinesfalls ein einfacher deutscher Spion, sondern hatte mit seinen „Förderern“ eigene Pläne³. Schon während der Verhandlungen über seine Rückreise zeigte sich, daß die Deutschen es mit einem sehr bewanderten Politiker zu tun hatten. Lenin vermochte nicht nur zu erreichen, daß die Deutschen ihm und seinen Weggefährten den diplomatischen Status zubilligten, sondern auch festhalten zu lassen, daß er auf Initiative des Anführers der Menschewiki, J. Martov, reiste⁴.

Viele Belege überführen die Bolschewiki der Geldgeschäfte mit Deutschland. Das Telegramm: „*Fürstenberg Grand Hotel Stockholm. Nestlé schickt kein Mehl. Bitte anmahnen*“⁵, ist nur ein Beispiel hierfür. Lenin machte sich nicht persönlich die Hände schmutzig. Das Geschäftliche überließ er zuverlässigen Parteifunktionären wie Radek, Sumenson, Kozlovskij und natürlich Jakob Fürstenberg. Fürstenberg alias Ganetzkij, ein sehr begabter Finanzmann der Bolschewiki, wirkte gemeinsam mit Parvus wie eine Triebfeder, die das Barometer der russischen Revolution steil nach oben schnellen ließ, indem er Lenin und seiner Partei die Mittel für ihre Tätigkeit verschaffte. Es gab zahlreiche Kanäle, über welche die Deutschen die Bolschewiki mit Geld versorgten. Die Geschäfte liefen zumeist über das neutrale Schweden und Dänemark, den Drehschreiben zahlreicher Geheimdienste. Die Deutschen gründeten in Berlin die sog. „Spezialabteilung Stockholm“ unter der Leitung eines gewissen Trautmann und entsandten ihren Verbindungsmann Parvus nach Kopenhagen, wo bereits Ganetzkij residierte. Der österreichische Diplomat Grebing hat eine der zahlreichen Methoden beschrieben, der sich die Deutschen bedienten, um die Bolschewiki mit Geld zu beliefern. Er erinnerte sich, daß „*Parvus und Fürstenberg tatsächlich mit deutscher Hilfe über Skandinavien umfangreiche Exportgeschäfte mit Rußland betrieben. Man verfuhr dabei folgendermaßen: Parvus erhielt aus Deutschland bestimmte Waren, die*

¹ Ausführlich zu der Person von Parvus vgl. **Scharlau, W., Zeman, Z.,** *Freibeuter der Revolution. Parvus - Helphand. Eine politische Biographie*, Köln 1964.

² **Zeman, Z.,** *Germany and the Revolution in Russia 1915-1918. Documents from Archives of German Foreign Ministry*, London - New York 1958, S. 51.

³ Diese These wird allerdings in vielen russischen Quellen bestritten. Eine davon war der Leiter der zaristischen Konterspionage, General Spiridovič. Er hatte behauptet, daß Lenin im Juli 1914 zwei mal nach Berlin gereist sei, um mit den Deutschen einen Plan über den Ausstand in Rußland auszuarbeiten. Diese These wird allerdings nicht eindeutig belegt, da die betreffenden Dokumente bis heute noch nicht ausfindig gemacht werden konnten. Spiridovič wurde nach dem Oktoberputsch verhaftet und durch die Bolschewiki hingerichtet, vgl. **Spiridovič, A.,** *Isorija Bolševizma*, S. 263f.

⁴ **Lenin, V.,** *Polnoje sobranije sočinenij*, Bd. 31, S. 120.

⁵ **Nikitin, B.,** *Rokovyje gody*, S. 112f.

Rußland dringend benötigte, wie chirurgische Instrumente, Medikamente, Kleidung oder sogar Verhütungsmittel, und Ganetskij schickte sie dann nach Rußland weiter. Sämtliche Einnahmen aus diesem Handel wurden aber nicht nach Deutschland zurücküberwiesen, sondern vom ersten Tag der Revolution an in erster Linie für die Finanzierung der leninistischen Propaganda verwendet“¹. Um welche Summen es sich dabei handelte, läßt sich mit Jevgenija Sumenson zeigen, die im Großgeschäft der Bolschewiki nur eine Nebenrolle als einer der zahlreichen Abnehmer der Waren bekleidete. Als sie auf einen Tip des französischen Geheimdienstes hin am 8. Juli 1917 festgenommen wurde (die Februardemokratie besaß nach der Zerstörung der Ochrana keine eigene Gegenspionage), gab sie zu Protokoll, daß allein durch ihre Hände mehr als zwei Mio. Goldrubel gegangen waren².

Das Debakel der Kerenskijoffensive eröffnete den Bolschewiki großartige Chancen. Die Stawka war durch die Katastrophe wie gelähmt und viel zu sehr damit beschäftigt, den endgültigen Zerfall der Frontarmeen aufzuhalten, als daß sie effektiv gegen einen Staatsstreich hätte reagieren können. Die Frontarmeen begannen in ihre einzelnen Bestandteile zu zerfallen: Die Hauptmasse der kriegsmüden Soldaten und das Offizierskorps. Die endgültige Auflösung der Frontarmee war zwar noch nicht gänzlich vollzogen, aber die Szenen, die sich unmittelbar nach der Kerenskijoffensive abspielten, lieferten einen Vorgeschmack auf den späteren Bürgerkrieg. Die Berichte der Stäbe wimmelten in diesen Tagen von Meldungen über Konfrontationen der kriegsmüden Armee (die späteren „Roten“) mit den Freiwilligeneinheiten (die späteren „Weißen“). Der Kommandeur der Westfront, Denikin, berichtete, daß sich die Soldaten seiner Front nicht nur weigerten, offensiv vorzugehen, sondern auch die anderen Einheiten daran hinderten. Hier und dort wurde das Kommunikationskabel durchschnitten, mancherorts erschienen Soldaten bei den Artilleristen und zwangen sie, den Beschuß der feindlichen Stellungen zu unterbrechen³. An der Nordfront, wo aufgrund der Nähe zur Hauptstadt die Propaganda am stärksten war, hatte die Konfrontation noch größere Ausmaße. Als die Armeen dort eine Offensive zur Entlastung der in Tarnopol bedrängten Südwestfront starteten, gingen nur noch die Freiwilligen gegen die feindlichen Schützengräben vor. In Dvinsk brachen sie tief in die deutschen Positionen ein, wurden jedoch von den zurückgebliebenen Soldaten unter Beschuß genommen. Von diesem Bataillon kehrte keiner zurück⁴. Diese Entwicklung entging Lenin nicht und er beschloß, die Schwäche der Stawka zu nützen.

Ausgangspunkt der Ereignisse war wieder einmal die Petersburger Garnison, die in der Hauptstadt die „Revolution verteidigte“. Nach dem Zeugnis Suchanovs war dieser ständige Unruheherd *„auf keinen Fall mehr eine zuverlässige Truppe. Es war eigentlich keine Garnison, sondern es waren nur noch zersetzte militärische Kader. Der regierende Sowjetblock hatte die Soldatenmassen schon aus seinen Händen gleiten lassen. Die Bolschewiki hatten sich in einigen Einheiten eingenistet und drangen von Stunde zu Stunde immer tiefer in die übrigen hinein“*⁵. Die Ereignisse begannen damit, daß das 1. MG-Regiment (die größten Anhänger der Bolschewiki in der Stadt) vom Vorhaben der Provisorischen Regierung erfuhr, es aufzulösen und die Männer

¹ *Novyj Žurnal*, Moskau 1967, Nr. 87., S. 308.

² Die Akte Somenson befindet sich im Archiv der Russischen Föderation, vgl. **Volkogonov, D.**, *Lenin*, S. 117.

³ **Golder, F. (Hrsg.)**, *The Documents of russian History*, S. 428-431f.

⁴ Ebd.

⁵ **Suchanov, N.**, *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 373.

verschiedenen Einheiten an der Front zuzuteilen¹. Auch zahlreiche andere Einheiten der Garnison erhielten den Befehl, die Fronttruppen zu unterstützen². Mit Politik hatte dieser Befehl nichts zu tun; dem damaligen Befehlshaber der Petersburger Garnison, Polovzev zufolge, mußten umgehend Verstärkungen an die Front geführt werden, um dort die Erhaltung der Verteidigungslinien zu gewährleisten. Da erfahrungsgemäß die Verteidigung der „revolutionären Interessen“ in der Hauptstadt für die Soldaten der betroffenen Truppenteile wesentlich verlockender war, als die schmutzigen Schützengräben mit Läusen, Nässe und der alltäglichen Gefahr fürs Leben, beschlossen sie, zu protestieren³. Für die Bolschewiki bedeutete der Abzug der ihnen freundlich gesinnten Truppen eine Katastrophe, die ihren Plan, die Macht mit Gewalt zu erobern, unmöglich gemacht hätte. Sie reagierten mit einer wütenden Propagandakampagne, attackierten die bürgerliche Regierung, protestierten gegen den „imperialistischen Krieg“ und forderten die Soldaten auf, die Marschbefehle ihrer Kommandeure zu mißachten⁴. Nebenbei wurden die Soldaten aufgefordert, die Provisorische Regierung zu stürzen und die Macht dem Sowjet zu übergeben, der dann ihre Marschbefehle rückgängig machen würde. So entstand der Plan einer großen Demonstration in Petersburg mit dem Ziel, die bestehende Regierung zu stürzen. Kein anderes Land mit demokratischer Tradition hätte einen solchen Aufruf zur Meuterei während des Krieges zugelassen. Die Februardemokratie dagegen hatte nicht einmal das Recht, Demonstrationen zu verbieten⁵.

Die Taktik der Bolschewiki in den Ereignissen des 3. bis 5. Juli bestand darin, aufgrund der allgemeinen Unzufriedenheit die Massen zu einer großen Demonstration aufzuwiegeln. Unter der Parole „Alle Macht den Räten“ sollte die Provisorische Regierung von der Menge gestürzt und die Macht dem Petersburger Rat übergeben werden. Lenin hoffte dann, im Namen des Petersburger Sowjets die Macht für seine Partei ergreifen zu können⁶. Indem aber die Bolschewiki im Schatten des „Volkes“ agierten, behielten sie sich eine Rückzugsmöglichkeit vor, denn offiziell strebten sie die Machtergreifung ja gar nicht an⁷. In sämtlichen sowjetischen Schulbüchern und Monographien heißt es zu den Juliereignissen, daß die Hauptaufgabe Lenins und der Bolschewiki ausschließlich darin bestanden hätte, die Demonstration in eine friedliche Willensbekundung der Arbeiter und Soldaten Petersburgs umzuwandeln⁸. Die Autoren scheinen dabei vergessen zu haben, daß Lenin sich noch am 4. Juni 1917 auf der Tribüne des 1. Allrussischen Rätekongresses in seiner Rede offen zu einer Machtergreifung durch die eigene Partei bekannt hatte⁹. Und noch etwas wird verschwiegen: Die Bolschewiki waren eine Lenin strikt untergeordnete zentralisierte Partei verschwörerischen Charakters, die bereits im April eine Machtergreifung versucht hatte. Die Anhänger Lenins hätten sich niemals

¹ Das wichtigste Buch zu den Juliereignissen aus militärischer Sicht ist der Bericht vom Kommandeur des Petersburger Militärdistrikts General Polovzev, **Polovzev, P.**, *Dni zatmenija. Zapiski glavnokomadujuščego vojskami Peterburgskogo voennogo okruga generala P. Polovzeva v 1917 godu*, Paris 1937. Dazu auch **Trozkij, L.**, *Geschichte der russischen Revolution*, S.340-354, **Šljapnikov, A.**, *Semnadzatyj god*, S. 180f., **Frenkin, M.**, *Zachvat vlasti bolševikami v Rossiji*, S. 179-253.

² **Polovzev, P.**, *Dni zatmenija*, S. 98f.

³ Ebd.

⁴ **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 2., S. 145f.

⁵ **Suchanov, N.**, *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 397.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ **Čugajev, D.**(Hrsg.), *Revoluzionnoje dviženije v Rossiji v maje - ijule 1917 goda: Ijulskaia demonstracija*, Moskau 1959, S. 85f., **Akademija Nauk SSSR** (Hrsg.), *Istorija SSSR*, Moskau 1966- 1873, Bd. 7., S. 77-81.

⁹ **Lenin, V.**, *Polnoje sobranije sočinenij*, Bd. 32., S. 267.

ohne seine persönliche Einwilligung zu solchen Maßnahmen wie einer Machtergreifung entschlossen. Dieses um so weniger, wenn man bedenkt, daß das Scheitern der Verschwörung zwangsläufig auch Verhaftungen oder gar das Verbot der Partei hätte nach sich ziehen können¹.

Die Bolschewiki waren im Juli 1917 in allen Räten in der Minderheit. Sie erfreuten sich auch keiner Beliebtheit bei der Mehrheit der Petersburger Garnison². Als das 1. MG-Regiment rebellierte, erschienen in seinen Kasernen Agitatoren der Bolschewiki und forderten die Soldaten auf, auch andere Truppen der Garnison zur Demonstration zu überreden. Am 2. Juli organisierten die Bolschewiki im Volkshaus ein „Bildungsseminar“ für die Soldaten des Regiments, in dem Trotzki und Lunačarski die Anwesenden über das „Interesse der Bourgeoisie im imperialistischen Krieg“ aufklärten³. Die im Sinne des Klassenkampfes aufgeklärten Soldaten kehrten in ihre Kasernen zurück und verfaßten eine Resolution, in der unter anderen Parolen auch die Formel „Schlagt den Bürgerlichen zusammen!“ vorgeschlagen wurde⁴. Ein Pogrom bahnte sich an. Die Soldaten schickten ihre Vertreter zu den anderen Einheiten der Garnison und forderten sie zum Mitmachen auf⁵. Sie wurden in der Frühe des 3. Juli jedoch unterschiedlich empfangen. Nur vier Regimenter der Garnison (die 1., 3., 176. und 180. Infanterieregimenter), genauer gesagt, Teile dieser Regimenter, erklärten sich bereit mitzumachen⁶. Selbst im 1. MG-Regiment waren trotz Androhung physischer Gewalt nur 500 Reservisten bereit gewesen, gegen die Regierung aufzutreten. Sie wollten zwar der Front entgehen, wollten aber nicht ihr Leben aufs Spiel setzen⁷. Alle anderen Reserveeinheiten der Garnison, vor allem die Reservisten der in der Hauptstadt stationierten Garderegimenter, weigerten sich strikt, dem Aufruf zur Rebellion zu folgen und schickten die Agitatoren weg⁸. Sie waren aber auch auf die Regierung, die sie an die Front schicken wollte, nicht gut zu sprechen und erklärten sich für „neutral“⁹.

Mehr Erfolg hatten die Bolschewiki bei den Kronstädter Matrosen. Vor dem Ispolkom der „Republik Kronstadt“ erschienen zwei Vertreter der MG-Schützen (angeblich Analphabeten¹⁰) und forderten das Gremium auf, Matrosen zu der Demonstration zu entsenden. Als ihr Vorschlag von dem Kronstädter Sowjet abgelehnt wurde, erklärten beide, sie würden sich „direkt an die Massen“ wenden. Kronstadt, „Stolz und Schönheit der Revolution“, war ein Verbrechernes, in dem die wildesten Ereignisse vorkamen. Den Matrosen waren selbst die Bolschewiki zu gemäßigt und sie hingen größtenteils bereits den „Anarchisten“ an. Die Flottenoffiziere waren jeden Tag froh, noch nicht gelyncht worden zu sein und hatten auf die Mannschaften keinerlei Einfluß. Die Matrosen mußten zwar nicht an die Front, waren aber auf die Provisorische Regierung wütend. Justizminister Pereverzjev hatte kurz zuvor das Hauptquartier der Anarchisten in der Villa des ehemaligen Ministers des Zaren Durnovo ausgehoben und die Matrosen wollten sich dafür rächen¹¹. Von den etwa zehntausend Matrosen in der Versammlung machten zahlreiche Matrosen Anstalten, nach Petersburg

¹ Ebd.

² Zereteli, I., *Vospominanija*, Bd. 1., S. 91f.

³ Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 3., S. 305f.

⁴ Stulov, P., in: *Krasnaja letopis*, Nr 3., Moskau 1930, S. 96f.

⁵ Ebd.

⁶ Čugajev, D. (Hrsg.), *Revoizijonnoje dviženije*, S. 65f.

⁷ Ebd.

⁸ Miljukov, P., *Istorija vtoroj rossijskoj revoluziji*, 2 Bde., Sofia 1921, Bd. 1., S. 243f.

⁹ Ebd.

¹⁰ Čugajev, D. (Hrsg.), *Revoizijonnoje dviženije*, S. 96f., *Proletarskaja Revoluzija*, Nr. 5/17, Moskau 1923, S. 53-58.

¹¹ Ebd.

aufzubrechen. Es war unklar, was sie dort wollten, aber man darf vermuten, daß das Verprügeln von „buržui“ und nebenbei einige Plünderungen dazugehörten¹.

Die Regierung hatte der sich anbahnenden Demonstration nichts entgegenzusetzen. Von den 160 000 Mann der Garnison konnte sich der Petersburger Distriktskommandant Polovzev lediglich auf 2 000 Kosaken, 100 Reservisten des Preobraženskij Garderegiments, eine Kompanie der Vladimirmilitärschule und 50 Kriegsinvaliden stützen². Er wandte sich auch an den Stab der 5. Nordarmee in Dwinsk um Unterstützung, erhielt sie jedoch nicht. Welche Zustände in der 5. Armee herrschten, zeigt der erwähnte Beschuß der vorrückenden Soldaten durch eigene Kameraden. Der Einsatz wurde vom Sowjet der 5. Armee vereitelt. Die Sozialisten befürchteten, daß die Fronttruppen zu einer „Konterrevolution“ benützt und nebenbei den Sowjet auflösen würden³. Das dachten auch die Sowjetführer in Petersburg. Sie traten fast einstimmig gegen die Entsendung von Fronttruppen in die Hauptstadt ein. Sie waren eher bereit, ohne zuverlässige Truppen gegen den Putsch der Bolschewiki aufzutreten, als Fronttruppen in die Stadt einrücken zu lassen. Die Massenunruhen in der Hauptstadt begannen noch am 3. Juli. Suchanov erinnerte sich an den Beginn der Aktion: *„Seit dem frühen Abend rasten Personen- und Lastwagen durch die Stadt. Darin befanden sich Militärs und Zivilpersonen mit grimmig-erschrockenen Gesichtern, die ihre Gewehre in Bereitschaft hielten. Die Stadt nahm ziemlich rasch den Anblick der letzten Februartage an... Dann machten sich aber Anzeichen einer gewissen Planmäßigkeit bemerkbar... Bewaffnete Gruppen begannen Fahrzeuge zu überfallen und sie zu beschlagnahmen. Auf den Automobilen sah man jetzt nicht nur Gewehre, sondern auch Maschinengewehre... An der Spitze der Soldatengruppen, die am 3. Juli auftraten, standen aber nicht nur Bolschewiki, sondern auch ziemlich finstere Elemente... In der Zwischenzeit hatte die Bewegung die Stadt bereits überschwemmt. In den Fabriken spielten sich überall gleiche Szenen ab, wie sie mir ein Arbeiter der Fabrik „Promet“ telephonisch geschildert hat: Plötzlich erschienen Delegationen und forderten unter Berufung auf 'Alle anderen', niemand weiß, in wessen Namen, einen 'Aufstand'. Es war natürlich eine Minderheit die 'aufstand', aber überall wurden die Arbeitsstellen verlassen... Immer wieder wurden Schüsse in die Luft abgegeben: Die Gewehre gingen von alleine los“*⁴. Kerenskij flüchtete aus der Hauptstadt und begab sich zur „Inspektion“ an die Front. Die Regierung tagte in der ungeschützten Wohnung des Fürsten Lvov, als gegen 22 Uhr um die zehn Bewaffnete erschienen und vom Pförtner *„die Herausgabe der Minister“* verlangten⁵. Dieser Anschlag auf die Regierung wurde jedoch abgewehrt, und zwar durch den Pförtner des Ministerpräsidenten, der sich weigerte, sie durchzulassen. Die Meute entfernte sich, nahm aber das Dienstauto des Postministers Zereteli mit⁶. Der Ispolkom des Petersburger Sowjets tagte die ganze Nacht, faßte aber keinen einzigen Beschluß, wie man den Ereignissen zu begegnen habe⁷. So war es nicht verwunderlich, daß sich am nächsten Tag die Unruhen noch mehr ausbreiteten.

Gegen 10 Uhr legten an die 40 Schiffe mit Kronstädter Matrosen, Soldaten und Arbeitern mitten in der Stadt an, was eine in die Zehntausende gehende Menschenansammlung hervorrief. Darunter waren freilich auch

¹ Ebd.

² Čugajev, D. (Hrsg.), *Revoizijonnoje dviženije*, S.39f.

³ Rabinowitsch, A., *Prelude to Revolution*, Bloomington 1968, S. 180f.

⁴ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 425f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

viele deklassierte Flüchtlinge, die während des Rückzugs von 1915 in der Hauptstadt angesiedelt worden waren. Einer der Anführer der Matrosen, der Bolschewik Raskolnikov, gestand später seine Überraschung, daß der Militärkommandant diese Landung zugelassen hat, obwohl er leicht die Schiffe durch die Küstenbatterie hätte versenken lassen können¹. Die Demonstranten wurden von Lenin mit einer Rede vom Balkon der beschlagnahmten Kšesinskaja-Villa begrüßt² und machten sich auf den Weg in das Stadtzentrum, um die Provisorische Regierung zu stürzen. Die bolschewistische Geschichtsschreibung hat später die Zahl der Demonstrationsteilnehmer gewaltig übertrieben: Bis zu 500 000 Menschen seien dageigewesen³. Seriöse Schätzungen beziffern die Zahl der Demonstranten auf höchstens 20 000⁴. Der Leiter der Untersuchungskommission, Nikitin, schätzte ihre Zahl noch niedriger ein: Etwa 10 000⁵. Auf ihrem Weg zum Taurischen Palais beobachtete Nabokov eine der Kolonnen: „*Sie hatten dieselben stumpfen, leeren, brutalen Gesichter, die wir alle noch aus den Februartagen in Erinnerung hatten*“⁶. Für Suchanov stand „*die Stimmung auf Kampf. In den von Orchestern angeführten Abteilungen äußerte man sich sehr drastisch über die kapitalistischen Minister und die versöhnliche Haltung des Ispolkom... aber wohin sie zogen, warum - daß wußten sie im Grunde genommen nicht. Die Bewegungen der Aufständischen zeugten von keinerlei Plan oder Absicht... Gegen Mittag fielen in verschiedenen Teilen der Stadt die ersten Schüsse. Die meisten Kugeln trafen natürlich Passanten... Hier und da fanden bereits kleine, isolierte Pogrome statt. Weil Schüsse angeblich aus verschiedenen Häusern gefallen waren, oder einfach unter dem Vorwand solcher Schüsse begannen Matrosen Häuser zu durchsuchen. Unter dem Vorwand der Durchsuchungen begann man aber auch zu plündern. Zahlreiche Läden, vor allen Dingen Spirituosen-, Feinkost- und Tabakgeschäfte litten darunter. Diverse Gruppen fingen an, auf den Straßen wahllos Verhaftungen vorzunehmen*“⁷. Als die Demonstranten den Sitz des Sowjets umzingelten, erreichte die Aktion der Bolschewiki ihren Höhepunkt. Durch die Darstellung Miljukovs weiß man, daß der Ispolkom zu diesem Zeitpunkt die Geisel der Bolschewiki war: „*Das Taurische Palais wurde zum Brennpunkt des Kampfes im wahrsten Sinne des Wortes. Den ganzen Tag zogen sich in seiner Umgebung Militäreinheiten zusammen und forderten den Sowjet auf, endlich die Macht zu übernehmen. Dann kamen die Matrosen aus Kronstadt an und versuchten in das Gebäude einzudringen. Sie forderten vom Justizminister Pereverzjev eine Erklärung, warum man die Anarchisten in der Villa Durnovos verhaftet hatte. Zereteli kam zu ihnen heraus und teilte der feindseligen Menge mit, daß Pereverzjev sich nicht in dem Gebäude befinde, daß er bereits seinen Rücktritt eingereicht habe und kein Minister mehr sei. Das erste traf zu, das zweite nicht. Ihres unmittelbaren Vorwandes beraubt, war die Masse eine Zeitlang unschlüssig, was sie tun sollte. Doch dann wurden Rufe laut, die Minister seien füreinander verantwortlich. Man versuchte, Zereteli zu verhaften, doch es gelang ihm, sich in das Innere des Gebäudes zu flüchten. Dann trat Černov vor, um die Menge zu beruhigen. Diese stürzte sich sogleich auf ihn und durchsuchte ihn nach Waffen. Černov erklärte,*

¹ Raskolnikov F., in: *Proletarskaja revoluzija*, Nr. 5/17, 1923, S. 61f. u. askolnikov vgl. Raskolnikov, F., *Kronštāt i Piter v 1917 godu*, Moskau - Leningrad 1925.

² Text seiner Rede in: Lenin, V., *Werke*, Bd. 25., S. 211f.

³ Vladimirova, V., in: *Proletarskaja revoluzija*, Nr. 5/17, 1923, S. 40f.

⁴ Vgl. Sobolev, G., in: *Istoričeskije zapiski*, 1971, Nr. 88, S. 77f.

⁵ Nikitin, B., *Rokovyje gody*, S. 133.

⁶ Medlin, V., Parsons S. (Hrsg.), *V. Nabokov and the russian Provisional Government 1917*, S.146.

⁷ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 437f.

unter diesen Umständen werde er nicht reden. Die Menge wurde still. Černov begann dann eine lange Rede über die Aktivitäten der sozialistischen Minister im allgemeinen und seine eigenen als Landwirtschaftsminister im besonderen. Was die Minister der Kadetten angehe, so weine er ihnen keine Träne nach. Die Menge antwortete mit Rufen: 'Warum sagen sie das erst jetzt?' ... Ein hünenhafter Arbeiter hielt dem Minister die Faust unter die Nase und rief zornig: 'Nimm die Macht, du Armleuchter, wenn wir sie dir geben!' Mehrere Männer aus der Menge ergriffen Černov und zerrten ihn zu einem Wagen... Doch Černov wurde von Trotzki befreet, der soeben auf dem Schauplatz erschienen war. Die Kronstädter gehorchten ihm und Trotzki begleitete Černov zurück in die Halle“¹.

Es ist bekannt, daß sich Lenin inkognito inmitten der Menschenmenge vor dem Palais aufhielt²; zu diesem Zeitpunkt hatten die Bolschewiki bereits ihre Vorkehrungen für den Staatsstreich abgeschlossen. Der Sowjet war machtlos und zahlreiche Mitglieder des Ispolkom waren bereits geneigt, abzudanken. Auch das Wachpersonal des Sowjets bestand nur aus sechs Männern³. Daß der Sowjet und die Provisorische Regierung dennoch nicht gestürzt wurden, verdankte Rußland dem eben noch verleumdeten Justizminister. Pereverzjev lud zu einer Pressekonferenz in den Räumen des Justizministeriums ein, an der zahlreiche Journalisten und Vertreter der Petersburger Garnison teilnahmen⁴. Der geschockten Zuhörerschaft hielt er Regierungsdokumente unter die Nase, welche die Geldgeschäfte der Bolschewiki mit den Deutschen belegten. Diese Informationen hatten die Wirkung einer Bombe. Die Stimmung in der Hauptstadt wechselte augenblicklich. Insbesondere die Soldaten der Garnison waren von den Neuigkeiten schockiert, denn wenn sie auch keine besonderen Sympathien für die Regierung hegten, so waren sie noch weit deutschfeindlicher eingestellt. Die Soldaten gingen in Massen auf die Straße und forderten den Militärkommandanten auf, sie gegen die Bolschewiki einzusetzen. Beim bloßen Anblick der herannahenden regierungstreuen Truppen floh die Menschenmenge vor dem Taurischen Palais Hals über Kopf in alle Richtungen⁵. Unter den Fliehenden war auch Lenin, der in den Untergrund abtauchte⁶.

Dem messerscharfen politischen Instinkt des Bolschewikenführers entging der Stimmungswechsel durchaus nicht. Lenin, der schon immer dazu neigte, die Entschlossenheit seiner Gegner zu überschätzen, faßte die Lage Trotzki gegenüber mit folgenden Worten zusammen: „Jetzt werden sie uns einen nach dem anderen erschießen. Das ist für sie der geeignetste Augenblick“⁷. Diese Einschätzung schien sich sogleich bewahrheiten zu wollen: Bereits am nächsten Tag brachte das von dem Sozialrevolutionär Burzew herausgegebene Massenblatt „Živoje slovo“ die Einzelheiten über die bolschewistischen Verbindungen zu den Deutschen auf die Titelseite⁸. Die anderen russischen Zeitschriften folgten bereits am darauffolgenden Tag mit den Enthüllungsgeschichten. Parvus und Ganetzki wurden zu Berühmtheiten. In der Hauptstadt braute sich ein Gewitter zusammen, das sich jederzeit gegen die Bolschewiki zu entladen drohte. Lenins Partei war über Nacht zu

¹ Miljukov, P., *Istorija vtoroj rossijskoj revoluziji*, Bd. 1., S. 243. Die Schilderung der Bolschewiki bei Raskolnikov in: *Proletarskaja revoluzija*, 1923, Nr. 5/17, S. 34f.

² Raskolnikov in: *Proletarskaja revoluzija*, 1923, Nr. 5/17, S. 62.

³ Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 3, S. 151f.

⁴ Pereverzjavs Darstellung der Ereignisse in: *Novoje Vremja*, von 09. 07. 1917, S. 4.

⁵ Polovzev, P., *Dni zatmenija*, S. 148-172.

⁶ Nikitin, B., *Rokovyje gody*, S. 151.

⁷ Trotzki, L., *Über Lenin. Material für einen Biographen*, Frankfurt 1984, S. 61.

⁸ *Živoje slovo*, vom 05. 07. 1917, S. 2f.

Freiwild geworden. Ihre Anhänger wurden auf offener Straße verprügelt, Parteifunktionäre liefen Gefahr, gelyncht zu werden und wurden in großer Zahl verhaftet: Sumenson und Kozlovskij wurden sogleich gefaßt¹, Ganetzkij, der über diverse falsche Pässe verfügte, brachte sich im Ausland in Sicherheit. In der Nacht zum 6. Juli erschienen Soldaten auch in der Wohnung der Uljanovs. Der Protest der Krupskaja („*Gendarmen! Genau wie unter der alten Regierung!*“²) hinderte sie nicht daran, die Wohnung zu verwüsten. Von der Atmosphäre zeugt, daß sich viele Bolschewiki den Behörden stellten, um der Lynchjustiz zu entgehen. Die Anführer der Kronstädter Matrosen, Raskolnikov und Rožal, ergaben sich gleich in dem Gebäude, das sie noch vor kurzem terrorisiert hatten. Kamenev kam in den Stab Polovzevs, der erhebliche Mühe hatte, die Soldaten davon abzuhalten, ihn zu verprügeln³. Der Zorn entlud sich auch auf die Einrichtungen der Bolschewiki: Die Druckerei der Prawda wurde zerstört. Schätzungen zufolge wurden 800 Bolschewiki verhaftet und in die Gefängnisse gesteckt⁴. Die Bolschewiki erwägen, ihre Parteizentrale ins Ausland zu verlegen⁵.

Lenin war noch vor Erscheinen der belastenden Artikel mit Stalins Hilfe aus der Stadt geflohen. Während seiner Partei die Zerschlagung drohte, genoß er mit Zinovjev die Stille am See Razliv und schrieb an „Staat und Revolution“. Dabei war sein Leben nicht unmittelbar bedroht⁶. Über das feige Verschwinden Lenins waren nicht nur die Sozialisten des Sowjets empört, sondern auch die Bolschewiki selbst: Nur wenige billigten seine Handlungsweise⁷. Bei der berühmten Parteisitzung, die darüber beschloß, ob Lenin sich der Justiz stellen sollte oder nicht, verteidigte ihn einzig Stalin. Er erzwang den Beschluß, dem Führer der Partei zu „befehlen“, im Hintergrund zu bleiben. Trotzki hingegen stellte sich. Er fühlte sich dermaßen sicher, daß er sich auf der Tribüne des Ispolkom mit dem zurückgekehrten Kerenskij ein herausforderndes Wortgefecht lieferte. „*Warum verhaften sie mich nicht?*“ rief er im vollen Bewußtsein seiner Sicherheit Kerenskij zu⁸. Dieser philosophierte später ausgiebig darüber, daß „*die weiteren Ereignisse des Jahres 1917, ja sogar die ganze russische Geschichte einen anderen Verlauf genommen hätten, wenn die Regierung ihre Ermittlungen zu Ende geführt und den juristisch einwandfreien Beweis für dieses ungeheuerliche Verbrechen erbracht hätte, ... das weit über die Zahlung und den Empfang von Geldern hinausging und auf die Zerschlagung Rußlands durch eine Revolution hinzielte*“⁹, hat aber nach Kräften und dem Petersburger Sowjet zum Trotz den Bolschewiki die endgültige Zerschlagung erspart. Bald waren alle durch den besonderen Eifer verunsichert, den die von der Stawka herbeigerufenen Fronttruppen bei der Verfolgung der Bolschewiki an den Tag legten. Die Furcht der Sozialisten vor der „Konterrevolution“ machte sie glauben, daß nach den Bolschewiki auch der Sowjet auseinandergejagt würde. „*Heute ist es das bolschewistische Komitee, das verurteilt wird, morgen werden sie den Sowjet der Arbeiterdeputierten verdächtigen*“, schrieb Gorkijs Zeitung „*Novaja Žizn*“¹⁰. Dies war zwar nicht die Meinung aller Sozialisten im Sowjet, Kerenskij aber schwamm im Fahrwasser derjenigen, die sich nicht der Wahrheit

¹ Kerenskij, A., *Crusifixion of Liberty*, S. 324f.

² Lenin, V., *Biografičeskaja Chronika*, Bd. 4., S. 281f., Nikitin, B., *Rokovyje gody*, S. 151.

³ Polovzev, P., *Dni zatmenija*, S. 218.

⁴ Kerenskij, A., *Crusifixion of Liberty*, S. 324f.

⁵ Ebd.

⁶ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 181f.

⁷ Ebd.

⁸ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 298.

⁹ Zitiert bei Volkogonov, D., *Lenin*, S. 126.

¹⁰ *Novaja Žizn*, vom 09. 07. 1917., S. 1.

stellen wollten: Nämlich daß die tatsächliche Konterrevolution nicht von „rechts“, sondern vielmehr von „links“ drohte. Eine offizielle Anklage gegen die Partei Lenins wurde nie erhoben: Die erste Amtshandlung Kerenskij's war die Entlassung Pereverzevs, dem vorgeworfen wurde, durch verfrühte Bekanntgabe der Materialien erfolgreiche Ermittlungen verhindert zu haben.

Diese Aufgabe der Provisorischen Regierung hat später Stalin selbst erledigt; allerdings hatte die Angelegenheit mittlerweile an Bedeutung verloren. Am 18. Juli 1937 erschienen in Ganetzkij's Wohnung Beamte der Sicherheitspolizei und brachten ihn ins Gefängnis, wo er der „Spionage zugunsten Deutschlands“ angeklagt wurde¹. Zu Lenins Lebzeiten war Ganetzkij der wichtigste Geldbeschaffer der Bolschewiki gewesen, hatte nach dem Frieden von Riga (1921) die finanziellen Angelegenheiten mit Polen geregelt und auf Befehl der Partei die Juwelen der ermordeten Zarenfamilie ins Ausland verkauft². Obwohl Gerüchte kursieren, daß noch heute Schweizer Konten auf seinen Namen existieren, fand man in Ganetzkij's Wohnung trotz mehrerer Durchsuchungen nur zwei Dollar. Trotz schwerer Mißhandlungen hat er sein „Geständnis“ nicht - wie so viele andere - unterschrieben³. Was die Provisorische Regierung damals nicht beweisen konnte, wurde von den Tschekisten einfach konstatiert: Ein Mensch mit so vielen ausländischen Kontakten mußte ein Spion sein. *„In einer nichtöffentlichen Verhandlung des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR wurde Ganetzkij am 26. November 1937 als 'Spion' zum Tode verurteilt. Die Verhandlung hatte ganze 15 Minuten gedauert. Lenin hätte sich gewiß nicht träumen lassen, welche Erfolge Stalin im Kampf gegen den 'Bürokratismus' erzielen würde. Ganetzkij wurde noch am selben Tag erschossen“*⁴.

Kap. 14. Der Kornilowputsch und der endgültige Zerfall der russischen Streitmacht

Das Ereignis, das den weiteren Gang der russischen Revolution entscheidend beeinflusste und es den im Juli diskreditierten Bolschewiki ermöglichte, dennoch die Macht zu ergreifen, war eine der bizarrsten Episoden der russischen Revolution, der sog. Kornilowputsch. Da der Kornilowputsch aufgrund einer Intrige entstand und im Endeffekt auch das endgültige Ende der Streitkräfte bedeutete, ist es notwendig, die Vorgänge genauer zu erläutern. Ministerpräsident Lvov trat noch im Juli zurück und überließ Kerenskij das politische Feld. Lvov's Amtsführung in den ersten entscheidenden Monaten der Februardemokratie war für Rußland eine Katastrophe gewesen: *„Hamlet'sche Unentschlossenheit, Tolstoj'sche Weigerung, sich der Gewalt zu widersetzen, gepaart mit süßlichem offiziellen Optimismus, war alles andere als das, was ein revolutionärer Premierminister verkörpern mußte“*, urteilte Miljukov⁵. Die Lage nach den Turbulenzen des Juli beschreibt Suchanov's hervorragende Darstellung: *„Es gab von seiten der Regierung keinerlei Orientierung und keine organisierte Arbeit, von den örtlichen Machtorganen ganz zu schweigen. Der Zerfall des Regierungsapparats ging unaufhaltsam voran. Das Land aber lebte. Es forderte aber eine starke Regierung und eine funktionierende Staatsmaschinerie ... Die Verhandlungen über Grund und Boden gieten um diese Zeit ins Stocken und die*

¹ Volkogonov, D., *Lenin*, S. 128f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Miljukov, P., *Rossija na perelome*, Bd. 1., S. 82.

Unruhen in den untersten Volksschichten erreichten ihren Höhepunkt. In Petrograd überschritten wir die unsichtbare Grenze, hinter der Hunger mit allen seinen Folgeerscheinungen lauerte ... Die Armee fing an, sich von der Front abzusetzen. Die Situation entlang der Eisenbahnstrecken wurde bedrohlich. Alle möglichen Presseorgane prophezeiten mit unterschiedlichem Tenor und verschiedenen Tendenzen und Schlußfolgerungen, aber mit derselben Deutlichkeit und demselben Nachdruck den bevorstehenden Zusammenbruch“¹.

Die Lage war so schlimm, daß Kerenskij vom Ispolkom die Befugnis erhielt, die neue Regierung vollkommen nach seinem Ermessen zusammenzustellen. Die Bildung dieser letzten Regierung der Februardemokratie ging allerdings nur sehr schleppend voran. Vor allem deshalb, weil die russische „Bourgeoisie“ keine Lust mehr hatte, den Prügelknaben zu spielen und sich weigerte, der neuen Koalitionsregierung beizutreten. Diese Krise wurde erst beigelegt, als Kerenskij seinerseits zurückzutreten drohte. Erst damit zwang er die Kadetten doch noch vier Minister in die Regierung zu entsenden. Am 23. Juli war die Kabinettsliste fertiggestellt. Als Justizminister fungierte Rechtsanwalt Zarudnyj, ein parteiloser Radikaler und persönlicher Freund von Kerenskij. Das Außenministerium behielt Tereščenko, zum Innenminister wurde der Sozialist Avksentjev. Černov blieb trotz seiner Reputation als Spion Deutschlands Landwirtschaftsminister. Die Koalition, schrieb Suchanov, *„verkündete nicht das geringste Programm und gab keinerlei Erklärung heraus“*². Kerenskij war zugleich Ministerpräsident und Kriegsminister sowie stellvertretender Vorsitzender des Petrograder Sowjets. Das schon immer zentral regierte und von einer Person verkörperte Land hatte seit der Revolution eine Lücke, die Kerenskij mit seiner Person zu füllen versuchte, wenn auch nur durch Äußerlichkeiten: *„Er betonte bei jeder Gelegenheit, daß das Volk unfähig [sei], die Regierungsmacht anzuerkennen, wenn der Regierungschef im Anzug gekleidet ist. Deshalb erschien er nur militärisch gekleidet und schon sehr bald begann er, sich die Posen Napoleons anzueignen: Den befehlenden, jeden Widerspruch ausschließenden Ton, die donnernde Stimme, das Geschrei im Fall geringsten Widerspruchs seitens des Gesprächspartners“*³. Um seiner Position mehr Nachdruck zu verleihen, bezog Kerenskij das Winterpalais, wo er - nach den Worten seines Biographen - *„im Bett Aleksanders III. schlief und an seinem Tisch arbeitete“*⁴. Ähnlich gestaltete er auch seine Hausmacht. Zu seiner rechten Hand machte Kerenskij seinen ehemaligen Logenbruder Nekrasov, der zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister wurde. Nekrasov gehörte zwar den Kadetten an, vertrat jedoch extrem radikale Ansichten und drängte Kerenskij ständig nach links^{*}. Zur anderen Vertrauensperson Kerenskij wurde sein Schwager Oberst Baranovskij, den er von der Front holte und zum Chef des Militärkabinetts machte. Großen Einfluß im Kabinett hatte auch der legendäre Terrorist Boris Savinkov, der vor dem Krieg die Ermordung des Zarenonkels Sergej und des Innenministers Plehwe organisiert hatte und die Militärorganisation der Sozialrevolutionäre anführte⁶. Savinkov war eine

¹ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 475.

² Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 489.

³ Miljukov, P., *Rossija na perelome*, Bd. 1., S. 82.

⁴ Abraham, R., *Alexander Kerenskij*, S. 244.

⁵ Nekrasov war vor dem Krieg Professor für Bauingenieurwesen am Tomsker Politechnikum. Die Historiker der russischen Revolution bezeichneten ihn im nachhinein als die graue Eminenz der zweiten Koalitionsregierung. Nekrasov war einer der Hauptorganisatoren des mißlungenen Attentats auf Lenin am 1. Januar 1918. Nach der Oktoberrevolution blieb er dennoch in Rußland und arbeitete für die Bolschewiki unter falschem Namen. Als seine wahre Identität dennoch aufgedeckt wurde, wurde Nekrasov verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, vgl. Jakovlev N., *1. Avgusta 1914*, Moskau 1974, S. 226f.

⁶ Savinkov, B., *Erinnerungen eines Terroristen*, Nördlingen 1985.

außerordentlich extravagante Persönlichkeit: Einerseits zeichnete er sich (ähnlich wie Stalin) durch besondere Brutalität aus, andererseits hatte er einen ausgesprochenen Hang zur Sentimentalität und schrieb (ebenfalls wie Stalin in seiner Jugend) Gedichte im romantischen Stil. Vor dem Krieg war sein Roman „Das graue Pferd“ erschienen, der in Rußland nicht als solcher, sondern wegen des Autors bekannt wurde. Auf Zivilisten machte Savinkov einen sehr starken Eindruck: Anscheinend war selbst Churchill von seinem Charme beeindruckt. Die Berufsmilitärs beurteilten ihn eher skeptisch. Obwohl Savinkov ein sehr entschlossener Mensch war, war er dennoch kein Mensch der Tat. Ähnlich wie Kerenskij neigte er zur Pose und sah in seiner Person einen „Retter“ Rußlands. Savinkov trat leidenschaftlich für die weitere Fortsetzung des Krieges ein und wurde von Kerenskij zu seinem Stellvertreter im Kriegsministerium ernannt.

Die Juliereignisse lösten Reaktionen aus, die auf eine herannahende Konfrontation des Militärs mit der Regierung hindeuteten. Noch am 29. Juli fand in der Stawka eine Konferenz statt, auf der Regierungsvertreter und die Generalität gemeinsam die aktuelle Lage besprachen. Zu dieser Konferenz erschienen nicht nur die Kommandeure der russischen Frontarmeen: Selbst bereits entlassene Armeeführer wie Aleksejev und Russkij wurden als Sachverständige herangezogen. Die Regierung vertraten Kerenskij mit seinen engsten Mitarbeitern, Außenminister Tereščenko, Savinkov und Baranovskij¹. Es kam zu einem heftigen Schlagabtausch, als die Generäle die Regierungsvertreter beschuldigten, durch ihre Politik für die Katastrophe mitverantwortlich zu sein. Selbst Russkij, der mehr als jeder andere zum Erfolg der Soldatenmeuterei beigetragen hatte und seiner Zeit als Kommandeur der Nordfront energisch für Reformen in der Armee eingetreten war, forderte die Regierung auf, ihre revolutionäre Gesetzgebung zurückzunehmen: *„Das Bild der Armee ist nicht nur traurig, es ist offen gesagt abscheulich. Die Revolutionsarmee hat sich viel schlechter als die zaristische erwiesen. Man hat aus unserer Armee eine Herde von Schafen gemacht. Wer das gemacht hat, das wissen wir alle ... Ich war an allen Fronten, ich habe alle Truppen gesehen, darum weiß ich einzuschätzen, was sie früher waren und was sie jetzt sind. Früher haben wir oft schwere Zeiten gehabt, es gab keine Munition und die Leute hielten doch stand. Von manchen Divisionen verblieben kaum anderthalbtausend Mann übrig und trotzdem kämpften die Leute durch wie die Löwen. Und jetzt? Wir wissen gut, daß einige unserer Divisionen nur 600 Mann stark sind. Sind die übrigen gefallen, verwundet? Keinesfalls! Schändlich davongelaufen sind sie ... Ich bin in meinem Leben sehr viel gereist und war selbst in ganz entlegenen Orten. Was das Verhältnis zwischen dem Offizier und dem Soldaten betrifft, so sage ich, daß es nirgends und in keiner Armee zwischen den beiden so ein herzliches gewesen ist, wie gerade in unseren alten Armeen ... Und jetzt? Die Soldaten erklären in ihren Meetings, daß sie feindwärts gehen würden, wenn ihre Offiziere vorangingen. Die Offiziere gingen voran, aber die Soldaten folgten ihnen nicht nach ... Als ich die Armee verlassen habe, hielt ich es nicht für möglich, daß die Dinge schlechter werden könnten. Tatsächlich haben wir jetzt keine Armee mehr ... Über den Befehl Nr. 1 muß das Kreuz gemacht werden und die 'Deklaration der Soldatenrechte' ist ebenfalls zu widerrufen ... Es ist ersichtlich, daß diese Deklaration Leute geschrieben haben, die das Wesen und die Grundlagen einer Armee nicht kennen. Solche die sie kennen würden, könnten so was nicht schreiben ... Je intelligenter ein Volk und sein Heer ist, um so entwickelter ist deren innere Disziplin. Es sind vor allem die Agitatoren, die unsere Armee zur Auflösung gebracht haben. Meine Meinung ist, daß jede agitatorische Tätigkeit an der Front zu verbieten ist. Das Herumjonglieren mit Phrasen, die unser Soldat gar nicht versteht, wirkt schädlich auf dessen Verstand ein, es*

¹ Stenographische Protokoll dieser Konferenz in: **Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S.117-161.

löst in den Hirnen der Soldaten, die sich ohnehin nur schwer bewegen und kaum einfache Worte verstehen, den Geist der Widerspenstigkeit aus ... Ich erkläre, daß wir keine revolutionäre Armee brauchen, sondern eine disziplinierte Armee. Nur so eine Armee kann siegen und nur so eine Armee wird nicht zur Schmach für eine Ewigkeit werden. So wie wir Geschichte gelernt haben, so werden auch unsere Nachkommen unsere Geschichte lernen, und es wird, wenn die Dinge so weiter gehen wie bisher, der Fluch unserer Nachkommen auf uns dafür lasten, was wir angestellt haben“¹. Brusilov und sein Vorgänger Aleksejev pflichteten in ihren Reden Russkij bei und verlangten von der Regierung energische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Disziplin: „Es kann sein, daß die erste Provisorische Regierung die Zerstörung der Armee nicht gewollt hat“, erklärte Brusilov, „es ist aber durch ihre Gesetze dazu gekommen. Jetzt verdächtigen die Soldaten prinzipiell ihre Offiziere, daß diese um ihres Klasseninteresses willen die Soldaten in ihren Rechten einschränken wollen. Die Soldaten haben den Offizier Bourgeois [russ. buržuj] getauft und das, obwohl er eigentlich nichts als sein mageres, durch die Inflation immer kleiner werdendes Gehalt besitzt. [Unter dem Zaren] waren unsere Offiziere eigentlich revolutionärer gesinnt als unsere Bauernsoldaten, die man jetzt durch Versprechen von fremdem Boden und zügelloser Freiheit revolutionär gemacht hat. Wenn es heutzutage in Rußland jemandem materiell gut geht, so ist es zweifellos unser Bauer. Er hat auch als Soldat kein moralisches Recht, sich Proletarier zu nennen, denn jeder besitzt Grund und Boden und hat ein gutes Einkommen“². Forderungen der russischen Generalität und Vorschläge, wie der Krise zu begegnen sei, formulierte Denikin. In seiner berühmten und persönlich an Kerenskij gerichteten Rede hieß es: „Ich bin erfüllt von Erbitterung, und ich muß Sie im vornherein um Entschuldigung bitten, wenn ich scharf reden werde. Aber so wie ich immer unter dem 'selbtherrschenden' Zaren gesprochen habe, so werde ich auch vor den 'Selbtherrschenden' der Revolution reden ... Noch nie in diesem Krieg habe ich Einheiten kommandiert, die den Deutschen zahlenmäßig und technisch überlegener gewesen wären, als die während [der Kerenskijoffensive an der Westfront]. An der beabsichtigten Durchbruchstelle besaß ich 184 Infanteriebataillone gegen 29 deutsche. Wir hatten 900 Geschütze gegenüber 300 Geschützen des Feindes. Alles war umsonst. Man hört bei uns sagen: 'Wir haben keine Infanterie um zu kämpfen.' Ich sage ihnen aber, Herr Minister: Wir haben keine Armee. Und sie muß wieder geschaffen werden ... Ich höre immer wieder sagen, daß unsere Armee ausschließlich vom Bolschewismus zerstört worden sei. Ich protestiere entschieden, das ist nicht wahr. Den Zerfall unserer Armee haben andere besorgt und die Bolschewiki sind nur widerliche Würmer, die sich in der Fäulnis des Militärorganismus eingenistet haben. Die Zerstörer der Armee sind vor allem die Gesetzgeber der letzten vier Monate gewesen, die vielleicht auch ehrliche Leute sind, die aber vom Dasein und den Lebensbedingungen einer Armee keine Vorstellung haben ... Man erließ die 'Deklaration der Soldatenrechte'. Alle Kommandeure protestierten. Der ehemalige Oberbefehlshaber, General Aleksejev, telegraphierte der Regierung, daß diese Deklaration 'der letzte Nagel am Sarg' unserer Armee sei. Auch General Brusilov erklärte, daß man die Armee noch retten könne, allerdings nur, wenn man auf den Erlaß der Deklaration verzichtet. Man hat nicht auf uns gehört und die Deklaration dennoch erlassen ... In die Armee kam die Politik ... Das 'Moskauer Militärbüro' veröffentlichte Zahlen bezüglich der Literatur, die durch ihre Hände an die Front gegangen waren. Vom 24. März bis zum 1. Mai verteilte es an die Soldaten 7 972 Exemplare der 'Prawda'. Für die Zeitspanne vom 1. Mai bis 11. Juni wurden an der Front nur

¹ Der Text der Rede Russkij's vgl. **Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S.140-143.

² Vgl. **Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 143-146.

von dieser Organisation bereits 61 525 Exemplare der 'Soldatskaja Prawda' verteilt. Man hat alle Autorität zerstört. Man bespuckt straflos die Offiziere. Man jagt die Offiziere einschließlich bis zum Oberkommandierenden einfach davon wie Lakaien ... Ich werde mir eine Parallele erlauben. Als man bei dem mir unterstellten Saramskij-Regiment die Deputation des Kommissars Sokolov [des Verfassers des Befehls Nr. 1] halb tot schlug, waren wir alle empört. Der Kriegsminister hat Beileidstelegramme gesendet und wir haben strenges Gericht gehalten. Ich kann aber auch einen anderen Fall anführen. Ich erinnere mich noch genau an das Jahr 1915 an der Südwestfront. Im kalten Januar hat der einarmige Hauptmann Noskov die Soldaten seines Regiments auf die als uneinnehmbar geltende Höhe 804 geführt. Das Gelände war schwer durchgängig, weil der Schnee teilweise bis zur Brust der Stürmenden reichte. Noskov war inmitten der Stürmenden. Damals hat der Tod ihn nicht berührt. Neulich aber kamen zwei Kompanien bei seinem Stab vorbei, töteten den General und sind dann weitergegangen. Ich frage sie, Herr Kriegsminister, haben sie auch in diesem Falle die ganze Macht des Gesetzes zur Anwendung gebracht, haben sie zum Morde dieses Mannes auch Beileidstelegramme gesendet? Der Kommissar Sokolov sagte mir anschließend: 'Ich konnte mir nicht vorstellen, welches Martyrium die Offiziere jetzt durchmachen' ... Das Resultat ist, daß man das Offizierskorps bereits vollkommen demoralisiert hat. Die wenigen starken Herzen erfüllen auch weiter ihre Pflicht. Die anderen legen die Hände in den Schoß und spucken auf alles. Die dritten kriechen auf dem Bauch, wie sie schon vor dem Zaren auf dem Bauch gekrochen sind ... Um die Armee genesen zu lassen, ist es unerläßlich: 1. daß die Provisorische Regierung ihren Irrtum bekennt, daß alle Offiziere Konterrevolutionäre sind; 2. daß Petersburg endlich aufhört, der Armee Gesetze zu geben und daß es dem Oberkommandierenden alle Befehlsgewalt einräumt; 3. daß die Deklaration der Soldatenrechte aufgehoben wird; 4. daß aus der Armee jede Politik entfernt wird; 5. daß die Komitees abgeschafft werden; 6. daß die Autorität der Offiziere wieder hergestellt wird; 7. daß die Disziplin wieder aufgerichtet wird; 8. daß nur kriegserfahrene Offiziere auf Kommandoposten gestellt werden; 9. daß auserlesene Abteilungen geschaffen werden. Diese Abteilungen sind dazu berufen, nötigenfalls mit der Waffe gegen Meuterer einzuschreiten; 10. daß die Todesstrafe sofort nicht nur an der Front, sondern auch im Hinterland wieder eingeführt wird. Sie, Herr Minister, werden sich fragen: Werden diese Maßnahmen wohl Resultate zeigen? Jawohl, sie werden sie zeigen; natürlich wird der Prozeß der Genesung schwer sein. Es war leicht die Armee zu zerstören, aber es wird Zeit kosten, sie wieder zusammenzufügen“¹.

Die innenpolitische Entwicklung nahm mit der Entlassung des Oberbefehlshabers Brusilov am nächsten Tag eine entscheidende Wendung; Kerenskij beschloß, die Armee von einem „entschlossenen General“ führen zu lassen und berief General Kornilov, der durch seine energischen Maßnahmen die Südfront vor der vollkommenen Auflösung bewahrt hatte. Anders als die Generäle der ersten Kriegsjahre hatte General Kornilov seine Karriere ausschließlich bei den Truppen gemacht. Die Vorwürfe russischer Sozialisten, Kornilov sei ein „Reaktionär“ gewesen, der die Restaurierung der Monarchie in Rußland anstrebte, entbehrt jeder Grundlage. Schon seiner Abstammung nach stand er in Gegensatz zu den Führern der russischen Revolution. Anders als die beiden wichtigsten Politiker der Revolution, Kerenskij und Lenin, deren wohlhabende Väter den Spitzen des russischen Dienstadels angehörten, stammte Kornilov aus einer einfachen Bauernfamilie. Seine Eltern waren so arm, daß der künftige Anführer der „Konterrevolution“ die Schule bereits nach der zweiten Klasse verlassen mußte und zur Arbeit geschickt wurde. Kornilov zeichnete sich bereits im russisch-japanischen

¹ Vgl. **Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 122-129.

Krieg als außerordentlich fähiger Offizier aus. Unter dem Zaren machte er jedoch keine Karriere und diente die ganze Zeit in den entlegenen Garnisonen Asiens und des Fernen Ostens. In den Weltkrieg zog Kornilov als Kommandeur einer Infanteriedivision der 8. Armee Brusilovs an der Südfront und bewährte sich in den Kämpfen gegen die Österreicher als ein glänzender Truppenführer. Kornilov erwies sich nicht nur als guter Fachmann, sondern war ein Offizier von außerordentlicher Kühnheit. 1914 stürmte er mehrmals inmitten seiner Soldaten die Positionen der Österreicher. Als im April 1915 seine Division von der Einkesselung bedroht wurde, befahl Kornilov den Rückzug, blieb aber selbst an vorderster Linie, wo er die Österreicher mit nur einer Kompanie aufhielt. Er wurde in diesem Kampf schwer verwundet, der Rückzug seiner Soldaten wurde aber erfolgreich abgeschlossen. Aber auch diesmal wurde er nicht befördert, sondern blieb auf dem Posten eines Divisionskommandeurs. Wahrscheinlich deshalb, weil seine Vorgesetzten in ihm einen zwar tapferen, aber auch beschränkten General sahen, der Probleme vereinfachte und sich besser dazu eignete, zuzuschlagen, als Probleme mit Geduld zu lösen. Auch eine andere Charaktereigenschaft Kornilovs war seinen Vorgesetzten nicht entgangen: Kornilov hatte schon immer eine Neigung zur Insubordination gehabt. Aleksejev, der 1914 als Stabschef der Südwestfront Kornilovs Vorgesetzter war, liebte es zu wiederholen, Kornilov habe „das Herz eines Löwen und das Gehirn eines Kaninchens“. Das war kein gerechtes Urteil: Kornilov war zwar bekannt für seine Sturheit, verfügte aber über ein hohes Maß an praktischer Intelligenz und gesundem Menschenverstand. Wie hätte sonst jemand aus so armen Verhältnissen und ohne jegliche Protegierung die monströs schwierigen Aufnahmeprüfungen an der Akademie des Generalstabes bewältigt und die Ausbildung als Jahrgangsbester abgeschlossen? In gewissem Sinne war Kornilov in seiner Erscheinung Lenin nicht unähnlich. Kleinwüchsig, mit unverkennbar mongolischen Gesichtszügen, machten beide eher unangenehmen Eindruck, nicht zuletzt deshalb, weil beide Schwierigkeiten hatten, sich anzupassen. Beide verfügten über ein überdurchschnittliches Maß an Energie und neigten dazu, ihre Probleme mit Gewalt zu lösen. Es ist vielleicht kein Zufall, daß Lenin und Kornilov trotz vielseitiger Begabung (Kornilov sprach Dutzende Türksprachen und war ein ausgesprochen guter Kenner Asiens) in der Zarenzeit mit ihren gefestigten hierarchischen Strukturen von der Gesellschaft mehr oder weniger ausgestoßen gewesen waren. Sie gelangten erst an die Oberfläche, nachdem dieses System infolge der Revolution zusammengebrochen war.

Kornilov machte erst während der Februarrevolution Karriere, als das Provisorische Komitee der Duma den Zaren bei dessen Abdankung aufforderte, Kornilov zum Kommandeur des Petrograder Militärdistrikts zu ernennen. Kornilov war damals in Rußland zu einer bekannten Persönlichkeit geworden, als es ihm am Vorabend der Februarrevolution gelang, auf spektakuläre Weise der österreichischen Gefangenschaft zu entkommen, in der er sich seit Sommer 1915 befunden hatte. Der Umstand seiner Ernennung verdient große Aufmerksamkeit, denn weder die Provisorische Regierung noch das Ispolkom hätten die Besetzung eines solch wichtigen Posten mit einem Monarchisten geduldet. Als Kommandeur des Petrograder Militärdistrikts verhaftete Kornilov auf die Anweisung der Provisorischen Regierung hin den Zaren und überreichte eigenhändig das St. Georgskreuz dem Unteroffizier Kirpičnikov, der mit dem Mord an seinem Vorgesetzten die Soldatenmeuterei ausgelöst hat². Als Lenin im April zum ersten Mal nach der Macht griff, erschien Kornilov vor der Provisorischen Regierung und bat diese um Erlaubnis, zuverlässige Truppen gegen die Bolschewiki

¹ Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 200.

² Vojejkov, V., *Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, S. 293.

einsetzen zu dürfen¹. Damals wurde sein Ersuchen von der Provisorischen Regierung und vom Ispolkom abgelehnt. Die Anführer der Februardemokratie legten besonderen Wert darauf, die Krise friedlich beizulegen. Die Aprilereignisse machten aber auf Kornilov einen tiefen Eindruck: Ihm wie auch Lenin war es nicht entgangen, daß die Februardemokratie unfähig war, die offene Herausforderung ihrer Autorität mit dem Einsatz von Gewalt zu beantworten. Als er dann sah, daß man mit bloßen Reden nicht den Zerfall der Petersburger Garnison stoppen konnte, trat er vom Posten des Kommandeurs des Petersburger Militärdistrikts zurück und ging an die Front. Die Provisorische Regierung verdiente in seinen Augen keinen Respekt; in Privatgesprächen bezeichnete er die Minister immer wieder als „Mollusken“, die mit ihrer Charakterlosigkeit Rußland in den Abgrund zerrten².

Obschon die russischen Sozialisten Kornilov für einen Kommißkopf hielten, vertrat dieser militärpolitisch durchaus originelle Ansichten. Er ging davon aus, daß der I. Weltkrieg ein totaler Krieg war und - wollte man auf der Siegerseite stehen - die Gesellschaft militarisiert werden müsse. Kornilov vertrat die Meinung, daß Rußland in diesem Krieg drei Armeen brauchte: Eine in den Fabriken, um Munition herzustellen, eine im Hinterland, um sie an die Front zu schaffen und für Ordnung hinter der Frontlinie zu sorgen und schließlich eine, um gegen den Feind zu kämpfen³. Wären die Bürokraten des Zaren 1914 zu dieser Erkenntnis gelangt, wäre es wahrscheinlich gar nicht erst zur Februarrevolution gekommen. Schließlich waren das die Ansichten, die Stalin halfen, den II. Weltkrieg durchzustehen; auch Hitler war nur deshalb in der Lage, seinen totalen Krieg zu führen, weil er hinter der Frontlinie über Kräfte verfügte, die jede Schwankung der heimischen Bevölkerung im Keime erstickten. Kornilovs Aufstieg wurde durch den Umstand begünstigt, daß die Sozialisten nach der Julikatastrophe in tiefe Depression verfielen. Es liegt schon in der Tradition der „Demokraten“ der osteuropäischen Völker, daß sie sich nach dem Scheitern ihrer Reformen nach einer „starken Hand“ sehnen. Der Februardemokratie folgte eine Phase der Resignation. Der Gedanke nach einer „starken Hand“ war selbst Kerenskij nicht fremd, der immer wieder äußerte, in Rußland müsse ein Direktorium nach dem Muster der Französischen Revolution geschaffen und diesem die gesamte Macht übergeben werden. Besonders auf seinen Frontreisen legte Kerenskij seine demokratischen Hemmungen ab und drohte mehrmals vor Zeugen, die Komitees auseinanderzujagen oder beschimpfte die revolutionären Einrichtungen im Gossenjargon. Durch seine Begleiter, Offizieren, die mehr dem Hauptquartier als Kerenskij zugetan waren, erfuhren die Generäle in der Stawka von diesen Szenen und zogen ihre Schlußfolgerungen⁴. Kornilovs Ernennung zum Oberbefehlshaber legten sie als Eingeständnis der Regierung aus, die ihr Versagen durch Maßnahmen zur Wiederherstellung der Disziplin auszugleichen suchte. Gerade Kornilov galt als exponierter Verfechter der Disziplin in den Reihen der russischen Generalität⁵.

Natürlich war Kornilov kein Staatsmann. Er lehnte die Möglichkeit eines Separatfriedens für Rußland kategorisch ab und übersah damit das Entscheidende, daß nämlich Armee und Staat schon so weit zerfallen waren, daß es bereits unmöglich war, die nötige Militarisierung der Gesellschaft vorzunehmen. Der Krieg war

¹ Pipes, R., *Geschichte der russischen Revolution*, Bd. 2., S. 115.

² Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 210.

³ Kersnovskij, A., *Istorija russkoj armiji*, Bd. 4., S.314f.

⁴ Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 207.

⁵ Ebd.

spätestens seit den Juliereignissen für Rußland verloren. Die Genesung des Landes konnte nur durch ein Eingeständnis der Niederlage eingeleitet werden: Anders war es unmöglich, alle verfügbaren Kräfte zur Stabilisierung des Landes zu konzentrieren. Noch deutlicher tritt Kornilovs Unfähigkeit zutage, wenn man seine unmittelbare Umgebung näher untersucht. Selbst die Anhänger des Generals mußten später zugeben, daß Kornilov einfach unfähig war, gute Mitarbeiter auszusuchen¹. Seine Umgebung bestand grobenteils aus zwiespältigen Persönlichkeiten: Teils aus dubiosen Glücksrittern, teils aus gescheiterten Politexistenzen. Darunter war ein gewisser Aladin, Mitglied der ersten Duma, der in der Stawka in britischer Offiziersuniform herumlief, der Frontlinie bislang aber ferngeblieben war und stattdessen die Deutschen auf verschiedenen Banketts der russischen oppositionellen Bildungsschicht bekämpft hatte. Darunter war auch ein gewisser Dobrynskij, der während des Krieges Vertreter des Roten Kreuzes war und von sich behauptete, sehr „gute Verbindungen“ zu den Bergvölkern des Kaukasus zu haben, die ihm geschlossen „wie ein Mann“ folgen würden². Die erste Geige spielte unter Kornilov seine Ordonnanz Zawojko, ein Gutsbesitzer aus Podolien, der sich in der „Öffentlichkeit“ engagierte und nicht zuletzt deshalb - wegen Mißwirtschaft - bankrott gegangen war. Die politischen Freunde aus dem Fortschrittsblock ließen ihren Kollegen aber nicht im Stich und der energische Unternehmer erhielt bald eine gut bezahlte Stelle in der Verwaltung des schwerreichen Ölmagnaten Ljanosov in Baku³. Nach der Februarrevolution meldete sich Zawojko als Freiwilliger, ging aber nicht an die Front, sondern besorgte sich eine Stelle als Militärschreiber im Stab von Kornilov. Er war überzeugt, daß das Land nur von einem entschlossenen General gerettet werden konnte. Diesen Mann sah er in Kornilov. Kornilov entdeckte sehr bald, daß sein Militärschreiber literarisch begabt war und machte Zawojko zu seinem Privatsekretär. Warnungen der Stawkageneräle vor seinen Vertrauensleuten entgegnete Kornilov, daß er keine besseren kenne und daß Zawojko, Aladin und Dobrynskij zumindest bereit seien, viel zu arbeiten. Das Stawkapersonal und die Stäbe der Fronten waren ausschließlich mit Militäraufgaben beschäftigt. Die Generäle waren in die Absichten Kornilovs nur wenig eingeweiht⁴. Selbst sein Stabschef Lukomskij und der ihm nahe stehende Denikin wußten kaum, was eigentlich vor sich ging. General Wrangel gibt uns in seinen Erinnerungen einen Einblick in die „Arbeitsatmosphäre“ um Kornilov. Als er in den Tagen der Tarnopolkatastrophe Kornilov aufsuchte, fand er in seiner Kanzlei nur Zawojko, der den Truppenbefehl bezüglich der Ernennung Kornilovs zum Kommandeur der Südfront schrieb. *„Ich wollte ihn nicht stören,“* beschreibt Wrangel seine erste Begegnung mit Zawojko, *„nahm Platz in der Ecke und wartete auf Kornilov. Zawojko, der keinen Augenblick seine Schreiberei unterbrach, begann mich nach meinen Vorschlägen für den Oberkommandierenden auszufragen. ‚Lassen sie sich nicht aufhalten. Ich kann gleichzeitig mehrere Sachen machen. Unser Gespräch stört mich bei meiner Arbeit überhaupt nicht‘, sagte er. Und tatsächlich, während wir uns unterhielten, schrieb Zawojko weiter, ohne seine Arbeit nur für einen Augenblick zu unterbrechen. Als er damit fertig war, las er mir das geschriebene vor. Es war der berühmte Aufruf Kornilovs an die Truppen“*⁵.

¹ Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1., S. 195f.

² Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 215.

³ Kerenskij, A., *Die Kerenski Memoiren*, S. 382.

⁴ Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 2., S. 34 - 44, Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 212-220.

⁵ Wrangel, P., *Zapiski*, S. 200.

Zavojko war das spiegelverkehrte Gegenstück zum Vertrauensmann Kerenskij. So wie Nekrasov Kerenskij permanent nach links drängte, drängte Zavojko Kornilov nach rechts. Kornilov war für Zavojko der General, den das Schicksal für die Rolle „Retter von Rußland“ vorgesehen hatte. Besonders verhängnisvoll war, daß beide große zerstörerische Möglichkeiten hatten: Sie leiteten die Kanzleiarbeit ihrer Vorgesetzten. Als Kerenskij Kornilov zum Oberbefehlshaber ernannte, hatte dieser überhaupt keine Eile, sein Amt anzutreten. Kornilov band seinen Amtsantritt an Versprechungen Kerenskij, Militärreformen durchzuführen¹. Diese Reformen (das sog. Kornilov'sche Programm) wurden von der Armeeführung in Mohilew ausgearbeitet und bezweckten die Wiederherstellung der verlorenen Kampffähigkeit der Streitkräfte². Die wichtigsten Forderungen der Armeeführung an die Adresse Kerenskij waren folgende: Die „Deklaration der Soldatenrechte“ mußte sofort außer Kraft gesetzt werden und durch eine „Deklaration der Soldatenpflichten“ ersetzt werden. Die Armeekomitees, die durch Befehl Nr. 1. geschaffen worden waren, sollten aufgelöst oder zumindest stark eingeschränkt werden, die Militärkommandeure dafür die Befehlsgewalt zurückerhalten. In den Hinterlandsgarnisonen und in der Etappe sollten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Disziplin ergriffen werden. Zu diesem Zweck forderte Kornilov die Wiedereinführung der Todesstrafe für alle Militärangehörigen, die sich der Desertion, Meuterei oder schwerer krimineller Verbrechen an der Front oder im Hinterland schuldig machten. Und das war noch nicht alles: Kornilov kannte die wirkungsvolle Militarisierung des Hinterlands in Deutschland und forderte ähnliches auch für Rußland. Vor allem sollten die Rüstungsindustrie und das Transportwesen, als die wichtigsten Faktoren für die Kriegsanstrengungen, ebenfalls der Militärdisziplin unterstellt werden. Und schließlich sollten die Machtbefugnisse des Hauptquartiers während der Kriegszeit vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet erweitert werden³. Mit diesen Maßnahmen, die fast diktatorischen Vollmachten für die Armeeführung gleichkamen, wurden ausschließlich militärische Ziele verfolgt. Die Verwirklichung des Kornilov'schen Programms hätte eine Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten der Februarevolution bedeutet. Bewußt oder unbewußt eiferte Kornilov dem Beispiel Ludendorffs nach, dem man im Dezember 1916 praktisch diktatorische Vollmachten über die deutsche Wirtschaft übertragen hatte. Damit war Deutschland in der Lage, den Krieg effektiver zu führen und Kornilov wollte wohl ähnliches auch für Rußland durchsetzen⁴.

Mit seinem „konterrevolutionären“ Programm bezweckte Kornilov weder die Abschaffung der Demokratie, noch gar die Wiedererrichtung der Monarchie. Als Sohn eines Bauern hatte er angeblich große Sympathien für eine umfassende Bodenreform und war darüber hinaus ein überzeugter Verfechter der verfassunggebenden Versammlung⁵. Kornilov erstrebte auch keine Macht für sich: Er war bereit, sich jeder Regierung unterzuordnen, sofern diese in der Lage war, das Land „mit fester Hand“ zu führen⁶. Das Programm Kornilovs richtete sich vor allem gegen die Doppelherrschaft; in dieser sah er das eigentliche Übel, das Rußland

¹ Zu den Einzelheiten Kornilovs Ernennung vgl. **Savinkov, B.**, *K delu Kornilova*, Paris 1919, S. 3-11, **Martynov, E.**, *Kornilov*, Leningrad 1925, S. 33f., **Katkov, G.**, *The Kornilov Affair*, 30f.

² **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 200f.

³ Zu den beabsichtigten Reformen Kornilovs vgl. **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 2., S. 14-24 und 68-75, **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 2., S. 13-24 und **Katkov, G.**, *The Kornilov Affair*, 30f.

⁴ **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 2., S. 183.

⁵ **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 2., S. 14-25.

⁶ **Chamberlin, W.**, *Die russische Revolution 1917-1921*, Bd. 1., S. 184.

zugrunde richtete. Allerdings zeigten Kornilovs Visionen deutliche Spuren von Zavojkos Mitwirkung: Der erste Tagesbefehl Kornilovs (derselbe den Zavojko in Präsenz Wrangels entwarf) an die Truppen formulierte, daß er sich als Oberbefehlshaber nicht der Provisorischen Regierung verpflichtet fühle, sondern „dem Volk“ selbst¹. Das machte ihn für die Sozialisten augenblicklich zum Symbol der Konterrevolution². Kerenskij war vom Auftreten des Oberbefehlshabers so aufgeregt, daß er ihn auf der Stelle entlassen wollte, mußte jedoch seine Gefühle unterdrücken. General Kornilov trat seinen Posten als Oberbefehlshaber am 24. Juli an.

Das Verhältnis zwischen Kerenskij und Kornilov gestaltete sich schon zu Beginn ihrer Zusammenarbeit sehr schwierig. Die erste Hälfte des Augusts verging für Kornilov in der Ausarbeitung der Gesetzesvorlagen. Anstatt die Vorschläge anzunehmen oder sie im Namen der Regierung abzulehnen, beschloß Kerenskij, der sie für politisch naiv hielt, sie einfach zu ignorieren³. Um seine politische Position zu festigen, betrieb er eine Politik der Balance zwischen dem sozialistischen Lager im Petersburger Rat und dem Armeekommando. Obwohl wertvolle Tage vergingen, zeigte sich Kerenskij nicht willens, die zugesagten Militärreformen zu verwirklichen. So wuchs die Spannung zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem impulsiven Oberkommandierenden. Kornilov, der sich getäuscht sah, überschüttete Kerenskij mit Telegrammen, die das Zugesagte einforderten und Kerenskij so aufbrachten, daß dieser immer wieder kurz davor stand, Kornilov zu entlassen. Stets wurde er von Savinkov daran gehindert⁴. Auch die Ereignisse an der Front entwickelten sich für Rußland immer bedrohlicher. Mitte August setzte der erwartete Angriff der Deutschen auf die demoralisierte Nordfront ein. Von Auflösungserscheinungen erfaßt, verließen die russischen Armeen diesen Frontabschnitt und liefen panikartig in die vorbereiteten zweiten Stellungen zurück. Am 20. August überließen sie den Deutschen Rigas⁵. Mit Riga verlor Rußland nicht bloß eine reiche Industriestadt. Der Fall Rigas bedeutete für Rußland auch den Verlust der gut ausgebauten und zuverlässigen Verteidigungslinie und eröffnete den Deutschen den Weg nach Petersburg, was in der Bevölkerung einen Schock auslöste. Die Generäle in der Stawka machten sich über die militärische Lage keine Illusionen und berichteten der Regierung, daß sie im Falle einer groß angelegten deutschen Offensive keinen anderen Ausweg als die Evakuierung der Hauptstadt sahen⁶. Die Stawka fürchtete mit Grund, daß bei dieser Kampfmoral der russischen Truppen auch der Fall von Petrograd nur eine Frage der Zeit sei⁷. Die Lage verschärfte sich durch zuverlässige Informationen des französischen Geheimdienstes, daß die OHL schon für Ende August die Eroberung der Hauptstadt vorgesehen hatte und der nächste Putsch der Bolschewiki den Angriff begleiten würde⁸. Der Hintergrund dieser Geheimdienstmeldung ist unbekannt, denn nichts in den heute verfügbaren Quellen deutet auf einen zu diesem Zeitpunkt beabsichtigten Putsch hin. Aber diese Information diente Kornilov zum Vorwand, den Druck auf Kerenskij zu verstärken. Dieser Druck wuchs um so mehr, als

¹ *Reč*, vom 10. 08. 1917, S. 1.

² General Denikin schreibt zum Beispiel offen, daß der Kampf der sozialistischen Intellektuellen im Exekutivkomitee gegen Kornilov im Grunde genommen ein Selbsterhaltungskampf war, **Denikin, A., Očerki russkoj smuty**, Bd. 2., S. 8f.

³ Zur Position Kerenskij's vgl. **Kerenskij, A., Delo Kornilova**, Paris 1924, S. 20f.

⁴ **Kerenskij, A., Delo Kornilova**, S. 23-24.

⁵ Zu den Kampfhandlungen an der Nordfront vgl. **Kersnovskij, A., Istorija russkoj armiji**, Bd. 4., S. 310-314 und **Spannocchi, L., Das Ende des kaiserlich russischen Heeres**, S. 162f.

⁶ **Smilg-Bernario, M., Von Kerenski zu Lenin**, S. 193f.

⁷ **Lukomskij A., Erinnerungen**, Bd. 1., S. 210f.

⁸ **Denikin, A., Očerki russkoj smuty**, Bd. 2., S. 39-40, **Lukomskij A., Erinnerungen**, Bd. 1., S. 114f. Der Bericht vom bevorstehenden Aufstand der Bolschewiki war möglicherweise eine Fälschung, denn heute vorhandene Quellen deuten in nichts darauf hin, daß die Bolschewiki zu diesem Zeitpunkt einen Aufstand geplant hätten.

auch der stellvertretende Kriegsminister Savinkov energisch für die vereinbarten Reformen eintrat¹. Kerenskij willigte schließlich ein, zuverlässige Truppen in die Hauptstadt zu verlegen und bildete fortan mit Kornilov und Savinkov ein mit diktatorischen Vollmachten ausgestattetes „Triumvirat“. Es blieb nur zu verabreden, wer nun den ersten Part spielen sollte. Für Kornilov spielte die Macht keine Rolle; ihn interessierten nur seine Militärreformen. Für Kerenskij aber war die Frage nach dem künftigen „Ersten Konsul“ von zentraler Bedeutung. Der eitle Ministerpräsident war nur bereit, solche Konstellationen zu akzeptieren, die ihn im Zentrum der Macht beließen.

Am 20. August erklärte Kerenskij sich Savinkov gegenüber bereit, der Einführung der Todesstrafe im Hinterland für schwere Verbrechen militärischer Art zuzustimmen und die Reformen Kornilovs endlich einzuleiten. Anschließend wurde Savinkov zur Lageberatung ins Hauptquartier nach Mohilew entsandt². Zum Auftrag Savinkovs gehörten folgende Anweisungen³: 1. Kornilov muß sich verpflichten, dafür zu sorgen, daß die Stawka nicht in regierungsfeindlicher Weise tätig wird; 2. Herausnahme Petrograds aus der administrativen Gewalt des Oberbefehlshabers und Unterstellung unter die Provisorische Regierung; und schließlich 3.: *„Vom Oberbefehlshaber ein Kavalleriekorps anfordern, um in Petrograd das Kriegsrecht zu verhängen und die Provisorische Regierung vor allen Angriffen zu schützen, insbesondere von einem geplanten Anschlag der Bolschewiki, die bereits am 3. Juli rebelliert haben und nach vorhandenen verlässlichen Informationen in Verbindung mit der Offensive der deutschen Truppen erneut einen Aufstand planen“*^{4*}. Savinkovs Mission war ein voller Erfolg. Trotz ihrer unterschiedlichen politischen Ansichten empfanden er und Kornilov große Sympathie füreinander. Savinkov traf am 22. August in Mohilew ein und fand Kornilov *„über das unentschlossene Verhalten Kerenskij's sehr aufgeregt“*⁵. Nachdem Savinkov aber von der unmittelbar bevorstehenden Annahme der Reformvorschläge berichtete, war Kornilov sehr zufrieden und willigte in die Überstellung des Petrograder Militärbezirks an die Provisorische Regierung ein. Er sicherte Savinkov auch zu, mit aller Entschlossenheit Offiziere in der Stawka zu bekämpfen, die sich feindlich gegen die Regierung äußerten. Selbst der Bitte Kerenskij's, Truppen in die Hauptstadt zu verlegen und sie der Provisorischen Regierung (im Prinzip Kerenskij persönlich) zu unterstellen, entsprach Kornilov und wählte mit Savinkov die Truppen aus, die nach Petersburg versetzt werden sollten. Es handelte sich um das III. Kavalleriekorps aus der Reserve der rumänischen Front, das zum großen Teil aus den Kaukasiern der sog. Wilden Division bestand und von dem anzunehmen war, daß es sich ohne weiteres gegen die russische Bevölkerung einsetzen ließe. Der Kommandeur dieser Einheit war General Krymov, einer der besten Offiziere der russischen Armee⁶. Krymov war schon immer ein erbitterter Feind der Monarchie gewesen und als solcher in den zahlreichen Verschwörungen gegen den Zaren am Vorabend der Februarrevolution involviert. Vor Savinkovs Abreise sagte

¹ Savinkov, B., *K delu Kornilova*, S. 16f.

² Savinkov, B., *K delu Kornilova*, S. 19.

³ Informationen über den Auftrag Savinkovs gibt er selbst: Savinkov, B., *K delu Kornilova*, S. 20f., Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 4., S. 84f.

⁴ Dieser letzte Auftrag Savinkovs verdient besondere Aufmerksamkeit, da Kerenskij's spätere Behauptung, Kornilov habe die Kavallerie nach Petrograd entsandt, um die Regierung zu stürzen, als Vorwand diente, Kornilov des Hochverrats zu beschuldigen, vgl. Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 2., S. 194.

⁵ Savinkov, B., *K delu Kornilova*, S. 20-24.

⁶ Zu seiner Person Wrangel, P., *Zapiski*, S.182f.

ihm Kornilov in der ihm eigenen Direktheit, daß er „*unabhängig von seiner persönlichen Einstellung zum Ministerpräsidenten ... im Namen des Vaterlandes treu und selbstlos der Provisorischen Regierung dienen*“ werde. „*Ich will nichts für mich selbst*“, schloß Kornilov. „*Ich will nur Rußland retten und werde einer gereinigten starken Regierung bedingungslos gehorchen*“¹. Kornilov war mit den Ergebnissen der Zusammenkunft sehr zufrieden und zweifelte nicht im Geringsten an Kerenskij: Savinkov war schließlich von Kerenskij's Schwager Baranovskij begleitet worden, der an den Verhandlungen teil genommen und die Maßnahmen gebilligt hatte. Es wurde beschlossen, mit der Ankunft des III. Kavalleriekorps das Kriegsrecht in Petersburg auszurufen. Nach Savinkovs Abreise erteilte Kornilov General Krymov den Befehl, sofort die in Velikije Luki liegenden Militäreinheiten in Richtung Petrograd zu bewegen. Der offizielle Befehl Kornilovs an General Krymov lautete: „*Sollten sie von welcher Seite auch immer Kenntnis vom Aufstand der Bolschewiki erhalten, so rücken sie sofort in Petrograd ein, besetzen sie diese Stadt. Die Truppen, die sich dem Aufstand angeschlossen haben, sollen entwaffnet werden, das bolschewistische Komitee verhaftet werden. Der Petrograder Rat muß aufgelöst werden*“².

Savinkov kehrte am 24. „voller Zuversicht“ nach Petrograd zurück und teilte Kerenskij mit, daß man gegen den bevorstehenden Putsch der Bolschewiki gefeit sei. Kerenskij hatte jedoch um diese Zeit bereits andere Pläne. Er bedauerte bereits den „Verrat“ an seinem „revolutionären Gewissen“ und sich mit einem Kosakengeneral eingelassen zu haben. Sein Sinneswandel hatte offenbar auch andere Gründe: Revolutionsführer sind bekanntlich für die Sympathien des „Volkes“ sehr empfindlich und Kerenskij's Popularität war seit der Junioffensive merklich herabgesunken. Schon während der sog. Moskauer Beratungen am 12. August, zu der ganz Rußland Vertreter entsandt hatte, war diese Abkühlung offensichtlich gewesen. Dort wurde Kornilov von den Vertretern aller nichtsozialistischen Strömungen begeistert empfangen, während Kerenskij's Auftritt selbst bei den Sozialisten auf eisige Ablehnung stieß³. Obwohl Kornilov in seiner trockenen Rede auf der Moskauer Beratung nichts gesagt hatte, was Kerenskij gegen sich auslegen konnte, glaubte er, daß Kornilov eine Kampagne gegen ihn initiere. Im August veranstaltete die ganze nichtsozialistische Presse eine Kampagne, in der Kerenskij des Versagens bezichtigt wurde. Es ist dokumentarisch nicht beweisbar, daß Kornilov an dieser Entwicklung persönlich beteiligt gewesen wäre, als ihr Nutznießer geriet er allerdings in Verdacht. Um seine Person war in den nichtsozialistischen Kreisen eine wahre Hysterie ausgebrochen und Kornilov ertrank buchstäblich in Begrüßungstelegrammen. Kerenskij glaubte in seinem übergroßen Ehrgeiz, als einziger Rußland zur verfassunggebenden Versammlung führen zu können. In Kornilov sah er lediglich einen gefährlichen Konkurrenten, der ihm eines Tages die Führungsposition streitig machen würde. Obwohl er genau wußte, was die Bolschewiki mit ihren bewaffneten „Demonstrationen“ im April und Juli bezweckt hatten und wohl ahnte, was Lenin und Trozskij für die Zukunft planten, redete er sich ein, daß der russischen Demokratie Gefahr nicht von links, sondern von rechts drohte. Die Hauptgefahr sah er im „russischen Bonaparte“, dem er persönlich zur Macht verholphen hatte und jetzt haßte, ohne ihn aber entbehren zu können.

¹ Ebd., **Chamberlin, W.**, *Die russische Revolution 1917-1921*, Bd. 1., S. 184.

² Voller Text des Befehls an General Krymov abgedruckt bei **Avdejev, N. (Hrsg.)**, *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 4., S. 91.

³ Ebd.

Den „Ausweg“ aus dieser verfahrenen Situation fand Kerenskij, als Savinkov und Baranovskij mit Kornilov in Mohilew verhandelten. Am 22. August erschien bei Kerenskij der Kultusminister der ersten Provisorischen Regierung, Vladimir Lvov, und erkundigte sich, ob tatsächlich - wie Gerüchte kursierten - eine neuerliche Regierungsumbildung bevorstünde, die ihn als Innenminister vorsehe¹. Ferner bot er Kerenskij an, sich als Vermittler zum Oberkommandierenden einsetzen zu lassen. Für Kerenskij's Pläne war Lvov eine Idealbesetzung: Er paßte vollkommen in die Rolle eines Konterrevolutionärs und reaktionären Buržuj, denn seine Erscheinung glich den Romanfiguren Turgenjevs. Im August 1917 war Lvov bereits 45 Jahre alt. Er stammte aus einer reichen Gutsbesitzerfamilie und führte ein unstetes Leben. Seine Jugend hatte er mit ziellosen Studien (hauptsächlich Theologie und Philosophie) verbracht und war nie einer geregelten Arbeit nachgegangen. Eine Zeitlang hatte er mit dem Gedanken gespielt, Mönch zu werden, ging jedoch schließlich in die Politik, wo er während des Weltkrieges ein Mitglied des Fortschrittsblocks der Duma und engagierter Kritiker des Zaren gewesen ist. Nach der Abdankung des Zaren wurde er zum Kultusminister. Lvov genoß sogar bei seinen Kollegen in der Provisorischen Regierung die Reputation eines durchaus ehrlichen, dafür aber maßlos naiven und etwas dümmlichen Menschen². Nabokov erinnerte sich, daß Lvov die permanente Zielscheibe für den Spott nicht nur der Minister, sondern auch der Mitarbeiter der Regierungskanzlei und sogar des Bedienungspersonals war³. Obwohl die Probleme der Orthodoxen Kirche gewiß nicht zu den wichtigsten Problemen gehörten, mit denen die erste Provisorische Regierung konfrontiert wurde, hat der damalige Ministerpräsident, Fürst Lvov, bereits die erste Regierungskrise dazu benutzt, seinen gleichnamigen Ministerkollegen zu feuern. Lvov nahm seine Entlassung übel und verbrachte seine neue Freizeit hauptsächlich in Gesellschaft patriotisch gesinnter und freimaurerisch angehauchter „Intellektueller“, mit denen er Pläne zur „Rettung des Vaterlandes“ schmiedete. Kerenskij behauptete später, er habe Lvov keinen Auftrag für Unterhaltungen mit Kornilov erteilt, und verteidigte sich gegen diesen Verdacht sein ganzes Leben lang sehr energisch⁴. Die Darstellung Lvovs, er sei sehr wohl von Kerenskij nach Mohilew geschickt worden, ist wesentlich glaubwürdiger⁵. Sie wird durch den weiteren Gang der Affäre bekräftigt und wurde deshalb von der Geschichtsschreibung übernommen.

Die Generäle in Mohilew berichteten später der Untersuchungskommission, daß Lvov am 24. August in der Stawka erschien und sich in der Kanzlei Kornilovs als „Vertreter des Ministerpräsidenten in wichtiger Mission“ anmelden ließ⁶. Der Oberkommandierende konnte ihn jedoch nicht gleich empfangen, da er gerade Savinkov verabschiedete, der seine Mission in Mohilew beendet hatte. Lvov verbrachte daher seine erste Stunden in der Stawka in Gesellschaft Aladins, Dobrynskij's und natürlich Zavojkos. Erst nach ziemlich langer Wartezeit wurde Lvov von Kornilov empfangen. Nach Angaben Lukomskij's, der bei der Unterredung anwesend war, stellte sich Lvov auch Kornilov als bevollmächtigter Unterhändler Kerenskij's vor und begann Fragen der Regierungsumbildung zu erörtern. Lvov berichtete, daß Kerenskij zum Entschluß gelangt sei, eine „starke Regierung“ in Rußland zu bilden und ihn beauftragt habe, in Erfahrung zu bringen, welche Variante

¹ Kerenskij, A., *K delu Konilova*, S. 83-86. Lvovs Darstellung in: Bowder., R. (Hrsg.), *The Russian Provisional Government*, Stanford 1961, S. 1558-1568.

² G. Katkov hegte sogar die Vermutung, daß V. Lvov geistesgestört war, vgl. Katkov, G., *The Kornilov Affair*, S. 170.

³ Zitiert bei Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 2., S. 24.

⁴ Kerenskij, A., *Delo Kornilova*, S. 85f.

⁵ Der Verhör Lvovs ist dargestellt in: *Archiv Oktjabrskoj Revoliuziji, Delo Kornilova*, Bd. 27, S. 156f.

⁶ Lukomskij A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 120f.

Kornilov für die beste halte. Die erste Variante rief Kerenskij zum „Diktator“ aus. Die zweite bestand in der Bildung eines Direktoriums mit Kerenskij an der Spitze und Savinkov und Kornilov als Minister. Der letzte Vorschlag machte Kornilov zum Diktator und Kerenskij mit Savinkov zu Ministern¹. Kornilov begrüßte den Entschluß Kerenskij's, eine „starke Regierung“ zu bilden und sagte, er ziehe eine Regierungsform vor, welche die Macht des Oberkommandierenden mit der des Ministerpräsidenten für die Dauer des Krieges vereinte. Kornilov betonte, daß er die Macht nicht für seine Person anstrebe und weiterhin bereit sei, sich *„jedem unterzuordnen, dem sich unterzuordnen ihm befohlen wird“*². In der ihm eigenen Direktheit erklärte Kornilov, sein Verhältnis zu Kerenskij sei nicht ungetrübt, er halte aber Kerenskij *„trotz aller seiner Schwächen für einen Patrioten Rußlands“* und erachte seine Beteiligung an der Regierung politisch für unabdingbar³. Anscheinend nahm Kornilov die Darstellungen Lvovs für bare Münze und ermächtigte ihn, Kerenskij seine Zustimmung zur Regierungsumbildung nach Petrograd zu überbringen. Außerdem äußerte Kornilov den Wunsch, daß sich Kerenskij und Savinkov angesichts des drohenden bolschewistischen Aufstandes nach Mohilew begeben sollten, wo er für ihre persönliche Sicherheit bürgen könne. Erstaunlicherweise nahm er während der Verhandlungen mit Lvov keinen persönlichen Kontakt mit Kerenskij auf. Als sein politisch klügerer Stabschef Lukomskij unter vier Augen die Vermutung äußerte, daß die Entsendung Lvovs eine Falle sein könne - Savinkov sei für einen solchen Auftrag viel besser geeignet - , antwortete Kornilov bloß, Lukomskij sei zu mißtrauisch⁴.

Nach diesen Verhandlungen, die am späten Abend stattgefunden hatten, verbrachte Lvov die Zeit bis zu seiner Abreise mit den Mitarbeitern Kornilovs⁵. Diese Gesellschaft machte auf ihn noch größeren Eindruck als der Oberkommandierende selbst und er glaubte, seinen Ohren nicht recht trauen zu können. Dobrynskij brüstete sich, *„auf ein Zeichen hin 40 000 Kaukasier“* zusammenzutrommeln zu können und sie zu schicken, wohin er wollte⁶. Aladin behauptete, er habe bereits General Kaledin befohlen, seine Kosaken nach Moskau aufmarschieren zu lassen⁷. Professor Jakovlev ließ den verblüfften Lvov wissen, daß er innerhalb kürzester Zeit das Agrarproblem Rußlands lösen und die Soldaten wieder motivieren würde⁸. Den größten Eindruck machte jedoch Zavojko. Die Ordonnanz erlaubte sich in Gegenwart des Oberkommandierenden ein freimütiges Auftreten und äußerte eigene Ansichten. Der Untersuchungskommission gab Lvov zu Protokoll: *„Ich gewann den Eindruck, daß General Kornilov in Fragen der Politik vollkommen unter dem Einfluß Zavojkos steht. Ich glaube, er dreht Kornilov wie es ihm beliebt“*⁹. Bis zu seiner Abreise lauschte Lvov der detaillierten Auseinanderlegung der politischen Ansichten Zavojkos und kehrte nach Petersburg mit der Überzeugung zurück, daß zwar Kornilov dem Ministerpräsidenten gegenüber gut gesinnt sei, seine Mitarbeiter hingegen über

¹ Zu Einzelheiten dieser Verhandlungen vgl. **Lukomskij A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 120-128, **Katkov, G.**, *The Kornilov Affair*, S. 179f.

² **Denikin, A.**, *Očerki russskoj smuty*, Bd. 2., S. 48f.

³ Ebd.

⁴ **Lukomskij A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 125.

⁵ **Denikin, A.**, *Očerki russskoj smuty*, Bd. 2., S. 50, **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 2., S. 27f.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Lvovs Aussage vor dem Untersuchungsrichter vgl. *Archiv Oktjabrskoj Revoluziji, Delo Kornilova*, Bd. 27, S. 156f.

den Führer der Revolution bereits das Todesurteil verhängt hatten¹. In seinem Gepäck befanden sich „Dokumente“, die Zavojko während der Unterredung - ohne jegliches Wissen seines Vorgesetzten - auf die schnelle zusammengeschrieben hatte. Darunter waren der Entwurf eines Aufrufs an die Truppen, der vorsah, Frontsoldaten mit Boden zu beschenken und eine Kabinettsliste mit Aladin und natürlich Zavojko als Ministern². Lvov traf am 26. August in Petersburg ein und übermittelte Kerenskij die Vorschläge Kornilovs. Auf die Bitte des Ministerpräsidenten hin wurden sie aufgeschrieben³. Der Schreck muß anfangs ziemlich groß gewesen sein, die Konstellation bot Kerenskij jedoch die einmalige Chance für eine politische Intrige. Er konnte sich jetzt auf die gesamte Linke von Lenin bis Savinkov stützen und sich ein für alle Mal des unbeliebten Konkurrenten entledigen. Über die Folgen dieses Vorgehens dachte er offensichtlich nicht nach. Die Informationen Lvovs waren genau das, was Kerenskij brauchte, um mit Kornilov zu brechen. Er entließ vorläufig Lvov und verabredete sich mit ihm für 8 Uhr abends, um die Angelegenheit endgültig zu klären.

Um 8 Uhr ließ sich Kerenskij aber mit der Stawka verbinden und verlangte Kornilov zu sprechen. Um seiner Intrige offiziellen Charakter zu verleihen, hatte Kerenskij für Zeugen aus seiner nächsten Umgebung gesorgt. Dabei sprach er nicht nur für sich, sondern auch für Lvov, der beim Gespräch gar nicht anwesend war. Über das Telefongespräch, das für die Februardemokratie ziemlich traurige Folgen haben sollte, gibt es eine stenographische Aufzeichnung:

„Kornilov: General Kornilov am Apparat.

Kerenskij: Guten Abend General. Lvov und Kerenskij sind am Apparat.. Wir bitten Sie um Bestätigung, daß Kerenskij gemäß den Informationen handeln kann, die ihm von Vladimir Nikolajevič (Lvov) überbracht wurden.

Kornilov: Guten Abend, Aleksander Fjodorovič (Kerenskij). Guten Abend Vladimir Nikolajevič. Um noch einmal den Überblick über die Lage zu bestätigen, in der das Land und die Armee sich meiner Meinung nach befinden, und den ich Vladimir Nikolajevič gebeten habe, ihnen zu übermitteln, möchte ich noch einmal erklären, daß die Ereignisse der letzten Tage und das, was sich bereits für die kommende Tage abzeichnet, es dringend erforderlich machen, schnellstmöglich zu einer klaren und eindeutigen Entscheidung zu gelangen.

Kerenskij (gibt sich für Lvov aus): Ich, Vladimir Nikolajevič, frage nach dieser eindeutigen Entscheidung, die getroffen werden soll und über die ich nach ihren Weisungen Aleksander Fjodorovič unter vier Augen unterrichten soll. Ohne eine solche Bestätigung durch sie persönlich zögert Aleksander Fjodorovič, mir vollständig zu vertrauen.

Kornilov: Ja, ich bestätige, daß ich sie beauftragt habe, Aleksander Fjodorovič Kerenskij meine dringende Bitte zu übermitteln, zu mir nach Mohilew zu kommen.

Kerenskij: Ich, Aleksander Fjodorovič, verstehe ihre Antwort als Bestätigung der Worte, die Vladimir Nikolajevič mitgeteilt hat. Es ist mir unmöglich, schon heute hier abzureisen, ich hoffe jedoch Morgen fahren zu können. Soll Savinkov mich begleiten?

¹ Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 2., S. 28.

² Als Kerenskij diese Liste der Provisorischen Regierung vorzeigte, brachen diese in Gelächter aus und beschlossen Kornilov den Stirn zu bieten, Denikin, A., *Očerki russoj smuty*, Bd. 2., S. 51.

³ Kerenskij, A., *Die Kerenskij - Memoiren*, S. 367.

Kornilov: *Ich bitte dringend darum, daß auch Boris Viktorovič mit ihnen reist. Was ich zu Vladimir Nikolajevič gesagt habe, gilt sinngemäß auch für Vladimir Viktorovič. Ich möchte sie bitten, ihre Abreise nicht länger als bis Morgen zu verschieben.*

Kerenskij: *Sollen wir kommen, wenn es Demonstrationen gibt, über die Gerüchte kursieren, oder in jedem Fall?*

Kornilov: *In jedem Fall.*

Kerenskij: *Guten Abend. Wir werden uns bald wieder sehen.*

Kornilov: *Guten Abend“¹.*

Kerenskij war als Politiker in einer Zeit und einem Umfeld groß geworden, da die „Ochrana“ gegen die Sozialisten große Erfolge dadurch erzielte, daß sie in ihren Reihen Provokateure eingeschleust hatte. Kerenskij griff also nach wohlvertrauten Methoden aus der Zeit seiner illegalen Tätigkeit. Der Ministerpräsident führte dieses Gespräch von ungeheurer Bedeutung nicht als Regierungschef, sondern, um den Ausdruck des Militärhistorikers E. Martynov zu gebrauchen, vielmehr als „Privatdetektiv“². Erstens gab sich Kerenskij für eine abwesende Person aus. Zweitens waren seine Fragen so hinterlistig formuliert, daß der Eindruck zwingend ist, Kerenskij habe um jeden Preis seinen Gesprächspartner provozieren wollen. Er präziserte nicht einmal, welche Nachrichten er eigentlich von Lvov erhalten hatte. Interessanterweise bemerkte selbst Filonenko - der unverdächtige Regierungskommissar in Mohilew - zu dem Gespräch: *„Es scheint mir sonderbar, daß Kerenskij an keiner Stelle formuliert hat, wonach er eigentlich fragte, und General Kornilov wußte nicht, auf welche Frage er gerade antwortet“³.* Die Armeeführung im Hauptquartier beachtete Filonenkos Bemerkung nicht. Kornilov, so Lukomskij, war nach dem Gespräch mit Kerenskij endgültig davon überzeugt, daß er *„in vollem Einvernehmen mit der Provisorischen Regierung handle“⁴.*

Das Gespräch löste bei Kornilov einen Seufzer der Erleichterung aus. Er ging davon aus, daß Kerenskij bereit war, dem erwarteten Aufstand der Bolschewiki in der Hauptstadt entschieden entgegenzutreten. Noch am selben Abend erreichte Savinkov ein Telegramm aus Mohilew mit folgendem Inhalt: *„Das Korps wird zum Abend des 28. August in der Umgebung Petrograds vereinigt sein. Ersuche über Petrograd am 29. August den Kriegszustand zu verhängen. Nr. 6394. Kornilov“⁵.* Spätestens jetzt hätte Kerenskij einsehen müssen, daß Verschwörer ihn kaum über ihre Truppenbewegungen informiert hätten, wenn sie denn die Regierung absetzen wollten. Schon einige Tage nach den Ereignissen stellten sich viele Russen die folgende Frage: *„Wie kommt es, daß Kornilov [der seinen Soldaten stets voranzugehen pflegte] seine Truppen nach Petersburg schickte, während er selbst friedlich im Hauptquartier saß?“⁶.* Die Antwort ist naheliegend: Weil er zu diesem Zeitpunkt nicht wußte, daß Kerenskij ihn hinters Licht geführt hatte. Schließlich lautete sein Befehl an Krymov und sein Kavalleriekorps, nach Beendung der Konzentration mit Kerenskij in Verbindung zu treten. Als die Ereignisse in

¹ Zitiert bei **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 1., Buch 2., S.29-31.

² **Martynov, E.**, *Kornilov*, S. 97f.

³ **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 2., S. 31.

⁴ Fürst Trubezkoj, ein Augenzeuge dieses Gesprächs, berichtete, daß die Zusage Kerenskij von Kornilov mit Erleichterung zur Kenntnis genommen wurde, vgl. **Martynov, E.**, *Kornilov*, S. 97.

⁵ **Lukomskij A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 221.

⁶ **Gippius, Z.**, *Sinaja kniga*, S. 180f.

ihre entscheidende Phase traten, saß Kornilov ruhig in der Stawka und besprach mit Lukomskij Operationspläne gegen die Deutschen und die Möglichkeiten der von Lvov „vorgeschlagenen“ Kabinettsumbildung¹.

Unterdessen holte Kerenskij zum letzten Hieb gegen die Stawka aus. Als erstes wurde Lvov verhaftet. Da der ehemalige „Unterhändler“ später als Kronzeuge auftreten sollte, ließ ihn Kerenskij gleich neben seinem Arbeitszimmer unterbringen. Lvov konnte die ganze Nacht nicht einschlafen, weil Kerenskij in der angrenzenden Suite aufgeregt hin und her ging und mit lauter Stimme Operarien sang². Aber Kerenskij begnügte sich nicht mit Verdi: In derselben Nacht rief er die Regierung zur Lageberatung zusammen, legte ihnen die „Beweise“ vor und verlangte für sich diktatorische Vollmachten. Die Minister waren zwar geschockt, zeigten sich aber - bis auf Nekrasov und Černov - anfangs skeptisch. Erst als Kerenskij die von Zavojko zusammengekratzelte Kabinettsliste vorzeigte und behauptete, Kornilov habe sie persönlich zusammengestellt, folgte der Umschwung. Als man die Liste laut durchging und sich die Namen von Aladin und Zavojko auf der Zunge zergehen ließ, einigten sich die Minister darauf, dem verschwörerischen General die Stirn zu bieten. Sie stellten ihre Ämter zur Verfügung und erteilten Kerenskij die von ihm gewünschten „Vollmachten“, womit die demokratische Regierung Rußlands freiwillig aufgehört hatte zu existieren³. Kerenskij ging aus dieser Sitzung als nomineller Diktator hervor und hatte von der Provisorischen Regierung das erhalten, was er seit der gescheiterten Sommeroffensive hartnäckig anstrebt hatte: Die uneingeschränkte persönliche Macht über Rußland. Schon während dieser nächtlichen Sitzung benahm er sich wie die Selbstherrschaft in Person. „*Ich werde ihnen die Revolution nicht überlassen*“, rief er den Ministern pathetisch zu, als ob das Land bereits sein persönliches Eigentum wäre⁴.

Für Kornilov gab es noch in derselben Nacht ein böses Erwachen. Die Stawka erhielt über die Regierungsleitung ein Telegramm so merkwürdigen Wortlauts, daß die Generäle ihren Augen nicht trauen wollten: „*An die Stawka und an General Kornilov. Ich befehle ihnen unverzüglich zurückzutreten und ihr Amt General Lukomskij zu übergeben. Lukomskij hat die Stellung des Oberkommandierenden einzunehmen, bis in die Stawka der neue Oberkommandierende eintrifft. Sie sollen unverzüglich nach Petersburg abreisen. Kerenskij*“⁵. Für die Stawka stimmte an diesem Telegramm nichts: Laut Gesetz konnte nur eine absolute Mehrheit im Kabinett den Oberkommandierenden absetzen, und niemand wußte von den Vollmachten, mit denen Kerenskij soeben ausgestattet worden war. Man hielt zunächst das Telegramm für eine Fälschung, nicht nur weil es vor dem Hintergrund des oben erwähnten Gesprächs am Telegraphen keinen Sinn ergab, sondern weil es nicht korrekt durchgeführt war. Es war nicht an den Oberkommandierenden, sondern lediglich an General Kornilov adressiert und es war nur mit „Kerenskij“ unterzeichnet⁶. Dem Telegramm fehlte selbst die sonst übliche Numerierung. Es ist kein Wunder, daß die Generäle daraus den Schluß zogen, daß der Umsturz der Bolschewiki bereits begonnen hatte und die Regierung sich bereits in der Gewalt der Aufständischen befände. Krymov wurde deshalb der Befehl erteilt, die Konzentration seiner Truppen zu beschleunigen. Selbst der Kommissar Filonenko billigte diesen Befehl, denn auch er war von dem Telegramm Kerenskij's überrollt.

¹ Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 222.

² *Izvestija* vom 19. 10. 1917, S. 5, Chamberlin, W., *The Russian Revolution 1917-1921*, Bd. 1., S. 212.

³ Vgl. Martynov, E., *Kornilov*, S. 101f.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Voller Text des Telegramms bei Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 223.

Sehr bald begannen jedoch die Generäle Verdacht zu schöpfen, daß es gar keinen Aufstand der Bolschewiki in der Hauptstadt gebe und alles nur eine Provokation Kerenskij's sei. Das Hauptquartier setzte sich sofort mit Savinkov in Verbindung (der natürlich nichts von der Mission Lvovs ahnte), und wollte „*das Mißverständnis durch persönliche Erklärungen ausräumen*“ lassen¹. Noch immer bestand die Möglichkeit, den „Staatsstreich“ der Generäle friedlich zu kitten, doch Kerenskij wollte von den Vermittlungsversuchen Savinkovs und der alliierten Botschafter nichts wissen². Um einen endgültigen Bruch zu vermeiden, hätte Kerenskij nichts anderes tun müssen, als sich mit Kornilov in Verbindung zu setzen. Auf seine Umgebung machte er einen völlig hysterischen Eindruck: Immer wieder schrie er erregt, er werde die „Reaktion zerdrücken“³. Als Savinkov mit Kornilov telegraphierte und von der Mission Lvovs erfuhr, setzte er Kerenskij unter Druck, die Angelegenheit durch Verhandlungen mit Mohilew friedlich beizulegen. Er rang Kerenskij das Versprechen ab, von der Weitergabe der Informationen an die Presse abzusehen, bevor die Lage nicht endgültig geklärt war⁴. Savinkov verabredete sich mit Kerenskij zu einem persönlichen Treffen und machte sich unverzüglich auf den Weg. Doch er kam bereits zu spät. Noch bevor Savinkov bei Kerenskij erschien, hatte Nekrasov eine Pressekonferenz einberufen und berichtete den schockierten Journalisten vom Bruch mit Mohilew⁵.

Schon wenige Stunden später konnte die nichtsahnende Zivilbevölkerung Zeitungen kaufen, auf deren erster Seite in dicken Lettern „Rebellion des Generals Kornilov!“ zu lesen war⁶. Die Zeitungen schrieben, daß die Stawka geputscht hatte und Truppen bereits gegen die Hauptstadt im Anmarsch waren. Eine von Nekrasov verfaßte und von Kerenskij unterzeichnete Regierungserklärung verkündete, daß der Putsch damit begonnen hatte, daß Kornilov Lvov mit einem Ultimatum zum Ministerpräsidenten entsandte. Weiter wurde behauptet, daß Kornilov in einem direkten Gespräch zugegeben hatte, daß er die Regierung stürzen wollte. Der Text lautete weiter wie folgt: „*Da die durch meine Person repräsentierte Regierung in dieser Forderung das Bestreben einiger Kreise Rußlands erblickt, aus der schwierigen Lage des Staates für sich Nutzen zu ziehen und im Staate eine Regierungsform aufzustellen, die in vollem Gegensatz zu allen revolutionären Errungenschaften stehen würde, erachtet die Provisorische Regierung es für notwendig: Zum Heile des Vaterlandes, der Freiheit und der republikanischen Staatsform mich zu beauftragen, rasche und entscheidende Maßnahmen zu treffen, um alle Anschläge gegen die höchste Staatsgewalt und gegen die Rechte der Bürger an der Wurzel zu ersticken*“⁷. Das Schriftstück war ein vollkommener Erfolg: Es löste bei Kornilov einen Tobsuchtsanfall aus und verleitete ihn zu unüberlegten Aktionen. Bemerkenswerterweise richtete sich die Wut Kornilovs nicht gegen die neue Regierungsform. Kornilovs Monarchismus war seit den Engpässen von 1915 und seiner österreichischen Gefangenschaft dahin. Kerenskij's Aufruf löste deshalb einen Wutanfall aus, weil man ihn des Landesverrats bezichtigte und damit seine empfindlichste Stelle traf: Kornilovs Patriotismus. Als Lenins Verbindungen mit den Deutschen im Juli bekannt wurden, wurde Lenin nicht offen des Landesverrats bezichtigt, obwohl er mehrmals einen Staatsstreich vorbereitet hatte. Auch mit anderen Defätisten ging die Februardemokratie milder um, als

¹ Savinkov, B., *K delu Kornilova*, S. 24.

² Ebd.

³ Gippius, Z., *Siniaja kniga*, S. 187f.

⁴ Ebd.

⁵ Savinkov, B., *K delu Kornilova*, S. 24f.

⁶ McCauley, M. (Hrsg.), *The Russian Revolution and the Soviet State 1917-1921. Documents*, London 1975, S. 37-38.

⁷ Ebd.

selbst die liberalsten kriegführenden Staaten. Obwohl allen bekannt war, daß Černov nicht nur ein prominenter Defätist war, sondern auch mit deutschen Behörden zusammenarbeitete, fand man in Rußland nichts dabei, ihn zum Landwirtschaftsminister zu ernennen.

Kornilov fand zu keinem klugen Entschluß. Das unwürdige Intrigieren Kerenskij's verursachte einen Kurzschluß und der Oberkommandierende schlug los (wie Kerenskij es wahrscheinlich einkalkuliert hatte), ohne Rücksicht auf Verluste. Kornilov befahl einen Aufruf an die Bevölkerung, obwohl das Rebellion bedeutete und zu diesem Zeitpunkt vollkommen aussichtslos war. Der pathetische Text von Zavojkos Hand lautete: *„Das in den Zeitungen veröffentlichte Telegramm des Ministerpräsidenten ist in seinem ganzen ersten Teil eine vollkommene Lüge. Nicht ich habe den Dumaabgeordneten V. Lvov zum Ministerpräsidenten geschickt, sondern vielmehr ist dieser als Abgeordneter des Ministerpräsidenten zu mir gekommen. Russisches Volk! Unser großes Vaterland stirbt! Gezwungen, offen hervorzutreten, erkläre ich, General L. Kornilov, daß die Provisorische Regierung unter dem Druck der bolschewistischen Minderheit der Räte in vollem Einvernehmen des deutschen Generalstabes handelt, gleichzeitig mit der bevorstehenden Landung feindlicher Kräfte an der Küste von Riga die Armee zu vernichten und das Land von innen her in die Niederlage zu treiben. Das schmerzliche Bewußtsein von der unvermeidlichen Vernichtung des Landes befiehlt mir in diesem drohenden Augenblick, das ganze russische Volk zur Rettung des untergehenden Vaterlandes aufzurufen. Mögen alle, in deren Brust das russische Herz schlägt, alle, die an Gott und seine Kirche glauben, zu Ihm, dem Herrn, um das große Wunder beten: Um die Rettung unseres Heimatlandes. Ich, General Kornilov, Sohn eines Kosakenbauern, erkläre allen, daß ich persönlich nichts anderes begehre, als die Erhaltung Rußlands, und ich gelobe, das Volk durch den Sieg über den Feind zur verfassunggebenden Versammlung zu führen, wo das Volk selbst sein eigenes Schicksal entscheiden und seine eigene Regierungsform wählen soll. Ich kann Rußland nicht an seinen historischen Feind, die Deutschen, verraten und das russische Volk zu Sklaven der Deutschen machen“*¹.

Die Veröffentlichung dieses Aufrufs war aussichtslose Meuterei. Die Konzentration der Truppen Krymovs vor Petersburg war nicht abgeschlossen und sein Kavalleriekorps befand sich noch in Zügen, über ein sehr breites Territorium zerstreut. Als sich die Lage zuspitzte, hatte die Stawka nicht einmal telegraphischen Kontakt mit Krymov. Auf die Unterstützung der einfachen Soldaten konnte Kornilov nicht hoffen. Es war allgemein bekannt, daß Kornilov die Fortführung des Krieges und rigorose Disziplinierungsmaßnahmen sowohl an der Front, als auch im Hinterland propagierte. In den Augen des kriegsmüden russischen Soldaten war Kornilovs Name und Anliegen nur mit Kriegserichten und Disziplinarstrafen verbunden². Da sie möglichst schnell nach Hause wollten, konnten sie General Kornilov unmöglich unterstützen. Für die Bauern an der Front bedrohte er den Traum von der „Schwarzen Umverteilung“. Sie sahen in Kornilov weniger den „Kosakensohn“ als den „General des Zaren“³. Anscheinend machte sich Kornilov auch keine Hoffnungen mehr. Seine letzte Chance war Krymov, und die bezeichnete Kornilov seinen Mitarbeitern gegenüber als Utopie. Die Ereignisse der letzten Tage hatten ihn anscheinend so deprimiert, daß er sich überlegte, freiwillig aus dem Leben zu

¹ McCauley, M. (Hrsg.), *The Russian Revolution*, S. 38-39.

² Zur Stimmung unter den Soldaten während des Kornilov - Putsches vgl. Krasnov, P., *Na vnutrenem fronte*, in: *Archiv russkoj revoliuziji*, Bd. 1., S. 104f.

³ Ebd.

scheiden¹. Jedenfalls machte er keine Anstalten, um den Sturz der Regierung von Mohilew aus zu organisieren. So konnte Kerenskij die militärische Aktion leicht niederschlagen.

Das III. Kavalleriekorps bestand aus motivierten und disziplinierten Truppen. Sobald die zersetzten Einheiten erfuhren, daß Krymows Soldaten auf ihrem Weg in die Hauptstadt ihre Garnisonen erreichten, unterwarfen sie sich sofort. Überall auf der Route des III. Kavalleriekorps verwandelten sich die demoralisierten Reserveeinheiten der Nordfront in (äußerlich) ansehnliche Truppenteile. Es gibt keinen Grund an der Einschätzung von Experten zu zweifeln, daß die Hauptstadt jederzeit hätte eingenommen werden können, wenn die Militärs nicht auf die Provokation Kerenskij's so unvorbereitet gewesen wären². Die Truppen marschierten im Glauben, die Provisorische Regierung zu verteidigen, und es war einfach unmöglich, mit ihnen diese Regierung zu stürzen³. Dazu wandte Kerenskij auch Krymov gegenüber Methoden an, die seiner Intrige gegen Kornilov nicht unähnlich waren. Am 29. August schickte Kerenskij dem anrückenden Krymov Oberst Samarin⁴ entgegen, der ihm eine Nachricht mit folgendem Wortlaut übergab: „*In Petrograd herrscht völlige Ruhe. Keine Kundgebungen werden erwartet. Ihr Korps wird nicht benötigt. Die provisorische Regierung befiehlt ihnen auf ihre persönliche Verantwortung, den Vormarsch auf Petrograd abzubrechen, der vom abgesetzten Oberbefehlshaber befohlen wurde. Das Korps muß statt nach Petrograd zum Ersatzort Narva geführt werden*“⁵. Diese Botschaft ergab nur dann einen Sinn, wenn Kerenskij davon ausging, daß Krymov auf Petrograd marschierte, um den Aufstand der Bolschewiki zu unterdrücken, und nicht die Provisorische Regierung zu stürzen. Obgleich die Nachricht ihn verwirrte, gehorchte Krymov und gab Befehl, den Vormarsch kurz vor Petrograd zu unterbrechen. Er begab sich nach Petersburg und wurde von Kerenskij's Umgebung Verhören unterzogen. Nach einer heftigen Auseinandersetzung mit Kerenskij begab er sich in die Wohnung eines Freundes und nahm sich dort das Leben. Mit seinem Tod war die letzte vage Hoffnung der Stawka zerstört, die impulsiv ausgelöste Meuterei Kornilovs in einen Sieg umzumünzen. Mit Krymows Tod brach die Rebellion der Generäle endgültig in sich zusammen.

Aus den verfügbaren Quellen geht hervor, daß die vom Petrograder Rat ausgeschickten Agitatoren weit weniger Anteil daran hatten, Krymows Kavalleriekorps vom Vormarsch abzubringen, als von vielen Historikern dargestellt wird. Der eigentliche Grund, warum die Truppen Krymows Petrograd nicht besetzten, bestand schlicht darin, daß die Anrückenden feststellen konnten, daß die Hauptstadt sich nicht in den Händen der Bolschewiki befand, wie man ihnen gesagt hatte, und daß ihre Dienste entbehrlich waren. Zinaida Gippius, Augenzeugin des Kornilovputsches, schildert die Begegnung der Kavallerie mit den Einheiten, die von Petrograd ausgeschickt worden waren, um sie abzufangen: „*Es gab kein Blutvergießen. In der Nähe Lugas und einigen anderen Stellen trafen die von Kornilov abkommandierten Divisionen und die Petrograder aufeinander. Sie standen einander ratlos gegenüber. Die Kornilov'schen waren besonders verduzt. Sie waren gekommen, um die Provisorische Regierung zu verteidigen, und trafen auf einen Feind, der ebenfalls gekommen war, um die Provisorische Regierung zu verteidigen ... So standen sie da und grübelten. Sie verstanden gar nichts mehr.*

¹ Chadsijev, Ch., *Velikij bojar*, Belgrad 1929, S. 123-130.

² Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 2., S. 54f.

³ Ebd.

⁴ Oberst Samarin war ein früherer Weggefährte Krymows, zu dem Krymov ein freundschaftliches Verhältnis hatte, vgl. Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 2., S. 32f.

⁵ Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 4., S. 125.

Doch dann erinnerten sie sich an die Lektion der Agitatoren an der Front, man müsse mit dem Feind fraternisieren, und so fraternisierten sie denn, was das Zeug hielt“¹.

Mit der Abwehr der Krymov'schen Operation war die Affäre nicht beendet. In der russischen Generalität löste Kerenskij's Vorgehensweise helle Empörung aus, die den neuen Diktator in eine merkwürdige Lage brachte. Lukomskij weigerte sich, Kornilov's Posten zu übernehmen; seinem Beispiel folgten auch andere Generäle, an die Kerenskij dieses Amt herantrug. Da die Auflösung der Stawka das Vorrücken der Deutschen zur Folge gehabt hätte, befahl Kerenskij Kornilov per Telegramm, bis auf weiteres auf seinem Posten zu bleiben². Anscheinend löste das bei Kornilov den zweiten Tobsuchtsanfall aus. Kornilov konnte einfach nicht begreifen, daß Kerenskij ihn öffentlich des Verrates beschuldigte und dann als Oberkommandierenden behielt. Offenbar stand er dem Selbstmord so nah, daß seine Mitarbeiter ihn entwaffnen mußten³. Drei Tage lang war Kerenskij gezwungen, Kornilov auf seinem Posten zu belassen. Da er für ihn keinen Nachfolger finden konnte, wandte er sich an Aleksejev, der seit seiner Demissionierung in der Hauptstadt lebte. Nachdem aber Aleksejev sich mit den stenographischen Aufzeichnungen der Gespräche Kerenskij's mit der Stawka vertraut gemacht hatte, weigerte er sich auf das entschiedenste, den Posten des Oberkommandierenden anzunehmen und beschuldigte Kerenskij der Provokation⁴. Plötzlich befand sich Kerenskij selbst in der Falle; er konnte unmöglich die Auflösung der Stawka zulassen. In seiner Not willigte Kerenskij in die Einberufung einer Untersuchungskommission ein, statt die meuternden Generäle einfach von einem Militärtribunal im Schnellverfahren aburteilen zu lassen. Aleksejev war erst bereit, zur Stawka zu fahren, wenn Kerenskij den Posten selbst übernahm⁵. Erst am 30. August reiste Aleksejev nach Mohilew. Dort übernahm er von Kornilov die Stawka und ließ ihn gemeinsam mit allen der Meuterei beschuldigten Generäle in das Gefängnis von Bychowo bringen. Kornilov übergab Aleksejev sein Material über die Affäre und ein schriftliches Ersuchen, das ein Ende der Verunglimpfungen forderte und - im Falle seiner Schuld - „feste Hand“ zu zeigen⁶.

Gab es eine Kornilov-Verschwörung? Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit muß man diese Vermutung zurückweisen. Alle verfügbaren Hinweise legen vielmehr eine „Kerenskij-Verschwörung“ nahe, die inszeniert wurde, um Kornilov als Rädelsführer einer imaginären, aber allgemein erwarteten Konterrevolution anprangern zu können, deren Niederschlagung dem Ministerpräsidenten eine beispiellose Popularität und Machtstellung verschaffen sollte, so daß er nun mit gestiegenem Ansehen der wachsenden bolschewistischen Bedrohung begegnen konnte. Zu diesem Schluß gelangte auch die von N. Ukrainzev geleitete Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung⁷. Die Fakten, die während der Untersuchung bekannt wurden und lange vor ihrem Abschluß publik wurden, sollten erheblich zum Sturz Kerenskij's beitragen⁸.

¹ Gippius, Z., *Siniaja kniga*, S. 181.

² Lukomskij, A., *Erinnerungen*, Bd. 1., S. 228f.

³ Chadsijev, Ch., *Velikij bojar*, S. 123-130.

⁴ *Delo Kornilova. Pokazanija Aleksejeva*, in: *Archiv Oktjabskoj Revoljuziji*, Nr. 27, S. 2f.

⁵ Ebd.

⁶ Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoljuzija*, Bd. 2., S. 71f.

⁷ Vgl. Ukrainzev, N., *N. Ukrainzev's Observations*, in: McCauley, M. (Hrsg.), *The Russian Revolution*, S. 39-43.

⁸ Ebd.

Kap. 15. Der Staatsstreich der Bolschewiki

Endloses politisches Taktieren mag in bestimmten Situationen erforderlich sein, ist aber in der Politik keine dauerhafte Lösung. Der Kornilovputsch hatte eine ähnliche Auswirkung, wie der Putsch von August 1991. Kerenskij ging zwar aus der Kornilov - Affäre als nomineller Diktator Rußlands hervor, jedoch waren seine Machtbefugnisse nur eine Attrappe. In Wirklichkeit verlor er damals ebenso rasch an politischem Einfluß, wie mehr als sieben Jahrzehnte später M. Gorbatschow. Das Land hatte sich innerhalb von Tagen entscheidend verändert und stand vor dem endgültigen Zerfall. Der Hauptinitiator der Affäre, A. Kerenskij, schien dies jedoch nicht zu begreifen. Nach der Niederschlagung der Kornilovrevolte übernahm er den Posten des Oberkommandierenden. Um seine Bedeutung hervorzuheben verlieh er sich selbst den Titel des Generalissimus und erklärte, er werde jetzt einer möglichen Konterrevolution von links begegnen. Aleksejews Position in der Stawka war von vornherein unhaltbar. Er erklärte seinen Rücktritt und verließ in Kürze Mohilew. Die Beweggründe seines Rücktritts formulierte Aleksejew in einem Privatbrief an General Kaledin: *„Dreimal appellierte ich an Kerenskij's Gewissen, dreimal versprach er mir, daß die verhafteten Generäle freigelassen werden. Letzte Woche zeigte er mir sogar einen Regierungsbeschluß, der angeblich von den Mitgliedern der Regierung bereits abgesegnet war... Leider entpuppte sich die Angelegenheit mal wieder als eine Lüge. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß Kerenskij diese Frage nicht einmal der Regierung vorgelegt hatte... Neulich habe ich festgestellt daß Kerenskij's Leute meine Privatpapiere geklaut haben. Er ist entweder ein Kretin oder ein Verrückter. Ich bin immer mehr geneigt zu glauben, daß er leider doch nur ein Kretin ist“*¹.

¹ Zitiert bei **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 2., S. 115.

Die Art und Weise, wie Kerenskij die Generalität zerschlagen hatte, beraubte ihn jeder Glaubwürdigkeit für die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen und liberalen Kräften in Rußland. Die wichtigsten politischen Führer des Bürgertums verweigerten Kerenskij ihre Unterstützung. Auch die gemäßigten Sozialisten im Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets waren keine echte Stütze mehr. Sie büßten ihre Popularität innerhalb kürzester Zeit dramatisch bei der Bevölkerung ein. Bei den Septemberwahlen in Moskau erreichten die Sozialrevolutionäre nur 14 (-44,2%) und die Menschewiki 4 (-8%) Sitze¹. Die einzige Kraft, die Kerenskij's Direktorium noch vor einem drohenden Sturz durch die Bolschewiki schützen konnte war die Armee. Sie befand sich aber seit dem Kornilovputsch im letzten Stadium der Auflösung. Die wichtigsten Anführer der Kornilov'schen Bewegung waren im Gefängnis von Nowyj-Bychowo unter Arrest gestellt. Sie verfaßten dort das sog. „Bychowo-Programm“, das eine gravierende Veränderung in der Haltung der russischen Offiziere dokumentierte². Bis zum „Kornilovputsch“ verhielt sich die Armeeführung loyal und konzentrierte sich auf die Landesverteidigung. Jetzt nahm sie eine unversöhnliche Haltung gegen die bestehende Regierung und gegen alle sozialistischen Gruppierungen ein, verweigerte der Regierung ihre Unterstützung und betrachtete sie nach dem Motto „je schlimmer, desto besser“ als Feind³. Im Grunde begann mit dem Bychowo-Programm die wirkliche Konterrevolution in Gestalt der „Weißen Bewegung“, die sich um Kornilov scharte, der unter den Offizieren eine ungeheure Popularität genoß. Die Verhaftung der Anhänger Kornilovs war begleitet von einer Säuberungswelle im Offizierskorps: Alle Frontkommandeure (außer an der rumänischen Front) wurden durch neue Offiziere ersetzt, die außer ihrer revolutionären Gesinnung keinerlei Führungspraxis hatten⁴.

Der „Kornilovputsch“ bedeutete die endgültige Zerstörung der russischen Streitkräfte. Nachdem Kerenskij seinen Appell an das Volk verfaßt und Kornilov diesen mit einem ebenfalls an das Volk gerichteten Gegenappell beantwortet hatte, nahm der Machtkampf zwischen beiden Züge eines Propagandakrieges an. Es erfolgte eine beispiellose Aufwiegelung der Soldaten gegen ihre Offiziere. Die Folge war das endgültige Zerfallen der Streitkräfte in zwei feindliche Lager, in das der Soldaten und in das des Offizierskorps. Radikale Elemente in den Soldatenkomitees erlangten noch während des Putsches die Oberhand und beteiligten sich entschlossen an der endgültigen Entmachtung der Offiziere. Indem die Offiziere praktisch zu Geiseln ihrer Militäreinheiten wurden, verloren die russischen Streitkräfte an der Front endgültig das Antlitz einer Armee und wurden vielmehr zur aggressiven und bewaffneten Masse. Jetzt gab es keine Kraft mehr, die sie am Verlassen der Schützengräben noch hätte hindern können⁵.

Jeder Versuch, sie zu disziplinieren, war sinnlos. Die Fronttruppen versanken in dieselbe Disziplinlosigkeit und Anarchie, wie die Petrograder Garnison. Der Unterschied war, daß die Frontsoldaten zu wesentlich grausameren Exzessen fähig waren, als ihre Kollegen im Hinterland, die keinen Einblick in die Grausamkeiten des Frontlebens gehabt hatten. Am besten vermittelt uns die Stimmung in der Frontarmee am Höhepunkt der Zersetzung der offizielle Geheimbericht von 15. Oktober 1917: „*Im 141. Regiment wurde der*

¹ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 2., S. 223.

² Der Text des Bychover Programms ist abgedruckt bei Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 2, S. 98f.

³ Diese unversöhnliche Haltung wurde zu einer der Hauptursachen der Niederlage der „Weißen“ im Bürgerkrieg, denn sie machte jegliche Zusammenarbeit der Offiziere mit den Sozialisten unmöglich, vgl. Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 2., S. 130-136.

⁴ Lediglich der Kommandeur der rumänischen Front General Sacharov behielt seinen Posten, Spannocchi, L., *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 177-179.

⁵ Ebd.

Plan zum Rückzug in die Etappe ausgearbeitet, und es wurde beschlossen, die Kompanieführer zu töten, wenn sie sich widersetzen, und dann von den Bataillons- und Regimentskommandeuren einen Sonderzug zu verlangen, um nach Pskow zu fahren. Im Bereich des 432. Regiments hat der offene Handel mit dem Feind begonnen; die Schützengräben sind mit weißen Fahnen dekoriert, es erklingt Musik ... Im 227. Regiment wurde der Unteroffizier Baranov vor den Augen des Kommandeurs und der anderen Offiziere auf die Bajonette gespießt. Ein Soldat der 7. Armee tötete mit zwei Genickschüssen seinen Leutnant. Beim Versuch ihn zu verhaften, leisteten die Soldaten Widerstand und der Mörder vermochte zu fliehen. Im 4. Radfahrerbataillon der Sonderarmee wurden der Kommandeur und der Leiter der Versorgungsabteilung beseitigt und Soldaten an ihre Stelle gewählt“¹. Dieser Bericht informiert über die Lage an der Südwestfront, aber die Situation in der West- bzw. Nordfront war noch schlimmer, da diese Fronten wegen ihrer Nähe zu Petrograd und Moskau noch mehr revolutioniert waren². Obwohl die russischen Streitkräfte im Herbst 1917 immer noch 127 Divisionen (80 deutsche und 47 österreichisch-ungarische) banden, war die russische Armee keine organisierte bewaffnete Macht mehr³. Sie stellte vielmehr eine Bedrohung für ihr eigenes Land dar. Nach Angaben des neuen Kriegsministers A. Verchovskij befanden sich an der Front Anfang September 1917 immer noch ca. 5 Mio. Soldaten und weitere 5,5 Mio. im Hinterland⁴.

Die letzten Revolutionsmonate brachten neue Führungskräfte an die Spitze der russischen Streitkräfte in Mohilew. Die Leitung der Stawka übernahmen am 10. September die Generäle Duchonin und Dieterichs⁵. Sie zählten zu der neuen Generation der Generäle, welche infolge des Krieges in die Armeeführung aufgestiegen waren. Beide waren fähige Militärs. Dies gilt insbesondere in Bezug auf General Duchonin. Ähnlich wie General Kornilov war er außerordentlich tapfer, war im Gegensatz zu diesem aber ein viel weitsichtigerer Stratege. Er besaß nicht den Ehrgeiz Kornilovs, als „Retter“ aufzutreten und zeichnete sich vor allem durch überdurchschnittliche organisatorische Kenntnisse aus⁶. Leider erschien General Duchonin viel zu spät an der Spitze der Streitkräfte, um ihre Auflösung zu verhindern. Es mag dahingestellt bleiben, wie die Geschichte der russischen Revolution ohne Kornilovputsch verlaufen wäre. Anders als Kornilov, galt Duchonin bei den Sozialisten nicht als Konterrevolutionär, sondern als fähiger General und hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach zu keinen Abenteuern hinreißen lassen. Jedoch war Duchonins Tätigkeit von Anfang an zum Scheitern verurteilt: Der Staat und die Streitkräfte versanken immer mehr in Anarchie.

In der Nacht zum 24. September begann in Rußland ein Generalstreik der Eisenbahner. Da das Transportwesen von außerordentlicher Bedeutung für die Wirtschaft des Landes war, beschloß die Regierung gleich nachzugeben. Die Liquidierung des Eisenbahnerstreikes befreite Rußland jedoch nicht von den überwältigenden Schwierigkeiten im Transportwesen, denn die Eisenbahner hatten sowieso keine Kohle mehr. Auch der Industrie ging der Brennstoff aus und die Zeitungen meldeten täglich die Schließung dutzender

¹ **Jakovlev, J., Pokrovskij, M. (Hrsg.)**, *Razloženije armiji v 1917 godu*, Moskau 1925, S. 117f.

² Ebd.

³ **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 2., S. 123.

⁴ *Žurnal sojedinjonnogo zasedanija komissij po oborone i inostrannym delam*, in: **Archiv graždanskij vojny**, Bd. 2., Berlin 1921, S. 58-93.

⁵ Zur Person Duchonins vgl. **Denikin, A.**, *Očerki russkoj smuty*, Bd. 2., S. 95-97, **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 2., S. 116-124.

⁶ Ebd.

Unternehmen¹. Gleichzeitig mit dem Transportwesen brach noch ein lebenswichtiges Element der russischen Volkswirtschaft zusammen: Die Hauptversorgungsquelle des gesamten Energiebedarfs, das Donezbecken, war nicht mehr in der Lage, auch nur ansatzweise die Energiebedürfnisse der Wirtschaft zu decken. Die russische Industrie stand im Herbst 1917 unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Die allgemeine wirtschaftliche Katastrophe war nicht mehr zu vermeiden. Auch das Geld verlor stündlich an Wert. Es machte keinen Sinn mehr für die Arbeiter, Geld zu verdienen. Eine Streikwelle überzog das ganze Land².

Es gab aber noch ernstere Anzeichen für die herannahende Katastrophe. Die Anarchie gewann immer mehr an Boden und nahm in der neueren Geschichte Rußlands noch unbekannte Ausmaße an. Es meuterten die Städte und es meuterten die Dörfer. Erstere verlangten Brot, letztere Boden. Die Regierung Kerenskij's wurde mit Hungeraufständen und Pogromen konfrontiert. Überall wo es nur ging, schickte man Truppen zur Beruhigung der Bevölkerung, aber es half nichts. Das Land versank zunehmend im Chaos. Besonders schlimm war die Lage auf dem Lande. Die Bauern, die endgültig die Geduld verloren hatten, gingen nun hemmungslos mit eigenen Kräften und eigenen Methoden an die Lösung der Agrarfrage heran. Sie verteilten den Boden und pflügten ihn um, trieben das Vieh ab und schlachteten es, plünderten und verbrannten die Gutshäuser, zerschlugen das landwirtschaftliche Gerät oder nahmen es mit, plünderten die Lebensmittelreserven, holzten die Wälder und Gärten ab, mordeten und übten Gewalt aus. Je mehr Deserteure von der Front kamen, desto gewalttätiger wurden die Überfälle. Das waren schon keine statistisch nachweisbaren „Exzesse“ mehr, wie noch im Mai. Das Chaos führte dazu, daß die Bauern zum ersten Mal im Kriege nicht in der Lage waren, das Land zu ernähren. Am schlimmsten war, daß nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern sogar die Front Hunger litt. Wie Suchanov betont, mußte im Herbst 1917 *„jeder ehrliche Beobachter erkennen, daß die russische Armee, obwohl sie 130 deutsche Divisionen an der Front festnagelte, nicht nur den Winter, sondern selbst den Herbst nicht mehr aushalten konnte. Die 'Bauern in Uniform' wollten nicht mehr kämpfen. Sie wollten schleunigst nach Hause um bei der 'Schwarzen Umverteilung' nicht zu kurz zu kommen“*³.

Malaparte, der sich mit dem modernen Staatsstreich befaßte, schildert die Verwirrung des englischen Schriftstellers I. Zangwill, der Italien zufällig während der faschistischen Machtübernahme besuchte⁴. Da er keine Barrikaden, Straßenkämpfe oder Leichen auf dem Pflaster sah, weigerte sich Zangwill zu glauben, Zeuge einer Revolution zu sein. Nach Malaparte besteht das Charakteristikum moderner Revolutionen gerade in der unblutigen, fast geräuschlosen Besetzung strategisch wichtiger Punkte durch kleine Abteilungen ausgebildeter Stoßtrupps. Der moderne Staatsstreich, so Malaparte, wird mit chirurgischer Präzision durchgeführt, so daß die breite Öffentlichkeit keine Ahnung davon hat, was überhaupt vor sich geht. Diese Beschreibung paßt auf den Oktoberumsturz in Rußland. Die Bolschewiki können mit Recht für sich eine Vorreiterrolle beanspruchen, und das nicht nur wegen ihrer Ideologie, sondern auch deswegen, weil sie als die Ersten in der Geschichte einen modernen Staatsstreich durchgeführt haben. Sie waren die wirklichen Nutznießer der Kornilov-Affäre. Nach dem 27. August schmolz die Anhängerschaft der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre in Moskau und

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 565.

⁴ Malaparte, C., *Der Staatsstreich*, Leipzig - Wien 1932, S. 176f.

⁵ Malaparte, C., *Der Staatsstreich*, S. 11-57.

Petrograd dahin und die Bolschewiki vermochten zum ersten Mal die Mehrheit der Arbeiter und Soldaten in den Räten auf ihre Seite zu ziehen. Die Provisorische Regierung funktionierte jetzt nicht einmal mehr innerhalb des begrenzten Rahmens, in dem sie bis jetzt agiert hatte. Im September und Oktober trieb das Land steuerlos umher. Die Bühne war frei für eine Konterrevolution von links. Für die Bolschewiki war der Kornilovputsch ein reiner Glücksfall: Als das Kavalleriekorps Krymows auf Petrograd anrückte, begingen Kerenskij und die Sozialisten des Petrograder Rates einen fatalen Fehler. Obwohl offensichtlich war, daß die zersetzte und führungslose Petrograder Garnison nicht in der Lage war, den Fronttruppen Paroli zu bieten, entschloß sich Kerenskij, sie gegen die Truppen Krymows einzusetzen. Da das Exekutivkomitee des Petrograder Rates keine Militärorganisation besaß, übertrug es den Bolschewiki das Kommando zur Stadtverteidigung¹. Kerenskij ermöglichte den Bolschewiki außerdem, sich zu bewaffnen, indem er ihnen 40 000 Gewehre zukommen ließ, die freilich nach der Niederschlagung des Putsches nicht zurückgegeben wurden². Auf diese Weise wurden Männer zu Feuerwehrleuten gemacht, die noch gestern Brandstifter waren. Der Kornilovputsch bedeutete die völlige Rehabilitierung der Bolschewiki, obwohl sie niemals den Gedanken einer gewaltsamen Machtergreifung aufgegeben hatten. Jetzt bereiteten sie offen einen neuen Putsch vor³. Diesmal hatte Kerenskij ihnen nichts entgegen zu setzen. Nach der Entmachtung der Offiziere gab es keine reale Macht, die dem drohenden Staatsstreich hätte entgetreten können.

Im Oktober gaben die Bolschewiki die Taktik massiver bewaffneter Demonstrationen auf, die sie noch im April und Juli auf Drängen Lenins unternommen hatten, weil es sich als schwierig erwiesen hatte, die großen Menschenmengen zu kontrollieren und dadurch Gegenschläge provoziert worden waren. Stattdessen verließen sie sich jetzt auf kleine, aber disziplinierte Gruppen von Soldaten und Arbeitern unter dem Befehl ihres Milrevkom, um Petrograds wichtigste Nachrichten- und Transportzentralen, Brücken, Versorgungsbetriebe, Banken, Verwaltungsbehörden zu besetzen. Mit einem Wort: Sie planten, alle Nervenzentren der modernen Metropole unter ihre Kontrolle zu bringen und der Regierung jegliche Widerstandsbasis zu rauben. Die politische Lage im Herbst 1917 bot der Partei Lenins die einzigartige Chance, die Macht zu ergreifen und das sogar auf halblegalem Wege. Bereits am 16. Oktober verfügten die Bolschewiki über zwei Organisationen, die ihnen den Erfolg sicherten: Das revolutionäre Komitee, das den Putsch durchführen sollte, und der bevorstehende 2. Rätekongreß, der ihre Vorgehensweise legitimieren sollte⁴. Auf Drängen Lenins fand bereits am 10. Oktober eine außerordentliche Sitzung des ZK der Bolschewiki statt, auf dem der Kurs auf einen bewaffneten Aufstand zu gebilligt wurde. Obwohl von 21 Mitgliedern des ZK nur 12 anwesend waren, wurde die Resolution angenommen⁵. Im Anschluß daran wurde ein Politbüro zur Leitung der politischen Vorbereitung des Aufstandes gegründet, dem Lenin, Zinovjev, Kamenev, Trozskij, Stalin, Sokolnikov und Bubnov angehörten⁶. Der Beschluß wurde von einigen Mitgliedern des ZK mißbilligt. Sie befürchteten, daß die Petrograder Garnison, die am Vorabend des Staatsstreichs etwa 245 000 Mann zählte, alles andere als

¹ Melgunov, S., *Kak bolševiki zachvatili vlast: Oktjabrskij perevorot 1917 goda*, London 1984, S. 11f.

² Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoliuzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 5., S. 269.

³ Zu Einzelheiten der politischen Vorbereitung des Oktoberputsches vgl. Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 2., S. 221-255.

⁴ Ebd.

⁵ Lenin, V., *Polnoje sobranije sočinenij*, Bd. 34., S. 424f.

⁶ Volkogonov, D., *Lenin*, S. 158.

revolutionär gesinnt war¹. Tatsächlich geht aus zeitgenössischen Quellen hervor, daß der Einfluß der Bolschewiki auf die Garnison in Petrograd nicht übermäßig groß war². Die Auflistung der Einheiten, die am Vorabend des Umsturzes mit den Bolschewiki sympathisierten, zeigt, daß sie nur eine kleine Minderheit darstellten. Suchanov schätzte, daß bestenfalls ein Zehntel der Garnison bereit war, die Bolschewiki zu unterstützen³. Die von R. Pipes angestellten Berechnungen ergeben, daß der aktive probolschewistische Anteil der Garnison (ohne Kronstadt) etwa 10 000 Mann betrug⁴. Auf der anderen Seite konnte die Provisorische Regierung auf gar keine Einheiten der Garnison zählen. Lenin und andere Befürworter des Staatsstreichs behielten insofern recht, als sie sich bemühten, die Truppen möglichst zur Neutralität zu bewegen. Am 21. Oktober, unmittelbar am Vorabend des Staatsstreiches, erklärten die Soldatenkomitees der Garnison im Fall einer Auseinandersetzung der Bolschewiki mit der Regierung ihre Neutralität. Damit war das Schicksal der Provisorischen Regierung noch vor Beginn offizieller Handlungen besiegelt⁵.

Die Bolschewiki begannen ihren Staatsstreich mit dem Beschluß vom 21. Oktober, der das Militärkommando der Petrograder Garnison für „konterrevolutionär“ erklärte und das Oberkommando über die Garnison für das Milrevkom beanspruchte⁶. Obwohl diese Handlung illegal war, besaßen weder die Provisorische Regierung, noch die Petrograder Militärführung unter dem Kommando Hauptmann Polkovnikovs reale militärische Kraft, um die Aktion zu unterbinden. Die Soldaten weigerten sich, ihre Befehle zu befolgen. Kerenskij unterschätzte bis zum letzten Augenblick die von den Bolschewiki ausgehende Gefahr und hoffte, daß sie ihre bereits in Gang gesetzte Aktion wieder rückgängig machen würden⁷. Auch Hauptmann Polkovnikov war nicht in der Lage, aktive Maßnahmen zu ergreifen. Er versuchte vielmehr, durch Verhandlungen mit dem Milrevkom die Lage zu entspannen. P. Palčinskij, der die Verteidigung des Winterpalais leitete, notierte seinen Eindruck von der Haltung der Regierung angesichts der drohenden Gefahr: „*Hilflosigkeit bei Polkovnikov und das Fehlen jeglicher Pläne. Hoffnung, daß der sinnlose Schritt nicht gemacht wird. Ohne klare Vorstellung, was man machen soll, wenn er dennoch gemacht wird*“⁸. Das Erstaunlichste an der Verteidigung der Hauptstadt war: Vor dem wichtigsten Verteidigungszentrum der Regierung, der Militärkommandozentrale der Petrograder Garnison, wurde nicht einmal eine Wache postiert⁹. Am Dienstag, den 24. Oktober unternahm die Regierung endlich vage Versuche, dem Staatsstreich der Bolschewiki entgegenzutreten. An diesem Tag schloß die Provisorische Regierung die Druckerei der bolschewistischen Zeitung „Rabočij Put“ und ließ durch Fähnriche der Offiziersschulen die wichtigsten Knotenpunkte der Hauptstadt besetzen. Außerdem untersagte der Stab Polkovnikovs den Soldaten der Petrograder Garnison, den Befehlen des Milrevkom Folge zu leisten¹⁰. Jedoch die Kräfte der regierungstreuen Einheiten waren zu schwach, um das Vorhaben der Bolschewiki zu unterbinden.

¹ Skobelev, G., *Oktjabrskoje vosstanije Bolševikov*, Paris 1931, S.77f.

² Frenkin, M., *Zachvat vlasti bolševikami i rol tylovyh garnisonov*, S. 298f.

³ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 647.

⁴ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 2., S. 256.

⁵ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 620f.

⁶ Der Text dieser Resolution ist abgedruckt bei Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 5, S. 151f.

⁷ Melgunov, S., *Kak bolševiki zachvatili vlast*, S. 40-57.

⁸ Palčinskij, P., *Šturm Zinnego*, in: *Krasnyj Archiv*, Nr. 1/56, Moskau 1933, S. 137.

⁹ Melgunov, S., *Kak bolševiki zachvatili vlast*, S. 70f.

¹⁰ Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 5., S. 263f.

Am Abend des 24. holten die Bolschewiki zu einem Gegenschlag aus. Das Milrevkom erließ einen Aufruf an die Soldaten der Garnison, daß man entgegen umlaufender Gerüchte keine Machtergreifung plane, sondern lediglich bestrebt sei, „*die Interessen der Petrograder Garnison und der Demokratie gegen den konterrevolutionären Stab der Garnison*“ zu verteidigen¹. In dieser Nacht begannen die Bolschewiki, systematisch die wichtigsten Objekte von strategischer Bedeutung zu besetzen, indem sie diese einfach mit Postenketten umstellten. Den Offiziersschülern befahl man einfach abzuziehen. Diese Fähnriche waren fast ausschließlich Minderjährige und sie waren dem Druck der Soldaten nicht gewachsen². Von der Übermacht der Putschisten überrollt, gehorchten die Fähnriche oder wurden im Widerstandsfalle von den Soldaten entwaffnet. Suchanov, Augenzeuge der Ereignisse dieser Nacht, beschreibt sie folgendermaßen: „*Widerstand wurde jedoch nicht geleistet. Von 2 Uhr in der Frühe an wurden mit kleineren Kräften aus den Kasernen allmählich die Bahnhöfe, die Brücken, die Elektrizitätsstationen, das Telegraphenamt und die Telephonagentur besetzt. Die kleinen Gruppen der Fähnriche konnten keinerlei Widerstand leisten und dachten auch nicht daran. Insgesamt erinnerten die militärischen Operationen eher an eine Wachablösung. Die schwächeren Posten der Fähnriche traten ab; an ihrer Stelle blieben die verstärkten Posten der Roten Garde ... Die Stadt blieb vollkommen ruhig. Sowohl das Zentrum als auch die Außenbezirke schliefen tief und ahnten nicht, was sich in der Stille der kalten Herbstnacht abspielte*“³. Selbst Polkovnikovs Stab leistete keinen Widerstand und wurde auf denkbar einfache Weise eingenommen: „*Die Bolschewiki traten einfach ein und setzten sich auf die Stühle, während diejenigen, die im Raum saßen, sich erhoben und das Gebäude verließen*“⁴. Das war der klassische moderne Staatsstreich, den Malaparte beschrieben hatte. Die Macht glitt der Provisorischen Regierung aus den Händen. Am Morgen des 25. Oktober befand sich nur noch das Winterpalais in der Hand der Provisorischen Regierung. Nur noch ein weibliches „Todesbataillon“, einige Fähnriche der Oranienbaumer Offiziersschule und 40 georgische Kavalleristen mit einem verkrüppelten Hauptmann an der Spitze verteidigten noch den letzten Zufluchtsort der russischen Demokratie, das Winterpalais⁵. Kerenskij floh noch in der Nacht als serbischer Offizier verkleidet nach Pskow in das Hauptquartier der Nordfront, um Hilfe zu holen⁶.

Am Abend hatten die Bolschewiki ihren Sturm auf das Winterpalais begonnen, um die Regierung dort zu verhaften. Den Startschuß gab das Panzerschiff „Aurora“, dessen Besatzung noch während des Kornilovputsches vom Vertreter Kerenskij, Skobelev, aufgesucht und „*mit der Mütze in der Hand*“⁷ gebeten wurde, den Schutz des Winterpalais zu übernehmen. Da die „Aurora“ keine scharfe Munition an Bord hatte, feuerte sie lediglich einen Schuß mit Übungsmunition ab und verstummte. Der Beschuß des Winterpalais wurde aus der Peter-Paul-Festung fortgesetzt, diesmal mit scharfer Munition, doch waren die insgesamt 30 abgefeuerten Schüsse so schlecht gezielt, daß nur zwei die Gebäude überhaupt trafen⁸. Nach den monatelangen Vorbereitungen in den Fabriken und Kasernen stellte sich heraus, daß auch die Bolschewiki keine Truppen

¹ Ebd.

² Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 3., S. 34.

³ Suchanov, N., *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 647.

⁴ Melgunov, S., *Kak bolševiki zachvatili vlast*, S. 107.

⁵ Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 3., S. 34f.

⁶ Kerenskij, A., *Die Kerenski-Memoiren*, S. 455-459.

⁷ Trotzki, L., *Moja žizn*, Bd. 2., S. 44.

⁸ Avdejev, N. (Hrsg.), *Revoluzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, Bd. 5., S. 189.

besaßen, die in der Lage gewesen wären, den auch noch so schwach verteidigten Sitz der Provisorischen Regierung einzunehmen¹. Sobald die Angreifer während der Feuerpause in das Gebäude eindrangen und die bewaffneten Fähnriche sahen, ergaben sie sich sogleich². Spät in der Nacht begannen jedoch die Verteidiger des Winterpalais sich wegen ausbleibender Unterstützung zurückzuziehen. Nur das Frauenbataillon und ein Paar Fähnriche harrten aus. Das Winterpalais wurde nicht im Sturm genommen; das Bild einer Kolonne vorwärts drängender Arbeiter, Soldaten und Matrosen, wie es in Eisensteins Film „Oktober“ dargestellt wurde, ist reine Fiktion. In Wirklichkeit wurde das Winterpalais erst eingenommen, nachdem es aufgehört hatte, sich zu verteidigen. Insgesamt gab es nur 5 Gefallene und ein Dutzend Verwundete, zumeist Opfer verirrter Kugeln. Das Gebäude wurde verwüstet, mehrere Frauen des Frauenbataillons angeblich vergewaltigt³.

Letztendlich hing der Erfolg des Oktoberumsturzes vom Verhalten der Fronttruppen ab. Die Ironie der Geschichte wollte es, daß die einzigen Truppen an der Nordfront, die zum Gegenschlag gegen die Bolschewiki überhaupt noch einsetzbar waren, Kosaken des Kavalleriekorps waren, die mit General Krymov gegen Petrograd aufmarschiert waren. Die anderen Truppen der Nord- bzw. Westfront waren so desorganisiert, daß ihr Einsatz selbst für General Duchonin nicht in Frage kam. Die Kosaken hatten für Kerenskij, der sie und Kornilov verleumdet und ihren Kommandeur Krymov in den Selbstmord getrieben hatte, nichts als Verachtung übrig und weigerten sich, seinen Bitten Gehör zu schenken⁴. Nach langen Überredungen entschloß sich der neue Kommandeur General Krasnov, seine Einheit doch nach Petrograd in Marsch zu setzen⁵. Jedoch war das Kavalleriekorps, das gerade noch als konterrevolutionär gegolten hatte, in verschiedene Städte der Petrograder Umgebung zerstreut und intensiv durch die revolutionäre Propaganda zersetzt worden. Als General Krasnov schließlich seine Einheit auf Petrograd zu bewegte, hatte er nur 600 Kosaken zur Verfügung⁶. Duchonin erteilte den Befehl, den Aufmarsch der Kosaken Krasnovs durch andere Militäreinheiten zu unterstützen. Dieser Befehl wurde jedoch vom neuen revolutionären Kommandeur der Nordfront, General Čeremesov nicht befolgt. Er weigerte sich, in die Ereignisse hereingezogen zu werden. Aber auch das Armeekommando hatte keine zuverlässige Truppen mehr⁷. Die Kosaken General Krasnovs näherten sich ungeachtet ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit Petrograd und besetzten am 27. Oktober Gatschina. Die dortige Garnison leistete keinen nennenswerten Widerstand. Am selben Abend erreichten sie das Residenzstädtchen Zarskoje Selo und waren nunmehr zwei Reitstunden von Petrograd entfernt. Dort trafen die Kosaken Krasnovs auf die von Petrograd anrückenden Truppen der Bolschewiki. Obwohl die bolschewistischen Truppen 15 000 Mann zählten und ständig aus Petrograd Unterstützung erhielten, konnten die Kosaken Krasnovs sie zerstreuen und Zarskoje Selo besetzen. Die Garnison erklärte sich automatisch für „neutral“⁸. Ungeachtet des militärischen Erfolges zeigten sich die Kosaken zunehmend unwillig, den Vormarsch auf Petrograd fortzusetzen. Hauptsächlich deshalb, weil die versprochene Unterstützung ausgeblieben war. Sie zogen sich am 30. Oktober nach Gatschina zurück und

¹ Melgunov, S., *Kak bolševiki zachvatili vlast*, S. 120f.

² Sinegub, A., *Zaščita Zimnego Dvorca*, in: *Archiv russskoj revoliuziji*, Bd. 4., S. 121-198.

³ Ebd.

⁴ Miljukov, P., *Geschichte der zweiten russischen Revolution*, Bd. 2., S. 240.

⁵ Krasnov, P., *Na vnutrenem fronte*, S. 132f.

⁶ Kerenskij, A., *Die Kerenski-Memoiren*, S. 460.

⁷ Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 3., S. 38-39f.

⁸ Ebd.

traten mit den Bolschewiki in Verhandlungen. Damit endete der Versuch, den Aufstand der Bolschewiki in Petrograd mit Hilfe der Fronttruppen militärisch zu unterdrücken¹. Kerenskij floh. Er legte dabei nicht einmal seine Ämter nieder, sondern ließ Rußland ohne legitime Führung zurück, da die Provisorische Regierung zu diesem Zeitpunkt bereits inhaftiert war².

Nach dem mißlungenen Versuch, mit Hilfe der Kosaken Petrograd einzunehmen, entstand zwischen den neuen Machthabern in Petrograd und dem Armeekommando in Mohilew eine Art Gleichgewicht. Es war offensichtlich, daß das Hauptquartier keine zuverlässigen Truppen zur Verfügung hatte, die gegen die Bolschewiki hätten vorgehen können³. Die Bolschewiki verstanden es glänzend, durch eine breit angelegte Propaganda die einfachen Soldaten zur Neutralität zu bewegen. Die erste Handlung der Bolschewiki nach der Machtergreifung war die Verabschiedung zweier Dekrete, die den Abschluß eines sofortigen Friedens und die Übergabe des Bodens an die Bauern proklamierte⁴. Aber in den ersten Tagen nach dem Umsturz waren auch die Militäreinheiten der Bolschewiki in Petrograd zu schwach, um eine militärische Konfrontation mit dem Hauptquartier in Mohilew zu wagen. Um so mehr, als das Zentrale Soldatenkomitee der Fronttruppen einen Aufruf zum Schutz des Hauptquartiers erließ⁵. Viele Zeitgenossen - wie etwa der Historiker Melgunov - berichten, daß die ersten Dekrete der Bolschewiki kein besonderes Echo in der Bevölkerung fanden. Erst mit Terrormaßnahmen, wie der brutalen Niederschlagung der Revolte der Offiziersschüler am 29. Oktober in Petrograd (der sog. „Blutige Sonntag“), vermochten sie ihre Macht zunehmend auszudehnen⁶. Gleich am nächsten Tag nach der Machtergreifung wurde die neue Regierung mit einem Phänomen konfrontiert, das sie überhaupt nicht vorhergesehen hatte: Das Beamtentum, die Intelligenz, alle Angestellten des öffentlichen Diensts, kurz die ganze gebildete Bevölkerung Petrograds boykottierten die neuen Machthaber und paralyisierten damit die Regierungstätigkeit der Bolschewiki⁷. Auch die Petrograder Garnison zeigte gleich zu Anfang ihre Unzufriedenheit. Es schien sogar, daß sie die Bolschewiki im Stich lassen würde. Die Soldaten hielten „ihre“ Sache nicht für sicher und verließen zunehmend die Stadt. Das Semjonovskij Regiment, dessen Soldaten aktiv am Staatsstreich beteiligt waren, zählte bereits am 29. Oktober bloß noch 380 Manns. Selbst Antonov-Ovsejenko, der die Erstürmung des Winterpalais leitete, gibt in seinen Erinnerungen offen zu, daß die ersten Tage nach der Machtergreifung für die Bolschewiki die schwierigsten waren⁹. Um die Macht zu behaupten, mußten sie aktive Maßnahmen treffen: Das Hauptquartier der Streitkräfte in Mohilew unter Kontrolle bringen und den Waffenstillstand erzwingen.

Auf Dauer konnte Duchonin seine Position in Mohilew nicht halten. Die Mittel der Stawka, dem Putsch der Bolschewiki zu begegnen, waren mehr als beschränkt. Nach dem Kornilovputsch hatte die Armee als organisierte Einheit längst aufgehört zu existieren. Obwohl nach dem Oktoberumsturz mehrere Führer

¹ Melgunov, S., *Kak bolševiki zachvatili vlast*, S. 209f.

² Kerenskij, A., *Die Kerenski-Memoiren*, S. 467f.

³ Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 3., S. 56-57.

⁴ Ausführlich über die Dekrete vgl. Chamberlin, W., *Die russische Revolution 1917-1921*, Bd. 1., S. 290f.

⁵ Der Text des Aufrufs ist abgedruckt bei Spannocchi, L., *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 190.

⁶ Melgunov, S., *Kak bolševiki zachvatili vlast*, S. 180-186.

⁷ Ebd.

⁸ Noch am Vorabend des Staatsstreichs dienten im Semjonovsker Garderegiment ca. 2 000 Soldaten und Offiziere, ebd.

⁹ Antonov - Ovsejenko, V., *Zapiski o graždanskoj vojne*, Bd. 1., S. 143f.

sozialistischer Parteien, wie Kerenskij, Černov, Skobelev und andere im Hauptquartier eintrafen, zeigte sich sehr bald, daß sie keinen Einfluß auf die Massen der Soldaten besaßen. Die Entwicklung späterer Ereignisse ist für die russischen Zustände bezeichnend. Es zeigte sich sehr bald, daß dem ehemaligen General des Zaren, Duchonin, viel mehr daran lag, die Demokratie zu verteidigen, als den auserlesendsten Vertretern der revolutionären Intelligenzija. Sobald die Revolutionsführer festgestellt hatten, daß die Stawka über keine Mittel verfügte, den Aufstand der Bolschewiki niederzuschlagen, suchten sie schleunigst das Weite. Der frischgebackene Generalissimus Kerenskij fand nichts besonderes daran, sich als Frau zu verkleiden und nach Finnland abzusetzen. Duchonins Verhalten diesbezüglich stand im krassen Gegensatz zu dem der Menschen, die seit Februar 1917 im Namen der russischen Bevölkerung sprachen und handelten. Obwohl Duchonin sich über die Konsequenzen seines Handelns im klaren war, weigerte er sich, der Aufforderung der Bolschewiki nachzukommen und die Waffenstillstandsverhandlungen mit den Mittelmächten aufzunehmen. Lenin gegenüber erklärte er, daß die Regierung der Bolschewiki illegitim sei und daß nur die Provisorische Regierung, beziehungsweise die Verfassunggebende Versammlung Waffenstillstandsverhandlungen befehlen könne¹. Es gibt wenig Gründe zur Annahme, daß Duchonin sich seiner Lage nicht bewußt war. Schließlich bedeutete sie unmittelbare Gefahr für sein Leben.

Die Bolschewiki beantworteten Duchonins Stellungnahme noch am selben Abend, indem sie an alle Frontarmeen ein Telegramm funkten, in dem sie General Duchonin für abgesetzt erklärten und die Soldaten aufforderten, in ihren Einheiten das Kommando zu übernehmen und an ihren Frontabschnitten selbständig einen Waffenstillstand auszuhandeln. Anschließend ernannten sie den Fähnrich N. Krylenko zum Oberkommandierenden². Krylenko brachte mit Hilfe von aus bewaffneten Arbeitern und Matrosen der Ostseeflotte bestehenden Trupps das Hauptquartier der Nordfront unter seine Kontrolle und begann am 19. November den Marsch auf das Hauptquartier. Das Schicksal des Hauptquartiers war damit besiegelt. Die Armee löste sich auf. Die Hauptmasse der Soldaten setzte sich in Bewegung und ging einfach nach Hause.

Um das Leben seiner Mitarbeiter zu schützen, beschloß Duchonin die Stawka vor den anrückenden Rotgardisten nicht zu verteidigen. Er gab treuen Einheiten den Befehl, die Stadt zu verlassen und befreite die in Bychowo inhaftierten Teilnehmer des Kornilovputsches, unter ihnen Kornilov, Lukomskij und Denikin³. Auch das Hauptquartier wurde aufgelöst, den Mitarbeitern wurde befohlen, sich in Sicherheit zu bringen. Duchonin selbst beschloß zurückzubleiben, um Krylenko, dessen Anmarsch er nicht verhindern konnte, die Vollmachten zu übergeben. Die Mitarbeiter Duchonins bestanden auf seiner Flucht, denn sie hatten gute Gründe zur Annahme, daß das Zurückbleiben des Generals seinen sicheren Tod bedeutete. Wie ein Widerstandskämpfer der Wehrmacht im 2. Weltkrieg formulierte, beginnt der sittliche Wert eines Menschen dann, wenn er für seine Überzeugungen zu sterben bereit sei. Duchonin bestand darauf, trotz aller Gefahr in der Stawka zu bleiben. „*Es wäre der Tod eines Soldaten. Würde ich davonlaufen, würden die Bolschewiki unweigerlich das Stawkapersonal zur Rechenschaft ziehen*“, sagte er zu seinen Mitarbeitern⁴. Als Krylenkos Trupps Mohilew am 26. November erreichten und das Hauptquartier besetzten, wurde Duchonin verhaftet, von den Matrosen schwer mißhandelt

¹ Das telegraphische Gespräch General Duchonins mit der Führung der Bolschewiki am 9. November ist abgedruckt bei **Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 182-185.

² Zur Person Krylenkos vgl. **Krylenko, N.**, *Fevralskaja revoljuzija i staraja armija*, Moskau 1927.

³ **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 3., S. 58-60.

⁴ Zitiert bei **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoliuzija*, Bd. 3., S. 59f.

und mit den Bajonetten getötet. Dies alles geschah vor den Augen des neuen Oberkommandierenden und künftigen Generalstaatsanwalts der ersten Stalinistischen Prozesse, Fähnrich Krylenko.

Mit dieser traurigen Episode wurde der Gang der russischen Geschichte für Jahrzehnte vorherbestimmt. Am 26. November wurde die letzte noch funktionierende Zelle der russischen Streitkräfte, das Hauptquartier, vernichtet. Mit weißen Fahnen ausgerüstete Parlamentarier der „Werk tätigen“ überquerten die Frontlinie, um bei den Monarchen der Mittelmächte im Namen ihrer Regierung um Waffenstillstand zu bitten. Die letzten Soldaten warteten gar nicht auf die Ergebnisse der Verhandlungen, sondern zogen scharenweise nach Hause, um bei der Umverteilung des vom Bürgertum „Geraubten“ nicht zu kurz zu kommen. Im Winter 1917 gab es in Rußland keine Armee mehr.

Teil 2.: Die Deutsche Streitmacht im 1. Weltkrieg und während der Novemberrevolution:

Kap. 1. Die Auswirkungen des Krieges auf die deutsche Innenpolitik. Die III.

OHL

Wie alle anderen Regierungen, die den Krieg verloren haben, wurde auch das kaiserliche Deutschland im nachhinein heftig kritisiert. Insbesondere in der Flut der nach dem Weltkrieg erschienenen Memoirenliteratur wurden Unzulänglichkeiten angeprangert, die angeblich dazu geführt hätten, daß der innere Zusammenhalt des Deutschen Reiches den Belastungen der Kriegsjahre nicht standhielt. Bevor wir aber die inneren Zustände des Deutschen Reiches nach dem Kriegsausbruch zu schildern beginnen, ist es notwendig, eine fundamentale Änderung zu erwähnen, die sofort mit dem casus belli eintrat und die bis zum Zusammenbruch im Herbst 1918 das innere Leben des Reiches bestimmte.

Mit der Anordnung der Mobilmachung im Reichsgebiet war in 24 nichtbayerischen Korpsbezirken, die das gesamte nichtbayerische Territorium des Deutschen Reiches umfaßten, mit sofortiger Wirkung das preußische Gesetz über den Belagerungszustand von 1851 in Kraft getreten¹. Die wichtigsten Auswirkungen des öffentlich verkündeten Belagerungszustands waren die Verstärkung der Exekutive und deren Übergang auf die militärischen Befehlshaber. Gemäß diesem Gesetz blieben die zivilen Behörden formell zwar in Funktion, wurden aber faktisch außer Kraft gesetzt, da sie den Weisungen der Militärbefehlshaber unbedingten Gehorsam zu leisten hatten. Eine Reihe von Grundrechten der preußischen Verfassung (die Reichsverfassung erhielt ja keine) wurden bis zum Ende des Krieges suspendiert. Der Militärbefehlshaber war unter anderem berechtigt, auch die Kriegsgerichte einzusetzen². Die Ausrufung des Belagerungszustands übertrug den Stellvertretenden kommandierenden Generälen ohne irgendeine Eingrenzung der Befugnisse die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten und machte damit jeden in seinem Bezirk zu einer Art „allzuständigen Kriegsdiktator“³. Die Stellvertretenden kommandierenden unterstanden formell persönlich dem Kaiser und dem jeweiligen Kriegsminister, praktisch aber dem Verwaltungsapparat der OHL. Weder die zivilen

¹ Text des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in: **Huber, E. R. (Hrsg.),** *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Stuttgart 1961, Bd. 1, S. 414-418.

² **Laband, P.,** *Das Staatsrecht des deutschen Reiches*, Freiburg i. Br. - Leipzig 1895, Bd. 2, S. 517-524. Ein allgemeiner Überblick über die Rechtslage bei der Ausrufung des Belagerungszustands auch bei **Deist, W.,** *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918*, in: **Conze, W., Matthias, E., Winter, G. (Hrsg.),** *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Düsseldorf 1970, 2. Reihe, Bd. 1, S. XXXI-LI.

³ **Kielmansegg, P., Graf, von,** *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, Stuttgart 1980, S. 150.

Gewalten noch der für die militärischen Angelegenheiten in der Heimat zuständige Kriegsminister konnten auf ihre Entschlüsse Einfluß haben. Die Anordnungen der Generalkommandos galten als die endgültigen Entscheidungen der letzten Instanz und mußten unbedingt befolgt werden. Das machte die Generalkommandos augenblicklich zu den wichtigsten Machtzentren im Inneren des Reiches. Die Macht der Militärs wurde noch dadurch vergrößert, daß es für die Tätigkeit der Generalkommandos keinen gesetzlichen Rahmen gab. Ferner deckten sich die Grenzen der Korpsbezirke in der Regel nicht mit den Grenzen von Verwaltungsbezirken. Die einzige Ausnahme in dieser Hinsicht stellte der Bundesstaat Bayern dar, der ein eigenes Gesetz über den Belagerungszustand aus dem Jahre 1912 besaß¹. Die „Eigenständigkeit“ Bayerns war in dieser Hinsicht nur eine Fiktion, da die Bestimmungen des Belagerungszustandes in Bayern denen in Restdeutschland vergleichbar waren². Die Generalkommandos konnten auch in Bayern bei Bedarf Befehle erlassen, die entgegenstehendes Reichs- oder Landesrecht, sogar Verfassungsrecht durchbrachen. Allerdings konnten die Truppen hier nicht bei der Unterdrückung der inneren Unruhen eingesetzt werden³. Außerdem waren sie in Bayern in Abweichung vom preußischen Recht dem Kriegsminister unterstellt. Im Prinzip wurden die Militärs auf dem gesamten Territorium des Deutschen Reiches gleich mit dem Ausbruch des Krieges maßgeblich und zwar nicht nur in der frontnahen Zone, sondern auch in der Heimat.

Wie wurden aber die Probleme bewältigt, die mit dem Ausbruch des Weltkrieges von allen Seiten heranbrachen? Vor dem Krieg waren alle militärischen und wirtschaftlichen Fachleute der Meinung, daß das ressourcenarme Deutschland nur einen kurzen Krieg überstehen konnte⁴. Allgemein hatte man erwartet, daß ein Krieg, zumal ein Krieg, der Deutschlands Wirtschaftsverbindungen mit der übrigen Welt zerstörte, vor allem eine schwere Arbeitslosigkeit zur Folge haben werde. Zunächst schienen sich diese Befürchtungen auch zu erfüllen. Der Krieg brachte anfangs einen starken Nachfragerückgang für die in der Rüstung nicht brauchbaren Güter und damit eine starke Konjunkturschwächung. Ferner mußten gleich zu Beginn des Krieges zahlreiche Industriebetriebe, insbesondere diejenigen, die nichts mit der Rüstung zu tun hatten, schließen. Das brachte bereits in den ersten Monaten eine hohe Arbeitslosigkeit mit sich. Die hohe Arbeitslosenzahl war jedoch nicht von Dauer, da die überflüssige Arbeitskraft sofort von der Armee absorbiert wurde. Schon das Heer, das mit Kriegsausbruch zu den Grenzen marschierte, zählte 5 Mio. Mann, vor allem junge Arbeitnehmer, die ca. 7,5% der gesamten Bevölkerung ausmachten. Da die Zahl des Heeres permanent anstieg, stellte sich heraus, daß nicht die Arbeitslosen, sondern chronischer Arbeitermangel für die Kriegsjahre den Arbeitsmarkt bestimmten⁵.

Die wichtigste Aufgabe in der ersten Phase des Weltkrieges, mit der die deutsche Industrie konfrontiert wurde, war die Umstellung auf die Kriegsproduktion. Vor dem Kriegsausbruch wurde die Munition in Deutschland genauso wie in Rußland ausschließlich von den staatlichen Betrieben produziert. Der Staat wollte nicht eine solche wichtige Angelegenheit wie die Landesverteidigung in die Hände von Privatunternehmern legen, die neben ihrer Vaterlandsliebe auch gewisse Gefühle für ihre Unternehmen hegten. Diese Aufgabe zu bewältigen oblag dem Kriegsministerium, das

¹Vgl. *Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Bayern*, S. 1161.

²Vgl. **Deist, W.**, *Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch - deutschen Militärgeschichte*, München 1991, S.126f.

³Bei den Verhandlungen in der Abgeordnetenversammlung des bayrischen Landtags über dieses Gesetz wurde von der Regierung ausdrücklich erklärt, daß es ausschließlich für den Kriegsfall, nicht aber bei inneren Unruhen vorgesehen sei. Vgl. Ebd., **Schmitt, C.**, *Diktatur und Belagerungszustand*, in: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft*, Bd. 38, Berlin 1916/17, S. 145f.

⁴Vgl. **Helfferich, K.**, *Der Weltkrieg. Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Bootkrieg*, 3 Bde., Berlin 1919, Bd. 1, S. 1-49f., **Hohenborn, A. W., von**, *Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des preußischen Generals als Kriegsminister und Truppenführer im Ersten Weltkrieg*, Boppard 1986.

⁵Ebd.

für die Ausrüstung des kämpfenden Heeres sowie für den Ersatz verantwortlich war¹. Die Aufgabe des Kriegsministers war schon dadurch schwer, daß vor dem Krieg niemand mit einer langen Auseinandersetzung gerechnet hatte und deshalb keine Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden waren. Bereits nach den ersten Kriegsmonaten wurde z. B. festgestellt, daß die Vorräte an Salpetersäure, ohne die man kein Schießpulver fertigen konnte, nur noch für ein paar Monate ausreichten. Gleich zu Beginn des Krieges drohte in Deutschland eine Munitionskrise zu entstehen, deren Auswirkungen auf die öffentliche Meinung wir bereits in Zusammenhang mit Rußland dargestellt haben. Die Aufgabe des Kriegsministers, oder genauer gesagt der Kriegsminister (das Deutsche Reich besaß derer gleich vier: Je einen sächsischen, bayerischen, württembergischen und preußischen) war um so schwieriger, als er nur sehr begrenzt Macht über die Generalkommandos ausüben konnte. Auch die Arbeiterschaft des kaiserlichen Deutschlands bildete keine einheitliche Front und war viel schlechter organisiert als die von der SPD angeführten Arbeitnehmer ihrer Betriebe. Sie besaßen zwar eigene Verbände, wie etwa den Zentralverband Deutscher Industrieller, waren aber nicht alle in den Verbänden organisiert, was die Koordinierung der Wirtschaftsumstellung sehr erschweren sollte². Daß Deutschland seit dem Herbst 1914 überhaupt den Krieg weiterführen konnte, war der Entdeckung der Wissenschaftler von 1913 zu verdanken, als es den Chemikern Haber und Bosch gelang, die Methode synthetischer Gewinnung von Salpetersäure zu entwickeln³. In der ersten Phase des Weltkrieges wurde die Herstellung der Munition vor allem dadurch gewährleistet, daß das Kriegsministerium Verträge der Rüstungsindustrie auch an Privatunternehmen vergab.

Die Umstellung von privaten Unternehmen auf die Kriegsproduktion bedurfte freilich einer gewissen Zeit. In der ersten Phase traten auch Diskrepanzen zutage, obwohl im großen und ganzen die Umstellung in Deutschland besser verlief, als z. B. bei den Ententeländern, einschließlich Großbritanniens⁴. Zwischenhändler wurden eingeschaltet, Aufträge ohne Prüfung an Unternehmen erteilt, die gar nicht in der Lage waren, die Rüstungswaren herzustellen, und vor allem wurden keine verbindlichen Preise für die Produktion festgelegt, was dazu führte, daß die Unternehmen oft überhöhte Preise für ihre Produktion verlangten. In den ersten Kriegsmonaten wurde bedenkenlos jeder Preis gezahlt, so daß die Produzenten und die Zwischenhändler hohe Gewinne verbuchen konnten. Und dennoch arbeiteten die zuständigen Stellen in Deutschland auch in den chaotischen ersten Monaten des Krieges so effektiv, daß der erste Engpaß an den Rüstungsgütern innerhalb schnellster Zeit überwunden wurde und eine Munitionskrise wie in Rußland erst gar nicht entstand. Trotz überhöhter Preise war es in Deutschland undenkbar, daß die Privatunternehmen Provisionen kassierten und die Waren an den Staat gar nicht lieferten, wie es in Rußland häufig der Fall war; oder Teile der Industrieproduktion ins Ausland, manchmal durch die neutralen Länder an den Feind verkauften, wie es britische Unternehmer während des gesamten Krieges taten⁵. Im Gegensatz zu Rußland, wo innerhalb kürzester Zeit zahlreiche „Kriegsgewinnler“ ans Tageslicht traten, wurde in Deutschland bereits zu Beginn des Jahres 1915 der Versuch unternommen, diesem Phänomen entgegenzuwirken. Die explodierenden Kosten in der Rüstungsindustrie und die Angst vor Unannehmlichkeiten mit den Gewerkschaften veranlaßten den preußischen Kriegsminister bereits im Winter 1915, dafür zu sorgen, daß bei der Vergabe von Aufträgen an Privatunternehmen eine feste Gewinnrate von ca. 10% der

¹ Zu den Kompetenzen des Kriegsministeriums und den Aufgabenbereich des Kriegsministers vgl. **Hohenborn, A. W., von, Briefe und Tagebuchaufzeichnungen**, **Stein, H., von, Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges**, Leipzig 1919.

² Vgl. **Kielmansegg, P., Graf, von, Deutschland und der 1. Weltkrieg**, S. 171f.

³ Ebd.

⁴ **Bauer, M., Der große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen**, Tübingen 1921, S. 60f.

⁵ Der Admiral der Royal Navy Consett behauptete nach dem Weltkrieg, daß die Mittelmächte nur deshalb vier Jahre Krieg führen gekonnt hätten, weil zahlreiche britische Unternehmen an neutrale Länder Waren geliefert hätten, die weiter nach Deutschland verkauft worden seien. Vgl. **Consett, The Triumph of Civil Forces**, London 1921.

Produktionskosten gesetzt wurde. Es wurde verboten, den willkürlichen Forderungen der Produzenten nachzukommen. Natürlich konnten die Unternehmer versuchen, diese Anordnung dadurch zu umgehen, daß sie bei den Produktionskalkulationen mogelten, aber auch dem versuchten die Militärs abzuweichen, indem sie bereits ab 1915 relativ wirksame Kontrollen der Buchführung einführten und berechtigt waren, drakonische Strafen zu verhängen. Während der Ereignisse vom Herbst 1918 sollte zwar ein gewisser Haß der Bevölkerung gegen die „Kriegsgewinnler“ keine geringe Rolle spielen, es muß jedoch diesbezüglich betont werden, daß das Kriegsministerium während des ganzen Krieges alles Menschenmögliche tat, um der Bereicherung einer Minderheit auf Kosten der Allgemeinheit entgegenzutreten. Daß dies in Deutschland verglichen mit den anderen kriegführenden Ländern im großen und ganzen bis zum Ende des Krieges gelang, verdient besondere Anerkennung. Bis zur Einsetzung der III. OHL im Herbst 1916 funktionierte die deutsche Rüstungsindustrie nach marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Das Kriegsministerium verfolgte bis zu diesem Zeitpunkt die Politik der schrittweisen Steigerung der Produktion. Der preußische Kriegsminister Adolf Wild von Hohenborn war der Überzeugung, daß angesichts der Rohstoffknappheit die Schießpulverproduktion als Ausgangsgröße zu gelten habe und es keinen Sinn mache, mehr Kanonen und Gewehre zu produzieren, als möglich war, sie mit Geschossen zu versorgen¹. Der Kriegsminister war deshalb bemüht, die Waffenproduktion in eine vernünftige Beziehung zu der Menge des produzierten Schießpulvers zu bringen und mit ihr schrittweise wachsen zu lassen². Gewiß gab es bei dieser Methode am Anfang gewisse Anlaufschwierigkeiten. Die synthetische Produktion der Salpetersäure machte dabei die meisten Schwierigkeiten. Trotz aller Bemühungen gelang es erst ein halbes Jahr nach Kriegsausbruch, die Produktion von synthetischer Salpetersäure auf Hochtouren zu bringen. Im Sommer 1916, kurz vor der Einberufung der III. OHL und am Vorabend der Änderung der Wirtschaftskurses, erreichte die Pulverproduktion nur ca. 75% des angesetzten Planzieles, aber die deutsche Industrie war zu diesem Zeitpunkt in der Lage, 6000 Tonnen Schießpulver herzustellen. Auch die Belieferung der Geschütze und Maschinengewehre war die ganze Zeit über gewährleistet. Man kritisierte zwar, daß die Ausrüstung der kämpfenden Truppe mit Artillerie immer hinter den Sollerwartungen der Militärs zurückblieb, aber Tatsache ist, daß bis 1916 die deutschen Frontsoldaten nicht nur an der Ostfront überlegen waren, sondern auch, was die Munition anbelangt, ihren westlichen Gegnern mindestens ebenbürtig waren. Die deutsche Industrie produzierte genug, um die russischen Positionen das ganze Kriegsjahr 1915 mit Millionen von Geschossen abzudecken und auch genug, um 1916 die Entscheidungsschlacht bei Verdun zu veranstalten. Die Tatsache, daß die Russen zwar keine Geschosse hatten, um das deutsche Artilleriefeuer zu beantworten und nur die Westalliierten massiv zurückschossen, muß nicht die andere Tatsache verdecken, daß nämlich Deutschland alleine bei Verdun soviel bereitstellte, wie Frankreich und Großbritannien zusammen und das trotz der Seeblockade der Engländer.

Was die Ernährungsfragen anbelangt, so war die Lage mit dem Ausbruch des Krieges bei weitem nicht so gut wie in der Rüstung. Auf dem Papier sah vor dem Weltkrieg alles noch ziemlich rosig aus. Ca. 90% der benötigten Getreide und Kartoffeln wurden im Inland erzeugt. Die Einfuhr an Fleisch war sehr gering, da die heimischen Produzenten auch hier den Eigenbedarf zu decken vermochte. Vor dem Kriegsausbruch importierte Deutschland zwar ca. 50% Milchprodukte und fast alle Pflanzenfette aus dem Ausland, alle anderen Produkte kamen jedoch ausschließlich aus Eigenherstellung. Nur mit der Produktion des Kraftfutters für die Tiere und des künstlichen Düngers sah es etwas düster aus. Fast der gesamte Bedarf wurde vor dem Weltkrieg mit Importen aus Rußland gedeckt. Daß die adeligen

¹ Hohenborn, A. W., von, *Briefe und Tagebuchaufzeichnungen*.

² Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 187f.

Großgrundbesitzer vor 1914 viel Einfluß besaßen, hatte auch positive Auswirkungen. Vor allem kamen die Regierungsgelder dank ihrer Verbindungen nicht nur der Wirtschaft zugute, sondern wurden auch für die Hebung der Landwirtschaft flüssig gemacht. Ergebnis dessen war eine gut ausgerüstete und extrem leistungsfähige Landwirtschaft, die theoretisch in der Lage war, den Eigenbedarf Deutschlands zu decken, wenn auch nur mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln¹.

Es zeigte sich jedoch sehr schnell, daß deutsche Wirtschaftsexperten die Produktionszahlen in Friedenszeiten falsch eingeschätzt hatten. Der Krieg stellte die deutsche Landwirtschaft vor beinahe unlösbare Probleme. Der Mangel an Arbeitskräften war in der deutschen Landwirtschaft schon vor dem Krieg spürbar, als man schon damals während der Ernte zahlreiche Lohnarbeiter aus dem Ausland (vor allem aus dem russischen Teil Polens) anzuwerben pflegte. Mit dem Mobilmachungsbefehl verlor die Landwirtschaft zusätzlich Millionen seiner leistungsfähigsten Arbeiter. Die Mobilmachung traf die Bauernschaft besonders hart und zwar aus folgenden Gründen. Ähnlich wie in Rußland war es auch in Deutschland seit vielen Jahren Tradition, die Truppenbestände an erster Stelle mit Rekruten aus den Dörfern zu füllen². Man hielt sie für besser geeignet, die Kriegsentbehungen durchzuhalten. Obwohl die Geschichtsschreibung die angebliche Überlegenheit der „europäischen Soldaten“ über die russischen „Bauernsoldaten“ vor allem darin sah, daß der europäische Soldat ein schreibkundiger und patriotisch geschulter Städter war, muß man sich vergegenwärtigen, daß die deutschen Generäle vor dem Krieg ganz anderer Meinung waren³. Soldaten aus der städtischen Mittelschicht waren körperlich schwach und unvorbereitet, die Herausforderungen des Lebens im Feld zu bestehen⁴. Insbesondere das frostige Klima an der russischen Front machte ihnen zu schaffen, aber auch das Leben in den Schützengräben der Westfront wirkte auf ihre Psyche zermürbend. Die Arbeiter galten vor dem Krieg in Deutschland als ein politisch unzuverlässiges Element. Man hat versucht, soweit es ging auf ihre Dienste zu verzichten. Freilich war Deutschland nicht so bevölkerungsreich, daß man dieses Vorurteil auch im Krieg aufrechterhalten konnte. Die Arbeiter, insbesondere die Facharbeiter der Rüstungsbetriebe, konnten schon deshalb nicht wahllos einberufen werden, da diese Vorgehensweise den Zusammenbruch der Munitionsherstellung nach sich gezogen hätte⁵. Da diese Tendenz in der Regel auch von den Arbeitgebern unterstützt wurde, die ihre tüchtigsten Arbeiter zu halten bestrebt waren, konnte die eine oder andere Freistellung bei den Einberufungsstellen erwirkt werden. Die Bauern hatten diesen Schutz nicht, so gehörten sie zu denjenigen Bevölkerungsschichten, die im 1. Weltkrieg den größten Blutzoll zu zahlen hatten. Es muß zugegeben werden, daß dieser Verlust von Arbeitskräften für die Dörfer noch keine Katastrophe darstellte. Bereits nach den ersten Monaten des Krieges kamen scharenweise Kriegsgefangene ins Land und wurden zunehmend bei den Erntearbeiten eingesetzt. Wenn sie einem Bauer zwar nicht den Sohn ersetzen konnten, so waren sie doch sehr gut in der Lage, die Arbeit der Tagelöhner zu verrichten. Der große Vorteil der Kriegsgefangenen war, daß ihre Arbeit nicht bezahlt werden mußte und ihre Arbeitsleistung sich steigern ließ, wenn man ihnen Strafen androhen konnte.

Auch eine andere unvorgesehene Auswirkung des Weltkrieges machte der deutschen Landwirtschaft zu schaffen. Die wichtigste Zugkraft zu Beginn des 20. Jh. waren bekanntlich Pferde, die vor dem Kriegsausbruch die große Produktivität gewährleisteten, die aber auch an der Front nicht zu entbehren waren. Schon während der Mobilmachung wurden Millionen von Zugtieren ihren Besitzern weggenommen und an der Front eingesetzt. Die

¹ Gurko, V., *Rußland 1914-1917*, S. 74f.

² Vgl. Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 108f., Kitchen, M., *The German Officer Corps*, S. 177f.

³ Vgl. Ebd., Bernhardt, F., von, *Deutschland und der nächste Krieg*, S. 243f.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. Schreiben Generalleutnant Groeners an die Arbeitnehmerorganisationen vom 24.03.1917, **Generallandesarchiv Karlsruhe**, Abt. 456, *Akten des Staatsministeriums*, Bd. 120.

Pferdesterblichkeit war bereits zu Beginn der Operationen sehr groß. Die Lage für die heimische Landwirtschaft wurde schon dadurch erheblich verschlimmert, daß im Laufe des Krieges die Militärs infolge knapper Ressourcen sich immer weniger in der Lage sahen, Rücksicht auf die Landbevölkerung zu nehmen. Wenn man zu Beginn des Krieges sehr bedacht war, den Bauern die nötigen Mengen an Saatgut und die dazu notwendigen Pferde zu belassen, so mußten die Militärs in den weiteren Kriegsjahren auch auf die für landwirtschaftliche Arbeiten benötigte Tiere zurückzugreifen.

Es stellte sich bereits mit Kriegsbeginn heraus, daß das entkräftete Dorf nicht in der Lage war, die hohe Produktivität der Vorkriegsjahre zu halten. Schon während des zweiten Einbruchs in Ostpreußen im Winter 1914 haben die Russen festgestellt, daß Ostpreußen, das vor dem Krieg als Kornkammer Deutschlands galt, so entkräftet wurde, daß es unfähig war, sich selbst zu ernähren¹. Die Produktivität der Landwirtschaft begann bereits seit Ende 1914 zu sinken und es traten verschiedene Engpässe auf, die auf immer neue Bereiche übergriffen und mit beschleunigtem Tempo die gesamte Landwirtschaft in die Krise hineinzogen. Die Schlechtwetterperioden, die im Verlauf des Krieges wiederholt zutage traten, lieferten ihren Teil zu dieser verhängnisvollen Entwicklung bei. Als die Talfahrt der Landwirtschaft ihren vorläufigen Höhepunkt mit einer Mißernte 1917 erreichte, konnte die heimische Landwirtschaft schon lange nicht mehr die eigene Bevölkerung ernähren².

Die deutsche Ökonomen haben festgestellt, daß die Lebensmittelvorräte infolge schlechter Ernten ständig zurückgingen und immer weiter hinter den Ergebnissen des letzten Friedensjahres zurückblieben. Geht man von einem Index 100 für die Erträge des Jahres 1913 aus, so erbrachte die Ernte von 1917 bei Kartoffeln 65, Weizen und Roggen 50, Hafer 38 und Krafffutter 77³. Die Gründe für diese Entwicklung sind leicht zu finden. Neben der bereits erwähnten Abnahme der Zugtiere und der Arbeitskräfte litt das Dorf am chronischen Mangel an technischer Ausrüstung. Die Industrie litt Mangel an Rohstoffen und war mit der Herstellung der Rüstungsgüter beschäftigt, so daß die Produktion ziviler Waren praktisch zum Erliegen kam⁴.

Es wurde in Nachhinein heftig darüber diskutiert, daß die zuständigen Stellen bei der Regelung der Ernährungspolitik zahlreiche Fehler begangen hätten. Die Diskussion ist insofern absurd, als das Potential der deutschen Landwirtschaft einfach nicht ausreichte, die Versorgung in einem Krieg unter den Bedingungen einer immer schärfer werdenden Blockade zu gewährleisten. Die preußischen Generäle waren bekanntlich entweder selbst Landbesitzer, oder kamen aus Familien, die Landwirtschaft betrieben haben. Es war von ihnen zu erwarten, daß sie auch Verständnis für die Landwirtschaft besaßen. Im Prinzip taten sie auch ihr Bestes, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Bis zum Sommer 1916 oblagen Fragen der Ernährung dem Staatssekretär im Reichsamt Delbrück, der im Zusammenwirken mit den Militärs die Landwirtschaft lenkte. Es muß an dieser Stelle gleich festgestellt werden, daß bei der immensen Wichtigkeit der Ernährungspolitik für die Kriegsführung die Militärs schon zu Beginn der Mitarbeit die maßgebenden Partner waren⁵. Die rationellen Maßnahmen konnten zwar die Not etwas lindern, waren aber nicht in der Lage, die Wurzel des Übels zu beseitigen. Schon im Dezember 1914 ergingen Weisungen der Militärs, Weizen und Roggen stärker auszumahlen und Mehl durch einen Kartoffelzusatz zu verlängern. Um Getreide zu sparen, wurde es den Bauern verboten, die Tiere mit Lebensmitteln zu füttern, die auch Menschen konsumieren könnten. Im Frühjahr beschloß man, die immer knapper werdenden Kartoffel- und Getreidebestände dadurch zu stabilisieren, daß man

¹ Gurko, V., *Rußland 1914-1917*, S. 74f.

² Vgl. Skalweit, A., *Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft*, Stuttgart 1927.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. Feldman, G., *Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918*, Princeton N. J. 1966, S. 192f.

verfügte, den Bestand von Schweinen und Geflügel radikal zu verringern¹. Diese von den Bauern als „Schweinemord“ bezeichnete Maßnahme verursachte Erbitterung in den Dörfern und hatte für die Volksernährung katastrophale Folgen. Die pflanzlichen Nahrungsmittel wurden deshalb nicht zahlreicher, dafür schrumpfte der Bestand an Masttieren augenblicklich zusammen. Der Bestand an Schweinen z. B., der 1913 mehr als 25 Mio. Tiere umfaßte, betrug 1918 bereits weniger als 10 Mio.². Tiere wogen zudem durchschnittlich nur die Hälfte dessen, was ihre Vorfahren aus glücklicheren Jahren auf die Waage gebracht hatten³. Da die Lebensmittel immer knapper wurden, sah die Regierung sich gezwungen, zunehmend zu außerordentlichen Mitteln zu greifen. Schon im Winter 1914 wurden die Brotkarten eingeführt, die jedem Zivilbürger 200 g. Brot garantierten. Später folgten die Karten für Fleisch und Kartoffeln, bis unter der III. OHL die gesamte Palette der Nahrungsmittel vom Kartensystem erfaßt war. Die Bauern wurden schon im ersten Kriegsjahr verpflichtet, überschüssige Vorräte bei ihren Gemeinden abzuliefern, die diese Lebensmittel dann weiterleiteten. Im Prinzip konnte Deutschland den Krieg nur weiterführen, weil Industrie und Landwirtschaft von den zivilen Stellen in Zusammenarbeit mit den Militärs ziemlich erfolgreich verwaltet wurden und weil sich die Militärs wie die zuständigen Beamten als begnadete Organisatoren erwiesen⁴.

Diese Leistung war um so erstaunlicher, als Deutschland extrem von Rohstoffzufuhren abhängig war⁵. Das Land hatte nur Kohle in ausreichenden Mengen zur Verfügung. Alle anderen für die Rüstungsindustrie notwendigen Komponente mußten importiert werden, zum Teil in sehr erheblichen Mengen. 1913 mußte z. B. die Hälfte der benötigten Eisenerze importiert werden, die andere Hälfte bezog man zwar aus eigenen Minen, diese lagen jedoch fast ausschließlich in der frontnahen Zone. Die wichtigsten Metalle für Stahlhärtungsverfahren wurden fast zu 100% importiert, wie die für die Rüstungsindustrie notwendigen sog. NE-Metalle. Um die Soldaten an der Front und die Zivilbevölkerung zu bekleiden, mußte ebenfalls ein Problem gelöst werden, denn Baumwolle wurde vor dem Krieg ebenfalls fast hundertprozentig aus dem Ausland eingeführt. Der einflußreiche und erfinderische Unternehmer Rathenau, Präsident der AEG, sorgte dafür, daß bereits in den ersten Kriegsmonaten Vorkehrungen getroffen wurden, um die deutsche Industrie mit den Rohstoffen aus dem Ausland zu versorgen. Beim preußischen Kriegsministerium wurde die sog. Kriegsrohstoffabteilung ins Leben gerufen. Bis zum Frühjahr 1915 leitete Rathenau diese Organisation selbst. Später wurde ein Militär zum Leiter der Abteilung bestimmt, der diese Abteilung dann bis zum Ende des Krieges auch leitete. Da diese Abteilung die volle Unterstützung der OHL und der Regierung genoß und mit den Unternehmen eng zusammenarbeitete, verfügte sie über immense Geldsummen, die dazu verwendet wurden, alle Rohstoffe anzukaufen, derer man im neutralen Ausland habhaft werden konnte. Man scheute keine Kosten, um Rohstoffe nach Deutschland zu schaffen und leerte die Märkte der neutralen Nachbarstaaten so gut man konnte. Da die Nachbarn Deutschlands selbst zum großen Teil rohstoffarme Länder sind, wären diese Maßnahmen ohne die Opferbereitschaft der deutschen Bevölkerung allerdings erfolglos geblieben. Es wurden unter beträchtlichem Propagandaaufwand Maßnahmen durchgeführt, und die Zivilbevölkerung, sowie die nicht im Rüstungssektor arbeitenden Unternehmen mußten sich von Sachen trennen, die man vorher als Privatbesitz zu haben glaubte. Am Anfang sammelte man Privatgegenstände, die seltene Metalle oder Leder enthielten und die man noch zu verarbeiten hoffte. Später wurden

¹ **Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 176f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ausführlich zur Rohstoffproblematik vgl. **Friedensburg, F.**, *Kohle und Eisen im Weltkrieg und in den Friedensschlüssen*, München 1934, **Müller, A.**, *Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung 1914-1918 im Dienste des deutschen Monopolkapitals*, Berlin 1955.

etwa Glocken, Türklinken, metallene Beschläge entwendet. Die Sammlungen gingen so weit, daß selbst die Großunternehmer der Entwendung der Gummireifen von ihren Autos zustimmen mußten und gegen Ende des Krieges mit Holz- oder Metallrädern fuhren.

Bis zur Ablösung Falkenhayns im Sommer 1916 arbeitete die deutsche Wirtschaft mit Methoden, die der Marktwirtschaft mehr oder weniger konform waren. Aber anders als etwa im Zarenreich, wo den ganzen Krieg lang ein ungehemmter Kapitalismus wucherte und das wirtschaftliche Leben bestimmte, wurde in Deutschland ein Versuch unternommen, die Wirtschaft zentralistisch zu lenken¹. Es entstand allmählich in Deutschland ein interessantes Wirtschaftsmodell, das nach dem Krieg gerade bei den Bolschewiki viele Nachahmer gefunden hat. Der erster gravierende Eingriff der Militärbehörden erfolgte, als die zuständigen Stellen zentralisierende Wirtschaftspläne entwarfen und die Unternehmen zwangen, sie einzuhalten. Die Krönung dieser Entwicklung war der sog. „Dreijahresplan“, der am 1. Januar 1916 verkündet wurde². Später sollte er von einem „Fünfjahresplan“ abgelöst werden, dessen Charakteristika aus der Geschichte der DDR und der Sowjetunion so vertraut sind, daß es unnötig ist, sie vereinzelt zu erwähnen. Gegen Ende 1916 wurde eine Behörde geschaffen, die den etwas seltsam klingenden Namen WUMBA trug (Zentrale Stelle des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamtes), die aber die gesamte Beschaffung der Munition zentralisiert anging und zusammen mit der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums erreichte, daß der Frontarmee während des ganzen Krieges nie die Munition ausging³.

In diesem Zusammenhang erscheint die Frage, aus welchen Mitteln das Deutsche Reich den Krieg überhaupt finanzierte, von besonderem Interesse. Es ist schließlich bekannt, daß die internationalen Finanzmärkte für Deutschland mit dem Kriegseintritt Großbritanniens verschlossen blieben und die wenigen finanzkräftigen Länder, mit denen sich Deutschland nicht im Krieg befand (vor allem die USA), ihre Mittel der Entente zugute kommen ließen. Es ist bekannt, daß die beiden westlichen Gegner Deutschlands die Kriegsführung auf sehr unterschiedliche Weise finanzierten. Frankreich finanzierte die Kriegsführung fast ausschließlich mit ausländischen Anleihen, die es mit britischer Bürgschaft vor allem aus den Vereinigten Staaten bekam. Frankreich besaß eine vergleichsmäßig schwache Industrie und konnte nicht einmal davon träumen, die Kosten durch Steuererhöhungen zu bestreiten, zumal ein großer Teil seiner Steuerzahler an der Front war. Auch die Kriegsausgaben Großbritanniens überstiegen mehrfach die ordentliche Einnahmen seines Budgets, jedoch gingen die Briten bei der Finanzierung der Kriegsführung andere Wege. Da ihr Land vor dem Krieg das reichste der Welt war und sich im Krieg weit weniger anzustrengen hatte wie Rußland, Frankreich oder Deutschland, haben es die Briten vermocht, ihre Kosten zum großen Teil durch Steuereinnahmen zu decken. Die anderen Mittel wurden durch Anleihen in den USA zusammengeliehen, wobei Großbritannien sich auf dem finanziellen Gebiet so sicher fühlte, um auch für Rußland oder Frankreich zu bürgen. 1920 hatte Großbritannien nur 7,8 Milliarden Pfund Schulden, Frankreich aber 240,2 Milliarden Franc⁴. Da Großbritannien gleichzeitig auch selbst ein Gläubiger im großen Stil war, wurde dieser Krieg finanziell leicht gedeckt. Statistiken zufolge verkräftete die britische Volkswirtschaft den Krieg so leicht, daß es auf der Insel nicht einmal zur Inflation während des ganzen Krieges kam. Wie wurde das

¹ Vgl. **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 153f., **Stein, H., von**, *Erlebnisse und Betrachtungen*, S. 83-103, **Hohenborn, A. W., von**, *Briefe und Tagebuchaufzeichnungen*, **Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 183f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ **Bank für den internationalen Zahlungsausgleich (Hrsg.)**, *15. Jahresbericht*, Basel 1945, S. 86f.

Kriegsfinanzierungsproblem im Deutschen Reich organisiert, zumal es bekannt ist, daß die Kriegskosten 155 Mrd. Mark überstiegen¹?

Der Krieg versetzte gleich bei seinem Ausbruch dem deutschen Fiskus einen tödlichen Schlag, indem infolge der Blockade die größte Einnahmequelle wegfiel, die durch die Zolleinkünfte erbracht wurde. 1913 bekam der Fiskus durch Zolleinnahmen 680 Mio. Goldmark, die bis 1918 auf kümmerliche 133 Mio. schrumpften². Andererseits kostete Karl Helfferich zufolge bereits die Durchführung der Mobilmachung dem Fiskus mehr als 2. Mrd. Mark, was weit die Kosten des preußisch-französischen Krieges überstieg³. 1913 gab man im Deutschen Reich für die Verteidigung ca. 3,7 Mrd. Mark aus, 1915 mußte man bereits 24 Mrd. aufbringen. 1918 erreichten die Ausgaben für die Landesverteidigung eine Summe von mehr als 34 Mrd. Goldmark⁴. Bei Ausbruch des Weltkrieges bestand in Deutschland wie auch in den anderen wichtigsten Staaten die Goldwährung. Nach den Berechnungen Helfferichs gab es in Deutschland 1913 rund 3,4 Mrd. ausgeprägte Goldmünzen, 1,2 Mrd. Mark Banknoten und 120 Mio. Mark Reichskassenscheine⁵. Die Goldreserve der Reichsbank hatte Gold im Wert von ca. 1,2 Mrd. Goldmark. Neben der Goldreserve der Reichsbank war, einer alten preußischen Tradition entsprechend, auch ein sog. Reichskriegsschatz angelegt, der pikanterweise seinen Ursprung in den Reparationszahlungen der Franzosen nach dem verlorenen Krieg von 1870 hatte. Die dort befindlichen Mittel waren jedoch eher nur von psychologischer Bedeutung: 205 Mio. Mark war eine zu kleine Summe, um die riesigen Ausgaben auch nur für einen Monat zu decken⁶. Aber auch die vorhandene Goldreserve war nur ein Tropfen auf den heißen Stein: Sie war kleiner als die russische, obwohl das Deutsche Reich größere Kriegsausgaben zu begleichen hatte als das Zarenreich. Mit der vorhandenen Goldreserve alleine hätte die Reichsregierung den Weltkrieg bereits nach wenigen Monaten verloren geben müssen. Es muß an dieser Stelle gesagt werden, daß die Regierungen des 1. Weltkrieges viel mehr Hemmungen hatten, ihre Bürger durch die Geldentwertung zu berauben, als die Regierungen der 20-er, 40-er Jahre. Die deutsche Währung war zwar bereits vor dem Krieg nur ca. zur Hälfte mit Gold gedeckt, und - da die Regierung einfach zu wenig Gold für die Fortsetzung eines solch kostspieligen Krieges hatte - mußte zwangsläufig entwertet werden. Die deutsche Reichsregierung tat aber alles in ihrer Kraft liegende, die Abwertung der Währung so niedrig wie möglich zu halten. Sie hat diese Bemühungen selbst bis zu den Tagen des Kollaps im Herbst 1918 nie gänzlich aufgegeben. Noch im Sommer 1914 wurde verfügt, alle im Verkehr zirkulierenden Goldmünzen einzuziehen und durch Papiergeld zu ersetzen⁷. Als Kompensation erklärte die Regierung, daß sie das Papiergeld zu einem Drittel mit Gold oder Wertpapieren decken werde und hielt sich mehr oder weniger an diese Politik⁸. Da Ausländer für Rohstofflieferungen nur Gold akzeptierten und die Regierung gezwungen war, immer mehr Gold ans Ausland abzugeben, war es nicht zu vermeiden, daß das Geld im Laufe des Krieges immer mehr entwertet wurde. So sank der innervalutarische Wert der Mark bis 1917 auf ca. 50% des ursprünglichen Wertes, blieb aber bis zum

¹ Vgl. **Helfferich, K.**, *Das Geld*, Leipzig 1923, S. 208.

² **Knauß, R.**, *Die deutsche, englische und französische Kriegsfinanzierung*, Leipzig 1923, S. 142.

³ Vgl. **Lapp, K.**, *Die Finanzierung der Weltkriege 1914/18 und 1939/45 in Deutschland*, Nürnberg 1957, S. 66f.

⁴ Vgl. **Das Kaiserliche Statistische Amt (Hrsg.)**, *Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich*, Berlin 1915, Bd. 36, S. 348f., **Das Kaiserliche Statistische Amt (Hrsg.)**, *Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich*, Berlin 1918, Bd. 39, S. 65f., **Lapp, K.**, *Die Finanzierung der Weltkriege*, S. 67f.

⁵ **Helfferich, K.**, *Das Geld*, S. 164f.

⁶ Ausführlich über den Reichskriegsschatz vgl. **Lütge, F.**, *Die deutsche Kriegsfinanzierung*, in: **Stucken, R. (Hrsg.)**, *Beiträge zur Finanzwissenschaft und zur Geldtheorie*, Göttingen 1953, S. 224f.

⁷ **Knauß, R.**, *Die deutsche, englische und französische Kriegsfinanzierung*, S. 58f., **Lapp, K.**, *Die Finanzierung der Weltkriege*, S. 121f.

⁸ 1913 war die Mark zu 46,7% gedeckt, 1915 zu 40,1%, 1916 zu 31,3%, 1917 zu 22,1% und schließlich 1918 zu 21,1%, vgl. **Lapp, K.**, *Die Finanzierung der Weltkriege*, S. 121f.

Zusammenbruch im Herbst 1918 auf diesem Niveau stehen¹. Diese relative Stabilität der Währung blieb bis 1919 bestehen, was für den Ausgang der Revolution keine zu unterschätzende Rolle spielen sollte.

Der Patriotismus der Bürger kann auch daran gemessen werden, was diese Bürger bereit sind, an ihr Land abzugeben. Die russische „Bourgeoisie“ z. B. hatte für die Freiwilligen im Bürgerkrieg, die General Aleksejev Südrußland formierte, ganze 200 000 Rubel aufgebracht. Das Ergebnis dieser Aufopferung ist bekannt und gipfelte in die Nationalkatastrophe. Als die ausländischen Devisenmärkte seit Sommer 1914 von den Briten abgesperrt wurden, hatte die Regierung des Deutschen Reiches nur noch eine Chance, den Krieg zu bestehen: An die Staatsbürger zu appellieren, finanziell die Kosten der Kriegsführung mitzutragen. Das Geld durch die „dornige Steuerfrage“ zu beschaffen², konnte die Regierung nicht: Die große Anzahl der Steuerzahler war an der Front. Die erschöpfte Heimatbevölkerung zusätzlich zu belasten, war innenpolitisch gesehen ein sehr riskantes Unternehmen³. Um den „Burgfrieden“ nicht zu gefährden, ging die Reichsregierung deshalb andere Wege. Sie entschied sich für eine langfristige Verschuldung, die man auf dem heimischen Geldmarkt tätigte. Technisch vollzog sich die Kriegsfinanzierung in Deutschland folgenderweise: Die Reichsregierung ließ sich durch den Reichstag in regelmäßigen Abständen zur Aufnahme von Krediten ermächtigen. Durch Diskontierung von Reichsschatzscheinen bei der Reichsbank machte sie von dieser Ermächtigung Gebrauch. Die Kredite der Reichsbank gaben der Regierung die Mittel in die Hand, derer sie zur Finanzierung des Krieges bedurfte. Die Erträge aus den Anleihen waren dann dazu bestimmt, die kurzfristige Verschuldung gegenüber der Reichsbank zu konsolidieren. Dann konnte der Kreislauf von neuem beginnen. Die gesetzlichen Voraussetzungen für dieses Verfahren hatte man bei Kriegsausbruch dadurch geschaffen, daß man Reichswchsel und Reichsschatzanweisungen zu deckungsfähigen Aktiva erklärt und dem Reich damit einen praktisch unbegrenzten Zugang zum Notenbankkredit eröffnet hatte.

Im September 1914 wurde auch die erste Kriegsanleihe bei der Bevölkerung getätigt, die in regelmäßigen Zeitabständen, in der Regel zweimal im Jahr bis zu Herbst 1918 durchgeführt wurde. Es wurden von 1914 bis 1918 insgesamt 9 Kriegsanleihen gezeichnet. Bereits die erste Kriegsanleihe war ein großer Erfolg und brachte mit knapp 4,5 Mrd. Mark ein unerwartet günstiges Zeichnungsergebnis⁴. Der Krieg brachte mit der zunehmenden Dauer unbestreitbar immer mehr Entbehrungen für die heimische Zivilbevölkerung und insbesondere für die Mittelschicht. Es ist deshalb bemerkenswert, daß gerade diese Mittelschicht trotz zunehmender Verarmung die meisten Anleihewechsel erwarb. Noch bemerkenswerter ist es, daß die Ergebnisse der Anleihen ungeachtet der immer schwieriger werdenden Lage eine steigende Tendenz verzeichneten. So wurden in der ersten Anleihe des Jahres 1915 kurz nach der Winterschlacht an den Masurischen Seen 8,9 Mrd. Mark eingesammelt, in den Augustmonaten während des russischen Rückzuges aus Polen gab die durchgeführte Anleihe dem Fiskus ca. 11,9 Mrd. Mark⁵. Beide Anleihen des Jahres der Verdunoffensive waren gleichmäßig und bezifferten sich je auf ca. 10,5 Mrd. Mark⁶. Das Scheitern der Entscheidungsschlachten im Osten wie im Westen haben das Vertrauen der Deutschen an den Endsieg scheinbar nicht erschüttert, mit dem Ergebnis, daß 1917, im Jahr der russischen Revolution und dem Jahr des unbeschränkten U-Bootkrieges, vom Fiskus noch höhere Erträge gesammelt wurden und das trotz der Tatsache, daß in diesem Jahr die USA in den Krieg auf der Seite der Entente traten.

¹ Ebd.

² **Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 164f.

³ Ebd.

⁴ Zu den Anleihen und ihren Ergebnissen vgl. **Roesler, K.**, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg*, Berlin-München 1967, **Lotz, W.**, *Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege*, Berlin 1927, S. 120f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

1917 wurde die Rekordsumme von ca. 24,9 Mrd. Mark eingesammelt¹. Was das Jahr 1918 betrifft, so scheint das Ergebnis der ersten Anleihe von 14,6 Mrd., obwohl sie den größten Erlös seit 1914 brachte, als nicht besonders großartig. Es stand die Entscheidungsoffensive im Westen vor der Tür und bei der Bevölkerung wie bei der Generalität herrschte Zuversicht, den Krieg siegreich beenden zu können. Verwunderlich ist es hingegen, daß während der zweiten Anleihe des Jahres 1918, als all diese Hoffnungen bereits gescheitert waren, nur wenige Monate vor dem Zusammenbruch, die Bürger ihrem Staat 10,1 Mrd. Mark verliehen². Insgesamt beliefen sich die Erträge aus den Kriegsanleihen bei der heimischen Bevölkerung und der Industrie auf ca. 96,9 Mrd. Mark³.

Diese Sammlung der Kriegsanleihen bei der heimischen Bevölkerung wurde mit einem beträchtlichen Propagandaaufwand durchgeführt und galt während des Weltkrieges als ultimativer Beweis für den Patriotismus der heimischen Bevölkerung. Ein Slogan dieser Zeit besagte, daß derjenige, der die Kriegsanleihe unterzeichne, die „finanzielle Wehrpflicht“⁴ erfülle und genausoviel leiste, wie der Frontsoldat. Diese Methode der Kriegsfinanzierung hatte aber einen Haken. Die Kriegsanleihen nahmen den Staatsbürgern das ganze Privatgeld weg. Andererseits bedeuteten die langfristige Anleihen, daß man sie nach dem Krieg unbedingt zurückzahlen mußte, wollte man nicht die gesamte Bevölkerung an den Bettelstab bringen. Eine Weltmacht mit bettelarmer Bevölkerung ist nicht viel wert, wie die Geschichte der Sowjetunion lehrt. Die deutschen Verantwortlichen des 1. Weltkrieges konnten diese Geschichte begreiflicherweise zwar nicht kennen, als Menschen mit gesundem Verstand konnten sie ähnliches aber erahnen. Der Krieg wurde in Deutschland nach einer Theorie finanziert, die auf der Hoffnung beruhte, daß die Last schließlich auf die besiegten Gegner abgewälzt würde. Daß dies der Fall sein werde, glaubte bis Spätsommer 1918 nicht nur die breite Masse der Bevölkerung, sondern auch die Militärs, sowie die maßgeblichen Politiker. Sie hatten auch keine andere Wahl. Die Kriegskosten waren ja während des ganzen Krieges nie durch den Haushalt gedeckt. Deutschland bediente sich im Weltkrieg einer Methode, die auch in Rußland praktiziert wurde und teilte den gesamten Haushalt in zwei Teile. Der ordentliche Teil des Haushalts war zwar während des gesamten Krieges mehr oder weniger ausgeglichen, aber das Problem lag eben darin, daß die Kriegskosten in einem außerordentlichen Haushalt zusammengefaßt waren. Und in diesem außerordentlichen Haushalt klaffte gegen Ende des Weltkrieges ein riesiges Loch, das man nur mit Kriegsschädigungen begleichen konnte. Wenn man zusammenfassend die Schuldenpolitik während des 1. Weltkrieges überblickt, so wird deutlich, daß die Gesamtschulden des Reiches sich enorm erhöht haben, nämlich von rund 5,1 Mrd. Mark am 31. März 1913 auf rund 156 Mrd. Mark am 31. März 1919⁵. Mit anderen Worten erhöhten sich die Schulden des Deutschen Reiches während des 1. Weltkrieges um mehr als das 30-fache⁶.

Als am 29. August 1916 um 10 Uhr vormittags der Kaiser Hindenburg und Ludendorff die Oberste Heeresleitung anvertraute, steckte Deutschland in der tiefsten Krise des Weltkrieges. Die Brusilovoffensive hatte im Osten der österreichischen Front einen Schlag versetzt, von der die österreichisch-ungarische Armee sich nie wieder erholen sollte. Das deutsche Westheer verblutete seit Monaten in der Materialschlacht vor Verdun. Die „Blutmühle“, wie Zeitgenossen diese Schlacht nannten, hatte bereits 50 deutsche Divisionen an Opfern gekostet und sie war offensichtlich mißglückt. Die Westalliierten haben nicht nur Verdun verteidigt, sondern fühlten sich so stark, daß sie die

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ **Helfferrich, K.**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 145.

⁵ *Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich*, Berlin 1920, S. 189f., **Lapp, K.**, *Die Finanzierung der Weltkriege*, S. 201f.

⁶ Ebd.

eigene Offensive an der Somme begonnen haben. Schließlich war die Ernte des Jahres 1916 mißglückt, so daß man von einem harten Winter ausgehen mußte. Der Winter 1916/1917 ging dann schließlich in die Geschichte als „Kohlrübenwinter“ ein, als die Bevölkerung sich von Rüben ernährte und sich bereits die ersten aber sicheren Anzeichen des Zusammenbruchs erkennen ließen. Obwohl es den Militärs gelungen war, zum Jahresabschluß in einem spektakulären Feldzug Rumänien niederzuwerfen, war es den gründlichen Beobachtern offenbar, daß die Mittelmächte ein weiteres Jahr wie 1916 nicht durchstehen würden. Die einzige Chance Deutschlands bestand seit Ende 1916 nur noch darin, grundlegende Reformen durchzuführen und das Land zur Führung eines totalen Krieges umzuorganisieren.

Nachdem die Offensiven der Ententemächte im Westen wie im Osten abgeflaut waren, begannen die deutschen Militärs mit der Umorganisation des Heeres und der Kriegsanstrengung in der Heimat. Das Ergebnis dieser Bemühungen war das berühmte „Hindenburgprogramm“. Die Militärs sahen vor, mitten im Krieg die Produktion der Rüstung zu vervielfachen, wobei das Wesentliche am Hindenburgprogramm darin lag, daß man der Industrie die Schwerpunkte „von oben“ setzte und die militärischen Stellen die Gesamtproduktion leiten und koordinieren mußten. Das Hindenburgprogramm implizierte einen radikalen Bruch mit der bisherigen, auf der Marktwirtschaft basierenden Produktionspolitik. Innerhalb nur weniger Monate sollte die heimische Rüstungsindustrie ihre Produktion sprunghaft um ein mehrfaches steigern. Die Schießpulverproduktion sollte von Herbst 1916 bis Frühjahr 1917 von 6 000 t. auf 12 000 t. gesteigert werden. Die Produktion von Geschützen und Maschinengewehren sollte verdreifacht, die von Minenwerfern verdoppelt werden¹. Die stufenweise Produktionserhöhung wurde damit abgeschafft. Ebenfalls aufgegeben wurde die bisherige Rüstungspolitik, die sich bemühte, die Produktion von Waffen und die Produktion von Schießpulver aneinander zu koppeln. Zuerst gab es bei der Verwirklichung des Hindenburgprogramms freilich mancherlei Leerlauf. Bald kam es allerdings zu einer Art „Kriegswirtschaftswunder“, das es ermöglichte, nach zweieinhalb schweren Kriegsjahren Ergebnisse zu erreichen, die China später in den Jahren des Großen Sprunges das Genick brachen. Anders als Maos Parteifunktionäre erwiesen sich die Militärs des Kaiserlichen Deutschland als durchaus fähige Industriemanager. Obwohl das Hindenburgprogramm von der Fachliteratur nachher als unerfüllbar kritisiert wurde², war es ein gewaltiger Schritt nach vorn. Die Truppe an der Front traute schon innerhalb kürzester Zeit ihren Augen nicht. Bereits nach zwei Monaten unter der III. OHL konnte der bayerische Kronprinz Rupprecht, Führer einer Heeresgruppe an der Westfront in seinem Tagebuch notieren: „*Eine Überlegenheit des Feindes an Zahl der Geschütze ist kaum mehr vorhanden*“³. Nach weiteren zwei Monaten, im Dezember 1916, lief die deutsche Munitionsfertigung auf Hochtouren. Im Januar wurde offiziell verkündet, daß von nun an monatlich 90 neue Artilleriebatterien produziert würden. Der Produktionsausstoß an Minenwerfern wurde 1917 im Vergleich zu 1916 verdreifacht, der an Maschinengewehren verfünffacht. Die umstürzende Bedeutung dieser Maßnahmen konnte eigentlich nur der deutsche Frontsoldat (und der Feind natürlich) ermessen. Es genügt die Erwähnung einer einzigen Tatsache, um den praktischen Nutzeffekt des Hindenburgprogramms für den einfachen Infanteristen an der Front deutlich zu machen: Wenn der Gegner die deutschen Schützengräben in Massen angriff, dann verlangte die Infanterie von der eigenen Artillerie Sperrfeuer, um die Verluste minimalisieren zu können. Die Sperrfeuerbreite unter Falkenhayn

¹ Zum Hindenburgprogramm vgl. **Bauer, M.**, *Der große Krieg*, S. 120f., **Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 189f., **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 127f., **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 328f.

² **Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 189.

³ **Bayern, R., von**, *Mein Kriegstagebuch*, 3 Bde., Berlin 1929, Bd. 2, S. 348.

hatte pro Batterie 400 Meter betragen. Infolge des Hindenburgprogramms sank sie innerhalb kürzester Zeit auf 200 Meter. Das bedeutete, daß an der Westfront alle 50 Meter ein deutsches Rohr feuerte¹.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die deutschen Soldaten ein uneingeschränktes Vertrauen in ihre Generäle setzten. Dieses Vertrauen wurde durch die taktischen Maßnahmen der III. OHL noch zusätzlich gesteigert. Die III. OHL ist wohl der einzige Generalstab des 1. Weltkrieges gewesen, der sich nicht aus Zwang oder Notwendigkeit, sondern aus eigenem Entschluß zum taktischen Rückzug, zu einer drastischen Verkürzung der verteidigten Front entschloß. Der Grund dafür war die katastrophale Ersatzlage. 1916 hatte sich herausgestellt, daß die Heimat die blutigen Verluste von ca. 100 000 Mann monatlich nur zu ca. 75% decken konnte. Am 16. März 1917 befahl die OHL das sog. „Alberich“-Unternehmen, d. h. den großen Rückzug an der Westfront in die vorher vorbereitete „Siegfriedlinie“, in eine verkürzte Frontstellung, wodurch 15 bis 20 Divisionen eingespart wurden. 300 000 bis 400 000 Soldaten konnten damit aus der Front gezogen und einer strategischen Reserve zugeführt werden². Dieser „Alberich“-Rückzug ist vom ersten Generalquartiermeister Ludendorff durchgesetzt worden und ist wahrscheinlich seine größte strategische Tat während des Weltkrieges gewesen. Er hat damit die gewaltigen feindlichen Offensivvorbereitungen in der Gegend von Oisne bis zur Somme (Franzosen) und in Richtung auf Bapaume (Briten) zunichte gemacht. Er nahm die Truppen aus einem vorgeschobenen Frontbogen auf eine verkürzte Stellung zurück und ließ damit die ungeheuren Mühen des feindlichen Aufmarsches versanden. Ludendorff gab strategisch unbedeutenden Boden preis und sparte damit unendlich viel Blut. Die deutschen Frontsoldaten haben die Generäle verstanden: Der Rückzug schwächte ihre Kampfmoral nicht, sondern erhöhte sie. Viele Soldaten der Westfront haben noch die Ostoffensive von 1915 mitgemacht und wußten aus Erfahrung, was der Entschluß des Großfürsten Nikolaj Nikolajewiç, ohne Munition das Territorium starr zu verteidigen, damals in den russischen Frontgräben ausgelöst hatte. Ferner bedeutete die Bildung einer operativen Reserve für die Frontsoldaten, daß sie mit der gesamten Einheit für kurze Zeit im Hinterland stationiert würden und sich von der täglichen Lebensgefahr entspannen konnten.

Die III. OHL führte auch andere Veränderungen durch, die sich auf das Los der Frontsoldaten positiv auswirken sollten. Ludendorff verfaßte nach seiner Versetzung in die OHL persönlich eine Denkschrift unter dem Titel „Die Führung in der Abwehrschlacht“ und setzte durch, daß die dort verkündeten Methoden der Kriegführung an der Front eingeführt würden³. Das Wesentliche in den von der III. OHL angestrebten Veränderungen bestand darin, die taktischen Methoden der Ostfront auch im Westen gültig zu machen. Im Prinzip war diese Denkschrift keine großartige Erfindung, sondern stellte vielmehr den Versuch dar, den Erfahrungen der Ostfront, wo die Offiziere über weniger Mittel verfügten und deshalb in taktischer Hinsicht erfindungsreicher als im Westen waren, theoretische Grundlagen zu geben. Zuallererst wurde verfügt, daß die Verteidigungslinien, wie es an der Ostfront praktiziert wurde, in die Tiefe gegliedert werden sollten. Anstelle der Richtlinie, den ersten Schützengraben mit aller Macht zu verteidigen, trat ein elastisches Defensivverfahren, das aus der Tiefe des Raumes heraus operierte und insbesondere das Mittel der Gegenoffensive kultivierte. Hunderttausende Soldaten wurden mit sofortiger Wirkung aus den vordersten Schützengräben zurückgezogen und in die tieferen Linien verlegt, wo sie außer Reichweite des feindlichen Artilleriefeuers standen. Anstelle der starren, leicht erkennbaren Verteidigungslinie trat eine tiefe Kampfzone, die keine Ziele zum Angriff bot und in der auch die Maschinengewehrnester und die Artillerie nach der Tiefe im Gelände verteilt waren. Jede Einheit mußte ferner eine Reserve tief hinter der Front bilden. Es wurde verfügt, daß eine Zirkulation

¹ Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 189f.

² Zum „Alberich“ vgl. Einem, K., von, *Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg*, S. 293f.

³ Zur Veränderung der Taktik vgl. Bauer, M., *Der große Krieg*, S. 180f., Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 328f.

stattfind, so daß die Soldaten an der Front mit ihren Mitkämpfern in der Reserve in regelmäßigen Zeitabständen ausgetauscht wurden. Diese im Osten von allen Armeen praktizierte Methode gab den Frontsoldaten die Möglichkeit, sich in regelmäßigen Zeitabständen zu regenerieren und entlastete sie physisch wie psychisch. Es wurde den Frontoffizieren erlaubt, sich bei schweren Beschüssen des Gegners aus den ersten Linien zurückzuziehen und somit die Soldaten aus der Schußzone zu nehmen. In dieser Hinsicht gab es nur eine Vorschrift, die besagte, daß nach Aufgabe der ersten Frontlinie die Offiziere und die Mannschaften verpflichtet waren, eine Gegenoffensive zu starten und die verlorene Position zurückzuerobern, sobald die Lage dies gestatte. Eine weitere Erleichterung für die Masse der Frontsoldaten wurde dadurch eingeführt, daß die OHL eine strenge Spezialisierung der Truppen verfügte, die in den Schlachten einzuhalten war. Ähnlich wie die Russen mit ihren Freiwilligenformationen besaß auch die deutsche Armeen überall sog. Sturbataillone und Sturmregimenter. Diese waren meistens auf freiwilliger Basis aufgrund besserer Besoldung und Verpflegung gebildet und waren dafür ausgebildet, offensiv zu agieren. Genauso wie die russischen „Freiwilligen“ kämpften die Soldaten deutscher Sturmseinheiten als selbständig agierende Einzelkämpfer, die mit Handgranaten, MG's und Karabinern ausgerüstet waren und Kampfmethoden praktizierten, die denen der Indianer nicht unähnlich waren. Die Zeiten, als Soldaten in der Masse vorwärts getrieben wurden, waren vorbei. Es waren Methoden, die das ganze Kriegsbild für immer revolutionieren sollten und die deutschen Armeen in taktischer Hinsicht auf eine viel höhere Stufe stellten, als die bestens ausgerüsteten aber einfallsarm agierenden Gegner an der Westfront, die bis zum Ende der Kampfhandlungen nur auf materielle Überlegenheit setzten. Freilich waren diese Methoden nur im Anfangsstadium ihrer Entwicklung. Die blitzartigen Panzervorstöße der Deutschen und der Russen im II. Weltkrieg, das „Durchboxen“ mit Hilfe der Sturmabteilungen durch die festen Linien, die Einführung der selbständigen Auftragstaktik für die streng spezialisierten Infanteristen (als Stoßtruppen vorstießen, um den Feind zu umschnüren und Festungen den Nachrückenden überließen), das waren alles Erfindungen der Ostfront seit 1916. Die Westalliierten, die mit der Materialüberlegenheit alleine den Krieg zu gewinnen hofften, mußten zwar nicht in diesem Kriege, dafür aber im nächsten ihre Versäumnisse teuer bezahlen. 1940 waren sie der Wehrmacht zahlenmäßig ebenbürtig, waffentechnisch jedoch stark überlegen¹. Selbst der Panzerzahl nach waren die Westalliierten im Vorteil². Die taktischen Offensivmethoden, die zum ersten Mal während der Brusilovoffensive, dann von der III. OHL angewandt und schließlich von der Reichswehr vervollkommnet wurden, spielten aber keine geringe Rolle, so daß Frankreich innerhalb nur weniger Wochen um den Waffenstillstand bitten mußte.

Man soll dabei nicht denken, daß die Veränderungen der III. OHL im zivilen und im militärischen Bereich oberflächlich waren. Man würde dabei den Generälen des Wilhelminischen Deutschlands Unrecht tun, denn die Reformen, die von der III. OHL eingeleitet wurden, zielten viel tiefer. Sie waren unkonventionell und erfaßten zahlreiche, für die damalige Zeit untraditionelle Bereiche. Die wahren Absichten der Militärs sind sichtbar, wenn man nur die zwei wichtigsten Einführungen in Kürze erwähnt, das Hilfsdienstgesetz und den sog. Vaterländischen Unterricht.

Anders als z. B. in Rußland, wo die Front im Blut und das Hinterland im Wein schwamm, entschlossen sich die deutschen Militärs, ein Gesetz vorzuschlagen, wonach die gesamte männliche Bevölkerung vom 15. bis zum 60. Lebensjahr, solange sie nicht einberufen war, zwangsweise verpflichtet wurde, Arbeit in der Rüstungsindustrie zu

¹ Guderian, H., *Erinnerungen eines Soldaten*, Heidelberg 1951, S. 158f.

² Ebd.

verrichten¹. Die Militärs gingen so weit, auch vorzuschlagen, Frauen - wenn auch mit Einschränkungen - zur Dienstpflicht heranzuziehen. Alle Betriebe, die nicht zur Produktion der Rüstung beitrugen, sollten geschlossen werden, ebenso wie die Universitäten, deren Studenten entweder an die Front rücken sollten, oder in der Rüstungsindustrie zu verwenden wären. Schüler sollten eine vormilitärische Ausbildung erhalten. Sonntagsarbeit mußte wieder eingeführt werden. Es sollte den Arbeitern verboten werden, Lohnerhöhungen zu verlangen, ebenso wie zwecks der Erhaltung höherer Löhne ihre Arbeitsplätze zu wechseln. Nach stürmischen Debatten wurde am 2. Dezember 1916 das Hilfsdienstgesetz vom Reichstag mit einer absoluten Mehrheit verabschiedet². Ludendorff und auch andere Militärs beklagten später, daß dieses Gesetz von der Vorlage so stark abwich, daß die Gesamtidee ihren Sinn verlor. Ludendorff nannte das verabschiedete Gesetz „weder Fisch noch Fleisch“³. Es war dem Reichstag gelungen, dieses Gesetz etwas abzuschwächen. Die Altersgrenzen wurden etwas herabgesenkt (das Gesetz sollte erst ab 16 Jahren greifen), die Dienstpflicht der Frauen wurde gänzlich herausgestrichen. Die Arbeiter erhielten wesentliche Rechte, von denen das wichtigste war, daß sie in ihren Betrieben Gremien bilden durften, die ähnlich wie die Arbeitergruppen in Rußland berechtigt waren, mit den Arbeitgebern auf beinahe gleichberechtigter Basis den Produktionsprozeß zu bestimmen. Die Bildung der Arbeiterausschüsse war nicht nur geduldet, sondern vom Hilfsdienstgesetz vorgeschrieben⁴. Später sollten diese Ausschüsse (genauso wie in Rußland) zu einer großen Gefahr und zu einem Sammelbecken von radikalen Regimegegnern werden, ein Thema, das uns noch im Zusammenhang mit den sog. revolutionären Obleuten beschäftigen wird. Andererseits aber bildete das Hilfsdienstgesetz eine feste Grundlage, um die Kraft der gesamten Nation zu mobilisieren. Wenn jemand von der Armee aus irgendeinem Grund freigestellt war, konnte er sich trotzdem nicht dem Dienst für die Allgemeinheit entziehen. Jedem männlichen Staatsbürger des Deutschen Reiches konnte ein Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie notfalls unter Einsatz von Zwangsmitteln zugewiesen werden. Wollte ein Arbeiter seinen Arbeitsplatz wechseln, mußte er seine Gründe einem speziellen Ausschuß vorlegen und war zum Wechsel des Arbeitsplatzes nur dann berechtigt, wenn der Ausschuß seine Wünsche für berechtigt hielt. Das Hilfsdienstgesetz der III. OHL war ein so tiefgreifender Einschnitt in die rechtlichen Rahmenbedingungen des Landes, daß es als einer der wichtigsten Marksteine der sozialpolitischen Entwicklung in Deutschland gelten darf. Nach seiner Verabschiedung machten viele Unternehmer Deutschlands lange Gesichter, denn sie waren mit den Ergebnissen des Gesetzes keinesfalls zufrieden. Die Militärs erreichten durch die Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes zwar die Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte für die Kriegsführung, andererseits machten sie den Arbeitern dort viele Zugeständnisse, daß man sie die eigentlichen Gewinner der Entwicklung nennen muß. Noch vor dem Krieg galt in Deutschland das ungeschriebene Gesetz, daß nur die Unternehmer ihre Betriebe führten und ihnen niemand in ihre Arbeit hineinredete. Der Krieg änderte diese Lage grundlegend. Die Militärs diktierten den Unternehmen nicht nur den eigenen Willen, sondern erreichten, daß auch die Arbeiter zunehmend das Sagen erhielten. Die Rede ist hier dabei nicht nur von den Betriebsausschüssen, die vom Hilfsdienstgesetz vorgeschrieben wurden, sondern auch von den nationalen Gewerkschaften, die unter der III. OHL zu einer richtigen Macht wurden. Die Gewerkschaften waren in Deutschland so stark, daß sie es vermochten, im Hilfsdienstgesetz Passagen einzubringen, die sich für die Arbeiter außerordentlich positiv auswirken sollten. Eine solche Passage war der § 9, II. des Hilfsdienstgesetzes, die den Arbeitern das Recht zuerkannte, den Arbeitsplatz zu wechseln, sobald sie einen besser bezahlten Arbeitsplatz in Aussicht hatten. Es öffnete

¹ Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 258f.

² Näheres bei Feldman, G., *Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918*, S. 197f.

³ Ludendorff, E., *Urkunden*, S. 82-83f., Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 347f.

⁴ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 358f., Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 274f.

nicht nur dem Kampf für bessere Löhne Tür und Tor, sondern auch für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die sich bereits während des Krieges auszuwirken begannen. Das kann man bereits an der folgenden Tatsache ablesen: Während die deutschen Beamten, insbesondere die höheren, während des Weltkrieges schwere Einkommenseinbußen erlitten (hauptsächlich aufgrund der Inflation) und ihr Realeinkommen bis zu 50% geschrumpft war, waren die Arbeiter die einzige Bevölkerungsgruppe, die ihre Realeinkommen nicht nur halten, sondern sogar vergrößern konnte. Die Unternehmer mußten aufgrund der Knappheit an qualifizierten Arbeitern mit aller Macht versuchen, sie zu halten. Da ihre Arbeiter das Recht hatten, ihre Arbeitsplätze um bessere Konditionen zu wechseln, konnte man sie nur durch bessere Angebote halten. Es war auch klar, daß die Arbeiter, beziehungsweise die Organisationen, die die Arbeiterschaft vertraten, nach dem Kriegsende alles in ihrer Macht liegende tun würden, diese Errungenschaften zu verteidigen. Das Hilfsdienstgesetz verpflichtete die Staatsbürger zwar zu harter Arbeit, jedoch machte er aus den Arbeitern gleichzeitig auch den Gewinner und förderte dadurch sein Interesse an dem günstigen Kriegsausgang. Die Arbeiter waren zusätzlich dadurch begünstigt, daß sie zunehmend vom Frontdienst befreit waren. Obwohl alle anderen Bevölkerungsgruppen von Einberufungsbefehlen zunehmend hart erfaßt wurden, konnten die Arbeiter der Industriebetriebe in der Heimat nicht entbehrt werden. Die Zahl der zurückgestellten Arbeiter stieg unaufhaltsam mit den Forderungen der Militärs an die Rüstungsindustrie. Im Sommer 1916 waren 740 000 kriegsverwendungsfähige Wehrpflichtige auf Anforderung der Industrie zurückgestellt, im Jahr 1918 waren es 1,2 Mio. Am Vorabend des Zusammenbruchs arbeiteten in den Industriebetrieben 2,3 Mio. Männer im wehrpflichtigen Alter, was ca. 15% aller Wehrpflichtigen des Deutschen Reiches ausmachte¹.

Einen anderen gravierenden Eingriff in das innere Leben der Gesellschaft setzten die Militärs mit der Einführung des sog. Vaterländischen Unterrichts durch. Der Vaterländische Unterricht sollte im Heer wie in der Heimat abgehalten werden und durch gezielte politische Schulung das ideologische Fundament für den Sieg bilden. Die Aufgabe des Vaterländischen Unterrichts stellten sich die Urheber der Maßnahme folgendermaßen vor: *„Das deutsche Heer ist durch den Geist, der es beseelt, seinen Feinden überlegen ... Die Länge des Krieges brachte auch in zunehmendem Maße für Heimat und Heer Entbehrungen und Opfer. Je mehr diese Lasten auf den Geist des Heeres drücken, um so mehr müssen Überzeugung, Pflichtgefühl und klare Entschlossenheit Grundlage der Kampfmoral des Heeres werden. Hierfür zu sorgen, ist die Aufgabe des Vaterländischen Unterrichts“*². Die Verordnung schuf eine feste Organisation und schrieb vor, daß die Abhaltung des Vaterländischen Unterrichts strikt von oben nach unten zu erfolgen habe. An der Spitze des Unternehmens stand der Stabschef der OHL, die unmittelbare Arbeit erfolgte unter der Schirmherrschaft des ihm unterstellten Kriegspresseamtes. Alle Richtlinien und das gesamte Lehrmaterial mußten vom Kriegspresseamt bei der OHL herausgegeben und genehmigt werden, bevor sie an die tieferen Glieder in der Militärhierarchie verteilt wurden. Das Zwischenglied stellten Armeeoberkommandos, Generalgouvernements und Stellvertretende Generalkommandos. Diese Stellen leiteten den Vaterländischen Unterricht dann an die Basis. Die von den Offizieren der OHL entworfenen Richtlinien des Vaterländischen Unterrichts besaßen durchaus vernünftige Ansätze und gingen das Problem der Aufklärung der Massen fachmännisch an.

Das Ludendorffische Schreiben, das die Rahmenbedingungen des Vaterländischen Unterrichts zusammenfaßte, verfügte unter anderem folgende Maßnahmen: Art. 1 bestimmte, daß Informationen aus der Heimat, die dem Geist der Truppe schaden konnten, keinesfalls an die Front gelangen durften. Dabei war die Aufgabe der Zensur nicht nur,

¹ Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 195f.

² Zum Text vgl. Ludendorff, E., *Urkunden*, S. 271-275.

Information zu beschlagnahmen, sondern auch den Briefverkehr der Frontsoldaten mit der Heimat strengstens zu überwachen. Art. 4 befahl, daß selbst die Information, die vom Presseamt der OHL freigegeben wurde, noch der ausdrücklichen Genehmigung durch die kommandierenden Generäle bedurfte. Die Armeekommandos entschieden dabei für die Front, die Generalkommandos für die Heimat. Art. 6 bestimmte, daß bei der Erteilung des Unterrichts keine Diskussionen zulässig waren. Die Bevollmächtigten mußten den Unterricht vortragen, die Zuhörer hatten nur zuzuhören. Dies galt für die Zivilbevölkerung genauso wie für die Frontsoldaten, denen der Vaterländische Unterricht unter Umständen auch in Reih und Glied erteilt werden konnte. Die Militärs sind in der Regel schon aufgrund ihres Berufs gute Psychologen, also erhielt der Vaterländische Unterricht auch Züge, die unbedingt auch positive Auswirkungen erzielten. Die Militärs empfahlen, „den Vaterländischen Unterricht auf das Wesentliche zu beschränken“ und vermieden damit den Hauptfehler mancher totalitärer Regime, ihre Bürger auf so vielen Gebieten zu indoktrinieren, daß die Menschen zum Schluß keine Lust haben, den Argumenten überhaupt zuzuhören. Die wesentlichen Gebiete des Vaterländischen Unterrichts waren die Aufklärung der Bevölkerung und der Truppe über die Ursachen des Krieges, wie sie die deutsche Reichsregierung sah¹. Aber das war nicht alles. Die Richtlinien des Vaterländischen Unterrichts bestimmten ausdrücklich, den Schwerpunkt auf die sog. kleinen Leute zu legen. Die OHL setzte besonders darauf, den Soldaten an der Front und den Arbeiter in der Heimat restlos darüber aufzuklären, welche Folgen es für sie und ihre Familien haben werde, wenn Deutschland den Krieg verlöre. Dabei mußten die Veranstalter des Vaterländischen Unterrichts nicht einmal lügen, denn die Entente setzte alles in ihrer Kraft liegende ein, die deutsche Industrie möglichst zu schädigen. Die Militärs taten alles in ihrer Macht liegende, um den Vaterländischen Unterricht glaubhaft zu präsentieren. Den Lehrern wurde es verboten zu leugnen, daß zur Zeit wirtschaftliche Schwierigkeiten, insbesondere in der Heimat bestünden. Es wurde ebenfalls verboten, die Unzufriedenheit der Zuhörerschaft zu unterdrücken: „Der Vaterländische Unterricht darf nicht die erklärliche Stimmungen eindämmen wollen, die dann unter der Decke weiterwirken ... Nicht fortleugnen, was allgemein, sei es mit Recht oder Unrecht, geglaubt wird, dagegen aufklären und das beseitigen, was falsch und schädlich daran ist. Friedenswille ist selbstverständlich, aber das Pflichtgefühl und die Siegeszuversicht müssen stärker sein. Die gegebene Aufklärung muß unbedingt zutreffend und zuverlässig sein. Der Erfolg des Unterrichts wird von dem zunehmenden Vertrauen abhängen“².

Trotz all dieser Mobilisierungsmaßnahmen in der Gesellschaft vermochten die Militärs ihr Ziel nur teilweise zu erreichen. Wenn die Leistungen der Industrie und der Fronttruppe noch einigermaßen befriedigend organisiert werden konnten, so konnte auf einem sehr wichtigen Gebiet kein Durchbruch erzielt werden. Den Briten gelang es, Deutschland immer besser von den ausländischen Märkten abzuriegeln und die Zufuhr von Rohstoffen und insbesondere von Lebensmitteln zu unterbrechen. Zeitgenössische deutsche Quellen stimmen darin überein, daß kein Faktor des Krieges auf die heimische Bevölkerung so zermürbend wirkte, wie die chronische Knappheit an Lebensmitteln. Man überschritt in Deutschland schon im zweiten Kriegsjahr die unsichtbare Grenze, hinter der der Hunger stand und die Lage verschlimmerte sich zunehmend. Die Frontsoldaten waren schon immer während des Krieges besser proviantiert, als die Mehrheit der heimischen Bevölkerung. Jedoch schrumpften ihre Tagesrationen von Jahr zu Jahr zusammen und erreichten bereits in der zweiten Hälfte des Krieges bedrohliche Ausmaße. Nach der Februarrevolution, als die Fraternalisierung an der Ostfront ausbrach, tauschten deutsche Frontsoldaten alle ihre Wertsachen in Lebensmittel um, was keinesfalls gute Auswirkungen auf ihre Moral haben konnte. Jeder von ihnen erhielt Briefe aus der Heimat und

¹ Ludendorff, E., *Urkunden*, S. 274f.

² Ludendorff, E., *Urkunden*, S. 273.

wußte, daß seine Familie dort regelrecht an Unterernährung litt. Mit der bloßen Zensur war diesem Problem nicht beizukommen. Zahlreiche Soldaten erhielten Urlaub und konnten sich von der Lage in der Heimat persönlich überzeugen. Schon 1915 fiel die Ernte sehr schlecht aus. Die Regierung ging das Problem damals so an, daß sie einige Lebensmittel rationierte und für andere Höchstpreise einfuhrte. Die Brotration wurde schon damals auf 200 g pro Kopf festgelegt, was ca. 60% dessen betrug, was die Zivilbevölkerung vor dem Krieg durchschnittlich verbrauchte¹. Die Preise für Produkte, die nicht für Lebensmittelkarten zu bekommen waren, schnellten nach oben. Die Bevölkerung, die vor dem Krieg keine Erfahrung mit der Inflation hatte, mußte erleben, wie die Preise bereits nach einem Kriegsjahr im Durchschnitt die Preise des letzten Vorkriegsmonats um ca. die Hälfte übertrafen². Im zweiten Kriegsjahr waren sie um mehr als das doppelte gestiegen³. Dabei gilt es zu bedenken, daß dies die offiziellen Marktpreise betraf, nicht aber die Preise auf dem Schwarzmarkt, die während des Krieges begreiflicherweise noch größere Wachstumsraten verzeichneten. Während das Frühjahr 1915 sehr trocken war, regnete es im Frühjahr 1916 außerordentlich viel. Infolge dessen war die Kartoffelernte katastrophal und erbrachte weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Vorkriegserträge. Schon damals bahnte sich die Gefahr einer wirklichen Hungersnot in Deutschland an. In diesem Winter, dem schlimmsten Winter des ganzen Krieges, mußten die Steckrüben die Kartoffeln ersetzen. Die Brotration mußte auf 170 g herabgesetzt werden, der Normalverbraucher erhielt auf seine Lebensmittelkarten nur 1200 Kalorien täglich, eine Menge, die Medizinern zufolge dem Bedarf eines dreijährigen Kindes entspricht. Der Frontsoldat erhielt nur doppelt so viel und mußte in dem kalten Schützengraben der Witterung ausgesetzt leben. Die Stimmung sank auf einen Tiefpunkt. Die Verantwortlichen hatten alle Gründe zur Annahme, daß das gepeinigete Land einen weiteren Winter unter solchen Bedingungen nicht durchstehen würde. Es war der Winter, in dem man zum uneingeschränkten U-Bootkrieg schritt. Dieser U-Bootkrieg war übrigens im Volk sehr populär, weil man bestens im Bilde war, wofür man Hungersnot zu leiden hatte. Es kennzeichnet den Ernst der Lage des Winters 1916, daß die OHL einwilligte, freiwillig auf einen Teil der Lebensmittel zu verzichten und sie der heimischen Bevölkerung zugute kommen zu lassen. Im Frühjahr 1917 wurden weite Landteile Deutschlands durch eine Dürre geplagt. Infolge dessen fiel diesmal die Getreideernte sehr schlecht aus. Auch um das Kraftfutter war es so schlimm bestellt, daß die Bauern ihre abgemagerten Tiere teilweise mit Laub und Baumrinde füttern mußten. Der Viehbestand wurde so dezimiert, daß dem Verbraucher wöchentlich nur 125 g Fleisch zugewiesen wurden. Dazu gab es 7 g Fett täglich, die Brotration mußte auf 160 g herabgesetzt werden. Das schlimmste dabei war nicht, daß die Brotration nicht in Brot, sondern in Mehl ausgehändigt wurde und beim Backen einiges noch verloren ging, sondern weil die Behörden gezwungen waren, Mehl mit verschiedenen, zum Teil industriellen Zutaten zu vermischen. Das Brot der Kriegsjahre hatte deshalb nur wenig mit dem Brot der Friedenszeit gemeinsam und war vielmehr ein Mittel, um den Magen zu betrügen. Milch gab es in diesem Jahr nur noch für Kinder und stillende Mütter. Freilich gelten diese Angaben nur für die Stadtbevölkerung. Die Dorfbewohner hatten zumindest noch so viel Lebensmittel, daß sie nicht vor Hunger starben. In den Städten sah es jedoch ganz anders aus. Die Kriegsstatistik liefert diesbezüglich haarsträubende Zahlen, die um so bezeichnender sind, als in Deutschland vor dem Krieg wesentlich mehr Menschen in den Städten lebten, als in den Dörfern. Während des 1. Weltkrieges sind in Deutschland insgesamt über 700 000 Menschen an den Folgen der Unterernährung gestorben, was nur unwesentlich weniger ist, als die von den Statistiken erfaßten Opfer an der Front⁴. Demzufolge sind die Zahlen der Hungertoten unter

¹ Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 178f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

der deutschen Zivilbevölkerung während des Weltkrieges vergleichbar mit der Opferzahl an der Westfront gewesen. Besonders drückend für die deutsche Zivilbevölkerung aber auch für die Frontsoldaten sollte sich der Umstand erweisen, daß die Zahl der Kinder unter den Opfern des Hungers unproportional hoch war. Deutschen Statistiken zufolge stieg die Kindersterblichkeitsrate, gemessen an den Zahlen des Jahres 1913, bereits 1916 um mehr als 50%¹.

Kap. 2. Die „Diktatur Ludendorffs“

Bevor man zur Darstellung der Ereignisse übergehen kann, muß man in Kürze die wichtigste verfassungspolitische Änderung erwähnen, die im Verlauf des Weltkrieges in Deutschland eintrat und die Machtverhältnisse entscheidend verschob. Der Gesetzgebung des Deutschen Reiches gemäß fiel dem Kaiser innenpolitisch entscheidende Bedeutung zu, denn dieser war nicht nur irgendein mystischer „oberster Kriegsherr“, sondern auch der Oberbefehlshaber der Streitmacht und Staatsoberhaupt zugleich. Nach den Worten eines deutschen Militärhistorikers „*blieb für das preußische Kontingent des Reichsheeres bis zur Revolution von 1918 die Eidesformel vom 5. Juli 1831 in Kraft, die nicht nur die Berufssoldaten, sondern unter dem Regime der allgemeinen Wehrpflicht auch die Millionen Wehrdienstleistender 'in Kriegs- und Friedenszeiten' allein an die Person des Monarchen band*“². Wilhelm II. übernahm das Kommando über die Streitkräfte am Todestag seines Vaters und behielt es zumindest in der Theorie bis zu seiner Absetzung im Herbst 1918. Die Kompetenz des Kaisers im Hinblick auf den Belagerungszustand unterlag keinerlei Beschränkungen. Er allein war befugt, ihn zu verhängen und nach Belieben zu verlängern. Er ernannte die Militärbefehlshaber, konnte ihnen Befehle erteilen und kontrollierte ihr Wirken³. Dasselbe galt auch für alle Beamten des Deutschen Reiches, einschließlich des Reichskanzlers⁴. Der Terminus „Oberster Kriegsherr“ findet sich zwar weder in der Verfassung von 1867 und 1870, noch in den Verträgen und Konventionen Preußens mit den süddeutschen Staaten⁵. Jedoch wurde dieser Begriff in allen Teilen Deutschlands in Offizierskreisen für Wilhelm II. bezüglich seiner Position zu den Streitkräften angewandt und die Gesetze legten in seine Hände uneingeschränkte Vollmacht⁶. Die Erschaffer der deutschen Reichsverfassung dachten dabei, daß der Kaiser im Kriegsfall eine überparteiliche Position einnehmen mußte und eine uneingeschränkte Macht ausüben sollte, indem er zwischen den Militärs und der Zivilgewalt vermittelte.

Bekanntlich hat Wilhelm II. versagt, die ihm gegebene Macht in voller Fülle auszuüben. Die Geschichtsforschung geht davon aus, daß seine Entmachtung im Prinzip nicht durch die Abdankung, sondern wesentlich früher, ungefähr in der zweiten Hälfte des Weltkrieges vollzogen wurde. Diese Entwicklung ist insofern besonders verwunderlich, als der Stabschef der III. Heeresleitung Hindenburg ein überzeugter Monarchist war und die Mehrheit der Generäle ihm in dieser Hinsicht in nichts nachstand. Die Kritiker des Verfassungssystems des Deutschen Reiches sahen die Unzulänglichkeiten vor allem darin, daß bei der Aufgabenfülle Wilhelm II. geradezu erdrückt worden wäre, hätte er den Versuch unternommen, die Arbeit seiner Beamten gründlich mitzuverfolgen. Angeblich konnten

¹ Tarle, J., *Evropa v epochu iperializma*, S. 258.

² Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 4f. Der genaue Wortlaut des Eides in: Absolon, R., *Die Wehrmacht im Dritten Reich*, Bd. 1, Boppard 1969, S. 163.

³ Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 120f.

⁴ Ebd.

⁵ Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 2f.

⁶ Boldt, H., *Rechtsstaat und Ausnahmezustand. Eine Studie über den Belagerungszustand als Ausnahmezustand des bürgerlichen Rechtsstaates im 19 Jh.*, Berlin 1967, S. 190f.

seine Vorgänger auf dem Thron der preußischen Könige alles nur deshalb effektiv überwachen, weil die Verhältnisse, die früher viel einfacher waren, dies zuließen. Mit anderen Worten ausgedrückt: Das was noch unter Wilhelm I. möglich war, war zu der Regierungszeit Wilhelms II., insbesondere aber nach dem Ausbruch des Weltkrieges bereits zu einer Unmöglichkeit geworden. Obwohl diese Argumentation von den meisten Historikern übernommen wird, sticht sie nur teilweise. Es ist wahr, daß Wilhelm II., der seine Regierung so glanzvoll antrat, daran scheiterte, die Macht zu behalten und diese Stück für Stück aufgab. Ähnliches wurde auch in dem Deutschland am ähnlichsten stehenden Regime beobachtet, dem russischen Reich, das im Weltkrieg ebenfalls der Härteprüfung nicht standhielt. Es ist aber eine große Frage, ob der Erosionsprozeß in den beiden Ländern den Sieg davontrug, weil die Regierungssysteme unzulänglich waren, oder vielmehr deshalb, weil die Monarchen, denen eine zentrale Rolle in den Verfassungssystemen beider Länder zufiel, sich als zu schwach erwiesen, diese Systeme zusammenzuhalten.

Vor dem Krieg war Wilhelm II. durchaus in der Lage, seine Ansichten durchzusetzen. Der erste Chef des Generalstabes beim Regierungsantritt Wilhelms II., Graf Waldersee war nicht nur ein tüchtiger Soldat, sondern ein noch tüchtigerer Politiker. Seine Macht kann schon daran gemessen werden, daß es ihm unter Wilhelm I. gelang, den Kronprinzen Friedrich militärpolitisch auszuschalten¹. Die Militärkollegen gaben ihm noch vor seiner Ernennung zum Chef des Generalstabes den Spitznamen „der Fuchs“ und Waldersee wurde diesem Namen insofern gerecht, als er über beträchtlichen Einfluß und über ausgeprägte politische Ambitionen verfügte². Und dennoch wurde Waldersee entlassen, sobald Wilhelm II. den Eindruck gewann, daß die Intrigen seines Stabschefs seine Position als Kaiser zu bedrohen begannen. Es half Waldersee nicht, daß sehr einflußreiche Kreise seine Politik billigten und der ältere Moltke, dessen Wort in Deutschland einiges galt, sich persönlich einsetzte, Waldersee für die Armee zu erhalten³. Waldersees Nachfolger Schlieffen war ein Technokrat, der persönlich keine eigene politische Aspirationen besaß und der ausschließlich an der Vervollkommnung des Heeres arbeitete⁴. Schlieffen besaß aber eine ausgesprochen hohe Autorität und sein Einfluß unter den Militärs war genauso groß wie der des älteren Moltke⁵. In seiner Position als Chef des Generalstabes mußte sich Schlieffen auch mit den Problemen der Politik auseinandersetzen, jedoch gelang es Wilhelm II. ohne Mühe, ihn in seinem Einflußbereich zu halten. Schlieffen war während seiner gesamten Dienstzeit ein loyaler Befehlsempfänger des Kaisers und es gab keinen einzigen quellenmäßig nachweisbaren Fall, daß er die Macht des Kaisers je in Frage gestellt hätte⁶. Der jüngere Moltke, der Schlieffens Nachfolge antrat, handelte ebenfalls streng im Geist der Gesetze. Moltke stand seinem Kaiser und König in Bezug auf seine Autorität immer loyal gegenüber, in Friedenszeiten wie auch im Kriege. Selbst während der Krise um Lichnovsky's Telegramm (Sommer 1914), als der Kaiser erwog, den Schlieffenplan aufzugeben, hatte Moltke nicht im entferntesten daran gedacht, dem Kaiser energisch zu widersprechen⁷. Falkenhayn, der Moltke auf dem Posten des Stabschefs der OHL folgte, war im Prinzip auch ein

¹ Ausführlich über Waldersee vgl. **Meisner, H. O.**, *Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Graf von Waldersee*, 3 Bde., Stuttgart-Berlin 1923, **Görlitz, W.**, *Der deutsche Generalstab*, S. 135-167.

² Die Forschung geht davon aus, daß Waldersee gegen Ende seiner Karriere zeitlang aussichtsreicher Kandidat für das Amt des Reichskanzlers war, vgl. **Görlitz, W.**, *Der deutsche Generalstab*, S. 139f.

³ **Görlitz, W.**, *Die kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S. 117-122.

⁴ Zu Schlieffen, vgl. **Foerster, W.**, *Graf Schlieffen und der Weltkrieg*, Berlin 1925, **Freitag-Loringhoven, H., von**, *Generalfeldmarschall Graf v. Schlieffen und die Verwaltung seines geistigen Erbes im Weltkrieg*, Leipzig 1920.

⁵ Vgl. **Groener, W.**, *Das Testament des Grafen Schlieffen*, Berlin 1927.

⁶ **Görlitz, W.**, *Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S.122-146.

⁷ Moltkes Loyalität war so groß, daß Wilhelm II. sich sogar erlaubte den Chef seines Generalstabes mit Spitznamen beglücken. Einer Legende zufolge pflegte der Kaiser Moltke zuerst als den „kleinen Denker“ zu bezeichnen, im Gegensatz zu dessen „großen“ Onkel. Ein Mitglied des Hofstaates stieß auf einen Zigarettenfabrikanten namens Julius Denker, und der Kaiser ärgerte seinen Stabschef von da an, indem er ihn immer wieder „Julius“ anredete, vgl. **Schiffer, E.**, *Ein Leben für den Liberalismus*, Berlin 1951, S. 41.

loyaler Offizier und es gibt keine glaubwürdigen geschichtlichen Quellen, die seine Loyalität in Frage stellen¹. Falkenhayn war aber auch der letzte Stabschef, den Wilhelm II. aus freien Stücken ernannte. Die nächste Ernennung geschah bereits unter dem Druck der „öffentlichen Meinung“ und sollte sehr bald zeigen, daß Wilhelm II. sich nicht mehr in der Lage sah, die ihm von der Verfassung auferlegte Machtfülle auszuüben.

Wilhelm II. hatte sich einmal halb scherzhaft als „Feind aller Tinte“ bezeichnet². Diese Aussage war insofern richtig, als der Kaiser in seinen Arbeitstagen nur sehr wenig Zeit am Schreibtisch mit den Akten verbrachte. Davon wußten schon lange vor dem Krieg die Generäle genauso wie die Politiker. Im Deutschland der Vorkriegszeit war es Brauch, daß man Eingaben an den Kaiser schriftlich einem der drei Kabinette, die Verwaltungsaufgaben des Kaisers ausübten, einzureichen hatte. Die meisten Regierungsbeamten bekamen Audienzen beim Kaiser nur ein paar Mal im Jahr, denn dieser war mit Repräsentationsaufgaben voll ausgelastet³. Selbst der Reichskanzler hatte gewöhnlich nur einmal wöchentlich Audienz - Bülow allerdings sah ihn, solange er in Gnade war, fast jeden Tag⁴. Die Chefs des Generalstabes und der Admiralität wurden auch wöchentlich empfangen. Der Chef des Militärkabinetts hatte in der Regel drei, die Chefs des Marine- und des Zivilkabinetts jeweils zwei Audienzen in der Woche⁵. Mit diesen drei Kabinetten haben die Gründungsväter des Deutschen Reiches das Regieren für die Monarchen einfacher gemacht, indem sie Gremien schufen, die die immer größer werdende Fülle der kaiserlichen Aufgaben übernahmen⁶. Die Hauptaufgabe dieser drei dem Kaiser unmittelbar unterstellten Kabinette war es, die Position des Kaisers vor der Regierung und den Militärs zu vertreten und die gesamte Arbeit zu machen, der dann Wilhelm II. nur pro Forma zustimmen mußte. Die drei Kabinettschefs mit ihren Ämtern bildeten den Kanal für alles, was an politischen und verwaltungsmäßigen Dingen an den Kaiser herangetragen werden sollte. Sie waren bei allen in ihr Sachgebiet fallenden Audienzen zugegen, auch bei den Vorträgen der Minister, und besprachen nach deren Weggang die Angelegenheit noch einmal mit dem Kaiser, bevor die endgültige Entscheidung gefällt wurde⁷. Die Macht dieser Gremien war immens. Das Militär- und das Marinekabinett waren unter anderem für die Besetzung der oberen Kommandostellen im Heer und in der Marine zuständig. Das Zivilkabinett vertrat die kaiserliche Position gegenüber dem Reichskanzler, der diese Position dann umzusetzen hatte. Die Chefs der kaiserlichen Kabinette regierten somit im Namen des Kaisers das Land⁸.

Männer wie Lucanus und insbesondere Valentini, die nacheinander lange Jahre an der Spitze des Zivilkabinetts standen, entwickelten dank ihrer Kontakte mit den Ministern und den Abgeordneten einen großen Wirklichkeitssinn und waren fähige Beamte. Leider war die Atmosphäre in den Regierungs- und Hofkreisen vor Kriegsausbruch bei weitem nicht so nüchtern, wie bei den Sitzungen der Militär- und Zivilkabinetts und Wilhelm II. trug an dieser Entwicklung eine große Schuld. Schon der preußische Kriegsminister General von Einem hatte festgestellt, daß Wilhelm II. bei allen guten Seiten seines Charakters unfähig war, sich ergebene Mitarbeiter auszusuchen⁹. Obwohl er ganz unverhüllter

¹ Zu Falkenhayn vgl. **Falkenhayn, E., von**, *Die Oberste Heeresleitung 1914-1916 in ihren wichtigsten Entschlüssen*, Berlin 1920.

² **Chamberlain, H. S.**, *Briefe*, Bd. 2, S. 188.

³ **Meisner, H. O. (Hrsg.)**, *Aus dem Briefwechsel des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee 1886-1891*, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1928, S. 319.

⁴ **Valentini, R., von**, *Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel. Dargestellt von B. Schwertfeger*, Oldenburg 1931, S. 48-55, **Craig, G. A.**, *The Politics of the Prussian Army 1640-1945*, Oxford 1955, S. 240f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ **Tirpitz, A., von**, *Erinnerungen*, Leipzig 1919, S. 135f.

⁸ Zu den Aufgaben und der Arbeit dieser Gremien vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 7, S. 3-73.

⁹ **Einem, K.**, *Erinnerungen eines Soldaten, 1853-1933*, Leipzig 1933, S.128f.

Schmeichelei gegenüber oft auch skeptisch blieb, schenkte er dennoch zu leicht sein Vertrauen, das dann sehr häufig mißbraucht wurde. Sein Hofmarschall Zedlitz-Trützschler schrieb - um nur ein Beispiel zu nennen- über den Mann, der ihn jahrelang auf einem sehr angesehenen aber auch höchst konfidenziellen Posten beschäftigte, ein Erinnerungsbuch mit dem Titel „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“, in dem er an Wilhelm II. kein gutes Haar ließ¹. In diesem Buch wird Wilhelm II. als ein oberflächlicher und unfähiger Mensch beschrieben, dessen Regierungsweise geradezu vorbestimmt war, Deutschland ins Unglück zu stürzen. Es hinderte den Autor allerdings nicht, „zwölf Jahre“ die Vorteile seines Arbeitsplatzes zu genießen^{2*}.

Ähnlich verhielt es sich auch mit manchen Regierungsmitgliedern, einschließlich Kanzler Bülow. Wilhelm II. brauchte einmal nur zu sagen: „*Sie verderben mit Ihren hellen Hosen noch die besten Wetteraussichten*“, und der Kanzler, von dem man allgemein erwartet hatte, Bismarck ersetzen zu können, eilte davon, um sich umzuziehen³. Es erübrigt sich zu sagen, daß Bülow entlassen wurde, nachdem er den Kaiser verraten und dem Prestige der Monarchie einen immensen Schaden zugefügt hatte. Viele in der Umgebung des Kaisers vom Schlage Bülows oder Sedlitz' beklagten sich im nachhinein bitter über die „Unberechenbarkeit“ des Kaisers und über den bösen Willen der „Hydra“, wie man die kaiserlichen Kabinette zu bezeichnen pflegte. Man darf sich aber bei dieser Feststellung nicht durch die Beschwerden irre führen lassen, Beschwerden, die nur zu oft von den Leuten stammten, deren eigennützige Ambitionen vom Verwaltungsapparat des Kaisers vereitelt worden waren.

Dennoch kann Wilhelm II. der Vorwurf nicht erspart werden, daß er viel zu wenig Zeit den Regierungsgeschäften widmete und sich zu sehr auf die Repräsentation beschränkte. Von Bismarck persönlich stammt diesbezüglich ein Witz, daß Wilhelm II. sich wünsche, alle Tage Sonntag zu feiern⁴. Sein Zeitplan ließ - sofern Reisen nicht dazwischen kamen - nur etwa zwei Stunden täglich für die Audienzen und kaum mehr für die Arbeit mit den Akten übrig⁵. Die restliche Zeit war mit den zahlreichen und oft zermürenden Repräsentationsaufgaben ausgefüllt. Einmal vor dem Krieg mußte der Kaiser - um nur ein Beispiel zu nennen - mit seiner Gattin nach Frankfurt reisen, um dem Wettsingen zahlloser Gesangsvereine in der Festhalle beizuwohnen. „*[Es war] eine entsetzliche Aufgabe für einen nicht musikalisch begeisterten Zuhörer, der sich aber der Kaiser mit nie ermüdender Passion von morgens 10 Uhr bis abends 6 Uhr unterzog*“⁶. „*Wir hörten ein Lied nicht weniger als 35 Mal*“, beschrieb die erschöpfte Kaiserin ihre Empfindungen dieses Tages⁷.

Wilhelm II. verfügte bei Ausbruch des 1. Weltkrieges durchaus über ein Instrumentarium, welches ihm ermöglichte, die Macht in seinen Händen zu konzentrieren. Er war in den militärischen Fragen keinesfalls ein Dilettant. Zahlreiche Militärfachleute in Deutschland wie im Ausland bescheinigten dem Kaiser durchaus gute militärische Fachkenntnisse⁸. Die große historische Schuld Wilhelms II. im Weltkrieg war, daß er nicht einmal versuchte, die ihm von der Verfassung und der Tradition auferlegte Pflicht wahrzunehmen. Schon während der Westoffensive ließ er die Macht aus seinen Händen gleiten und zog sich zurück. Dem Chef des Marinekabinetts Admiral Müller zufolge, zeigte

¹ Vgl. **Zedlitz-Trützschler, R., Graf, von**, *Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof*, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1923.

² Den Grund für seine „Opposition“ liefert Sedlitz im Übrigen selbst. Wilhelm II. soll zu ihm grob gewesen sein und seine Würde oft in der Öffentlichkeit verletzt haben. „*Wie haben sie Sedlitz geschlafen?*“, fragte Wilhelm II. seinen Hofmarschall einmal und nach dem er eine positive Antwort erhielt er fügte zu: „*Sehr schade, denn sie haben heute noch nichts geleistet*“, **Zedlitz-Trützschler, R., Graf, von**, *Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof*, S. 139f.

³ **Zedlitz-Trützschler, R., Graf, von**, *Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof*, S. 170.

⁴ **Zedlitz-Trützschler, R., Graf, von**, *Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof*, S. 9.

⁵ Vgl. **Ludwig, E.**, *Kaiser Wilhelm II.*, Berlin 1926, S. 92f.

⁶ **Valentini, R., von**, *Kaiser und Kabinettschef*, S. 117.

⁷ Zitiert bei **Topham, A.**, *Memories of the Fatherland*, London 1916, S. 168.

⁸ **Einem, K., von**, *Erinnerungen eines Soldaten*, S. 128f.

Wilhelm II. bereits damals erste Anzeichen der Resignation und der Bereitschaft, zugunsten der OHL machtpolitisch abzutreten. Schon am 6. November 1914 verkündete er dem verärgerten Max von Baden, als dieser mit dem Kaiser militärische Überlegungen besprechen wollte: „*So was erfahre ich nur sehr selten. Der Generalstab sagt mir gar nichts und fragt mich auch nicht. Wenn man sich in Deutschland einbildet, daß ich das Heer führe, so irrt man sich sehr. Ich trinke Tee und säge Holz und gehe spazieren, und dann erfahre ich von Zeit zu Zeit, das und das ist gemacht, ganz wie es den Herren beliebt*“¹. Diese Worte sprach Wilhelm II. zu der Zeit, als er über uneingeschränkte Macht im Heer und in der Regierung verfügte.

Zum Unglück für Deutschland war die machtpolitische Lage so, daß bereits zu dem Zeitpunkt, als der Kaiser sich innerlich von seinem Machtanspruch verabschiedete, im Militärapparat selbst innere Konflikte ausbrachen. Eine der wichtigsten Tugenden des alten Preußentums besagte: „Viel leisten und wenig hervortreten“. Gerade mit diesem Vorsatz wurde aber im 1. Weltkrieg so gründlich gebrochen, daß es den heutigen Geschichtsschreibern nur noch verwundern kann. Um sich zu vergewissern, worum es eigentlich geht, muß man sich vor Augen halten, daß gleich nach dem Ausbruch des 1. Weltkrieges in Deutschland eine seltsame Politik betrieben wurde, als es an der Tagesordnung war, eigene Erfolge zu übertreiben^{2*}. Freilich: In jedem Land und in jedem Krieg ist die Zensur dafür verantwortlich, daß die Information tendenziös an die Bevölkerung weitergegeben wird. In Deutschland aber wurde in den öffentlichen Stellungnahmen sowie in der Presse die richtigen oder auch nur vermeintlichen Siege mit solch einem Pomp gefeiert, daß der Bevölkerung der Eindruck vermittelt wurde, der Endsieg sei nur eine Frage der Zeit. Die deutsche öffentliche Meinung erfuhr nicht von den Vorgängen an der Marne im Herbst 1914. Die Zeitungen, die so ausgiebig über den Vormarsch durch Belgien und über die Siege des Westheeres berichteten, haben keine Silbe darüber verloren, daß nach dem von Moltke befohlenen Rückzug die Chancen, im Westen einen vollen Sieg zu erringen, zusammengeschrumpft waren. Ähnlich wie in Rußland, wo die Katastrophe der 2. Armee in Ostpreußen durch die Meldungen über die Siege in Galizien vertuscht wurden, vertuschte das Presseamt die Niederlage im Westen mit einer Propagandakampagne, die in die Geschichte als „Tannenberg-Kult“ eingegangen ist. Es war eigentlich nichts dabei, daß man bei der Berichterstattung des Jahres 1914 von der Ostfront so ziemlich alle Schlachten für gewonnen erklärte und über Zahlen russischer Gefangener berichtete, die manchmal größer waren, als die Soldatenzahl der in diesen Schlachten verwickelten russischen Armeen³.

Vor diesem Hintergrund vollzog sich in der ersten Phase des Weltkrieges in der deutschen Generalität ein verheerender Kampf um die strategische Kriegsführung. Bekanntlich war der Stabschef der OHL bis Sommer 1916 Erich Falkenhayn, ein entschlossener Verfechter der These, daß Deutschland die Entscheidung im Westen suchen mußte⁴. Auf dieser Basis formierte sich eine innermilitärische Opposition, die hauptsächlich aus den Generälen des Ostheeres bestand und dafür eintrat, die Entscheidung an der Ostfront zu suchen. Noch Anfang 1915 führte der Streit zwischen „Ostlern“ und „Westlern“ zur offenen Herausforderung der kaiserlichen Macht, da die „Ostler“ nicht nur eigene Operationen ohne Genehmigung der OHL durchführten, sondern sich auch unkonventioneller Mittel bedienten,

¹ Müller, A., *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, S.176.

² Arthur Rosenberg hebt hervor, daß in Deutschland, ähnlich wie in Rußland, für diese Propagandapolitik hauptsächlich ein patriarchalisches Regierungsstil verantwortlich war. Demnach versäumte es der Staat, Ungerechtigkeiten des Krieges propagandistisch wirksam auszunutzen, Rosenberg, A., *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 178f.

³ Vgl. Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 1, S. 137, Kamenskij, M., *Krušenije XX-go korpusa*, Leningrad 1921, S. 170-172. Zur Stärke der deutschen 10. Armee vgl. Reichsarchiv, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 7, S. 177.

⁴ Vgl. Falkenhayn, E., von, *Die oberste Heeresleitung 1914-1916 in ihren wichtigsten Entschlüssen*, Berlin 1920.

als sie sich an die öffentliche Meinung in der Heimat wandten und eine Propaganda gegen Falkenhayn und den Kaiser begannen. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß die deutschen Armeen im Westen erfolglos geblieben waren, wurde die öffentliche Meinung im Heere und in der Heimat auf ein militärisches Gespann aufmerksam, dessen Einfluß seit dem Sieg bei Tannenberg ständig stieg. Es handelte sich hier um ein Erfolgsduo zweier Generäle, das in der Armee als „Firma“ bekannt war und in der Heimat als Siegesgarantie gefeiert wurde. Die zwei Generäle hießen Hindenburg und Ludendorff. Sie wurden dem Kaiser in der zweiten Kriegsphase von der öffentlichen Meinung aufgezwungen und zwar mit verheerenden Folgen für die Zukunft.

Paul von Hindenburg war ein alter Soldat, dessen Militärkarriere im Krieg von 1870 begonnen und der bis zu seiner Demissionierung 1911 in verschiedenen Positionen des preußischen Heeres gedient hatte. Vor 1914 kannte in Deutschland jedoch kaum jemand seinen Namen. Selbst in den Militärkreisen war er eine unbekannte Größe. Während seiner langen aktiven Dienstzeit vermochte Hindenburg seine militärische Vorgesetzten nicht zu überzeugen. Er schaffte den Aufstieg bezeichnenderweise weder unter dem älteren Moltke noch unter Schlieffen. Auf dem Höhepunkt seiner militärischen Karriere befehligte er lediglich ein Armeekorps. Aber selbst diese Position verdankte er seinem Dienstalter und der Ochsentour durch die gesamte militärische Hierarchie von Rang zu Rang. In der vor dem Krieg erschienenen neuesten Ausgabe des deutschen Who's Who fand man ihn mit zwölf anderen Personen auf einer Seite und unter dem Buchstaben B mit „Beckendorff“ angegeben. Selbst sein begeisterter Biograph Alfred Niemann fand, daß Hindenburgs Dienst vor dem Weltkrieg „wertvoll, aber nicht maßgebend“¹ war. Hindenburg verdankte seinen kometenhaften Aufstieg im Weltkrieg, einer Reihe glücklicher Umstände. Man muß sich vor Augen halten, daß Hindenburg 1914 nicht nur ein pensionierter alter General war, sondern sich von militärischem Gebiet so weit entfernt hatte, daß er nicht einmal eine passende Uniform besaß. Als die Russen in Ostpreußen einbrachen und Moltke das erfolglose Gespann Prittwitz-Waldersee ablöste, waren die Offiziere in der OHL sich noch überhaupt nicht darüber einig, ausgerechnet Hindenburg zum Kommandeur der 8. Armee zu ernennen. Zur Auswahl standen mehrere pensionierte Generäle, und man kam deshalb auf Hindenburg zurück, weil ein entfernter Verwandter, ein Offizier in der OHL, vorschlug, Hindenburg zu rufen, weil er in Hannover lebte und deshalb schneller auf dem Kriegsschauplatz erscheinen konnte². Ein weiterer Glücksfall für Hindenburg waren seine Gegenspieler im Stab der russischen Nordfront. Bessere Vogelscheuchen als ein General Žilinskij oder ein General Russkij konnte er sich gewiß kaum gewünscht haben.

Trotzdem war ihm sein späterer Ruhm nicht unverdient in den Schoß gefallen. Hindenburg besaß eine Reihe hervorragender Qualitäten. Zuallererst war Hindenburg ein Mensch von konservativem Schlag und mit einer gehörigen Portion gesunden Menschenverstands ausgestattet. Dinge, die er nicht an der Militärschule gelernt hatte, kompensierte er durch reiche Lebenserfahrung. Hindenburg war ferner ein sehr integrierter Charakter, der durchaus fähig war, sich voll in den Dienst der Sache zu stellen und fürchtete sich nie davor, Verantwortung zu übernehmen. Seine außerordentlich starken Nerven sind später zu einem seiner Markenzeichen geworden. Trotz seines hohen Alters besaß er eine schnelle Auffassungsgabe und das nötige Durchsetzungsvermögen. Auch seine Ausstrahlung machte auf die Zeitgenossen großen Eindruck. Seine große und kräftige Statur paßte bestens auf das Bild eines „Feldherrn“, das sowohl die Truppen, als auch die Masse der Zivilbevölkerung begeistern konnte. Im Gegensatz zu Tirpitz, der sich vor dem Weltkrieg als der große Matrose feiern ließ, im Krieg aber nichts geleistet hat und wegen Intrigen entlassen wurde, war Hindenburg ein Mensch, der für seine Prinzipien geradestand. Die Hofatmosphäre war ihm immer fremd. Eine der Hindenburglegenden

¹ Vgl. **Niemann, A.**, *Hindenburg im deutschen Schicksal*, Stuttgart 1933.

² **Wheeler Bennett, J.**, *Paul von Hindenburg*, S. 33f.

erzählt, daß er vor dem Krieg auf dem Kaisermanöver als einziger das zustande brachte, wozu vielen preußischen Generälen der Mut fehlte. Als er mit seinem Korps gegen ein vom Kaiser geführtes Korps auftreten mußte, ließ er den Kaiser verlieren¹. Hindenburg war ein sehr bescheidener Mensch. Anders als z. B. Ludendorff oder Hofmann, die sehr oft den Eindruck zu vermitteln versuchten, daß sie nicht nur auf militärischem Gebiet Fachleute waren, sondern auch in Philosophie, Geschichte und Politik Bescheid wußten, versuchte Hindenburg nie, sich auf Gebieten zu profilieren, in denen er sich unsicher fühlte. Auf Ludendorffs Überzeugung, ein guter Experte in Politik zu sein, reagierte Hindenburg oft mit Humor. Als mit den zunehmenden Siegen Politiker aus Berlin im Stab Hindenburgs erschienen, um über die Lage zu beraten, ließ Hindenburg nicht zu, sich in Intrigen verwickeln zu lassen. Erzberger erhielt bei einer Angelegenheit folgende Meinung des Feldmarschalls zu hören: „*Von Politik verstehe ich gar nichts. Aber gehen sie mal zu Ludendorff, der glaubt, etwas davon zu verstehen*“². Auf Zeitgenossen wirkte Hindenburg wie ein volkstümlicher General. In dieser Hinsicht konnte ihn niemand in der Generalität übertreffen. Nicht zufällig hingen schon sehr bald nach Hindenburgs Reaktivierung Bilder des Feldmarschalls zu Hunderttausenden in den Stuben des Landes.

Im Gegensatz zu Hindenburg war sein Stabschef General Erich Ludendorff bereits vor dem Weltkrieg eine gewisse Größe. In Militärkreisen galt er noch vor 1914 als einer der besten Köpfe des Generalstabes und wurde als solcher vom damaligen Stabschef Moltke protegiert³. Im Rang eines Hauptmanns leitete Ludendorff 1908 die wichtigste Abteilung des Generalstabes, die Aufmarschabteilung. Unter Ludendorffs Mitwirkung wurden im Schlieffenplan letzte Korrekturen unternommen, und dieser Plan kam dann in dieser Fassung 1914 zur Anwendung. Ludendorff machte aber nicht durch diese Korrekturen von sich zu reden, sondern damit, daß er 1913 eine drastische Vermehrung der Streitkräfte initiierte. Schon damals hatte er die Charakterzüge offenbart, die dann im Weltkrieg zu voller Entfaltung kommen sollten. Die Reichsregierung war gegen die Heeresvermehrung eingestellt, da diese Maßnahme eine Rüstungswelle anderer Staaten hervorrufen und somit mehr Schaden als Nutzen bringen würde. In dieser Situation griff Ludendorff zu einer originellen Lösung des Problems, als er sich über den Kopf aller übergeordneten Instanzen hinweg an die „öffentliche Meinung“ wandte und die Gegner der Heeresvermehrung angriff. Der Skandal war groß und der Kaiser mußte einschreiten, indem er Ludendorff seiner Stellung enthob und nach Düsseldorf strafversetzte. Die Lehren, die Ludendorff aber aus der Affäre zog, waren für ihn ermutigend. Die gesamte Generalität stand auf seiner Seite. Die Heeresvermehrung wurde - wenn auch in abgeschwächten Form - durchgeführt. Diese Heeresvermehrung ist von besonderem Interesse, weil sie Ludendorff als Militär und Politiker wohl am besten charakterisiert. Militärisch war die Maßnahme insofern brillant, als Deutschland infolge seiner Verwirklichung bestens für den Krieg gerüstet war. Politisch war allerdings die Maßnahme ein Desaster: Nicht nur weil sie eine Rüstungswelle innerhalb der Entente auslöste, sondern auch weil die Ententemächte den Krieg mit Deutschland ab 1913 für unvermeidlich hielten⁴. Die Reformen waren sehr kostspielig und belasteten den deutschen Fiskus. Berechnungen der Militärexperten nach mit mehr als 1 Mrd. Mark. Der Generalstab schlug vor, die Summe zwar durch Steuern aufzubringen, diese hatte aber die Industrie und das reiche Bürgertum zu zahlen. Der kleine Steuerzahler sollte dagegen davon befreit werden. Mit diesem Köder fingen die Generäle sofort die Sozialdemokraten, die das Gesetz im Reichstag befürworteten. Allerdings forderten sie für ihre Zustimmung, daß auch die deutschen Fürsten finanziell herangezogen

¹ Balfour, M., *Der Kaiser*, S. 157f.

² Görnitz, W., *Die kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S. 191.

³ Frentz, H., *Der unbekanntene Ludendorff. Der Feldherr in seiner Umwelt und Epoche*, Wiesbaden 1972, S. 10f.

⁴ Ludendorff hat dies übrigens in seinen Erinnerungen auch selbst zugegeben, vgl. Ludendorff, E., *Mein militärischer Werdegang*, S. 113-161.

werden¹. Der Kaiser war von der Krise um die Heeresvermehrung sehr wenig begeistert, und das nicht nur weil er und seine Mitarbeiter die internationalen Gefahren erkannten, sondern auch weil die Erhebung dieser Extrasteuer mit dem 25. Jubiläum der Thronbesteigung zusammenfiel. Leider hatte Wilhelm II. schon damals keinen Mut aufgebracht, gegen Ludendorff gebührend vorzugehen. Der Kaiser fand es viel bequemer, einmal mehr öffentlich die Sozialdemokratie zu diffamieren: „*Der deutsche Parlamentarier und Politiker wird eben mit der Zeit ein Schwein*“, hieß es diesbezüglich in einem Telegramm an Bethmann².

In seinen Erinnerungen bezeichnete Hindenburg sein Verhältnis zu Ludendorff als „eine glückliche Ehe“³. Diesbezüglich muß aber bemerkt werden, daß dieser Ehe zwei Menschen aus denkbar unterschiedlichem Milieu angehörten, deren einigendes Element nur die Zugehörigkeit zu einer Armee war. Im Gegensatz zu Hindenburg, dessen Vorfahren etablierte Persönlichkeiten des preußischen Lebens waren, entstammte Ludendorff einer gänzlich unbedeutenden bürgerlichen Familie. Seine Mutter, eine Tempelhoff, bestand zwar der damaligen Mode entsprechend darauf, adelig zu sein, ihr Adel ist archivmäßig jedoch kaum nachweisbar⁴. Der Vater war ein Kaufmann, dessen Vorfahren angeblich aus Schweden stammten. Geboren wurde Ludendorff in Kuzewnia, einem kleinen Dorf in der Provinz Posen, wo Deutsche und Polen in einem gespannten Verhältnis lebten⁵. Die „Ehe“, wie Hindenburg sein Verhältnis zu Ludendorff bildlich beschrieben hatte, war aber keine sehr glückliche Verbindung. Sie war schlimm für das Land, und wenn man genauer hinsieht nicht unproblematisch für beide Beteiligten. Es ist nicht leicht zu sagen, in welchem Grad sich Hindenburg seinem jüngeren Stabschef unterwarf. Daß er sich unterwarf, steht fest; es gab während der Gesamtdauer dieser „Ehe“ nicht eine Meinungsverschiedenheit, in der Ludendorff nachgab und Hindenburg sich durchsetzte. Das Verhältnis funktionierte so, daß Ludendorff vorschlug und Hindenburg ohne einwilligte. In einem gewissen Sinne handelte Hindenburg dabei als typisch preußischer kommandierende General, dessen Entscheidungen nach Moltkes Vorbild durch seinen Stabschef vorbestimmt wurden.

Ludendorffs Person zu umschreiben ist sehr schwer. Die Zeitgenossen stimmen darin überein, daß der herausragende Charakterzug Ludendorffs sein außerordentlich starker Durchsetzungswille war. Ludendorff war ferner ein sehr harter Arbeiter und sehr guter Manager. Er arbeitete nicht nur selbst bis zur äußersten Erschöpfung, sondern verlangte dies auch von seinen Mitarbeitern⁶. Es gibt ferner keine Gründe daran zu zweifeln, daß er seine gesamte Kraft darauf verwendete, einen möglichst großen Beitrag zum Sieg Deutschlands beizusteuern. Andererseits war er trotz seiner Fähigkeiten auf militärischem und organisatorischem Gebiet gewiß nicht der großartige „Feldherr“, für den er sich bis zu seinem Tode 1937 hielt. Schon sein Bildungsweg war zu bescheiden, um ihm nötiges Wissen zur Lenkung des Staates im Kriege mitzugeben. Seine Geburtsstadt Kuzewnia war nicht Berlin, also konnte Ludendorff nicht in eine gute Schule geschickt werden⁷. Auch seine Eltern zählten wohl kaum zu den gebildeten Kreisen, die irgend etwas außer Patriotismus aufzubieten hatten. Von Ludendorff selbst veröffentlichte Fotografien seiner Eltern zeigen verbissene und harte Gesichter, die vom Bild weg schauen. Besonderes Interesse verdient dabei ein Bild seiner Mutter, die im Arbeitszimmer seines Vaters liest. Erstaunlich dabei ist die Zimmereinrichtung, unter der der künftige General aufwuchs, und dessen Bedeutung er selbst in seiner Autobiographie folgendermaßen schilderte: „*An der Wand links die*

¹ Tarle, J., *Evropa v epochu imperializma*, S. 138f.

² Zitiert bei Balfour, M., *Der Kaiser*, S. 358.

³ Hindenburg, P., von, *Aus meinem Leben*, S. 78f.

⁴ Görlitz, W., *Der deutsche Generalstab*, S. 256f.

⁵ Ebd.

⁶ Zum Arbeitsstil von Ludendorff vgl. Foerster, W., *Der Feldherr Ludendorff im Unglück. Eine Studie über seine seelische Haltung in der Endphase des Ersten Weltkrieges*, Wiesbaden 1952.

⁷ Ludendorff, E., *Mein militärischer Werdegang*, S. 9f.

Könige von Preußen, rechts die Säbel, die mein Vater getragen hat, darüber die Siegesgöttin von der Siegessäule vor dem Brandenburger Tor in Berlin, dazwischen eingerahmt ein Stück Tapete aus dem Schloß Bellevue bei Sedan, in dem die Begegnung Wilhelms und Napoleons III. nach der Schlacht von Sedan stattfand ... In der Wandecke eine Mitrailleusenkartusche aus dem Kriege 1870/71. Ich bringe das Bild als Charakteristik meines Elternhauses“¹. Seine Schulbildung erhielt Ludendorff in der tiefen Provinz, die dann in der Kadettenanstalt Lichtenfelde ergänzt wurde. Dieser Umstand ist freilich an und für sich nicht bezeichnend - auch der ältere Moltke wurde in einem Kadettenkorps großgezogen - jedoch der Bildungsunterschied beider ist offensichtlich. Daß der ältere Moltke seinerzeit verdient zu den gebildetsten Menschen Preußens gezählt wurde, kann anhand seines literarischen Nachlasses belegt werden. Inhalt und literarischer Stil weisen einen kultivierten und vielseitig interessierten Menschen aus². Von Ludendorffs geistigen Horizonten zeugt ebenfalls sein literarischer Nachlaß, der einiges über außermilitärische Fähigkeiten des Autors enthüllt. In seiner Autobiographie ist unter anderem auch folgendes über seine Vorfahren zu finden: „Die Ludendorffs waren Kaufleute und Reeder gewesen. Nach Akten der Stadt Köln hat ein Ludendorff unter Kaiser Sigismund im 15. Jh. gegen Priester und Juden gekämpft und sich dadurch den Unwillen des Kaisers zugezogen.“³. Zu seiner Kadettenzeit schrieb er: „Ich denke gerne an meine Kadettenzeit zurück, obschon sie aus den Kindern frühzeitig Erwachsene machte, die doch schließlich noch keine Erwachsene waren. Es fiel mir sehr schwer, mich meinen Altersgenossen anzuschließen. Ich habe auch Freundschaften im Korps nicht geschlossen“⁴. Zu seiner Jugend als aktiver Offizier: „Ich war ein 'flotter Leutnant' und guter Tänzer und auf vielen Gesellschaften gern gesehen. Ich tanzte sogar in der 'Loge'. Was Freimaurerei war, ahnte ich damals noch nicht und zerbrach mir auch nicht den Kopf darüber, sondern hielt die 'Loge' für eine gesellschaftliche Vereinigung bürgerlicher Kreise, die nebenbei Wohltätigkeit pflegte. Erst nach dem Kriege sollte ich anderes erkennen ... In die Lokale ging ich ungern, der Rauch störte mich. Einen sog. Frühschoppen lehnte ich ab, was mir allerdings den Unwillen einiger Kameraden zuzog, die zum Schaden ihrer Entwicklung diesem damals herrschenden Unwesen huldigten. Sie schwächten Körper und Geist und untergruben ihre Laufbahn ... Da sich mein jugendlicher Körper sehr schnell entwickelte, mußte ich auch Uniformstücke beiseite legen, ehe sie verbraucht waren. Das kostete eine Menge Geld, und Schulden habe ich, bis auf geringe Kleiderschulden, die aber auch rechtzeitig gezahlt wurden, nie gehabt. Ich lebte mehr als bescheiden. Jahrelang war abends ein oder zwei Mainzer Käse, Brot und Butter und dazu ein Glas Bier meine Abendmahlzeit. Sie ist mir sehr gut bekommen. Später, als ich Oberleutnant und Hauptmann wurde, leistete ich mir eine größere Abwechslung. Zunächst trat zu Mainzer Käse ein Stück Wurst, und so 'vervollkommnete' ich mich immer mehr“⁵. „Das dreijährige Kommando nach Berlin wurde durch Sommerkommandos zu anderen Waffen unterbrochen. So leistete ich [den Dienst als Infanterist] in Erfurt, wo einst Napoleon die deutschen Fürsten und Herrn v. Goethe demütigte“⁶. Zur Allgemeinbildung, Religion und den Auslandsreisen: „In Groß-Lichtenfelde wurde ich konfirmiert. Die Konfirmation hat keinerlei Einfluß auf mich gemacht. Ich habe damals wohl überhaupt nicht über die christliche Lehre nachgedacht, die Eltern waren keine Kirchengänger. Im Kadettenkorps wurden wir sonntäglich in die Kirche geführt. Doch das war Dienst, wie jeder andere Dienst ... Genauso wie es Dienst war, wenn ich als protestantischer Offizier später in Wesel römische Soldaten in ihren Gottesdienst führte, ohne mir

¹ Ebd.

² Vgl. **Moltke, H., von**, *Unter dem Halbmond. Erlebnisse in der alten Türkei 1835-1839*, Stuttgart 1997, **Moltke, H., von**, *Gesammelte Werke und Denkwürdigkeiten*, 8 Bde., Berlin 1891-1893.

³ **Ludendorff, E.**, *Mein militärischer Werdegang*, S. 4.

⁴ **Ludendorff, E.**, *Mein militärischer Werdegang*, S. 6.

⁵ **Ludendorff, E.**, *Mein militärischer Werdegang*, S. 13.

⁶ **Ludendorff, E.**, *Mein militärischer Werdegang*, S. 27-29.

Kopferbrechen darüber zu machen, welch schwer unsittlicher Zwang ... in solchem 'in die Kirche kommandiert werden' lag. Ich fragte [meine Mutter] am Abend enttäuscht, ich wäre ja genau so wie am Morgen vor der Konfirmation, es hätte sich ja nichts geändert. Meine Mutter meinte darauf, ja so ist es auch ... Der Drill und die Suggestionen, die der römische Priester erhält, machen ihn zu einem Beamten eines Italieners auf dem päpstlichen Stuhl und lösen ihn aus seinem Deutschen Volk. Es waren arme, heimatlose Menschen, die nur in deutschen Häusern wohnten. In diesen konnte keine andere Luft herrschen, als sie mir entgegen schlug. Aus den Quartieren der Beamten der römischen Kirche strömte mir eine Luft entgegen, die mir fremd war [...] Wenn wir sonntags spazieren gingen, spotteten wir wohl über den Stumpfsinn des Lebens in Wilhelmshaven. Aber doch brachte mir das Leben in Wilhelmshaven viel neues. Auch fand ich reichlich Zeit, um gute und schlechte Bücher zu lesen und militärwissenschaftliche Werke zu studieren [...] Die Geselligkeit, die uns in den ausländischen Häfen angeboten wurde, ließ uns manch einen Einblick in die Denkart, die Sitten und die Gebräuche anderer Völker tun. In Schweden fiel die Bewunderung des schwedischen Offizierskorps für alles Deutsche auf. Dort fanden wir wirkliche Wärme und rassistischen Zusammenhang. In Norwegen und namentlich in England stießen wir auf mehr Kühle, die von den Formen der Gesellschaft verlangte Höflichkeit doch noch hindurchleuchtete. Von irgendeinem nördlichen Blutsgefühl war nicht die Rede. Christenlehre ließ die Völker es lange verlieren“¹.

Dieses Zitieren kann man nach Belieben fortsetzen. Der Umstand, daß Ludendorff diese Zeilen unter der Regie seiner zweiten, berüchtigten Frau Mathilde schrieb, die in der Zeit zwischen den Weltkriegen das Münchener Publikum mit ihren theoretischen Werken amüsierte, ist keine Entschuldigung. Daß Ludendorff in der Weimarer Republik von sich Reden machte, als er anfangs in abenteuerliche Unternehmen wie den Kapp-Putsch verwickelt war, später heidnischen Göttern huldigte und Probleme der Freimaurerei erforschte, konnte nur deshalb geschehen, weil er auch in seiner aktiven Zeit kein gefestigtes Wertesystem besaß. Obwohl Karl Helfferich sich als der exponierteste Finanzmann des Deutschen Reiches genauso wie Ludendorff für den Sieg des Landes engagierte, wurde er von der Eignung Ludendorffs, politische Entscheidungen zu treffen, sehr schnell nachdenklich gemacht. Von ihm stammt deshalb auch die härteste Charakteristik Ludendorffs: „*Militärisch ein Genie, politisch ein Kind, als Charakter eine Kanaille*“². Kurt Riezlers zeitgenössische Charakteristik Ludendorffs ist zwar etwas moderater, fällt aber ebenfalls vernichtend aus: „*Dieser Mensch [ist] politisch so ungebildet, daß er nicht weiß, was parlamentarisches Regime ist und nur dunkel davon gehört hat, daß Deutschland ein Bundesstaat ist*“³.

Trotzdem war Ludendorff auf seinem Fachgebiet, dem eines Generalstäblers, eine Größe ersten Ranges und als solcher kann er zu den besten Generälen des 1. Weltkrieges gezählt werden. Viele von ihm entworfene Operationen an der Ost- wie an der Westfront waren vorbildlich. Auch seine Leistungen im Zusammenhang mit dem Hindenburgprogramm, dessen treibende Kraft er war, verdient Anerkennung. Ludendorff besaß durchaus auch positive Charaktereigenschaften, die bei guter Handhabung aus ihm einen erstklassigen Stabschef gemacht hätten. Er war z. B. genauso prinzipienfest wie Hindenburg und hatte keinerlei Angst, für seine Prinzipien selbst unter Lebensgefahr geradezustehen^{4*}. Während seines Kommandos in der III. OHL gab es keinerlei Vetternwirtschaft und der gesamte Apparat war angehalten, das Äußerste zu leisten¹.

¹ Ludendorff, E., *Mein militärischer Werdegang*, S. 7, 14, 22f.

² Zitiert bei Erdmann, K. D. (Hrsg.), *Kurt Riezler - Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, Göttingen 1972, S.439.

³ Ebd.

⁴ Am besten wird dies anhand seines Verhältnisses zu Hitler sichtbar. Ludendorff war bekanntlich nach dem Krieg zum eifrigen Unterstützer des Nationalsozialismus geworden und war als Abgeordneter der NSDAP eine Zeit lang im

Wenn Ludendorff und die Offiziere der III. OHL im Weltkrieg der Kontrolle des Staatsoberhauptes entglitten, so nicht, weil es dem Kaiser am rechtlichen Instrumentarium gefehlt hätte, sondern weil der Kaiser zu schwach war, die Fülle seiner Macht voll auszuüben. Zuerst hatte der Kaiser bei der Besetzung der III. OHL durchaus Alternativen zur Kombination Hindenburg-Ludendorff². Obwohl diese seit ihren Siegen im Osten in den Augen der Bevölkerung zu Hoffnungsträgern geworden waren, gab es durchaus Generäle, die im Volk wie auch im Heer Akzeptanz gefunden hätten. Wenn Wilhelm II. zu seiner Absicherung andere populäre Heeresführer gesucht hätte, so wäre Feldmarschall August Mackensen mit seinem Stabschef Hans von Seeckt dafür gewiß die passende Alternative gewesen³. Mackensen war seit 1915 genauso populär wie Hindenburg. Mit seinem Namen wurden der erfolgreiche Durchbruch bei Gorlice und der Sieg gegen Rumänien in Verbindung gebracht. Feldmarschall Mackensen, der „schwarzer Husar“, wie man ihn im Volk nannte, war seinen Qualitäten als kommandierender General nach nicht nur Hindenburg überlegen, sondern zeigte sich während des gesamten Krieges und darüber hinaus als loyaler Soldat⁴. Mackensen erfreute sich sehr großer Akzeptanz auch beim Volk. Viele Zeitgenossen von Theodor Wolff über General Groener bis Hans Carossa nannten als möglichen Nachfolger Falkenhayns Hindenburg und ihn in einem Atemzug⁵. Für Mackensen plädierten auch einflußreiche Kreise um den Reichskanzler⁶.

Wilhelm II. war sich übrigens der Gefahren, die Hindenburgs und vor allem Ludendorffs Berufung in die OHL verursachen konnten, bewußt. Die verbreitete Meinung vom guten Verhältnis zwischen ihm und Hindenburg ist eine Legende. Nach dem Zeugnis seiner Gattin mißtraute Wilhelm II. Hindenburg, während er den I. Generalquartiermeister nicht ausstehen konnte⁷. Übrigens erlaubte sich Ludendorff gegenüber Wilhelm II. schon damals Ausfälle, wie kein preußischer Offizier einem preußischen König gegenüber je zuvor. Im Sommer 1915, als unter der Leitung Ludendorffs die Festung von Kowno erobert wurde, kam es zwischen Ludendorff und dem Kaiser zu einem bezeichnenden Eklat. Für die Eroberung der Festung verkündete der Kaiser die Absicht, Ludendorff zu adeln, worauf er vom General öffentlich abgewiesen wurde⁸. Mit der Berufung Hindenburgs und Ludendorffs in die OHL ging Wilhelm II. offensichtlich den Weg des kleinsten Widerstandes. Um seine eigenen Worte über Nikolaj II. zu gebrauchen: Wilhelm II. war nicht so falsch wie schwach⁹.

Mit der Berufung Hindenburgs und Ludendorffs in die Oberste Heeresleitung erfuhren die innenpolitischen Machtverhältnisse in Deutschland eine Verschiebung, die bis zum Ausbruch der Revolution nicht mehr aufhörten. Das

bayrischen Landtag tätig. Als er allerdings merkte, daß Hitlers Kanzlerschaft für das Land verhängnisvoll war, brach er nicht nur mit der NSDAP, sondern stellte sich auch aktiv in die Opposition. Unmittelbar vor der Ernennung Hitlers zum Kanzler wandte er sich in einem persönlichen Schreiben an Hindenburg und bat ihn diese verhängnisvolle Ernennung zu unterlassen. In den letzten Jahren seines Lebens war Ludendorff der einzige prominente Deutsche der es wagte im Reichsterritorium Hitler öffentlich als Verbrecher zu bezeichnen. Den Höhepunkt seines Zerwürfnisses mit Hitler bildete ein Eklat. Als Hitler Ludendorff den Titel eines Feldmarschalls verleihen wollte, lehnte dieser öffentlich ab. In Ludendorffs Begründung hieß es unter anderem, daß ein Gefreiter gar nicht berechtigt sei Marschälle zu ernennen. Wenn man Ludendorff vollkommen charakterisieren will, muß man nicht vergessen, daß sich dies alles 1936 abspielte, in einer Zeit als selbst charakterfeste Menschen es vorzogen zu schweigen **Frentz, H.**, *Der unbekannte Ludendorff*, S. 10-28.

¹ **Velsen, S. von**, *Deutsche Generalstabsoffiziere im Ersten Weltkrieg 1914-1918*, in **WaG** 1956, S. 250-293.

² Vgl. **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 544, **Erdmann, K. D. (Hrsg.)**, *Der Erste Weltkrieg*, München 1980, S.117.

³ Ebd.

⁴ Zur Person Mackensen vgl. **Schwarz Müller, T.**, *Zwischen Kaiser und „Führer“. General August von Mackensen. Eine politische Biographie*, Paderborn-München-Wien-Zürich 1995.

⁵ **Schwarz Müller, T.**, *General August von Mackensen*, S. 134f.

⁶ **Erdmann, K. D. (Hrsg.)**, *Kurt Riezler - Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, S. 231.

⁷ **Dorpalen, A.**, *Empress Augusta Victoria and the Fall of German Monarchie*, in: **American Historical Revue**, Nr. 58 , 1952, S. 26.

⁸ **Frentz, H.**, *Der unbekannte Ludendorff*, S. 10-28.

⁹ *Die große Politik der europäischen Kabinette 1871-1914*, Bd. 23, Dokument Nr. 7877.

Wesen dieses politischen Systems, das in die Geschichtsschreibung als „Diktatur Ludendorffs“ eingegangen ist, ist deshalb von größtem Interesse.

Die Macht der III. OHL ruhte auf zwei Grundlagen: Die eine bestand hauptsächlich darin, daß die Militärs im Frühjahr bereits die wichtigsten Funktionen des zivilen und militärischen Lebens kontrollierten und über den größten Machtapparat im Lande verfügten. Die andere bestand darin, daß die von der Blockade gepeinigte Zivilbevölkerung nicht weniger als das vier Jahre in den Schützengräben lebende Heer glaubte, daß mit Hindenburg an der Heeresspitze auch im Westen ein Sieg zu erreichen sei. Der Einfluß Hindenburgs und Ludendorffs war gerade dadurch zu erklären, daß sie mit ihrem Namen dafür bürgten, den Sieg auch im Westen erringen zu können.

Der Machtapparat, der hinter Hindenburgs Namen stand, bestand hauptsächlich aus den verschiedenen Abteilungen der OHL, die gegen Kriegsende fast alle Bereiche des Staates erfaßten. Einzelne gewannen in der III. OHL eine Bedeutung, die in gar keinem Verhältnis zum ursprünglich zugewiesenen Arbeitsgebiet stand. Die wichtigsten von ihnen waren: Die sog. Abteilung III. B, die Operationsabteilung II., die Politische Abteilung und die sog. „Militärische Stelle des Auswärtigen Amtes“ (MAA). Wenn der Generalstab 1914 sich hauptsächlich damit beschäftigte, die Operationen zu leiten, so war die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg bereits eine Organisation geworden, deren Abteilungen nicht nur auf militärischem Gebiet tätig waren, sondern auch beinahe alle Aspekte des zivilen Lebens regelten. Die II. Operationsabteilung war z. B. für die Produktion der Rüstungsindustrie verantwortlich und ihr Leiter, Max Bauer, war der maßgebende Berater Ludendorffs in Fragen der Innenpolitik. Bauer war nicht nur die treibende Kraft hinter dem Hindenburgprogramm, sondern koordinierte die wirtschaftlichen Anstrengungen des Landes. Der Industrie gegenüber vertrat er die Position der OHL, der OHL gegenüber vertrat er die deutschen Industriellen. Mit den maßgebenden unter ihnen, wie z. B. mit Krupp, stand Bauer in engstem Kontakt¹. Die Abteilung III. B, die bei Kriegsausbruch mit der Organisation der Spionage im Ausland betraut war, wurde in der III. OHL zur „zentralen militärischen Stelle für alle Fragen der psychologischen Kriegsführung“². In der III. OHL war ihr Aufgabenbereich bereits so groß geworden, daß selbst die Organisation des Vaterländischen Unterrichts und die Innenpolitik in der Heimat von dieser Abteilung vollkommen kontrolliert wurden³. Die unter der Leitung Generalmajors v. Bartenwerffer stehende politische Abteilung war in der preußischen Militärgeschichte ein absolutes Novum. Ihr Aufgabenbereich war nichts anderes, als die „Überwachung der Außenpolitik“⁴. Die Vertreter dieser Abteilung mußten alle Fälle der Leitung der OHL melden, in denen die Reichsregierung eine Außenpolitik betrieb, die der „Meinung des Heeres“ nicht konform war. Die Leitung der OHL informierte dann die deutschen Politiker von der Position der Armee bezüglich der einen oder anderen Streitfrage, was dann zufolge hatte, daß der betroffene Beamte entweder seine Position korrigieren oder seinen Abschied nehmen mußte. Als Deutschland mit dem besiegten Rußland diplomatische Beziehungen aufnahm, wurde in die deutsche Botschaft in Moskau sofort ein Mitarbeiter der politischen Abteilung entsandt, der überwachen mußte, ob die deutsche diplomatische Vertretung auch in der Praxis den Richtlinien der OHL gemäß die Interessen des Reiches vertrete⁵. Schließlich wurde die MAA verwendet, um die Berichte der ausländischen Presse auszuwerten und die Gegenpropaganda im Reich zu organisieren. Gerade diese Abteilung zeigt wie kein anderes Beispiel, wie die Macht der OHL im Reichsinneren herangewachsen war. Bei Kriegsausbruch bestand die MAA lediglich aus einem Offizier

¹ Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 141.

² Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 139f.

³ Zu Organisation und Aufgaben der Abteilung vgl. Cron, H., *Die Organisation des deutschen Heeres im Weltkriege. Dargestellt auf Grund der Kriegsakten*, Berlin 1923, S. 15-18f.

⁴ Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 144-146.

⁵ Ebd.

und zwei Schreibkräften. Im Sommer 1918 war sie bereits zu einem Amt geworden, das mit dutzenden Mitarbeitern nicht nur die ergänzenden Heeresberichte zusammenstellte, sondern die gesamte deutsche Presse kontrollierte und ihr Richtlinien vorgab. Diese Abteilung der OHL arbeitete so effektiv, daß ein deutscher Militärhistoriker konstatierte, daß erst aufgrund der Tätigkeit der MAA die spätere „Dolchstoßlegende“ überhaupt entstehen konnte¹.

Worin bestand eigentlich das Wesen der „Diktatur Ludendorffs“? Ludendorff war schließlich nur einer der zahlreichen deutschen Militärs - seinem Rang nach nicht einmal der höchste. Und trotzdem konzentrierte er in seinen Händen eine Machtfülle, die vor Hitler kein deutscher Staatsmann oder Militär jemals besessen hatte. Woher nahm er seine ungeheure Macht? Darauf gibt es in der Geschichtsschreibung bis heute noch keine klare und unumstrittene Antwort, und auch Ludendorffs Amtsführung behält etwas Rätselhaftes. Ludendorff wird sogar immer rätselhafter, je genauer man ihn studiert. Auf dem ersten Blick erscheint er wie ein Machtbesessener, der immer mehr Macht in seine Hände zu vereinigen strebt -, um dann bei näherem Hinsehen festzustellen, daß ihm eigentlich auch die Macht gleichgültig war. Hat es je einen Diktator gegeben, der - so wie Ludendorff am 29. September 1918 - seine Macht freiwillig aufgab, genauer gesagt die Machtübergabe an seine politischen Gegner aus freien Stücken veranlaßte? Man braucht Ludendorffs Verhalten im Augenblick der Niederlage nur mit dem Hitlers zu vergleichen und man wird zugeben müssen: Machtgierig war Ludendorff nicht. Er war auf eine eigentümliche Weise nicht nur selbstlos, sondern stellte die Interessen Deutschlands viel höher, als ein Wehrmachtskommandeur im 2. Weltkrieg es jemals getan hat. Zweifellos war die Macht Ludendorffs in der Tradition des preußischen Generalstabes begründet, der seit dem älterem Moltke dem Generalstabsoffizier viel mehr Einfluß zukommen ließ als seinem nominellen Vorgesetzten. Bei den Insidern war es kein Geheimnis, daß die militärischen Operationen an der Ostfront, die den Ruhm Hindenburgs begründeten, von seinem Stabschef Ludendorff ausgearbeitet waren². Bei der Berufung der III. Heeresleitung wurde dieser Entwicklung dann auch formell Ausdruck verliehen.

Ursprünglich wollte Wilhelm II. eigentlich keine Änderungen des Systems vornehmen und schlug vor, Hindenburg zum Stabschef der OHL zu ernennen. Ludendorff sollte Hindenburg zwar in die OHL nachfolgen, für ihn war das Amt des „zweiten Stabschefs“ vorgesehen. Dieser Vorschlag wurde von Ludendorff abgelehnt, der bekanntlich nicht nur verlangte, zum „ersten“ Generalquartiermeister ernannt zu werden, sondern auch gleichzeitig die „Verantwortung“ übertragen zu bekommen³. Das war ein Novum in der deutschen Militärgeschichte schlechthin: Nach der Bismarckschen Verfassung und der Militärtradition ist die Oberste Heeresleitung Deutschlands der Kaiser selbst. Bei der Erteilung der Befehle bedient sich der Kaiser des Rats seines Chefs des Generalstabes. Dieser ist dem Kaiser für die richtige Ausführung der Befehle und überhaupt für die korrekte Dienstleistung direkt verantwortlich, genauso wie der Oberst dem kommandierenden General verantwortlich ist. Wenn der Kaiser mit der Leistung des Generalstabchefs unzufrieden ist, entläßt er ihn, oder er veranlaßt ihn durch demonstrativen Ausdruck seiner Unzufriedenheit, seine Entlassung zu erbitten. Der Stabschef hat eine Reihe ihm unterstellter Mitarbeiter und Gehilfen. Einer von ihnen, aber lange nicht der ranghöchste, ist der Generalquartiermeister. Indem aber Wilhelm II. einwilligte, Ludendorff die „Verantwortung“ für die Kriegsführung zu übertragen, schuf er sogleich eine Stellung innerhalb des militärischen Apparats, dessen Inhaber in den Augen der Militärs die Last der Kriegsführung voll auf seinen Schultern trug. In der

¹ Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 142f., Fn. 10.

² Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 544.

³ Rosenberg, A., *Entstehung der Weimarer Republik*, S. 111-112f. Zur Bildung der III. OHL vgl. Goodspeed, D. J., *Ludendorff. Soldat, Diktator, Revolutionär*, Gütersloh 1968, S. 150f., Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 187f., Niemann, A., *Kaiser und Heer. Das Wesen der Kommandogewalt und ihre Ausübung durch Kaiser Wilhelm II.*, Berlin 1929.

Theorie hatte Wilhelm II. in seiner Position als deutscher Kaiser zwei Generalstabschefs. In der Praxis vollzog sich jetzt die Arbeitsteilung so, daß Hindenburg der eigentliche Oberbefehlshaber (und nicht mehr der Kaiser) war und daß Ludendorff ihm als Generalstabschef zur Seite trat. Wilhelm II. blieb zwar immer noch der „oberste Kriegsherr“. Da er aber keine Aufgaben zu erledigen hatte, war dieses Amt zunehmend zur Dekoration verkommen und verlor an Autorität in der Armee, wie auch in der Heimat¹. Ludendorff entwarf im Hauptquartier, so wie früher im Osten, die Pläne der Operationen (jetzt allerdings für die gesamte Kriegsplanung), und Hindenburg deckte sie mit seiner Autorität. Der Kaiser aber hatte damit den Oberbefehl des Heeres eingebüßt, den er bis zum August 1916 geführt hatte. Seitdem war im deutschen Heer die traditionelle kaiserliche Kommandogewalt reine Dekoration². Das Instrument, mit dem General Ludendorff seine Diktatur begründete, war die völlig neue, den alten Vorstellungen des preußischen Heeres fremde Auslegung, die er dem Begriff seiner „Verantwortung“ gab. Ludendorff verstand darunter nicht die oben charakterisierte Verpflichtung des Untergebenen seinem Kaiser gegenüber, sondern eine Stellung ungefähr wie die eines parlamentarischen Ministers. Wenn zum Beispiel ein Politiker eine nach Ansicht General Ludendorffs falsche, die Kriegführung schädigende Politik machte, erklärte Ludendorff, daß er dafür die „Verantwortung“ nicht tragen könne und erbat seine Entlassung. Die Folge davon war aber, daß nicht Ludendorff ging, sondern die Person, die der Heeresleitung nicht genehm war. Mit dem Druckmittel seiner „Verantwortung“ beziehungsweise des „Nichttragenwollens der Verantwortung“ konnte General Ludendorff dem Kaiser nicht nur auf militärischem Gebiet, sondern auch in allen entscheidenden politischen Fragen seinen Willen aufzwingen. Gemäß dem von Moltke eingeführten System der Chefs genoß General Ludendorff als Stabschef Hindenburgs das absolute Vertrauen des Feldmarschalls. Wenn Ludendorff seinen Rücktritt ankündigte, so schloß sich auch Hindenburg an. Der Kaiser war aber gar nicht imstande, beide auf einmal zu entlassen. Die kaiserliche Autorität war 1918 bereits so gesunken und dafür die Autorität der beiden Heeresführer so gestiegen, daß Wilhelm II. gegenüber Ludendorff einfach machtlos war³.

Es wäre aber falsch zu glauben, daß Ludendorff als erster Generalquartiermeister seine Macht unumschränkt genoß. Es ist wahr, daß Ludendorff auf militärischem Gebiet so weit ging, daß er keinem unterstellten Offizier (und welcher Offizier war der Obersten Heeresleitung nicht unterstellt?) das Recht zubilligte, eine von ihm abweichende Meinung gegenüber dem Kaiser zu vertreten. Wir haben bereits angedeutet, daß die Offiziere des Generalstabes sich wie „Halbgötter“ benahmen und eifersüchtig um Ruhm und Einfluß stritten. Solch ein Offizier war auch General Max Hoffmann, der nach dem Abgang Ludendorffs und Hindenburgs in die III. OHL zum Stabschef des Ostheeres wurde und in dieser Position die Macht anstrebte, die seinerzeit Ludendorff und Hindenburg besaßen. Während der Brester Friedensverhandlungen trat er in Umgehung des direkten Dienstweges an den Kaiser heran und schlug ihm Grenzberichtigungen vor, die sich von den Vorschlägen Ludendorffs und Hindenburgs unterschieden. Als sich der Kaiser am 2. Januar 1918 in der Frage der künftigen Gestaltung der deutsch-polnischen Grenze der Ansicht Hoffmanns anschloß, kam es zu einem Eklat, der der Autorität des Kaisers immensen Schaden zufügte. Ludendorff schrieb den Kaiser an, er habe kein Recht, ihm untergeordnete Generäle über seinen Kopf hinweg zu fragen und Hindenburg schrieb am 7. Januar 1918 einen Brief an Wilhelm II., in dem es unter anderem hieß: *„In der polnischen Frage haben Eure Majestät geruht das Urteil Generals Hoffmann höher zu stellen, als das meinige und das des Generals Ludendorff. General Hoffmann ist mir unterstellt und ohne eigene Verantwortung in der polnischen Frage. Der Vorgang am 2. Januar hat mich und General Ludendorff schmerzlich berührt. Er ist für uns ein Zeichen, daß Eure Majestät in einer*

¹ Ebd.

² Ebd.

³ **Rosenberg, A.,** *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 117.

das Leben des deutschen Vaterlandes beruhenden Frage unser Urteil hintansetzen“¹. Kühlmann, der bei dieser Beratung zugegen war, berichtet, daß Ludendorff nach der Sitzung die Tür auf eine Art zuknallen ließ, „welche sich mit den guten Manieren und der Ehrfurcht, die jeder Soldat seinem Kriegsherrn schuldig ist, nur schlecht vereinbaren ließ“². Daß Wilhelm II. sich ein solches Benehmen gefallen ließ, ist um so mehr verwunderlich, als es sich hier eindeutig um seinen Machtbereich handelte. Nach der Bismarckschen Verfassung hatte der Generalstabschef eigentlich weder das Recht der Einmischung noch eine irgendwie geartete „Verantwortung“. Wenn der Kaiser aber in einer politischen Frage einen Offizier um Rat fragte, so unterlag das seinem freien Ermessen. Infolge Wilhelms politischer Feigheit war das traditionelle Kräfteverhältnis vollkommen verschoben: Ludendorff erstreckte seine „Verantwortung“ auf alles, was das „Leben des deutschen Vaterlandes“ berührte, das heißt auf die gesamte Kriegsführung und die gesamte Innen- wie Außenpolitik. Wenn diese Auffassung sich durchsetzte, war das traditionelle Verhältnis des Königs von Preußen zu seinen Offizieren bereits zerrissen, und die Armee hatte einen neuen eigenen Herrn, den ersten Generalquartiermeister³. Der Streit entschied sich in diesem Fall schnell zugunsten des Generals Ludendorff. Der Reichskanzler meldete der OHL, daß offenbar ein Mißverständnis vorliege und der Kaiser am 2. Januar nichts Endgültiges über Polen entschieden habe⁴.

Und dennoch war die Macht des ersten Generalquartiermeisters nicht so unbegrenzt, wie es auf dem ersten Blick erscheint. Wie er durch seine Handlungen die Autorität des Kaisers untergrub, so konnte er nicht als unumschränkter Herr gerade innerhalb des Apparats fungieren, dessen Leitung ihm direkt unterstellt wurde. Der Stand der Dinge lag in der III. OHL nämlich so, daß mit dem Höhepunkt der Macht Ludendorffs auch das von Moltke ins Leben gerufene System der „Chefs“ ebenfalls zur Entfaltung gelangte, das dem gesunden Menschenverstand zuwider lief.

Die Abteilungsleiter der OHL begannen ihre Karriere als einfache Leutnants, oder Majore und waren 1918 mit nur einer Ausnahme im Rang von Obersten⁵. Obwohl sie ursprünglich als kleine Räder der Militärhierarchie vorgesehen waren, nahmen sie sich ihre großen Vorbilder zum Beispiel, die beiden Leiter der OHL, und dachten nicht im entferntesten daran, ausschließlich ihre tatsächliche Arbeit zu verrichten. Die Abteilungschefs waren zweifellos alles erfahrene und tüchtige Verwaltungsoffiziere, sie waren aber auch gleichzeitig eitle Männer, die über eine große Hausmacht verfügten und keine Skrupel hatten, diese Hausmacht nach Gutdünken einzusetzen. Nehmen wir nur den Obersten Max Bauer als Beispiel, dessen militärischer Rang nach der gültigen Rangordnung der preußischen Zivilbeamten nur dem Rang eines Rats zweiter Klasse entsprach⁶. Wie bereits Hans Delbrück vermerkte, „erscheint Feldmarschall Hindenburg in Bauers Erinnerungen als eine ehrwürdige Null“, und der Oberst brüstete sich, in den wichtigsten Fragen Hindenburg nicht einmal eingeschaltet zu haben⁷. Noch vor der Amtsübernahme Hindenburgs erlaubte sich Oberst Bauer Schritte, die ihn in einer anderen Armee vors Kriegsgericht gebracht hätten. Während der Schlacht von Verdun wandte sich der mit der Munitionsbeschaffung betraute Oberst in Umgehung des direkten Dienstweges an den preußischen Kriegsminister und forderte die Absetzung des damaligen Chefs der OHL Erich

¹ Der Brief Hindenburgs an den Kaiser vom 7. Januar 1918 ist abgedruckt bei **Untersuchungsausschuß**, Bd. 2, S. 124f.

² Vgl. **Kühlmann, R., von**, *Erinnerungen*, Heidelberg 1948, S. 527-529f.

³ Ebd., **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 117f.

⁴ Ebd.

⁵ **Deist, W.**, *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 144f.

⁶ Vgl. **Morsey, R.**, *Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867-1890*, in: **Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung**, Bd. 3, Münster 1957, S. 273.

⁷ Vgl. **Görlitz, W.**, *Der deutsche Generalstab*, S. 260f., **Schwarz Müller, T.**, *General August von Mackensen*, S. 134.

Falkenhayn. Dieser Schritt blieb nicht nur ungeahndet, sondern führte zur Entlassung Falkenhayns¹. Es ist deshalb kein Wunder, daß sich Bauer seit dem Vorkommnis so unangreifbar fühlte, daß er zu Schritten griff, die einem Stabsoffizier der Ententearmeen niemals in den Sinn gekommen wären. Während der entscheidenden Tage des Hindenburgprogramms erachtete er es nicht einmal für notwendig, den Feldmarschall über die Einzelheiten seiner Wirkung zu unterrichten². Aus seinen eigenen Erinnerungen ist zu entnehmen, daß die Offiziere des Generalstabes gegen Kriegsende Hindenburg als Oberkommandierenden nicht immer von den Militärplänen unterrichtet haben³. Die Autorität Hindenburgs in den Stäben scheint überhaupt nicht so groß gewesen zu sein, wie man aufgrund seiner Popularität beim Volk hätte erwarten können. Insider verspotteten Hindenburg wegen seiner Abhängigkeit von Ludendorff als „General-was-sagst-du“⁴. Ein Kenner der Materie urteilte: „*Die Halbgötter vom Schlage Bauers fanden Geschmack am eigenen Ruhm und hielten sich für fähig, über alle Fragen urteilen zu können, ohne daß man ihnen jemals politisches Rüstzeug mit auf dem Weg gegeben hatte. Diese Tradition in Verbindung mit der völligen Unterordnung des Kaisers und der zivilen Behörden unter den Forderungen der Militärs, was unter der damaligen Praxis den Forderungen der Stabsoffiziere hieß - sollte fatale Folgen haben*“⁵.

Besonders litt an der steigenden Macht der Militärs das Prinzip der Monarchie. Irreparable Schäden bekam sie noch 1917, als Ludendorff und seine Mitarbeiter Entscheidungen trafen, die Spannungen zwischen der Reichstagsmehrheit und dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg auszunützen, um den Kanzler zu stürzen⁶. Die Spannungen zwischen Bethmann und der Reichstagsmehrheit existierten schon lange und erreichten während der Vorbereitung der Friedensresolution ihren Höhepunkt⁷. Erzberger zufolge mußte der Kanzler gehen, weil er sich 1914 mit einigen Reden in den Augen der Westalliierten als „Militarist“ kompromittiert hatte und damit dem Erfolg der Friedensresolution im Ausland im Wege stand⁸. In mancherlei Hinsicht erinnerte die Bethmann-Krise an die Ereignisse in Rußland im Herbst 1916, weil die Reichstagsmehrheit nicht nur die Friedensresolution durchsetzen wollte, sondern auch die Beseitigung des alten preußischen Wahlrechts anstrebte und mehr Macht für sich beanspruchte⁹. Ähnlich wie der Zar hielten die Offiziere in der III. OHL die Demokratisierung Preußens mitten im Krieg für verfehlt¹⁰. Sie hatten insofern Recht, als die Frontsoldaten, die nach der Gesetzgebung gar nicht wählen durften, im Alltag des Frontlebens nur sehr wenig Interesse an der Nachkriegsordnung zeigten¹¹. Es ist deshalb begreiflich, daß sie für die Politiker, die zu solch einer schwierigen Zeit nichts Besseres fanden als über die für die Nachkriegszeit wichtigen Verwaltungsreformen zu diskutieren, Verachtung empfanden. Ludendorff und seine Mitarbeiter zögerten aber keinesfalls, als es galt, die Stimmung der Reichstagsmehrheit gegen Bethmann zu verwenden. Die OHL war zu diesem Zeitpunkt vom Gedanken besessen, einen Reichskanzler für Deutschland zu finden, der ein so großer Staatsmann wäre, es mit Lloyd George und

¹ Görlitz, W., *Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S. 180-190.

² Ebd., Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 141-144f.

³ Ebd.

⁴ Whittle, T., *The last Kaiser. German Emperor and King of Prussia*, London 1977, S. 373.

⁵ Görlitz, W., *Die kleine Geschichte*, S. 177f.

⁶ Die Entstehungsgeschichte der Friedensresolution des Reichstages hat der Untersuchungsausschuß mit besonderer Sorgfalt geprüft und wohl alle damit zusammenhängenden Fragen geklärt. Vgl. *Untersuchungsausschuß*, Bd. 7. und Bd. 8.

⁷ Vgl. Das Schreiben des bayrischen Kriegsministeriums an die stellv. Oberkommandierenden vom 05.08.1916, **HStA Stuttgart**, *Akten des württembergischen Kriegsministeriums*, Abt. Kr. A., Bd. 1081.

⁸ Ebd., Liebing, H., Frh., von, *Die Politik von Bethmann-Hollwegs*, München 1918, S. 139f., Alter, J., *Eine Studie Bethmann-Hollwegscher Politik in Skizzen und Umrissen*, München 1919, S. 187f., Rosenberg, A., *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 135.

⁹ Ebd.

¹⁰ Vgl. **Militärarchiv Freiburg i.Br., Nachlaß Mertz von Quirnheim**, *Der Kampf gegen den Reichskanzler*, Bl. 23.

¹¹ Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 366f.

Clemenceau aufzunehmen¹. Deshalb setzten die Militärs Wilhelm II. unter Druck, Bethmann zu verabschieden². Der erste Schachzug der OHL in dieser Hinsicht war grotesk und zeigt, wie fragil die Bismarcksche Reichsverfassung im Weltkrieg bereits geworden war. Die OHL veranlaßte, daß der Kronprinz, der im Krieg eine Heeresgruppe an der Westfront kommandierte, sich mit den Vertretern der Reichstagsparteien traf und die Entlassung Bethmanns besprach³. Der Kronprinz war in keiner Beziehung ein Organ der Reichspolitik und war keinesfalls befugt, solche Konferenzen abzuhalten. Man möge sich dabei die Szene ausmalen, wenn 1880 der Kronprinz Friedrich mit Windhorst, Richter und Bebel über die Entlassung Bismarcks verhandelt hätte; ob sich der Reichsgründungskanzler eine solche Mißachtung der Verfassung hätte gefallen lassen? Da Bethmann über keinerlei Rückendeckung seitens des Kaisers verfügte, gingen die Militärs in die politische Offensive, die dann auch die Entscheidung brachte. Hindenburg sandte Wilhelm II. eine von Ludendorff entworfene Denkschrift, in der beide Truppenführer erklärten, daß sie mit Bethmann nicht zusammenarbeiten könnten, und baten um die Erlaubnis, zurückzutreten⁴. In dieser Situation blieb dem Kaiser politisch kein anderer Ausweg, als den Kanzler zu entlassen, der ihm das übrigens auch selbst nahegelegt hatte⁵.

Bethmanns Entlassung war ein herber Schlag nicht nur für Wilhelm II., sondern für die Monarchie in Deutschland überhaupt. Bethmann war gewiß kein Staatsmann von weltgeschichtlicher Bedeutung. Er war dennoch ein sehr tüchtiger Verwaltungsmann, der sich in den acht abwechslungsreichen Jahren seiner Kanzlerschaft durchaus bewährt hatte. Bethmann war ein Mann von Intelligenz, beträchtlichem Wissen und höchster Integrität. Er übte eine feste Kontrolle über die verschiedenen Regierungsämter aus und nahm ohne Murren jede enorme Arbeit auf sich, die sich daraus ergab⁶. Das Markenzeichen von Bethmanns Kanzlerschaft war die unbedingte Loyalität dem Kaiser gegenüber. Bethmann vertrat sein Amt stets mit Würde und war dem Opportunismus absolut abgeneigt, der seinen Vorgänger Bülow so ausgezeichnet hatte⁷. Mit dem Sturz Bethmanns raubten die Militärs dem deutschen Kaiser die wichtigste Prerogative seines Amtes, den Kanzler zu ernennen⁸. Aber auch die Parlamentarier im Reichstag wurden von den Militärs vorgeführt. Wenn sie gehofft hatten, nach der Entlassung Bethmanns den neuen Reichskanzler zumindest mitbestimmen zu dürfen, so wurde diese Hoffnung enttäuscht. Der neue Reichskanzler wurde in der OHL bestimmt und die Umstände dieser Ernennung waren alles andere als für den Reichstag annehmbar⁹.

Zum neuen Reichskanzler wählten die Offiziere der OHL einen gewissen Otto Michaelis aus, der in Preußen die Lebensmittelversorgung leitete¹⁰. Niemand wußte viel über Michaelis - selbst Wilhelm II. hatte ihn früher nie gesehen. Michaelis Ernennung erfolgte ausschließlich deshalb, weil ihn die Mitarbeiter Ludendorffs während seiner

¹ Vgl. **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 106-110f., **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 360-361f.

² Ausführlich hierzu vgl. **Militärarchiv Freiburg i. Br., Nachlaß Mertz von Quirnheim**, *Im Großen Hauptquartier*, Nr. 25.

³ **Vietsch, E., von**, *Bethmann Hollweg. Staatsmann zwischen Macht und Ethos*, Boppard 1969, S. 274f. Zur Person des Kronprinzen vgl. **François, H., von**, *Der deutsche Kronprinz. Der Soldat und Heerführer*, Leipzig 1926.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd., **Bethmann-Hollweg, T., von.**, *Betrachtungen zum Weltkrieg*, 2 Bde., Essen 1989, Bd. 2, S. 263f.

⁶ **Zmarzlik, H.-G.**, *Bethmann-Hollweg als Reichskanzler 1908-1914. Studien zu Möglichkeiten und Grenzen seiner innenpolitischen Machtstellung*, Düsseldorf 1957, S. 7f.

⁷ Als die Alldeutschen z. B. den Kanzler beschuldigten, die Interessen des Reiches schlechter als die Interessen anderer Länder vertreten zu haben, antwortete Bethmann nicht, wie Bülow es zu tun pflegte mit einer höflichen Empfangsbestätigung, sondern weigerte sich klipp und klar, die unbegründete Beschuldigungen gegen das Amt anzunehmen, **Vierhaus, R. (Hrsg.)**, *Das Tagebuch der Baronin Spitzenberg*, S. 518f.

⁸ **Balfour, M.**, *Der Kaiser*, S. 412f.

⁹ Ebd.

¹⁰ Die Kandidatur von Michaelis wurde zwar zuerst vom Mitarbeiter Helfferichs Magnus von Braun vorgeschlagen. Die Entscheidung ihn zu berufen wurde allerdings aufgrund der ausdrücklichen Genehmigung Hindenburgs durchgesetzt, vgl. **Müller, A.**, *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, Eintrag vom 16.07.1917, **Fischer, F.**, *Der Griff nach der Weltmacht*, S. 519f., **Valentini, R., von**, *Kaiser und Kabinettschef*, S. 164f.

Aufenthalte in der OHL für geeignet befunden hatten¹. Das war auch für Ludendorff ausreichend, um Michaelis für den Kanzlerposten vorzuschlagen². Michaelis hielt sich - ähnlich wie der letzte zaristische Ministerpräsident Golyzin - für das Amt des Regierungschefs nicht gewachsen. Von sich behauptete dieser auf seine Art ehrliche aber beschränkte Beamte, er sei nur der „Zuschauer am Wagen der großen Politik“³. Er widersetzte sich seiner Ernennung mit aller Macht und wurde von Kaiser gewissermaßen gegen seinen Willen ernannt⁴.

Diese von Ludendorff willkürlich durchgesetzte Kanzlerernennung brachte Deutschland denn auch kein Glück. Michaelis genoß in Berlin keine größere Autorität als der letzte Ministerpräsident des Zaren. Seine Person entfachte im Reichstag eine Flut von Anekdoten. Die Abgeordneten nannten ihn untereinander nur den „Zuschauer Michaelis“⁵. Im Übrigen zeigte sich sehr bald, daß Michaelis dem Kanzleramt tatsächlich nicht gewachsen war, und er mußte innerhalb kürzester Zeit ersetzt werden. Die neue Kanzlerkandidatur bestimmte wieder die OHL, als Ludendorff dem Kaiser gegenüber erklärte, er sei noch während der Ernennung von Michaelis für den betagten bayerischen Grafen Hertling gewesen⁶. Der Kaiser war verprellt, reagierte aber resigniert: *„Jetzt soll es plötzlich mit dem Michaelis nicht mehr gehen, nachdem er gerade kaum zu arbeiten angefangen habe. Ich kannte Michaelis ja überhaupt nicht, aber der Feldmarschall versicherte mir wiederholt, er sei ein so braver und gottesfürchtiger Mann, da habe ich ihn eben in Gottes Namen genommen“*⁷. Hertling, dessen Berufung Ludendorff in der letzten und entscheidenden Phase des Krieges durchgesetzt hatte, gab übrigens selbst die beste Beschreibung seiner Designierung. Er fragte seinen Freund, ob es nicht absurd sei, einen alten Professor der Philosophie zum Reichskanzler zu machen, zu einer Zeit, da es über Entscheidungen über Leben und Tod gehe⁸. Auch Hertling stemmte sich bis zum letzten Augenblick gegen seine Ernennung. Er war nur ein Jahr jünger, als Hohenlohe bei seiner Ernennung gewesen war, beinahe blind und die Akten konnten ihm nur vorgelesen werden⁹. Mit der Ernennung Hertlings, der ein prominenter Politiker der Zentrumsparterie gewesen war, verlieh die OHL theoretisch der Reichsregierung eine breitere Basis. Dem Gefolge Hertlings wurden noch zwei Politiker beigelegt, die ebenfalls mit dem Reichstag in engster Verbindung standen: Der Abgeordnete der Fortschrittspartei, der erfahrene Parlamentarier der Vorkriegszeit Friedrich Payer wurde zum Vizekanzler und das nationalliberale Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses Friedberg zum stellvertretenden preußischen Ministerpräsidenten. Wenn Ludendorff und seine Mitarbeiter in der letzten Kriegsphase auch tatsächlich nach einer breiten Basis für die Zivilregierung Ausschau hielten, so war ihre Wahl mehr als verwunderlich. Die drei von ihnen ausgesuchten Schlüsselmänner waren allesamt höchst betagte Herren, so daß der Berliner Volksmund die neue Regierungsmannschaft mit dem Spitznamen „Großvaterregierung“ bedachte¹⁰.

Mit diesen Maßnahmen war die Verschiebung der Machtverhältnisse keinesfalls beendet. Der Generalstab übte nicht nur die uneingeschränkte Gewalt über das zivile Leben aus, sondern veränderte auch die innenpolitischen Verhältnisse so gravierend, wie keine andere europäische Regierung des 1. Weltkrieges. Die Generalkommandos wurden in der letzten Kriegsphase faktisch aus dem Zuständigkeitsbereich des Kriegsministers herausgelöst und direkt dem Einfluß der OHL unterstellt. Obwohl dieser Akt gesetzlich nie verankert wurde, und die Generalkommandos bis

¹ Ebd.

² Ebd.

³ **Nowak, K. F.**, *Der Sturz der Mittelmächte*, München 1921, S. 256f.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ **Balfour, M.**, *Der Kaiser*, S. 412f.

⁷ **Kühlmann, R., von**, *Erinnerungen*, S. 501f.

⁸ **Balfour, M.**, *Der Kaiser*, S. 416f.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

zum Sturz der Monarchie offiziell den jeweiligen Kriegsministerien unterstanden, bezogen die stellvertretenden Generäle ihre Instruktionen gegen Ende des Krieges bereits direkt von der OHL. Zu den politischen Gegebenheiten Deutschlands unter der III. OHL gehörte somit auch die faktische Entmachtung des Kriegsministers¹. Die Veränderungen erstreckten sich auch auf die Beratungsorgane des Kaisers. Auf Geheiß Ludendorffs wurden fast alle Berater Wilhelms II. entlassen und durch Männer der OHL ersetzt. Im Januar 1918 verlangte die OHL vom Kaiser, Valentini als Chef seines Zivilkabinetts zu verabschieden². Wilhelm II. war über diese Entscheidung der OHL so wütend, daß er Hindenburg die Tür vor der Nase zuknallte und Ludendorff für einen „Übeltäter, dem er nie die Hand geben würde“³ erklärte. Ein aufmerksamer Beobachter bemerkte um diese Zeit, Deutschland habe den Punkt erreicht, da der Kaiser sich seine persönliche Umgebung ebenso zudiktieren lasse, wie seine Minister⁴. Dem Historiker Meinecke zufolge, machte diese Vorgehensweise der Stabsoffiziere in einem der kritischsten Augenblicke der deutschen Geschichte „alle Gemäßigten politisch heimatlos“ und trug zum späteren Ausbruch der Revolution maßgeblich bei⁵.

Kap.3. Kriegsziele des Deutschen Reiches. Der Kriegseintritt der USA und der Friedensvertrag von Brest-Litowsk

Die Berufung Hindenburgs und Ludendorffs in die OHL bedeutete auch außenpolitisch eine Radikalisierung der Kriegsführung. Bereits die ersten Maßnahmen der III. OHL waren desaströs und hatten für Deutschland denkbar negative Folgen. Unmittelbar nach der Berufung Hindenburgs und Ludendorffs verkündeten die Mittelmächte, daß Polen von nun an aus dem Staatsverband des russischen Reiches losgelöst werde. Zu diesem Zeitpunkt war die russische Front stärker denn je. Damit war die letzte Möglichkeit, mit dem Zarenreich zu einem Separatfrieden zu gelangen (das primäre Ziel deutscher Außenpolitik vom Herbst 1914), mit einem Federstrich aufgegeben⁶. Freilich hatte diese Handlung keine strategische Konsequenzen: In nur wenigen Monaten brach in Rußland die Februarrevolution aus und die russische Armee wurde gefechtsunfähig. Dennoch: Wäre die deutsche Regierung zu vernünftigen Überlegungen fähig gewesen, mußte sie diese Aktion Ludendorffs nachdenklich machen. Daß die Februarrevolution ausbrechen würde, hat selbst nach Hindenburgs Zeugnis in der OHL niemand erwartet⁷. Noch nachdenklicher mußte die deutsche Regierung der Umstand machen, wie Ludendorff und seine Mitarbeiter die Loslösung Polens begründeten. General Beseler, der als Verwalter Polens eingesetzt war, entwickelte einen phantastischen Plan, wonach die Herauslösung Polens einen patriotischen Aufschwung in der heimischen Bevölkerung hervorrufen würde, die man für die deutsche Kriegsführung verwenden konnte. Die III. OHL kalkulierte mit einer riesigen Anzahl polnischer Kriegsfreiwilliger, aus denen man erst eine „Streitmacht von 5 Divisionen“ bilden sollte, die dann „auszudehnen sei“⁸. Daß sich die polnische

¹ Laut General Stein war die Situation des Kriegsministers insofern noch erschwert, als auch einige Abteilungen des Kriegsministeriums mit übermäßigen Vollmachten versehen waren. Insbesondere das dem Kriegsministerium formell untergeordnete Kriegsam war zu selbstständig, was häufig zu Kompetenzstreitigkeiten geführt hatte, **Stein, Erlebnisse und Betrachtungen**, S. 97f.

² Vgl. **Untersuchungsausschuß**, Bd. 2, S. 174f. Zu Valentini vgl. **Valentini, R., von, Kaiser und Kabinettschef**, Oldenburg 1931.

³ Vgl. **Müller, A., Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts**, 16.01.1918 und 17.01.1918.

⁴ **Craig, G. A., The Politics of the Prussian Army 1640-1945**, S. 336f.

⁵ Zitiert bei **Balfour, M., Der Kaiser**, S. 414.

⁶ Zur Haltung der Militärs in der „Polenfrage“ vgl. **Thaer, A., von, Generalstabsdienst**, S. 97f.

⁷ **Hindenburg, P., von, Aus meinem Leben**, S. 198.

⁸ **Ludendorff, E., Meine Kriegserinnerungen**, S. 315-317f.

Bevölkerung in Scharen einberufen lassen würde, war jedoch reine Phantasie. Der in Kuzewnia geborene Ludendorff hätte auch wissen müssen, daß der damalige polnische Nationalismus nicht nur Kongreßpolen im Auge hatte, sondern auch zahlreiche Gebiete Preußens, einschließlich der Provinz Posen. Ferner war die polnische öffentliche Meinung nicht nur über die Deutschen erzürnt, die ihr Land verwüstet hatten, sondern auch bewußt, daß das Manifest des Großfürsten Nikolaj Nikolajewič von 1914 mit dem Anschluß polnischer Gebiete aus Deutschland und Österreich-Ungarn wesentlich mehr versprach, als die Mittelmächte je bieten konnten¹. Wenn schon dieses Manifest keine Begeisterung in der polnischen Oberschicht hervorrief, so konnten die Aufrufe der III. OHL es noch weniger. Nach der Februarrevolution setzten die Polen deshalb voll auf die Westalliierten, für die die polnische Oberschicht seit Generationen besondere Sympathien empfand.

Während die deutschen Verantwortlichen aus den ersten Taten Ludendorffs auf dem internationalen Parkett keine Konsequenzen gezogen hatten, führte die nächste Aktion zu Ergebnissen, die alle deutschen Beteiligten danach als Sprung in die Schlucht empfanden. Die Rede ist hier von der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges, die den Vereinigten Staaten den Vorwand gaben, an der Seite der Entente in den Weltkrieg einzutreten. Die Frage, ob die Regierung Wilsons auch ohne diese Aktion Deutschland den Krieg erklärt hätte, ist sehr interessant, aber ohne Bedeutung, denn der Kriegseintritt Amerikas war letztendlich selbstverschuldet².

Wie es mit der internationalen Rechtsfrage im Seekrieg stand, ist dabei von besonderem Interesse, da die Vereinigten Staaten ein Land waren, wo der Präsident trotz seiner enormen Machtfülle auf die öffentliche Meinung angewiesen war. Es gab schon lange vor dem Weltkrieg Versuche, die Kriegsführung auf See zu kodifizieren, bis 1908 in London die großen Seefahrernationen nach zähen Verhandlungen Rechtsnormen ausgearbeitet hatten, die im Kriegsfall zu befolgen waren. Das Ergebnis dieser Konferenz war die einstimmige Verabschiedung einer Deklaration über das Prisenrecht, das Seebeuterecht und das Blockaderecht. Die Bedeutung dieser Deklaration muß aber nicht überbewertet werden: Einige Staaten und allen voran Großbritannien weigerten sich, die Gesetze zu ratifizieren, so daß sie bei Kriegsausbruch keine Gültigkeit hatten³. Dennoch ist vereinbart worden, daß im Falle einer Seeblockade nur eine unmittelbare Blockade des Gegners gemeint war: Neutrale Staaten durften in ihrer Handelsfreiheit nicht eingeschränkt werden. Die Deklaration erlaubte zwar, Ladungen der Schiffe (auch die Schiffe der Neutralen fielen darunter) zu beschlagnahmen, es wurde aber nicht erlaubt, Güter zu beschlagnahmen, die nachweislich von den Neutralen für den Eigenverbrauch bestimmt waren. Die Londoner Deklaration erklärte alle Güter, die für ein Feindesland bestimmt waren, zwar für Schmuggelgut, das Rechtssystem unterschied jedoch zwischen absoluter und bedingter Kontrabande. Danach konnte man alle unter die „absolute“ Kategorie fallende Waren, wie z. B. Munition oder Uniformen beschlagnahmen, ganz unabhängig davon, ob sie direkt in Feindesland oder über die Länder der Neutralen eingeführt wurden. In die Kategorie der „relativen Kontrabande“ fielen jedoch nicht nur Lebensmittel, sondern auch verschiedene Rohstoffe, die laut Vereinbarung auch dann nicht beschlagnahmt werden durften, wenn sie nachweislich für den Feind bestimmt waren. Die Vereinbarungen erlaubten ferner, Handelsschiffe zu versenken, verlangten aber, die Schiffsbesatzung zu retten. Insbesondere das warnungslose Versenken der Handelsschiffe wurde vom Londoner Abkommen verboten. Pikanterweise hatte das in London kodifizierte Seerecht von der Existenz der U-Boote keine Notiz genommen und hinterließ in dieser Hinsicht eine graue Zone. Als die Briten nach Kriegsausbruch mit der Seeblockade Deutschlands

¹ Der Text des Manifests an die polnische Bevölkerung vom 9. August 1914 ist abgedruckt bei **Golder, F. (Hrsg.)**, *Documents of the Russian History*, S. 37-38.

² Zum Kriegseintritt der USA vgl. **Eckardstein, V.**, *Die Isolierung Deutschlands*, S. 175f., **Gerard, J.**, *My four Years in Germany*, New York 1917 und **House, E. M.**, *The intimate Papers of Colonel House*, 2 Bde., London 1926.

³ **Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 130f.

begannen, nahmen sie es von Anfang an mit den Bestimmungen der Londoner Konferenz nicht so genau¹. Als erstes weigerten sie sich, eine Küstenblockade zu betreiben und postierten ihre Flotte in der Nordsee, weit von den Küsten entfernt. Mit diesem Schritt erzielten sie gleich zwei Ergebnisse: Zum einen konnten sie gleichzeitig nicht nur Zufuhren nach Deutschland, sondern auch nach den Nachbarstaaten kontrollieren, zum anderen konnten ihre Schiffe nicht vereinzelt von der deutschen Hochseeflotte angegriffen werden. Die Gegebenheiten haben es zudem so gefügt, daß die Engländer ihre Ziele problemlos erreichen konnten, ohne die Entscheidungsschlacht zu erzwingen, während das den Deutschen nicht möglich war. Ihre Hochseeflotte war nicht nur schwächer, sondern mußte sich in eine lange und gefährliche Reise schicken, wollte sie die Blockade unterbrechen.

Die deutsche Marineleitung griff bereits 1914 zur U-Bootwaffe, da es die einzige Möglichkeit war, der englischen Seeblockade effektiv entgegenzuwirken. Die Eigenart der U-Bootwaffe bewirkte aber, daß die deutsche Seite die Londoner Abkommen in wesentlich eklatanterer Weise verletzte, als es die Briten mit der Seeblockade taten. Da die U-Boote sehr verwundbar waren, mußten sie ihre Angriffe auf Handelsschiffe ohne Warnung beginnen. Die U-Boote konnten sehr oft aus militärischen Gründen nicht auftauchen, um die ertrinkende Crew des Gegners zu retten. Es ist verständlich, daß der Einsatz der U-Bootwaffe eine Reihe von Protesten der neutralen Staaten auslöste, und die deutsche Reichsregierung war gezwungen, den Einsatz immer wieder offiziell einzuschränken. Der Einsatz der U-Boote wurde auch dadurch erschwert, daß die Briten sich angewöhnten, ihre Schiffe mit falschen Fahnen zu tarnen. Freilich waren auch die Engländer nicht frei von Grausamkeiten auf hohen See. Das berühmteste Beispiel dafür ereignete sich im August 1915, als das deutsche Unterseeboot U 27 das unter amerikanischer Fahne fahrende Schiff „Baralong“ traf und auftauchte, um die Bestimmungen der Londoner Konferenz zu erfüllen. Das war ein fataler Fehler, denn „Baralong“ entpuppte sich als ein britisches Schiff, das das U-Boot angriff und versenkte. Der Kapitän der „Baralong“ verweigerte der schiffbrüchigen deutschen Mannschaft die Bergung². Der Einsatz der U-Bootwaffe bedeutete eine Brutalisierung des Krieges zur See in einer Weise, wie sie die Welt vorher noch nicht gekannt hatte. Die Neutralen und allen voran die USA ließen die Argumente der deutschen Seite nicht gelten. Nach der Versenkung des Kreuzers „Sussex“ durch ein deutsches U-Boot war die Note der USA so scharf formuliert, daß die Reichsregierung unter Bethmann den U-Bootkrieg drastisch einschränken mußte³. Es muß vermerkt werden, daß die USA all die Jahre nur deshalb vor einer Kriegserklärung absahen, weil die deutsche Seite auf die amerikanischen Protestnoten immer wieder einging und der U-Bootkrieg bis 1916 nie radikale Ausmaße annahm. Spätestens seit dem Rücktritt von Tirpitz, der als energischer Verfechter dieser Kriegsführung galt, wurde die Torpedierung ohne Vorwarnung mehr oder weniger eingestellt⁴.

Während der ersten Kriegsperiode war die OHL der Stimme der Vernunft nicht gänzlich verschlossen. Zweimal während des Krieges war der verschärfte U-Bootkrieg erklärt worden und zweimal wurde er aufgrund der Proteste der USA rückgängig gemacht. Die Situation erfuhr aber eine Radikalisierung, als die Marineoffiziere Ludendorff Berechnungen bezüglich der Möglichkeiten der U-Bootwaffe im Falle ihres rücksichtslosen Einsatzes auf dem Tisch legten⁵. Daß die Einschränkung des U-Bootkrieges Unzufriedenheit im Offizierskorps der Marine verursachte, ist mehr als verständlich: Die professionellen Militärs wollten auch ihren Beitrag zur Erleichterung der

¹ Ebd.

² Zum „Baralong-Fall“ vgl. **Bauer, M.**, *Der große Krieg*, S. 51f.

³ Vgl. **Tarle, J.**, *Evropa v epochu imperializma*, S. 358f.

⁴ Ebd.

⁵ Ausführlich hierzu **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 245f. und vor allem **Spindler, A.**, *Wie es zu dem Entschluß zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg 1917 gekommen ist*, Göttingen 1961.

Gesamtlage ihres Landes leisten¹. Von den älteren Repräsentanten der Marine forderte vor allem Admiral Scheer, die U-Bootwaffe energisch einzusetzen. Aber auch die Admiräle Holtzendorff und Capelle, die zu diesem Zeitpunkt die einflußreichsten Admiräle in der Marine waren, vertraten die gleiche Meinung. Um in der III. OHL Gehör zu finden, beauftragte Admiral Holtzendorff den Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, Professor Bernhard Harms, ein Gutachten auszuarbeiten, in dem berechnet war, wieviel BRT Schiffsraum noch vernichtet werden müßten, um Großbritannien aus dem Krieg ausscheiden zu lassen². Es ist bis heute nicht klar, ob die Admiralität auf den Professor Druck ausgeübt hat, aber das Ergebnis seiner Untersuchung fiel folgendermaßen aus: *„In sehr detaillierten, sorgfältigen Berechnungen wurde in diesem Gutachten der Nachweis geführt, daß England am Rand einer Hungerkatastrophe stehen werde, wenn vom 1. Februar 1917 an fünf Monate hindurch durchschnittlich etwa 600 000 BRT Schiffsraum versenkt werden würden. Nach dem Verlust ihres Schiffsraumes könne die Insel England den Krieg nicht fortsetzen“*³. Diesen Bericht des Professors und seiner Kollegen aus dem Kieler Institut legten die Admiräle der OHL vor und versicherten dem Infanteriegeneral Ludendorff ihrerseits, daß es die deutschen U-Boote bereits vor dem Rücktritt des Großadmirals Tirpitz zustande brachten, 400 000 BRT Schiffsraum zu versenken. Die entscheidenden Gespräche mit Ludendorff führte dabei Admiral Holtzendorff, der Chef des Admiralstabes der Marine⁴. Seine Argumente haben auf Ludendorff scheinbar einen unwiderstehlichen Eindruck gemacht. Nicht nur weil Holtzendorff sich *„außer auf eigene pflichtmäßige Anschauung auch auf Gutachten hervorragender Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens“*⁵ bezog, sondern auch weil der wendige Marineoffizier Ludendorff versicherte, daß der U-Bootkrieg keine Landungen amerikanischer Soldaten auf dem Kontinent zulassen würde. Ludendorff gibt zwar an, daß er den britischen Zusammenbruch in fünf Monaten *„nicht buchstäblich“* nahm, sondern vorsichtshalber *„auf eine entscheidende Wirkung wenigstens innerhalb Jahresfrist“* hoffte⁶. Den möglichen Kriegseintritt der USA hielt er für unbedrohlich, weil die *„amerikanische Industrie sowieso mit voller Kraft für die Westalliierten arbeitete“*⁷. Im Übrigen waren Ludendorff und seine Mitarbeiter von der Qualität der amerikanischen Armee nicht überzeugt und hielten sie der deutschen Truppe für nicht bedrohlich.

Am 7. Oktober 1916 verlangte Hindenburg im Nahmen OHL die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges⁸. Das unter der Regie Ludendorffs verfaßte Schreiben erklärte, daß die OHL nur dann die Haltung der Fronten garantiere, wenn die U-Boote alle Schiffe versenkten, die in Richtung Ententeländer fahren. Es muß an dieser Stelle betont werden, daß der U-Bootkrieg sehr populär war. Was die Zivilbevölkerung in der Heimat anbelangt, so war ihre Haltung mehr als verständlich. Im Jahr 1916 begann in Deutschland die richtige Hungersnot. Genauerer wußte kaum jemand über den U-Bootkrieg. Aus der Presse war zu entnehmen, daß die U-Boote eine „Wunderwaffe“ seien, die feindliche Schiffe in hohen Zahlen versenkten. Von der Zahl der U-Boote, die der Admiralität 1917 zur Verfügung standen, wußte der Mann von der Straße nichts. Diese Zahlen waren das große Staatsgeheimnis und nur sehr wenigen bekannt. Obwohl die Angaben über die Zahl und den Zustand der U-Boote zum Zeitpunkt der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges in den Quellen unterschiedlich angegeben werden, sind sie mehr als erschreckend.

¹ Ebd.

² Vgl. Ebd., *Quellen*, 2. Reihe, Bd. II/1., S. 914, Anm. 11.

³ **Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 390f.

⁴ **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 248f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Friedrich Payer und einige andere einflußreiche Politiker des Reichstages hielten den 7. Oktober 1916 für den schwärzesten Tag des 1. Weltkrieges. Der Reichstag wurde bei der Beschlußfassung übergangen, **Payer, F., von, Von Bethmann-Hollweg bis Ebert**, Frankfurt a. M. 1923, S. 219f.

Bei Kriegsausbruch besaß Deutschland nur 29 U-Boote. 1915 wurden noch 72 und 1916 insgesamt 86 U-Boote dazu gebaut. Die Verluste waren aber außerordentlich groß, so daß alleine 1916 ca. 38 U-Boote versenkt wurden. Ein weiteres Drittel befand sich in den Reedereien, um Wartungsarbeiten durchzuführen, mit dem Ergebnis, daß man für den Krieg auf hoher See gegen beide Seemächte, England und die USA, nur über ca. 100 U-Boote verfügte¹! Der Mensch, der für diesen Sachverhalt verantwortlich war, hieß Alfred Tirpitz, und hatte dafür eine originelle Entschuldigung. Er vertrat die Meinung, daß es „für den U-Bootkrieg nicht auf die Zahl der U-Boote, sondern lediglich auf die Versenkungsziffer“ ankommt².

Seltsamerweise glaubten selbst die weitsichtigeren Politiker nicht, daß dieser von der III. OHL vorgeschlagene Schritt den Kriegseintritt der USA bedeuten würde. Die Noten des Deutschen Botschafters in den USA, Graf Bernstorff, eines begnadeten und klugen Diplomats, drangen freilich nicht an die Öffentlichkeit³. 1916 befanden sich hinsichtlich der Vereinigten Staaten sehr viele politisch interessierte Deutsche in einem Irrtum. Man wußte kaum etwas von der Bedeutung des amerikanischen Engagements für die Entente und maß zumindest der finanziellen Seite dieses Engagements keine entscheidende Rolle zu. In einem noch größeren Irrtum befand man sich hinsichtlich des Menschen, der in der amerikanischen Politik den entscheidenden Einfluß ausübte. Wilson wurde von den einen als Idealist und Pazifist angesehen. Die anderen sahen in ihm einen Menschen, der wider seine Überzeugungen und nur aufgrund des Drängens der Lobbyisten von Zeit zu Zeit eine drohende Stellung gegenüber Deutschland einnahm. Die dritten sahen in ihm einen Schwächling, der es niemals wagen würde, sein Land in den Krieg hineinzuziehen, denn in den USA lebten Millionen Bürger deutscher Abstammung. Alle zusammen sahen in ihm einen Geschichtsprofessor der Universität Princeton, der selbst im Weißen Haus die Hauptlast seiner Zunft, das Theoretisieren nicht abzuschütteln vermochte. Manche deutsche Publizisten schrieben von Wilson selbst nach dem Krieg, daß er „kindisch“ und „naiv“ war⁴. Der Begründer der amerikanischen Großmacht Wilson war aber einer der bewandertsten Politiker seines Landes und „Naivität“ gab es bei ihm kein bißchen. Dieser Politiker war fähig, komplizierte und gut ausgereifte Pläne zu vollziehen und schreckte selbst vor Intrigen nicht zurück. Interessanterweise wurden mehrere deutsche Politiker von ihrer irrtümlichen Beurteilung Wilsons von den Amerikanern selbst gewarnt. Der Staatssekretär Jagow wurde - um nur ein Beispiel zu nennen - vom niemand anderem als Morgenthau bezüglich der Falscheinschätzung Amerikas im folgenden Wortlaut unterrichtet: „Denken sie bloß nicht, daß unser Land nicht kämpfen kann. Denken sie auch nicht, daß unser Präsident Wilson ein Idealist und ein Pazifist ist, der für nichts im Leben zu den Waffen greifen wird ... Wenn er es beschließen sollte, wird niemand in der Lage sein, ihn davon abzubringen und - wie ich ihn kenne - er wird diesen Krieg dann bis zum Ende führen. Provozieren sie ihn bitte lieber nicht. Sie irren sich, falls sie denken, daß manche Mitglieder des Kongresses und vielleicht auch ein Minister für den Frieden votieren werden. Die Realität ist, daß nur ein Mensch die Entscheidung über die Kriegserklärung treffen wird, und dieser Eine der Präsident sein wird“⁵.

Am Vorabend des uneingeschränkten U-Bootkrieges wurden in den USA die Präsidentschaftswahlen durchgeführt, in denen Wilson nur denkbar knapp (8,6 Mio. gegen 8,2 Mio. Stimmen) wiedergewählt wurde⁶. Dieses

¹ Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 387f. und 393f., Tarle, J., *Evropa v epochu imperializma*, S. 358f. Zur politischen Vorbereitung vgl. Krüger, W., *Der Entschluß zum uneingeschränkten U-Bootkrieg im Jahre 1917 und seine völkerrechtliche Rechtfertigung*, Berlin 1959.

² Tirpitz, A., von, *Erinnerungen*, S. 372f.

³ Hierzu und zu den Warnungen amerikanischer Diplomaten vgl. Bernstorff, J. H., *Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege*, Berlin 1920

und Morgenthau, H., *Mémoires de l'Ambassadeur Morgenthau*, Paris 1919, S. 340f.

⁴ Vgl. Tarle, J., *Evropa v epochu imperializma*, S. 359.

⁵ Morgenthau, H., *Mémoires de l'Ambassadeur Morgenthau*, S. 340f.

⁶ Tarle, J., *Evropa v epochu imperializma*, S.355.

Wahlergebnis wurde in Deutschland geradezu verhängnisvoll mißinterpretiert. Der Gegenkandidat Wilsons im Präsidentschaftskampf galt als Befürworter des Kriegseintritts. Also wurde in Deutschland geglaubt, daß Wilson als Gegner des Kriegseintritts gewählt wurde. Selbst ein so vorsichtiger Politiker wie Bethmann, der gerade wegen den mit den USA verbundenen Gefahren kein Freund des U-Bootkrieges war, äußerte die Überzeugung, daß „*Wilson aufgrund seiner Friedensplattform gewählt*“ wurde und daß gerade deshalb „*nichts passieren*“ könne¹. Er trat dennoch gegen die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges ein.

Es ist bezeichnend, daß selbst der Reichskanzler nicht in der Lage war, diesen für Deutschland verhängnisvollen Schritt der OHL zu verhindern. Die OHL brauchte nur bestimmte „Informationen“ an die Presse zu lassen und der Reichskanzler wurde sofort gefügig. Das Presseamt der OHL und die für die Zensur zuständigen Stellen der Generalkommandos vermochten auf einmal nicht zu gewährleisten, daß die Heimat von Zeitungsartikeln und Schmähchriften buchstäblich überflutet wurde, die sich gegen den Kanzler des Deutschen Reiches richteten. Er verlängere den Krieg, so hieß es, weil er den Einsatz der U-Bootwaffe verhindere². Man ging dabei so weit, Bethmann allen Ernstes zu beschuldigen, „anglophil“ zu sein³. Daß hinter dieser Kampagne entweder Ludendorff oder seine Mitarbeiter standen, ist schon daran sichtbar, daß in Deutschland der Tag kam, als Dr. Wolfgang Kapp (zu dieser Zeit ein politischer Nobody) sich in der Lage sah, den Kanzler des Deutschen Reiches Bethmann zum Duell zu fordern⁴. Wilhelm II. spielte in dieser Angelegenheit eine unwürdige Rolle. Er fand keinen Mut, die Würde des Kanzleramtes zu schützen und ließ Bethmann fallen⁵. In dieser Situation gab es durchaus Parallelen zwischen Deutschland und Rußland, wo um dieselbe Zeit der Zar seinen Premierminister B. Stürmer den Dumademagogen opferte. Wenn Wilhelm II. auch begriff, daß nach einer ähnlichen Debatte die Macht des Kanzleramtes irreparabel beschädigt war, so zog er es doch vor zu schweigen. Es hätte sich auf die Verhältnisse in beiden Ländern bestimmt beruhigend ausgewirkt, Kapp oder Miljukov vor ein Militärtribunal zu stellen. Da es vom Monarchen in beiden Fällen jeweils unterlassen wurde, kam es zu einer Katastrophe in Deutschland, genauso wie in Rußland. In dieser Situation mußten alle Stimmen der Vernunft verstummen.

Warnungen bezüglich der Ausrufung des uneingeschränkten U-Bootkrieges wurden der Reichsregierung auch aus amerikanischen Quellen zugespielt. Solch eine Quelle war der Botschafter der USA in Deutschland Gerard. Dieser Diplomat war übrigens ein sehr tief sinniger Beobachter, was schon daran abzusehen ist, daß er lange vor dem Krieg die Spaltung der SPD voraussagte und auch vorwegnahm, daß Karl Liebknecht zu großem Einfluß kommen würde⁶. Am 6. Januar 1917 wurde in Berlin ein Bankett der amerikanischen Handelsgesellschaft für den Botschafter Gerard veranstaltet, bei dem zahlreiche Vertreter deutscher Politik zugegen waren. Unter den Gästen befanden sich der Staatssekretär für Außenpolitik Zimmermann, Innenminister Helfferich, der Minister für Kolonien Solf und viele andere. Gerard behauptete, daß er den Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht wünsche. Obwohl die Debatte über die U-Boote ihren Höhepunkt erreicht hatte und der Botschafter bestens unterrichtet war, daß Deutschland

¹ Gerard, J., *My four Years in Germany*, S. 374f.

² Zur Stimmung gegen Bethmann-Hollweg und der Rolle von Militärs dabei vgl. Czernin, O., *Im Weltkriege*, S. 153f., Erdmann, K. D. (Hrsg.) *Kurt Riezler - Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, S. 439-453, Einem, K., *Erinnerungen eines Soldaten*, S. 157f.

³ Vgl. Kapp, W., *Die nationalen Kreise und der Reichskanzler*, Königsberg 1916.

⁴ Vgl. Czernin, O., *Im Weltkriege*, S. 153f., Erdmann, K. D. (Hrsg.) *Kurt Riezler - Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, S. 439-453, Einem, K., *Erinnerungen eines Soldaten*, S. 157f., Kielmannsegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 388f.

⁵ Ebd.

⁶ Über Liebknecht spricht Gerard übrigens mit Sympathie und Hochschätzung, vgl. Gerard, J., *My four Years in Germany*, S. 215-216f.

unmittelbar vor der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges stand, hielt er auf diesem Bankett eine Reihe Reden über deutsch-amerikanische Freundschaft¹. Wenn es von Bismarck bekannt ist, daß er ein unverbesserlicher Pessimist war, so waren die deutschen Politiker des 1. Weltkrieges unverbesserliche Optimisten. Gerard schreibt selbst mit Verwunderung, daß deutsche Würdenträger freundliche Reden auf seinem Bankett als Freibrief für die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges hielten². Anscheinend wollte niemand in Deutschland glauben, daß der Botschafter eines Landes, dem gerade indirekt der U-Bootkrieg erklärt wird, Reden von „historischen Freundschaft“ an die Vertreter dieses Landes richten kann. Schon am 9. Januar 1917 bewilligte der Kaiser in Pleß die Erklärung des uneingeschränkten Krieges, der laut Erklärungstext am 1. Februar in Kraft treten sollte³. Am 31. Januar wurde auch der amerikanische Botschafter davon in Kenntnis gesetzt. Aus amerikanischen Quellen wissen wir, daß Wilson am Abend des 31. Januar davon erfuhr, als alle Fristen, diplomatisch einzuwirken, verstrichen waren. Der US-amerikanische Staatssekretär schilderte, daß Wilson die Note gelesen habe, „bleich“ wurde und ungefähr folgendes Urteil verkündete: „Das bedeutet Krieg. Der Bruch mit Deutschland, den ich mich zu verhindern bemühte, ist jetzt unausweichlich“⁴. Am 3. Februar verkündete Wilson vor dem Kongreß den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland⁵.

Ludendorff, der die größte Verantwortung für die Katastrophe trug, behauptete seinerseits, daß die USA nicht in der Lage wären, mehr als 100 000 Soldaten überhaupt nach Europa zu schicken und diese Armee dort zu unterhalten. Bereits im Sommer 1918 mußte derselbe Ludendorff Bericht erstatten, daß die USA monatlich 330 000 Soldaten in Frankreich landeten und daß diese Tendenz steil anstieg⁶. Der Chef der Spionageabteilung der OHL Oberst Nicolai wurde 1918 entlassen, weil Ludendorff glaubte, daß die Angaben über die Landungen der Amerikaner überhöht waren⁷. Die Ereignisse vorwegnehmend muß konstatiert werden, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg trotz großer Leistungen doch nur ein Flop war. Er wurde mit ca. 100 Schiffen begonnen, was auf die Operationen bezogen bedeutet, daß während der 20 Monate des U-Bootkrieges im Durchschnitt etwa 32 U-Boote gleichzeitig in den Gewässern um England operierten. Die Erfolge übertrafen zunächst alle Erwartungen: Bereits in den ersten drei Monaten waren nach deutschen Berechnungen etwa 3,5 Mio. BRT versenkt worden und Versenkungsraten über eine Mio. BRT wurden auch in späteren Monaten gemeldet⁸. Selbst wenn man annimmt, daß diese Angaben oft überhöht waren, so wurde die von den Gutachtern mit Tabellen errechnete Grenze von 600 000 BRT weit überschritten. Obwohl die Ergebnisse später hauptsächlich aufgrund britischer Gegenmaßnahmen deutlich zurückgingen, lag der Monatsdurchschnitt für das gesamte Jahr 1917 deutlich über dieser Grenze⁹. Auch in den ersten fünf Monaten des Jahres 1918 änderte sich an diesem Sachverhalt nichts¹⁰. Es ist nicht erstaunlich, daß man in Deutschland schon seit Mai 1917 damit rechnete, daß England demnächst einlenken würde. So verfügte die Admiralität im Mai 1917, den Bau der U-Boote einzustellen, weil man ab diesem Zeitpunkt täglich mit dem Zusammenbruch Englands rechnete¹¹.

Für England war der U-Bootkrieg eine sehr ernste Gefahr, weil er die englische Flotte denkbar unvorbereitet traf. Heute wissen wir, daß die englische Industrie in den ersten Kriegsjahren genauso viele Schiffe bereitstellte, wie die

¹ Gerard, J., *My four Years in Germany*, S. 374f.

² Ebd.

³ Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 245f.

⁴ Tumulty, J. P., *Woodrow Wilson as I know him*, London 1922, S. 255.

⁵ Ebd.

⁶ Payer, F., von, *Von Bethmann-Hollweg bis Ebert*, S. 223.

⁷ Ausführlich hierzu vgl. Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S.141, Fn. 107. Zu Nicolai vgl. Nicolai, W., *Geheime Mächte. Internationale Spionage und ihre Bekämpfung im Weltkrieg und heute*, Leipzig 1925.

⁸ Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 394.

⁹ Vgl. Churchill, W., *Die Weltkrise*, Bd. 2, S. 69-93.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 394.

deutschen U-Boote zerstören konnten¹. Bereits nach den ersten Monaten des Krieges waren die britischen Verluste aber so hoch, daß keine Rede mehr davon sein konnte, sie durch die Produktion neuer Schiffe zu kompensieren². Aber in einem Punkt verrechnete sich der Kieler Professor, genauso wie alle Befürworter des uneingeschränkten U-Bootkrieges, einschließlich Ludendorffs. Schon ein wenig Kenntnis der englischen Geschichte hätte Ludendorff zu der Erkenntnis verhelfen können, daß mit diesem Mittel allein Großbritannien nicht zu bezwingen war. Der Kriegseintritt der USA hatte in den Augen der Briten den uneingeschränkten U-Bootkrieg psychologisch entwertet. Die USA und England produzierten zwar 1917 nur die Hälfte des Schiffsraums, der im U-Bootkrieg verloren ging, die Produktion stieg aber stetig an. 1918 konnten beide Länder ihre Verluste mehr oder weniger decken³. Man suchte fieberhaft nach Gegenmitteln und fand sie in der Eskortierung der Handelsschiffe. Die Verluste auf der deutschen Seite waren ebenfalls sehr groß. Acht bis zehn U-Boote wurden monatlich versenkt. Die Schätzungen gehen davon aus, daß während der Kampfhandlungen ca. 50% der U-Bootbesatzungen auf hoher See umgekommen sind⁴. Es war eine hervorragende soldatische Leistung deutscher Matrosen, aber ihr Land war einfach wirtschaftlich zu schwach, so viele U-Boote fertigzustellen, um die vereinigte Wirtschaftskraft Englands und der Vereinigten Staaten zu neutralisieren. Eine bessere Kenntnis der englischen Geschichte hätte Ludendorff verständlich gemacht, daß England den Kampf nicht ohne weiteres aufgeben würde, schon gar nicht wegen Lebensmittelknappheit. Den Krieg hatte England 1917 nur mit der Hälfte seiner Kraft geführt⁵. Schließlich hätte er wissen müssen, daß England, sobald es um seine Existenz ging, in der Wahl der Mittel nie zimperlich war und oft zu unorthodoxen Methoden griff. Sobald die Gefahr entstand, daß Deutschland mit seinen U-Booten die Insel fast genauso effektiv blockieren könnte, wie England Kontinentaleuropa, griffen die Briten zu Maßnahmen, die den ganzen U-Bootkrieg von vornherein hoffnungslos machten. Anders als Bethmann, der 1914 den Einmarsch in Belgien im Reichstag mit der berühmten Phrase begründete „Not kennt kein Gebot“ - die ihm übrigens später sehr geschadet hat -, verlor Lloyd George keine Silbe, schickte aber an die Regierungen Schwedens, Hollands, Norwegens und Dänemarks Noten, in denen er sie ersuchte, ihre Handelsflotten England „for temporary use“ bereitzustellen⁶. Die Neutralen bekamen dabei für ihre Schiffe große Kompensationen und die Aussicht, mit der Entente, an deren Sieg 1917 niemand zweifelte, gute Beziehungen zu pflegen⁷. Europäische Regierungschefs wußten bereits seit dem 18. Jh., daß die Bitten der britischen Regierung mit besonderer Aufmerksamkeit zu studieren sind. Außerdem haben englische Diplomaten nicht verheimlicht, daß sie im Falle einer Absage über genügend Mittel verfügten, die benötigten Schiffe auch so aus den neutralen Häfen mitzunehmen. Bis zum Frühjahr 1918 wurden von allen erwähnten neutralen Staaten Handelsschiffe an England ausgeliefert und dienten der Entente⁸.

Nicht minder gravierende Fehler unterliefen der deutschen Heeresleitung auch in der Ostpolitik. Die Westmächte haben seinerzeit alle diplomatischen Bemühungen Deutschlands, einen Verständigungsfrieden zu erreichen, mit dem Argument abgelehnt, es handele sich hier um eine Kriegsliste, da Deutschland auch nicht im entferntesten daran dachte, einen ehrenhaften Frieden zu schließen⁹. Als die Mittelmächte mit der Abordnung der

¹Vgl. **Churchill, W.**, *Die Weltkrise*, Bd. 2, S. 69-93.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ausführlich hierzu vgl. **Gibson, R. H., Prendergast, M.**, *The German Submarine War, 1914-1918*, New York 1931 und insbesondere **Jellicoe, J. E., Lord**, *Der U-Bootkrieg. Englands schwerste Stunde*, Berlin 1938.

⁵ Ebd.

⁶ **Tarle, J.**, *Evropa v epochu imperializma*, S. 384f.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 2, S. 99.

Bolschewiki vereinbarten, den Waffenstillstand ab 6. Dezember (russ. 23 November) 1917 an der Ostfront auszurufen, richtete sich die Aufmerksamkeit der Welt auf die öde weißrussische Stadt Brest-Litowsk, wo die Friedensverhandlungen stattfinden sollten. Am Brest-Litowsker Friedensvertrag interessiert aber nicht seine moralischen Seite, sondern einzig und allein die beginnende Revolutionierung der deutschen Massen und der Eindruck, den er in der Weltöffentlichkeit gemacht hat. Nach John Wheeler-Bennett war Lenin zur Zeit der Friedensverhandlungen „*der meist geschmähte Mann Europas*“¹. Lenin war entschlossen, den Separatfrieden zu schließen: Er brauchte unbedingt eine Atempause, um seine Kräfte zu mobilisieren und die Opposition niederzuschlagen. Er war sich dessen bewußt, daß die Fortdauer des Krieges seinen sicheren Sturz bedeutete und zwar nicht nur, weil Rußland zu diesem Zeitpunkt über keine Armee verfügte, sondern auch weil die Opposition zu seinem Regime fast alle politischen Gruppierungen einschloß². Die Weltöffentlichkeit schaute nach Brest-Litowsk, vor allem deshalb, weil man sehr gespannt war, was im Falle eines deutschen Sieges zu erwarten war³.

Die Diplomaten Deutschlands und Österreichs scheinen dies instinktiv gespürt zu haben und waren der Meinung, daß es im unbedingten Interesse Deutschlands lag, „*die Legende von Weltherrschaftsplänen zu zerstören*“⁴. Zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk entsandte man deshalb eine hochkarätige Delegation. Mit Einverständnis der OHL wurde ferner vereinbart, die Verantwortung den Zivilisten, d. h. der Reichsregierung zu übertragen, welche die Abwicklung der Verhandlungen übernehmen sollte⁵. Man einigte sich auf den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Richard von Kühlmann, der während seiner Karriere Gelegenheit gehabt hatte, große Erfahrungen im Ausland zu sammeln⁶.

Geboren wurde Kühlmann in Istanbul, in der Familie eines bayerischen Diplomaten⁷. Dank der guten Verbindungen seines Vaters zu dem ebenfalls aus Bayern stammenden Reichskanzler Hohenlohe konnte Kühlmann sich rasch in der diplomatischen Hierarchie etablieren und war schon lange vor dem Krieg ein sehr geachteter Mann. Als Diplomat war Kühlmann vor dem Krieg in Teheran, St. Petersburg, London, Tanger und Den Haag tätig. Später arbeitete er als Legationssekretär in New York. Auf seinem Posten in Rußland arbeitete er mit Tschischky, dem späteren deutschen Botschafter in Wien, Graf Brockdorff-Rantzau, dem späteren Entdecker und Förderer Lenins und einem gewissen Militärattaché namens Lüttwitz zusammen⁸. Zu Rußland hegte Kühlmann bereits seit der Zeit seiner Arbeit in der Petersburger Botschaft eine tiefe Abneigung⁹. Kühlmann war zwar Bayer, jedoch Asket und machte sich als solcher keine Freunde im Kreise seiner Kollegen, die alle gerne an den heftigen Feierlichkeiten russischer Gastgeber teilnahmen¹⁰. Unmittelbar vor Kriegsausbruch arbeitete Kühlmann in London. Er war einer der deutschen Diplomaten, die in den letzten Vorkriegsmonaten verzweifelt an einer deutsch-englischen Annäherung arbeiteten, deren Gelingen vielleicht den Ausbruch des 1. Weltkrieges verhindert hätte¹¹. Aufgrund seiner diplomatischen Erfahrungen hielt Kühlmann sich für so was wie einen Rußlandexperten. Nach Brest-Litowsk reiste Kühlmann nach eigener Aussage, um

¹ **Wheeler-Bennett, J.**, *Brest-Litovsk: The forgotten Peace*, London-New York 1956, S. 275.

² Ausführlich hierzu vgl. **Thompson, J. M.**, *Lenin's Analysis of Intervention*, in: *The American Slavic and East European Review*, Bd. XVII., No. 2, 1958.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Max von Baden zitiert bei **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 255f., **Kühlmann, R., von**, *Erinnerungen*, S. 518f.

⁵ Ludendorff schreibt dazu: „*Die Grundlinien wurden [...] von mir entworfen und vom Reichskanzler[...] angenommen*“, **Ludendorff, E.**, *Urkunden*, S. 448f.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. **Kühlmann, R., von**, *Erinnerungen*, Heidelberg 1948.

⁸ **Kühlmann, R., von**, *Erinnerungen*, S. 138f.

⁹ Ausführlich hierzu vgl. **Kühlmann, R., von**, *Erinnerungen*, S. 135-147.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Zu Kühlmanns Tätigkeit in London siehe **Kühlmann, R., von**, *Erinnerungen*, S. 287-422, vgl. **Kühlmann, R., von**, *Gedanken über Deutschland*, Leipzig 1931.

„auf dem Selbstbestimmungsrecht fußend den Punkt des annexionslosen Friedens zu unterholen“ und „was wir an territorialen Zugeständnissen brauchen, uns durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker hereinzuholen“¹.

Beteiligte Zeitgenossen erinnerten sich später, daß die Friedensgespräche in einer gespenstischen Atmosphäre verliefen. Laut Kühlmann war der Verhandlungstisch mit grünem Tuch bedeckt und weckte Assoziationen zum Glücksspiel². Schon das erste Treffen der Delegationen verlief so skurril, daß sich die kaiserlichen Diplomaten noch nach Jahren mit einer sonderbaren Mischung aus Lachreiz und Grausen an die Verhandlungen erinnerten: *„Die Moskowiter hatten, natürlich nur aus Propagandaabsicht, eine Frau zur Friedensdelegierten gemacht, die direkt aus Sibirien kam. Sie hatte einen bei den Linken unpopulären Generalgouverneur erschossen und war nach der milden zaristischen Praxis nicht hingerichtet, sondern zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. Diese etwa wie eine ältere Haushälterin aussehende Dame, offenbar eine ziemlich gesetzlose Fanatikerin, erzählte dem Prinzen Leopold von Bayern beim Dinner, bei dem sie links vom Prinzen saß, aufs ausführlichste, wie sie den Anschlag ausgeführt hatte. Sie zeigte eine Menükarte in der linken Hand haltend, wie sie den Generalgouverneur - 'er war ein böser Mann', fügte sie erläuternd hinzu - eine umfangreiche Bittschrift überreicht und ihn gleichzeitig mit einem in der rechten Hand gehaltenen Revolver in den Bauch geschossen hatte. Prinz Leopold hörte mit gespannter Aufmerksamkeit zu, als interessiere ihn der Bericht der Mörderin aufs lebhafteste“*³.

Die Friedensverhandlungen begannen mit Erklärungen aller teilnehmenden Delegationen, daß sie angereist waren, um den Frieden ohne „Kontributionen und Annexionen“ herbeizuführen. Anschließend begannen die Delegationen eine Debatte darüber, wie die „Selbstbestimmung der Völker“ in den Verhandlungen ausgelegt werden sollte. Damit versuchte Kühlmann die öffentliche Meinung in Deutschland, aber vor allem im Lager der Entente für sich zu gewinnen⁴. Im Grunde genommen führten die Diplomaten der Mittelmächte ihre Künste vor, die Künste der hochgezüchteten alten Schule: Unangenehmes vorsichtig umschreiben, auf direkte Fragen indirekt antworten, versteckt drohen, „finassieren“. Die Bolschewiki waren für diese Verhandlungsart aber kein Publikum. Sie waren nach Brest hauptsächlich gekommen, um den „Weltimperialismus zu entlarven“ und bei den Mittelmächten revolutionäre Unzufriedenheit zu schüren. Ihre Verhandlungsführer Joffe und später Trotzki richteten ihre Reden nicht so sehr an die Gesprächspartner am grünen Tisch gegenüber, sondern vielmehr an die kriegsmüde Zivilbevölkerung Deutschlands. Nebenbei verstrickten sich die sowjetischen Unterhändler in theoretische Grundsatzdiskussionen über die Weltrevolution, die ihrer Meinung nach unmittelbar bevorstand. *„Die Szene in der Ratskammer zu Brest-Litowsk war der Kunst eines großen Historienmalers würdig. Auf der einen Seite saßen die verbindlichen und lebhaften Vertreter der Mittelmächte in dunklen Anzügen oder mit ordens- und bänderstrotzenden Uniformen, ausgesucht höflich ... Unter ihnen konnte man das schmale Gesicht und die wachen Augen Kühlmans sehen, der in der ganzen Auseinandersetzung niemals seine Höflichkeit verlor; die gefällige Erscheinung Czernins, der aufgrund seiner naiven Gutmütigkeit als erster ins Feuer geschickt wurde; und das runde Pickwickiergesicht von General Hoffmann, der immer wieder rot anlief und in Harnisch geriet, wenn er den Eindruck hatte, es sei wieder einmal an der Zeit, eine militärische Erklärung abzugeben. Hinter den deutschen Delegierten stand ein gewaltiges Aufgebot von Stabsoffizieren, Beamten und bebrillten professoralen Experten. Jede Delegation gebrauchte ihre eigene Sprache, und die Erörterungen zogen sich schnell in die Länge. Germania gegenüber saßen die Russen, zumeist schmuddelig und schlecht angezogen, die*

¹ Kühlmann, R., von, *Erinnerungen*, S. 523.

² Kühlmann, R., von, *Erinnerungen*, S. 520f.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Sokolnikov, G., *Brestskij mir*, Moskau 1920, Rhodes, Th., *The Real von Kühlmann*, London 1925.

während der ausgedehnten Debatten gemütlich ihre langen Pfeifen rauchten. Ein Großteil der Diskussion schien sie gar nicht zu interessieren, sofern sie nicht in einem unvermuteten Sprung ins Reich der politischen Moral einen Schwall verworrener Metaphysik von sich gaben. Die Konferenz wirkte zum Teil wie eine Versammlung wohlzogener Arbeitgeber, die bemüht waren, mit einer besonders stumpfsinnigen Abordnung von Arbeitnehmern ins Gespräch zu kommen“¹.

Diese „entspannte“ Atmosphäre dauerte jedoch nicht lange. Die Spannung stieg an, als die Bolschewiki nicht nur theoretische Reden innerhalb der Verhandlungsräume abhielten, sondern immer wieder versuchten, die Soldaten der Mittelmächte an der Ostfront per Funksprüche zur Meuterei anzustacheln². Vor allem die Militärs in der deutschen Verhandlungsdelegation wurden zunehmend unruhig. Die hinter ihnen stehende OHL drängte auf einen schnellen Abschluß. Es waren übrigens nicht nur „militaristische“ Triebe, die drängten, sondern auch die Tatsache, daß die Friedensverhandlungen seit der Ankunft Trotzkijs zunehmend zur Farce wurden. Hindenburg und Ludendorff konnten es nicht fassen, daß während es in der Heimat in der Arbeiterschaft bereits zu gären begann und Soldaten der Ostfront in den Schützengräben den kalten russischen Winter durchmachen mußten, Czernin und Kühlmann Empfänge und Jagden veranstalteten, anstatt ihre Pflicht zu erfüllen³. Ihr Verhältnis zu Kühlmann, den sie zutiefst verachteten, war bereits vor Beginn der Friedensverhandlungen bis ans äußerste angespannt⁴. „Wenn Blicke töten könnten, hätte ich Schloß Bellevue nicht mehr lebend verlassen“, beschrieb Kühlmann die Atmosphäre einer Besprechung beim Kaiser, bei der auch Ludendorff und Hindenburg zugegen waren⁵.

Als im Januar 1918 in Deutschland und in Österreich die ersten Massenstreiks gegen die „Kriegsverlängerer“ begannen, entschloß sich die OHL zum Handeln. Hindenburg schickte an Wilhelm II. am 7. Januar 1918 eine von Ludendorff geschriebene Denkschrift, in der er unter Androhung des Rücktritts verlangte, die Bolschewiki unter Druck zu setzen⁶. Hindenburg verlangte, auf Kühlmanns Taktik zu verzichten und den Russen einfach die Karte mit abzutretenden Gebieten zur Unterschrift vorzulegen. Den unmittelbaren Grund für die Eskalation boten die Bolschewiki selbst, als sie in einem Funkspruch am 8. Februar deutsche Soldaten aufforderten, ihre Offiziere zu entmachten, eigenhändig Frieden zu schließen und nach Hause zu gehen. Am 9. Februar schickte der Kaiser Kühlmann ein Telegramm mit der Aufforderung, Trotzki ein Ultimatum zu stellen und die Unterschrift der Bolschewiki unter den vorgelegten Vertragsentwurf zu erreichen⁷. Dieser Befehl wurde von Kühlmann und dem Stabschef des Ostheeres General Hoffmann am 10. Februar ausgeführt und ging als „Faustschlag“ in die Geschichte ein⁸. Die Antwort Trotzkijs ist ebenso bekannt: Er erklärte einfach, daß Sowjetrußland den Friedensvertrag nicht unterschreiben, jedoch den militärischen Operationen der Deutschen keinen Widerstand leisten und die Armee demobilisieren werde⁹.

Dieser höchst unorthodoxe Schritt Trotzkijs war freilich reine Propaganda: Die meisten Soldaten in den russischen Frontgräben waren bereits heimwärts gezogen, um bei der sozialen Umverteilung nicht zu kurz zu kommen.

¹ Buchan, J., *A History of the Great War*, Bd. 4., S. 137.

² Texte dieser Aufrufe sind teilweise abgedruckt bei *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 8.

³ Vgl. Petzold, J., *Ludendorff oder Kühlmann. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsregierung zur Zeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1964, H. 5. Kühlmanns Berichte über den Zeitvertreib in Kühlmann, R., von, *Erinnerungen*, S. 531f.

⁴ Ebd., Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4., S. 90-109.

⁵ Kühlmann, R., von, *Erinnerungen*, S. 527.

⁶ Es existieren zwei Versionen dieser Denkschrift. Wahrscheinlich hat Hindenburg die Vorlage Ludendorffs in einigen, aber nicht entscheidenden Passagen leicht verändert. Beide Texte sind veröffentlicht bei Ludendorff, E., *Urkunden*, S. 452 f., Schwertfeger, B., *Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918*, Bd. 2, S. 123f.

⁷ Text des Telegramms bei Hahlweg, W., *Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk*, S. 524f.

⁸ Stenographische Aufzeichnung der Sitzung ist abgedruckt bei *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 8., S. 229-234 und 537-543.

⁹ Der Text von Trotzkijs Erklärung bei Lenin, V., *Sämtliche Werke*, 23 Bde., Wien-Berlin 1928-1933, Bd. 22, S. 620f.

Er hatte auch ausdrückliche Anweisung Lenins, alle Bedingungen der Deutschen anzunehmen und unbedingt zu unterschreiben¹. Lenin hatte seinen Parteigenossen mit Rücktritt gedroht, was den Zerfall der Partei und den Sturz der Bolschewiki zufolge gehabt hätte². Kühlmann riet zur Geduld. Die OHL und der Kaiser beschlossen aber, Wort zu halten und ließen den Waffenstillstand auslaufen. Danach folgte eine Militäroperation der Mittelmächte, die der Stabschef des deutschen Ostheeres wie folgt in seinem Tagebuch beschrieb: „*Das ist der komischste Krieg, den ich je erlebt habe. Er wird beinahe nur auf der Eisenbahn und mit Kraftwagen geführt. Man setzt eine Handvoll Infanteristen mit Maschinengewehren und einer Kanone auf die Bahn und fährt los bis zu der nächsten Station, nimmt die, verhaftet die Bolschewiki, zieht mit der Bahn weitere Truppen nach und fährt weiter. Das Verfahren hat jedenfalls den Reiz der Neuheit*“³.

Tatsächlich leisteten die Bolschewiki überhaupt keinen Widerstand. In den russischen Schützengräben fanden die Deutschen nur vereinzelte Offiziere vor, die nach dem Abzug ihrer Soldaten zurückgeblieben waren, nicht zuletzt deswegen, weil sie in der Etappe Mißhandlungen erwarteten. Einige leisteten symbolischen Widerstand und wurden getötet. Die ganze Aktion dauerte aber nur kurz, denn auf Initiative Lenins beschlossen die Bolschewiki, zu kapitulieren und eine Delegation mit der Vollmacht zu schicken alle deutsche Bedingungen zu unterschreiben^{4*}. Eine kleine Episode ist dabei bezeichnend: Bei den Bolschewiki gab es niemanden, der bereit war, nach Brest zu fahren und die deutsche Version des Friedensvertrages zu unterzeichnen. Der erste Leiter der Verhandlungsdelegation in Brest, Joffe, lehnte seine Kandidatur entschieden ab. Trotzki, der die russische Delegation in der zweiten Verhandlungsphase angeführt hatte, war nach seiner Rückkehr nirgendwo aufzufinden. Er blieb solange von der Bildfläche verschwunden, bis der Vertrag von anderen unterzeichnet wurde. Der ehemalige Redakteur der „Prawda“ Sokolnikov schlug deshalb Lenin vor, Zinowjev zur Unterzeichnung zu schicken, woraufhin Zinowjev seinerseits Sokolnikov vorschlug. Sokolnikov erklärte wiederum seinen Rücktritt aus dem Zentralkomitee der Partei und konnte nur aufgrund der Beharrlichkeit Lenins überredet werden, doch noch seine Unterschrift unter den deutsch-sowjetischen Friedensvertrag zu setzen⁵. Die von ihm geleitete Delegation erreichte Brest am 1. März und unterzeichnete zwei Tage später den vorgelegten Vertragsentwurf ohne weitere Verhandlungen⁶.

Der Vertrag von Brest-Litowsk enthielt wohl die schwersten Bedingungen, die einem europäischen Staat in der modernen Neuzeit je aufgezwungen wurden. Er vermittelt eine Vorstellung von dem, was die Alliierten hätten hinnehmen müssen, wenn sie den Krieg verloren hätten. Rußland mußte an die Mittelmächte so große territoriale Zugeständnisse machen, daß das Land zumindest im Westen auf die Größe des Moskowiter Staates des 17. Jh.

¹ Lenin, V., *Werke*, Bd. 36., S. 457.

² Deutscher, I., *Trotzki*, Bd. 1, S. 362f. und 368f.

³ Hoffmann, M., *Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann*, S. 187.

⁴ Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten fiel mit dem Beginn des roten Terrors in Rußland zusammen, welcher mit dem Anschlag auf Lenin im Sommer 1918 einen vorläufigen Höhepunkt erreichen sollte. Als deutsche Truppen trotz der Signale zur Verhandlungsbereitschaft ihren Vormarsch weiter fortsetzten, erließ Lenin das berüchtigte Dekret „Vaterland in Gefahr!“. Art. 5. dieses Dekrets genehmigte die Zwangsarbeit, der in den nächsten Jahrzehnten Millionen von Menschen zum Opfer fielen. Im Art. 8 formulierte der gelehrte Jurist Lenin in Kürze den Kriminalkodex des jungen sowjetischen Staates wie folgt: „*Feindliche Agenten, Spekulanten, Plünderer, Rowdys, konterrevolutionäre Agitatoren und deutsche Spione sind am Tatort zu erschießen*“. Da zu diesem Zeitpunkt alle juristischen Gesetze außer Kraft gesetzt waren, bedeutete dieses Dekret einen Freibrief für die Tscheka. Die Vergehen wurden nicht näher definiert und es war überhaupt keine Rede von einem Gerichtsverfahren oder auch nur von einer Anhörung der Verdächtigen, Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd.2, S. 751-841; Der Text des Dekrets bei Lenin, V., *Werke*, Bd. 27., S. 15f.

⁵ Lenin, V., *Werke*, Bd. 27., S. 37f.

⁶ Zur Sokolnikovs Mission vgl. **Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Hrsg.), Rußland. Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk**, 26 Bde., Bd. 2 Auswärtiges Amt, Telegramme Nr. 531, Nr. 533, Nr. 537, Nr. 536, Nr. 538, Nr. 543, Nr. 569, Nr. 575.

zusammengeschrumpft war. Es mußte Polen, Finnland, das Baltikum, die Ukraine ebenso wie Transkaukasien aufgeben, die entweder zu deutschen Protektoraten oder direkt dem Reich eingegliedert wurden. Historiker haben ausgerechnet, daß durch den Abschluß des Brester Friedensvertrags das Territorium des Deutschen Reiches um mehr als das Doppelte vergrößert wurde¹. Laut zeitgenössischen Schätzungen wurden Rußland etwa 26 % seiner Einwohner, 37 % seiner landwirtschaftlichen Kapazitäten, 28 % seiner Industrie und 26 % seiner Eisenbahnstrecken genommen². Das war noch nicht alles, denn Rußland mußte nicht nur Reparationen zahlen, sondern sich auch verpflichten, Deutschland gegenüber umfangreiche ökonomische Konzessionen zu machen. Privateigentum der Mittelmächte wurde von der Verstaatlichung ausgenommen und ihre Bürger hatten das Recht, in Rußland bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben. Diese Bestimmung gab besonders Deutschland beispiellose exterritoriale Privilegien in Sowjetrußland, da Deutsche von den geltenden Wirtschaftsgrenzen ausgenommen waren und es ihnen erlaubt war, innerhalb einer zunehmend sozialistischen Wirtschaft Privatunternehmen zu betreiben. Die Deutschen wurden damit letztendlich zu Miteigentümern Rußlands. Sie waren in der Lage, den Privatsektor zu übernehmen, während es den Bolschewiki überlassen blieb, den verstaatlichten Sektor zu führen, der schon zu Beginn ihrer Herrschaft zusammenbrach. Des weiteren verpflichteten sich die Bolschewiki, die Armee und die Marine zu demobilisieren - d. h. schutzlos zu bleiben. Sie verpflichteten sich auch, später noch einmal Verhandlungen abzuhalten und den Friedensvertrag noch einmal zu modifizieren, was unter den Bedingungen des Jahres 1918 noch schwierigere Bedingungen für Rußland bedeutete.

Keine russische Regierung hatte jemals so viel Land abgetreten und so viele Privilegien eingeräumt, wie die Bolschewiki mit der Unterzeichnung des Brest-Litowsker Friedensvertrages. Theoretisch waren manche Bedingungen beiderseitig, aber sie waren alle so konzipiert, daß nur Deutschland daraus Nutzen ziehen konnte. Es ist deshalb kein Wunder, daß sich die Bolschewiki trotz schöner Phrasen und versteckter Formulierungen im Vertragstext nicht traute, ihn zu veröffentlichen; schließlich taten sie es mit einiger Verzögerung. Dieser Vertrag war insofern ein Novum in der europäischen Geschichte, als er rechtliche Rahmenbedingungen schuf, aus einer europäischen Großmacht einen Staat zu machen, dessen Status sich nicht „*allzusehr von dem Status einer Kolonie*“ unterschied³.

Da nicht nur die Bestimmungen des Brest-Litowsker Friedensvertrages, sondern auch die Art seines Abschlusses von den deutschen Militärs bestimmt wurden, trugen die OHL und besonders Ludendorff die Verantwortung für seine Auswirkungen. Diese Auswirkungen sollten für Deutschland nicht minder katastrophal werden, als die übereilte Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Der erste Botschafter Deutschlands in Sowjetrußland, Graf Mirbach kabelte noch im Mai 1918 an das Auswärtige Amt, die Russen lehnten den Vertrag ausnahmslos ab und fänden seinen Inhalt noch schlimmer, als die Diktatur der Bolschewiki: „*Trotzdem die Bolschewikiherrschaft über dem Land mit Hunger, Raub und lautlosen Hinrichtungen als ein namenloser Schrecken haftet, gibt es keinen Russen, der die deutsche Hilfe gegen die Bolschewiki mit der Anerkennung des Brester Friedens erkaufen zu wollen auch nur vorgäbe*“⁴. Dies bedeutete, daß die kaiserliche Reichsregierung zum Verbündeten der Bolschewiki werden mußte, wollte sie die Gültigkeit des Brester Friedens erhalten. Die langfristigen Folgen dieses „Bündnisses“ für Preußen sind gut bekannt.

¹ Hahlweg, W., *Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk*, S. 51.

² Vgl. Piletskij in: *Novaja žizn* vom 14. März 1918, S. 1 f., sowie den Bericht des US-amerikanischen Generalkonsuls Summers an das State Department vom 31.03.1918, in: *Papers Relating to the Foreign Relations of United States 1918*, Russia I., S. 490f.

³ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 2, S. 436.

⁴ Zitiert bei Baumgart, W., in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 16, 1968, S. 84.

Die unmittelbaren, kurzfristigen Folgen des Brester Friedens waren aber nicht minder verhängnisvoll. In Frankreich wirkte die Bekanntgabe der Brester Friedensbedingungen ernüchternd. Die Stimmen, die dort zugunsten eines Verständigungsfriedens laut geworden waren, verstummten¹. Die ersten Anzeichen von Resignation die seit der Februarrevolution in Frankreich zu vernehmen gewesen waren, machten Entschlossenheit Platz, und die französischen Truppen, die noch im Frühjahr 1917 von Meutereien erfaßt waren, kämpften ab jetzt bis zum Ende des Krieges verbissener denn je. Auch in England war ähnliches zu beobachten². Man muß nur die Tatsache bedenken, daß Deutschland seine Propaganda vor allem darauf richtete, sich als Opfer der Habgier und des Neides westlicher Gegner darzustellen und in dieser Propaganda nicht einmal so erfolglos war. Der Brester Friedensvertrag war um so verheerender, als er den offiziellen Erklärungen der deutschen Regierung in eklatanter Weise widersprach. Bekanntlich lauteten die wesentlichen Passagen der Friedensresolution des Deutschen Reichstages wie folgt: *„Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: Unsⁱ treibt nicht die Eroberungslust. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen nicht vereinbar ... Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen ... und stehen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist“*³. Da aber der Reichstag den Friedensvertrag von Brest trotz seines Inhaltes ratifizierte⁴, vermittelte er im feindlichen Ausland nicht nur den Eindruck, daß er seinerseits die Eroberungen im Osten billigte, sondern auch, daß sein Einfluß auf die deutsche Politik nichts mehr bedeutete. Seitdem Deutschland einen Diktatfrieden abgeschlossen hatte, war die öffentliche Meinung der westlichen Demokratien immer mehr bereit, auch Deutschland einen Diktatfrieden aufzuzwingen⁵.

Die nach dem Weltkrieg verfügbar gewordenen Quellen belegen, daß die militärische und politische Leitung des Deutschen Reiches in der Schlußphase des Krieges in der Tat weitreichende Eroberungen bezweckte und daß auch im Westen Forderungen größerer Ordnung vorgesehen waren. Obwohl die deutschen Kriegsziele nie formuliert wurden und den ganzen Krieg lang Gegenstand erhitzter Debatten waren, sind sie von einem Kenner der Materie so beschrieben worden: *„Überblickt man die deutschen Ziele, gesehen etwa vom Höhepunkt des deutschen Machtbewußtseins Anfang 1918 in der Hoffnung des unmittelbar bevorstehenden Sieges Deutschlands in ihrer Gesamtheit, so ergibt sich das Bild eines Imperiums von grandiosen Ausmaßen. Im Westen: Belgien, Luxemburg und Longwy-Briey mit Deutschland verbunden - eine Regelung die es zugleich ermöglichen sollte, Frankreich und Holland an dieses zu bringen, England zu isolieren und die Anerkennung deutscher Stellung zu erzwingen. Im Osten: [das Baltikum], der polnische Grenzstreifen und der Reststaat Polen eng mit Deutschland verkettet, zugleich ausgreifend nach Finnland, Ukraine, Krim und Georgien ... Dazu kam die zumindest wirtschaftlich entscheidende Vormachtstellung in Restrußland“*⁶.

¹ Tarle, J., *Evropa v epochu imperializma*, S. 377-394.

² Ebd.

³ Der Text der Friedensresolution bei Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 259-260.

⁴ Zur Unterzeichnung und Ratifizierung des Friedensvertrages vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2/1., S. 633f.

⁵ Vgl. Tarle, J., *Evropa v epochu imperializma*, S. 387-393.

⁶ Fischer, F., *Griff nach der Weltmacht*, S. 534-535.

Kap. 4. Die Entscheidungsoffensive an der Westfront und die Überspannung der Kräfte

Die Lage des Deutschen Reiches im Frühjahr 1918 stand unter dem Zeichen der beginnenden Großoffensive an der Westfront, die nach Auffassung der OHL die Entscheidung bringen mußte. Den Winter und die ersten Frühlingsmonate hatte die OHL dazu benützt, von den anderen Fronten frei verfügbare Truppen an die Westfront zu verlagern, mit dem Ergebnis, daß im März an der Westfront über 192 deutsche Infanteriedivisionen standen¹. Bis Mai 1918 wurde die Zahl der Infanteriedivisionen noch bis 203 gesteigert. Die Westalliierten verfügten um dieselbe Zeit nur über 178 Infanteriedivisionen und vermochten bis Mai 1918 diese Zahl nur bis 188 anzuheben². Demnach standen im Frühjahr 1918 an der Westfront ca. 3,5 Mio. Deutsche³. Da der alliierte Mannschaftsstand größer war, als der der deutschen Truppenteile, war wohl das Übergewicht Deutschlands an Menschen nicht so hoch, als es die nackten Zahlen der Divisionen vermitteln⁴. Bis März waren nur ca. 300 000 amerikanische Soldaten auf dem Kontinent gelandet. Die OHL sah nach den Worten eines führenden Militärs 1918 ihre einzige Chance darin, *„im Frühjahr 1918 so früh als möglich im Westen mit versammelter Kraft anzugreifen und die Entente an der Westfront zu schlagen, noch bevor die großen Landungen der US-Amerikaner erfolgten“*⁵.

Die Westfront der Alliierten war im Frühjahr 1918 eine gemeinschaftliche Verteidigungslinie, in der - grob gesehen - die Belgier und die Briten den Abschnitt von der Meeresküste bis Paris, und die Franzosen den Abschnitt von Paris bis zu der Schweizer Grenze verteidigten. Obwohl in der französischen Verteidigungslinie auch die gelandeten Truppen der Amerikaner kämpften, bot der „britische“ Frontabschnitt nach Ansicht der OHL mehr Chancen. Das Expeditionsheer Großbritanniens war ein bunt zusammengewürfeltes Konglomerat, in dem neben Briten, Kanadiern und Australiern farbige Kolonialtruppen kämpften. Abgesehen von den von den Belgiern verteidigten Frontabschnitten gab es in Belgien auch von Portugiesen verteidigte Zonen. Die OHL schätzte die Gegner nach Hindenburgs Zeugnis folgendermaßen ein: *„Ich sah in England noch immer die Hauptstütze des feindlichen Widerstandes, war mir immer darüber klar, daß in Frankreich der Wille, unser staatliches Dasein bis zur Vernichtung zu schädigen, mindestens ebenso stark vertreten war, wie in England. Auch in militärischer Beziehung war es von geringer Bedeutung, ob wir unseren ersten Angriff gegen Franzosen oder Engländer richteten. Der Engländer war zweifellos ungewandter im Gefecht, als sein Waffengefährte. Er verstand nicht rasch wechselnde Lagen zu beherrschen. Er arbeitete zu schematisch. Was dem Engländer an Gefechtsgewandtheit fehlte, ersetzte er durch seine Zähigkeit im Festhalten seiner Aufgabe und seines Zieles ... Der Franzose war durchschnittlich gefechtsgewandter als sein englischer Bundesgenosse, dafür war er aber wohl weniger zäh in der Verteidigung als dieser. In der französischen Artillerie erblickten unsere Truppenführer und Soldaten ihren gefährlichsten Feind, während der französische Infanterist in weniger großem Ansehen stand“*⁶.

¹ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 298-299.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 302f.

⁶ Ausführlich hierzu vgl. Gils, J., *The Leading Actors. Strategies and Events in the German Gamble for Total Victory on the Western Front*, New York 1974, Kaulisch, B., *Strategie der Niederlage. Betrachtungen zur deutschen Frühjahresoffensive 1918*, in: *Zeitschrift für Militärgeschichte*, Bd. 7., 1968, S. 661-676.

Als die Westoffensive noch in Planung war, gab es mehrere Varianten kommender Schlachten. Ludendorffs engster Mitarbeiter auf dem Gebiet der operativen Planung, Oberstleutnant Wetzell, schlug den Hauptschlag im Raum Verdun vor¹. Es gab in der OHL aber auch Stimmen, die ähnlich wie die Russen 1916 zur Erkenntnis gekommen waren, daß man den Hauptschlag eigentlich gegen den schwächsten Frontabschnitt richten sollte. So hatte Wetzell eine Zeitlang den Gedanken popularisiert, den Hauptschlag gegen Italien zu richten, dessen Armee seit dem Debakel bei Caporetto bereits Auflösungserscheinungen zeigte². Dieser Vorschlag wurde aber sehr schnell ad acta gelegt. Schließlich entschied man sich aufgrund der von Hindenburg genannten Gründe, den Hauptschlag gegen den westlichen, von den Engländern verteidigten Abschnitt der Westfront zu führen³.

Schritt für Schritt entstanden drei Operationspläne, die allesamt mit hoffnungsvollen Decknamen versehen wurden und Szenarien enthielten, Entente innerhalb kürzester Zeit in die Knie zu zwingen. General von Kuhl, der Stabschef der am westlichsten operierenden Heeresgruppe, brachte ein, die Engländer gleich in Belgien anzugreifen und das britische Expeditionsheer von den Häfen abzuschneiden. Dieser mit dem Decknamen „St. Georg“ versehene Plan hatte den Vorteil, daß man nach dem Durchbruch bei Lille den Kanal schnell erreichen konnte⁴. Calais und Dünkirchen befanden sich in greifbarer Nähe, je 100 Kilometer von der Frontlinie entfernt. Dieser Plan war allerdings witterungsabhängig und erlaubte den Angriff nicht früher als im Mai⁵. Die gegen die Mitte der englischen Expeditionsarmee operierende Heeresgruppe Deutscher Kronprinz stellte ihren Angriffsplan unter dem Decknamen „Mars“ vor⁶. Dieser sah vor, in der Mitte des englischen Expeditionsheeres durchzubrechen und ebenfalls gegen den Kanal vorzustoßen. Der dritte Plan hieß nach dem heiligen Schutzpatron Deutschlands „Michael“ und wollte die feindliche Front an der Nahtstelle zwischen Briten und Franzosen, am südlichsten Punkt der britischen Frontlinie bei St. Quentin durchbrechen und damit das gesamte britische Expeditionsheer in Richtung Kanal abdrängen. Da nach den Berechnungen deutscher Generalstäbler die Kraft nur für eine der drei Operationen ausreichte, mußte sich die OHL für einen Angriffsplan entscheiden. Der Plan „Michael“ bot freilich die größten Erfolgchancen bei Gelingen und stellte in Aussicht, Briten und Franzosen zu trennen und zumindest die Briten vereinzelt zu schlagen. Dieser Plan war aber auch viel schwieriger zu bewerkstelligen als z. B. der „St. Georg“. Er erforderte wesentlich mehr Kräfte. Die Operationen mußten hunderte Kilometer in die Tiefe des feindlichen Raumes geführt werden. Die Operation „Michael“ hatte in sich etwas Monumentales und war den Plänen Ludendorffs in Polen 1915 auf fatale Weise ähnlich, was eigentlich der Heeresleitung zu denken hätte geben müssen. Damals scheiterte er schließlich an seiner Maßlosigkeit und das obwohl die Russen über keine Munition verfügten. Der einzige Vorteil „Michaels“ bestand darin, daß die Briten es im Frühjahr 1918 (ähnlich wie Nikolaj Nikolajewič 1915) versäumt hatten, die deutsche Offensive durch einen rechtzeitigen Rückzug zu vereiteln, wie es den Deutschen 1917 durch das Unternehmen „Alberich“ so glänzend gelungen war⁷.

Da es nach dem gelungenen Durchbruch darauf ankam, über Fortbewegungsmittel zu verfügen, muß man auch diesen Faktor kurz erwähnen. Im deutschen Generalstab wußte man, daß die Westalliierten über ca. 200 000

¹ Ebd.

² **Görlitz, W.**, *Der deutsche Generalstab*, S. 276f.

³ **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 473f.

⁴ **Kaulisch, B.**, *Strategie der Niederlage. Betrachtungen zur deutschen Frühjahressoffensive 1918*, in: *Zeitschrift für Militärgeschichte*, Bd. 7., 1968, S. 661-676, **Otto, H.**, *Strategisch-operative Planungen des deutschen Heeres für die Frühjahressoffensive 1918 an der Westfront*, in: *Zeitschrift für Militärgeschichte*, Bd. 17., 1978, S. 463-480.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Ebd., **François, H., von**, *Der deutsche Kronprinz. Der Soldat und Heerführer*, Leipzig 1926.

⁷ Ebd.

Kraftwagen und über vorzüglich ausgebaute Bahnen verfügten¹. Das deutsche Westheer hatte dem nur ca. 28 000 Kraftwagen entgegenzustellen. Diese waren dazu noch mit Metallrädern versehen und machten die Straßen, die sie benützten, sofort unpassierbar². Die Hauptmittel der Fortbewegung deutscherseits waren pferdebespannte Wagen, die aber aufgrund der Hungersnot in der Heimat nur noch aus ausgehungerten Gäulen bestanden. Diese Pferde haben Berichten der Westalliierten zufolge als Indiz gedient, daß die deutsche Armee trotz der Aufbruchstimmung der Offensive doch gleichzeitig an der Schwelle der Katastrophe stand, da sie augenscheinlich letzte Reserven einsetzte. Was die Artillerie anbelangt, so waren die Bundesarmeen Deutschlands den Westalliierten doch nicht so unterlegen, wie in Fragen der Fortbewegungsmittel. An der Westfront standen 8800 leichte und mittlere Feldgeschütze den 8900 Geschützen der Alliierten gegenüber³. Ähnliches galt auch hinsichtlich der schweren Artillerie. Einer der maßgebenden Autoren „St. Georgs“, General von Kuhl bezeichnete die Munitionslage zu Beginn der Offensive als „glänzend“⁴. Die deutschen Armeen verfügten über unbegrenzte Bestände an Patronen und Artilleriegeschossen⁵.

Als Ludendorff den Operationsplan „Michael“ als Grundlage für die Westoffensive übernahm, formulierte er die Ziele so unklar, als ob er Napoleons Einstellung zur Verfassung zum Vorbild genommen hätte, nämlich daß die gute Verfassung kurz, aber verschwommen sein sollte. In seiner Homburger Denkschrift stellte er dem Kaiser die Westoffensive als ein „*gewaltiges Ringen*“ vor, „*das an einer Stelle beginnt, sich an der anderen fortsetzt und lange Zeit in Anspruch nehmen wird*“- alles in allem „*die gewaltigste militärische Aufgabe, die einem Heer je gestellt wurde*“⁶. Konkrete strategische Ziele der Frühjahrsoffensive wurden in dieser Denkschrift mit keiner Silbe erwähnt⁷. Charakteristisch war auch, daß der Beschluß, die Westoffensive durchzuführen, auf einer Beratung in Mons gefaßt wurde, in der Ludendorff mit den Stabschefs zweier Heeresgruppen, den Generälen von Kuhl und von Schulenburg konferierte. Ihre direkten Vorgesetzten Hindenburg, die Kronprinzen Rupprecht von Bayern und Wilhelm von Preußen waren bei der Besprechung nicht zugegen, genausowenig wie Wilhelm II., dessen Schicksal vom Erfolg der Westoffensive direkt abhing⁸.

Ludendorff und seine Mitarbeiter setzten ihre Hoffnungen in ein neues Angriffsverfahren und erwarteten, daß es innerhalb kürzester Zeit gelingen würde, die Briten von den Franzosen abzuschneiden und große Teile des britischen Expeditionsheeres zu vernichten⁹. Diese neue Methode, auf die man in der OHL besonders stolz war und mit deren Hilfe man im Westen zum Erfolg kommen wollte, war eigentlich eine Erfindung der Ostfront gewesen und führt ihre Ursprünge in das Jahr 1916 zurück. Wie es bereits im Zusammenhang mit der Brusilovoffensive dargestellt wurde, haben die Russen damals aus ihrer materiellen Unterlegenheit eine Tugend gemacht und neue Angriffstaktiken entwickelt¹⁰. Es war schon sehr bezeichnend, daß diese Taktiken nicht von ihren Erfindern, sondern von den Deutschen zu voller Entfaltung gebracht wurden.

¹ Zum Kräfteverhältnis vgl. **Meier-Welcker, H.**, *Die militärische Lage der Mittelmächte Anfang Juni 1918*, in: *Österreichische militärische Zeitschrift*, Nr. 6., 1968, S. 388-395.

² Ebd.

³ **Görlitz, W.**, *Der deutsche Generalstab*, S. 277.

⁴ **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 297f.

⁵ Ebd.

⁶ **Ludendorff, E.**, *Die Urkunden der OHL*, S. 470f.

⁷ Ebd.

⁸ **Churchill, W.**, *Die Weltkrise*, Bd. 2, S. 122.

⁹ Die beste Analyse der Vorbereitungen der Frühjahrsoffensive von 1918 ist abgedruckt bei **Reichsarchiv**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 14., S. 43f. Die Darstellung der Operationen ist zwar nicht frei von apologetischen Tendenzen, ihre Einzelangaben sind jedoch insofern von Bedeutung, als die Originalquellen des Heeresarchivs verloren gegangen sind, **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4., S. 526.

¹⁰ **Rauchensteiner, M.**, *Der Tod des Doppeladlers*, S. 359f. Vgl. Mit der Schilderung der Brusilovoffensive.

Bei der beginnenden Westoffensive setzte die OHL voll auf das Überraschungsmoment und verzichtete deshalb auf die Dauerbeschießungen durch die Artillerie zugunsten eines paralyisierenden Artillerieschlages¹. Die Schlüsselrolle sollte zum ersten Mal an der Westfront die Infanterie spielen. Ihre Aufgabe wurde dadurch definiert, feindliche Stellungen im Überraschungsangriff zu nehmen, bevor es dem Gegner gelang, frische Reserven an die umkämpften Frontabschnitte heranzuführen². Ähnlich wie die deutsche Infanterie, die im neuen Angriffsverfahren ausgebildet und umgruppiert wurde, hatte man neuartige Schießtaktiken für die Artillerie eingeführt. Ihre Rolle in der Operationsplanung bestand darin, mit einem kurzen Feuerschlag die feindliche Artillerie auszuschalten, um der eigenen Infanterie Gelegenheit zu geben, feindliche Soldaten in ihren Verstecken zu überraschen. Theoretisch hing der Erfolg des Durchbruchs entscheidend davon ab, ob es gelingen würde, rechtzeitig genügend Artillerie über das Trichtergelände des Schlachtfeldes nachzubringen³. Während der Westoffensive griff man auch zu anderen Methoden der Ostfront, die von den Russen wie auch von den Deutschen angewandt wurden: Was man noch den Sturm der Infanterie nannte, war im Übrigen kein an der Westfront übliches Vorstürmen in dichten Ketten mehr, sondern ein Eindringen sich wechselseitig vorwärtshelfender Sturmtruppen in das Stellungssystem des Gegners⁴. Anders als die Westalliierten bei ihren Angriffen schrieb man den Truppen des Westheeres keine festen Tagesziele vor, um die Fortbewegung nicht zu stören. Ähnlich wie Brusilov erteilte Ludendorff Weisung, die Reserven am Punkt des größten Erfolges und nicht am Punkt des größten Widerstandes einzusetzen⁵. Gegnerische Widerstandsnester sollten der nachfolgenden zweiten Angriffswelle überlassen werden. Obwohl diese Kampfmethoden den Russen abgeschaut waren, konnte die OHL mit Recht für sich verbuchen, diese Methoden beträchtlich vervollkommen und die Offensive aufs sorgfältigste vorbereitet zu haben⁶. Fairerweise muß man hinzufügen, daß Ludendorffs „Michael“ eine zumindest taktisch gut durchdachte Operation war und kein Vabanquespiel, wie sie in der Geschichtsschreibung des öfteren dargestellt wird. Im Gegensatz etwa zur Ardennenoffensive des 2. Weltkrieges bot „Michael“ Deutschland eine echte Chance. Laut der verfügbaren Quellen sollte die Frühjahrsoffensive von Ludendorff etwa so verlaufen, wie der berühmte „Sichelschnitt“, durch den Frankreich 1940 niedergedrückt wurde. In einer gewisser Hinsicht waren die Vorschläge Mansteins nichts anderes, als die Weiterentwicklung der strategischen Gedanken der Großoffensive von 1918⁷.

Allerdings zeigte sich am Vorabend der Westoffensive, daß Ludendorff nicht mehr in der Lage war, die Truppen zu befehligen. Er durchlebte im entscheidenden Augenblick beträchtliche Nervenkrisen, die seine Umgebung verunsicherten und traf irrationale Entscheidungen, die verhängnisvolle Folgen hatten. Manche von Ludendorffs Biographen sowie seine Untergebenen im Hauptquartier versuchten später zu beweisen, daß Ludendorff während der entscheidenden Westoffensive niemals „die Nerven verloren hat“⁸. Diese „Beweise“ können jedoch nicht überzeugen⁹. Der von Major Beck (dem späteren Generalstabschef der Wehrmacht) festgestellte Prestigeverlust Ludendorffs am

¹ Ausführlich hierzu vgl. **Jochim, Th.**, *Die Vorbereitung des deutschen Heeres für die große Schlacht in Frankreich im Frühjahr 1918*, 2 Bde., Berlin 1927-1930. Vgl. **Delbrück, H.**, *Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte*, 7 Bde., Berlin 1920

² Ebd.

³ **Bruchmüller, G.**, *Die deutsche Artillerie in den Durchbruchsschlachten des Weltkrieges*, Berlin 1921. Bruchmüller galt nicht nur als fähigster Artilleriefachmann des deutschen Heeres, sondern war der eigentliche Organisator der artilleristischen Vorbereitung der Westoffensive, **Einem, K.**, *Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg*, S. 411f.

⁴ Vgl. **Seeßelberg, F.**, *Der Stellungskrieg 1914-1918*, Berlin 1926, **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 460f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ **Görlitz, W.**, *Der deutsche Generalstab*, S. 430f.

⁸ **Foerster, W.**, *Der Feldherr Ludendorff im Unglück*, S. 16f.

⁹ Vgl. **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4., S. 394f., **Kaehler, A.**, *Zur Beurteilung Ludendorffs im Sommer 1918*, in: **Kaehler, A. (Hrsg.)**, *Studien zur deutschen Geschichte des 19. und des 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1961.

Vorabend der Offensive wird durch die unschlüssige Apologetik Wetzells und v. d. Bussches nicht widerlegt¹. Zahlreichen Augenzeugenberichten nach war sich Ludendorff vor Beginn der Offensive seiner Sache ganz und gar nicht sicher. Die wiederholten Verschiebungen der Offensive sind nur ein Beispiel dafür. Die deutsche Öffentlichkeit hat nie erfahren, daß Ludendorff den Tag der Westoffensive mit Hilfe eines protestantischen religiösen Kalenders bestimmte und auch später zu ähnlich fragwürdigen Methoden (z. B. der Astrologie) griff^{2*}.

Die Westoffensive begann in der Morgendämmerung des 21. März 1918. Die deutschen Schwerartilleriegeschütze eröffneten auf englische Stellungen ein fünfständiges konzentriertes Feuer, das auf ein Maximum zerstörerischer Wirkung angelegt war und kein lohnendes Ziel außer acht ließ. Der operative Gedanke der Michaeloffensive bestand darin, mit drei Armeen (von Westen nach Osten gezählt und mit den Nummern 17., 2. und 18. versehen) die Nahtstelle zwischen Briten und Franzosen in der Frontmitte zu durchstoßen und das englische Expeditionsheer in Richtung Kanal abzudrängen. Von der beabsichtigten Durchbruchsstelle bis zum Kanal lagen ca. 250 Kilometer. Der stärkste Schlag ereilte die Gegend von St. Quentin, wo auf der rechten Flanke die 5. und schwächste Armee der Briten stand und ihre Verbindungen mit dem französischen Frontabschnitt verteidigte³. Die Verwüstungen in den Schützengräben der 5. Armee sollen selbst nach britischen Quellen furchtbar gewesen sein. Die 5. Armee erlitt durch das Artilleriefeuer so schwere Verluste, daß sie nach den Schilderungen britischer Augenzeugen schon aufgehört hatte, „als organisierte Militärmacht zu existieren“, noch bevor die deutsche Infanterie angriff⁴. Um sich vorzustellen, welche Aufgaben angreifende deutsche Armeen vor sich hatten, muß erwähnt werden, daß sie eine ca. 20 Kilometer tief gestaffelte Front durchstoßen mußten⁵. Als sich nach dem Artilleriebeschuß die deutschen Sturmabteilungen zum Angriff erhoben, wurde zum zweiten Mal seit der Brusilovoffensive die neue Epoche der Kriegsführung zum Leben erweckt. Wie im Sommer 1916 an der österreichischen Front, so begann jetzt auch an der Westfront der Bewegungskrieg des 2. Weltkriegs. Die Operation sollte nur deshalb mißlingen, weil die Angreifenden ungenügend motorisiert waren, um einen Bewegungskrieg auch nach dem Durchbruch der Front zu führen⁶.

Da die Achillesferse der Michaeloffensive fehlende motorisierte Fortbewegungsmittel waren, ist es natürlich, daß die meisten Erfolge zu Beginn der Operationen erreicht wurden. Binnen drei Tagen gelang es den deutschen Armeen, mehr als zwanzig Kilometer in die Tiefe des Verteidigungssystems der Engländer einzubrechen. Die gegen die Mitte der englischen Front operierende 17. Armee drang am weitesten vor. Jedoch war die englische Front an ihrem Wirkungsabschnitt so stark, daß ein anderer Gang der Ereignisse ein wahres Wunder bedeutet hätte. Dafür war der Erfolg der zwei anderen deutschen Armeen am südlichen Frontabschnitt der Engländer um so überwältigender. Es gelang ihnen nicht nur die englische Front durchzustößen, sondern auch ihre Reserven zu erreichen. Die am südlichsten Punkt operierende 18. Armee kam am schnellsten voran. Sie erreichte als erste den Punkt, von dem aus sie in den Bewegungskampf treten konnte. Nach dem Zeugnis des Generalstabschefs der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz gelang es ihr, Engländer und Franzosen voneinander zu trennen und in die Tiefe vorzustößen⁷. Innerhalb kürzester Zeit operierte die 18. Armee bereits 60 Kilometer tief hinter der feindlichen Front. Keine Armee der Westalliierten hatte in

¹ Ebd.

² Übrigens war der Aberglaube in den deutschen Militärstäben ziemlich tief verankert. Nach dem man für die Kriegsführung 12 Armeen bereit gestellt hatte, benannte man die nächste aufgestellte Armee nicht mit der Nummer „13“, sondern versah sie mit der Nummer „14“, um die Unglück bringende Zahl zu vermeiden.

³ Ausführlich hierzu **Gough, H.**, *Fifth Army*, London 1931.

⁴ Ebd., **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 328f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 333.

diesem jemals ähnliches vollbracht. Innerhalb der wenigen Tage der Michaeloffensive verloren die Briten 300 000 Soldaten, von denen 90 000 in deutsche Kriegsgefangenschaft gingen¹. Welch einer tödlichen Gefahr die Westalliierten in den ersten Tagen der Michaeloffensive ausgesetzt waren, zeigen britische Überlieferungen am besten. Der Oberkommandierende des britischen Expeditionsheeres, General Haig, erwog eine Zeitlang den Rückzug zu den Kanalhäfen, was nichts weniger als den Sieg Ludendorffs bedeutet hätte². Ab dem 21. März 1918 ähnelte Paris gar nicht der Hauptstadt eines Landes, das ein Jahr darauf den Friedensvertrag von Versailles diktieren sollte³. In der Stadt herrschte Panik. Die Regierung erwog die Umsiedlung nach Süden und unternahm bereits erste Schritte, den Staatsschatz zu evakuieren. Auch auf deutscher Seite herrschte eine Stimmung, die an den Sommer 1914 erinnerte. Die Tageszeitungen jener Tage waren voll von Siegesmeldungen und Gerüchten, daß der Zusammenbruch der Entente unmittelbar bevorstehe. Der Kaiser, der während der ersten Tagen der Westoffensive die Front bereiste, war über die Ereignisse an der Front ebenfalls sehr zufrieden. Als sein Zug nach einer Frontreise zurück in Spa einfuhr, rief er sogleich dem Bahnhofsvorsteher begeistert zu: „*Die Schlacht ist gewonnen! Die Engländer total geschlagen!*“⁴. Dem Chef des Marinekabinetts zufolge war Wilhelms Stimmung in der Anfangsphase der Westoffensive so gut, daß er sich wieder seine witzigen Bemerkungen nicht verkneifen konnte, die ihm aufgrund Ludendorffs Joch in den vorigen Monaten gründlich vergangen waren. Eine davon lautete: „*Wenn ein englischer Parlamentär komme, um den Frieden zu erbitten, so müsse er erst vor der Kaiserstandarte knien, denn es handele sich um einen Sieg der Monarchie über die [parlamentarische] Demokratie*“⁵.

Obwohl die Michaeloffensive in den ersten Tagen immense Erfolge verzeichnet hatte, waren die Offiziere der OHL voll nervöser Anspannung. Daß die deutschen Angriffsarmeen hinter dem Zeitplan zurückblieben, war wohl die kleinste aller Sorgen. Viel größere Sorgen bereitete die Nachricht, daß sich die den Stoßtruppen nachfolgende Hauptmasse der Soldaten zu Handlungen hinreißen ließ, die unangenehm an das Verhalten der revolutionären russischen Truppen erinnerten. Sobald die deutschen Soldaten englische Schützengräben überrannt hatten und Magazine mit Lebensmitteln vorfanden, begannen mancherorts Plünderungen. Wenn dies angesichts des Hungers in der Heimat noch verständlich war, so waren Aktionen, bei denen sich Soldaten nach der Eroberung der Weinvorräte so sehr betranken, daß sie nicht weiterkämpfen konnten, ein durchaus bedrohlicheres Signal⁶. Obwohl die Divisions- und Regimentsstäbe der kämpfenden Armeen solche Ausschreitungen zu vertuschen versuchten, konnten sie die Häufung ähnlicher Vorfälle unmöglich verschweigen. Die Kampfbeschreibung der 2. Armee z. B., deren Soldaten sich übrigens durch erheblichen Mangel an Disziplin ausgezeichnet haben, enthält unter anderem auch folgende Sätze: „*Die tapferen und in vielen Schlachten bewährten schlesischen Regimenter der 9. Reservedivision, kamen, nachdem sie den ganzen Tag bei Albert schwer gekämpft hatten, einfach nicht mehr vorwärts. Das lag aber keineswegs am Alkohol, sondern an der starken Gegenwirkung des Feindes*“⁷. „*Große Teile der Truppen hielten es für wichtiger, sich mit den englischen Magazinen zu beschäftigen, als den deutschen Angriff weiterzutragen*“⁸, schrieb Ludendorff über diese Vorfälle, wobei

¹ Ebd.

² Vgl. **Blake, R. (Hrsg.)**, *Privat Papers of Douglas Haig, 1914-1918*, London 1952, **Churchill, W.**, *Die Weltkrise*, Bd. 2, S. 125-145, **Görlitz, W.**, *Die kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S. 207.

³ Vgl. **Hogg, I.**, *The Guns*, New York 1971, S. 134f., **Banks, A.**, *Military Atlas of the First World War*, London 1975, S. 184f.

⁴ **Müller, A.**, *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, Eintrag vom 10. 03. 1918.

⁵ **Müller, A.**, *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, Eintrag vom 26.03.1918.

⁶ Als ein solcher Vorfall kann die Eroberung der Ortschaft Albert durch die 2. Armee am 26. März angesehen werden, vgl. **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 340f.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

er aus den Erfahrungen der Ostfront wohl gewußt hat, daß solchen Berichten in der Regel Meldungen von Katastrophen zu folgen pflegen. Vielleicht läßt sich auch dadurch die angestiegene Nervosität Ludendorffs erklären, der während der Offensive mit der OHL im *Hôtel Britannique* in Spa residierte. Am 23. März verfügte er Maßnahmen, welche die ohnehin geringen Erfolgschancen der Michaeloffensive gegen Null herabsinken ließen. Obwohl die 18. Armee die Engländer zu diesem Zeitpunkt bereits in einem offenen Verfolgungskampf vor sich her trieb und selbst die 2. Armee aus eigener Kraft die Stellungen des Gegners durchbrach, befahl Ludendorff beiden Armeen, die Abdrängung der englischen Front in Richtung Kanal etwas anzuhalten und sich gegen die Front der Franzosen zu wenden¹. Diese impulsive Handlung war laut der späteren Kritik eine totale Bankrotterklärung von Ludendorffs „Feldherrntum“². An diesem Tag wurde die Offensive in zwei parallel laufende Offensiven geteilt, die noch dazu in entgegengesetzte Richtungen liefen. Indem Ludendorff auch die bestens ausgerüsteten Franzosen in Richtung Paris angriff und gleichzeitig die Operation gegen die Engländer fortführen ließ, hob er die gesamte strategische Planung der Michaeloffensive auf³. Zwei Tage später (am 26. März) setzte Ludendorff nach und stellte seinen beiden auseinanderstrebenden Angriffskeilen Aufgaben, welche die Stäbe der Angriffsarmeen mit Grauen aufgenommen haben sollen. Beide Gruppen mußten Punkte einnehmen, die mehr als 200 Kilometer voneinander entfernt lagen: Compiègne im Süden und Boulogne im Norden⁴. Kronprinz Rupprecht, dessen zwei Armeen von Ludendorff nach eigenen Angaben „ins Blaue“ geschickt wurden, vermerkte in seinem Tagebuch: *„Es fällt auf, daß in sämtlichen Weisungen der OHL eine eigentliche Absicht nie zu erkennen, sondern immer nur von zu erreichenden Geländeabschnitten die Rede ist. Und es macht mit den Eindruck, wie wenn die OHL sozusagen von der Hand in den Mund lebt, ohne sich zu bestimmten operativen Absichten zu bekennen“*⁵. Damit hat er gewiß nicht nur den wunden Punkt von Ludendorffs Strategie beschrieben, sondern auch indirekt die Argumentation derer widerlegt, die behauptet haben, daß Ludendorff - hätte er 1914 statt Moltke die deutsche Armeen geführt - den Schlieffenplan umgesetzt hätte.

Eine der Legenden des Weltkrieges besagt, daß Lloyd George, der sich bei Marschall Foch erkundigte, was er denn von Ludendorff halte, die Antwort zu hören bekam: „Un bon soldat“ und nicht „un grand général“⁶. Damit hatte Foch auch nach dem Urteil der späteren Geschichtsschreibung sehr genau die Fähigkeiten Ludendorffs erfaßt. Schließlich hatte dieser noch während der Vorbereitungsphase der Michaeloffensive die Frage des Kronprinzen Rupprecht, wie er die Operationen zu führen beabsichtigte, lakonisch beantwortet: *„Wir hauen einfach ein Loch hinein. Das Weitere findet sich. So haben wir es in Rußland auch gemacht“*⁷. Diese „Hau-Ruck“-Mentalität des Leiters des Generalstabs kam seinem Land sehr teuer zu stehen: Die Michaeloffensive entfaltete sich unter Ludendorffs Leitung nicht in die Tiefe, sondern in die Breite. Der vorgesehene Einbruchsraum erweiterte sich von 70 auf 140 Kilometer, ohne nach vorne zu kommen. Das Schwergewicht verlagerte sich nicht nach rechts zu den Kanalhäfen hin, sondern nach Osten in Richtung Paris. Das Ende kam am 4. April, als infolge des Verlusts von mehr als 240 000 der besten deutschen Soldaten die Offensive eingestellt werden mußte⁸.

¹ Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 638f.

² Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 419-439.

³ Ebd.

⁴ Bayern, R., von, *Mein Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 355-358, Görlitz, W., *Der deutsche Generalstab*, S. 265f.

⁵ Bayern, R., von, *Mein Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 372.

⁶ Görlitz, W., *Der deutsche Generalstab*, S. 267.

⁷ Bayern, R., von, *Kriegstagebuch*, Bd. 2, S. 372.

⁸ Reichsarchiv, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 14., S. 253f. Zu den Ursachen der Verluste, Leeb, W., Ritter, von, *Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen*, Stuttgart 1976, S. 111-115f.

Obwohl rund 90 der besten deutschen Divisionen in der Michaeloffensive eingesetzt wurden und viele davon verbraucht waren¹, versuchten die Offiziere der OHL, das Steuer noch einmal herumzureißen und die von General Kuhl vorgeschlagene Offensive in Flandern durchzuführen. Dafür reichte jetzt aber die Kraft nicht mehr aus und die deutschen Militärs nannten den Angriffsplan „St. Georg“ halb spöttisch „Georgette“². Am 9. April begann dann diese Operation, die zum Ziel hatte, die Engländer von den Kanalhäfen abzuschneiden. Trotz der schwindenden Kräfte der deutschen Armeen verzeichnete aber auch diese Operation anfangs große Erfolge³. An der Lys standen portugiesische Hilfstruppen der Engländer, die von den deutschen Generälen als das schwächste Glied der feindlichen Verteidigung eingestuft wurden und gegen die der Hauptschlag fallen sollte. Diese seit der Brusilovoffensive gewonnene Erkenntnis bewährte sich auch im Westen glänzend, da die Portugiesen dem konzentrierten Artilleriefeuer der Deutschen nicht standhielten und sich sofort überrumpeln ließen. Den Engländern gelang es nur deshalb die Katastrophe zu verhindern, weil in der Nähe große Reserven frischer englischer Truppen standen. Obwohl es den Deutschen gelang, auch in Flandern die Verbindungslinien des Feindes eine zeitlang zu bedrohen, organisierte sich der Widerstand der Briten zunehmend. Am 25. April mußte auch „St. Georg“ eingestellt werden. Anders als während der Michaeloffensive waren die Verluste des Westheeres während dieser Operationen beträchtlich höher, als die der Briten. Als auch General Loßberg, dessen Armee in Flandern eingesetzt war, den Glauben an den Erfolg verlor, mußte Ludendorff die Offensive in Belgien aufgeben⁴.

Nach dem Scheitern beider Offensiven des Frühjahres 1918 beschloß Ludendorff unverzüglich, eine dritte Offensive durchzuführen⁵. Er verlegte die Operationen noch einmal nach dem Zentrum der Westfront und plante diesmal, in Richtung Paris vorzustoßen. Der Angriff kam dennoch für die Franzosen vollkommen überraschend. Sie hatten die Stellung vorher für uneinnehmbar gehalten und die Erfahrung, daß bisher kein deutscher Angriff an diesem Frontabschnitt erfolgt war, als Anerkennung dieser Tatsache hingenommen. Bei der Vorbereitung des Angriffsplanes kam es dabei in der OHL zu einer lustigen Episode. Ein Generalstabsoffizier, der bei den Vorbereitungen bei der Ailette dabei war, berichtete Hindenburg, daß das Quaken der Frösche an einem Frontabschnitt so laut wäre, daß die Franzosen unmöglich die Geräusche hören könnten, die das Herannahen von deutschen Pontonbrücken verursacht⁶. Der Gang der Ereignisse hat diese Vermutung des Offiziers bestätigt: Die Franzosen waren an der beschriebenen Stelle tatsächlich unachtsam gewesen und wurden von der Wucht des deutschen Angriffs über die Aisne in Richtung Marne überrascht. In den darauffolgenden Schlachten verfügte die OHL nur noch über 50 Infanteriedivisionen und 1 158 Artilleriebatterien⁷. Der Angriff begann am 27. Mai und erreichte seinen Höhepunkt am 30. Mai, als die deutschen Truppen zum ersten Mal seit 1914 bei Chateau-Thierry die Marne erreichten und Paris aus Artilleriekanonen unter Beschuß nahmen. Kritiker sprachen später davon, daß die OHL während dieser Schlacht keine Chance hatte, die Seinestadt zu nehmen⁸. Dennoch war diese Operation ein großer, wenn auch der letzte Sieg deutscher Armeen im 1. Weltkrieg. Nach Churchills Zeugnis waren die Franzosen „nach einer niederschmetternden Überrumpelung und

¹ Ebd.

² Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 343f.

³ Der Tagesbefehl des britischen Oberkommandierenden Haig „Mit Rücken zur Wand“ vom 11.04.1918, Barnett, C., *Anatomie eines Krieges*, München 1963, S. 391.

⁴ Deist, W., *Der militärische Zusammenbruch des Kaiserreiches*, in: Büttner, U. (Hrsg.), *Das Unrechtsregime*, Bd. 1, Hamburg 1986, S. 111f. Loßbergs Zeugnisse vgl. Loßberg, F., von, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg 1914-1918*, Berlin 1939.

⁵ Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 495 und 506f.

⁶ Wheeler-Bennett, J., *Hindenburg*, S. 164.

⁷ Görlitz, W., *Der deutsche Generalstab*, S. 279, Riebicke, O., *Was brauchte der Weltkrieg? Tatsachen und Zahlen aus dem deutschen Ringen 1914/1918*, Berlin 1936, S. 37f.

⁸ Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 419-439, Stegemann, H., *Geschichte des Krieges*, Bd. 4., S. 555f.

einem Rückzug von 20 Kilometern an einem einzigen Tag - der Rekord für alle Schlachten an der Westfront - [nicht mehr in der Lage,] die überlegene Gebärde zur Schau zu tragen, die sie nach dem 21. März den Briten gegenüber kaum zu verbergen imstande waren“¹. Die Opferzahl auf der deutschen Seite war andererseits seit dem Beginn der Westoffensive am 21. März bereits auf mehr als 425 000 Mann angestiegen. Die Offensive mußte aufgrund der Erschöpfung schließlich gestoppt werden. Dies geschah am 14. Juni².

Trotz aller Niederschläge hielt Ludendorff auch im Sommer 1918 an dem Gedanken fest, die feindliche Front zum Einsturz zu bringen und bereitete einen neuen Schlag vor. Von einem strategischen Gedanken war zu diesem Zeitpunkt schon gar nichts mehr zu sehen. Die Pläne der OHL sahen vor, einerseits die Marne zu überqueren und die Franzosen in Richtung Paris zu schlagen, andererseits auch den am 21. März begonnenen Angriff wieder aufzurollen und die seit „Michael“ angestrebte Trennung von Briten und Franzosen doch noch zu erzwingen³. Diese Operationen sollten allerdings nur zur Ablenkung dienen, denn den Hauptschlag plante die OHL in Flandern zu führen, als infolge der Operationen in Mittelfrankreich die Westalliierten ihre Kräfte von Flandern abziehen würden. Das Hauptziel des deutschen Stoßes in Mittelfrankreich war die Stadt Reims mit ihrem Eisenbahnknoten, der Hauptverbindungsader zwischen Engländern und Franzosen. Obwohl Ludendorff an der Offensive festhielt, glaubte in den deutschen Stäben zu diesem Zeitpunkt kaum jemand mehr an den Erfolg. Während die ersten deutschen Offensiven so verheißungsvolle Namen wie „Michael“, „Mars“ oder „St. Georg“ getragen hatten, wurde der kommenden Operation in Flandern der Deckname „Hagen“ gegeben. Die Operationen in Reims begannen in der Nacht zum 15. Juli. Dieser Angriff unterschied sich aber bereits in der Anfangsphase von den früheren Durchbruchsschlachten des Jahres 1918, weil es diesmal Überläufer aus den deutschen Reihen gab, die es den Franzosen ermöglichten, das Überraschungsmoment zu verhindern. Diesmal gelang es den deutschen Armeen auch nicht, die feindliche Front zu durchbrechen, geschweige denn die Operationen in freiem Felde zu entwickeln. Trotz des bewährten neuen Angriffsverfahrens, gegen das die Westalliierten bis zum Schluß keine Gegenmittel fanden, war die Operation bereits in der Anfangsphase so gründlich gescheitert, daß nicht einmal mehr die stets optimistisch gesinnte OHL an das Gelingen des „Hagen“-Planes in Flandern glauben wollte. Die Stimmung der Generalstäbler beschrieb General von Kuhl: „Die Enttäuschung war groß. Man konnte sich nicht verhehlen, daß der Angriff... gescheitert war. Die Beute von 14 000 eingebrachten Gefangenen und 50 eroberten Geschützen konnte nicht darüber hinweghelfen. Ein schwerer Augenblick für die höheren Führer, die sich der weittragenden Bedeutung dieses Ereignisses [jetzt] bewußt waren“⁴. Die Westoffensive des Jahres 1918, an die so viele in Deutschland geglaubt hatten, war gescheitert.

Diese Erkenntnis fällt um so deutlicher aus, wenn man sich vor Augen hält, welche Ziele die OHL mit ihrer Offensive eigentlich verfolgt hatte und was ihr tatsächlich gelungen war. General von Kuhl hatte über die Westoffensive zutreffend geschrieben, daß ihr Sinn nicht in der Eroberung des Geländes, sondern in der Vernichtung der feindlichen Kampfkraft lag⁵. Was hatte man diesbezüglich erreicht? Zuerst gelang es an der Westfront mehrmals, die feindlichen Stellungen zu durchbrechen, was in den Offensiven früherer Kriegsjahre nicht denkbar gewesen war. Bei den Geländeeroberungen in Flandern handelte es sich hier um einige Hundert Quadratkilometer. Allerdings hatten diese

¹ Zitiert bei **Kuhl, H., von, Der Weltkrieg**, Bd. 2, S. 364.

² Zu den Ergebnissen der Offensive und den Gefangenenzahlen vgl. **Bayern, R., von, Mein Kriegstagebuch**, Bd. 2, S. 410f., **Kuhl, H., von, Der Weltkrieg**, Bd. 2, S. 403, **Ludendorff, E., Meine Kriegserinnerungen**, S. 506f., **Asprey, R., The German High Command at War**, S. 414f., **Kielmansegg, P., Graf, von, Deutschland und der 1. Weltkrieg**, S. 645.

³ **Ludendorff, E., Meine Kriegserinnerungen**, S. 515f.

⁴ **Kuhl, H., von, Der Weltkrieg**, Bd. 2, S. 381.

⁵ **Kuhl, H., von, Der Weltkrieg**, Bd. 2, S. 361-365.

Geländeeroberungen keinen strategischen Wert. Es gelang in keiner Weise, die Verbindungen zwischen den englischen und französischen Fronten abzuschneiden¹. Tote, Verwundete und Gefangene zusammengezählt, hat die Entente infolge der Frühjahrsoffensive knapp eine Mio. Mann verloren, die angesichts der gespannten Lage zumindest in Frankreich fast unmöglich zu ersetzen waren. Aber auch die Verluste des deutschen Westheeres waren unersetzbar: In den Monaten März bis Juli verlor das Westheer ebenfalls eine Mio. Mann. Im April waren die Verluste höher gewesen, als in jedem anderen Monat des Krieges, einschließlich der Offensive bei Verdun 1916². Die ungeheuer großen Blutopfer, die das stürmende Westheer gezahlt hatte, waren einmalig und jeder wußte, daß diese mit letzter Kraftanstrengung gemachte Mobilisation aufgrund schwindender Kraft nicht mehr zu wiederholen war³. Die Ersatzlage in Deutschland war so katastrophal, daß die OHL unmittelbar nach den Operationen 10 ihrer Divisionen auflösen mußte und von der Regierung forderte, Arbeiter der Industriebetriebe einzuberufen. Diesbezüglich befand sich die Entente eindeutig im Vorteil: Zum Zeitpunkt der Einstellung der Westoffensive waren in Frankreich bereits eine Mio. Amerikaner gelandet, was die Verluste der Entente sofort wieder ausglich. Freilich befand sich das Groß der amerikanischen Truppen noch in der Ausbildung, aber ihre bloße Präsenz und die Erkenntnis, daß es sich hier um ca. 24 Infanteriedivisionen handelte, ließ die Stimmung in Frankreich bedeutend steigen. Das deutsche Heer hatte sich im Gegenteil infolge der Operationen vollkommen verausgabt. Die Soldaten lagen größtenteils in den neueroberten und provisorischen Stellungen dürftig gepflegt und übermüdet. Sie waren an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gelangt und konnten aufgrund fehlender Truppen nicht von den Positionen abgelöst werden. Die Ausdehnung des Marnebogens in Richtung Paris war strategisch mehr als von zweifelhafter Bedeutung: Dadurch befanden sich einige deutsche Armeen in exponierter Lage und konnten aus drei Richtungen angegriffen werden. Noch wichtiger war allerdings der psychologische Umbruch. Deutsche Frontsoldaten gingen ja mit der Hoffnung in die Offensive, daß es mit einem Befreiungsschlag gelingen würde, dem Krieg ein Ende zu setzen. Jetzt waren diese Hoffnungen zum wiederholten Mal in die Ferne gerückt. Bei den Truppen herrschte tiefe Niedergeschlagenheit. Die OHL hatte alle Gründe, den bevorstehenden Gegenangriffen der Westalliierten mit großer Besorgnis entgegenzusehen. Wenn England genügend Potential hatte, seine Verluste durch Neuaushebungen zu kompensieren und Frankreichs schwindende Kraft durch frische Kontingente der USA ersetzt werden konnte, so hatte Deutschland trotz mancher Lichtblicke in der Ersatzlage keine Möglichkeit mehr, die Ausfälle zu ersetzen. Churchill, der sich ausgiebig mit der Frage der Verluste befaßte, betonte einmal den anderen Aspekt, warum sich die Großoffensive für die deutsche Seite nachteilig auswirken mußte: „Die Praxis zeigt, daß beim Angriff meist der Tapferste fällt; die prächtigsten und kühnsten Truppen erleiden die schwersten Verluste. In der Verteidigung dagegen verteilt sich der Verlust auf alle daran Teilnehmenden ungefähr gleichmäßig“⁴. Die Westoffensive wog also für Deutschland besonders schwer, wenn man nicht nur die Anzahl, sondern auch die Qualität der verlorenen Truppen in Betracht zieht. Die Revolution begann schließlich nicht in der kämpfenden Truppe, sondern in der ausgeruhten Hochseeflotte Deutschlands. Aber auch in der kämpfenden Truppe war der Umschwung gerade nach dem Abklingen der Offensive deutlich zu merken; die Stimmung schlug immer mehr zu Ungunsten der Armeeführung um. Somit ist die von der OHL beschlossene und durchgeführte Westoffensive in der

¹ Angeblich war die OHL gezwungen aufgrund der Verluste eine Anzahl der Divisionen aufzulösen, vgl. **Herwig, The First World War. Germany and Austria-Hungary 1914-1918**, New York 1997, S. 421f., **Keegan, J., Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie**, Hamburg 2000, S. 565f.

² **Kuhl, H., von, Der Weltkrieg**, Bd. 2, S. 403.

³ **Leeb, W., Ritter, von, Tagebuchaufzeichnungen**, S. 111-115f.

⁴ **Churchill, W., Die Weltkrise**, Bd. 1., S. 49-50 und 53.

Gesamtheit der Faktoren für Deutschland sehr ungünstig verlaufen und muß deshalb als voller Mißerfolg bewertet werden.

Die negative Rolle der OHL wird besonders deutlich, wenn man sich auch die Ereignisse im Osten vergegenwärtigt, die sich zu derselben Zeit abspielten, als das Land mit letzter Kraft um seine Existenz an der Westfront zu kämpfen hatte. Die Rede ist hier von der Ostpolitik, die gerade während der Westoffensive so phantastische Züge annahm, daß sie trotz der zahlreichen geschichtlichen Quellen fast unwirklich erscheint. Es klingt fast unglaubwürdig, aber als die deutschen Armeen jeden Mann an der Westfront zählten und um die Entscheidung kämpften, befand sich ca. 1 Mio. deutscher Soldaten auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches. Und das trotz der Tatsache, daß Rußland zu diesem Zeitpunkt über keine Armee mehr verfügte. Das Argument der deutschen Generalstäbler, es seien nur alte, schlecht ausgerüstete Truppen, die bei der Offensive nicht einzusetzen gewesen wären¹, ist nicht stichhaltig. Diese Truppen waren durchaus auch im Westen zu gebrauchen und zwar auf den ruhigeren Frontabschnitten, wo sie mehrere Divisionen für die Offensive freigemacht hätten. Schließlich gab es auch bei den Franzosen mehrere Frontabschnitte, die ältere, für die Offensive unbrauchbare Jahrgänge bewachten. Es handelte sich hier nicht nur um ältere Soldaten, wie z. B. das von General Goltz befehligte Korps in Finnland. In der Ukraine gab es durchaus qualitativ gute Truppen, wie selbst deutsche Fachleute anerkennen². Vor allem befand sich die gesamte deutsche Kavallerie an der Ostfront, während die Westfront an enormem Mangel an Zugkraft litt³.

Warum haben also die deutschen Militärs in der entscheidenden Phase auf zahlreiche Kontingente verzichtet und den Umstand gebilligt, anstatt sich voll im Westen zu konzentrieren, die Kräfte verhängnisvoll zu spalten? Die Antwort hierfür ist einfach, obwohl angesichts der Bedeutung der Westoffensive nicht nachzuvollziehen. Der Brester Friedensvertrag bestand in der ersten Jahreshälfte nur auf dem Papier und mußte erst vollstreckt werden. Zahlreiche Gebiete, auf die Deutschland glaubte, Anspruch erheben zu müssen, wollten erst erobert werden. Trotz der anlaufenden Westoffensive stellte Ludendorff auch im Osten Truppen bereit und betrachtete die Angelegenheit vor allem vom militärischen Standpunkt aus. Die OHL fürchtete vor Truppenlandungen der Alliierten in Rußland und der Errichtung dort einer neuen Front. Ferner stand den Mittelmächten eine Hungerkatastrophe unmittelbar bevor. Um diese zu verhindern, dachte man in Spa an Lieferungen aus Südrußland. Ludendorff bereiteten ferner auch die Bolschewiki, über deren Absichten er seit den Friedensverhandlungen keine Illusionen mehr hegte, großes Kopfzerbrechen. Die Osttruppen, die er seit Jahresbeginn nach Westen verlegte, um sie bei der Offensive einzusetzen, waren der bolschewistischen Propaganda gegenüber nicht immun. Man hatte in der OHL Angst, sie nach Westen zu verlegen. Interne Armeebereiche erwähnen mehrmals den zersetzenden Einfluß der Bolschewiki auf deutsche Frontsoldaten. Was die Kriegsgefangenen anbelangt, die aus Rußland zurückkehrten, so betrachteten sie die Truppenführer bereits als „verseucht“ und beobachteten sie mit großer Sorge. „*Wir haben von dieser Sowjetregierung nichts zu erwarten, obschon sie von unserer Gnade lebt*“, schrieb Ludendorff in einer Denkschrift und verlangte, die Bolschewiki möglichst schnell zu Fall zu bringen⁴. Als sich auch Hindenburg dem Drängen Ludendorffs anschloß, wurde General Hoffmann der Befehl erteilt, in allen besetzten Gebieten die Bolschewiki zu entmachten. Der Truppenvormarsch im Osten war durchaus nicht friedlich und mußte mancherorts durch regelrechte Kampfhandlungen bestritten werden. In Finnland, wo die Traditionen des Bolschewismus außerordentlich stark waren und wo 1918 der zaristische General Mannerheim in

¹ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 298f.

² Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 385-418.

³ Ebd.

⁴ Ludendorff, E., *Urkunden*, S.490, Baumgart, W., *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, Wien-München 1966, S. 81, 269f. und 279f.

starke Bedrängnis geriet, mußte der Bürgerkrieg erst zugunsten der bürgerlichen Schichten entschieden werden. Auch in der Ukraine bedurfte es militärischer Handlungen, um die in Kijev residierende, sozialistisch geprägte Rada zu stürzen und ein deutsches Protektorat unter dem zaristischen General Skoropadskij zu etablieren. Aus diesen Kampfhandlungen entwickelte sich allmählich eine riesige Militäroperation; war man einmal in Kampfhandlungen getreten, hielten sich die deutschen Generäle nicht mehr an den Friedensvertrag und weiteren ihren Vormarsch immer mehr aus. Von Finnland aus drangen sie nach Karelien vor, vom Baltikum nach Weißrußland, von der Ukraine auf die Krim und auch weiter ostwärts bis hin zum Kaukasus. So besetzten deutsche Truppen parallel zu den Operationen im Westen auch im Osten riesige Territorien, die ungefähr denselben Grenzverlauf verzeichneten, wie die Besatzungszone der Wehrmacht auf dem Höhepunkt ihrer Erfolge im Osten 1942.

Die Ergebnisse dieser Operationen waren aber mehr als zweifelhaft. In Finnland wurden die deutschen Truppen als Befreier aufgenommen, aber das karge nördliche Land hatte weder Industrie, noch Lebensmittel, um den Aufwand zu rechtfertigen. Im Baltikum war die Lage auch nicht viel anders. Die dortige Bevölkerung, die sich bereits seit 1915 in deutscher Hand befand, lieferte bereits vor der Kapitulation Rußlands ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse an Deutschland. In Estland und in Lettland, die im Zuge des Vormarsches besetzt wurden, hatte die Mehrheit der einheimischen Bevölkerung schon immer ein gespanntes Verhältnis zu der dortigen, hauptsächlich deutschsprachigen Oberschicht und verhielt sich abwartend bis negativ. Diese Länder waren außerdem zu klein, um umfangreiche Lieferungen landwirtschaftlicher Produkte zu tätigen. Die große Enttäuschung erwartete die Deutschen aber in der Ukraine, auf die man als „Kornkammer Rußlands“ besonders große Hoffnungen gesetzt hatte. Wenn die OHL große Hoffnungen auf die Industrieerzeugnisse und die Lebensmittel aus dem russischen Reich gesetzt hatte, so war dies eine immense Fehlkalkulation. Zwar hatte die OHL riesige Gebiete im Osten besetzt, es gelang jedoch nur, aus dem Gebiet 42 000 Wagenladungen Getreide herauszuführen¹. Um das fertigzubringen, wurde ein Millionenheer im Osten festgehalten. An den mangelnden Mühen deutscherseits lag diese Entwicklung keinesfalls. In die Ukraine entsandte die OHL mit General Groener den besten Fachmann, den sie im verwaltungstechnischen Bereich besaß². Aber auch er war machtlos angesichts der Auflösung der Volkswirtschaft, die in der Ukraine herrschte. Die gesamte Industrie der Ukraine lag bereits seit der zweiten Hälfte von 1917 brach und konnte aufgrund der Zerstörung der Infrastruktur nicht kurzfristig organisiert werden. Mit anderen Industriegebieten sah es nicht viel anders aus. Die Fabriken benötigten umfangreiche Investitionen, um ihren Betrieb überhaupt einzuleiten. Ähnlich wie in Rußland waren sie entweder zerstört oder von der Belegschaft ausgeplündert worden. Die Landwirtschaft war ebenfalls in einem katastrophalen Zustand. Die ukrainische Bauernschaft war seit der Februarrevolution nicht minder als die russische mit der sozialen Umverteilung beschäftigt, mit dem Ergebnis, daß das Land nicht einmal über genügend Lebensmittel verfügte, um sich selbst zu versorgen. In den Kosakengebieten Don und Kuban herrschte Bürgerkrieg zwischen den landwirtschaftlich erfolgreichen Bauern und den russischen Zuwanderern, die seit der Machtergreifung der Bolschewiki regelrechte Raubzüge veranstalteten. Kurz ausgedrückt: Die Ukraine war bolschewisiert, und weder umfangreiche Truppen noch die begnadeten Organisatoren waren in der Lage, den Bürgerkrieg auf Anhieb zu stoppen.

¹ Balfour, M., *Der Kaiser*, S. 421.

² Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 329-373.

Kap. 5. Die Gegenoffensiven der Entente und der Zusammenbruch im Westen. Das „Bündnis“ des kaiserlichen Deutschland mit den Bolschewiki

Als die deutsche Frühjahrsoffensive stecken blieb, beschlossen die Ententemächte dem Gegner die Initiative zu entreißen. Eigentlich rechneten die Westalliierten noch für das Jahr 1918 keinesfalls mit dem Zusammenbruch Deutschlands. Sie neigten dazu, vor der Entscheidungsoffensive erst die abgeschlossene Landung der Amerikaner abzuwarten. Vertreter dieser Linie waren der Oberbefehlshaber der Amerikaner Pershing und der französische General Pétain¹. Sie hielten die deutschen Armeen für zu stark und erwarteten den Sieg erst für das Jahr 1919. Aus den Reihen prominenter Ententegeneräle war nur Foch überzeugt, daß man in der Lage sei, auch 1918 das deutsche Westtheer erfolgreich anzugreifen². Die späteren Ereignisse sollten ihm in dieser Hinsicht dann auch Recht geben. Den eigentlichen Umschwung in den Reihen der Westalliierten brachte aber die Ludendorffische Frühjahrsoffensive, als im Augenblick der tödlichen Gefahr Engländer und Amerikaner in Massen ihre Kontingente nach Frankreich einschifften. Die Michaeloffensive bewirkte nicht nur die Vereinigung des alliierten Oberkommandos in den Händen von Foch, was vorher immer gescheitert war, sondern auch den Entschluß, die deutschen Positionen noch im Sommer 1918 anzugreifen. Die erste Gegenoffensive der Westalliierten fiel genau zu dem Zeitpunkt, als die deutsche Frühjahrsoffensive endgültig an Kraft verlor und von der OHL eingestellt wurde.

Die im Marnebogen liegenden deutschen Truppen forderten den Gegenangriff geradezu heraus³. Sie lagen seit der Einstellung der Offensive auf Reims erschöpft in den provisorischen Schützengraben und waren aufgrund fehlender Eisenbahnverbindungen im eroberten Gelände nur schwer zu versorgen. Die deutschen Linien waren auch deshalb auf die Defensive denkbar schlecht vorbereitet, weil die OHL aus Angst, die Initiative zu verlieren, zeitweise verboten hatte, die Stellungen auszubauen⁴. Am 18. Juli griffen die Franzosen im Marnebogen von Osten aus an. An dieser Offensive nahmen nicht nur 23 Infanteriedivisionen teil, sondern auch Panzer, die zum ersten Mal in wirklich großen Zahlen eingesetzt wurden. Den Franzosen gelang es, die Konzentration ihrer Tanks bis zum letzten Augenblick zu verbergen, was zufolge hatte, daß bereits zu Beginn der Operation die deutsche Front schwere Verluste zu verzeichnen hatte. Durchbrochen wurde die Westfront trotz dieser Operation der Franzosen nirgends. Dennoch war die Lage im östlichen Teil des Marnebogens so kritisch, daß die OHL gezwungen war, den Rückzug zu befehlen. General Loßberg, auf dessen Drängen dieser Entschluß gefaßt wurde, bezeichnete die Lage der kämpfenden Armeen der OHL gegenüber nicht nur als kritisch, sondern fügte hinzu, daß die Soldaten überall erschöpft, deprimiert und schwach waren⁵. Loßbergs Bericht zufolge (welcher in der Geschichtsschreibung aber ziemlich umstritten ist) weigerte sich Ludendorff bis zuletzt, den Rückzug zu befehlen⁶. Schließlich bedeutete das ein Eingeständnis vor der ganzen Welt, daß die Westoffensive mißlungen war⁷.

¹ Zu Pétains Rolle bei den Meutereien des französischen Heeres, vgl. **Pedroncini, G.**, *Les mutineries de 1917*, Paris 1967, **Keegan, J.**, *Der Erste Weltkrieg*, S. 459f.

² Zu den verschiedenen Ansichten vgl. **Foch, F.**, *Meine Kriegserinnerungen 1914-1918*, Leipzig 1931, S. 359-370f., **Haig, D.**, *England an der Westfront. Die Marschallberichte an den Obersten Kriegsrat*, Berlin 1925, S. 250f. und 262f., **Hankey, M. P.**, *The Supreme Command 1914-1918*, 2 Bde., London 1961, Bd. 2, S. 825f.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ **Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 655.

⁶ **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, S. 288f., **Loßberg, F., von**, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg*, S. 345f., **Reichsarchiv**, *Der Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 14., S. 431.

⁷ Ebd.

Foch hat seinerzeit Ludendorffs Westoffensive mit einer „Büffelstrategie“ verglichen. In dieser Hinsicht ist zu vermerken, daß die Bezeichnung „Büffelstrategie“ in der letzten Phase des Krieges auf Foch selbst viel mehr zutraf, als auf seinen Gegenspieler. Die Westalliierten planten seit ihrem Erfolg vom 18. Juli mehrere Offensiven ohne jegliches Konzept. Ein strategischer Gedanke, welcher noch der Michaeloffensive zugrunde lag, wurde weder in den Stäben der Engländer noch in den Stäben der Franzosen entwickelt. Es handelte sich um eine Reihe von Schlägen gegen die deutsche Front, mit dem Ziel, diese zu entkräften. Als einzige Entschuldigung für die Westalliierten dient die Tatsache, daß nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensive ihre materielle Überlegenheit zunahm, während die deutschen Hilfsquellen bereits erschöpft waren. In der Endphase des Krieges war dieser Prozeß bereits so fortgeschritten, daß die Ententemächte an der Westfront über eine fast doppelte Überlegenheit in Sachen Rüstung verfügten¹. Nach dem Erfolg im östlichen Marnebogen planten die Westalliierten, denselben Marnebogen von Westen anzugreifen und fürs erste Ludendorff zu zwingen, seine Truppen auf die Ausgangsposition der Michaeloffensive zu verlegen².

Am 8. August begann die Offensive auf die westlichen deutschen Positionen an der Marne³. Den Anfang machte die 4. englische Armee unter General Rawlinson beiderseits der alten Römerstraße Amiens - St. Quentin. Die Operation, die auch von der 1. französischen Armee (Gen. Debenev) unterstützt wurde, war für die deutsche Seite nicht nur wegen ihrer Plötzlichkeit eine vollkommene Überraschung. Zur Bestürzung deutscher Stabsoffiziere wandten die Westalliierten eine Taktik an, die jener der Michaeloffensive in vielem glich. Dies gilt besonders hinsichtlich der Artillerievorbereitung, die zugunsten des Überraschungsmoments zu einem konzentrierten Feuerschlag zusammengefaßt wurde⁴. General von Kuhl vermerkte, daß die Vorgehensweise der Westalliierten so konzipiert war, als ob sie die Michaeloffensive kopieren wollte⁵. In Punkto Infanterietaktik waren die Engländer immer noch den Deutschen beträchtlich unterlegen. Jedoch verfügten die Westalliierten über eine Technik, die diese Rückständigkeit wieder ausgleichen konnte. Die Rede ist hier von den Tanks, die Rawlinson bei seinem Angriff in Massen auffahren ließ⁶. Der Hauptschlag der Engländer richtete sich auf die Positionen der 2. Armee des Westtheeres, deren Soldaten während der Michaeloffensive nicht nur Wunder an Leistungsfähigkeit vollbracht hatten, sondern sich auch zu Plünderungen der britischen Magazine hatten hinreißen lassen. Die Operation begann an einem nebligen Frühmorgen. Nach kurzer Artillerievorbereitung rollten 600 Panzer auf die deutschen Positionen zu. Infanterie und Kavallerie stießen nach. Während die Erfolge der Franzosen dürftig waren, verzeichneten die Engländer ungeahnte Erfolge. Die erste Verteidigungslinie der 2. Armee wurde sogleich überrannt. Bereits am zweiten Angriffstag war die Front so dünn, daß sie bei stärkerem Druck zusammengebrochen wäre⁷. Dennoch gelang es weder Engländern noch Franzosen, die Front zu durchbrechen. Am 10. August hatte sich der deutsche Widerstand so verfestigt, daß die Operation am 12. August eingestellt werden mußte. Ludendorff zufolge verlor das Westtheer in diesen Tagen sechs bis sieben Infanteriedivisionen⁸. Aber nicht die Zahl an sich war für die OHL von Bedeutung, sondern die Art und Weise, wie die Soldaten verlorengingen: Über 70 % gingen in Gefangenschaft. Teils fuhren britische Panzer vor den Gefechtsständen

¹ **Loßberg, F., von**, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg*, S. 345f., **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 217-222.

² Ebd.

³ Vgl. **Haig, D.**, *England an der Westfront*, S. 267f., **Asprey, R. B.**, *The German High Command*, S. 446f.

⁴ **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 407f.

⁵ Ebd.

⁶ Die wohl interessanteste Quelle hierzu ist das Zeugnis des Leutnant Sulzbach gegen dessen Batterie der Angriff primär gerichtet war, vgl. **Sulzbach, H.**, *With the German Guns. Four Years on the Western Front 1914-1918*, London 1973, S. 226f.

⁷ **Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 658f.

⁸ **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 549.

deutscher Divisionen auf und nahmen diese einfach gefangen¹. Teils ergaben sich deutsche Truppen widerstandslos in geschlossenen Formationen. So etwas hatte es während des gesamten Krieges noch nicht in der deutschen Armee gegeben. Ludendorff und seine Mitarbeiter müssen von den Vorgängen des 8. August regelrecht schockiert gewesen sein. Gerade das Verhalten der deutschen Frontsoldaten an diesem Tag wurde von Ludendorff als Wendepunkt des Krieges bezeichnet: *„Der 8. August ist der schwarze Tag des deutschen Heeres in der Geschichte dieses Krieges ... Ich hörte von Taten glänzender Tapferkeit, aber auch von Handlungen, die, ich muß es offen aussprechen, ich in der deutschen Armee nicht für möglich gehalten habe: Wie sich unsere Mannschaften einzelnen Reitern, geschlossene Abteilungen den [vereinzelt] Tanks ergaben! Einer frisch und tapfer angreifenden Division wurde von den zurückgehenden Truppen 'Streikbrecher' und 'Kriegsverlängerer' zugerufen. Die Offiziere hatten an vielen Stellen keinen Einfluß mehr, sie ließen sich mitreißen ... Unser Kampfinstrument war nicht mehr vollwertig. Unsere Kriegsfähigkeit hatte Schaden erlitten, auch wenn sich die bei weitem größere Zahl der Divisionen heldenhaft schlug. Der 8. August stellte den Niedergang unserer Kampfkraft fest ... Der Krieg war zu beendigen“².*

Die Rückwirkungen des 8. August auf die Moral des Westheeres und der Zivilbevölkerung waren immens. Als nach dem 8. August die OHL Schritt für Schritt das während der Michaeloffensive eroberte Terrain räumte, unterstrich sie damit für alle sichtbar, daß Deutschland über keine Kraft mehr verfügte. Der Mann auf der Straße gelangte immer mehr zu der Überzeugung, daß die Mobilisierung der letzten Reserven im Frühjahr 1918 umsonst gewesen war und lebte fortan in ständiger Furcht, daß die Front zusammenbrechen und der Krieg auch Deutschland erreichen würde.

Es klingt heute fast unglaublich, aber während dieser Ereignisse im Hochsommer 1918 kam es in Deutschland zu einer ersten innenpolitischen Krise, welche die Streitigkeiten im Osten auslösten. Die Vorstellung, daß die maßgebenden Männer im Augenblick des Niederganges nichts Besseres zu tun hatten, als sich über Rußland zu streiten, ist grotesk. Aus verfügbaren Quellen geht aber hervor, daß parallel zu der Niederlage im Westen ein Bündnis im Osten entstand, das sich für die ganze erste Hälfte des 20. Jahrhunderts auswirken sollte. Was sich 1918 in den Monaten nach dem Brester Frieden und vor der deutschen Kapitulation im Westen zwischen Deutschland und Rußland an Phantastischem abspielte, ist trotz seiner enormen Tragweite in Vergessenheit geraten. Abgesehen von einigen spezialisierten Historikern weiß heute kaum jemand noch davon. In diesen Monaten schuf sich Deutschland nicht nur ein ausgedehntes Imperium im Osten, sondern schloß mit der Regierung Lenins ein Bündnis, welches das politische Überleben der Bolschewiki überhaupt erst ermöglichte. Zu dieser Zeit wurde die Zusammenarbeit zwischen dem kaiserlichen Deutschland und den Bolschewiki nicht nur formell begründet, sondern auch auf die Spitze getrieben, um sogleich ihren haarsträubenden Charakter zu enthüllen. Als die deutsche Reichsregierung 1917 Lenin nach Rußland schickte, wußte sie noch kaum, was sie tat und mit wem sie sich einließ. Damals war die deutsche Entscheidung noch eine instinktive Kriegsmaßnahme gewesen^{3*}. Als die deutsche Regierung im Sommer 1918 die Bolschewiki vor dem sicheren Sturz bewahrte, wußte sie jedoch nicht nur genau was sie tat, sondern auch was sie damit bezweckte. Die Option des Deutschen Reiches für die Bolschewiki ist eine bewußte politische Entscheidung gewesen, die von den deutschen Militärs und Politikern mit allem für und wider ausdiskutiert und durchgeführt wurde.

¹ Görlitz, W., *Der deutsche Generalstab*, S. 281.

² Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 547 und 551. Vgl. Loßberg, F., von, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg*, S. 357f. und Foerster, W., *Der Feldherr Ludendorff im Unglück*, S. 73-79.

³ Laut dem österreichischen Außenminister handelte es sich dabei um eine Verzweigungstat, die ausgeblieben wäre, hätte die Entente nicht eine Politik der Zerschlagung Deutschlands und Österreichs angestrebt, Czernin, O., *Im Weltkrieg*, S. 23.

Um die deutsche Strategie des Jahres 1918 richtig zu verstehen, sind einige Bemerkungen über die Rußlandpolitik angebracht. Aus dem nach dem 2. Weltkrieg zugänglich gemachten Archivmaterial geht eindeutig hervor, daß das kaiserliche Deutschland seit geraumer Zeit weitreichende geopolitische Pläne im Osten verfolgte. In Deutschland bestand schon lange vor Kriegsausbruch ein ausgeprägtes Interesse an Rußland, dem größten Absatzmarkt deutscher Industrie. Es war durchaus kein Zufall, daß vor dem Krieg kein anderes Land Rußlandkunde in einer Art und Weise betrieb, die der deutschen auch nur annähernd vergleichbar gewesen wäre. Um nur ein Beispiel zu erwähnen, mußten alle Offiziere des preußischen Generalstabes vor dem Weltkrieg russisch lernen und zahlreiche von ihnen wurden zumindest einmal während ihrer Karriere nach Rußland abkommandiert¹. Der Weltkrieg hatte zur Folge, daß viele Deutsche es für ausgemacht hielten, daß die Sicherheit ihres Landes ein schwaches Rußland erfordere. Zum einen konnten deutsche Armeen sich nur dann im Kampf gegen ihre westlichen Hauptkonkurrenten mit Erfolg behaupten, wenn im Osten keine Gefahr bestand. Zum zweiten brauchte Deutschland, um sich nach dem Krieg in der Weltpolitik behaupten zu können, Zugang zu den natürlichen Ressourcen Rußlands, die man zu annehmbaren Bedingungen nur dann erhielt, wenn Rußland als Großmacht ausgeschaltet war. Um an die Ressourcen Rußlands heranzukommen, waren vor allem zwei Voraussetzungen zu erfüllen. Das alte Zarenreich mußte zerstückelt und auf Territorien reduziert werden, die Großrussen bevölkerten. Dieses Programm, das hauptsächlich während des Weltkrieges entworfen wurde, sah die Verschiebung der russischen Grenzen weit nach Osten und die Schaffung eines *Cordon sanitaire* aus nicht-russischen Protektoraten und nominell unabhängigen Staaten vor, die wirtschaftlich und politisch an Deutschland angelehnt waren². Im Herbst 1914 gehörten selbst Bethmann-Hollweg und die Mehrheit seines Kabinetts zu den Anhängern dieser Vorhaben³. Der leidenschaftlichste Anhänger der Lostrennung der Randvölker von Rußland war der Verband der Alldeutschen mit seinem führenden Publizisten Paul Rohrbach, dessen Schriften im Weltkrieg großen Anklang bei Militärs und Industriellen fanden⁴. Das Programm, das auf die Vertreibung Rußlands aus Kontinentaleuropa abzielte, wurde von Rohrbach dabei so zusammengefaßt: „Darf Rußland eine europäische Großmacht im bisherigen Sinn bleiben, oder darf es das nicht, wenn unsere Zukunft sicher sein soll?“⁵.

Bekanntlich gingen die Grundsätze und Praktiken der europäischen Diplomatie seit ihrer Entstehung im 15. Jh. vom Naturrecht und der übernationalen Gemeinschaft christlicher Staaten aus. Das von Theoretikern seit Hugo Grotius auf die zwischenstaatlichen Beziehungen angewandte Naturrecht besagt vor allem, daß souveräne europäische Staaten ein unstreitiges Existenzrecht haben. Welche Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen auch bestehen mögen, ihre Existenz selbst steht nicht zur Disposition. Dieses Prinzip lag schon dem Westfälischen Frieden zugrunde und war bis in das 20. Jh. hinein (abgesehen von der Teilung Polens) fester Bestandteil der europäischen Diplomatie. Der Brester Friedensvertrag war zweifelsohne ein harter Diktatfrieden, bewegte sich aber im Prinzip noch im Rahmen der üblichen Diplomatie. Die Mittelmächte lösten zwar aus dem russischen Reich riesige Gebiete aus, begründeten dies aber mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker des Zarenreiches. Sie ließen Rußland als staatliche Einheit weiterhin bestehen. Bei

¹ Auch Ludendorff besuchte Rußland im Rahmen seiner militärischen Weiterbildung. Interessant ist es zu vermerken, daß Ludendorff während seines Aufenthaltes in Rußland Privatunterricht bei einem sozialistisch gesinnten Regimegegner genommen hat, vgl. **Ludendorff, E.**, *Mein militärischer Werdegang*, S. 30f.

² **Fischer, F.**, *Der Griff nach der Weltmacht*, S. 87-109.

³ Vgl. das außenpolitische Programm von Bethmann-Hollweg vom Herbst 1914, Ebd.

⁴ Vgl. **Rohrbach, P.**, *Rußland und wir*, Stuttgart 1915.

⁵ **Rohrbach, P.**, *Rußland und wir*, S. 3.

den abgetrennten Gebieten handelte es sich hauptsächlich um Gebiete mit nichtrussischer Bevölkerung, die durch ihre Vertreter diese Loslösung in einigen Fällen auch selbst befürwortet haben¹.

Im Sommer 1918 waren deutsche Beamte und Militärs über das Wesen der bolschewistischen Herrschaft bestens im Bilde. So beschrieb der Chef der Operationsabteilung des deutschen Admiralstabes, Walter Freiherr von Keyserlingk, der mit der Waffenstillstandskommission im Dezember 1917 nach Petersburg gekommen war, seine Eindrücke von der Diktatur der Bolschewiki folgendermaßen: Nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki sei in Rußland „*regierender Wahnsinn*“ erkennbar, der nicht nur für Deutschland, sondern auch „*für die gesamte zivilisierte Welt eine unmittelbare Gefahr*“ bedeute². Graf Czernin beschrieb die Meinung der Mittelmächte über die Bolschewiki noch während der Verhandlungen in Brest: „*Genaueres über diese Bolschewisten ist nicht zu erfahren, d. h. besser gesagt, sehr vieles, aber widersprechendes. Sie beginnen damit, alles was an Arbeit, Wohlstand und Kultur erinnert, zu zerstören und die Bourgeoisie auszurotten. Von 'Freiheit und Gleichheit' ist in ihrem Programm anscheinend keine Rede mehr, sondern eine bestialische Unterdrückung von allem, was nicht Proletariat ist ... Sie sprechen von Freiheit und Völkerversöhnung, von Friede und Eintracht, und dabei sollen sie die grausamsten Tyrannen sein, welche die Geschichte gekannt hat - sie rothen das Bürgertum einfach aus und ihre Argumente sind Maschinengewehre und der Galgen ... Die russische Bourgeoisie ist fast so feig und dumm wie die unsere und läßt sich schlachten wie die Hammel ... Gewiß ist dieser russische Bolschewismus eine europäische Gefahr, und wenn wir die Kraft hätten, außer einem erträglichen Frieden für uns auch noch gesetzliche Zustände in fremden Ländern zu erzwingen, so wäre es richtig, mit diesen Leuten gar nicht zu verhandeln, nach Petersburg zu marschieren und Ordnung zu machen*“³.

Als die Mittelmächte den Bolschewiki den Brester Friedensvertrag aufzwingen, waren sie bemüht, im Rahmen des international üblichen Rechts zu bleiben. Die Mittelmächte anerkannten nicht nur als einzige Staaten Lenins Regierung, sondern waren auch bereit, diese zu dulden, vorausgesetzt die Bolschewiki strebten keine Revision des Brester Friedensvertrags an. Im Mai 1918 wurden diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und dem Regime der Bolschewiki aufgenommen. Die Vertreter Sowjetrußlands zogen in das alte Gebäude der russischen Botschaft Unter den Linden in Berlin. Im Gegenzug wurde in Moskau die diplomatische Vertretung Deutschlands eröffnet. Zum deutschen Botschafter ernannte man Graf Mirbach, einen angesehenen, aus wohlhabender adeliger Familie preußischer Katholiken stammenden Diplomaten mit jahrelanger Rußlanderfahrung⁴. Sein wichtigster Gehilfe war ein gewisser Kurt Riezler, seiner Ausbildung nach ein Philosoph, der aber während des Weltkrieges einer der einflußreichsten Männer im Auswärtigen Amt war⁵. Im Weltkrieg war Riezler eine der Personen, die 1915 mit Hilfe von Parvus Verhandlungen mit Lenin geführt hatten. 1917 nach Stockholm versetzt, diente er als wichtigster Vermittler zwischen der deutschen Regierung und den Bolschewiki, denen er regelmäßig Geldbeträge zukommen ließ. Angeblich war Riezler den Bolschewiki bei der Ausführung des Oktoberputsches behilflich, obgleich seine genauere Rolle während der

¹ Diese Annahme gilt auch für den Fall, daß die deutsche Militärverwaltung separatistische Tendenzen für ihre eigenen Zwecke mißbrauchte und die wirkliche Selbstbestimmung der Völker in den eroberten Territorien gar nicht zuließ, **Rohrbach, P.**, *Rußland und wir*, S. 14f.

² Abdrucke seiner Berichte nach Berlin sind veröffentlicht in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 15, 1967, S. 87-104.

³ **Czernin, O.**, *Im Weltkriege*, S. 298.

⁴ Mirbach war von 1908 bis 1911 in der deutschen Botschaft in St. Petersburg als Rechtsberater tätig. Zu seiner Person vgl. **Joost, W.**, *Botschafter bei den roten Zaren*, Wien 1967.

⁵ Riezlers Aufzeichnungen wurden herausgegeben bei **Erdmann, K. D. (Hrsg.)** *Kurt Riezler - Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, Göttingen 1972. Diese Sammlung ist allerdings von einigen deutschen Historikern wegen angeblicher Freizügigkeiten gegenüber dem Originaltext kritisiert worden und gilt als bedingt zuverlässig, vgl. **Jarusch, K. H.**, in: *Slawic Revue*, Nr. 31 1972, S. 381-398.

Ereignisse bis heute ungeklärt geblieben ist¹. Riezler sollte dann auch in der deutschen Botschaft die maßgebende Rolle spielen².

In der ersten Zeit nach der Machtergreifung bereiteten die Bolschewiki den deutschen Verantwortlichen nur wenig Kopfschmerzen. Bis zu seiner Machtergreifung hatte Lenin ja politisch vor dem Wind gesegelt: Die Masse des Volkes war kriegsmüde und die Bolschewiki traten für den Separatfrieden ein. Damit gewannen sie nicht nur die Masse der Soldaten für sich, sondern erreichten auch, daß das Bauerntum bezüglich ihrer Machtergreifung neutral blieb. Solange Lenin diese Politik betrieb, waren nicht nur die Entente, sondern auch die russische Generalität und sogar die Mehrheitsparteien des Sowjets gegen die Bolschewiki machtlos. Brest-Litowsk ließ diesen Wind aber umschlagen. Das Land hatte ja den Frieden gewollt, aber nun, da es das Gesicht des bolschewistischen Friedens sah, war es starr vor Entsetzen. Überall in Rußland begannen sich langsam aber sicher Oppositionszellen zu bilden. Im Süden begannen die Generäle Aleksejev, Kornilov und Denikin eine Freiwilligenarmee zu bilden, die allerdings zu Beginn ihres Bestehens mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. In Sibirien bildeten sozialistische Abgeordnete der aufgelösten Verfassunggebenden Versammlung eine eigene Regierung (den sog. „*Komuč*“), die für die Bolschewiki immer bedrohlicher wurde, als auch die Arbeiter Sibiriens sie unterstützten. Der Streik der Eisenbahner unmittelbar nach dem Oktoberputsch und der Arbeiteraufstand von Ischewsk gegen die Diktatur der Bolschewiki zählen wohl zu den bedeutendsten Episoden der russischen Revolution. Sie offenbarten, daß die Arbeiterschaft in ihrer Masse den Ideen des Bolschewismus doch fern geblieben ist. Der Machtzuwachs der „*Konterrevolution*“ erhöhte sich noch mehr, als die letzte schlagkräftige Truppe in Rußland, die sog. tschechoslowakische Legion meuterte und die Bolschewiki entlang der gesamten transsibirischen Magistrale entmachtete. Im Norden (Murmansk) landeten Engländer und Amerikaner, um die Front gegen die Deutschen neu zu organisieren. Das Machtgebiet der Bolschewiki war innerhalb einiger Monate etwa auf das Territorium des Moskauer Großfürstentums zusammengeschrumpft. Gerade im August, als sich an der Westfront die Wende abzeichnete, erreichten die Bolschewiki den Tiefpunkt ihrer Laufbahn. Ihre Partei war so zerrissen, daß Trotzki sich angeblich deutschen Diplomaten gegenüber zu der Bemerkung verleiten ließ, sie sei nur noch „ein lebender Leichnam“³. Sie stand unmittelbar vor dem Zusammenbruch.

Aus deutscher Sicht komplizierte sich die Lage im Osten zusehends, als die linken Sozialrevolutionäre die Koalition mit Lenin aufkündigten und die Bevölkerung zum „*revolutionären Krieg*“ gegen Deutschland aufriefen. Am 6. Juli drangen zwei Sozialrevolutionäre in die deutsche Botschaft und erschossen Mirbach, einige Wochen danach (am 20. Juli) starb auch der deutsche Oberkommandierende in der Ukraine Feldmarschall Eichhorn im Kugelhagel⁴. Der Ermordung des deutschen Botschafters (Wilhelm II. vermerkte am Rand der Nachricht, er sei „*verbolschewikt*“⁵) folgte der Aufstand der linken Sozialrevolutionäre in Moskau. Sie verhafteten nicht nur den Leiter der Tscheka Dzeržinskij, sondern brachten ohne viel Mühe ganz Moskau in ihre Gewalt⁶. Wie ein kompetenter Forscher zurecht bemerkt hat, scheiterte der Aufstand nicht an der Schwäche der Aufständischen, sondern einzig und alleine daran, daß die Sozialrevolutionäre gar nicht versucht hatten, Lenin zu stürzen⁷. Die Anführerin der linken Sozialrevolutionäre Marija Spiridonova organisierte den Aufstand zwar nach dem Muster des *Coup d'état* Trotzkijs, aber die SR beabsichtigten

¹ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 2., S. 467.

² Ebd.

³ Baumgart, W., in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 16, 1968, S. 82.

⁴ Fischer, F., *Der Griff nach der Weltmacht*, S. 500f.

⁵ *Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, Deutschland 131, Mirbach an den Reichskanzler*, Bd. 18., Brief 21.06.1918, Randbemerkung des Kaisers.

⁶ Ausführlich hierzu, Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 2, S. 502f.

⁷ Der Text der Resolution der SR bei *Krasnaja kniga Včka*, Moskau 1920, Bd. 2, S. 129f.

eher, einen grandiosen *Coup de théâtre* zu veranstalten, als sie sich für das vom Krieg erschöpfte Land vornahmen, „die Massen zusammenschweißen und den ermatteten revolutionären Geist wiederzubeleben“¹. Die ausländischen Beobachter, die den Aufstand der SR aus nächster Nähe verfolgten, gaben eine wenig schmeichelhafte Beschreibung der Spiridonova und vermerkten nebenbei, daß Führungspersönlichkeiten der linken SR nichts vorzuweisen hatten, was nur entfernt an gesunden Menschenverstand erinnert hätte. Für Kurt Riezler war die Spiridonova „ein vertrocknetes Frauenzimmer“². Der deutsche Journalist Alfons Paquet schilderte sie als eine „unermüdliche Hysterische mit dem Klemmer auf der Nase, diese Karikatur der Athene, die, während sie sprach, fortwährend in eine unsichtbare Harfe zu greifen schien und, wenn der Beifall das Haus erdröhnen ließ ... ungeduldig mit den Füßen stampfend an den heruntergefallenen Schulterbändern ihres Kleides nestelte“³. Die SR begingen mit ihrem Aufstand den fatalen Fehler, vor dem Lenin immer seine Parteigenossen gewarnt hatte, nämlich Revolution nur zu „spielen“. Nachdem alle wichtigen Zentren Moskaus unter ihre Kontrolle gebracht hatten, beriefen die SR (ähnlich wie die Bolschewiki während ihres Oktoberputsches) einen Parteitag ein. Dort wurde allerdings nichts beschlossen, weil die Spiridonova sogleich auf den Tisch sprang und eine Rede hielt, bei der sie dauernd schrie: „Hej, du Land, höre! Hej, du Land, höre!“⁴. Die Bolschewiki, die von den linken SR überrumpelt wurden, konnten lange nicht entscheiden, ob sie in der Affäre Angreifer oder Angegriffene waren. Wie Bucharin später zu I. Steinberg sagte, verlief der Aufstand aus der Sicht der Bolschewiki nach folgendem Muster: „Wir saßen in unserem Zimmer und warteten darauf, daß ihr kommen und uns verhaften würdet ... Als ihr das nicht getan habt, beschlossen wir, statt dessen euch zu verhaften“⁵. Wie stark die Macht der Bolschewiki in diesen Tagen bereits herabgesunken war, zeigt die Tatsache, daß ihnen zu einer Gegenaktion nur lettische Schützen zur Verfügung standen. Deren Anführer Vatsietis mußte von der deutschen Botschaft erst bestochen werden, bevor er Lenin die Unterstützung zusagte⁶. Als am nächsten Tag die Bolschewiki den Aufstand der SR niederschlugen, standen ihnen nur 3 300 Männer zur Verfügung, von denen nicht einmal 500 Russen waren⁷. Den geschilderten Ereignissen folgte dann ein Anschlag, der Lenin beinahe das Leben gekostet hatte und dessen tatsächliche Urheber bis heute noch nicht mit Sicherheit ermittelt sind⁸.

Natürlich waren die zuständigen Stellen des Deutschen Reiches von den Vorkommnissen in Rußland durch ihr Botschaftspersonal in Moskau bestens unterrichtet⁹. Botschafter Mirbach und Militärattaché Bothmer, der seine Berichte direkt an die OHL kabelte, waren überzeugt, daß die Bolschewiki die Krise nicht überleben würden¹⁰. Beide plädierten dafür, das Regime Lenins zu stürzen und lieber auf die innenpolitischen Feinde der Bolschewiki zu setzen. Die Botschaft wollte „ein dauerhaftes Regime“ etablieren und schlug vor, Erleichterungen am Brester Friedensvertrag vorzunehmen¹¹. Die Lage für Lenin wurde noch bedrohlicher, als der ehemalige Staatssekretär K. Helfferich zum neuen Botschafter in Moskau ernannt wurde¹². Helfferich faßte die innenpolitische Lage in Rußland vollkommen richtig auf:

¹ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 2, S. 505.

² Erdmann, K. D. (Hrsg.), *Kurt Riezler - Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, S. 467.

³ Paquet, A., *Im kommunistischen Rußland: Briefe aus Moskau*, Jena 1919, S. 26.

⁴ Naš Vek, vom 10. 08. 1918, S. 3.

⁵ Steinberg, I., *The Events of July 1918*, S. 20.

⁶ Erdmann, K. D. (Hrsg.) *Kurt Riezler - Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, S. 424. Zur Version von Vatsietis vgl. Pamjat, Nr. 2, S. 26f.

⁷ Ebd.

⁸ Volkogonov, D., *Lenin. Utopie und Terror*, Wien-Düsseldorf-New York-Moskau 1994.

⁹ Einige Berichte der deutschen Botschaft sind abgedruckt in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 1, 1968, S. 77f.

¹⁰ Vgl. Bothmer, K., von, *Mit Graf Mirbach in Moskau. Tagebuch-Aufzeichnungen und Aktenstücke vom 19. April bis 24. August 1918*, Tübingen 1922.

¹¹ Ausführlich über die Tätigkeit Helfferichs in Moskau und über seine Ansichten vgl. Helfferich, K., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 3, S. 442-493.

¹² Ebd.

Lenin wurde nur deshalb nicht gestürzt, weil die Opposition überzeugt war, daß Deutschland mit einer intakten Armee hinter ihm stünde¹. Nach der Überzeugung des Historikers Golovin wurde die Regierung Lenins von politisch interessierten Russen „als Schöpfung Deutschlands“ betrachtet². Gleich nach seiner Ankunft unternahm Helfferich energische Schritte, um sich mit der Opposition auf der Grundlage einer Milderung des Brester Vertrages zu einigen. Helfferichs Berichte nach Berlin waren pessimistischer als diejenigen Mirbachs vor seiner Ermordung: „*Nach mehr als zweimonatiger aufmerksamer Beobachtung kann ich heute dem Bolschewismus keine günstige Diagnose stellen. Wir befinden uns zweifellos am Bett eines Schwerkranken. Obwohl eine zeitweilige Besserung möglich scheint, ist er letztendlich doch verloren*“³. Berichte des Moskauer Botschaftspersonals waren um so düsterer, als alle noch unter dem Schock des Mordes an Mirbach standen und auch persönlich um ihr Leben fürchteten. Unmittelbar nach der Mordtat wurde die Botschaft von bolschewistischen Würdenträgern aufgesucht, die mit einer Militärbegleitung erschienen, welche die Mitarbeiter eher an Straßenräuber denn an eine Wache erinnerten⁴. Nach Bothmers Dafürhalten waren alle außer Lenin bewaffnet und selbst Radek trug eine Pistole, die „das Format eines Belagerungsgeschützes“⁵ hatte. Lenin, der erst nach einem demütigenden Ultimatum Riezlers im Botschaftsgebäude erschienen war, wirkte auf die Deutschen feindselig und war „kalt wie eine Hundeschnauze“⁶. Obwohl Lenin die Bestrafung der Schuldigen versprach, wurden weder der Haupttattäter Bljumkin noch sein Komplize zur Verantwortung gezogen.

Die alarmierenden Berichte aus der Moskauer Botschaft, die zu den Beschwerden der Militärs aus der Ukraine hinzukamen, bewogen die deutsche Regierung, die „russische Frage“ im Sommer 1918 noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. In den Augen der deutschen Reichs- und Militärführung war die „russische Frage“, nachdem sich der Mißerfolg im Westen bereits abzeichnete, um so wichtiger geworden. Im Osten waren die deutsche Armeeeinheiten immer noch siegreich. Dort konnten nur wenige Divisionen dafür ausschlaggebend sein, wer im Kampf zwischen „Rot“ und „Weiß“ siegen würde oder wie die östlichen Grenzen Deutschlands auszusehen hätten. Freilich: Niemand in Deutschland wollte, daß die Bolschewiki in Rußland für immer an der Macht blieben. Die Diskussion ging vielmehr darum, wieviel Zeit man ihnen noch geben sollte und wie die Verhältnisse in Rußland nach Kriegsende zu regeln seien.

Diese kuriose Situation, daß die Ostfrage im Sommer 1918 plötzlich auf den ersten Plan rückte, hatten auch die vielen einflußreichen Leute geschaffen, die den Brester Friedensvertrag als unzureichend für Deutschland erachteten. Die Generalität bemängelte die Grenzziehung im Osten und führte gelegentlich Militäroperationen durch, um sie ihren Ansichten entsprechend zu verbessern. General Hoffmann schwärmte besonders für die Halbinsel Krim, die er gelegentlich als künftige „deutsche Riviera“ bezeichnete⁷. Ludendorff, der während seiner Ausbildung in der Akademie des Generalstabes auf der Krim gewesen war⁸, erteilte dem oberkommandierenden im Osten nicht nur die notwendige Erlaubnis, sondern entwickelte hinsichtlich der Krim eigene, ziemlich einschlägige Pläne. In einer Denkschrift an den Reichskanzler schlug Ludendorff vor, Rußlanddeutsche auf der Krim anzusiedeln und dort Aushebungen für das Heer

¹ Helfferich, K., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 3, S. 473.

² Golovin, N., *Rossijskaja kontrrevoljucija*, Bd. 1., S. 130f.

³ *Novyj žurnal*, Nr. 162, Moskau 1986, S. 241-243.

⁴ Baumgart, W., *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S. 228f., Erdmann, K. D. (Hrsg.) *Kurt Riezler - Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, S. 715.

⁵ Ebd. Zur Bothmers Tätigkeit in Moskau vgl. Bothmer, K., von, *Mit Graf Mirbach in Moskau*, S. 158f.

⁶ Ebd.

⁷ Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk*, S. 357.

⁸ Ludendorff, E., *Mein militärischer Werdegang*, S. 31f.

durchzuführen¹. Hindenburg deckte die Operationen im Osten, bediente sich allerdings in dieser Frage einer recht merkwürdigen Argumentation. „*Wir bekämpfen doch nicht einen neuen, sondern den alten Feind ... Ob die Truppen da oder dort kämpfen, macht nichts aus*“² hieß es hinsichtlich der Ostpolitik in einer seiner Denkschriften.

Trotz dieser Aktivitäten der Militärs waren es doch die Vertreter der Wirtschaft (vor allem die Leiter der Schwerindustrie und der Banken), die sich für die Ergänzung des Brester Vertrages stark machten. Im Mai 1918 wurde eine Konferenz in Düsseldorf unter der Schirmherrschaft des Kruppschen Konzerndirektors Dr. Bruhn abgehalten, bei der alle wichtigen Vertreter der deutschen Schwerindustrie zugegen waren³. Das offizielle Ziel der Konferenz war es, über „*die Behandlung des Geschäfts mit Rußland zu beraten*“⁴. In dieser Konferenz faßten die Leiter der Schwerindustrie den Beschluß, sich bei der Reichsregierung einzusetzen, „*daß die politische Stellung des Deutschen Reiches [in Rußland] in nachhaltiger und jedenfalls in weitergehender Weise verankert werde, als es durch die bisherigen Friedensschlüsse erkennbar sei*“⁵. Der deutsche Handelstag war da bestimmter und erklärte, daß Rußland „*durch Oktroyierung entsprechender wirtschaftlicher Verträge zum Ausbeutungsobjekt gemacht*“⁶ werden sollte⁶. Am 1. Juni 1918 ersuchte die deutsche Schwerindustrie durch ihren Sprecher Bruhn bei der Reichsregierung um Erlaubnis, ein Syndikat zur „*wirtschaftlichen Erschließung der Ostgebiete*“ zu gründen⁷. Nach den Vorstellungen der Industriellen und Bankiers sollte das Syndikat über ein Grundkapital von 2 Mrd. Mark verfügen. Diese Gelder waren dafür vorgesehen, die Schlüsselbetriebe und Verkehrsmittel des alten Zarenreiches unter Kontrolle zu bringen⁸. Die Vertreter der Schwerindustrie und der Banken drängten die deutsche Regierung ferner um die Errichtung eines „Wirtschaftsstabes“ in der Moskauer Botschaft, der die gesamten Wirtschaftsaktivitäten im Osten koordinieren sollte. Dieser „Wirtschaftsstab“ sollte mit der Zeit die gesamte russische Industrie erfassen und alle Lieferungen nach Deutschland abwickeln^{9*}.

Im Grunde genommen handelte es sich bei der deutschen Rußlandpolitik in der letzten Kriegsphase nicht mehr um traditionelle europäische Außenpolitik, sondern bereits um jene, die von der modernen Geschichtsschreibung allerdings erst mit der Ostpolitik des III. Reiches in Zusammenhang gebracht wird. Keine Frage: Die Leitung des Deutschen Reiches war weit davon entfernt, nationalsozialistisches Gedankengut bezüglich der Bevölkerung mancher (besonders slawischer) Gebiete des alten Zarenreiches zu hegen. Aber die neue Idee der Ausbeutung Rußlands war bereits geboren. Daß die deutsche Reichsregierung diplomatische Prinzipien verletzte, als ihr eigener Besitzstand von den Westalliierten in Frage gestellt wurde, ist mehr als verwunderlich. Daß die deutsche Rußlandpolitik aber das

¹ Ludendorffs Schreiben an Hertling bezüglich der Aushebungen ist abgedruckt bei **Gatzke, H. W., in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte**, Bd. 3, München 1955, S. 90-92.

² Zitiert bei **Ritter, G., Staatskunst und Kriegshandwerk**, S. 349.

³ **DZA Potsdam**, Spezialbüro Helfferich, Nr. 19285, Protokoll vom 16.05.1918 und **DZA Potsdam**, RWA, Ausfuhr nach Rußland, Bd. 1., Nr. 1139, Bericht von Bruhn an Stein, vom 16.05.1918.

⁴ **Fischer F., Griff nach der Weltmacht**, S. 497.

⁵ Ebd.

⁶ Zitiert bei **Fischer, F., Griff nach der Weltmacht**, S. 424.

⁷ **Fischer, F., Griff nach der Weltmacht**, S. 498.

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. **DZA Potsdam**, RWA, Eisenbahnen in Großrußland, 19a, Nr. 1328. Pikanter Weise ist zu dieser Zeit auch der unermüdliche Helphand wieder auf dem Plan erschienen. Laut Schilderungen war er bestrebt (als Lenin sein Gesuch nach Einreiseerlaubnis nach Rußland abgelehnt hatte) sein Vermögen mit dem Projekt eines gewaltigen russischen Zeitungsmonopols in deutscher Hand zu mehren. Sein Plan wurde von den deutschen Regierungsbeamten abgelehnt, was zufolge hatte, daß der „Entdecker“ Lenins auch mit der deutschen Regierung in einem gespannten Verhältnis lebte. Dieses Zerwürfnis sollte in der Weimarer Republik ihren Höhepunkt erreichen. Unmittelbar zuvor, als der Tod Helphand unter der heimischen Decke erteilte, versuchte er die Regierung der Weimarer Republik um eine Anleihe unter der Drohung der Preisgabe der Geschichte von Lenins Entsendung nach Rußland zu erpressen, vgl. **Scharlau, W., Zeman, Z., Freibeuter der Revolution. Parvus - Helphand. Eine politische Biographie**, Köln 1964.

Völkerrecht verletzte, steht anhand primärer Quellen außer Zweifel. Freiherr von Keyserlingk schrieb mit Anspielung auf die Normannen ganz offen an seine Regierung, daß Rußland „zum zweiten Mal in seiner Geschichte für eine Kolonisierung bereit“ sei¹. Die Kontroverse, die in der deutschen Regierung und Militärführung bezüglich Rußland herrschte, läßt sich kurz formulieren: Sollte Deutschland mit den Bolschewiki, deren Machtergreifung man gefördert und mit denen man einen günstigen Friedensvertrag abgeschlossen hatte, durch dick und dünn gehen, oder sollte man sie zugunsten eines konventionelleren Regimes fallenlassen?

Paradoxerweise waren es gerade die Militärs, die auf deutscher Seite am wenigsten zur Zusammenarbeit mit den Bolschewiki neigten. Der exponierteste Feind der Bolschewiki in Deutschland im Sommer 1918 war Ludendorff, der Lenin gegenüber um so skeptischer wurde, als die Berichte der Moskauer Botschaft mit den Mitteilungen der Militärs aus dem Osten übereinstimmten². Auch der Kaiser, der im August von der bestialischen Ermordung der Zarenfamilie erfuhr, stand zumindest emotional auf der Seite der Gegner der Bolschewiki³. Die Befürworter einer „bolschewikifreundlichen“ Politik saßen im Auswärtigen Amt, deren Leiter zu wissen glaubten, wie man mit der Gefahr der Revolutionierung umzugehen habe. Beide Positionen unterschieden sich nicht in ihrem Endziel, Rußland auf Dauer zu schwächen, sondern lediglich in ihrer Politik den Bolschewiki gegenüber. Während es der antibolschewistischen Partei am liebsten gewesen wäre, beide Hauptstädte Rußlands zu besetzen, wollte das Auswärtige Amt die Bolschewiki dazu benutzen, das Land von innen heraus zu schwächen⁴. Schließlich sollten die führenden Politiker Deutschland im Sommer 1918 zu dem Schluß gelangen, daß man die Schwächung Rußlands nicht besser bewerkstelligen konnte, als es die Regierung Lenins nach der Machtergreifung tat. Da die Moskauer Botschaft beinahe täglich den Sturz der Bolschewiki prophezeite, mußte die Frage nach der Umorganisation deutscher Ostpolitik möglichst bald auf die eine oder andere Weise beantwortet werden. Die Antwort erfolgte, als sich die Dinge an der Westfront endgültig zum Schlimmen wendeten.

Alle diejenigen, für die bestimmte Tage „historischer“ sind als andere, mußten sich den 28. Juni 1918 gut merken, denn „an diesem Tag rettete der deutsche Kaiser mit einer einzigen impulsiven Entscheidung das bolschewistische Regime vor dem Todesurteil, das er darüber hätte verhängen können“⁵. An diesem Tag wurde die Rußlandpolitik in einem Kronrat endgültig festgelegt⁶. Dem Kaiser waren zwei Denkschriften vorgelegt worden, die grundlegende Vorschläge zur Rußlandpolitik enthielten. Die erste von Ludendorff geschriebene Denkschrift verlangte die Besetzung Moskaus und den Sturz der Bolschewiki. Die zweite Denkschrift war von Reichskanzler Hertling unterzeichnet und spiegelte die Auffassung Kühlmanns wider, daß man in Rußland auf die Bolschewiki setzen sollte. Wie Kühlmann es bereits formuliert hatte, lautete die Meinung des Auswärtigen Amtes bezüglich der Bolschewiki ungefähr so: „Es darf nicht übersehen werden, daß der Frieden von Brest-Litowsk nur von den Bolschewisten, und auch nicht einmal von allen, ratifiziert worden ist. Es liegt daher in unserem Interesse, daß die Bolschewiki zunächst am Ruder bleiben. Sie werden, um sich an der Macht zu erhalten, vorläufig alles tun, um uns gegenüber den Anschein der Loyalität zu wahren und den Friedenszustand mit uns zu erhalten. Andererseits werden sie als Geschäftsleute bald von

¹ Abdrucke seiner Berichte nach Berlin sind veröffentlicht in: **Baumgart, W.**, *Die militär-politischen Berichte des Freiherrn von Keyserlingk*, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 15, 1967, S. 87-104.

² **Fischer, F.**, *Der Griff nach der Weltmacht*, S. 500-501f.

³ Ebd.

⁴ Ludendorff spricht in seinen Denkschriften zu diesem Thema sehr unbestimmt. Er erwähnt nur die Notwendigkeit Rußland an Deutschland „durch den Zwang zu ketten“. Wilhelm II. befürwortete den Sturz der Bolschewiki und eine Teilung Rußlands in „vier Zarentümer“. Ausführlich über die Ostpolitik der deutschen Heeresleitung vgl. **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, S. 316-364.

⁵ **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 2, S. 497.

⁶ Ausführlich hierzu **Baumgart, W.**, *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S.83f.

ihren Theorien zugunsten einer gewinnbringenden Praxis in Handel und Verkehr ablassen. Hier muß eingesetzt werden, langsam, aber zielbewußt“¹. Dabei waren die Praktiken des Auswärtigen Amtes wenig kollegial. Berichterstatter Baron Kurt von Grünau war ein Mann des Auswärtigen Amtes, der diesen Umstand dazu benutzte, das Votum Hindenburgs und Ludendorffs zu unterlaufen. Grünau brachte bei seinem Vortrag vor dem Kaiser - „Wilhelm der Plötzliche“, wie man ihn nannte² - ausschließlich die Interessen seiner Kollegen im Auswärtigen Amt zur Geltung, wobei er noch den Monarchen geschickt manipulierte. Ein deutscher Historiker schilderte die Szene wie folgt: „Es war ein Wesenszug der impulsiven, von Augenblicksstimmungen und -einfällen beherrschten Natur des Kaisers, sich mit den ihm zuerst von einem seiner Ratgeber vorgetragenen Argumenten zu identifizieren, sofern sie ihm schlüssig erschienen. So auch hier. Legationsrat Grünau war es nämlich gelungen, dem Kaiser das Telegramm Hertlings mitzuteilen, kurz bevor ihm das Votum Hindenburgs vorgelegt wurde. Der Kaiser erklärte sich sofort mit den Ausführungen des Reichskanzlers einverstanden und bemerkte im einzelnen, daß deutscherseits keine militärischen Handlungen in Rußland vorzunehmen seien, ferner, daß der Sowjetregierung eröffnet werden könne, sie möge Truppen ruhig von Petersburg abziehen und gegen die Tschecho-Slowaken verwenden, und schließlich daß - 'ohne Zukunftsmöglichkeiten zu verbauen' - die Sowjetregierung unterstützt werden solle, da sie die einzige Partei sei, die auf dem Boden des Brester Friedens steht“³.

Für den ahnungslosen Lenin waren die Ergebnisse dieser Konferenz immens. Sie wurde abgehalten, als die sibirische Front zusammenbrach und die Bolschewiki keine Truppen besaßen, um sie im Osten einzusetzen. Die einzigen einsatzfähigen Truppen waren in Moskau und Petersburg konzentriert, um beide Städte gegen den Zugriff der Deutschen zu sichern⁴. Die unmittelbare Wirkung dieser Konferenz bestand darin, daß die Bolschewiki ihre sibirische Front doch noch zu stabilisieren vermochten. Die in den Hauptstädten stationierten lettischen Schützenregimenter stoppten den Vormarsch der tschechischen Legion und eine Abteilung der Letten schlug den antibolschewistischen Aufstand der Arbeiter in Ischewsk nieder. In einem von der deutschen Abwehr abgefangenen Telegramm des sowjetischen Außenministers Čičerin an den sowjetischen Botschafter in Berlin wurde die Meinung geäußert, daß ohne deutsche Zusicherungen diese Erfolge nicht zu verbuchen gewesen wären⁵. Die langfristige Wirkung des kaiserlichen Entschlusses war aber gravierend und bestand vor allem darin, daß die Bolschewiki die kritischste Phase ihrer Regierung überwinden konnten. Es wäre für Deutschland ein leichtes Spiel gewesen, Petersburg zu erobern und kaum schwieriger, Moskau zu besetzen, da beide Städte praktisch unverteidigt waren. Schließlich hätten sie die ukrainische Operation wiederholen und in Moskau ein Marionettenregime einsetzen können. Damals bezweifelte selbst in Rußland niemand, daß die OHL dazu in der Lage gewesen wäre. Im April, als sich die Bolschewiki noch in einer wesentlich stärkeren Position befanden, sagte Trotzki zu Sadoul, die Bolschewiki könnten durch eine Partei gestürzt werden, von der in Rußland bekannt wäre, daß sie unbedingte Unterstützung durch Deutschland genieße⁶. Die Entscheidung des 28. Juni schloß diese Möglichkeit endgültig aus. Sechs Wochen später, als sich die Niederlage an der Westfront abzeichnete, war die OHL nicht mehr imstande, entscheidend in die innerrussischen Verhältnisse einzugreifen. Die Erkenntnis, daß Deutschland die Bolschewiki auch weiterhin unterstützte, entmutigte außerdem die russische Opposition: Kurz nachdem Kühlmann der Botschaft in Moskau die Ergebnisse der Konferenz vom 28. Juni

¹ Baumgart, W., *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S. 385f.

² Kinderlen-Wächter zitiert bei Balfour, M., *Der Kaiser*, S. 326.

³ Baumgart, W., *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S. 84.

⁴ Baumgart, W., *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S. 74f.

⁵ Baumgart, W., *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S. 110, Fn. 78.

⁶ Archiv des französischen Außenministeriums, 26. April 1918, Lavergne, Z391.9.

übermittelte, brachen deutsche Diplomaten alle Kontakte zu den russischen Oppositionellen ab, die sie auf eigene Initiative seit der Ermordung Mirbachs angeknüpft hatten¹.

Eine noch schlimmere Wendung der Verhältnisse erfolgte, als Kühlmann am 24. Juni im Reichstag eine Rede zur Westpolitik hielt und von der OHL, die mit ihm endgültig die Geduld verloren hatte, gestürzt wurde². Nach Kühlmanns Rücktritt am 8. Juli wurde Admiral Hintze zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt. Da von seiner Person im Zusammenhang mit dem 29. September noch ausführlich die Rede sein wird, soll an dieser Stelle nur erwähnt werden, daß Hintze, der sich selbst für einen Politiker vom Format Bismarcks hielt, nun wirklich über keine Charaktereigenschaften verfügte, die ihn zu diesem Vergleich berechtigten. Unter Hintze wurde die „bolschewikfeindliche Partei“ in Deutschland endgültig zum Schweigen gebracht. Seine politische Linie beschrieb der Admiral mit folgenden Sätzen: *„Inzwischen haben wir keine Veranlassung, ein schnelles Ende der Bolschewiken herbeizuwünschen oder herbeizuführen. Die Bolschewiken sind höchst üble und unsympathische Leute; das hat uns nicht gehindert, ihnen den Frieden von Brest-Litowsk aufzuzwingen und ihnen nach und nach noch darüber hinaus Land und Leute zu nehmen. Wir haben aus ihnen herausgeschlagen, was wir konnten, unser Streben nach Sieg verlangt, daß wir damit fortfahren, solange sie noch am Ruder sind. Ob wir gern oder ungern mit ihnen arbeiten, ist belanglos, solange es nützlich ist. Gefühle in die Politik hineinzutragen ist nachweislich in der Geschichte ein kostspieliger Luxus. Politik ist bis auf den heutigen Tag ultaristisch... Was wollen wir im Osten? Die militärische Paralyse Rußlands. Die besorgen die Bolschewiken besser und gründlicher, als jede andere russische Partei und ohne daß wir einen Mann und eine Mark drangeben ... Exzellenz Helfferich spricht aus, daß ein Zusammengehen mit anderen Parteien nur unter der Bedingung der Modifikation des Brester Friedens möglich ist ... Also sollen wir die Früchte vierjähriger Kämpfe und Trümpfe preisgeben, nur um uns endlich von dem Odium zu entlasten, die Bolschewisten ausgenützt zu haben? Denn das ist es, was wir tun: Wir arbeiten nicht mit ihnen, sondern beuten sie aus. Das ist politisch und Politik“³*. Das eigentlich haarsträubende an der Argumentation Hintzes ist nicht so sehr der zynische Grundton, als vielmehr die Tatsache, daß die Außenpolitik des Deutschen Reiches in die Hände eines Menschen fiel, der solche Zeilen nach dem 8. August, also nach dem „schwarzen Tag“ des Heeres im Westen schreiben konnte.

Natürlich taten Lenin und die Bolschewiki das Ihre, um diese äußerst günstige Wendung der Lage zu erreichen. Zur deutschen Entscheidung, auch weiter auf die Bolschewiki zu setzen, trug zweifelsohne auch die Politik Lenins bei, die dem alten römischen Imperativ „teile und herrsche“ nachempfunden wurde. Lenin beschrieb seine Politik so: *„Einen mächtigeren Gegner kann man nur dann besiegen, wenn man ... selbst den kleinsten 'Riß' zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder ... selbst die kleinste Möglichkeit ausnützt“⁴*. Just als die „russische Frage“ in Deutschland auf die Tagesordnung kam, wurde in Berlin die sowjetische Botschaft aktiv, die neben ihrer Hauptaufgabe, die Revolutionierung Deutschlands zu organisieren, noch Zeit fand, eine „traditionelle“ Außenpolitik zu betreiben. Im Kampf gegen das kaiserliche Deutschland hatte Lenin einen Trumpf in seinen Händen, von dem seine deutschen Gegenspieler nichts ahnten. Während die Deutschen auch 1918 nur sehr wenig von den

¹ Erdmann, K. D. (Hrsg.), Kurt Riezler - Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, S.467, Baumgart, W., Die Deutsche Ostpolitik 1918, S. 84.

² Zum Sturz Kühlmanns vgl. Kühlmann, R., von, Erinnerungen, Heidelberg 1948, Ritter, G., Staatskunst und Kriegshandwerk, S. 364-387, Untersuchungsausschuß, IV., 7, II., S. 305f.

³ Voller Text der Denkschrift ist abgedruckt bei Baumgart, W., Die Deutsche Ostpolitik 1918, Anhang, Dok. 3 Zur kritischen Analyse vgl. Fischer, F., Griff nach der Weltmacht, S. 503f., Ritter, G., Staatskunst und Kriegshandwerk, S. 324f.

⁴ Lenin, V., Ausgewählte Werke, Bd. 3, S. 440.

Bolschewiki wußten, so besaßen Lenin und seine wichtigsten Parteifunktionäre ausgesprochen gute Kenntnisse von ihren Gegenspielern. Da Deutschland vor dem Weltkrieg das Hauptzentrum sozialistischer Theorie und Praxis war, kannten sie es in der Regel besser, als das eigene Land. Weil zahlreiche Bolschewiki unter dem Zaren Jahre im Westen verbracht hatten, waren sie vertraut mit den innenpolitischen Problemen Deutschlands, seinen politischen und wirtschaftlichen Führungskräften und seiner Parteienlandschaft. Fast alle führenden Bolschewiki sprachen Deutsch, die Sprache der II. Internationale, viele von ihnen hatten jahrelang in Deutschland gelebt. Dieses Wissen versetzte sie in die Lage, Meinungsverschiedenheiten im gegnerischen Lager auszunützen und verschiedene Interessengruppen gegeneinander auszuspielen. Als besonders nützlich erwiesen sich der Botschafter der Bolschewiki in Berlin Joffe und das langjährige Parteimitglied L. Krasin.

Während sich Joffe als sehr bewandeter Diplomat erwies, war Krasin eine durchaus interessantere Persönlichkeit. Geboren wurde Krasin in einer wohlhabenden Familie, die ihm eine vorzügliche Ausbildung in Rußland und in Ausland ermöglichte. Bereits in seiner Jugend beteiligte sich er an der Studentenbewegung und schloß sich der Bolschewiki an. Seit 1905 war Krasin nicht nur einer der tonangebenden Bolschewiki, sondern führte mit Lenin die sog. „Technische Gruppe“ an, deren Aufgabe es war, die Finanzen der Partei zu verwalten¹. Von Beruf Ingenieur hatte Krasin schon immer ein Doppelleben geführt. Äußerlich betrachtet war Krasin ein respektabler Geschäftsmann, der vor dem Weltkrieg vom angesehenen Unternehmer Morozov angelemt wurde und später auch bei den russischen Niederlassungen der Firmen Siemens und Schuckert gearbeitet hat². Während des Weltkrieges lebte er in Deutschland und war sogar im Siemens-Vorstand tätig³. Dies war aber nur eine Seite Krasins; in seiner Freizeit engagierte er sich in der Untergrundarbeit, wo er den Bolschewiki als begabter Techniker große Dienste erwiesen hat. Vor dem Krieg betrieb er in Rußland eine Werkstatt für Bombenbau, deren Produktion gelegentlich auch verwendet wurde⁴. In Berlin unterhielt er eine auf Geldfälschung spezialisierte Werkstatt⁵. Er betrieb auch erfolgreich Waffenschmuggel und belieferte nicht nur seine Partei, sondern auch gewöhnliche Kriminelle mit Waffen, um dann Lenin die Gewinne zur Verfügung zu stellen^{6*}.

Durch Joffes Berichte waren die Bolschewiki bestens informiert, daß die Wirtschaftskreise in Deutschland es kaum erwarten konnten, ihre Hand auf russische Ressourcen zu legen⁷. Da nur die Bolschewiki den Brester Frieden ratifiziert hatten, wurden deutsche Industrielle allmählich zu glühenden Anhängern des bolschewistischen Regimes. Noch im Juni 1918 reiste eine hochkarätig besetzte Handelsdelegation nach Moskau und man bestürmte die Reichsregierung, Handelsbeziehungen mit Rußland zu erlauben. Die Beflissenheit deutscher Wirtschafts- und Finanzkreise bot Moskau die Möglichkeit, sie zu einer wohlwollenden Lobby für die Bolschewiki zu machen. In Berlin konnten die Bolschewiki ausgiebig von ihren überlegenen Kenntnissen der inneren Situation Deutschlands und der Mentalität politischer und wirtschaftlicher Interessengruppen profitieren. Ihre deutschen Geschäftspartner wußten so gut

¹ Ausführlich zu seiner Person vgl. **Mandelstam, M., Posner, S., Leonid Borisovič Krasin. Gody podpolja**, Moskau-Leningrad 1928.

² Dem Chef der russischen Spionageabwehr zufolge benützte Siemens seine Niederlassungen in Rußland auch zu Zwecken der Spionage, vgl. **Nikitin, B., Rokovyje gody**, S. 118f.

³ Ebd.

⁴ **Mandelstam, M., Posner, S., Leonid Borisovič Krasin**, S. 236-239f.

⁵ Ebd.

⁶ So wurde vor dem Krieg einer legendären Bande von Kriminellen in Ural auf Betreiben Krasins Waffen im Wert von mehreren hunderttausend Rubel geliefert. Als gut bezahltes Vorstandsmitglied der Firma Siemens hatte Krasin im Weltkrieg eine Zeit lang keine Lust gehabt mit den Bolschewiki zu kooperieren. Er stellte sich jedoch nach der Machtergreifung im Oktober 1917 Lenin wieder zur Verfügung. Lenin verzieh dem widerspenstigen Parteigenossen und verwendete ihn sehr erfolgreich für die Interessen seiner Partei, **Schub, D., Lenin**, Wiesbaden 1952, S. 114f.

⁷ Vgl. Korrespondenz Joffes nach Moskau, **Kobjakov, I., Istorija SSSR, Nr. 4., Moskau 1958**, S. 12.

wie nichts von den Bolschewiki. Die Berichte der Moskauer Botschaft waren für sie unzugänglich. Außerdem nahmen sie weder die Bolschewiki, noch ihre Ideologie ernst und vermuteten, daß radikale Parolen der Partei nur für das einfache Fußvolk bestimmt waren. Gerade diesen Umstand beschloß Lenin für sich auszunützen, und beauftragte Joffe und Krasin, den Deutschen einen Handelsvertrag anzubieten. Krasin, der in Deutschland über ausgesprochen gute Verbindungen zu Wirtschaftskreisen verfügte, lieferte in Berlin im Sommer 1918 ein besonders raffiniertes Beispiel für politische Mimikry. Die von den Bolschewiki verfolgte Taktik bestand darin, sich als „Realisten“ darzustellen, die zwar revolutionäre Parolen von sich gaben, in Wirklichkeit jedoch nichts anderes wollten, als Handel zu treiben. Wie aus dem Bericht über eine der zahlreichen informellen Verhandlungen der Bolschewiki in Berlin hervorgeht, waren Joffe und Krasin durchaus in der Lage, ihre Gesprächspartner von der Harmlosigkeit des Regimes in Rußland zu überzeugen. Auf dieser am 5. Juli abgehaltenen Unterredung ist es ihnen gelungen, niemanden geringeren als Stresemann zum „Opfer“ ihrer Demagogie zu machen, der im Auftrag des liberalen und konservativen Teils des Reichstages mit ihnen in Fühlung gekommen war. Krasin und Joffe verkündeten offiziell, „daß die marxistische Regierung unter den gegebenen Verhältnissen bereit sei, von ihren utopischen Zielen abzusehen und eine praktisch-sozialistische Politik zu verfolgen“¹. Obwohl offensichtlich war, daß Lenins Regierung keinesfalls bereit war, ihre „utopischen Ziele“ aufzugeben, sondern vielmehr außenpolitisch in die radikalste Phase eintrat, gelang es den Vertretern der Bolschewiki, ihren Radikalismus einfach herunterzuspielen. Selbst ein so scharfsinniger Politiker wie Stresemann empfahl die Bolschewiki seinen politischen Freunden: „Mir scheint es ... als wenn wir alle Veranlassung hätten, mit der heutigen Regierung zusammenzukommen, die jedenfalls keinesfalls imperialistisch ist und niemals mit der Entente zusammengehen kann ... Wird diese Gelegenheit versäumt und fällt die heutige russische Regierung, dann ist jedenfalls jede kommende Regierung mehr ententistisch als die jetzigen Machthaber und die Gefahr einer neuen Front rückt wieder in greifbare Nähe ... Ich würde es deshalb außerordentlich begrüßen, wenn diese Bestrebungen auch von der OHL Förderung erhalten könnten“².

Joffe und Krasin entfalteten in Deutschland eine außerordentlich rege Tätigkeit. Krasin malte seinen zahlreichen Gesprächspartnern aus, welche ungeheueren Märkte sich in Sowjetrußland für Deutschland eröffneten. Um den Beweis dafür anzutreten, verhandelte er mit seinem früheren Arbeitgeber Siemens über die zollfreie Einfuhr von Elektroinstallationen, für die die Bolschewiki angeblich drastisch überhöhte Preise bezahlen würden. Den Deutschen versprachen die Bolschewiki auch umfangreiche Lebensmittel- und Rohstofflieferungen, sobald die Verhältnisse es erlaubten. Wären die Deutschen besser informiert, weniger überheblich und weniger in ihren geopolitischen Phantasien befangen gewesen, hätten sie das Spiel Krasins leicht durchschaut. Kein einziger Vorschlag der Bolschewiki hatte eine realistische Grundlage. Mit dem begonnenen „Kriegskommunismus“ wurde der russischen Industrie der Todesstoß versetzt. Auch hätten sie sehen müssen, daß die Bolschewiki ihnen Güter aus Gebieten anboten, die ihrer Kontrolle entzogen waren: Sibirien, Baku sowie alle nennenswerten Kornkammern des alten Zarenreiches befanden sich in den Händen der „Konterrevolution“. 1918 hungerten die Städte in Zentralrußland mehr, als Deutschland während der schlimmsten Krisen in diesem Krieg. Krasin hinderte das nicht, günstige Verträge als Lockmittel zu politischen Zwecken erfolgreich zu verwenden. Joffe telegraphierte stolz nach Moskau: „Der Direktor der Deutschen Bank besucht

¹ Der Text ist abgedruckt bei **Gatzke, H. W.**, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 3, München 1955, S.79. Vgl. **Baumgart, W.**, *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S. 283f.

² Der Text dieses von Stresemann am 8. August geschriebenen Briefes bei **Gatzke, H. W.**, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 3, München 1955, S. 94.

uns häufig. Mendelsohn hat lange auf eine Unterredung gewartet ... und ist drei Mal unter den verschiedensten Vorwänden hier erschienen“¹.

In dieser freundschaftlichen Atmosphäre nahmen beide Länder Anfang Juli in Berlin Gespräche über einen Zusatzvertrag auf, der den Brester Friedensvertrag modifizieren sollte. Die Verhandlungen gestalteten sich diesmal etwa nüchterner, denn die deutsche Seite wollte keine Exzesse mehr zulassen, wie sie während der Brester Verhandlungen vorgefallen waren. Die Verhandlungen über den Zusatzvertrag verliefen anfangs zwar etwas schleppend, nahmen aber nach dem „Schwarzen Tag des deutschen Heeres“ an Intensität zu, bis sie schließlich am 28. August ihren Abschluß fanden. Unterhändler der Bolschewiki bei den Verhandlungen waren Joffé und Krasin, die von einer mehrköpfigen Expertendelegation aus Moskau unterstützt waren. Die entscheidende Stimme hatte aber Lenin, der die Verhandlungen von Moskau aus intensiv verfolgte und zu allen wichtigen Fragen seine Anweisungen gab. Die Deutschen erschienen zwar mit einer Delegation ohne namhafte Persönlichkeiten, jedoch war sie mit Fachleuten aller Richtungen gut besetzt und verfügte über die Unterstützung der Reichsregierung. Die wichtigste Person auf deutscher Seite war ein gewisser Johannes Krieger, den ein problemkundiger deutscher Historiker als die „graue Eminenz“ des Auswärtigen Amtes bezeichnet hat².

Der am 28. August unterzeichnete Zusatzvertrag³ stellte im Hinblick auf die territorialen Bestimmungen fest, daß Rußland neben den im Brester Friedensvertrag verlorenen Territorien auch auf Nordlettland, Estland und Georgien verzichtete. Somit war Sowjetrußland gleich von den beiden für ihre Industrie wichtigsten Meeren, dem Schwarzen Meer und der Ostsee getrennt. Auch gewisse Korrekturen der ethnographisch russischen Grenze nach Osten wurden vorgenommen. Im Gegenzug versprach Deutschland, daß die neugezogenen Grenzen „endgültig“ seien und verpflichtete sich, in die Beziehungen der Bolschewiki zu den Grenzvölkern des russischen Reiches nicht einzugreifen. Dies war ein erstaunliches Zugeständnis, bedenkt man nur, daß seinerzeit die Deutschen die Feindseligkeiten wieder aufgenommen hatten, um die Bevölkerung vor den Übergriffen der Bolschewiki zu schützen⁴. Die Deutschen hatten bei den Verhandlungen erst auch Baku gefordert, ließen sich aber schließlich überreden, die Stadt in den Händen der Bolschewiki zu lassen. Dafür mußten die Bolschewiki aber ein Drittel des dort geförderten Öls an Deutschland abgeben. Was dies bedeutete, kann man anhand der Tatsache ermessen, daß Baku vor dem Weltkrieg dieselbe Stelle bei der Ölförderung inne hatte, wie der Persische Golf nach dem 2. Weltkrieg. Die Bolschewiki mußten sich allerdings auch verpflichten, aus Baku die Engländer zu vertreiben, die trotz ihrer Waffenbruderschaft mit dem Zarenreich und mit der Februardemokratie die Gelegenheit beim Schopf gepackt und die Stadt besetzt hatten. Die Weißen Generäle der Freiwilligenarmee wurden so mit der Tatsache konfrontiert, daß ihre Hauptförderer in Rußland eine Politik betrieben, die mit dem Bündniszustand nichts mehr gemein hatte und ebenfalls koloniale Züge annahm. Im finanziellen Teil des Vertrages erklärte sich Rußland bereit, 8 Mrd. Reichsmark als Entschädigung zu bezahlen, 1. Mrd. davon mußten allerdings Finnland und die Ukraine aufbringen. Etwa die Hälfte der Schulden mußte im Laufe von 18 Monaten bezahlt werden, mit 24,5 Tonnen Gold, verschiedenen Währungen und umfangreichen Warenlieferungen an Deutschland. Die Bolschewiki hatten ferner alle deutschen Staatsbürger nicht nur für ihre Verluste zu entschädigen, sondern ihnen auch Privatbesitz in Sowjetrußland oder die Transferierung erworbener Industrieanlagen nach Deutschland ohne Strafzölle zu

¹ Zitiert bei **Kobjakov, I.**, *Istorija SSSR*, Nr. 4., Moskau 1958, S. 12.

² **Baumgart, W.**, *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S. 275.

³ Der deutsche Text des Zusatzvertrages bei **Martens, G. Fr.**, *Nouveau recueil général de traités. 3 me série*, Bd. 10., Leipzig 1920, S. 811f.

⁴ **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, S. 139f.

gestatten. Diese Bestimmungen waren nach Joffes Worten „*das demütigendste, was jemals Rußland zugemutet wurde*“¹.

Das eigentlich Brisante lag jedoch in den Geheimklauseln des Zusatzvertrages. Dieser Präzedenzfall deutsch-sowjetischer Diplomatie sollte 1939 aus der Mottenkiste geholt werden und für manche kleinen Länder Osteuropas fatale Folgen haben. Für Rußland unterzeichnete Joffe die Geheimklausel, für Deutschland Admiral Hintze. Alle drei Klauseln erhielten so kompromittierende Vereinbarungen, daß sie bis zur Perestrojka nicht veröffentlicht wurden. Offizieller Anlaß für ihre Ausarbeitung war die Bitte Sowjetrußlands um deutsche Militärhilfe am 1. August 1918. Die Note übermittelte der sowjetische Außenminister Čičerin Botschafter Helfferich in Moskau, worauf sie den deutsch-sowjetischen Verhandlungen zur Grundlage diente. Die erste Geheimklausel vereinbarte einen deutsch-finnischen Vorstoß nach Murmansk, um britische und amerikanische Truppen von dort zu vertreiben². Die Bolschewiki zeigten sich durchaus nicht abgeneigt, russische Nationalinteressen zu mißachten, sobald es um ihren Machterhalt ging. Auf Lenins Vorschlag hin wollten sie aber den Transport deutscher Truppenverbände durch Rußland mittels verschiedener Täuschungsmanöver geheimhalten. So wurde vereinbart, deutsche Truppen pro forma dem Oberkommando eines russischen Offiziers zu unterstellen. Die tatsächliche Befehlsgewalt sollte in den Händen eines deutschen Generals bleiben. Die Bolschewiki legten besonderen Wert darauf, daß der kaiserliche Generaladjutant Feldmarschall August Mackensen die Operation leitete; Mackensens Leistungen waren seit Gorlice 1915 bei den Russen tief in Erinnerung geblieben³. Die Verwirklichung dieser Klausel gestaltete sich schwer, vor allem deshalb, weil Ludendorff und die OHL zu ihrer Durchführung die sowjetische Erlaubnis zur Besetzung Petersburgs verlangten. Die Generäle beteuerten zwar, daß die Heeresleitung Petersburg nur als Operationsbasis benötigte; aber sie hoffte, an der Reichsregierung vorbei die Bolschewiki doch noch zum Sturz zu bringen. Lenin durchschaute die Forderung sofort. Joffe drohte mit dem Abbruch der Verhandlungen, worauf die deutschen Industriellen sofort die Reichsregierung bedrängten, die Militärs zu mäßigen⁴. Obwohl Mackensen die Reise nach Murmansk erspart blieb, hielt sich die deutsche Seite an die Vereinbarung. Die Operation gegen Murmansk wurde eingeleitet, allerdings mußte Deutschland gerade dann im Westen die Waffen strecken⁵.

Trotz der Tatsache, daß die Bolschewiki mit der ersten Geheimklausel faktisch die Intervention deutscher Truppen in Rußland vereinbarten, war die zweite Geheimklausel wesentlich brisanter, da die Bolschewiki mit ihr deutsche Hilfe im Kampf gegen die eigenen Volksgenossen erbat. Die Klausel besagte wörtlich: „*Die Deutsche Reichsregierung erwartet, daß Rußland alle verfügbaren Mittel anwenden wird, um die Aufstände Aleksejevs ... niederzuschlagen; andererseits wird auch Deutschland mit allen verfügbaren Mitteln gegen den General Aleksejev vorgehen*“⁶. Der Wortlaut dieser Vereinbarung wird nicht darüber hinwegtäuschen, daß Lenin die treibende Kraft hinter den Forderungen nach Zerschlagung der Freiwilligenarmee war; neben der deutschen Hilfe gegen unbotmäßige Generäle der alten Armee konnte Lenin ferner erreichen, daß Deutschland die Unterstützung für die sog. Donrepublik einstellte⁷. Auch hier hielten sich die Deutschen an ihre Zusagen. Joffe kabelte schon am 13. August nach Moskau, die

¹ Vgl. Brief Erzbergers an das Auswärtige Amt vom 12.08.1918, **Archiv des Auswärtigen Amtes, Deutschland 131**, Bd. 45.

² Diese Klausel wurde erstmals veröffentlicht in: *Europäische Gespräche*, 1926, Bd. 4., Nr. 3., S. 149-153.

³ Vgl. **Gatzke, H. W.**, in: *Vierteljahresshefte für die Zeitgeschichte*, Bd. 3, München 1955, S. 96f., **Baumgart, W.**, *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S. 115.

⁴ **Fischer, F.**, *Griff nach der Weltmacht*, S. 496-512.

⁵ *Europäische Gespräche*, 1926, Bd. 4., Nr. 3., S. 148.

⁶ *Europäische Gespräche*, 1926, Bd. 4., Nr. 3., S. 150.

⁷ **Fischer, F.**, *Griff nach der Weltmacht*, S. 496-512.

Deutschen hätten ihn offiziell vom Beginn der Operationen im Süden unterrichtet¹. Erst die dritte Geheimklausel des Zusatzvertrages ging auf deutsche Initiative zurück: Sie verpflichtete die Bolschewiki, die Engländer aus Baku zu vertreiben, um die versprochenen Öllieferungen an Deutschland tätigen zu können. Auch in diesem Fall verpflichtete sich die Reichsregierung, eigene Truppen zur Verfügung zu stellen².

Trotz der niederdrückenden Bestimmungen war Lenin begeistert: Immerhin bekam er einen mächtigen Verbündeten, mit dessen Unterstützung er zuversichtlich hoffen konnte, den Bürgerkrieg siegreich zu überstehen. Am 2. September lobte Außenminister Čičerin das kaiserliche Deutschland vor dem Exekutivkomitee: *„Trotz des tiefreichenden Unterschieds zwischen dem russischen und dem deutschen System und der Grundtendenzen der beiden Regierungen, ist eine friedliche Koexistenz der beiden Nationen, die stets das Ziel des Strebens unserer Arbeiter- und Bauernregierung ist, gegenwärtig auch für die herrschenden Kreise in Deutschland wünschenswert“*³. Diese Worte sind insofern historisch, als sich mit ihnen die kommunistische Partei Rußlands fast zum ersten Mal zur „friedlichen Koexistenz“ bekannte⁴. Die Zusatzverträge wurden dann vom Exekutivkomitee einstimmig ratifiziert und erhielten Gesetzeskraft. Der geistige Vater dieser Annäherung, Staatssekretär Hintze, war ebenfalls begeistert, obwohl seine Gründe ganz anderer Natur waren. Hätte Deutschland den Weltkrieg nicht verloren, dann hätte es aufgrund des Brester Friedensabkommens und des Zusatzvertrages Sowjetrußland nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch völlig in der Hand gehabt. Obwohl die Reichsregierung bis aufs peinlichste darauf bedacht war, den Reichstag aus der Ostpolitik herauszuhalten, hielt er dennoch dort eine Rede, in der er (natürlich ohne Erwähnung der Geheimklauseln) behauptete, der Zusatzvertrag bilde *„die Brücke ... zu einem Nebeneinanderleben von Deutschland und Rußland“*⁵.

Solange Hintze und Graf Hertling bei der deutschen Reichsregierung den Ton angaben, kamen sich beide Länder ständig näher. Wie ein deutscher Historiker mit Recht konstatiert hat, befanden sich beide Länder in den letzten Monaten vor der deutschen Kapitulation im Zustand eines politischen und militärischen Bündnisses⁶. Die Bolschewiki lehnten allerdings ein offizielles Bündnis mit Deutschland ab. Laut Joffe mußten sich die kaiserlichen Partner aufgrund der extrem antideutschen Stimmung in Rußland gedulden⁷. Da auch Deutschland aus ähnlichen Gründen wenig geneigt war, sich offiziell an die Bolschewiki zu binden, kam ein formelles Bündnis zwischen beiden Ländern auch nie zustande. Aber für ihre Zusammenarbeit war das gar nicht notwendig. Auf Joffes Anfrage erklärte sich Berlin im Sommer 1918 bereit, 25 Schiffsladungen an Gütern zu liefern und bewilligte selbst die Lieferung von 200 000 Gewehren⁸. Das einzige, was dem erklärten Feind der Bolschewiki Ludendorff gelang, war, die Lieferung von Maschinengewehren zu verhindern. Die Sowjetregierung überwies ihre Kontributionen so pünktlich nach Berlin, daß diese Gelder noch für den Krieg im Westen verwendet werden konnten. Am 10. September wurde Gold im Wert von 250 Mio. Reichsmark nach Berlin transferiert. Am 30. September erreichte die zweite Rate den Adressaten⁹. Erst die dritte Rate zahlte Lenin nicht mehr, denn zum verabredeten Termin am 31. Oktober stand das Deutsche Reich unmißverständlich vor der Kapitulation¹⁰.

¹ Gatzke, H. W., in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 3, München 1955, S.96f.

² Baumgart, W., *Die Ostpolitik*, S. 203.

³ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 2, S. 212.

⁴ Ebd.

⁵ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 2, S. 211.

⁶ Fischer, F., *Griff nach der Weltmacht*, S. 496-512.

⁷ Ebd.

⁸ Pipes, R., *Die russische Revolution*, Bd. 2, S. 214- 215f.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

Kap. 6. Der 29. September und die „Revolution von oben“

Indessen waren auch tiefgreifende Veränderungen im Westen eingetreten. Unmittelbar nach dem britischen Einbruch am 8. August wurde in Spa ein Kronrat abgehalten, der die Bilanz der Westoffensive zog. Die Krone wurde dabei vom Kaiser und dem Kronprinzen, die OHL von Hindenburg und Ludendorff und die Reichsregierung von Kanzler Hertling und Staatssekretär Hintze vertreten. Die Konferenz fand am 14. August statt¹. Die erhaltenen Überlieferungen des Zusammentreffens zeigen, daß Militärs und Staatsmänner zwar noch nicht an die bedingungslose Kapitulation dachten, wohl aber anerkannt hatten, daß keine Hoffnung mehr bestand, die Entente niederzuringen. Das Protokoll hielt fest, daß Ludendorff wohl die pessimistischste Auffassung der Lage hegte. Unmittelbar vor der Beratung erklärte er Hintze: *„Mitte Juli habe ich ihnen gesagt, ich wäre sicher, mit der gegenwärtigen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und ihn zum Frieden zu nötigen. Diese Sicherheit habe ich nicht mehr.“*². Hindenburg sah die militärische Lage wohl gelassener als sein Mitarbeiter, obwohl auch er öffentlich eingeräumt hatte, daß die Situation kritisch war. Er erklärte, daß *„es gelingen werde, auf dem französischen Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen“*³. Im Namen der OHL schlug Ludendorff deshalb vor, im Westen künftig eine Taktik der „strategischen Defensive“ zu betreiben. Im Protokoll der Sitzung heißt es diesbezüglich, Ludendorff habe *„die strategische Situation dahin definiert, daß ... unsere Kriegsführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes allmählich zu lähmen“*⁴. Nachdem Hintze die außenpolitische Situation in Einklang mit den Schilderungen der beiden führenden Militärs dargestellt hatte, wurde in der Konferenz beschlossen, den Sieg als Kriegsziel im Westen aufzugeben und statt dessen einen Verständigungsfrieden mit der Entente zu suchen. *„Ich sehe ein, wir müssen die Bilanz ziehen. Wir sind an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit gelangt. Der Krieg muß beendet werden“*, erklärte Wilhelm II.⁵ Er schlug vor, sich an den König von Spanien oder an die Königin der Niederlande zu wenden und sie als Vermittler einzuschalten⁶. An Kapitulation dachte noch niemand. Die Teilnehmer des Kronrats vereinbarten, den Beginn diplomatischer Aktivitäten bis zur Stabilisierung der Westfront zu verschieben. *„Diplomatisch müssen die Fäden betreffend einer Verständigung mit dem Feind im geeigneten Moment angespannen werden. Ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten Erfolg im Westen“*, erklärte der Reichskanzler und die Teilnehmer schlossen sich seiner Ansicht an^{7*}.

Über die Stimmung in Deutschland nach den Ereignissen an der Westfront schrieb Max von Baden: *„Die Spannung des September war kaum zu ertragen. Wir standen hilflos vor dem sich vollendenden Unglück der Nation, das zu wenden noch in Menschenkraft gelegen hätte. Man erwachte jeden Morgen mit der Sorge: Was ist passiert? Und atmete am Abend auf, daß die Front und Bündnisse gehalten hatten. Man klammerte sich an jede Hoffnung, die noch Spielraum zu geben schien ... Ich hörte: General Pershing forderte Rückkehr Deutschlands zu den Zuständen, wie*

¹ Ausführlich über den Kronrat in Spa, sowie das gesamte Aktenmaterial vgl. **Untersuchungsausschuß**, Bd. 2, S. 223f.

² Zitiert bei **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 222.

³ Vgl. **Untersuchungsausschuß**, Bd. 2, S. 223f., **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 172f.

⁴ Ebd.

⁵ **Niemann, A.**, *Der Kaiser und die Revolution. Die entscheidenden Ereignisse im Großen Hauptquartier im Herbst 1918*, Berlin 1928, S. 44f.

⁶ Ebd., **Untersuchungsausschuß**, Bd. 2, S. 223f., **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 172f.

⁷ Die Reichsleitung wird in der Fachliteratur in dieser Frage heftig kritisiert. Die Vorwürfe sind in der Regel auf zwei Problembereiche gerichtet. Während einige Autoren Wilhelm II. dafür kritisieren, daß er Ludendorff nicht abgesetzt hatte, bemängeln andere, daß der Kronrat den Beschluß, die Verhandlungen mit der Entente sofort einzuleiten, nicht traf vgl. **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4., S. 396f., **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 223f.

sie vor 1870 waren“¹. Allgemein gesehen war die Lage in Deutschland um so gefährlicher, als die Offensiven der Westalliierten mit der dramatischen Verschlechterung der Nahrungssituation zusammenfielen. Unter dem Druck der britischen Blockade wurden in Deutschlands Großstädten Anfang September für Normalverbraucher wöchentlich 1600 g Brot, 7 Pfund Kartoffeln, 70 g Margarine, 200 g Zucker und 160 g Fleisch vergeben². Militärangehörige im Hinterland und Arbeiter der Rüstungsindustrie erhielten zwar etwas größere Rationen, die Mehrheit der Bevölkerung litt aber Hunger. Die Ernährungslage war um so deprimierender, als die Nahrung meist aus Ersatzmitteln bestand, „die widerwärtig waren und keinen Nährwert hatten“³. Bereits im Herbst 1918 wütete in Deutschland die spanische Grippe, die unmittelbar nach dem Krieg mehr Menschenleben kostete, als die gesamten Kriegshandlungen. Besonders erschreckende Ausmaße erreichte die Kindersterblichkeit: Die Todeszahl der Kinder ging im Herbst 1918 in die Hunderttausende. Für jedes Kind bewilligten die Kriegsernährungsämter Anfang Oktober 1918 wöchentlich noch ein Hühnerei zusätzlich⁴. Milch gab es nur für stillende Mütter und Säuglinge. Diese Ernährungslage zermürbte nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern auch die Front, wo die Soldaten im Briefwechsel mit der Heimat standen⁵. Die OHL registrierte die Situation in der Heimat mit wachsender Unruhe. Man war sich vollkommen bewußt, daß eine wesentlich mildere Ernährungssituation im Frühjahr 1917 in Rußland eine Meuterei hervorgerufen hatte⁶.

Unterdessen befand sich die Westfront unter ununterbrochenem Druck. Fast zeitgleich mit dem Kronrat in Spa hielten auch die Westalliierten eine Konferenz ab. Es wurde beschlossen, den Erfolg vom 8. August als Ausgangslage für weiteren Druck auf die deutsche Front zu benutzen⁷. Obwohl die Briten sich bereits verausgabt hatten, verlangte der Oberkommandierende Foch von der britischen Streitmacht, unverzüglich eine neue Großoffensive zu starten und zwar an der Stelle, wo man am 8. August die meisten Erfolge erzielt hatte. Bereits am 21. August nahmen die Briten erneut ihre Offensive auf und richteten den ersten Schlag gegen die 17. Armee des an der Ostfront gut bewährten Generals Otto Below⁸. Die Offensive weitete sich rasch aus und nahm insofern eine bedrohliche Entwicklung, als die Briten mehr als 100 Tanks auffahren ließen⁹. Betroffene deutsche Einheiten mußten den Rückzug antreten. Obwohl der Rückzug geordnet verlief, berichteten britische Quellen von nicht weniger als 53 000 Gefangenen (hauptsächlich Angehörige der Heeresgruppe Rupprechts von Bayern) und 470 Artilleriekanonen, die in ihre Hände gefallen waren¹⁰. Die Kämpfe in den französischen Frontabschnitten verliefen zur gleichen Zeit zwar sehr blutig, es wurden dort aber keine nennenswerten Errungenschaften erfochten. Dennoch waren deutsche Truppen auch dort gezwungen, in rückwärtige Stellungen auszuweichen¹¹. Als die Kämpfe an der Westfront in der ersten Septemberhälfte abzuflauen drohten, geschah etwas, das tiefen Eindruck auf die OHL gemacht haben soll.

Am 11. September griffen die Amerikaner mit fünffacher Überlegenheit den Frontbogen bei St. Mihiel an und erwischten ihre Gegner, als bereits die Evakuierung eingeleitet war¹². Die im Frontbogen dislozierte „Ameabteilung C“

¹ **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, Berlin 1928, S. 317.

² **Görlitz, W.**, *November 1918. Bericht über die deutsche Revolution*, Hamburg 1968, S. 12-13.

³ **Wheeler-Bennett, J.**, *Paul von Hindenburg*, S.173.

⁴ **Görlitz, W.**, *November 1918*, S. 12-13.

⁵ Vgl. Den Bericht der Postüberwachungsstelle der 6. Armee von 04.09.1918, **Thimme, H.**, *Weltkrieg ohne Waffen. Die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung und ihre Abwehr*, Stuttgart 1932, S. 264f.

⁶ Ebd.

⁷ **Churchill, W.**, *The Worldkrisis*, S. 513 f., **Lloyd George, D.**, *Mein Anteil am Weltkrieg*, S. 418f., **Foch, F.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 371f., **Haig, D.**, *England an der Westfront*, S. 264f.

⁸ Zu General Below vgl. **Thaer, A., von**, *Generalstabsdienst*, S. 32.

⁹ **Churchill, W.**, *The Worldkrisis*, S. 513 f., **Lloyd George, D.**, *Mein Anteil am Weltkrieg*, S. 418f., **Foch, F.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 371f., **Haig, D.**, *England an der Westfront*, S. 264f.

¹⁰ Zum Versagen der 2. Armee vgl. Ebd., **Einem, K., von**, *Ein Armeeführer erlebt den Krieg*, S. 423f.

¹¹ Ebd.

¹² **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 434-436, **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 572f.

mußte sich zurückziehen, konnte aber nicht vermeiden, daß die Front durchbrochen wurde und ca. 12 000 Soldaten in Gefangenschaft gerieten¹. Nur der Tapferkeit der Frontsoldaten verdankte die OHL, daß eine Katastrophe vermieden wurde. Wäre die „Abteilung C“ bei St. Mihiel ganz vernichtet worden, hätte dies den Zusammenbruch der Verteidigungslinie vor den Toren von Metz bedeutet². Dennoch war die OHL schockiert: Der Frontvorsprung existierte schließlich seit 1915 trotz seiner äußerst exponierten Lage. Angeblich gab es auch viele Überläufer³.

Deutschen Militärquellen zufolge hoffte die OHL, daß die Generaloffensive der Westalliierten spätestens bis Anfang September erlahmen würde. Gerade diese Kalkulation hatte Ludendorff und Hindenburg dazu bewogen, am 14. August vorzuschlagen, mit den Friedensverhandlungen abzuwarten. An und für sich war dieser Gedanke durchaus korrekt. Schließlich zeigten die technischen Gegebenheiten des 1. Weltkrieges den angreifenden Armeen ihre Grenzen: Genauso wie die deutschen Generaloffensiven - 1915 im Osten oder März 1918 im Westen - mußte eben auch die Offensive der Westalliierten früher oder später zum Stillstand kommen. Die Herbstoffensive der Westalliierten gestaltete sich außerdem viel schwieriger, als die Deutschlands. Trotz der erdrückenden Überlegenheit ist es den Westalliierten kein einziges Mal gelungen, deutsche Stellungen im großen Stil zu durchbrechen. Für den 40 km langen Weg von Péronne nach Guise - um nur eine der Hauptrichtungen der Generaloffensive zu nennen - haben die Westalliierten zwei Monate gebraucht⁴. Die Verluste der Westalliierten waren erschreckend hoch und entsprechen überhaupt nicht der verbreiteten Meinung, daß Foch nach dem 8. August leichtes Spiel hatte. Von März 1918 bis zum Waffenstillstand im November verloren die Briten ihren eigenen Angaben zufolge 830 000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen, fügten allerdings den Deutschen ebenfalls Verluste in Höhe von etwa 800 000 Mann zu⁵. In derselben Zeitspanne verloren Belgier und Franzosen 964 000 Mann, brachten dem Gegner aber nur Verluste von nur 600 000 Mann bei⁶. Die Verluste der Amerikaner waren im Verhältnis noch größer, was auf die Unerfahrenheit ihrer Offiziere zurückzuführen ist⁷. Der damalige britische Rüstungsminister Churchill hat offen zugegeben, daß es angesichts dieses Tatbestands geradezu absurd war, Deutschland zermürben zu wollen: *„Während des ganzen Krieges verloren die Deutschen in keiner der Kampfperioden mehr als die Franzosen, gegen die sie kämpften, und fügten ihnen häufig die doppelten Verluste zu. In keiner der von den französischen Sachverständigen angeführten Kampfperioden waren die Franzosen in Bezug auf Tote, Gefangene oder Verwundete im Vorteil. Ob sie sich nun in der Offensive oder in der Defensive befanden, der Erfolg war immer der gleiche. [Selbst in den Endkämpfen des Weltkrieges] floß immer das Blut von ein bis zwei Franzosen für das eines Deutschen. In den britischen Offensiven stellten sich die britischen Verluste zu den korrespondierenden deutschen nie günstiger, als im Verhältnis 3:2, ja häufig erreichten sie nahezu das Doppelte der deutschen Verluste ... Wohin führt also der so viel besprochene 'Zermürbungskrieg' angesichts der eben erwähnten offiziellen Verlustziffern? Wenn wir bei unseren Angriffen drei- oder viermal soviel Offiziere und fast doppelt so soviel Mann verlieren, als der Gegner in der Verteidigung, wie wollen wir ihn dann erschöpfen? Der Erfolg jeder einzelnen dieser Offensiven bestand darin, daß wir verhältnismäßig schwächer wurden als der Feind“*⁸.

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 661.

⁵ Churchill, W., *The Worldkrisis*, S. 528f.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 436f.

⁸ Churchill, W., *Die Weltkrisis*, Bd. 1, S. 49-50 und 53.

Trotz der guten Leistungen der Fronttruppen wurde die OHL im September von einer Panikstimmung heimgesucht, die vom ersten Generalquartiermeister ausgehend seine direkten Untergebenen erfaßte. Diese Panik sollte für den weiteren Verlauf der Ereignisse weitreichende Folgen haben. Als sich das Westheer aufgrund der Mißerfolge in einer tödlichen Gefahr befand, hielt Ludendorff seine Nerven nicht unter Kontrolle. Seine Nervenkrise wurde dadurch nicht erleichtert, daß seine direkten Untergebenen in der OHL, die verschiedenen Abteilungschefs abspenstig wurden und gegen ihn zu intrigieren begannen. Als sich das Kriegsglück endgültig gegen Deutschland wandte, formierte sich in den Büros der OHL und verschiedenen militärischen Verwaltungsstellen im Hinterland eine scharfe Opposition gegen den 1. Generalquartiermeister. Pikanterweise tauchen bei dieser Opposition Namen auf, die in der späteren deutschen Geschichte eine große Rolle spielen sollten. Vielen Namen begegnet man im Juli 1944: Es waren Verwandte der Hitlergegner des 20. Juli 1944, die jetzt zur Überzeugung gelangten, daß Ludendorff gezwungen werden müsse, den Krieg aufzugeben. Generalstabsoffizier Oberst von Quirnheim notierte am 26. September in sein Tagebuch über Ludendorff: „*Exzellenz hat wohl noch die Verzweiflung zu kämpfen, aber nicht den Mut, ein Ende zu machen. Er wird die Barriere nicht nehmen, wenn er nicht gezwungen wird*“¹. Mit dem Chef der Politischen Abteilung der OHL General von Bratenwerfer und dem Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der OHL, Legationsrat Lersner hielt er Unterredungen ab, die ausloten sollten, „*wie sich die Barriere überwinden ließe*“². An diesen Aktionen nahm auch Major Stülpnagel teil, dessen Familienangehörige zu den führenden Köpfen 20. Juli 1944 werden sollten³. Das „Chefsystem“ Moltkes machte es möglich, daß bei den Beratungen hinter dem Rücken Ludendorffs auch sein engster Mitarbeiter Oberst Heye zugegen war⁴. Oberst v. Haeften, der als Chef der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes eigentlich für die Propaganda im Inland zuständig war und der noch im Sommer eine propagandistische „Friedensoffensive“ auf die Beine brachte⁵, entfaltete ebenfalls seine eigene Politik. 1918 war er von Ludendorff zum Verbindungsoffizier der OHL im Kanzleramt ernannt worden, verbrachte seine Zeit in der Hauptstadt aber öfter mit dubiosen Figuren wie Kurt Hahn als mit Reichskanzler Hertling. Diese „Palastrevolutionen“ haben gewiß einiges zur Verunsicherung Ludendorffs beigetragen. Am 25. September abends erklärte Ludendorff seinen Mitarbeitern, man möge sofort Berlin benachrichtigen, daß die Generaloffensive der Westalliierten zusammenbrechen werde, weil in der französischen Armee eine Lungenpestepidemie ausgebrochen war. Als Generalstabsarzt Schjerning versicherte, es handele sich nur um vereinzelte Fälle von Grippe, war Ludendorff tief erschüttert: „*Ich habe mich an diese Nachricht geklammert, wie ein Ertrinkender an einen Strohhalm*“⁶. Immerwiederkehrende Nervenzusammenbrüche und ähnliche Aussagen haben Ludendorffs Mitarbeiter veranlaßt, den Nervenarzt Dr. Hochheimer zu verpflichten, den ersten Generalquartiermeister zu behandeln^{7*}. Inoffiziellen Quellen zufolge erlitt Ludendorff in der zweiten Septemberhälfte einen Schlaganfall⁸.

¹ Zitiert bei Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4., S. 415.

² Ebd.

³ Vgl. Aufzeichnungen von Haefens, *Quellen*, Bd. 2, S. 475f.

⁴ Ebd., Foerster, W., *Der Feldherr Ludendorff im Unglück*, S. 88.

⁵ Haefens Bericht befindet sich in seiner Aufzeichnung „Erlebnisse 1918“. In diesem Bericht wurde hauptsächlich der Anschluß Belgiens an Deutschland propagiert. Vgl. **Bundesarchiv Koblenz**, Nachlaß Haefens.

⁶ Zur Stellungnahme des Oberst Merz von Quirnheim vom 25.09.1918 vgl. Foerster, W., *Der Feldherr Ludendorff im Unglück*, S. 86.

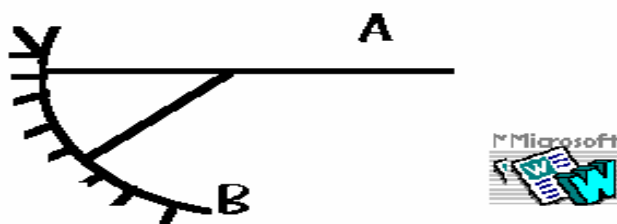
⁷ Vgl. Görlitz, W., *November 1918*, S. 13. Der behandelnde Arzt Hochheimer erklärte in seiner Stellungnahme nach dem Krieg, daß Ludendorff im betreffenden Zeitabschnitt robuster psychischer Verfassung war. Der Text seiner Erklärung und die Auszüge der Briefe an seine Frau sind abgedruckt bei Foerster, W., *Der Feldherr Ludendorff im Unglück*, S. 75-81.

⁸ Foerster, W., *Der Feldherr Ludendorff im Unglück*, S. 53-81, Wheeler-Bennett, J., *Hindenburg*, S. 236.

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes in der OHL Freiherr v. Grünau erklärte Ende September in Spa dem Chef des kaiserlichen Marinekabinetts Admiral Müller, die OHL habe „völlig die Nerven verloren“¹.

Was aber war für die Spannung ausschlaggebend, unter der Ludendorff und seine Mitarbeiter so sehr standen, daß sie Ende September und Anfang Oktober unverzeihliche Fehler begingen? Zum Verständnis sind folgende Überlegungen erforderlich: Das deutsche Westheer operierte während des ganzen Krieges im Westen tief in feindlichem Territorium. Strategisch gesehen war diese Tatsache nicht nur eine hervorragende Leistung, sondern barg auch gewisse Gefahren. Die größte Gefahr bestand darin, daß sich das gesamte Westheer in gewisser Weise in der Falle befand. Würde die Westfront im großen Stil durchbrochen, konnten große Teile des Westheeres den Feinden nicht mehr entweichen. Um diese Tatsache zu würdigen, genügt ein Blick auf die Eisenbahnwege im Operationsgebiet. Die Versorgung der Westfront wurde von einem System der Eisenbahnwege gewährleistet, der etwa wie ein bogenförmiges „T“ aussah. Der Hauptstrom deutscher Nachschublieferungen erfolgte längs der Hauptlinie A, von Munitionsfabriken in Westfalen über Köln nach Lüttich, Namur und Maubeuge. Diese Bahnlinie verzweigte sich in Belgien und verlief etwa so:

**Das Schema des Deutschen zur Verfügung stehenden
Netztes der Eisenbahnschienen an der Westfront**



Die Bahnlinie (B), auf die sich die deutsche Invasion stützte, war die, die von Deutschland durch Metz, Mézières, Hirson, Mons, Gent und Brügge lief. Von dieser Eisenbahn zweigten nach Norden und Süden alle Nebenlinien ab, welche die deutschen Frontarmeen versorgten. Diese liefen flachförmig gegen Calais, Amiens und Paris. Hinter dem südlichen Abschnitt lag das Waldgebiet der Ardennen, das nur wenige Straßen und Eisenbahnlinien aufwies und dadurch dem Rückzug gewaltiger moderner Armeen ein unüberwindliches Hindernis entgegenstellte. Das deutsche Westheer in Frankreich nahm strategisch also eine „Flankenstellung“ längs ihrer wichtigsten Querkommunikation ein. Wurde diese unterbrochen und wurden die dortigen Truppen über dieselbe zurückgedrängt, so konnte das Groß in Belgien nicht mehr entkommen. Weiter: Drei Viertel der deutschen Streitkräfte hatte unmittelbar hinter ihrem Rücken die bogenförmige Eisenbahnlinie Mézières - Hirson - Aulnoye - Mons. Die Eisenbahnknotenpunkte von Mézières und Aulnoye waren daher für die Entente von allerhöchster Wichtigkeit. Waren diese Knotenpunkte erobert, so würden dadurch die ungeheuren Invasionsarmeen, die von ihnen oder den dazwischenliegenden Eisenbahnlinien versorgt wurden, abgeschnitten. Bis 1918 hatte sich das Westheer noch niemals in einer wirklich mißlichen Lage befunden. Seine Front mit tief gegliederten Verteidigungsstellungen erstreckte sich (außer bei Verdun) etwa 50 Meilen vor den erwähnten Bahnlinien. Im September 1918 bog sich die Front rasch nach innen, und die erforderliche Sicherheitsdistanz verengte sich von Tag zu Tag. Schließlich muß bedacht werden, daß der ganze Verkehr von der Front in Flandern, von der Arrasfront, von den Fronten an der Somme und an der Aisne, ebenso wie ein großer Teil der Argonnenfront letzten Endes über Lüttich gehen mußte. Dieser Flaschenhals war zu eng, um die ganze Flut der zurückgeschobenen Magazine und des Heeresgerätes durchzulassen und gleichzeitig die kämpfenden Armeen mit allem Nötigen zu versorgen. Auf

¹ Müller, A., *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, S. 357.

diese Erwägung war die Operation der Alliierten aufgebaut. Die Situation für das bedrängte Westheer war um so bedrohlicher, als die OHL Mitte September bezüglich der Vorgehensweise der Westalliierten völlig im Dunkeln tappte. Nach dem Urteil der Militärs war die Lage für das Westheer auf der Lothringischen Front besonders bedroht: „*Brach der Gegner in diesem Raum nach Norden durch, so war ein katastrophaler Zusammenbruch der gesamten Westfront kaum noch abzuwenden. Je weiter östlich der Stoß angesetzt wurde, desto größer war die Gefahr*“¹.

Zur großen Bestürzung der OHL haben die Stäbe der Frontarmeen festgestellt, daß die Einstellung der Generaloffensive der Entente nicht erfolgt war und daß Ende September vielmehr eine neue Angriffswelle bevorstand. Und tatsächlich haben die Westalliierten bereits am 3. September vereinbart, eine Offensive in Flandern (in Richtung Gent), im mittleren Frontabschnitt (in Richtung Mauberge) und auch im Süden (in Richtung Mézières) zu unternehmen². Mit welcher Spannung die OHL die Konzentration der Gegner verfolgte, kann man daran ermessen, wenn man einfach die Zahl der zur Verfügung stehenden Truppen in Betracht zieht. Für die nördliche Schlacht in Flandern zog die Entente 8 belgische, 5 britische und 3 französische Infanteriedivisionen gegen 12 Infanteriedivisionen der Heeresgruppe des Kronprinzen Rupprecht zusammen. Im gefährdeten Süden standen 31 Infanteriedivisionen der Franzosen und 13 Infanteriedivisionen der US-Amerikaner gegen 19 deutsche und 1 österreichische Infanteriedivisionen der Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz³. Nur in der Mitte war die Lage etwas „entspannter“. Dort waren 40 britische Divisionen und 2 Armeekorps der US-Amerikaner gegen 57 Infanteriedivisionen der Deutschen konzentriert⁴. Wie aus deutschen Militärquellen hervorgeht, betrachteten die Generäle die bevorstehende Offensive als besonders bedrohlich, weil die eigene Ersatzlage sich katastrophal gestaltete⁵. Die Durchschnittskraft der deutschen Bataillone war Ende September bereits auf 540 Mann, etwa 50 % der Sollstärke herabgesunken. Bei jedem Bataillon mußte eine der vier Kompanien aufgelöst werden. Viele Divisionen waren nur noch Artillerieverbände mit schwacher Infanterieabdeckung. 22 Divisionen mußten ganz aufgelöst werden, um andere Verbände zumindest minimal aufzufüllen⁶.

Als ob die Lage nicht kompliziert genug gewesen wäre, begannen in der zweiten Septemberhälfte auch die wenigen Alliierten Deutschlands unmißverständliche Anzeichen des Zusammenbruchs von sich zu geben. Vorbote dieser Entwicklung war der Besuch Kaiser Karls in Spa, als dieser erklärte, daß sein Land am Ende sei und sich noch 1918 zu ergeben gedachte⁷. Die Lage der Österreicher muß tatsächlich katastrophal gewesen sein⁸. Am 14. September, während deutsche Soldaten bei St. Mihiel verbissen kämpften, kabelte der neue österreichische Außenminister Graf Burián eine Note an die Entente ab, in der er demütigst um die Aufnahme von Friedensgesprächen bat⁹. Die Verabschiedung der österreichischen Note war insofern unglücklich, als die siegreichen Ententemächte sich nicht

¹ Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 659.

² Churchill, W., *The Worldkrisis*, Bd. 2, S. 531.

³ Churchill, W., *The Worldkrisis*, Bd. 2, S. 533-534.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. Das Schreiben Hindenburgs an die Heeresgruppen vom 11.09.1918 in dem vor den Folgen des Mangels an Offizieren gewarnt wird, **Reichsministerium des Inneren (Hrsg.)**, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918*, Berlin 1928, S. 37f., sowie das Gutachten General von Kuhl's „*Die Ursachen des Zusammenbruchs*“, **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945. Eine Urkunden und Dokumentensammlung*, Berlin 1958, Bd. 2, S. 333.

⁶ Zu den Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Ersatzes vgl. Brief des Kommandeurs der 35. Infanteriedivision Generalmajors Kemnitz an Seeckt vom 30.09.1918, **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Seeckt, Nr. 88.

⁷ Ausführlich über die Mission Karls und über die Ergebnisse vgl. **Reichsministerium des Inneren (Hrsg.)**, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918*, Berlin 1924, S. 13f., **Burian, S., Graf, von**, *Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege*, Berlin 1923, S. 261f., **Cramon, A., von**, *Deutschlands Schicksalsbund mit Österreich-Ungarn. Von Conrad v. Hötzendorff zu Kaiser Karl*, Berlin 1932, S. 210f.

⁸ Ebd.

⁹ Text der Note ist abgedruckt bei **Norddeutsche Allgemeine Zeitung**, 15.09.1918.

einmal die Mühe machten, den Appell auch nur zu beachten¹. Einen weiteren Schock für die OHL bedeuteten die Ereignisse auf dem Balkan. Am 15. September ging die unter dem Kommando des französischen Generals Franchet d'Esperey stehende Internationale Streitmacht auf der Salonikifront in die Offensive über. Die bulgarische Armee löste sich augenblicklich auf. Das Land, das bereits seit 1912 ununterbrochen Krieg geführt hatte, war völlig am Ende und entsandte am 26. September Parlamentarier mit der Bitte um einen Separatfrieden. Bulgarien war das erste verbündete Land Deutschlands, das sich der Entente ergab. Die OHL bekam einen Vorgeschmack davon, was man im Falle eines ähnlichen Schrittes zu erwarten hatte. General d'Esperey, ein Aristokrat, der selbst seinen Mitarbeitern zufolge ein ausgesprochener Kommißkopf und Grobian war, ließ die Parlamentarier als erstes zwei Tage warten². Am 29. September erfolgten dann die Waffenstillstandsverhandlungen, bei denen die Bulgaren nach nur 2 Stunden „Bedenkzeit“ die völlige Kapitulation unterzeichnen mußten³. Zar Ferdinand floh nach Ungarn. Eine Katastrophe bahnte sich auch in der Türkei an, die mit dem Abfall Bulgariens von den Mittelmächten abgeschnitten wurde. Nach den Schlappen der Dardanellenoperation und den Schlachten von Kut al-Amara und Kteziphon hatten die Briten ihre Armeen derartig aufgerüstet, daß schon 1917 das Kräfteverhältnis an den türkischen Fronten 4:1 zu ihren Gunsten stand⁴. Am 19. September 1918 begann die britische Generaloffensive gegen die Türkei in Palästina, die schon deshalb nichts Gutes für die Mittelmächte versprach, weil der britische Oberkommandierende General Allenby bereits über eine ca. 10-fache Überlegenheit verfügte⁵. Ende September schlugen die Briten die Türken in Palästina, nahmen 75 000 Gefangene und rückten nach Konstantinopel vor. Das Osmanenreich erlebte seine letzten Tage⁶.

Die aktuelle deutsche Geschichtsschreibung vertritt fast einstimmig die Meinung, daß der plötzliche Zusammenbruch der Bundesgenossen im September größeren Einfluß auf die OHL hatte, als die neue Angriffswelle der Westalliierten selbst. Dem ist nur hinzuzufügen, daß das plötzliche Ausscheiden Bulgariens und der Türkei militärisch nur wenig ins Gewicht fiel. Die psychologische Wirkung der Ereignisse war allerdings ungeheuer. Die Türkei war nur bis zum Zusammenbruch Rußlands ein wichtiger Bündnisgenosse gewesen, als es galt, die Verbindung durch die Dardanellen zu unterbinden. Das Ausscheiden des rückständigen Bulgariens konnte ebenfalls kein großer Verlust mit praktischen Folgen gewesen sein. Der Untersuchungsausschuß der Weimarer Republik, der sich ausgiebig mit den Gründen der Niederlage im Weltkrieg auseinandersetzte, gibt vor allem zwei Auswirkungen des bulgarischen Zusammenbruchs auf Deutschland an: Den möglichen Verlust des rumänischen Öls und den Einbruch der Entente nach Bayern⁷. Zumindest die zweite Gefahr war eine Chimäre: Die unbeweglichen Heere des 1. Weltkrieges konnten so weit von ihrer Versorgungsbasis entfernt gar nicht mit Erfolgsaussichten operieren. Ihre Entfaltung an der deutschen Südgrenze hätte mehrere Monate in Anspruch genommen. Nachweislich erhielten Hindenburg und Ludendorff die Nachricht von der Kapitulation Bulgariens am 26. September. Am nächsten Tag teilte Staatssekretär Hintze die Nachricht dem Hauptausschuß des Reichstages mit⁸.

¹ Die deutsche Regierung drängte die Österreicher gerade mit dieser Argumentation die Note nicht zu veröffentlichen, vgl. **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4., S. 405-414., **Cramon, A., von**, *Unser Österreichisch-Ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege. Erinnerungen aus meiner vierjährigen Tätigkeit als bevollmächtigter deutscher General beim k.u.k. Armeeoberkommando*, Berlin 1920, S. 177f.

² **Tarle, J.**, *Evropa v epochu imperializma*, S. 419f.

³ Ebd.

⁴ **Keegan, J.**, *Der Erste Weltkrieg*, S. 575f.

⁵ Ebd., **Kersnovskij, A.**, *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4., S. 124-163.

⁶ Ebd.

⁷ **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, Kap. 7, Fn. 8.

⁸ **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 225.

Der 29. September gehört zu den wichtigsten Daten der deutschen Geschichte, ohne aber wie andere vergleichbare Tage - der 30. Januar 1933 etwa oder der 8. Mai 1945 - fester Teil des deutschen Geschichtsbewußtseins geworden zu sein. Wahrscheinlich mag das daran liegen, daß nichts von den Geschehnissen am nächsten Tag in den Zeitungen stand. Die Ereignisse spielten sich nicht nur im Geheimen ab, sondern waren noch Jahrzehnte lang streng gehütetes Staatsgeheimnis. Selbst nach dem Krieg, als in Deutschland eine wahre Publikationsflut über den Weltkrieg einsetzte, behielten die Ereignisse des 29. September eine merkwürdig unbestimmte Kontur, etwas wie einen umhüllenden Geheimnisnebel. Die handelnden Personen verfaßten widersprüchliche Zeugnisse von den Ereignissen des Tages mit so durchschlagendem Erfolg, daß die Mehrheit des deutschen Volkes trotz der veröffentlichten Akten über die wahren Hintergründe im Dunkeln tappte. Dies ist um so verwunderlicher, als an diesem Tag Entscheidungen getroffen wurden, die die Entwicklung Deutschlands auf Jahrzehnte vorbestimmten. Der 29. September 1918 war - plastisch ausgedrückt - ein 8. Mai 1945 und ein 30. Januar 1933 in einem. Er brachte nicht nur die Kapitulation im Weltkrieg, sondern markierte zugleich das Ende der bestehenden Regierungsform. Eine besondere Merkwürdigkeit der Ereignisse des 29. September bestand darin, daß der Tag das Werk eines Mannes war, dessen verfassungsmäßige Stellung ihm nicht die geringste Befugnis zu so ungeheuren Aktionen gab: Generalquartiermeister Erich Ludendorff.

Der 29. September 1918, ein Sonntag, begann nach Augenzeugenschilderungen als schöner Spätsommertag und endete mit Temperatursturz und Prasselregen. Es war nicht nur der Tag des politischen Umschwungs in Deutschland, sondern auch der Tag, an dem der Sommer in den Herbst umschlug. Der Sohn und Adjutant des Reichskanzlers Graf Hertling berichtet: *„Es war ein schöner, warmer und sonniger Tag. Ein eigentümliches Gefühl beschlich mich, als wir durch die uns wohlbekannte und liebgewordene Gegend kamen. Der Herbst war mittlerweile ins Land gezogen, in allen Farben leuchteten die Wälder ... Als wir uns Spa näherten, änderte sich das Wetter, dunkle Wolken zogen auf und bei der Anfahrt in unser Schloß begann ein leichter Sprühregen vom Himmel zu fallen. Im Hause war es kalt und ungemütlich“*¹. Der Reichskanzler war in böser Vorahnung nach Spa gereist: Bereits am 28. wurde er vom Verbindungsoffizier der OHL Oberst Winterfeldt aufgesucht, der ihm ohne jegliche Erklärungen eröffnete, schleunigst nach Spa zu kommen². Die eigentliche Überraschung erwartete ihn aber erst in Spa, wo bereits ohne sein Zutun Ereignisse von unabsehbarer Tragweite eingetreten waren.

Drei Tage vor der Ankunft Hertlings, am 26. September, haben zwei Offiziere des Generalstabes, Major Joachim von Stülpnagel und der Chef der Balkanabteilung der OHL Oberst Hermann Mertz von Quirnheim den Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes bei der OHL Lersner aufgesucht, und ihn aufgefordert, mit seinem Chef Hintze in Verbindung zu treten und ihn nach Spa zu bestellen³. Folgende Tatsachen sind dabei von besonderem Interesse: Beide Offiziere waren der Militärhierarchie nach nur kleine Befehlsempfänger ohne Befugnisse, diese Schritte vorzunehmen, und beiden Namen begegnet man am 20. Juli 1944. Major Stülpnagel war ein naher Verwandter des im Zusammenhang der Verschwörung tragisch umgekommenen Feldmarschalls Karl Heinz von Stülpnagel. Hermann Ritter Mertz von Quirnheim war ebenfalls ein naher Verwandter des 1944 hingerichteten Adjutanten Stauffenbergs Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim. In dem darauffolgendem Telefongespräch mit Berlin wurde Hintze von Lersner im Beisein von Stülpnagel und Quirnheim *„über die Ausweglosigkeit weiteren militärischen Widerstandes“* unterrichtet

¹ Hertling, K., Graf, von, *Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters*, Freiburg i.B. 1919, S. 179-180.

² Hertling, K., Graf, von, *Ein Jahr in der Reichskanzlei*, S. 176f.

³ Ausführlich hierzu vgl., Haefthen, H., von, *Aufzeichnungen des Generalmajors a. d. Haefthen über die Entstehung der Waffenstillstandforderung innerhalb der OHL*, in: **Bundesarchiv Koblenz**, Nachlaß Haefthen.

und aufgefordert, unverzüglich nach Spa zu reisen¹. Der unmittelbare Vorgesetzte beider Stabsoffiziere, Generalquartiermeister Erich Ludendorff wußte zu diesem Zeitpunkt noch nicht, daß seine Untergebenen bereits Schritte zum Waffenstillstand eingeleitet hatten². Nicht minder bedeutend ist auch die Tatsache, daß sich der faktische Außenminister des Deutschen Reiches dem Drängen zweier Stabsoffiziere niederen Ranges und einem Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes beugte. Hintze informierte weder Kaiser noch Reichskanzler und verließ die Hauptstadt in Richtung Spa. Wie ein quellenkundiger deutscher Historiker festgestellt hat, wurde „*die Entscheidung, den Krieg zu beenden nicht, wie vielfach behauptet, von Ludendorff mit Billigung Hindenburgs getroffen, sie wurde ihnen vielmehr durch das unmittelbare Vorgehen ihrer Untergebenen im Zusammenwirken mit Hintze aufgezwungen*“³.

Diese Aktion der Offiziere brachte den Stein ins Rollen. Der Operationsabteilungschef der OHL Oberst Heye wurde von den „Verschwörern“ herangezogen. Erst dann erfuhr auch Ludendorff von dem Unternehmen⁴. Die Stabsoffiziere waren dabei in großer Eile. Am 26. September begann an der Westfront eine gigantische Abwehrschlacht gegen den bereits erwähnten dreifachen Angriff der Entente. Am Ursprungstag der Waffenstillstandsinitiative setzte die Offensive der Amerikaner und Franzosen gegen Teile der Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz ein. Am 27. September attackierten drei britische und eine französische Armeen zwischen Arras und La Fère die Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn. Am 28. September wurde die deutsche Front auch in Flandern angegriffen, wo Briten und Belgier den rechten Flügel der Heeresgruppe Rupprecht bedrängten⁵. Die Vermutung liegt nahe, daß bei Ludendorffs Entschluß, sich der Waffenstillstandsinitiative anzuschließen, auch das Gären in der OHL eine Rolle spielte. Um nur ein Beispiel zu nennen, begann Ludendorffs Hauptberater in Fragen der Innenpolitik Oberstleutnant Max Bauer schon im August, gegen ihn zu intrigieren⁶. Bauer war für Ludendorff ein gefährlicher Kontrahent: Als Chef der für die Rüstung zuständigen Operationsabteilung II hatte er großen Einfluß in Industriekreisen und war an der Absetzung Falkenhayns maßgeblich beteiligt gewesen. Bauer operierte hinter dem Rücken seines Vorgesetzten und bezweckte, „Ludendorff zu beseitigen“⁷, was auch immer diese Redewendung zu bedeuten hatte. Ein so erfahrener Generalstäbler wie Ludendorff war nicht nur sachlich von der Notwendigkeit des Waffenstillstandes überzeugt, sondern auch bemüht, sich durch energisches Vorgehen der Kritik seiner Mitarbeiter zu entziehen. Zu seinen Hauptaufgaben gehörte schließlich auch die Pflicht, die Streitmacht als intaktes Instrument auch über den Krieg hinaus zu retten. Das historische Gespräch Ludendorffs mit Feldmarschall Hindenburg fand am 28. September statt und wurde von Ludendorff wie folgt beschrieben: „*[Um] 6 Uhr nachmittags, ging ich zum Generalfeldmarschall in dessen Zimmer ... Ich legte ihm meine Gedanken über ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot vor ... Wir hatten jetzt die eine Aufgabe, ohne Verzug klar und bestimmt zu handeln. Der Generalfeldmarschall hörte mich bewegt an. Er antwortete, er habe mir am Abend das gleiche sagen wollen, auch er hätte sich die Lage dauernd durch den Kopf gehen lassen und hielte den Schritt für notwendig ... Der Generalfeldmarschall und ich trennten uns mit festem Händedruck wie Männer, die Liebes zu Grabe getragen hatten und die nicht nur in guten, sondern auch in schwersten Stunden des menschlichen Lebens zusammenhalten wollten. Unsere Namen waren mit den größten Siegen des Weltkrieges verknüpft. Jetzt waren wir uns in der Auffassung einig, daß es unsere Pflicht sei, unsere Namen für diesen Schritt herzugeben, den zu*

¹ Zitiert bei **Haefliger, H., von, Aufzeichnungen**.

² Ebd., **Foerster, W., Der Feldherr Ludendorff im Unglück**, S. 87f.

³ **Koch, H. W., Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923**, Berlin 1978, S. 22.

⁴ Vgl. **Foerster, W., Der Feldherr Ludendorff im Unglück**, S. 87f.

⁵ Vgl. **Beck, L., Der 29. September 1918**, in: **Speidel, H. (Hrsg.), Ludwig Beck: Studien**, Stuttgart 1955, S. 197f.

⁶ Vgl. **Foerster, W., Der Feldherr Ludendorff im Unglück**, S. 71.

⁷ Vgl. Ebd., **Haefliger, H., von, Aufzeichnungen**, Fn. 10, S. 475.

vermeiden wir alles Erdenkliche getan hatten“¹. Früh am 29. September traf Staatssekretär Hintze in Spa ein und wurde sofort in der OHL empfangen. Auf der Besprechung mit Hindenburg und Ludendorff um 10 Uhr vormittags sollten Entschlüsse von historischer Bedeutung gefaßt werden.

In einer gewissen Hinsicht war Paul Hintze ein Mensch ähnlichen Zuschnittes, wie der Erste Generalquartiermeister. Der Admiral war auch bürgerlicher Abstammung. Wie Ludendorff war Hintze ein glühender Anhänger alldeutscher Ideen und hatte die Veranlagung, mit Vabanque zu spielen. Ludendorffs Unternehmen, die sich durch Rücksichts- und Maßlosigkeit auszeichneten, übten eine Faszination auf die patriotisch gestimmten Kreise in Deutschland aus. Der uneingeschränkte U-Bootkrieg ohne Rücksicht auf den Kriegseintritt der USA, oder der grandiose Ostfeldzug, unternommen, als an der Westfront die Entscheidung durch eine andere Offensive gesucht werden sollte, sind nur zwei herausragende Beispiele hierfür. Auch Hintzes Vorhaben zeichneten sich durch ihren grandiosen Maßstab aus. Er war der Architekt des Bündnisses mit den Bolschewiki, das er ungeachtet der zunehmenden innenpolitischen Gärung zu unterzeichnen wagte. Liest man Hintzes Ausführungen über die Ostpolitik, kann man ihm Rücksichtslosigkeit und Zielstrebigkeit nicht absprechen². Trotz gewisser Ähnlichkeiten unterschieden sich ihre Charakterzüge doch erheblich: Ludendorff war kein Mensch der Rückversicherung. Vor seiner harten Sachlichkeit kapitulierte zwar die fein besaitete aristokratische Elite des Kaiserreiches, seine schroffe Umgangsart war in Deutschland sprichwörtlich geworden. Und dennoch muß man eines feststellen: Trotz seines schwierigen Charakters ist Ludendorff zu keiner Zeit ein Opportunist gewesen. Auch das eigene Wohlergehen war ihm nie wichtiger, als das des Heeres, geschweige denn die Zukunft Deutschlands. Hintze war da aus anderem Holz geschnitzt. Wie viele andere Vertreter seiner Waffengattung zeichnete er sich im Weltkrieg viel mehr auf politischem, als auf militärischem Gebiet aus. Im Gegensatz zu Ludendorff war dieser junge, kaltblütige und scharfsinnige Marineoffizier nicht nur fähig, unorthodox vorzugehen, sondern auch bereit, seine ganze Kraft selbst gegen Gleichgesinnte einzusetzen. Ebenfalls im Gegensatz zu Ludendorff, der seine Überzeugungen vor der Obrigkeit zwar grob aber ehrlich vertrat, konnte Hintze in der Not zum regelrechten Opportunisten werden. Er hat Ludendorff zweifellos gehaßt (das Auswärtige Amt stand seit Kühlmann der OHL traditionell ablehnend gegenüber). Bei gemeinsamen Konferenzen pflegte Hintze über Ludendorff jedoch Sätze einzuflechten, daß sich die politische Leitung der Lagebeurteilung „der größten Feldherren, die dieser Krieg hervorgebracht [beuge]“ und Konsequenzen in deren Sinne ziehe³.

Man wird daher Hintzes Beteuerungen, daß ihn die Mitteilung Ludendorffs vom 29. September, daß der Krieg verloren war, „niedergeschmettert“ habe, wenig Glauben schenken. Die Forderungen der OHL, den Waffenstillstand einzuleiten, hatte er schon am 14. August gehört⁴. Dagegen spricht auch die Tatsache, daß Hintze am 29. September in der Lage war, den Generälen ein ausgereiftes politisches Programm vorzuschlagen, das er in den Wochen zuvor ausgearbeitet hatte. Wie aus den vorhandenen Quellen eindeutig hervorgeht, war Hintze nicht mit bloßen Händen angereist, sondern hatte ein ausführliches Umgestaltungsprogramm für Deutschland mitgenommen⁵. Den Generälen eröffnete Hintze, daß es für Deutschland im gegebenen Moment nur zwei Alternativen gab. Die erste bestand aus der Einführung einer Diktatur und der Auflösung politischer Gremien bis zum Ende des Krieges. Die andere bestand aus der

¹ Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 582.

² Vgl. Hintzes Denkschrift über die Ostpolitik vom 06.08.1918, Baumgart, W., *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, Anhang, Dok. 3. Zur kritischen Analyse vgl. Fischer, F., *Griff nach der Weltmacht*, S. 503f., Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk*, S. 324f.

³ Vgl. Hintzes Rede im Kronrat von 14.08.1918, Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.), *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918*, Bd. 2, S. 281.

⁴ Zitiert bei Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 418.

⁵ Zur Hintzes Anreise nach Spa vgl. *Untersuchungsausschuß*, Bd. 2, S. 399-403f.

Durchführung einer „Revolution von oben“ in Deutschland¹. Hintze betonte, daß das Waffenstillstandsgesuch politisch motiviert werden mußte und deshalb nicht von der kaiserlichen Regierung ausgehen konnte. Um das Waffenstillstandsgesuch für die Entente glaubwürdig zu machen, schlug er den Generälen vor, neben der Regierungsumbildung auch einen dramatischen Systemwechsel in Richtung Parlamentarisierung vorzunehmen. Schließlich fungierten der deutsche Kaiser und die Leitung der OHL in der Propaganda der Entente als „Kriegsverbrecher“ und Wilson hatte in mehreren Reden erklärt, daß Verhandlungen mit ihnen unannehmbar seien. Deshalb empfahl Hintze nicht nur die Besetzung der Regierung mit unkompromittierten Persönlichkeiten, sondern auch eine Verfassungsänderung, welche die Regierung nicht mehr dem Kaiser, sondern dem Reichstag unterstellte. Je vollständiger der Bruch mit der bisherigen Regierungsform - so Hintze - um so glaubwürdiger würde das Waffenstillstandsgesuch von der Entente angenommen. Die neue, mit der gesamten Last der Verantwortung ausgestattete Regierung, so Hintze weiter, mußte dann als erste Amtshandlung eine Note mit dem Waffenstillstandsangebot an Wilson ergehen lassen². Hintze hatte dabei auch weitgehende innenpolitische Vorteile ins Auge gefaßt. Durch die „Revolution von oben“ wollte er einer Revolution in Deutschland politisch vorbeugen: *„Der plötzliche Umschwung von Siegeszuversicht zu Niederlage müßte der Nation einen Stoß geben, dessen Rückwirkung Reich und Dynastie kaum aushalten würden. Dem Schock vorzubeugen[...] seien möglichst breite Kreise an der Regierung [zu beteiligen]“*³.

Hintzes Vorschlag einer Diktatur wurde verworfen: Ludendorff und Hindenburg erklärten, daß ein solcher Schritt in naher Zukunft spektakuläre Siege erfordere und daß daran angesichts der Frontlage nicht zu denken war⁴. Die zweite Alternative machten sich die Generäle jedoch zu eigen, obwohl die Vermutung nahe liegt, daß weder Ludendorff noch Hindenburg von der Tragweite der „Revolution von oben“ klare Vorstellungen hatten. Es ist quellenmäßig einwandfrei nachweisbar, daß zumindest Ludendorff, als er Hertling nach Spa bestellte, ursprünglich nur an die Beteiligung der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Fortschrittspartei in die bestehende Regierung dachte. Das bestehende Verfassungssystem wollte er genauso wie Hindenburg unangetastet lassen⁵.

Was Ludendorff und seinem Stab auf militärischem Gebiet immer wieder mißlungen war, nämlich einen völligen Durchbruch an der Westfront zu erzielen, gelang Staatssekretär Hintze auf politischem Gebiet vollkommen. Obwohl Ludendorff nach dem Krieg zu einem glühenden Intimfeind Hintzes wurde und den Admiral als „Freimaurer“ und Vertreter „überstaatlicher Kräfte“ angriff⁶, hatte er am denkwürdigen Tag doch seinem Plan zugestimmt. Hintzes Plan war insofern eine politische Meisterleistung, weil er darauf berechnet war, die OHL psychologisch zu entmachten. Hintzes Vorschläge des 29. September waren generalstabsmäßig präzise formuliert, wobei der Überraschungsfaktor eine entscheidende Rolle spielte. Durch die Idee, das Waffenstillstandsangebot durch die Regierung zu veranlassen, gab er den Militärs die Perspektive, sich der Verantwortung für das Desaster zu entziehen. Das ähnelt gewissen verlorenen Gerichtsprozessen, bei denen der Anwalt nicht mehr so sehr für seinen Mandanten kämpft, sondern eher versucht, seine Kanzlei vor Regreßansprüchen zu schützen. So denkt auch die Führung einer geschlagenen Armee nicht mehr

¹ Ausführlich zur sog. „Revolution von Oben“ vgl. Ebd., **Erzberger, M.**, *Erlebnisse im Weltkrieg*, Berlin 1920, S. 307f., **Payer, F., von**, *Von Bethmann-Hollweg bis Ebert*, S. 82f., **Ritthaler, A.**, *Die Rolle des Staatssekretärs v. Hintze*, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte*, Berlin 1955, Bd. 1, S. 142f.

² **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 418.

³ Vgl. Hintzes Bericht über die Vorgänge in der OHL am 29.09.1918 an den Untersuchungsausschuß des Reichstages, **Untersuchungsausschuß**, Bd. 2, S. 400f.

⁴ Ebd.

⁵ **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 583f.

⁶ **Ludendorff, E.**, *Am Quell deutscher Kraft. Halbmonatsschrift*, München 1936, Folge 23, vom 05.03.36., S. 923.

ausschließlich an das vorübergehend ungeschützte Land, sondern auch daran, den Militärapparat intakt zu halten. Wie der spätere Chef des Generalstabes der Wehrmacht Ludwig Beck festgestellt hat, war die Stimmung in den Stäben des deutschen Heeres am 29. September 1918 so, daß man zu allen Zugeständnissen in der Innenpolitik bereit war, um zu erreichen, daß eine im Westen glaubwürdige Regierung der Armeeführung die Pflicht abnahm, selbst um Waffenstillstand zu bitten: „*Strich die OHL selbst im Westen die [weiße] Flagge ... so begab sie sich ein für allemal der moralischen Wirkung, die von ihr selbst und vom Westheer ausging; so offenbarte sie Heer und Heimat, die darauf nur ganz ungenügend vorbereitet waren, daß der Krieg verloren sei; so gab sie selbst dem Gegner die endgültige Gewißheit des Sieges; so beging sie also gleichzeitig einen militärischen, psychologischen und politischen Fehler*“¹.

Unmittelbar nach der Besprechung mit Hintze trat Ludendorff vor die Abteilungschefs der OHL und erklärte ihnen, daß die OHL fortan die „Revolution von oben“ betreiben werde. Die Annahme der „Revolution von oben“ begründete Ludendorff hauptsächlich damit, „*daß er es für die Führung von erträglichen Waffenstillstands- und Friedensbedingungen unbedingt erforderlich hielte, ein intaktes Heer zur Verfügung zu haben*“². Es gibt keine Gründe, diese Auffassung in Zweifel zu ziehen. Ludendorff sprach vor den versammelten Abteilungschefs der III. OHL³. Zur Annahme des verhängnisvollen Planes einer „Revolution von oben“ durch die OHL muß auch der Umstand mitgewirkt haben, daß im September 1918 ähnliche Gedanken in der deutschen politischen Landschaft durchaus populär waren. Seit dem Mißerfolg der Westoffensive in Deutschland bewußt wurde, geisterten in der Presse Artikel, die einen Staatsumbau im Sinne Hintzes befürworteten. So druckte die angesehene Frankfurter Zeitung am 27. September einen Artikel, in dem es unter anderem hieß: „*Die Lage Deutschlands ist heute so ernst und so schwer wie niemals zuvor. Niemand darf sich täuschen, niemand auch die Pflicht verkennen, die ihm daraus erwächst. Spannen wir jetzt nicht die Kräfte bis zum Äußersten, in stoischem Ertragen und heroischer Leistung, dann kann es kommen, daß die Gegner doch noch ihr Ziel erreichen. Was bringt unser Volk jetzt zu so höchster Kraftthergabe?- nur das Volk selbst aus eigenem, innerstem Impulse kann sich dazu erheben! Nur indem es endgültig sein Schicksal in die eigene Hand nimmt, wird es das ungeheure Maß von Verantwortungsgefühl und Opferbereitschaft finden, das jetzt not tut. Der Masse, der eine Obrigkeit zuredet und befiehlt, wird das nicht abzurufen sein. Dem Volke, das die Entscheidung über seine Gegenwart und seine ganze Zukunft sich selbst anvertraut fühlt, wird und muß es gelingen. Das ist der gewaltige Sinn der Demokratie und der ungeheure Kraftstrom, der aus ihr fließt. Und diesen Kraftstrom gilt es jetzt zu entfesseln*“⁴. Walter Rathenau versprach sich in einem von der Vossischen Zeitung abgedruckten Artikel von der Parlamentarisierung Deutschlands einen Volkskrieg, eine „levée en masse“, die sich gegen die Entente richtet⁵.

Ludendorff, wäre er in Fragen der Politik besser bewandert gewesen, hätte Hintzes Idee einer „Revolution von oben“ sicher abgelehnt. Einen grundlegenden Umbau der Staatsordnung inmitten eines verheerenden Krieges vorzunehmen, war von vornherein ein bankrotttes Unternehmen⁶. Als ehemaliger Stabschef des Ostheeres wußte Ludendorff, daß gerade die von der Duma geforderte radikale Systemänderung im März 1917 Rußland kriegsuntüchtig gemacht hat. Das Experiment in Rußland scheiterte, obwohl Rußland seine ideellen und materiellen Ressourcen weit

¹ Beck, L., *Der 29. September 1918*, S. 221-222.

² Chef der Eisenbahnabteilung der OHL Oberst Erich Freiherr von Olderhausen zitiert bei Beck, L., *Der 29. September 1918*, S. 207.

³ Ebd.

⁴ *Frankfurter Zeitung* vom 27.09.1918.

⁵ Niemann, A., *Der Kaiser und die Revolution*, S. 98.

⁶ So schrieb der ehemalige preußische Kriegsminister General Wild von Hohenborn über die Situation der Armee am 03.10.1918 Folgendes: „*Unsere alte schöne Armee existiert nicht mehr. Wir haben ein Milizheer... Die ganzen Linien sind arg dünn. Aber der Franzose greift auch schlapp an; sonst hätte er uns längst über den Haufen geworfen*“, *Militärarchiv Freiburg i. Br.*, Nachlaß Hohenborn, Nr. 5.

weniger erschöpft hatte, als Deutschland im Herbst 1918. „*Wir waren am Ende*“¹. Mit dieser knappen und doch so vielsagenden Feststellung beschrieb Hindenburg ruhiger, ausgewogener und weitaus zutreffender als das mehrbändige Quellenwerk des Weimarer Untersuchungsausschusses den Grund für den Zusammenbruch. Ebenfalls bedenklich waren die Aussichten, das Volk, das nach vier Jahren beispielloser Anstrengung „am Ende“ war, durch eine radikale Verfassungsänderung zusammenzuschweißen. Ein Generalstabsleiter mußte wissen, daß ein Volkskrieg jetzt weder psychologisch noch materiell zu verwirklichen war. „*Wer sollte leugnen, daß jetzt, wo die schwersten Stunden des Vaterlandes nahten, alles darauf ankam, alle Kraft des deutschen Volkes aufzurufen und sie einer großen Sache dienstbar zu machen? Nur genügt es in solchen Zeiten der höchsten Not nicht, Kräfte zu entfesseln, die Kräfte müssen auch geführt werden*“, warnte Helfferich, der aber im September genausowenig Gehör fand, wie im Sommer². Selbst General Ludwig Beck, der im 2. Weltkrieg einen Staatsstreich unternehmen sollte, hat in seiner Untersuchung zu den Vorgängen des 29. September folgendes geschrieben: „*Ludendorff hat den 8. August 1918 als den schwarzen Tag des deutschen Heeres in der Geschichte des Krieges bezeichnet. Ich glaube die geschichtliche Kritik ist ebenso berechtigt, den 29. September als einen schwarzen Tag der deutschen Führung in der Geschichte des Krieges zu bezeichnen*“³.

Nach der Besprechung mit Ludendorff ging Hintze zum Reichskanzler und setzte ihn von den bevorstehenden Veränderungen in Kenntnis. „*Das Gespräch zwischen [Hintze] und meinem Vater war kurz*“, berichtete Hertlings Sohn⁴. Der Gründer der Görresgesellschaft und der Deutschen Gesellschaft für Christliche Kunst Reichskanzler Graf Georg von Hertling war nach dem Urteil seines Sohnes ein „Mann der Wissenschaft, der stille Gelehrte“, dessen Hauptanliegen „christliche Sozialpolitik“ und christliche Moral waren⁵. Als typischer Vertreter des politischen Katholizismus der älteren Generation engagierte sich Hertling für die Linderung sozialer Not, war aber gleichzeitig „*ein absoluter Gegner der von vielen heiß erstrebten Parlamentarisierung in Deutschland*“⁶. Hertlings Gesundheit war während seiner gesamten Kanzlerschaft so schwach, daß es während seiner Aufenthalte in Spa zu den Pflichten des Oberstabsarztes gehörte, dem Kanzler „*mit großer Gewissenhaftigkeit, jeden zweiten Tag*“ einen Besuch abzustatten⁷. In moralischer Hinsicht trennten ihn von Hintze zwar Welten, andererseits besaß Hertling aber weder große Durchsetzungskraft noch Machthunger. Er war einfach ein greiser Mann, der nichts anderes erstrebte, als den Abend seines Lebens in Ruhe zu verbringen. „*Wenn sie nur wüßten, wie gerne ich gestürzt wäre*“, soll er einem Abgeordneten des bayerischen Landtags lange vor dem 29. September 1918 mitgeteilt haben, und er hat diese Einstellung bis zu seinem Rücktritt nicht aufgegeben⁸. Schon seiner Ernennung zum Reichskanzler hatte Hertling nur widerwillig zugestimmt, als seine Umgebung an sein Pflichtgefühl appellierte⁹. Auf seinen Untergebenen Hintze hatte Hertling überhaupt keinen Einfluß. Bezeichnenderweise erteilte er dem Admiral schon seit dem Kronrat am 14. August keine Direktiven mehr, sondern bat ihn nur um die Zeit zurückzutreten, sollten Hintzes Pläne seinen Überzeugungen zuwiderlaufen¹⁰. Über die Pläne des Waffenstillstandsangebots bis zum 1. Oktober und der gleichzeitigen „Revolution

¹ Hindenburg, P., *Aus meinem Leben*, Leipzig 1933, S. 314.

² Helfferich, K., *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 522.

³ Beck, L., *Der 29. September 1918*, S. 213.

⁴ Hertling, K., Graf, von, *Ein Jahr in der Reichskanzlei*, S. 180.

⁵ Hertling, K., Graf, von, *Ein Jahr in der Reichskanzlei*, S. 25-27.

⁶ Ebd.

⁷ Hertling, K., Graf, von, *Ein Jahr in der Reichskanzlei*, S. 155.

⁸ Hertling, K., Graf, von, *Ein Jahr in der Reichskanzlei*, S. 26.

⁹ Vgl. **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Mertz von Quirnheim, *Im Großen Hauptquartier*, Nr. 26. Laut seinen Aufzeichnungen war Mertz im Auftrage der OHL am 03.11.1917 zu Hertling gereist und hatte ihm die Unterstützung der OHL versichert.

¹⁰ Vgl. Hertling, K., Graf, von, *Ein Jahr in der Reichskanzlei*, S. 165f.

von oben“ (deren Einzelheiten er erst nach seiner Ankunft in Spa erfuhr), war Hertling erschüttert und überrumpelt¹. Hintze präsentierte ihm die Ergebnisse der Übereinkunft mit Hindenburg und Ludendorff, die aus der Beratung hervorgingen, bei der der Reichskanzler gar nicht zugegen war. Auf den Gedanken, daß er Hintzes „Revolution von oben“ abwenden könne, ist Hertling gar nicht gekommen. Dabei war Hintze ihm direkt unterstellt und weder Ludendorff noch Hindenburg hatten das Recht, Verfassungsänderungen auch nur vorzuschlagen. Hertling leistete aber keinen Widerstand, sondern bat um Erlaubnis, zurückzutreten². Am entscheidenden Vortrag beim Kaiser, der am Nachmittag des 29. September stattfand und auf dem Hindenburg, Ludendorff und Hintze Wilhelm II. über die „Revolution von oben“ informierten, hat Hertling nicht mehr teilgenommen³.

Was machte aber in diesen Tagen der Kaiser, über dessen Schicksal Vorentscheidungen getroffen wurden? Anstatt mit dem Kronrat vom 14. August seine Macht zu stärken (wozu er rechtlich nach Meinung mancher Historiker durchaus in der Lage gewesen wäre⁴), verbrachte Wilhelm II. seine letzten Wochen mit verschiedenen öffentlichen Auftritten. Dabei stellte sich sehr bald heraus, daß die Zeiten für solche Auftritte denkbar unpassend waren. Am 9. September unternahm der Kaiser eine Reise nach Essen, wo er die Kruppschen Werkanlagen inspizierte. In einer vor etwa 1 000 Arbeitern gehaltenen Ansprache sollte Wilhelm II. eine Rede vorlesen, die ihm General von Berg vorgelegt hatte, Valentinis Nachfolger als Chef des Zivilkabinetts. Aber Wilhelm II. hielt sich nicht an die Vorlage, sondern sprach frei⁵. Mit bewegten Worten beschwor er seine Zuhörer einerseits, die letzten Kräfte für das Vaterland zu mobilisieren, andererseits überfrachtete er seine Rede mit Demagogie: *„Wie können wir Gott gefallen und sein Herz erweichen? Dadurch, daß wir unsere Pflicht tun! Worin besteht unsere Pflicht? Unser Vaterland frei zu machen. Jeder von uns bekommt seine Aufgabe von oben zugeteilt: Du an deinem Hammer, Du an deiner Drehbank und ich auf meinem Thron ... Und nun meine Freunde, laßt euch auf etwas hinweisen, was kürzlich in Moskau passiert ist: Die gewaltige Verschwörung gegen die jetzige Regierung. Das parlamentarisch regierte und demokratische Volk der Engländer hat die ultrademokratische Regierung, die das russische Volk jetzt zu formulieren begonnen hat, zu stürzen versucht, weil diese Regierung in Wahrnehmung der Interessen ihres Vaterlandes dem Volk den Frieden ... erhalten, der Angelsachse aber noch keinen Frieden haben will. Es ist ein Beweis des Gefühls der Unterlegenheit, daß es zu solchen verbrecherischen Mittel greift“*⁶. Laut Augenzeugenberichten hinterließ die Rede bei der Zuhörerschaft einen negativen Eindruck und sorgte selbst bei der Begleitung für Beklemmung. A. Niemann beschrieb die Szene wie folgt: *„Ich blickte auf die Zuhörer. Der innere Kontakt ging mehr und mehr verloren. Die Mienen erstarrten, und je mehr der Kaiser sich steigerte, um so offenkundiger wurde die Ablehnung“*⁷. Zivilkabinettschef General von Berg schrieb in seinem Augenzeugenbericht: *„Der stellvertretende kommandierende General fragte mich beim Herausgehen: Sie sehen ja so rot aus? Ich antwortete ihm: Wundern sie sich darüber nach der Rede?“*⁸. Die ganze Nacht mußte Berg am Text der kaiserlichen Rede Korrekturen vornehmen, bevor man sie der Presse weitergeben konnte⁹.

¹ Ebd.

² Ebd., **Potthoff, H. (Hrsg.)**, *Friedrich v. Berg als Chef des geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß*, in: *Quellen*, Bd. 7., Düsseldorf 1971, S. 179.

³ Ebd.

⁴ Vgl. **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 1974, S. 211f.

⁵ Bergs Schilderung bei **Potthoff, H. (Hrsg.)**, *Friedrich v. Berg*, S. 168f.

⁶ Der vollständige Text der Rede Wilhelms II. bei **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918*, Bd. 2, S. 315-317.

⁷ Vgl. **Niemann, A.**, *Der Kaiser und die Revolution*, S. 81.

⁸ **Potthoff, H. (Hrsg.)**, *Friedrich v. Berg*, S. 170.

⁹ **Potthoff, H. (Hrsg.)**, *Friedrich v. Berg*, S. 170.

Der unglückliche Auftritt in Essen hatte zwar auf Wilhelm II. in dem Sinne ernüchternd gewirkt, daß er sich fortan ausgeglichener in der Öffentlichkeit verhielt, hielt ihn aber nicht davon ab, seine Auftritte fortzusetzen. So trat er am 24. September abends „die von Admiral Scheer als dringend erwünscht bezeichnete Reise nach Kiel“ an¹. Bemerkenswerterweise verlief die Repräsentationsvisite des Kaisers in die Stadt, in der die Revolution ihren Ursprung nehmen sollte, durchaus glänzend. In Kiel waren im September noch keinerlei Anzeichen für das beginnende Verhängnis festzustellen. „Einen vorzüglichen Eindruck machten die Marineteile, die um die Mittagszeit auf dem Exerzierplatz in Parade vorgeführt wurden, ein prachtvolles äußerlich unberührtes Menschenmaterial“, schrieb Niemann vom Zustand des Marinestützpunktes². Nicht anders stand es ihm zufolge auch mit der Stimmung unter den Zivilisten, obwohl manche Arbeiter der Kieler Werft während des kaiserlichen Besuchs keine Begeisterung zeigten: „In langsamer Fahrt ging es durch die Straßen Kiels. Tausende und Abertausende von Männern, Frauen und Kindern begrüßten hier den Monarchen mit endlosem Jubel, und es standen in den dichten Reihen nicht allein Kinder der wohlhabenden Schichten, sondern wohl in der Hauptsache Arbeiterjugend. Wer hätte gedacht, daß hier eine unselige Revolution ihren Ausgangspunkt haben würde?“³. Der Chef des geheimen Zivilkabinetts pflichtete ihm bei: „Nirgends merkte man etwas von einer Gärung oder Unzufriedenheit. Es ist auch nicht im Privatgespräch darüber gesprochen worden“⁴. Am 26. September weilte Wilhelm II. noch in Kiel, wo er an einer Marineübung teilnahm⁵. Was am 29. September vormittags von Hintze und Ludendorff im Hôtel Britannique in Spa beschlossen wurde, nämlich eine „Revolution von oben“ durchzuführen, sollte der Kaiser mit allen Einzelheiten erst später erfahren, nachdem er in Begleitung Major Niemanns in Spa eingetroffen war⁶.

Wie hat Wilhelm II. auf die Nachricht vom Waffenstillstandsangebot reagiert? General von Berg berichtet in seinen Aufzeichnungen, daß die Nachricht in der kaiserlichen Umgebung einen Schock ausgelöst hatte: „Ich fuhr von der Bahn direkt zum Kaiser. Man saß schon bei Tisch; ich fand gedrückte Stimmung vor. Nach Tisch ging der Kaiser mit mir in den Garten und sagte mir, die OHL habe ihm heute vorgetragen, die militärische Lage sei unrettbar verloren und man müsse, um einer vollkommenen Katastrophe vorzubeugen, sofort Frieden schließen. Der Kaiser war sehr ernst, aber ruhig. Mir war zumute, als ob man mir mit der Axt auf den Kopf hiebe“⁷. Wie hatte aber Wilhelm II. auf die Wendung reagiert, daß Graf Hertling den Kanzlerposten aufgab und in Deutschland eine rasche Parlamentarisierung durchgeführt werden mußte? „Was ich im Laufe des Tages erfuhr, deutete auf eine heillose Verwirrung“, beschrieb Niemann seine Eindrücke. „Als ich zur Abendtafel ins Kaiserquartier kam, fand ich stille Resignation, die aber von einer unverkennbaren Mißstimmung gegen General Ludendorff begleitet war“⁸. Niemanns Beschreibung trifft genau den Punkt. Während des Vortrags beim Kaiser, der unmittelbar nach der Konferenz zwischen Hintze, Ludendorff und Hindenburg stattfand, war „stille Resignation“ das einzige, was der Kaiser dem Willen der Militärs entgegenzusetzen hatte. An der Besprechung nahmen nur Hindenburg und Ludendorff teil. Die Regierung wurde lediglich von Hintze vertreten. „Seine Majestät der Kaiser“, berichtet Hintze, „hörten den Vortrag in beherrschter Bewegung, in königlicher Würde an und erklärten sich mit dem entwickelten Programm einverstanden“⁹.

¹ Niemann, A., *Der Kaiser und die Revolution*, S. 85-86. Zum Verlauf des Besuches in Kiel auch Müller, A., *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, S. 417f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Potthoff, H. (Hrsg.), *Friedrich v. Berg*, S. 174.

⁵ Ebd.

⁶ Müller, A., *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, S. 420.

⁷ Potthoff, H. (Hrsg.), *Friedrich v. Berg*, S. 178.

⁸ Niemann, A., *Der Kaiser und die Revolution*, S. 90.

⁹ Untersuchungsausschuß, Bd. 2, S. 401f.

Merkwürdig an den Vorgängen des 29. September ist, wie undramatisch und gedämpft, wie glatt und selbstverständlich sich alles abspielte. Immerhin handelte es sich darum, die kaiserliche Genehmigung einzuholen, den vier Jahre lang geführten Krieg verloren zu geben und zugleich das Bismarcksche Verfassungsgebäude niederzureißen. Es wurde beschlossen, sich unverzüglich an den amerikanischen Präsidenten Wilson zu wenden und ihn im Namen der deutschen Regierung als Vermittler einzuschalten. Das einzige, was in dieser Beratung für Debatten sorgte war die Bitte Hintzes um sofortige Entlassung und die Frage nach einem neuen Reichskanzler. Hintze begründete sein Ersuchen damit, daß er in der politischen Landschaft als „Reaktionär“ verschrien war¹. Dieses Ersuchen wurde aber abgelehnt und Hintze mußte noch bis zum 7. Oktober auf seinem Posten verbleiben². Viel schwieriger gestaltete sich die Suche nach dem Nachfolger Hertlings, wobei auch bei der Erörterung dieser Frage Wilhelm II. denkbar passiv war. Auf Ratschlag Bergs befürwortete Wilhelm II. zuerst die Kandidatur eines Militärs und war geneigt, General Falkenhausen zum Reichskanzler zu ernennen³. Als Ludendorff und Hindenburg die Erklärung abgaben, daß ein General auf dem Kanzlerposten angesichts der gegebenen Situation eine zu große Zumutung darstellte, ließ Wilhelm II. sein Vorhaben fallen⁴. Dem Chef des Zivilkabinetts zufolge standen am 29. September gleich mehrere Kandidaten zur Debatte: Der scheidende Hertling befürwortete die Kandidatur des badischen Kronprinzen Max, oder des Staatssekretärs im Reichsschatzamt Roedern⁵. Es wurde erörtert, daß die Reichstagsmehrheit dazu neigte, einen Politiker aus ihren Reihen zu ernennen. Als möglicher Kandidat der Reichstagsparteien wurde Vizekanzler Payer gehandelt. Außerdem fielen die Namen des Landwirtschaftsministers Schorlemer-Lieser und des Staatssekretärs im Reichskolonialamt Wilhelm Solff⁶. Payer wäre wahrscheinlich der geeignetere Kandidat gewesen. Seine Kandidatur fiel jedoch nur wenig ins Gewicht, weil sich bald herausstellte, daß Payer über keine Unterstützung im Reichstag verfügte. Auch war er selbst nur wenig geneigt, den Kanzlerposten anzunehmen⁷. Graf Roedern weigerte sich ebenfalls die Kanzlerschaft anzutreten, was aufgrund seiner Anwesenheit in Spa unverzüglich auch entsprochen wurde⁸. Nach Bergs Zeugnis wurde am 29. September noch kein endgültiger Beschluß bezüglich der Kanzlerkandidatur gefaßt⁹. Es war eine weitere verhängnisvolle Episode, daß Wilhelm II. seine wichtigste Prerogative nicht wahrgenommen hat. Anstatt die Initiative zu ergreifen und einen entschlossenen Menschen seines Vertrauens zum Kanzler zu ernennen - was nach der Bismarckschen Verfassung seine Pflicht gewesen wäre -, entsandte der Kaiser noch am gleichen Tag Staatssekretär Roedern, General v. Berg und Major von dem Bussche nach Berlin, um über die Bildung der neuen Regierung zu verhandeln. Bereits am 30. September verhandelte Roedern mit den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages. Erst in dieser Situation tauchte unerwartet Max von Baden als möglicher Nachfolger Hertlings auf.

Maximilian Prinz von Baden war im Herbst 1918 nur 51 Jahre alt und schon durch diesen Umstand unterschied er sich sehr von seinen Vorgängern, die angefangen mit Bethmann doch alle betagte Herren waren. Im Herbst 1918 war er in der Öffentlichkeit eine eher unbekannte Größe: Alles, was ein politisch interessierter Bürger in Deutschland von ihm wußte war, daß er sich ziemlich erfolgreich beim Roten Kreuz betätigte und daß er drei Reden gehalten hatte, die

¹ Ebd., **Potthoff, H. (Hrsg.)**, *Friedrich v. Berg*, S. 189f.

² Ebd.

³ Vgl. **Untersuchungsausschuß**, Bd. 2, S. 267, 410, 418, **Potthoff, H. (Hrsg.)**, *Friedrich v. Berg*, S. 179f. **Müller, A.**, *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, S. 416. Zur Stellungnahme des Generals Falkenhausen vgl. **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Falkenhausen, Nr. 2.

⁴ Ebd.

⁵ **Potthoff, H. (Hrsg.)**, *Friedrich v. Berg*, S. 180.

⁶ Ebd.

⁷ **Payer, F., von**, *Von Bethmann-Hollweg bis Ebert*, S. 84.

⁸ **Potthoff, H. (Hrsg.)**, *Friedrich v. Berg*, S. 180f.

⁹ Ebd.

ihn als liberal gesinnten Befürworter eines Verständigungsfriedens und einer Liberalisierung im Reichsinneren empfahlen¹. Rein äußerlich war Max von Baden eine imposante Erscheinung: Groß, schlank, elegant, mit etwas müde-skeptischem Blick und einem sorgfältig gestutztem Schnurrbart ein würdiger Vertreter des Ancien Régime, der sich durch vorzügliche Manieren und ausgezeichnete Bildung Gesprächspartnern stets empfahl. Väterlicherseits vereinte Max zwei große Traditionen des deutschen Adels: Er war ein Nachkomme der seit 998 bezeugten Zähringer und der schwäbischen Linie der Hohenzollern. Als Sohn der Prinzessin Leuchtenburg-Romanowsky, einer Nichte des napoleonischen Vizekönigs von Neapel, verband ihn eine Linie zu Napoleon I. Da eine seiner Tanten die Tochter des russischen Zaren Aleksander II. war, besaß Max von Baden ausgeprägte verwandtschaftliche Beziehungen auch zu den Romanovs, die in manche badische Linien eingeheiratet hatten². Während des Krieges ermöglichte dieser Umstand Max von Baden, sehr erfolgreich die Interessen deutscher Gefangenen in Rußland zu vertreten. Auf dem Gebiet dynastischer Verbindungen hatte Max von Baden schon lange vor dem Krieg eine glänzende Karriere hinter sich. Als Vetter des kinderlosen Großherzogs von Baden Friedrich II. war Max badischer Kronprinz geworden. Durch Heirat wurde er Schwager des Welfenherzogs Ernst-August von Braunschweig und brachte es zur Verwandtschaft mit dem regierenden Haus der Hohenzollern. 1913 arrangierte er die Heirat der einzigen Tochter Wilhelms II. mit Ernst-August, ein besonders erfolgreicher Coup, denn Wilhelms Biographen zufolge hatte der Kaiser für seine Tochter sehr viel übrig³. Über diese Schiene sollte Max während des Krieges immer wieder versuchen, an den Kaiser heranzutreten. Er war mit der Gefangenenfürsorge nicht ausgelastet und besaß weitgehende politische Aspirationen.

Wie einer seiner Biographen festgestellt hat, zeichnete sich Max von Baden charaktermäßig durch „erstaunliches Sendungsbewußtsein“ und „illusionären Optimismus“ aus, was an Aleksander Kerenskij erinnert⁴. Freilich war Max rein äußerlich mit dem Demagogen der Februardemokratie nur sehr schlecht zu vergleichen: Als vielseitig gebildeter Mensch verhielt er sich weitaus souveräner nach außen und vermied pathetische Auftritte, die seinem russischen Zeitgenossen so viele peinliche Szenen bescherten. Aber die Dokumente, die von Prinz Max veröffentlicht wurden, strotzen geradezu von Phrasen, die durchaus auch eines Kerenskij würdig waren: Er „*war nun einmal der Fahnenträger unserer Richtung geworden*“, sein Name und sein Programm „*würden in Feindesland sprengen und in der Heimat sammeln*“, oder er traue sich zu, die Engländer „*in die Schranke zu rufen, das Wahlrecht durchzukämpfen, die Majorität, die heute führen wollte, in eine loyale Gefolgschaft zu verwandeln, die Vaterlandspartei in eine nicht minder loyale Opposition*“⁵. Dabei besaß Max von Baden über keinerlei Voraussetzungen, diese Worte in Taten umzusetzen, sondern war denkbar ungeeignet, den Kanzlerposten in einer so schwierigen Stunde anzunehmen. Ihm waren die typischen Laster seiner russischen Verwandten eigen: Anstatt sich auf seinen Bereich zu konzentrieren, gefiel sich Max von Baden in der Rolle eines Liberalen, der nicht vor Populismus zurückschreckte, um dem „Volk“ seine Ergebenheit zu beweisen. Wie bei vielen russischen Großfürsten geschah dies oft auf Kosten des regierenden Hauses, als Max sich nicht genierte, die eigene Popularität durch oppositionelle Auftritte zu steigern. Diese Tendenzen waren in der kaiserlichen Umgebung durchaus bekannt und sorgten für Mißstimmung dem „roten Prinzen“ gegenüber⁶. Alle drei kaiserlichen Kabinette stemmten sich mit aller Kraft gegen die Kandidatur Max' von Baden. Die Chefs der

¹ Helfferich, K., *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 528f.

² Baden, M., von., *Erinnerungen*, S. 85.

³ Vgl. Balfour, M., *Der Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit*, Berlin 1973.

⁴ Über die Persönlichkeit des Prinzen und seine politischen Vorstellungen vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. XIVf. und die Einleitung bei Mann, G., *Prinz Max von Baden und das Ende der Monarchie in Deutschland*, in: Mann, G., Burckhardt, A. (Hrsg.), *Max von Baden. Erinnerungen und Dokumente*, Stuttgart 1968.

⁵ Baden, M., von., *Erinnerungen und Dokumente*, S. 315.

⁶ Görnitz, W., *November 1918.*, S. 17.

Militär- und Marinekabinetts konferierten über die Kandidatur des badischen Prinzen und kamen zur Übereinkunft, er sei „ein ganz hochmütiger Ignorant, unfähig zu einer ernsten Arbeit“¹.

Seine Popularität bei den kriegsüberdrüssigen Mehrheitsparteien im Reichstag erlangte der künftige Kanzler hauptsächlich durch öffentliche Auftritte. Es war seit 1917 bekannt, daß Max von Baden in der Öffentlichkeit für eine Änderung der Staatsform in Richtung Parlamentarisierung eintrat². Außenpolitisch ließ er schon 1917 durchblicken, daß er einen Verhandlungsfrieden annehmen würde. Nicht unähnlich Wilson verknüpfte Fürst Max seine Forderungen mit einem Appell an die Moral der zivilisierten Welt, als er seit Dezember 1917 in seinen Reden und Schriften vom „Weltgewissen“ sprach³.

Im Unterschied zu Wilson, der zwar an Moral appellierte, gleichzeitig aber eine zielstrebige Politik verfolgte, war Max von Baden ein Theoretiker. Seine politischen Vorstellungen waren widersprüchlich und denkbar inkonsequent. Max von Baden war nämlich nicht nur ein Propagandist des „Weltgewissens“, sondern forderte gleichzeitig auch die Schaffung eines Imperiums von Weltrang. In seiner Freizeit war er ein glühender Anhänger der Theorie des „Ethischen Imperialismus“ und bombardierte den Kaiser all die Kriegsjahre hindurch mit seinen diesbezüglichen Denkschriften⁴. Der künftige Kanzler vertrat die These, daß Großbritannien durch den gegenwärtigen Krieg geschwächt würde und nach dem Weltkrieg eine politische Epoche anbrechen werde, in der Deutschland und die USA um das Erbe des Vereinigten Königreichs konkurrieren würden⁵. Laut der Theorie des „Ethischen Imperialismus“ käme es für Deutschland, lediglich darauf an, durch gezielte Propaganda und gutes Beispiel die Welt von der Rechtmäßigkeit deutscher Machtansprüche zu überzeugen⁶. Welche politischen Überzeugungen Max von Baden inoffiziell vertrat, schrieb er in einem Privatbrief an den Reichstagsabgeordneten Haußmann am 17. Dezember 1917. Dort entwarf der künftige Kanzler ein Programm, die seine öffentlich verkündeten Ansätze in der Innen- und Außenpolitik leugnete: *„Ich sehe im allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht kein Allheilmittel und bin entschlossen nicht für ein Weitergehen in Dingen des sog. Parlamentarischen Systems. Einen Kampf um dieses System halte ich jetzt einfach für verderblich. Was auf diesem Boden notwendig ist, habe ich mit dem Worten 'vertrauenssuchender Einheitswille von Krone und Volk' bezeichnet. Es darf nicht zu einer Machtfrage gemacht werden, sondern nur unter dem Gesichtspunkt besserer Arbeitsleistung und Vermehrung nationaler Kraft betrachtet werden ... Mit einem Wort: Mitarbeit des Volkes, aber Ausschluß der Massenherrschaft und Demagogie ... Zu der äußeren Politik: Ich meine, man sollte das Resultat im Osten abwarten. Dort werden sich die Dinge ziemlich schnell klären ... und wir werden bald sehen, ob ein uns günstiger Friede zu erreichen ist. Dazu gehört vor allem die Ablösung der baltischen Provinzen und der Ukraine ... Mir scheint, wir haben uns über Belgien genug ausgesprochen. Ich würde vorziehen, wir würden etwas mehr über die Möglichkeit des 'Brückenbauens' zwischen den Nationen wissen, ehe wir Belgien als Kompensationsobjekt aufgeben. Das feindliche Regime ist mir zu knockout und imperialistisch, um uns entgegenzukommen. Hier verhalte ich mich noch abwartend“⁷.*

¹ Müller, A., *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, Eintragung vom 30.09.1918.

² Zitiert bei Helfferich, K., *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 528-529.

³ Ebd.

⁴ Zum „Ethischen Imperialismus“, vgl. Baden, M., von., *Erinnerungen und Dokumente*, S. 249-265.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ **Hauptstaatsarchiv Stuttgart**, *Nachlaß Conrad Haußmann*, Nr. 29.

Besonders verhängnisvoll war, daß diese Ideen nicht dem badischen Prinzen selbst entstammten, sondern den geistigen Ergüssen seiner Umgebung¹. Zum Teil waren seine Berater ziemlich dubiose Figuren, etwa in der Art, wie sie General Kornilov in der Stawka besaß. Ideologisch stand Max von Baden unter dem Einfluß des Publizisten Paul Rohrbach und eines jungen Bankierssohnes, Kurt Hahn. Wie Alfred Rosenberg stammte Rohrbach aus den russischen Ostseeprovinzen und war einer der einflußreichsten Publizisten in Deutschland². Es ist quellenmäßig nicht festzustellen, inwieweit Rohrbachs Pläne einer Zerstückelung Rußlands von Max von Baden übernommen wurden. Unbestreitbar ist allerdings, daß Rohrbach einen großen Beitrag an der vom künftigen Kanzler vertretenen Theorie des „Ethischen Imperialismus“ lieferte. Noch verhängnisvoller war allerdings die Beziehung zu Kurt Hahn, der in Deutschland eine Rolle gespielt hat, wie etwa Zavojko im Stab von Kornilov. Ungeachtet seiner späteren Leistungen im Erziehungswesen³ muß konstatiert werden, daß Hahn 1918 kaum empfohlen war, einen Reichskanzler zu beraten. Mit 32 Jahren besaß er keinerlei Erfahrung, weder in der Politik, sondern im Leben überhaupt. Wie zahlreiche Zeitgenossen bezeugten, muß Kurt Hahn ein Mensch von beträchtlicher Intelligenz und Ausstrahlungskraft gewesen sein, die er sehr gut einzusetzen verstand. Seine Ausbildung in Großbritannien brachte ihm während des Krieges die Stelle eines Englischlektors im Auswärtigen Amt ein, wo er in der angegliederten „Zentralstelle für Auslandsdienst“ wirkte. Dort machte er mit seinen Vorträgen einen so glänzenden Eindruck, daß er nicht nur von der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes übernommen wurde, sondern auch zahlreiche Bekanntschaften mit Politikern schloß⁴. Einer von ihnen war Max von Baden, der Hahn sofort zu seinem Berater machte⁵. Wie ein einflußreicher zeitgenössischer Diplomat festgestellt hat, gehörte Hahn „zum Kreis von Personen um den Prinzen Max, die von Beginn des Krieges an so etwas wie eine geistige Widerstandsbewegung gegen den Mangel an Psychologie in der deutschen Außenpolitik darstellten“⁶. Philipp Scheidemann, der während Max' Kanzlerschaft seinen ganzen Einfluß darauf verwendete, Hahns Ernennung zum Minister zu verhindern, verspottete ihn in seinen „Memoiren eines Sozialdemokraten“ als „ethischen Imperialisten“ und ließ durchblicken, daß vor allem Hahn diese Lehre ausgearbeitet habe⁷. Gegen Kriegsende war Kurt Hahn ein glühender Anhänger der Idee, in Deutschland eine „neue Elite“ zu züchten, die ähnlich wie die britische Oberschicht die Landesregierung übernehmen sollte⁸. „Im Prinzen sah er die Verkörperung einer neuen Führerschicht - ein Begriff, der später einmal in anderem Munde eine gänzlich andere, fatale Bedeutung erlangen sollte“, so umschrieb ein kundiger Militärhistoriker Hahns Beitrag zur Theorie des „Ethischen Imperialismus“⁹. Da Hahn trotz seiner Jugend dem künftigen Kanzler geistig turmhoch überlegen war, geriet Max von Baden gleich zu Beginn ihrer Bekanntschaft in totale geistige Abhängigkeit von seinem charismatischen Berater. Den Einfluß auf seine Person versuchte Max von Baden später nicht einmal zu verstecken. Diese Abhängigkeit des badischen Prinzen von seinem Berater sollte während der Kanzlerschaft der Öffentlichkeit bekannt werden und dem Ansehen des Kanzlers großen Schaden zufügen.

¹ Scheidemann, P., *Memoiren eines Sozialdemokraten*, 2 Bde., Dresden 1928, Bd. 2, S. 175f., Haußmann, C., *Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen*, Frankfurt 1924, S. 233f.

² Rohrbach, P., *Rußland und wir*, Stuttgart 1915.

³ Vgl. Esser, W. (Hrsg.), *Kurt Hahn. Erinnerungen, Gedanken, Aufforderungen, Beiträge zum 100. Geburtstag des Reformpädagogen*, Lüneburg 1987.

⁴ *Quellen*, 1. Reihe, S. XVII.

⁵ Ebd.

⁶ Prittwitz und Gaffron, F., von, *Zwischen Petersburg und Washington. Ein Diplomatenleben*, München 1952, S. 97f.

⁷ Scheidemann, P., *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 194f. Der Diplomat Friedrich Rosen stellte fest, daß Hahn „der Verfasser der meisten Kundgebungen Max“ war, vgl. Rosen, F., *Aus meinem diplomatischen Wanderleben*, Wiesbaden 1959, S. 206.

⁸ Görlitz, W., *November 1918.*, S. 19.

⁹ Ebd.

Als der Kaiser Hertling, Roedern und Bussche mit dem Auftrag, einen neuen Kanzler zu ermitteln, nach Berlin sandte, war der Erlaß bereits formuliert, der einerseits die rechtliche Basis der künftigen Parlamentarisierung bildete, andererseits in seiner Formulierung fatal an das Abdankungsmanifest Nikolajs II. erinnerte. In diesem Dokument, das offiziell Hertlings Rücktritt genehmigte, hieß es unter anderem: „*Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschichte des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weiterem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung. Ich bitte Sie, Ihr Werk damit abzuschließen, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von mir gewollten Maßnahmen in die Wege leiten ... Ihren Vorschlägen hierfür sehe ich entgegen*“¹.

Diese wunderbaren Phrasen konnten nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Maßnahme nur aufgrund des Mißerfolges in der Kriegsführung verabschiedet wurde. Auf diese Weise kam die parlamentarische Regierungsform in Deutschland nicht nur als verordnete Maßnahme zustande, sondern auch denkbar unerwartet². Die politische Realität in Berlin im Herbst 1918 war aber so, daß die Reichstagsmehrheit reichlich unvorbereitet war, die Macht zu übernehmen. Die Reichstagspolitiker hatten zwar eine solche Wendung bereits seit 1915 erstrebt, die plötzliche Wende, wie sie Hintze am 29. September organisierte, hatte niemand vorausgesehen. Da der Kaiser sich die Kanzlerernennung vom Leibe hielt, ist es wenig verwunderlich, daß seinen Beauftragten in Berlin die Initiative sofort entglitt. Es war wiederum für die innenpolitische Lage im Herbst 1918 bezeichnend, „*daß die Mehrheitsparteien keinen Mann aufzuweisen hatten, der an die Spitze der Regierung trat*“³. Wäre der neue Kanzler von den Mehrheitsparteien des Reichstages bestimmt worden, hätte man den Fehler des Kaisers womöglich ausbügeln können. Doch der erste demokratische Kanzler Deutschlands verdankte seinen Amtsantritt einer politischen Intrige.

Das Verdienst, den badischen Prinzen als Hertlings Nachfolger „lanciert“⁴ zu haben, können drei Menschen für sich in Anspruch nehmen. Der Stuttgarter Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordnete der Fortschrittlichen Partei Conrad Haußmann, der Englischlektor der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes Kurt Hahn und der Verbindungsoffizier bei der Reichsregierung Oberst v. Haefen. Treibende Kraft dieser „Lancierung“ waren aber nicht Haußmann oder Haefen, sondern der 32-jährige Hahn. Hahn hatte dabei nicht nur den Prinzen als möglichen Kanzlerkandidaten entdeckt, sondern während seiner glänzenden Vorträge über Großbritannien (z. B. in der „Deutschen Gesellschaft von 1914“ im November 1916⁵) einflußreiche Reichstagspolitiker für Max von Baden begeistert. Darunter zählten neben Haußmann auch solche prominente Abgeordnete des Reichstages wie David⁶.

Der erste Versuch Hahns, Max von Baden als möglichen Kanzler zu propagieren, fand bereits 1917 statt, als Bethmann gestürzt wurde. Damals gelang es Hahn, den Prinzen zu der Überlegung zu bewegen, „ob ich denn nicht das Kanzleramt annehmen würde“⁷. Der badische Thronfolger und Generalmajor der Preußischen Armee war von der Perspektive der Kanzlerschaft nicht nur „in eine Erregung“ versetzt worden, über die er „selbst betroffen“ war⁸, sondern ließ sich zu Aktionen verleiten, die mit seiner gesellschaftlichen Stellung kaum in Einklang zu bringen waren. Am 16. Juli 1917 nahm er an einer von Hahn organisierten Zusammenkunft beim Finanzmann Oppenheimer teil, bei der er den

¹ Der vollständige Text des Dokuments bei **Michaelis, H., Schraepler, E. (Hrsg.), Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918**, Bd.2, S. 347.

² Ausführlich hierzu **Wheeler-Bennett, J., Die deutsche Armee in der Politik**, Kap. 1.

³ **Rosenberg, A., Die Entstehung der deutschen Republik**, S. 229.

⁴ So wurde die Angelegenheit von Philipp Scheidemann aufgefaßt, vgl. **Scheidemann, P., Memoiren eines Sozialdemokraten**, Bd. 2, S. 178.

⁵ *Quellen*, 1. Reihe, S. XVII.

⁶ **Bundesarchiv Koblenz**, Nachlaß David, *Kriegstagebuch*, Eintragung von 18.04.1915 und 22.06.1916.

⁷ **Baden, M., von, Erinnerungen und Dokumente**, S. 117.

⁸ Ebd.

anwesenden David von seiner Ergebenheit zu überzeugen versuchte¹. Am 20. Juli 1917 fand ein Treffen mit den schwäbischen Abgeordneten Payer und Haußmann statt, denen Max von Baden ebenfalls seine Bereitschaft signalisierte, Bethmanns Nachfolge anzutreten². Um der Reichstagsmehrheit zu gefallen, verfolgte Max die Verabschiedung der Friedensresolution von der Reichstagstribüne aus und bekundete seine Unterstützung. Damals scheiterten seine Ambitionen aus dem einfachen Grund, daß Bethmanns Nachfolger von Ludendorff bestimmt wurde. Als Michaelis sein Amt antrat, verließ Fürst Max die Hauptstadt, da er „*nichts so sehr, wie den Gedanken, auch nur an die Grenze des Intrigierens heranzukommen [haßte]*“³. Daß die Pläne des badischen Prinzen aber auch nach der Ernennung Michaelis nicht aufgegeben wurden, bezeugt der Schriftverkehr zwischen Hahn und Haußmann. Insbesondere der Brief Hahns an Haußmann vom 22. Juli 1917 verdient dabei Aufmerksamkeit. Auf der mit der Maschine verfaßten Denkschrift, deren Verschlüsselungen Haußmann in eckigen Klammern auflöste, war zu lesen: „*Wir haben neulich einen mächtigen Bundesgenossen bekommen, ich habe aber versprochen, ihn nicht zu nennen ... Ich habe stark den Eindruck, daß in den nächsten 14 Tagen nichts zu machen ist. Heinrich [Michaelis] muß erst eine Galgenfrist haben, M[ax] sich erholen. Inzwischen befindet sich der Schwerpunkt der Lage [Max] im Schwarzwald und dafür ist ein guter Plan entworfen. Mittlerweise ist es auch unmöglich, den Emil [Kaiser] durch Oskar [Reichstagspräsident Kaemp] benachrichtigen zu lassen, denn Emil [Kaiser] muß erst von wo anders präpariert werden. Soeben höre ich, daß Navigator [Unterstaatssekretär Schiffer] in Heinrichs [Michaelis] Firma eintreten will. Es ist absolut notwendig ... daß ein solches Unternehmen keine Nachahmung bei den Majoritätsparteien findet ... Nach meiner Meinung ist die Vorbereitung für alles Gelingen, daß Heinrich [Michaelis] eben keine anständigen Compagnons zusammenkriegt*“⁴. Der Brief zeigt einerseits, wie überzeugt Hahn von seinem endgültigen Erfolg agierte, andererseits, wie tief die Autorität der kaiserlichen Macht bereits gesunken war. Obwohl Max von Baden bei seiner Abreise von Haußmann und Hahn vorsichtshalber „schriftlich“ verlangt hatte, seine Person nicht mehr für den Kanzlerposten zu propagieren⁵, traten beide mit Delbrücks Vermittlungshilfe an Valentini mit dem offiziellen Vorschlag heran, Michaelis durch Prinz Max zu ersetzen⁶. Valentini reichte dann diese Kandidatur an den Kaiser weiter, wo sie sofort abgelehnt wurde⁷. Haußmann zufolge begründete Wilhelm II. seine Absage an Max, daß er „*wohl Rat von einem erfahrenen Staatsmann als Kanzler*“ brauche⁸.

Nach der Ablehnung seiner Kandidatur verschwand Max' Name eine Zeitlang aus den internen politischen Diskussionen Berlins und tauchte erst wieder auf, als nach dem Rücktritt Kühlmanns im Sommer 1918 auch Michaelis' Nachfolger Hertling zu stürzen schien. Diesmal wurde beschlossen, daß der Prinz den parteiinternen Querelen der Hauptstadt fern bleiben und statt dessen dem Kaiser ein überzeugendes Regierungsprogramm vorstellen sollte. Obwohl Max von Baden in seinen Erinnerungen behauptete, dieses Regierungsprogramm selbst entworfen zu haben⁹, ging Philipp Scheidemann von der Urheberschaft Hahns aus, der am 6. September 1918 den Prinzen in seiner Residenz in St. Blasien besucht hatte¹⁰. Hahn und der künftige erste demokratische Kanzler Deutschlands entwickelten in St. Blasien

¹ **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 110 und 116-118f.

² Ebd.

³ **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 122.

⁴ **Hauptstaatsarchiv Stuttgart**, Nachlaß Haußmann, Nr. 54.

⁵ **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 123.

⁶ Vgl. **Valentini, R., von**, *Kaiser und Kabinettschef*, S. 180f.

⁷ Ebd.

⁸ Vgl. den Brief Haußmanns an seine Frau vom 22.06.1918, bei **Haußmann, C.**, *Schlaglichter*, S. 204. Auch Max von Baden gibt ähnliche Beweggründe seiner Ablehnung, vgl. **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 148.

⁹ Der volle Text dieser Denkschrift bei **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 306-311f.

¹⁰ Vgl. **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2., S. 176f.

eigenartige konspirative Talente. Am 7. September schrieb Hahn an Haußmann einen Brief, in dem er ihn einerseits nach St. Blasien einlud, andererseits Tips gab, wie Haußmann seine Ankunft vor dem dort zur Kur weilenden Admiral von Tirpitz verschleiern konnte. Die verschlüsselte Mitteilung zum Klang der polnischen Nationalhymne lautete: „Marie [Max] und ich erwarten Sie hier - in dringlicher Arbeit - in St. Blasien (2 Stunden). Wenn sie in die Nähe kommen, wäre ich aus Lewald-Tirpitz Gründen (beide sind hier) dankbar für Hochklappen des Autoverdecks, um ihre Anwesenheit zu verheimlichen. Ich selbst gehe aus gleichen Gründen nicht aus ... Noch ist Deutschland nicht verloren“¹. Als Haußmann die Ergebnisse der „dringlichen Arbeit“ gelesen hatte, erklärte er Max gegenüber, daß es ihm aufgrund des entworfenen Regierungsprogramms nicht schwer fallen sollte, die Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten und des Zentrums für Max' Kanzlerkandidatur zu gewinnen². Aber auch diesmal sollte der Plan scheitern. Teilweise lag es daran, daß Max von Baden vom entworfenen Regierungsprogramm zu sehr begeistert war und auf die Erkundigungen bei den Reichstagspolitikern gar nicht warten wollte. Er wandte sich brieflich an den Kaiser und schlug ihm seine Kandidatur erneut vor³. Wilhelm II., der nichts von den Vorgängen in St. Blasien wußte, muß über den sechsten Sinn eines regierenden Fürsten verfügt haben. Ähnlich wie Nikolaj II., der in den letzten Monaten seiner Herrschaft von den Großfürsten „gewarnt“ wurde und ihre „Ratschläge“ zurückwies, spürte auch der Kaiser die Illoyalität seines Verwandten. Er schrieb am 11. September an Max von Baden, bedankte sich für seine Mühen und lehnte die Kanzlerkandidatur ab: „Zur Zeit kann anderes nicht in Aussicht genommen werden. Mit treuen Grüßen. Wilhelm II.“⁴. Leider hat der Kaiser genausowenig wie der russische Zar konkrete Schritte unternommen, seinen Verwandten zu disziplinieren.

Wahrscheinlich wäre Max von Baden auch nach dem 29. September nicht zum deutschen Kanzler ernannt worden, wäre es Hahn nicht gelungen, mächtige Fürsprecher im Verwaltungsapparat der OHL zu finden. Hahn gelang dabei ein wahres politisches Kunststück, als es ihm glückte, durch bekannte Politiker aus Süddeutschland an den Generalfeldmarschall Rupprecht von Bayern heranzutreten und diesen für die Kandidatur des badischen Prinzen zu gewinnen⁵. Das Votum des Thronfolgers des zweitgrößten Bundesstaates ließ die Chancen für Max von Baden beträchtlich steigen, aber selbst das politische Gewicht Rupprechts war zu klein, um die Kandidatur durchzubringen⁶. Wie groß eigentlich der Einfluß der Abteilungschefs der OHL gegen Kriegsende gewesen sein muß, kann man schon anhand der Tatsache ersehen, daß nicht Rupprecht, sondern Oberst Haefen den Durchbruch in dieser Frage herbeiführte⁷.

Haefen griff aktiv in die Kanzlersuche ein und schlug Ludendorff vor, Max von Badens Kandidatur zu unterstützen. Der Vater der 1944 hingerichteten Ordonnanz Stauffenbergs Oberst Hans von Haefen war ein hervorragender Offizier des Generalstabes und genoß als solcher die Anerkennung Ludendorffs und Hindenburgs. Haefens Berichte aus der Hauptstadt wurden in Spa immer zu Kenntnis genommen und besaßen erhebliches Gewicht⁸. Hertlings Sohn, der den „Obersten H.“ nur flüchtig gekannt hat und dem wir die Nachricht verdanken, daß Haefen in diesen Tagen sehr bemüht war „Ludendorff zu entlasten“⁹. Was niemand am 1. Oktober in Spa wußte, war, daß

¹ Brief von Hahn an Haußmann vom 07.09.1917, **Hauptstaatsarchiv Stuttgart**: Nachlaß Haußmann, Nr. 29.

² *Quellen*, 1. Reihe, S. XXIII.

³ **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 315.

⁴ Vollständiger Text des Schreibens bei **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 316.

⁵ **Payer, F., von**, *Von Bethmann-Hollweg bis Ebert*, S. 84f.

⁶ Ebd.

⁷ *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. XXIVf.

⁸ Vgl. **Deist, W.**, *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 139-141.

⁹ **Hertling, K., Graf, von**, *Ein Jahr in der Reichskanzlei*, S.183-184.

Haefen Hahn seit 1916 bei seiner Behörde beschäftigte und zu diesen Zeitpunkt von ihm indoktriniert war¹. Ludendorff gegenüber erklärte Haefen, daß seiner Meinung nach Max von Baden schon deshalb als Reichskanzler geeignet sei, weil er sich wie niemand sonst für Verhandlungen mit der Entente und speziell mit Wilson passe. Das Urteil des Leiters der „*Zentralen militärischen Stelle für alle Fragen der psychologischen Kriegsführung*“² konnte unmöglich außer Acht gelassen werden. Aber erst als Ludendorff und Hindenburg dem Kaiser erklärten, daß die Armee nichts gegen die Kanzlerkandidatur von Max von Baden einzuwenden habe, war auch Wilhelm II. bereit, seinen Widerstand einzustellen³.

Welchen Einfluß der Generalstab im letzten Kriegsmonat auf das politische Geschehen in Deutschland hatte, läßt sich daran ermessen, daß Max' Kandidatur trotz der Opposition aller einflußreichen Parteiführer des Reichstages mühelos in der Volksvertretung durchgebracht wurde. In Berlin, wo bereits seit dem 29. September der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages tagte, stieß die Kandidatur des badischen Prinzen auf keinerlei Sympathie. Aus den erhaltenen stenographischen Berichten der Sitzungen läßt sich einwandfrei belegen, daß die Parlamentarier anfangs überhaupt gesonnen waren, einen Reichstagspolitiker zum Reichskanzler zu machen⁴. Am 1. Oktober erklärte Scheidemann im Ausschuß: „*Alle unsere Freunde haben uns erklärt, daß [Max von Baden] ein naives Kind sei. Er hat ein paar gute Reden gehalten, weiter weiß man nichts. Er soll ein prachtvoller Mensch sei, aber von der Politik soll er nichts verstehen*“⁵. „*Wie der Prinz Max steht, weiß keiner*“, lautete das Votum Eberts⁶. Naumann bemängelte, daß der Prinz, „*natürlich keine politische Schulung*“⁷ besaß. Erzberger fragte die Versammelten, ob „*der Herr das Programm [der Mehrheitsparteien überhaupt] verstehen kann, ohne daß es ihm [von Hahn] erklärt wird?*“⁸. Doch trotz aller Bedenken wurde die Kanzlerschaft Max von Badens ohne nennenswerte Schwierigkeiten durchgebracht. Graf Lerchenfeld, den die bayerische Regierung zur Lagebeobachtung abgesandt hatte, bestätigte indirekt Haefens Schlüsselrolle, als er am 2. Oktober den bayerischen Ministerpräsidenten Dandl unterrichtete: „*Wer den Prinzen Max von Baden zuerst vorgeschlagen hat, konnte ich bisher nicht erfahren. Der Kaiser soll selbst Bedenken hegen, ob der Prinz der richtige Mann sei. Herr von Berg, den man für den Kandidaten verantwortlich machen will, scheint auch nicht den Vorschlag gemacht zu haben. So bleibt wohl die Oberste Heeresleitung dafür verantwortlich*“⁹.

Kap. 7. Der Staatsumbau und der Notenaustausch mit Wilson.

Ludendorffs Rücktritt

Als Friedrich Meinecke sein Buch „Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890-1901“ schrieb, gelangte er im Einführungskapitel zur Erkenntnis, daß manche physikalische Gesetze der Planckschen Quantentheorie durchaus auch auf die Staatswesen anwendbar seien: „*Auf ein volles Glas können noch manche*

¹ Vgl. *Quellen*, 1. Reihe, S. XVII.

² Vgl. **Deist, W.**, *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 139-141. Zu Organisation und Aufgaben der Abteilung vgl. **Cron, H.**, *Die Organisation des deutschen Heeres im Weltkriege*, S. 15-18f.

³ Haefen in: **Untersuchungsausschuß**, Bd. 2, S. 369f.

⁴ Zu den stenographischen Aufzeichnungen vgl. *Quellen*, Bd. 2, S. 3-23.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ **BGStA München**, *Akten der bayrischen Gesandtschaft in Berlin*, MA 1943 D.R., Pol. Archiv VII/18.

Tropfen aufgeschüttet werden, ohne daß es überläuft. Sie bilden dann eine Wölbung über dem Glase. Einmal kommt aber der Moment, wo es die hinzufließenden Tropfen nicht mehr aufnimmt, sondern überfließt, und nun fließt merkwürdigerweise nicht nur der letzte Tropfen, sondern die ganze Wölbung ab. Das ist das berühmte Phänomen der Planckschen Quantentheorie. Das geschichtliche Leben bildet Analogien dazu. Lange können die Kräfte einer bestimmten Entwicklung langsam wachsen und zu einer bestimmten Entscheidung drängen, ohne daß es doch zu ihr kommt. Sie scheint dabei überreif zu werden, sie erfolgt auch schließlich. Nun gehen aber die Wirkungen des letzten Tropfens, die sie auslöste, weit über seine ursprüngliche Bedeutung hinaus, und es kann im weiteren Fortgange dieser Wirkungen zu ungeahnten Katastrophen kommen“¹. Die Ereignisse in Deutschland nach dem 29. September verliefen exakt nach dem von Meinecke geschilderten Muster. Der Zusammenbruch im November erfolgte nicht bloß aufgrund der Niederlage an der Front sondern wurde gleichzeitig von einer Kette außen- und innenpolitische Verfehlungen ausgelöst. Insbesondere die Oberste Heeresleitung agierte dabei denkbar unglücklich und löste eine Kettenreaktion aus, die direkt zum Zusammenbruch führen sollte.

Am 1. Oktober setzte sich Oberst von Haefen mit Prinz Max von Baden in Verbindung und schlug ihm im Namen des Chefs des Kaiserlichen Zivilkabinetts Generals von Berg vor, nach Berlin zu fahren, um dort das Kanzleramt zu übernehmen². Zu diesem Zeitpunkt war Max von Baden vom Erfolg seiner Kanzlerschaft so überzeugt, daß er bei seiner Abreise von Dessau seiner Schwester verkündete: *„Ihr könnt von mir alles eher erwarten als ein Friedensangebot“³. Dieses Versprechen vernahm auch die Tochter Wilhelms II. Victoria Luise, die ebenfalls bei der Abfahrt des Prinzen zugegen war⁴. Um 4 Uhr des 1. Oktober in Berlin angekommen, bezog Max von Baden das Hotel „Adlon“ und begann Bedingungen seiner künftigen Kanzlerschaft zu sondieren. Es zeigte sich aber sofort, daß diese Kanzlerschaft unter keinem guten Stern stand. Noch vor der Ankunft des Prinzen in Berlin, erteilte Ludendorff von Haefen den Befehl, den künftigen Kanzler zu drängen, als erste Regierungshandlung das Waffenstillstandsangebot zu erlassen. Ludendorff teilte Haefen mit, „daß jeder Tag des Zögerns und der Untätigkeit verhängnisvoll für die Armee werden könne“⁵. Um den Druck zu erhöhen erteilte Ludendorff dem nach Berlin angereisten Major von dem Bussche den Befehl, Reichstagspolitiker in dem Sinne zu drängen, „daß das Friedensangebot schleunigst erfolge“⁶. Von Haefen traf Max von Baden noch am Bahnhof und verlangte, bereits am nächsten Tag das Friedensangebot an Wilson zu verabschieden.*

Max von Baden bewies sich dabei noch vor seiner Ernennung vollkommen untauglich, den Kanzlerposten zu führen. Anstatt für seine Überzeugungen gerade zu stehen, versuchte er, sich der Verantwortung zu entziehen. Von Haefen gegenüber äußerte Max seine Verwunderung, daß die OHL ihm keine Handlungsfreiheit ließe: *„Meine ganze Politik basierte darauf, daß wir die Kampagne durchhielten. Ich hatte keine Vorstellung davon gehabt, wie furchtbar unsere Lage sei, übrigens die Welt auch nicht“⁷. Er erklärte Haefen, daß unter solchen Bedingungen er sich weigere, das Kanzleramt zu übernehmen, beteiligte sich aber,*

¹ **Meinecke, F.**, *Geschichte des deutsch - englischen Bündnisproblems 1890-1901*, Darmstadt 1972, S. 3f.

² **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 330f.

³ Ebd.

⁴ **Görlitz, W.**, *November 1918*, S. 17.

⁵ Vgl. **Ludendorff, E.**, *Das Friedens und Waffenstillstandsangebot*, Berlin 1919, S. 24-25, **Beck, L.**, *Der 29. September 1918*, S. 208.

⁶ Ebd.

⁷ **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 335.

als ob nichts geschehen wäre, weiter an den Gesprächen seiner Amtsübernahme¹. Seine Weigerung begründete er dabei nicht prinzipiell, sondern erfand immer wieder formelle Gründe. Dem Chef des Zivilkabinetts General von Berg erklärte der Kanzlerkandidat, er kann das Waffenstillstandsangebot nicht unterzeichnen, weil er noch nicht formell zum Kanzler ernannt sei, und Kanzler werden kann er nicht mehr, weil der Großherzog von Baden ihm keine Erlaubnis erteilt hatte². In der Nacht zum 2. Oktober setzte sich Haefen mit Spa in Verbindung und erwirkte, daß Militärs die offizielle Zustimmung des Großherzogs und des Kaisers erteilt wurde³. *„Ich kann nicht verstehen, daß es gerade Max sein muß, der solch Angebot mit seinem Namen decken soll; wenn dies aber unabwendbar ist, so ist es mir vaterländische Pflicht, nicht entgegen zu sein“*⁴, kabelaute der Großherzog von Baden in den kaiserliche Zug nach Köln. Als Max von Baden am 2. Oktober um 10 Uhr Vormittags von der Zustimmung des Großherzogs erfuhr, stellte er andere Bedingungen. Auf die Uneinigkeit der Reichstagspolitiker hoffend, erklärte er Haefen gegenüber, er könne das Kanzleramt erst übernehmen, wenn auch die Mehrheitsparteien die Entscheidung des Waffenstillstandsangebots mittragen würden⁵. Als Bedingung seiner Kanzlerschaft stellte Max von Baden ferner die Regierungsbeteiligung der SPD. Haefens Ermahnung *„Eure Hochherzogliche Hochheit sind nicht nur badischer Thronfolger, sondern auch General der preußischen Armee, um deren Schicksal es jetzt geht“*⁶, wurde zurückgewiesen.

In dieser Situation sahen sich die Militärs gezwungen, den Druck erneut zu erhöhen⁷. Major von dem Bussche versammelte ohne die Regierung auch nur zu informieren⁸ die einflußreichsten Parlamentarier des Reichstages und verkündete ihnen, daß die Westfront jeden Augenblick zusammenzubrechen drohe⁹. Von dem Bussche verfolgte mit seinem Vortrag klare politische Ziele, die darin bestanden, Max von Baden als Kanzlerkandidaten durchzusetzen und gleichzeitig einen möglichen Widerstand der Parlamentarier gegen den in Spa gefaßte Beschluß im Keim zu ersticken: *„Es darf keine Zeit verloren gehen. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben, unsere augenblickliche Schwäche zu erkennen. Das könnte die unheilvollsten Folgen für die Friedensaussichten wie für die militärische Lage haben“*¹⁰. Wie eine berühmte Augenzeugenschilderung überliefert, war die Wirkung des Vortrages auf die unvorbereitete Zuhörerschaft außerordentlich: *„Die Abgeordneten waren ganz gebrochen. Ebert wurde totenblaß und konnte kein Wort herausbringen; der Abgeordnete Stresemann sah aus, als ob ihm etwas zustoßen würde... Der Minister von Waldow soll den Saal mit den Wörtern verlassen haben: Jetzt bliebe ja nur übrig, sich eine Kugel in den Kopf zu schießen. Herr von Heydebrand, der Führer der preußischen Konservativen, stürzte in den Wandelgang hinaus mit dem Schrei: „Wir sind vier Jahre lang belogen und betrogen worden“*¹¹. *„Der Schlag traf die Herren, die sich ihr Urteil über die Sachlage bisher aus den Tagesberichten der OHL gebildet hatten,*

¹ Beck, L., *Der 29. September 1918*, S. 210.

² Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 337.

³ Beck, L., *Der 29. September 1918*, S. 210.

⁴ Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 341.

⁵ Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 337 und 340f.

⁶ Ebd.

⁷ Bussches Stellungnahme ist abgedruckt bei Ludendorff, E., *Urkunden*, S. 528f.

⁸ Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 342.

⁹ Zum Wortlaut vgl. **Auswärtiges Amt, Reichsministerium des Innern (Hrsg.), Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918**, Berlin 1924, S. 66-68. Der Dienstbericht Bussches ist abgedruckt bei Ludendorff, E., *Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot*, S. 24f.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 342.

unvorbereitet... Die Herren entfernten sich in großer Bestürzung“¹, bestätigte den Eindruck auch der Vizekanzler von Payer. Oberst von Haeften, der während des Vortrages draußen im Korridor gewartet hatte, schilderte seine Eindrücke über das Gesehene nach dem Vortrag wie folgt: „Ich werde nie vergessen, das triumphierende Lachen des Abgeordneten Haase mit dem er auf den in der Wandelhalle wartenden Abgeordneten Ledebour zuschritt: „Jetzt haben wir sie!“².

Der Übereifer der Generalstabsoffiziere am 2. Oktober richtete einen nicht wiedergutzumachenden Schaden an. Major von dem Bussche erzeugte in der Hauptstadt eine regelrechte Panikstimmung, die nicht nur Parlamentarier, sondern auch eingeweihte Minister der Hertlingregierung erfaßte. Dies gab selbst Ludendorff zu, als er schrieb: „Von der Wirkung des Vortrages war ich so überrascht, daß ich [von dem Bussche] nach seiner Rückkehr nochmals befragte, ob er anderes gesagt habe, als wir besprochen hatten“³. Ludendorff zog insofern Konsequenzen, als er „den Antrag des Grafen von Roedern, Major von dem Bussche auch im Herrenhause sprechen möchte“, kategorisch ablehnte und den Offizier zurück nach Spa befahl⁴. Der Schaden aber blieb. Wie Ludwig Beck berichtet, verbreitete sich die Nachricht vom verkündeten Zusammenbruch so schnell, daß bereits zwei Tage vor der Verfassung der 1. Wilsonnote die bolschewistischen und die französischen Zeitungen über von dem Bussches Vortrag Artikel verfaßten⁵. Andererseits wurden nach dem Vortrag von dem Bussches letzte innenpolitische Hürden genommen, die dem Amtsantritt Max' von Baden noch im Wege gestanden haben. „Die Verhandlungen des Prinzen Max mit den Parteiführern nahmen im Laufe des 2. Oktober einen raschen und guten Verlauf“⁶, so daß Max von Baden bereits am 3. Oktober offiziell den Kanzlerposten antrat.

Diese beiden unangenehmen Episoden mit Beteiligung der Generalstabsoffiziere in Berlin stellten aber nur den Bruchteil einer beispiellosen Kontroverse zwischen der zivilen und der militärischen Leitung in Deutschland am Vorabend des Zusammenbruchs dar. Seit dem 1. Oktober, als Max von Baden in Berlin eintraf, bis zum 4. Oktober, dem Abgangstag der ersten Note, befand sich Berlin unter dem Druck der Obersten Heeresleitung. Noch am 30. September wurde vom Hauptquartier ins Auswärtige Amt ein Telegramm abgesandt, in dem die OHL die Regierung bat, sie von allen unternommenen Schritten zu unterrichten. „Es besteht sonst Gefahr, daß Demoralisation eintritt“⁷, drohten die Generäle. Am Vormittag des 1. Oktober erhielt das Auswärtige Amt ein Telegramm von seinem Vertreter in der OHL Lersner, in dem es unter anderem hieß: „General Ludendorff bat soeben...mich...Eurer Exzellenz seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgeht. Heute hält die Truppe, was Morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen“⁸. Gleichzeitig wurde in Berlin auch ein für Payer bestimmtes Telegramm von Hindenburg empfangen, das ebenfalls die Herausgabe des Friedensangebots denkbar zu beschleunigen verlangte: „Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max die Regierung bildet, so bin ich mit dem

¹ Payer, F., von, *Von Bethmann-Hollweg bis Ebert*, S. 101f.

² Bericht Haefdens bei **Untersuchungsausschuß**, Bd. 2., S. 376.

³ Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 587.

⁴ Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 585f.

⁵ Beck, L., *Der 29. September 1918*, S. 211.

⁶ Payer, F., von, *Von Bethmann Hollweg bis Ebert*, S. 104f.

⁷ Vollständiger Text bei **Auswärtiges Amt, Reichsministerium des Innern (Hrsg.)**, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 52.

⁸ Vollständiger Text bei **Auswärtiges Amt, Reichsministerium des Innern (Hrsg.)**, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 59.

*Aufschub bis morgen Vormittag einverstanden. Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute Nacht für geboten*¹.

Gleichzeitig erhielt die OHL ein Telegramm von Hintze, der, unmittelbar vor seinem Rücktritt, noch einmal die Gelegenheit nützte, um die OHL in ihrer Politik zu bestärken: *„An Grünau und Lersner. Bildung neuer Regierung voraussichtlich heute, 1. Oktober nachts. Dann kann Angebot sofort in derselben Nacht hinausgehen. Militärische Lage ist stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen Parteien. Gez. Hintze*². Nachdem Ludendorff über die Zustimmung Hintzes unterrichtet worden war, ließ er noch in der Nacht zum 2. Oktober von Lersner eine noch schärfer formulierte Mitteilung an das Auswärtige Amt drahten. Dieses Telegramm teilte der künftigen Reichsregierung mit, *„daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weiter gehen müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht noch warten. [Ludendorff] bäte alles zu tun, damit das Angebot auf allerschnellsten Weise durchkäme*³.

Um nachzuvollziehen, welche Beweggründe die OHL veranlaßten, in den ersten Oktobertagen Berlin so unter Druck zu setzen, sind die Aufzeichnungen des Generalstabsoffiziers von Thaer und des Chefs der Eisenbahnabteilung Generalmajor Eulitz von besonderem Interesse. Thaer war nicht nur ein langjähriger Vertrauensmann Ludendorffs, sondern auch ein einflußreicher Generalstäbler, der aufgrund seiner Verbindungen in den Stäben deutscher Frontarmeen sich in den Stimmungen der Militärs bestens auskannte. Seine Aufzeichnungen sind ferner nicht zu übergehen, weil sie mehr oder weniger die einzige wörtliche Wiedergabe von Äußerungen Ludendorffs in diesen Tagen darstellen. Beide Quellen sind von besonderem Interesse auch deshalb, weil sie die verbreitete These, Ludendorff habe in den Tagen der Verabschiedung der Wilsonnote „seine Nerven verloren“, widerlegen. General Eulitz betonte in seinen für die sächsische Regierung geschriebenen Aufzeichnungen: *„General Ludendorff war bestimmt und klar. Seine Ruhe fiel mir besonders auf*⁴. Thaers Zeugnis ist aber wesentlich interessanter, da es neben der Schilderung über Ludendorffs Gemütszustand auch Passagen enthält, in denen Ludendorff auch die Motivation seiner Handlungen offenlegt. Am 1. Oktober notierte Thaer in sein Tagebuch: *„Furchtbar und entsetzlich! Es ist so!... Als wir versammelt waren, trat L[ludendorff] in unsere Mitte, sein Gesicht vom tiefsten Kummer erfüllt, bleich, aber mit hoch erhobenem Haupt. Eine wahrhaft schöne germanische Heldengestalt! Ich mußte an Siegfried denken, mit der tödlichen Wunde im Rücken von Hagens Speer. Er sagte ungefähr folgendes: ‚Er sei verpflichtet uns zu sagen, daß unsere militärische Lage furchtbar ernst sei. Täglich könne unsere Front durchbrochen werden... Auf die Truppen sei kein Verlaß mehr... So sei vor auszusehen, daß dem Feinde schon in nächster Zeit mit Hilfe der kampffreudigen Amerikaner ein großer Sieg, ein Durchbruch in ganz großen Stile gelingen werde, dann werde dieses Westheer den letzten Halt verlieren und in voller Auflösung zurückfluten über den Rhein und werde die Revolution nach Deutschland tragen. Diese Katastrophe müsse unbedingt vermieden werden... Deshalb habe die OHL von S.M. und dem Kanzler gefordert, daß ohne jeden Verzug der Antrag auf Herbeiführung eines Waffenstillstandes gestellt würde und bei dem Präsidenten Wilson von Amerika zwecks Herbeiführung eines*

¹ Vollständiger Text bei **Auswärtiges Amt, Reichsministerium des Innern (Hrsg.)**, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 60.

² **Auswärtiges Amt, Reichsministerium des Innern (Hrsg.)**, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 63.

³ **Auswärtiges Amt, Reichsministerium des Innern (Hrsg.)**, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 65.

⁴ Vgl. **Ludendorff, E.**, *Urkunden der Obersten Heeresleitung*, S. 524f.

*Friedens auf der Grundlage seiner 14 Punkte. Er habe sich nie gescheut, von der Truppe Äußerstes zu verlangen. Aber nachdem er jetzt klar erkenne, daß der Fortsetzung des Krieges nutzlos sei, stehe er nun auf dem Standpunkt, daß schnellstens Schluß gemacht werden müsse, um nicht noch unnötigerweise gerade die tapfersten Leute zu opfern die noch treu und kampffähig seien'. Exc. Ludendorff fügte hinzu: ‚Zur Zeit haben wir also keinen Kanzler. Wer es wird, steht noch aus. **Ich habe aber seine Majestät gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu verdanken haben, daß wir so weit gekommen sind. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe essen, die sie uns eingebracht haben**‘. Während L[udendorff] sprach, hörte man [in der Zuhörerschaft] leises Stöhnen und Schluchzen, vielen, wohl den meisten, liefen unwillkürlich die Tränen über die Backen. Nach seinen letzten Worten neigte L[udendorff] das Haupt, machte kehrt und ging... Da ich bei ihm hinterher sowieso zum Vortrag gemeldet war, ging ich ihm gleich nach und - ihm ja seit so langem bekannt- umfaßte mit beiden Händen seinen rechten Oberarm, was ich unter anderen Umständen mir doch nicht erlaubt hätte, und sagte: ‚Exzellenz, ist das denn Wahrheit? Wache ich oder träume ich? Das ist ja zu entsetzlich! Was soll nun werden?...‘ [Ludendorff] blieb völlig ruhig und milde und [antwortete] mir mit einem tieftraurigen Lächeln: ‚Leider Gottes ist es so, und ich sehe keinen anderen Ausweg‘“¹.*

Der „Ausweg“, den Ludendorff von Hintze am denkwürdigen 29. September formuliert bekam, und der Ludendorff „völlig milde und ruhig“ bleiben ließ, war im Prinzip nichts anderes als das Abwälzen der Verantwortung für die Niederlage auf die Mehrheitsparteien des Reichstags. Darauf sollte später die folgenschwere „Dolchstoßlegende“ aufbauen und in Deutschland viel Unheil anrichten. Wenn Thaer der Vorlage, dem Nibelungenlied, etwas untreu blieb und symbolisch anstatt die Schulter den Rücken als Verwundungspunkt des getroffenen Ludendorff-Siegfried angab, so zeigt die oben zitierte Passage, daß der Gedanke vom Verrat in der Heimat noch lange vor dem 9. November die Heeresleitung beschäftigte. Wer brockte wem hier eine „Suppe zum Auslöffeln“ ein? Wenn die deutsche Niederlage noch nicht komplett und die beabsichtigte Waffenstillstandsbitte voreilig war, dann war es erst recht die Niederlage der Obersten Heeresleitung und speziell Ludendorffs. Mit der Forderung, die Note an Wilson abzusenden, führte er die deutsche Niederlage persönlich herbei. Wenn es auf seiten der Entente noch Zweifel am Sieg, in Deutschland noch die Zweifel an der Niederlage und daher dort noch Verhandlungsbereitschaft, hier noch Widerstandsbereitschaft gab: Das voreilige Waffenstillstandsgesuch mußte sie zunichte machen. Die von Hintze am 29. September vorgeschlagene „Revolution von Oben“ war für die Parteien der Reichstagsmehrheit, die jetzt die neue Regierung bilden sollten, politisch besonders gefährlich und glich einer Falle. Einerseits bekamen die Parlamentarier des Reichstages (ausgenommen die Mitglieder der Rechten, die von der Regierungsbildung ausgeschlossen waren²) die Möglichkeit, ihr seit dem Zusammenbruch des Burgfriedens erstrebtes Programm der Parlamentarisierung Deutschlands durchzusetzen. Andererseits mußten sie sich bei der Regierungsübernahme verpflichten, die Note an Wilson zu entsenden und damit die Verantwortung für die Niederlage in den Augen des Volkes auf sich zu nehmen. Mit der „Revolution von oben“ bot Hintze den Parteien der Reichstagsmehrheit, was sie schon immer angestrebt haben: Die ganze Macht und die Möglichkeit, innenpolitische Reformen nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Nur war dieses Angebot freilich belastet: An

¹ **Thaer, A., von, Generalstabdienst**, 01.10.1918.

² **Helfferrich, K., Der Weltkrieg**, Bd. 2, S. 529f.

ihm hing die Verantwortung für die Niederlage, die nach dem Waffenstillstandsgesuch nicht mehr aufzuhalten war. Hintze stellte den Parteien der Reichstagsmehrheit eine Falle, ähnlich wie Ludendorff der Samsonov-Armee im Sommer 1914, und wie die Russen bei Tannenberg tappten sie hinein - wenn auch nicht ganz, ohne mißtrauisch an der Falle zu schnuppern und zurückzusehen. In einer Hinsicht hatte sich Hintze nicht verkalkuliert: Die Politiker des Reichstags waren in der Tat bereit, trotz politischer Bedenken die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Admiral Hintze war seiner eigenen Schilderung nach als „überzeugter Monarchist“ kein glühender Freund der von ihm aus taktischen Gründen vorgeschlagenen Erneuerungen. Wie aus seinem Brief vom 23. Oktober an den Adjutanten des Kronprinzen Major Müller hervorgeht, wollte er alles andere, als eine dauerhafte Parlamentarisierung Deutschlands einrichten. *„Alle Regierungsformen sind nur Gefäße: Es ist der Mann, hier der Monarch, der sie mit Inhalt füllt“*¹, schrieb er an Major Müller und verlangte daß die Krone mit der Annäherung an die *„neuen Männer [abwartet, bis]... der Schlamm und der Abschaum von dem kochenden Kessel geklärt ist“*². Der Chef der Operationsabteilung II. Max Bauer formulierte es in einem an Oberst Mertz von Quirnheim geschriebenen Brief viel deutlicher. Er meinte, daß man innenpolitische Zugeständnisse getrost machen kann, denn es sei die Armeeführung die nach dem Krieg *„die Maschinengewehre behalten [wird]“*³.

Diese Einstellung gewisser Militärs war den weitsichtigeren Politikern der Reichstagsmehrheit wohl bekannt gewesen. Selbst der loyale Vizekanzler von Payer veranlaßte nach dem 29. September Schritte, den Schriftverkehr mit der OHL zu sammeln, um später auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein⁴. Die Sozialdemokraten waren anfangs gar nicht gewillt, in die Regierung Max von Baden einzutreten. Philipp Scheidemann, der zweitmächtigste SPD-Funktionär plädierte in der Fraktionssitzung gegen den Eintritt in ein „bankrottes Unternehmen“ und hatte damit einen großen Teil der Fraktion auf seiner Seite⁵. In einer ähnlichen Situation sind die österreichischen Sozialdemokraten bei ihrem „nein“ zu der Regierungsbeteiligung geblieben. Laut dem Führer der österreichischen Sozialdemokratie Victor Adler: *„Gibt [es] drei Arten von Ratten: Die einen, die klug sind und das Schiff verlassen, bevor es sinkt; die anderen, die anständig sind und auf dem Schiffe bleiben, obwohl es sinkt; und die dritten, die dumm sind, gar nichts merken und auf das Schiff gehen. Zu der dritten Art wollen die Sozialdemokraten keinesfalls gehören“*⁶.

Die deutsche Sozialdemokratie verhielt sich in der analogen Situation aber doch anders. Der Mann, der den Meinungsumschwung in die Wege geleitet hatte, war merkwürdigerweise das künftige Staatsoberhaupt Friedrich Ebert. Er erschien nach dem Vortrag von dem Bussches „ganz gebrochen“⁷ in die Fraktionssitzung, verlangte aber von den Parteigenossen, sich der Verantwortung zu stellen. Scheidemann zufolge *„glaubte auch er nicht, daß wir noch irgend etwas würden retten können, aber [sagte] wir sollten folgende Erwägungen anstellen: Falls nun alles zusammenbricht, außen wie innen, wird man uns dann später nicht den Vorwurf machen, daß wir in einem Augenblick unsere Mitwirkung versagt hätten, in dem man uns dringend von allen*

¹ Der Brief Hintzes an Müller ist abgedruckt bei **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.), Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918**, Bd. 2, S. 350-351.

² Ebd.

³ **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Mertz von Quirnheim, Nr. 23.

⁴ Vgl. **Payer, F., von, Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder**, Frankfurt a. M. 1923.

⁵ Vgl. **Scheidemann, P., Der Zusammenbruch**, Berlin 1921, S. 174f.

⁶ Zitiert bei **Nowak, K. F., Der Sturz der Mittelmächte**, München 1921, S. 273.

⁷ Vgl. **Scheidemann, P., Der Zusammenbruch**, S. 174f.

Seiten darum gebeten hatte?“¹. Ebert gelang es zwar nicht, alle seine Parteigenossen für den Regierungsbeitritt zu begeistern, jedoch war es seinem Verhandlungsgeschick zu verdanken, daß sich die SPD bereits am 3. Oktober verpflichtet hatte, drei Genossen in die neue Regierung zu entsenden. Scheidemann, den die wichtigsten Ereignisse 1918 immer wieder beim Essen überraschten, berichtet ausführlich, wie schnell Ebert in der Regel seine Arrangements traf: „Als ich [am 3. Oktober] in einem Berliner Restaurant mein Abendbrot einnahm, wurde mir telephonisch mitgeteilt, daß mich der Vizekanzler v. Payer gleich erwarte. Selbstverständlich folgte ich der Einladung sofort. Zu meiner großen Überraschung war v. Payer aber nicht in seiner Wohnung, sondern im Kreise der alten und neu ernannten Staatssekretäre in einem Konferenzsal versammelt... Mein Erstaunen wurde aber noch größer, als mich der Vizekanzler mit den Worten begrüßte: „Exzellenz Scheidemann, ich heiße sie als Staatssekretär in unserem Kreise willkommen, wir sind bereits inmitten einer wichtigen Beratung“².

Diese energische Vorgehensweise Eberts hatte zur Folge, daß in Deutschland innerhalb kürzester Zeit und ungeachtet der katastrophalen Umstände eine funktionsfähige Regierung gebildet werden konnte. Dennoch machte sich bei der Regierungsbildung bemerkbar, daß Admiral Hintze bei seinem Ausscheiden keinerlei Mechanismen zur Durchführung der Demokratisierung vorbereitet hatte. Die Regierungsbildung vollzog sich nicht innerhalb des gültigen gesetzlichen Rahmens, sondern wurde in vielem dem Zufall überlassen. Entgegen aller Praxis der Vergangenheit wurde die Regierungsmannschaft nicht vom künftigen Kanzler ausgesucht, sondern von den Parteien des Reichstages untereinander ausgehandelt. Die einzige positive Folge dieses Sachverhalts war, daß Hahn trotz aller Bemühungen des Kanzlers bei der Regierungsbildung nicht berücksichtigt wurde. Der Kanzler hatte aber keinerlei Einfluß auf die Zusammensetzung seiner Mannschaft gehabt. Als am 3. Oktober Max von Baden zum Kanzler des Deutschen Reiches ernannt wurde, übernahm er auch das preußische Außenministerium. Der Posten des preußischen Ministerpräsidenten, den seit Bismarck jeder deutscher Reichskanzler innehatte, blieb dagegen unbesetzt^{3*}. Der Schlüsselposten im Auswärtigen Amt dürfte Wilhelm Solf bekleiden, keine glückliche Wahl, wie es sich bald herausstellen sollte⁴. Ebenfalls einen herben qualitativen Verlust bedeutete der Rücktritt des zwar reaktionären, aber fähigen Kriegsministers Generals von Stein⁵. Ungeachtet seiner Anschauungen war Stein der Kriegsminister gewesen, während dessen Amtszeit das Hindenburgprogramm durchgeführt wurde. General von Stein blickte auf mehrere Jahre aktiven Dienstes bei der Truppe zurück, hatte Kriegserfahrung und war mit der Psychologie der Soldaten bestens vertraut⁶. Nachfolger Steins wurde der farblose Bürogeneral von Scheüch, der seiner Ernennung nur der Bestrebung der Regierung Max von Baden nach political correctness verdankte. Scheüch war ein Elsässer gewesen mit dessen Ernennung man die Zugehörigkeit der Provinz zum Reich hatte vermitteln wollen. Viel mehr als seine äußerst unattraktive Erscheinung wog die Tatsache, daß in den Zeiten, als man immer mit Ausbruch der Unruhen im Reichsinnern zu rechnen hatte, der preußischer Kriegsminister ein General ohne jegliche Erfahrung der

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Laut verfügbaren Quellen beging Max von Baden den Fehler, die traditionell zusammengehörenden Posten des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten zu trennen mit der ideologischen Begründung, er könne als badischer Thronfolger unmöglich preußischer Ministerpräsident sein, vgl. **Helfferrich, K., Der Weltkrieg**, Bd. 3, S. 529f., *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 17-18, Fn. 5.

⁴ **Helfferrich, K., Der Weltkrieg**, Bd. 3, S. 530.

⁵ Am 9. Oktober, vgl. **Baden, M., von, Erinnerungen und Dokumente**, S. 374.

⁶ Vgl. **Stein, H., von, Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges**, Leipzig 1919.

Truppenführung sein konnte¹. In der Armee war Scheüch dermaßen unbekannt, daß ihn selbst der Chef des Kaiserlichen Marinekabinetts Müller in seinen Tagebucheinträgen mehrmals als „General Schenck“ bezeichnet hatte². Eine echte Bereicherung für das erste demokratische Kabinett waren dagegen von Payer, der auf dem Posten des Vizekanzlers belassen wurde und der fähige Finanzminister der Hertlingregierung Graf Roedern. Payer genoß in der Gesellschaft als ein Vorzeigedemokrat des alten Kaiserreiches große Anerkennung³. Roedern war der Finanzminister gewesen, der es selbst 1918 vermochte, die deutsche Währung in einem verhältnismäßig guten Zustand zu halten^{4*}. Dagegen war die massenhafte Einführung der Staatssekretäre „ohne Portefeuille“ ein totaler Mißgriff gewesen. Es lag dabei nicht an einzelnen Personen. Manche neue Regierungsmitglieder wie Scheidemann, Erzberger oder Gröber waren durchaus fähige Reichstagspolitiker gewesen. „Die Staatssekretäre ohne Portefeuille, die keinen bestimmten Arbeitsbereich [zugewiesen bekamen] und damit um so mehr Zeit zum Reden und Raten hatten“, sprengten die bewährte alte Regierungsorganisation und machten sie uneffektiv⁵.

Andere Innovationen, die diesmal hauptsächlich von Max von Baden eingeführt wurden, waren ebenfalls für die effektive Arbeitsweise der Regierung nachteilig. Auf Initiative Max' von Baden wurde das sog. „Kriegskabinett“ gebildet. Er bestand aus den Vertrauensleuten des Kanzlers und war nicht mit der Regierungsmannschaft identisch. Trotzdem beriet der Reichskanzler mit diesem inoffiziellen Gremium alle wichtigsten Angelegenheiten⁶. Es führte nur dazu, daß die Regierung in eine Zweiklassengemeinschaft unnötig gespalten wurde und nicht mehr geschlossen auftreten konnte⁷.

Obwohl Max von Baden bei seiner Amtsübernahme sich verpflichtete, die Note mit Waffenstillstandsbitte zu unterzeichnen, versuchte er im letzten Augenblick, ihre Herausgabe zu verhindern. Die Gelegenheit dazu bot sich, als sich am 2. Oktober Hindenburg und Wilhelm II. in Berlin einfanden, um mit dem neuen Kanzler zu beraten. Der Kaiser lebte Anfang Oktober zurückgezogen in Potsdam und gab politisch keine Lebenszeichen von sich⁸. Hindenburg kam nach Berlin ohne Ludendorff. Diesem gestattete die kritische Militärlage nicht, Spa zu verlassen⁹. Eben den Umstand, daß Ludendorff in Spa geblieben war, gedachte Max von Baden dazu zu nutzen, die Unterstützung des Feldmarschalls für sein Vorhaben zu gewinnen. Obwohl auch der Oberst Haefen sich bereit erklärte, Max von Baden dabei zu unterstützen, scheiterte dieses Vorhaben. Wilhelm II., der seine negative Meinung über Max von Baden nicht korrigiert zu haben scheint, erwiderte ihm: „Die Oberste Heeresleitung hält es für nötig, und du bist nicht hierher gekommen, um der Obersten

¹ Laut verfügbaren Quellen waren alle Vorgänger Scheüchs im Weltkrieg kommandierende Generäle mit großer Autorität in der Armee. Vgl. Steins Charakteristik durch General Wild von Hohenborn, **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Hohenborn, Nr. 4., Brief an seine Frau vom 08.05.1917.

² Müller, A., *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, Eintragung vom 15.10.1918.

³ Vgl. Stenographische Aufzeichnung der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses vom 01.10.1918, *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 29f.

⁴ Finanzexperten zufolge war die Mark 1913 zu 46,7% mit Gold gedeckt, 1915 zu 40,1%, 1916 zu 31,3%, 1917 zu 22,1% und schließlich 1918 zu 21,1%. So sank der innervalutarische Wert der Mark bis 1917 auf ca. 50% des ursprünglichen Wertes, blieb aber bis zum Zusammenbruch im Herbst 1918 auf diesem Niveau stehen. Diese relative Stabilität der Währung blieb bis 1919 bestehen, was für den Ausgang der Revolution keine zu unterschätzende Rolle spielen sollte, vgl. Lapp, K., *Die Finanzierung der Weltkriege*, S. 121f., Helfferich, K., *Das Geld*, Leipzig 1923.

⁵ Helfferich, K., *Der Weltkrieg*, Bd. 3, S. 530f.

⁶ Ebd.

⁷ Max von Baden gibt dies selbst als eine der größten Verfehlungen seiner Kanzlerschaft an, vgl.

Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 371f.

⁸ Vgl. Niemann, A., *Kaiser und die Revolution*, S. 100f.

⁹ Vgl. Wheeler-Bennett, J., *Hindenburg*, S. 177f.

*Heeresleitung Schwierigkeiten zu machen*¹. Als Max von Baden trotz dieser Absage am 3. Oktober im Gebäude des Generalstabes sich mit Hindenburg traf und versuchte, Einfluß auf ihn auszuüben, erhielt er eine zweite Absage, die der Feldmarschall ihm auch noch schriftlich wiederholte: *„Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer... [am] 29. September gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front... und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht... Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke... nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet tausenden von tapferen Soldaten das Leben. Von Hindenburg, GFM*^{2*}.

Noch am 2. Oktober nachmittags wurde im Auswärtigen Amt in Berlin ein Telegramm aus Spa empfangen, das die Vorschläge zum Wortlaut des Waffenstillstandsgesuchs enthielt. Der Text, der den Schlußstrich unter vier Jahre der Anstrengungen eines Volkes setzte, lautete: *„General Ludendorff schlägt den folgenden Wortlaut vor: „Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke die Bevollmächtigten aller kriegführenden Staaten einzuladen. Sie erklärt sich damit einverstanden, daß die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen aufgestellten Programmpunkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen dienen. Im Anschluß hieran schlägt die deutsche Regierung den Abschluß eines Waffenstillstandes zu Land, zu Wasser und in der Luft vor und ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, den Waffenstillstand, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, schon jetzt herbeizuführen*³. Genau dieses Telegramm wurde in der Nacht von 3. zum 4. Oktober in die Schweiz gekabelt und von dort aus über den Atlantik gesandt. Max von Baden übernahm nur eine Änderung in Ludendorffs Vorlage, aber selbst diese Änderung fiel sehr unglücklich aus. Der Reichskanzler unterzeichnete die Fassung der Note in der die deutsche Regierung als Verhandlungsbasis neben den sog. 14 Punkten und der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918, auch noch die Rede des Präsidenten vom 27. September ausdrücklich erwähnte⁴.

Das tragische an der Herausgabe der ersten Friedensnote bestand darin, daß weder Ludendorff noch Hindenburg ursprünglich eine klare Vorstellung davon hatten, was eigentlich für ein politisches Programm der Präsident Amerikas im Herbst 1918 verfolgte⁵. Es ist zu bezweifeln, daß Ludendorff die 14 Punkte Wilsons vor dem 3. Oktober überhaupt gelesen hatte, und wenn er sie gelesen hatte, so bestehen Zweifel, ob er darin etwas mehr als eine Reihe unverbindlicher Verallgemeinerungen sah. Ein deutscher Historiker, der die deutsch-

¹ Zitiert bei **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 346.

² Dieser Brief ist von großer historischer Bedeutung, denn er zeigt klar und eindeutig die Ursachen der Niederlage an der Westfront. Damit hatte Hindenburg - trotz seiner späteren Proteste - die Verantwortung übernommen, was auch immer seine private Meinung gewesen sein mag. Von gleicher Bedeutung ist auch die Tatsache, daß in diesem Brief die Dolchstoßtheorie unter den angegebenen Gründen der Niederlage nicht erwähnt ist. Vgl. **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 180f.

³ **Auswärtiges Amt, Reichsministerium des Innern (Hrsg.)**, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 70.

⁴ Text der ersten Note an Wilson vom 3.10.1918 bei **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918*, Bd. 2, S. 378-379.

⁵ Vgl. **Schwabe, K.**, *Deutsche Revolution und Wilsonfrieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/1919*, Düsseldorf 1971, S. 44-88.

amerikanischen Beziehungen in der Endphase des Weltkrieges untersuchte, stellte fest, daß die OHL vor dem 5. Oktober nicht einmal den genauen Wortlaut der 14. Punkte gekannt hatte¹. Es existiert tatsächlich ein Telegramm von Lersner an das Auswärtige Amt vom 5. Oktober, das die Vermittlung des genauen Wortlauts der 14 Punkte nach Spa verlangte². Der Chef der Operationsabteilung Oberst Heye (Späterer Chef des Truppenamtes der Weimarer Republik), sprach selbst in seinen Erinnerungen nachträglich darüber, daß vor der Herausgabe der Waffenstillstandsnote die Generäle in Spa von den 14 Punkten als von „einem Frieden“ sprachen, der „weder Sieger noch Besiegte“ kennen würde³.

Wie der Notenaustausch bald zeigen sollte, irrten die Militärs in dieser Hinsicht ganz gewaltig. Die berühmten 14 Punkte Wilsons waren eine durchaus bemerkenswerte politische Kundgebung gewesen⁴. Neben der Forderung nach der „vollkommenen Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren“ (Punkt 2), der Forderung nach der „Beseitigung aller wirtschaftlicher Schranken... und Errichtung gleicher Handelsbeziehungen zwischen den Nationen“ (Punkt 4), der Forderung nach der Einrichtung der Liga der Nationen (Punkt 14) und einer Reihe anderer unbestimmter Vorschläge, wie der Forderung nach der Abschaffung der geheimen Diplomatie (Punkt 1), oder der Herabsetzung der nationalen Rüstungen „auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß“ (Punkt 4), folgte ein bestimmtes Programm, das direkt gegen Deutschland gerichtet war. Im 6. Punkt wurden die „Räumung des ganzen russischen Gebiets“ und die Kündigung des Brest-Litowsker Friedens samt aller Ergänzungsverträge verlangt. Ähnliches galt auch für den mit Rumänien abgeschlossene Bukarester Frieden (Punkt 11). Laut dem 7. Punkt mußte auch Belgien unverzüglich geräumt werden, ohne jegliche Versuche, die nationale Souveränität des Landes zu beschränken. Aber dies war noch nicht alles: Wollte Deutschland die Waffenstillstandsvermittlung der USA, mußte es unverzüglich der Einrichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit „Zugang zum Meer“ (Punkt 13) zustimmen und „das Frankreich von Preußen im Jahre 1871... angetane Unrecht“ tilgen, d.h. Elsaß und Lothringen an Frankreich abgeben (Punkt 8). Was die Verbündeten Deutschlands, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich, anbelangte, so stellte der Präsident der USA Forderungen, die der vollkommenen Zertrümmerung in die einzelnen Bestandteile gleichkam (Punkte 10 und 12)^{5*}. Wilsons 14 Punkte bedeuteten, daß Deutschland nicht nur erhebliche territoriale Zugeständnisse machen mußte, sondern gezwungen wäre, nach Zerschlagung seiner Verbündeten allein zu bleiben. Das einzige positive Zugeständnis bestand dagegen nur in Anerkennung des Rechts auf „Selbstbestimmung“, das Wilson zumindest auf dem Papier allen Nationen zugesprochen hatte.

Um sich der selbstmörderischen Wirkung der Note um Waffenstillstandsvermittlung für das Deutsche Reich zu vergegenwärtigen, muß auch erwähnt werden, daß die Reichsregierung sich ausdrücklich verpflichtete, die Rede Wilsons von 27. September als Richtlinie der künftigen Verhandlungen anzuerkennen. Mit dieser Verpflichtung erklärte Max von Baden nicht weniger als daß die Reichsregierung bereit war, auch die innere

¹ Vgl. **Schwabe, K.**, *Deutsche Revolution und Wilsonfrieden*, S. 92.

² Vgl. Lersner an das Auswärtige Amt vom 5.10.1918, **Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Akten Weltkrieg 23**, geh/20.

³ Vgl. **Heye, W.**, *Wie ich den Weltkrieg erlebte*, in: **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Heye. Max von Baden vermutete ebenfalls, daß in Spa Wilsons Programm falsch interpretiert wurde, vgl. **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 353.

⁴ Text der Rede Wilsons vom 8.01.1918 bei **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918*, Bd. 2, S. 374-376.

⁵ Winston Churchill hielt später die Zerstörung Österreich-Ungarns für den größten Fehler der damaligen Politik und vertrat die Meinung, daß dies zum Ausbruch des 2. Weltkrieges maßgeblich beigetragen hätte, vgl. **Churchill, W.**, *The Second World War and an Epilogue on the Years 1945 to 1957*, London 1959.

Umgestaltung des Reiches nach Wünschen der Entente vorzunehmen. Denn am 27. September hatte Präsident Wilson als das wichtigste Ziel der USA nicht nur die Durchführung der „unparteiischen Gerechtigkeit“ in der Nachkriegsordnung gefordert¹. Diese seine Rede enthielt Passagen, die neben Beleidigungen des deutschen Nationalgefühls kaum verhüllt Änderungen im bestehendem Regierungssystem forderten: „*Wir sind alle einig darüber, daß es keinen Frieden geben darf, der durch irgend eine Art von Handel oder Kompromiß mit den Regierungen der Mittelmächte erreicht wird, da wir gesehen haben, wie [sie]... in Brest-Litowsk und in Bukarest verfahren sind. Sie haben uns davon überzeugt, daß sie ohne Ehre sind und nicht die Gerechtigkeit wollen. Sie respektieren keine Verträge und erkennen keinen Grundsatz an, als den der Gewalt und ihres eigenen Interesses... Dem deutschen Volk muß jetzt klar geworden sein, daß wir nicht den Worten derjenigen trauen können, die uns diesen Krieg aufgezwungen haben*“². Nach dem Urteil eines Biographen Wilhelms II. war dieser Aufruf Wilsons nichts andere, als der „versteckte 15. Punkt“, in dem von Deutschland offen gefordert wurde, seine staatliche Konstitution aufzugeben und den Monarchen abzusetzen³.

Wie auch zu erwarten war, ist die amerikanische Antwort auf die Note der Reichsregierung mit Bitte um Waffenstillstandsvermittlung denkbar ungünstig ausgefallen⁴. Zum ersten trug die Note aus Amerika lediglich die Unterschrift des Staatssekretärs Robert Lansing⁵. Zum zweiten zeigte diese Note keinerlei Bereitschaft, sofort die Friedensverhandlungen aufzunehmen, sondern lediglich Präzisionsfragen, nach deren Klärung der amerikanische Präsident überhaupt bereit war, als Vermittler einzuschreiten. So wurde die deutsche Regierung sehr höflich gebeten zu präzisieren, ob sie tatsächlich bereit sei, gestellte amerikanische Bedingungen in dem Sinne aufzunehmen, daß der Zweck „*beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen*“⁶. Bedrohlich wirkte auch der Umstand, daß bereits in der 1. Note Wilsons eine Forderung enthalten war, die direkt darauf berechnet war, Deutschland innerlich zu destabilisieren. Wilson fragte nämlich, „*ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben*“⁷. Es war klar, daß, sobald Max von Baden diese Frage bejaht hätte, der Notenwechsel mit den USA sofort abgebrochen wäre.

Obwohl die Regierung Max von Baden äußerst schwierigen Stand hatte, muß dennoch konstatiert werden, daß ihre Tätigkeit gerade während des Notenwechsels äußerst ungünstig ausfiel und in vielen Punkten für die Katastrophe des nächsten Monats verantwortlich war. Es ist wahr, Max von Baden wurde das Kanzleramt anvertraut, als alle Chancen des Widerstands im Westen bereits verspielt waren. Max von Baden hat ja selbst im Nachhinein geschrieben, er habe gedacht, er sollte fünf Minuten, bevor die Stunde schlug, ankommen, sei aber fünf Minuten danach angekommen⁸. Und dennoch ist seine Politik schon deshalb unentschuldig, weil selbst in dieser Situation der Kanzler durchaus zahlreiche Alternativen hatte. Er ging aber den Weg des geringsten Widerstandes. Zuerst betrieb Max von Baden, was den Notenwechsel mit Wilson anbelangt, eine inkonsequente Politik. Obwohl bereits aus der ersten Note ersichtlich war, was der

¹ Der Text der Rede von 27.09.1918 bei *Official Statements of War Aims and Peace Proposals*, Washington D.C. 1929, S. 401f.

² Ebd.

³ Vgl. **Kürenberg, J., von**, *War alles falsch?*, S. 356-363.

⁴ Der volle Text der 1. Note Wilsons vom 10.10.1918 in: **Auswärtiges Amt, Reichsministerium des Innern (Hrsg.)**, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 85.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Zitiert bei **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 177.

amerikanische Präsident als Bedingung für seine Vermittlung eigentlich verlangte, wurde die 2. Note der deutschen Regierung so formuliert, als ob die deutschen Diplomaten die an sie gerichteten Fragen nicht verstanden hätten. In seiner Antwort auf die 1. Note Wilsons, die über den Atlantik am 12. Oktober gekabelt wurde, verkündete die deutsche Regierung, daß sich die jetzige Regierung auf die Mehrheit des Reichstages stützt und als solche im Namen des deutschen Volkes spricht¹. Die Frage des weiteren Schicksals der Monarchie erwähnte diese Kundgebung mit keinem Wort und das obwohl das Kaisertum immer noch zentrale Institution der Reichsverfassung bildete^{2*}. Die entscheidende Frage Wilsons blieb im Prinzip unbeantwortet. Dies führte unweigerlich zu einer Situation, als es zwischen Deutschland und den USA zu einem Notenwechsel kam, in dessen Verlauf der amerikanische Präsident den deutschen Kaiser buchstäblich von dem Thron jagte. Die Bedeutung des Notenwechsels für den weiteren Verlauf der Ereignisse war immens. Da der Notenaustausch von der deutschen Presse ausführlich beleuchtet wurde, konnte es nicht vermieden werden, daß gerade die deutsche Berichterstattung verheerende Folgen auf die Moral der heimischen Bevölkerung wie auch der Truppe hatte.

Die zweite Wilsonnote, die am 16. Oktober in Berlin ankam, stand im Zeichen zweier Ereignisse. Am selben Tag, an dem die Note der Regierung Max von Baden mit der Annahme der amerikanischen Bedingungen der 1. Wilsonnote über den Atlantik ging, versenkte ein deutsches U-Boot den englischen Dampfer „Leinster“. Obwohl die Passagierschiffe von der Entente in der Regel in Umgehung aller Konventionen zur Schifffahrt für die Kriegsführung mißbraucht wurden, handelte es sich bei dem versenkten Schiff um eines, dessen militärische Nutzung nicht nachgewiesen werden konnte. Der Vorfall mit hunderten Zivilopfern bildete für Wilson eine willkommene Gelegenheit, seine 2. Note offensiv zu gestalten. Die Aufgabe der amerikanischen Regierung wurde auch dadurch erleichtert, daß ihr Informationen zur Verfügung standen, die den deutschen Reichskanzler aufs Schwerste belasteten. In den Ententeländern druckten die Zeitungen einen Brief Max' von Baden an einen seiner Verwandten, Fürst Hohenlohe, den der ungeschickte Reichskanzler direkt vor seiner Amtsübernahme (am 12. Januar 1918) geschrieben hatte. In diesem, vermutlich mit Hahns Hilfe geschriebenen Brief war unter anderem auch folgende Stelle zu finden: *„Den Feinden einmal ordentlich an den Kragen zu gehen und ihre affektierte Richterhaltung in Dingen der Schuldfrage und der demokratische Parole zu verhöhnen, war mir schon lange ein Bedürfnis... In der Friedensfrage stelle ich mich auf denselben Standpunkt. Ich wollte nur den Geist andeuten, in dem wir [an die Friedensfrage] herantreten wollten im Gegensatz zu den Machthabern des Westens. Das „wie“ ist mir deshalb von größtem Wert, weil das „was“ so schwer zu bestimmen ist, den auch ich wünsche mir natürlich Ausnützung unserer Erfolge und im Gegensatz zu der sog. Friedensresolution, die ein scheußliches Kind der Angst und Berliner Hundstage war, wünsche ich möglich große Vergütungen in irgendwelcher Form, damit wir nach dem Kriege nicht zu arm werden“*³. Es ist verständlich, daß der Autor dieser Zeilen in den Augen der öffentlichen Meinung nicht als gerade glaubwürdiger Verhandlungspartner

¹ Text der deutschen Note vom 12.10.1918 in: **Auswärtiges Amt, Reichsministerium des Innern (Hrsg.), Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes**, S. 106.

² Laut Scheidemann ließ Max von Baden statt dessen durch diplomatische Kanäle nach Washington vermitteln, daß eine mögliche Einmischung der Entente in die innenpolitischen Angelegenheiten den Abbruch des Notenaustausches nach sich ziehen würde. Scheidemann hielt diesen Schritt für mitverantwortlich dafür, daß die Regierung der USA von dieser heimlich ausgeführten Kundgebung mitbeeinflusst wurde und in späteren Noten erst recht auf die Abschaffung der Monarchie in Deutschland gedrängt hat, **Scheidemann, P., Memoiren eines Sozialdemokraten**, S. 211f.

³ Zitiert bei **Scheidemann, P., Memoiren eines Sozialdemokraten**, Bd. 2, S. 206f.

erschien. Viel schlimmer war jedoch der Umstand, daß dieser Brief auch in der deutschen Presse erschienen war und für viel Verwirrung gesorgt hat¹.

Aufgrund dieser Faktoren wirkte die 2. amerikanische Note wie ein Keulenschlag². Dort verlangte die amerikanische Seite, ohne Räume für Verhandlungen lassen, die sofortige Einstellung des U-Bootkrieges als Vorbedingung für den weiteren Notenaustausch³. Die 2. Note aus Übersee war jeglicher diplomatischer Gepflogenheiten entblößt und lieferte den Vorgeschmack für das künftige Diktatfrieden. Die amerikanische Regierung erklärte ihren Korrespondenten, daß die Entente nur dann einen Waffenstillstand bewilligen wird, wenn „*völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front*“⁴ erhalten bleiben. Mit anderen Wörtern ausgedrückt, verlangte Wilson kaum verhüllt, daß deutsche Armee als Vorbedingung für den Waffenstillstand ihr Kriegsgerät ausliefert und somit die Fortsetzung des Krieges für Deutschland unmöglich macht. Die Einstellung des U-Bootkrieges, bedeutete nicht nur, daß Deutschland seine effektivste Waffe gegen die Seeblockade einbüßte, sondern auch, daß es bereit war bedingungslos zu kapitulieren.

Die 2. Wilsonnote ist insofern ein äußerst interessantes Dokument, als sie wie kaum andere Kundgebung die Taktik verkörperte, die USA im Verlauf des 20. Jh. zu dem mächtigsten Staat der Welt emporsteigen ließ. Einerseits war sie ausgerichtet, um den Kriegsgegner zu zerschlagen, andererseits mußte diese Zerschlagung mit der moralischen Entwaffnung des Gegners Hand in Hand gehen. Die amerikanischen Staatsmänner waren in der Lage ihre Bedingungen als eine Art moralischer Anklage zu formulieren, wobei ihre Argumente auch bei breiten Teilen deutscher Bevölkerung Anklang fanden: „*Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einen Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschliche Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen [deutscher Kriegsführung] fortgesetzt werden, auf die sie gerechterweise mit Schrecken und empörten Herzen hinblicken*“⁵. Amerikanische Ausführungen enthielten keinerlei Hinweise auf die rechtswidrige Blockade des Festlandes, die weniger deutsche Front, als vielmehr wehrlose deutsche Zivilbevölkerung traf. Die rechtswidrige Praxis der Entente Passagierschiffe für die Transporte des Kriegsgeräts zu benutzen wurde unterschlagen. Auch die Tatsache, daß das deutsche Westheer während seines Rückzuges nicht im entferntesten dachte in Frankreich Taktik der verbrannten Erde zu betreiben. Da Max von Baden nicht den Mut erbracht hatte, ein Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Staatsform des Deutschen Reiches abzugeben, erhielt die 2. Wilsonnote Passage, die den deutschen Korrespondenten regelrecht Nachhilfe in Sachen der Dechiffrierung diplomatischer Redewendungen erteilte: „*Es ist notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung [selbst] angenommen hat... Die Macht, welche bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist von der beschriebenen Art. Die deutsche Nation hat die Wahl dies zu ändern*“⁶.

¹ Vgl. Müller, A., *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, S. 429.

² Text der 2. Wilsonnote bei **Auswärtiges Amt, Reichsministerium des Innern (Hrsg.)**, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 109-110.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

Mann kann annehmen, daß im Oktober 1918 das wichtigste Anliegen Deutschlands war, geschlossen in den Verhandlungen mit seinen Feinden aufzutreten. Aus diesem Blickwinkel betrachtet erscheinen die Unternehmungen der Regierung Max' von Baden im Bereich der Innenpolitik besonders verhängnisvoll gewesen zu sein. Parallel mit dem Notenwechsel verlief eine weitreichende Reformierung der inneren Angelegenheiten, wie sie unter den kriegführenden Staaten nur in Rußland vollzogen wurde. Voraussetzungen dieser Reformen waren zwar einerseits daran zu suchen, weil man beabsichtigte den Regierungen der Entente annehmbar zu sein, andererseits weil die regierungstragende Parteien diese Veränderungen schon immer angestrebt hatten. Die Umsetzung der Reformen bedeutete aber objektiv die innenpolitische Schwächung just zu dem Augenblick, als die außenpolitische Lage für Deutschland überlebensnotwendig machte, starke Regierung zu haben. Tragik der Situation aus der deutschen Sicht bestand darin, daß ohne sich dessen bewußt zu sein, die erste demokratische Regierung Schritt für Schritt den Machtapparat desorganisierte, der in der gegebenen Situation ihre Stütze hätte sein können. In dieser Hinsicht sind die Parallelen zwischen der Regierung Max von Baden und der russischen Provisorischen Regierung unverkennbar.

Zuerst war die erste demokratische Regierung Deutschlands bestrebt, alle wichtigsten Attribute der Macht im Land an sich zu holen. Es waren bekanntlich die Regierungsorgane des Deutschen Reiches und die Streitmacht. Diese Aufgabe wurde teilweise dadurch erleichtert, weil ihr traditioneller Träger, die Krone, im Herbst 1918 de facto bereits entmachtet war und weil die OHL, die im Laufe des Krieges die Macht an sich gerissen hatte, ihre Machtposition bereitwillig abgab. Im Zusammenhang mit Forderungen der 2. Wilsonnote wurde eine Verfassungsänderung unternommen und der 15. Art. der Reichsverfassung so umgeschrieben, daß der Krieg-, bzw. Friedenserklärung nicht mehr die Angelegenheit der Krone war, sondern die des Reichstages wurde. Im Zuge dieser Reformen wurde auch die Gesetzgebung geändert, die seit 1871 die Streitmacht Preußens und ihrer Bundesstaaten dem Kaiser unterstellte. Die Ernennung und Verabschiedung der Offiziere des Landheeres bedurfte in Zukunft der Gegenzeichnung des jeweiligen Kriegsministers¹. Die Ernennung und Verabschiedung der Marineoffiziere wurde von der Gegenzeichnung des Reichskanzlers abhängig². Die Kriegsminister aller vier Bundesstaaten mit dem Recht auf eigene Truppenkontingente wurden dem Machtbereich der regierenden Häuser entzogen und dem Reichstag unterstellt³. Ähnlich verhielt es sich auch mit den Regierungsorganen des Deutschen Reiches. Die Regierung Max von Baden ist noch als eine traditionelle kaiserliche Regierung von der Krone ins Amt berufen worden. Im Laufe des Notenwechsels wurden aber Verfassungsänderungen verabschiedet, die ihre Befugnisse erheblich erweiterten und diese Regierung zum zentralen Machtfaktor in Deutschland machten. Im politischen System des Deutschen Reiches vor dem Krieg war die Reichsregierung eine sehr originelle Einrichtung. Die Gründungsväter des Deutschen Reiches hatten seiner Zeit kein eigentliches Reichsministerium geschaffen, sondern der Bundesrat, d. h. die Summe der Delegierten der Bundesstaaten, sollte kollegial die Reichsregierung sein. Der Reichskanzler war theoretisch nichts weiter als „*der geschäftsführender Vorsitzender des Bundesrats*“⁴. Seine Macht beruhte darauf, daß er zugleich der preußische Ministerpräsident war und mit seinen „Ministern“ die preußische

¹ Vgl. Art. 66 der Reichsverfassung mit dem Gesetz vom 28.10.1918 zur Abänderung der Reichsverfassung, **Hohlfeld, J.(Hrsg.), Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart**, 9 Bde., Berlin 1951, Bd. 2, S. 385-386.

² Vgl. Art. 53 der Reichsverfassung mit dem Gesetz vom 28.10.1918 zur Abänderung der Reichsverfassung, ebd.

³ Vgl. Art. 64 der Reichsverfassung mit dem Gesetz vom 28.10.1918 zur Abänderung der Reichsverfassung, ebd.

⁴ **Rosenberg, A.**, Die Entstehung der deutschen Republik, S. 232f.

Delegation im Bundesrat anführte. Reichsminister kannte die Verfassung von 1871 bekanntlich nicht, sondern Staatssekretäre, die einzelne Ressorts anführten und als technische Gehilfen des Reichskanzlers auftraten. Die Staatssekretäre trugen laut der Verfassung von 1871 keine parteipolitische Verantwortung, sondern mußten im Bundesrat ihre Stimmen abgeben, wie ihre Regierung es ihnen auferlegte. Der Bundesrat war demnach nicht als Oberhaus aufzufassen, sondern als ein Gremium, in dem die deutschen Bundesstaaten ihre Positionen vertraten. Verabschiedung eines Gesetzes war nur dann möglich, wenn die Staaten, die zusammen das Deutsche Reich bildeten, im Bundesrat in ihrer Summe mehrheitlich für dieses Gesetz votierten.

Nach dem Art. 9. der Verfassung von 1871 war es ferner verboten, daß jemand gleichzeitig dem Reichstag und dem Bundesrat angehörte. Diese Bestimmung wurde von den Parteien des Reichstages leidenschaftlich bekämpft, weil sie den Riegel vorschob, daß die Führer der Parteien nach der Annahme von Regierungsposten Parteipolitik betreiben konnten. Sobald die Vertreter des Reichstages in die Regierung Max von Baden eintraten, wurden unverzüglich Reformen eingeleitet, die zum Ziel hatten, dem Bundesrat seine Funktionen als Reichsregierung abzunehmen und ihn in ein Oberhaus nach dem westeuropäischen Muster zu verwandeln. Die Staatssekretäre wurden von dem beherrschenden Einfluß des Reichskanzlers befreit und in die Politiker umgewandelt, die nicht nur ihre Ressorts verwalteten, sondern auch als Parteimänner in der Reichsregierung auftraten¹. Im Zuge dieser Reform wurde auch der Art. 15. der alten Reichsverfassung umgeschrieben und der Einfluß der Krone auf das Ministerkabinett bis in das Minimum eingeschränkt. Die neue Formel, die das gesamte Regierungsgeschäft radikal umwälzte und die noch vor dem Ausbruch der Revolution (am 26. Oktober) Gesetzeskraft erlangte, lautete: „*Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung... Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich*“².

Diese Reformen machten aus Deutschland einen Staat mit parlamentarischer Regierungsform, das unverkennbare Ähnlichkeiten mit dem Regierungssystem Großbritanniens aufwies. Der deutsche Kaiser hatte demnach noch lange vor Revolutionsausbruch nicht wesentlich mehr Möglichkeiten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu nehmen, als der englische König. Obwohl die vorgenommenen Verfassungsänderungen ihre Berechtigung keinesfalls entbehrten (und später großenteils von Preuß und Naumann in die Weimarer Verfassung aufgenommen wurden), konnte eine so tief greifende Änderung der Regierungsweise nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben. Die fehlende Regierungspraxis war nur eine der Begleitfolgen der Reformen. Bereits die Regierungserklärung des neuen Kanzlers beinhaltete Bestimmungen, die bei ihrer rücksichtslosen Verwirklichung in der gegebenen Situation, Destabilisierung der Ordnung im Lande nach sich ziehen mußten.

Gemäß seiner ersten vor dem Reichstag am 5. Oktober gehaltenen Rede, verpflichtete sich Max von Baden zahlreiche Lockerungen bei den vom Krieg hervorgerufenen Einschränkungen der Freiheiten der Bürger durchzusetzen. Obwohl das Gesetz vom Belagerungszustand offiziell erst vom Rat der Volksbeauftragten außer Kraft gesetzt wurde, sind seine maßgeblichen Bestimmungen schon von der Regierung Max von Baden abgebaut worden. Am 15. Oktober unterzeichnete Wilhelm II. ein Dokument, das die militärischen Befehlshaber im Hinterland anhielt, die Bestimmungen über den Belagerungszustand fortan unbedingt im

¹ Ebd.

² Zum Art. 15 der Reichsverfassung vgl. das Gesetz von 28.10.1918 zur Abänderung der Reichsverfassung, **Hohlfeld, J.(Hrsg.)**, *Dokumente*, Bd. 2, S. 385.

Einvernehmen mit der Zivilregierung auszuüben¹. Weil nach der neuen Ordnung die Generalkommandos dem jeweiligen Kriegsminister, alle Kriegsminister dem Reichskanzler unterordnet wurden, hatte der letzte ein Machtinstrumentarium über die Militärverwaltung des Hinterlandes erhalten².

Zu allererst sorgte die Regierung Max von Baden dafür, daß die von ihr am 5. Oktober proklamierte Rede- und Versammlungsfreiheit nicht bloß auf dem Papier bestand, sondern eine Verwendung fand, wie es in Deutschland vor dem Kriegsausbruch der Fall war³. Trotz der offiziell noch vorhandenen Generalkommandos und der ihnen untergeordneten Zensurbehörden, konnten seit dem Druckerzeugnisse aller Richtungen ungehindert erscheinen. Die Militärstellen im Hinterland wurden angewiesen sich zurückzuhalten⁴. Ungeachtet der angespannten Lage wurde es Militärbehörden untersagt, Demonstrationen zu verbieten, da Versammlungsfreiheit ebenfalls zu den Prioritäten der Reichsregierung gehörte. Verwirklichung dieser, in Friedenszeiten selbstverständlichen Verfassungsbestimmung, war in der gegebenen Lage schon deshalb besonders gefährlich, weil sie Hand in Hand mit der von der Regierung verkündeten Generalamnestie ging. Vor allem die Sozialdemokraten machten ihre Regierungsbeteiligung davon abhängig, daß diese Amnestie gleich zu Beginn der Kanzlerschaft Max' von Baden umgesetzt wurde. Sie setzten dann durch, daß unter Amnestie auch die Personen fielen, deren Auftauchen in der gespannten Lage des Oktober 1918 in den Ballungszentren Deutschlands Regierung unweigerlich vor Problemen stellen würde. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren nur die Prominentesten unter ihnen⁵. Wenn man sich fragt, ob die radikalen Regimegegner die Liberalisierung der Innenpolitik honoriert haben und bereit waren im Sinne der Reichsregierung Loyalität zu zeigen, so muß man diese Frage eindeutig vereinen. Anfang Oktober verfaßte die USPD einen Aufruf an die Bevölkerung, der unter anderem die Ausrufung der sozialistischen Republik in Deutschland forderte⁶. Die Spartakusgruppe ging naturgemäß noch weiter. Die Resolution ihrer Gothaer Konferenz forderte nicht nur Einführung einer sozialistischen Republik in Deutschland, sondern auch Deutschlands Anlehnung an das Leninistische Rußland⁷. Anfang Oktober datiert auch der Beschluß der Spartakusgruppe „zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstands“, mit dessen Hilfe man politische Ziele der Bewegung zu erreichen dachte⁸.

Obwohl der amerikanische Präsident in seinen Noten der deutschen Regierung ankredete, den Kaiser und die Heeresleitung zu decken, war Max von Baden von Beginn seiner Kanzlerschaft an bestrebt auch über diese beide Institutionen seinen Machtanspruch auszudehnen. Die Verfassungsänderungen, die die gesamte Macht in die Hände des Kanzlers legten, wurden deshalb auch von konkreten Schritten des Regierungschefs begleitet, mit denen er seine Machtstellung unterstrich. Sobald Max von Baden ins Kanzleramt berufen wurde, sorgte er dafür, daß vor allem der Kaiser seine unabhängige Stellung zur Reichsregierung einbüßte. Bereits die erste Audienz des Kanzlers beim Staatsoberhaupt hatte zufolge, daß Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts

¹ Vgl. **Niemann, A.**, *Revolution von Oben*, S. 167f.

² Ebd.

³ Vgl. Amtsantrittsrede Max von Badens vor dem Reichstag am 5. Oktober, *Stenographische Berichte des Reichstags*, Bd. 314, S. 6150f.

⁴ Vgl. Protokoll der Pressebesprechung von 4.10.1918 und Telegramm der Oberzensurstelle an das Nachrichtenbureau vom 18.10.1918, *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 2, S. 1300f. und 1321-1322.

⁵ **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 233f.

⁶ Text des Aufrufes **Breithaupt, W. (Hrsg.)**, *Volksvergiftung 1914-1918. Dokumente der Vorbereitung des 9. November 1918*, Berlin-Leipzig 1925, S. 127f.

⁷ Zum Text der Gothaer Resolution vgl. **Michaelis, H., Schraepler, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 2, S. 358.

⁸ Text des Aufrufes zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes bei **Meyer, E. (Hrsg.)**, *Spartakus im Kriege. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege*, Berlin 1927, S. 223f.

General von Berg gefeuert wurde¹. Ernennung des Generals Valentini zu seinem Nachfolger war nur ein kleiner Trost für Wilhelm II. Unmittelbar darauf sind seine andere beiden Kabinettschefs Müller und Marschall auf der Abschußliste der neuen Regierung aufgetaucht². Indem Max von Baden Durcheinander in der Arbeit der drei kaiserlichen Kabinette brachte, beraubte er den Kaiser zwangsläufig seiner wichtigsten administrativen Stütze.

Was das Verhältnis des Kanzlers zu der OHL angeht, so stand dieses unter keinem guten Stern. Sobald sich der Notenwechsel mit der amerikanischen Regierung einsetzte, trat eine dramatische Verschlechterung der Beziehung, als die OHL der Reichsregierung vorwarf, sie nicht mehr hinreichend zu decken. Nach der 2. Wilsonnote erreichte dieses Verhältnis dann einen Tiefpunkt, als zwischen der OHL und der Reichsregierung ein erbitterter Machtkampf ausbrach. Offiziell ging es dabei zuerst um die Frage der Einstellung des U-Bootkrieges, den die Generalität mit aller Macht zu verhindern versuchte³. Obwohl die OHL erste zwei Runden des Notenaustauschs offiziell noch hingenommen hatte, war der Mißmut der Generäle über den ungünstigen Verlauf des Notenwechsels von vornherein groß. „*Wir nehmen eine Ohrfeige nach der anderen hin und winseln weiter*“, schrieb (um nur ein Beispiel zu nennen) der ehemalige Kriegsminister und Vertrauensmann Falkenhayns General Adolf Wild von Hohenborn⁴. Mit dieser Meinung stand er in der deutschen Generalität keinesfalls allein⁵. Es ist durchaus quellenkundig, daß die OHL am 29. September zwar den Notenaustausch in Gang setzte, darunter aber verstand, daß die 14 Punkte ein Gegenstand der künftigen Friedensverhandlungen nicht aber die Vorbedingung des Waffenstillstandes sein werden⁶. Sobald der Notenaustausch offenbart hatte, daß Deutschland alle Faustpfänder erstens vor dem Waffenstillstand und zweitens als Bedingung für den Waffenstillstand hergeben mußte, waren die Generäle plötzlich dafür, Verhandlungen notfalls scheitern zu lassen. Jedenfalls seit dem Eintreffen der 2. Wilsonnote waren sie kategorisch dagegen den U-Bootkrieg ohne Gegenleistungen der Entente einzustellen. Politiker haben gleichzeitig die Position der Militärs ignoriert, was zum Anwachsen der Spannungen zwischen Berlin und Spa zwangsläufig führte.

Preußische Generäle waren auch so gegen die Politiker voreingenommen. Dazu diente die Tradition des Offizierskorps, die mit Hilfe der Gesetzgebung jede Einmischung der Zivilisten in die Militärbelange ausschloß. Vor dem Krieg ist der deutsche Reichstag immer wieder die Bühne für Auseinandersetzungen gewesen, auf denen die preußischen Kriegsminister sich Aussagen erlauben konnten, die für andere Regierungsmitglieder den sicheren Rücktritt bedeutet hätten⁷. Aus diesem Hintergrund ist es durchaus verständlich, daß Ludendorff so manche psychologische Schwierigkeiten hatte, seine Berichterstattungen dem Reichskanzler vorzutragen. Es zeigte sich bereits während der ersten gemeinsamen Konferenz am 9. Oktober in Berlin, wohin Ludendorff noch im Zusammenhang mit der 1. Wilsonnote gereist war. Dort verhielt sich Ludendorff gegenüber der Regierung, die er selbst mit Vollmachten ausstatten ließ dermaßen ignorant, daß eine ernsthafte Krise zwischen ihm und dem

¹ Vgl. **Niemann, A.**, *Kaiser und Revolution*, S. 99, **Potthoff, H. (Hrsg.)**, *Friedrich v. Berg*, S. 189f.

² **Müller, A.**, *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, S. 423.

³ **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4, S. 444f., **Deist, W.**, in: *Vierteljahreshefte für die Zeitgeschichte*, Bd. 14, 1966, S. 348f.

⁴ **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Hohenborn, Nr. 5, Brief von 27.10.1918.

⁵ General Bernhardi äußerte nicht nur seine Mißbilligung der Politik der Reichsregierung während des Notenaustausches. Er sprach öffentlich mehrmals auch von „nichtswürdigen Nation“, was immer er darunter verstanden haben mag, vgl. **Bernhardi, F., von**, *Denkwürdigkeiten aus meinem Leben*, S. 925f.

⁶ Ausführlich hierzu vgl. Beratung Ludendorffs mit Max von Baden am 9. Oktober, **Ludendorff, E.**, *Urkunden*, S. 546f. Und Telegramm der OHL an den Reichskanzler vom 14.10.1918, ebd.

⁷ So beschuldigte preußische Kriegsminister General von Einem in einer Parlamentsdebatte Bebel eine Parteipolitik zu betreiben, die Deutschland in einen Zusammenbruch wie „nach Jena“ führen würde, **Einem, K., von**, *Erinnerungen eines Soldaten*, S. 77-81f.

Reichskanzler fortan nur Frage der Zeit war¹. Philipp Scheidemann, der als Staatssekretär bei dieser Besprechung zugegen war, vermerkte in seinen Erinnerungen, daß Ludendorffs Stellungnahmen auf die Fragen des Kanzlers „zu sehr an eine [Situation] erinnerten, die in der Instruktionssunde des Kaiserlichen Heeres [vorkamen]. Da fragte der Unteroffizier den Rekruten: Mit ohne was darf der Soldat nicht über den Kasernenhof gehen? Als keine Antwort erfolgte sagte er: Ihr Schafsköpfe, das ist doch klar wie dicke Tinte: Er darf nicht mit der Pfeife ohne Deckel über den Kasernenhof gehen“². Um den Geist dieser Sitzung zu zeigen, sind hier zwei Antworten Ludendorffs auf Anfragen des Regierungschefs wiederzugeben. Die komplizierte Frage des Politikers Max von Baden: „Muß auch heute noch mit der Möglichkeit eines militärischen Zusammenbruchs vor dem Frühjahr gerechnet werden, und bejahenden Falles, besteht diese Gefahr schon für die nächsten drei bis vier Wochen?“, beantwortete Ludendorff knapp: „Die Gefahr des Durchbruches besteht immer“³. Die andere Frage des Kanzlers: „Kann nach Überwindung des Gefahrenpunktes auf Konsolidierung unserer Front gerechnet werden, und durch welche Mittel kann sie erreicht werden?“, beantwortete Ludendorff ebenfalls mit einer Binsenwahrheit: „Wenn die Angriffe eingestellt werden, ist die Gefahr beseitigt“⁴.

Daß diese Einstellung Ludendorffs bis zu seiner Entlassung vorherrschend blieb, zeigt auch das Protokoll der Beratung von 17. Oktober, auf der die Vertreter der Reichsregierung mit wichtigsten Vertretern der Heeresleitung über das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit 2. Wilsonnote berieten⁵. Auf dieser Beratung, auf der der berühmt gewordene Ausspruch Scheidemanns „lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“⁶ gefallen war, war Ludendorff eigentlich in der Lage der Reichsregierung zu berichten, daß die Westfront den Ansturm der Entente standgehalten hat und daß nunmehr kein unmittelbarer Zusammenbruch bevorstehe⁷. Eine Annäherung der Militärs an die Politiker hatte auch in dieser Konferenz nicht erfolgt. Ludendorff selbst ging auf Konfrontationskurs als er gleich zu Beginn der Beratung eröffnete: „Es wurden schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzise zu beantworten ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Krieg eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintritt, weiß kein Mensch“⁸. Als schließlich er den Appell an Politiker richtete, in diesem entscheidendem Moment alle Kraft zur Stärkung der Moral hinter der Front zu setzen, wurde auch ihm in einem Sinne geantwortet, welcher die Zusammenarbeit der OHL mit der Reichsregierung belastete. „Es ist eine Kartoffelfrage“, begegnete Ludendorffs Appell Scheidemann „Die Not ist zu groß, daß man vor einem Rätsel steht, wenn man sich fragt, wovon lebt Berlin-Nord und wovon lebt Berlin-Ost. Solange man dieses Rätsel nicht lösen kann, ist es ausgeschlossen, die Stimmung zu bessern“⁹.

Als am 20. Oktober die deutsche Antwort auf die 2. Wilsonnote über Atlantik ging, stand sie voll im Zeichen des Mißtrauens zwischen der Reichsregierung und der Führung der Streitmacht. Trotz Proteste der Heeresleitung¹⁰ räumte die Note ein, daß die deutsche Seite nicht nur besetzte Gebiete als Vorbedingung des Waffenstillstands räumen würde, sondern auch den U-Bootkrieg ohne jegliche Gegenleistung der Entente

¹ Protokoll dieser Sitzung in: *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 86-91.

² **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 215.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Protokoll der Beratung in: *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 128-150.

⁶ *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 137.

⁷ Ebd.

⁸ *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S.129.

⁹ *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 137.

¹⁰ Vgl. Hindenburgs Telegramm vom 20. Oktober, **Ludendorff, E.**, *Urkunden*, S. 573-574.

einzustellen befohlen habe¹. Der ganze zweite Teil der deutschen Note bestand zudem aus ausführlicher Schilderung der innenpolitischen Veränderungen, die seit 29. September eingetreten waren. Theoretisch gesehen sollten diese Erläuterungen den Weg versperren, den Ententediplomaten in die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches sich einzumischen. Ebenfalls theoretisch gesehen, stand nach diesen Zugeständnissen der Deutschen Regierung der sofortigen Einwilligung des Waffenstillstandes nichts mehr im Wege.

Die 3. Wilsonnote wurde von den zuständigen Stellen in Deutschland schon am Nachmittag des 24. Oktober erhalten². Bereits die erste Passage der 3. Note aus Übersee verkündete, daß der Präsident sich nicht mehr in der Lage befinde der Bitte um Waffenstillstand zu verschließen, da die deutsche Seite alle von den USA gestellten Forderungen erfüllt hatte. Diesem Zugeständnis folgte zugleich aber die Berichtigung, daß die Entente nur solchen Waffenstillstand gewähren würde, der von vornherein Fortsetzung der Feindseligkeiten deutscherseits ausschliesse. Der amerikanische Präsident hielt laut der Note nur einen solchen Waffenstillstand für möglich, der die Alliierten in die Lage setze, alle ihre späteren Forderungen gegebenenfalls mit Gewalt erzwingen zu können. Nach dem Lansing im Namen des Präsidenten technische Seite des künftigen Waffenstillstands umrissen hatte, griff die amerikanische Note die innenpolitische Verhältnisse in Deutschland erneut an. Der Reichsregierung wurde kurzerhand erklärt, daß die innenpolitischen Veränderungen seit 29. September für die Entente keinesfalls ausreichend waren. Der Präsident stellte in Frage, ob die Demokratisierung in Deutschland soweit vorangeschritten war, daß sie die Rückkehr früherer Zustände ausschliesse. Daraus wurde Folgerung gezogen, daß trotz aller Kundgebungen der deutschen Reichsregierung, der amerikanische Präsident bei seiner Meinung verbleibe, daß *„entscheidende Initiative in Deutschland immer noch bei denen liegt, die bisher die Herrscher Deutschlands waren“*³. Das berühmte Ende der 3. Wilsonnote lautete: *„In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar ausgesprochen und aufrichtig klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht... auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen... können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß... die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen, als mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben“*⁴.

Die 3. Wilsonnote stellte die Regierung Max von Baden vor einer schwierigen Wahl. Sollten Friedensverhandlungen von den Militärs oder von der Krone geführt werden, so stelle der amerikanische Präsident unmißverständlich als einzige Alternative für Deutschland, die bedingungslose Kapitulation. Andersrum gesehen waren die Perspektiven auch nicht besser, sollten Verhandlungen die Mehrheitsparteien des Reichstages tragen. Die 3. Note setzte auch in diesem Fall dem Waffenstillstand eine militärische Machtlosigkeit

¹ Text der Note vom 20.10.1918 in: **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.), Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch**, Bd. 2, S. 423-424. Max von Baden berichtet daß diese Note hauptsächlich von den Politikern der Mehrheitsparteien geschrieben wurde. Er bezeichnet das Dokument als „Flickwerk“. Vgl. **Niemann, A., Revolution von Oben**, S. 165f., **Ritter, G., Staatskunst und Kriegshandwerk**, Bd. 4, S. 444f., **Deist, W., in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte**, Bd. 14, 1966, S. 348f.

² Text der Note in: **Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes**, S. 189-190.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

Deutschlands voraus. Da konkrete Forderungen erst danach gestellt werden sollten, war auch diese Alternative nichts anderes als verschleierte Kapitulation. Obwohl der Notenwechsel von der OHL erzwungen worden ist, war die diplomatische Ausführung der Verhandlungen ein Versagen der Diplomatie. Karl Helfferich hatte diesbezüglich richtig vermerkt, daß hätte sich Deutschland seinerzeit direkt an England oder Frankreich gewandt, hätte man Waffenstillstand mit amerikanischen Konditionen auch ohne demütigenden Notenaustausch erlangen können¹. Dem zuzufügen ist nur, daß direkte Verhandlungen mit den Hauptgegnern, wahrscheinlich die Abdankungsfrage, die erst ja von Wilson auf die Tagesordnung gestellt wurde, überhaupt vermeidbar gemacht hätte². Katastrophales Versäumnis der deutschen Diplomatie im Oktober war auch die Tatsache, daß sie es nicht einmal versucht hatte Waffenstillstandsverhandlungen zusammen mit Deutschlands Verbündeten zu führen³. Damit wurde es für den Zustand gesorgt, daß parallel zu dem deutsch - amerikanischen Notenaustausch Deutschlands Verbündete regelrecht Wettkämpfe abliefern, einen Separatfrieden mit der Entente abzuschließen. Im Oktober kapitulierte nicht nur militärisch nutzlos gewordene Türkei, sondern auch der Hauptverbündete Österreich-Ungarn⁴. Während des Notenwechsels mit Wilson wurde Berlin vor der Gefahr gestellt, daß die Eisenbahnwege Österreichs von der Entente dazu genützt werden, um in Süddeutschland einzubrechen⁵.

Heute wissen wir, daß Max von Baden selbst nach der 3. Wilsonnote durchaus mit dem Gedanken gespielt hatte, die Bevölkerung Deutschlands zum nationalen Widerstand aufzurufen. Den Beweis für diese Gesinnung des Reichskanzlers bildet der Entwurf der deutschen Antwort auf die 3. Wilsonnote. Dieser Entwurf schloß bei allem Entgegenkommen gegen Wilson mit folgenden Worten: „*Die deutsche Regierung erwartet demgemäß Vorschläge für einen Waffenstillstand, nicht für eine Waffenstreckung. Nur so könnte der Waffenstillstand einen Rechtsfrieden einleiten, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat*“⁶. Unter diesen Umständen scheint die Zuspitzung der Krise zwischen der Reichsregierung und der OHL, die seit der 3. Wilsonnote aufschwellte, besonders verwunderlich.

Bereits am 20. Oktober erhielt der Reichskanzler ein Telegramm Hindenburgs aus Spa in dem dieser die Regierung unzweideutig fragte: „*Will das deutsche Volk... nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen...? Ich kann mir trotz der ungemein schwierigen Lage der Armee keinen anderen Weg denken und hoffe fest, daß die Regierung für diesen schweren Entschluß hinter sich das ganze Vaterland haben wird*“⁷. Ludendorff und Hindenburg formulierten ihre Position wie folgt: „*Ein Volk, das Demütigungen hinnimmt und sich Bedingungen aufzwingen läßt, die seine Existenz vernichten, ohne das Letzte eingesetzt zu haben, ist dem Untergang verfallen. Muß es sich das gleiche nach der äußersten letzten Kraftanstrengung gefallen lassen, dann wird es leben*“⁸.

¹ Helfferich, K., *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S.247f.

² Rosenberg, A., *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 243f.

³ Vgl. Rauchensteiner, M., *Der Tod des Doppeladlers* S. 616-625, Tarle, J., *Evropa v epochu imperialisma*, S. 433f.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. Das Schreiben des österreichischen Generalstabschefs von Arz an Hindenburg vom 30.10.1918 und das Schreiben Kaisers Karl I. an Wilhelm II. vom 30.10.1918, Nowak, K. F., *Chaos*, München 1923, S. 54, Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.), *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 2., S. 450.

⁶ Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 507.

⁷ Vgl. Ludendorff, E., *Urkunden*, S. 573f., Niemann, A., *Revolution von oben*, S. 162-163.

⁸ Die Niederschrift Ludendorffs von 31.10.1918 ist abgedruckt bei *Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918*, Bd. 2, S. 361f.

Obwohl diese Auffassung von den zeitgenössischen Politikern, wie auch in der späteren Geschichtsschreibung kritisiert wurde, muß es objektiverweise konstatiert werden, daß sie wohl zu den Großtaten beider Generäle im Weltkrieg gezählt werden kann. Die berühmte Auffassung des preußischen Innenministers Drews, der behauptet hatte, daß das deutsche Volk mit seinen 70 Mio. Einwohnern anders als eine Einzelperson unmöglich bis zum äußersten kämpfen könne, stellt keine staatsmännische Position da. Historiker der Weimarer Republik Arthur Rosenberg vertrat ebenfalls vehement die Auffassung, daß der Widerstand für Deutschland nach Oktober 1918 „sachlich nichts ändern [konnte]“¹ und wurde von der Geschichtsschreibung in dieser Hinsicht gefolgt². Dies ist allerdings nur einseitige Betrachtungsweise. Es ist wohl wahr, daß seit September 1918 weder eine von Rathenau geforderte „levée en masse“, noch traditionelle Kriegsführung, Deutschland in der Lage versetzt hätte, den Feinden Friedensbereitschaft aufzuzwingen. Ebenfalls ist es wahr, daß der Notenwechsel mit Wilson in der kriegsmüden Bevölkerung Friedenshoffnungen erweckt hatte, deren Zerstörung die bestehende Ordnung genauso weggefegt hätte, wie die Matrosenmeuterei es unmittelbar danach dann auch tat. Schließlich konnte die Regierung schon deshalb keinen Widerstand ins Auge fassen, weil die eben durchgeführte Entschärfung des Gesetzes über den Belagerungszustand, ihr selbst das wichtigste Instrumentarium wegnahm, das für Fortsetzung des Krieges notwendig gewesen wäre. Andererseits muß aber durchaus konstatiert werden, daß die Mehrheitsparteien die die Regierung Max von Baden seit 3. Oktober getragen haben, einiges selbst verschuldet haben, um nach dem Krieg in den Augen der Bevölkerung als die Schuldigen für die Katastrophe zu stehen. Obwohl die deutsche politische Rechte und das Offizierskorps sich keinesfalls um die Verantwortung gedrückt hatten, waren es die Mehrheitsparteien, die es der politischen Rechten wie dem Offizierskorps ermöglicht hatten sich von der Liquidierung des Krieges fernzuhalten. Die deutschen Konservativen sind bereits während der Formierung der Regierung Max von Baden an die Mehrheitsparteien herangetreten mit dem Vorschlag Verantwortung mittragen zu wollen, ihre Regierungsbeteiligung ist jedoch kategorisch abgelehnt worden³. Das taten Politiker der Mehrheitsparteien mit der Begründung, daß die Beteiligung der Rechten auf Ausland einen negativen Eindruck machen würde⁴. Hätten sie aber weniger auf die außenpolitische Auswirkungen und mehr auf die innenpolitische Notwendigkeit geachtet, so wäre die Dolchstoßlegende wahrscheinlich erst gar nicht entstanden⁵. Diese Hypothese scheint insofern wahrheitsnah zu sein, als nach der 3. Wilsonnote auch die Militärs durchaus mit Verantwortung belastet werden konnten. Niemand, der sich mit der Psyche preußischer Generalstäbler des 1. Weltkrieges auskennt, kann leugnen, daß sobald das Millionenheer im Westen echte Auflösungserscheinungen gezeigt hätte, die Heeresleitung keinen Augenblick gezögert hätte notfalls auch selbst an Foch mit Waffenstillstandsbitte zu treten. Was es zu bedeuten hat, wenn die Militärmaschinerie aufhört zu funktionieren und Millionen bewaffneter Deserteure in die Heimat zurückfluten, wußten die deutschen Militärs anhand der einschlägiger Erfahrungen an der Ostfront bestens. Wie die zeitgenössische Quellen es belegen, waren sie bemüht, dies in Deutschland zu verhindern.

¹ **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 235f.

² **Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 675-677f.

³ Vgl. Stresemanns Brief an Fischbeck vom 04.10.1918, **Vossische Zeitung**, 05.10.1918 und **Helfferrich, K.**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 531f.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

Als infolge der 3. Wilsonnote ein Streit zwischen der OHL und der Regierung Max von Baden ausbrach, handelte die letzte jedenfalls so, daß das Verhältnis zwischen den Mehrheitsparteien und der politischen Rechten noch Jahre danach aufs schwerste belastet wurde. Die Militärs hielten sich dabei anfänglich durchaus an die Gesetze. Am 25. Oktober reisten Ludendorff und Hindenburg nach Berlin und verlangten vom Kaiser ihre Position gegenüber der Reichsregierung zu unterstützen¹. Wilhelm II. verwies aber die beiden Militärs an das Kanzleramt als den verfassungsmäßigen Träger der Macht. „*Wie kann eine Einheitsfront zustande kommen, wenn ich den einmal eingeschlagenen Weg der Reformen nicht konsequent weiter verfolge*“², fragte Wilhelm II. Ludendorff Niemann zufolge. Diese Überlieferung klingt durchaus echt, was auch die Tatsache beweist, daß Ludendorff und Hindenburg fortan ihre Verhandlungen mit der Reichsregierung fortsetzten. Da Max von Baden sich krank melden ließ und beiden Militärs mitgeteilt hat, er könne sie nicht empfangen, traten sie an Vizekanzler Payer heran, der laut der neuen Verfassungsänderung an der Stelle des kranken Kanzlers Regierungsgeschäfte führte³. Während der Besprechung beim Vizekanzler verkündete Ludendorff im Namen der OHL, daß die Westfront sich gefestigt hatte und daß Gefahr des unmittelbaren Zusammenbruches an der Front nicht mehr bestünde. Dann forderte er die Regierung offiziell auf, in der nächsten Kundgebung an Wilson Entente vor der Wahl zu stellen, entweder auf die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation zu verzichten, oder die Verhandlungen abubrechen. Diese Forderung wurde von Payer zwar abgelehnt, aber der Bruch der unmittelbar darauf folgte, ist weniger durch diese Absage an die Heeresleitung, als vielmehr darauf zurückzuführen, daß die Reichsregierung den ersten Generalquartiermeister nicht mehr ernst nahm. Laut Konteradmiral Levetzow, der an dieser der Besprechung bei Payer teilgenommen hatte, kam es während der Audienz zu einem heftigen Streit, der bezeichnenderweise entbrannte, als Ludendorff auf die Ehre der Reichsregierung zu appellieren begann⁴. „*Ich kenne keine Soldatenehre, ich bin ein einfacher schlichter Bürger und Zivilist. Ich sehe nur das hungernde Volk*“⁵, lautete dann die Antwort Payers, die den Auftakt für den Bruch mit der Heeresleitung bildete. Laut Levetzow wurde dieser Bruch auch dadurch begünstigt, daß diesmal Ludendorff es war, der die Beherrschung verlor und der Vizekanzler sich genauso ignorant verhielt, wie Ludendorff während der Beratungen am 5. und 17. Oktober. Der Schluß dieser Besprechung ist stenographisch überliefert und lautet wie folgt: „**Ludendorff:** „*Dann, Eure Exzellenz, werfe ich ihnen und ihren Kollegen die ganze Schmach des Vaterlandes ins Gesicht. Und ich warne sie wenn sie es jetzt so gehen lassen, dann werden sie in wenigen Wochen Bolschewismus im Lande haben. Dann denken Sie an mich!*“.

Payer: „*Nun, nun, Eure Exzellenz. Ich hege diese Befürchtung nicht. Die Beurteilung dieser Verhältnisse müssen Sie schon mir überlassen, das verstehe ich nun besser*“.

¹ Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 616f., Lütge, K., *Die Politik des Reichskanzlers Max von Baden*, Phil. Diss., Kiel 1953, S. 167f.

² Vgl. Niemann, A., *Kaiser und Revolution* S. 112, ebd.

³ Ebd., Payer, F., von, *Von Bethmann-Hollweg bis Ebert*, S. 141f., Breucker, W., *Die Tragik Ludendorffs*, Oldenburg 1953, S. 60f.

⁴ Vgl. Ebd., Levetzow, M., *Beitrag zur geschichtlichen Darstellung des Zusammenbruchs im Jahre 1918*, in: Niemann, A., *Revolution von Oben*, S. 412f.

⁵ Ebd.

Ludendorff: „*Es hat keinen Zweck, mit Ihnen, Herr von Payer, weiterzureden. Wir beide, Sie und ich, wir verstehen uns nicht und werden uns niemals verstehen, niemals zusammenkommen, wir leben in verschiedenen Welten*“¹.

In dieser Konfliktsituation war es die Oberste Heeresleitung eindeutig die schwächere Macht. Einerseits hatte sie selbst den Primat der Reichsregierung über die Militärführung am 29. September durchgesetzt. Andererseits, war Max von Baden spätestens seit der 3. Wilsonnote entschlossen, die Entlassung Ludendorffs zu erzwingen. In seinen Erinnerungen schrieb der Reichskanzler, daß für diesen Schritt ihn „das verlorene Vertrauen“ zu Ludendorff bewogen hat². Der Vorwand, der dem Kanzler den Sturz Ludendorffs ermöglichte, ist eine der merkwürdigsten Episoden deutscher Innenpolitik dieser Periode und datiert seine Ursprünge auf den 23. Oktober 1918. An diesem Tag ereignete sich im Verwaltungsapparat der OHL eine „Panne“, die das Verhältnis der Reichsregierung mit der Heeresleitung auf die Spitze getrieben hat. Daß Auswüchse des Moltkeschen Chefsystems mit der Demokratisierung Deutschlands im Oktober keinesfalls beseitigt wurden, zeigen die Verabschiedung des Heeresbefehls von 24. Oktober in dessen Folge Max von Baden Ludendorffs Entlassung durchsetzen konnte.

Wir erinnern uns, daß die Generalstabsoffiziere zweiten Ranges innerhalb der OHL während des Krieges über den Einfluß verfügten, der in keinem Verhältnis zu ihrem Rang gestanden hatte. Aus zahlreichen Quellen wissen wir, daß die Generalstabsoffiziere, die den plötzlichen Wandel am 29. September erwirkt hatten, über die Folgen ihres Handelns keinesfalls glücklich waren. Aus denselben Quellen ist ebenfalls ersichtlich, daß nach dem Bekanntwerden Wilsons Forderungen zahlreiche Offiziere des Generalstabes bereit waren alles daran zu setzen, daß die Reichsregierung sich endlich Wilson gegenüber zu härteren Gangart entschließen würde. Nur aus diesem Hintergrund ist dann der Heeresbefehl von 24. Oktober verständlich, den der Apparat der OHL Hindenburg und Ludendorff zur Unterschrift vorlegte. Das eigentlich merkwürdige an dem verhängnisvollen Heeresbefehl lag im folgendem: Oberst von Haefen gab am 24. Oktober in einer Pressekonferenz zu erkennen, daß Max von Baden bereit war, seine bisherige Position Wilson gegenüber aufzugeben und notfalls der Entente den Abbruch des Notenwechsels in Aussicht zu stellen³. Laut Gerhard Ritter, wurden „*diese Äußerungen von einem der Offiziere des Presseamtes so verstanden, als wäre die Reichsregierung derselben Meinung und als hätte Haefen mehr oder weniger offiziös gesprochen*“⁴. Diese Pressekonferenz löste im Verwaltungsapparat der OHL ein verhängnisvolles Mechanismus aus, als der stellvertretender Chef der Nachrichtenabteilung Major Kroeger von niemanden ermächtigt einen Heeresbefehl formulieren ließ, der den Truppen den Abbruch des Notenwechsels ankündigte: „*Unsere Feinde [führen] das Wort Rechtsfrieden nur im Munde, um uns zu täuschen und unsere Widerstandskraft zu brechen. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Kräften nicht zu brechen ist, werden sie zu einem Frieden Bereit sein, der Deutschlands Zukunft gerade für die breiten Schichten des Volkes sichert*“⁵. Obwohl die etwas nachdenklichere

¹ Ebd.

² **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 500.

³ **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4, S. 445, **Helmolt, H. F.**, *Ein Vierteljahrhundert der Weltgeschichte 1894-1919*, Charlottenburg 1919, S. 152f.

⁴ Ebd.

⁵ Text des Armeebefehls vom 24. Oktober **BHStA IV München**, Mkr. 14027. Zu den Vorgängen vgl. **Helmolt, H. F.**, *Ein Vierteljahrhundert der Weltgeschichte*, S. 152.

Offiziere des Generalstabes sich durchaus bewußt waren, daß Veröffentlichung diesen Befehls bei der Reichsregierung „einen großen Stunk“¹ hervorrufen würde, legten sie das Dokument am denselben 24. Oktober Hindenburg und Ludendorff zur Unterschrift vor². Diese beiden waren am 24. Oktober im Begriff zur bereits geschilderten Reise nach Berlin anzutreten. Ludendorff lehnte die Unterzeichnung des Befehls zuerst ab. Er war sich durchaus bewußt, daß dieser Befehl eine politische Kundgebung aller höchsten Ranges war und mit seiner Veröffentlichung man den seit 29. September angestrebten Primat der zivilen Gewalt untergraben würde. Ludendorffs Widerstand wurde aber gebrochen, als Major Kroeger ihn versicherte, seine Abteilung über die offizielle Informationen aus Berlin verfüge, daß „an dem [nachträglichen] Einverständnis der Reichsleitung nicht zu zweifeln sei“³. Erst danach unterzeichnete Ludendorff das ihm vorgelegte Dokument⁴. Ludendorffs Unterschrift war zwar eine unglaubliche Leichtsinnigkeit, denn sie erfolgte ohne jeglicher Rückfrage beim Auswärtigen Amt. Sie ist aller Wahrscheinlichkeit nach nur deshalb zustande gekommen, weil er unmittelbar darauf Spa verlassen und nach Berlin verreisen wollte. Da seine Abwesenheit von der OHL im Falle des Abbruches des Notenwechsels durch die Reichsregierung einen gleichzeitigen Truppenbefehl rein technisch unmöglich gemacht hätte, war Ludendorff gezwungen zu unterschreiben. Sobald die Unterschrift Ludendorffs unter dem Schriftstück stand, war es für Kroeger das leichtesten gewesen auch die Unterschrift Hindenburgs zu bekommen. Laut Ritter unterschrieb Hindenburg deshalb „das Schriftstück ohne Weiteres“⁵. So kam es dazu, daß Hindenburg und Ludendorff am 25. Oktober nach Berlin abgereist waren um mit Regierung zu verhandeln, die OHL kabelte gleichzeitig den Armeebefehl an die Fronttruppen⁶.

Theoretisch bildete der Truppenbefehl von 24. Oktober ein eklatantes Beispiel der Insubordination, da er das Recht der Reichsregierung vorwegnahm, politische Entscheidungen zuerst zu verkünden. In der Praxis war aber dieser Befehl nichts anderes als eine Folge von Pannen und Mißverständnissen, die zwischen der OHL und der Reichsregierung in diesen Tagen geherrscht hatten⁷. Sobald die Generäle erfuhren, daß die Reichsregierung nicht bereit war, die Verhandlungen mit Wilson abzubrechen, veranlaßten sie die Rücknahme des Befehls. Es geschah schon am 25. Oktober durch den Chef der Operationsabteilung Oberst Heye, zum Zeitpunkt, als Ludendorff und Hindenburg noch im Zug saßen⁸. Die Generäle waren im Übrigen sehr bemüht den Vorfall mit dem Heeresbefehl ungeschehen zu machen. Sobald die Umstände es zuließen, wurde Max von Baden ein offizielles Entschuldigungsschreiben zugestellt⁹. Obwohl dieser Entschuldigungsschreiben von Heye nur wenige Stunden nach Rücknahme des Truppenbefehls an das Kanzleramt gesandt wurde, konnte er den Schaden Majors Kroeger nicht mehr eingrenzen. Ein Militärfunker und USPD-Sympathisant aus zersetzten Osttruppenkontingent hatte inzwischen geschafft, den Text des Befehls an die Reichstagsmitglieder seiner Partei weiterzuleiten und dieser wurde der Öffentlichkeit in Kürze bekannt¹⁰. Der Truppenbefehl von 24. Oktober

¹ Vgl. **Thaer, A., von**, *Generalstabsdienst*. S. 243.

² **Helmolt, H. F.**, *Ein Vierteljahrhundert der Weltgeschichte*, S. 152.

³ Vgl. Ebd., **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4, S. 446f.

⁴ Ebd.

⁵ **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4, S. 446.

⁶ Ausführlich hierzu **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Haefthen, *Ereignisse am 24. Oktober* und besonders **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Heye, Nr. 4.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd., **Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 615, **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 178, sowie Telegramm Lersners an das Auswärtige Amt vom 26.10.1918, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 202.

⁹ *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, S. 235f.

¹⁰ **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 187f.

sollte dann in Berlin eine richtige Empörungswelle auslösen. Er wurde das Thema der Reichstagsdebatten, wie auch des Kriegskabinetts. Obwohl Max von Baden über den wahren Sachverhalt mit dem Armeebefehl bestens vertraut war¹ und die Schlichtung des Konflikts in der gegebenen Situation die beste Lösung war, entschloß er sich beim Kaiser die Entlassung Ludendorffs zu fordern².

Über die Vorgänge bei der entscheidenden Audienz im Schloß Bellevue, wissen wir aus zahlreichen Quellen³. Diese Quellen bezeugen, daß Wilhelm II. bis zu letztem Augenblick gewillt war, Ludendorff zu halten. Laut Haefen, der Ludendorff über seine mögliche Entlassung unterrichtet hatte, war Generalquartiermeister vor der Audienz „*sehr erregt und vermochte nur mit äußerster Willenskraft seiner inneren Bewegung Herr zu werden. Beim Wechseln des Feldrockes zitterte er derartig, am ganzen Körper, daß er das E. K. I. nicht mehr an sein Rock zu heften vermochte*“⁴. Während der kaiserlichen Audienz hatte dann Wilhelm II. „*die von General Ludendorff geduldete Generalstabswirtschaft*“⁵ in Zusammenhang mit 29. September und Heeresbefehl von 24. Oktober aufs Schärfste verurteilt, Ludendorffs Entlassungsgesuch jedoch zuerst abgelehnt. Die eigentliche Auseinandersetzung zwischen Wilhelm II. und dem 1. Generalquartiermeister erfolgte allerdings, als der Kaiser erklärte, er sei entschlossen in der Zukunft innenpolitisch auf die Sozialdemokratie zu setzen⁶. Dieser Erklärung folgte prompt Ludendorffs Antwort, Wilhelm II. werde innerhalb der kürzesten Zeit gestürzt werden. Diese merkwürdig scharfe Prophezeiung⁷ wurde von einem solch scharfen Ton begleitet, daß Wilhelm II. sich veranlaßt sah, Ludendorff zu ermahnen, er solle nicht vergessen, mit wem er spricht⁸. Unmittelbar darauf hat Ludendorff noch einmal sein Abschied erbittet, was aufgrund seiner Entgleisungen ihm diesmal bewilligt wurde. Hindenburgs Bitte, ihn ebenfalls zu entlassen wurde aber von Kaiser abgelehnt^{9*}.

Kap. 8. Das Heranwachsen einer revolutionären Situation in Deutschland und die Abdankungsfrage

¹ Dies gibt Auch Max von Baden zu, **Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente***, S. 501.

² **Frentz, H., *Der unbekannte Ludendorff***, S. 245f. Der Brief des Kanzlers an Wilhelm II. mit der Forderung Ludendorff zu entlassen ist abgedruckt bei *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 359f.

³ Vgl. **Haefen, H., von, *Erinnerungen***, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 360f., **Breucker, W., *Die Tragik Ludendorffs***, S. 60f., **Lütge, K., *Die Politik des Reichskanzlers Max von Baden***, S. 167f., **Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen***, S. 616f., **Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente***, S. 501 und 503f. und **Thaer, A., von, *Generalstabsdienst***, S. 246f.

⁴ **Haefen, H., von, *Erinnerungen***, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 363.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd., **Thaer, A., von, *Generalstabsdienst***, S. 246f., Scheidemann zufolge trug sich Wilhelm II. damals tatsächlich mit der Idee Max von Baden durch einen sozialdemokratischen Kanzler zu ersetzen und dadurch möglichen Unruhen vorzubeugen, **Scheidemann, P., *Memoiren eines Sozialdemokraten***, Bd. 2, S. 229f.

⁷ „*In 14 Tagen haben wir keinen Kaiser mehr*“, sagte Ludendorff bei seiner Abreise aus Berlin am 26. Oktober Haefen und Stülpnagel, die ihn begleitet hatten, **Haefen, H., von, *Erinnerungen***, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 365.

⁸ Ausführlich über die Entlassung Ludendorffs vgl. **Frentz, H., *Der unbekannte Ludendorff***, S. 245-266f.

⁹ **Haefen, H., von, *Erinnerungen***, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 365. Hindenburgs Rolle bei der Entlassung Ludendorffs ist zwiespältig. Seinem Biographen zufolge unterzeichnete er nicht nur als erster den Befehl vom 24. Oktober, sondern schrieb auch an Max von Baden einen Brief in dem er seine Mitverantwortung bestritt, vgl. **Wheeler-Bennett, J., *Hindenburg***, S. 187f.

Theoretisch war Ludendorffs Verabschiedung im Zuge der parallel verlaufenden Oktoberreformen „die einfachste Sache der Welt“¹. Rein äußerlich hatte sie auch keine Auswirkungen gehabt, denn die deutsche Zivilbevölkerung hielt nicht Ludendorff, sondern Marschall Hindenburg für den wichtigsten Militär². Das Frontheer, dessen Offiziere und Soldaten eigentlich gewußt hatten, daß Ludendorff der wichtigster Heeresführer war, nahm den Rücktritt des 1. Generalquartiermeisters ebenfalls hin. Jedenfalls ist in den Quellen kein einziger Protest aus den Stäben des Frontheeres überliefert worden. Was Soldaten anbelangt, so waren irgendwelche Kundgebungen ihrerseits zu diesem Zeitpunkt auch nicht denkbar gewesen³. Die Nachricht von Ludendorffs Entlassung wurde in den wichtigsten Zeitungen Deutschlands verkündet, neben der Bekanntmachung, daß zum neuen Generalquartiermeister des Heeres General Groener ernannt worden ist.

Was niemand in Deutschland gewußt hatte war Folgendes: Während im Schloß Bellevue die Aussprache der OHL-Leitung mit dem Kaiser stattfand, führte der Chef der Zentralabteilung Oberst Tieschowitz bereits Telefonat mit dem Chef des kaiserlichen Militärkabinetts General Marschall und schlug ihm mögliche Nachfolger Ludendorffs vor⁴. Oberst von Haefen zufolge, der bei diesem Telefonat zugegen war, wurden dabei als geeignetste Generalstäbler von Kuhl, Loßberg, von Seeckt und Groener bezeichnet. Obwohl die Entlassung Ludendorffs zu diesem Zeitpunkt noch keinesfalls beschlossen war, trug Tieschowitz ohne jegliche Ermächtigung diese Namen Marschall zur Auswahl vor⁵. Dieses von niemandem autorisierte Telefongespräch des Obersts von Tieschowitz sollte insofern die schwerstwiegende Folgen haben, als sie im Prinzip die Ernennung Groeners zum Nachfolger Ludendorffs vorherbestimmte⁶.

Der 1867 geborene Groener war nur zwei Jahre jünger als Ludendorff und wurde schon vor dem Krieg zu den fähigsten Generalstäblern Deutschlands gezählt. Dieser Umstand weist sehr wohl auf intellektuelle Fähigkeiten des Generals. Groener war nicht nur ein gebürtiger Schwabe, sondern auch bürgerlicher Abstammung. Trotzdem hatte er es geschafft, in der preußischen Militärhierarchie noch lange vor Kriegsausbruch, als die Auslese besonders rigide gehandhabt wurde, in die höchsten Etagen der Militärhierarchie aufzusteigen. Manchen Quellen zufolge war Groener vor dem Krieg sogar unmittelbar davor gestanden, zum Chef der Operationsabteilung des Großen Generalstabes ernannt zu werden. Es gibt auch Berichte, wonach Groener mit Ludendorff vor dem Krieg in einem Atemzug als „klarster Kopf“ genannt wurde und es steht fest, daß eine ähnliche Karriere im Vorkriegsdeutschland kein anderer nicht preußischer Generalstabsoffizier gemacht hat. Jeder, der Groeners Erinnerungen gelesen hat, kann nicht übersehen, daß Groener sich selbst für einen begnadeten Strategen hielt. Allerdings haben Groeners Vorgesetzte - und da kommen wir zum zentralen Punkt Groeners Laufbahn - bezüglich seiner Feldherrnqualitäten eine andere Meinung gehabt. Der schwäbische General erhielt Berufungen ausschließlich in der Verwaltung. Vor dem Krieg und 1914 wurde ihm die Leitung des Eisenbahnwesens anvertraut. Später war er zuständig für die Arbeit der

¹ **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 236.

² **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 500 und 504.

³ Zur Stimmungslage im Offizierskorps nach Ludendorffs Entlassung vgl. **Loßberg, F., von**, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg*, S. 359, **Einem, K., von**, *Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg*, S. 455f. und 460f., **Obkircher, W.**, *General Erich von Gündell*, Hamburg 1930, S. 294f., **Thaer, A., von**, *Generalstabsdienst*, S. 246f.

⁴ **Haefen, H., von**, *Erinnerungen*, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 363.

⁵ Ebd.

⁶ Zwei so verschiedene und doch so scharfsinnige Beobachter wie der bulgarische Zar Ferdinand und der deutsche Botschafter in den USA Graf Bernstoff haben übereinstimmend die Meinung vertreten, daß „von allen deutschen Generälen Seeckt allein einen klaren und treffenden Blick für die politische Seite des Krieges bewiesen [hatte]“. Seeckt war zu diesem Zeitpunkt aber in der Türkei und konnte den Posten nicht antreten. Andere Kandidaten haben abgesagt, vgl. **Wheeler-Bennett, J.**, *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 106f.

Kriegs- und Ernährungsämter. 1918 war Groener als Stabschef des Feldmarschalls Eichhorn in der Ukraine tätig, aber auch diese Stelle hatte mit der Kriegsführung nichts mehr zu tun. Als Stabschef der Heeresgruppe in der Ukraine war Groener hauptsächlich mit der Beschaffung von Rohstoffen beschäftigt. Obwohl Groener sich schon immer bemüht hatte ein Truppenkommando zu erhalten, wurde diesem Wunsch im Weltkrieg nur kurz entsprochen und auch da wurde Groener nur das Kommando über eine Infanteriedivision anvertraut. So gesehen war Groeners Berufung in die OHL am 27. Oktober ein Akt von nicht zu unterschätzender symbolischer und praktischer Bedeutung. Die Berufung eines Verwaltungsmilitärs an die Spitze der Militärhierarchie, war ein sicheres Zeichen dafür, daß man in der OHL bereits weniger Wert auf den Entwurf von Militäroperationen als vielmehr auf verwaltungstechnische Erfahrung setzte.

Groeners Ernennung zu Ludendorffs Nachfolger ist dennoch ein Rätsel. Zahlreiche preußische Militärs mit Erfahrung in Sachen Militärverwaltung hatten vor Groener keine Achtung. Man bezichtigte ihn nicht nur des Populismus, sondern zweifelte auch an seinen Qualitäten gerade in der verwaltungstechnischen Arbeit. Der preußische Kriegsminister unter Falkenhayn General Alfred Wild von Hohenborn begrüßte z. B. Groeners Wahl zwar, weil dieser „als Nichtpreuße“ und „Demokrat“ gerade in Hinblick auf die Reformen „gut ausgesucht“ zu sein schien. Er zweifelte jedoch, ob Groener dem schwierigen Erbe Ludendorffs gewachsen sein werde: *„Im Übrigen ist es bis jetzt immer sein Amt gewesen Trümmer zurückzulassen: Als Eisenbahnchef, im Kriegsernährungsamt, im Kriegsamt; überall ging er, als die Reklame versagte und die Sache abwärts ging. In der Ukraine hat er auch nichts geschafft, und so wird er auch im neuen Amt sehr geeignet sein, den zu erwartenden ungünstigen Abschluß zu leiten“*¹. Diese Einschätzung Groeners kann aufgrund russischer Quellen nur bekräftigt werden. Abgesehen von zahlreichen militärpolitischen Verfehlungen im Osten ist er gerade an seiner Hauptaufgabe gescheitert, nämlich Rohstofflieferungen aus den besetzten Gebieten effektiv zu organisieren². Ein anderer einflußreicher Militär mit Verwaltungserfahrung, der ehemalige preußische Kriegsminister General von Einem war ebenfalls gegen die Groeners Ernennung. Für seinen Geschmack hegte Groener zu große Sympathien für sozialistisches Gedankengut und hatte die Neigung zu politisieren³. Derselben Auffassung waren auch mehrere Generalstabsoffiziere⁴, wobei einige von ihnen Groener noch lange vor seiner Ernennung als einen „roten General“ bezeichneten⁵.

Was Groeners angebliche Sympathien für die SPD anbelangt, so ist Einems Vorwurf mit den verfügbaren Quellen nicht eindeutig belegbar. Groener hatte während seiner Arbeit im Kriegsamt zwar tatsächlich neue Wege beschritten und eng mit Arbeitergremien zusammengearbeitet⁶. Er zog das Mißfallen der OHL auf sich, als Ludendorff ihn beschuldigte, das „Hilfsdienstgesetz“ mit überzogenen sozialen Sicherungen für die Arbeiter zu „verwässern“ mitgeholfen zu haben⁷. Andererseits hatte es Groener nachweislich nicht

¹ Brief Wilds an seine Frau vom 30.10.1918 in: **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Hohenborn, Nr. 5.

² Vgl. **Tarle, J.**, *Evropa v epochu imperialismu*, S. 389f. Zum „Getreideabkommen“ mit der Ukraine, vgl. **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 2, S. 188. Laut Gutachten von Hans Delbrück vor dem Untersuchungsausschuß betrogen dabei Groeners Getreidelieferungen nur etwas mehr als ein halbes Kilo pro Kopf der damaligen Bevölkerung Deutschlands, **Untersuchungsausschuß**, S. 225f.

³ Brief vom 28.10.1918, **Quellen**, 1. Reihe, Bd. 2, S. 1346.

⁴ **Thaer, A., von**, *Generalstabdienst*, S. 248.

⁵ Vgl. Oberst Wisberg an Seeckt vom 20.08.1917, **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Seeckt, Nr. 90.

⁶ Vgl. **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 329-373.

⁷ Zur militärischen Kritik des Hilfsdienstgesetzes vgl. **Feldman, G.**, *Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918*, S. 330f. Zum Sturz Groeners vgl. **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 367f., **Merton, R.**, *Erinnerenswertes*

geschafft, ein gutes Verhältnis zur Arbeiterschaft zu sichern¹. Schuld daran waren nicht so sehr Strafmaßnahmen gegen die streikenden Arbeiter im Januar 1917, sondern wenig glückliche Formulierungen in Aufrufen Groeners, deren schwäbischen Humor Berliner Arbeiter nicht besonders zu würdigen wußten. Der berühmteste dieser Aufrufe wurde am 27. April 1917 an den Wänden aller Berliner Betriebe angeschlagen. Die Arbeiter konnten unter anderem auch folgende Formulierungen zur Kenntnis zu nehmen: „*An die Rüstungsarbeiter!... Unser Heer braucht Waffen und Munition! Habt ihr nicht den Brief Hindenburgs gelesen? Eine unsühnbare Schuld nimmt derjenige auf sich, der in der Heimat feiert, statt zu arbeiten. Für eure Schuld müssen unsere Feldgrauen beißen. Wer wagt es, dem Rufe Hindenburgs zu trotzen? Ein Hundsfott, wer streikt, solange unsere Heere vor dem Feinde stehen... Gez. Groener*“². Seinem Biographen zufolge bezeichnete die antigroenerische Propaganda Ludendorffs Nachfolger infolge diesen Aufrufes als „Hundsfottgeneral“³. Diese Bezeichnung erfreute sich besonders unter den Arbeitern Berlins große Popularität⁴.

Wenn man von Groener als dem 1. Generalquartiermeister spricht, muß unbedingt erwähnt werden, daß er viel anders als die Mehrheit der Generalität seiner Generation in der ersten Reihe General-Politiker und erst in der zweiten General-Soldat war. Diese Feststellung behält ihre Gültigkeit, auch wenn man vermerkt, daß Groener ein Technokrat von großem Können war. Charaktermäßig war Groener ein Gegenbild von Ludendorff. War Ludendorff menschlich ein Asket der voll in der Arbeit aufging und sich öffentlich rühmte, nie gelacht zu haben⁵, so war Groener ein ausgesprochener Liebhaber gemütlicher Zusammenkünfte. Seiner Veranlagung nach war Groener ein Optimist und verfügte zweifelsohne über Eigenschaften, welche mit dem stark strapazierten Ausdruck „Charisma“ zusammengefaßt werden können. Es steht auch außer Zweifel, daß Groener durchaus seine Ausstrahlung bei den Vorgesetzten einzusetzen vermochte. Der Chef des Marinekabinetts Admiral Müller, vermerkte schon 1914, daß Groener der einzige Generalstäbler von Rang war, der Zeit fand, neben seiner Arbeit auch um die Gunst des Kaisers zu werben⁶. Groener hatte während seiner Amtszeit im Kriegsamt außerdem gut verstanden, Bekanntschaften mit den Berliner Politikern zu pflegen. Hier scheute sich Groener nicht mit der Tradition zu brechen, denn vor dem Krieg gehörte es für die Militärs zum guten Ton die Abneigung gegen die Politiker zu betonen⁷. Wenn während des Krieges dieser Gegensatz auch durch die zum Teil fruchtbare Zusammenarbeit etwas abgeschwächt wurde, so war trotzdem außer Groener gewiß kein Militär von Rang in Deutschland vorhanden, der Verbindungen zu den Sozialdemokraten öffentlich gepflegt hätte. Groener unterhielt hingegen nicht nur engste Beziehungen zum Reichstag, sondern fühlte sich laut eigener Stellungnahme insbesondere zu seinen „Landsleuten“ von Payer und Ebert hingezogen⁸.

Wenn man von den negativen Seiten Groeners spricht, so muß vor allem eine Eigenschaft erwähnt werden, die eigentlich für die deutsche Mentalität untypisch ist, die aber teilweise mit Groeners schwäbischer

aus meinem Leben, das über das Persönliche hinausgeht, Frankfurt a. M. 1955, S. 36f., **Feldman, G.**, *Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918*, S. 372f.

¹Vgl. Ebd. **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4, S. 157f.

²**Stahl, W. (Hrsg.)**, *Schulthess europäischer Geschichtskalender*, München 1921, 1917, S. 460f.

³Vgl. **Rakenius, G. W.**, *Wilhelm Groener als Erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung*, Boppard 1977, S. 18.

⁴Ebd.

⁵Ludendorffs behandelnder Arzt bezeichnete ihn als „seelisch blind“, vgl. **Wheeler-Bennett, J.**, *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 106.

⁶**Müller, A.**, *Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, Eintragung vom 06.11.1914.

⁷Vgl. **Gleich, G. von**, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, Leipzig 1919.

⁸Vgl. hierzu **Sauer, W.**, *Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht*, Phil. Diss., Berlin 1956.

Herkunft erklärt werden kann. Im Gegensatz zu Ludendorff, der von seinen Mitarbeitern in erster Linie Leistung abverlangte, fühlte sich Groener zuerst den Menschen seiner unmittelbaren Umgebung verpflichtet. Dieser an und für sich nette Zug schwäbischer Mentalität, der den Vorgesetzten als einer Art Familienvater betrachtet, der es mit seinen Mitarbeitern gut meint, ist aber bei Groener unglücklicherweise etwas außer Kontrolle geraten. Groener hatte keine Kraft gehabt, gegen das resistent zu sein, was man mit dem Ausdruck „Vetternwirtschaft“ bezeichnen kann. Man darf nicht vergessen, daß ohne Groeners Patronage Karrieren solcher Offiziere wie Schleicher oder Hammerstein undenkbar gewesen wären. Insbesondere Schleicher, der „Wahlsohn“, wie Groener ihn privat bezeichnete, ist ein Paradebeispiel für Groeners Verfehlungen in dieser Hinsicht. Groener holte Schleicher während des Krieges in seine Umgebung, obwohl Schleicher außer seiner schon damals ausgeprägten Fähigkeit zur Intrige über keinerlei Fähigkeiten verfügte, die seine Arbeit in der OHL gerechtfertigt hätten¹. Nur dank Groeners Einfluß tauchte Schleicher in der zweiten Kriegshälfte im Apparat der OHL auf, wo er sich bis zum Ende des Krieges halten konnte. Es ist eine Tatsache, daß Schleicher, der von Ludendorff übrigens mit Mißtrauen betrachtet wurde², seine verhängnisvolle Entfaltung erst erfuhr, als Groener die Stellung des 1. Generalquartiermeisters übernahm. Obwohl es den Rahmen dieser Arbeit etwas sprengt, verdient auch folgendes festgestellt werden: Schleichers staatsmännische Laubahn, verhängnisvoll für sein Land in den Auswirkungen, in seiner Art und Weise allen Traditionen des preußischen Offizierskorps zuwiderlaufend, vollzog sich nicht nur aufgrund gemeinsamer Kadettenjahre mit Oskar von Hindenburg. Eine der Hauptquellen Schleicherischer Machtposition war die Förderung durch Groener, der in der Weimarer Republik diverse Schlüsselposten bekleidet hatte und der gegen die Methoden Schleichers nichts einzuwenden hatte, solange diese gegen andere gerichtet waren³.

Es scheint wenig wahrscheinlich, daß Groener - der später selbst zu den Opfern Schleichers zählen sollte - über Schleichers politisches Ethos nicht im Bilde gewesen war. Bei aller Würdigung unterschiedlicher Umstände, die den Sturz des Kriegsministers 1932 und Wilhelms II. 1918 verursacht haben, muß man sich vor Augen halten, daß in beiden Fällen die Illoyalität der Mitarbeiter in gleicher Weise vorhanden war. Wenn die spätere Geschichtsschreibung Groeners Verhalten im Zusammenhang mit der Abdankung Wilhelms II. - aus welchen Gründen auch immer - für politisch korrekt erklärt, Schleichers politische Rolle bei Groeners Sturz aber mißbilligt, so ist diese Ansicht zumindest unlogisch. Welche Ansichten in Groeners Umgebung herrschten, wird im Zusammenhang mit der Abdankung Wilhelms noch erörtert. An dieser Stelle soll nur vermerkt werden, daß bei Groeners Ernennung weder Wilhelm II. noch seine Umgebung auf die Loyalität des Generals geachtet haben.

In welcher Lage Deutschland militärisch nach dem Rücktritt Ludendorffs zurückgelassen wurde, konnte die Reichsregierung erfahren, als sie am 28. Oktober zwei erfahrene Militärs, die Generäle Mudra und Gallwitz nach Berlin berief, um sich über die Lage beim Heer berichten zu lassen. Insbesondere das Gutachten

¹ Vgl. **Thaer, A., von**, *Generalstabsdienst*, S. 190-192 und 211-213. Dieses Zeugnis ist insofern von Interesse, als Schleicher längere Zeit im Stab des II. Generalquartiermeisters als untergeordneter Offizier Thaers gewirkt hat.

² **Wheeler-Bennett, J.**, *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 102f. Es gibt eine Überlieferung, wonach Ludendorff geäußert haben soll, daß Schleicher am Besten durch seinen Namen charakterisiert werden kann, **Breucker, W.**, *Die Tragik Ludendorffs*, S. 132.

³ Vgl. **Berndorff, H. R.**, *General zwischen Ost und West*, Hamburg 1951, **Oehme W., Caro, K.**, *Schleichers Aufstieg*, Berlin 1933, **Rabenau, Seeckt**, Bd. 2, S. 546f., 551f.

von Gallwitz verdient dabei Aufmerksamkeit¹. Dieser Militär hatte sich nicht nur als ein erfahrener und fähiger kommandierender General im Osten wie im Westen bewährt. Aufgrund seiner Erfahrungen an der Ostfront erkannte Gallwitz durchaus die Symptome, die einem Zusammenbruch des Militärorganismus vorauszuweichen pflegten. Die Stellungnahme von Gallwitz vor dem versammelten Kriegskabinetts war durchaus günstiger, als die versammelte Regierungsmannschaft es erwartet hatte. Der General versuchte zwar keinesfalls zu verheimlichen, daß die Überlegenheit der Entente an der Westfront ungebrochen geblieben war. Andererseits erklärte er den Regierungsmännern, daß seit September die Lage im Westen insofern für Deutschland günstiger wurde, als der Gegner unzweideutige Anzeichen der Erschöpfung gezeigt hat. Laut Gallwitz ging die Kraft der Franzosen infolge der erlittenen Verluste unmißverständlich zur Neige. Auch die Engländer ließen erkennen, daß ihre „Angriffskraft stark gesunken“² war. Was die amerikanische Truppen anbelangt, so räumte Gallwitz ein, daß sie bestens ausgerüstet waren und über vorzügliches Menschenmaterial verfügten. Als Kommandeur der gegen die Amerikaner kämpfenden Heeresgruppe fühlte sich Gallwitz auch zur folgenden Einschätzung berechtigt: „Die guten Divisionen [der Amerikaner] haben aber ganz kolossale Verluste erlitten... Die Stimmung [ist] daher nicht begeistert. Politisches Verständnis [amerikanischer Soldaten ist] erschreckend niedrig“³. Im Prinzip riet Gallwitz der Regierung, die Verhandlungen mit Wilson fortzusetzen, betonte andererseits, daß die Krise an der Westfront, die die OHL am 29. September bewogen hatte die Herbeiführung des Waffenstillstandes zu verlangen, bereits vorüber war⁴.

Es wäre interessant, die Frage zu stellen, was eigentlich die Regierung Max von Baden unternommen hatte, um die innenpolitische Situation zu stabilisieren. Protokolle der Sitzungen des Kabinetts Max von Baden für den Zeitraum zwischen dem 28. Oktober und dem 5. November zeigen, daß gerade in dieser Richtung nichts unternommen wurde. Am 28. Oktober beriet das Kriegskabinetts über die Frage, was man mit der Botschaft Sowjetrußlands in Berlin machen sollte, zumal bekannt wurde, daß diese sich zunehmend in ein Nest der Diversion im buchstäblichen Sinne verwandelt hatte⁵. Der Sowjetbotschafter in Berlin A. Joffe hat später seine Arbeit in Deutschland selbst eingehend geschildert. Da Joffes Bericht sich im wesentlichen auch mit der Stellungnahme der deutschen Konterspionage deckt⁶, kann man seine Erinnerungen durchaus als glaubwürdige Quelle heranziehen. Noch 1919 schrieb Joffe von seinen Leistungen als Diplomat: „Die Sowjetbotschaft leitete und subventionierte mehr als 10 linkssozialistische Zeitungen... Natürlich konnte sich die bevollmächtigte Vertretung selbst in ihrer Informationstätigkeit nicht auf rein legale Möglichkeiten beschränken. Das Informationsmaterial umfaßte mehr als das, was gedruckt und veröffentlicht wurde. Alles, was von der Zensur gestrichen oder gar nicht erst vorgelegt wurde, weil man von vornherein damit rechnete, daß es nicht durchging, wurde gleichwohl illegal gedruckt und illegal verteilt. Sehr häufig war es erforderlich, die parlamentarische Rednertribüne zu nutzen; das Material wurde den Reichstagsabgeordneten der Fraktion der

¹ Stenogram der Sitzung des Kriegskabinetts vom 28. Oktober, **DZA Potsdam**, Reichskanzlei 2462. Berichte von der Beratung vgl. **Gallwitz, M., von**, *Erleben im Westen 1916-1918*, Berlin 1932, S. 438f., **Payer, F., von**, *Von Bethmann-Hollweg bis Ebert*, S. 145f., **Untersuchungsausschuß**, Bd. 6, S. 29f., **Gallwitz, M., von**, *Meine Führertätigkeit im Weltkriege 1914-1916. Belgien, Osten, Balkan*, Berlin 1929.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Stenogram der Sitzung des Kriegskabinetts vom 28. Oktober, **DZA Potsdam**, Reichskanzlei 2462.

⁶ Vgl. **Nicolai, W.**, *Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg*, Berlin 1920 und Bericht des Berliner Polizeipräsidenten v. Oppen vom 31.10.1918, **Archiv des Auswärtigen Amtes**, Pol. Abteilung, *Deutschland*, Nr. 88, Bd. 14.

USPD übergeben, die es für ihre Reden heranzogen; auf diese Weise kam es dann sowieso in die Zeitung. Bei dieser Arbeit konnte man sich nicht ausschließlich mit russischem Material begnügen. Die Sowjetbotschaft, die exzellente Verbindungen in allen Schichten der deutschen Gesellschaft hatte und deren Agenten in den verschiedenen deutschen Ministerien saßen, war selbst über das, was in der deutschen Politik vor sich ging, wesentlich besser informiert, als die deutschen Genossen. Die Informationen, die sie erhielt, gab sie an die letzteren weiter, und auf diese Weise kamen viele Machenschaften der Kriegspartei innerhalb kürzester Zeit ans Licht der Öffentlichkeit. Natürlich konnte sich die Sowjetbotschaft in ihrer revolutionären Aktivität nicht auf die Informationsarbeit beschränken. In Deutschland gab es revolutionäre Gruppen, die während des gesamten Krieges in der Illegalität revolutionäre Arbeit geleistet hatten. Die Bolschewiki, die auf diesem Gebiet über mehr Erfahrung und Möglichkeiten verfügten, mußten gemeinsam mit diesen Gruppen handeln und taten dies auch. Ganz Deutschland war mit einem Netz aus illegalen revolutionären Organisationen überzogen: Hunderttausende revolutionäre Flugblätter wurden Woche für Woche im Hinterland und an der Front gedruckt und verteilt. Die deutsche Regierung beschuldigte uns einmal, aufrührerische Schriften nach Deutschland einzuschmuggeln, und fahndete mit einem Eifer, der eines höheren Ziels würdig gewesen wäre, im Gepäck der Kuriere danach. Doch es kam ihr nie in den Sinn, daß das was die russische Botschaft aus Rußland nach Deutschland brachte, nur ein Tropfen im Meer darstellte im Vergleich zu dem, was mit Hilfe der Sowjetbotschaft innerhalb Deutschlands gedruckt wurde... Die Sowjetbotschaft in Berlin arbeitete also ständig in engem Kontakt mit deutschen Sozialisten an der Vorbereitung der deutschen Revolution“¹. Obwohl weder Max von Baden noch seine Mitarbeiter dieses Schriftstück unmöglich gelesen haben konnten, waren zuständige Stellen in Deutschland bestens informiert über die Umtriebe, die in dem Gebäude unter den Linden 7 praktiziert wurden, zumal ein Teil von Joffes Korrespondenzen mit Lenin vom deutschen Geheimdienst abgefangen wurde^{2*}. Zuständige Stellen in Deutschland hatten der Reichsregierung berichtet, daß nach ihren Schätzungen die Botschaft ein subversiver Kanal für rund 200 Kuriere aus Rußland war, die monatlich nach Deutschland einreisten und mit den üblichen diplomatischen Gepflogenheiten nicht das Geringste zu tun hatten^{3*}. Auch die Stellungnahme Joffes, daß die „[agitatorisch-propagandistische Arbeit] der Sowjetbotschaft [Anfang Oktober] zunehmend den Charakter einer entschiedenen revolutionären Vorbereitung für einen bewaffneten Aufstand an[nahm]“⁴, war aufgrund der Berichte der Konterspionage ebenfalls kein Geheimnis mehr⁵. Es ist dem zufolge eine haarsträubende Tatsache, daß die Regierung Max von Baden den ganzen Oktober keine konkreten Schritte zur Unterbindung von Joffes Aktivitäten unternommen hatte. An der OHL lag dieses Versäumnis nicht. Die Generäle waren noch in den Tagen des Brest-Litowsker Friedens dafür, die verdächtige bolschewistische

¹ Joffe in: *Živoje slovo*, Nr. 5, 1919, S. 35f.

² Eine Auswahl von Joffes Telegrammen an Lenin erschien bei **Kobljakov, I. (Hrsg.)**, *Istorija SSSR*, Nr. 4., Moskau 1958, S. 3f., doch der Hauptteil dieses brisanten Materials ist bis heute unveröffentlicht, **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 2., S. 473.

³ Übrigens verschwanden einige dieser „Kuriere“ sobald sie nach Deutschland eingereist waren von der Bildfläche. Diese Tatsache erhärtet die Vermutung, daß viele von ihnen einfache Opportunisten waren und lediglich Sowjetrußland verlassen wollten, vgl. **Tiedemann, H.**, *Sowjetrußland und die Revolutionierung Deutschlands 1917-1919*, Berlin 1936, S. 74, **Baumgart, W.**, *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S. 338f.

⁴ Joffe in: *Živoje slovo*, Nr. 5, 1919, S. 38.

⁵ Vgl. Bericht des Berliner Polizeipräsidenten v. Oppen vom 31.10.1918, **Archiv des Auswärtigen Amtes**, Pol. Abteilung, *Deutschland*, Nr. 88, Bd. 14. Einige Telegramme mit Warnungen an die Reichsregierung bei **Niemann, A.**, *Revolution von Oben*, S. 203f. Vgl. **Nicolai, W.**, *Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg*, Berlin 1920.

Klientel in Brest-Litowsk einquartieren zu lassen. Selbst die Beamten des Auswärtigen Amtes, die unter Hintze zu den eifrigsten Befürwortern des Bündnisses mit Bolschewiki gehört hatten, hatten von diesen inzwischen genug. „Wir, die wir in dem Geruch stehen, den Bolschewismus erfunden und gegen Rußland losgelassen zu haben, dürfen jetzt wenigstens im letzten Moment nicht mehr die Hand über ihn halten“, heißt es diesbezüglich in einem internen Schreiben¹. Und dennoch verstrich der ganze Oktober, bis die Regierung Max von Baden auf das Problem mitten in Berlin aufmerksam wurde. Die Sitzungen des Kriegskabinetts, die sich mit Joffe und seiner Botschaft auseinandersetzten sind insofern erschütternde Beispiele der Regierungspassivität am Vorabend des Umsturzes, als weder Solf noch Drews, weder der Außen- noch der Innenminister an der wichtigsten Beratung über die Beziehungen mit Sowjetrußland, die endlich am 28. Oktober abgehalten wurde, anwesend waren². Als Drews zum zweiten Teil der Sitzung doch noch erschien, hatte er nichts entschlosseneres vorzuschlagen als eine Protestnote nach Moskau zu entsenden³. Drews schlug vor „die russische Regierung [sic!] nicht mit Aussicht auf Erfolg ... zur Rede stellen... und [sie] ... um sofortige Einstellung aller [auf Subversion] gehenden Bestrebungen [zu ersuchen]“⁴. Erst als es offensichtlich wurde, daß die deutschen Staatsmänner mit der Lösung der „Exterritorialität“ sich schwer taten und klagten, daß „schlüssige Beweise schwer zu bekommen [seien]“⁵, kam eine Lösung, die bezeichnenderweise von den Sozialdemokraten herangetragen wurde. Scheidemann schlug seinen begriffsstutzigen Kollegen vor, „Beweise zu beschaffen... wenn z. B. eine verdächtige Kurierkiste auf dem Transport zufällig entzwei ginge“⁶. Diese rettende Idee wurde von den Männern des Innenministeriums dann auch beherzigt. Am 4. November, hat man dafür gesorgt, daß auf dem Bahnhof in der Friedrichsstraße zu Berlin eine Kurierkiste der Sowjetbotschaft „beim Umladen“ durch „Unachtsamkeit“ zu Bruch ging⁷. Dem offiziellen Bericht zufolge „quollen aus ihr Flugblätter hervor,... in denen die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz aufgefordert wurden“⁸. Erst daraufhin wurde die Sowjetbotschaft aus Berlin ausgewiesen^{9*}.

Weitere Maßnahmen der Reichsregierung verliefen indessen hauptsächlich wie folgt: Die am 30. Oktober von Payer in Abwesenheit des Kanzlers abgehaltene Sitzung des Kriegskabinetts fand Zeit und Argumente, um den in einem Magdeburger Gefängnis sitzenden Josef Pilsudski zu entlassen und mit einem Sonderzug nach Warschau abzuschicken¹⁰. Die dagegen ebenfalls auf der Tagesordnung der Sitzung stehende Aufgabe, Elsaß-Lothringen aus dem preußischen Verwaltungsgefüge zu lösen und als Bundesstaat mit eigener Verwaltung innerhalb des Deutschen Reiches zu konstituieren, wurde vertagt¹¹. Noch im Oktober wurde von

¹ Baumgart, W., *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S. 357.

² Vgl. Stenogram der Sitzung des Kriegskabinetts vom 28. Oktober, **DZA Potsdam**, Reichskanzlei 2462.

³ Ebd.

⁴ Stenogramm der Sitzung des Kriegskabinetts vom 28. Oktober, **DZA Potsdam**, Reichskanzlei 2462.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Baumgart, W., *Die Deutsche Ostpolitik 1918*, S. 358. Zur sowjetischen Darstellung vgl. *Dokumenty vnešnej politiki SSSR*, Bd. 1, Moskau 1957, S. 560-564.

⁸ Ebd.

⁹ Die finanziellen Zuwendungen der Botschaft an die Agenten sollen dennoch einige Mio. Mark betragen haben. Wie aus einigen erhaltenen Dokumenten hervorgeht, ließ Joffe Linksradikalen außerdem noch einige Schußwaffen mit Munition zukommen, welche allerdings während der Revolution keine entscheidende Rolle gespielt haben, **Joffe, A.**, in: *Vestnik žizni*, Nr. 5., Moskau 1919, S. 45f. Walter Nicolai, der bis 1918 in der OHL die Konterspionageabteilung geleitet hatte, bezifferte die finanziellen Zuwendungen der Bolschewiki allerdings auf mehrere Millionen Mark, vgl. **Niemann, A.**, *Revolution von Oben*, S. 202f.

¹⁰ Stenogram der Sitzung des Kriegskabinetts vom 28. Oktober, **DZA Potsdam**, *Akten der Reichskanzlei*, Nr. 2462.

¹¹ Ebd.

der Reichsregierung die Regel der Pressefreiheit und der Versammlungsfreiheit zusammengefaßt und als Runderlaß an die zuständigen Behörden weitergeleitet¹. Mit diesem Dokument ergänzte die Reichsregierung die seit der Kanzlerrede vom 5. Oktober liberalisierte Handhabung der Grundrechte für die Zivilbevölkerung. Aus diesem Rundschreiben konnten die Generalkommandos entnehmen, daß das Versammlungsrecht im Kriege nicht nur weitgehend liberalisiert wurde, sondern auch, daß „*außergewöhnliche Maßnahmen nur [nach Einverständnis] des Oberbefehlshabers ergriffen werden [dürfen]*“². Da der Oberbefehlshaber in Spa saß und schon rein technisch nicht über die Auflösung jedes Meetings auf dem Reichsgebiet entscheiden konnte, bedeutete dies nicht weniger, als die Lähmung örtlicher Behörden. Am 3. Oktober wurde vom Kriegskabinet eine Sitzung abgehalten, auf der Regierungspolitiker mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Ritter von Dandl darüber konferierten, wie man von bayerischen Lokalpolitikern geforderten „Separatfrieden“ mit der Entente zu begegnen hätte³. Schließlich wurde auf der Sitzung vom 4. Oktober über die Lebensmittellieferungen nach Österreich beraten⁴. Auf derselben Sitzung informierte von Haeften die Versammelten über die Aufstellung einer polnischen Armee und bat um Erlaubnis, die bereits vorhandenen 60 000 Kämpfer „*gegen die Bolschewisten*“ einsetzen zu dürfen⁵. Erst danach sollen dem Protokoll zufolge unruhige Anzeichen in Kiel und in München zur Sprache gekommen seien, wobei Innenminister Drews Stellung bezog, daß die Massenunruhen im Ruhrgebiet ausbrechen werden⁶.

Wenn man über die Arbeit der Reichsregierung seit der Entlassung Ludendorffs spricht, muß man ferner unbedingt erwähnen, daß sie schon deshalb negativ beeinträchtigt wurde, weil der Reichskanzler Max von Baden den Regierungsgeschäften längere Zeit fern blieb. Laut Quellen war der Reichskanzler in den letzten Oktobertagen aufgrund einer Grippe geschwächt und verbrachte mehr Zeit im Bett als hinter dem Schreibtisch⁷. Obwohl wir von dem behandelnden Arzt Professor Wilhelm Zinn wissen, daß in dieser Zeit die Temperatur Max' von Baden „*nicht über 37,3°C*“⁸ jemals gestiegen war, fühlte sich der Reichskanzler so erschöpft, daß die Sitzungen des Kriegskabinetts in diesen kritischen Tagen in der Regel vom Vizekanzler geleitet wurden. Am 1. November hat z. B. Zinn zufolge „*ein milde wirkendes Beruhigungsmittel und zwar eine Tablette [Pantopon] zu 0,01g*“⁹ ausgereicht, daß der Generalmajor der preußischen Armee Max von Baden laut eigener Aussage „*in einen schweren Schlaf*“ versank, aus dem er „*36 Stunden nicht zu erwecken*“¹⁰ gewesen sei.

Aus dem ersten Teil der vorliegenden Arbeit erinnern wir uns, daß dem Umsturz in Rußland eine Massenpsychose vorausging, die von der Dumarede Miljukovs „Feigheit oder Verrat“ ausgelöst wurde und die Zustände auslöste, daß seit Herbst 1916 „*das Bekämpfen der Obrigkeit in Rußland für die gesamte gebildete*

¹ Vgl. *Archivarische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1959, 4. Reihe, Bd. 4, S. 1727f.

² Ebd.

³ Vgl. **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 277, **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 569, **Payer, F., von**, *Von Bethmann-Hollweg bis Ebert*, S. 153. Stenographische Aufzeichnung der Sitzung, **DZA Potsdam**, *Akten der Reichskanzlei*, 2462/1.

⁴ **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 267, **Payer, F., von**, *Von Bethmann-Hollweg bis Ebert*, S. 155, *Archivarische Forschungen*, 4. Reihe, Bd. 4, S. 1731f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. **Haeften, H., von**, *Erinnerungen*, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 474f., **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 560f.

⁸ Zinns Stellungnahme Haeften gegenüber, vgl. Ebd.

⁹ Ebd.

¹⁰ **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 560.

Oberschicht zu einer Art Volkssport geworden“ war¹. Der Adjutant des Zaren, Vojejkov, der dieses Phänomen von Mohilew aus beobachtete, sprach von der „*verbreiteten Vorstellung, daß etwas zerbrochen und vernichtet werden müsse - eine Vorstellung, die die Menschen peinigte und ihnen keine Ruhe mehr ließ*“². Ein ähnliches Phänomen war Ende Oktober auch in Deutschland zu beobachten. Allerdings mit dem Unterschied, daß die militärische Gesamtlage Deutschlands zu diesem Zeitpunkt bereits aussichtslos geworden war. Wenn die öffentliche Meinung in Rußland die Ansicht vertrat, daß die Abdankung des Kaisers die siegreiche Kriegsführung begünstigen würde, so herrschte in Deutschland die Auffassung, daß der Thronverzicht Wilhelms II. den Weg zu den günstigen Friedensbedingungen eröffnen würde.

Die im nachhinein aufgestellte Behauptungen des Reichskanzlers, daß er und die bürgerlichen Mitglieder seines Kabinetts die Abdankungsfrage überhaupt nur unter dem Druck der Sozialdemokratie gewähren ließen, hat keine historische Bedeutung. Die angebliche antimonarchistische Einstellung der SPD ist zumindest im Oktober 1918 sehr zweifelhaft und kann in vielerlei Hinsicht ohne Mühe widerlegt werden. Es ist hier nicht sinnvoll, auf die Einstellung innerhalb der SPD zur Monarchie im Oktober 1918 ausführlich einzugehen, festgestellt zu werden verdient jedoch Folgendes. Arthur Rosenberg hat die Einstellung der SPD zur Revolution in der Erziehung der alten Vorkriegspartei durch Bebel gesucht und ist zur Feststellung gelangt, daß „*im Unterbewußtsein des durchschnittlichen Sozialdemokraten vor 1914 [und auch im Krieg]... Sozialpolitik und Wahlrecht die Hauptsachen waren und alle übrigen Dinge im Nebel schwammen*“³. Historiker einer späteren Generation, Erich Matthias und Dieter Groh vertraten ähnliche Ansichten⁴. In der Tat: Antimonarchistische Entgleisungen zahlreicher Lokalfunktionäre der SPD am Vorabend der Revolution spielten keine entscheidende Rolle: Erstens kamen sie hauptsächlich aus Bayern, dessen SPD-Organisation aus dem Blickwinkel bayerischen Lokalpolitik Hohenzollern schon immer extrem feindlich betrachtete. Ihr Organ, die „*Fränkische Tagespost*“, die im Oktober 1918 eine Reihe gegen Wilhelm II. gerichtete Artikel publizierte, wurde oberhalb von Aschaffenburg, Bayreuth und Hof kaum gelesen; die Nürnberger Parteizentrale hatte auf die Parteizentrale in Berlin nie einen entscheidenden Einfluß gehabt. Zweitens, die maßgebenden Parteifunktionäre der SPD in Berlin waren ursprünglich der Meinung, daß die nationalen Interessen Deutschlands andere Prioritäten hatten, als die Forderung nach der Abdankung. Freilich: Die von Noske im Zusammenhang mit der 3. Wilsonnote geäußerte Meinung, daß „*die Note für Deutschland gar nicht so schlecht [sei]*“ und daß „*wenn der Kaiser ginge, [bekämen] wir einen erträglichen Frieden*“⁵ wurde vom anwesenden Haeften so ausgelegt, daß die SPD den Kaiser zu stürzen versuchen werde. Aber Tatsache bleibt auch, daß der einflußreichste Mann der SPD Ebert, der in seinen Händen den Parteiapparat hielt, die Abdankungsforderungen ursprünglich gar nicht unterstützte⁶. Daß diese Position Eberts durchaus eine Unterstützung durch die Parteikader erfuhr, kann man anhand der folgenden Tatsache ablesen. Noch am 31. Oktober erklärte selbst der

¹ *Westnik Evropy*, 1916, Nr. 12, S. 379.

² *Vojejkov, V., Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, S. 185.

³ *Rosenberg, A., Die Entstehung der deutschen Republik*, Frankfurt am Main 1961 S. 13-29.

⁴ *Groh, D., Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Weltkrieges*, Berlin 1974, *Matthias, E., Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkriege*, in: *Fetscher, I. (Hrsg.), Marxismus-Studien*, 2. Folge (Schriften der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 5), Tübingen 1957, S. 151-197.

⁵ *Haeften, H., von, Erinnerungen*, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 325.

⁶ Diese Position vertritt Ebert noch am 30. Oktober gegenüber Max von Baden, vgl. Brief Max von Baden an Friedrich Karl von Hessen, vom 31.10.1918, *Jäckh, E., Der goldene Pflug. Lebenserte eines Weltbürgers*, Stuttgart 1954, S. 449f.

bekennende Gegner der Monarchie Scheidemann auf der Sitzung des Kriegskabinetts, er sei dagegen, „*daß der Kaiser in eine unwürdige Rolle gedrängt [wird]*“ und versicherte den Kabinettsmitgliedern daß die Weigerung Wilhelms II. abzudanken kein Grund für die SPD-Mitglieder wäre „*aus dem Kabinett auszutreten*“¹.

Die Rahmenbedingungen für die Ende Oktober ausgebrochene Psychose um die Abdankung des Kaisers schuf laut verfügbaren zeitgenössischen Quellen keinesfalls die Leitung der SPD, sondern die Regierung Max von Baden, und zwar dadurch, daß sie den Beschluß faßte, daß „*die Presse belehrt werden [soll], daß es ihr nicht verboten [sei], die Frage der Abdankung des Kaisers zu erörtern*“². Obwohl dieser Beschluß erst am 30. Oktober gefällt wurde, war die Diskussion bereits voll entbrannt und hatte laut Payer bereits katastrophale Ausmaße angenommen. Dabei waren wie in Rußland am Vorabend der Soldatenmeuterei „*die rechtsstehenden Leute... die wildesten Kaiserstürzer*“³. Es muß gesagt werden, daß die deutsche Presse seit der Lockerung der Zensurbestimmungen sich Artikel über das eigene Staatsoberhaupt leistete, wie sie kein Staat (außer vielleicht das Rußland des Jahres 1916) jemals zugelassen hätte. Einen wesentlichen Teil dieser Zeitungsartikel bildeten dabei entweder öffentliche Beleidigungen Wilhelms II. oder kompromittierendes Material, das aus den Spionagequellen der Entente oder aus Sowjetrußland eingeschleust wurde. Artikel, wie „*Ich führe sie den herrlichen Tagen entgegen, Brandenburger*“, oder „*Kaiser Wilhelm II. an den russischen Zaren*“ sind nur zwei Beispiele dieser das herrschende Haus schädigenden Pressekampagne⁴. Die Idee, daß die Abdankung Wilhelms II. für Deutschland die besseren Friedensbedingungen mit sich bringen würde, wurde dabei an der ersten Stelle durch solch angesehenen bürgerliche Zeitungen wie das „*Berliner Tageblatt*“ und die „*Frankfurter Zeitung*“ an die Bevölkerung herangetragen⁵. Seit dem Bekanntwerden der 3. Wilsonnote, bis zum Ausbruch der Matrosenmeuterei war in Deutschland gerade in den Kreisen der Bürgerlichen die Meinung verbreitet, daß die „freiwillige“ Abdankung Wilhelms II. die Monarchie als Institution retten würde⁶. Als Beispiel wurde der wendige bulgarische König Ferdinand I. herangezogen, der, sobald die Salonikifront zusammenbrach, unverzüglich zugunsten seines Sohnes verzichtet hatte. Die Absurdität dieser Ansicht angesichts der Erfahrungen der russischen Februarrevolution ist offensichtlich und von der späteren Geschichte des Hauses Sachsen-Coburg-Gotha auch in Bulgarien bestätigt worden. Welche Ausmaße verschiedene Spekulationen um den Nutzen von Wilhelms „Opfer“ schon Ende Oktober erreicht hatten, zeigen am bildlichsten Aktionen der Konservativen. Was konnte ein einfacher Mensch auf der Straße über die Monarchie denken, wenn niemand anderer als der ehemalige Reichskanzler Michaelis bei Wilhelm II. am 28. Oktober vorstellig wurde und ihn „im Namen des Adels von Pommern“ aufforderte, an der Front „den ehrenhaften Tod zu suchen“⁷. Michaelis bezichtigte später den Kaiser der Feigheit und berichtete, daß Wilhelm II. während des Zusammentreffens der Abordnung nicht einmal erlaubt hatte, den Selbstmordplan vorzulegen. „*Eher ich dem Kaiser ein letztes Wort sagen konnte*“, so Michaelis, „*brach [Wilhelm II.] plötzlich ab, mit eiligem und gewaltigen Händedruck, und eilte hinaus, wo die Adjutanten auf ihn warteten*“⁸. Der Kaiser hatte in diesen Tagen keinerlei Unterstützung

¹ DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei, 2462.

² Ebd.

³ Zitiert bei Scheidemann, P., *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 256f.

⁴ Ausführlich hierzu, wie auch über die Abwehrmaßnahmen der Regierung vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 323f., 338, 346, 357, 392, 471 und 474.

⁵ Vgl. *Berliner Tageblatt*, *Frankfurter Zeitung* vom 05.10.1918 bis 30.10.1918.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. Hetz, L., *Die Abdankung*, Leipzig 1924, S. 69f.

⁸ Ebd.

vom Reichskanzler, denn dieser hatte nach dem Bekanntwerden der 2. Wilsonnote eigene Pläne. Laut einem Protokoll des Kriegskabinetts vertrat Max von Baden der Regierung gegenüber folgende Auffassung: „[Derzeit steht Deutschland vor der Alternative] Abdankung oder Verzicht auf nationale Verteidigung. Hätte der Kaiser vor 14 Tagen abgedankt, so könnten wir jetzt kämpfen. Die Abdankung kann nur unter dem Gesichtspunkte betrachtet werden, daß sie freiwillig geschieht. Damit wäre nach meiner Überzeugung die Dynastie gesichert... Gegen die Abdankung bestehen schwerwiegende Gründe. Millionen von Deutschen werden die Abdankung nicht verstehen, sogar innerhalb der Gewerkschaften sind die Meinungen darüber sehr geteilt“¹. Die Idee des Thronverzichts war aber leichter in die Welt zu setzen, als sie zu verwirklichen. Wenn die preußische Geschichte einige Fälle der königlichen Abdankung auch gekannt hatte, so war die Abdankung des Deutschen Kaisers eine verfassungsmäßige Unmöglichkeit gewesen und war von der Reichsverfassung erst gar nicht vorgesehen.

In dieser Situation verließ Wilhelm II. seine Residenz in Potsdam und ging nach Spa, wo er am 31. Oktober eintraf. Es liegt außer Zweifel, daß der Kaiser nach Spa vor allem deshalb abgereist ist, weil er das Vertrauen zum Reichskanzler verloren hatte und den Halt bei der Heeresleitung suchen wollte. Im Prinzip war Wilhelm II. schon zu diesem Zeitpunkt eine Geisel, wobei Max von Baden augenscheinlich entschlossen war, den Rücktritt des Kaisers zu erzwingen². Quellenmäßig sind derweil zwei Versuche des Reichskanzlers nachzuweisen. Die eine Aktion bestand in der Bitte an den Bruder der Zarin Ernst-Ludwig von Hessen zusammen mit dem bayerischen Gesandten in Berlin Graf Lerchenfeld nach Spa zu reisen und Wilhelm II. zur Abdankung zu bewegen³. Diese Aktion brach allerdings gleich zu Beginn zusammen: Der bayerische Gesandte erhielt für seine Reise keine Erlaubnis seines Königs; der Bruder der Zarin lehnte ab⁴. Der zweite Versuch des Kanzlers bestand aus der Mission des Innenministers Drews nach Spa am 1. November. Diesem Schritt vorausgegangen war die Sitzung des Kriegskabinetts am 31. Oktober, wo die Angelegenheit von der Regierung ausdiskutiert wurde. Dem Protokoll der Sitzung ist zu entnehmen, daß vier Regierungsmitglieder - darunter auch der Reichskanzler - Wilhelms II. Abdankung für wünschenswert erklärten. Zwei andere - darunter Erzberger - meinten, daß der Thronverzicht des Kaisers Deutschland eher schaden würde: „Wenn Deutschland den Kaiser wegjagt, wird das Ausland sagen: Die Deutschen sind als Sieger brutal, als Besiegte verächtlich. [Da werden sie Recht haben], wenn wir mit dem Kaiser Geschäft machen“⁵. Im Prinzip waren sich alle Kabinettsmitglieder im klaren, daß die Abdankung Wilhelms II. rechtlich keine Basis besaß und auch politisch höchst bedenklich war. Deshalb drängte keiner - auch die Vertreter der Sozialdemokratie nicht -, kategorisch den Kaiser zur Abdankung aufzufordern. Laut Payer „versprach von einem dem Kaiser abgerungenen Rücktritt in diesem Abschnitt der Entwicklung niemand etwas gutes... [und] so blieben die Erörterungen [des Kriegskabinetts] rein akademisch“⁶. In dieser Situation war die Entscheidung des Reichskanzlers, Innenminister Drews nach Spa zu schicken insofern ein Eklat, als der Kanzler selbst als erster den Boden der Gesetzmäßigkeit verließ und sich in

¹ Zitiert bei **Niemann, A.**, *Revolution von oben*. Zur Position des Kanzlers in der Kabinettsitzung am 1.11.1918 vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 457.

² Vgl. **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 218.

³ Vgl. Bericht Lerchenfelds an Dandl vom 31.10.1918, **BGStA München**, MA 1943 D.R., Pol. Archiv VII/64.

⁴ Ebd.

⁵ Protokoll in **DZA Potsdam**, *Akten der Reichskanzlei*, 2462. Vgl. **Payer, F., von**, *Von Bethmann-Hollweg bis Ebert*, S. 147f., **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 239f., **Scheidemann, P.**, *Der Zusammenbruch*, S. 199f., **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 416.

⁶ Vgl. **Payer, F., von**, *Von Bethmann-Hollweg bis Ebert*, S. 151-152.

gefährliche Gewässer hinauswagte. Im Übrigen war die Mission von Drews sehr schlecht vorbereitet und hatte keine Aussicht auf Gelingen.

Drews, der in Spa am 1. November eingetroffen war, kam nur wenige Stunden später als General Groener aus der Ukraine. Wie die Unterredung mit Wilhelm II. verlaufen ist, wissen wir aus mehreren Quellen, darunter auch aus Drews eigenem, für die Reichsregierung bestimmten Bericht¹. Wilhelm II. beschrieb die Unterredung mit Drews übrigens auch selbst und zwar in einem Privatbrief zwei Tage später². Wie nicht anders zu erwarten, lehnte Wilhelm II. seine Abdankung entschieden ab. Die Weigerung abzudanken wurde damit begründet, daß solch ein Schritt die Auflösung des Heeres an der Front und den Zusammenbruch der Monarchien in der Heimat bedeuten würde³. Der kaiserlichen Auffassung schloß sich auch Hindenburg an⁴. Wilhelm II. begründete dabei seine Weigerung zurückzutreten mit folgender Überlegung: „*Nun werde ich ihnen [Drews] sagen, wie das Chaos aussieht. Ich danke ab. Alle Monarchien stürzen nach, das Heer hat keinen Führer, die Front löst sich auf und flutet zurück über den Rhein. Die Untreuen rotten sich zusammen, hängen, morden, plündern, und die Feinde helfen ihnen dabei*“⁵. Der Kaiser war in seiner Argumentation - selbst Drews bezeugt dies - nicht nur überzeugend, sondern offenbarte Qualitäten, die niemand früher für möglich hielt, nämlich die Fähigkeit zur Selbstkritik: „*Mag ich nun regiert haben wie ich will, gut oder schlecht, davon jetzt einmal ganz abgesehen - das meiste war natürlich schlecht. Aber ich habe nun doch einmal 60 Jahre und davon 30 Jahre auf dem Thron. Eins soll man mir doch lassen... die Erfahrung. Wer soll an meine Stelle treten? Der famose Max von Baden?*“⁶. Nach Drews Zeugnis stellte Groener sich nicht nur voll auf die Seite des Kaisers, sondern „*griff die Reichsregierung auf das heftigste an: Die Armee halte glänzend stand. Das Gift käme aus der Heimat. Die jetzige Regierung sei daran schuld, daß in der Presse und in den Versammlungen ungehindert und ungezügelt alle Autorität untergraben würde, wie die Entwicklung der Kaiserfrage beweise*“⁷.

Noch am 3. November war der Kaiser vom stramm monarchistischen Auftreten des 1. Generalquartiermeisters begeistert, weil „*Groener, der ein Württemberger ist, also Süddeutscher, ein kleiner gemütlicher Mann [den Kaiser verteidigt, und]... Drews wie eine Wildkatze... angefahren [hat]*“⁸. Mit dieser Feststellung zog der Kaiser aber voreilige Schlüsse und bewies einmal mehr, daß er unfähig war, sich loyale Mitarbeiter auszusuchen. Von Groener selbst wissen wir, daß er während der Besprechung mit Drews keine ehrliche Position bezogen hatte. Im Prinzip war Groener bereits am 1. Oktober bereit, beim Sturz Wilhelms II. mitzuwirken, wagte aber noch nicht, diese Position offen zu vertreten. Als Groener dem Innenminister den Kampfgeist der Fronttruppe als „glänzend“ beschrieb, hatte er ein Ereignis von großer Tragweite heruntergespielt: An der Front hatte einen Tag zuvor eine Infanteriedivision gemeutert und sich geweigert, an die vorderste Linie verlegt zu werden. Genau diese Information wurde von Groener auch Wilhelm II. gegenüber

¹ Bericht von Drews **DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei**, 2403/6. Zur Mission von Drews vgl. **Baden, M., von, Erinnerungen und Dokumente**, S. 561f., **Görlitz, W., Hindenburg. Ein Lebensbild**, Bonn 1953, S. 306f., **Westarp, K., Graf, von, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches**, Berlin 1935, S. 37f., **Rosen, F., Aus meinem diplomatischen Wanderleben**, Wiesbaden 1959, Bd. 3/4, S. 215f.

² Vgl. **Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918**, Leipzig 1922, S.239f., **Schiffer, E., Ein Leben für den Liberalismus**, Berlin 1951, S. 135f.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Drews in: **DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei**, 2403/6.

⁸ **Schiffer, E., Ein Leben für den Liberalismus**, S. 135f.

nicht erwähnt, jedoch unmittelbar danach in einem vertraulichen Brief an Payer weitergeleitet¹. Groeners Verhalten - welches übrigens das Berufsethos eines Militärs aufs Schärfste verletzte - war nicht das Handeln eines kommandierenden Generals, sondern eines politisierenden Militärs. Es hatte während der III. OHL keinen Präzedenzfall gegeben, daß der Chef des Generalstabes in Umgehung seiner Vorgesetzten operative Informationen an seine „Landsleute“² heimlich weitergeleitet hätte. Es hatte auch keinen Präzedenzfall gegeben, daß ein Stabsoffizier während eines Vortrags vor seinen Vorgesetzten eine Meinung vertreten hätte, und gleichzeitig wußte, daß dies eine Falschaussage war. Groener berichtet selbst in seinen Erinnerungen ganz offen, daß er bereits während er zu Drews sprach, der Auffassung war, daß „*die Person des Kaisers nicht mehr zu halten [sei]*“³. Niemann erklärte später diese Verhaltensweise des 1. Generalquartiermeisters damit, daß Groener sich seines Postens noch nicht sicher war und eine Entlassung fürchtete⁴. In der Tat: Aufgrund des mehr als kühlen Verhältnisses Hindenburgs zu seinem neuen Mitarbeiter und aufgrund der Tatsache, daß Groener erst seit zwei Tagen in Amt war, scheint eine mögliche Entlassung Groeners Wilhelm II. keine besondere Schwierigkeiten bereitet zu haben. Die Tatsache ist auch, daß der erfahrene Ministerialbeamte Drews sich nicht beirren ließ und den Eindruck gewann, daß Groener seinen Argumenten am zugänglichsten war⁵. Bei seiner Rückkehr nach Berlin unterrichtete er davon dann auch die Regierungsmitglieder⁶.

Groeners erste Maßnahmen auf dem Posten des 1. Generalquartiermeisters scheinen diese Hypothese insofern zu bekräftigen, als er sich zuerst bemühte, seine Hausmacht innerhalb der OHL zu festigen. Diese an und für sich übliche Vorgehensweise wurde von Groener allerdings in die Richtung vorgenommen, die seiner offiziellen Position während der Unterredung mit Drews zuwiderging. Zu allererst erreichte Groener, daß Wilhelm II. einwilligte, Spa zu verlassen und eine zeitlang bei der kämpfenden Truppe zu weilen. Laut späteren Aussagen des kaiserlichen Generaladjutants Plessen wurde die Abreise des Kaisers an die Front unter Umgehung des Militärkabinetts erreicht⁷. Nach der Abreise Wilhelms II. an die Front wurde dann eine Umgruppierung innerhalb der OHL-Strukturen vorgenommen, wobei Groener Schlüsselpositionen mit seinen Vertrauensleuten besetzte. Zu den wichtigsten Reformen Groeners innerhalb der OHL gehörte die Einrichtung eines Gremiums für die Bearbeitung politischer Angelegenheiten, die Groener „*mit nur wenigen ausgesuchten Offizieren besetzte*“⁸. An ihre Spitze wurde Schleicher gesetzt, der zu diesem Zweck aus dem Stab des II. Generalquartiermeisters herausgezogen wurde⁹.

Seit dem Scheitern der Drewsmission befand sich das Deutsche Reich innenpolitisch in einer zwielichtigen Periode zwischen Krieg und Frieden nach innen wie nach außen. Die innenpolitische Veränderungen des Oktobers ließen eine Pattsituation entstehen, die keine der daran beteiligten Kräfte zufriedenstellen konnte. Der Reichskanzler hatte es nicht geschafft, die Abdankung des Kaisers zu erzwingen und fürchtete den Ausbruch antimonarchistischer Unruhen bei der Bevölkerung. Der Kaiser bangte um seinen Thron und war sich dessen bewußt, daß er einem weiteren Ansturm wahrscheinlich nicht mehr standhalten

¹ Text des Briefes bei **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 442-443.

² So Groener, ebd.

³ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 444.

⁴ **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 234f.

⁵ Drews in: **DZA Potsdam**, *Akten der Reichskanzlei*, 2403/6.

⁶ Ebd.

⁷ Bericht des Generaladjutanten Valentini bei **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, Anhang.

⁸ **Plehwe, F. K., von**, *Reichskanzler Kurt von Schleicher*, S. 21.

⁹ **Plehwe, F. K., von**, *Reichskanzler Kurt von Schleicher*, S. 21-37f.

würde. Die Heeresleitung bangte um die Situation an der Westfront, wo die Angriffe der Entente zwar mehr oder weniger abgeklungen waren, wo aber der Zusammenbruch aufgrund der Erschöpfung dennoch jederzeit stattfinden konnte. Diese Pattsituation war insofern bedrohlich, als Waffenstillstandsverhandlungen wider jedes Erwarten in die Länge gezogen waren. Je länger dieser Zustand andauerte, um so mehr verschwanden die Orientierungsmarken des normalen politischen Lebens wie in einem Nebel. Laut Informationen des Innenministeriums mehrten sich Ende Oktober bedrohlich die Anzeichen von Massenunruhen. Allerdings brachen sie nirgendwo aus und die Bevölkerung ging wie immer ihrer Beschäftigung nach. In der Tat: Trotz der regen Tätigkeit der sowjetischen Botschaft im September und Oktober waren die Ergebnisse ihrer Arbeit mager ausgefallen. In Berlin (und nur dort) verabredeten sich einige Verschwörer - die sog. revolutionären Obleute -, einen revolutionären Aufstand auszulösen. Auch sie bangten um die Durchführbarkeit ihrer Pläne. Laut Richard Müller, einem ihrer Anführer, wußte niemand, wieviel Widerstandskraft die Regierung noch aufbringen würde und verschob die Aktion, erst auf den 4., dann auf den 11. November¹. Bezeichnenderweise wußte auch die Regierung nicht, ob die Bevölkerung wirklich fähig zu Massenunruhen war. Laut Protokollen des Kriegskabinetts hoffte die Regierung, den Waffenstillstand demnächst abzuschließen und dadurch den unzufriedenen kriegsmüden Elementen das Wasser abzugraben. Am Ende waren es nicht die Berliner Revolutionsplaner, die die Katastrophe in Gang setzten, und es war nicht die vom Reichskanzler gefürchtete „Kaiserfrage“, die sie auslöste, sondern eine Tat der Marineführung, mit der niemand gerechnet hatte.

Kap. 9. Ausbruch der Matrosenmeuterei in Kiel. Ausbruch der Revolution in Berlin

Das Erdbeben, das Deutschland seiner Widerstandskraft endgültig beraubte und der Entente auslieferte, begann bekanntlich mit einer Meuterei der Hochseeflotte und zwar noch am 30. Oktober, als die Reichsregierung nicht im entferntesten damit gerechnet hatte, mit einer Matrosenmeuterei konfrontiert zu werden. Der Auslöser dieses Unglücks war die Marineleitung selbst. Durch ihr verantwortungsloses Benehmen brachte sie den Stein ins Rollen, der dann eine Dominowirkung verursachte und alle Pläne der Reichsregierung wie auch der OHL durchkreuzte. Die Marineleitung hatte in der zweiten Oktoberhälfte nämlich den Entschluß gefaßt, eine Operation großen Stiles mit Kräften der Hochseeflotte durchzuführen und dadurch selbst aktiv in die Kriegsführung einzugreifen. Tragischerweise haben von diesen Absichten weder die Reichsregierung noch die OHL rechtzeitig etwas erfahren. Wie geheim die Admiralität ihren Vorstoß gehalten hat, kann man schon an der Tatsache ablesen, daß selbst Groener noch am 31. Oktober völlig im Dunkeln tappte². Die Regierung war vom Vorstoß der Marine auch nicht besser informiert als die Schwesterwaffengattungsleitung in Spa³.

Es verdient festgestellt zu werden, daß diese später als „Todesfahrt“ kritisierte Operation des Admiralstabes rein theoretisch gesehen eine sehr gut durchdachte Operation mit guten Aussichten auf Erfolg war. Laut einem der Urheber dieser Aktion, beabsichtigte die deutsche Flottenleitung, einen Vorstoß in die

¹ Vgl. Müller, R., *Vom Kaiserreich zur Republik. Die Novemberrevolution*, Bd. 2, Wien 1925.

² Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 442.

³ Ebd.

Themsemündung, um die Verbindung Englands mit Frankreich zu stören. Zur Deckung der Kreuzer sollten die Panzerschiffe nachfolgen. Die Basis der englischen Hochseeflotte lag zu der Zeit weit im Norden in Scapa Flow, nördlich von Schottland. Der Weg von Scapa Flow zum Kanal ist doppelt so lang wie die Strecke von Wilhelmshaven zum Kanal. Es bestand in der Theorie alle Aussicht, daß die deutschen Schiffe ohne größere Verluste zurückkamen, ehe sie von der englischen Flotte angegriffen wurden. Ferner hatten die Engländer in den letzten Jahren die ganze Nordsee mit Minenfeldern gefüllt, um so die Ausfahrt der deutschen U-Boote zu erschweren. Jetzt mußten diese selben Minen das Vordringen englischen Panzerschiffe erschweren. Theoretisch gesehen, war der deutsche Flottenvorstoß ein sorgfältig vorbereitetes Unternehmen, das bei geringsten eigenen Verlusten dem Feind erheblichen Schaden zufügen konnte¹. Diese Annahme galt auch für den Fall, daß es der englischen Flotte gelungen wäre, die deutsche Hochseeflotte auf ihrem Rückweg abzufangen: Die Engländer konnten die Hochseeflotte erst in der Deutschen Bucht stellen, wo die nahen Versorgungsbasen für die deutsche Seite große taktische Vorteile geboten hätten. Ein weitere Trumpf der deutschen Flottenleitung waren die seit der 2. Wilsonnote freigewordenen U-Boote, die laut Operationsplan massenhaft gegen die Briten eingesetzt werden konnten und zwar: „*Durch Staffellung starker U-Bootlinien in der voraussichtlichen Anmarschrichtung der englischen Flotte*“². Aus verfügbaren Quellen geht hervor, daß diese Operation der bedrängten Westfront durchaus von Nutzen sein konnte und zwar obwohl die Schwerpunkte der Kämpfe in Europa weit innen lagen³.

Was den später häufig gemachten Vorwurf anbelangt, die Marineleitung habe ihre Operation geplant, ohne die Reichsregierung benachrichtigt zu haben, so sind diese Vorwürfe nicht gerechtfertigt. Laut Gesetz war die Marineleitung schon immer autonom gewesen und als solche der Heeresleitung in keiner Weise unterstellt. Auch bezüglich der Reichsregierung, waren „*die deutschen Admiräle weder Meuterer noch Abenteurer,... denn eine Verpflichtung [den Reichskanzler über die Operation zu informieren] bestand laut [der Gesetzgebung] nicht*“⁴. Dieser Meinung von Arthur Rosenberg kann man sich nur anschließen: Laut Gesetz wäre es eine Meuterei der Admiräle gewesen, wenn sie z. B. sich geweigert hätten den U-Bootkrieg trotz der Regierungsanweisung einzustellen. Der Generalstab der Flotte war genauso wie die OHL aber berechtigt, konkrete militärische Operationen zu planen und sie umzusetzen, ohne darüber irgendwelche Berichte zu erstatten. Daß die Regierung es versäumt hatte, die Autonomie der Generalstäbe bei der Planung und Durchführung der Operationen, die sie seit dem älteren Moltke genossen, einzuschränken, gehört zu den folgenschwierigsten Versäumnissen. Die Tatsache bleibt aber dennoch, daß erst diese Gesetzeslücke für die Admiralität es möglich machte, eine Entscheidungsschlacht zur gleichen Zeit zu planen, als die Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Waffenstillstandsverhandlungen richtete. Was die Admiralität bei ihren Planungen aber nicht bedacht hatte und was man ihr durchaus vorwerfen könnte, ist die haarsträubende Fehleinschätzung der Kampffähigkeit der Hochseeflotte. Den Generalstäblern der Flotte ist nämlich entgangen, daß die Hochseeflotte, im Herbst 1918 schon aufgrund ihrer inneren Verfassung nicht in der Lage war, die vorgesehene Operation auszuführen.

¹ Rosenberg, A., *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 228f.

² Vgl. Levetzow, M., von, *Beitrag*, S. 410.

³ Vgl. Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 515f. Groener war allerdings unter denjenigen gewesen, die eine Entlastungsmöglichkeit durch die Hochseeflotte verneinten. Aus politischen Gründen unterstützte er jedoch das Vorhaben der Flottenleitung, Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 442.

⁴ Vgl. Rosenberg, A., *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 248.

Oberflächlich betrachtet war die Situation in der Flotte die ganzen Kriegsjahre hindurch glänzend. Die Mannschaften rekrutierten sich traditionell aus den besten Kadern und waren - was den Bildungsstand anbelangt - auf einem viel höheren Niveau als die Masse der Soldaten des Landesheeres der Vorkriegszeit. Anders als die Soldaten des Landheeres, die in Friedenszeiten hauptsächlich aus den Bauernsöhnen komplettiert wurden, waren die Schiffsbesatzungen entweder aus Städtern mit guten technischen Kenntnissen oder aus Familien ziviler Seefahrer zusammengesetzt¹. Die kaiserliche Marine konnte es sich auch - im Gegensatz zu den Landstreitkräften der Epoche der Massenheere - durchaus leisten, für den Militärdienst nur die besten Elemente heranziehen. Die Skageraksschlacht und andere Zusammenstöße mit der britischen Flotte zeigten, daß die deutschen Matrosen den Matrosen der besten Seefahrernation in nichts nachstanden. Die Art, wie die Seekriegsführung im Weltkrieg gehandhabt wurde, hatte aber zur Folge, daß die Marine in der Lage war den Sockel der Mannschaften über die Kriegsjahre hindurch zu erhalten. Den sozialdemokratischen Quellen zufolge, bestand die deutsche Marine noch 1918 hauptsächlich aus den Mannschaften, die noch vor dem Krieg rekrutiert wurden². Da die Marine traditionell zu der bevorzugtesten Waffengattung gezählt wurde, waren die Mannschaften was den Sold, Verpflegung und Kasernierungsbedingungen anbelangt, schon immer besser gestellt, als die Soldaten des Landheeres. Die Marine konnte den hohen Standard sich durchaus leisten, da der finanzielle Etat der Marine vor dem Krieg ungefähr genauso groß war wie der des unvergleichbar größeren Landheeres³. Laut Angaben der Admiralität war der hohe Standard der Truppenhaltung in der deutschen Marine während des Krieges relativ gesehen insofern noch gestiegen, als es gelungen war, den Vorkriegsstandard zu behaupten. Verglichen mit der von der britischen Seeblockade geschundenen Zivilbevölkerung Deutschlands erhielten Matrosen noch im Herbst 1918 mehr als doppelt so große Rationen, die sie durch verschiedene finanzielle „Zulagen“ noch aufstocken konnten⁴. Die Behandlung der Mannschaften, war sie in der deutschen Flotte schon immer traditionell besser als bei den Landstreitkräften. Die Mißstände des Heeres (die später noch ausführlich behandelt werden), wo gemeine Soldaten mehrfach mißhandelt worden waren, sind in der Marine so gut wie nie vorgekommen - weder vor dem Krieg noch während des Krieges⁵. Auch das Verhältnis der Offiziere zu den Mannschaften war in der Marine, wo beide eng zusammenlebten und wo die Überlebensfähigkeit des Schiffes oft von einem einzigen Matrosen abhing, durchaus kameradschaftlich. Selbst rein äußerlich ging es bei der deutschen Marine wesentlich demokratischer zu als beim Landheer: In der Flotte war das gesamte Offizierskorps von unten bis nach oben vom bürgerlichen Element dominiert. Laut Statistik waren im gesamten Offizierskorps der Marine nicht nur weniger als 13% Offiziere adelig, sondern sie stammten großenteils aus Akademikerfamilien⁶. Selbst alle führenden Männer der Admiralität wie Tirpitz, Köster, Scheer und Raeder waren ursprünglich bürgerlicher Abstammung⁷. Wenn dieser Umstand über das praktische Verhältnis der Offiziere zu den Mannschaften angesichts guter militärischer Qualitäten des preußischen Adels

¹ **Volkman, E., O.**, *Deutschlands Schicksalsjahre*, S. 176.

² **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 271f.

³ **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 2, S. 153f.

⁴ Zu den Verpflegungssätzen vgl. **Untersuchungsausschuß**, Bd. 10, S. 13.

⁵ Vgl. Admiral Trotha in: **Untersuchungsausschuß**, Bd. 10, S. 13f.

⁶ Vgl. **Drascher, W.**, *Zur Soziologie des deutschen Seeoffizierskorps*, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau*, Bd. 12, 1962, S. 555-569.

⁷ In der deutschen Marine stammten ca. 47 % des Offizierkorps aus bürgerlichen Akademikerfamilien, vgl. **Black, H.**, *Die Grundzüge der Beförderungsordnungen*, in: *Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps. Anciennität und Beförderung nach Leistung*, Stuttgart 1962, S. 138f.

nicht unbedingt aussagekräftig ist, so kann man die ideologische Bedeutung dieser Tatsache kaum überschätzen. Sie bot nämlich kaum Angriffsflächen für die Antioffizierspropaganda.

Dennoch lebt ein Militärorganismus nicht ausschließlich von materiellen Zuwendungen. Er lebt vom gesunden Geist, der nur infolge bestimmter Rahmenbedingungen erhalten werden kann. Die Erfahrungen des Weltkrieges haben gezeigt, daß ein militärischer Organismus, sobald er nicht aktiv in der Kriegsführung eingesetzt wird, seine Qualitäten verliert und gefährliche Zersetzungstendenzen zu verzeichnen beginnt. Das russische Heer ist den zeitgenössischen Quellen zufolge 1917 nicht nur aufgrund der inneren Demokratisierung zugrunde gegangen, sondern auch, weil es das ganze Jahr 1917 hindurch an keinen aktiven Kampfhandlungen großen Ausmaßes teilgenommen hatte¹. Merkwürdigerweise hegte die russische Generalität damals wage Hoffnungen, daß man den Geist der Fronttruppen durch eine wenn auch aussichtslose Offensive stärken konnte². Die Stäbe des deutschen Ostheeres in deren Interesse es lag, Disziplinierung der Russen zu verhindern, betrieben damals eine bezeichnende Taktik. Laut zahlreichen Direktiven der III. OHL an die Stäbe des Ostheeres, sahen Ludendorff und Hindenburg die Lage so, daß das russische Frontheer am schnellsten zusammenbräche, wenn man es von aktiven Kampfhandlungen fernhielte³. Diese Tatsache sollte man in Deutschland in Zusammenhang mit der Matrosenmeuterei im November 1918 noch deutlich zu spüren bekommen. Auch in der deutschen Flotte hatte die erzwungene Passivität der überwiegenden Zahl der Mannschaften Auswirkungen gehabt, die kein deutscher zeitgenössischer Militärexperte jemals für möglich gehalten hatte.

Das von der Untersuchungskommission nach dem Krieg veröffentlichte Quellenmaterial über die Zustände bei der deutschen Marine steht vor allem vor der Frage, wie dann die Admiralität angesichts der herrschenden Zustände die Operation vom Vorstoß in den Ärmelkanal überhaupt planen konnte. Die Hauptmasse des Flottenpersonals war während des ganzen Krieges aufgrund der Überlegenheit der britischen Flotte nur wenig an den kriegerischen Handlungen beteiligt gewesen. Sie lebte kaserniert auf ihren Schiffen in den norddeutschen Häfen eingeschlossen. Aus den internen Berichten der Marine ging unmißverständlich hervor, daß gerade dieses Leben die Ursache war, daß der gute Geist der Mannschaften im Verlauf des Weltkrieges immer mehr verloren gegangen war⁴. Dabei ist der deutschen Marineleitung der schwerwiegende Fehler unterlaufen, daß sie den zaristischen Bürogenerälen nicht unähnlich, all die Kriegsjahre Mannschaften in unmittelbarer Berührung mit der Zivilbevölkerung hielt und zwar in den Ballungszentren der deutschen Hafenstädte. Wie verhängnisvoll diese Nachbarschaft sein konnte, ist bei den Vorgängen in Petersburg und den Basen der russischen Ostseeflotte in Februar 1917 augenscheinlich vorgeführt worden. In dieser Hinsicht hatte die deutsche Flottenleitung - welche übrigens seit Frühjahr 1918 in belgischen Spa residierte⁵ - weder von der russischen noch von der britischen Praxis der Kriegsführung profitiert. Bekanntlich haben die Engländer - die tüchtigste und erfahrenste Seemacht - die Gefahr der Kasernierung der Marinemannschaften in den Ballungszentren von vornherein sehr hoch eingeschätzt. Die gesamte britische Flotte wurde in ihrer Freizeit fern

¹ Vgl. Gutachten des Generals Denikin in der Beratung der Oberkommandierenden der Fronten mit der Provisorischen Regierung vom 16. Juli 1917, **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 1, S. 154f.

² Vgl. **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 1, S. 117f.

³ **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 103f.

⁴ Ausführlich hierzu vgl. **Untersuchungsausschuß**, Bd. 10.

⁵ Vgl. **Levetzow, M., von**, *Beitrag zur geschichtlichen Untersuchung des Zusammenbruchs*, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 396f.

von allen Städten auf der einsam liegenden Reede von Scapa Flow gehalten. Sie war während des ganzen Krieges nie in Berührung mit der heimischen Zivilbevölkerung gekommen¹. In Deutschland lebten hingegen Marinemannschaften in den verhältnismäßig engen Schiffen zusammengepfercht und waren über die innenpolitischen Vorgängen in der Heimat bestens im Bilde. Es geschah teils durch die ungehinderte Zustellung von Zeitungen an die Schiffe, teils durch gemeinsame Wartungsarbeiten mit den Reedereiarbeitern. Die Marineleitung hatte schon zu Beginn des Krieges veranlaßt, daß die tüchtigsten Offiziere und Mannschaften in die U-Boote versetzt, oder in Spezialeinheiten zusammengesetzt zur Minenräumung in der Nordsee abkommandiert wurden. Die Ausrufung des uneingeschränkten U-Bootkrieges war wiederum verbunden mit sehr hohen Verlusten, welche bis Oktober 1918 mit den besten Kadern der Hochseeflotte ersetzt wurden. Auf diesem Wege verloren die Linienschiffe schon lange vor der Revolution ihre besten Leute². Die verbliebenen Mannschaften der Hochseeflotte waren die ganze Zeit über hauptsächlich mit der Instandhaltung der Schiffe beschäftigt. Diese von Matrosen verhaßte Arbeit fiel ihnen insofern schwer, als die Flottenleitung gezwungen war, durch verschiedene Übungen die Bereitschaft der Schiffe aufrechtzuerhalten. Freilich: Die kaiserliche Marine hatte auch zahlreiche Makel, die den Kasernierungszustand nicht besonders leicht erträglich machten. Allerdings lastete der Druck anders als erwartet nicht so sehr auf den Schultern der einfachen Matrosen, als vielmehr auf denen der Bordingenieure und der Deckoffiziere. Wenn eine Diskriminierung in der kaiserlichen Marine vorhanden war, so war sie nicht etwa im Verhältnis der Mannschaften zu den Seeoffizieren, sondern im Verhältnis der Seeoffiziere mit den Marineingenieuren und den Deckoffizieren. Für nur ein bißchen mehr Sold als für die einfachen Matrosen mußte ein Deckoffizier die Arbeit mit den Mannschaften leisten und war für die technische Bereitschaft des Schiffes zuständig. Von den Seeoffizieren aber wurde er geschnitten und herablassend behandelt. Wie weit dieser Riß im Offizierskorps der Linienschiffe ging, kann man schon anhand der Tatsache ablesen, daß Deckoffiziere nicht einmal für gemeinsames Essen mit den Seeoffizieren zugelassen waren und sich des öfteren eine entwürdigende Behandlung gefallen lassen mußten³. Eine der schwersten Verfehlungen der Marineleitung bildete auch der Umstand, daß ausscheidende Seeoffiziere nicht aus den Reihen der Deckoffiziere, sondern durch frischgebackene Absolventen der Seeoffiziersschulen ersetzt wurden. Diese Seeoffiziere waren in der Regel erst 20-23 Jahre alt. Sie waren jünger als die meisten Mannschaften und entwickelten sich sehr bald zu einer Plage der Linienschiffe. Die jungen Offiziere sorgten für unnötige Spannung, indem sie das „*fehlende Wissen durch übertriebenen Schneid auszugleichen versuchten*“⁴. Die in der Regel weit älteren Mannschaften hatten 1918 größtenteils 10 oder mehr Jahre Diensterfahrung hinter sich und hatten für sie nur noch Verachtung übrig.

Laut vorhandenen Quellen war die Flottenführung durchaus im Bilde, daß der soldatische Geist auf den Linienschiffen seit ungefähr 1915 kontinuierlich gesunken war⁵. Es mehrten sich durchaus bedrohliche

¹ Die Mannschaften der britischen Flotte hatten zweimal im Jahr Anspruch auf einen 14-tägigen Urlaub, **Volkman, E., O.**, *Deutschlands Schicksalsjahre*, S. 175. Zu den Verhältnissen in der britischen Marine vgl. **Marder, A. J.**, *From the Dreadnought to Scapa Flow. The Royal Navy in the Fisher Era*, Bd. 2 und Bd. 4, London 1969, **Hankey, M. P.**, *The Supreme Command*, S. 488f., **Jellicoe, J. R., Lord**, *Erinnerungen*, 2 Bde., Berlin 1937, **Hoealing, A. A.**, *The War at Sea. A History of Naval Aktion 1914-1918*, London 1978, **Churchill, W.**, *Die Weltkrisis*, Bd. 1, S. 107f., und Bd. 2, S. 93f.

² Ebd., **Rehder, J.**, *Die Verluste der Kriegsflotten 1914-1918*, München 1969.

³ Vgl. Gutachten Alboldts **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10.

⁴ Ausführlich hierzu vgl. Gutachten des Matrosen Strumpf in **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10.

⁵ Vgl. Gutachten des Admirals von Trotha, **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, **Deist, W.**, *Seekriegsleitung und Flottenrebellion*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1966, Bd. 14, S. 341-368, **Groos**,

Begleiterscheinungen der schwankenden Disziplin: Die Mannschaften waren während ihres Dienstes durch die Verteilung in die abgelegensten Winkel des Schiffes der Kontrolle ihrer Vorgesetzten unzugänglich und die Vorgesetzten hörten von den Unregelmäßigkeiten erst, nachdem sie vorgefallen waren. In der Regel geschahen diese in der Freizeit, als die Matrosen an Land durften und dort nach dem Besuch der „*Hafenkneipen und Vergnügungsstätten zweifelhafter Art*“¹ der Militärpolizei unangenehm auffielen. Wenn die Tradition der Seemänner, sich auf dem Festland auszutoben auch nicht so ernst zu nehmen war, insbesondere wenn die meisten Ausschreitungen von den disziplinierten U-Bootsmannschaften nach ihrer Rückreise verübt wurden, so gab es bei den Linienschiffen durchaus gravierendere Vorfälle. Es gab Fälle gegenseitiger Mißhandlungen von Matrosen untereinander und sogar Fälle, als selbst die Offiziere Aggressionen einzelner Matrosen ausgesetzt waren². Im Herbst 1918 war dieser Zustand erheblich fortgeschritten³. Obwohl diese Unregelmäßigkeiten von den Militärbehörden gerne unterdrückt wurden und im Übrigen bei den Mannschaften gut begründet werden konnten, gab es für die Flottenleitung durchaus bedrohlichere Anzeichen von wachsenden Spannungen. Welch tiefes Mißtrauen auf den Linienschiffen seit 1916 bereits geherrscht hatte, geht schon daraus vor, daß die Matrosen bereits damit begonnen hatten, die Verfehlungen ihrer Vorgesetzten zu dokumentieren und sie über den Kopf ihrer Vorgesetzten hinweg weiterzuleiten. Es gab Fälle, wo die Matrosen ihre Ferien dazu benutzten, um Reichstagsabgeordnete oder Zeitungen mit verschiedenen Bittbriefen zu versorgen. Es wurden hierin Klagen über angeblich ungerechte Behandlung vorgetragen, bis hin zur Bitten bei der Flottenleitung um mehr Urlaub für Mannschaften. Ein solcher Brief ist von der Untersuchungskommission nach dem Krieg veröffentlicht worden. Er wurde laut Gutachter der Untersuchungskommission „*an einem Maisonntag Herrn Abgeordneten Dr. Struve von drei im vorgeschrittenem Lebensalter stehenden Reservemaschinenmaaten und einem Marine-Einjährigen überreicht*“. Er trug die seriöse Überschrift „*Bericht über schwere Verfehlungen des Kommandanten und der Offiziere von S.M.S. ‚Nürnberg‘ gegen ihre Pflichten und die gute Sitte*“⁴. Da dieser Beschwerdebrief in vielerlei Hinsicht ein typisches Dokument seiner Art ist, und einen Einblick in die Denkweise der Matrosen gewährt, kann er durchaus als ein Beispiel des Zusammenbruchs des militärischen Geistes auf den Linienschiffen der Hochseeflotte herangeführt werden.

Bezeichnenderweise begannen die Matrosen mit der Beschreibung angeblich knapper Essensrationen: „*Für die Messen sind 3 Küchen an Bord, für die gesamte Mannschaft nur eine... Noch im Februar, wo die Not des Volkes schon aufs bedrohlichste gestiegen war und es nur noch Kartoffelbrot geben dürfte, wurden für die Offiziersmesse täglich frische Brötchen gebacken... Am Geburtstag des Kronprinzen, gab es in der Offiziersmesse zum Mittagessen: 1. Königinuppe mit Leberklößen, 2. Spinat mit verlorenen Eiern und Schinken, 3. Filet mit Bratkartoffeln, Salat und Kompott, 4. Backwerk, 5. Mocca... Die Mannschaften bekamen an diesem Tage Nudeln mit Kartoffeln und Fleischstücken zusammengemacht... Der Mannschaft ist es strengstens verboten, Schnaps an Bord zu haben. 1916 wurde in den Weihnachtspaketen für die Leute ankommender Schnaps selbst in den kleinsten Mengen konfisziert. Dagegen gab es in den [Offiziersmessen] Schnaps in Hülle und Fülle... Die Getränketafel der Offiziersmesse führt... auf: 7 Weinsorten, 2 Rotweinsorten, Portwein, Sherry, verschiedene*

O., *Seekriegslehren im Lichte des Weltkrieges. Ein Buch für den Seemann, Soldaten und Staatsmann*, Berlin 1929.

¹ Volkman, E., O., *Deutschlands Schicksalsjahre*, S. 175.

² Ausführlich hierzu vgl. Gutachten des Matrosen Strumpf in **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10.

³ Ebd.

⁴ Vollständiger Text des Briefes in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S. 168f.

Schnapssorten. Die Trunkenheit hat unter den Offizieren im letzten Jahre immer mehr zugenommen. Der 1. Offizier war am Heiligen Abend 1917 so betrunken, daß er sich in Gegenwart der Messekellner das nackte Gesäß mit Senf beschmieren und dies dann von Leutnants zu einem Schiffsfenster herausstrecken ließ, wobei diese erklärten, „das ist unser neuester Scheinwerfer“. Das Schiff lag dabei in sofortiger Gefechtsbereitschaft bei den holländischen Inseln. Am Kaisers Geburtstag fuhr der 1. Offizier total betrunken an Land. Als Leutnant zur See A. sich betrunken auf seine Koje gelegt hatte, schleppten seine Kameraden ihn im Hemd in den Gang vor die Offiziersmesse und machten vor den Augen des Postens und der Burschen allerhand unpassenden Ulk mit ihm. Zu Rosenzeit war [an Bord] kein Offizier mehr nüchtern. Am nächsten Tage aber hielt der 1. Offizier an die gesamte Mannschaft eine Rede, in der er sagte: ‚Kerls, wir wollen uns nichts weiß machen, ihr wart’s gestern auch alle besoffen, und ich muß jetzt euch erst einmal den Alkohol wieder austreiben.‘“ Unter der Rubrik „unwürdige Behandlung der Mannschaften“ wurde der Abgeordnete Dr. Struve unter anderem von folgenden Verfehlungen der Offiziere der S.M.S. „Nürnberg“ unterrichtet: „Im Winter haben [die Mannschaften] beantragt, auf See beim Gericht ‚Pflaumen und Klöße‘ Fleisch zuzugeben, und dafür im Hafen einen fleischlosen Tag einzulegen. Der 1. Offizier lehnte dies ab mit der Begründung, im Hafen müsse es Fleisch geben, ‚weil die Kerls dann zum Frauenzimmer gehen wollten‘. Im Januar sagte der 1. Offizier bei einer Musterung zu einem Unteroffizier, der einen falschen Signalpfeiff getan hatte: ‚Stecken Sie doch die Pfeife in den A..., vielleicht geht es dann besser‘... Auf der ‚Nürnberg‘ wurden seit November 1917 in 5 Monaten ... an Strafen verhängt: Mittelarrest 230 Tage, gelinder Arrest 18 Tage, Strafoxerzieren 152 Stunden, Strafrapports 59 Stunden“.

Wie aus den Quellen der Marine eindeutig hervorgeht, war das wichtigste Anliegen der Matrosen der Linienschiffe nicht die Demokratisierung Deutschlands durch die Liberalisierung des Wahlrechts in Preußen, sondern die Forderung nach mehr Urlaub und weniger Dienst. Davon daß die Flottenleitung von wachsenden Spannungen auf den Linienschiffen noch lange vor der Revolution im Bilde war und sie vorzubeugen versuchte, zeugen ihre originellen organisatorischen Maßnahmen, vor allem die Einführung der sog. „Menagekommissionen“ im Juli 1917¹. Diese „Menagekommissionen“ waren nichts anderes als eine Art Matrosenräte, in die Mannschaften ihre Vertreter wählen durften. Sie erhielten die Aufgabe zugewiesen, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Offiziere vorhandene Mängel bei der Verpflegung bessern konnten. Diese Praxis der Flottenleitung hatte allerdings Folgen, mit denen niemand gerechnet hatte. Matrosen benutzten die Menagekommissionen vielfach dazu, die Beobachtung der Seeoffiziere zu verschärfen. Einzelne benutzten zum Entsetzten ihrer Vorgesetzten ihr Urlaub, um nach Berlin zu reisen und sich bei den Reichstagsabgeordneten über Offiziere zu beschweren. Letztendlich führte der Flirt mancher Matrosen mit den „Herren Reichstagsabgeordneten“ nicht zur Besserung der Lage, sondern zu einer Tragödie. Als der Matrose des Linienschiffs „Friedrich der Große“ Reichpietsch 1917 die USPD-Abgeordneten Dittmann, Haase und Luise Zietz während seines Urlaubs besuchte, gaben diese ihm auf den Weg Ratschläge, wonach bessere Verhältnisse in der Flotte durch Anwendung der Kampfmethoden ihrer Partei zu erreichen wären². Die verantwortungslosen Ratschläge der USPD-Fraktionsmitglieder, die Matrosen sollten in der Flotte USPD-Zirkel gründen und Ungerechtigkeiten des Dienstes mit den Akten passiver Resistenz (Streiks, Demonstrationen usw.) beantworten,

¹ Vgl. **Neu, H.**, *Die revolutionäre Bewegung in der deutschen Flotte 1914-1918*, Stuttgart 1930.

² Zu Dittmanns Stellungnahme vgl. Gutachten von Dittmann, **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 9.

hatte für letztere katastrophale Folgen. Im August 1917 kam zu einer Kette von Ereignissen, die unbedingt zu erwähnen sind, will man die Motive der Matrosen im November 1918 verstehen.

Am 1. August 1917 ging Teil der Besatzung der „Prinz Regent Luitpold“ an Land, um „gegen den ungerecht angesetzten Dienst [zu demonstrieren]“¹. Am 16. August an Bord der „Westfalen“ begann ein Streik der Heizer wegen „Vorenthaltung zugesagter Kohlenzulagen“². Obwohl diese Vorfälle von der Flottenleitung sehr leicht und ohne Blutvergießen unterdrückt werden konnten, waren ihre Auswirkungen gravierend³. Die Mehrheit der kommandierenden Seeoffiziere waren der Ansicht, daß der Auflehnung der Mannschaften mit rein disziplinarischen Mitteln beizukommen sei. Sobald aber sich herausstellte, daß die Demonstranten sich teilweise in USPD-Zirkeln organisiert hatten, entzog die Flottenleitung die Angelegenheit den betroffenen Schiffskommandeuren und schaltete Justizorgane der Flotte ein. Es kam zu einer Reihe Gerichtsverhandlungen, wobei die Militärjustiz und Oberbefehlshaber der Flotte den Entschluß trafen, Exempel zu statuieren und eine Reihe Todesstrafen zu verhängen⁴. Dieser Entschluß der Flottenleitung erzeugte bei den Mannschaften Erbitterung in solchem Maße, daß laut Ergebnissen der Untersuchungskommission der Riß zwischen Mannschaften und den Offizierskorps bis zum Ende des Krieges nicht mehr zu überbrücken gewesen war. Die Mannschaften vernahmen die Urteilsverkündungen mit äußerstem Unverständnis: Die inkriminierte, von der USPD geleitete Meuterei konnte schon deshalb nicht glaubhaft nachgewiesen werden, weil die Partei in der Tat über keinerlei Einfluß in der Flotte verfügte⁵. Das Verhalten der Reichstagsfraktion der USPD in dieser Affäre war übrigens sehr unwürdig und hatte zufolge, daß selbst kommandierende Seeoffiziere in großer Mehrzahl auf die Tribunalsurteile mit Unverständnis reagierten. Ein zeitgenössischer deutscher Generalstabsoffizier, der nach dem Krieg sich eingehend mit Militärakten auseinandergesetzt hatte, stellte fest, daß in den Ereignissen des Sommers 1917 die aufrührerischen Matrosen „den Todesstoß durch die Haltung der USPD erlitten. Die um ihre Erwartungen betrogenen Leute [mußten ansehen], wie die Partei nur darauf bedacht war, selbst unversehrt aus dem peinlichen Versagen hervorzugehen und die gefährliche Anhängerschaft von den Rockschoßen zu schütteln“⁶.

Laut dem berühmtesten Augenzeugenbericht der Hochseeflotte, dem Tagebuch des Matrosen Stumpf war die Stimmung der Mannschaften der Hochseeflotte von den unglücklichen Ereignissen des Sommers 1917 an endgültig geformt und bis zum Zusammenbruch der Flotte im November 1918 in etwa konstant geblieben: „Es ist unmöglich das Maß an Erbitterung und Wut zu beschreiben, welche diese höchst ungerechten Urteile bei uns erregten. Auch die Offiziere waren wie betäubt über das Unheil, das die Kriegsgerichte da angerichtet hatten. Niemand, auch nicht der [Schiffs]kommandant, hatte mit einer höheren Strafe, als höchstens 14 Tage Mittelarrest gerechnet... Was keine Aufwiegelung zustande gebracht hat, erreichte dieser unselige Prozeß. Das Vertrauen zu den Gerichten, die Achtung vor den Offizieren und die Liebe zum Vaterlande wurden

¹ Volkmann, E., O., *Deutschlands Schicksalsjahre*, S. 180f.

² Ebd.

³ Zu den Folgen der Matrosenmeuterei vgl. **Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 380f., **Rosenberg, A.**, *Entstehung der Weimarer Republik*, S. 161-168, **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 168f.

⁴ Dokumente des Gerichtsverfahrens gegen die Meuterer von 1917 sind veröffentlicht in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bde. 9 und 10.

⁵ Vgl. Gutachten von Dittmann, **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 9, **Rosenberg, A.**, *Entstehung der Weimarer Republik*, S. 161-168, **Volkmann, E., O.**, *Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege*, Berlin 1925.

⁶ **Volkmann, E., O.**, *Deutschlands Schicksalsjahre*, S. 181.

betäubt... Wenn ich berufen wäre über die augenblickliche Stimmung der Flottenbesatzung ein Urteil abzugeben so würde es im ärztlichen Diagnosestil etwa folgendermaßen lauten: Hochgradige Erregung; hervorgerufen durch gänzlichen Mangel an Vertrauen zu den Vorgesetzten, Zustände der fixen Idee, daß der Krieg nur im Interesse der Offiziere geführt und verlängert wird, heftige Zornesausbrüche infolge des Umstandes, daß die Mannschaft hungert... während die Offiziere... im Geld schwimmen“¹.

Wenn man diese seelische Lage bei den Mannschaften der Hochseeflotte in Betracht zieht, so wird der Entschluß der Seekriegsleitung, Ende Oktober die Hochseeflotte gegen England auslaufen zu lassen um so unverständlicher, als er im fernen Spa, tausend Kilometer von den eigentlichen Basen der Flotte entfernt gefaßt wurde². Noch am 22. Oktober reiste der Stabschef der Seekriegsleitung Magnus Levetzow quer durch Deutschland nach Wilhelmshaven und überbrachte den Befehl seines Vorgesetzten, Admiral Scheer an den Chef der Hochseeflotte Admiral Hipper³. Die Nachahmer der Heeresführungsmethoden des älteren Moltke formulierten ihre Direktive in Spa in einer totalen Geheimhaltung⁴. Admiral Hipper, der bezeichnenderweise Führungsmethoden der Einigungskriege des Landheeres nachahmend nicht auf dem Flaggschiff „Baden“, sondern fern von den Mannschaften auf einem „Flottenbüroschiff“⁵ in Wilhelmshaven weilte, handelte zuerst ebenfalls in strengster Geheimhaltung. Die Pläne zum Vorstoß in den Ärmelkanal wurden von Stabschef des Hochseekommandos Admiral von Trotha in solcher Geheimhaltung ausgearbeitet, daß weder die betroffenen Schiffskommandanten noch zahlreiche Admiräle bis zum letzten Augenblick über den bevorstehenden Angriff informiert wurden⁶.

Theoretisch war die Flottenleitung im Recht: Sollte ihr Operationsplan Chancen auf Erfolg haben, so mußte es vermieden werden, daß die Briten davon auch nur leisesten Verdacht schöpfen und vor den Deutschen ins Meer stachen. Die praktische Ausführung der Operation ließ aber tragischerweise nicht nur seelische Verfassung der Besatzungen der Schiffe aus den Augen, sondern offenbarte bereits Züge, die im Februar 1917 den militärischen Befehlshabern in Petersburg zum Verhängnis geworden waren. Der Gutachter der Untersuchungskommission Alboldt hatte darauf hingewiesen, daß trotz aller Mißstände der Flotte die Chancen, Mannschaften für den Vorstoß zu gewinnen anfänglich gar nicht so schlecht gestanden haben. Laut ihm mußte das Flottenkommando bloß die Mannschaften ehrlich von der geplanten Operation informieren: *„Alle Schiffe auf der Schilling-Reede versammelt (wo an sich schon die meisten lagen); zur gleichen Stunde auf allen Schiffen die Mannschaften zusammenrufen; die vorher vom Flottenkommando genau und gleichmäßig unterrichteten Kommandanten erläutern die Lage und die Absicht der Flotte mit der Begründung: ‚Kameraden, es gilt einmal unseren Brüdern im Westen zu helfen und zum anderen die Gesamtlage unseres Vaterlandes für die Friedensverhandlungen günstig zu beeinflussen, darum der Vorstoß; alle unsere Vorbereitungen dazu sind auf das beste getroffen, um nach Menschenmöglichkeit einen Erfolg zu verbürgen‘... Wer unsere Besatzungen wirklich kennt, der kann keinen Zweifel daran haben, daß sie, in diese Weise unterrichtet und angefaßt, so*

¹ Vgl. das Gutachten des Sachverständigen R. Strumpf, **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S.51f.

² **Levetzow, M., von**, *Beitrag zur geschichtlichen Darstellung des Zusammenbruchs*, S. 409. Zu Planung der Operation und Verhältnissen in der Admiralität vgl. **Deist, W.**, *Seekriegsleitung und Flottenrebellion*, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte*, 1966, Bd. 14, S. 341-368.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. **Spieß, J.**, *Sechs Jahre U-Bootfahrten*, S. 188f.

⁶ Vgl. Gutachten des 2. Admiralstabsoffiziers des Admiralstabes Gladisch, **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 4, S. 341f.

gehandelt hätten“¹. Die Erfahrungen der Kerenskijoffensive bestätigen diesen Eindruck und zeigen, daß es durchaus möglich war eine schlecht disziplinierte Truppe zur Offensive zu überreden. Ob sie dann dem Druck des Kampfes standgehalten hätte, ist allerdings eine andere Frage. Bei der Ausführung der vorgesehenen Operation verfuhr die Leitung der Hochseeflotte aber so, daß sie erst am 29. Oktober die Chefs der drei Geschwader der Hochseeflotte zum Flottenflaggschiff „Baden“ rief und ihnen ohne jede Vorbereitung eröffnete, sie sollen schon am nächsten Tag ins Meer stechen².

Der Stabschef der Flotte Admiral von Trotha hat in seinem Gutachten die Untersuchungskommission selbst darauf hingewiesen, daß die herausragende Eigenschaft der Marine die Anfälligkeit der Schiffsbesatzungen für Gerüchte ist und daß „jede Neuigkeit in Eilschritten“ sich zu verbreiten pflegt³. Angesichts der Tatsache, daß in den Funkstationen der Flotte Matrosen zahlreich vertreten waren, kann durchaus die Behauptung aufgestellt werden, daß Mannschaften der Hochseeflotte das Zusammentreffen der Geschwaderkommandeure bereits interpretieren durften, als die Seeoffiziere der Schiffe sich noch innerlich in Ungewißheit befanden. Was lag für die Mannschaften näher, als die Geheimhaltung der Flottenleitung auf ihre Weise zu interpretieren, um so mehr als diese Geheimniskrämerei den Zeitungsberichten von Bemühungen der Reichsregierung, den Waffenstillstand herbeizuführen, offenbar entgegenliefen? Es liegt auf der Hand, daß die Mannschaften der Hochseeflotte in ihrer überwiegenden Masse vom Notenwechsel mit Wilson gut informiert waren und mit dem ersehnten Kriegsende unmittelbar vor Augen, keine Veranlagung hatten, ihr Leben in einer großen Meuterei aufs Spiel zu setzen. Angesichts gewisser Paragraphen des militärischen Strafgesetzbuches erfordert die Meuterei im Kriege noch mehr persönlichen Mut als der Kampf in einer Schlacht. Andererseits hatte die Herrschaft der Generalstäbler spätestens seit 29. September nicht nur bei der kämpfenden Truppe der Westfront, sondern auch in der Marine für viel Mißdeutungen gesorgt: Wenn der Generalstab des Heeres über Nacht um 180° gedreht hatte und die vollkommen unvorbereitete Regierung aufgefordert hatte „in 48 Stunden“ einen Waffenstillstandsangebot zu erwirken, konnte dann nicht ein Generalstab der Marine ebenfalls über Nacht die Entscheidung treffen, ins Meer zu stechen und dort „in Ehren zu untergehen?“⁴.

Daß die Matrosen trotz der Geheimhaltung des Flottenstabes irgendwie von der Operation Wind mitbekommen hatten⁵, zeigt ein folgenschwerer Vorfall auf einem der Schiffe der Hochseeflotte, als die Matrosen (noch bevor Hipper die Geschwaderkommandeure zu sich rief) ihren völlig unvorbereiteten Kommandanten mit der Frage überraschten, ob ein Vorstoß gegen England eigentlich nicht dem Sinn der neuen demokratischen Regierung widerspräche. Nach der späteren Aussage des Matrosen vor dem Untersuchungsrichter war der Schiffskommandant von der Aktion der Matrosen so entsetzt, daß er unvorsichtigerweise die Regierung Max von Baden als „ihre Regierung“ bezeichnete⁶.

Schon in der Nacht zum 30. Oktober verbreiteten sich unter Mannschaften wildeste Gerüchte: *“Eine Todesfahrt sei geplant, von der niemand zurückkehren sollte; die Waffenstillstandsverhandlungen sollen*

¹ **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S. 197.

² **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S. 341f., **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 11.

³ **Trotha, A., von**, *Gedanken über die deutsche Marine*, S. 17.

⁴ Max von Baden zitiert bei **Kuhl, H., von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 517.

⁵ Vgl. **Zeisler, K.**, *Die revolutionäre Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918*, in: **Schreier, A. (Hrsg.)**, *Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*, Berlin 1957.

⁶ Zitiert bei **Rosenberg, A.**, *Entstehung der Weimarer Republik*, S. 334f.

durchkreuzt werden; die Admiräle rebellieren gegen die neue demokratische Regierung, usw.“¹. Als am 30. Oktober die Schiffskommandeure den Befehl „Anker lichten“ erhielten, sahen sie sich auf zwei Schiffen der Hochseeflotte, der „Thüringen“ und der „Helgoland“, mit Befehlsverweigerungen konfrontiert. Bezeichnenderweise waren es die Schiffsheizer, der proletarischste Besatzungsteil, die auf beiden Schiffen ihre Abgesandten nach oben schickten und die Offiziere aufklärten, sie werden die Operation verhindern. Die Matrosenmeuterei begann übrigens nicht als eine gewaltsame Revolte, wie in Rußland während der Februarrevolution, als die dortigen Mannschaften ein richtiges Massaker unter den Offizieren in Helsinki und Kronstadt veranstalteten, sondern mit einer schlichten Arbeitsniederlegung. Die Heizer einiger Schiffe erklärten, daß sie in den Kesseln die Feuer löschen werden, sobald die Schiffe deutsches Hoheitsgewässer verlassen werden. Auf der „Thüringen“ beschädigten Matrosen die Ankerlichtungsanlage und verschanzten sich unten im Deck. In die Meuterei entartete diese Bewegung erst infolge der Verfehlungen der Flottenleitung, die großenteils an die Maßnahmen Petersburger Militärbehörden erinnerten².

Der Oberkommandierende der Hochseeflotte Admiral Hipper entschloß sich, die Mannschaften unsicherer Schiffe durch Anwendung von Gewalt unter Kontrolle zu bekommen. Mit einigen Torpedobooten und einem U-Boot erschien er auf der Schilling-Reede und drohte per Fernsprecher den streikenden Mannschaften mit der Versenkung ihrer Schiffe. Kapitän Spieß, der Kommandeur des legendären U-135, der zur Aktion hinzugezogen wurde, berichtete in seinem Erinnerungsbuch später, daß selbst diese Aktion des Flottenkommandos unmißverständliche Anzeichen von Schwäche zeigte und von den Matrosen nur als solche interpretiert werden konnte. Zuerst war der Kapitän sehr überrascht, daß Stab der U-Bootseinheiten gar nicht wußte, wo Hipper sich überhaupt befand, und es kostete einige kostbare Zeit, den Flottenchef überhaupt ausfindig zu machen. Es hatte sich herausgestellt, daß Hipper trotz des geplanten Vorstoßes seinen Stab weiterhin am Ufer unterhielt³*. Obwohl die Schiffskommandeure Hipper von Befehlsverweigerungen auf manchen Schiffen schon in der Nacht zum 31. Oktober in Kenntnis gesetzt hatten, vermochte der Flottenchef eine Streitmacht zur Unterdrückung der Revolten erst am nächsten Tag zusammenzustellen. Als die Torpedoboote und das U-Boot von Spieß mit Admiral Hipper an der Spitze am Vormittag des 31. Oktober vor der meuternden „Thüringen“ erschienen und die Kanonen auf das Schiff richteten, ergab sich die Besatzung der „Thüringen“ wie auch die des anderen Schiffes, der „Helgoland“, das sich der Gehorsamsverweigerung angeschlossen hatte. Hipper, der die Unterdrückung der Bewegung nach militärischen Methoden begann, handelte aber unmittelbar danach wie ein schlechter Polizeibeamter. Anstatt, wie es während einer Gehorsamsverweigerung im Gefecht üblich war, „bei den auf frischer Tat ertappten ein Beispiel zu statuieren“⁴, oder nach der Unterdrückung auf die Verhandlungen mit Amnestieaussicht zu setzen, entschied sich der Flottenkommandant für einen niemandem verständlichen Mittelweg.

Hipper führte wahllose Verhaftungen der Matrosen durch und ließ von den mitgenommenen Marinesoldaten nicht weniger als 400 Matrosen an Land führen. Diese Verhaftungen wurden dabei unter

¹ Kielmansegg, P., Graf, von, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, S. 686.

² Deist, W., *Seekriegsleitung und Flottenrebellion*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1966, Bd. 14, S. 341-368.

³ Und zwar die ganze Nacht, denn Hipper tauchte an der Spitze seines Torpedobootgeschwaders erst am nächsten Tag, dem 31. Oktober auf, **Volkman, E., O., *Revolution über Deutschland***, S. 15.

⁴ **Spieß, J., *Sechs Jahre U-Bootfahrten***, S. 188f.

zahlreichen Mißhandlungen und unter den Augen der gesamten Hochseeflotte vorgenommen¹. Selbst in dieser Phase waren die Flottenoffiziere noch die Herren der Lage und konnten ohne weiteres die Beruhigung der Mannschaften erwirken. Laut Gutachten Alboldts vor der Untersuchungskommission, konnten die Mannschaften schon dadurch beruhigt werden, als man zu ihnen „von Mensch zu Mensch gesprochen hätte“ und versprochen hätte „keine Erschießungen an den Verhafteten vorzunehmen“². Die restlose und ehrliche Aufklärung über die gescheiterte Operation hätte wahrscheinlich ebenfalls in vielem das Märchen von der „Todesfahrt“ zerstreut. Daß die Offiziere keine „Todesfahrt“ geplant hatten geht schon aus der Tatsache hervor, daß Hipper nach der Verhaftung der Befehlsverweigerer der „Thüringen“ der „Helgoland“ den Befehl erließ, den Vorstoß gegen England zu stoppen³. Die Mittel eine „Todesfahrt“ durchzuführen, hatte das Kommando der Hochseeflotte durchaus: Während der Lageberatungen haben die Kommandeure der U-Boote vorgeschlagen, ins Meer zu stechen und hinter jedem Linienschiff ein U-Boot zu postieren. Im Falle einer erneuten Befehlsverweigerung sollte das betroffene Schiff versenkt werden⁴.

Statt die unsichere Flotte zusammenzuhalten und sie aus der Nähe der Ballungszentren zu entfernen, traf Hipper noch am 31. Oktober den verhängnisvollen Entschluß, die auf der Schilling-Reede versammelte Hochseeflotte aufzuteilen und jedes ihrer drei Geschwader in die verschiedene Hafenstädte Norddeutschlands zu entsenden. Das I. Geschwader mit seinen gefährdeten Schiffen „Helgoland“ und „Thüringen“ blieb in Wilhelmshaven, ein anderes wurde nach Brunsbüttel beordert; Das III. Geschwader, das nicht gemeutert hatte, erhielt Befehl, nach Kiel zu dampfen. Um die „Ehre“ der Marine zu retten traf Hipper noch eine andere folgenschwere Entscheidung. Hipper unterließ es nämlich, über die Ereignisse auf der Schilling-Reede einen Bericht nach Berlin und zur OHL zu senden. So beriet das Kriegskabinett in Abwesenheit Max' von Baden am Ausbruchstag der Unruhen, dem 30. Oktober u.a. über die Abschiebung Pilsudskis nach Polen und die OHL in Spa hatte keine Gelegenheit, sich für die Eventualitäten vorzubereiten. Im Prinzip ähnelte die Situation fatal dem Beginn der Soldatenmeuterei in Petersburg, als die dortigen Verantwortlichen durch kriminelle Schönfärberei Armeezentrale solange uninformiert ließen, bis die Ereignisse endgültig ihrer Kontrolle entglitten waren.

Die Entscheidung, ein Geschwader nach Kiel zu verlegen ist eine besonders seltsam anmaßende Entscheidung Admiral Hippers gewesen. Auf der Lageberatung der Flottenleitung wurde die Erlaubnis, nach Kiel auszulaufen vom Kommandeur des III. Geschwaders, Vizeadmiral Kraft, mit der Begründung erbeten, daß „[in Kiel] seine Leute auf bessere Gedanken kommen würden“⁵. Selbst während dieses III. Geschwader nach Kiel dampfte, wurden von der Flottenleitung keine Maßnahmen unternommen, um die Mannschaften zu beruhigen. Admiral Hipper verfaßte zwar den Text eines Aufrufes an die Flotte, indem er die Mannschaften über die Operation informierte und die Ergebenheit der Flotte der neuen Regierung unterstrich, noch am 30. Oktober⁶. Laut den Ergebnissen der Untersuchungskommission wurde während der ganzen Dauer der Fahrt nach Kiel auf den Schiffen des III. Geschwaders kein einziger Versuch unternommen, Mannschaften aufzuklären⁷. Laut Kapitän Spieß lief das III. Geschwader am 1. November in Kiel ein, „obwohl der

¹ Ebd.

² Alboldt in **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S. 202.

³ Ebd.

⁴ **Spieß, J.**, *Sechs Jahre U-Bootfahrten*, S. 188f.

⁵ Zur Begründung der Flottenleitung vgl. **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S. 202f.

⁶ Text des Aufrufes bei **Michaelis, H., Schraepler, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 2, S. 502f.

⁷ **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S. 204.

[Konteradmiral Kraft] spätestens unterwegs merken mußte, daß er seine Schiffe disziplinarisch nicht mehr in der Hand hatte“¹. Was die unselige Leitung der Hochseeflotte völlig aus den Augen gelassen hatte, und was die Katastrophe von Kiel im Endeffekt verursacht hatte, war die volle Unterschätzung des Korpszugehörigkeitsgefühls der Marinemannschaften.

Daß die Mannschaften aufgrund der Vorgänge auf der Schilling-Reede zusammenschweißt wurden steht außer Frage: Auf der „Helgoland“ entflammte die Unruhe erst, als die Schiffsbesatzung sah, daß ihre Kameraden auf der „Thüringen“ überwältigt und vielfach mißhandelt wurden². Als bedrohliches Zeichen für die Flottenleitung sollte die Tatsache wirken, daß die verhafteten Gehorsamsverweigerer der „Helgoland“ und der „Thüringen“ beim ihren Abtransport von den Matrosen anderer Schiffe mit „Hurra“-Rufen begleitet wurden³. In den Augen der Matrosen der Hochseeflotte endete das Drama auf der Schilling-Reede unentschieden. Nach atemberaubenden Minuten, in denen die „Helgoland“ und das U-Boot von Spieß ihre Kanonen aufeinander gerichtet hatten, ergaben sich die Befehlsverweigerer. Insofern hatte die Flottenleitung gesiegt. Aber die Mannschaften aller Schiffe erfuhren sogleich, daß der Flottenvorstoß vom Stab der Flotte aufgegeben wurde: Das bedeutete in ihren Augen unmißverständlich eine Schwäche der Seeoffiziere. Der Flottenbefehl von Hipper und die dort vorgenommene Aufklärung der Mannschaften über den Sinn der abgeblasenen Operation gegen England spielte in den Augen der Mannschaften keine Rolle mehr⁴. Was die Mannschaften nach den Vorgängen auf der Schilling-Reede am meisten bedrückte, war das Schicksal der verhafteten Kameraden. Bedenkt man, daß bei den sog. „Flottenunruhen“ von August 1917 die Gründung eines USPD Zirkels ausgereicht hatte, daß fünf junge Heizer - Männer zwischen 23 und 25 Jahren - zum Tode verurteilt wurden, konnte in den Augen der Mannschaften kein Zweifel bestehen, daß auf die jetzt Verhafteten ein Erschießungskommando wartete. Als die Justizbürokraten der Marine im Sommer 1917 jedes Fingerspitzengefühl vermissen lassend penibel die Buchstaben des militärischen Strafgesetzbuchs umsetzten, handelten sie formal richtig, psychologisch aber verheerend. Laut allen Augenzeugenschilderungen waren die Urteilsprüche des Sommers 1917 bei den Mannschaften wieder lebendig geworden und bildeten den Schlüssel zur Psyche der Mannschaften bis zum Ausbruch der Revolution in Kiel⁵. Das am meisten bedrohliche Anzeichen des kommenden Unglücks war folgendes: Wenn auf der Schilling-Reede die Heizer den Kern der Bewegung bildeten und andere Mannschaftsteile sich mehr oder weniger passiv verhalten hatten, so führte die Gefahr der Erschießungen und die Tatsache, daß bei den wahllos Verhafteten zahlreiche Nichtheizer vertreten waren, zu dem Meinungsumschwung auch bei den anderen Teilen der Mannschaften.

Als das Flottenkommando das III. Geschwader nach Kiel entsandt hatte, ist es ihm entfallen, daß die Kieler Garnison für die sichere Beherbergung des III. Geschwaders denkbar unvorbereitet war. Der Garnisonskommandant Admiral Souchon war zwar ein erfahrener kommandierender Seeoffizier gewesen, er war aber erst seit wenigen Tagen auf seinem Posten. Den ganzen Krieg hindurch hatte Souchon auf den Schiffen gedient und hatte erst als Oberkommandierender der türkischen Flotte im Schwarzen Meer, später als

¹ Spieß, J., *Sechs Jahre U-Bootfahrten*, S. 188f.

² Ebd.

³ Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland*, S. 17.

⁴ Vgl. Zeisler, K., *Die revolutionäre Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918*, in: Schreier, A. (Hrsg.), *Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*, Berlin 1957.

⁵ Vgl. das Gutachten des Matrosen Strumpf, *Untersuchungsausschuß*, 4. Reihe, Bd. 10.

Kommandeur des IV. Geschwaders der Hochseeflotte seinen Dienst getan. Von den Aufgaben des Gouverneurs einer Garnison hatte er nur wenig Ahnung und betrachtete sich ausschließlich als Hüter der Marineinteressen. Obwohl die Kommandantur bestens unterrichtet war, daß die Stimmung der Arbeiter in den Docks schon seit Wochen aufs äußerste gereizt war, erteilte er ohne weiteres dem Kommandeur des III. Geschwaders Konteradmiral von Kraft die Erlaubnis, in den Hafen einzulaufen. Kraft erbat und erhielt von Souchon nicht nur diese Erlaubnis, sondern auch die Genehmigung für die Mannschaften des III. Geschwaders „*einige Tage der Ruhe und des Urlaubs [zu erteilen]*“¹. Beide, der Gouverneur von Kiel Souchon und der Kommandeur des III. Geschwaders Kraft, hofften offensichtlich, daß die Mannschaften der Schiffe sich in der Stadt entspannen und von selbst beruhigen werden². Obwohl der Garnison von Kiel zur Erhaltung der Ordnung nur ziemlich unzuverlässige Reservisten der Marinelandtruppen - alles ältere für den Frontdienst untaugliche Jahrgänge - zur Verfügung standen, gestattete Souchon die Landungen der Schiffsmannschaften im Kieler Hafen. Diese Leichtsinngigkeit wurde dann zum Verhängnis. Mit diesen Landungen wurde insofern die Spannungen im Hafen vergrößert, als mit dem III. Geschwader auch Teile der auf der Schilling-Reede verhafteten Mannschaften eintrafen und im Gefängnis der Garnison untergebracht wurden³.

Da die Marineleitung zum Zeitpunkt der Ankunft des III. Geschwaders noch gehofft hatte, peinlichen Vorgänge auf der Schilling-Reede vertuschen zu können, fühlte auch Souchon sich nicht in der Lage, Informationen über die Vorgänge in der Marine weiterzuleiten. Benachbarte Generalkommandos der Landtruppen aus der Kieler Umgebung wurden von den Vorgängen in der Flotte mit keiner Silbe informiert, obwohl schon am ersten Tag nach dem Einlaufen des III. Geschwaders sichere Anzeichen für drohendes Unheil deutlich vernehmbar wurden. Schon am Freitag (1. November) erschienen Matrosenabordnungen der Linienschiffe bei ihren Offizieren und verlangten die Freilassung der verhafteten Kameraden. Diese Bitten wurden verweigert, allerdings dürften die Matrosen sich ohne weiteres zurückziehen. Am darauffolgenden Tag, Samstag (2. November) wurden die Anzeichen noch deutlicher. An diesem Tag versammelten sich ca. 250 Mannschaften der Linienschiffe im Kieler Gewerkschaftshaus und debattierten stundenlang, wie sie die Leitung der Militärgarnison bewegen konnten, die Verhafteten doch noch zu entlassen. Die Matrosen kamen auf dieser Versammlung zwar zu keinem klaren Entschluß, auf der Kundgebung im Gewerkschaftshaus haben aber bereits zahlreiche Arbeiter Kieler Docks und Reservisten sich den Marinelandtruppen der Garnison angeschlossen. Auch das Verhalten der gereizten Menschen wurde zunehmend radikaler: Laut Bericht der Marinestation an das Reichsmarineamt schloß diese Versammlung mit vereinzelt Ruf: „*Nieder mit den Lumpen, hoch die Bolschewiki*“⁴.

Im Prinzip waren der Stadtkommandant Souchon und der Kommandeur des III. Geschwaders Kraft zu diesem Zeitpunkt noch voll in der Lage, mit einem einzigen Schritt der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Kundgebungen des 1. und des 2. November verliefen noch friedlich und wären zweifelsohne zusammengebrochen, hätte der Stadtgouverneur die Freilassung der Verhafteten befohlen⁵. Statt dessen hielt Souchon mit Kraft in der Nacht zum 3. November eine Lagebesprechung ab, in der beschlossen wurde, den

¹ Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland*, S. 23.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Bericht der Marinestation an das Reichsmarineamt über die Situation in Kiel nach der Ankunft des III. Geschwaders, MGFA MA/StO, Nr. 1662, C. 46.

⁵ Ebd.

Forderungen der Matrosen gegenüber unnachgiebig zu verfahren¹. Beide gedachten, die Lage am nächsten Tag dadurch unter Kontrolle zu bekommen, als man Gefechtsbereitschaft ausrief und den Mannschaften befahl, auf den Schiffen bzw. in den Kasernen zu bleiben. Unlogischerweise drangen sich aber auch in dieser Frage beide Admiräle zu keinem energischen Entschluß durch. Erst erwogen sie, das Generalkommando des IX. Armeekorps in Altona um Zusendung zuverlässiger Landtruppen zu ersuchen, dann beschlossen sie vorerst doch auf die Hilfe der Landtruppen zu verzichten. Das Telegramm an den stellvertretenden Kommandeur des IX. A.K. General Falk wurde in dieser Nacht nicht abgeschickt². Die Vorstellung beider Admiräle, daß die Mannschaften, die sich am 1. und 2. November für die Freilassung ihrer Kameraden eingesetzt hatten, am 3. November zu ihren Einheiten zurückkehren werden, war naiv. Schließlich bestand eine akute Gefahr, auf den Linienschiffen sofort verhaftet zu werden.

Als am Sonntag (3. November) Matrosen ihre Diskussionen fortsetzen wollten, fanden sie das Gewerkschaftshaus verschlossen³. Weil die Stadt auch an diesem Tag in ihren Schlüsselposten noch nicht mit Militärsperren verriegelt worden war, versammelten die Protestierer sich am Exerzierplatz der Garnison. Diese Versammlung bestand bereits aus ca. 600 Menschen, darunter Dockarbeiter und zahlreiche Reservisten der Garnison. Selbst auf der am 3. November abgehaltenen Kundgebung verlangten die Matrosen nicht mehr als die Entlassung der verhafteten Kameraden. Allerdings war die Stimmung gereizter als an den beiden vorherigen Protesttagen. Laut V-Männern der Behörden gab es bereits Redner, die „*gewaltsame Beseitigung der Offiziere und zwar auf die Weise durch Kolbenschlag statt des aufseherregenden Erschießens*“⁴ forderten. Da sich der Matrosenkundgebung auch an diesem Tag zahlreiche Dockarbeiter und Reservisten der Militärgarnison angeschlossen haben, konnte die Kundgebung schon rein technisch betrachtet nur noch als Straßendemonstration enden. Als sich nach der Versammlung ein Demonstrationszug formierte und in Richtung Militärarresthaus zog, setzten die Matrosen trotz mancher aufrührerischer Reden noch vollkommen auf friedliche Mittel. Anders als in Petersburg, wo die Meuterei der Garnison von einem Mord an einem Kompaniechef ausgelöst wurde, war bei den Matrosenkundgebungen dieses Tages laut Augenzeugenberichten „*von irgendwelchen typischen revolutionären Ausbrüchen keine Spur zu merken [gewesen]*“⁵. „*Fahnen und dergleichen waren im Zuge, der übrigens vollkommen unbewaffnet war, nicht zu sehen, als ich ihn vorüberziehen sah in der Richtung nach der Arrestanstalt*“, berichtet ein Offizier, und fügte hinzu, „*Es herrschte auch verhältnismäßige Ruhe in dem Zuge, hin und wieder ein paar Takte Singen*“⁶.

In dieser Atmosphäre ereignete sich ein folgenschwerer Vorfall, als an einer Straßenkreuzung von Kiel der Demonstrationszug von einer Kompanie Marinelandtruppenreservisten mit einem unerfahrenen Reserveleutnant Steinhäuser an der Spitze gestellt wurde. Steinhäuser stellte den Demonstranten ein Ultimatum auseinanderzugehen, und als der Demonstrationszug ihn nicht befolgte, ließ er feuern. Obwohl seine Kompanie aus militärisch unerfahrenen Reservisten gebildet war, befolgte sie den Befehl. Laut Angaben der „*Kieler Zeitung*“ blieben nach diesem Zwischenfall 9 Tote und 29 zu teil Schwerverletzte zurück⁷. Der

¹ Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland*, S. 25f.

² Ebd.

³ Vgl. Bericht der Marinestation an das Reichsmarineamt über die Situation in Kiel nach der Ankunft des III. Geschwaders, MGFA MA/StO, Nr. 1662, C. 46.

⁴ Ebd.

⁵ **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S. 215.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. **Kieler Zeitung** vom 4.11.1918., S. 1.

Demonstrationszug stob auseinander, allerdings nicht bevor sich ein zweiter schwerwiegender Vorfall ereignen konnte: Ein bewaffneter Matrose stürzte vor und schoß den Leutnant in die Brust¹.

Laut zugänglichen Quellen zog die militärische Stadtleitung Kiels aus den Vorgängen des 3. November vollkommen falsche Schlußfolgerungen. Am Abend dieses Tages herrschte im Stab Souchons die Überzeugung, daß der Höhepunkt der Protestbewegung bereits überschritten war und daß es in Kiel allmählich zu einer Beruhigung kommen werde. An diesem Abend hatte die Flottenleitung Richtlinien für die Offiziere der Flotte geschrieben und beschloß, sie am nächsten Tag, den 4. November zu verkünden. Diese Richtlinien sind ein bemerkenswertes Dokument. Obwohl diese Richtlinien mit der Feststellung beginnen, „*auffällig ist, daß bei den Unruhen an keiner Stelle bisher Sabotage oder Angriffe auf Vorgesetzte vorgekommen sind*“, kamen sie zum Ergebnis nicht nur, daß „*hinter Bewegung die bolschewistische Richtung [steckt]*“, sondern auch, daß „*die Bewegung... von außenstehenden Seite [komme]*“². Diese Formulierungen entbehrten jeglicher Grundlage. Wenn am Abend des 3. November eine Parallele zwischen der Ereignissen in Kiel und den Vorgängen in Petersburg im Februar 1917 bestand, so vor allem die, daß Admiral Souchon die Vorgänge nach außen genauso zu vertuschen versucht hatte, wie seine Petersburger Kollegen Chabalov und Bjeljajev. Die Leitung des benachbarten Generalkommandos des IX. A.K. in Altona fiel aus allen Wolken, als sie erst am 3. November, dem Tag des ersten blutigen Zusammenstoßes und zwei Tage seit der Ankunft des III. Geschwaders in Kiel, von Admiral Souchon ca. gegen 19 Uhr angerufen wurde. Ohne irgendwelche detaillierte Angaben über die Lage in Kiel zu erteilen, erbat Souchon das Generalkommando des IX. A.K. in diesem Gespräch um Truppenverstärkungen. In wenigen Stunden rief er nochmals an und erklärte, daß der Demonstrationszug gesprengt wurde und Kiel keine Hilfe von Altona mehr benötige³. Laut Max von Baden erhielten am 3. November weder er noch die Reichsregierung irgendwelche detaillierte Berichte von den Ereignissen in der Flotte⁴.

Die Hoffnungen der Kieler Militärbehörden, daß mit dem Auseinandergehen der Matrosendemonstration am 3. November die Protestbewegung in der Flotte ihren Höhepunkt überschritten hatte, haben sich nicht erfüllt. Laut Augenzeugenberichten herrschte auf den Straßen von Kiel am Montag, dem 4. November vormittags Stille. Dennoch erhielt der Stab Souchons im Laufe des Vormittags Meldungen, daß die Matrosen unmißverständliche Vorbereitungen trafen, die Protestkundgebungen auszudehnen. Die an den Protesten beteiligten Mannschaften waren in der Nacht nicht in ihre Linienschiffe zurückgekehrt. Sie begannen sich zu bewaffnen und, was noch schwerer wog, sie trafen bereits Vorkehrungen, um einen Soldatenrat nach russischem Muster zu wählen. Laut der von der Untersuchungskommission gewonnenen Erkenntnisse, reichten diese Informationen aus, daß der Gouverneur der Stadt Kiel Admiral Souchon noch vor dem Ausbruch der Unruhen am 4. November innerlich resigniert hatte. Schon gegen Mittag des 4. November ereignete sich bereits ein Vorfall, der augenscheinlich beweist, daß Souchon und sein Stab sich noch vor der eigentlichen Schlacht geschlagen gaben. Gegen Mittag verabredete Souchon mit Admiral Kraft, das III. Geschwader aus dem Hafen

¹ Ebd.

² Text des Dokuments in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S. 206-207.

³ **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 27-29.

⁴ Offiziell wurde die Regierung über die Vorgänge bei der Marine vom Staatssekretär Wanschaffé erst in der Kabinettsitzung vom 4. November unterrichtet, vgl. **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 572f. **Noske, G.**, *Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1920, **Haußmann, C.**, *Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen*, Frankfurt am Main 1924, S. 265f.

auslaufen zu lassen, aber es wurde kein Versuch unternommen, Mannschaftsmitglieder, die vor dem Auslaufen massenhaft an Land gingen, daran zu hindern¹. Ebenfalls gegen Mittag ereignete sich ein weiterer bezeichnender Vorfall. Auf Souchons Initiative hin wurden die Verhandlungen mit dem IX. A.K. in Altona über die Entsendung der Infanteriereservisten nach Kiel wiederaufgenommen. Als aber das dortige Generalkommando Vollmachten über die Kieler Garnison verlangte, lehnte Souchon den Vorschlag ab und zwar mit der Begründung, daß die Marine eine autonome Waffengattung sei. Unter diesen Bedingungen weigerte sich das Generalkommando, Truppen nach Kiel zu entsenden. Admiral Souchon erhob dagegen keinen Einspruch². Die ungünstigen Meldungen von der Lage in Kiel und die Erkenntnis, daß die Protestbewegung keinesfalls zerschlagen war, haben im Souchons Stab am 4. November zur kardinalen Umorientierung geführt. Ohne auch nur zu versuchen zu kämpfen, schwenkte der Militärgouverneur um und beschloß, den Widerstand einzustellen. Gegen 14 Uhr des 4. November erklärte sich Souchons Stab einverstanden, mit den Vertretern der demonstrierenden Matrosen über die Bedingungen zu verhandeln. Dies geschah zu dem Zeitpunkt, als die aufrührerischen Teile der Mannschaften damit beschäftigt waren, die Wahlen zu einem Soldatenrat zu organisieren aber noch keine einzige Aktion gegen die militärische Leitung der Stadt auf die Beine gestellt hatten. Laut Augenzeugenberichten war es nämlich diese Kunde, daß die Straßen Kiels in einem Augenblick verändert hatte. Der Bewegung schlossen sich massenhaft zögernde Mannschaften an, Menschen bewaffneten sich und zogen in Gruppen durch die Kasernen der Garnison um ihre Belegschaft zum Anschluß zu bewegen. Die schwerwiegendste Konsequenz dieser Verhandlungsbereitschaft war die Wahl des Soldatenrats mit einem gewissen Matrosen Arelt an der Spitze und die Überzeugung der noch schwankenden Mannschaften, daß diese Wahl mit Billigung der Behörden erfolgte. Dieser Eindruck wurde dadurch verstärkt, daß im Laufe des Mittags Arelt in Souchons Stab erschien und dort empfangen wurde. Erst an diesem Tag, fünf Tage nach den Vorgängen auf der Schilling-Reede und drei Tage nach dem eigentlichen Beginn der Kieler Unruhen, erstattete der Staatssekretär für Marineangelegenheiten Admiral Ritter v. Mann auf der Sitzung des Kriegskabinetts in Berlin einen Bericht über die wahren Vorgänge bei der Flotte³. Die Regierung Max von Baden wurde darüber unterrichtet, daß die Lage in Kiel und auf den Linienschiffen völlig außer Kontrolle geraten war und die Regierung sofort Schritte zur Eindämmung einleiten müsse^{4*}.

Die Einleitung der Verhandlungen mit den aufsässigen Matrosen bedeutete die Kapitulation der Flottenleitung, denn diese Verhandlungen verliefen bereits rein äußerlich wie eine bedingungslose Übergabe. Die Führung des Soldatenrates erschien auf einem mit roten Fahnen geschmückten requirierten Auto und wurde dort vom Kieler Gouverneur „zum runden Tisch“⁵ geladen. Hinter diesem Tisch unterbreitete der Vorsitzende des Soldatenrates, Obermatrose Arelt Admiral Souchon seine Bedingungen. Diese Bedingungen wurden von der Flottenleitung alle ohne Ausnahme angenommen. Wie es hieß, nahmen die Offiziere Forderungen der

¹ Ebd.

² **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 29f.

³ Protokollarische Text, **DZA Potsdam**, Akten der Reichskanzlei, 2462/1.

⁴ Laut Ritter v. Mann wurde der Reichskanzler vom gescheiterten Flottenvorstoß schon am 1. November unterrichtet. Da Max von Baden dieses Zusammentreffen in seinen Erinnerungen nicht erwähnt, andererseits behauptet von den Unruhen erst am 4. November grundlegende Erkenntnisse gewonnen zu haben, ist es anzunehmen, daß die Leitung der Marine offensichtlich bestrebt war, die Meuterei in der Flotte zu verschleiern, **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 2, S. 506, **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 574f., *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 1349, Fn. 3.

⁵ **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 30f.

Matrosen „schweigend“ entgegen und stellten keinerlei Bedingungen¹. Daß die Matrosenbewegung auch am 4. November keine politischen Ambitionen hegten, beweisen am besten die von Arelt im Namen des Soldatenrats überreichten Bedingungen. Wer in der Leitung Kieler Garnison mit radikal-sozialistischen Forderungen gerechnet hatte, wurde insofern widerlegt, als die Forderungen der Matrosen keinen einzigen politischen Punkt enthielten. Aus diesem 14 Punkteprogramm ging hervor, daß die Matrosen als wichtigste Forderung die Freilassung der inhaftierten Kameraden und Amnestie für sich verlangt hatten². Laut Rosenberg waren die Forderungen aufrührerischer Matrosen in diesen Tagen nichts mehr, als „*ein rührender Ausdruck... [der] politischen Naivität und Unerfahrenheit deutscher Volksmassen*“³.

Dieser These des Revolutionshistorikers kann man aber nur begrenzt zustimmen: Bereits während der Verhandlungen mit Admiral Souchon am 4. November haben die aufrührerischen Matrosen schon Tendenzen offenbart, die an die Grundlagen des militärischen Organismus nicht weniger rüttelten als die Forderungen des Petersburger Sowjets in den Tagen der Soldatenmeuterei. Bereits in ihrem 14-Punkteprogramm waren unter den Punkten 2, 4, 10, 11, 12, 13 und 14 Forderungen gestellt, die eine Synthese zwischen Bestimmungen des russischen „Befehls Nr. 1“ und der „Deklaration der Soldatenrechte“ darstellten. Darin forderte der Kieler Soldatenrat nicht nur die Dienstbedingungen zu erleichtern, sondern auch alle bürgerliche Freiheiten eines Zivilisten in der dienstfreien Zeit. Der Vorgesetztenstatus der Offiziere sollte in der dienstfreien Zeit wegfallen. Die Offiziere mußten sich ferner verpflichten, keine Befehle ohne Zustimmung des Soldatenrates auszugeben. Die Angehörigen des Soldatenrates verlangten außerdem die sofortige Entlassung aller Offiziere und zwar „*ohne Anspruch auf Versorgung*“, sobald sie sich der Einführung des Rätessystems in der Flotte widersetzen. Nicht unähnlich ihren Kollegen im Petersburger Sowjet reklamierte der Soldatenrat von Kiel für sich volle Befreiung „*von jeglichem Dienst*“⁴.

Die wichtigste Errungenschaft der aufrührerischen Mannschaften bestand aber in der Zusage Souchons regierungstreue Truppen zurückzuziehen⁵. Diese Zusage war am 4. November für den weiteren Verlauf Kieler Ereignisse von maßgebender Bedeutung. Es hatte sich herausgestellt, daß das IX. A.K. auf eigene Faust Truppen zur Unterdrückung der Unruhen nach Kiel entsandt hatte. Sobald diese Truppen Kiel erreicht hatten, erhielten sie einen Befehl der Kieler Militärverwaltung, keine Maßnahmen gegen die Matrosenbewegung zu unternehmen. Teile dieser Einheiten wurden deshalb von den Matrosen überredet sich anzuschließen. Die treugebliebenen Truppen unter dem Kommando des Hauptmanns Trowitz verließen die Stadt, ohne ein Versuch unternommen zu haben, die Ordnung wiederherzustellen. Nach den geschilderten Verhandlungen mit dem Soldatenrat, stellten Souchon und sein Stab ihre Tätigkeit ein und überließen die Ereignisse endgültig ihrem Gang⁶.

Laut Unterlagen der Untersuchungskommission hatte gerade diese Verhaltensweise Kieler Militärbehörden für Entscheidung im Machtkampf gesorgt: „*Da brachen die Dämme... kampflös und von den höchsten Seeoffizieren zugestanden... Im Augenblick darauf waren die Straßen von Kiels schwarz von den Besatzungen der Schiffe, die jetzt überall - nicht nur auf den großen Schiffen, sondern auch an den [bisher treuen] Torpedobooten und U-Booten!- alles stehen und liegen ließen und so, wie sie waren, vielfach in*

¹ Ebd.

² Text des 14 Punkteprogramms, Ritter, G. A., Miller, S. (Hrsg.), *Die deutsche Revolution*, S. 47.

³ Rosenberg, A., *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 251.

⁴ Ritter, G. A., Miller, S. (Hrsg.), *Die deutsche Revolution*, S. 47.

⁵ Punkte 7 und 8 des 14-Punkteprogramms, Ebd.

⁶ Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland*, S. 32.

Arbeitszeug... in die Stadt strömten. Jeder fühlte: Jetzt ist es Schluß. Warum, wie und weshalb wußten keine drei von hundert. Das ganze war ein instinktmäßiges Erfassen und rauschartiges Ausnützen einer nie für möglich gehaltenen Situation: Sie, die Seeoffiziere haben ihre Macht niedergelegt, also sind wir aller Bande ledig, aus ist es... Nirgends eine Spur von Vorbereitung und Organisation; die ganze Bewegung ein einziger wirrer Haufen“¹. Die Matrosen formierten sich zu Demonstrationenzügen, gingen zur Arrestanstalt und befreiten die Gefangenen. Andere Gruppen besetzten öffentliche und militärische Schlüsselgebäude der Stadt. Da nirgendwo Widerstand geleistet wurde, befand sich die ganze Stadt am Abend des 4. November in der Hand der Matrosen und Marinesoldaten des Kieler Soldatenrates. Zwei charakteristische Details dieser diffusen Bewegung verdienen jedoch mit Nachdruck festgehalten werden: Erstens erfolgte die Befreiung der Gefangenen nach „Listen“. Anders als etwa in Petersburg wurden die für kriminelle Delikte verurteilten in Haft belassen. Zweitens erfolgte die Stadtübernahme überall ohne die geringsten Anzeichen von Widerstand seitens der Offizierskorps. Als z. B. sechs Marinematrosen des Kieler Rats vor dem Gebäude des Reichsmarineamtes erschienen und seine Übergabe verlangten, ergaben sich dort befindlichen einige hundert Marineoffiziere samt dem gesamten Personal - alle bis an die Zähne bewaffnet - sofort².

Die Verhaltensweise der Flottenleitung während der Marineunruhen haben hinterher in Deutschland für große Empörung gesorgt: Sobald Souchon vor dem Soldatenrat kapituliert hatte, kapitulierte auch das gesamte Korps der Seeoffiziere und versuchte nicht einmal ansatzweise Einfluß auf die Mannschaften zu gewinnen. Als am nächsten Tag, dem 5. November auf den in der Kieler Bucht stehenden Schiffen Mannschaften damit begannen, rote Fahnen zu hissen, stießen sie nur auf zwei Schiffen auf Widerstand. Die Besatzung der „Schlesien“ verweigerte dem Soldatenrat jegliche Zusammenarbeit und verließ den Hafen. Auf dem zweiten Schiff, der „König“ weigerte sich der Schiffskapitän Weniger, die Rote Flagge zu hissen. Dieser Widerstand wurde übrigens erst gebrochen, als das Schiff vom Ufer her beschossen und der Kapitän mit seinem 1. Offizier tödlich verwundet wurden³. Im Übrigen verhielten sich die Schiffskommandeure in ihrer Masse nicht besonders pflichtbewußt. Im Untersuchungsausschuß ist ein Vorfall als Beispiel herangezogen worden, der, obwohl er sich in Wilhelmshaven ereignete, für das Verhalten des gesamten Seeoffizierskorps der Marine durchaus typisch war. Als eine Matrosendemonstration vor dem in der Werft stehendem Schlachtenkreuzer „Hindenburg“ erschien, rief der Schiffskommandant Weber die Schiffsbesatzung zusammen und erklärte ihr: *„Sie kommen nun bald; wenn sie kommen, so können wir [die Offiziere des Schiffes] sie [die Besatzung] nicht mehr halten“*⁴. Laut einem Gutachter der Untersuchungskommission geschah dann folgendes: *„Als der [Demonstrations]zug dagewesen, von der ganzen Besatzung aber keiner, trotz dringendster Aufforderung aus dem Zuge mitzutun, mitgegangen war, da ließ dieser 1. Offizier die Besatzung noch einmal zusammentreten und sagte zu ihr: „Wir wollen doch lieber eine Abordnung hinschicken, sonst haben wir schließlich noch Unannehmlichkeiten“*⁵.

Diese Vorgänge in der Flotte haben dazu geführt, daß selbst solch konservative Kieler Organisationen wie die rechtsstehende Burschenschaft „Derandinia“, in ihrer Zeitung die Schuld an den Unruhen mehr bei der Flottenleitung als bei den aufrührerischen Matrosen suchte. *„Wie es kam, daß gerade die Marine, das verhätschelte Schoßkind des Kaisers, den erste Streich gegen ihn führte?“*, hieß es in einem ihrer Artikel, in dem

¹ **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S. 215f.

² **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S. 216.

³ **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 35.

⁴ **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 10, S. 216.

⁵ Ebd.

berichtet wurde, daß der zweitwichtigste deutsche Marinemann, Prinz Heinrich von Preußen schon am 5. November „mit rotem Bändchen am Arm und roter Fahne am Kraftwagen“ aus der Stadt geflüchtet war¹. In diesem Akt des Vertreters des Hohenzollernhauses lag nicht nur viel Symbolisches: Laut Gutachter der Untersuchungskommission Alboldt war die Flottenleitung von den Auswirkungen ihres Vorstoßes so erschrocken gewesen, daß sie spätestens seit den Kieler Ereignissen auch nicht im entferntesten dachte, für die bestehende Verfassungsordnung in Deutschland zu kämpfen². Wenn man den oben zitierten Flottenbefehl 9900 vom 4. November als Beispiel heranzieht, so muß festgestellt werden, daß dieses Dokument den ersten grundlegenden Schnitt in der deutschen Militärgeschichte des Weltkrieges markierte. Der einen Tag vor dem Kieler Umsturz, vier Tage vor Ausbruch der Revolution in Berlin, fünf Tage vor Abdankung Wilhelms II. geschriebene Flottenbefehl 9900 erwähnte die Existenz des „Obersten Kriegsherrn“ mit keiner Silbe mehr. Laut diesem Flottenbefehl war der Admiralität „gerade jetzt, wo [das] Vaterland sich neu formt“ am meisten daran gelegen, daß auch die Flotte „in diese neuen Formen hineinwachse“³. Im Prinzip nahm die kaiserliche Marine nicht im Hinblick auf die kommende revolutionäre Umwälzung die Vorreiterrolle ein: Der Flottenbefehl 9900 sanktionierte nicht nur eine mögliche Ausrufung der Republik in Deutschland, sondern nahm in einem gewissen Sinne die Abdankung des Kaisers in Kauf⁴. Eine Bezugnahme auf den Kaiser ist in den Dokumenten der deutschen Flotte nie wieder aufgetaucht.

Kap. 10. Ausbreitung der Meuterei in Deutschland und Maßnahmen der Militärbehörden

Daß seit der Kapitulation der Kieler Militärbehörden Massenunruhen in andere Städte Deutschlands überspringen würden, zeigte sich bereits Stunden nach der Kapitulation Souchons. Wie aus den zeitgenössischen Quellen hervorgeht, wußten die siegreiche Kieler Matrosen keinesfalls, wie sie mit der errungenen Macht umgehen sollten. Auch von der Reichsregierung konnte das in Kiel Vorgefallene durchaus unterschiedlich bewertet werden. Sollte die Reichsregierung die Seite der geschlagenen Flottenleitung einnehmen, konnte die Protestbewegung der Matrosen nur als eine Meuterei gewertet werden. Und zwar eine Meuterei, die militärische Widerstandskraft Deutschlands untergrub. Andererseits sollte die Regierung die Berechtigung der Matrosenforderungen auch nur zum Teil anerkennen, so befand sich dann die Flottenleitung in einer zwielfichtigen Situation. Als die aufrührerischen Mannschaften noch Mittags am 4. November erfuhren, daß die Regierung zwei Reichstagsabgeordnete nach Kiel entsandt hatte, um die Vorgänge in der Flotte zu untersuchen, begrüßten sie diese Entwicklung stürmisch⁵. Ähnliche Präzedenzfälle hatte es bei den deutschen Streitkräften noch nie gegeben. Dies konnte nur bedeuten, daß die Regierung auf Verhandlungen mit den Matrosen setzte. Es bedeutete in ihren Augen gleichzeitig aber auch, daß die Protestaktionen auf der Schilling-Reede und in Kiel keinesfalls als eine schlichte Meuterei gewertet wurden. Als am Abend des 4. November in Kiel beide

¹ Birk, in: *Derandigia*, 18.12.1918, S. 2f.

² *Untersuchungsausschuß*, 4. Reihe, Bd. 10, S. 212f.

³ Flottenbefehl G. 9900, *Untersuchungsausschuß*, 4. Reihe, Bd. 10, S. 206.

⁴ Ebd.

⁵ Noske, G., *Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1920, *Haußmann, C.*, *Schlaglichter*, S. 265f.

Reichstagsabgeordneten eintrafen, wurden sie begeistert aufgenommen und Noske sofort zum „Gouverneur“ der Stadt gewählt¹.

Dieses Verhalten der aufrührerischen Matrosen wurde später in dem Sinne ausgelegt, daß die Mannschaften zwar gegen die Obrigkeit meuterten, aber nicht gegen die Regierung rebellierten, sondern für sie². Diese Sicht ist aber in vielem trügerisch: Trotz aller Loyalitätsbekundungen der Regierung gegenüber hatte der Kieler Soldatenrat seine eigene Zukunftsvorstellungen. Die Matrosen wußten instinktiv: Solange ihr Sieg nur auf Kiel beschränkt blieb, saßen sie in der Falle und konnten ihre Positionen auf längere Sicht kaum behaupten. Entschlossen, dies zu vermeiden, schickten sie bereits am 4. November Schiffe nach Lübeck und Brunsbüttel, um auch die dortigen Mannschaften zu überreden, sich anzuschließen. Der Erfolg in beiden Städten überstieg dabei alle kühnsten Erwartungen. Als am 5. November Schiffe aus Kiel in Lübeck eintrafen, kapitulierten die dortigen Marinebehörden ohne jeglichen Widerstand³. Ähnlich spielten sich die Ereignisse auch in Brunsbüttel ab, wo seit den Vorgängen auf der Schilling-Reede ein Geschwader der Hochseeflotte stationiert war. Auch hier gab es keinen Widerstand. Schon am 5. November befanden sich alle wichtigsten Stützpunkte der Marine in Schleswig und Holstein in den Händen der aufrührerischen Mannschaften⁴. Von ihrem Erfolg überwältigt, beschlossen die Mannschaften ihre Bewegung ins Landesinnere zu tragen. Von einer leitenden Funktion des Kieler Soldatenrates kann dabei nicht die Rede sein: Die ganze Bewegung, die sich jetzt in den Gang setzte, war eine spontane Bewegung gewesen. Laut einem zeitgenössischen deutschen Militärhistoriker war es vor allem ein einfacher Erhaltungstrieb, der die aufrührerischen Teile der Marinemannschaften zwang zu expandieren: „*Ohne große Verabredungen, halb instinktiv und aus dem innersten Drang der Selbsterhaltung, stürzten sie auf die Schiffe, setzten sich in die Züge und auf Autos und [breiteten sich] in Schwärmen aus*“⁵.

Es scheint, daß die aufrührerischen Matrosen die Kampffähigkeit der Reservisten in den umliegenden Generalkommandos von vorn herein nicht besonders hoch einschätzten. Die Generalkommandos waren zusammengestellt aus den kampfunwilligen alten Jahrgängen, sowie aus Personen, die in früheren Jahren ausgemustert worden waren. Ähnlich wie in Rußland bildeten sie insofern eine gefährliche Mischung, als sie extrem kriegsmüde waren und sich weder durch Disziplin, noch durch große Kampfkraft auszeichneten. Im Prinzip standen den deutschen Generalkommandos für den Heimatdienst in diesem fünften Kriegsjahr nur Mannschaften zur Verfügung, die für den aktiven Einsatz an der Front für zu schlecht befunden wurden. Nicht viel besser sah es aus auch in Hinblick auf die Offiziere der Generalkommandos. Die Generalkommandos waren größtenteils mit Offizieren besetzt, die entweder aus der Reserve stammten, oder aus dem Ruhestand zurückgerufen worden waren oder auch aus Militärs, den die OHL nicht gewagt hatte die Führung größerer Fronteinheiten anzuvertrauen^{6*}. Gerade darauf zielte die Taktik aufrührerischer Mannschaften der Marine, als

¹ Ebd.

² **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 258f.

³ Schilderung des Umsturzes in Wilhelmshaven aus der Sicht der Matrosen, **Untersuchungsausschuß**,

4. Reihe, Bd. 10, S. 303f.

⁴ Ebd.

⁵ **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 37.

⁶ Laut dem „*Verzeichnis der stellvertretenden kommandierenden Generäle und Chefs der stellvertretenden Generalkommandos im Deutschen Reich*“ waren bereits 1914 von insgesamt 50 stellvertretenden kommandierenden Generälen 22% in einem Alter zwischen 55 und 59 Jahre, 46% zwischen 60-64 Jahre 26% zwischen 65 und 69 Jahre und 6% sogar über 70 Jahre alt gewesen. Die überwiegende Mehrzahl von ihnen waren schon vor dem Krieg „zur Disposition“ gestellt, bzw. verabschiedet worden. Die Generäle die den jüngeren

sie sich zerstreuten und in mehreren kleinen Gruppen aus Kiel ins Landesinnere zogen. Das taten sie dann mit einem Erfolg, den sie selbst nicht für möglich gehalten hätten.

Überall wohin die Matrosen kamen, schlossen sich ihnen die Reservisten der Garnisonen und Arbeiter der Industrieanlagen an, als ob sie auf sie gewartet hätten. Schon in der Nacht auf 6. November traf ein Zug voller Marineangehöriger in Hamburg ein und zerstreute sich in der Stadt, bevor Militärbehörden auch nur versucht hatten sie zu verhaften. Am 6. November tauchten in Hamburg überall die roten Fahnen auf, die auf den Weg zum Dienst überraschten Offiziere wurden entwaffnet. Teile der Garnison schlossen sich den Matrosen an und begannen mit der Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten. Am selben Tag erreichten Gruppen Marineangehöriger Bremen, Wilhelmshaven und den Sitz des an Kiel angrenzenden IX. Generalkommandos in Altona. In Wilhelmshaven hatten die Matrosen leichtes Spiel. Dort stationierte Schiffsbesatzungen waren aufgrund der Funkverbindung von den Kieler Vorgängen bereits informiert und die Mannschaften befanden sich seit Tagen in großer Aufregung. Admiral Hipper hatte zwar während der Kieler Ereignisse den Befehl herausgegeben, daß alle unter der roten Fahne fahrenden Schiffe ohne Warnung torpediert werden sollten¹. Als am 6. November einige hundert Matrosen mit Autos und Zügen in die Stadt eindrangen, befahl derselbe Admiral Hipper den Widerstand einzustellen². Am Abend desselben Tages befand sich Wilhelmshaven bereits in den Händen des Soldatenrates der Stadt. In Bremen und Altona spielen sich Szenen ab, die stark an die Vorgänge der Februarrevolution erinnerten. Sobald die Reservetruppen auf die Meuterer trafen, erwiesen sie sich als einsatzunfähig. Die Mitglieder der Straßensperren verbrüdereten sich mit den Demonstranten und entmachteten ihre Offiziere. Die Mehrheit der Garnison blieb in den Kasernen und erklärte sich für „neutral“, was soviel bedeutete, daß sie die Gefolgschaft verweigerten. Genau nach diesem Muster vollzog sich der Zusammenbruch des X. Generalkommandos in Hannover am 7. November. Dort haben ca. 200 Marineinfanteristen genügt, daß die Stadtgarnison die Gefolgschaft verweigerte. Der Kommandeur des Generalkommandos General Haenisch wurde auf dem Waterlooplatz von den aufrührerischen Mannschaften verprügelt und mußte mit seinem Stabschef a. D. General Rogowski aus der Stadt fliehen³.

Die Meuterei pflanzte sich wie ein Waldbrand fort. Überall geschah wie auf stillschweigende Verabredung hin im großem und ganzen dasselbe: Teile der Garnisonsmannschaften initiierten die Wahl von Soldatenräten und gingen auf die Straßen. Die Mehrheit der Garnison erklärte die „Neutralität“, worauf die Militärbehörden kapitulierten. Anschließend folgten die Wahlen von Arbeiterräten und Straßendemonstrationen mit massenhafter Beteiligung der Zivilbevölkerung. Das äußerste Bild dieser Kundgebungen war ebenfalls ähnlich: Überall auf den Straßen Umzüge und Verbrüderungsszenen zwischen Blaujacken, Reservisten und der Zivilbevölkerung. Überall wurden als erstes Gefängnisse besetzt und die politischen Gefangenen befreit. Überall anerkannten die stellvertretenden Generalkommandos und die Beamtenschaft die Existenz der Soldatenräte. Sehr oft besetzten aufrührerische Teile der Garnisonen Rathäuser und Redaktionen von Zeitungen. Widerstand, Gewalt und Blutvergießen gab es in den ersten Revolutionstagen nur wenig. Allerdings zeigte die ganze Bewegung schon von Beginn an Züge, die vor allem gegen den Krieg und das Offizierskorps ausgerichtet waren. Offiziere, deren man in aufrührerischen Garnisonen habhaft wurde, wurden in der Regel sofort

Jahrgängen angehörten, dienten in den Generalkommandos, weil ihre Vorgesetzten sie nicht für Fronttauglich hielten, **HStA Stuttgart**, XIII. AK, Abt. II d., Bd. 63.

¹ Vgl. *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 1/2, S. 1372.

² Ebd.

³ **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 38.

entwaffnet, und man riß ihnen die militärischen Abzeichen von den Uniformen ab. Das charakteristische Gefühl der ersten Revolutionstage in vielen Garnisonen Deutschlands war die Verblüffung: Verblüffung der Behörden über die Schnelligkeit, mit der die Bewegung sich ausbreitete, Verblüffung der Revolutionäre über die Möglichkeit, spielerisch die regierenden Gewalten zu stürzen. In nur drei Tagen seit der Kapitulation des Kieler Gouverneurs, vom 4. bis zum 7. November waren die Militärbehörden in allen wichtigen Garnisonen Nord- und Nordwestdeutschlands zusammengebrochen. Laut militärischen Quellen war dieser Zusammenbruch der Militärgewalt insofern bedrohlich, als im gesamten Gebiet zwischen Kiel und Hannover nur ein einziger kommandierender General, der Kommandeur des Generalkommandos in Hannover Haenisch versucht hatte, Widerstand zu organisieren¹. Der damalige stellvertretende Chef des Generalstabes des Heimatheeres und vor dem Krieg einer der renommiertesten deutschen Militärtheoretiker, der General der Infanterie Freitagh-Loringhoven, hatte für diese Entwicklung keine andere Erklärung, als die Feststellung, „daß die [milizmäßige] Massenheere auch für Massensuggestionen besonders anfällig seien“².

Nachdem die Massenunruhen bis zum 7. November bereits Hannover erfaßt hatten, befand sich die OHL in einer äußerst schwierigen Situation. Aufgrund der allgemeinen Erschöpfung der Westfront verfügte sie nur über wenige einsatzfähige Reserven, aber auch der Einsatz dieser Reserven hunderte Kilometer von ihren Dislozierungsorten stellte die OHL vor beinahe unlösbaren Problemen. Aus den Erfahrungen der russischen Revolution wissen wir, daß der Transport von Fronttruppen quer durch das von den Unruhen erfaßte eigene Gebiet ihre Loyalität auf eine harte Probe stellte. Laut russischen Schilderungen waren die Versuchungen für die Frontkämpfer, sich mit meuternden Reservisten zu fraternisieren insofern noch größer, als die Militäreinheiten der Epoche des 1. Weltkrieges extrem unbeweglich waren. Sie konnten schon rein technisch gesehen ihre Einsatzorte erst nach mehreren Tagen erreichen. Sie wurden in mehreren Zügen vom Stab der Einheit und von den Mitkämpfern getrennt transportiert, ohne informiert zu sein, was eigentlich vor sich ging³. Um nur ein einziges Regiment in das Landesinnere zu befördern, benötigte man darüber hinaus mehrere Züge und mehrere Zwischenstopps auf den unsicheren Bahnhöfen, auf denen die Kämpfe äußeren Einflüssen ausgesetzt waren⁴. Daß dies auch in Deutschland der Fall war, kann man am Beispiel der 2. Gardedivision sehen, die von der OHL zuerst zur Unterdrückung der Unruhen in der Heimat vorgesehen war. Laut dem Bericht des damaligen Divisionskommandeurs General Friedeburg mußte seine Division auf verschiedenen Bahnhöfen verladen werden und konnte erst nach mehreren Tagen Fahrt die Zielgebiete erreichen⁵. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Transportzügen betragen oft zwischen 24 und 36 Stunden. In der Zeit, als die ersten Transporte in Norddeutschland eintrafen, befand sich die Masse der Soldaten noch „auf den Verladebahnhöfen, und [wartete] teils im Regen, bei Dunkelheit, unter andauernden Fliegerbedrohung auf die Abfahrt“⁶.

Die Aufgabe, innerdeutsche Garnisonen in Ordnung zu halten oblag eigentlich den Generalkommandos und ihrem zentralen Stab in Berlin mit dem sog. „Oberkommandierenden in den Marken“ an der Spitze.

¹ Görlitz, W., *Der deutsche Generalstab*, S.286.

² Ebd. Zu Freitagh-Loringhoven vgl. **Freitagh-Loringhoven, H., von**, *Generalfeldmarschall Graf v. Schlieffen und die Verwaltung seines geistigen Erbes im Weltkrieg*, Leipzig 1920 und **Freitagh-Loringhoven, H., von**, *Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah*, Berlin 1923.

³ Melgunov, S., *Martovskije dni 1917 goda*, S. 93-105.

⁴ Ebd.

⁵ Friedeburgs Bericht „Die zweite Gardedivision am 9. November“ ist abgedruckt bei **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 425f.

⁶ Ebd.

Wenigstens an dieser Stelle war der Posten mit einem kriegserfahrenen General besetzt, dem Generaloberst Aleksander von Linsingen. Linsingen hatte während des Krieges an verschiedenen Abschnitten der Ostfront gedient und kommandierte im Sommer 1916 eine österreichische Heeresgruppe. Obwohl seine Heeresgruppe während der Brusilovoffensive von den Russen in der Gegend von Lutzk vernichtend geschlagen wurde, traf Linsingen damals nur insofern die Schuld, als er die Vorbereitungen des Gegners vollkommen verschlafen hatte¹. Da Linsingen sich ansonsten an der Ostfront gut bewährt hatte, hielt Ludendorff ihn für einen fähigen Militär und vertraute ihm im Frühjahr 1918 den Posten des „Oberkommandierenden in den Marken“ an. Bezeichnenderweise bekam Linsingen als Stabschef einen ausgemusterten Oberst a. D.². In seinen Aufzeichnungen erklärte Linsingen den Erfolg meuternder Matrosen bei der Ausbreitung ihrer Bewegung ins Landesinnere vor allem mit zwei Faktoren: Erstens waren die Vollmachten der Generalkommandos durch die oben beschriebene Einschränkungen gelähmt; zweitens hatte die Flottenleitung von den wahren Ausmaßen der Unruhen die Generalkommandos erst unterrichtet, als diese Unruhen mit geringen Mitteln nicht mehr einzudämmen waren³. Laut Linsingen war es gerade dem Stillschweigen der Flottenleitung zu verdanken, daß das Oberkommando in den Marken noch am 5. November hauptsächlich mit der Ausweisung sowjetischer Diplomaten aus Berlin beschäftigt war⁴. Als der Stab Linsingens zuverlässige Informationen vom Desaster in Norddeutschland erhielt, zögerte man keinen Augenblick, entschlossene Abwehrmaßnahmen einzuleiten. Den Angehörigen der Marine und der Ersatztruppen wurde mit sofortiger Wirkung untersagt, Berlin zu betreten und die Generalkommandos wurden angehalten, die Wege nach Norddeutschland zu sperren⁵. Am Morgen des 7. November wurde von allen deutschen Tageszeitungen ein Befehl Linsingens herausgegeben, in dem die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte verboten wurde⁶. Am selben Tag wurden auf Linsingens Befehl hin alle Verbindungen Berlins mit der Außenwelt gekappt: Zugverbindungen für den privaten Verkehr wurden gesperrt, Telefon-, bzw. Telegraphenverbindungen für private Personen abgeschaltet⁷. Die auf allen Zugangswegen nach Berlin postierten Wachposten erhielten den Befehl, beim Anmarsch der Matrosen energisch durchzugreifen. Die wenigen zur Verfügung stehenden Flieger wurden von Linsingen angefordert, um alle Verkehrswege nach Berlin aus der Luft zu sichern. Rotbeflagte Fahrzeuge oder Züge mußten entschlossen aus der Luft attackiert werden⁸.

Diese Energie Linsingens zeigte anfangs durchaus eine gewisse Wirkung. Die revolutionäre Bewegung breitete sich bezeichnenderweise von Kiel nicht etwa in Richtung Reichshauptstadt aus, wie es der ganzen Logik nach hätte sein müssen, sondern durch den Westen Deutschlands. Diese Tatsache ist insofern beachtenswert, als bereits am Tag nach dem Fall Hannovers der Zusammenbruch der Generalkommandos auf dem Reichsgebiet explosionsartige Beschleunigung erfuhr. Vom dritten Tag an, dem 7. November, hatte es schon gar keiner

¹ Hoffmann, M., *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, S. 138.

² Generaloberst Linsingen wurde am 28. März 1918 ernannt. Er übernahm auch den Stabschef a. D. Oberst von Berge und Herrendorff, der sein Amt seit dem Kriegsausbruch bekleidet hatte, *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 1/2, S. 1403.

³ Vgl. Linsingens am 16.11.1918 niederschriebene Mitteilung „*Bericht über meine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution*“, **Nachlaß Erbehardt**, Hauptarchiv Berlin-Dahlem.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. **Frankfurter Zeitung** vom 7.11.1918, S. 1, **Stahl, W. (Hrsg.)**, *Schulthess europäischer Geschichtskalender*, 1918/1, S. 423.

⁷ Vgl. **Linsingen, A., von**, *Bericht über meine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution*, in: **Nachlaß Erbehardt**, Hauptarchiv Berlin-Dahlem.

⁸ Ebd.

Matrosen mehr bedurft, um in den Garnisonen deutscher Großstädte Unruhen auszulösen. Schon die Zeitspanne zwischen dem 7. und dem 8. November hatte genügt, daß alle Großstädte des Ruhrgebiets, Köln, Koblenz und sogar Frankfurt vor der Revolution kapitulierten. Am 7. November griff die Revolution nach Südosten über und erreichte Bayern. Die bayerischen revolutionären Ereignisse hatten freilich in vielem eine ganz andere Wurzel als diejenigen in Nord- und Westdeutschland. Auch haben die Matrosen der Hochseeflotte bei der Auslösung Münchener Unruhen keine Rolle gespielt. Dennoch es ist bemerkenswert, daß bereits in der Nacht zum 8. November König Ludwig III. seine Hauptstadt verließ und damit den Sturz des zweitbedeutendsten Königshauses in Deutschland verursachte. Während dieser ganzen Zeit war das ganze Kerngebiet Preußens von der Bewegung verschont geblieben: Wie ein Riegel stand Berlin der Revolution im Wege und zwar mit dem Erfolg, daß bis zum Zusammenbruch am 9. November in keiner einzigen Stadt östlich von Berlin ein Zusammenbruch der militärischen Behörden gemeldet wurde. Warum der Zusammenbruch der Militärgewalten am Anfang der Revolution entlang der Westgrenze Deutschlands nach Süden und nicht in Richtung der Hauptstadt vor sich ging, kann man einfach damit erklären, daß in diese Richtung die von den Matrosen losgelöste Bewegung am wenigsten auf Widerstand stieß.

Diese Tatsache bedeutete für die OHL eine sehr große Gefahr. Je näher die Revolutionswelle heranrückte, desto näher kam sie an die überlebenswichtigen Einrichtungen des Frontheeres. In rückwärtigen Zonen der Front stationierte Reserveformationen des Westheeres stellten in Hinsicht auf die Revolution eine noch gefährlichere Mischung dar, als die Reservistenkader der Generalkommandos. Im vierten Kriegsjahr waren die Reserveformationen qualitativ genauso zusammengestellt, wie die Kontingente der Generalkommandos in der Heimat: Aus alten Jahrgängen und Rekruten, die man in den letzten Kriegsmonaten trotz der offensichtlich gewordenen Niederlage doch noch einberufen hatte. Ihre Moral war so schlimm, daß die OHL lieber die kämpfende Truppen an der Front ohne Ablösung beließ als es wagte, die wankende Front mit den Reservisten zu besetzen¹. Die Lage hinter der Frontlinie wurde insofern noch explosiver, als schon seit Monaten die frontnahe Zone durch Deserteure überflutet war, deren Zahl die OHL selbst auf ca. 1,5 Mio. Mann einschätzte². Die Situation diesbezüglich gestaltete sich sogar bedrohlicher, als in Rußland am Vorabend der Februarrevolution. Die Deserteure belagerten die Bahnhöfe aller größeren Verkehrsknotenpunkte, veranstalteten von Zeit zu Zeit Tumulte lokaler Bedeutung und demoralisierten alle, die mit ihnen in Kontakt kamen³. Als die Revolution in Kiel gesiegt hatte und die Massenunruhen nach Westdeutschland überschwappten, waren die versprengten Deserteure vor allem damit beschäftigt, beim Bahnhofspersonal die Fahrt in die Heimat zu erzwingen. Als die Revolutionswelle Köln, Frankfurt und Koblenz überrollte, kam sie bereits am 8. November in die unmittelbare Nähe dieser Achillesferse des deutschen Westheeres.

Wie verhängnisvoll die während der Einigungskriege von Moltke eingeführte Praxis, Stäbe weit entfernt von den Truppen einzurichten, sich in dieser Situation auswirkte, kann man sich schon anhand der Telegramme höchster Heeresstellen der ersten Novemberwoche vergewissern. Diese Telegramme lassen z. T. den Verdacht aufkommen, daß in den ersten Revolutionstagen die OHL nicht nur den Überblick über die Heimat, sondern auch über die ihr unterstellten Truppen verloren hatte. Die erste Maßnahme, die sie zur

¹ Das Gutachten des Generals Gallwitz vor dem Kriegskabinett am 28. Oktober, **DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei**, 2462. Berichte von der Beratung vgl. **Gallwitz, M., von, Erleben im Westen 1916-1918**, S. 438f., **Payer, F., von, Von Bethmann-Hollweg bis Ebert**, S. 145f., **Untersuchungsausschuß**, Bd. 6, S. 29f.

² Ebd., **Bauer, M., Der große Krieg**, S. 198.

³ Ebd.

Eindämmung der Revolution veranlaßte, war nicht die Entsendung zuverlässiger Fronttruppen nach Norddeutschland, sondern die Herausgabe eines Befehls an die Stäbe des Heeres. Dies geschah erst am 6. November, am dem Tag, als Hannover von der Revolution überrollt wurde. Dieser Befehl begann mit einer sehr merkwürdigen Feststellung: *„Dem Feinde ist es durch planmäßige Propaganda gelungen, die Stimmung in Heimat und Heer bei uns herabzudrücken. Wie schon aus den Zeitungen bekannt, versucht er jetzt breiten Zwiespalt in unser Volk zu bringen, dadurch, daß er eine Kaiserfrage aufrollt“*¹. Der Kernsatz dieses Befehls ist insofern von historischem Interesse, als er gerade das Gegenteil von dem verkündete, was Groener nur drei Tage danach umsetzen sollte. Er lautete: *„Für die Armee, in der jeder Angehörige dem Kaiser den Fahneid geschworen hat, gibt es keine „Kaiserfrage“. Was auch kommen mag, die Armee wird ihren Treueid halten“*². Dieser Befehl wurde vom Chef der Operationsabteilung Heye an die Stäbe deutscher Heeresgruppen gefunkt, obwohl zur gleichen Zeit Groener nach Berlin gereist war, um dort die Modalitäten der Kaiserabdankung zu erörtern. Erst am Abend des 7. November, als die Garnisonen des Ruhrgebietes und des Rheinlandes wie Kartenhäuser einfielen, bekam das Kriegsministerium in Berlin eine Mitteilung aus Spa, daß die OHL beschlossen hatte, *„eine großzügige Bekämpfung der Aufrührbewegung [einzuleiten]“*³. Die OHL informierte das Kriegsministerium, daß sie entschlossen war, sofort drei Oberkommandos und eine Anzahl Frontdivisionen in Marsch zu setzten. Laut einem Generalstabsoffizier währte die Entschlossenheit der OHL, die Revolution niederzuwerfen, aber nicht lange: *„Vier Stunden später traf im [Kriegsministerium] aus Spa die Nachricht ein, daß die Oberste Heeresleitung genötigt gewesen sei, die im Abtransport befindlichen Truppen anzuhalten, um das Heer an der Strombarriere [des Rhein] gegen die anflutende Revolution zu sichern“*⁴.

Unterdessen haben es die Umstände so ergeben, daß am Kapitulationstag der Kieler Militärbehörden Generalleutnant Groener im Zug nach Berlin saß, wo er am 5. November gegen Mittag eintraf⁵. Laut Max von Baden wurde Groener von der Reichsregierung offiziell dazu eingeladen, einen Vortrag über die Lage an der Front zu halten⁶. Wie aber die Ereignisse zeigen sollten, war das Ziel der Groenerschen Visite ein ganz anderes. In erster Linie kam er nach Berlin, um über die Abdankungsfrage zu verhandeln und zweitens erachtete er als nötig, persönlich zu erscheinen, weil man in diesen Tagen die Erlaubnis der Entente erwartete, Parlamentarier über die Frontlinie zu entsenden. Beide Aufgaben Groeners waren von einer sehr heiklen Natur: Das feindliche Ausland war über den Ausbruch der Revolution informiert, weshalb der schnellste Weg, Waffenstillstandsverhandlungen zu bekommen, die Entsendung von Generalstabsoffizieren mit der weißen Fahne über die Frontlinie gewesen war. Gerade diese Möglichkeit wollte Groener aber verhindern, weil es die Heeresleitung für politisch vorteilhafter hielt, der Reichsregierung die politische Last der Niederlage zu überlassen. *„Mir konnte es nur lieb sein, wenn bei diesen unglückseligen Verhandlungen, von denen nichts gutes zu erwarten war, das Heer und die Heeresleitung so unbelastet wie möglich blieben“*, schrieb Groener darüber ganz offen⁷. Eine nicht minder heikle Aufgabe war für Groener auch die Klärung der politischen Situation, denn der 1. Generalquartiermeister war gut informiert, daß die Mehrheitsparteien des Reichstages Wilhelms II.

¹ Text des Armeebefehls vom 06.11.1918 in: **Militärarchiv Freiburg i. Br.**, Nachlaß Heye, Nr. 4. Zu den Umständen vgl. **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 447f.

² Ebd.

³ **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 40.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 445f., **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 581f.

⁶ **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 570f.

⁷ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 449f.

Abdankung bereits als Voraussetzung für die innenpolitische Beruhigung betrachteten. Ursprünglich dachte Groener die Kaiserfrage dadurch zu lösen, indem man Wilhelm II. zwang, nach Berlin zu kommen, wo der Druck für ihn am größten war¹. Dieser Plan, Wilhelm II. zu stürzen, ohne daß die Heeresleitung ins Zwielicht geraten wäre, ist aber gescheitert. Gleich nach seiner Ankunft erhielt Groener ein Telegramm aus Spa, in dem Wilhelm II. sich weigerte, aus Eigeninitiative nach Berlin zu fahren². Mehr noch, Wilhelm II. trat an die Reichsregierung mit einem Vorschlag heran, den Groener aus Sicht der OHL nicht für gut heißen konnte. Er schlug vor, angesichts der sich ausbreitenden Revolution keine Zeit mehr zu verlieren und Notfalls die OHL zu beauftragen, eine militärische Delegation an den Oberkommandierenden der Entente zu entsenden³.

Wahrscheinlich kann Groeners Abreise aus Spa teilweise damit erklärt werden, daß er den Fehler Aleksejevs nicht wiederholen wollte und fürchtete, von den Berliner Politikern hintergangen zu werden. Die Möglichkeit, die sich ausbreitende Revolution mit Fronttruppen niederzuschlagen, schätzte Groener von vornherein als sehr gering. Laut seiner Meinung dauerte *„das Heranziehen und Abtransportieren von Feldtruppen 14 Tage bis drei Wochen. Da es sich um die Ereignisse im Reich um Stunden und Tage handelte, mußten die gegen die Revolutionäre eingesetzte Feldtruppen zu spät kommen“*⁴. Groeners Verhalten während seines Berliner Aufenthaltes am 5. November ist dennoch eine merkwürdige Episode. Trotz der Erkenntnis, daß es um „Stunden“ und „Tage“ ging, verbrachte der 1. Generalquartiermeister die Zeit zwischen dem 4. und dem 7. November hauptsächlich im Zug, wobei er in Berlin angekommen nur wenige Stunden für die wirklichen Verhandlungen hatte. Im Prinzip war der faktische Stabschef der deutschen Streitmacht in dieser entscheidenden Phase der Revolution dadurch noch machtloser, als Aleksejev, der in der analogen Situation immerhin in der Lage war, Befehle zu erteilen. Am 5. November hielt er vor dem Kriegskabinett eine Rede, in der er es im Namen der OHL kategorisch ablehnte, über die Abdankung Wilhelms II. zu diskutieren. Das Stenogramm der Sitzung des Kriegskabinetts fixiert Groeners Position zur Abdankungsfrage wie folgt: *„Der Generalfeldmarschall [Hindenburg] hatte mich beauftragt, in der Frage der Abdankung wörtlich zu erklären, daß er sich für einen Schuft hielte, wenn er den Kaiser verlassen würde, und so, meine Herren, denke auch ich und alle ehrliebenden Soldaten... Hört die Hetze gegen den Kaiser nicht auf, so ist das Schicksal des Heeres besiegelt, es läuft auseinander. In der nach der Heimat zurückströmenden Soldateska bricht die menschliche Bestie hervor“*⁵. Unmittelbar nach der Sitzung führte Groener aber mit Max von Baden dennoch Verhandlungen über die Abdankung. Obwohl Groener in seinen Gesprächen mit Max von Baden erneut die Mitarbeit der Militärs in der Abdankungsfrage verweigerte, vereinbarte er, daß der Kanzler sich nach Spa begab und auf eigene Faust Wilhelms II. Abdankung vorantrieb. Für seine Reise nach Spa bekam der Kanzler eine Frist von drei Tagen (bis zum 9. November)⁶. Nicht unähnlich Aleksejev, der im Winter 1916/1917 zwar offiziell die Abdankung Nikolajs II. ablehnte, der sich aber mehrmals mit den Vertretern der Dumaopposition traf und die Abdankung diskutierte, führte auch Groener Besprechungen mit Reichstagsabgeordneten zu deren Empfang er rechtlich gar nicht autorisiert war. Eine Besprechung wurde zwischen Groener, den SPD-Reichstagsabgeordneten und sozialistischen Gewerkschaftsfunktionären wenige Stunden vor Groeners

¹ Ebd.

² **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 581 und 589f.

³ Ebd.

⁴ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 449.

⁵ Text des Protokolls: **DZA Potsdam**, *Akten der Reichskanzlei*, 2462/1.

⁶ **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 589f.

Rückreise nach Spa abgehalten¹. Obwohl Max von Baden von der Atmosphäre dieser Verhandlungen berichtete, sie sei sehr kameradschaftlich gewesen², entspricht dies nicht der Wahrheit. Als mitten in der Diskussion Scheidemann eine telefonische Mitteilung erhielt, daß Hamburg und Hannover bereits von den revolutionären Matrosen erobert worden waren, verlangten die Sozialdemokraten, daß Groener seine Unterstützung des Reichskanzlers in der Abdankungsfrage offen bekennen sollte. Groener weigerte sich mitzuarbeiten. Daraufhin entfernten sich die Sozialdemokraten, um eine „eigene Strategie auszuarbeiten“³. Später im Münchener Dolchstoßprozeß behauptete Groener, über die Ergebnisse seiner Berliner Reise, daß es eigentlich ein großer Fehler war, es nicht geschafft zu haben, eine gemeinsame Linie zwischen der Reichsregierung, der OHL und den Führern der Mehrheitssozialisten auszuarbeiten. Am Vorabend der Massenunruhen in Berlin waren alle Kräfte, die eigentlich dasselbe wollten, nämlich die auszubrechende Revolution einzudämmen, aufgrund dieses Unvermögens heillos über die Vorgehensweise zerstritten⁴.

Diese Uneinigkeit der staaterhaltenden Kräfte am Vorabend des Zusammenbruchs ist nur auf den ersten Blick unverständlich. Hinter der Verwirrung, dem Hin und Her und der Panik der letzten Tage des Kaiserreichs lag aber noch etwas tieferes, unausgesprochenes. Ein deutscher Publizist charakterisierte die Situation der handelnden Akteure in etwa so: *„Alle Verantwortlichen, Groener und Prinz Max auf der einen, Ebert auf der anderen Seite, sahen etwas auf sich zukommen, das sie mit Grauen erfüllte. Sie sahen alle drei, daß sie Verräter werden mußten, wenn sie das zustandebringen sollten, was ihr gemeinsames Ziel war: Die Rettung des bestehenden Staats und der bestehenden Gesellschaft. Groener und Prinz Max mußten ihren kaiserlichen Herrn verraten, dem sie Treue geschworen hatten. Ebert mußte die Revolution verraten, die ihm arglos die Führung antrug. Noch hofften alle drei, daß der Verrat des jeweils anderen ihn selbst davor bewahren würde, zum Verräter zu werden. Unter dem äußeren Dialog zwischen ihnen lief unterirdisch, unformuliert ein Dialog, der sich so anhörte: „Verratet ihr den Kaiser, dann brauche ich die Revolution nicht zu verraten.“ - „Nein übernimm du zum Schein die Revolution... dann brauchen wir den Kaiser nicht zu verraten.“ Aber keiner wollte den heimlichen Notschrei des anderen hören, und darüber verging die Zeit, und der Sand rann aus“⁵. Wenn diese Charakteristik in Bezug auf Ebert auch nicht unbedingt zutrifft - schließlich hatte Ebert den aufrührerischen Garnisonen keinen Treueid geschworen -, so charakterisiert diese Passage das Dilemma, in der Groener und Max von Baden steckten, doch recht präzise.*

Nach eigenen Angaben verließ Groener Berlin am 6. November und kam in Spa am 7. November vormittags an. Seine Berliner Reise war nicht nur in Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Mehrheitssozialisten gescheitert: Groener hatte während seines Berliner Besuchs keine Zeit gefunden, sich zumindest mit General Linsingen zu treffen und eine gemeinsame Strategie zwischen der OHL und dem „Oberkommando in den Marken“ auszuarbeiten⁶. Indessen, während Groener seine Verhandlungen in Berlin

¹ Bericht über diese Zusammenkunft bei **Haeflén, H., von, Erinnerungen, in: Quelle**, 1. Reihe, Bd. 2, S.559f. Zu den Vorgängen vgl. **Herzfeld, H., Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg**, Leipzig 1928, S. 379f., **Baden, M., von, Erinnerungen und Dokumente**, S. 591f.

² **Baden, M., von, Erinnerungen und Dokumente**, S. 591.

³ **Haeflén, H., von, Erinnerungen, in: Quellen**, 1. Reihe, Bd. 2, S.559f. Zu den Vorgängen vgl. **Herzfeld, H., Die deutsche Sozialdemokratie**, S. 379f.

⁴ Vgl. Groeners Aussage im Dolchstoßprozeß, **Herzfeld, H., Die deutsche Sozialdemokratie**, S. 379f. und **Groener, W., Lebenserinnerungen**, S. 451, Fn. 7.

⁵ **Haffner, S., Der Verrat. Deutschland 1918/1919**, Berlin 2000, S. 58.

⁶ Vgl. Linsingens am 16.11.1918 niederschriebene Mitteilung „*Bericht über meine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution*“, **Nachlaß Erbehardt**, Hauptarchiv Berlin-Dahlem.

fürte, war ein heftiger Kompetenzstreit zwischen dem Stab Linsingens und dem Kriegsministerium über die Vorgehensweise gegen die Revolutionäre entbrannt¹. Als der Kriegsminister mehrmals in den Kompetenzbereich des „Oberkommandos in den Marken“ eingriff und Maßnahmen Linsingens außer Kraft setzte, reichte dieser sein Abschiedsgesuch ein. Dieser Streit führte dazu, daß am Vorabend der Massenunruhen Linsingen bereits sein Amt niedergelegt hatte und auf seinem Posten nur auf die Ablösung wartete². Am Vorabend der entscheidenden Ereignisse in Berlin waren die militärischen Befehlshaber der Stadt untereinander tief zerstritten und ihre Behörden arbeiteten ohne Koordination³.

Als Groener am 6. November nachmittags Berlin in Richtung Spa verließ, mußte er bereits teilweise durch die Städte reisen, in denen die Militärgewalten zusammengebrochen waren. In Hannover z. B. herrschten bereits Soldaten- und Arbeiterräte, als der Zug Groeners die Stadt passierte. Merkwürdigerweise sind weder Groener noch seine Mitarbeiter von den aufständischen Matrosen angegriffen worden, obwohl der Zug des 1. Generalquartiermeisters im Bahnhof von Hannover mehrere Stunden warten mußte: „*Auf dem Bahnhof lungerten zahlreiche Matrosen herum, die aber nicht wagten, an uns heranzukommen*“, erinnerte sich Groener später über sein Aufenthalt in Hannover und fügte sogleich hinzu, welche Schlußfolgerungen er daraus zog: „*Es war der erste Anblick der Revolution, und der Eindruck wurde in mir verstärkt, daß die Seuche um sich griff und nicht mehr zu lokalisieren war*“⁴. Einen einzigen politischen Erfolg erzielte Groener in Berlin in Hinsicht auf den Waffenstillstand, als während seines Aufenthaltes dort die letzte Note von Wilson empfangen wurde. Es hieß dort, daß der alliierte Oberkommandierende Foch jetzt bereit war, eine deutsche Waffenstillstandsdelegation zu empfangen⁵. Noch am 6. November erreichte Groener, daß Matthias Erzberger - übrigens sehr gegen seinen Willen - von der Regierung Max von Baden an die Spitze der Verhandlungsdelegation in Richtung Compiègne in Marsch gesetzt wurde⁶. Zu Erzbergers Team gehörten der ehemalige Militärattaché in Paris General Winterfeld und der Kapitän zu See Vanselow. Ansonsten bestand sie ausschließlich aus Zivilisten. Diese Verhandlungsdelegation reiste zusammen mit Groener durch Spa nach Compiègne⁷. Groener und seine engsten Mitarbeiter in Spa legten besonderen Wert darauf, daß der deutschen Verhandlungsdelegation kein einziger Generalstabsoffizier angehören sollte. Als z. B. der frühere Vorgesetzte Schleichers, der Stabschef des II. Generalquartiermeisters Oberst von Thaer mit der Meinung, daß „*Schleicher mit seiner Kubikschnauze [in der Waffenstillstandsdelegation] äußerst am Platze wäre*“⁸ in Spa hervortrat, kam er mit diesen Vorschlag nicht durch⁹. Obwohl die Reichsregierung seit der Einleitung des Notenwechsels mit Wilson nach außen hin sehr bedacht war, Fiktion aufrechtzuerhalten, daß sie und nicht die OHL auf den schnellstmöglichen Waffenstillstand gedrängt hatte, scheint es, daß Groeners Mitarbeiter bis zum Schluß befürchteten, Erzberger werde doch noch „ausbrechen“. Vorsichtshalber hatte man in der OHL dem dadurch vorgebeugt, daß man heimlich eine eigene Delegation mit General Gründel an der Spitze zusammengesetzt

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 451.

⁵ Wheeler-Bennett, J., *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 44f., Erzberger, M., *Erlebnisse*, S. 326f.

⁶ Ebd.

⁷ Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 451.

⁸ Vgl. Thaer, A., von, *Generalstabdienst*, S. 245 und 254.

⁹ Ebd.

hatte¹. Nach seiner Ankunft in Spa scheint es für Groener die wichtigste Aufgabe gewesen zu sein, dafür zu sorgen, daß die Waffenstillstandsdelegation möglichst schnell die Frontlinie passierte. In dieser Hinsicht verhielt sich die deutsche Heeresleitung in einem krassen Unterschied mit der Stawka, deren Hauptanliegen in den Tagen Soldatenmeuterei es bekanntlich war, die Front für die Weiterführung des Krieges zu sichern. Aleksejev und seine Mitarbeiter waren dabei bereit, der Dumaopposition alle Zugeständnisse zu machen. Die Führung der OHL handelte in dieser Hinsicht viel politischer und war vor allem darauf bedacht, den Generalstab möglichst aus der Schußlinie der Kritik herauszuhalten. So erfuhr Erzberger nach seiner Ankunft von der Existenz einer weiteren Verhandlungsdelegation nicht und Groener löste sie sofort nach seinem Eintreffen auf². Wieviel Wert in der OHL darauf gelegt wurde, daß nicht ihre Mitglieder, sondern die Vertreter der Regierung die Verantwortung für die Waffenstillstandsbedingungen auf sich nahmen, kann man aufgrund der folgenden Tatsache ablesen. Erzberger wurde in Spa von Hindenburg empfangen, wobei sich zwischen den beiden die folgende Szene abgespielt haben soll: *„Mit Tränen in den Augen hielt [Hindenburg] Erzbergers Hand zwischen den seinen und beschwor ihn, diese Aufgabe... zu übernehmen. Gerührt von dem persönlichen Appell des alten Feldmarschalls ... stimmte Erzberger zur großen Erleichterung des Generals Gündell zu und fuhr gegen Mittag mit der Kommission los“*³. Als Erzberger einige Stunden nach dieser Szene die Frontlinie erreichte und sie nach einigem hin und her überschritt, haben aktive Kampfhandlungen an der Westfront praktisch aufgehört. Die OHL konnte sich hauptsächlich auf die Innenpolitik konzentrieren.

Bevor man Groeners Maßnahmen zur Eindämmung der Revolution nach seine Rückkehr in Spa am 7. November untersucht, muß erwähnt werden, daß das preußische Offizierskorps im Gegensatz zu den russischen Berufsmilitärs vor und während des Krieges systematisch für den Kampf gegen die Revolution geschult wurde. Diese Schulung umfaßte nicht nur theoretische Informationen, die im Zusammenhang mit dem sog. „Vaterländischem Unterricht“ von der OHL zu Verfügung gestellt wurden, sondern auch praktische Methoden zur Niederschlagung von Unruheherden. Das preußische Kriegsministerium und der Generalstab hatten vor und während des Weltkrieges eine Reihe von Richtlinien ausgearbeitet, die beim Ausbruch der Massenunruhen auf dem Reichsgebiet angewandt werden mußten⁴. Schon im Jahre 1907 wurde vom Generalstab auf Initiative des damaligen preußischen Innenministers General von Einem eine Studie mit dem Titel *„Der Kampf in insurgierten Städten“* entworfen und unmittelbar darauf an die kommandierende Militärs verteilt. Dieses Dokument bildete die Grundlage im Kampf gegen Massenunruhen und seine Bestimmungen hatten alle Angehörige der preußischen Armee als Richtlinie zu befolgen⁵. Bei der Bekämpfung der Massenunruhen setzten die preußischen Militärs auf Gründlichkeit und Entschlossenheit. *„Der Kampf in insurgierten Städten“* umfaßte auf mehreren duzend Seiten die Erfahrungen aus allen wichtigen europäischen Revolutionen - von der 1848er Revolution in Berlin bis zum Aufstand von 1905 in Moskau^{6*} - und zog in

¹ Vgl. **Obkirchner, W.**, *General Erich v. Gündell*, Hamburg 1939, 283f., **Thaer, A., von**, *Generalstabsdienst*, S. 245.

² Vgl. Ebd., **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 448f.

³ **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 201.

⁴ **Deist, W.**, *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 122f.

⁵ Ebd.

⁶ Die Einzelstudien haben einen Umfang von 10-30 Seiten und beschäftigen sich mit folgenden Themen: die Julirevolution von 1830 in Paris, die Februarrevolution von 1848 in Paris, die Julischlacht 1848 in Paris, die Revolution in Berlin 1848, die Straßenkämpfe in Brescia 1848, die Straßenkämpfe in Dresden Mai 1849, der Aufstand in Mailand 6. bis 9. Mai 1898, der Aufstand in Moskau 1905.

umfangreichen „Schlußbetrachtungen“ Konsequenzen für die Gegenwart. Nach ausführlichem Überblick über die Mittel und Methoden der Aufständischen im In- und Ausland legten die Richtlinien klar, daß die einzige sichere Methode, den Massenunruhen Herr zu werden, schnelle und entschlossene Unterdrückungsmaßnahmen waren. Das psychologische Kernstück war dabei auf einer der ersten Seiten mit dem hervorgehobenen Satz umschrieben und lautete: „*Jedenfalls ist es besser, frühzeitig den aufrührerischen Elementen den festen Willen zu zeigen, alle Revolutionsgelüste im Keime zu ersticken, als zu spät*“. Das Ziel der Militärbehörden war laut den Richtlinien vor allem die „*schnelle und gründliche Unterdrückung*“ des Aufruhrs. Die Richtlinien forderten von den Militärbehörden deshalb die sofortige Verhaftung der „Führer des Aufstandes“, der „Redakteure der Hetzblätter“, die Schließung aller „staatsfeindlichen Klubs“ sowie die Durchsetzung eines wirksamen Verbots aller Versammlungen. Der Einsatz der Truppe hatte unbedingt offensiv zu erfolgen, wobei der Artillerie eine besondere Bedeutung im Kampf gegen die Barrikaden zufiel. Jede Verhandlung mit Aufständischen, geschweige denn die Annahme ihrer Forderungen, war verboten. Die Militärbehörden waren angewiesen, mit den Meuterern einen „*Kampf auf Leben und Tod oder bedingungslose Unterwerfung auf Gnade und Ungnade*“¹ zu führen. Diese bemerkenswerte Studie schloß mit dem Satz: „*Es ist nötig, die volle Strenge des Gesetzes gegen die Aufständischen unbarmherzig anzuwenden*“². Militärhistoriker Wilhelm Deist der sich mit diesem Themenkreis ausführlich beschäftigt hat, faßt alle Richtlinien, die das preußische Militär zur Unterdrückung der Massenunruhen ausgearbeitet hatte, in folgende drei Grundsätze: 1. Keine Verhandlungen auf eigene Faust. 2. Der Kampf auf Leben und Tod, wobei die Aufständischen keine Bedingungen zu stellen hatten, sondern sie empfangen mußten. 3. Die Militärbehörden sollten denkbar entschlossen vorgehen, wobei es ihnen ausdrücklich erlaubt wurde, gegen Aufständischen alle zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der Artillerie zu verwenden³.

Nach seiner Ankunft in Spa am 7. November hatte Groener bekanntlich noch drei Tage, um sich auf den Revolutionsausbruch in Berlin vorzubereiten. Es ist durchaus interessant festzustellen, welche Maßnahmen Groener als faktischer Chef des Generalstabes zur Unterdrückung der Massenunruhen zwischen dem 7. und dem 9. November in die Wege geleitet hat, zumal es bekannt ist, daß nach seiner Ankunft er den Befehl des Kaisers erhielt, eine großangelegte Operation zu organisieren, „*um den Aufstand mit Hilfe der Fronttruppen niederzuwerfen*“⁴. Groener, der sich lebenslang für einen verkannten Feldherrn hielt und Bücher wie „Feldherr wider Willen“ verfaßte, in denen er Operationspläne des 1. Weltkrieges kritisierte, handelte dabei selbst zuerst so, als ob der Westfeldzug von 1914 keine Lehren erteilt hätte⁵. Seine erste Maßnahme war die Entsendung eines Generalstäblers mittleren Ranges nach Köln, um die Situation hinter der Frontlinie auszukundschaften⁶. Diese Maßnahme war in der gegebenen Situation nicht bloß eine unentschuld bare Zeitvergeudung - Major Jahreis fuhr am 7. November nach Köln und kehrte erst am 9. November zurück - sondern auch eine Wiederholung der Kapitalfehler der deutschen Armeeführung während der 1. Marneschlacht. Damals hatte Moltke im entscheidenden Augenblick Leutnant Hentsch die faktische Verantwortung für die Operationsleitung

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 120f.

⁴ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 520f.

⁵ Vgl. Groener, W., *Feldherr wider Willen. Operative Studien über den Weltkrieg*, Berlin 1930, Groener, W., *Der Weltkrieg und seine Probleme. Rückschau und Ausblick*, Berlin 1920.

⁶ Zur Mission von Major v. Jahreis, vgl. Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 452f.

übertragen und ihn an die Front geschickt. Die Ergebnisse der Entsendung Major Jahreis' sollten für die OHL nicht mindere Folgen nach sich ziehen. Ähnlich wie Hentsch, verlor auch Jahreis die Nerven und lieferte seinem Vorgesetzten vollkommen falsche Informationen¹.

Als Groener Major Jahreis nach Köln entsandt hatte, erhielt er Informationen, daß in Berlin die politische Lage eine gefährliche Zuspitzung erfahren hatte: Die USPD hatte für den Abend 26 Versammlungen in Berlin angesetzt, in denen beabsichtigt wurde, die sofortige Abdankung des Kaisers zu verlangen. Um zu vermeiden, daß radikale Gruppen ihren Einfluß auf die Berliner Arbeiterschaft ausdehnten, entschloß sich die SPD-Führung, an die Reichsregierung ein Ultimatum zu stellen. Ihre wichtigsten Forderungen waren Abdankung des Kaisers bis zum Mittag des 8. November und Besetzung der Posten im Kriegsministerium durch Angehörige der Reichstagsmehrheit².

Eine weitere Parallele zu den russischen Ereignissen bildete die strikte Weigerung Wilhelms II., die Revolution vor Augen habend abzudanken. In der Tat: Die Weigerung Wilhelms II. abzudanken erscheint angesichts der Argumentation des Reichskanzlers auf den ersten Blick unlogisch. Seit dem Amtsantritt Max' von Baden hatte der Kaiser nachweislich alle Forderungen der Reichsregierung in bezug auf die Innen- wie die Außenpolitik vorbehaltlos erfüllt, bis auf die eine. Und diese eine war die Forderung abzudanken, obwohl sie oberflächlich gesehen, Wilhelm II. das Wichtigste in Aussicht stellte: Die Erhaltung der Monarchie in Deutschland. Die Berliner Politiker von Max von Baden bis einschließlich Ebert hatten bis zum Ausbruch der Revolution die Abdankung Wilhelms II. vor allem deshalb verlangt, weil sie gehofft hatten, daß man dadurch der Unzufriedenheit im Lande die Spitze nehmen würde. Sie versprachen im Gegenzug unverzüglich, ein anderes Mitglied des Hauses Hohenzollern zu inthronisieren und damit die Monarchie als Institution zu retten. Merkwürdigerweise gibt es in der Geschichtsschreibung bis heute keine überzeugende Erklärung, weshalb Wilhelm II. diese für sich theoretisch vorteilhafte Lösung abgelehnt hatte. Die plausibelste Erklärung für dieses Verhalten ist wahrscheinlich die Furcht gewesen, daß in Deutschland der Rücktritt dieselben Auswirkungen haben würde wie in Rußland. Nach der Abdankung Nikolajs II. haben die Dumapolitiker die Inthronisierung des Großfürsten Michail vereitelt und die Rückkehr der Romanovs unmöglich gemacht³.

Wenn man den Tag, an dem Revolution in Deutschland unumkehrbar wurde, datieren möchte, so ist es ohne Zweifel der 8. November, der Tag an dem die Leitung der OHL innerlich die Niederschlagung der Revolution endgültig aufgab. Als Groener und seine Mitarbeiter die Nachrichten von dem SPD-Ultimatum erhielten, entschlossen sie sich, die Operation gegen die Heimat aufzugeben und stattdessen die Abdankungsforderung der Regierung zu unterstützen. Dies geschah in einer Reihe Lagebesprechungen zwischen Groener, Hindenburg und Admiral Hintze, der als Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spa fungierte. Am Vormittag diesen Tages, in einer Lagerbesprechung, in der auch Wilhelm II. zugegen war, berichtete Groener über die Ergebnisse seines Berliner Aufenthaltes. Schon in dieser Konferenz vertrat er die Meinung (ohne die Rückkehr Jahreis' abzuwarten), daß eine wirksame Unterdrückung der meuternden Städte durch die

¹ Zur Mission von Leutnant Hentsch während der Marneschlacht vgl. **Tappen, A.**, *Bis zur Marne 1914. Beitrag zur Beurteilung der Kriegsführung bis zum Abschluß der Marneschlacht*, Oldenburg 1920 und **Kuhl, H., von**, *Der Marnefeldzug 1914*, Berlin 1921.

² Vgl. **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 604f., **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 278.

³ Text des Rücktrittsgesuchs vom 7. November vgl. **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 605f. Zur Abdankung des Großfürsten Michail vgl. **Martynov, E.**, *Zarskaja armija v fevralskom perevorote*, S. 74f., **Melgunov, S.**, *Martovskije dni 1917 goda*, S. 226f.

Frontruppen wenig Chancen auf Erfolg hatte. In dieser Konferenz war die Abdankungsfrage nicht erörtert worden. Der Generalquartiermeister berichtete aber, daß die Armee den Bürgerkrieg nicht bestehen würde¹ * . Laut Hindenburgs Biographen war die Stimmung innerhalb der OHL-Spitze in dieser Beratung so gewesen, daß Groener die Operation als undurchführbar betrachtete, Hindenburg aber eher optimistisch eingestellt war². Als am Abend des 8. November der Generaladjutant Hans von Plessen bei Hindenburg und Groener vorstellig wurde, um im Namen des Kaisers über den Vorbereitungsstand der Strafaktion zu informieren, gewann er erneut den Eindruck, daß diese Stimmungskombination im wesentlichen noch fortstand. „*Der Feldmarschall war geneigt, meinen eindringlichen Ausführungen zuzustimmen, aber Groener blieb bei seiner Meinung*“, heißt es diesbezüglich in seiner Aufzeichnung³.

Es wurden jedoch im Laufe des 8. November innerhalb des Führungskaders der OHL Schritte unternommen, die jeden Gedanken an Resistenz von vornherein unmöglich machten. Die Initiative gehörte dabei dem 1. Generalquartiermeister und seinen Mitarbeitern. Zuerst veranlaßten Groener und der Chef der Operationsabteilung Heye, 50 Frontoffiziere nach Spa zu bestellen, um bei ihnen eine Befragung über die Stimmung in der Fronttruppe durchzuführen. Diese aus der Abdankungsgeschichte Nikolajs II. bekannte Prozedur wurde im Laufe des 8. November eingeleitet, wobei im Unterschied zu Rußland die OHL auf eine Befragung unter den Kommandeuren der Heeresgruppen verzichtet hatte⁴. Obwohl die Befragung für den 9. November angesetzt wurde, erschien Groener am 8. November bei seinem direkten Vorgesetzten Hindenburg und forderte ihn auf, das Votum der Frontoffiziere nicht zu abwarten, sondern gleich zu beginnen, nach Alternativen zu suchen. Als solche Alternative wurde von Groener vorgeschlagen, auf militärische Operationen zu verzichten und stattdessen den Kaiser im Namen des Generalstabes aufzufordern abzudanken⁵. Das Gespräch Groener-Hindenburg wurde unter vier Augen geführt und es gibt keine stenographischen Berichte über seinen Ablauf⁶. Fest steht jedoch eins: Obwohl die eigentliche Entscheidung über die Durchführbarkeit der Operation für den 9. November festgesetzt war, ist es unbestreitbar, daß Hindenburg bereits am Abend des 8. November umgestimmt wurde. Höchstwahrscheinlich waren für sein Umschwenken Informationen Groeners verantwortlich, die in Hindenburgs Augen die Befragung der Frontoffiziere überflüssig machte. So verfügte der Generalquartiermeister am 8. November über einen Bericht des Chefs des Eisenbahnwesens General Olderhausen, aus dem hervorging, daß die logistischen Depots des Heeres bereits in die Hände der Meuternden gefallen waren und daß das Westheer durchschnittlich über Rationen für lediglich drei Tage verfügte⁷. Olderhausen riet von der Strafexpedition ab, weil die Anwendung von Gewalt seiner Meinung nach, die Sperrung der Zufuhren durch die Meuternden ausgelöst hätte. Da für die Versorgung des Heeres angeblich 200 Eisenbahnzüge täglich von der Heimat abgefertigt werden mußten, bedeutete eine Strafaktion in Augen

¹ Groener bezeichnet diese Tatsache als ein Versäumnis, das der Revolution in Berlin Vorschub geleistet habe. Er erklärte, daß erst in dieser Konferenz Wilhelm II. ihm die Ausarbeitung der Operation gegen die Heimat befahl, **Groener, W., Lebenserinnerungen**, S. 454f.

² **Wheeler-Bennett, J., Hindenburg**, S. 203.

³ **Plessen, H., von, Die Abdankung des Kaisers**, in: **Niemann, A., Revolution von oben**, S. 362.

⁴ **Groener, W., Lebenserinnerungen**, S. 456f.

⁵ „*Heute weiß ich, daß [am 8. November] Generalfeldmarschall und General Groener in gemeinsamer Beratung zum Ergebnis kamen: die von dem Kaiser am Morgen gegen die Heimat befohlene Operation ist aussichtslos*“, **Baden, M., von, Erinnerungen und Dokumente**, S. 625.

⁶ **Wheeler-Bennett, J., Hindenburg**, S. 203.

⁷ Olderhausens Bericht über die logistische Lage der Front ist z. T. Abgedruckt bei **Groener, W., Lebenserinnerungen**, S. 455f.

Olderhausens den Ausbruch einer schlichten Hungersnot an der Front innerhalb weniger Tage¹. Bedenkt man, daß die bürokratischen Heeresführer des 1. Weltkrieges hauptsächlich mit den Akten arbeiteten, und daß sie während ihrer Frontreisen nie weiter als zu den Stäben führen, kann man sich vorstellen welchen Eindruck solche Berichte auf Hindenburg haben mußten. Einer gut unterrichteten Quelle nach empfing Hindenburg am 8. November noch einen einflußreichen Besucher, der ihm die Notwendigkeit der Abdankung nahegelegt hatte. Es war niemand anderer als der geistiger Vater der „Revolution von oben“ Admiral Hintze². Laut Hindenburgs Biographen Wheeler-Bennett, forderte Hintze Hindenburg nicht nur auf, bei der Abdankung Wilhelms II. mitzuwirken, sondern auch Vorkehrungen für seine Flucht ins Ausland zu treffen³.

Daß die Militärs in Spa bereits am Vorabend der Berliner Massenunruhen darüber diskutierten, was zu tun sei, um Wilhelm II. das Schicksal des russischen Zaren zu ersparen, ist durchaus verständlich. Weniger verständlich ist allerdings die Tatsache, daß schon am 8. November bereits konkrete Schritte eingeleitet waren, um ihn nach Holland abzuschicken. Es gilt als bewiesen, daß ein hoher holländischer Militärbeamter, der ehemalige Generalgouverneur von Holländisch-Indien General van Heutsz in der Nacht vom 8. November Spa besuchte und über die Ausreise Wilhelms II. verhandelt hatte⁴. In seiner Untersuchung über die Novembertage 1918 stellte Dr. Maurice Beaumont die Möglichkeit zur Debatte, daß gewisse Verantwortliche in Spa überzeugt waren, Wilhelm II. würde unausweichlich gezwungen werden, nach Holland zu gehen und daß entsprechende Vorkehrungen getroffen wurden, lange bevor die Revolution in Berlin die Bekanntgabe der Abdankung durch den Kanzler erzwang. Offiziell ist bis heute nicht geklärt worden, wer der eigentliche Verantwortliche hinter diesen Verhandlungen war. Um so weniger, als alle Beteiligten es verständlicherweise vorzogen, darüber zu schweigen. Der offiziellen Version nach wurde die Idee der Flucht von Hintze an Hindenburg und von Hindenburg an den Kaiser erst am 9. November herangetragen und zwar erst nachdem die Militärgarnison von Berlin zusammengebrochen war⁵. Groener berichtet in seinen Erinnerungen, daß er von den Plänen erst am 9. November erfuhr und vehement dagegen war, daß der Kaiser überhaupt ins Ausland gehe⁶. Es ist jedoch kaum wahrscheinlich: Groener kontrollierte schließlich den gesamten Apparat der OHL. Ohne seine Zustimmung konnten sich keine Besucher in Spa aufhalten und keine Telefonate geführt werden. Der Kommandeur des Sturmbataillons Rohr, dem die Sicherheit in Spa aufgetragen wurde, berichtet indes, daß der holländische General sich nicht nur in Spa aufgehalten hatte, sondern am 8. November Manövern in der Umgebung von Spa beigewohnt hatte⁷. Die entscheidenden Vorgänge in Spa am 9. November deuten jedenfalls eindeutig darauf hin, daß die Abreise nicht nur vorher sorgfältig geplant wurde, sondern auch, daß der Apparat der OHL daran maßgeblich beteiligt war. Der Brief Hindenburgs an Wilhelm II. vom 28. Juli 1922, in dem er die ganze Verantwortung für die Abreise des Kaisers auf sich nahm, bekräftigt diese

¹ Ebd.

² Zu Hintzes Rolle in Spa vgl. **Hintze, P., von**, *Aufzeichnung des Staatssekretärs Hintze. 1919 dem Minister des Königlichen Hauses vorgelegt*, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 366-383.

³ **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 205f.

⁴ Der Kommandeur des sog. Bataillons Rohr, General Eberhard von Schwerin, dem die Bewachung des Kaisers anvertraut war, erwähnt ebenfalls das Erscheinen des holländischen Abgesandten, vgl. **Schwerin, E., von**, *Der 9. November in Spa*, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 428-436.

⁵ Vgl. **Hintze, P., von**, *Aufzeichnung des Staatssekretärs Hintze*, S. 374f.

⁶ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 459f.

⁷ **Schwerin, E., von**, *Der 9. November in Spa*, S. 432.

Hypothese insofern, als der Feldmarschall als damaliger Chef des Generalstabes dafür auch eine gewisse Verantwortung trug¹.

Als diese geschilderten Ereignisse in Spa am 7. und 8. November vorgefallen waren, war die Lage in Berlin in der Zwischenzeit verzweifelt geworden. Für den 9. November wurde ein Generalstreik ausgerufen. Die Reichsregierung hatte bei den möglichen Massenunruhen keinerlei Gründe, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Es lag weniger an dem oben erwähnten Ultimatum der SPD, als vielmehr an der Tatsache, daß zwischen dem 4. und dem 9. November die OHL keine zuverlässigen Fronttruppen in die Hauptstadt entsandt hatte. Die Proteste der Reichsregierung und insbesondere des Kriegsministers Scheüch an die OHL, „*daß es unverantwortlich sei, Berlin ohne infanteristischen Schutz zu lassen*“² hatten nicht gefruchtet. Es stand fest, daß für den 9. November „*aufßer drei Jägerbataillonen keine Fronttruppen in Berlin zur Verfügung sein würden*“³. Die einzige Verstärkung der Berliner Garnison durch die OHL bestand aus der Entsendung einiger Jägerbataillons des IV. Jägerregiments aus Naumburg, die großenteils erst am Abend des 8. November eintrafen. Einer der Anführer der revolutionären Obleute, Richard Müller, hatte den Einzug des IV. Jägerregiments am Abend des 8. Oktober am Halleschen Tor beobachtet und seine Eindrücke von ihrer Kampfmoral später wie folgt aufgezeichnet: „*Schwerbewaffnete Infanteriekolonnen, Maschinengewehrkompanien und leichte Feldartillerie zogen in endlosen Zügen an mir vorüber, dem Inneren der Stadt zu. Das Menschenmaterial sah recht verwegend aus. Mich erfaßte ein beklemmendes Gefühl*“⁴. Wie sich aber herausstellen sollte, waren seine Befürchtungen gegenstandslos. Die Militärbehörden der Stadt sahen die Lage am Vorabend der Massenunruhen aufgrund ausbleibender Verstärkungen bereits als aussichtslos an. Das IV. Jägerregiment, das bei Müller ein „*beklemmendes Gefühl*“ auslöste war im Prinzip keine schlagkräftige Kampftruppe, sondern eine Einheit, die aufgrund ihres niedrigen Kampfwertes für den Einsatz an der Westfront für untauglich befunden wurde. Die Naumburger Jäger hatten keine Fronterfahrungen. Als einzige Rechtfertigung für ihre Versetzung nach Berlin diente die Tatsache, daß sie in der ersten Hälfte 1918 in Rußland gegen die demoralisierten Bolschewiki eingesetzt worden waren. Zusammengesetzt waren die Mannschaften aus älteren Jahrgängen und die Frage, ob sie gegen die Demonstranten in Berlin verwendbar waren, war mehr als zweifelhaft⁵. Dieser Umstand ist dem kampferprobten General Linsingen nicht entgangen und er hegte bezüglich der Kampfkraft der Naumburger Jäger keine Illusionen. In seinem Dienstbericht über die Berliner Vorgänge am Vorabend der Massenunruhen faßte er die militärische Lage als aussichtslos und zwar weil die OHL keine Fronttruppen zur Verfügung gestellt hatte. Bezeichnenderweise hielt er die drei Naumburger Jägerbataillone nicht einmal für einen erwähnenswerten Faktor in seiner Lagebeurteilung: „*So wie die Verhältnisse lagen, war es meiner Ansicht nach nicht mehr möglich, die Revolution in Berlin zu verhindern. Sicherlich war noch eine geringe Anzahl [der Reservisten] treu geblieben und hätte ihre Schuldigkeit getan. Dies hätte aber nur zu unnötigem Blutvergießen geführt, ohne an der Sachlage etwas zu ändern. Selbst wenn es am 9.11.1918 ... gelungen wäre, den Ausbruch der Revolution [in Berlin] zu verhindern, so wäre es doch meiner Ansicht nach unmöglich gewesen, auf die Dauer die Situation zu*

¹ Der Brief ist abgedruckt bei **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 2., S. 594.

² **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 622.

³ Ebd.

⁴ **Müller, R.**, *Vom Kaiserreich zur Republik*, Wien 1925.

⁵ Zur militärischen Konstellation am 9. November und unmittelbar darauf vgl. **Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, 6 Bde., Berlin 1940.

retten. Berlin war bereits von faßt allen Seiten eingeschlossen. Die Gebiete im Norden, Westen und Süden befanden sich in den Händen der Aufständischen. Die Verpflegungszufuhr konnte damit jeden Augenblick gesperrt werden. Auch auf Ersatz war nicht zu rechnen. Von der von der OHL zur Verfügung gestellten 2. Gardedivision und 21. Maschinengewehrkompanien sind [bis zum 8. November] nur ein Pferdelazarett und 2 Pionierkompanien [von der Westfront] in Zossen eingetroffen“¹.

Daß die Befürchtungen radikaler Sozialisten bezüglich der Kampfkraft der herangezogenen Reservisten gegenstandslos war, zeigt auch die Tatsache, daß beim IV. Jägerregiment die Kampfmoral zusammenbrach, sobald die Soldaten ihre Kaserne in Berlin erreicht hatten. Schon am Abend des 8. November hatte der Regimentschef für einen folgenschweren Vorfall gesorgt, als er die Vorschriften für die Bekämpfung der inneren Unruhen zu wörtlich auffaßte und seinen vom langen Marsch ermatteten Mannschaften die Handgranaten verteilen ließ. Dabei kam es zu einem Zwischenfall, der auf die Ereignisse des 9. November in Berlin entscheidenden Einfluß haben sollte: Ein Gefreiter des Jägerregiments machte, während die Granaten verteilt wurden, eine aufsässige Bemerkung. Er wurde von den Offizieren seiner Kompanie sogleich verhaftet und abgeführt. Widerstand wurde dabei weder vom betroffenen Gefreiten noch von seinen Kameraden geleistet. Aber plötzlich, nachdem es geschehen war, geriet die gesamte Mannschaft zum Entsetzen der Offiziere in Aufruhr und begann, Fragen zu stellen. An diesem Abend gelang es den Regimentsoffizieren ihre Mannschaften erst dann zu beruhigen, als sie versprachen, Regierungsvertreter anzurufen und die Mannschaften von der politischen Situation aufklären zu lassen. Man einigte sich schließlich darauf, daß die Soldaten schlafen gingen und am nächsten Tag von Berliner Politikern selbst volle Aufklärung bekommen würden².

Interessanterweise war am Morgen des 9. November in den Straßen von Berlin zunächst nichts von einer bevorstehenden Umwälzung zu spüren. In den Berliner Betrieben wurden zwar Arbeiterversammlungen abgehalten, aber trotz kämpferischer Stimmung blieben die Menschen zuerst in ihren Betrieben: Wohl nicht zuletzt deshalb weil man noch nicht gewußt hatte, wie sich die Truppen verhalten werden. Bezeichnenderweise haben die maßgeblichen Politiker in dieser Nacht fast alle zuhause geschlafen und hatten am Morgen des 9. November keine Probleme, in das Regierungsviertel zu gelangen. Laut Augenzeugenschilderungen waren alle wichtigen strategischen Punkte der Stadt von den Reservisten besetzt. Als Scheidemann, der in dieser Nacht ebenfalls zuhause geschlafen hatte „nach dem Genuß eines undefinierbaren „Deutschen Tees“ und trockenen Brotes“³ um 7 Uhr in Richtung Regierungsviertel aufbrach, waren die Straßen der Hauptstadt leer. Auch für Emil Barth war es möglich, an diesem Vormittag alle Militärposten zu passieren und direkt am Alexanderplatz eine „Revolutionszentrale“ zu errichten⁴.

Für die Zuspitzung der Lage am Morgen des 9. November sorgten nicht die linksradikalen Elemente, die die „Massen“ in den Fabriken aufwiegelten, sondern die Soldaten des IV. Jägerregiments. Gleich nach dem Wecken griffen sie auf das Angebot ihrer Offiziere zurück und faßten den Beschluß, sich die Aufklärung selbst zu holen. Es wurde eine Delegation gewählt, wobei die Offiziere des Regiments keinerlei Widerstand geleistet

¹ Vgl. Linsingens am 16.11.1918 niederschriebene Bericht „Bericht über meine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution“, **Nachlaß Erbehardt**, Hauptarchiv Berlin-Dahlem.

² Ausführlich über die Vorgänge in Berlin vgl. **Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, 6 Bde., Berlin 1940.

³ **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2., S. 296.

⁴ **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 50f. Laut Pieck gelang es den Militärbehörden vor dem 9. November nur die Mitstreiter Barths, den Reserveleutnant Walz und Ernst Däumling, zu verhaften, **Pieck, W.**, *Erinnerungen an die Novemberrevolution*, in: *Gesammelte Reden und Schriften*, Berlin 1959, Bd. 1, S. 419f.

hatten. Die Abordnung des IV. Jägerregiments setzte sich in einen Lastwagen und fuhr direkt zur Redaktion des „Vorwärts“, dem Parteiorgan der SPD. Bezeichnenderweise wurden auch sie von den Straßensperren nicht behindert, was auf die Zuverlässigkeit der Reservisten ein deutliches Licht wirft. Im Redaktionsraum des Vorwärts ereignete sich dabei eine weitere bezeichnende Szene. Dort tagten seit ungefähr sieben Uhr die Vertrauensleute der SPD über die Lage in den Betrieben. Die Stimmung war sehr gereizt, weil niemand wußte, ob die Arbeiterschaft der Berliner Betriebe der SPD Folge leisten würden¹. In den Versammlungen der Betriebe führten teilweise radikalere Leute als sie die Reden. Obwohl die Arbeiterschaft sich noch besonnen verhielt, war es doch unklar, ob sie doch gegen die „revolutionären Obleute“ resistent sein würden. In diesem Fall befürchtete man blutige Zusammenstöße auf den Straßen. Zu diesem Zeitpunkt war man der Haltung der Garnison keinesfalls sicher². In diese nervöse Atmosphäre platzte die Abordnung des IV. Jägerregiments ein und forderte, daß unverzüglich „jemand“ mitkomme, um die Truppe über die politische Lage aufzuklären. Laut Schilderungen der Beteiligten waren die Versammelten vom Erscheinen der Soldaten zuerst keinesfalls erfreut. Man befürchtete Verhaftungen. Deshalb ist es verständlich, daß niemand sich bereit erklärte, freiwillig zu den Naumburger Jägern zu fahren. Schließlich gelang es den Soldaten, die erschrockene Versammlung doch noch etwas zu beruhigen, und, als der Lastwagen zurück zu der Kaserne fuhr, befand sich unter schweigenden Schwebewaffneten ein Zivile. Es war der sozialdemokratische Parteifunktionär Otto Wels, ein stämmiger, robuster Mann mit volkstümlichen Manieren und mit beträchtlichem Mut. Als Wels die Zeitungszentrale verließ, wußte er angeblich nicht, was ihm bevorstand³.

In der Kaserne der Naumburger Jäger standen bereits die Mannschaften auf dem Platz versammelt und zwar in richtiger militärischer Formation mit den Regimentsoffizieren vor der Front. Wels kannte ihre Stimmung nicht, aber als er auf dem Krümperwagen gehievt und aufgefordert wurde, die Mannschaften über die politische Lage aufzuklären, hielt er eine Rede, die das Schicksal Berlins an diesem Tag entscheiden sollte. Diese Rede von Wels erforderte offensichtlich nicht weniger Mut als sein berühmter Reichstagsauftritt vom 23. März 1933 mit der Zurückweisung des „Ermächtigungsgesetzes“. Seine Rede war keinesfalls auführerisch: Wels sprach vom verlorenen Krieg, den harten Friedensbedingungen, die zu erwarten waren und von der Gefahr, die der Staatlichkeit im Falle eines Bürgerkrieges drohte. Als die entscheidende Sätze seiner Rede: „*Es ist eure Pflicht, den Bürgerkrieg zu verhindern*“ und „*Ich rufe euch zu: Ein Hoch auf den freien Volksstaat*“ fielen, hatte er die Zuhörerschaft gewonnen. Die Soldaten stürzen vor, umringten den Wagen und erklärten ihre Bereitschaft, sich der SPD zur Verfügung zu stellen. Kein einziger Regimentsoffizier unternahm den Versuch, diese Fraternisierung zu unterbinden. Keiner handelte nach dem Militärkodex und machte von der Schußwaffe Gebrauch. Die Offiziere verhielten sich selbst dann passiv, als Otto Wels um ca. 9 Uhr von zahlreichen Soldaten begleitet, die Kaserne verließ⁴.

Dies sollte die große Stunde von Otto Wels werden: Er wußte jetzt, worauf es ankam und wie er die Reservisten der Berliner Garnison zu nehmen hatte. Wels fuhr in Begleitung der Naumburger Jäger zu den

¹ Ausführlich hierzu vgl. **Müller-Franken, H.**, *Die Novemberrevolution. Erinnerungen*, Berlin 1928.

² Ebd.

³ **Adolph, H.**, *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie: 1894-1939. Eine politische Biographie*, Berlin 1971.

⁴ Ausführlich über die Vorgänge in Berlin vgl. **Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, 6 Bde., Berlin 1940.

anderen Kasernen. Er hielt überall Reden, die überall denselben Effekt verursachten wie bei den Mannschaften des IV. Jägerregiments. Nirgendwo wurden die Auftritte von Wels durch die Offiziere vereitelt¹.

Die Revolution in der Hauptstadt hatte noch nicht begonnen, aber ihr Schicksal war im voraus entschieden: Solange die Linksradikalen ihre Aufwiegelungsreden hielten und die Regierung über die Maßnahmen zur Entschärfung der drohenden Revolution beriet, befand sich die bewaffnete Macht in der Hauptstadt bereits in den Händen der SPD². Diese Tatsache wurde auch vom Umstand begünstigt, daß im Augenblick der höchsten Spannung, als die Kunde von der Unzuverlässigkeit der Garnison die Betriebe erreichte und dort naturgemäß die Formierung der Massenzüge in Angriff genommen wurde, den Militärbehörden der Stadt eine Panne unterlief. Bei den Führern der Truppenaufgebote im Stadtzentrum trafen telefonische Weisungen ein, Verkehrsknotenpunkte zu räumen und die Soldaten zurück in die Kasernen zu führen. Bis heute ist es nicht geklärt worden, wer diesen „Befehl“ eigentlich gegeben hat³. Obwohl es sich offensichtlich um eine Desinformation der Linksradikalen handelte, wurde diese Weisung befolgt und das Stadtzentrum entblößt⁴. Offensichtlich spielten die Spannungen zwischen dem Kriegsminister Schetich und dem Stab Linsingens eine erhebliche Rolle⁵. Die Matrosenabordnungen, die seit Tagen die Einreise nach Berlin begehrten, waren auf Befehl Linsingens in den Bahnhöfen der Vorstädte verhaftet, aber auf Weisung des Kriegsministers wieder freigelassen worden⁶. Jetzt trafen sie in Berlin ein, was auf die Moral der Garnison eine verheerende Wirkung haben sollte⁷.

In diesem Licht erscheint die Diskussion um den „Schußbefehl“, die die Regierung Max von Baden den ganzen Vormittag genauso im Atem hielt, wie die Abdankung des Kaisers, als eine groteske Episode⁸. Die Erlaubnis, Schußwaffen einzusetzen versuchte Linsingen schon am Vorabend der Massenunruhen zu bekommen, allerdings ohne Erfolg. Als Linsingen am 9. November vormittags die Regierung informierte, daß für 2 Uhr Massendemonstrationen unter Beteiligung von ca. 30 000 Arbeitern im Regierungsviertel zu erwarten waren und noch einmal anfragte, ob angesichts der Ereignisse im IV. Jägerregiment überhaupt von der Waffe Gebrauch gemacht werden solle, dauerte es bis Mittag, bis die Regierung ihm eine Antwort zukommen ließ⁹. Ähnlich wie die Militärbehörden Petersburgs, die am Tag der Soldatenmeuterei regierungstreuen Truppen den Befehl erteilt hatten zu schießen, aber so, daß „*die Kugel die Demonstranten nicht treffen*“, war auch der Befehl an Linsingen wohl dazu geeignet, Demonstranten zu reizen, anstatt sie zu zerstreuen. Die Regierung befahl Linsingen, „*daß für die Truppe eine Vorschrift [mit dem Verbot Waffen zu gebrauchen] bestehe, und sie nur zum Schutz von Leben, Eigentum und Gebäuden schießen müsse*“¹⁰. Da Linsingen, anders als Chabalov, ein erfahrener Frontgeneral war, nahm er diesen „Befehl“ gar nicht zur Kenntnis und befahl eigenmächtig, den Waffengebrauch überhaupt zu verbieten. „*Truppen haben nicht von den Waffen Gebrauch zu machen, auch*

¹ Ebd.

² Vgl. **DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei**, Nr. 2480, **Bernstein, E.**, *Die Deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk*, Berlin 1921, S.31f., **Braun, O.**, *Von Weimar zu Hitler*, New York 1940, S. 9f.

³ **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 47.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. Linsingens am 16.11.1918 niedergeschriebene Bericht „*Bericht über meine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution*“, **Nachlaß Erbehardt**, Hauptarchiv Berlin-Dahlem.

⁶ Vgl. Ebd., **Bauer, M.**, *Der große Krieg*, S. 266f.

⁷ Ebd.

⁸ Ausführlich dazu vgl. **Haefen, H., von**, *Erinnerungen*, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 618f. und **Ross, C.**, *Die ersten Tage der Revolution*, in: *Das Tage-Buch*, 1. Jg./I, 1920, S. 208f., S.264f., 282f.

⁹ Zum „Schießbefehl“, ebd., **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 637f.

¹⁰ Ebd., **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 637.

nicht bei Verteidigung von Gebäuden“, lautete die letzte Maßnahme Linsingens als „Oberkommandierender in den Marken“¹. Mit dieser Maßnahme wurden nicht nur unnötige Opfer vermieden, sondern auch erreicht, daß die Massenunruhen in Berlin anders als die in Petersburg nicht zu Pogromen an Regierungsbeamten ausarteten. Anders als in Petersburg, wo die Opfer der Krawallen in die tausende gingen, spielte sich die Revolution in Berlin mehr oder weniger friedlich ab. Laut Quellen forderten die Berliner Massenunruhen am 9. November 15 Todesopfer. Die meisten davon waren vormittags gefallen, bevor Linsingen endgültig den Waffengebrauch verboten hatte².

Obwohl die Entscheidung am 9. November letztendlich in Berlin fallen sollte, war das Verhalten der OHL ebenfalls von entscheidender Bedeutung gewesen. In Spa befand sich nicht nur das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, sondern auch die Zentrale der Heeresleitung, die selbst am 9. November über das größte Machtinstrument des Landes, das Frontheer, verfügte. Und dieses Heer blieb in ihrem Kern - der kämpfenden Truppe - noch am 9. November gesund. So jedenfalls die Meinung deutscher Militärspezialisten, auch wenn sie vermerken, daß das Gros deutscher Kampfdivisionen bis aufs Äußerste erschöpft war³. Die Frage allerdings, ob die Frontsoldaten gegen Angehörige des eigenen Volkes vorgehen würden, war insofern verschwommen, als alle Fristen zum rechtzeitigen Eingreifen bereits verstrichen waren. Diese Frage wurde in der OHL im negativen Sinne beantwortet und das Merkwürdige daran war, daß die Entscheidung zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die Nachrichten von den Ereignissen in Berlin Spa noch nicht erreicht haben konnten. Darin besteht die Eigenartigkeit des 9. November aus der Sicht der OHL, wie auch in der Tatsache, daß die dortigen Ereignisse von Personen maßgeblich beeinflußt wurden, deren rechtlicher Status sie zu den unternommenen Schritten in keiner Weise berechtigten.

Noch einige Stunden bevor Otto Wels den Kerntrupp der Berliner Garnison der Reichsregierung abspenstig gemacht hatte, kam Major Jahreis nach Spa zurück und erstattete Groener Bericht. Aus diesem Bericht ging hervor, daß die Revolutionäre in Köln und anderen an die Etappe des Heeres anschließenden deutschen Städten ihre Macht konsolidiert hatten und deshalb jede Strafexpedition von vornherein zum Scheitern verurteilt war⁴. Jahreis fügte seinem Bericht Informationen zu, die für die späteren Entschlüsse der OHL an diesem Tag von maßgeblicher Bedeutung sein sollten: Die eine bestand darin, daß die 2. Gardedivision, eine Eliteeinheit, die als Kerntruppe der Strafexpedition vorgesehen war, gemeutert und ihre Mannschaften sich im Großteil nach Hause abgesetzt hatten⁵. Die Zweite bestand darin, daß die meuternden Garnisonen ihrerseits bereits eine Strafexpedition nach Spa eingeleitet hatten⁶. Wie sich später herausstellen sollte, waren diese Angaben schlichte Falschmeldungen⁷.

Obwohl die Möglichkeit der Sperrung der Zufuhren aus der Heimat laut mehreren zeitgenössischen Schilderungen das Handeln der OHL am 9. November wohl am stärksten beeinflußte, war das Frontheer in Wirklichkeit gegen eine Blockade bestens gewappnet. Von niemandem geringeren, als von dem Chef der für die

¹ Linsingens am 16.11.1918 niederschriebene Bericht „*Bericht über meine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution*“, **Nachlaß Erbehardt**, Hauptarchiv Berlin-Dahlem.

² **Görlitz, W.**, *November 1918*, S. 178.

³ **Loßberg, F., von**, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg 1914-1918*, Berlin 1939, **Gallwitz, M., von**, *Erleben im Westen 1916-1918*, Berlin 1932, **Einem, K., von**, *Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg*, S. 458-465f.

⁴ Jahreis Bericht ist z. T. abgedruckt bei **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 452-453.

⁵ Zur Mission von Major v. Jahreis, vgl. **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 452f.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. Den Bericht von General Friedeburg „*Die zweite Gardedivision am 9. November*“, **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 425f., **Bauer, M.**, *Der große Krieg*, S. 268-269.

Versorgung des Heeres verantwortlichen Abteilung Max Bauer wissen wir, daß Groener und seine engsten Mitarbeiter bezüglich Heeresverpflegung sich einfach verkalkuliert hatten. Anscheinend war es bei den Frontarmeen gegen Ende des Krieges üblich, Lebensmittel und Kleidung zu horten, so daß die Front mindestens einen Monat lang keine Lieferungen aus der Heimat benötigte¹. Laut Max Bauer vertrat Groener seinen Kollegen gegenüber aber die Meinung, „daß man vor der Revolution kapitulieren und daß der Kaiser flüchten müsse“². Zu ungefähr gleichen Stunde, als Wels zu den Soldaten des IV. Jägerregiments seine Rede hielt, erschien Groener bei Hindenburg und unterrichtete ihn von Jahres' Ansichten. Während diesen Vortrages war auch Admiral Hintze zugegen. Anschließend ging man zu den angeforderten Frontoffizieren, die über die Stimmung im Frontheer befragt werden sollten³.

Wie man Groeners Rolle am 9. November in Spa auch beurteilen mag, man muß konstatieren, daß zumindest die Befragung der Frontvertreter eindeutig manipuliert wurde⁴. Laut Groener hatte die OHL für den 9. November „von insgesamt 10 Armeen [50] Vertreter eingefordert, 39 waren zur festgesetzten Zeit in Hotel Britannique in Spa zur Stelle, die übrigen 11 waren auf der Fahrt aufgehalten worden und kamen erst später“⁵. Angesichts der gespannten Lage in Berlin wurde beschlossen, nicht auf die Zurückgebliebenen zu warten und mit der Befragung sofort zu beginnen⁶. Laut Teilnehmerberichten waren die Angereisten bis aufs Äußerste erschöpft: Alle hatten eine beschwerliche nächtliche Reise hinter sich und nur wenige waren überhaupt informiert, daß in Deutschland die Revolution ausgebrochen war. Ohne den Menschen zu sich kommen zu lassen (laut einem Bericht bekamen die Frontoffiziere nicht einmal warmen Tee), versammelte der Chef der Operationsabteilung Heye die Angereisten im Konferenzsal. Ohne die völlig uninformierten Offiziere moralisch vorzubereiten, erklärte Heye, daß in Berlin die Situation außer Kontrolle geraten war. Bevor aber die Offiziere über die Lage in ihren Einheiten zu berichten beginnen durften, erschien Hindenburg vor den Versammelten und hielt eine Ansprache. Laut dem Chef der II. Operationsabteilung: „Malte der Feldmarschall ihnen die Lage in der Heimat schwarz in schwarz und wirkte vernichtend“⁷.

Bekanntlich hatte der Nachfolger des älteren Moltke als Chef des Generalstabes Graf Waldersee noch um die Jahrhundertwende Befragungen der Armeeeingehörigen grundsätzlich als „Todsünde“ bezeichnet⁸. Wie auch die Ereignisse der Soldatenmeuterei in Rußland es bestätigten, waren solche Befragungen erstens keinesfalls repräsentativ, und zweitens desorganisierten sie die Heeresführung, da sie dem Wesen einer militärischen Organisation widersprachen. Nicht zuletzt waren sie aber auch manipulierbar und führten zum unweigerlichen Zusammenbruch des Heeres. Nicht anders als die von Aleksejev in den Tagen der

¹ Ebd.

² **Bauer, M.**, *Der große Krieg*, S. 268. In ähnlichem Sinne äußert sich auch der Stabschef des II. Generalquartiermeisters Thaeer, vgl. **Thaeer, A., von**, *Generalstabsdienst*, S. 261f.

³ **Hintze, P., von**, *Aufzeichnung des Staatssekretärs Hintze*, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 372f., **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 206f.

⁴ Zur Konferenz allgemein vgl. **Groener-Geyer, D.**, *General Groener. Soldat und Staatsmann*, Frankfurt am Main 1955, S. 100f., **Westarp, K., Graf, von**, *Das Ende der Monarchie am 9. November 1918. Abschließender Bericht nach den Aussagen der Beteiligten*, Berlin 1952, S. 155, Fn. 161 und 162. Bericht von Ludwig Beck bei **Breucker, W.**, *Die Tragik Ludendorffs*, S. 72f.

⁵ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 457.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. **Bauer, M.**, *Der große Krieg*, S. 269, Erlebnisbericht des Obersts Hünicken „Das Frontheer und der 9. November“, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 437-444.

⁸ Vgl. **Görlitz, W.**, *Der deutsche Generalstab*, S. 288.

Soldatenmeuterei veranlaßte „Befragung“¹, waren auch Groeners Fragen an die Frontoffiziere so formuliert, daß eine positive Antwort von vornherein ausgeschlossen war. Diese Fragen lauteten: „1. *Wie steht die Truppe zum Kaiser? Wird es möglich sein, daß der Kaiser an der Spitze der Truppen die Heimat im Kampfe wiedererobert?*“ und „2. *Wie steht die Truppe zum Bolschewismus? Wird sie den Kampf mit den Waffen gegen die Bolschewisten in der eigenen Heimat aufnehmen?*“². Wie nach Hindenburgs Vortag nichts anders zu erwarten, beantworteten die bearbeiteten Offiziere die erste Frage in 23 Fällen mit „nein“ und nur in einem Fall mit „ja“. Bezüglich der zweiten Frage fielen die Antworten in 12 Fällen mit „ja“ und in 8 Fällen mit „nein“ aus³. Wenn man die Ergebnisse dieser Abstimmung aber näher betrachtet, fehlt auf, daß in beiden Fällen eine große Zahl der Befragten sich zu überhaupt keiner Antwort durchringen konnten. Bei der ersten Frage waren es immerhin 15 Offiziere, die über den Erfolg unschlüssig waren und bei der zweiten sogar 19⁴. Wie die Teilnehmer später berichteten, hätten alle diese „unentschlossenen“ Offiziere im Falle einer neutralen Fragestellung sich mehrheitlich für die energische Maßnahmen entschieden, wie auch die große Zahl derjenigen, die mit „nein“ geantwortet hatten⁵. Ein Regimentskommandeur, der bei der Befragung beide Fragen mit „ungewiß“ beantwortet hatte und deshalb als neutraler Zeuge herangezogen werden kann, schrieb über diese Befragung später: „*Die Fragen, die uns Kommandeuren vorgelegt wurden, nachdem uns die Lage, obwohl sie schwarz genug war, noch schwärzer geschildert wurde, gingen letzten Endes nur allein von General Groener aus [der] in unserem Gutachten nur einen Rückhalt für sich selbst suchte. [Vor allem] kannten sie die Antworten, die auf sie folgen mußten! Außerdem war es für uns Kommandeure völlig ungewohnt und maßlos schwer, so unvorbereitet plötzlich auf diese politische Fragen [zu antworten]. Wir waren nach unserer militärischen Erziehung gewohnt, von unseren militärischen Führern Befehle zu erhalten... die von oben [gestellt] die niedere Führung nicht einen Augenblick irre oder unsicher machen durften... Ganz anders hätten unsere Antworten gelaute, wenn [der Kaiser] selber in unseren Kreis getreten wäre und uns selbst befragt hätte... Ich bin sicher, daß dann die Antworten anderes gekommen wären, aber jedenfalls nicht so tragisch*“⁶.

Daß der Offizier mit seinen Vermutungen nicht so falsch gelegen war, zeigt auch die weitere Vorgehensweise Groeners. Die Abstimmung der Offiziere erfolgte durch Einzelbefragung durch den Chef der I. Operationsabteilung Heye in einem separaten Raum. Groener wartete aber auf die Ergebnisse der Befragung gar nicht, sondern fuhr sogleich zum Kaiser und erklärte ihm, daß der Generalstab beschlossen hatte, mit den meuternden Garnisonen zu verhandeln⁷. Die Befragung der Frontoffiziere war ohnehin nur eine Formalität gewesen: Noch bevor Hindenburg an die Frontoffiziere seine Ansprache gehalten hat, rief Hintze (um 9 Uhr) in Berlin an und erklärte, daß „*die OHL sich entschlossen [hatte], seiner Majestät zu melden, daß die bewaffneten Streitkräfte im Falle eines Bürgerkriegs nicht hinter Kaiser stehen würden*“⁸. In demselben Telefongespräch

¹ Vgl. **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1, S. 148-164, sowie **Golovin, N.**, *Rossijskaja kontrrevoluzija*, Bd. 1, S. 32-38 und 45-59.

² Vgl. **Stahl, W. (Hrsg.)**, *Schulthess europäischer Geschichtskalender*, 1918/1, S. 437, **Berthold, L., Neef, H.**, *Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution*, Frankfurt am Main 1978, S. 25, **Thaer, A., von, Der Generalstabsdienst, S. 258.**

³ Ebd., **Görlitz, W.**, *Der deutsche Generalstab*, S. 288.

⁴ Ebd.

⁵ **Bauer, M.**, *Der große Krieg*, S. 269.

⁶ Erlebnisbericht des Obersts Hünicken „*Das Frontheer und der 9. November*“, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 439f.

⁷ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 459f.

⁸ **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 630-631.

teilte Hintze offiziell mit, daß die Operation gegen Berlin nicht unternommen wird¹. Da diese Information vom Reichskanzler sofort an die SPD weitergeleitet wurde und von dort weiter in die Betriebe ging², ist anzunehmen, daß sie in der Hauptstadt noch am Vormittag allgemein bekannt wurde. Damit ist in Deutschland am 9. November vormittags eine Situation eingetreten, wie sie während der Soldatenmeuterei in Petersburg gegeben war: Noch bevor der Zusammenbruch der kaiserlichen Gewalt erfolgt war, wußten die Demonstranten, daß sie keinerlei Strafexpedition des Frontheeres zu befürchten hatten.

Der entscheidende Vortrag beim Kaiser gestaltete sich trotzdem dramatisch: Obwohl Hindenburg als offizieller Chef des Generalstabes den Vortrag halten mußte, versagte ihm die Stimme. Er überließ das Vortragsrecht Groener. Groener hielt seinen Vortrag umständlich, mit vielen technischen Einzelheiten und stützte sich dabei auf die Ergebnisse der Befragung der Frontoffiziere, die zu dem Zeitpunkt noch gar nicht abgeschlossen war. Dabei kam es zu einem Eklat: Anders als bei der Befragung der Frontoffiziere entflammte während des Vortrages eine Diskussion über die Richtigkeit von Groeners Vermutung, daß das Frontheer im Landesinneren nicht einsetzbar sei. Groeners Opponent war dabei bezeichnenderweise nicht der offizielle Oberkommandierende Wilhelm II., sondern der Stabschef der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz General Graf von der Schulenburg^{3*}. Schulenburg vertrat dabei folgende Position: „Die [Frontsoldaten] haben sich in vielwöchigen Herbstschlachten ganz ausgezeichnet geschlagen und trotz übermenschlicher Anforderungen zähesten Widerstand geleistet. Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß die Masse noch fest in der Hand ihrer Führer ist... Haben sie einige Zeit Ruhe, Zeit zum Entlausen, Ausschlafen und sich aufzufrischen, würde den Regimentskommandeuren die Möglichkeit gegeben, ihre Leute wieder in die Hand zu nehmen... Es muß freilich [in Groeners Sinn] verneint werden, daß das ganze Westheer geschlossen kehrt macht, um zu einem Bürgerkrieg nach Deutschland zu marschieren. Dafür ist daß Heer nicht zu haben. Das ist aber auch gar nicht nötig. Warum nimmt man den Kampf mit den Aufständischen an einzelnen wichtigen Stellen nicht auf?.. Man soll ausgesuchte Führer und ausgesuchte Truppen mit modernen Kampfmitteln ausgestattet zunächst nach Aachen und Köln schicken und zwar sofort. Voraussetzung hierfür ist eine richtige Parole... Zusammenfassend geht mein Urteil dahin: Nicht abdanken, kein Bürgerkrieg, aber die Wiederherstellung der Ordnung an einzelnen Stellen mit Waffengewalt“⁴. Als der Kaiserliche Generaladjutant Plessen und der Chef des Militärkabinetts General Marschall dieser Meinung beipflichteten, schien es eine zeitlang, daß Groener sich mit seiner Auffassung nicht durchsetzen würde⁵. Die Diskussion wurde aber durch Oberst Heye entschieden, der mit den Ergebnissen der Abstimmung der Frontoffiziere vor dem Kaiser erschien. Obwohl zu diesem Zeitpunkt noch ca. ein Drittel der angereisten Frontoffiziere unbefragt geblieben war⁶, berichtete Heye dem Kaiser, daß die

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Schulenburgs Stellungnahme ist insofern von Bedeutung, weil er in der Generalität für einen der fähigsten Generalstäbler gehalten wurde. In den 20-er Jahren war er einer der aussichtsreichsten Kandidaten für den Posten des Kriegsministers. Indes war die Geschichte seiner Familie tragisch. Obwohl Schulenburg in den 30-er Jahren aktiv mit der NSDAP zusammengearbeitet hatte, wurden zwei seiner Söhne im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 hingerichtet und mindestens zehn weitere Familienangehörige im KZ inhaftiert, **Wheeler-Bennett, J.**, *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 215f., S. 359 und 764.

⁴ Denkschrift des Generals Graf v. d. Schulenburg vom 7. Dezember 1918, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 322.

⁵ Vgl. **Plessen, H., von**, *Die Abdankung des Kaisers*, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 360f.

⁶ Erlebnisbericht des Obersts Hünicken „Das Frontheer und der 9. November“, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 441.

Befragungsergebnisse vernichtend negativ ausgefallen waren¹. In dieser Situation gab Wilhelm II. selbst den Gedanken des militärischen Widerstands auf und erklärte, er verzichte auf militärische Gegenmaßnahmen. Wilhelm II. erklärte ferner, er würde bis zum Waffenstillstand in Spa bleiben, um dann friedlich mit dem Generalstab in die Heimat zurückzukehren². In Hinblick auf die geforderte Abdankung schlug Wilhelm II. ebenfalls einen Kompromiß vor: Er wäre bereit, auf die Krone des deutschen Kaisers zu verzichten, würde aber vorerst als preußischer König bleiben³. Bei diesem letzten Entschluß argumentierte Wilhelm II. interessanterweise nicht politisch, sondern militärisch. Seiner Meinung nach, würde der Thronverzicht in den preußischen Kontingenten des Heeres den Zusammenbruch auslösen und den geordneten Rückzug aus den besetzten Gebieten ungemein erschweren. Soldaten und Offiziere des Heeres waren rechtlich an ihn als Monarchen gebunden. Sie befanden sich seit Wochen in den Kämpfen und waren in ihrer Masse über die Zuspitzung der innenpolitischen Lage nicht informiert. Die Abdankung des deutschen Kaisers in diesem kritischen Moment konnte deshalb eine Schockwirkung haben und zum Zusammenbruch der Heeresorganisation führen. Es war daher wichtig, zumindest bis zum Abschluß der Heimführung des Heeres als preußischer König bei den Truppen zu bleiben⁴.

Die Personen, die gegen diese Überlegungen Wilhelms II. opponiert hatten, waren Groener und Hintze. „*Seine Majestät braucht keine Armee, um mit ihr spazierenzugehen*“, erklärte Hintze, „*was er braucht ist eine Armee, die für ihn kämpft*“⁵. Groeners Standpunkt in dieser Situation war viel gewichtiger, denn er erklärte dem Kaiser im Namen des Generalstabes, daß die Armee sich weigere, Wilhelm II. als Oberbefehlshaber weiter anzuerkennen: „*Das Heer wird unter seinen Führern und kommandierenden Generälen geschlossen und in Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter der Führung Eurer Majestät, denn es steht nicht mehr hinter Eurer Majestät*“⁶. Der viel zitierte Satz „*Der Fahneid ist [in den Zeiten einer revolutionärer Gärung] eine bloße Idee*“⁷, fiel im direkten Gespräch mit Wilhelm II. nicht, sondern wurde von Groener gegenüber anderen Offizieren am gleichen Tag geäußert. Er wirft dennoch auf die persönliche Einstellung Groeners und seiner engsten Mitarbeiter ein bezeichnendes Licht. Wenn Groeners Position im Nachhinein von der Geschichtsschreibung entschuldigt wurde, muß festgestellt werden, daß sie streng rechtlich gesehen nichts anderes als ein Rechtsbruch war. Dies empfand übrigens auch Groener selbst, als er sich später erinnerte, er wäre nicht überrascht gewesen, wenn „*einer der Anwesenden [ihn] in diesem Augenblick über den Haufen geschossen hätte*“⁸. In der Geschichtsschreibung über die Vorgänge in Spa am 9. November ist deshalb eine Version vorhanden, wonach der Kaiser und der später zugereiste Kronprinz erwogen haben sollen, Groener vor ein Kriegsgericht zu stellen^{9*}.

¹ Heyes Vortrag ist z. T. abgedruckt bei **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 458.

² Vgl. **Plessen, H., von**, *Die Abdankung des Kaisers*, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, Anhang.

³ Ebd.

⁴ Denkschrift Niemanns, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, Anhang, **Balfour, M.**, *Der Kaiser*, S. 443f.

⁵ **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 212.

⁶ Vgl. Erlebnisbericht Obersts Hünicken „*Das Frontheer und der 9. November*“, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 441.

⁷ Ebd.

⁸ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 460.

⁹ Die von der französischen Regierung ausgezeichnete Untersuchung von J. Benoist-Méchin behauptet, daß Wilhelm II. erwogen hätte, Groener vor ein Tribunal zu stellen, und daß dies nur aufgrund der Intervention Hindenburgs zugunsten Groeners verhindert wurde. Genauere Quellen hierzu nennt J. Benoist-Méchin jedoch nicht. Groener berichtet seinerseits, er wisse nichts von ähnlichen Absichten des Kaisers. Die Absicht, Groener vor ein Kriegsgericht zu stellen, vermerkt aber auch der Militärhistoriker W. Görnitz, allerdings ebenfalls ohne

Am späten Vormittag des 9. November erreichten Spa Telegramme, aus denen hervorging, daß die Regierung ihre einzige Hoffnung zur Beruhigung in der Abdankung des Kaisers sah. Aus diesen Telegrammen ging ferner hervor, daß in Berlin sich große Demonstrationen formierten und bereits in Richtung Stadtzentrum zogen¹. In dieser Situation beauftragte der Kaiser Hintze, mit Berlin Verhandlungen zu beginnen und zwar in die Richtung, daß Wilhelm II. bereit sei, als Deutscher Kaiser abzudanken, nicht aber als preußischer König². Davon daß Wilhelm II. an diesem Tag bereits nicht mehr als Oberkommandierender deutscher Bundesarmeen agiert hatte, zeugt vor allem der folgende Umstand. Das Telegramm, welches im Anschluß an die Konferenz von Hintze der Reichsregierung übermittelt wurde, legte der Reichsregierung keinerlei Auflagen für die künftige Staatsform des Deutschen Reiches nahe, beinhaltete aber eine Forderung, die offensichtlich von den Militärs durchgesetzt wurde. Die Regierung mußte sich demnach bindend verpflichten, Erzbergers Waffenstillstandskommission, die ja im Namen der Zivilregierung verhandelte, die Unterschrift zu befehlen, auch wenn der Monarch sein Amt nicht mehr ausüben würde³.

Im Prinzip war es für die Ereignisse des 9. November aus deutscher Sicht charakteristisch, daß die maßgebenden politischen Akteure dieses Tages: Groener, Max von Baden und Ebert politisch gesehen bereits an einem Strang zogen. Im großen und ganzen kann man die Taktik aller drei zur Bekämpfung der ausgebrochenen Massenunruhen wie folgt charakterisieren: Alle drei betrachteten die Abdankung des Kaisers als wichtigste Voraussetzung für die Beruhigung der Gemüter in der Hauptstadt⁴. Des weiteren erachteten sie es als notwendig, den Umsturz in den von der Revolution erfaßten Städten anzuerkennen, aber zu probieren, die Situation auf dem Verhandlungsweg zu entschärfen. „*Wir können die Revolution nicht mehr niederschlagen, sondern nur noch ersticken*“ und „*Das Schicksal Deutschlands hing daran, daß Ebert die Leistungen Noskes in Kiel wiederholte, das heißt, die Bewegung im ganzen Lande zurückrollte*“⁵, so schätzte der Reichskanzler die Situation am 9. November ein. Das einzige, was die drei Staatsmänner trennte, war der Zeitplan und daraus entstand am 9. November unerwartet doch eine beträchtliche Krisensituation, wobei die Entfernung Spas von Berlin keine unerhebliche Rolle gespielt hatte. Wenn Ebert und Max von Baden vormittags am 9. November zur Erkenntnis gelangten, daß die Situation außer Kontrolle geriet und gegen Mittag den Entschluß faßten, unverzüglich zu handeln, glaubte man in Spa immer noch daran, einige Stunden Zeit zu haben, um die Abdankung des Kaisers zu organisieren. Daraus entstand gegen Mittag des 9. November ein Drama, das trotz Nervenfolter der Beteiligten nicht ohne komödienhafte Züge geblieben wäre, hätte es nicht so verheerende Folgen gehabt.

Obwohl den ganzen Vormittag über die Reichsregierung beinahe minütlich nach Spa panikartige Telegramme kabela, blieben die Straßen der Hauptstadt zunächst leer. So erinnerte sich der Reichstagsabgeordneter Müller-Fulda, daß bis zum Mittag des 9. November die Realität auf den Straßen von Berlin ganz anders aussah als später in zahlreichen Memoiren geschildert wurde: „*Als ich [gegen Mittag] die ‚Linden‘ kreuzte, begegneten mit nicht ‚ungeheure Menschenmassen‘ wie Herr Scheidemann schreibt, sondern*

genauere Quellen anzugeben, vgl. **Benoist-Méchin, J.**, *Das Kaiserreich zerbricht*, S. 26f., **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 445, **Görlitz, W.**, *Der deutsche Generalstab*, S. 288.

¹ **Hintze, P., von**, *Aufzeichnung des Staatsekretärs Hintze*, S. 372f.

² Ebd.

³ Text des Telegramms mit der Abdankungsbewilligung, bei **Hintze, P., von**, *Aufzeichnung des Staatsekretärs Hintze*, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 381.

⁴ **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 615-629f., **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 450f.

⁵ Ebd.

eine dünne Prozession von festlich bekleideten Personen, teils Erwachsene, teils Schulkinder, Mädchen und Frauen, von denen einige auch kleine rote Fähnchen trugen und von Zeit zu Zeit mit schwachen Stimmchen: ‚Es lebe die Republik‘ riefen, doch so leise, daß ihr Ruf in dem gewöhnlichen Straßengeräusch kaum verständlich war. Ich kreuzte diese ruhige Prozession, die noch eher an einen Schulausflug im Monat Mai als einen Revolutionsaufmarsch erinnerte, ohne jede Schwierigkeit und ging zum dem Portal 2 des Reichstags, während die Prozession zum Siegesdenkmal zog. Im Reichstag ging ich direkt zum Postamt und dann in das anstoßende Lesezimmer, wo nicht, wie Scheidemann schreibt, ‚Haufen von Arbeitern und Soldaten‘ einherstürmten, sondern höchstens 5-6 Personen saßen, die ruhig ihre Zeitungen lasen“¹. Ungeachtet dessen riß dem Reichskanzler ungefähr um 12 Uhr die Geduld und er beschloß, die Initiative in der Abdankungsfrage an sich zu reisen². Schon in den frühen Morgenstunden des 9. Januar hatte Max von Baden für alle Fälle eine amtliche Mitteilung von der Abdankung des Kaisers anfertigen lassen, damit man keine Zeit verlor, wenn der Kaiser tatsächlich abgedankt hätte. Als die Demonstranten sich dem Regierungssitz näherten, entschloß sich der Reichskanzler zu einem originellen Schritt und ordnete an, diese Mitteilung herauszugeben, wohl wissend, daß sie falsch war. Der Text dieser, unmittelbar danach von der Wölfischen Telegraphagentur veröffentlichten Fälschung lautete: „Der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amt, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen sofortiger Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Volksgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen“³. Zwei Aspekte dieser Meldung verdienen sehr wohl festgehalten werden: Erstens verkündete Max von Baden den Thronverzicht nicht nur im Namen Wilhelms II., sondern auch des Kronprinzen, der nicht einmal gefragt worden war, dazu eine Stellung zu nehmen⁴. Und zweitens bezog sich die Verlautbarung ausdrücklich auch auf deutschsprachige Teile Österreich-Ungarns, womit der Reichskanzler andeutete, daß er noch vor Bekanntgabe der Ententebedingungen das Deutsche Reich nicht als endgültig konstituiert ansah. Im Übrigen ähnelte der Ton dieser Verlautbarung dem Wortlaut des Thronverzichts des Großfürsten Michail von Rußland und ließ die Staatsform Deutschlands vollkommen offen⁵. Wenn der Reichskanzler gehofft hatte durch diese illegale Veröffentlichung, die Stimmung in den Straßen der Hauptstadt zu beruhigen, so hatte diese Veröffentlichung gerade das Gegenteil bewirkt. Anstatt Menschen von der Straße zu holen, sorgte sie vielmehr dafür, daß auch diejenigen sich den Demonstrationen anschlossen, die zuvor geneigt gewesen waren, zuhause zu bleiben und den Ausgang abzuwarten.

Als die Bekanntgabe der Abdankung herausgegeben war, erschien Ebert beim Reichskanzler und forderte im Namen der SPD, die Kanzlerschaft ihm zu übergeben: „Damit Ruhe und Ordnung gewahrt werden“⁶. Obwohl Max von Baden in der eben veröffentlichten Abdankungsbekanntgabe verkündigt hatte, im

¹ Müller-Fulda, R., *Erinnerungen an den 9. November in Berlin*, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 630.

² Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 633f.

³ *Deutscher Reichsanzeiger*, Nr. 267, 9.11.1918, S. 1.

⁴ Kronprinz Wilhelm, *Meine Erinnerungen aus Deutschlands Heldenkampf*, Berlin 1923.

⁵ Zum Abdankungsmanifest des Großfürsten Michail, Golovin, N., *Rossijskaja kontrevoliuzija*, Bd. 1, S.45f.

⁶ Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 633f.

Amt bleiben, widersetzte er sich nicht. Diese Handlung des scheidenden Reichskanzlers ist insofern für Max von Baden bezeichnend, als er nicht einmal versucht hatte, Eberts Amtsübernahme einigermaßen rechtlich abzusichern. Es wurde zwar verabredet, daß Ebert den Sockel der alten Minister bis einschließlich Kriegsminister Scheuch mit in seine Regierung übernahm, aber es erging kein einziges Telegramm nach Spa, indem ersucht worden wäre, Eberts Ernennung offiziell absegnen zu lassen¹. Da laut Verfassung kein Kanzler berechtigt war, einen anderen Kanzler zu ernennen, war dieser Umstand insofern bedenklich, als es eine verfassungsrechtliche Unmöglichkeit darstellte und den linksradikalen Randgruppierungen einen guten Vorwand lieferte, jetzt ihrerseits die Rechtmäßigkeit des neuen Kanzlers anzuzweifeln. Im Prinzip war das Handeln des Reichskanzlers nichts anderes als eine Flucht.

Als Ebert einige Stunden danach noch einmal bei Max von Baden vorstellig wurde und ihn bat, als Reichsverweser zu bleiben, fand er viel weniger Kooperationsbereitschaft. Obwohl selbst der Sozialdemokrat Ebert Max von Baden dazu gedrängt hatte, einen letzten Versuch zur Rettung der monarchistischen Regierungsform zu unternehmen, lehnte der Prinz den Posten des Reichsverwesers kategorisch ab. Er reiste noch am selben Tag ab, weg aus dem aufgewühlten und gefährlichen Berlin, strategisch aber bedenklich nah an die schützende Südgrenze mit Zugang zur Schweiz^{2*}. Die einzige nennenswerte Regierungsmaßnahme Eberts am Mittag des 9. November bestand darin, einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen, in dem neben der Bekanntgabe der Regierungsumbildung appelliert wurde, Plünderungen der Nahrungsmittelvorräte zu unterlassen und die Straßen der Hauptstadt zu räumen³.

Obwohl gerade um die Mittagszeit die politische Anspannung den Höhepunkt erreicht hatte, gingen die Staatsmänner in Berlin wie in Spa pünktlich zum Essen und beim Essen ereigneten sich weitere historische Szenen. Es waren derer zwei. Die erste spielte sich im Reichstag, wo Ebert und Scheidemann eintrafen, um das Mittagessen einzunehmen. Daß sie die Mahl nicht verschoben haben, ist verständlich - man litt damals in Deutschland nicht unbeträchtlichen Hunger. Am 9. November war dort Kartoffelsuppe geboten⁴. Da Ebert und Scheidemann sich nicht besonders mochten, aßen sie an getrennten Tischen. Während sie aßen, erreichte ein Demonstrationszug das Reichstagsgebäude und es wurde damit begonnen, eine Kundgebung abzuhalten. Die Volksmenge war keinesfalls zahlreich: Der berühmten Fotografie nach soll sie nur wenige tausend Menschen betragen haben. Ihre Stimmung war laut Augenzeugen eher friedlich, viele Demonstranten trugen aber Waffen bei sich. Als in der Menschenmenge Forderungen laut wurden, jemand von der SPD-Führung möge vor ihnen erscheinen, kam ein Trupp bewaffneter Demonstranten in die Reichstagskantine und forderte Ebert auf, zur Menge zu sprechen. Laut Augenzeugenberichten lehnte es Ebert (der zu diesem Zeitpunkt noch gehofft hatte, Max von Baden überreden zu können, als Reichsverweser zu bleiben) ab⁵. Nicht aber Scheidemann, der schon mittags die Meinung vertrat, die SPD müsse die Republik ausrufen. Ansonsten würden die „Massen“ sich

¹ Ebd.

² Ebd. Nach dem Krieg wurde Max von Baden aus seinem Regiment auf Beschluß der Offiziere ausgestoßen. Das Ehrengericht verurteilte ihn dabei nicht so sehr wegen seiner Rolle als Reichskanzler, sondern wegen seiner Flucht am 9. November nach Baden. Max von Baden lebte nach der Revolution zurückgezogen in Salem, wo er 1929 starb.

³ Text bei **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.), Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch**, Bd. 2., S. 576.

⁴ Vgl. **Scheidemann, P., Memoiren eines Sozialdemokraten**, Bd. 2., S. 309f.

⁵ Ebd.

Liebknecht anschließen und sich an der Bildung der „Sowjetrepublik“ beteiligen¹. Scheidemann ließ deshalb seine Suppe stehen und beeilte sich aus der Kantine herauszukommen, um vor den Demonstranten eine Rede zu halten. Er war ein Mann der improvisierten Ansprachen und fühlte sich offenbar durchaus in der Lage, vor den Demonstranten aufzutreten. Der hessische Fabrikant und Reichstagsabgeordnete Richard Müller-Fulda, der aus unmittelbarer Nähe das historische Auftreten Scheidemanns beobachtet hatte, schrieb aber später, daß die ganze Szene sich ganz anders abspielte, als sie in die Geschichtsbücher eingegangen ist: *„Als einige Demonstranten Scheidemann auf dem Balkon erkannten, riefen sie „Hoch!“ . Scheidemann sprang auf einen Stuhl, murmelte einige unverständliche Worte, schwenkte seinen Arm und rief dann: „Es lebe die deutsche Republik!“ . Worauf einige Demonstranten auf dem Siegesplatz mit ‚Hoch‘ antworteten“*². Nachdem Scheidemann seine historische Rede beendet hatte und den Versammelten *„Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!“*³ zurief, sprang er vom Stuhl herunter, traf den Fuß des neben ihm stehenden Fabrikanten Müller-Fulda, entschuldigte sich und verließ eilig den Saal^{4*}.

Obwohl Scheidemann bei seiner Ansprache keinerlei Autorisation besaß und völlig aus dem Bauch handelte (wie auch Liebknecht einige Stunden später), ist seine Ansprache in das Geschichtsbewußtsein des Volkes als die Ausrufung der Republik eingegangen. Daß die Ausrufung der Republik damals noch keinesfalls so selbstverständlich war, bezeugt aber die Episode, die sich unmittelbar danach zugetragen hat, als Scheidemann in die Kantine des Reichstages zurückkehrte, *„um den Rest [der] Wassersuppe zu retten“*⁵. Wie Scheidemann in seinen „Erinnerungen eines Sozialdemokraten“ selbst berichtet, sorgte sein Vorstoß unter den Kollegen für Empörung. Schon bei seiner Rückkehr in die Kantine zeigte sich, daß der Vorsitzende seiner eigenen Partei Ebert *„vor Zorn im Gesicht dunkelrot geworden war, als er [von der Ausrufung der Republik] hörte. Er schlug mit der Faust auf der Tisch und schrie mich an: „Ist es wahr?“ Als ich ihm antwortete, daß ‚es‘ nicht nur wahr, sondern selbstverständlich gewesen sei, machte er mir eine Szene, bei der ich wie vor einem Rätsel stand. ‚Du hast kein Recht, die Republik auszurufen! Was aus Deutschland wird, ob Republik, oder was sonst, das entscheidet eine Konstituante“*⁶.

Ungefähr zur selben Zeit, als Ebert und Scheidemann in der Kantine des Reichstages die Kartoffelsuppe zu sich nahmen, speiste auch der Kaiser in seiner Residenz in Spa. Und dorthin, mitten ins Essen brachte ein Verbindungsoffizier (General Gontard) die Nachricht, daß Max von Baden die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen herausgegeben, sowie sein Amt Ebert übertragen hatte. Der Verbindungsoffizier der OHL beim Kaiser Major Niemann schilderte die Szene wie folgt: *„In der Tür, die zum Gesellschaftszimmer führt, wird ein Kopf sichtbar, und eine bestürzte Stimme ruft: „Wollen Eure Majestät die Gnade haben, für einen Augenblick hinüber zu kommen!“ . Der Kaiser springt auf, der Kronprinz folgt... Dort ist soeben General*

¹ Ebd.

² Müller-Fulda, R., *Erinnerungen an den 9. November in Berlin*, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 630.

³ Die Rede Scheidemanns ist abgedruckt bei Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.), *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 2, S. 520f.

⁴ Der Fabrikant Müller-Fulda, der laut eigenen Angaben Sicherheitsschuhe mit Metallkappen getragen hatte, vermerkte daß die anwesenden Postbeamten im Inneren des Raumes von der Verkündung der Republik entsetzt waren: *„Ich mußte über dieses Drama lachen. Worauf der Postbeamte zu mir vorwurfsvoll sagte: „Und Sie können noch lachen?“ Ich antwortete ihm, diese Art Revolution kommt mir wirklich lächerlich vor.“* Müller-Fulda, R., *Erinnerungen an den 9. November in Berlin*, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 2, S. 630. Vgl. Görnitz, W., *November 1918*, S. 181.

⁵ Scheidemann, P., *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 312f.

⁶ Ebd.

*Gontard eingetroffen, in den beiden Händen ein Schriftstück. Schwer geht sein Atem, wie im Schüttelfrost klappern die Zähne, und Tränen rollen über die Augen*¹. Der Kaiser war schon von Berufs wegen an Selbstbeherrschung gewohnt, aber selbst er konnte die Erregung nicht kaschieren. Wilhelm II. begriff natürlich, daß er aufgrund dieser Handlung seines Reichskanzlers innerhalb weniger Minuten aus der Rolle eines Hauptakteurs in die eines Zuschauers abgedrängt wurde. Sie machte die Abdankung in den Augen der Bevölkerung, die natürlich über die Hintergründe nicht informiert wurde, „legal“, was selbst im Fall des Zusammenbruchs der Regierungsgewalt in Berlin nicht der Fall gewesen wäre. Als Wilhelm II. zum ersten Satz ansetzte, soll er kreidebleich gewesen sein und sagte etwas wie: „*Daß ein Prinz von Baden den König von Preußen stürzt...*“, bevor ihm vor Aufregung die Stimme versagte. In Spa reagierte man auf die Nachricht aus Berlin damit, daß man sofort eine Konferenz einberief, auf der die Frage erläutert wurde, ob die OHL Machtmittel besaß, die Entscheidung des Kanzlers rückläufig zu machen². Daß diese Frage in der Beratung verneint wurde ist angesichts der Ereignisse des Vormittages in Spa nicht verwunderlich. Verwunderlich ist allerdings der Umstand, daß die Protesttelegramme des Kaisers von den Verbindungsoffizieren zwar abgenommen, aber nicht abgesandt wurden. Sie wurden sofort zu den Akten gelegt und haben ihre Adressaten in Berlin nie erreicht³. Im Namen der OHL setzte Groener auch durch, daß die Protestkundgebung des Kaisers auf die rechtswidrige Absetzung zwar niedergeschrieben, aber nicht veröffentlicht wurde⁴. Diese Handhabungsweise der Pflichten durch Groener zeigt wiederum Parallelen zur Leitung der Stawka in den Tagen der Soldatenmeuterei. Bekanntlich verfügte Aleksejev im Zusammenhang mit der Abdankung, den Abschiedsbefehl des Zaren an die Truppe zurückzuhalten⁵. In diesem Licht erscheinen Proteste Wilhelms II., wie „*Verrat, schamloser empörender Verrat*“ durchaus interpretierbar, obwohl der Kaiser seinen Zorn hauptsächlich gegen den Reichskanzler richtete⁶.

Im Übrigen hatte die Bekanntgabe der Abdankung durch den Reichskanzler in Spa wesentlich verheerendere Folgen ausgelöst als man hätte erwarten können. Die Falschmeldung verbreitete sich innerhalb nur kürzester Zeit wie ein Lauffeuer und wurde den Offizieren wie auch den Mannschaften bekannt. Unter den Offizieren in Spa brach sofort eine Psychose aus, die von mehreren Quellen bezeugt wird. Ein Augenzeuge schilderte das äußere Bild wie folgt: „*Das Straßenbild in Spa ist völlig verändert. Statt der sonstigen Ruhe lebhaftes Treiben: Gruppen heftig gestikulierender Soldaten, hin und her eilende Offiziere, höhnisch neugierige Belgier... Im Hofzuge höre ich die wildesten Gerüchte von bevorstehenden Angriffen meuternder Truppen. Jede Meldung wird als Tatsache urteilslos hingenommen*“⁷. Diese Schilderung war dabei keinesfalls übertrieben: In derselben Beratung, bei der beschlossen wurde, Wilhelms II. Protesttelegramme nach Berlin zurückzuhalten, erklärte Groener, daß aufrührerische Garnisonen eine Strafexpedition nach Spa entsandt hatten und daß die Garnison von Spa außer Kontrolle geriet. Hintze zufolge sollen die Soldaten der Garnison von Spa sogar damit begonnen haben, Räte zu wählen⁸. Daß diese Informationen glatte Falschmeldungen waren, ist oben bereits erwähnt worden. Dennoch war der Eindruck so stark, daß Groener und Hintze Hindenburg überreden konnten,

¹ Niemann, A., *Kaiser und Revolution*, S. 142f.

² Hintze, P., von, *Aufzeichnung des Staatsekretärs Hintze*, in: Niemann, A., *Revolution von oben*, S. 374f.

³ Niemann, A., *Revolution von oben*, S. 306f.

⁴ Ebd.

⁵ Kersnovskij, A., *Istorija ruskoj armiji*, Bd. 4, S. 264-265.

⁶ Zitiert bei Niemann, A., *Kaiser und Revolution*, S. 142.

⁷ Niemann, A., *Kaiser und Revolution*, S. 145.

⁸ Hintze, P., von, *Aufzeichnung des Staatsekretärs Hintze*, in: Niemann, A., *Revolution von oben*, S. 374f.

zum Kaiser zu gehen und ihm mitzuteilen, daß seine Person in Spa nicht mehr geschützt werden könne. Als gegen 5 Uhr Hindenburg, Groener und Hintze vor dem Kaiser erschienen, kochte Wilhelm II. immer noch vor Wut über die Art und Weise, wie man ihn vergewaltigt hatte. Die Abordnung wurde von Wilhelm II. auch dementsprechend empfangen. „*Herrjeses, sind sie schon wieder da?*“, fragte der Kaiser laut Hintze Groener und Hindenburg¹. Groener, der berichtet, daß Hindenburg „*es gewiß gern gesehen, wenn ich ihm die Aufgabe abgenommen hätte*“², hielt sich zuerst zurückhaltend, konnte die Unannehmlichkeiten dennoch nicht vermeiden. Der Kaiser machte offensichtlich daraus kein Hehl, wen in der OHL er für einen Verräter hielt. Einer Version nach verweigerte Wilhelm II. während dieser Audienz Groener den Händedruck und sagte etwas, wie: „*Mit ihnen habe ich, nachdem ich den Oberbefehl niedergelegt habe nichts mehr zu tun*“³. Hindenburgs Vortrag hatte aber der Kaiser anhören müssen und dieser unter vier Augen erstattete Vortrag lautete nach einer Version wie folgt: „*Ich kann es nicht verantworten, daß eure Majestät von meuternden Truppen nach Berlin verschleppt werden und der revolutionären Regierung als Gefangene ausgeliefert werden. Deshalb muß ich Eurer Majestät raten, abzudanken und nach Holland zu gehen*“⁴. Angeblich spielte bei der Abreise Wilhelms II. nach Holland der Gedanke mit, den Kaiser könne dasselbe Schicksal ereilen wie Nikolaus II., der ohne Gerichtsverfahren von den Bolschewiki ermordet wurde. Indirekt wird diese Theorie auch durch den Brief bestätigt, welchen Wilhelm II. am Abend des 9. November an den Kronprinz geschrieben hatte. Als Hauptgrund für seine Abreise nannte Wilhelm II. die Stellungnahme Hindenburgs, in der dieser erklärt hatte, für die Sicherheit des Kaisers nicht bürgen zu können. Daneben befindet sich ein Satz, welcher die Regierungszustände in Berlin im Sinne der „Doppelherrschaft“ umschreibt, obwohl zu diesem Zeitpunkt diese russische Erfindung für die Berliner Verhältnisse keinesfalls charakteristisch war: „*Lieber Junge... Berlin ist total verloren in der Hand der Sozialisten, und sind dort schon zwei Regierungen gebildet, eine von Ebert als Reichskanzler, eine daneben von den Unabhängigen*“⁵.

Wer in der OHL die Abreise des Kaisers nach Holland organisiert hatte, ist bis heute von der Geschichtsschreibung nicht endgültig festgestellt worden. Die Einzelheiten der Abreise sind demgemäß bis heute in ein gewisses Dunkel gehüllt, was sich wahrscheinlich daraus erklärt, daß um die Gefahr von Übergriffen zu vermindern, von den zuständigen Stellen bewußt irreführende Meldungen ausgegeben wurden⁶. Man hat nach dem Krieg in gewissen Kreisen Deutschlands dem Staatssekretär Hintze den Vorwurf gemacht, er habe sein Amt und Feldmarschall von Hindenburg dazu mißbraucht, um mit allen Mitteln den Übertritt nach Holland durchzusetzen. Wenn diese Vermutung richtig ist, dann deuten alle Indizienbeweise tatsächlich auf Admiral von Hintze. Es ist aktenkundig, daß der gesamte offizielle Schriftverkehr, in dem die Abreise Wilhelms II. erörtert wurde, durch die Hände Hintzes gegangen war. Laut Groener war es ebenfalls Admiral Hintze der Hindenburg mehrmals im Verlauf des Tages traf, ihn bedrängte und Wilhelm II. die Abreise ins Ausland nahezu legen⁷. Laut General Schulenburg befürwortete Hintze während der Konferenz am Nachmittag des

¹ Ebd.

² **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 459.

³ Nach Groener lautete der Satz wie folgt: „*Sie sind württembergischer General, nachdem ich nicht mehr der Kaiser bin, habe ich nichts mehr mit ihnen zu tun*“, **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 463.

⁴ Zitiert bei **Balfour, M.**, *Der Kaiser*, S. 446.

⁵ Brief an den Kronprinzen vom 9. November bei **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 2, S. 571.

⁶ **Balfour, M.**, *Der Kaiser*, S. 448f.

⁷ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 466f.

9. November die Abreise nach Holland und führte auch konkrete Vorbereitungen für den Grenzübertritt¹. Schließlich war es Hintzes Mitarbeiter Baron Grünau, der Wilhelm II. am 9. November den letzten Besuch erstattete. Obwohl nach dem Krieg Hintze gezwungen wurde, den Großteil der Verantwortung auf sich zu nehmen, gibt es zahlreiche Indizien dafür, daß der Admiral nicht der einzige war, der die Abreise organisiert hatte. Abgesehen davon, daß Hintze der Apparat der OHL gar nicht zur Verfügung stand, spricht vieles im Verhalten Hintzes dafür, daß der Admiral selbst in einige Einzelheiten nicht eingeweiht war. Als er z. B. am 10. November zur festgesetzten Zeit zum Bahnhof kam, um vom Kaiser Abschied zu nehmen, war der Zug bereits abgefahren. Daneben steht auch die Tatsache, daß der Kaiser bereits um 7.30 Uhr morgens an der holländischen Grenze eintraf und sechs Stunden warten mußte, während dringende Telefonate mit Den Haag geführt wurden. Es ist natürlich möglich, daß der Kaiser früher als verabredet abfuhr². Daß aber der Kaiser angesichts der Lage es gewagt hätte zu improvisieren, ist eher unwahrscheinlich³. Wir wissen, daß Groener offiziell gegen die Abreise des Kaisers nach Holland Stellung bezog, und zwar in einer Art und Weise, wie kein deutscher General es vorher getan hatte. Nachmittags am 9. November erklärte er z. B. öffentlich: „*Ich mache nur aufmerksam: Wenn der Kaiser abgedankt hat, kann er reisen, wohin er will. Wenn er nicht abgedankt hat, darf er das Heer nicht verlassen. Nicht abdanken und das Heer verlassen ist eine Unmöglichkeit*“⁴. Daß Wilhelm II. die OHL ohne Groeners Wissen verlassen konnte, ist unwahrscheinlich: Schon für die reibungslose Fahrt in Richtung Holland, benötigte er die Mitarbeit des Chefs der Eisenbahnabteilung. Obwohl Hindenburg nach dem Krieg öffentlich die Verantwortung für die Abreise Wilhelms II. auf sich nahm, war er seinem Biographen nach vor sich selbst niemals sicher, ob er nun tatsächlich verantwortlich war oder nicht⁵. „*Sie alle machen mir Vorwürfe, aber sie sollten sie Groener machen*“, sagte Hindenburg einmal öffentlich und zögerte selten, wenn es darum ging, ein Teil der Schuld seinem damaligen Stabschef zu überlassen⁶.

Wenn es aber darum geht, den wahren Verantwortlichen zu benennen, so kann wohl kaum ein Zweifel daran bestehen, daß Wilhelm II. selbst für seine Abreise keine geringe Schuld trifft. „*Sollte ich mich wehren? Ich konnte mich doch nicht mit meinen Adjutanten herumprügeln*“, entschuldigte der Kaiser sein Verhalten später vor seinem Biographen in Doorn⁷. Dies war aber keine ehrliche Stellungsname. Am 9. November traten mehrere Offiziere der OHL an den Kaiser mit der Bitte heran, auf gar keinen Fall das Heer zu verlassen. Einer davon war General Graf von der Schulenburg, dem Wilhelm II. Niemann zufolge „das königliche Ehrenwort“ gab, seine Pflicht bis zuletzt „zu erfüllen“⁸. Zu General Gontard sagte er ähnliches⁹. Trotz dieser Bekenntnisse zur Pflicht, hatte der Generaladjutant Wilhelms II. Hans von Plessen, mit Wissen des Kaisers die Vorbereitung der Abreise überwacht und seinen kaiserlichen Vorgesetzten auf dem Laufenden gehalten¹⁰. Es besteht kein Zweifel, daß Wilhelm II. sich wohl bewußt war, daß die Flucht ins Ausland sein Leben zwar retten würde, sie würde aber alles andere außer seinem Leben zerstören. Seine Abreise ins Ausland würde in den Augen der Bevölkerung und des Heeres das monarchische Prinzip unwiderruflich kompromittieren. Leider blieb

¹ Vgl. Denkschrift des Generals Graf v. d. Schulenburg, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, Anhang.

² **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 217f.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Denkschrift des Generals Graf v. d. Schulenburg, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, Anhang.

⁵ **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 217f.

⁶ Ebd.

⁷ **Kürenberg, J.**, *War alles falsch?*, S. 380.

⁸ **Niemann, A.**, *Wanderungen mit Kaiser Wilhelm II.*, S. 105.

⁹ Zitiert bei **Kürenberg, J.**, *War alles falsch?*, S. 376.

¹⁰ Vgl. Plessens Gutachten in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, Anhang.

Wilhelm II. nicht bei seiner Meinung und nur wenige Augenblicke später erklärte Plessen Groeners Mitarbeitern gegenüber, die Entscheidung der Abreise bleibe bestehen¹.

Als der kaiserliche Zug am 10. November um 4.30 Uhr den Bahnhof in Spa verließ, war Wilhelm II. rein rechtlich gesehen immer noch Deutscher Kaiser und das Deutsche Reich immer noch keine Republik. Das Dokument von der Bereitschaft, als Kaiser abzudanken wurde noch mittags am 9. November von Hintze nach Berlin abgesandt, ist aber nicht in Kraft getreten, weil der Staatssekretär Wanschaffe sich geweigert hatte, Wilhelms II. Absicht, als König von Preußen zu bleiben, publik zu machen. Die Absichtserklärung Wilhelms II. landete bei den Akten der Reichskanzlei². Trotz dieser Tatsache war die Monarchie in Deutschland nach dem 9. November nicht mehr zu retten. Im Bewußtsein ganz Deutschlands, auch der monarchisch Gesinnten, ging die Monarchie am 9. November zur Ende, obwohl die eigentliche Abdankung erst drei Wochen später von Holland aus erfolgen sollte. Die Thronverzichtserklärung Wilhelms II. vom 28. November 1918 brachte insofern nichts neues, als der Monarch darin offiziell der Krone Preußens und der des Deutschen Reiches entsagte und die Beamenschaft sowie das Offizierskorps aufforderte, mit der Regierung loyal zusammenzuarbeiten, um „*das deutsche Volk gegen die drohende Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen*“³. Bedauerlicherweise waren der Abdankung Wilhelms II. Verhandlungen mit der neuen Regierung zuvorgekommen, in denen der scheidende Monarch keine geringe Aufmerksamkeit seinem Privatbesitz widmete. Am 28. November schrieb Wilhelm II. an die Volksbeauftragten einen Brief, in dem er als Gegenzug für die vollzogene Abdankung Garantien für den Privatbesitz der Hohenzollern forderte: „*Ich habe meinen Thronverzicht in der von der Regierung vorgeschlagenen Form vollzogen. Ich spreche dabei die bestimmte Erwartung aus, daß die Regierung... mein und meiner Familie Vermögen freigibt und auch den uneingeschränkten Schutz von Leben, Ehre und Eigentum der gesamten Königlichen Familie gewährleistet.*“⁴ Wilhelm II.“⁴.

Trotz der wenig ehrenhaften Haltung Wilhelms II. im Hinblick auf seine Abdankung war das Scheiden des Kaisers für die Zukunft Deutschlands ein Ereignis von ungeheurer Tragweite. Der Zusammenbruch der monarchischen Regierungsform, denn Wilhelms II. Abdankung nahm der deutschen Oberschicht - vor allem dem Beamtentum und dem Offizierskorps - ihre Tradition und ihren Halt. Sie beschleunigte den Zusammenbruch des Staates und spielte in der darauffolgenden Auflösung der Armee keine geringe Rolle. Sie gab der kommenden Gegenrevolution den desperaten und nihilistischen Zug, den sie als monarchische Restaurationsbewegung schwerlich gehabt hätte. Sie hinterließ schließlich in der Gesellschaft das Vakuum, welches dann erst Hitler füllen sollte.

Kap.11. Entstehung der Regierung der Volksbeauftragten und die Position der Armee

¹ Vgl. ebd., Plessens Gutachten, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, Anhang.

² **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 641f. Zur rechtlichen Situation der kaiserlichen Abdankung vgl. **Thoma, R.**, *Der Thronverzicht des Kaisers*, **Frankfurter Zeitung** vom 21.08.1919.

³ Text der Abdankungserklärung Wilhelms II. vom 28.11.1918 bei **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 2, S. 579-580.

⁴ Ebd.

Die Persönlichkeit, die die Ereignisse in Deutschland von November bis Januar 1918 maßgeblich beeinflusste und ihnen seinen Stempel aufdrückte, war der Vorsitzende der SPD Friedrich Ebert. Eberts Person ist für die Schilderung der revolutionären Ereignisse in Deutschland insofern von Interesse, weil Ebert wie kein anderer Politiker seine Denkweise an der Schaltstelle der Macht verkörperte und realisierte. Auf der äußersten politischen Linken und auf der äußersten politischen Rechten finden sich nur wenige positive zeitgenössische Schilderungen Eberts. Selbst bei den gemäßigt gesinnten Zeitgenossen sind sie rar. Laut Schilderung eines ihm ziemlich kritisch eingestellten deutschen Publizisten und Zeitgenossen späterer Jahre der Weimarer Republik lag es teilweise an äußerlich farblosen Erscheinung Eberts: *„Ebert... war keine imponierende politische Erscheinung. Er war ein kleiner Dicker, kurzbeinig und kurzhalsig, mit einem birnenförmigen Kopf auf einem birnenförmigen Körper. Er war auch kein mitreißender Redner. Er sprach mit kehliger Stimme, und las seine Reden ab. Er war kein Intellektueller und ebensowenig ein Proletarier. Sein Vater war Schneidermeister gewesen (wie der Vater Ulbrichts), und er selbst hatte Sattler gelernt; seine heimliche Liebe waren von klein Pferde gewesen, und später, als Reichspräsident, pflegte er morgens im Tiergarten regelmäßig spazierenzureiten. Ebert war der Typ des deutschen Handwerkermeisters: Gediegen, gewissenhaft, von beschränktem Horizont, aber in seiner Beschränkung eben ein Meister; bescheiden - würdig im Umgang mit vornehmer Kundschaft, wortkarg und herrisch in seiner Werkstatt. Die SPD-Funktionäre zitterten ein bißchen vor ihm, so wie die Gesellen und Lehrlinge vor einem strengen Meister zittern. Er war nicht besonders beliebt in der Partei, aber er genoß einen gewaltigen Respekt. In den großen Debatten, die die Vorkriegspartei erschütterten, - über Revolution oder Reform - hatte er keine Rolle gespielt; aber was er sofort getan hatte, als er in den Parteivorstand gewählt wurde, war, für Telefone und Schreibmaschinen in den Parteibüros zu sorgen und eine ordentliche Registratur einführen. Unter Ebert herrschte Ordnung. Bei Kriegsausbruch war er der Mann gewesen, den man erst einmal mit der Parteikasse nach Zürich geschickt hatte - für alle Fälle. Er war der Mann, auf den Verlaß war; der Mann, der immer wußte, was er wollte“¹. Obwohl diese Beschreibung viele Seiten von Eberts Persönlichkeit subtil erfaßt, ist sie in vielem doch kein ganz gerechtes Urteil. Der im Gründungsjahr des Deutschen Reiches in Heidelberg geborene Ebert gehörte zwar dem Mittelstand an (er betrieb vor dem Krieg ein Bierlokal in Bremen), verkörperte aber wie kaum ein anderer Funktionär der SPD den Sinneswandel der Partei hin zur Reform. Ebert war vor dem Weltkrieg nicht nur der einflußreichste Spitzenpolitiker der SPD, sondern setzte sich aktiv mit ganz alltäglichen Problemen auseinander. Im Gegensatz zu vielen Berufspolitikern seiner Epoche, die vor allem Parteipolitiker mit wenigen praktischen Kenntnissen des alltäglichen Lebens waren, war Ebert über die wahren Nöte seiner Mitbürger bestens informiert. Laut einem zeitgenössischen britischen Historiker, der ihn gut gekannt hatte, zeichnete sich Ebert nicht *„so sehr durch politisches Genie, wie durch politischen gesunden Menschenverstand aus“*, war kein Fanatiker der Parteiideologie und kein Chauvinist². Gerade in dieser Hinsicht unterschied sich Ebert grundlegend von den Sozialisten im Osten wie im Westen Europas. Anders als etwa die meisten russischen Sozialisten, die zwar auch des öfteren aus reichen Familien stammten, nie einer geregelten Arbeit nachgingen und fanatisch ihre Ideologie durchzusetzen trachteten, betrachtete sich Ebert in erster Linie als loyaler Bürger und Patriot seines Landes und war jederzeit bereit, parteipolitische Interessen hinter die Interessen seines Landes zurückzustellen. Anders als*

¹ Haffner, S., *Der Verrat. Deutschland 1918/1919*, S. 73.

² Wheeler-Bennett, J., *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 41.

die Sozialisten Englands und Frankreichs, die im Weltkrieg nicht weniger chauvinistisch als die Regierungsoberhäupter ihrer Länder auftraten, war Ebert zu keinem Zeitpunkt Anhänger der Annexionen. In dieser Hinsicht, wie auch rein menschlich, unterschied sich Ebert von einem Lloyd George oder Ribot Welten. Im Sommer 1914 stimmte Ebert für die Gewährung der Kriegskredite, trat während des ganzen Krieges aber energisch für gemäßigte Kriegsziele ein, und das selbst in den Tagen scheinbarer deutscher Siege. Weshalb er die militante Haltung der Bolschewiki innerlich ablehnte, wird später noch ausführlich behandelt werden. Hier soll nur kurz erwähnt werden, daß Ebert in seiner Funktion als Parteivorsitzender der SPD mit der russischen Sozialdemokratie schon vor dem Krieg zu tun hatte und zwar als Schlichter der finanziellen Streitereien zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki. Ebert war ein Sozialdemokrat der älteren Generation und faßte ohne Zweifel die Ziele der Sozialdemokratie in patriarchalischer Manier. Leninistische Theorien gewaltsamer Gesellschaftsveränderungen waren für ihn fremd.

Als sich die Niederlage im Weltkrieg abzeichnete, gehörte Ebert zu den wenigen Politikern in Deutschland, die das kommende Unglück mit Fassung ertrugen: „*Mit Ruhe und Festigkeit sehen wir dem entgegen, was unser Friedensschritt bringt. Hab und Gut können wir verlieren - die Kraft, die Neues schafft, kann uns aber keiner nehmen. Was auch kommen mag: Wir bleiben stehen in der Mitte Europas als ein zahlreiches, tüchtiges, ehrliebendes Volk*“¹. Im Prinzip ist Ebert eine der tragischsten Gestalten unter den deutschen Staatsmännern: Seine pflichtbewußte Haltung während der Revolution haben maßgeblich zur Eindämmung des Radikalismus beigetragen und Ebert selbst zuerst ins Amt des Reichskanzlers, dann zum Vorsitzenden der Nationalversammlung und schließlich zum ersten Präsidenten gehievt. Obwohl zwei seiner Söhne im 1. Weltkrieg als einfache Soldaten gefallen waren, ist Ebert von der äußersten Linke, aber auch von der politischen Rechten, angefeindet und verleumdet worden. Wenn man den Zorn deutscher Linksradikaler auf Ebert noch verstehen kann, so sind die Ausschweifungen der politischen Rechten gegen Ebert in der Weimarer Republik nicht anders denn als niederträchtig zu qualifizieren. Obwohl es auf der Hand liegt, daß ohne Ebert die Revolution womöglich in andere Bahnen gelenkt worden wäre, wurde er gerade von den politisch rechts Gesinnten in den darauffolgenden Jahren mit dem vollkommen unbegründeten, aber unablässig wiederholten und sogar gerichtlich sanktionierten Vorwurf des Landesverrats konfrontiert, verleumdet und buchstäblich zu Tode gehetzt². Eberts dritter Sohn und Herausgeber seiner Schriften Friedrich wurde nach 1933 politisch verfolgt. 1947 wurde er Bürgermeister im sowjetischen Sektor Berlins³.

Was wollten Ebert und seine Mitarbeiter aus dem SPD-Vorstand? Diese für die deutsche Revolution entscheidende Frage ist von der Geschichtsschreibung in dem Sinne beantwortet worden, daß weder Ebert noch die Führungsspitze seiner Partei sich eine soziale Revolution gewünscht hatten. Laut Max von Baden, hatte Ebert ihm am Vorabend des 9. November in einem Vieraugengespräch erklärt, er „hasse“ die Revolution „wie die Sünde“ und bot eine loyale Zusammenarbeit an, um Deutschland wieder „zu geordneten Zuständen“ zu führen⁴. Wenn diese angebliche Aussage Eberts sich auch nicht überprüfen läßt, so muß doch festgestellt werden, daß die SPD schon deshalb nicht umstürzlerisch sein konnte, weil im Zuge der Parlamentarisierung der

¹ Rede vor dem Reichstag vom 22.10.1918.

² Ebert starb nach wiederholten Blindarmentzündungen, die er zu operieren seltsamer Weise abgelehnt hatte, vgl. **Wheeler-Bennett, J.**, *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 41.

³ Ebd.

⁴ Ausführlich zum Verhalten Eberts in den Revolutionstagen aus der Sicht des Reichskanzlers vgl. **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 589-643.

Reichsverfassung die wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie erfüllt waren. Von der Demokratisierung des preußischen Wahlrechts und der Einführung der parlamentarischen Regierungsform für das Deutsche Reich profitierte gerade die SPD als stärkste Reichstagspartei. Auch ohne Revolution konnte die SPD von selbst eines Tages zur regierenden Partei werden, und dann konnte sie soziale Reformen durchführen. Im Grunde war für die SPD schon im Oktober 1918 alles erreicht, was man politisch je erstrebt hatte. Die Partei stand genau da, wo ihre Führer sie hatten haben wollen. Daß trotz der Verfassungsreformen des Oktober die SPD sich an der Revolution beteiligte, ist nur mit einer taktischen Erwägung zu erklären. Die SPD-Führung fürchtete sich offensichtlich, den Einfluß über die „Massen“ zu verlieren. Arthur Rosenberg hielt z. B. die deutsche Revolution für eine logische Unmöglichkeit, weil die Revolution trotz der Demokratisierung im Oktober 1918 ausbrach und das „Volk“ „gegen sich selbst rebelliert hatte“¹. Das Dilemma, in welchem Ebert und die SPD am 9. November steckten, war im Übrigen nicht nur mit ungewollter Revolution zu definieren. Jahrzehntlang war die Partei Wahlerfolge gewohnt und den daraus folgenden Vorzügen verwöhnt, ohne dabei die Last der Verantwortung tragen müssen. Es war ein anderes als Oppositionspartei, die vor dem Krieg keine Aussicht auf Übernahme der Regierungsverantwortung hatte, über ein bestehendes Regierungssystem herzuziehen, und durchaus ein anderes, diese Verantwortung mit ihrem vollen Gewicht unversehens aufgebürdet zu bekommen. *„Es mag etwas Erhebendes sein, berühmt wie Byron zu erwachen“*, schrieb über Eberts Dilemma am 9. November Theodor Wolff, *„weniger angenehm ist es, sich eines Morgens als Oberster Befehlshaber der Revolution wiederzufinden, nachdem man als Angehöriger der respektablen Mittelklasse zu Bett gegangen war“*².

Die Ereignisse nahmen für Ebert schon kurz nach seinem Amtsantritt eine unerwartete Wendung, als zuerst Scheidemann entgegen der Erwartung aller vom dem Balkon der Reichskanzlei die Republik ausrief, und später, als Max von Baden sich geweigert hatte als „Reichsverweser“ in Berlin zu bleiben. Obwohl die Ansprache Scheidemanns staatsrechtlich belanglos war, erlangte sie nach der Abreise Max' von Baden insofern eine gewisse Bedeutung, als es einfach niemanden in Berlin mehr gab, der die monarchische Staatsordnung verkörpern konnte. Die Gefahr der neuen Regierung, drohte auch insofern, als noch am 9. November sich deutlich gezeigt hatte, daß die Revolution in Berlin das Potential hatte, sich zu radikalisieren. Niemand hatte die Massen, die am Nachmittag des 9. November die Straßen der Hauptstadt gefüllt hatten, gezählt. Aber alle Augenzeugen sprechen von Hunderttausenden. Insbesondere nach der Bekanntgabe der Abdankung, strömten die Menschen auf die Straßen und ließen damit den Aufruf der Ebert-Regierung, die Straßen zu verlassen buchstäblich verpuffen. Obwohl der Zusammenbruch der Regierung Max von Baden friedlich vor sich ging, waren auf den Straßen auch Aktivitäten bemerkbar, die auch bei den Vorgängen in Petersburg charakteristisch waren. Hier und da ergriffen beherzte Männer die Initiative, bildeten Gruppen, stellten bewaffnete Lastwagenkolonnen zusammen und unternahmen etwas: Zuerst, wie in Petersburg, die Besetzung der Gefängnisse und die Befreiung der Gefangenen. Anders als in Rußland wurden bei diesen Vorgängen allerdings die Kriminellen in ihren Zellen gelassen³. Dann folgte nach dem Muster der russischen Revolution die Besetzung der Bahnhöfe, der Postämter und der Zeitungsredaktionen. Ähnlich wie in Petersburg, *„wichtigster Herumläufen in den öffentlichen Gebäuden, Absetzen von Behörden, Konstituierung von*

¹ Rosenberg, A., *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 361.

² Wolff, T., *Through two Decades*, London 1936, S. 118f.

³ Zu den Vorgängen in den deutschen Gefängnissen vgl. Kolb, E., *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 bis 1919*, Düsseldorf 1962, S. 71f., Müller-Franken, H., *Die Novemberrevolution*, S. 82, Löwenstein, S., *Die Reichs-Amnestie*, Berlin 1919, S. 18f.

*Arbeiter- und Soldatenräten, Fraternisieren*¹. Als nachmittags jemand die Parole ausgab „zum Schloß“, strömte eine nicht unbeträchtliche Menschenmenge zum königlichen Schloß, der Residenz der preußischen Könige. Ohne jeglichen Widerstand der Wachen wurde das Schloß besetzt, und Karl Liebknecht erschien auf einem Balkon, von dem man eine rote Decke heruntergehängt hatte, und rief zum zweiten Mal an diesem Tag die Republik aus - aber nun die sozialistische².

Um die Umschwenkung der Revolution nach „links“ zu verhindern, traf Ebert sich schon mittags am 9. November mit der Abordnung der Reichstagsfraktion der USPD und fragte, unter welchen Bedingungen diese Partei die bestehende Regierung mittragen würde³. Obwohl Ebert sein Koalitionsangebot der USPD nach Augenzeugenberichten „ziemlich schroff“ und „von oben herab“ machte⁴, ist aus diesem Schritt ersichtlich, daß die SPD-Führung die Revolution ursprünglich nicht etwa durch die Hilfe der OHL, sondern durch die Heranziehung der USPD zu entschärfen suchte. Als z.B. Oskar Cohn Ebert bei dieser Gelegenheit gefragt hatte, ob die SPD auch Karl Liebknecht in der angestrebten Koalitionsregierung dulden würde, willigte Ebert im Namen der SPD ein: „Wenn sie wollen, bringen sie uns auch Karl Liebknecht. Er soll uns angenehm sein. Von den Personenfragen machen wir die Bildung der Regierung nicht abhängig“⁵. Nach dieser Besprechung entfernte sich die Abordnung der USPD, um sich mit ihrer Fraktion im Reichstag über die Regierungsbeteiligung schlüssig zu werden, was ihr übrigens den ganzen Nachmittag nicht gelingen sollte. Zuerst konnte sich die USPD-Fraktion sich nicht einigen, welche Parteiführer der Regierung Eberts beitreten sollten, später verhandelte der Parteivorstand stundenlang über Bedingungen der Koalitionsvereinbarung. Ursprünglich wollte man bei der USPD Haase, Ledebour und Karl Liebknecht zur Regierung entsenden. Alles Personen, die in Deutschland im Herbst 1918 über großen Bekanntheitsgrad verfügten. Entgegen der verbreiteten Meinung, war Liebknecht anfangs gar nicht abgeneigt, der Regierung beizutreten. Anfangs wollte er sein Einverständnis erklären, lehnte aber nach Bestimmung seiner Kollegen aus dem „Spartakusbund“ das Angebot doch ab⁶. Er erschien im Beratungsraum der USPD deshalb mit dem Vorschlag, der in vielen Geschichtsbüchern später als Versuch eines Putsches gedeutet wurde. Liebknecht ergriff in der USPD-Beratung das Wort und verlangte dann gebieterisch: „Alle exekutive, alle legislative, alle richterliche Gewalt, den Arbeiter- und den Soldatenräten [zu übergeben]“⁷.

Als die USPD Reichstagsfraktion nach erhitzten Diskussionen ihre Koalitionsbedingungen auf dem Papier zusammengestellt hatte⁸, entstand ein Dokument, das gewisse Züge verzeichnete, in Deutschland ein der russischen „Doppelherrschaft“ nicht unähnliches Regierungssystem einzuführen⁹. Im schlagenden Unterschied zum Petersburger Sowjet, der sich in seiner ersten Erklärung als Kontrollorgan der Provisorischen Regierung

¹ **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 51.

² Zu den Vorgängen am Königlichen Schloß vgl. **Vossische Zeitung** vom 10.11.1918, S. 1-3.

³ Zu den Koalitionsverhandlungen mit der USPD vgl. **Payer, W.**, *Von Bethmann-Hollweg zu Ebert*, S. 164, *Quellen*, 1. Reihe Bd. 6/2, S. 17f., **Dittmann, W.**, *Der 9. November 1918 in Berlin*, in: **Nachlaß Dittmann**, Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam.

⁴ Vgl. **Payer, F., von, von Bethmann-Hollweg bis Ebert**, S. 164f., **Baden, M., von, Erinnerungen und Dokumente**, S. 640.

⁵ Vgl. Ebd., **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 50.

⁶ Vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/1, S. XXXVIII.

⁷ Zitiert nach **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, Bd. 1, S. 33.

⁸ Ebert erhielt das Dokument erst gegen Mittag des 10. November. Zur Atmosphäre der Koalitionsberatungen vgl. **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 318f. und **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 32f.

⁹ Text der Koalitionsbedingungen der USPD bei **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 3, S. 6-7.

Lwows definierte, sich aber weigerte der Regierung beizutreten, forderte die USPD die sofortige Übergabe der „politische[n] Gewalt in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte“¹. Die künftige Koalitionsregierung sollte aber nach dem Vorbild des Sowjets ausschließlich aus den Vertretern sozialistischer Parteien gebildet werden, in der (ebenfalls wie im Sowjet) sozialistische Parteien paritätisch vertreten sein sollten. Die USPD hatte in ihrem Koalitionspapier ferner keinerlei Einwände erhoben, daß der Regierung auch die sog. „Fachminister“ (zumeist bürgerliche) angehören dürften, forderte jedoch, ihnen die Gleichberechtigung zu entziehen und sie nur als „technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts“² zu betrachten. Jedem „Fachminister“ sollten „zwei Mitglieder der beiden Sozialdemokratischen Parteien zur Seite gestellt“, die, mit „gleichen Rechten“ ausgestattet, die Arbeit der Ministerien überwachen sollten. Schließlich forderte die USPD Gleichberechtigung aller sechs Mitglieder des „entscheidenden Kabinetts“ und die Verschiebung der Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung, bis die „Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände“ gewährleistet ist³. Die laut Scheidemann unter maßgeblichem Einfluß Liebknechts formulierten Koalitionsforderungen der USPD⁴ waren paradoxerweise aber nicht die wichtigste Bedrohung für die Machtposition der Mehrheitssozialdemokratie am 9. November. Aus den Reihen der sozialistischen Parteienlandschaft drohte der SPD wohl kaum eine ernstzunehmende Gefahr. Die USPD war in der SPD-Führung eine durchaus bekannte Größe: Bis tief in den Krieg hinein waren die USPD-Führer treue SPD-Genossen gewesen, und wenn sie sich dann abgespalten haben - revolutionäre Radikale waren nur die wenigsten von ihnen⁵. Die USPD besaß außerdem keine Organisation und war in einem gewissen Sinne ein undisziplinierter Verein, in dem jeder seine Meinung hatte und niemand bereit war, die Fraktionsdisziplin zu beachten. Nicht viel anders verhielt es sich auch mit dem organisatorisch an die USPD gebundenen „Spartakusbund“⁶. Die deutsche Revolution hatte freilich auch zu Beginn Persönlichkeiten hervorgebracht, die sich auf erhebliche Popularität stützen und theoretisch in der Lage waren einen Machtanspruch zu erheben. Die herausragende dieser Persönlichkeiten war zweifelsohne Karl Liebknecht⁷. Über Liebknechts Person ist es hier folgendes zu vermerken: Am 9. November 1918 war Liebknecht eine Symbolfigur, aber keine Macht. Erst 14 Tage zuvor aus der Haft entlassen, gehörte er am Umsturztag zu keiner Partei - die USPD hatte sich gebildet, als Liebknecht im Zuchthaus saß. Bei seiner Entlassung waren freilich alle Führungsämter der Partei bereits besetzt und niemand in der Führungsriege dachte daran, seinen Platz für Liebknecht zu räumen. Obwohl Liebknecht und dem „Spartakusbund“ in der deutschen Geschichtsschreibung oft unterstellt wird, daß sie am 9. November in Berlin eine den Bolschewiki nicht unähnliche Rolle gespielt hatten, ist diese Behauptung nur durch die Unkenntnis der wahren Vorgänge in Rußland zu erklären. Im Unterschied zu Lenin, hatte Liebknecht am 9. November keine Organisation hinter sich und besaß übrigens weder das Organisationstalent noch die politischen Qualitäten Lenins. Wenn Liebknecht am 9. November eine Rolle gespielt hatte, anders als dekorativ

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 318f.

⁵ Ausführlich hierzu vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6, S. XXVf., XXXVf.

⁶ *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/1, S. XXXVIII.

⁷ Zu Liebknecht vgl. **Müller, R.**, *Vom Kaiserreich zur Republik. Die Novemberrevolution*, Wien 1925, S. 28f., **Gerard, J.**, *My four Years in Germany*, S. 215-216f. An Liebknecht erinnerte sich Gerard übrigens mit einer Sympathie und Hochschätzung.

ist diese Rolle nicht zu beschreiben. Die wirkliche Gefahr für die Machtposition Eberts und der SPD bildete also weder USPD noch Karl Liebknecht, sondern sie kam von einer ganz anderen Seite.

Am 9. November gab es in Berlin eine politische Gruppe, die sich zutraute, die Führung der Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Ihr Eingreifen an diesem ereignisreichen Tag sollte den Lauf der Dinge aufs Dramatische verändern und der SPD-Führung große Sorgen bereiten. Die Rede ist hier von den sog. „revolutionären Obleuten“ der Berliner Großbetriebe, einer gewerkschaftsähnlichen Gruppe von ungefähr hundert Männern, mit einem Kern von etwa einem Dutzend¹. Die Führer der Obleute waren wirkliche gelehrte Arbeiter, deren Namen (anders als der Liebknechts) außerhalb ihrer Betriebe niemand in Deutschland kannte, die aber (ebenfalls im Gegensatz zu Liebknecht) eine Organisation hinter sich hatten, nämlich die Belegschaften ihrer Betriebe, die daran gewöhnt waren, auf ihr Wort zu hören. Die gängige Meinung vom Ursprung der revolutionären Obleute als dem Produkt des Klassenkampfes muß insofern revidiert werden, als die revolutionären Obleute ihre Organisation ursprünglich nicht den sozialistischen Parteien, sondern den preußischen Militärs zu verdanken hatten. Wie bereits erwähnt hatte die russische Regierung unter dem Eindruck der Katastrophe des Jahres 1915 verfügt, in den Rüstungsbetrieben Betriebsräte wählen zu lassen und gehofft, daß durch diese Einbeziehung der Arbeiter die Produktivität der Betriebe deutlich ansteigen würde². Genau dieselbe Politik verfolgte im Krieg auch die III. OHL. Nach der Berufung Hindenburgs und Ludendorffs an die Heerespitze erließ die OHL eine Reihe Verfügungen, die einerseits die Bildung von Betriebsräten durch die Arbeiter duldeten und andererseits die Militärbehörden aufforderten, mit den gewählten Vertretern der Arbeiterschaft zusammenzuarbeiten³. Anders als in Rußland, wo die Arbeitergremien nicht durch die Arbeiter, sondern durch die Vertreter sozialistischer Parteien geleitet wurden, saßen in den Vorständen deutscher Betriebe Arbeiter. Im Übrigen hatte die Einführung gewählter Arbeitergremien in Deutschland genauso katastrophale Folgen wie in Rußland. Bekannterweise mußte das russische Innenministerium am Vorabend der Februarrevolution einige Leiter der Arbeiterräte wegen aufrührerischer Tätigkeit verhaften. Als sie während der Soldatenmeuterei aus den Gefängnissen entlassen wurden, marschierten sie geradeaus in das Stadttinnere und gründeten den berühmten Petersburger Sowjet⁴. In Deutschland verlief der Flirt der Militärs mit den Arbeitergremien indessen auch nicht nach den Vorstellungen der ersten. Während der Vorbereitung des Generalstreiks vom Januar 1918 spalteten sich radikale Elemente von den Betriebsräten ab und schickten sich an, die Arbeiterbewegung zu radikalieren. Im Zuge des Januarstreiks 1918 bekamen diese Leute, die sich als „revolutionäre Obleute“ bezeichneten, zunehmend Zuspruch aus der Arbeiterschaft. Diese war zu diesem Zeitpunkt immer mehr der Meinung, daß weder die SPD noch die USPD energisch durchgreifen können, um einen schnellen Frieden zustande zu bringen⁵. Die erste große Tat der Obleute erfolgte noch während Groeners

¹ Zu den revolutionären Obleuten und ihren Verhältnis mit den beiden sozialdemokratischen Parteien vgl. **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 193-200.

² Ausführlich zur Zentralen Arbeitsgruppe vgl., **Spiridovič, A.**, *Velikaja Revoluzija, 1914-1917g.g.*, Bd. 2, S. 177f., **Pares, B.**, *The Fall of the russian Monarchy*, S. 382f., **Ščeglovitov, P. (Hrsg.)**, *Padenije zarskogo režima*, Bd. 4, S. 15f.

³ Quellen zum Verhältnis der Militärs zur Arbeiterschaft sind z. T. veröffentlicht in: *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 1, S. 461-647.

⁴ **Spiridovič, A.**, *Velikaja Revoluzija, 1914-1917g.g.*, Bd. 2, S. 177f., **Pares, B.**, *The Fall of the russian Monarchy*, S. 382f., **Ščeglovitov, P. (Hrsg.)**, *Padenije zarskogo režima*, Bd. 4, S. 15f.

⁵ **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 193-200. Die Militärs vertraten allerdings die Meinung, daß die Arbeiterschaft in ihrem Kern gar nicht revolutionär war und daß ihre politischen Forderungen von den sozialistischen Parteien formuliert wurden. Dazu und zu der Äußerung Ludendorffs „*Der deutsche*

Dienstzeit im Kriegsamt, als auf einer Versammlung der Dreher der Berliner Großbetriebe am 27. Januar 1918 beschlossen wurde, einen Generalstreik auszurufen. Nach und nach entflammte sich in Deutschland eine Streikbewegung, die nach Schätzungen deutscher Quellen im Januar 1918 mehr als eine Mio. Arbeiter erfaßt hatte¹. Zu dieser Zeit war der anerkannte Anführer der revolutionären Obleute Dreharbeiter Richard Müller. Der Einfluß Spartakusbundes auf die Organisation war laut Arthur Rosenberg mehr als beschränkt². Nach der Niederschlagung des Januarstreiks durch die Militärbehörden und trotz der Einberufung ihrer Führungspersonlichkeiten zum Militärdienst (u. a. Richard Müller) vermochten die Obleute ihre Organisationsstruktur zu wahren. Sie gingen in den Untergrund, konnten aber ihren Einfluß in den Betrieben bis zur Novemberrevolution erhalten. Dies war ein schlagender Beweis dafür, daß die Mitglieder der Führungsriege trotz ihrer Abstammung aus der Arbeiterschaft nicht nur gute organisatorische Fähigkeiten, sondern auch ausgeprägte politische Ambitionen besaßen. Einige Wochen vor dem 9. November fühlten sich die revolutionäre Obleute so stark, daß sie eine Revolution in Berlin für den 11. November geplant hatten, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Vorgänge in der Flotte ihnen unbekannt waren. Diesen Putsch planten sie übrigens nach dem Muster des Oktoberumsturzes der Bolschewiki, als sie direkt auf dem Alexanderplatz ihre Zentrale einrichteten und vorhatten, sich der Regierungsgebäude und Verkehrszentren der Hauptstadt zu bemächtigen³. Am Vorabend des 9. November delegierten sie einem gewissen Emil Barth diktatorische Vollmachten und unternahmen beim Ausbruch der Revolution in der Hauptstadt tatsächlich den Versuch, die Kontrolle der Protestbewegung zu übernehmen. Laut Volkmann scheiterte dieses Vorhaben erst, als die Protestbewegung in Berlin gegen Mittag durch die Falschmeldung der kaiserlichen Abdankung Eberts entschärft und in friedliche Bahnen gelenkt wurde. Die Mitglieder der Verschwörung wurden vom plötzlichen Zusammenbruch der Staatsgewalt so überrascht, daß sie an Freudeskundgebungen teilgenommen hatten, anstatt wie verabredet die Machtübernahme voranzutreiben⁴. Die Entwicklung am 9. November war den revolutionären Obleuten davongelaufen, aber sie waren nicht gesonnen, sie über sich hinweg gehen zu lassen. Als am Nachmittag des 9. November die SPD und USPD endlose Verhandlungen über Koalitionsbedingungen führten, hatten die revolutionären Obleute Zeit gehabt, sich vom Mißgeschick des verfehlten Putsches zu erholen. Sie hielten nachmittags eine eilige Beratung ab und schritten erneut zur Tat, indem sie beschlossen, einen zweiten Versuch zum Staatsstreich zu unternehmen. Wie gut die revolutionäre Obleute dabei konspiriert haben, zeigt auch die Tatsache, daß Richard Müller den Nachmittag des 9. November bei den Koalitionsberatungen der USPD verbrachte, aber im richtigen Augenblick doch an der entscheidenden Stelle erschienen war⁵.

Interessanterweise haben die revolutionären Obleute ihren Putsch am Nachmittag des 9. November nach der Methode geplant, die augenscheinlich auf die fehlende parlamentarische Erfahrung der Mehrheit der preußischen Bevölkerung abzielte. Sie faßten den Entschluß, den Plenarsaal des Reichstages zu besetzen und

Arbeiter [sei] zu einem Generalstreik zu feige“ vgl. Aufzeichnung des Obersts Bauer 10.02.1918, **Bundesarchiv Koblenz**, Nachlaß Max Bauer, Nr. 12., **Ludendorff, E.**, *Urkunden der OHL*, S. 117f.

¹ Zum Januarstreik vgl. **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 4, S. 152f.

² **Rosenberg, A.**, *Die Entstehung der deutschen Republik*, S. 193-200.

³ **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 44f. und 50f.

⁴ Ebd.

⁵ Ausführlich über die Rolle Müllers und der revolutionären Obleute am 9. November vgl. **Müller, R.**, *Vom Kaiserreich zur Republik. Die Novemberrevolution*, Bd. 2, Wien 1925.

dort ihrem politischen Programm Gesetzeskraft zu verleihen^{1*}. Das unorthodoxe Vorgehen war am 9. November insofern aussichtsreich, als der Zusammenbruch der Staatsgewalt in Verbindung mit den Massendemonstrationen im Reichstagsgebäude ein Durcheinander erzeugte. Genauso wie in Petersburg scharrten sich die Volksmassen in Berlin am 9. November um das Reichstagsgebäude als dem Symbol der Regierungsmacht. Da dort nach offizieller Lesart jetzt die „Volksvertreter“ residierten, zeigte das „Volk“ draußen ein großes Interesse, die Abläufe auch von Innen anzuschauen und strömte in Massen in das Reichstagsgebäude hinein. Laut Scheidemann begann der Reichstag nach der Abdankung des Kanzlers innen einem Heerlager zu gleichen: Dort waren beträchtliche Wachen postiert, die mehrere Räumlichkeiten für sich in Anspruch nahmen, dorthin kamen alle Politiker mit samt ihrem Anhang, um den Einfluß auf das Tagesgeschehen nicht zu verlieren². Aber auch andere Gäste besuchten den Reichstag. Die Straßen der Berliner Innenstadt glichen an diesem Nachmittag einem wogendem Ozean von Menschen, und immer wieder einmal schlug aus diesem Ozean eine überbrandete Welle in den Reichstag hinein. Niemand versuchte dieses wilde Kommen und Gehen auch nur oberflächlich zu kontrollieren. Einerseits standen nach dem Zusammenbruch der Militärgewalt keine disziplinierte Militärverbände zur Verfügung, andererseits hatten die neuen Machthaber in Sympathiebekundungen des „Volkes“ nichts auszusetzen. Deshalb hatte man dann auch einer Demonstrantengruppe, die zwischen 8 und 9 Uhr abends das Reichstagsgebäude betrat, zuerst keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, zumal sie äußerlich genauso bunt zusammengewürfelt war, wie alle anderen sonderbaren Besuchergruppen diesen Tages. Als man allerdings Verdacht schöpfte, war es bereits zu spät: Plötzlich zeigte sich in der angetroffenen „Besuchergruppe“ so etwas wie eine Ordnung und sie begann ganz unerwartet Zeichen von guter Organisation von sich zu geben. Zuerst besetzte diese etwa hundert Mann starke „Besuchergruppe“ das Zimmer 17, dann den Plenarsaal des Reichstages. Der Plenarsaal wurde schleunigst mit den mitgebrachten roten Tüchern ausgeschlagen. Die „Demonstranten“ nahmen die Sitze der Abgeordneten ein, wählten den Vorstand und begannen eine Sitzung abzuhalten, die dem äußeren Anschein nach verdächtig große Ähnlichkeit mit Reichstagsitzungen anzunehmen begann³. Als von dem Geräusch der Versammlung einige neugierig gewordene Reichstagsabgeordnete durch die Tür in das Plenarsaal hineinschauten, erwartete sie keine geringe Überraschung. Was sie sahen war nichts anderes, als ein Revolutionsparlament in voller Aktion. Der Vorstand dieses revolutionären „Parlaments“ bestand aus den beiden wichtigsten Anführern der revolutionären Obleute Richard Müller und Emil Barth, wobei Müller direkt aus den Koalitionsverhandlungen der USPD hinstieß und Barth aus der Revolutionszentrale vom Alexanderplatz herbeigeeilt war. Sie spielten geschickt einander das Wort zu und führten „Abstimmungen“ zu den Beschlüssen, die dann nach allen Regeln parlamentarischen Geschäftsordnung verabschiedet wurden. Dieses „Parlament“ hatte beschlossen, daß am

¹ Ähnlicher Taktiken bediente sich übrigens auch Lenin im Kampf um die Alleinherrschaft seiner Partei. Als z. B. die Bolschewiki nach der Machtergreifung beschlossen hatten das Zentralkomitee des Sowjets zu zwingen ihnen die legislative Gewalt zu übergeben, entstand bei der Abstimmung im Exekutivkomitee am 4. November 1917 eine Pattsituation, als die pro und die contra Stimmen jeweils 23 waren. Lenin erzwang die „Gleichschaltung“ des Sowjets, als er durchsetzte, ihn und Trotzki ebenfalls an der Abstimmung teilnehmen zu lassen. Wären die russischen „Parlamentarier“ erfahrener gewesen, hätten sie sich womöglich der Gleichschaltung des Sowjets widersetzt. Sie nahmen aber an der manipulierten Abstimmung teil und unterlagen mit 23 gegen 25 Stimmen, wobei die Stimmen Lenins und Trotzkijs den Ausschlag gegeben haben, vgl. **Pipes, R.**, *Die russische Revolution*, Bd. 2, S. 304-320.

² **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, S. 310f.

³ Zu den Vorgängen im Reichstag vgl. **Müller, R.**, *Vom Kaiserreich zur Republik*, S. 97f., **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, Berlin 1919.

nächsten Morgen in allen Fabriken und Kasernen der Stadt Arbeiter- und Soldatenräte gewählt werden sollten und zwar je einen Vertreter für ein Bataillon und für tausend Industriearbeiter. Die gewählten Räte sollten, zweitens, bereits am Nachmittag desselben 10. November sich im Zirkus „Busch“ versammeln, um dort die Provisorische Regierung, einen „Rat der Volksbeauftragten“ zu wählen und sie als einzig legitime Regierung Deutschlands zu betrachten. Von der existierenden Reichsregierung, die trotz der Unregelmäßigkeiten bei der Amtsübernahme durch Ebert, doch eine legale Nachfolgerin der Regierung Max von Baden war, war dabei keine Rede gewesen. Man war offenbar bestrebt, die amtierende Regierung einfach bei Seite zu schieben¹. Es handelte bei dieser Aktion offensichtlich um einen Staatsstreich und dieser Staatsstreich war für die amtierende Regierung eine viel gefährlichere Herausforderung als die Ausrufung einer Sowjetrepublik durch Liebknecht. Sie drohte der Regierung Eberts die Machtgrundlage zu entziehen und in Deutschland unter Umgehung des russischen Systems der „Doppelherrschaft“ eine neue, auf dem Rätssystem basierende Regierung entstehen zu lassen.

Bekanntlich war Ebert am 9. November *„immer noch bemüht, den organisatorischen Zusammenhang mit der Vergangenheit nicht zu lösen“*². In diesem Sinne wurde nachmittags am 9. November ein Aufruf an die Beamtenschaft erlassen, in dem der neue Kanzler fast bittend und entschuldigend die Beamten aufforderte, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten: *„Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke“*, lautete der Kernsatz dieser merkwürdigen Kundgebung³. In diesem Licht erscheint die Taktik Eberts am nächsten Tag durchaus kurios. Die SPD-Führung beschloß nämlich, an dem von den revolutionären Obleuten angekündigten Wahlen teilzunehmen und im Zirkus Busch ihre eigene Männer in die revolutionäre Gremien wählen zu lassen. Ob eigentlich die Regierung, die sich seit dem 10. November nicht mehr „Reichsregierung“, sondern „Regierung der Volksbeauftragten“ nennen sollte, von den revolutionären Obleuten aufgezwungen wurde oder vor der Versammlung im Zirkus Busch sich konstituierte, ist aus den vorhandenen Quellen nicht einwandfrei nachzuweisen⁴. Die einen Quellen sprechen davon, daß die Regierung der Volksbeauftragten sich unabhängig von der Versammlung im Zirkus Busch konstituierte und schon nachmittags am 10. November ihre Arbeit aufnahm⁵. Die anderen davon, daß die Volksbeauftragten ihre Legitimation von der Versammlung im Zirkus Busch herleiteten⁶. Wie auch immer, die Bereitschaft Eberts seine, wenn auch verfassungswidrig zustande gekommene Kanzlerschaft aufzugeben und stattdessen mit einer revolutionären „paritätisch“ besetzten Körperschaft Regierungsgeschäfte wahrzunehmen, bedeutete den endgültigen Bruch mit der Verfassung. Schließlich war die Aktion der revolutionären Obleute im Reichstagsgebäude nichts anderes als Versuch des Staatsstreichs. Die Regierung war sehr wohl berechtigt, gegen die Versammlung im Zirkus Busch Gewalt anzuwenden. Es ist quellenmäßig nicht nachweisbar, ob Ebert die Gewaltanwendung gegen Radikale nach dem Streich der revolutionären Obleute erwogen hatte. Augenscheinlich setzte Ebert am 9. November eindeutig auf die Gewaltlosigkeit. Rein äußerlich betrachtet hatte die SPD dazu die besten Voraussetzungen: Zu allererst gab

¹ Ebd. Davon, daß dies den revolutionären Obleuten teilweise gelungen war, zeugen zahlreiche Zeitungsberichte des nächsten Tages, vgl. **Frankfurter Zeitung** vom 11.11.1918.

² **Baden, M., von**, *Erinnerungen und Dokumente*, S. 642.

³ Text vgl. **Michaelis, H., Schraepler, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 2, S. 4.

⁴ Vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6, S. XXVf., **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 32-35f. und 46f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

es mehr als genug treue Sozialdemokraten unter den Berliner Arbeitern. Die Garnison der Hauptstadt war ebenfalls pro sozialdemokratisch, wie die Rundreise von Otto Wels es offenbart hatte. Noch in der Nacht zum 10. November entfaltete die Partei deshalb eine rege Tätigkeit, um die von den revolutionären Obleuten ausgeschriebenen Wahlen für sich zu entscheiden. Die SPD mobilisierte ihre Basis¹. Die disziplinierte Parteiorganisation der SPD erwies sich in dieser Angelegenheit den anderen Konkurrenten gegenüber als weit überlegen. Noch in der Nacht zum 10. November wurden tausende Flugblätter gedruckt und durch die Parteistrukturen an die Belegschaften Berliner Betriebe verteilt. Der Parteiblatt der SPD, der „Vorwärts“, erschien am 10. November mit Leitartikel „Kein Bruderkampf“ und es hatte sich herausgestellt, daß diese Parole mit fast genialem Instinkt die Massenstimmung in Berlin dieses Tages getroffen hatte².

Bekannterweise erfreuten sich die Rätewahlen am Vormittag des 10. November sehr großer Beteiligung. Laut mehreren Augenzeugenberichten waren die Straßen der Hauptstadt zwar auch am 10. November gut bevölkert³, die Arbeiter wurden dort aber nur selten gesichtet. Ungeachtet der Tatsache, daß der 10. November ein Sonntag war, befand sich die Arbeiterschaft der Hauptstadt größtenteils nicht etwa bei den Familien, sondern in ihren Betrieben, um die Abgeordneten für die um 5 Uhr anstehende Versammlung im Zirkus Busch zu wählen⁴. Und diese Wahl ging eindeutig anders aus, als die revolutionären Obleute es sich vorgestellt hatten. Die Kandidaten der revolutionären Obleute wurden zwar alle gewählt, die Mehrzahl der Stimmen galt aber den Leuten der SPD. Richard Müller, einer der Organisatoren der „Reichstagsbesetzung“, berichtet, daß selbst in einigen Betrieben, in denen die SPD-Funktionäre am 9. November „herausgeprügelt“ worden waren, die Menschen am 10. November ihre Stimmen mehrheitlich der SPD gaben^{5*}. Wenn die Wahlen in den Fabriken für die revolutionären Obleute eine halbe Niederlage waren, so verliefen die Wahlen in den Kasernen für sie überhaupt katastrophal. Nicht anders als in Petersburg in den ersten Tagen der Februarrevolution hatten die Reservisten der Berliner Garnison für die Radikalen nichts als Groll übrig. Hier hatten die revolutionären Obleute überhaupt nichts zu bestellen. Hier kannte sie kein Mensch und hier mißbilligte man den Gedanken, bei der neuen Regierung hätten ausschließlich die Arbeiter das Sagen. In den Augen der Reservisten war es der Garnison der Stadt zu verdanken, daß die Revolution gesiegt hatte. Eine Regierung, die in den Augen der Reservisten ihre Wünsche verkörperte, konnte unmöglich allein von den Belegschaften der Betriebe stammen. So kam es dazu, daß in den Kasernen der Hauptstadt am 10. November kein einziger Vertreter der revolutionären Obleute das Mandat erhielt⁶. Keine geringe Rolle bei den Wahlen in den Kasernen spielte auch die Tatsache, daß Otto Wels sich am Tag zuvor mit seiner Rundreise durch die

¹ Müller-Franken, H., *Die November-Revolution*, S. 58f., und 61.

² Vgl. Ebd., *Vorwärts*, 10.11.1918.

³ Vgl. Troeltsch, E., *Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/1922*, Tübingen 1924, S. 24f.

⁴ Vgl. Bernstein, E., *Die deutsche Revolution*, S. 47f., Müller, R., *Vom Kaiserreich zur Republik*, S. 40f., Barth, E., *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, S. 62f.

⁵ Ebd. Obwohl das Wahlverhalten der deutschen Arbeiterschaft und der Soldaten in der Literatur häufig als der Hauptgrund für die Niederlage der Radikalen angesehen wird, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß auch das Wahlverhalten in Petersburg nicht wesentlich anders war. Bekannter Weise bekamen die Bolschewiki in den ersten Monaten nach der Februarrevolution so gut wie keine Stimmen von den Soldaten der Petersburger Garnison und selbst auf dem 1. Rätekongreß einige Monate später gab es unter 1 050 frei gewählten Delegierten nur 105 Anhänger Lenins, Volkogonov, D., *Lenin*, S. 140.

⁶ Ebd.

Militäreinheiten, sozusagen „über die Nacht“ zu der Vertrauensperson der Reservisten wurde¹. Wie groß seine Autorität ein Tag nach dem Zusammenbruch der Regierungsgewalt war, zeigt im Übrigen die Tatsache, daß die nach den Wahlen in den Kasernen gewählten Soldatenräte sich im Hof der Redaktion von „Vorwärts“ versammelt hatten². Bevor man zum Zirkus Busch zog, ließen die Reservisten sich von Wels über die politische Lage unterrichten. In dieser Versammlung gelang es Wels nicht nur, die Soldatenräte auf die SPD-Plattform einzustimmen, sondern auch sie in einer halb militärischen Weise zu organisieren. Zum Zirkus Busch zogen die Soldatenräte in militärischer Formation, wobei vorher nicht nur Verpflegung gefaßt, sondern die „Sprecher“ festgesetzt wurden³. Auf die Stimmung, die bei den Soldatenräten hinsichtlich den revolutionären Obleute (und auch der „Spartakisten“) herrschte, wirft im Übrigen Hermann Müller, der spätere SPD-Kanzler ein bezeichnendes Streiflicht: *„Ein Spartakist, der sich auf dem Weg zur Lindenstraße dem Zuge der Soldatenräte aus Neugier angeschlossen hatte, merkte, was vorging, und schrie, indem er Wels mit einem Revolver bedrohte, wie ein Wüterich: „Du Hund wirst uns noch alles verderben!“ Geschossen hat er nicht, deshalb wurde er auch nicht gelyncht“*⁴.

Kurz bevor die Veranstaltung im Zirkus Busch eröffnet wurde, trafen die revolutionäre Obleute insgeheim zusammen, um über ihre Vorgehensweise im Licht der Niederlage zu beraten. *„Nach dem Ergebnis der Wahlen war man sich klar“*, berichtet von ihrem Dilemma Richard Müller, *„daß die Rechtssozialisten mit den rechten Unabhängigen... die Mehrheit auf ihrer Seite hatten. Eine Regierung ohne Rechtssozialisten war [für die revolutionäre Obleute] nicht zu erreichen. Man mußte sie als eine Tatsache hinnehmen. Daß die Rechtssozialisten die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte brechen versuchen würden, um zur Nationalversammlung und damit zur bürgerlich-demokratischen Republik zu kommen, war auch allen klar. Gelang das, dann war die Revolution verloren“*⁵. In ihrer Beratung beschlossen die revolutionäre Obleute, daß die Versammlung im Zirkus Busch ihre Veranstaltung war und daß sie deshalb den Vorstand bildeten, um sie für ihre Zwecke zu nutzen. Wenn sie aufgrund des Wahlsieges der Mehrheitssozialisten die Regierungsbildung unter Ausschluß der SPD nicht verhindern konnten, wollten sie unter irgendeinem Namen von der Versammlung noch eine zweite Körperschaft wählen lassen, aus der sich in Zukunft eine Art Gegenregierung nach russischer Art entwickeln ließ. Richard Müller berichtete später in seinen Erinnerungen über die Taktik der revolutionären Obleute offenerzig: *„Es wurde beschlossen, der Versammlung die Wahl eines Aktionsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte vorzuschlagen. Dabei sollte es nicht über die Aufgaben desselben gesprochen werden, ohne jede Debatte, gewissermaßen durch Bluff sollte er zustande kommen“*^{6*}.

Laut zeitgenössischen Berichten erinnerte die Versammlung im Zirkus Busch durchaus an die Atmosphäre der Rätetagungen der Februarrevolution. Sie war in vielem eine Versammlung in der Art wie sie in Deutschland niemand erlebt hatte. Die Versammlung verlief tumultartig und hatte keinerlei Bezug auf die

¹ Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der kaiserlichen Gewalt wurde Wels zum Oberkommandierenden der Berliner Garnison gewählt und amtierte dort bis zur Weihnachtskrise. Zur Tätigkeit von Wels in Berliner Kommandantur vgl. **Fischer, A.**, *Die Revolutions-Kommandantur*, Berlin 1922.

² Ebd., **Müller-Franken, H.**, *Die November-Revolution*, S. 69f.

³ Ebd., **Drabkin, J. S.**, *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland*, Berlin 1968, S. 162f.

⁴ Vgl. **Müller-Franken, H.**, *Die November-Revolution. Erinnerungen*, S. 69f.

⁵ **Müller, R.**, *Vom Kaiserreich zur Republik*, Bd. 2, S. 36f.

⁶ Ebd. Laut Wilhelm Pieck bestand das Ziel der Revolutionäre darin, *„agitorisch den Arbeitern ihre Aufgaben auf[z]uzeigen, sie vor dem Klassenverrat der SPD-Führer [zu] warnen und mit der Organisation der Revolution [zu] beginnen“*, **Pieck, W.**, *Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908-1950*, Berlin 1950, S. 99.

parlamentarischen Gepflogenheiten¹. Die Reservisten der Berliner Garnison besetzten die unteren Reihen. Sie beherrschten damit die Versammlung. Als die SPD-feindlichen Redner ihre Reden hielten, störten die Soldaten sie am Reden, indem sie einfach diese Redner niederschrien. Oberhalb der Soldaten saßen die Vertreter der Arbeiterschaft, die keinesfalls so geschlossen wie die Soldaten auftraten, die aber auch nicht abgeneigt waren, die Versammlung durch tumultartige Störungen zu beeinflussen. Beide „Blöcke“ waren nicht zahlreicher als etwa 2000 Mann. Die kleinen Räumlichkeiten des Zirkus Busch waren dennoch überfüllt. In der Manege, umringt von allen Seiten, saß hinter den hölzernen Tischen die Prominenz der Arbeiterbewegung von Ebert bis Liebknecht. Den Vorsitz führten die Anführer der revolutionären Obleute Emil Barth, Richard Müller und ein gewisser Waltz, ein Reserveoffizier und Mitstreiter Barths. Als erster sprach Ebert und es gelang ihm, die Versammlung sofort auf seine Seite zu ziehen: Er verkündete die bevorstehende Koalitionsregierung mit der USPD, bekannte sich zur Revolution, verlangte aber Hilfe bei Rückkehr zur Normalität in Deutschland. Hugo Haase, der Ebert als Redner nachfolgte, sprach zwar vom „*vollständigen Sieg der Revolution*“, im wesentlichen bestätigte er aber die Bereitschaft der USPD, zusammen mit der SPD in der neuen Regierung zu arbeiten. Laut Augenzeugenberichten merkten weder die Anführer der SPD noch die der USPD zu diesem Zeitpunkt, daß die revolutionäre Obleute einen Streich geplant hatten². Ebenfalls nach Augenzeugenberichten wäre der Plan der Obleute aufgegangen, hätten die Konspirateure einfach unbemerkt ihren „Aktionsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte“ zur Abstimmung gestellt³. Die revolutionären Obleute hatten sogar eine fertige Liste vorbereitet, aber im entscheidenden Augenblick machten sie einen unverzeihlichen Fehler. Anstatt einfach die Versammlung zur Abstimmung aufzufordern, ergriff Emil Barth das Wort und hielt eine lange Rede, in deren Verlauf den anwesenden SPD-Führern die Absichten der Obleute klar geworden waren. Laut Barths Mitstreiter Richard Müller: „*Der aufmerksamer Zuhörer erkannte zwischen Barths Worten die nicht ausgesprochene Absichten*“⁴. Ebert ergriff nochmals das Wort und verlangte, in den geplanten Ausschuß auch die SPD-Leute einzutragen und zwar paritätisch, wie in der Regierung der Volksbeauftragten. In diesem Augenblick beging Barth noch einen Fehler, als er verkündete, daß im Aktionsausschuß der Räte kein „Rechtssozialist“ vertreten werden darf. „*Das, was der Erklärung Barths folgte*“, berichtet in seinen Erinnerungen Richard Müller, „*läßt sich kaum beschreiben. Die Soldaten schriehen wild durcheinander: „Einigkeit! Parität!“*“. *Der Hauptmann von Beerfelde reichte eine Liste der Soldaten ein. Der Rechtssozialist Büchel kam mit einer Liste seiner Partei. Richard Müller und Karl Liebknecht machten den Versuch, gegen die paritätische Besetzung zu sprechen, beide wurden niedergeschrien. Die Erregung steigerte sich zur Raserei. Die Soldaten stürzen in die Manege und auf die Vorstandstribüne. Sie drohten, ohne die Arbeiter, ohne die Parteien, allein die Revolution weiterzuführen und die Militärherrschaft aufzurichten. Der Tumult war so, daß ein Weiterführen der Versammlung nicht möglich war*“⁵. Obwohl der Vorsitzende Barth die Versammlung teilweise dadurch zu beherrschen versuchte, daß er einigen Rednern mit seiner Glocke in den Rücken stieß, mußte die Versammlung unterbrochen werden

¹ Zur Schilderung der Versammlung im Zirkus Busch vgl. **Stahl, W. (Hrsg.)**, *Schulthess europäischer Geschichtskalender*, 1918/1, S. 464f., **Müller, R.**, *Vom Kaiserreich zur Republik*, Bd. 2, S. 36f., **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, Bd. 1, S. 46f., **Müller-Franken, H.**, *Die November-Revolution*, S. 70f. und **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, S. 60f.

² Ebd. Eine der ausführlichsten Schilderungen der Versammlung im Zirkus Busch stammt von **Drabkin, J.S.**, *Die Novemberrevolution*, S. 165f.

³ Ebd.

⁴ **Müller, R.**, *Vom Kaiserreich zur Republik*, Bd. 2, S. 36f.

⁵ Ebd.

und in der erregten Menge mußten die Parteien doch Verhandlungen beginnen¹. Dabei begannen beide Seiten aus Angst einander unüberlegte Vorschläge zu machen. Einen Augenblick lang wollte die SPD sich mit zwei Vertretern im Aktionsausschuß zufrieden geben, einen Augenblick lang wollten die Obleute den ganzen Aktionsausschuß überhaupt fallen lassen. Dagegen war nun plötzlich die SPD selbst: Die „Verhandlungen“ verliefen zwar vor den Augen der erregten Arbeiter und Soldaten, diese haben aufgrund des Tumults sie nicht verfolgen können. Man befürchtete, daß die Versammlung nun völlig außer Kontrolle geraten würde. Schließlich kam man im Zirkus Busch zu einem Übereinkommen und Barth verkündete das Ergebnis der Versammlung. Man einigte sich auf einen zwanzigköpfigen „Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte“, der aus je 10 Arbeitern und Soldaten bestehen sollte. Von diesen sollte die eine Hälfte der SPD angehören, die andere Hälfte den revolutionären Obleuten. Dieses Projekt wurde der Versammlung dann auch zur Abstimmung vorgelegt. Da es inzwischen Mitternacht geworden war und die meisten Versammelten einen langen Heimweg vor sich hatten, wurden alle Beschlüsse von der Versammlung dann auch sehr schnell angenommen. Man bestätigte die neue, aus SPD und USPD bestehende Regierung der „Volksbeauftragten“, konstituierte den „Aktionsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte“, erließ einen Aufruf an die Bevölkerung, sang die „Internationale“ und ging auseinander².

Die Ergebnisse der Versammlung im Zirkus Busch sollten eine immense Bedeutung für den Verlauf der Revolution in Deutschland haben. Theoretisch waren die Ergebnisse des 10. November identisch zur Ausgangssituation der Februarrevolution in Rußland. Zuerst hatte Ebert zugelassen, daß die neue Regierung genauso wie die provisorische Regierung sich dessen nicht gescheut hatte, ihre Legitimation von der revolutionären Körperschaft zu empfangen, die keinerlei Befugnis hatte im Namen der gesamten Bevölkerung Deutschlands aufzutreten³. Schließlich repräsentierten die Deputierten im Zirkus Busch bestenfalls nur die Arbeiterschaft Berlins und die Reservisten der Stadtgarnison. Aber auch nur dann, wenn man die von niemandem autorisierte „Wahlen“ unangefochten gelten ließ⁴. Ferner wurde im Zirkus Busch mit dem „Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte“ ein Äquivalent zum „Ispolkom“ des Petersburger Sowjet geschaffen und als eine Art Kontrollorgan der Revolution über die Regierung anerkannt⁵. Davon daß Ebert und die SPD sich dabei nicht wohl fühlten, zeugt vor allem folgende Tatsache: Als am 11. November in den deutschen Zeitungen Berichte über die Versammlung im Zirkus Busch gedruckt wurden, würdigte das Zentralorgan der SPD „Vorwärts“ die Bildung des „Vollzugsrates“ mit keiner Silbe⁶. Diese Haltung war aus Sicht der SPD durchaus verständlich. Wollte man in Deutschland eine Katastrophe nach dem russischen Muster verhindern, mußte die SPD mit allen Mitteln versuchen, die Entfaltung der „Doppelherrschaft“ zu unterbinden. Am 11. November erließ Ebert einen Aufruf an die Bevölkerung, mit dem er bezweckt hatte, ähnliche Vorfälle, wie den Streich der revolutionären Obleute im Plenarsaal des Reichstages für die Zukunft zu verhindern: *„Die Staatssekretäre und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen*

¹ Drabkin, J.S., *Die Novemberrevolution*, S. 165f.

² Text des Aufrufes an die Bevölkerung vom 10. November bei **Die Vossische Zeitung**, 11.11.1918, S. 1.

³ Zur Problematik der Legitimation der Volksbeauftragten vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6, S. XXVII f. und **Meinecke, F.**, *Die Revolution: Ursachen und Tatsachen*, in: **Anschtz, G., Thoma, R.**, *Handbuch des deutschen Staatsrechts*, Bd. 1, Tübingen 1930, S. 112f. und **Jellinek, W.**, *Revolution und Reichsverfassung*, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*, Bd. 9, 1920, S. 6f.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. **Vorwärts**, 11.11.1918.

Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden. Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen sind nicht gestattet. Gez. Reichsregierung: Ebert, Haase“¹.

Nach seiner Rückkehr aus dem Zirkus Busch wartete auf Ebert keine geringe Überraschung, denn in seinem Arbeitszimmer erhielt er ganz unerwartet einen Anruf, mit dem er zu diesem Zeitpunkt mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gerechnet hatte. Als Ebert das Kanzleramt übernommen hatte, wurde er nicht informiert, daß im Arbeitszimmer des Reichskanzlers sich eine geheime Telefonleitung nach Spa befand. Auf dieser Leitung bekam Ebert am Abend des 10. November einen unangekündigten Anruf von Groener, in dessen Verlauf eine Einigung mit weitreichenden Folgen erzielt wurde. Der Verlauf dieses legendenumwobenen Telefongesprächs ist nie bekannt geworden. Tonbänder gab es damals nicht und Zeugen waren nicht anwesend. Auch Ebert hatte sich über den Inhalt nie geäußert. Der Gegenstand des Gesprächs ist nur aus späteren Aussagen Groeners bekannt geworden². Laut einer gut informierten Quelle verlief die Unterhaltung in etwa wie folgt: „General Groener teilte Ebert mit, daß der Feldmarschall sich bereit erklärt hatte, an der Spitze der OHL zu verbleiben, bis das Heer in die Heimat zurückgekehrt sei... Den Truppen werde in einem Erlaß mitgeteilt werden, die OHL wolle nicht... den Bürgerkrieg entfachen... Von der Waffe gegen die Angehörigen des eigenen Volkes dürfe nur in der Notwehr oder zur Verhinderung der Plünderung Gebrauch gemacht werden. „Wie werden sie sich gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten verhalten?“, fragte Ebert. „Die Kommandostellen sind angewiesen, auf gütlichen Wege zu verhandeln“. „Und was erwarten sie von uns?“ „[Die OHL] erwartet von der Regierung die Unterstützung des Offizierskorps bei der Aufrechterhaltung der Disziplin... daß die Verpflegung des Heeres mit allen Mitteln sichergestellt und daß jede Störung des Eisenbahnverkehrs verhindert wird... Das Offizierskorps erwartet, daß die Reichsregierung den Bolschewismus bekämpfen wird und stellt sich ihr hierfür zur Verfügung“³. Im Übrigen sprach Groener später von dieser Unterredung mit Ebert als vom Zustandekommen eines „Bündnisses“ mit dem Ziel der Rückkehr zu „geordneten Zuständen“. „Ebert ging auf mein Bündnisvorschlag ein“, schrieb er in seinen Erinnerungen darüber, „von da ab besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendige Maßnahmen“⁴.

In der Fachliteratur ist dieses Bündnis Eberts mit Groener als das zentrale Ereignis gewürdigt, das den Ausgang der deutschen Revolution im wesentlichen vorbestimmte⁵. In der Tat: Bei der Groener-Ebertschen Vereinbarung handelte es sich um eine Übereinkunft, wie sie in ähnlicher Form zwischen Kornilov und Kerenskij getroffen wurde⁶. Obwohl das Bündnis Groeners mit Ebert in der Geschichtsschreibung eingehend analysiert wurde, ist es interessant, einige seiner weniger bekannten Aspekte näher zu erläutern. Zuerst muß erwähnt werden, daß Groener seinen Entschluß, die Heeresleitung Ebert zur Verfügung zu stellen, auf eigene Initiative getroffen hatte. Feldmarschall Hindenburg, in dessen Namen verhandelt wurde, erfuhr von der

¹ **Reichsanzeiger**, 12.11.1918, S. 1.

² **Berthold, L., Neef, H.**, *Militarismus*, S. 28f.

³ **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 68. Zu Groeners Position vgl. **Herzfeld, H.**, *Die deutsche Sozialdemokratie*, S. 379-389. Zu Groeners späteren Position vgl. **Phelps, R. H.**, *Aus den Groener-Dokumenten*, in: *Deutsche Rundschau*, 1950, S. 537f.

⁴ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 467f.

⁵ **Berthold, L., Neef, H.**, *Militarismus*, S. 28f.

⁶ Zum Kornilovputsch vgl. **Savinkov, B.**, *K delu Kornilova*, S. 5f.

Verabredung mit Ebert erst später und erteilte seine Billigung im Nachhinein¹. Zweitens war die OHL in dieser Angelegenheit bemüht, den Sachverhalt so darzustellen, daß sie ihr Abkommen mit der legitimen Nachfolgerin der Regierung Max von Baden abschloß und, daß die Regierung ohne die Offerte aus Spa nicht in der Lage wäre, ihre Macht zu behaupten. In Groeners Worten hielt sich Ebert zum Zeitpunkt des Telefongesprächs „*nur mühsam am Steuer und [war] nahe daran, von den Unabhängigen und Liebknecht-Gruppe über den Haufen gerannt zu werden*“². Die militärischen Quellen fixieren deshalb das Bündnis Groeners mit Ebert wie ein Bündnis zwischen der rechtmäßigen Heeresleitung und der Reichsregierung. Sie gehen dabei soweit, daß sie immer wieder das Gespräch zwischen Groener und Ebert vor der Versammlung im Zirkus Busch plazieren³*. Diese Sichtweise ist aber sehr problematisch und hält einer genaueren Überprüfung nicht stand. Schon die Kanzlerschaft Eberts war nach der Auffassung Friedrich Meineckes „*ein dünner und formal sehr problematischer Faden rechtlichen Zusammenhanges [gewesen], der die bisherige monarchistische mit der neuen revolutionären Regierung [verband]*“⁴*. Dieses Problem wurde von Ebert bekannterweise dadurch gelöst, daß er eine Koalitionsregierung mit der USPD bildete und für diese Regierung die Legitimation aus den Händen sozialistischer Parteien im Zirkus Busch holte. So betrachtet, schloß die OHL ihr Bündnis nicht mit der Nachfolgerin der Regierung Max von Baden, sondern mit einer Revolutionsregierung der „Volksbeauftragten“. Das wohl interessanteste Moment dieses Bündnisses (das leider in der Geschichtsforschung nur selten erwähnt wird) ist aber nicht die Legitimitätsfrage der Regierung, sondern die der OHL-Führung. Und mit dieser Legitimität war es am 10. November nicht gut bestellt. Mit der Abreise des Kaisers ins Ausland geriet die Leitung der OHL rechtlich gesehen in eine unvorhersehbare Situation, die durchaus verzweifelter war als die der Regierung. Die Sache war nämlich die, daß nach dem Weggang Wilhelms II. das Heer des Deutschen Reiches in die einzelne Bundeskontingente zerfiel⁵. Mit seinem Weggang verlor auch die OHL die rechtliche Basis als Zentrale der Bundeskontingente aufzutreten⁶. Bekanntlich hatte der Kaiser diese Gefahr dadurch zu umgehen versucht, daß er vor seiner Abreise den Oberbefehl über die deutschen Bundesheere Hindenburg übertrug. Am 10. November erließ die OHL einen Befehl an die Truppen, indem es hieß, daß aufgrund „*der mündlich gewordenen Weisung seiner Majestät des Kaisers und des Königs [der] Oberbefehl über das deutsche Heer Feldmarschall Hindenburg*“ übertragen wurde⁷. Das Problem dabei war, daß der Kaiser selbst nach dem geltenden Recht des Deutschen Reiches keine Möglichkeit hatte, den Oberbefehl an eine andere Person zu delegieren⁸. Abgesehen davon, konnte die Amtsführung Hindenburgs als Oberkommandierender sehr

¹ Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 468f.

² Ebd.

³ Vgl. Volkman, E., O., *Revolution über Deutschland*, S. 67f., Benoist-Méchin, J., *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 51f., Groener-Geyer, D., *General Groener. Soldat und Staatsmann*, S. 116f. Erst in seinen Memoiren berichtet Groener, daß das entscheidende Gespräch mit Ebert nicht am 9. November, sondern am 10. November stattgefunden hatte, vgl. Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 467f.

⁴ Meinecke, F., *Die Revolution. Ursachen und Tatsachen*, in: Anschütz, G., Thoma, R. (Hrsg.), *Handbuch des deutschen Staatsrechts*, Tübingen 1930, Bd. 1, S. 112. Nach Walter Jelinek war verfassungsrechtlich schon die Kanzlerschaft Eberts streng gesehen illegitim, „*wenn auch die neuen Machthaber in der äußeren Form an den Willen der alten Regierung anknüpften*“, vgl. Jelinek, W., *Revolution und Reichsverfassung*, in: *Jahrbuch des öffentlichen rechts der Gegenwart*, Berlin 1920, Bd. 9, S. 6.

⁵ Deist, W., *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 2f.

⁶ Ebd.

⁷ Text des Befehls bei Ritter, G., Müller, S. (Hrsg.), *Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente*, Hamburg 1974, S. 99f.

⁸ Ausführlich dazu vgl. Laband, P., *Das Staatsrecht des Deutschen Reichs*, Freiburg 1892, S. 511-524, *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 2, S. XXXII.

problematisch werden, wäre sie nicht auch von der neuen Regierung ausdrücklich bestätigt. Schließlich haben die Erfahrungen der russischen Revolution eindeutig gezeigt, daß die Heeresleitung sofort ihre Befehlsgewalt einbüßte, wenn die zivile Regierung sie nicht anerkannte. Es liegt deshalb die Vermutung nahe, daß Groener Ebert am 10. November auch deshalb kontaktiert hatte, weil die OHL den Schutz der Regierung nicht minder nötig hatte, als die Regierung den Schutz des Heeres. Es liegt auf der Hand, daß das Hauptanliegen der OHL darin bestand, nicht unähnlich der SPD sich eine neue Legitimation zu holen. Obwohl die OHL sich zu dieser Tatsache nie öffentlich bekannt hatte, erhielt Groener unmittelbar nach seinem Telefongespräch ein Telegramm Eberts, in dem die Kommandogewalt für die OHL auch im Namen der revolutionären Regierung bestätigt wurde. Dieses, von allen Regierungsmitgliedern mit Ausnahme Haases unterzeichnetes Dokument, vermied aufs Peinlichste die Bezeichnung „Volksbeauftragte“. Im Übrigen behandelte das Telegramm die OHL nicht als eine der Regierung unterordnete Körperschaft, sondern als eine gleichwertige und vollkommen autonome Institution. Mit keiner Zeile wurde die OHL der zivilen Gewalt unterstellt, was um so mehr verwundert, als mit Bildung der Regierung der Volksbeauftragten der gesetzliche Rahmen des kaiserlichen Deutschland aufgehört hatte zu existieren: *„An Generalfeldmarschall von Hindenburg. Wir bitten eure Exzellenz, für das gesamte Feldheer anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und straffe Ordnung im Heere unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist und daß eine Entlassung von Heeresangehörigen aus dem Heere nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Wo sich die Soldatenräte oder Vertrauensleute gebildet haben, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung rückhaltlos zu unterstützen. Gez. Ebert, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth“*¹. Diese Politik der republikanischen Regierung der Heeresleitung gegenüber war sehr bezeichnend. Nicht nur die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, sondern auch der angeblich radikale linke Flügel der „Volksbeauftragten“ war bereit, alles zu tun, um nur den Rücktritt Hindenburgs von der Heeres Spitze zu verhindern. Laut den Protokollen der Regierung kam selbst in seiner radikalen Hälfte niemand auf den Gedanken, daß die erste Tat einer wahrhaft revolutionären Regierung darin bestanden hätte, die Heeresleistung zur Eidesleistung auf die Republik zu zwingen². Die Regierung der „Volksbeauftragten“ war in dem Sinne eine große Ausnahme unter den revolutionären Regierungen Europas, als sie sich zu leisten glaubte, der Heeresleitung eine totale Autonomie zuzugestehen. Im Gegensatz zu Rußland, wo die provisorische Regierung als eine ihrer ersten Maßnahmen die Vereidigung der Truppen auf die provisorische Regierung befahl, wurde dem deutschen Heer vorerst kein Eid auferlegt³*

Kap.12. Die Rolle der OHL während der Rückführung des Frontheeres in die Heimat

¹ *Documents of the American Association for International Conciliation for 1919*, New York 1920, Bd. 1, S. 548. Vgl. dazu den Aufruf des Kriegsministers Scheuch an das Offizierskorps vom 10.11.1918, **Volz, H.(Hrsg.)**, *Novemberumsturz und Versailles 1918-1919*, Berlin 1942, S. 398.

² Eine Auswahl stenographischer Aufzeichnungen der Regierungssitzungen der Volksbeauftragten bei *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/1.

³ **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 53. In Rußland wurden die Soldaten sofort nach dem Rücktritt Nikolais II. auf den Staat vereidigt. Die Vereidigungen verliefen ohne Zwischenfälle, **Gurko, V.**, *Erinnerungen an den Krieg und Revolution*, S. 209f.

Eine der wohl spannendsten Fragen der deutschen Revolution ist die Frage, welche Politik die OHL unmittelbar nach der Abreise des Kaisers geführt hatte, sowie die Frage, welches Konzept die Heeresführung zuerst verfolgte, um der Zuspitzung der Revolution in Deutschland zu begegnen. In der geschichtlichen Literatur gilt als unumstritten, daß Groener und seine Mitarbeiter dem Kaiser am 9. November zwar die Gefolgschaft verweigert hatten, aber gleich von Beginn an energisch gegen die Revolution antraten. Laut dieser Konzeption verfolgte die OHL schon in den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch eine feste Politik. Den Militärs gelang es, die Armee als einsatzfähiges Instrument zu erhalten und mit Unterstützung des Heeres dafür zu sorgen, daß in Deutschland innerhalb kürzester Frist die nationale verfassungsgebende Versammlung einberufen würde¹. Ein fester Bestandteil dieser Politik war der möglichst schnelle Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen mit der Entente, zumal in Rußland gerade die hartnäckige Weigerung der Stawka, einen Waffenstillstand abzuschließen zur Radikalisierung der Revolution geführt hatte. Im Gegensatz zur Stawka gelang es der deutschen Heeresleitung tatsächlich bemerkenswert schnell, dieses Problem zu lösen und zwar noch am 9. November, bevor die Monarchie gestürzt werden konnte. Am 9. November war nämlich ein Mitglied der Erzbergerdelegation, Rittmeister von Helldorf, nach Spa zurückgekehrt und hatte Groener die Bedingungen der Entente für den Waffenstillstand vorgelegt. Diese Bedingungen sind allzu bekannt, um sie hier einzeln aufzuzählen², festgestellt zu werden verdient hier jedoch Folgendes: Die Waffenstillstandsbedingungen glichen nicht nur einer bedingungslosen Kapitulation, sondern brachten die OHL auch rein technisch in eine verzweifelte Lage. Die Entente forderte u.a. die Räumung der gesamten Westfront innerhalb von nur 14 Tagen und verkündete, daß die im Räumungsgebiet nach der Ablauf der Frist verbliebenen deutschen Soldaten angegriffen und gefangengenommen werden³. Trotz der Härte der Waffenstillstandsbedingungen, zögerte Groener keinen Augenblick. Er übersandte ein Gutachten nach Berlin mit der Empfehlung, den Waffenstillstand unter allen Umständen abzuschließen⁴. In diesem Gutachten wurde die neue Regierung zwar gebeten, einige Erleichterungen (insbesondere bei der Einräumung längerer Abzugsfristen für die Westfront) zu erreichen, wurde aber ersucht, den Regierungsbeschluß zum Waffenstillstand schleunigst herbeizuführen: „*Gelingt die Erleichterung [der Bedingungen] nicht, so wäre trotzdem abzuschließen*“⁵, lautete die Empfehlung der OHL. Diese Empfehlung der OHL wurde noch von der letzten kaiserlichen Reichsregierung gebilligt und am demselben Tag an die Waffenstillstandskommission weitergeleitet⁶. Erzberger, der noch als kaiserlicher Unterhändler über die Frontlinie gereist war, und auf die Ermächtigung zur Unterzeichnung seitdem bei den Franzosen gewartet hatte, berichtet, daß die Depesche der Regierung unchiffriert gekabelt wurde, was ein bezeichnendes Licht auf die Eile wirft: „*[Das unchiffrierte Ermächtigungstelegramm] berührte mich ungemein peinlich, da das Resultat der zweitägigen Verhandlungen durch die offene Depesche erheblich in Frage gestellt war. Die Depesche war unterzeichnet: „Reichskanzler Schluß“. Der Dolmetscheroffizier fragte, ob „Schluß“ den Namen des neuen Reichskanzlers bedeutete und wer dieser Herr sei. Er sei dem französischen*

¹ **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 44f., **Wheeler-Bennett, J.**, *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 46f.

² Vollständiger Text in: *Der Waffenstillstand 1918/1919*, Bd. 1, S. 23f.

³ Ebd., **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 55f.

⁴ Text des Gutachtens bei **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 2, S. 479-480.

⁵ Ebd.

⁶ Stenographischer Bericht der Sitzung vom 10.11.1918, **DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei**, Nr. 2462/1.

Oberkommando und der Regierung in Paris ganz unbekannt. Ich gab die Aufklärung, daß „Schluß“ Punkt heiße“¹. Trotzdem gelang es Erzberger noch, einige Erleichterungen zu erzwingen, bevor er im Wald von Compiègne den Waffenstillstand unterzeichnete. Da der Waffenstillstand von der Zivilregierung unterzeichnet wurde, mußte sie in den Augen der Bevölkerung auch für spätere Friedensbedingungen die Verantwortung tragen. Für die Militärs bedeutete diese Tatsache einen immensen Vorteil und sie zögerten keinen Augenblick, politisches Kapital für sich daraus zu schlagen. In Groeners Worten: „[Stellte] die Heeresleitung sich bewußt auf den Standpunkt, die Verantwortung für den Waffenstillstand und alle späteren Schritte von sich zu weisen. Sie tat es, streng juristisch gesehen, nur mit bedingtem Recht, aber es kam mir und meinen Mitarbeitern darauf an, die Waffe blank und den Generalstab für die Zukunft unbelastet zu erhalten. Ich bin auch heute noch der Überzeugung, daß wir ohne Revolution im Innern an der Grenze Widerstand hätten leisten können“².

Dagegen ist die in der Geschichtsliteratur häufig vertretene These, daß die OHL und vor allem Groener seit dem 9. November energisch gegen die Radikalisierung der Revolution antraten, nicht ganz zutreffend. Sie bedarf zumindest für die Phase der Truppenrückführung in die Heimat gewisser Korrekturen. Es wird in der Fachliteratur immer wieder erwähnt, daß die erste Auseinandersetzung der OHL mit den gebildeten Soldatenräten zugunsten der Offiziere entschieden wurde und zwar noch am 10. November, als im Groeners Stab Vertreter der Soldatenräte erschienen und die Forderung nach „*Abschaffung der Grußpflicht, Teilnahme [der Soldatenräte] an der Kommandogewalt, Kontrolle der Offiziere und Sicherheit gegen konterrevolutionäre Absichten*“³ stellten. Laut offizieller Version wurde diese Abordnung der Soldatenräte von Groeners Mitarbeiter für politische Fragen Oberstleutnant Faupel (dem späteren Militärattaché Hitlers in Francos Spanien) empfangen⁴. Faupel lehnte die Aufsplitterung der Befehlsgewalt mit der Begründung ab, daß dieser Zustand es unmöglich machen würde, das Westheer in die Heimat zurückzuführen und deshalb nicht nur hunderttausende Frontsoldaten bedrohte, sondern auch den Waffenstillstand mit der Entente. Laut einer Schilderung verlief diese erste Auseinandersetzung der OHL mit dem Soldatenrat im wesentlichen wie folgt: „*Faupel führte sie vor eine große Wandkarte, auf der die zwei Mio. westlich des Rheins stehenden Soldaten, nach Armeen... gegliedert, eingezeichnet waren. Er erläuterte ihnen das Eisenbahnnetz, zeigte Pläne von Bahnhöfen, Abzweigungen, Marschstaffeln, Statistiken über das rollende Material... Dann verwies er auf die wenigen Rheinbrücken zwischen Köln und Kehl, über die diese riesige Menschenmasse hinweg mußte und vor denen sie sich stauen würde, wenn der Rückzug nicht in mathematischer Ordnung abliefe. Sollte das Heer in Unordnung geraten, würden nur wenige hunderttausend Mann davorkommen; der Rest würde von den Alliierten gefangengenommen. Waren die Delegierten des Soldatenrates bereit, die Verantwortung für ein solches Unglück auf sich zu laden?... Den Delegierten verschlug es angesichts der Karten, auf denen sich rote, grüne, blaue und schwarze Linien miteinander kreuzten, die Sprache. Erstmals bekamen sie den Eindruck davon, wie unglaublich verzwickte die moderne Technik war, und begriffen, daß man eine neue Welt nicht von einem Tag auf den anderen aus dem Boden stampfen kann*“⁵. Den Anspruch des Soldatenrates auf die Mitsprache in den

¹ **Erzberger, M.**, *Erlebnisse im Weltkrieg*, Stuttgart/Berlin 1920.

² **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 466.

³ Zitiert bei **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 69.

⁴ Vgl. **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 53f., **Wheeler-Bennett, J.**, *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 47.

⁵ **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 53-54. Zur Volkmanns Version vgl. **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 69-71.

politischen Angelegenheiten, lehnte Faupel grundsätzlich ab. Er verlas das Telegramm, in dem die Regierung der Volksbeauftragten Hindenburg als den Oberkommandierenden des Westtheeres bestätigte und wies die Abordnung an, daß alle Soldatenräte sich dieser, in Zusammenarbeit mit dem Berliner Zentralen Arbeiter- und Soldatenrat stehenden Regierung Folge zu leisten hatten¹.

Eine Tatsache, die in der Geschichtsschreibung weniger Aufnahme erfuhr, ist aber die, daß die Soldatenräte an der Front nicht von den revolutionär eingestellten Angehörigen des Heeres, sondern auf Initiative der OHL gewählt wurden. Dies geschah laut verfügbaren Quellen noch bevor die revolutionären Einflüsse die Front überhaupt erreichen konnten². Der erste Soldatenrat des Frontheeres wurde dabei direkt in Spa gebildet und zwar noch am 9. November, aus den Militärangehörigen des Wach- und des Dienstpersonals der OHL. Obwohl es am 9. November in Spa und der unmittelbaren Umgebung ruhig geblieben war, erließen Groener und Oberstleutnant Faupel den Befehl bei der Fronttruppe, die Wahl der Soldatenräte durchzuführen³. Ein Befehl gleichen Inhalts an die Heimattruppen folgte⁴. Schon die äußeren Umstände dieses verhängnisvollen Befehls sind insofern bezeichnend, als die Verfügung auf Initiative von Faupel erfolgt war und Hindenburg davon nicht einmal informiert wurde⁵. Aufzeichnungen mehrerer Generalstabsoffiziere schildern ausgiebig die Atmosphäre der Bildung von Soldatenräten an der Front und bezeugen, daß diese Maßnahme Groeners trotz der katastrophalen Auswirkungen, auch gewisser tragikomischer Züge nicht entbehrt hatte. So wird berichtet, daß der Befehl, in Spa einen Soldatenrat zu bilden von den Soldaten selbst nur aufgrund des Drängens der OHL beherzigt wurde. Das Bataillon Rohr weigerte sich, die Wahlen überhaupt abzuhalten und wählte ihre Vertreter nur aufgrund des wiederholten Befehls des Bataillonskommandeurs, der wiederum von Groeners Umgebung gedrängt wurde⁶. Der Forderungskatalog der Bataillonssoldaten, den ebenfalls befohlen wurde zusammenzustellen, zeigte aber, daß die Soldaten in Spa selbst nach der Abreise des Kaisers keine Neigung hatten, revolutionäre Forderungen zu stellen: *„Statt eines politischen Programms kamen Forderungen wie „die Abteilung X soll den Gruß besser erwidern“ und Ähnliches. Am schönsten war aber die Folgende: „Zur Sicherstellung der OHL sind sofort 12 Lastwagen bereitzustellen“⁷, erinnerte sich an die Bildung des Soldatenrates in Spa ein Abteilungschef. Als der Soldatenrat von Spa schließlich gebildet wurde, bestand er hauptsächlich aus den Soldaten der Funkstation, Köchen und Bedienungspersonal des Großen Hauptquartiers⁸. Nach einer tumultartigen konstituierenden Sitzung wählten sie zum Vorsitzenden dennoch einen Matrosen, „der sich als Bursche des Admirals Scheer und zugleich als ausgesprochener Kommunist bekannte“⁹. Dank der Bemühungen diesen Mannes nahm der Soldatenrat von Spa gleich am ersten Tag seines Bestehens den Kontakt mit den Soldatenräten in der Etappe auf und verabschiedete ein radikales Programm. Dieses Programm hatte nicht nur bemerkenswerte inhaltliche Ähnlichkeiten mit dem berühmten „Befehl Nr. 1“. Er verlangte von der OHL als „Zentralrat“ für alle Fronttruppen angesehen und in die Befehlsgewalt eingebunden zu werden¹⁰. Nach*

¹ Ebd.

² Zu General Reinhardt und seiner Kritik an der OHL vgl. **Reinhardt, W.**, *Wehrkraft und Wehrwille*, Berlin 1932.

³ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 469. Text des Heeresbefehls vom 10.11.1918 bei **Volkman, E., O.**, *Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkrieg*, S. 315-316.

⁴ **Volz, H. (Hrsg.)**, *Novemberumsturz und Versailles*, S. 398.

⁵ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 469.

⁶ **Schwerin, E., von**, *Der 9. November in Spa*, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 434f.

⁷ **Bauer, M.**, *Der Große Krieg im Feld und Heimat*, S. 271.

⁸ **Schwerin, E., von**, *Der 9. November in Spa*, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 434f.

⁹ **Thaer, A., von**, *Generalstabsdienst*, S. 264-266 und 272.

¹⁰ Ebd.

Meinung des Stabschefs des II. Generalquartiermeisters war dieser, auf Befehl Groeners zusammengerufene Rat einer der wohl radikalsten Räte des Frontheeres¹.

Groener hat den Vorwurf, für die Bildung des Rates in Spa verantwortlich zu sein, in seinen Erinnerungen von sich zurückgewiesen. Danach wurde der Befehl, bei der OHL Soldatengremien zu errichten, von Oberstleutnant Faupel eigenmächtig erlassen und die OHL erließ schon am 10. November einen Gegenbefehl, der den Schaden begrenzen sollte. *„Damit angesichts der dem Vaterlande durch den Bolschewismus drohenden Gefahr des Bürgerkrieges das Heer in Festigkeit und Ordnung in die Heimat zurückgeführt werden kann“*, hieß es dort unter anderem, *„sind alle Offiziere und Mannschaften moralisch verpflichtet, alle mit Recht bestehenden Gewissensbedenken... zurückzustellen und unvermindert ihre Pflicht zu tun zur Rettung der deutschen Lande aus größter Gefahr“*². Obwohl der Truppenbefehl vom 10. November die Bildung der Soldatengremien erneut bestätigte, wurde dort der Versuch unternommen, ihre Kompetenzen zu begrenzen und für die Heeresleitung nützlich zu machen: *„Nachdem die Bewegung von Bildung von Vertrauensräten in das Frontheer bereits eingedrungen ist und meines Erachtens nicht mehr aufgehalten werden kann, ist es notwendig diese Bewegung in die Hand der Offiziere zu bekommen“*³. Um dieses Ziel zu erreichen enthielt der Befehl eine Beschreibung der Rechte, die die Soldatengremien in der Theorie ausüben dürften, aber auch Pflichten, denen sie sich unterzuordnen hatten. Die Soldatengremien erhielten demnach nur das Recht, als Beratungsorgane neben den Stäben zu agieren, mußten sich aber ausschließlich um die Verbesserung der Verpflegung kümmern⁴. Ihre Hauptaufgabe sollte es sein, dem Offizierskorps zu helfen, die Kommandogewalt bei den Mannschaften zu stärken. Im Falle von Konfliktsituationen sollten die Soldatengremien helfen, die Streitfragen zu entschärfen, indem sie zwischen den Offizieren und den Mannschaften vermittelten. Die OHL war so bemüht, den Einfluß von Soldatengremien einzuschränken, daß im Befehl vom 10. November und auch in anderen Schriftstücken des Generalstabes der Begriff „Soldatenrat“ aufs Peinlichste vermieden wurde. Die Soldatengremien des deutschen Heeres wurden deshalb offiziell als „Vertrauensräte“ bezeichnet, wohl nicht zuletzt deshalb weil der Begriff „Rat“ eine direkte Übersetzung des russischen Wortes „Sowjet“ an sich bedeutet⁵.

Diese Vorgehensweise entsprach genau der Politik, die General Aleksejev in den ersten Wochen der Februarrevolution verfolgt hatte. Natürlich blieb bei solch einer Handhabung der Befehlsgewalt durch Groener die Kontrolle über die Soldatenräte ein Wunsch, der wie in Rußland nie in Erfüllung gehen sollte. Die spätere Praxis sollte zeigen, daß das Verhältnis zwischen der OHL und den Soldatenräten sich nicht viel anders gestalten sollte als das Verhältnis zwischen der Stawka und den Sowjets des russischen Frontheeres. Mit der Einführung von Soldatengremien schuf die OHL eine dem Heerwesen fremde Körperschaft, die die auf jeden Fall die Kommandogewalt der Offiziere untergrub. Dabei war nicht wesentlich, ob diese Körperschaft sich „Soldatenrat“ oder „Vertrauensrat“ nannte. Schließlich selbst die berüchtigte „Deklaration der Soldatenrechte“, die nach Aleksejews bildlicher Beschreibung *„den letzten Nagel in den Sarg des russischen Heeres [hineinschlug]“*⁶, delegierte den Soldatenräten auch nur beratende Funktionen und forderte einen unbedingten Gehorsam im

¹ Ebd.

² Voller Text des Truppenbefehls vom 10.11.1918 bei **Reichsanzeiger**, 12.11.1918.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. Ebd., **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 469.

⁶ Vgl. **Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 122-129.

Dienst¹. Die fehlerhafte Politik des 1. Generalquartiermeisters den Soldatengremien gegenüber wird dabei besonders offensichtlich, wenn man nicht die theoretischen Erlasse seines Stabes, sondern die praktische Umsetzung betrachtet. Obwohl sich Groener für so was wie einen Experten in Fragen des Bolschewismus hielt², war die praktische Umsetzung seiner Rätepolitik zumindest im November nicht besser gewesen, als die der russischen Generäle nach der Februarrevolution. Das Kokettieren des 1. Generalquartiermeisters mit den Soldatenräten war zumindest in den ersten Revolutionswochen bedenklich dem ruhmlosen Oberkommando Generals Brusilov am Vorabend der Kerenskijoffensive ähnlich, als dieser mit rotem Band beschmückt die Fronttruppen bereiste und sie mit den revolutionären Reden zu motivieren versuchte³. Auch Groener stürzte sich mit großem Eifer in die Rätepolitik. Noch am 9. November wurde in Spa eine große Gruppe von Generalstabsoffizieren zusammengefaßt, um die Arbeit mit den Räten zu koordinieren. Sie erhielt den Befehl, unverzüglich an die Front zu reisen und dort die Wahlen zu den Soldatengremien zu organisieren. Die OHL befahl dabei ausdrücklich, einen möglichen Widerstand der örtlichen Offiziere zu unterbinden. Die Mannschaften, die gar nicht gewillt waren, Soldatengremien zu bilden, mußten durch die Generalstabsoffiziere überredet werden, doch an den Wahlen ihrer „Vertrauensleute“ teilzunehmen. Die ganze Aktion der Demokratisierung der Fronttruppen war dabei in großer Eile organisiert. Laut Aufzeichnungen des Chefs der II. Operationsabteilung „*erschieden die Offiziere der OHL in Autos mit roten Fahnen*“⁴ schon am 10. November an der Front und nahmen die „*Sozialisierung*“⁵ der Fronttruppen in Angriff.

Die wichtigste Aufgabe, die das Heer in der zweiten Novemberwoche zu bewältigen hatte, war bekanntlich die Evakuierung der Westfront mit ihren immerhin ca. 2 Mio. Armeeinghörigen. Über den Zustand der Truppe während dieser Zeit gehen die Meinungen in der Geschichtsschreibung dabei weit auseinander. Groener nimmt es für sich in Anspruch, daß die Rückführung der Truppen vorbildlich verlief und daß die OHL die Truppe während des Rückzuges vollkommen in der Hand behielt⁶. Diese Behauptung kann, sobald man über das deutsche Westheer als eine geschlossene Einheit redet, aber ebenfalls nicht aufrechterhalten werden. Vor allem in der Etappe des Frontheeres, wo in den Herbstmonaten die Lage ohnehin aufs Äußerste gespannt war, löste die Revolution eine Katastrophe aus⁷.

Nicht viel anders als in Rußland brach in diesen Einheiten die disziplinarische Kommandogewalt zuerst zusammen⁸. Sobald bekannt wurde, daß die OHL keine Strafmaßnahmen gegen die dortigen Soldatenräte ergreifen würde, haben die Soldaten der hinter der Front dislozierten Einheiten weder die Ermahnungen der Militärbehörden noch die der Volksbeauftragten nach Ordnung beachtet. Nicht anders als in Rußland nach dem Sieg der Soldatenmeuterei schossen überall hinter der Frontlinie des deutschen Westheeres „Vertrauensräte“ wie

¹ Zur „Deklaration der Soldatenrechte“ vgl. **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1, S. 128, **Denikin, A.**, *Očerki ruskogo smuty*, Bd. 1, S. 43f.

² **Thaer, A. von**, *Generalstabsdienst*, S. 253.

³ Zur Stawka unter dem Kommando Brusilovs, vgl. **Denikin, A.**, *Očerki ruskogo smuty*, Bd. 1, Teil 2, S. 143-151, sowie **Lukomskij, A.**, *Erinnerungen*, Bd. 1, S. 132-148.

⁴ **Bauer, M.**, *Der große Krieg*, S. 273.

⁵ **Bauer, M.**, *Der große Krieg*, S. 271.

⁶ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 470f.

⁷ **Loßberg, F. von**, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg 1914-1918*, Berlin 1939, **Gallwitz, M. von**, *Erleben im Westen 1916-1918*, Berlin 1932, **Kuhl, H. von**, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 522f.

⁸ Zur Situation in der Etappe des Westheeres vgl. Ebd., **Appens, W.**, *Charleville. Dunkle Punkte aus dem Etappenleben*, Dortmund 1920, **Haldenwang, A. von**, *Feldverwaltung, Etappe und Ersatzformationen im Weltkrieg 1914-1918*, Stuttgart 1925, **Wandt, H.**, *Etappe Gent*, Berlin 1920.

Pilze aus dem Boden und die Offiziere verloren augenblicklich alle Reste des Einflusses auf ihre Mannschaften. Ungeachtet aller Appelle der OHL waren diese „Vertrauensräte“ laut einem deutschen General nichts anderes, als die „nach russischem Muster nachgeäfften Soldatenräte“¹. Und diese Räte zeigten von Beginn ihres Bestehens an keinerlei Neigung, sich an die Richtlinien der OHL zu halten: *„Mit lächerlicher Gespreiztheit maßten sie sich Befehlsbefugnisse an, ohne das geringste Sachverständnis zu besitzen. Sie errichteten Entlassungsbureaus, in denen den Mannschaften willkürlich Entlassungsscheine ausgestellt wurden, griffen in den Verpflegungsnachschub ein, hielten Verpflegungszüge an und verfügten willkürlich über sie, beschlagnahmten die mit Befehlen der Kommandobehörden unterwegs befindlichen Kraftwagen, besetzten die Fernsprechstellen und verhinderten die Befehlsvermittlung“*². Es muß betont werden, daß die Soldatenräte, sobald es sich um die Reserveeinheiten des Feldheeres handelte, von Anfang an von den radikalsten Elementen beherrscht waren. In der Regel waren sie von Militärangehörigen besetzt, die anders als die Mehrheit der Soldaten, anstatt unverzüglich nach Hause zu reisen, sich lieber politisch betätigen wollten³. Es wäre allerdings eine Übertreibung zu behaupten, daß die Soldatenräte der Reserveeinheiten einen großen Einfluß auf ihre Soldaten gehabt hätten. Einige Soldatenräte hinter der Frontlinie versuchten zwar ihre Macht dadurch zu konsolidieren, daß sie als Organe der Regierung der Volksbeauftragten zur Truppe sprachen⁴. Diese Aufrufe blieben jedoch ohne Folgen. Die Reserve des Westheeres entfaltete bereits wenige Tage nach der Abfahrt Wilhelms II. ihre eigene Dynamik. Der Chef der Heeresgruppe Prinz Rupprecht gibt einen Einblick in die Zustände, die im Hinteren des deutschen Westheeres bereits wenige Tage nach der Einführung der „Vertrauensräte“ geherrscht hatten. Laut seiner Schilderung hatten *„bei den weiter rückwärts befindlichen Nachrichten-, Kraftfahrer- und Fliegerformationen, bei den Stäben der höheren Kommandobehörden, bei den Ersatzformationen und vor allem in der Etappe sich die Bände der Ordnung [sofort aufgelöst]... Ein furchtbares Bild bot sich hinter der Front dar, an das jeder nur mit Entsetzen zurückdenken kann, der es damals mit eigenen Augen beobachtet hat. Kraftfahrer verkauften ihre Wagen, Mannschaften ihre Gewehre und Maschinengewehre an die belgische Zivilbevölkerung und fraternisierten sich mit dem belgischen Mob. Die Gefängnisse im besetzten Gebiet wurden gestürmt, die Verpflegungszüge geplündert. Um deren Inhalt kämpften Soldaten mit den Einwohnern. Soldaten stürmten die Transportzüge und zwangen das Bahnpersonal mit Waffengewalt, sie nach Hause zu fahren. Kraftwagen, mit Beute beladen, eilten in wilder Flucht nach der Heimat, Flugzeuge flogen der Grenze zu“*⁵. Im Prinzip löste die Nachricht von der Abdankung in der Etappe des deutschen Westheeres eine wilde Demobilisierung aus. Es muß betont werden, daß auf diese Demobilisierung weder die OHL noch die „Vertrauensräte“ einen nennenswerten Einfluß nehmen konnten. Laut mehreren Augenzeugenberichten warteten die Militärangehörigen der Etappe nicht einmal auf das Inkrafttreten des

¹ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 522.

² Ebd.

³ Zum Verhalten der Soldatenräte an der Westfront vgl. Lewinsohn, L., *Die Revolution an der Westfront*, Charlottenburg o. J.

⁴ Vgl. Resolution des Soldatenrates bei der OHL vom 28.11.1918, *Denkschrift. Dem Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres am 1. Dezember 1918 in Bad Ems überreicht vom Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung*, Wilhelmshöhe 1918, S. 11-22.

⁵ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 521-522.

Waffenstillstands und setzten sich schon am 9. November in Bewegung¹. Schon wenige Tage nach dem Waffenstillstand ergoß die hunderttausende zählende Masse der Reservisten sich über Westdeutschland.

Zum Glück für die OHL trug diese erste Welle der Demobilmachung keine revolutionäre Gefahr in sich. Die Militärangehörigen, die sich eigenwillig von ihren Einheiten abgesetzt hatten, besaßen in ihrer überwiegenden Masse keinerlei Neigungen, mit den örtlichen Räten der westdeutschen Städte zusammenzuarbeiten. Sie trieb der Wunsch, möglichst schnell in die Heimat zu gelangen². Obwohl sie zu tausenden die Bahnhöfe alle westdeutschen Verkehrsknotenpunkte belagerten, war eine aufwiegende Propaganda unter ihnen zwecklos. Sobald die Deserteure einen Zug zur Weiterfahrt bekamen, verließen sie sofort die Stadt und fuhren weiter, was einen ziemlich großen Verkehrsfluß erzeugte³. Dieser Verkehrsfluß bewirkte, daß selbst wenn es zu Ausschweifungen in den westdeutschen Städten kam, diese Ausschweifungen ohne Probleme beigelegt werden konnten. In der Regel konnte die Befriedung schon durch das Bahnhofspersonal herbeigeführt werden, indem sie den Deserteuren einfach Züge zur Weiterfahrt bereitstellten⁴.

Die unkontrollierte Demobilisierung der Etappe sollte aber dennoch für die OHL schwerwiegende Folgen haben. Sie war nunmehr gezwungen, die Rückführung des eigentlichen Frontheeres durchzuführen, obwohl die unkontrollierte Welle der Heimkehrer bereits schon voraus war und alles auf ihrem Wege desorganisiert hatte⁵. Laut einigen Militärquellen war die Anarchie in Westdeutschland zum Zeitpunkt der Rückführung des deutschen Westheeres bereits soweit fortgeschritten, daß das gesamte Bahnsystem zusammengebrochen war und die eigentlichen Armeen gezwungen waren, den Großteil ihres Weges zu Fuß zu bewältigen⁶. Bekanntlich erreichten die für Berlin bestimmten Fronttruppen die Hauptstadt erst Mitte Dezember.

Was den wesentlichen Teil des deutschen Westheeres, die kämpfende Fronttruppe anbelangt, so muß konstatiert werden, daß die Lage dort den Befürchtungen Groeners nicht entsprach, sondern im wesentlichen sich so gestaltete, wie der erfahrene Frontgeneral Graf Schulenburg am 9. November in Spa dargestellt hatte. Die Teilnehmer der „Offiziersbefragung“ in Spa berichten übereinstimmend, daß nach ihrer Rückkehr an die Front, ihre Einheiten noch sehr gut diszipliniert waren, als ob die Revolution nicht stattgefunden hätte⁷. Wenn man den Überlieferungen der kommandierenden Generale Glauben schenkt, waren die Fronttruppen von der Nachricht der Revolution erschüttert. Das in der Heimat Vorgefallene wurde von der Masse der Soldaten keinesfalls freudig begrüßt⁸. Die Reaktion der deutschen Frontsoldaten auf die Ereignisse in der Heimat waren in den ersten Tagen der Revolution nach diesen Überlieferungen nicht wesentlich anders als in der russischen Frontarmee unmittelbar nach der Februarrevolution. Der deutsche Frontsoldat war vor allem verblüfft. Da die Oktoberoffensive der Entente bis zum Waffenstillstand ununterbrochen geführt wurde, befanden sich die meisten Frontsoldaten seit Monaten pausenlos im Einsatz. Von der Revolution erfuhren die meisten von ihnen deshalb erst nach Tagen, oft unmittelbar nachdem der Waffenstillstand bekanntgegeben wurde. Laut Berichten

¹ Vgl. **Lewinsohn, L.**, *Die Revolution an der Westfront*, Charlottenburg o. J., **Brüning, H.**, *Memoiren 1918-1934*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 18f., Friedeburgs Bericht „*Die zweite Gardedivision am 9. November*“ in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 425f.

² Ebd., **Einem, K., von**, *Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg*, S. 470f.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ausführlich hierzu **Reinhardt, W.**, *Wehrkraft und Wehrwille*, Berlin 1932.

⁶ Ebd., **Loßberg, F., von**, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg 1914-1918*, Berlin 1939, **Gallwitz, M., von**, *Erleben im Westen 1916-1918*, Berlin 1932.

⁷ Ebd., Erlebnisbericht Obersts Hünicken „*Das Frontheer und der 9. November*“, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben*, S. 439f.

⁸ Ebd., **Einem, K., von**, *Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg*, S. 466f.

der Frontoffiziere fühlten sich die Frontsoldaten dann in ihrer Masse in erster Linie von der Heimat hintergangen. Der in der Literatur viel zitierte Erlebnisbericht Hitlers, der in diesen Tagen im Pasewalker Lazarett unter Tränen der Wut beschloß, Politiker zu werden, ist für die allgemeine Stimmung deutscher Frontsoldaten durchaus repräsentativ. Hitler war bestimmt kein durchschnittlicher Soldat gewesen. Das Gefühl, welches er anspricht, ist jedoch authentisch und wird auch in vielen anderen zeitgenössischen Überlieferungen bestätigt. So schrieb der damals angesehene Publizist Paul Baecker in der „Deutschen Tageszeitung“ schon am 10. November ein Artikel, der wohl am besten die Gefühle der Mehrheit deutscher Frontsoldaten und Offiziere der Revolution gegenüber widerspiegelt: *„Worte reichen nicht aus, der Empörung und dem Schmerze Ausdruck zu geben... Das Werk, das unsere Väter mit ihrem kostbaren Blute erkämpft - weggewischt durch Verrat aus den Reihen des eigenen Volkes!... Die deutschen Sozialisten wußten, daß der Friede ohnehin im Werden und daß es nur noch gelte, Wochen, vielleicht nur Tage lang dem Feinde eine geschlossene, feste Front zu zeigen, um ihm erträgliche Bedingungen abzurufen. In dieser Lage haben sie die weiße Fahne gehißt. Das ist eine Schuld, die nie vergeben werden kann und nie vergeben werden wird. Das ist ein Verrat, nicht etwa nur an der Monarchie und am Heere, sondern am deutschen Volke selber, das seine Folgen durch Jahrhunderte des Niedergangs und Elends zu tragen haben wird“*¹. Wenn es auch nicht unwesentliche Meinungsunterschiede zwischen den Frontsoldaten und den Offizieren selbst im deutschen Frontheer gab, so mißbilligten die Soldaten bezeugtermaßen vor allem den Umstand, daß die Revolution im Rücken des kämpfenden Heeres von den Reservisten und den Matrosen getragen wurde. Im Übrigen verursachte die Revolution bei der Fronttruppe eine gehörige Schockwirkung: Das Eisenbahnwesen brach bereits in den ersten Revolutionswoche zusammen und das Frontheer wurde von der Heimat abgeschnitten. Die Hauptsorge des deutschen Frontsoldaten galt schon am 11. November nicht etwa der Revolution, sondern der Frage, ob die chaotischen Zustände in der Etappe die Rückkehr in die Heimat nicht verhindern würden. Der Zusammenbruch der Reichseisenbahn bedeutete für sie nicht nur ermüdende tagelange Fußmärsche, sondern auch die Gefahr, in die Gefangenschaft zu geraten. Gerade darauf hatte in den Frontarmeen wirklich niemand Lust, spätestens nachdem der Waffenstillstand an der Front bekanntgegeben worden war.

Im Unterschied zur russischen Front nach der Februarrevolution, hatte zudem der deutsche Frontsoldat keine Zeit, den Zusammenbruch der Monarchie in der Heimat zu verarbeiten. Sobald die Kampfhandlungen eingestellt wurden, mußte man an der Front mit der Evakuierung der besetzten Gebiete beginnen². Betreffende Befehle erhielten die Frontkommandos übrigens um dieselbe Zeit, als Erzberger die Ermächtigung erhalten hatte die Waffenstillstandsbedingungen zu unterschreiben. Demnach mußte das gesamte ausländische Gebiet vom deutschen Westheer schon innerhalb von 14 Tagen geräumt werden, für die sog. „neutrale Zone“ östlich des Rheins wurde die Zeitspanne von weiteren 17 Tagen erstrebt³. Innerhalb dieser Zeit waren dabei bestimmte Räumungslinien zu evakuieren, wobei die Entente sich von Beginn der Operation an als äußerst unwillig zeigte, die Räumungsbestimmungen auch nur zu diskutieren⁴. Was diese Bedingungen für das deutsche Westheer

¹ Baecker, P., in: *Die Deutsche Tageszeitung*, 10.11.1918, S. 4.

² Laut kommunistischer Geschichtsschreibung waren Erfolge bei der Aufrechterhaltung der Ordnung bei der Fronttruppe hauptsächlich damit zu erklären, daß die OHL alle ihre Maßnahmen als Vorbereitung zur Demobilisierung darstellte, vgl. Berthold, L., Neef, H., *Militarismus*, S. 37f., Drabkin, J. S., *Die Novemberrevolution*, S. 318f.

³ Vgl. Erzberger M., *Erlebnisse im Weltkrieg*, S. 341-365.

⁴ Ebd.

bedeuteten, kann man sich schon am Beispiel der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht vergewissern, die von der OHL übrigens sofort nach der Abreise Wilhelms II. politisch neutral in „Heeresgruppe A“ umgetauft wurde¹. Die „Heeresgruppe A“ befand sich beim Abschluß des Waffenstillstandes in der sog. „Antwerpen-Maas“-Stellung, wobei ihr rechter Flügel mit dem Rücken gegen die holländische Grenze gefochten hatte². Bei der Evakuierung mußten die Marschkolonnen dieser Heeresgruppe den Rückweg nach Deutschland durch ein unwegsames gebirgiges Gelände mit zahlreichen natürlichen Hindernissen zurücklegen. Laut dem Stabschef dieser Heeresgruppe „standen für etwa 70 Divisionen [der 1,4 Mio. Soldaten und 0,5 Mio. Pferde] nur sechs bergige Straßen durch den Engpaß Lüttich-Verviers zur Verfügung“, wobei die Heeresgruppe „rein nach der Karte gemessen 165 Kilometer in der Luftlinie zu bewältigen“ hatte³.

Daß eine solche Operation schon rein technisch gesehen nur von einer Truppe bewältigt werden konnte, die sich diszipliniert auf der Höhe befand, kann man am folgenden Beispiel erläutern. Laut militärischer Fachliteratur erstreckt sich eine Marschkolonne von 65 000 Mann auf nicht weniger als ca. 30 Kilometer Länge, selbst dann, wenn die Soldaten in 10-Mann Reihen marschieren dürfen⁴. Schon die Inmarschsetzung diesen Zuges offenbart enorme Schwierigkeiten, denn wenn die ersten Reihen der Kolonne im Takt von nur einer Sekunde nacheinander den Marsch beginnen, dauert es nicht weniger als 2-3 Stunden, bis die letzte Reihe der Kolonne sich in Bewegung setzt⁵. Gewisse Ruhepausen während solcher Märsche sind laut denselben Berechnungen im Prinzip unmöglich: Sobald die Spitze der Kolonne eine längere Pause (z. B. für die Einnahme der Malzeit) einlegen würde, würde die gesamte Marschordnung zum Stillstand geraten. Die erneute Bewegung würde wieder mehrere Stunden in Anspruch nehmen. Selbst wenn es den Kommandeuren während des Marsches gelingt, die angegebene Tagesstrecke ohne Pause zurückzulegen, wird eine Kolonne von 65 000 Mann im Laufe des Marsches doch so auseinandergezogen, daß die ersten Soldaten den Ankunftspunkt erreichen und noch ca. 5 Stunden warten müssen, bis ihre Kameraden aus dem Ende der Kolonne eintreffen⁶. Bei Marschplanung größerer Formationen müssen deshalb die zuständigen Stellen die eigentliche Marschzeit so verkürzen, daß alle Soldaten vor Anbruch der Dunkelheit ihre Ruhestätten erreichen, um am nächsten Tag wieder plangemäß abzumarschieren. Daraus ergibt sich, daß die effektive Marschzeit sich desto mehr verkürzt, je größere Einheiten befördert werden müssen. Das ist jedoch nicht das einzige Problem, mit dem große Heeresmassen während ihrer Bewegung konfrontiert werden. Nach Angaben von „Sources of the U.S. Army quarter master corps“, verbraucht eine männliche Person, die 70 Kilo wiegt, am Tag 8 Stunden Gewicht trägt, und dazu noch eine weitere Stunde aktive Arbeit leistet, mindestens 3600 Kalorien pro Tag. Wenn dieser Grenzwert nach unten unterschritten wird, verliert ein Soldat schon nach einigen Tagen seine militärischen Qualitäten und bricht zusammen⁷. Deshalb muß ein Soldat auf einem längeren Marsch seiner Militäreinheit nicht nur die eigene Ausrüstung, sondern auch Verpflegung für einige Tage mit sich tragen, welches Zusammen einige Dutzend Kilo ausmacht. Dabei kann laut militärischer Fachliteratur auf die Lasttiere nur sehr begrenzt zurückgegriffen werden. Die Lasttiere verbrauchen bereits selbst so viel Furance, daß schon für einen zwei Tage-

¹ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 525.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Engels, D. W., *Alexander the Great and the Logistics of Macedonian Army*, Berkeley Calif. 1978, S. 154f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ *Sources of the U.S. Army quarter master corps*, zitiert ebd.

Marsch man für eine Marschkolonne von 65 000 Mann 2 340 Pferde benötigen würde, um nur die Verpflegung zu transportieren¹. Mußte man die Furage für Pferde für mehrere Tage einkalkulieren, so würden sich für eine Marschkolonne von 65 000 Mann folgende phantastische Zahlen ergeben. Für 15 Marschtage würde man bereits 40 350 Pferde, für 20 Marschtage schon 107 600 Pferde brauchen, die hauptsächlich damit beschäftigt wären, ihr eigenes Futter (die Tagesfurage für 40 000 Pferde wiegt dabei 200 Tonnen) zu tragen². Die Praxis zeigt, daß, sobald eine große militärische Einheit bei ihrem Marsch auch nur zum Teil die Lasttiere einsetzt, sie mindestens jeden sechsten Tag einen Ruhetag einlegen muß. Vor allem deshalb, weil die Lasttiere längere Marschzeiten ohne Regeneration weder physisch noch psychisch durchstehen können. Sobald die Ruhepausen nicht eingehalten werden, beginnen die Pferde an den Hufen zu bluten und bekommen psychische Schäden, die dann diese Tiere für längere Zeiten überhaupt unbrauchbar machen³. Die militärische Fachliteratur empfiehlt zwar auch für die Soldaten Ruhetage zumindest einmal in der Woche einzulegen⁴, die militärische Praxis lehrt jedoch, daß bei den Märschen der Armeen es die Soldaten sind, die Hauptlast für sich und für die Pferde tragen und, sobald sie motiviert sind, alle Rekorde der Belastbarkeit brechen.

Es liegt auf der Hand, daß bei der Rückführung des deutschen Westheeres die abgekämpften Frontsoldaten die Hauptlast zu tragen hatten. Die wenigen Bahnkapazitäten, über die die OHL nach dem Zusammenbruch der Etappe noch verfügten, wurden hauptsächlich dazu gebraucht, die Verwundeten und Material abzutransportieren⁵. Der einzige Umstand, der den Abtransport des Westheeres erleichtert hatte, war kurioserweise die Verpflichtung, große Mengen Munition zurückzulassen. Die Abgabe von 5000 Kanonen, 30 000 Maschinengewehren und des anderen Kriegsgeräts, das die Entente für die Gewährung des Waffenstillstands verlangte⁶, erleichterte die Lage des Westheeres insofern, als für die OHL die Sorge ihres Abtransports in die Heimat entfiel. Das Kriegsgerät wurde auf Verfügung der OHL einfach in den Stellungen zurückgelassen und die vom Ballast befreite Frontarmeen in Marsch Richtung Heimat gesetzt⁷.

Die OHL scheint dabei vom Gelingen der Operation anfangs alles andere als überzeugt gewesen zu sein und verfügte, daß die Frontsoldaten den Rückmarsch in die Heimat ein Tag früher antraten, als im Waffenstillstandsvertrag vereinbart wurde⁸. Quellen der Westalliierten, die in den ersten Tagen freilich keine Ahnung von den Zuständen in der deutschen Etappe hatten, vermerkten, daß die Fronteinheiten selbst nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstands als kampffähige geschlossene Militäreinheiten den Rückmarsch antraten. Laut einem französischen Beobachter hatte „*das gesamte deutsche Frontheer sich ordnungsgemäß mit der Genauigkeit einer Maschine zurückgezogen. Diese marschierende Masse bewahrte ihre Ordnung, Disziplin und Gehorsam ihren Vorgesetzten gegenüber, als hätte sie neue Kraft gewonnen*“⁹. Bedenkt man die Tatsache, daß die besetzten Gebiete im Westen innerhalb der festgesetzten Räumungsfrist von 360 Stunden evakuiert wurden und daß der gesamte Rückzug bezeugtermaßen in geordneten Bahnen verlief, muß man konstatieren, daß die

¹ Engels, D. W., *Logistics of Macedonian Army*, S. 18f.

² Laut Berechnungen wiegt die Tagesfurage für 40 000 Pferde ca. 200 Tonnen, Engels, D. W., *Logistics of Macedonian Army*, S. 19f.

³ Vgl. Clark, C., Haswell, M., *The Economics of Subsistence Agriculture*, London 1970, S. 204f, *Army Veterinary Dept.*, S. 136f.

⁴ Smith, F. A., *Manual of Veterinary Hygiene*, New York 1906, S. 145f.

⁵ Kuhl, H., von, *Der Weltkrieg*, Bd. 2, S. 526f.

⁶ Vgl. Einem, K., von, *Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg*, S. 468.

⁷ Benoist-Méchin, J., *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 59, Gentizon, P., *L'Armée allemande après la Défaite*, Bossard 1929, S. 20f.

⁸ Ebd.

⁹ Gentizon, P., *L'Armée allemande après la Défaite*, S. 20f.

eigentliche Frontarmeen ihren Zusammenhalt und ihre Kampfkraft trotz der revolutionären Erschütterung beibehalten hatten¹. Zweifellos wurde die Rückführung des Westheeres dadurch erleichtert, daß in der ersten Novemberwoche im Westen mildes und teilweise sonniges Wetter geherrscht hatte, welches erst lange Marschstrecken ermöglichte². Auch die logistischen Erfahrungen Groeners, der schon während seiner Dienstzeit als Chef der Eisenbahnabteilung 1914-1915 zuerst den Aufmarsch des Heeres an der Westfront, später blitzartige Umgruppierungen nach Osten bewerkstelligte, sind für die Evakuierung der Westfront von unschätzbarem Wert gewesen. Dennoch gebührt das eigentliche Verdienst, daß die erschöpften Frontarmeen ohne nennenswerte Zwischenfälle die Grenzen Deutschlands erreicht hatten, nicht dem Generalstab, sondern den deutschen Frontoffizieren und den Unteroffizieren. Hätten diese beiden Instanzen den Einfluß auf ihre Soldaten verloren, hätte sich an der Westfront wohl eine Katastrophe ereignet, deren Maßstäbe sich kaum überschätzt werden können³.

Laut verfügbaren Quellen hatte der Generalstab zu Beginn der Operation trotz gut vorbereiteter Rückzugspläne befürchtet, daß das Frontheer sich auflösen würde, bevor es den Rhein erreicht haben würde. Da dieselbe Sorge auch von den meisten Frontsoldaten geteilt wurde, konnten die Stäbe ohne Mühe die Soldatengremien des Frontheeres zur loyalen Zusammenarbeit überreden⁴. Vor allem der „Zentrale Vertrauensrat“ in Spa konnte sich den Nöten der Frontsoldaten nicht verschließen und gab eine Reihe Aufrufe heraus, in denen die Soldaten zur Wahrung der Disziplin aufgerufen wurden. So heißt es z. B. in seinem Aufruf vom 17. November unter anderem: *„An alle Soldaten des Frontheeres! Haltet Zucht und Ordnung während des ganzen Rückmarsches aufrecht! Vor allem ist es notwendig, daß nirgends Eingriffe in den Eisenbahnverkehr erfolgen, daß Proviantdepots und Proviantzüge unangetastet bleiben und daß möglichst alle Vorräte... in die Heimat zurückgebracht werden. Wo immer von einzelnen treulosen Kameraden dagegen verstoßen werden sollte, haben die Soldatenräte des Feldheeres einzuschreiten und die Verbrecher unnachsichtig zu verfolgen. Nur das strengste Vorgehen gegen die unsaubere Elemente kann deren Treiben unterbinden“*⁵. Aufgrund dieser Position der Frontaktivisten gelangte die OHL zu der Ansicht, daß der beste Weg, die Frontarmeen als einsatzfähige disziplinierte Einheiten zu erhalten, die Kooperation mit den Soldatengremien war, die in Groeners Worten nur dazu bewegt werden mußten, *„unser Sprachrohr [zu sein]“*⁶. Von diesem Gedanken beflügelt, leiteten Groener und seine Berater eine Reihe von Aktionen ein, die dazu dienen sollten, die Sympathien der Soldatengremien zu gewinnen. Am 16. November erhielten die Stäbe aller Frontarmeen eine Denkschrift, in der der 1. Generalquartiermeister „Richtlinien für die Einwirkung auf die Truppe“⁷ bekanntgab: *„Nach allen Erfahrungen wohnt in den Vertrauensräten der Truppe ein Vorteil inne. Der Offizier, besonders der junge, hat nicht mehr in allen Fragen die restlose Befehlsgewalt über den Mann. Gerade im Punkt des Ordnunghaltens, des Sichfügens dem gemeinsamen Interesse bei der Rückwärtsbewegung des Heeres ist es dem Offizier vielfach nicht mehr geglückt, den Mann bei der Truppe zurückzuhalten. Verständige, wohlgesinnte Leute des*

¹ Benoist-Méchin, J., *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 60f.

² Ebd.

³ Ebd., Loßberg, F., von, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg 1914-1918*, S. 349f., Gallwitz, M., von, *Erleben im Westen 1916-1918*, S. 398f.

⁴ Ebd.

⁵ Zitiert bei Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 470.

⁶ Ebd.

⁷ Der Erlaß trug den Titel *„Richtlinien für die Einwirkung auf die Truppe, herausgegeben von Chef des Generalstabes des Feldheeres am 16.11.1918“* und ist veröffentlicht worden bei Volkmann, E., O., *Marxismus und Heer*, S. 317f.

Vertrauensrates der Truppe haben es erreicht, den Mann zur Pflichterfüllung zu bekehren. Der Vertrauensrat bei der Truppe ist somit vielfach eine Vertrauensstelle geworden, die durch die Beeinflussung des Mannes dem Offizier seine volle Befehlsgewalt zurückgewonnen hat... Die Soldatenräte sind deshalb nicht zu entbehren, um das geschlossene Zurückführen des Feldheeres und die Demobilmachung sicherzustellen... Der segensreicher Einfluß, den die Vertrauensräte der Truppe ausüben vermögen, liegt auf der Hand. Sie haben es der Truppe klarzumachen, was die Ordnung vom Heere gerade jetzt in diesem Augenblick für die Zukunft des Landes bedeutet“¹. In diesem Sinne verabschiedete Groener noch in den ersten Wochen des Rückzuges eine Reihe Frontkommandeure, die die gute Disziplin ihrer Truppe dazu benützt hatten, Soldatenräte in ihren Einheiten aufzulösen². Laut Quellen soll dies insbesondere in der ehemaligen Heeresgruppe „Deutscher Kronprinz“ der Fall gewesen sein, deren Stabschef General Schulenburg besonders geneigt war, in den Soldatengremien „hart zuzupacken“³. Auf die Offiziere der Fronttruppen hatte diese Politik Groeners dabei eine denkbar negative Auswirkung gehabt. Sie untergrub nicht nur ihre Autorität, sondern sorgte auch für Entmutigung⁴. Was den „Zentralen Vertrauensrat“ in Spa anbelangt, so scheute die OHL sich nicht, ihre Gunst mit materiellen Zuwendungen zu erwerben. Die Abgeordneten dieses „Vertrauensrates“ wurden nicht nur vom Dienst befreit, sondern erhielten besseren Sold, sowie bessere Verpflegung⁵. Die OHL war ferner auch nicht abgeneigt, das politische Gewicht dieses Gremiums zu stärken. Um den Anspruch seiner Führerschaft über andere Soldatengremien der Fronttruppe zu untermauern, verschickte der Soldatenrat von Spa noch am 19. November durch die Funkstation der OHL Telegramme an alle Frontarmeen und forderte diese auf, je einen Delegierten ins Hauptquartier zu entsenden⁶. Oberflächlich gesehen trug dieses Entgegenkommen der OHL den Soldatengremien gegenüber insofern Früchte, als am selben Tag der „Zentrale Vertrauensrat“ dem Generalstab eine Note mit der Aufforderung überreichte, diese an die Regierung der Volksbeauftragten weiter zu leiten. Darin verwahrte er sich gegen die diktatorischen Gepflogenheiten der Radikalen in Berlin und forderte die Regierung auf, unverzüglich den Zusammentritt der verfassunggebenden Nationalversammlung in Angriff zu nehmen⁷. Diese Note wurde von der OHL unverzüglich der gesamten Fronttruppe zur Kenntnis gebracht.

Obwohl Groener und seine Mitarbeiter den Soldatengremien gegenüber so viel Entgegenkommen gezeigt hatten, gehörte es keinesfalls zu ihren Absichten, ein wirkliches Mitspracherecht der Soldatengremien anzuerkennen. Bald unternahm Groener den ersten nennenswerten Versuch auszuprobieren, inwieweit die Soldatengremien des Heeres bereit waren, sich mit den Zielen der OHL zu identifizieren. Am 21. November erließ die OHL weitere „Richtlinien“, die Empfehlungen an die Frontoffiziere enthielt, wie man sich gegen radikale Propagandisten zu Wehr zu setzen hatte⁸. „*Nur ernste Gründe, nicht Überredungskünste werden die Offiziere [der Frontheeres] instand setzten, das Feldheer zu einem Hüter der Ordnung und einem Retter vor Bolschewismus zu machen*“, eröffneten diese Richtlinien, die ausdrücklich forderten, daß das Offizierskorps sich

¹ Ebd.

² Z. B. den Kommandeuren der 1. Armee General Magnus von Eberhardt und General Georg von der Marwitz, vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/1, S. 138, 143 und 247, **Bauer, M.**, *Der große Krieg im Feld und Heimat*, S. 273.

³ Ebd., **DZA Potsdam**, *Akten der Reichskanzlei*, Nr. 2510, Bl. 17f.

⁴ **Bauer, M.**, *Der große Krieg im Feld und Heimat*, S. 173-276.

⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des vorläufigen Zentralen Soldatenrates des XI. A.K. vom 27. November, *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 2, S. 9f.

⁶ Anscheinend wurde aber dieser Aufruf trotz der Zusammenarbeit der OHL nur von vier Armeen befolgt, *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 2, S. 5.

⁷ **Volkman, E., O.**, *Marxismus*, S. 215, **Ritter, G. A., Miller, S. (Hrsg.)**, *Die deutsche Revolution*, S. 237.

⁸ Vollständiger Text der „*Weisung für die Propaganda unter den Truppen des Feldheeres*“ bei **Berthold, L., Neef, H.**, *Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution*, S. 138f.

zu bemühen hatte, die Vertrauensräte der Truppe gegen die Räte in der Heimat auszuspielen. Die Truppenführer wurden darin aufgefordert, den Soldatengremien des Heeres unter anderem folgende Argumente zu unterbreiten: „Die heimischen Arbeiter- und Soldatenräte haben schon jetzt viel Unheil angerichtet. Beispiele: A) Anhalten und Ausladen von Verpflegungszügen. Wo das Feldheer hungert, hat es dies nur diesem Übergriff zu verdanken. B) Lazarettzüge sind angehalten, das Personal entlassen und die Verwundeten ohne Hilfe zurückgelassen. C) Viele Züge sind angehalten, mit denen Teile des Feldheeres in die Heimat abbefördert werden sollten. Mit ihnen reisen heimische Arbeiter- und Soldatenräte in der Heimat herum oder verwenden sie für eigene Zwecke. Das Feldheer muß [infolgedessen] zu Fuß laufen... Manch friedlicher Mensch hat in der Heimat sein Leben lassen müssen, weil gewissenlose und terroristische Elemente versucht hatten, eine Gewaltherrschaft aufzurichten. Wenn die radikalen Elemente, die schon so viel Unheil angerichtet haben, völlig zur Herrschaft kämen... so würde Deutschland zu russischen Zuständen gelangen. Dort ist alles der Sinnlosen Gewaltherrschaft einer kleinen Gruppe unterworfen. [Den Soldaten muß klargemacht werden], daß die Entente mit uns den Frieden nicht schließt, wenn [die Radikalen] ihre Herrschaft behaupten. Die Vereinigten Staaten haben klar ausgesprochen, daß sie nur mit einer Regierung Frieden schließen, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, nicht mit einer Kaste oder Klasse Frieden schließen wollen. Wenn Ebert gestürzt würde, würde auch ein neues Elend über uns hereinbrechen“¹. Die erste Kraftprobe mit den Soldatengremien erfolgte aber am Vorabend der Herausgabe der oben angeführten Richtlinien, als die OHL am 16. November ohne jegliche Vorwarnung den Befehl erließ, unverzüglich alle roten Fahnen vom Frontheer zu entfernen und für Mißachten dieses Befehls erhebliche Strafen in Aussicht stellte².

Als der Generalstab zu dieser Kraftprobe ausgeholt hatte, machte er sich offensichtlich Hoffnungen, daß die bevorzugten „Vertrauensräte“ des Feldheeres, die Initiative unterstützen würden. Die unmittelbaren Ereignisse zeigten aber, daß diese Kalkulation insofern auf einem Irrtum beruhte, als der „Zentrale Vertrauensrat“ Blut geleckt hatte und am Ausbau der eigenen Machtposition interessiert war. Der „Zentrale Vertrauensrat“ erklärte zwar erneut für die Aufrechterhaltung der Disziplin mit der OHL zusammenarbeiten zu wollen, präsentierte aber dem Generalstab eine eigene Liste mit Vorschlägen. Am 22. November wurde dem Generalstab eine Resolution überreicht, die das Verbot von roten Fahnen aufhob. Darin wurde erklärt, daß die Disziplinierung viel besser gewährleistet wäre, wenn die Mannschaften das Recht erhalten würden, ihre Offiziere selbst zu ernennen³. Obwohl mit der Forderung nach Wählbarkeit der Offiziere der „Zentrale Soldatenrat“ die wichtigste Stütze der militärischen Organisation schlechthin in Frage gestellt hatte, führte seine Politik nicht zur Konfrontation mit der OHL, sondern lediglich zu neuen Zugeständnissen des Generalstabs. Die OHL unternahm keine nennenswerten Versuche, ihre Verordnung konsequent durchzusetzen. An und für sich besaß die Auseinandersetzung um die roten Fahnen einen rein rhetorischen Wert. Auch ohne diese Verfügung waren rote Fahnen im zurückmarschierenden Westheer nicht besonders häufig vertreten. Laut manchen Quellen hatten selbst die vom Bolschewismus durchsetzten Kontingente im Osten nur vereinzelt diese Fahnen geüßt, jedenfalls solange sie noch im Ausland waren und mit heimischen Räten nicht in Berührung getreten waren⁴. Die OHL unternahm

¹ Ebd.

² Text des Befehls bei **Berthold, L., Neef, H., Militarismus**, S. 185-186.

³ **Benoist-Méchin, J., Geschichte der deutschen Militärmacht**, Bd. 1, S. 62.

⁴ Manche russische Militärs, die Gelegenheit hatten Kontingente des deutschen Heeres im Osten aus nächster Nähe zu beobachten berichten übereinstimmend, daß das Tragen roter Abzeichen dort keine epidemieartige

nicht nur keinen nennenswerten Versuch, die Verbreitung von revolutionären Abzeichen zu unterbinden, sondern erließ schon am 28. November einen Befehl, in dem den Trägern revolutionärer Symbolik ausdrücklich Straffreiheit zugesichert wurde¹. Diese Rücknahme des Befehls wäre wahrscheinlich an und für sich nicht so verheerend gewesen, wären ihm nicht ziemlich demütigende Verhandlungen der OHL mit dem Vertrauensrat von Spa hervorgegangen. In einem Rundschreiben an die Stäbe des Heeres, erklärte der Generalstab, die Soldatengremien seien „als Repräsentanten des Volkswillens und Inhaber der politischen Macht anzusehen“, und verbot den Truppenführern ausdrücklich „in die örtlichen Angelegenheiten der [Soldatenräte] einzugreifen“².

Wenn die Behauptung des Militärhistorikers der Weimarer Republik Volkmann, daß die OHL während der Rückführung der Truppe bestrebt war, im Heer eine „Revolution von oben“ durchzuführen, um die heimkehrende Truppen gegen den Einfluß der Revolution immun zu machen, zutrifft³, so ist diese Politik aufgrund der Erfahrungen mit Hintzes Experiment nicht anders denn als naiv zu bezeichnen. Um so weniger verständlich ist der Schritt Groeners, als er am 25. November an den Vertrauensrat im Hauptquartier mit dem Vorschlag herantrat, für den 1. Dezember in Bad Ems den Kongreß aller Räte des Feldheeres einzuberufen⁴. Verständlicherweise ergriff der „Zentrale Vertrauensrat“ diese Initiative der OHL mit Freude und verschickte ohne zu zögern Einladungen an alle Soldatengremien des Westheeres. Der Optimismus der OHL, die alle Probleme des Heeres nicht durch ihre Offiziere, sondern in einem Rätekongreß zu lösen beabsichtigte, ist hingegen mehr als verwirrend. Interessant zu konstatieren ist auch die Tatsache, daß die OHL die Einberufung eines Rätekongresses selbst dann betrieb, als Ebert die Militärs gewarnt hatte, daß auf dem Bad Emser Kongreß der Volksbeauftragte Emil Barth versuchen wird, seinerseits Einfluß auf die Soldatengremien des Feldheeres zu nehmen⁵. Bekanntlich haben die Militärbehörden für den bevorstehenden Kongreß einen Forderungskatalog ausgearbeitet, den sie trotz aller Warnungen durchzusetzen gedachten und der unter anderem folgende Bestimmungen enthielt: „1. *Sofortige Einberufung des Reichstages zwecks Schaffung einer vorläufigen Reichsverfassung, deren endgültige Festlegung der Nationalversammlung beibehalten bleiben soll*; 2. *Abschaffung aller Arbeiter- und Soldatenräte und volle Wiederherstellung der Kommandogewalt der Offiziere*; 3. *Ablieferung aller Waffen seitens der Zivilbevölkerung. Auflösung der revolutionären Ersatzformationen. Die Leitung der gesamten Aktion soll in die Hände der OHL gelegt werden*“⁶. Als der Rätekongreß wie geplant am 1. Dezember in Bad Ems zusammentraf, sollte er die OHL um die Erfahrung reicher machen, daß die Bewegungen der Volksmeinung sich nicht lenken lassen wie die Bewegungen der Lastwagen oder Lokomotive. Verständlicherweise ist dieser Kongreß „für die OHL eine schwere Niederlage“⁷ gewesen und das nicht ohne Grund. Bad Emser Rätekongreß erteilte der politischen Strategie der OHL eine Quittung und markierte die

Verbreitung erfuhr und daß sich deutsche Soldaten für revolutionäre Attribute weit weniger begeistern ließen als ihre russische Kollegen, **Rodzjanko, A.**, *S belymi v Pribaltike*, Berlin 1926, S. 87f.

¹ **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 64.

² **Berthold, L., Neef, H.**, *Militarismus*, S. 221.

³ **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 79-81f.

⁴ Ebd.

⁵ Zur Rolle Barths auf dem Bad Emser Kongreß vgl. **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, Berlin 1919, **Bauer, M.**, *Der Große Krieg*, S. 274f.

⁶ Zitiert bei **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 63.

⁷ So Volkmann, vgl. **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 80.

Bankrotterklärung der Groenerschen Rätepolitik, der ein ähnliches Schicksal bevorstand wie der Rätepolitik der russischen Oberkommandierenden Aleksejev und Brusilov¹.

Der Bad Emser Rätekongreß ist vom Historiker Alfred Vagts, der an ihm als Leutnant des 425. Infanterieregiments teilgenommen hatte, unparteiisch geschildert worden². Laut dieser und anderen verfügbaren Quellen, war die Mehrzahl der Teilnehmer am Bad Emser Rätekongreß Anhänger der gemäßigten Ansichten in dem Maße, daß die absolute Mehrheit der gehaltenen Reden ohne jegliches Zutun der Offiziere gegen die Arbeiter- und Soldatenräte in der Heimat gewandt waren. Die Redner sprachen für die Regierung Ebert und bezogen heftig Stellung gegen den Berliner Zentralrat, wobei die häufigste Forderung, die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung war³. Wenn aber die Heeresleitung gehofft hatte, den Rätekongreß zu bewegen, ihre Kompetenzen zu beschneiden, so wurde diese Hoffnung insofern enttäuscht, als selbst die glühenden Verfechter der Beibehaltung der Disziplin auch nicht im entferntesten gedacht hatten, ihre eigenen Vorrechte einzuschränken. Als auf dem Höhepunkt der Debatte, das Wort dem aus Berlin angereisten Volksbeauftragten Barth erteilt wurde, nahm die Konferenz augenblicklich eine für die Heeresleitung gefährliche Wendung. Barth erklärte den Soldatendeputierten, sie seien über die Vorgänge in der Heimat völlig falsch informiert und von den Offizieren für ihre eigene Politik mißbraucht worden. Er beschrieb die Situation in Berlin so, als ob zwischen der Regierung und den Räten bestes Einvernehmen herrschen würde⁴. Die Schuld an allen Mißständen während der Rückführung des Westheeres legte Barth ausschließlich der OHL zur Last⁵. Obwohl der von Barth dargestellte Sachverhalt keinesfalls der Wahrheit entsprach, konnte der Volksbeauftragte die Versammlung für sich gewinnen und zwar durch den einfachen Vorschlag, Deputierte der Fronttruppe in die Hauptstadt zu entsenden, damit sie sich ihr eigenes Urteil bilden. Im Namen der Volksbeauftragten und des Berliner Zentralrats forderte er die Soldatendeputierten des Westheeres auf, selbst aktiv alle vor sich gehenden Veränderungen mitzugestalten⁶. Diese Ausführungen - so trügerisch sie auch alle Spannungen des linken und des rechten Flügels in der Regierung der Volksbeauftragten behandelten - machten auf die uninformierten Frontsoldaten einen tiefen Eindruck. Zum Entsetzen des Generalstabes faßten sie einen Beschluß, der die Macht der Räte noch um Weiteres ausweitete und zwar einerseits, weil er die Befehlsgewalt der OHL in Frage stellte, andererseits weil das Räteystem bis hin zur kleinsten Abteilung des Heeres verankert wurde: „*Die Soldatenräte haben mitzuwirken bei allen wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Truppe... Der Dienst wird von den Offizieren [fortan] in regelmäßiger Fühlung mit den Soldatenräten angesetzt... Jede Kompanie oder gleichzuwertende Formation wählt einen Soldatenrat in Stärke von mindestens drei Mann... Die Soldatenräte nehmen unter einander Füllung und bilden aus sich nach Art der Staffeln der Kommandobehörden Soldatenausschüsse bei den höheren Stäben... Sie sind befugt, im Rahmen der Möglichkeit über die gesamten Nachrichten- und Verkehrsmittel ihres Truppenteils (Ordonnanzen, Fernsprecher, Funkapparate, Druckereien, Wagen, Autos und Flugzeuge) zu verfügen*“⁷. Eine weitere schwerwiegende Folge des von der OHL

¹ Bauer, M., *Der Große Krieg*, S. 274f.

² Vagts, A., *Aufzeichnung über den Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres*, in: *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 2, S. 14f.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Ebd., Benoist-Méchin, J., *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 63f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Text der Richtlinien „Über die Organisation und Tätigkeit der Truppensoldatenräte“ vom 1.12.1918 bei Berthold, L., Neef, H., *Militarismus*, S. 231f.

eigenhändig organisierten Bad Emser Rätekongresses war die Entsendung der Soldatendeputierten nach Berlin. Dies war für die Heeresleitung insofern eine höchst bedrohliche Wendung, als schon in der Resolution der Soldatenräte von Bad Ems Forderungen aufgenommen waren, die wortwörtlich die russische „Deklaration der Soldatenrechte“ nachahmte und die Autorität der Offiziere bei ihren Mannschaften untergrub. „*Außerhalb des Dienstes besteht kein Grußzwang*“, lautete Art. 2. der Bad Emser Resolution und Art. 8 verfügte ausdrücklich, daß „*das Tragen von roten Abzeichen und Flaggen gestattet*“ war¹. Der Art. 7 dieser Resolution entzog ausdrücklich alle Soldatenräte der Befehlsgewalt der OHL, indem er verfügte, daß „*Beschwerden über einen Soldatenrat, an den nächst höheren Soldatenrat gehen*“² sollten.

Die Niederlage auf dem Rätekongreß von Bad Ems hatte für die OHL insofern katastrophale Folgen, weil sie sich just im selben Augenblick ereignete, als die Masse des Westheeres heimatlichen Boden betrat. Laut Ententequellen war der Truppenrückzug während der Bad Emser Tagung so gut wie abgeschlossen. Bereits am 1. Dezember haben die Alliierten die Staatsgrenze des Deutschen Reiches überschritten³. Zu diesem Zeitpunkt war das rückkehrende Westheer die einzige staaterhaltende Macht in Deutschland geworden. Die Problematik für die OHL bestand aber darin, daß beim Überschreiten der Staatsgrenze in diesem Heer bereits Soldatengremien von oben bis nach unten installiert waren und diese Gremien begannen bereits damit, Kommandobefugnisse des Offizierskorps in Frage zu stellen⁴. Die Situation war auch insofern sehr bedrohlich, weil zum Zeitpunkt der Rückführung des Westheeres alle Institutionen in der Heimat, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung hätten herangezogen werden können, infolge der Revolution zerstört waren. Die Stäbe der Generalkommandos waren in den ersten Revolutionstagen desorganisiert, der gesamte Führungskader moralisch zusammengebrochen. Die Situation mit den Mannschaften der Generalkommandos war indes noch katastrophaler. Die Reservisten waren schon vor dem Revolutionsausbruch keine schlagkräftige Truppe mehr gewesen, der Zusammenbruch der Staatsgewalt hatte so gut wie allen Reserveformationen auf dem Reichsterritorium den Todesstoß versetzt. Die absolute Mehrzahl der Reservisten setzte sich von ihren Einheiten ab und ging nach Hause, ohne abzuwarten, bis die OHL einen offiziellen Demobilisierungsbefehl verabschiedete. Aber auch auf die Mannschaftensteile, die es nicht gewagt hatten, ihre Reserveeinheiten zu verlassen, konnte die Regierung keine Hoffnungen knüpfen. Diese Mannschaften verbrüderten sich mit der Zivilbevölkerung, setzten ihre Offiziere ab und nahmen regen Anteil an der Bewegung der Soldatenräte. Zum Zeitpunkt des Bad Emser Kongresses war die Situation mit dem Zerfall der Generalkommandos bereits so weit vorangeschritten, daß man durchaus von der Auflösung der absoluten Mehrheit der in der Heimat stationierter Truppen reden kann⁵.

Besonders bedrohlich war die Lage indessen in den ersten Dezembertagen in Berlin, wo der Zusammenbruch der Stadtgarnison Hand in Hand mit der Bildung zwielfichtiger Milizen vor sich ging. Noch bevor der Bad Emser Kongreß seine Tagung begonnen hatte, entstand mitten in Berlin eine ca. 14 Bataillone starke „Republikanische Soldatenwehr“ und nahm für sich in Anspruch die Wache der öffentlichen Einrichtungen wahrzunehmen. Rote Armbinden und rote Kokarden unterschieden die Angehörige dieser Miliz

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Vgl. **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 65.

⁴ **Reinhardt, W.**, *Wehrkraft und Wehrwille*, Berlin 1932, **Loßberg, F., von**, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg 1914-1918*, Berlin 1939, **Gallwitz, M., von**, *Erleben im Westen 1916-1918*, Berlin 1932.

⁵ Vgl. **Maercker, G.**, *Vom Kaiserheer zur Reichswehr*, S. 36f., **Oerzen, F.**, *Die deutschen Freikorps*, S. 238f.

von den Soldaten des ehemaligen kaiserlichen Heeres. Sie stand offiziell unter dem Befehl eines von den Mannschaften gewählten, fünf Mann starken Komitees¹. Die fünfzehnte, ca. 1300 Mann zählende Abteilung dieser Miliz wurde dabei von den Matrosen der Kieler Garnison gebildet. Sie trug den Namen „Volksmarinedivision“. Sie hatte in ihren Reihen zahlreiche Teilnehmer an der Meuterei der Hochseeflotte, verstand sich ausdrücklich als eine revolutionäre Truppe und stand bis zum 6. Dezember unter dem Kommando eines gewissen „Matrosen Metternich“. Daß die Volksmarinedivision schon zu Beginn ihres Bestehens sich nicht besonders loyal zu der Regierung der Volksbeauftragten verhielt, ist aufgrund ihrer Zusammensetzung noch verständlich. Merkwürdig erscheint allerdings die Tatsache, daß diese (wie es sich herausstellen sollte) radikalsten Trupps innerhalb von Berlin einen Grafen mit ziemlich dunklen Absichten zu ihrem Kommandeur gewählt hatten. Hinter dem Rang „Matrose Metternich“ verbarg sich nämlich der Neffe des ehemaligen deutschen Botschafters in London und ehemaliger Reserveoffizier der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes Graf Wolf Metternich, der es verstand, radikalste Reden vor den Mannschaften zu halten und gleichzeitig ein enges Verhältnis mit einigen der engsten Mitarbeitern des Prinzen Max von Baden zu pflegen². Zu seinen Gesinnungsgenossen zählte unter anderem der Geheimrat Simons, sowie „eine Reihe jüngerer Beamte des Auswärtigen Amtes“, die in ihrer Hauptmasse im Zuge der „Revolution von oben“ in ihre Ämter berufen wurden³. Schon Anfang Dezember kontrollierte die „Volksmarinedivision“ das kaiserliche Schloß, das Preußische Abgeordnetenhaus, die Ausstellungshallen in Moabit und teilweise sogar das Gebäude der Reichsbank, wo die Matrosen ihre Wachen postiert hatten⁴. Neben der „Republikanischen Soldatenwehr“ wurde in Berlin eine sog. „Sicherheitswache“ gegründet, die ebenfalls wie die „Republikanische Soldatenwehr“ der Regierung gegenüber eine ziemlich zwielichtige Position einnahm. Der Gründer dieser „Sicherheitswache“ war der ehemalige Reichstagsabgeordneter der USPD-Fraktion Emil Eichhorn, von dessen politischen Aktionen unten noch ausführlich die Rede sein wird⁵. Die SPD hatte bei diesen Milizen schon zu Beginn ihres Bestehens nicht viel zu bestellen, was schon aus der Tatsache hervorgeht, daß die Mehrheitssozialisten durchaus bemüht waren, zum Schutz der Regierung eigene Verbände aufzustellen. So wurde in Berlin von der SPD eine sog. „Republikanische Schutztruppe“ aufgestellt und organisatorisch von den oben genannten Formationen abgesondert. Die Angehörigen der „Republikanischer Schutztruppe“ trugen schwarz-rote Armbinden. Ihre Leitung bestand aus einem Oberst a. D. und zwei SPD-Funktionären. Paradoxe Weise war diese Miliz der SPD der „Republikanischen Soldatenwehr“, sobald diese mit „Volksmarinedivision“ gemeinsam auftrat, hoffnungslos unterlegen. Ihre Zahl belief sich auf zwei Bataillone mit ca. 4 000 Mann⁶.

Die Besonderheit der Berliner Innenpolitik bestand indes auch darin, daß es nach dem Zusammenbruch der Kaiserlichen Staatsgewalt nicht gelungen war, eine einheitliche Struktur zu bilden, auf die die revolutionäre Regierung hätte sich stützen können. Der preußische Kriegsminister General Scheuch war wie bereits erwähnt schon aufgrund seiner Persönlichkeit ungeeignet, entschlossene Maßnahmen durchzuführen. Das Urteil seiner

¹ Ebd.

² Ebd. Zur Person von Metternich vgl. **Rotheit, R.**, *Das Berliner Schloß im Zeichen der Novemberrevolution*, Berlin 1923, S. 21f. und 54f., **Wrobel, K.**, *Die Volksmarinedivision*, Berlin 1957, S. 23f. und 52f.

³ Ebd.

⁴ **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 66.

⁵ **Eichhorn, E.**, *Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januarereignissen*, Berlin 1919.

⁶ Vgl. **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 66f., **Maercker, G.**, *Vom Kaiserheer zur Reichswehr*, S. 36f., **Oerzen, F.**, *Die deutschen Freikorps*, S. 238f.

Kameraden über ihn ist geradezu vernichtend¹. Es muß allerdings wahrheitshalber konstatiert werden, daß der Kriegsminister über keinerlei Instrumentarium verfügte, um seiner Regierung effektiv helfen zu können. Seit dem Rücktritt Alexanders von Linsingens vom dem Posten des „Oberkommandierenden in den Marken“ am 9. November hatte im Prinzip auch das Berliner Generalkommando aufgehört zu existieren. Der Regierung gelang es nicht, das zurückgelassene Machtvakuum auszufüllen. Otto Wels, der seit dem Abgang Linsingens zum Militärkommandanten der Hauptstadt ernannt wurde, besaß weder militärische Sachkenntnis noch die notwendige Autorität. Er übte seinen Oberbefehl nach verfügbaren Quellen nur symbolisch aus². Seine Autorität wurde ferner auch durch den Umstand eingeschränkt, daß die preußische Polizei von dem Befehlsbereich des militärischen Stadtkommandanten herausgelöst und desorganisiert wurde. Berliner Polizeipräsident wurde Emil Eichhorn, der als USPD-Mann keinesfalls gewillt war, mit dem auf der SPD-Linie stehenden Militärkommandanten der Hauptstadt gemeinsame Sache zu machen. Als ob die Situation in Berlin nicht kompliziert genug wäre, gab es in der Hauptstadt noch eine Reihe selbständige Milizverbände, die sich dazu bekannten, nur ihren eigenen Kommandeuren gehorchen zu wollen. Die bedeutendsten unter ihnen waren das unter Befehl eines Fliegeroffiziers namens Brüssow stehende „Kommando Kaiserhof“ und die sog. „Sturmtruppe Bachmann“³.

Die undurchsichtigen machtpolitischen Verhältnisse in Berlin offenbarten bereits am 6. Dezember die Instabilität der Regierung der Volksbeauftragten und die Tatsache, daß diese Regierung ohne Schutz des aus dem Westen wiederkehrenden Heeres selbst in der Hauptstadt so gut wie in der Luft hing. Die Ereignisse des 6. Dezember zeigten nach den Beobachtungen zeitgenössischer Augenzeugen, daß ungeachtet aller kulturellen Unterschiede zwischen Deutschland und Rußland es in Berlin zu einer Situation kommen konnte, in deren Verlauf radikale Minderheiten durchaus in der Lage waren, ihren Willen ohne Rücksicht auf parlamentarische Gepflogenheiten durchzusetzen⁴. Was ereignete sich also am 6. Dezember in Berlin und weshalb hatten die Ereignisse diesen Tages solch schwerwiegende Folgen für den weiteren Verlauf der Dinge in Deutschland?

Laut den Sitzungsprotokollen der Regierung der Volksbeauftragten, verlief der gesamte Tag in ertragsträchtiger Arbeit in der Gesetzgebung und der Verwaltung. Um 10 Uhr Vormittags verabschiedete die Regierung neue Regelungen „über die Entschädigung der Kurzarbeiter“⁵, traf gegen Mittag den Beschluß, dem Offizierskorps zu verkünden, daß nach ihrer Verabschiedung sie weiterhin den Anspruch auf Gehälter und Pensionen besaßen⁶ und berieten am Nachmittag über die Verlängerung des Waffenstillstandes mit der Entente⁷. Auf der Nachmittagssitzung beantragte der Berliner Polizeipräsident Eichhorn, die Polizeimannschaften „mit 1500 Browning und 500 Flinten“⁸ auszurüsten, wobei „die Browningpistolen für den

¹ So bezeichnete der ehemalige Oberkommandierende in den Marken, Generaloberst von Linsingen, Scheüch seinem Sohn gegenüber als „eine, rein parlamentarische Persönlichkeit“, vgl. *Quellen*, 1 Reihe Bd. 2, S. 625. Weitere Angaben zu Scheüch in: **Hauptarchiv Berlin-Dahlem**, Nachlaß Erberhardt.

² Vgl. **Maercker, G.**, *Vom Kaiserheer zur Reichswehr*, S. 36f., **Oerzen, F.**, *Die deutschen Freikorps*, S. 238f., **Wrobel, K.**, *Die Volksmarinedivision*, S. 10ff.

³ **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1, S. 67f.

⁴ Laut Thaer waren die Handlungen Groeners und Heyes während der Rückführung des Westheeres „äußerst [von] dieser Sorge“ bestimmt, weil beide lange Rußlanderfahrung hinter sich hatten, **Thaer, A., von**, *Generalstabdienst*, S. 267. Vgl. **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 402 und 465f.

⁵ **DZA Potsdam**, *Akten der Reichskanzlei*, 2499.

⁶ Protokoll der Sitzung, **Bundesarchiv Koblenz**, *Akten der Reichskanzlei*, R43/I 1324.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

Tagesdienst, die Flinten für den Nachtdienst bestimmt“¹ wären. Obwohl die Protokolle der Regierungssitzungen keinerlei Störungen im Betrieb der Regierung erwähnen, ist aber zwischen diesen Sitzungen in Berlin etwas vorgefallen, was Scheidemann in seinen Erinnerungen später als einen „tollen Spuk“, Richard Müller als ein „Possenspiel“ bezeichnet hat². An diesem Freitag erschien vor dem Berliner Abgeordnetenhaus ein gemischtes, aus den Reservisten des Franzer-Regiments und den Angehörigen der Volksmarinedivision bestehender Trupp und verhaftete dort den seit der Konferenz im Zirkus Busch amtierenden Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte³. Ein anderer, ebenfalls aus den Angehörigen der Volksmarinedivision und den Reservisten des Franzer-Regiments bestehende Trupp erschien vor der Reichskanzlei und forderte den Volksbeauftragten Friedrich Ebert auf herauszukommen⁴. Die Militärangehörigen waren dabei vor der Reichskanzlei nicht alleine erschienen, sondern wurden von einer bunten Miliz begleitet, die mit den Geldern des Auswärtigen Amtes und des „Bürgertums“ aus der Studentenschaft Berlins aller Wahrscheinlichkeit nach vom Grafen Metternich gebildet wurde⁵. Laut Richard Müller, der zu diesem Zeitpunkt mit den anderen Mitgliedern des Vollzugsrates bereits verhaftet worden war, ereignete sich vor dem Gebäude der Reichskanzlei eine Szene, die es offenbarte, daß die Milizen, oder genauer gesagt die sie befehligende Personen an diesem Tag, nichts geringeres ins Auge gefaßt hatten, als einen Staatsstreich durchzuführen. Der Sprecher der Milizen vor dem Reichstagsgebäude war ein Feldwebel namens Spiro, den die Reservisten des Franzer-Regiments zu ihrem Kommandant gewählt hatten. Laut Richard Müller hielt Spiro auf einer sogleich veranstalteten Versammlung *„in Gegenwart des Herrn Ebert eine Rede und erklärte am Schluß: ‚So bringe ich das Hoch auf die deutsche Republik und den großen Fritz Ebert aus, den ich hier aus ihrer Mitte, gestützt auf die bewaffnete Macht und im Bewußtsein, für die ganze Nation zu sprechen, zum Präsidenten Deutschlands ausrufe‘. Als Herr Ebert nicht sofort auf die Rede Spiros antwortete, rief ein anderer Führer, dessen Name unbekannt geblieben ist: ‚Jetzt habe ich an den Herrn Ebert die klare Frage zu richten: Herr Ebert ist jetzt zum Präsidenten der deutschen Republik ausgerufen worden. Folgt er diesem Rufe oder nicht? Ja oder Nein?‘“*⁶.

Diesen offensichtlichen Putschversuch, gelang es der Regierung der Volksbeauftragten nur deshalb zu unterdrücken, weil die „merkwürdigen Putschisten“⁷ gar nicht bezweckt hatten, die Regierung zu stürzen⁸. Das einzige, was die aufrührerischen Mannschaften begehrt hatten, war die Ausrufung Eberts zum Präsidenten innerhalb der Regierung der Volksbeauftragten und nicht die Ergreifung der Macht durch Dunkelmänner wie Graf Metternich, die diese Aktion auf die Beine gestellt hatten. Trotz verblüffender äußerer Ähnlichkeiten der Vorgänge vor der Reichskanzlei mit denen vor dem Taurischen Palais während des Juliputsches der Bolschewiki, ist diese Tatsache wohl der wichtigste Unterschied zwischen beiden Ereignissen⁹. Sie macht es auch verständlich, weshalb es der Regierung der Volksbeauftragten gelang, die Situation durch bloßes Zureden

¹ Ebd.

² Vgl. **Scheidemann, P.**, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, S. 332, **Müller, R.**, *Vom Kaiserreich zur Republik*, Bd. 2, S. 168-175.

³ Eine interessante Schilderung der Ereignisse im Abgeordnetenhaus stammt vom Vorsitzenden des Vollzugsrates selbst, **Müller, R.**, *Vom Kaiserreich zur Republik*, Bd. 2, S. 168-175. Zur Zusammensetzung der Trupps vgl. **Oerzen, F.**, *Die deutschen Freikorps*, S. 239f.

⁴ Ebd., **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 122f.

⁵ Vgl. **Müller-Franken, H.**, *Die Novemberrevolution*, S. 144-149.

⁶ **Müller, R.**, *Vom Kaiserreich zur Republik*, Bd. 2, S. 173f.

⁷ **Oerzen, F.**, *Die deutschen Freikorps*, S. 239.

⁸ Ebd.

⁹ Zur Schilderung der Ereignisse vor dem Taurischen Palais während der Juliputsches vgl. **Miljukov, P.**, *Istorija vtoroj rossijskoj revoliuziji*, Bd. 1., S. 240f., **Raskolnikov in:** *Proletarskaja revoliuzija*, 1923, Nr. 5/17, S. 34f.

zu beschwichtigen. Bei der Befreiung des in Haft gesetzten Vollzugsrates, war es ausschlaggebend, daß es dem herbeigeeilten Volksbeauftragten Barth gelang, die aufrührerischen Militärangehörigen zur Vernunft zu bringen¹. Der Putschversuch vor der Reichskanzlei wurde indes von Ebert selbst entschärft, als er den mitingierenden Milizen erklärt hatte, ohne Rücksprache mit der Regierung der Volksbeauftragten nicht in der Lage zu sein, sich als Präsident Deutschlands ausrufen zu lassen². Laut Augenzeugenbericht des späteren Reichskanzlers Müller-Franken, verpuffte das Unternehmen zum Teil, weil Ebert von ihren Absichten uninformiert gewesen war, hauptsächlich aber weil er sich nicht für die Idee begeistern konnte, sich von meuternden Militärangehörigen Berlins zum Staatsoberhaupt ausrufen zu lassen³. Die Protokolle der Regierungssitzungen der Volksbeauftragten erwähnen mit keiner Silbe, daß im Kabinett Vorschläge zur Ausrufung Eberts jemals erörtert gewesen wären. Ebert wurde zwar zum Staatsoberhaupt gewählt, aber erst am 11. Februar 1919 und nicht durch irgendwelche Milizen, sondern durch die Weimarer Nationalversammlung. Obwohl zu den Vorgängen des 6. Dezember eine Untersuchungskommission gebildet wurde, ist es ihr genauso wenig gelungen die Schuldigen zu benennen wie der Untersuchungskommission der provisorischen Regierung nach dem Putsch der Bolschewiki im Juli 1917⁴. Ob Ebert im voraus unterrichtet wurde, ist von dieser Untersuchungskommission ebenfalls nie aufgeklärt worden. Die meuternden Militärangehörigen kehrten geordnet in ihre Kasernen zurück und die Dunkelmänner der Unternehmung blieben im dunkeln, obwohl laut dem Augenzeugenbericht von Müller-Franken mehrere Mitglieder des Auswärtigen Amtes in den nächsten Wochen auf der Flucht waren⁵.

Obwohl in der Geschichtsschreibung des öfteren betont wird, daß die Teile der Berliner Garnison für die Einschränkung links-radikaler Elemente aufmarschiert waren, müssen die Ergebnisse dieses Tages in vielerlei Hinsicht doch modifiziert werden. Zumindest was die Berliner Garnison anbelangt, so markiert der 6. Dezember eine eindeutige Radikalisierung seiner zersetzten Mannschaften. Die Mannschaften der Volksmarinedivision wählten z. B. Graf Metternich als Kommandeur unmittelbar darauf ab und ersetzten ihn durch zwei sehr radikal eingestellte Mannschaftsangehörige, den Reserveoffizier Dorrenbach und den Matrosen Radtke⁶. Die politische Reife der Angehörigen der Volksmarinedivision wurde schon unmittelbar nach dem Putschversuch offenbart, als dieselben Mannschaften, die sich am 6. Dezember gegen revolutionäre Gremien aufgelehnt hatten, schon in den nächsten Tagen unter tatkräftiger Leitung Dorrenbachs den Sohn des Industriellen August Thyssen Fritz Thyssen und mehrere andere namhafte Vertreter der Industriellen (darunter auch Edmund Stinnes) unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet und ins Moabiter Untersuchungsgefängnis verschleppt hatten⁷.

Der „Putsch“ des 6. Dezember ist auch insofern ein einschneidendes Ereignis im politischen Leben Deutschlands gewesen, weil an diesem Tag zum ersten Mal Vertreter einer sozialistischen Strömung bei der Eindämmung radikaler Minderheiten nicht gescheut hatten, offen Gewalt anzuwenden. Diese Gewalt richtete sich gegen die Mitglieder des Spartakusbundes, die von den Mehrheitssozialisten paradoxerweise verdächtigt

¹ Müller, R., *Vom Kaiserreich zur Republik*, Bd. 2., S. 173f.

² Vgl. Müller-Franken, H., *Die Novemberrevolution*, S. 144-149.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Oerzen, F., *Die deutschen Freikorps*, S. 240f.

⁷ Vgl. *Berliner Tageblatt*, 9.12.1918 und *Berliner Tageblatt*, 10.12.1918.

wurden, am 6. Dezember ebenfalls einen Putschversuch zu unternehmen¹. Obwohl in den Quellen zur kommunistischen Partei Deutschlands auf einen beabsichtigten Staatsstreich für den 6. Dezember nichts hindeutet, ist es aktenkundig, daß der Berliner Militärkommandant Otto Wels einer Abteilung des Garde-Füsillierregiments den Befehl erteilt hatte, die Berliner Stadtkommandantur abzuriegeln und das Eindringen irgendwelcher Demonstranten zu verhindern. Aus den zur Verfügung stehenden Quellen geht zwar nicht eindeutig hervor, ob Wels den regierungstreuen Reservisten der Garde den Schießbefehl gegeben hat². Die Vermutung liegt aber nahe, daß man in der Stadtkommandantur Meldungen erhielt, wonach in einem Berliner Soldatenrat von Liebknecht eine Demonstration auf die Beine gebracht wurde. Es handelte sich dabei um den berüchtigten „Rat der Urlauber und Deserteure“ der bei den Mehrheitssozialisten seit seinem Bestehen als Nest radikalster Elemente gegolten hat³. Es ist aktenmäßig nicht beweisbar, wer an dem tragischen Vorfall auf der Chausseestraße die Feindseligkeiten eröffnet hatte. Aus allen zur Verfügung stehenden Quellen geht aber eindeutig hervor, daß die Gardereservisten den Demonstrationzug des „Rates der Urlauber und Deserteure“ gestellt hatten und mit mitgebrachten Maschinengewehren auf ihn feuerten. Es gab während der Schießerei sechzehn Tote und viele Verwundete. Wie sich später herausgestellt hatte, waren alle Opfer Teilnehmer der Demonstration und die Gardefüsilliere hatten dabei keine Verluste zu beklagen⁴. Da die Toten aus der Chausseestraße auch nach dem Abzug der Truppen tot geblieben waren, konnte man die Geschehnisse dort wohl kaum vertuschen. Bedenkt man, daß es solch einen Blutbad in Berlin selbst am 9. November nicht gegeben hat, kann man den Schock den die Ereignisse in der Chausseestraße bei den Einwohnern Berlins auslösten, nicht hoch genug veranschlagen⁵. Schon am Abend desselben Tages wurden in der Hauptstadt mehrere Protestdemonstrationen veranstaltet, wobei unter den Demonstrationsmitgliedern diesmal zahlreiche Arbeiter teilgenommen hatten, die in ihrer Mehrzahl mit radikalen Strömungen nicht sympathisiert hatten⁶.

Wenn man von den Gemeinsamkeiten des 6. Dezember in Berlin und den Putschversuchen der Bolschewiki spricht, so muß unbedingt betont werden, daß nicht das Verhalten der Heeresleitungen beider Länder den revolutionären Gremien gegenüber, sondern das Verhältnis der gemäßigten Sozialisten zu den radikalen sozialistischen Randgruppierungen, den wichtigsten Unterschied ausmachte. Die Schüsse auf der Chausseestraße am 6. Dezember sind für die deutsche Arbeiterbewegung insofern als das zentrale Ereignis zu bezeichnen, weil spätestens seit diesem Augenblick alle sozialistischen Splitterparteien und Bewegungen, die sich mehr links als die SPD plazierten, für den Führungskader dieser Partei nicht als Haß zu empfinden bereit waren⁷. Im Prinzip kann man diesbezüglich durchaus die Behauptung aufstellen, daß die Bezeichnung „Revolutionsverräter“ für die Führungsriege der SPD im Zusammenhang mit den Ereignissen des 6. Dezember zum ersten Mal Eingang in das Lexikon der linken Sozialisten hielt⁸.

¹ Laut Müller-Franken „*schien es [am 6. Dezember], als ob von rechts und von links gleichzeitig gegen die bestehende Gewalt operiert wurde*“, Müller-Franken, H., Die Novemberrevolution, S. 144.

² Da solche Befehle laut Gesetz nur die Regierung der Volksbeauftragten erlassen konnte, war Wels rein theoretisch nicht in der Lage, den Erschießungsbefehl zu erteilen. Offiziell wurde der Schießbefehl von einem Angehörigen des Berliner Soldatenrates, dem Unteroffizier Krebs, erteilt, welcher anschließend der Regierung einen Bericht erstattete, **DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei**, Nr. 2510.

³ Laut einem der Anführer der Freikorps hieß der Rat offiziell „Reichsbund der Deserteure“, **Oerzen, F., Die deutschen Freikorps**, S. 239.

⁴ **Berliner Tageblatt** vom 6.12.1918 und vom 7.12.1918.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ **Drabkin, J. S., Die Novemberrevolution**, S. 338f.

⁸ Vgl. **Die rote Fahne** vom 7.12.1918.

Welche Rolle in den Ereignissen des 6. Dezember die OHL gespielt hatte, ist trotz zahlreicher Quellen schon deshalb sehr schwer rekonstruierbar, weil die Berichte in der Regel einander widersprechen. Trotz zahlreicher Indizien, daß die OHL sogleich nach der Niederlage auf dem Bad Emser Rätekongreß Pläne hegte, ihre Rätepolitik radikal zu ändern und einen entschiedenen Kampf gegen die Räte zu beginnen, scheint es, daß das am 6. Dezember Vorgefallene den Generalstab vor den Kopf gestoßen hatte. Bekanntlich war die Heeresleitung am 6. Dezember zwar bereits in die Heimat zurückgekehrt, hatte es aber nicht gewagt, ihr Hauptquartier in die ursprüngliche Wirkungsstätte der Vorkriegszeit zu verlegen. Im Tagebuch des Stabschefs des 2. Generalquartiermeisters wird ausführlich geschildert, wie die obersten Soldaten des deutschen Heeres langwierige Verhandlungen mit den Arbeiter- und Soldatenräten geführt hatten, bis sie nach vielen demütigenden Absagen überhaupt die Erlaubnis erhielten, die deutsche Staatsgrenze zu überqueren. „*Während wir nun auf unserer Rückfahrt nach Deutschland an der linken Seite des Rheins hin und her fuhren, gelang es auf einer Seite [erst] durch die Überredung über eine Brücke zu kommen*“, erinnerte sich Thaer¹. Er fügte an anderer Stelle hinzu, daß der Arbeiter- und Soldatenrat von Kassel wohl der einzige in ganz Deutschland gewesen war, der sich bereit erklärt hatte, die OHL bis zur Durchführung der Demobilmachung aufzunehmen². Als die Züge mit dem Personal und dem Inventar der OHL Kassel erreicht hatten und am 1. Dezember ihr Hauptquartier aufschlugen, verfügte die oberste Kommandostelle des Feldheeres über keinerlei verlässliche Kräfte für den Eigenschutz. Gemäß der Vereinbarung mit den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten wurde das Ganze aus den zuverlässigen Fronttruppen bestehende Bewachungspersonal der OHL entlassen und durch „eine Wache von 80 Matrosen“³ ersetzt, deren Aufgabe es war, auf die Loyalität des Generalstabes im Sinne der Regierung der Volksbeauftragten zu wachen. Schon die Räumlichkeiten, die der OHL von den örtlichen Räten zugewiesen wurden, symbolisierten die neue Machtposition der OHL. Das Schloß von Wilhelmshöhe war vor allem deshalb berühmt gewesen, weil dort während der Napoleonischen Kriege der Bruder Napoleons I. Jérôme als König von Westfalen seinen Operettenhof gehalten hatte und nach der Schlacht von Sedan Kaiser Napoleon III. dort in Gefangenschaft lebte⁴. Interessant zu konstatieren ist die Tatsache, daß die OHL trotz des verlorenen Krieges von den Bewohnern Kassels insgesamt wohlwollend aufgenommen wurde und selbst revolutionär eingestellte Reservisten der örtlichen Stadtgarnison keinerlei feindselige Aktionen veranstaltet haben⁵. Offensichtlich waren hierfür nicht nur kulturelle Eigenschaften des deutschen Volkes verantwortlich, sondern auch die Tatsache, daß im Gegensatz zu Rußland das deutsche Heer über einen Oberkommandierenden verfügte, der in allen Bevölkerungsschichten sehr angesehen war. Laut einem Bericht des „Berliner Tageblatts“ genoß Hindenburg im Gegensatz etwa zum anonymen Aleksejev Popularität selbst bei den offensichtlich von der Revolution zersetzten Reservisten in Kassel: „*Die Mehrheit der roten Kokarden die in den Straßen [der Stadt] zum Verkauf angeboten werden, sind Porträts von Hindenburg. Hindenburgs Gesicht ist [nur selten] rot übermalt worden, aber die Farbe löst sich sehr leicht, und Hindenburgs Gesicht kommt wieder zum Vorschein*“⁶. Diese Popularität Hindenburgs hatte für die OHL durchaus praktische Auswirkungen. Schon unmittelbar nach der Ankunft des Generalstabes in Kassel hatte die örtliche Rätepolitik sich bereits stark genug

¹ Thaer, A., von, *Generalstabdienst*, S. 268f.

² Vgl. Ebd., Groener, W., *Lebenserinnerungen*, S. 471.

³ Thaer, A., von, *Generalstabdienst*, S. 271.

⁴ Wheeler-Bennett, J., *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 49.

⁵ Thaer, A., von, *Generalstabdienst*, S. 270f.

⁶ Wheeler-Bennett, J., *Hindenburg*, S. 222.

gefühl, um offene Konfrontation zu suchen, die nur mit großer Mühe von der OHL abgewehrt werden konnte. So forderte der Kasseler Soldatenrat die OHL auf, die Generalstabsoffiziere zu entwaffnen und die Abtrennung der Rangabzeichen zu verfügen. Als dem Soldatenrat aber mitgeteilt wurde, daß Hindenburg sich kategorisch geweigert hatte, dieser Verfügung nachzukommen, unternahm der Soldatenrat keine Versuche, mit Hilfe der Matrosenwache die Forderungen durchzusetzen¹. Der Soldatenrat erließ eine Gegenverfügung, die sowohl das Tragen von Waffen als auch das Tragen der Rangabzeichen ausdrücklich genehmigte. Der Vorsitzende des Kasseler Rates Grzezinski veröffentlichte vielmehr einen Willkommensgruß, der ausdrücklich betonte, daß selbst die deutschen Sozialisten bereit waren, Hindenburg als Oberbefehlshaber zu akzeptieren. „*Hindenburg erfüllt heute seine Pflicht in einer Weise, die ihn uns teurer macht, als je zuvor. Hindenburg gehört zur deutschen Nation*“², hieß es dort unter anderem.

Kap.13. Die inneren Zusammenhänge des preußischen Heeres

Die Tradition des preußischen Heeres ist einer der Faktoren, die den Ausgang der Revolution in Deutschland mitentschieden haben. Wie alle Heere nach einem verlorenen Krieg, ist auch dieses abgeurteilt worden, was für die meisten Klischees gesorgt hat, die zur Beschreibung des „preußischen Militarismus“ herangezogen werden. Was den gesellschaftlichen Stellenwert der Armee vor dem Weltkrieg anbelangt, so war dieser so gesichert, wie in keinem anderen Land der Welt. Laut einem der bedeutendsten deutschen Militärhistoriker, der als Leutnant den Weltkrieg erlebte, war das Verhältnis des Volkes zu seiner Streitmacht durchaus verschieden von dem in anderen Nationen: „*Will man den wichtigsten Gegensatz, die die militärischen Verhältnisse der westlichen Großmächte von denen Preußen - Deutschlands [vor dem Weltkrieg] unterschied, auf eine kurze Formel bringen, so kann man sagen: Dort erschien es als eine Art von notwendigem Übel, was hier den größten Stolz der ganzen Nation bildete*“³. Daß diese Feststellung durchaus einen wahren Kern besaß, spiegelt z. B. die folgende Tatsache wider: Die Popularität der Armee erstreckte sich in Deutschland nicht nur auf die Spitzen der Gesellschaft, sondern auch auf das sog. einfache Volk. So engagierte man sich nach der Entlassung aus dem aktiven Dienst gerne in den verschiedenen militärischen Vereinen, die am Vorabend des Weltkrieges einen beispiellosen Zuwachs verzeichnet hatten. Im Jahre 1909 gab es allein in Preußen 16 533 verschiedene Militärvereine mit insgesamt 1 439 145 Mitgliedern⁴. Der deutsche Kriegerbund schloß um dieselbe Zeit 625 verschiedene Militärvereine mit 1 687 990 Mitgliedern ein⁵. Es existieren auch Flottenvereine, sowie Militärvereine für die Jugend. Am Vorabend des 1. Weltkrieges waren im Deutschen Reich schätzungsweise um die 5 Mio. Menschen direkt oder indirekt mit den Streitkräften verbunden⁶. Zieht man diese Zahlen in Betracht, so kann man durchaus behaupten, daß die Armee vor dem Weltkrieg mehr Sympathisanten in Deutschland hatte als selbst die SPD. Eine interessante Vergleichsmöglichkeit bietet hierfür der Sedantag. Nach mehreren Augenzeugenschilderungen war dieser Tag selbst von der Arbeiterschaft viel

¹ **Thaer, A., von**, *Generalstabsdienst*, S. 271.

² **Wheeler-Bennett, J.**, *Hindenburg*, S. 222.

³ **Ritter, G.**, *Das Problem des Militarismus in Deutschland*, Bd. 2., S 117.

⁴ Ausführlich über die Militärvereine, **Kitchen, M.**, *The German Officer Corps*, S. 130-142.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

begeisterter gefeiert worden als der 1. Mai und bildete wohl den Feiertag, der wie kein anderer vor dem Krieg Begeisterung in Deutschland zu entfachen vermochte¹.

Die Prinzipien, nach denen das alte preußische Heer aufgebaut war, sind allgemein zu bekannt, um sie hier näher zu erläutern². Erwähnung verdient jedoch Folgendes: Trotz aller Reformen, die zum Ziel gehabt hatten, das alte Militärmodell preußischer Könige dem neuen Zeitgeist anzupassen, bewahrte die preußische Armee auch nach den Reformen der Napoleonischen Kriege und des Verfassungskonflikts bis zum 1. Weltkrieg Elemente, die an die alte Tradition anknüpften. Obwohl die Armee des Zaren der preußischen Armee organisationsmäßig wohl näher gestanden hatte, als die anderen Armeen der Entente, war es gerade das Festhalten an den Traditionen, welches beide wohl am Schärfsten unterschied. Das Traditionsbewußtsein in der preußischen Armee wird wohl von nichts anderem so deutlich charakterisiert wie durch die Einstellung zum Offizierskorps, zumal es allgemein bekannt ist, daß Friedrich der Große die Offizierspatente nur an Adelige vergab und der Sinn der Heeresreformen von 1808 vor allem darin bestand, diese Zustände zu liberalisieren³. Bekanntlich ließ Friedrich der Große alle nichtadeligen Offiziere aus seinem Heer entfernen und begründete dies damit, daß Bürgerliche für den Offiziersdienst aufgrund der geistigen Veranlagung nicht geeignet seien⁴. Die Militärreformen von 1808 werden heute des öfteren als die Geburtsstunde des modernen Heerwesens in Preußen angesehen. In der Theorie hing die Ernennung zum Offizier seit Scharnhorst, Boyen und Gneisenau nicht mehr von der Abstammung ab, sondern von der Bildung und den Fähigkeiten der Offiziersspiranten: „*Im Frieden gewähren nur Kenntnisse und Bildung, im Kriege nur ausgezeichnete Tapferkeit und Umsicht einen Anspruch auf die Offiziersstellen*“⁵. Als unter Moltke und Roon am Vorabend der Einigungskriege das preußische Heer durch weitere Reformen den endgültigen Schliff erhielt, standen beide militärische Denker geistig näher Friedrich dem Großen als allgemein bekannt ist. Laut General Bernhardt hegte Moltke, der sich selbst aus kleinen Verhältnissen hochgearbeitet hatte gegen nichtadelige Offiziere Bedenken und machte aus diesen seinen Ansichten keinen Hehl. So empfahl er bei der Aufnahme in die militärischen Bildungsstätten adelige Offiziersaspiranten vorzuziehen, oder zumindest streng darauf zu achten, daß möglichst keine Vertreter der niederen Schichten in das Offizierskorps aufgenommen wären⁶. Ähnliche Ansichten vertraten auch beide bedeutendsten Nachfolger Moltkes Waldersee und Schlieffen⁷. Mit diesen Ausführungen soll keinesfalls behauptet werden, daß das deutsche Offizierskorps am Vorabend des Weltkrieges „exklusiv-aristokratischen“ oder gar feudalen Charakter hatte. Die Statistiken belegen eindeutig, daß nach der Heeresreform von 1808 das

¹ Bezeichnenderweise wurde vor dem Weltkrieg der „Sedantag“ und nicht der „Reichsgründungstag“ am 18. Januar als patriotischen Hauptfeier gefeiert, vgl. **Ritter, G.**, *Das Problem des Militarismus in Deutschland*, Bd. 1., S. 125f.

² Ausführlich hierzu vgl. **Craig, G. A.**, *The Politics of the Prussian Army 1640-1945*, Oxford 1955, **Priebatsch, F.**, *Geschichte des preußischen Offizierskorps*, Breslau 1919, **Messerschmidt, M.**, *Die preußische Armee*, München 1976, **Eisenhart-Rothe, E., von**, *So war die alte Armee*, Berlin 1935, **Hartmut, J.**, *Das Reserveoffizierskorps im Deutschen Kaiserreich 1890-1914. Ein sozialgeschichtlicher Beitrag zur Untersuchung der gesellschaftlichen Militarisierung im Wilhelminischen Deutschland*, Frankfurt a. M. 1981, **Schulte, B. F.**, *Die deutsche Armee 1900-1914. Zwischen Beharren und Verändern*, Düsseldorf 1977, **Else, W.**, *Tannenberg. Das deutsche Heer von 1914. Seine Grundzüge und deren Auswirkungen im Sieg an der Ostfront*, Breslau 1928, **Herwig, H. H.**, *Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland*, Hamburg 1977, **Schwarte, M.**, *Die militärischen Lehren des Großen Krieges*, Berlin 1923, **Cron, H.**, *Die Organisation des deutschen Heeres im Weltkrieg*, Berlin 1923, und insbesondere **Zepelin, G., von**, **Drygalski, R., von**, *Die Heere und Flotten der Gegenwart*, 3 Bde., Berlin 1898.

³ **Treitschke, H., von**, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*, Leipzig 1928, S. 72f. und 78f.

⁴ Ebd.

⁵ Reglement vom 6. August 1808, ebd.

⁶ **Bernhardt, T. von**, *Aus dem Leben Theodor von Bernhards*, 8 Bde., Leipzig 1893-1906, Bd. 4, S. 166f.

⁷ Vgl. **Görlitz, W.**, *Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, S. 105f.

bürgerliche Element in das Offizierskorps durchaus die Aufnahme gefunden hatte. Bedenkt man, daß die Streitmacht in Deutschland von 1870 bis 1914 von 401 659 auf mehr als 800 000 gesteigert werden mußte¹, und daß der preußische Adel im gleichen Zeitraum bereits im Niedergang begriffen war², ist es nachvollziehbar, daß auch das Offizierskorps dem Wandel der Zeit sich nicht gänzlich entziehen konnte. Im Jahre 1914 gab es alleine im preußischen Heereskontingent 22 112 Berufsoffiziere³. Von diesen gehörten laut Statistik ca. 70% bereits dem Bürgertum an⁴. Statistisch gesehen war die Situation in Preußen so, daß in den Jahren 1870-1914 das bürgerliche Element im preußischen Offizierskorps um mehr als das Dreifache angewachsen war⁵. Die bloße Feststellung des wachsenden Anteils der bürgerlicher Berufsoffiziere kann dennoch nicht als allgemeine Verbürgerlichung des Offizierskorps gewertet werden. Es war in der preußischen Armee bis zum Ausbruch des Weltkrieges durchaus dafür gesorgt worden, daß die Homogenität und Vormacht des Adels gewährleistet blieb. Die Schlüsselpositionen in der Armee Preußens blieben bis zu dem 1. Weltkrieg von dem Adel besetzt, und zwar je höher die Charge, desto weniger Bürgerliche waren dort vertreten. So waren nach der offiziellen Statistik 1913 alle Offizierspatente des preußischen Heeres nach Standeszugehörigkeit folgendermaßen verteilt⁶:

1252	29,8%	Adelige Leutnants	2949	Bürgerliche Leutnants
631	30,0%	Adelige Oberleutnants	1467	Bürgerliche Oberleutnants
945	38,3%	Adelige Hauptleute	1522	Bürgerliche Hauptleute
501	49,6%	Adelige Majore	512	Bürgerliche Majore
109	50,9%	Adelige Oberstleutnants	105	Bürgerliche Oberstleutnants
139	68,1%	Adelige Obersten	65	Bürgerliche Obersten

¹ **Collenberg, R., von**, *Die deutsche Armee von 1871 bis 1914*, in: *Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv*, Berlin 1922, Heft 4., S.122.

² So war von den Gutsbesitzern der sechs preußischen Provinzen nur noch ein Drittel adelig, **Demeter, K.**, *Das deutsche Heer und seine Offiziere*, Berlin 1930, S. 32-34 und 69, **Craig, G. A.**, *Die preußisch - deutsche Armee*, S. 259f.

³ **Deist, W.**, *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 54.

⁴ **Demeter, K.**, *Das deutsche Offizierskorps*, S. 28f.

⁵ Ebd.

⁶ **Berliner Tageblatt**, vom 11. 02. 1909. Vgl. **Deist, W.**, *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 49-52f.

75	70,7%	Adelige Generalmajore	31	Bürgerliche Generalmajore
44	86,2%	Adelige Generalleutnante	7	Bürgerliche Generalleutnante
30	94,1%	Adelige Generale der Infanterie	2	Bürgerliche Generale der Infanterie
1	100%	Adelige Generalobersten	0	Bürgerliche Generalobersten
1	100%	Adelige Generalfeldmarschälle	0	Bürgerliche Generalfeldmarschälle

Bedenkt man die Tatsache, daß alle Armeen im August 1914 entweder von Generälen der Infanterie oder Generalobersten angeführt wurden, kann man Einfluß, den der Adel beim Ausbruch des Weltkrieges im Heer besaß, kaum genug hervorheben. Dies gilt auch dann, wenn man konstatiert, daß zahlreiche Stabschefs dieser Armeen aus dem Bürgertum stammten.

Die adeligen Offiziere konzentrierten sich vornehmlich in den traditions- und prestigereichen Waffengattungen, vor allem in der Kavallerie und in der Garde. Nach der Rangliste von 1913 dienten in preußischen Garderegimentern 1913 nur 59 bürgerliche Berufsoffiziere, von den anderen herablassend als „*Konzessions-Schulzen*“ bezeichnet¹. In der Kavallerie gehörten 87% aller Offiziere dem Adel an, in der Infanterie dagegen nur 48%². Interessant ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß in den Waffengattungen die wenig Prestige besaßen, der prozentuale Anteil des Adels zerschmetternd klein war. Auch die modernen, für preußische Militärtradition ungewöhnlichen Waffengattungen, wurden von dem konservativ eingestellten Adel gemieden. So hatte der Chef der Eisenbahnabteilung vor dem Weltkrieg unter seinen Untergebenen bloß 6% adelige Offiziere³. Ähnliche Proportionen waren selbst unter solch wichtigen Gattungen wie Artillerie und Pionieren zu verzeichnen⁴. Erwähnenswert in dieser Hinsicht ist auch, daß in der Armee Preußens bis zu dem Ausbruch des Weltkrieges alle Offiziersaspiranten nach dem Abstammungsprinzip ausgewählt wurden, wobei das Auswahlverfahren ein traditionelles war und noch aus der Zeit Friedrichs des Großen stammte. Trotz der Heeresreform von 1808 wurde bei der Auswahl der Kandidaten in Preußen nicht ausschließlich die Bildung oder Qualifikation zugrundegelegt, sondern das Abstammungsprinzip „*nach den*

¹ Über die Unterschiede zwischen den sog. „guten“ und „schlechten“ Garnisonen, „vornehmen“ und „weniger vornehmen“ Regimentern und über den überproportionalen Anteil der Adeligen eben an den ersteren vgl. **Endres, F. C.**, *Soziologische Struktur und die entsprechende Ideologie des deutschen Offizierskorps vor dem Weltkrieg*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Berlin 1927, Bd. 58., S. 295f.

² Ebd.

³ **Kehr, E.**, *Zur Genesis des königlich preußischen Reserveoffiziers*, in: *Die Gesellschaft*, Bd. 2., 1928, S. 497, **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 2., S. 127.

⁴ Ebd.

*Vätern*¹. Theoretische Grundlage hierfür bildete die berühmte Order Wilhelms II. vom 1890, in der mehr als 80 Jahre nach Boyen und Scharnhorst ausdrücklich verlangt wurde, nur diejenigen Offiziersaspiranten zu berücksichtigen, deren „Väter“ den gehobenen Schichten Preußens angehört hatten².

Im Unterschied etwa zu Rußland, wo man den Anspruch auf Offizierspatente durch den Besuch einer militärischen Bildungsstätte erwarb, sind die Offiziere des preußischen Heeres gewählt worden. Diese Wahl vollzog sich freilich nicht wie von den Räten in der Novemberrevolution gefordert durch die Mannschaften, sondern durch die Offiziere der Einheit, in der der Offiziersaspirant diente. Die Wählbarkeit zum Offizier konnte man dabei auf zweierlei Weise erlangen: Der erste Weg ging durch militärische Bildungsstätten (Militärschulen), wenn nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung die Offiziere des Regiments keine Einwände erhoben. Der zweite Weg ging durch den freiwilligen Eintritt in das Heer und einige Dienstzeit als „Fahnjunker“. Auch in diesem Fall konnte der Offiziersaspirant erst dann seine Ausbildung erfolgreich abschließen, wenn auf Vorschlag des Regimentkommandeurs, andere Offiziere der Einheit ihre Zustimmung gaben. Obwohl die eigentliche Erhebung zum Offizier vor dem Weltkrieg vom Kaiser erfolgte, war diese Handlung von nicht zu unterschätzender Bedeutung: Sie band das gesamte Offizierkorps an den Monarchen. Die preußische Eidesform hatte bezeichnenderweise keinerlei Bezug auf den Staat, wohl aber auf die Person des Monarchen. Die Bindung des Offizierkorps an den Monarchen ist insofern ein handfester Beweis für die Traditionsverbundenheit in der preußischen Armee, als der Terminus „*Oberster Kriegsherr*“ weder in der Verfassung von 1870, noch in den Verträgen und Konventionen Preußens mit den süddeutschen Staaten verankert war³.

Der häufigste Vorwurf mit welchem das preußische Offizierkorps in der Geschichtsschreibung konfrontiert wird, besteht vor allem darin, eine streng abgekapselte „Kaste“ gebildet zu haben⁴. In dieser Hinsicht muß betont werden, daß die Offiziere des preußischen Heeres durchaus einen sehr ausgeprägten Korpsgeist besaßen. Sie bildeten vor dem Weltkrieg einen gesetzlich und ideologisch abgesonderten Stand innerhalb der Gesellschaft. Was ihre angebliche „Privilegien“ anbelangt, so bedarf diese Formulierung zweifelsohne der Relativierung. Zur allererst bildete das Offizierkorps rechtlich gesehen einen eigenen Stand. Ein Offizier wurde von der Gesetzgebung als Angehöriger des Soldatenstandes und nicht als Staatsbürger betrachtet. Als solcher war er in Preußen der zivilen Gewalt entzogen und rechtlich der militärischen Gesetzgebung unterstellt. Für einen Westeuropäer, der bereits vor dem Weltkrieg das Parlament seines Landes als die oberste Instanz zur Kontrolle des Heeres sah und durch das Gesetzesprinzip gewohnt war, daß ein Soldat „nur ein auf besondere Art bewaffneter Zivillist“⁵ war, war und ist diese Eigentümlichkeit der Heeresorganisation in Preußen fremd geblieben⁶. Diese Sicht der Dinge ist jedoch etwas einseitig und berücksichtigt nicht die Tatsache, daß im preußischen Offizierkorps durchaus eine Tradition lebendig war, die die Interessen des Landes von der Person des Monarchen zu unterscheiden verstand. Diese Tradition wurde von

¹ Ausführlich zu den Auswahlkriterien nach „Abstammung“ vgl., **Deist, W.**, *Militär im Staat und Gesellschaft*, S. 49-52.

² Der volle Text ist abgedruckt bei **Offiziere im Bild und Dokumenten**, S 197f.

³ Vgl. **Deist, W.**, *Militär im Staat und Gesellschaft*, S.2f.

⁴ Ausführlich hierzu siehe **Gässler, Ch.**, *Offiziere und Offizierkorps der alten Armee in Deutschland*, Mannheim 1930, S. 68f., **Wheeler-Bennett, J.**, *Die deutsche Armee in der Politik*, S.26f.

⁵ **Morgan, J.**, *Kings Counsel*, London 1945, S. 95f.

⁶ **Wheeler-Bennett, J.**, *Die deutsche Armee in der Politik*, S.26f., **Craig, G. A.**, *The Politics of the Prussian Army*, S. 241-281.

York von Wartenburg 1813 begründet, als dieser General im napoleonischen Krieg eigenwillig eine Konvention mit den Russen schloß und den schwankenden Monarchen mit Hinweis auf Landesinteressen zwang zu folgen¹. Daß diese Tradition bis zum Zusammenbruch 1918 lebendig geblieben war, beweist der gesamte Gang des 1. Weltkrieges. Die Militärs zwangen den Kaiser desöfteren, Beschlüsse zu fassen, die seinen ursprünglichen Absichten entgegenliefen und begründeten dies mit den nationalen Interessen Deutschlands. Die Brest-Litowsker Friedensverhandlungen und die Meuterei Groeners, im Namen der Armee am 9. November in Spa sind nur zwei hervorragende Beispiele dieser Sicht der Dinge.

Im Gegensatz etwa zum Offizierskorps Rußlands, welches, wie oben geschildert, keinesfalls als privilegiert charakterisiert werden kann, war die gesellschaftliche Position des preußischen Offizierskorps durchaus mit großem Ansehen in der Heimat versehen. Laut einem zeitgenössischen General waren die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland am Vorabend des Weltkrieges so gewesen, daß „*die Militäruniform und das Patent als Offizier ein Passepartout für das ganze Leben [waren]*“². Am Besten ist die gesellschaftliche Stellung der Offiziere an den Gehältern und dem militärischen Fürsorgewesen ermittelbar. Sobald man in das Offizierskorps der preußischen Armee aufgenommen wurde, hatte man zumindest materiell bis zum Ende seines Lebens ausgesorgt. Obwohl die vom Staat festgesetzte Besoldung der Offiziere ursprünglich gar nicht so groß war, ist sie von den Militärbehörden immer wieder angehoben worden, so daß bei Ausbruch des Weltkrieges schon die Offiziere der niederen Ränge über beachtliche Einkommen verfügten. Die sprichwörtlichen Schulden eines „preußischen Majors“ gehörten bei Kriegsausbruch dem Bereich der Übertreibung an³. Ein bloßer Blick auf die Lohntabellen ergibt, daß schon Leutnants über ein Einkommen verfügten, aus dem sie problemlos den Unterhalt bestreiten konnten. Er war finanziell bereits am Anfang seiner Laufbahn wesentlich besser gestellt als ein Facharbeiter oder Handwerker und bewegte sich auf dem Lohnniveau eines Schullehrers. Bei Ausbruch des Weltkrieges erhielt ein frischgebackener Leutnant bereits 310 Mark Monatsgehalt⁴. Ein Vergleich der Lohntabellen ergibt, daß die Heeresangehörigen aller Ränge besser entlohnt wurden als die Staatsbeamten auf der vergleichbaren Ebene⁵. Die Gehaltslisten spiegeln dabei keinesfalls die gesamte Stellung eines Leutnants wider: Die Armee garantierte ihm einen stufenweise ablaufenden Aufstieg in der Rangliste sowie die damit verbundene Erhöhung der Einkünfte. „*Wenn er gewissenhaft seine Schuldigkeit tat, brachte er es ... bei geringen Fähigkeiten anstandslos zum Stabsoffizier, einer Stellung, die im Verhältnis zu anderen Staatsstellungen einen ziemlich hohen Rang darstellte*“⁶. Sobald ein Berufsmilitär es zustandebrachte, die Akademie des Generalstabes zu absolvieren und damit sozusagen eine der Universitätsbildung vergleichbare Militärbildung erlangte, besaß er gute Chancen, in die oberen Etagen des Offizierskorps aufzusteigen. Schon die mittleren Ränge bis einschließlich zum Major bekamen eine Entlohnung, die nach Ludendorffs Zeugnis ausreichend war, um sich eine ziemlich aufwendige Lebensführung zu erlauben⁷. Interessant zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, daß die Generäle der preußischen Armee durchaus zu den

¹ Görlitz, W., *Der deutsche Generalstab*, S. 54f.

² Gleich, G., von, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, S. 42.

³ Vgl. Ludendorff, E., *Mein militärischer Werdegang*, S. 13f.

⁴ Hobohm, M., *Soziale Mißstände als Teilursache des deutschen Zusammenbruchs von 1918*, in: *Untersuchungsausschuß*, 4. Reihe, Bd. 11., S. 111.

⁵ *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 33-35.

⁶ Gleich, G., von, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, S. 42.

⁷ Ludendorff, E., *Mein militärischer Werdegang*, S. 13.

„Großverdienern“ gezählt werden konnten¹. Ihre Löhne bewegten sich schon in den 70ern Jahren des 19Jh. im dreistelligen Bereich und erfuhren im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsboom in den letzten drei Jahrzehnten vor dem Weltkrieg zusätzliche Verbesserungen². Das Gehalt eines Generalmajors war bereits das gleiche wie das eines kaiserlichen Ministers, die Gehälter aller anderen Generalsränge bis zum General der Infanterie waren Spitzengehälter, die im zivilen Staatsdienst im Prinzip nicht erreichbar waren³. Gemessen an den eigenen Anstrengungen, die zur Ergreifung des Offiziersberufs nötig waren, war die gesellschaftliche Stellung der Offiziere viel höher als die jeder anderen beruflichen Gruppe. Sie erreichten ohne akademische Ausbildung Positionen, die im Zivildienst mit gleicher Qualifikation nicht geboten werden konnten⁴. Dieser Umstand wurde lange Zeit dadurch gerechtfertigt, daß ein Offizier dem Staat ein Opfer bringe⁵. Aber angesichts der bescheidenen Aufstiegsmöglichkeiten im zivilen Staatsdienst kann der Zustrom der besser gestellten gesellschaftlicher Schichten (Adel und Bürgertum) nicht als Ausdruck besonderer Opferbereitschaft angesehen werden⁶. Tatsächlich bedeutete für die jungen Offiziersanwärter diese Berufsmöglichkeit ein Höchstmaß an staatlicher Fürsorge. So verfügte das preußische Offizierskorps über ein Pensionswesen, das wesentlich besser bemittelt war, als das des königlichen Beamtentums, sowie das der Privatwirtschaft⁷. Bei der Pensionierung oder bei der durch die Verwundung bedingten Ausscheidung aus dem aktiven Dienst kam der Offizier in den Genuß des militärischen Fürsorgewesens, welches ihm bis an das Lebensende feste Einkünfte garantierte⁸.

Der traditionelle Begriff „der entsagungsvolle Beruf der Väter“ traf vor dem Weltkrieg insofern auf die Verhältnisse der Offiziere in der Armee Preußens nicht zu, als das Offizierspatent selbst denen eine echte Chance eröffnete, gehobene Positionen zu erreichen, deren Eltern in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen gelebt hatten. Diese Position ist allerdings allein mit Geld nicht meßbar. Die Gründungsväter des Deutschen Reiches haben dafür gesorgt, daß in Preußen nur derjenige eine Karriere im Staatsdienst machen konnte, der zumindest als Reserveoffizier seinem Land zudiensten stand⁹. Quittierte ein Offizier den aktiven Dienst, war es für ihn jederzeit möglich, eine Karriere als Beamter einzuschlagen. Schließlich waren alle höheren preußischen Beamten in ihrer Masse militärisch gesehen entweder Reserveoffiziere, oder die sog. Offiziere des beurlaubten Standes gewesen. Mit dieser Methode haben es die Gründungsväter des preußischen Heeres erreicht, daß das gesamte geistige Potential ihres Landes durch die Reihen des Heeres gegangen war und für die Qualität des Heeres gewirkt hatte.

¹ Das hohe Gehalt im preußischen Offizierskorps wurde theoretisch begründet von General Lorenz von Stein, vgl. **Stein, L., von**, *Die Lehre vom Heerwesen. Als Theil der Staatswissenschaften*, Stuttgart 1872.

² Zur der Lohnsituation der Offiziere in den Jahrzehnten nach der Reichsgründung vgl. **Demeter, K.**, *Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650-1945*, Frankfurt a. M. 1965, **Messerschmidt, M.**, *Die Armee im Staat und Gesellschaft*, in: **Stürmer, M. (Hrsg.)**, *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918*, Kronberg 1977, S. 89-119, *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 33f.

³ Ebd. Laut General Gleich war es vor dem Weltkrieg keine Ausnahme, wenn Offiziere zu ihren Gehältern große finanzielle Zulagen erhielten, **Gleich, G., von**, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, S. 50.

⁴ *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 33-35.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. **Black, H.**, *Die Grundzüge der Beförderungsordnungen*, in: *Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps. Anciennität und Beförderung nach Leistung*, Stuttgart 1962, **Matuschka, E., Graf von**, *Die Beförderung in der Praxis*, in: *Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps*, S. 163f., **Endres, F. C.**, *Soziologische Struktur*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft*, Bd. 58.

⁷ Ausführlich hierzu vgl. **Froelich, A.**, *Die Verwaltung des deutschen Heeres. Heerwesen und Oekonomie nach den bestehenden Gesetzen, Regelements und sonstigen offiziellen Vorschriften*, 2 Bde., Berlin 1875, *Die Offizierspensionierungen im deutschen Heere*, Stuttgart 1897.

⁸ Ebd.

⁹ **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 1., S. 130f.

Allerdings muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß der Offiziersberuf schon in den Friedenszeiten Beschränkungen bürgerlicher Freiheiten kannte, die in diesem Ausmaß kein ziviler Beruf abverlangte. Die Offiziere als Angehörige des Soldatenstandes besaßen z. B. kein Wahlrecht, weil in Deutschland wie in Rußland von dem Offizierskorps verlangt wurde, apolitisch zu sein. Gerade in Deutschland war diese Bestimmung insofern denkwürdig, als die Angehörigen der preußischen Armee seit den Militärreformen Scharnhorsts-Boyens von der Gesetzgebung als „Staatsbürger in Uniform“ angesehen und in der Akademie des Generalstabes im dritten Lehrjahr in Disziplinen wie „Staatsverwaltung“ unterrichtet wurden¹. Bis zur Erreichung der Charge des Hauptmanns unterlagen alle Offiziere im allgemeinen der „väterlicher Vormundschaft“ und hatten dadurch keine freie Verfügung über das eigene Vermögen². Darlehensverträge oder Gewerbeverträge aller Subalternoffiziere ohne Genehmigung der Vorgesetzten galten als ungültig³. Einen besonders fühlbarer rechtlicher Eingriff in die Privatsphäre des Offiziers waren Bestimmungen über den sog. „Heiratskonsens“. Jeder preußischer Offizier mußte demnach bei seiner Heirat unbedingt die Zustimmung seines militärischen Vorgesetzten einholen. Laut „Heiratskonsens“ hatte der unmittelbare Vorgesetzte des Offiziers dabei zu bestimmen, ob die beabsichtigte Heirat *„sowohl in Hinsicht der Herkunft der Braut, als ihrer Erziehung und ihres Rufes, so wie der Verbindung worin dadurch der Offizier gerathen kann (indem die Verheiratung eines Offiziers mit einem Frauenzimmer von unverhältnismäßig niedriger Herkunft, schlechter Erziehung und schlechtem Rufe nicht stattfinden darf), für anständig und zulässig, ingleichen, in Hinsicht des ökonomischen Verhaltens des Offiziers [für unbedenklich gehalten werden durfte]“*⁴. Spezifisch preußisch war diese Bestimmung ursprünglich nicht gewesen. Auch andere Armeen kannten ähnliche Gesetze, wobei jedoch in den meisten anderen Armeen der „Heiratskonsens“ nur im 19. Jh. angewandt wurde. In der preußischen Armee wurde der „Heiratskonsens“ in der Gesetzgebung nicht nur erhalten, sondern bis 1918 hinein auch rigoros befolgt⁵.

Waren die Angehörigen des preußischen Offizierskorps gegen die Zivilgerichtsbarkeit und Polizei immun, so wurde innerhalb der Militärstrukturen über die Disziplin streng gewacht. Als Offiziere und Angehörige des Soldatenstandes unterstanden sie dabei einer doppelten Gerichtsbarkeit. Für Verletzung militärischer Vorschriften, oder für Ungehorsam konnte ein Offizier vor ein Militärgericht gestellt werden. Auf diese Strafen stand laut militärischem Strafgesetzbuch Festungshaft. Wegen schweren Vergehen wie Feigheit vor dem Feinde konnte sogar die Todesstrafe verhängt werden. Die Voraussetzung hierfür war allerdings neben dem Beweis, den die Militärgerichte zu erbringen hatten, das erfolgte Ausstoßen des Offiziers aus den Reihen des Offizierskorps. Anders als die niederen Bestandteile des Heeres konnte der preußische Offizier, solange er im Besitz des Offizierspatentes war, nur vom Ehrengericht angeklagt werden⁶. Die Ehrengerichte in der modernen preußischen Armee waren im Zuge der Militärreformen Scharnhorsts und Boyens etabliert worden.

¹ *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 120f. Zum Begriff „Staatsbürger in Uniform“ vgl.

Quenstedt, O., *Wort und Brauch im deutschen Heer*, Hamburg 1976, S. 8f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 125.

⁵ Ebd.

⁶ Zur Gerichtsbarkeit des Offizierskorps und den Ehrengerichten vgl. **Schwerin, L., Graf, v.**, *Zweck, Bedeutung und Anwendung der ehrgerichtlichen Einrichtungen für die Offiziere des preußischen Heeres*, Hannover 1886, **Apel, E.**, *Die königliche Gewalt auf dem Gebiete des Ehrengerichtsverfahrens gegen preußische Offiziere*, Berlin 1906. Zu den Richtlinien der Ehrengerichtsbarkeit, vgl. **Dietz, H. (Hrsg.)**, *Die Ehrengerichtsverordnungen. Neufassung 1910*, Rastatt 1910.

Sie hatten zu ihrer Hauptaufgabe auf das Befolgen des Ehrenkodex durch die Offiziere zu wachen und bezogen ihre Legitimität aus der alten militärischen Tradition, wonach ein Offizier nur durch „Seinesgleichen“ gerichtet werden konnte¹. Trotz dieser traditionalistischen Auffassung der militärischen Strafjustiz hatten die Angehörigen des Offizierskorps eine große Scheu und Ehrfurcht, zumal die Handhabung der Ehrengerichte sehr streng waren. So konnte ein Offizier aus den Reihen der Armee ausgestoßen werden, obwohl er noch keine kriminelle Handlung begangen hatte. Es reichte bereits ein „unwürdiger Lebenswandel“ dafür, daß seine Kameraden über ihn ein Standesgericht hielten. Die Wegnahme des Offizierspatents zog dabei für den Betroffenen schwerstwiegende Folgen nach sich. Ein ehemaliger britischer Militärattache in Deutschland beschrieb diese Folgen und gibt uns zumindest teilweise den Einblick, was die verurteilten Offiziere zu erwarten hatte: *„Des Rechts die Uniform zu tragen beraubt, war er ein Verstoßener. Wo man ihn gekannt hatte, kannte ihn niemand mehr. Als Person war er [gesellschaftlich] tot. Wollte er lebenslanger Schande entgehen, so blieb ihm als einziger Weg, sich zu erschießen. Gewöhnlich tat er es“*².

Welche Ziele mit der Absonderung des Offizierskorps von der zivilen Gewalt und der Gesellschaft von den Erschaffern des modernen preußischen Heeres verfolgt wurden, sind dabei aus folgender Feststellung Ludendorffs ersichtlich: *„Der Offizier, unterstützt von den Unteroffizieren, wird in ernster Stunde zum Hüter der staatlichen Ordnung, das sollte von niemandem vergessen werden. Die Abgeschlossenheit des Offizierskorps und im engen Zusammenhang hiermit das Fernstehen des Offiziers vom politischen Leben, hatten hierin vornehmlich ihren Grund“*³. Wie ernst das Offizierskorps vor dem Krieg diese Aufgaben betrachtete, ist dabei an folgendem Beispiel ersichtlich. Da bekanntlich das Reserveoffizierspatent Voraussetzung für eine Karriere im Staatsdienst war, ist gerade dieses ein begehrtes Ziel vor dem Weltkrieg gewesen⁴. Diese Entwicklung hatte allerdings für das Heer auch durchaus negative Konsequenzen: Unter den Anwärtern des Reserveoffizierspatents waren auch zahlreiche Menschen zu finden, die niemals Aufnahme in das reguläre Offizierskorps gefunden hätten⁵. Vor allem waren es die Söhne aus den Familien der Großindustrie und Hochfinanz, die in die Armee den Geist hineintrugen, der sich an Luxus orientierte und für die Traditionen des Offizierskorps Gefahren in sich barg⁶. Dieser Entwicklung begann die Armeeführung bereits in den ersten Jahren der Existenz des Deutschen Reiches entgegenzusteuern und zwar in dem Maße, als die Militärbehörden beträchtliche Teile ihrer Arbeitszeit damit verbrachten, Bewerber auszusortieren, die für den Offiziersdienst aus ethischen Gründen für unbrauchbar befunden wurden⁷. Laut General Bernhardi stand hinter dieser Haltung der Militärbehörden die Auffassung des älteren Moltke, der seine Forderung, bei der Offizierspromotion Adelige vorzuziehen unter anderem wie folgt begründete: *„Man müsse eine Menge Bürgerlicher abweisen, teils weil sie für den Offiziersstand unbrauchbare junge Leute sind, die sich zum Militärdienst melden, weil sie in eine anderen Karriere nicht fortkommen können, teils weil sie die Gesinnung nicht mitbringen, die man in der Armee bewahren muß“*⁸. In diesem

¹ Ebd.

² Morgan, J., *Kings Counsel*, S. 97.

³ Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 22.

⁴ Hartmut, J., *Das Reserveoffizierkorps im Deutschen Kaiserreich 1890-1914. Ein sozialgeschichtlicher Beitrag zur Untersuchung der gesellschaftlichen Militarisierung im Wilhelminischen Deutschland*, Frankfurt a. M. 1981, Ritter, G., *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 1., S. 130f.

⁵ Vgl. Ebd., Gutachten Volkmanns, *Untersuchungsausschuß*, Bd. 12, S. 33-42.

⁶ Vgl. Ebd., Gleich, G., von, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, S. 48f.

⁷ Bernhardi, T. von, *Aus dem Leben Theodor von Bernhardis*, Bd. 4, S. 166f.

⁸ Ebd.

Zusammenhang muß allerdings erwähnt werden, daß die Vorsätze Moltkes, das Offizierskorps von negativen Einflüssen zu schützen, trotz aller positiven Ansätze nicht ganz zu verwirklichen gelang¹.

Im Zusammenhang mit dem Gesetz über Belagerungszustand ist bereits dargestellt worden, daß zu den Aufgaben des preußischen Offizierskorps auch beträchtliche polizeiliche und verwaltungstechnische Aufgaben gehörten. Aus diesem Grund ist es interessant, auch den Bildungsstand der Berufsoffiziere, sowie ihr politisches Bewußtsein zu erläutern. Um so mehr, als gerade das politische Auftreten des preußischen Offizierskorps in der Geschichtsschreibung vielfach stark kritisiert wird. Was den Bildungsstand der Berufsoffiziere in ihrer Masse anbelangt, so muß betont werden, daß in der preußischen Armee traditionell die allgemeine Bildung nie im Vordergrund gestanden hatte. So wird in der militärischen Geschichtsschreibung mehrmals auf die Tatsache hingewiesen, daß noch in den napoleonischen Kriegen das preußische Offizierskorps einerseits eine Reihe glänzender Militärtheoretiker hervorgebracht hatte und gleichzeitig zahlreiche Offiziere in den unteren Rängen besaß, die der Bildung gegenüber sich extrem feindlich verhielten^{2*}. Dieser Umstand ist auch aus der preußischen Militärfolklore bestens bekannt. Laut einem geflügelten Wort, das angeblich die Einstellung des Feldmarschalls Wrangel in den Einigungskriegen verkörperte: „*Führt man Krieg mit der Schwert, nicht mit das Feder*“³. Bekanntlich erhielten die preußischen Offiziere das Bildungsäquivalent der allgemeinen Schulreife bereits in den Kadettenschulen⁴. Anderes als z. B. in Rußland, wo in den Kadettenschulen die angehenden Offiziere z. T. durch Zivilisten unterrichtet wurden, bestand das Lehrpersonal der Bildungsstätten Preußens ausschließlich aus Militärs⁵. Dies ist kein zu unterschätzender Faktor in der Bildung gewesen. Schließlich waren die Kadettenschulen nichts anderes als militarisierte Hauptschulen⁶. Da die Militärbehörden der Meinung waren, daß in den Kadettenschulen die Offiziersanwärter bereits die allgemeine Reife erhalten hatten, konzentrierte man sich in der weiteren Ausbildungsstufe, in den Kriegsschulen, hauptsächlich auf die Vermittlung des militärischen Fachwissens. Obwohl aus den preußischen Kriegsschulen hervorragende Fachleute hervorgingen, waren sie - was die Allgemeinbildung betrifft - vielfach auf dem Niveau der Absolventen der Kadettenschulen geblieben⁷. Diese Freizügigkeit mit der Vermittlung der Allgemeinbildung ging so weit, daß es noch um die Jahrhundertwende unter den niederen Rängen der preußischen Armee Offiziere gab, die nicht in der Lage waren, auch nur einigermaßen fehlerfrei zu schreiben⁸. Bedenkt man die Tatsache, daß das preußische zivile Bildungssystem wohl zu den besten in Europa gehört hatte und Analphabeten unter den preußischen Soldaten im Gegensatz zu den Soldaten Englands, Frankreichs oder gar Rußlands zu den raren Ausnahmen gezählt

¹ Ritter, G., *Das Problem des Militarismus in Deutschland*, Bd. 2, S. 129f.

² Ausführlich hierzu vgl. Gleich, G., von, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, S. 41-46, Demeter, K., *Das deutsche Offizierskorps*, S. 88. Russische zeitgenössische Militärexperten erklärten diesen Umstand teilweise mit dem verhältnismäßig hohen Bildungsstand der Rekruten in Deutschland, Svečin, A., *Evoluzija vojnogo iskustva*, Moskau 1927.

³ Gleich, G., von, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, S. 44.

⁴ Zur Bildung der Offiziersanwärter in den Kadettenschulen vgl. Demeter, K., *Das deutsche Offizierskorps in Gesellschaft und Staat 1650-1945*, Frankfurt a. M. 1965, Crouzas, A., *Geschichte des Königlich-Preußischen Kadetten-Corps*, Berlin 1857, Wiese, L., von, *Kindheit. Erinnerungen aus meinen Kadettenjahren*, Hannover 1924.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd. Zu den Zuständen in der Kadettenschule von Lichtenfelde vgl. Ludendorff, E., *Mein militärischer Werdegang*, S. 3f.

⁷ Demeter, K., *Das deutsche Offizierskorps*, S. 88f., Zur Ausbildung in den Militärschulen vgl. *Quellen*, Bd. 2., S. 81-117, Friedlaender, G., *Die königliche Allgemeine Kriegsschule und das höhere Militair-Bildung 1765-1813*, Berlin 1854, Nicolai, *Geschichte der Kriegsschule in Potsdam*, Berlin 1904.

⁸ Vgl. Svečin, A., *Evoluzija vojnogo iskustva*, Moskau 1927, Gleich, G., von, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, S. 41-46f., Demeter, K., *Das deutsche Offizierskorps*, S. 88.

wurden, kann dieser Umstand zu den wohl krassesten Diskrepanzen im Kaiserlichen Heer vor dem Weltkrieg gezählt werden¹. Nach dem Absolvieren der Militärschulen verbrachte die Masse der Berufsoffiziere ihr weiteres Berufsleben mit dem eintönigen Dienst in den Kasernen und kam berufsbedingt mit der Außenwelt so gut wie gar nicht mehr in Berührung². Der Geist, welcher in den Kasernen Preußens den Alltag ausmachte, war dabei nicht viel anders als in den anderen Armeen, daß heißt er war für die Menschen mit breiten Interessen nicht fördernd. Die Offiziere der niederen Ränge faßten ihren Beruf als ein „Handwerk“ auf und pflegten alles zu verachten, was auch nur entfernt mit Weiterbildung zu tun hatte³. In den Kasinos galten politische Gespräche als geschmacklos, die Offiziere mit dem Buch in der Hand waren eine Rarität. Obwohl die Armee in Preußen als die „Schule der Nation“ aufgefaßt war, bedeutete die Arbeit mit den Mannschaften in der Praxis nur das Üben militärischer Disziplinen⁴.

Die Elite des preußischen Heeres wurde bekanntlich in der noch von Clausewitz gegründeten Kriegsakademie ausgebildet, in der sie sozusagen das Äquivalent zur Universitätsbildung erhielten⁵. Obwohl die Absolventen der preußischen Kriegsakademie, die Generalstabsoffiziere, in der damaligen Welt als die besten Fachkräfte angesehen wurden, muß man gleich betonen, daß das dreijährige Studium fast ausschließlich fachliche Ausrichtung beinhaltete⁶. Die militärischen Fächer wurden in Kriegsakademie auf einem sehr hohen Niveau unterrichtet, die Unterrichtung der nichtmilitärischen Fächer war dagegen schlecht⁷. Ein Zeugnis von Ludendorff gibt den Überblick über die Ausbildung an der Kriegsakademie: *„Der Lehrstoff auf der Kriegsakademie war vielseitig. Es wurde aber nicht in geeigneter Weise vorgetragen. Die Vorträge zum Beispiel in Geographie waren mehr als dürftig. Geschichte, neuere und neueste, bekamen wir in der üblichen Weise vorgesetzt. Auch anderes vermochte nicht zu fesseln. Wenn ich später darüber nachdachte, so war es mir geradezu erstaunlich, welche Lehrkräfte auf nicht militärischen Gebieten im allgemeinen die erste militärische Bildungsanstalt des Deutschen Reiches verfügte... Gründlich war die Ausbildung in den militärischen Hauptfächern. In Taktik hatte ich hervorragende Lehrer, so im dritten Lehrgang General Meckel, einen der Organisatoren der japanischen Armee. Er war ein Lehrer, wie er nur selten wieder angetroffen werden wird“*⁸. Verblüffend ähnlich über die Qualität der Kriegsakademie äußerten sich übrigens auch Groener und Seeckt⁹. In der Kriegsakademie wurden die künftigen Generalstäbler gemäß dem Lehrplan auch in Fächern wie Geschichte, Recht, Staatsverwaltung unterrichtet. Sie erhielten gründliche Kenntnisse in zwei Fremdsprachen (in der Regel französisch und russisch) und hatten die Gelegenheit, eine größere Auslandsreise zu unternehmen¹⁰. In der deutschen militärischen Geschichtsschreibung wird in Hinblick auf die Revolution die Ausbildung an der Kriegsakademie dennoch sehr kritisch beurteilt. Es wird demnach immer gerne darauf hingewiesen, daß im

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Laut General Gleich erstreckte sich diese Geisteshaltung auch auf die Weiterbildung in den militärischen Belangen, **Gleich, G., von**, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, S. 41-46.

⁴ Ebd.

⁵ Ausführlich hierzu vgl. **Schmidt-Reichberg, W.**, *Die Generalstäbe in Deutschland 1871-1945. Aufgaben in der Armee und Stellung im Staate*, Stuttgart 1962, **Schwerfeger, B.**, *Die großen Erzieher des deutschen Heeres. Aus der Geschichte der Kriegsakademie*, Potsdam 1936, **Scharfenort, L.**, *Die Königlich preußische Kriegsakademie, 1810-15. Oktober 1910*, Berlin 1910, *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 117f.

⁶ Der Lehrplan aller drei Jahre ist abgedruckt in: *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 120.

⁷ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 57f.

⁸ **Ludendorff, E.**, *Mein militärischer Werdegang*, S. 28.

⁹ Vgl. **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 57-61, **Rabenau, F. (Hrsg.)**, *Hans von Seeckt. Aus meinem Leben*, 2 Bde., Leipzig 1938.

¹⁰ Zum Lehrplan vgl. *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 120. Zu den Auslandsreisen vgl. **Ludendorff, E.**, *Mein militärischer Werdegang*, S. 30f.

Gegensatz zu England und Frankreich selbst die Elite des preußischen Heeres „*Ausbildung auf allgemeiner politisch-militärischer Grundlage*“ nicht bekam. Die Kriegsakademie - so der Vorwurf - erzog den Offizierstypus, dem „*das Wesen des Verfassungsstaates, die pluralistisch sich auffächernde Gesellschaft, die Probleme der Industrialisierung und Verstärkung selbst in ihrer Bedeutung für die Rolle der Armee im Staate in Rahmen der Bildungsinstitute der Armee nicht nahegebracht wurden. Daß für diesen Offizier 1918 die Welt zusammenbrach, hängt mit politischem Dornröschenschlaf auf den militärischen Schulen zumindest indirekt zusammen*“¹. Die Schuld an dieser Entwicklung liegt offensichtlich zumindest teilweise darin, daß die Zöglinge der Kriegsakademie als Angehörige desselben Heeres, ähnliche Ideologien zutage legten wie ihre Kameraden in den niederen Rängen des Offizierskorps: Sie betrachteten die apolitische Ausrichtung des kaiserlichen Heeres als größte Tugend und konzentrierten zumindest in der Epoche Schlieffens hauptsächlich auf die technische Seite des Offiziersberufs.

Trotz dieser Geisteshaltung war das preußische Offizierskorps in eine Reihe politischer Skandale verwickelt, die in Deutschland vor dem Krieg große Erregung verursacht hatten und dem Ansehen des Offizierskorps im Ausland einen immensen Schaden zugefügt hatten. An dieser Entwicklung trug allerdings nicht nur das Offizierskorps, sondern auch der deutsche Kaiser eine große Schuld. Vor allem deshalb, weil er sich mehrmals eines Staatsoberhauptes unwürdige Entgleisungen in der Öffentlichkeit geleistet hatte. Als 1901 mitten in den Wahlsiegen der Sozialdemokratie ein junger Fanatiker Namens Weiland in Bremen während der kaiserlichen Besichtigung ein Eisenstock warf und Wilhelm II. ins Gesicht traf, hielt der Kaiser einige Reden, in denen er Repressalien durch das Heer angedroht hatte. Solch eine Rede wurde am 28. März 1901 anlässlich der Übergabe der neuen Kasernen an das Kaiser-Alexander-Regiment gehalten. In der wesentlichen Passage sagte dabei der Kaiser folgendes: „*Das Kaiser-Alexander-Regiment ist in gewissem Sinne dazu berufen, als Leibgarde Tag und Nacht bereitzustehen, um, wenn nötig, Leben und Blut für den König und sein Haus aufs Spiel zu setzen. Sollte es [Berlin] jemals wieder wagen, sich gegen ihren Herrn zu erheben, dann zweifle ich nicht daran, daß das Regiment die Frechheit des Volkes gegen seinen König mit dem Bajonett unterdrücken wird*“². Solche Reden bildeten schon vor dem Weltkrieg eine steile Vorlage für die antideutsche Propaganda im Ausland und sorgten dafür, daß das deutsche Reich in vielen Ländern als Hort des Militarismus dargestellt wurde³. Aber auch in den Augen der deutschen Öffentlichkeit schädigten sie das Ansehen der Militärangehörigen aufs Schwerste⁴. Das politische Gewicht der deutschen Arbeiterschaft war zu diesem Zeitpunkt bereits zu groß gewesen, um gegen sie ohne weiteres die Armee einzusetzen. Dafür fehlte übrigens auch der gesetzliche Rahmen, da zivile Ausschreitungen laut der Gesetzgebung ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Polizei fielen. Zustände wie in Frankreich, wo Clemenceau 1907 einen Arbeiterstreik mit mehreren Todesopfern von der Armee niederschließen ließ und gleich offiziell erklärt hatte, die Regierung wird auch in der Zukunft genauso verfahren, war in Deutschland in Friedenszeiten eine Unmöglichkeit gewesen⁵. Wie die politische Frontlinie zwischen dem Offizierskorps und der öffentlichen Meinung in Deutschland vor dem Krieg tatsächlich verlief, zeigt der berühmte Skandal, welcher unter Beteiligung der Militärs 1913 im elsässischen Zabern sich

¹ Vgl. *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 121.

² Zitiert bei **Wheeler-Bennett, J.**, *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 31-32.

³ Vgl. **Gauss, Ch.**, *The German Emperor as shown in his public Utterances*, New York 1915.

⁴ Ebd., **Craig, G. A.**, *Die preußisch - deutsche Armee*, S.263-281.

⁵ Ausführlich hierzu vgl. **Tarle, J.**, *Evropa v epochu Imperializma*, S. 92f.

abgespielt hatte¹*. Trotz der Tatsache, daß es in Zabern zu keinen Todesopfern gekommen war, wurde die Angelegenheit zum Gegenstand erhitzter Debatten im Reichstag, wobei „*das Haus in eine Aufregung gegen das gesamte Offizierskorps [geriet], die in der ganzen Geschichte des Reichstags noch nie dagewesen war*“². In der Literatur zur Zabernaffäre wird betont, daß der damalige preußische Kriegsminister Falkenhayn die Maßnahmen der örtlichen Militärbehörden verteidigt hatte, und sich weigerte die Zuständigkeit des Reichstages in Militärangelegenheiten anzuerkennen. Der Sieg des „Militarismus“ in Zusammenhang mit der Zabernaffäre ist aber von einer sehr zweifelhaften Natur gewesen: Der deutsche Reichstag verabschiedete am 4. Dezember 1913 mit 293 gegen 54 Stimmen bei 4 Enthaltungen eine Resolution, in der die Vorkommnisse in Zabern aufs Schärfste verurteilt wurden³.

Wenn man von der politischen Gesinnung des preußischen Offizierskorps spricht, so muß man unbedingt betonen, daß es in seiner Masse trotz aller Vorsätze apolitisch zu sein in einer Tradition erzogen war, die der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber extreme Feindlichkeit zutage legte. Exemplarisch hierfür ist die Äußerung eines der führenden Pädagogen der königlichen Kriegsakademie General Luckners, der im Namen der höchsten militärischen Bildungsstätte, die Abneigung der Offiziere gegenüber der SPD mit folgendem Ausspruch zu begründen pflegte: „*Wenn einer ‚mir‘ und ‚mich‘ verwechselt, das hat mir noch nie nervös gemacht; aber wer ‚mein‘ und ‚dein‘ nicht unterscheidet, den mag ich nicht*“⁴. Daß dieser Ausspruch keine leere Phrase war, sondern die Geisteshaltung der absoluten Mehrheit im preußischen Offizierskorps widerspiegelte, unterstreichen die folgenden Tatsachen. Schon von den Zeitgenossen wurde bereits mehrmals darauf hingewiesen, daß in den Reihen des preußischen Offizierskorps vor dem Weltkrieg kein einziges Parteimitglied der SPD zu finden war⁵. Diese Tatsache kann in Hinblick auf die Revolution von 1918 nicht genug hervorgehoben werden. Schließlich war das Offizierskorps 1918 über Nacht gezwungen worden, nicht nur mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, sondern es geriet in die direkte Abhängigkeit von der ausschließlich aus Sozialisten beherrschten Regierung der Volksbeauftragten⁶.

Die einzige Institution vor dem Weltkrieg, in der Interessen des Heeres und der Sozialdemokratie aufeinander trafen, war bekannterweise der Reichstag. Liest man protokollarische Aufzeichnungen der Reichstagssitzungen der Vorkriegsjahre, kann man nur konstatieren, daß sie durch bemerkenswert scharf ausgetragene Debatten gekennzeichnet waren, in denen die preußischen Kriegsminister und sozialdemokratische

¹ In dieser Garnisonstadt war es zu Reibungen zwischen der Zivilbevölkerung und einigen jungen Offizieren gekommen, die von Straßenkundgebungen gegen das Militär begleitet waren. Der Oberst des in Zabern stationierten Regiments Reuter, war der Meinung, daß die Zivilbehörden seine Untergebenen nicht schützten. Deshalb ließ er kurzerhand einige Dutzend Demonstranten durch die Soldaten festnehmen und eine Nacht im Kasernekeller festhalten. Da das Militär selbst in dem der preußischen Verwaltung direkt unterstelltem „Reichsland Elsaß“ rechtlich nicht befugt war, Zivilpersonen in der Haft festzuhalten, kam es trotz der Freilassung der Gefangenen bereits am nächsten Tag zu einem handfesten politischen Skandal, der das politische Deutschland zutiefst erschüttert hatte. Nach Schilderung eines zeitgenössischen Historikers fühlten „*die Menschen sich überall in Deutschland schutzlos und rechtlos gegenüber der Willkür der militärischen Aristokratie [ausgeliefert], um so mehr, als Zabern einzige protestantische Gegend in Elsaß war und als loyal galt*“, **Rosenberg, A.**, *Entstehung der Weimarer Republik*, S.56. Zur Zabernaffäre vgl. **Ritter, G.**, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 2., S. 168f., **Kitchen, M.**, *The German Officer Corps*, S.187f., **Deist, W.**, *Militär, Staat und Gesellschaft*, S. 113f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ **Luckner, F., Graf, von**, *Aus siebzig Lebensjahren*, Biberach 1955, S. 158.

⁵ **Endres, F.**, *Reichswehr und Demokratie*, Leipzig 1919, S. 39f.

⁶ Ebd.

Abgeordnete aufeinander prallten¹. Es ist von der Geschichtsschreibung in diesem Zusammenhang festgestellt worden, daß es vor dem Krieg wohl kaum eine andere Interessengruppe in Deutschland gegeben hatte, die gleich der Armeeführung so argwöhnisch die Wahlerfolge der Sozialdemokraten verfolgte². Diese Gesinnungshaltung der Armeespitze führte zu der paradoxen Praxis, daß man im Industrieland Deutschland vor dem Weltkrieg alles daran gesetzt hatte, die Soldaten vornehmlich aus den Reihen der Bauernschaft zu rekrutieren³. Statistische Zahlen belegen dabei diese Entwicklung mehr als eindeutig: Obwohl 1911 nur 42,5% der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs in den Dörfern wohnte, stellten die Dorfbewohner nicht weniger als 64,15% der Soldaten in der Friedenszeit. Die weiteren 22,34% kamen aus Kleinstädten und nur 13,37% der Einberufenen aus Großstädten, bzw. aus den Industriegebieten⁴. Das Mißtrauen der Armeeführung gegenüber den SPD-Sympathisanten nahm auch dann nicht ab, als sich herausgestellt hatte, daß selbst die SPD-Mitglieder in der Regel ihren Dienst ordentlich taten. Selbst nach dem Krieg waren es nur wenige deutsche Heeresführer, die in ihren Erinnerungen davon abgesehen hatten, die SPD für den Zusammenbruch 1918 verantwortlich zu machen⁵. Statt dessen arbeitete der Generalstab vor dem Krieg intensiv daran, Kampfmethoden gegen die sozialistische Propaganda herauszuarbeiten. Obwohl schon Waldersee es in einer Denkschrift für wünschenswert hielt, Sozialdemokraten zu provozieren um dann mit ihnen „abzurechnen“⁶, hatte man im Generalstab von Gewaltmaßnahmen gegen die SPD doch abgesehen. Unter Schlieffen und Moltke bevorzugte man in Hinsicht auf die Sozialdemokratie eine mildere Gangart. Der Generalstab ließ einfach das Verhalten der SPD studieren und streng beobachten. Das Ergebnis dieses Studiums war dann ein Memorandum, welches kurz vor dem Weltkrieg an alle kommandierenden Generale ausgesandt wurde⁷. In diesem Memorandum wurde interessanterweise die Ansicht vertreten, daß die beste Methode, SPD-Sympathisanten zu integrieren, darin bestand, sie den besonders strengen Offizieren anzuvertrauen⁸.

Wenn man zusammenfassend über das preußische Offizierskorps sprechend Ausdrücke wie „Kaste“ doch im wesentlichen korrigieren sollte, muß man dennoch konstatieren, daß dieses Korps vor dem Kriegsausbruch extrem homogen war und in der überwältigenden Masse sich zur bestehenden Staatsform bekannte⁹. Obwohl es dem preußischen Offizier nie an Selbstbewußtsein gefehlt hatte, scheint es aber so gewesen zu sein, daß die weitsichtigeren Politiker doch große Zweifel hegten, ob es der Krone möglich sein wird, in allen Situationen blind auf die Treue des Offizierskorps zu vertrauen. Kein prophetischeres Wort in Hinblick auf die Ereignisse des 9. November ist gesagt worden als von Bismarck, der noch lange vor dem Krieg dem Kaiser gegenüber halb scherzend etwa folgendes eröffnet hatte: „*Majestät, solange sie dieses*

¹ Eine solche Debatte wird vom preußischen Kriegsminister General Karl von Einem geschildert, vgl. **Einem, K., von, Erinnerungen eines Soldaten**, S. 77-81f.

² **Deist, W., Militär, Staat und Gesellschaft**, S. 83-86.

³ Vgl. **Bernhardi, F., von, Deutschland und der nächste Krieg**, S. 243f.

⁴ Ebd., **Kitchen, M., The German Officer Corps**, S. 143-184.

⁵ Außer Groener, der für seine Sympathien der Arbeiterbewegung gegenüber bekannt war, ist in diesem Zusammenhang der Kommandeur der wichtigsten Armee in der Marneschlacht Generaloberst von Kluck zu erwähnen, **Kluck, A., von, Der Marsch auf Paris**, S. 33f. Zur entgegengesetzten Meinung vgl. **Einem, K., von, Erinnerungen eines Soldaten**, S. 77-81f.

⁶ Vgl. **Waldersee, A., Graf, von, Denkwürdigkeiten**, Bd. 2., S.389f.

⁷ Vgl. **Deist, W., Militär, Staat und Gesellschaft**, S. 86f.

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. Gutachten Volkmanns, in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 12., S. 14-30.

*Offizierskorps haben, können sie sich freilich alles erlauben; sollte das nicht mehr der Fall sein, so ist es ganz anders*¹.

In Hinblick auf die Revolution sind der innere Zusammenhalt des preußischen Heeres und vor allem das Verhältnis zwischen den Soldaten und den Offizieren von besonderem Interesse. Bedenkt man, daß die militärischen Kontingente des Deutschen Reiches vier Jahre lang im Krieg gegen alle führenden Großmächte standgehalten hatten, muß der innere Zusammenhalt doch nicht so schlecht gewesen sein, wie er desöfteren in der Geschichtsschreibung beschrieben wird. Bekannterweise standen die Wehrpflichtigen in Deutschland dem Land insgesamt 25 Jahre zur Verfügung, wobei die Dienstpflicht mit vollendetem 20. Lebensjahr begann. Der Rekrut leistete zwei Jahre aktiven Heeresdienst und stand danach weitere fünf Jahre in der sog. aktiven Reserve. Bedenkt man, daß gerade diese Altersgruppen die Hauptverluste im 1. Weltkrieg erlitten haben, so rücken die Heeresreformen von Boyen und Scharnhorst in ein ganz anderes Licht, wie übrigens auch alle andere Massenheere Europas². Weitere 12 Jahre war er der Landwehr zugewiesen und die letzten 6 Jahre zählte er zum Landsturm. Nach Ablauf der 25 Jahre hatte der Rekrut seinem Land die Schuldigkeit getan und konnte gesetzlich gesehen nicht mehr einberufen werden³. Wie bereits erwähnt, war der Soldat des preußischen Heeres vor dem Weltkrieg in der Regel entweder ein Bauernsohn oder Sohn eines Handwerkers irgendeiner Kleinstadt. Trotz hoher prozentueller Beteiligung des Bauerntums war sein Bildungsstand vor und während des Weltkrieges hoch. Nach den amtlichen Statistiken waren in der Armee Preußens aus 100 Rekruten nur ca. 2 als Analphabeten aufgelistet worden, was auf bedeutend bessere Verhältnisse hinweist, als in den Armeen Englands oder Frankreichs. Dort gab es bekannterweise selbst in den Einheiten ohne Kolonialtruppen im 1. Weltkrieg 6%, bzw. 12% Analphabeten⁴. Im schlagenden Unterschied zu Rußland hatte der preußische Soldat im zivilen Leben in einem funktionierenden rechtlichen System gelebt, das bereits alle Komponenten eines modernen Rechtsstaates aufwies. Dies gilt auch für die Rekruten aus der Bauernschaft, obwohl es in Preußen bis 1918 gesetzliche Bestimmungen gab, die gerade arme Bauern in ihrer bürgerlicher Freiheit beträchtlich einschränkten^{5*}. Wenn man die Heere Deutschlands und Rußlands im großen und ganzen betrachtet, so gab es auch andere grundlegende Unterschiede, die auf den Verlauf der Revolutionen einen entscheidenden Einfluß nehmen sollten. So war das Deutsche Heer und selbst das preußische Kontingent in seiner Zusammensetzung national betrachtet einheitlich. Es gab zwar gerade im Soldatenstand Vertreter der nationalen Minderheiten, sie bildeten aber nie eine nennenswerte gesonderte Gruppe. Die Rekruten polnischer Nationalität dienten in der Regel auf die verschiedenen Einheiten des preußischen Kontingents verteilt, die anderen nationalen Minderheiten waren rein zahlenmäßig zu unbedeutend, um sie gesondert zu betrachten. Die absolute Mehrheit der Soldaten war nicht nur deutscher Nationalität, sondern verfügte über ein ausgeprägtes Nationalgefühl. Der 1.

¹ **Bismarck, O., von**, *Die gesammelten Werke*, Bd. 9., S. 489.

² Zu den Militärreformen Boyens-Scharnhorsts vgl. **Messerschmidt, M., in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte**, Bd. 2., S. 59-108, **Craig, G. A.**, *Die preußisch - deutsche Armee*, S. 65-96f.

³ Vgl. **Bergh, M., van der**, *Das deutsche Heer vor dem Weltkriege. Eine Darstellung und Würdigung*, Berlin 1934, **Collenberg, R., von**, *Die deutsche Armee von 1871 bis 1914*, in: **Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv**, Berlin 1922, Heft 4.

⁴ Ebd., **Paulsen, F.**, *Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung*, Berlin 1909.

⁵ Die erst am 12.11.1918 außer Kraft gesetzten sog. „Gesindeordnungen“ und die sog. „Ausnahmegesetze“ gegen die Landarbeiter. Die im 19. Jh. erlassene „Gesindeordnungen“ ermöglichten den Großgrundbesitzern, ihr bäuerliches Personal an die Güter zu binden. Die „Ausnahmegesetze“ ermöglichten es den Großgrundbesitzern, Bedingungen der Arbeitsverträge den Landarbeitern vorzuschreiben, **Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.)**, *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 3., S. 11-12.

Weltkrieg bildete gerade in dieser Hinsicht einen Meilenstein, denn trotz der Niederlage war es dem ausgeprägtem Nationalgefühl der breiten Masse der Bevölkerung zu verdanken, daß das Deutschland als Einheitsstaat erhalten blieb.

Die materielle Lage der Soldaten war in der preußischen Armee im großen und ganzen gewährleistet. So standen einem Infanteristen für 1. Jahr der Dienstzeit 3 Uniformgarnituren, 1 Paar Stiefel und Unterwäsche zu¹. Das ist bedeutend mehr als in den Armeen Rußlands und Frankreichs. Die Versorgung mit den Lebensmitteln, in der Psychologie des Soldaten eines der wichtigsten Verpflegungselemente, war dagegen etwas dürftig, obwohl ebenfalls ausreichend. Trotz aller Verbesserungen vor dem Krieg, standen einem Soldaten pro Tag 180 g Fleisch und 40 g Fett zu, was bedeutend weniger war als in den Armeen des Gegners. Der französische Soldat hatte Anspruch auf 320 g Fleisch pro Tag, der russische auf 310 g und der Britte sogar auf 360 g.² In dieser Hinsicht muß aber betont werden, daß während des Weltkrieges diese Rationen eingehalten werden konnten. Somit gehörten die Soldaten zu den Wenigen, die sich bis 1918 zumindest halbwegs gut ernährt hatten³. Das soziale Wesen war hingegen für die Soldaten Preußens vorbildlich und kannte keine Analogien in den anderen Heereswesen. Bei Invalidität erhielten Soldaten und Unteroffiziere eine Jahresrente zwischen 540 und 900 Reichsmark und hatten Anspruch auf alle sozialen Leistungen⁴. Was die Entlohnung angeht, so war sie in der preußischen Armee zwar größer als in den anderen Armeen mit allgemeiner Dienstpflicht, sie bewegte sich aber mit einem Monatssold von 9 Mark doch auf einem sehr niedrigen Niveau⁵. Dieser Umstand sollte später im Weltkrieg bei den Soldaten für große Erbitterung sorgen. Aus unerklärlichen Gründen wurde im preußischen Kriegsministerium verfügt, daß ein Landssturmmann in der Heimat ein vielfach höheres Gehalt erhielt, als der Soldat, der an der Front jeden Tag sein Leben riskieren mußte⁶.

Rechtlich gesehen gehörte der Rekrut der Armee Preußens während seiner aktiven Dienstdauer zu demselben Stand, wie sein Offizier: Zum Soldatentum⁷. Die zivile Gerichtsbarkeit war für ihn für die Dauer des aktiven Dienstes ausgesetzt⁸. Er oblag der militärischen Gerichtsbarkeit, was für ihn den Verlust vieler im zivilen Leben gekannter Rechte bedeutete. Genauso wie sein Offizier mußte er z. B. Bestimmungen des Heiratskonsenses erfüllen, verlor das Wahlrecht und mußte sich bedingungslos unterordnen⁹. Diese Einschränkungen sollen allerdings für die Soldaten nicht besonders schmerzlich gewesen sein. Sie erstreckten sich nur über zwei Jahre seiner Dienstzeit und nicht auf das gesamte Berufsleben, wie etwa bei den Offizieren. Andere rechtliche Eigentümlichkeiten des militärischen Lebens müssen von der Masse der preußischen Soldaten aber durchaus schmerzlich empfunden worden sein. Obwohl in allen Armeen der Welt Soldaten der disziplinarischen Gerichtsbarkeit seines direkten Vorgesetzten ausgeliefert sind, hatte diese Abhängigkeit gerade

¹ Ludendorff, E., *Mein militärischer Werdegang*, S.49.

² Ausführlich hierzu vgl. *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 182-188.

³ Vgl. Gutachten Volkmanns, *Untersuchungsausschuß*, 4. Reihe, Bd. 12., S. 86f.

⁴ *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte* Bd. 3., S. 103f.

⁵ Erheblich höher war die monatliche Besoldung der Soldaten in Großbritannien (30 Mark) und in den USA (63 Mark). Aber in diesen Ländern gab es um die Jahrhundertwenden noch keine allgemeine Wehrpflicht und keine teuren Massenarmeen, vgl. Ebd.

⁶ Dieser Umstand wird immer wieder von den Heeresleitung hervorgehoben, allerdings wurde bis 1918 nichts unternommen, um in dieser Hinsicht für Gerechtigkeit zu sorgen, vgl. Ludendorff, E., *Meine Kriegserinnerungen*, S. 258-264.

⁷ Ausführlich zur rechtlichen Lage der Soldaten, vgl. *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 123-202.

⁸ Zum Verhältnis zwischen militärischer und ziviler Rechtsordnung vgl. Kosselleck, R., *Preußen zwischen Reform und Revolution*, Stuttgart 1967.

⁹ Ausführlich zum Heiratskonsens vgl. Ebd., Messerschmidt, M., *Die preußische Armee*, München 1976.

in der preußischen Armee viele Mängel. An erster Stelle muß hier der Zustand genannt werden, daß in der Armee Preußens die Offiziere rechtlich von den Soldaten nicht nur streng abgegrenzt waren, sondern auch eine bevorzugte Behandlung genossen¹. Die zeitgenössischen Quellen stimmen überein, daß in keiner europäischen Armee die Abgrenzung zwischen Soldaten und Offizieren größer war als in der preußischen. Diese Abgrenzung war bereits äußerlich mehr als betont. So genügte in der preußischen Armee das bloße Salutieren beim Anblick eines Vorgesetzten nicht: Der Soldat mußte seine Ehrenbezeugung mit dem Strammstehen aufbringen. Die preußische Militärstatuten hatten auch andere psychologisch nur sehr schlecht geeignete Bestimmungen: So wurde von den Soldaten gefordert, auf der Straße immer auf der Sonnenseite zu gehen und beim Entgegenkommen eines Offiziers den Bürgersteig zu verlassen. In einer Straßenbahn durfte der Soldat nur dann einen Sitzplatz einnehmen, wenn alle andere Passagiere bereits saßen, etc.². Obwohl diese Maßnahmen eigentlich dazu existierten, den Rekruten Soldatengeist anzuerziehen, sind sie in ähnlicher Form nur in der Armee des Zaren praktiziert worden³. In den Heeren westeuropäischer Staaten waren solche Bestimmungen als Relikte früherer Epochen bereits abgeschafft worden. Während der Revolution spielten sie indes keine geringe Rolle bei der Aufwiegelung der Mannschaften gegen die Offiziere. Auch eine andere Tatsache sollte im Weltkrieg bei den Soldaten für große Verbitterung sorgen. Die Verpflegung der Offiziere war bedeutend besser als die der Soldaten und selbst die Offiziere der niederen Ränge legten besonderen Wert darauf, eine separate Küche zu haben. Wie eifrig die Offiziere um die Erhaltung dieses Privilegs bemüht waren ist unter anderem aus einem Schreiben von Kurt Schleicher an Ludendorff ersichtlich, der noch 1918 im Namen des Generalstabes die gemeinsamen Küchen kategorisch abgelehnt hatte⁴. Noch deutlicher trat die Abgrenzung der Soldaten von den Offizieren durch das Militärrecht zutage.

Obwohl den Soldaten als den „Staatsbürgern in Uniform“ in der Theorie eine ehrenhafte Behandlung zustand, entsprach die alltägliche Praxis diesen Vorsätzen nicht immer. Im Militärgesetzstrafbuch wurde zwar gesetzlich festgehalten, daß beide militärischen Stände der militärischen Gerichtsbarkeit unterworfen waren, jedoch galten bei der Beurteilung der Tat ganz unterschiedliche Kriterien. Die Offiziere waren im großen Bereich der Vergehen der Kompetenz der Ehrengerichte untergestellt, die Soldaten unterstanden der Kompetenz der Militärgerichte. Während der Offizier nur standesgemäß belangt werden konnte, waren die Soldaten einer doppelten Gerichtsbarkeit untergeordnet: Durch ihre Vorgesetzten sowie durch die Militärjustiz. Dies war der Punkt, der bei den gemeinen Soldaten für Verwirrung sorgte, denn im zivilen Leben war bereits die Gleichheit aller ungeachtet ihrer Position vor dem Gesetz verankert gewesen. Auch ein anderer Umstand wirkte auf die Soldaten irritierend, denn in der Armee waren gesetzliche Disziplinarstrafen vorgesehen, die im zivilen Leben längst der Vergangenheit angehörten. Obwohl die körperliche Strafen in der Theorie schon im Zuge der Reformen Boyens-Scharnhorsts abgeschafft wurden (in Bayern übrigens erst 1848⁵), sind sie paradoxerweise in der Praxis bis 1918 erhalten geblieben. Das 1872 verabschiedete und bis zum Zusammenbruch 1918 gültige Militärstrafgesetzbuch ließ körperliche Strafen in abgemilderter Form hinter juristischen Formeln versteckt

¹Vgl. Ebd., Volkmanns Gutachten in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 12., S. 14f. und 22f. **Gleich, G., von**, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, S.57f.

² **Gleich, G., von**, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, S. 32-34.

³ **Wildman, A., K.**, *The End of the Russian imperial Army*, S. 35-43f.

⁴ **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 12., S. 66.

⁵ **Wiedner, H.**, *Soldatenmißhandlungen im wilhelminischen Kaiserreich 1890-1914*, in: *Archiv für die Sozialgeschichte*, Bd. 22, Düsseldorf 1982, S. 162-165f.

fortexistieren¹. So konnte ein Soldat für unehrenhaftes Benehmen in die sog. 2. Kategorie des Soldatenstandes versetzt und für jedes weitere Vergehen körperlich bestraft werden². Die Strafe wurde in der Regel von einem Unteroffizier unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollzogen. Ein in der 2. Kategorie sich befindender Rekrut konnte von seinem Kompaniekommandeur schon wegen Exerzier- und Dienstfehler körperlich bestraft werden, allerdings waren in der militärischen Gesetzgebung als Höchstmaß nicht mehr als 40 Stockhiebe zulässig³. Die Versetzung in die 2. Kategorie konnte aber nur auf Gerichtsbeschluß erfolgen. Im Besserungsfall mußte sie wieder rückgängig gemacht werden. Dennoch diente diese Bestimmung dazu, daß das militärische Strafgesetzbuch Preußens von 1872 in der Geschichtsschreibung zu „einem der reaktionärsten in Europa“ gezählt wurde⁴. Auch die anderen Paragraphen des militärischen Strafgesetzbuches hinterlassen Platz für Mutmaßungen, so daß viele Disziplinarstrafen aus Liebe zur Tradition beibehalten wurden, obwohl sie keinesfalls dem Geist der Moderne entsprachen. So konnte der Soldat für bestimmte Vergehen angebunden werden. Obwohl das militärische Strafgesetzbuch ausdrücklich die Forderung stellte, daß dabei keine physische Schäden entstehen durften, handelte es sich laut zeitgenössischen Quellen nicht nur um die gefürchtetste Strafe, sondern auch um die Strafe, nach deren Verhängung der Soldat sich desöfteren das Leben nahm⁵. Erst im Weltkrieg wurde das Anbinden der Soldaten ausdrücklich verboten⁶. Interessant zu erwähnen ist die Tatsache, daß die III. OHL in Person Hindenburgs und Ludendorffs mehrmals das Kriegsministerium aufforderte, das Anbinden wieder zuzulassen und daß dies nur in Hinblick auf die öffentliche Meinung unterblieben war⁷. Die Disziplinarstrafen verdeutlichen den Unterschied zwischen den Soldaten und den Offizieren insofern, als Deutschland die Offiziere für die Disziplinarvergehen höchstens mit einem Hausarrest bestraft werden konnten. Die Soldaten waren hingegen gleich drei Arrestformen ausgesetzt, die nicht auf Gerichtbeschluß, sondern auf Befehl des Kommandeurs verhängt werden konnten. Schon der mittlere Arrest war dabei mit Einschränkungen der persönlichen Rechte verbunden, die im zivilen Leben keinem Staatsbürger hatten zustoßen können. Ein Kompaniechef konnte nach seinem Ermessen verfügen, „*Arrest bei Einsamkeit bei Wasser und Brot, mit Entziehung der gewohnten Bedürfnisse des Arrestanten, z. B. Genuß des Tabaks und mit Verlust des Soldes während der Arrestzeit [zu verhängen]*“⁸. Die dritte Form des Arrests war in Deutschland härter, als die vergleichbare Arreststufe in Rußland: „*Schwere Disziplinarvergehen werden mit strengem Arrest oder Arrest des dritten Grades bestraft, nämlich durch Arrest unter den nächst vorliegenden Bestimmungen, aber noch über dies mit Entziehung des Tageslichts und der Beheizung in einem fest verschlossenen Zimmer, ohne Lagerstätte, und wo der Fußboden des Arrestortes dargestalt mit Latten benagelt ist, daß sich der Bestrafte nicht dazwischen ohne Unbequemlichkeit niederlegen kann. Sobald dieser Arrest über drei Tage dauert, so erhält der Arrestant am vierten Tage den Genuß warmen Essens, des Tageslichts und einer Lagerstätte, und so wird bei längerem*

¹ Vgl. **Fleck, E., Keller, E., Militärstrafgesetzbuch für das Deutsche Reich**, 2 Bde., Berlin 1880, **Elsner von Gronov, K., Sohl, G. (Hrsg.), Militärstrafrecht für Heer und Marine des Deutschen Reiches. Handbuch für Kommando- und Gerichtsstellen, für Offiziere und Juristen**, Berlin 1906. Vgl. *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 153-182.

² Ebd., *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S.156f., S. 163.

³ Ebd.

⁴ Ebd. Zur zeitgenössischen Kritik vgl. **Wiedner, H., Soldatenmißhandlungen**, S. 162-165f., **Quidde, L., Der Militarismus im heutigen Deutschen Reich**, S. 84f.

⁵ **Stein, H., von, Erlebnisse und Betrachtungen**, Leipzig 1919, S. 117f.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. das Schreiben Hindenburgs an Kriegsminister von Stein vom 16. August 1918, **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 12., S. 395f.

⁸ MStGB zitiert bei *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 145f.

*Arrest immer fortgefahren*¹. Welche körperliche Anstrengung von solchen Arresten z. B. im Winter hervorgerufen wurden, zeigt die Tatsache, daß eine Woche strengen Arrests im militärischen Recht einem Monat Arrests 1. Grades gleich kam².

Auch sonst benachteiligte die militärische Gesetzgebung den Soldaten ganz erheblich. Schon der rechtliche Weg zur Einreichung der Beschwerde war für den Soldaten eine große Hürde. Beim Befinden der Unrechtmäßigkeit dieser Beschwerde durch die Vorgesetzten war es im Bereich des juristisch Möglichen, den Überbringer der Beschwerde disziplinarisch zu bestrafen³. Die Übergabe der Beschwerde vor versammelter Mannschaft in Kriegszeiten konnte nach dem geltenden Kriegsrecht sogar mit dem Tode bestraft werden⁴. Die Verhängung von Todesstrafe war übrigens für ein breites Spektrum von militärischen Verbrechen vorgesehen. Unter anderem war die Todesstrafe wie in den anderen Armeen für Delikte wie Plünderung, Raub, Vergewaltigung mit Körperverletzung, Totschlag, unerlaubte Entfernung von der Wache, Flucht vor dem Feind, Überlaufen, Landesverrat und Entlaufenlassen eines verhafteten Landesverrätters vorgesehen. Allerdings war es in der preußischen Armee im Kriege theoretisch möglich, den Delinquenten mit dem Tode für Vergehen wie tätliche Widersetzung bei der Festnahme, Bedrohen des Vorgesetzten mit dem Gewehr und selbst für „*Steuerung eines Unfugs*“ zu bestrafen⁵.

Von der zeitgenössischen SPD, wie auch später in der Geschichtsschreibung wurde es der preußischen Armee desöfteren vorgeworfen, Soldatenmißhandlungen zugelassen zu haben. So wird immer wieder angeführt, daß die Selbstmordrate unter den Soldaten vor dem Weltkrieg 14 Mal höher war als in der Zivilbevölkerung Preußens⁶. Laut offiziellen Statistiken schieden in den Jahren vor dem Weltkrieg durchschnittlich 200 Menschen freiwillig aus dem Leben⁷. Es war durchaus ein bedenklicher Zustand. Insbesondere wenn man bedenkt, daß in der Bundesarmee Württembergs in den Jahren 1897-1911 nur 18 Selbstmorde registriert wurden⁸. Teilweise war diese erschreckend hohe Selbstmordrate auf die Soldatenmißhandlungen zurückzuführen, die selbst nach den Zeugnissen solcher militärischer Autoritäten wie der Generäle Ludendorff und von Einem trotz aller Gegenmaßnahmen der Militärbehörden aus der der Armee nie verbannt werden konnten⁹. Es handelte sich im Übrigen nicht um Mißhandlungen der Soldaten durch Offiziere, sondern um Mißhandlungen, die Soldaten einander zugefügt hatten. Obwohl die Armeeführung in den letzten Vorkriegsjahren nachweislich sehr viel Mühe aufgebracht hatte, diese Mißstände einzuschränken, ist es ihr insofern nicht gelungen, als bis 1918 keine effektive Gesetzgebung geschaffen werden konnte, um die Soldaten vor Übergriffen durch ihre Kameraden wirksam zu schützen. Besonders verheerend wirkte sich der Umstand aus, daß nach den Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches von 1872 nur Mißhandlungen durch Vorgesetzte geahndet werden konnten.

¹ Ebd.

² *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 160.

³ Ausführlich zum Beschwerderecht, vgl. **Messerschmidt, M.**, *Werden und Prägung des preußischen Offizierskorps*, in: *Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte*, Bd. 6., Stuttgart 1964, *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S.138-139.

⁴ *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, Bd. 2., S. 156.

⁵ Vgl. Ebd., **Fleck, E., Keller, E.**, *Militärstrafgesetzbuch für das Deutsche Reich*, 2 Bde., Berlin 1880, **Elsner von Gronov, K., Sohl, G.(Hrsg.)**, *Militärstrafrecht für Heer und Marine des Deutschen Reiches. Handbuch für Kommando- und Gerichtsstellen, für Offiziere und Juristen*, Berlin 1906.

⁶ **Fricke, D.**, *Militarismus und Klerus*, in: *Zeitschrift für die Geschichtswissenschaft*, Heft 6., 1960, S. 1378-1395.

⁷ **Kitchen, M.**, *The German Officer Corps*, S. 182-185.

⁸ Vgl. Ebd., **Heeresarchiv Stuttgart**, *Denkschriften Sammlung*, Bd. 452, S. 347f.

⁹ **Einem, K., von**, *Erinnerungen eines Soldaten*, S. 70f., **Ludendorff, E.**, *Mein militärischer Werdegang*, S. 6f., **Schlözer, L., von**, *Generalfeldmarschall Freiherr von Loe*, Berlin 1914, S. 184.

Mißhandlungen durch andere Soldaten, insofern sie keine Vorgesetzte waren, konnten auch in der Theorie nicht gesetzlich verfolgt werden¹.

Trotz allem muß konstatiert werden, daß in der preußischen Armee das Verhältnis zwischen den Soldaten und den Offizieren durchaus einen gesunden Charakter aufzuweisen hatte. Vor dem Weltkrieg war es für die 20jährigen Soldaten psychologisch insofern nicht schwer, sich ihren Offizieren unterzuordnen, weil die kommandierenden Offiziere einerseits mehr als zehn Jahre älter waren, andererseits, weil das reguläre Offizierskorps sehr penibel darauf bedacht war, sozialgerecht zu handeln. Selbst in den ersten Kriegsjahren, als die Jahrgänge bis 30-jähriger dazu gestoßen waren und der Altersunterschied zu den Offizieren der jüngeren Ränge nivelliert wurde, konnte der Berufsoffizier seine Autorität ohne Probleme aufrechterhalten. Dies, obwohl mit Kriegsausbruch 29 230 Offiziere der Reserve hinzustießen, die fachlich und moralisch dem regulären Berufsoffizier ohne Zweifel nicht ebenbürtig waren². Laut zeitgenössischer Quellen war die Situation diesbezüglich selbst 1915 noch vortrefflich ungeachtet höher Verluste, die das Offizierskorps in unteren Rängen zu diesem Zeitpunkt bereits erlitten hatte. Als die Großoffensive von 1915 im Osten zum Stillstand kam, waren 17% der aktiven Offiziere und 9% der Offiziere des Beurlaubtenstandes bereits tot³. Auch die Verluste in den niederen Mannschaftsrängen waren vergleichbar gewesen. Dennoch war die Moral gerade während der ersten Phase des Weltkrieges noch so gut, daß die Militärbehörden keine Veranlassungen sahen einzuschreiten, selbst wenn die örtlichen Kommandeure straffällige Soldaten in Schutz nahmen. Die Soldaten beider großer Offensiven 1914-1915 bildeten noch den perfekten Militärkader. Sie gehörten überwiegend den jüngeren Jahrgängen an, hatten im zivilen Leben noch keine feste Stellung gehabt, trugen keine persönliche Verantwortung und waren in der Regel nicht einmal verheiratet. Viele von ihnen hatten vor der Einberufung noch bei den Eltern gewohnt. Deshalb fügten sie sich leicht in das hierarchische Gefüge des Militärorganismus und waren folgsam. Laut Statistik waren in allen Kontingenten Deutschlands noch 1915 kriegsgerichtliche Verfahren eine Seltenheit. Die meisten endeten dabei mit der Verhängung recht milder Urteile⁴.

Größere Probleme traten auf erst 1916, als in Deutschland genauso wie in Rußland zu diesem Zeitpunkt das Heer einen zunehmend milizartigen Charakter annahm. Laut einem zeitgenössischen Militärhistoriker hatte das Offizierskorps von den Verlusten des Bewegungskrieges sich „nie mehr erholt“⁵. Durch die Verwandlung des Heeres in ein Milizheer hatte sich auch die soziale Struktur des preußischen Kontingents von Grund auf geändert. Seit 1916 mußten zunehmend Männer älterer Jahrgänge einberufen werden, die im Zivilleben bereits selbständige Stellungen innehatten: Viele von ihnen trugen bereits berufliche Verantwortung, waren verheiratet und, was noch bedenklicher war, sie waren bereits an ein freies und unabhängiges Leben gewohnt. Für diese 35-40jährigen Menschen war es psychologisch viel schwieriger, sich im militärischen Sinne unterzuordnen. Abgesehen davon galt ihre Sorge größtenteils der Familie zuhause. In dieser Situation begingen die deutschen Militärbehörden einen großen organisatorischen und psychologischen Fehler und zwar, weil sie darauf bestanden hatten, Offiziersergänzung gemäß Bildungsprinzip zu betreiben⁶. Die Situation mit der Offiziersergänzung war in Deutschland deshalb im großen und ganzen genauso, wie es im Zusammenhang mit

¹ Wiedner, H., *Soldatenmißhandlungen*, S. 163.

² Vgl. Gutachten Volkmanns, in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 12., S. 34.

³ Ausführlich hierzu vgl. **Akten des Militärkabinetts**, *Statistische Übersichten*, Bd. 3.

⁴ Vgl. Gutachten Volkmanns, in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 12, S. 59f.

⁵ Vgl. Gutachten Volkmanns, in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 12, S. 33f.

⁶ Ebd., **Gleich, G., von**, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, S. 38f.

der russischen Armee bereits geschildert wurde. Rein äußerlich gesehen unterschied sich die Situation dadurch, daß in Deutschland der Zugang zur Berufsoffiziersstellung trotz aller Auflockerungen ziemlich konservativ gehandhabt wurde. Obwohl die Militärschulen die Offiziersanwärter im beschleunigten Verfahren ausbildeten, betrug die Zahl der aktiven Offiziere während des Krieges nur knapp 50 000 Mann¹. Es ist eine erstaunliche Zahl, bedenkt man, daß im gleichen Zeitraum ca. 13 Mio. Menschen als Soldaten an der Front oder in der Heimat gedient hatten². Die gesamte Offiziersnot wurde durch die Reserveoffiziere gedeckt, die während des Krieges auf die phantastische Zahl von 226 130 angestiegen war³. Dieses Heer von Reserveoffizieren ergänzte sich aus den breiten Schichten der sozial gehobenen Bevölkerung, wobei die adelige Offiziere schon im zweiten Kriegsjahr aus den niederen Rängen verdrängt und durch das Bürgertum ersetzt wurden. Laut einer gut unterrichteten Quelle hat schätzungsweise mindestens jeder fünfte Mann aus dem gehobenen Bürgertum im Krieg als Offizier Dienst gedient⁴. Anstatt bewährte Männer aus den Unteroffizierskreisen mit der Führung der Mannschaften zu betrauen, ernannte man Personen zum Offizier, die außer den Zeugnissen der allgemeinen Schulreife über keinerlei Voraussetzungen verfügten. Obwohl laut zeitgenössischer Quellen die Reserveoffiziere sich im großen und ganzen doch gut bewährt hatten, verursachte dieses Verfahren doch erhebliche Mißverhältnisse. Das wichtigste davon war, daß Reserveoffiziere an die Stelle der gefallenen Berufsoffiziere traten, die über nur sehr wenig praktische Erfahrung verfügten. In der Regel gehörten die frischgebackenen Reserveoffiziere den jüngeren Altersgruppen an und waren erst zwischen 18 und 25 Jahre alt. Viele davon waren im Zivilleben junge Berufsanfänger der humanitären, praxisfernen Berufe gewesen. Obwohl in Deutschland der Gegensatz breiter Volksschichten zur Bildungsschicht bei weitem nicht so ausgeprägt war wie in Rußland, konnten zahlreiche Reserveoffiziere schon ihres Alters wegen nicht über bedingungslose Akzeptanz verfügen. Die Berufsoffiziere hielten sie auf Distanz. Die Mannschaften waren auch nicht ohne weiteres bereit, ihnen die Autorität der echten Berufsoffiziere zu zollen. Bedauerlicherweise waren auch die Reserveoffiziere an dieser Entwicklung nicht ohne Schuld gewesen. Einige von ihnen versuchten die fehlende Autorität dadurch zu erzwingen, daß sie auf die formelle Einhaltung strenger preußischer militärischer Normen durch die Mannschaften bestanden. Insbesondere die jungen Volksschullehrer sollen laut zeitgenössischer Quellen sich zu einer Plage für die Mannschaften entwickelt haben, wobei die Lockerung der Aufnahmekriterien im Weltkrieg vielerorts zu Zuständen führten, die vor dem Krieg undenkbar gewesen waren. So traten während des Krieges zunehmend Erscheinungen zutage, als die Offiziere hier und dort an den Mißhandlungen der Soldaten beteiligt waren oder des unwürdigen Verhaltens überführt wurden. Im Rahmen der Untersuchungskommission ist vom Reichstagsabgeordneten Franz zur Sprache gebracht worden, daß viele aus Kriegsnot aufgenommene Offiziere durch ihr Verhalten die traditionelle Autorität der Offizierskorps untergruben. Franz, der als Kriegsfreiwilliger an der Front mitgekämpft hatte und daher die Zustände im Heer bestens kannte, führte dabei folgendes Beispiel an, das in der Vorkriegsarmee einem Offizier Festungshaft eingebracht hätte, das aber im Weltkrieg ohne Folgen geblieben war: *„Bei großer Erschöpfung der Truppe wird ein [älterer] Unteroffizier von einem Leutnant - übrigens einem Volksschullehrer - mit einem Knüttel über die Rücken und Arme verprügelt. Der Unteroffizier bat daraufhin seine Kameraden weinerlich, den Vorfall geheimzuhalten, weil sonst der junge Reserveoffizier*

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

seine Versetzung auf Horchposten verfügen wird“¹. Fairerweise muß konstatiert werden, daß trotz vielfacher Vertuschung die Militärbehörden alles Erdenkliche geleistet hatten, um die Mißstände gerade dieser Kategorie zu ahnden. Wie aus dem Rundschreiben Hindenburgs von 18. September 1916 ersichtlich ist, waren die Militärbehörden über den Amtsmißbrauch im Heer durchaus im Bilde: „*Wie mir das Kriegsministerium mitteilt, häufen sich in letzter Zeit in der Heimat die mündlich und schriftlich vorgebrachten Klagen über das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Mannschaften beim Feldheere. Es handelt sich dabei sowohl um ausgesprochene Mißhandlungen und unvorschriftsmäßige Behandlung körperlicher Art, als vor allem auch um Beleidigungen durch Schimpfwörter roher und entehrender Art... Die Armee-Oberkommandos und Armee-Abteilungen bitte ich, in ihrem Befehlsbereich auf die[] Mißstände hinzuwirken*“². Die Militärbehörden gingen dabei so weit, daß sie bereit waren, die Gerichtsbarkeit für die Offiziere zu verschärfen. Laut Akten des Kaiserlichen Militärkabinetts wurden nur während des Jahres 1916 601 kriegsgerichtliche und 284 ehrengerichtliche Verfahren gegen Offiziere geführt. Es handelte sich hiermit um die Zahl, welche das preußische Offizierskorps in allen Kriegen früherer Epochen nicht zustande gebracht hatte³. Die Statistik aus den Jahren 1917 und 1918 ergibt, daß die Gerichtsbarkeit zu den Vergehen der Offiziere die angestrebte Strenge beibehielt. Es soll diesbezüglich allerdings nicht bestritten werden, daß die Reserveoffiziere in ihrer Masse aus ehrlichen, pflichtbewußten Menschen zusammengesetzt waren. 35 493 von ihnen sind im Weltkrieg gefallen und zwar während der Erfüllung ihrer Pflicht⁴. Es ist aber auch offensichtlich, daß der ideelle, durch den Tod Tausender Berufsoffiziere zugefügte Schaden in Deutschland genauso unersetzbar war, wie in Rußland. In den Revolutionen beider Länder sollte dieser Umstand keine geringe Rolle spielen⁵.

Auch eine andere Tatsache muß unbedingt erwähnt werden, möchte man die Zustände im preußischen Kontingent unmittelbar vor dem Ausbruch der Novemberrevolution gebührend würdigen. Obwohl in der Literatur in bezug auf die preußische Armee häufig der Vorwurf der übermäßigen Strenge mit Untergebenen begegnet wird, muß konstatiert werden, daß diese Beschuldigungen keinesfalls der tatsächlichen Lage entsprachen⁶. Bereits ein bloßer Vergleich der Zahlen der zum Tode verurteilten Militärangehörigen während des Krieges macht deutlich, daß die Organe der militärischen Gerichtsbarkeit geneigt waren, Paragraphen des MStGB mildernd auszulegen. Nach den Strafprozeßlisten aller Militärkontingente des Deutschen Reiches geht hervor, daß während des gesamten Weltkrieges insgesamt nur ca. 150 Todesstrafen verhängt und nur 48 Todesstrafen vollstreckt wurden⁷. Diese Zahlen sind aufschlußreich für die Handhabung der Disziplin, wie auch für die Moral des Heeres während des Weltkrieges. Laut Angaben des englischen Parlaments wurden in diesem zahlenmäßig wesentlich kleineren Heer im Weltkrieg 304 262 Kriegsgerichtsverhandlungen abgehalten

¹ Vgl. Sitzung des 4. Untersuchungsausschusses der Weimarer Republik vom 10.07.1923.

² Der Text des Befehls ist abgedruckt in **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 11, S.17-19.

³ Kriegsgerichtliche Verfahren gegen die Offiziere wurden für 1917 mit 614 und für 1918 mit 684 angegeben. Die ehrengerichtliche Verfahren waren dabei für 1917 mit 293 und für 1918 mit 372 beziffert, vgl. **Volkman, E., O., Soziale Heeresmißstände**, in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 11, S. 59-60f.

⁴ Ausführlich hierzu vgl. **Altrock, C., von, Vom Sterben des deutschen Offizierskorps**, Berlin 1921.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. **Gothein, G., Warum verloren wir den Krieg**, Stuttgart 1919, S. 230, **Hamilton, J., The Soul und Body of an Army**, London 1921, 6. Kap.

⁷ Zu den genauen Zahlen vgl. **Volkman, E., O., Soziale Heeresmißstände**, in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 11, S. 63f.

in deren Verlauf 3080 Todesurteile gefällt wurden¹. Über die Handhabung der Disziplin in Frankreich gibt indessen die Untersuchung Réaus einen lehrreichen Aufschluß, die bis heute als wohl die beste zu diesem Thema gilt. Es werden hier Fälle dokumentarisch belegt, wo Soldaten (aber auch Offiziere) durch den Eingriff höherer Vorgesetzter in das militärische Gerichtsverfahren einfach, „um ein Exempel zu statuieren“, zum Tode verurteilt wurden². Es wird in dieser Untersuchung ferner ein Fall angeführt, wo die Vollstreckung des Todesurteils beschleunigt wurde, um eine mögliche Begnadigung zu verhindern, sowie ein Fall, als drei Soldaten ohne kriegsgerichtliches Verfahren einfach per Los gewählt und erschossen wurden, nur weil die betreffende Kompanie bei einem Angriff versagt hatte³. In dieser Untersuchung ist ferner auch ein Fall dokumentarisch belegt, als ein Soldat zum Tode dafür verurteilt wurde, daß er sich geweigert hatte, von einem Kammerunteroffizier eine alte blutige Hose statt einer neuen anzunehmen⁴. Als typisches Beispiel für die Handhabung der Militärstrafjustiz gibt der Autor einen Fall an, bei dem 27 Armeeangehörige wegen „Gehorsamsverweigerung“ angeklagt wurden. Die Gerichtsuntersuchung wurde in diesem (allerdings eindeutigen Fall) ohne Voruntersuchung in zwei Stunden durchgeführt, wobei 9 Todesurteile gefällt und unmittelbar darauf vollstreckt wurden⁵.

Ganz anders als im 2. Weltkrieg haben die kaiserlichen Militärbeamten im 1. Weltkrieg den gesetzlichen Rahmen mehrmals gelockert und betrieben somit eine Politik, die der Militärpolitik des Zarenreichs nicht unähnlich war⁶. Es sind dabei im Kriege folgende Milderungen des militärischen Strafgesetzbuches durchgeführt worden: Am 25. April 1917 wurde ein Gesetz verabschiedet, welches die Herabsetzung der Mindeststrafen im MStGB verkündete. Am 15. Juli 1918 wurde ein weiteres Gesetz verabschiedet, welches die barbarischen Bestimmungen zum strengen Arrestgrad aufhob und die Inhaftierung zu Bedingungen des mittleren Arrests für zulässig erklärte. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch das am 21. März 1917 erlassene Verbot, Soldaten für disziplinarische Vergehen anzubinden, sowie zahlreiche Rundschreiben der OHL die Offiziere ermahnten, Soldaten schonend zu behandeln⁷. Diese Praxis hat Ludendorff nach dem Krieg als fehlerhaft beschrieben und erklärt, daß die Straferleichterungen während des Weltkrieges ein eindeutiges Mißkalkül gewesen war⁸. So war in den Bestimmungen des MStGB bis zum Zusammenbruch verankert, daß die Deserteure, sobald sie nicht zum Feind überliefen nicht mit der Todesstrafe zu bestrafen waren. Je nach der Art ihres Vergehens drohte einem flüchtigen Soldaten nur die Festnahme und sofortige Rückführung in die Einheit. Haftstrafen waren für Deserteure zwar im MStGB vorgesehen, die Militärbehörden nahmen in der Praxis davon Abstand. In der Regel mußten sie selbst im Fall einer Verurteilung „Strafaussetzungen“ oder „Strafunterbrechungen“ beantragen. Sie waren der Ansicht, daß jeder weitere Tag in Haft dem Deserteur nur nützlich sei, weil dieser durch eine Inhaftierung sich weiter vor dem Frontdienst drücken kann⁹. Die Auswirkungen einer solchen Praxis auf die Mannschaften waren verhängnisvoll, denn weniger gewissenhafte

¹ Ausführlich hierzu **The War Office (Hrsg.)**, *Statistics*, London 1922, Bd. 13. Obwohl diese Statistik in Zeitraum 1914-1920 erstreckte, sind dabei folgende Angaben von besonderer Interesse: Verurteilungen: 89,04%, Freisprüche: 7,94%, Aufgehoben: 1,66% und „Nicht bestätigt“: 1,36%.

² Réau, R. G., *Les crimes des conseils de guerre*, Paris 1925, S. 53, 72, 127, 169f., 211f. und 230.

³ Réau, R. G., *Les crimes des conseils de guerre*, S. 14f. und 185f.

⁴ Réau, R. G., *Les crimes des conseils de guerre*, S. 146.

⁵ Réau, R. G., *Les crimes des conseils de guerre*, S. 256f.

⁶ Vgl. Stein, H., von, *Erlebnisse und Betrachtungen*, S. 117f.

⁷ Vgl. Ebd., Gutachten Volkmanns, in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 12, S. 62-63.

⁸ Vgl. Hobohm, M., *Soziale Mißstände als Teilursache des deutschen Zusammenbruchs von 1918*, S. 88.

⁹ Zu den ähnlichen Ansichten der russischen Militärs vgl. Denikin, A., *Očerki russkoj smuty*, Bd. 1. S. 289f.

Mannschaftsteile bevorzugten Arrest jeglicher Art der Todesgefahr an der forderdsten Frontlinie. Sobald die ersten Niederlagen 1918 erfolgten, stellten Militärbehörden erstaunt fest, daß gewisse Soldaten vor den Offensiven mehrmals absichtlich ins Hinterland geflohen waren. Schlimmstenfalls hatten sie dabei nur kurze Arreststrafen verbüßt. Im Jahre 1918 sah sich die OHL zu einer Reihe scharfer Erlasse genötigt und forderte in der zweiten Jahreshälfte 1918 eine strengere Auslegung der Bestimmungen des MStGB. In schweren Fällen wurde den Offizieren gestattet, die Waffe gegen ungehorsame Soldaten zu gebrauchen. Aber alle diese Maßnahmen waren insofern verspätet, als im Spätsommer 1918 die Etappe des Westheeres bereits von Deserteuren überflutet war. Der damalige Kriegsminister General von Stein hatte zwar die Meinung vertreten, daß „*je länger der Krieg dauert, desto strenger die Manneszucht gehandhabt werden muß*“¹. 1918 hatten weder er noch Ludendorff es aber für möglich gehalten, wirklich strenge Strafen für die flüchtigen Soldaten einzuführen. Am Vorabend des militärischen Zusammenbruchs war die Situation insofern noch schlimmer geworden, als in der Heimat ein Demokratisierungsprozeß eingeleitet wurde, dem auch das Heer sich nicht verschließen konnte. Letztendlich war die oben geschilderte Handhabung der Bestimmungen des MStGB wenn nicht die einzige Ursache, so doch dafür mitverantwortlich, daß beim Ausbruch der Matrosenmeuterei in Kiel in der Etappe des kämpfenden Heeres eine unhaltbare Situation sich etabliert hatte.

Kap. 14. Zusammenbruch des Heeres im Dezember 1918. Weihnachtskrise

Wurde die erfolgreiche Rückführung des Westheeres in die Heimat vom Generalstab als Erfolg bewertet, so traten schon Mitte Dezember ernste Anzeichen auf, die auf eine mögliche Katastrophe hindeuteten. Zuerst war das Frontheer sogleich nach dem Betreten des heimatlichen Bodens der revolutionären Propaganda ausgesetzt, die im Übrigen weit weniger erfolgreich war, als es immer wieder angenommen wird. Der im Grabenkrieg verwilderte Soldat wurde bereits in den westdeutschen Städten mit den Folgen des revolutionären Umsturzes konfrontiert. Die Zeugnisse der kommandierenden Generäle stimmen aber darin überein, daß die Masse des eigentlichen Frontheeres immer noch den Befehlen ihrer unmittelbaren Kommandeure folgte². Die Frontkämpfer waren den heimatlichen Räten gegenüber eher feindselig eingestellt. Die Mitglieder der Soldatengremien setzten sich ja hauptsächlich aus Reservesoldaten des Heimatheeres zusammen und waren in seinen Augen suspekt. Der Einfluß radikaler Elemente aus der Zivilbevölkerung war aus ähnlichen Gründen gering, wobei in diesem Zusammenhang der wichtigste Unterschied deutscher Verhältnisse zu den unmittelbaren Folgen der Februarrevolution unbedingt erwähnt werden muß. Wie bereits geschildert, folgte der Februarrevolution ein sofortiger und kompletter Stillstand des wirtschaftlichen Lebens mit allen unangenehmen Folgeerscheinungen für die Zivilbevölkerung. In Deutschland hingegen erfolgte ein vergleichbarer Zusammenbruch jedoch nicht. Trotz der Revolution arbeiteten die Betriebe des Landes weiter, ohne daß die Belegschaften sich daran gemacht hätten die Eigentümer zu enteignen. Selbst die Gehälter im öffentlichen

¹ Vgl. Gutachten von Hobohm in: **Untersuchungsausschuß**, 4. Reihe, Bd. 12, S. 88.

² Ausführlich hierzu vgl. **Loßberg, F., von**, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg 1914-1918*, Berlin 1939, **Gallwitz, M., von**, *Erleben im Westen 1916-1918*, Berlin 1932, **Einem, K., von**, *Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg*, S. 470f., **Bauer, M.**, *Der große Krieg*, S. 273f.

Dienst wurden weiter bezahlt und zwar regelmäßig¹. Dies wurde von den heimkehrenden Truppen selbstverständlich registriert und wirkte beruhigend. Schließlich war die Mehrheit der Frontsoldaten verheiratete Männer, die sich an erster Stelle Sorgen um die Familienangehörigen machten. Andererseits war es in den westdeutschen Grenzstädten zu Exzessen gekommen, in deren Verlauf einzelne Gruppen der Frontsoldaten, auf brutalste Art Mitglieder der örtlichen Räte mißhandelt hatten². Diese Übergriffe wurden von kommandierenden Generälen bekämpft, so daß im allgemeinen Gewaltausbrüche beendet werden konnten, bevor es zu ernsthaftem Blutvergießen kommen konnte. Allerdings gab es bei diesen Ausschreitungen bereits erste Tote und Verletzte. Neben den Toten aus der Demonstration auf der Chausseestraße in Berlin waren es die ersten Opfer des beginnenden Bürgerkrieges in Deutschland.

Eine wesentlich größere Gefahr für die OHL stellte aber eine andere Entwicklung innerhalb des Westheeres dar. Sobald die Soldaten deutschen Boden erreichten, entwickelten sie laut Groener einen so einen starken „Drang nach Hause“, daß ihre Kommandeure nur mit letzter Kraft das Auseinanderlaufen verhindern konnten³. Obwohl der Kern guter militärischer Einheiten immer noch intakt blieb, konnte nicht vermieden werden, daß in einigen Einheiten die Frontsoldaten einfach ihre Demobilmachung erst gar nicht abwarteten. Die Situation gestaltete sich dabei etwa wie folgt: Sobald eine militärische Einheit ihr Heimatgarnison nicht erreicht hatte, war sie im allgemeinen ihren Offizieren hörig. Sobald aber die Soldaten mit ihrer Einheit in die Heimat zurückkehrten, verlangten sie unverzüglich „so schnell wie möglich entlassen zu werden“⁴. In dieser Situation ist die OHL gezwungen worden zu reagieren. Ankündigungen in den Truppenbefehlen von der bevorstehenden Demobilisierung alleine reichten nicht mehr aus, um die Gemüter der Soldaten zu beruhigen. Man erwartete bei der Truppe vielmehr einen Demobilisierungsbefehl, in dem die Fristen fest umschrieben wären. Statt dessen aber versuchte Groener, die Spannung aus der Truppe zu nehmen, indem die OHL die Entlassung einzelner Mannschaften verfügte. Zuerst ließ man Soldaten ausscheiden, die aus den grenznahen Gebieten kamen, sofern ihre Einheiten die Heimatgebiete passieren mußten. Dann wurde verfügt aus Elsaß-Lothringen stammende Personen, sowie die Rheinlandpfälzer zu entlassen. Danach erging der Befehl, bestimmte Berufsgruppen, vor allem Bergleute, Eisenbahner und die Angestellten des Verpflegungswesens beschleunigt den zivilen Berufen zuzufügen⁵. In dieser Situation machte die OHL den verhängnisvollen Fehler zu erlauben, daß die Mannschaften nicht regimentweise, sondern jahrgangweise entlassen wurden, wobei die ältesten Soldaten zuerst an die Reihe kommen sollten⁶. Der erfahrene Frontoffizier und spätere Kriegsminister Oberst Reinhard hebt in diesem Zusammenhang hervor, daß die Maßnahme nicht nur der Initiative der OHL entsprang, sondern auch, daß sie auf der eklatanten psychologischen Fehleinschätzung fußte: *„Das Offizierskorps [war] sofort den jungen... durch die Revolution verdorbenen Jahrgängen gegenüber gestellt und machtlos, während der alte, gediente und vaterländisch denkende Soldat, der allein dem Lande nützen konnte... in die Heimat entlassen wurde“*⁷.

¹ Ausführlich hierzu vgl. **Troeltsch, E.**, *Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/1922*, Tübingen 1924, S. 1ff.

² Eine typische Schilderung, **Einem, K., von**, *Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg*, S. 470f. Ausführlich hierzu vgl. **Drabkin, J.S.**, *Die Novemberrevolution*, S. 321f.

³ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 472f.

⁴ Ebd.

⁵ **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1., S. 80f.

⁶ Ebd.

⁷ **Reinhard, W.**, *Die Wehen der Republik*, S. 37f.

Diese Entscheidung der OHL war aber insbesondere insofern unbegreiflich, weil in der ersten Dezemberwoche Groener bereits eingeplant hatte, zehn aus älteren Jahrgängen bestehende Divisionen in Berlin zu stationieren, um mit ihrer Hilfe die Situation dort zu stabilisieren. Genauso wie während der sog. Kornilovrevolte war die Konzentration der Fronttruppen vor der Hauptstadt von der OHL mit der Regierung der Volksbeauftragten abgesprochen, und genauso wie in Rußland sollten zuverlässige Truppen ausschließlich dazu dienen, eine stabile Machtbasis der Regierung gegen radikale Elemente zu bilden¹ *. Offiziell wurden diese als erprobt geltenden Divisionen dem Oberkommando des erfahrenen Generals Lequis unterstellt. Inoffiziell war die entscheidende Figur sein Stabschef Major Harbou, der in der Armee als Groeners intimer Vertrauensmann bekannt war². Der Generalstab war dabei besonders bedacht, die Fehler Kornilovs nicht zu wiederholen und vollzog die Konzentration der Truppen in aller Öffentlichkeit, wobei die herangezogenen Divisionen (ca. 150 000 Mann) einige Tage in den Vororten Berlins lagen und auf die offizielle Erlaubnis zum Einmarsch warteten³.

Am 8. Dezember erhielt Ebert einen Brief von Hindenburg, in dem der Generalfeldmarschall auseinandersetzte, welche Erwartungen die Armee an die Regierung der Volksbeauftragten knüpfte⁴. Dieser Brief ist insofern eines der wichtigsten zeitgenössischen Zeugnisse der Novemberrevolution, weil hier einerseits die politischen Vorstellungen des Offizierskorps zusammengefaßt sind, andererseits weil er wie kein anderer die Einstellung des alten Offizierskorps zu den neuen Machthabern widerspiegelt. Im Übrigen entbehrte diese Kundgebung Hindenburgs jeder Rhetorik, die gerade im Verhältnis Kornilovs zu der provisorischen Regierung eine so große Rolle gespielt hatte. Die Forderungen der OHL an die Regierung der Volksbeauftragten lauteten wie folgt: 1. Einberufung der Nationalversammlung zum schnellstmöglichen Termin; 2. Entmachtung der Arbeiter- und Soldatenräte. Ausübung der Regierungsgeschäfte ausschließlich durch die Regierungsorgane. Die Arbeitervetreter sollten dabei herangezogen werden, sie sollten nur eine beratende Funktion haben; 3. Effektive Organisierung des Schutzes der Regierung durch die Polizei und das Heer, damit die Extremisten nicht ihren Willen dem gesamten Land diktieren konnten; und 4. Entschiedener Kampf der Regierung gegen alle mögliche Separatistenbewegungen mit dem Ziel, die Einheit Deutschlands zu erhalten. Bezeichnend waren dabei auch der Beginn und das Ende des Briefes, zumal diese Passagen auf eine Person abgestimmt waren und im Namen des Offizierskorps eine loyale Zusammenarbeit in Aussicht stellten: *„Sehr geehrter Herr Ebert! Wenn ich mich in nachstehenden Zeilen an Sie wende, so tue ich dies, weil mir berichtet wird, daß auch sie als treuer deutscher Mann Ihr Vaterland über alles lieben unter Hintanstellung persönlicher Meinungen und Wünsche, wie auch ich es habe tun müssen, um der Not des Vaterlandes gerecht zu werden... In ihre Hände ist das Schicksal des deutschen Volkes gelegt. Von ihrem Entschluß wird es abhängen, ob das Deutsche Reich noch einmal zu neuem Aufschwung gelangen wird. Ich bin bereit, und mit mir das ganze Heer, Sie herbei rückhaltlos zu unterstützen.*

¹ **Kriegsgerichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918-1920*, Berlin 1940, S. 30f. Laut mancher Quellen war aber die Meinung der Volksbeauftragten zum Einmarsch der Fronttruppen in die Hauptstadt gespalten. Während Ebert und Scheidemann die Hilfe der Fronttruppen begrüßten, forderte der Volksbeauftragte Barth nur diejenigen Einheiten den Einmarsch zu erlauben, die auch vor dem Krieg in Berlin stationiert waren, vgl. **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, S. 84f.

² **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 473.

³ **Thaer, A. von**, *Generalstabsdienst*, S. 273 und 280f.

⁴ Der volle Text des Briefes ist abgedruckt bei **Voltz, H. (Hrsg.)**, *Novemberumsturz und Versailles 1918-1919*, Berlin 1940, Bd. 1., S. 402-407.

Wir alle wissen, daß mit diesem bedauerlichen Ausgang des Krieges der Neuaufbau des Reiches nur auf neuen Grundlagen und mit neuen Formen erfolgen kann“¹.

Laut Groeners Aussagen im Dolchstoßprozeß hatte Ebert und auch die beiden anderen sozialdemokratischen Volksbeauftragten diese Bekräftigung der Unterstützung durch den Feldmarschall begrüßt, obwohl einige Formulierungen darin geradezu herablassend formuliert waren². Sie traten für die Erteilung der Einmarscherlaubnis für das Kommando Lequis ein und haben sich der Forderung USPD widersetzt, die Truppen vor ihrem Einzug in Berlin zu entwaffnen. Allerdings muß betont werden, daß weder Ebert noch andere sozialdemokratische Volksbeauftragte bereit waren, der Fronttruppe in Berlin die Erlaubnis zu erteilen, aktive polizeiliche Aktionen zu unternehmen³. Eberts Position war vor allem durch das Bestreben definiert, Blutvergießen zu vermeiden. Die Bevölkerung der Hauptstadt mußte zwar entwaffnet werden, diese Entwaffnung mußte aber nicht durch das Kommando Lequis, sondern durch den Stab von Otto Wels in Angriff genommen werden⁴. Auf dieser Basis sollte dann eine ernsthafte Vertrauenskrise zwischen Ebert und den Militärs entstehen. Zusätzlich für Verstimmung sorgte die Tatsache, daß der Generalstab im Zusammenhang mit dem Truppeneinmarsch ein radikales Programm ausarbeiten ließ, welches in der geladenen Atmosphäre der Hauptstadt zu ernsthaftem Blutvergießen führen mußte: *„10.Dezember: Einzug der Gardekavalleriedivision. Besetzung der Hauptgebäude, Anschläge der Begrüßungsproklamation der Regierung... 11. Dezember: Einzug der Jägerdivision in Berlin, der 1. Gardedivision in Potsdam... Bekanntmachung: Wer ohne Waffenschein noch Waffen in Besitz hat, wird erschossen; wer Kriegsmaterial einschließlich Kraftwagen behält, wird standrechtlich abgeurteilt. Deserteure und Matrosen haben innerhalb von 10 Tagen beim nächsten Ersatztruppenteil oder Bezirkskommando zu melden. Wer sich unberechtigt eine Beamteneigenschaft zulegt, wird erschossen. Durchsuchung unsicherer Stadtteile... 13.Dezember: Einzug der 5. Gardedivision. Erlaß: Die Autorität der Offiziere gilt wieder im vollem Umfang... Alle Ersatztruppen werden sofort aufgelöst... Ab 15. Dezember: Einzug der 3. Gardedivision... Besitzergreifung der Kasernen. allmählicher Abtransport der nicht in Berlin garnisonierten Truppen; Übernahme der Sicherheit Berlins durch die Nationalgarde“⁵. Aber nicht nur das eigentliche Aktionsprogramm der OHL war befremdlich, sondern auch Art und Weise, wie es zustande gekommen war. Der Aktionsplan, welcher wegen seiner Brisanz erst 1940 veröffentlicht wurde, entstammte der Zusammenarbeit von Groeners Vertrauensoffizieren Harbou und Schleicher mit Oberst von Haeften, wobei Groener offiziell seine Mitarbeit geheimhielt⁶. Ob die Operation Aussicht auf Erfolg hatte, ist umstritten: Die vor Berlin liegenden Truppen hatten zwar bis zum 10. Dezember Disziplin bewahrt, die Offiziere berichteten aber, daß die Mehrheit der Soldaten unbedingt bis Weihnachten demobilisiert werden wollte. Wenn die Dinge diesbezüglich noch nicht entschieden waren, so war die Tatsache, daß die Operation Schleichers und Harbous starke verschwörerische Elemente beinhaltete letztendlich entscheidend. Weder Soldaten noch Offiziere wurden von tatsächlichen Plänen auch nur andeutungsweise unterrichtet und die*

¹ Ebd.

² Ausführlich hierzu vgl. **Herzfeld, H.**, *Die deutsche Sozialdemokratie*, S. 385f.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Der volle Text des Aktionsplanes bei **Kriegsgerichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, S. 28.

⁶ Haefdens Bericht ist unter dem Titel *„Der Versuch zu einer Gegenrevolution November/Dezember 1918“* im **Bundesarchiv Koblenz**, Nachlaß Haeften erhalten geblieben; Harbous Stellungnahme ist unter dem Titel *„Bericht des Majors Harbou über die Tätigkeit des Generalkommandos Lequis“* erhalten und befindet sich im **Bundesarchiv Koblenz**, Nachlaß Schleicher.

Vermutung liegt nahe, daß man ihnen versprochen hatte, in Berlin zu demobilisieren¹. Den verschwörerischen Charakter der Operation unterstreicht auch die folgende Tatsache: Kriegsminister Scheüch hielt laut Haeften den „Plan zwar für sehr aussichtsreich, [bat] jedoch aus politischen Gründen... unbeteiligt zu bleiben“². Da aber dem Kriegsminister laut Gesetz der Befehl über die Truppen in der Heimat oblag, wurde damit dem Unternehmen jede gesetzliche Berechtigung entzogen³. Auch Groener hatte sich geweigert, das Unternehmen anzuführen. Der Kommandeur der einrückenden Truppe General Lequis war demnach alleine auf sich gestellt, was für den Ausgang des Unternehmens keine geringe Rolle spielen sollte⁴.

Der Truppeneinzug nach Berlin erfolgte programmgemäß am 11. Dezember, genau ein Monat nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes und dauerte mehrere Tage. Der erste Einmarschtag wurde als eine Feier organisiert⁵: Die Truppen zogen an den Zuschauern vorbei, nicht gerade in Paradeformation, aber doch in guter feldmarschmäßiger Ordnung und mit scharfer Munition. Der Einzug vollzog sich friedlich. Es gab keine ernsthaften Störfälle seitens der radikal eingestellten Bevölkerung, aber auch keine Übergriffe der Soldaten, selbst in den Fällen, wo die vorbeimarschierenden Truppen aus der Menge feindselig angepöbelt wurden. Andererseits war auch das Verhalten des bürgerlichen Elements von Berlin eher verhalten. Selbst „Unter den Linden“ hielt sich die Begeisterung in Grenzen. Eine wesentliche Rolle für das reservierte Verhalten des Publikums soll auch das Wetter gespielt haben, denn der 11. Dezember war ein „trüber und kalter Dezembertag“⁶. Laut dem Berichterstatter von „Le Temps“ Gentizon, „[liefen] Unter den Linden fliegende Händler herum und verkauften Zeitungen und revolutionäre Abzeichen“⁷. Vor dem Brandenburger Tor fand die Hauptveranstaltung statt. Auf der abgehaltenen Parade dort wurden die Truppen von den Volksbeauftragten empfangen und begrüßt. Eine historische Berühmtheit erlangte die Rede Eberts. Man muß dabei betonen, daß diese Rede keinesfalls zu den glücklichen Auftritten des künftigen Präsidenten der Weimarer Republik gezählt werden kann. Es lag weniger an der viel zitierten Passage, als Ebert an die Mannschaften Wörter „*Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel! Kein Feind hat euch überwunden*“ richtete und die Heeresleitung damit indirekt von der Mitverantwortung an der Niederlage entband⁸. Trotz vieler schöner Phrasen war diese Rede doch zusammenhanglos und widersprüchlich. Die Rede richtete dann auch großen Schaden an, und das nicht ohne Grund: Schließlich war sie von Groeners außenpolitischem Berater Major Kurt Schleicher vorformuliert, wobei Ebert aus parteipolitischen Gründen einige Standpunkte der SPD einzubinden versucht hatte. Deshalb erhielt die Rede neben dem aufrichtigen Appell zur Zusammenarbeit und zum Aufbau Phrasen, wie „*Kameraden, willkommen in der deutschen Republik... Ihr findet unser Land nicht mehr so vor, wie Ihr es verlassen habt. Die alte Herrschaft, die wie ein Fluch auf unseren Taten lag, hat das deutsche Volk abgeschüttet... Niemand hat schwerer als Ihr unter der Ungerechtigkeit des alten Regimes gelitten, an Euch haben wir gedacht, als wir das*

¹ Haeften hatte später als Hauptgrund des Scheiterns den „Verrat eines Oberstleutnants aus dem Stabe Lequis“ angegeben, vgl. „Der Versuch zu einer Gegenrevolution November/Dezember 1918“, **Nachlaß Haeften**.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Obwohl weder die OHL, noch das Kriegsministerium die Verantwortung tragen wollten, wurde Lequis Befehl erteilt, falls die Regierung der Volksbeauftragten einen Rückzieher machen würde, ihre Anweisungen zu ignorieren und auf eigene Faust zu handeln, **Thaer, A., von, Generalstabdienst**, S. 273, **Wheeler-Bennett, J., Die deutsche Armee in der Innenpolitik**, S. 52, Fn. 1. Zu den Gründen, warum die OHL nicht selbst die Leitung der Operation übernehmen wollte, vgl. **Volkman, E., O., Revolution über Deutschland**, S. 127-130.

⁵ Zur Vorbereitung des Truppenempfangs vgl. Sitzungsprotokoll der Kommission für Truppenempfang vom 5. Dezember, **DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei**, Nr. 2510, Bl. 118f.

⁶ **Volkman, E., O., Revolution über Deutschland**, S. 131.

⁷ Ausführlich über die Stimmung des Einzuges vgl. **Gentizon, La Révolution allemande**, S. 124f.

⁸ Der volle Text der Rede Eberts bei **Berthold, L., Neef, H., Militarismus**, S. 286-288.

*verhängnisvolle System aufräumten*¹. Laut einem aufmerksamen ausländischen Beobachter, der diese Rede mitverfolgt hatte, hinterließ sie bei den Soldaten keinen günstigen Eindruck, sondern sorgte vielmehr für Verwirrung^{2*}. Diese Verwirrung sollte um so mehr gesteigert werden, als ihre Offiziere beim Einmarsch von schlimmsten Auswüchsen in Berlin berichtet hatten. Was sie jedoch in Berlin gesehen hatten, deckte sich nicht im Entferntesten mit den erhaltenen Informationen. Die Soldaten mußten zu ihrem Erstaunen gleich noch die Rede des Volksbeauftragten Haase anhören, der sich „*an dem Gedanken der Menschenverbrüderung begeisterte*“³. Selbst einige Redner des Arbeiter- und Soldatenrates kamen zum Zuge mit der Aufklärung, „*der Soldat sei jetzt nicht mehr der Sklave des Militarismus*“⁴.

Der Plan der Wiederherstellung der Ordnung in Berlin war deshalb noch während der Parade vor dem Brandenburger Tor tot und kam nicht zur Ausführung⁵. Jahrelang erfuhr auch niemand, daß er je bestanden hatte. Geschehen war einfach dies: Die Truppe hatte sofort nach Eberts Begrüßungsansprache begonnen, sich aufzulösen - spontan, disziplinwidrig, aber wirksam⁶. Was Groener und seine Mitarbeiter nicht bedacht hatten, war die Seelenverfassung der Mannschaften und der Umstand, daß die herangezogenen Regimenter viele Soldaten in ihren Reihen hatten, die in Berlin oder Umgebung zuhause waren. Ihre Entfernung und gleichwertiger Ersatz war vor der Operation aufgrund mehrerer Gründe rein technisch nicht möglich gewesen. Da viele von ihnen bereits beim Einmarsch von ihren Familienangehörigen in Empfang genommen wurden, war es nur logisch, daß am Abend des Einmarschtages, als die Truppen in ihre Quartiere einrückten, sie bereits nicht mehr vollzählig waren⁷. Zwar mißhandelten Soldaten des 1. Garderegiments noch am Abend des ersten Einmarschtages in Potsdam einige Aktivisten des Soldatenrates des dort stationierten Ersatzbataillons, als diese bei ihnen vorstellig wurden, um zu fraternisieren, dennoch waren auch sie nicht zu halten⁸. Am nächsten Tag waren die Frontruppen noch weniger geworden. In Groeners Worten: „*Die Truppe entwickelte einen derartigen Drang nach Hause, daß mit diesen zehn Divisionen absolut nichts anzufangen war und daß das ganze Programm der Säuberung Berlins von bolschewistischen Elementen, der Waffenabgabe usw. überhaupt nicht ausgeführt werden konnte*“⁹. Der Zersetzungsprozeß der Frontruppen ging in Berlin und Umgebung so rasant vor sich her, daß während der Weihnachtskrise vierzehn Tage später von 150 000 Mann nur noch ca. 800 übrig geblieben waren¹⁰.

¹ Ebd.

² Laut einem französischen Zeitungskorrespondent „[hört] die Soldaten nicht auf diesen Zivilisten, der ihnen Zeugnis ihre Heldenmutes ausstellte, nach dem sie gar nicht verlangt hatten. Warum war er mit ihnen nicht an der Front gewesen? Dort hätte er selbst erfahren können, was ein Schlachtfeld bedeutet“, **Gentizon**, *La Révolution allemande*, S. 124f.

³ **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 132-133.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. **Haefen, H., von**, *Versuch einer Gegenrevolution November/Dezember 1918*, in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/1., S. 316-319. Zum Scheitern des Unternehmens vgl. **Kriegsgerichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, S.27f., **Thaer, A., von**, *Generalstabsdienst*, S. 280f., **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 127f., **Sauer, W.**, *Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über die Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht*, Diss. Phil., Berlin 1957, S. 136f.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Zitiert bei **Berthold, L., Neef, H.**, *Militarismus*, S. 437-438. Vgl. **Herzfeld, H.**, *Die deutsche Sozialdemokratie*, S. 383-389f.

¹⁰ **Oerzen, F.**, *Die deutschen Freikorps*, S. 248.

Was war schuld an diesem Mißgriff des Generalstabes? Die Kenner der Materie gehen davon aus, daß es zunächst Unkenntnis der menschlichen Psychologie, vor allem der Psychologie der Soldaten war¹. Diese Wirklichkeitsfremdheit entsprang der Tatsache, daß die Generalstäbler den ganzen Krieg weit von den Mannschaften entfernt gearbeitet hatten. In den Augen eines Generalstäblers waren der Soldat und selbst sein Kompaniechef nur Rädchen in der Militärhierarchie, für die das Denken Offiziere mit weinroten Hosenstreifen zu übernehmen hatten. Obwohl der typische Generalstäbler selbst nichts anderes als ein anonymer Schreibtischoffizier gewesen ist, war er gewöhnt zu befehlen und auf der Stelle Gehorsam zu finden. Überreden, überzeugen, die Gemüter für sich zu gewinnen, war nicht die Sache eines ehemaligen kaiserlichen Generalstäblers genausowenig wie die eines Generals des Zaren². Doch selbst wenn der Generalstäbler die Fähigkeit besessen hätte, die Geister für sich zu einzunehmen, hätte er davon mit Sicherheit Abstand genommen. Genauso wie in Rußland galt die Überzeugungsarbeit in der preußischen Militäretik als Verneinung der eigenen Autorität und deshalb als unannehmbar. Eine fundamentale Schwäche der Offiziere der OHL lag ferner in der Überzeugung, daß sich die Regel der Strategie einfach auf die Staatsführung übertragen ließ. Laut dieser Mentalität kam es nur darauf an, den Feind zu überrumpeln, seine Berechnungen zunichte zu machen und nach der Erstürmung seiner Stellungen seinen Widerstandswillen zu brechen³. Auch Lenin verfolgte eine ähnliche Politik, jedoch waren die Offiziere des Generalstabes dem wendigen und flexiblen Revolutionsführer hoffnungslos unterlegen. Die Konsequenzen dieser Mentalität waren hastige Handlungen, die im Verlauf der Novemberrevolution mehrmals beinahe katastrophale Folgen nach sich zogen. Mehr als einmal gefährdeten die energischen Generalstäbler ihre eigene Sache durch unerklärliche Überstürzung. Dagegen haben die Erfahrungen der Novemberrevolution gezeigt, daß die OHL jedes Mal dann, wenn sie ihre Aktionen abwog und Geduld aufbrachte, beachtliche Erfolge erzielte. Doch die Naturen, die es abzuwarten verstanden, waren im preußischen Generalstab selbst nach Aussagen einiger Offiziere selten⁴. Durch die stark ausgeprägte Vorliebe für vollendete Tatsachen, die gleichzeitig die Stärke aber auch die Schwäche des preußischen Generalstabes ausmachte, setzte die OHL ihr im Prinzip richtiges Vorhaben wieder aufs Spiel⁵. Die Operation der Stationierung der Frontruppen in Berlin wurde durchgeführt direkt am Vorabend des Reichsrätekongresses in Berlin, wobei die Pläne des Generalstabes gründlich gescheitert waren.

Statt dessen versammelte sich am 16. Dezember im Preußischen Abgeordnetenhaus am Leipziger Platz in Berlin der Reichsrätekongreß⁶. Bereits sein Einberufungsfakt machte die Situation für die OHL kritisch, da im Rätekongreß das Offizierskorps nicht vertreten war und der Rätekongreß zu diesem Zeitpunkt immerhin die einzige gesamtdeutsche parlamentähnliche Körperschaft war. Rein äußerlich gesehen war der Reichsrätekongreß keine wilde Massenversammlung wie die Tagung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte am 10. November im Zirkus Busch noch gewesen war. Was jetzt in Berlin zusammenkam, war eine sehr ordentliche, parlamentarische Versammlung, obwohl sie rein rechtlich gesehen keinerlei Befugnis besaß, im Namen des ganzen Volkes zu reden⁷. Wie aus den Zeitungsberichten zu entnehmen ist, wurden die

¹ Benoist-Méchin, J., *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1., S. 75f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Zu den Positionen sozialistischer Gruppierungen vgl. **Rote Fahne**, 16.12.1818 und **Vorwärts**, 16.12.1818.

⁷ Vgl. **Berliner Tageblatt**, 16-20.12.1918, **Berliner Abendzeitung**, 16-20. 12. 1918.

journalistischen Augenzeugen von der Atmosphäre des Kongresses unwiderstehlich an die SPD-Parteitage der Vorkriegszeit erinnert: Dieselben Typen, vielfach dieselben Gesichter, dieselbe Atmosphäre, dieselbe - zwar proletarische - aber auf Ordnung und Ehrlichkeit bedachte Geschäftsführung¹. Aus 514 Kongreßdelegierten waren ca. 300 Mann SPD-Parteimitglieder, etwa 100 gab an USPD-Anhänger zu sein und die restlichen waren entweder parteilos, oder gaben an, mit bürgerlichen Parteien zu sympathisieren². Der einzige Unterschied zu den SPD-Versammlungen der Vorkriegszeit bestand 1918 zweifellos in der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie. Dennoch war dieser Umstand insofern von relativer Bedeutung, als auch vor dem Krieg der linke Parteiflügel eigene Positionen vertrat. Die Mehrheit des Rätekongresses stand geschlossen hinter Parteiführung, wie auch vor dem Krieg.

Diese Mehrheit des Rätekongresses bestimmte seine Einstellung und beherrschte seine Tagesordnung, was für die Ergebnisse des Reichsrätekongresses von entscheidender Bedeutung war³. Obwohl der Vorsitz von einem SPD-Funktionär (Leinert), von einem USPD-Parteimitglied (Seiger) und von einem Soldatenvertreter (Gomolka) geführt wurde, faßte der Reichsrätekongreß durchaus gemäßigte Beschlüsse⁴. Der Reichsrätekongreß beschloß, ganz im Sinne des SPD-Vorstands die Vorverlegung des Wahltermins für die Nationalversammlung, er lehnte einen Antrag der USPD, sich selbst die Exekutive und legislative Gewalt beizugeben, ausdrücklich ab, und er beließ den sechzehnköpfigen Zentralrat, den er zum Ersatz des alten Berliner Vollzugsrats vom 10. November bestellte, nicht einmal ein Interimsrecht zur Gesetzgebung bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung⁵. Der „Zentralrat“ wurde überdies als reines Parteiorgan der SPD konzipiert. Die Unabhängigen, die auf dem Reichsrätekongreß für die Hinauszögerung der Nationalversammlung gekämpft und verloren hatten, beschlossen daraufhin verbittert, diesem Gremium fern zu bleiben⁶.

Betrachtet man die Unterschiede des Reichsrätekongresses mit den Ergebnissen des 1. Allrussischen Sowjetkongresses, so muß man feststellen, daß nicht nur die unterschiedliche Auffassung zur Revolutionszukunft sie von einander trennte, sondern die Einstellung den Militärs gegenüber⁷. Was die Zukunft der Revolution anbelangt, so wollte der 1. Sowjetkongreß die parlamentarische Demokratie genauso wie der Reichsrätekongreß. Der Sowjetkongreß verweigerte aber die Beschneidung seiner Machtbefugnisse und begriff sich als mitregierendes Führungsorgan auf der höchsten Ebene. Was die Militärpolitik anbelangt, so sprach er sich eindeutig für die Weiterführung des Krieges aus. Er war nicht bereit, seine militärische Demokratisierungspolitik einzustellen und die Militärangelegenheiten der ausschließlichen Obhut der Regierung zu übergeben. Er forderte aber die Soldaten auf, im Dienst den Offizieren Folge zu leisten. Ganz anders verfuhr in dieser Hinsicht der Reichsrätekongreß. Gerade in seiner Militärpolitik sind die fundamentalen Unterschiede zwischen dem Charakter der Februarrevolution in Rußland und der Novemberrevolution in Deutschland am besten sichtbar, denn in dieser Frage kannte der Reichsrätekongreß keine Kompromisse⁸. Obwohl der

¹ Ebd.

² Ritter, G. A., Miller, S. (Hrsg.), *Die deutsche Revolution*, S. 144.

³ Ausführlich hierzu *Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands von 16-21. Dezember im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte*, Berlin 1919.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Zu den Zusammenhängen vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/1., S. CXI f.

⁷ Vgl. *Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands*, S. 123f., Müller, R., *Die Novemberrevolution*, S. 210f., Drabkin, J.S., *Die Novemberrevolution*, S. 366f.

⁸ Ebd.

Reichsrätekongreß in allen Punkten der Tagesordnung zahn und gemäßigt war, traf er eine Reihe von Beschlüssen, die sich ungemein scharf gegen das Heer und insbesondere gegen sein Offizierskorps gerichtet waren. Der Angriff entwickelte sich dabei in Steigungen. Schon am Eröffnungstag wurde auf dem Kongreß die Entlassung Hindenburgs verlangt und zwar so entschieden, daß es dem SPD-Vorstand nur mit Mühe gelang, diese Forderung abzuwehren¹. Am zweiten Tag der Tagung wurde ein Antrag angenommen, der vorschrieb, alle Kadettenanstalten des Landes aufzulösen. Bedenkt man, daß durch die Kadettenanstalten die besten Kader des preußischen Offizierskorps gegangen waren, so ist dieser Beschluß von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung gewesen. Auf die Offiziere hat die Abschaffung jedenfalls eine ungeheure Wirkung gehabt. Er wurde dann auch als eine offene Kriegserklärung aufgefaßt^{2*}. An diesem zweiten Tag des Reichsrätekongresses ereignete sich dabei ein bemerkenswerter Vorfall. Inmitten der Sitzung brach plötzlich eine Gruppe Menschen in Militäruniform ein und verschaffte sich Gehör. Die meisten von ihnen waren regelrecht zerlumpt, einige hatten ihre Gesichter mit Schmutz beschmiert³. Als ihrem Sprecher das Wort erteilt wurde, stellte er Forderungen, die ihrem Inhalt nach nichts anderes als die Wiederholung der Bestimmungen des berüchtigten „Befehls Nr. 1“ waren^{4*}. Noch bemerkenswerter war jedoch die Reaktion der Delegierten: Sie begleiteten die Soldatenreden mit stehenden Ovationen. Der Tumult war dabei so groß, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte⁵. Am dritten Tag des Reichsrätekongresses erreichten die Angriffe gegen das Offizierskorps den Höhepunkt. Im Namen der Hamburger Delegation unterbreitete der Leutnant der Reserve Walther Lampl ein Programm, welches offensichtlich der alten kaiserlichen Armee den Fangstoß geben sollte:

1. *Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus. In den Garnisonen wird die militärische Kommandogewalt im ständigen Einvernehmen mit der obersten Kommandogewalt von den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte ausgeübt.*
2. *Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams werden die Entfernung aller Rangabzeichen und das Verbot des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet.*
3. *Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Arbeiter- und Soldatenräte verantwortlich...*
4. *Entfernung der bisherigen Achselstücke, Unteroffiziersstressen usw., Kokarden, Achselklappen und Seitengewehre ist ausschließlich die Angelegenheit der Streitkräfte und nicht der einzelner Personen... Der Kongreß verlangt die Abschaffung aller Orden und Ehrenzeichen und des Adels.*
5. *Die Soldaten Wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere die das Vertrauen der Mehrheit ihrer Truppen genießen, dürfen wiedergewählt werden.*

¹ Ebd.

² In dieser Hinsicht muß gesagt werden, daß die noch von Friedrich dem Großen ins Leben gerufenen Kadettenschulen Preußens schon immer den Argwohn der Revolutionäre auf sich zogen. Sobald die preußische Regierung schwankte, wurden dann Versuche unternommen, die Kadettenanstalten zu beseitigen. Vor allem 1848 und 1862 befanden sich diese Bildungsstätten in ernsthafter Gefahr, geschlossen zu werden, **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1., S. 82f. Zur Reaktion der OHL vgl. **DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei**, Nr. 2499, Bl. 90f. und **DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei**, Nr. 2510, Bl. 214. Teilweise Veröffentlicht bei **Berthold, L., Neef, H.**, *Militarismus*, S. 176f.

³ **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 141f.

⁴ Für diese These spricht auch die Tatsache, daß die Urheber der Aktion offenbar selbst die Äußerlichkeiten der Entstehung des Befehls Nr. 1 kopierten, vgl. Ebd., **Suchanov, N.**, *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 122f. Die Rede Dörrenbachs ist abgedruckt bei **Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands**, S. 128f.

⁵ Ebd.

6. *Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange können im Interesse der Demobilisation in ihren Stellungen belassen werden, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen.*

7. *Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen*¹.

Obwohl die Mehrheit der Delegierten des Rätekongresses Mitglieder der SPD waren, ist dieses Programm mit 344 gegen 98 Stimmen angenommen worden und ging in die Geschichte unter dem Namen „Hamburger Punkte“ ein². Inhaltlich war dieses Programm jedoch nichts anderes als eine Kopie des berühmten „Befehls Nr. 1“. Genauso wie der „Befehl Nr. 1“ sind die Hamburger Punkte offensichtlich zuerst und vor allem eine politische Kundgebung gewesen, die den wahren Sorgen der Soldaten mit keiner Silbe Rechnung trugen. Aus sieben Punkten des Programms behandelt nur der fünfte Punkt die Stellung der Männer in Uniform, aber auch dieser Punkt bezieht sich (wie das gesamte Programm) auf die Rolle der Streitkräfte unter dem neuen Regime³.

Der russische Militärhistoriker und Augenzeuge der Februarrevolution Martynov hatte in seiner Analyse des Befehls Nr. 1 geschrieben, daß er „*sozusagen wie ein Keil [zugedacht war], den man in den Körper der Armee getrieben hatte, so daß dieser zweigeteilt und rasch zu zerfallen begann*“⁴. Auch der Reichsrätekongreß versuchte offensichtlich, Machtbefugnisse der Offiziere über die Mannschaften zu beschneiden, um, wie es in den Hamburger Punkten hieß, die „*Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr zu beschleunigen*“⁵. Offensichtlich stand hinter dieser Formulierung die Absicht, den Generalstab unmöglich zu machen die Armee für die „Konterrevolution“ einzuspannen, wie es in Frankreich 1848 und 1871 geschehen war. Obwohl aus den vorhandenen Quellen nicht eindeutig rekonstruierbar ist, ob die Kongreßteilnehmer von den Plänen des Generalstabes in Zusammenhang mit dem Truppeneinmarsch in Berlin etwas gewußt hatten, ist es eindeutig, daß die linken Kreise dem Offizierskorps und insbesondere dem Generalstab nicht über den Weg trauten⁶. Entschlossen, eine „Konterrevolution“ mit Hilfe oder Initiative des Offizierskorps unmöglich zu machen, bediente sich der Rätekongreß einer Taktik, die in Rußland vom Ispolkom praktiziert wurde. Der Reichsrätekongreß nutzte die Spezifik des Militärdienstes als Mittel, um die Autorität der Offiziere in den Augen der Mannschaften zu untergraben, was zumindest im Fronttheer die Soldaten gar nicht gefordert hatten. Die Hamburger Punkte sind insofern ein sehr bemerkenswertes Dokument, als dort das Offizierskorps ungeachtet der Abstammung oder des Vermögens als eine Art Klassenfeind beschrieben und den Mannschaften gegenüber gestellt wurde. Im Prinzip verletzen die Hamburger Punkte die immer noch gültige Reichsverfassung in eklatanter Weise, indem sie den Offizieren eine Reihe ihnen zustehende bürgerliche Rechte vorenthielten. Ähnlich diskriminierende Resolutionen sind bezeichnenderweise im Reichsrätekongreß

¹ Vgl. Ebd., *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/1., S. 393-394.

² Vgl. **Carsten, F. L.**, *Reichswehr und Politik*, Köln - Berlin 1964, S. 25f.

³ **Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, S. 58-59. Zu den Zusammenhängen vgl. **Bushnell, J.**, *Mutiny amid Repression*, S. 115, **Denikin, A.**, *Put ruskogo ofizera*, S. 237f., **Wildman, A.**, *The End of the Russian Imperial Army*, S. 48f., **Konovalov, V.**, *Revoljucionnoje dviženije v russkoj armiji v gody pervoj ruskoj revoluziji*, Moskau 1955, S. 48-67.

⁴ **Martynov, E.**, *Zarskaja armija v fevral'skom perevorote*, S. 212.

⁵ *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/1., S. 393-394.

⁶ Aus einigen Reden des Rätekongresses geht eindeutig hervor, daß das Offizierskorps durchaus konterrevolutionärer Neigungen verdächtigt wurde. Vgl. Rede des Delegierten Otto Braß vom 17.12.1918, **Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands**, S. 65-71.

weder gegen Industrielle noch gegen Großgrundbesitzer verabschiedet worden¹. Obwohl im Anschluß zu den Hamburger Punkten in der deutschen Presse keine Artikel erschienen waren, wie in Rußland, wo mehrmals unbestraft zur Gewalt gegen Offiziere aufgerufen wurde, besaßen einige Formulierungen der Hamburger Punkte durchaus gefährliches Gewaltpotential. Im Dezember lebten und arbeiteten noch Tausende Offiziere inmitten der bewaffneten Mannschaften in einem Land, in welchem die Regierung nicht einmal die Hauptstadt voll unter Kontrolle hatte.

In dieser brandgefährlichen Situation erwies es sich für das Offizierskorps als besonders vorteilhaft, daß ihr Oberkommandierender über ein großes Ansehen in der Bevölkerung verfügte und nicht gezögert hatte, seine Autorität entschieden einzusetzen. Hindenburgs Reaktion auf die Beschlüsse des Reichsrätekongresses war außerordentlich scharf und zeugte von großer persönlicher Mut des Generalfeldmarschalls. Anders als etwa Aleksejev im Zusammenhang mit dem Befehl Nr. 1 beschränkte sich Hindenburg nicht auf Proteste, sondern unternahm konkrete Schritte, um die Umsetzung der Hamburger Punkte zu verhindern. Er ließ der Regierung der Volksbeauftragten unterbreiten, daß er die Beschlüsse des Reichsrätekongresses nicht anerkenne und daß er „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen ankämpfen [werde]“². Unmittelbar darauf wies die OHL auf Hindenburgs Befehl hin alle Truppenkommandos telegraphisch an, die Dienstvorschriften des Heeres unter keinen Umständen zu verändern³. Im Gegensatz etwa zu Kornilov, als dieser im Machtkampf mit Kerenskij die Bevölkerung aufrief, sich zwischen Stawka und der Regierung zu entscheiden, agierte Hindenburg politisch viel geschickter und unterließ jegliches abenteuerliche Handeln. In allen seinen Kundgebungen betonte Hindenburg die Loyalität der Armee zu der bestehenden Regierung und pochte darauf, daß die verabschiedeten Hamburger Punkte einen eklatanten Rechtsbruch darstellten. Das offizielle Protestschreiben der OHL vom 19. Dezember war deshalb nicht an „das Volk“, sondern an die Regierung gerichtet. Dennoch enthielt er eine Reihe Drohungen, die sehr gut darauf berechnet waren, Mehrheitssozialdemokraten zu veranlassen, von den Hamburger Punkten Abstand zu nehmen: „Bei der Durchführung dieses Beschlusses ist: 1) die ordnungsgemäße Rückführung des Heeres vollkommen ausgeschlossen, vielmehr wird ein regelloser Menschenstrom von West und Ost das Verkehrs- und Wirtschaftsleben und damit die Volksernährung lahm legen; 2) eine geordnete Demobilisierung [wäre] unmöglich, ein wirtschaftlicher Zusammenbruch [wäre] unvermeidlich; 3) die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zu Wasser und zu Lande, bei der bekannten Weigerung der Entente mit S[oldaten]räten zu verkehren in Frage gestellt; 4) die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Inneren [wäre] nicht mehr durchführbar. Bildung einer Roten Garde, Sprengung der Nationalversammlung, Sturz der Regierung Ebert und völlige Anarchie wären die Folgen. Die Regierung Ebert hat Ruhe und Ordnung verbürgt und den baldigen Zusammentritt der Nationalversammlung zugesagt. Das gesamte Offizierskorps hat sich aus diesem Grunde in loyalster Weise der Regierung Ebert zur Verfügung gestellt. Es ist dazu aber nicht mehr im Stande, wenn der Beschluß der A.- und S.-Räte von der Regierung in

¹ Ebd.

² Hindenburgs berühmte Antwort lautete: „Sagen sie Ebert, daß ich die Entscheidung des Kongresses über die Kommandogewalt des Offizierskorps nicht anerkenne und daß ich mit den äußersten Mittel dagegen kämpfen werde und daß ich mir nicht die Achseltücke und den Degen nehmen werde“, Zitiert bei **Wheeler-Bennett, J.**, Arme in der Innenpolitik, S. 54.

³ Vgl. Telegramm Hindenburgs an die Armee-Oberkommandos vom 19.12.1918, **Schüddekopf, E. O. (Hrsg.)**, *Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933*, Hannover-Frankfurt a. M. 1955, S. 38.

*Recht gesetzt wird und lehnt hiermit ausdrücklich die Verantwortung für die daraus entstehenden schwerwiegenden Folgen ab*¹.

Bedenkt man, daß die OHL zu diesem Zeitpunkt in Kassel über keine eigene Schutztruppe verfügte, kann man Hindenburgs Handeln den Mut nicht absprechen². Obwohl Hindenburg Kornilovs Fehler nicht wiederholte und trotz des Machtkampfes mit der Regierung in allen Kundgebungen eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit betonte, ist offensichtlich nicht diese politische Weitsichtigkeit ausschlaggebend gewesen, sondern schlicht die Tatsache, daß Ebert in den Regierungssitzungen der Volksbeauftragten alles Erdenkliche getan hatte, um die Situation zu entschärfen. Militärische Quellen stimmen darin überein, daß die Regierung der Volksbeauftragten, wenn sie es nur gewollt hätte, die Verhaftung der OHL hätte anordnen können³. Statt dessen einigte sich die Regierung der Volksbeauftragten darauf, eine gemeinsame Sitzung mit den Mitgliedern des neuen Zentralrates und den Vertretern der OHL am 20. Dezember abzuhalten. Im Gegensatz zu der Kerenskijregierung suchte die Regierung der Volksbeauftragten offensichtlich einen Kompromiß und hatte kein Interesse, einen Bruch mit den Militärs herbeizuführen.

Die Kabinettssitzung zur Klärung der bestehenden Spannungen wurden am 20. Dezember dann auch tatsächlich abgehalten⁴. Die Leitung der OHL scheint sich dabei von Anfang an der Stärke ihrer Position bewußt gewesen zu sein, so daß man sich in der Lage gefühlt hatte, die Entsendung der Delegation mit einer Demonstration des Selbstbewußtseins zu verbinden. Als am 20. Dezember Groener in Berlin ankam, war er ohne jeglichen Schutz erschienen. Seine Begleitung bestand lediglich aus seinem engsten Berater Major Schleicher, wobei beide Offiziere den Weg vom Bahnhof Friedrichsstraße zur Reichskanzlei zu Fuß gegangen waren⁵. Schon durch diese Vorgehensweise verschaffte sich die Abordnung einen großen psychologischen Vorteil, wobei laut einem zeitgenössischen Journalisten die ganze Aktion von Anfang an gestellt war: *„Sie kamen in großem Ornat mit Orden und Gold am Kragen, mit dicken Raupenachselstücken und roten Streifen an den Hosen, mit roten Mantelaufschlägen... [Vor dem Reichstagsgebäude] wurden Groener und Schleicher [von einigen Passanten] angerempelt, aber der militärische Sicherheitsdienst funktionierte schon wieder. Die Herren im Generalstab hatten ihr eigenes Nachrichten und Sicherheitsnetz. Kriminalbeamte waren an den Bahnhof dirigiert, begleiteten die kaiserlichen Uniformen durch die Straßen. Groener und Schleicher ließen die Beleidiger kurz entschlossen festnehmen. [Noch vor dem Beginn der Beratung wurde dadurch dem breiten Publikum anschaulich vorgeführt], daß man in Berlin wegen Beleidigung einer Offiziersuniform festgenommen werden konnte, wenn der [betroffene] Offizier energisch genug war“*⁶.

Auf der Regierungssitzung erwies sich Groener dabei als ein sehr geschickter und fähiger Verteidiger der Interessen der Heeresleitung⁷. Er beschrieb Punkt für Punkt alle im Protestbrief vom 19. Dezember

¹ Der Text des Protestschreibens der OHL an die Regierung der Volksbeauftragten vom 19.12.1918, **Militärarchiv Potsdam Akten der Reichskanzlei**, Nr. 2500/4, Bl. 61-62.

² **Thaer, A., von**, *Generalstabsdienst*, S. 271.

³ Ebd.

⁴ **Müller-Franken, H.**, *Die Novemberrevolution*, S. 184f., **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, S. 93f. Protokollarische Aufzeichnungen der Sitzung vom 20.12.1918, **Bundesarchiv Koblenz**, *Akten der Reichskanzlei*, R 43/1, 1325.

⁵ Ebd., **Oerzen, F.**, *Die deutschen Freikorps*, S. 246f., **Oehme, W., Caro, K.**, *Schleichers Aufstieg*, S. 8f.

⁶ **Oehme, W., Caro, K.**, *Schleichers Aufstieg*, S. 8.

⁷ Zur Schilderung des Verlaufs der Sitzung vgl. **Oehme, W., Caro, K.**, *Schleichers Aufstieg*, S. 32f., **Müller-Franken, H.**, *Die Novemberrevolution*, S. 184f., **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, S. 93f. Protokollarische Aufzeichnungen der Sitzung vom 20.12.1918 in **Bundesarchiv Koblenz**, *Akten der Reichskanzlei*, R 43/1, 1325.

formulierten Gefahren und lehnte im Namen der OHL die Durchführung der Militärbeschlüsse des Reichsrätekongresses ab¹. Für seine Person erklärte Groener, daß er nicht abgeneigt sei, die Haltung der Delegierten zu verstehen, aber gab unmißverständlich zu verstehen, daß er und der Feldmarschall unverzüglich zurücktreten würden, wenn die Regierung die Umsetzung der Hamburger Punkte zu verwirklichen begänne. Dies alles wurde nach Augenzeugenschilderungen in einer ruhigen aber bestimmten Weise vorgetragen und hatte zur Folge, daß auf der Regierungssitzung nur der Volksbeauftragte Barth darauf bestanden hatte, Beschlüsse des Reichsrätekongresses für die Regierung als Verbindlich zu betrachten. Die Vertreter des Zentralrates der Arbeiter und Soldatenräte verhielten sich indessen sehr zurückhaltend. Laut Protokollaufzeichnungen hatte selbst der Delegierter der Hamburger Delegation Lampl keine besondere Anstrengungen unternommen, um für sein eigenes Programm entschieden zu kämpfen. In einem Disput mit Groener erklärte er lediglich, daß die Entmachtung der Offiziere ohnehin nur im Heimatheer durchführbar wäre. Aber auch in diesem Punkt erklärte Lampl, daß „*man einen Unterschied zwischen den Offizieren, die vielleicht schon zwanzig Jahre im Dienst sind und die gar nicht ersetzt werden können und den 18jährigen Schnöselleutnants, die die Leute anschnauzen [machen muß]*“². Unter diesen Umständen fiel es Ebert, der den Vorsitz geführt hatte, nicht besonders schwer, Groener zu helfen, die Situation zu entschärfen. Auf seinen Vorschlag hin wurde vereinbart, daß die vom Reichsrätekongreß verabschiedeten Hamburger Punkte nicht ohne weiteres umgesetzt werden konnten. Es wurde beschlossen, eine Kommission ins Leben zu rufen, die erst die Durchführbarkeit der Hamburger Punkte prüfen solle. Erst im positiven Fall verpflichtete sich die Regierung, die Ausführung der Hamburger Punkte zu übernehmen, aber nicht eher, als Ausführungsbestimmungen formuliert und nicht ohne daß den Hamburger Punkten Gesetzeskraft verliehen würde³. Nach der Regierungssitzung verließen Groener und Schleicher Berlin in Richtung Kassel und informierten alle Stäbe des Heeres von den Ergebnissen der Regierungssitzung⁴. In einigen Tagen riefen sie nach Kassel alle verfügbaren Stabschefs des Heeres und berieten über Vorgehensweise des Offizierskorps in der gegebenen Situation. Aus protokollarischen Aufzeichnungen dieser Konferenz geht hervor, daß Groener und Schleicher die Hamburger Punkte für nicht mehr gefährlich hielten. Den Offizieren wurde von Major Schleicher mitgeteilt, daß in der Regierungssitzung am 20. Dezember den Hamburger Punkten ein „Begräbnis 1. Klasse“ bereitet wurde⁵.

Die von dem Reichsrätekongreß herbeigeführte Vertrauenskrise wäre vom Generalstab alleine offensichtlich nicht entschärft worden⁶. Als entscheidend hierfür erwies sich die Unterstützung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten und insbesondere Eberts. Nach Groeners Zeugnis im Dolchstoßprozeß verstand Ebert „*wie wenige die Kunst des Abbiegens*“ und war in der Regierungssitzung am 20. Dezember maßgeblich daran beteiligt, die Hamburger Punkte „*auf einen toten Punkt zu bringen*“⁷. Von Eberts Rolle in den beschriebenen Ereignissen zeugt auch ein Privatbrief Hindenburgs, den er Ebert nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst geschrieben hatte. Darin äußerte der Feldmarschall indirekt die Überzeugung, daß die

¹ Ebd.

² Vgl. Protokollarische Aufzeichnungen der Sitzung vom 20.12.1918 in **Bundesarchiv Koblenz, Akten der Reichskanzlei**, R 43/I, 1325.

³ Ebd.

⁴ **DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei**, Nr. 2510/249.

⁵ Vgl. „*Besprechung der Obersten Heeresleitung mit Chefs der Stäbe und Frontoffizieren am 26. Dezember*“, in: *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 2., S. 31f.

⁶ Vgl. **Herzfeld, H.**, *Die deutsche Sozialdemokratie*, S. 391f.

⁷ Zitiert bei **Herzfeld, H.**, *Die deutsche Sozialdemokratie*, S. 391f., **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 475.

Revolution in Deutschland ohne Ebert womöglich andere Wendung genommen hätte: „Herr Ebert..., daß Sie auch in den Zeiten schwerer Not in Treue auf ihrem Posten ausgeharrt und dem Vaterlande Ihre Persönlichkeit zu Verfügung gestellt hatten, wird ihnen das deutsche Volk niemals vergessen“¹.

Wenn man aber von der Stimmung in der zweiten Dezemberhälfte spricht, so war sie zwischen Ebert und beiden Führern der Heeresmacht alles andere als unproblematisch. Zumindest Groener und seine Berater waren der Überzeugung, daß Ebert zwar eine ehrliche Position dem Heer gegenüber bezogen hatte, sie waren aber gleichzeitig überzeugt, daß der Parteivorsitzende der Sozialdemokraten zuviel auf Kompromisse bedacht sei. Es ist aktenkundig, daß Groener unmittelbar nach der Rückkehr aus Berlin entschlossen war, Eberts Schwankungen nicht mehr zu dulden. Auch Schleicher war der Meinung, daß bei der nächsten Gelegenheit durch energischen Einsatz der Truppen in der Hauptstadt für klare Verhältnisse zu sorgen, notwendig war². Diese Geisteshaltung Groeners und seiner Mitarbeiter war in der gegebenen Situation aber brandgefährlich und sorgte dafür, daß Berlin unnötigerweise zum Schauplatz blutiger Kämpfe wurde und daß die Ereignisse beinahe außer Kontrolle gerieten.

Bekannterweise ist in jeder Revolution von entscheidender Bedeutung, welche Position die Streitkräfte des betroffenen Landes einnehmen. Was die letzten Wochen des Jahres 1918 in Deutschland so zwielichtig machte, war vor allem die Tatsache, daß niemand von Woche zu Woche, von Tag zu Tag sagen konnte, für wen die bewaffnete Macht stand, und vor allem, *woraus* sie bestand. Die Verabschiedung der Hamburger Punkte durch den Reichsrätekongreß war für das Heer schon deshalb besonders gefährlich, weil sie zeitlich mit den Vorweihnachtswochen zusammenfiel. Die absolute Mehrheit der Soldaten begehrte nach den langen Kriegsjahren zumindest zu Weihnachten aus dem Dienst entlassen zu werden³. Diese sehr verständliche Haltung der Truppen sorgte aber für eine Zuspitzung im Inneren der Streitmacht. Nicht nur in Berlin stationierte Frontsoldaten, sondern auch Berliner Reservisten bestanden größtenteils aus verheirateten Männern. Und diese Mannschaften liefen auseinander, um Weihnachten mit ihren Familien zu feiern. Was zurückblieb waren die Offiziere und unter den Mannschaften diejenigen, die entweder gerne Soldaten waren oder kein Zuhause hatten. Die Berliner Fronttruppen waren zwar von 150 000 auf ca. 1000 Mann zusammengeschrumpft, sie hatten aber immer noch Reste der Disziplin beibehalten. Es sei daran erinnert, daß die Frontdivisionen Generals Lequis seit Wochen ohne jeglicher Betätigung in Berlin stationiert waren bis Weihnachten buchstäblich vor der Tür stand⁴. Die Lage in den Einheiten der Reservisten des Berliner Generalkommandos war hingegen katastrophal. Nach Augenzeugenberichten waren zurückgebliebene Reservisten vielfach zwielichtige Personen, die tagsüber durch die Straßen der Stadt lungerten oder beschäftigungslos in den Kasernen lagen. Vor Weihnachten war die Berliner Garnison bereits genauso eine unberechenbare Größe, wie die es Petersburger Garnison am Vorabend des Staatsstreichs der Bolschewiki war⁵.

¹ Zitiert nach **Wolf, H., Seidler, F.**, *Die deutsche Politik seit 1918. Eine aktenmäßige Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse und Persönlichkeiten der deutschen Geschichte nebst Erläuterungen für die Zeit vom 1. November 1918 bis 31. Dezember 1927*, Pforzheim 1928, S. 11.

² Vgl. „Besprechung der Obersten Heeresleitung mit Chefs der Stäbe und Frontoffizieren am 26. Dezember“, in: *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 2., S. 31f.

³ **Groener, W.**, *Lebenserinnerungen*, S. 474.

⁴ Laut verfügbaren Quellen war die Masse der Soldaten in den Vororten Berlins untergebracht, was allerdings die Auflösung nicht hatte verhindern können, **Drabkin, J.S.**, *Die Novemberrevolution*, S. 318-332.

⁵ Ebd.

In dieser Situation kam es zu einer Tragödie, denn die Berliner Militärbehörden führten eine äußerst ungeschickte Politik bezüglich der Einheiten, die sie selbst zum eigenen Schutz gebildet hatten. Die Rede hier ist in erster Linie von der sog. Volksmarinedivision, die von der Regierung der Volksbeauftragten eigenhändig geschaffen worden war. Wie bereits oben angeführt, bestand die Volksmarinedivision ursprünglich aus aufständischen Matrosen, die in der Revolutionswoche nach Berlin aufbrachen, um die Revolution zu machen, dort zunächst verhaftet, aber am 9. November befreit worden waren. Hinzu kamen aber auch Marinetruppen aus Kiel, die von der Regierung der Volksbeauftragten extra angefordert wurden. Die Einheit erfreute sich seit Beginn ihres Bestehens großer Zuneigung der Regierung und wurde als revolutionäre Elitetruppe schlechthin angesehen. Die Regierung bevorzugte die Matrosen in Verpflegung und Sold. Während der größten Entfaltungszeit erreichte die Zahl der Mannschaften der Volksmarinedivision bis ca. 4000 Mann. Aber seit dem 6. Dezember lag die Volksmarinedivision im Clinch mit der Kommandantur der Stadt. Dieser Clinch war im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Volksmarinedivision vom Schicksal anderer Militäreinheiten der Stadt ereilt wurde. Trotz bevorzugter Behandlung war die Zahl ihrer Mannschaften Ende Dezember bereits auf ca. 1500 Mann zusammengeschrumpft. Ihre Disziplin schwankte erheblich¹.

Eins muß man in diesem Zusammenhang noch festhalten: Viele Vorwürfe, mit denen die Volksmarinedivision später belastet wurde, müssen revidiert werden. Zuerst war sie keinesfalls eine „spartakistische Truppe“, die auf die Machtübergabe an Liebknecht hin gearbeitet hatte². Bis zum 6. Dezember waren die Matrosen der Stolz der Berliner Kommandantur. Ihr gewählter Kommandeur Heinrich Dorrenbach war zwar aktiv an vielen extremistischen Aktionen beteiligt, die Mehrheit der Mannschaften hatte ihn dabei aber keinesfalls unterstützt. In der sog. „Spartakuswoche“ sollte die Volksmarinedivision sich weigern, gegen die Regierung zu putschen. Der Vorwurf, daß die Volksmarinedivision im Marstall und im kaiserlichen Schloß Plünderungen im großen Stil betrieben hatte, war schlicht unwahr. Wie die Untersuchungskommission des preußischen Landtages einwandfrei nachgewiesen hatte, sind Plünderungen - sobald sie vorgekommen waren - auf das Bedienungspersonal zurückzuführen gewesen. Die Volksmarinedivision hatte sich daran nicht nur nicht beteiligt, sondern dieses Unwesen geradezu unterbunden³. Obwohl die Volksmarinedivision Ende Dezember zweifelsohne eine unberechenbare Größe geworden war, sind die Maßnahmen der Regierung ihr gegenüber von mehr als zweifelhafter Konsequenz gewesen. Anstatt sich zu bemühen, die schwindende Disziplin unter Kontrolle zu bekommen, versuchte die Regierung, Matrosen durch Zahlung größerer Geldsummen zur Vernunft zu bringen. In einer Reihe von Verhandlungen wurde vereinbart, daß die Volksmarinedivision die Zahl der Mannschaften auf 600 Mann reduzieren sollte. Die Regierung bot außerdem 125 000 Mark für die Räumung der Schlösser im Regierungsviertel, wo die Matrosen von ihr selbst einquartiert worden waren⁴. Die Autorität der Regierung ist durch diese Verhaltensweise in den Augen der Mannschaften der Volksmarinedivision gewiß nicht gestiegen⁵. Um so mehr, als die Regierung später von der Auszahlung der zugesagten 125 000 Mark sich gedrückt hatte. Auch der sozialdemokratische Kommandant von Berlin Otto Wels war alles andere als auf der

¹ Zur Volksmarinedivision vgl. **Wrobel, K.**, *Die Volksmarinedivision*, Berlin 1957.

² **Oehme, W., Caro, K.**, *Schleichers Aufstieg*, S. 34f.

³ Zu den Beschuldigungen gegenüber den Matrosen vgl. **Heining, K.**, *Hohenzollern. Wilhelm II. und sein Haus. Der Kampf um den Kronbesitz*, Berlin 1921, S. 86f., Zu den Ergebnissen der offiziellen Untersuchungen der preußischen Regierung vgl. *Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung 1919/1921. Untersuchungsausschuß*, Berlin 1919, S. 339f.

⁴ Vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/2., S. 76f., **Fischer, A.**, *Die Revolutions-Kommandantur*, S. 36-41f.

⁵ Ebd.

Höhe. Als ein dem Militärdienst wesensfremder Zivillist fand er keine bessere Disziplinierungsmethode als denn Mannschaften zustehende Löhnung zurückzuhalten¹.

Es klingt grotesk: Daß eine Truppe von etwas knapp über tausend Mann um ihre Löhnung geprellt wurde - darüber kam es in Berlin zu einer blutigen Straßenschlacht, darüber platzte die Regierung, das schuf letztendlich die endgültigen Fronten des Bürgerkrieges. Es klingt operettenhaft: Aber damals lag hinter Lächerlichkeit grimmiger Ernst. Weihnachten rückten immer näher und die Mannschaften wurden zunehmend unruhiger. Die ganze Vorweihnachtswoche verhandelten die Sprecher der Matrosen mit der Berliner Kommandantur. Otto Wels verlangte während dieser Verhandlungen die Räumung der Schlösser, wies aber keine andere Kasernierungsräumlichkeiten zu². Die Matrosen waren wiederum verwirrt, weil in den Verhandlungen betont wurde, daß ihre Einheit nicht aufgelöst wird. Noch mehr verwirrt wurden die Matrosen, als Wels von ihnen verlangte, die Teildemobilisierung so vorzunehmen, daß zuerst diejenigen entlassen wären, die keine Gewerkschaftsmitglieder waren³. Obwohl Wels während der Verhandlungen mit den Matrosen Fraktur zu reden pflegte, wurden während der gesamten Woche keine Ergebnisse erzielt: Die Schlösser wurden nicht geräumt und die Löhne nicht ausbezahlt. Wels Drohungen nahmen die Matrosen sehr ernst, da sie bereits mit der vorhergehenden Löhnung Schwierigkeiten hatten. Als aber auch die am 21. Dezember ausstehenden Löhne noch am Vortag des Heiligen Abends nicht ausbezahlt wurden, riß den Mannschaften der Volksmarinedivision die Geduld⁴.

Am 23. Dezember gingen sie nicht mehr zu den Verhandlungen in die Kommandantur. Sie entsandten ihre Vertreter in die Reichskanzlei, wo diese direkt in die Vormittagssitzung der Regierung hineinplatzten. Dort konnten sie nicht umhin zu merken, daß die Volksbeauftragten gereizt miteinander gestritten hatten⁵. Die Matrosendelegation beschwerte sich über das Verhalten des Stadtkommandanten und in den darauffolgenden Verhandlungen kam heraus, daß Wels die Regierung der Volksbeauftragten über getroffene Vereinbarungen falsch informiert hatte. So fehlten in dem von Wels ausgehandelten Räumungsvertrag die Unterschriften der Bevollmächtigten der Volksmarinedivision⁶. Die Matrosen erklärten überdies, daß viele Bestimmungen dieses Vertrages ihnen gar nicht bekannt waren⁷. Selbst die sozialdemokratischen Volksbeauftragten konnten in dieser Situation den Forderungen der Matrosen eine gewisse Berechtigung nicht absprechen. Es wurde vereinbart, daß die Volksmarinedivision die Schlüssel der Schlösser abliefern sollte. Die Regierung verpflichtete sich, die Auszahlung zu veranlassen. Wo die Matrosen Schlüssel abliefern sollten, wurde ihnen nicht gesagt⁸.

Schon um vier Uhr desselben Tages erschienen die Matrosen wieder in der Reichskanzlei. Die Abordnung zählte etwa 20 Mann. Sie ließen sich beim Volksbeauftragten der USPD Emil Barth melden und

¹ Zu Wels Amtsführung vgl. **Adolph, H.**, *Otto Wels*, S. 83-104.

² Ebd.

³ Vgl. Ebd., **Fischer, A.**, *Die Revolutions-Kommandantur*, S. 35f., **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, S. 98f.

⁴ Ebd.

⁵ In der Vormittagssitzung des 23.12.1918. wurde über eine mögliche Verlegung der Regierung aus Berlin debattiert. Die Debatte wurde verursacht von einer Massendemonstration des 21. Dezember. An diesem Tag wurden die Opfer des 6. Dezember beerdigt. Die Mehrheitssozialisten empfanden, daß die Reichskanzlei nicht genügend geschützt war, Vgl. **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, S. 97f. Zu den Massenkundgebungen vgl. **Freiheit** vom 22.12.1918 (Beilage) und **Vorwärts** vom 22.12.1918 (Beilage).

⁶ **Kriegsgerichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, S. 34f., **Müller, R.**, *Die Novemberrevolution*, S. 254f., **Oehme, W.**, *Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19*, Berlin 1958, S. 179f., **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, S. 97f.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

stellten „eine riesige Kiste mit Schlüssel“ auf seinen Tisch¹. In Anwesenheit der Matrosen rief Barth die Kommandantur an und bestätigte Wels den Empfang der Schlüssel. Wels aber weigerte sich: „*Nein! Das geht nicht! Sie müssen mir den Schlüssel selbst bringen, sonst gibt's keinen Pfennig. Jetzt habe ich sie in der Hand*“². Ferner erklärte Wels, er nehme nur von Ebert Aufträge an, worauf Barth erklärte, er schicke Matrosen zum Volksbeauftragten Ebert³. Matrosen, die diese Szene aus unmittelbarer Nähe mitbekommen haben, waren nach Barths Zeugnis sehr verärgert. Sie „schimpften und fluchten“, erklärten sich aber einverstanden und gingen zu Ebert⁴. Laut Archivrat Volkmann ereigneten sich dabei einige schwerwiegende Vorfälle, die der Aufregung der Mannschaften weiteren Vorschub gaben. Ebert hatte um diese Zeit mit dem Volksbeauftragten Landsberg gespeist, so daß die Matrosen ihn nicht ausfindig haben machen können⁵. Als die Matrosen „erbst die Reichskanzlei verließen“ wurde vor der Universität auf sie von Truppen der Kommandantur geschossen, wobei zwei Matrosen getötet wurden⁶.

Nun riß den Matrosen endgültig der Geduldsfaden. Auf Befehl Dorrenbachs erschienen sie bewaffnet in der Reichskanzlei und nahmen sie in ihre Gewalt. Alle Ausgänge wurden gesperrt. In der Telefonzentrale wurden alle Telefonleitungen gekappt. Eine zweite Gruppe der Volksmarinedivision erstürmte die Kommandantur und verhaftete Otto Wels, seinen Stabschef Anton Fischer, sowie Intendanturrat Dr. Bongart. Wels bot den Matrosen die Löhnung an, aber dieser Sinneswandel half jetzt nicht mehr. Alle drei wurden als Gefangene in den Marstall abgeführt, wobei Otto Wels von den aufgebrauchten Matrosen mehrmals nicht unerheblich zusammengeschlagen wurde⁷. Im Marstall sperrten die Matrosen Wels im Kohlenkeller ein und erklärten, daß bei geringsten Feindseligkeiten der Regierungstruppen man ihn sofort erschießen würde. Die Mannschaften der Volksmarinedivision waren so wütend, daß nach dem Zeugnis Anton Fischers Wels teilweise die Nacht mit der Zusammenstellung seines Testaments verbrachte⁸.

Damit haben die Matrosen blitzartig die Staatsgewalt in Berlin ausgeschaltet. Die Regierung befand sich in ihren Händen und die Kommandantur Berlins wurde kommandounfähig. Als Ebert nach seiner Mahlzeit sich in die Gänge der Reichskanzlei begab, sah er sich von wütenden Matrosen umringt und konnte sie selbst mit Hilfe des Volksbeauftragten Barth nicht mehr beruhigen⁹.

Hätten die Matrosen der Volksmarinedivision tatsächlich „spartakistische Ziele“ verfolgt, so war niemand in der Lage gewesen, sie daran zu hindern. Alle zeitgenössische Quellen stimmen darin überein: Die Matrosen hätten die Regierung absetzen, die Volksbeauftragten verhaften oder erschießen können. Vor allem waren sie in der Lage, Liebknecht als neuen Regierungschef zu installieren. Wie aus den Protokollen der darauffolgenden Verhandlungen ersichtlich ist, dachten die aufrührerischen Matrosen aber gar nicht daran. Sie wollten nur ihre Löhnung. Allerdings hatten sie eine wilde Wut und fanden, daß man mit ihnen von allen Seiten Schindluder getrieben hat. Aus den Augenzeugenberichten der Angestellten der Reichskanzlei geht hervor, daß

¹ Ebd.

² Vgl. Ebd., **Kriegsgerichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, S. 34f., **Müller, R.**, *Die Novemberrevolution*, S. 254f., **Oehme, W.**, *Damals in der Reichskanzlei*, S. 179f.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 154f., *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/2., S. 21, Fn. 1.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Landsberg in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/2., S. 98f.

⁹ Ausführlich zur Debatte in der Eingangshalle zur Reichskanzlei vgl. **Brecht, A.**, *Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884-1927*, Stuttgart 1966, S. 503f.

zumindest in den ersten Stunden der Besetzung die persönliche Unversehrtheit einiger Personen sehr wohl in akuter Gefahr war. Wahrscheinlich war dies der Grund, weshalb Ebert Gebrauch von der direkten Verbindung nach Kassel machte und die OHL um Hilfe ersuchte. Denn eins hatten die Matrosen, die die Reichskanzlei besetzt hielten, nicht gewußt: Daß es zwischen Eberts Arbeitszimmer und der OHL eine Direktleitung gab, die nicht über die Zentrale lief¹. Als Ebert daran gescheitert war, die Matrosen zu beruhigen, machte er von dieser Leitung Gebrauch. Zeugen hatte es bei diesem Gespräch in der Reichskanzlei nicht gegeben und es war überhaupt bezeichnend, daß Ebert in seinem Zimmer von den Matrosen alleine gelassen wurde. Laut Zeugen am anderen Ende der Leitung meldete sich auf Eberts Anruf Major Schleicher und erklärte in etwa folgendes: „*Ich werde sofort veranlassen, daß regierungstreue Truppen aus der Umgebung Berlins zu Ihrer Befreiung in Marsch gesetzt werden. Vielleicht bietet sich nach so vielen verpaßten Gelegenheiten hier doch noch die letzte Möglichkeit, einen Schlag gegen die Radikalen zu führen*“². Bezeichnenderweise wurde Hindenburg gar nicht zum Telefonapparat gerufen. Dieses Versprechen gab Schleicher ohne jegliche Rücksprache mit Groener³. Unmittelbar darauf wurden jedoch die Truppen des Generalkommandos Lequis in Alarmbereitschaft versetzt. Lequis selbst erhielt den Auftrag, gegen die Reichskanzlei vorzurücken⁴. Zu diesem Zeitpunkt verfügte das Kommando Lequis nur noch über etwas mehr als 800 Soldaten. Andere Mannschaften der 10 Divisionen hatten sich bereits eigenmächtig demobilisiert⁵.

Nun verwirrt sich das Bild. Was am späten Nachmittag des 23. Dezember geschah, ist nach widersprüchlichen Berichten nicht eindeutig auszumachen⁶. Es ist nicht klar, ob die Volksbeauftragten einer Verhaftung unterzogen wurden oder nicht. Eberts Telefonat mit Schleicher sowie eine am späten Nachmittag abgehaltene Regierungssitzung sprechen gegen diese Vermutung. Gegen diese Vermutung spricht auch die Tatsache, daß alle drei Volksbeauftragten der USPD pünktlich am Ende des Arbeitstages (gegen 18 Uhr) nach Hause gegangen waren. Als sich gegen 19 Uhr Ebert und Landsberg mit den Vertretern der Matrosen zusammensetzten, stellte sich heraus, daß die Matrosen überhaupt nur daran dachten, aus der Affäre heil herauszukommen. Nachdem vom Sekretär des Chefs der Reichskanzlei Walter Oehme angefertigten Stenographiebericht redeten die Matrosen zwar wirres Zeug, hatten aber an die Regierung nur zwei Forderungen gestellt: Auszahlung der fälligen Löhne und Entlassung von Wels vom Posten des Stadtkommandanten⁷. Als Ebert zusagte, die fehlende Löhnung auszuzahlen, willigten sie sofort in die Räumung der Reichskanzlei ein, ohne über die Absetzung von Wels auch nur weiter zu verhandeln. Ihr Resümee war dabei sehr bezeichnend und unterstreicht nochmals, daß die Volksmarinedivision keinerlei „spartakistische Ziele“ verfolgt hatte: „*Wir sehen ja alles ein. Wir wollen Wels und Fischer auf Eberts Veranlassung freilassen, sonst gibt es Blutvergießen. Und eine andere Regierung und Amerikaner kommen ins Land. Das können wir nicht verantworten*“⁸. Nach dieser Sitzung wurde die Besetzung der Reichskanzlei im Prinzip aufgehoben.

¹ Oehme, W., Caro, K., *Schleichers Aufstieg*, S. 7f.

² Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland*, S. 155.

³ Ebd.

⁴ Vgl. **Kriegsgerichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, S. 34f., **Müller, R.**, *Die Novemberrevolution*, S. 254f., **Oehme, W.**, *Damals in der Reichskanzlei*, S. 179f. **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, S. 99f.

⁵ Vgl. **Kriegsgerichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, S. 34f., **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 159.

⁶ Eberts Bericht ist abgedruckt bei *Quellen*, 1. Reihe Bd. 6/2., S. 73f.

⁷ Abgedruckt ebd., S. 23f. Vgl. **Brecht, A.**, *Aus nächster Nähe*, S. 503f.

⁸ **Oehme, W.**, *Damals in der Reichskanzlei*, S. 199f.

Und trotzdem hatte diese versöhnliche Sitzung nicht zur Entspannung der Situation, sondern zu einer Konfrontation geführt. Die Matrosen erfuhren von dem Herannahen der regierungstreuen Truppen und rückten mit der gesamten Mannschaft aus ihrer Lagerstätte zur Reichskanzlei. Sie erreichten die Reichskanzlei als erste und verschanzten sich in Gefechtspositionen. Schätzungen zufolge zählten sie etwa tausend Mann, alle waren nur mit Handfeuerwaffen bewaffnet. Mit minimaler Verspätung erschienen aber auch die Truppen des Generalkommandos Lequis. Sie bezogen die Stellungen um die Reichskanzlei. Wie bereits erwähnt waren sie den Matrosen rein zahlenmäßig gesehen etwas unterlegen, hatten aber einige Artilleriegeschütze. Innen in der Reichskanzlei spielten sich indessen geheimnisvolle Szenen ab. In Eberts Zimmer erschien der aufgeregte Dorrenbach mit einigen Matrosen und verlangte den unverzüglichen Abzug der Truppen. Im selben Augenblick betraten aber auch einige Offiziere des Kommandos Lequis in Begleitung bewaffneter Soldaten den Raum, um die Erlaubnis zur Feuereröffnung einzuholen. Leider kennt man trotz zahlreicher Beschreibungen der Szene keine Überlieferung davon, was in dieser kuriosen Situation besprochen wurde. Man weiß nur, daß Ebert sich dafür eingesetzt hatte, die ganze Angelegenheit friedlich beizulegen. Er erteilte den Regierungstruppen den Befehl, sich in die Kasernen zurückzuziehen¹. Die Matrosen mußten sich allerdings verpflichten, die Reichskanzlei zu räumen. Ergebnis dieser Intervention Eberts war, daß bereits um 11 Uhr nachts alle Matrosen die Reichskanzlei verließen und in ihr Hauptquartier im Kaiserlichen Schloß zogen².

Hätte Ebert in der Krise über eine uneingeschränkte Handlungsfreiheit verfügt, so wäre es wohlmöglich zu einem Blutvergießen erst gar nicht gekommen. Aus dem Schloß erhielt Oehme einen Anruf des zweiten Kommandeurs der Volksmarinedivision Radtke, aus der hervorging, daß die Matrosen bereit waren, alle drei Geiseln freizulassen. Die einzige Bitte Radtkes bestand darin, Wels zwei bis drei Stunden zu behalten, weil seine sofortige Freilassung die erregten Mannschaften unnötig provozieren würde³.

Aber Eberts Handlungsräume waren begrenzt. In der OHL wurde offenbar beschlossen, selbst die Initiative zu ergreifen und Fakten zu schaffen. Gegen Mitternacht erhielt Ebert einen Anruf Groeners, in dem der 1. Generalquartiermeister sich gegen die Schlichtung des Konfliktes auf dem Verhandlungsweg empörte. In diesem Gespräch beschuldigte Groener Ebert, daß mit solchen Maßnahmen die Autorität der Offiziere in den Augen der Mannschaften untergraben würde⁴. Als dieses Telefongespräch geführt wurde, erwähnte Groener allerdings nicht, daß die Entscheidung, Matrosen mit Gewalt auseinanderzujagen längst getroffen wurde. Verantwortlich hierfür war der Stabschef des Generalkommandos Lequis Major Harbou, der in dieser Angelegenheit überhaupt unbegrenzte Machtbefugnisse besessen zu haben scheint. Aus dem Protokoll einer stenographierten „Telephonage“ mit der OHL, die noch um halb elf Uhr abends geführt wurde, geht hervor, daß Harbou entschlossen war, die Befehle Eberts zur Not auch zu ignorieren. So wurde Eberts Befehl, Truppen des Generalkommandos Lequis in die Kasernen zurückzulegen von Major Harbou mit der Begründung abgelehnt, „weil man ihnen nicht zumuten kann, daß sie in der Nacht umkehren“⁵. Es ist bekannt, daß Ebert - als beide feindlichen Parteien die Reichskanzlei verlassen hatten - zwischen ihnen mit einem Auto auffuhr, um Blutvergießen zu vermeiden. Er setzte durch, daß beide Parteien in entgegengesetzte Richtungen

¹ Der Text des Befehls ist abgedruckt bei *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/2., S. 79, Fn. 20.

² Vgl. Eberts Bericht vor der Regierung der Volksbeauftragten vom 28.12.1918, ebd., S. 78f.

³ Ebd.

⁴ Sinngemäße Überlieferung des Gesprächs bei **Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland***, S. 159.

⁵ Eberts Befehl zum Truppenabzug und Gegenanweisung Harbou sind abgedruckt bei *Quellen*, 1. Reihe Bd. 6/II., S. 79, Fn. 20.

auseinandergingen. Obwohl die Matrosen gemäß Vereinbarung in ihr Hauptquartier zurückgekehrt waren, sind die Truppen des Generalkommandos Lequis im Tiergarten geblieben. Binnen kürzester Zeit haben sie das Hauptquartier der Volksmarinedivision umstellt. Sie besetzten sodann Gefechtspositionen und begannen ihre Vorbereitungen zum Sturm. Dieser Sturm wurde im Stab des Generalkommandos unabhängig von der Haltung Eberts angesetzt und sollte im Morgengrauen beginnen¹.

Die offizielle Version, daß die Kämpfe um den Marstall und um das Schloß von sozialdemokratischen Volksbeauftragten angeordnet wurden, um Wels zu befreien, sind deshalb nur die halbe Wahrheit². Es klingt auch wenig überzeugend: Wenn das Leben von Wels wirklich in Gefahr gewesen wäre, so wäre ein Angriff auf das Gebäude, in dem er sich als Geisel befand, das sicherste Mittel gewesen, seinen Tod herbeizuführen. Wahrscheinlich ist deshalb die Version, wonach Ebert und die beiden anderen sozialdemokratischen Volksbeauftragten von den Militärs unter Druck gesetzt wurden. Nachts um zwei Uhr erschien in der Reichskanzlei Kriegsminister Scheüch und erklärte, er könne als faktischer Oberbefehlshaber der Heimattruppen nicht dulden, daß der Sozialdemokrat Wels als Geisel festgehalten wird³. Obwohl dem Kriegsminister in dieser Sitzung nur eine Ermächtigung erteilt wurde, mit dem aufrührerischen Matrosen zu verhandeln, legten die Militärs diese Ermächtigung sehr breit aus. Schon eine Stunde nach der Beratung mit Scheüch wurde Wels von den Matrosen entlassen und erschien in der Reichskanzlei⁴. Die Freilassung von Wels hat trotzdem die Eröffnung von Feindseligkeiten nicht verhindern können. Die Militärs im Stab des Generalkommandos Lequis waren gewillt, die Gelegenheit zu nutzen und die Volksmarinedivision für immer auszuschalten.

Diese im Prinzip richtige Idee war aber in der gegebenen Situation verhängnisvoll. Sie ließ einerseits das Kräfteverhältnis voll aus den Augen und ignorierte die Tatsache, daß die Auflösung der Volksmarinedivision auch auf dem Verhandlungsweg zu erreichen war. Obwohl die Stabsoffiziere des Generalkommandos Lequis ihre Operation offensichtlich nach den bereits oben geschilderten Richtlinien der kaiserlichen Armee zur Bekämpfung der Meutereien richteten, war diese Operation technisch gesehen sehr schlecht vorbereitet. Im Morgengrauen erschien ein junger Leutnant im Stab der Volksmarinedivision und unterbreitete ein Ultimatum. Danach mußten die Matrosen binnen nur zehn Minuten das kaiserliche Schloß und den Marstall räumen, in beiden Gebäuden weiße Fahnen hissen und sich auf „Gnade oder Ungnade“ ergeben⁵. Schon diese Vorgehensweise machte einen vernünftigen Ausgang der Krise unmöglich. Die Matrosen, die sich noch wenige Stunden davor stark genug gefüllt hatten, von der Regierung ihre Löhnung freizupressen, konnten so einen Absturz rein seelisch nicht verkraften. Vor dem Generalkommando Lequis hatten sie Angst, zumal die Zahl der regierungstreuen Truppen in der Nacht bedeutend stärker erschien als sie in der Wirklichkeit war. Aber innerhalb von nur zehn Minuten zu kapitulieren waren sie ebenfalls nicht willens. Selbstverständlich hatten sie nach Ablauf der Frist keine weißen Fahnen gehißt. Wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb, weil man Angst hatte, beim Verlassen der Gebäude einfach niedergeschossen zu werden⁶.

¹ Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland*, S. 159f.

² Oehme, W., *Damals in der Reichskanzlei*, S. 203f.

³ Vgl. Eberts Bericht vor der Regierung der Volksbeauftragten von 28.12.1918, *Quellen*, 1. Reihe Bd. 6/2., S. 78f.

⁴ Laut Eduard Bernstein, erfolgte die Freilassung von Wels aufgrund der Intervention von Ledebour, der auf eigene Faust zu vermitteln versucht hatte, **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 112f.

⁵ Ausführlich hierzu vgl. **Kriegsgerichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, S. 37f., **Rotheit, R.**, *Das Berliner Schloß im Zeichen der Novemberrevolution*, Berlin 1923, S. 85f., **Wrobel, K.**, *Die Volksmarinedivision*, S. 96f.

⁶ Ebd.

Als nach Ablauf der Frist das Feuer auf das Kaiserliche Schloß eröffnet wurde, schien die Rechnung des Stabes des Generalkommandos Lequis zunächst aufzugehen. Mit herangeführter Artillerie wurden die Feuermuster der Matrosen leicht ausgeschaltet und die Matrosen mußten Schutz im Gebäudeinneren suchen. Nach Angaben der Militärs hatte man eine halbe Stunde Artillerievorbereitung nötig, was soviel bedeutete hatte, daß eine halbe Stunde lang auf das nationale Denkmalsgebäude aus leichten Kanonen und Minenwerfern gefeuert wurde¹. Schätzungen zufolge schlugen während der ersten Stunde des Gefechts mindestens 60 Geschosse in das kaiserliche Schloß ein². Als die Artillerievorbereitung beendet war, zeigte sich aber, daß die fridrezianischen Maurer seinerzeit gute Qualitätsarbeit geleistet hatten. Das Gebäude blieb trotz heftigen Beschusses fast unversehrt. Als die Regierungstruppen zum Angriff befohlen wurden, kehrten die Matrosen aus dem Gebäudeinneren zu den Fenstern und fügten den Soldaten erhebliche Verluste zu. Nach einer zuverlässigen Quelle töteten die absolut kampfunerfahrenen Matrosen 56 Frontsoldaten und hatten dabei ihrerseits nur 11 Tote zu beklagen³. Dennoch entwickelte der Kampf in seiner Anfangsphase sich zu Ungunsten der Volksmarinedivision. Die Matrosen waren den Frontkämpfern doch nicht ebenbürtig. Nach nur kurzer Kampfzeit schickten sie die Parlamentäre zu den Soldaten und boten Aufgabe gegen Straffreiheit. Dieses Angebot wurde abgelehnt, die Matrosen erhielten aber eine Feuerpause von 20 Minuten. Dies nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß die Erstürmung des kaiserlichen Schlosses ohne dessen Zerstörung und ohne große Menschenopfer nicht möglich war.

Die Stabsoffiziere des Generalkommandos Lequis verrechneten sich in der taktischen Planung des Angriffes aber vollkommen. Als sie den Angriff um 7.40 Uhr am Weihnachtstag begonnen haben, haben sie offensichtlich die Wirkung auf die Berliner Bevölkerung nicht bedacht. Dies sollte sich als besonders verhängnisvoll erweisen. Vom Donner der Kanonen geweckt strömte die Zivilbevölkerung in das Regierungsviertel. Innerhalb kürzester Zeit kam es zu einer Versammlung von tausenden von Schaulustigen. Nicht zuletzt deshalb, weil es unmittelbar nach Angriffsbeginn hell geworden war. Bis zum Zeitpunkt des Waffenstillstandes hielten sich die Schaulustigen in einer sicheren Entfernung in den Nebenstraßen des Regierungsviertels. Aber da schon um zehn Uhr der Waffenstillstand eintrat, strömten die Menschen sofort zum Kampfplatz und brachten die Regierungstruppen in eine verzweifelte Situation. Spätere Behauptungen, daß es sich hauptsächlich um verschiedene „Spartakisten“ gehandelt hat, sind nicht zutreffend, da damit offensichtlich das Versagen der Operationsplaner entschuldigt wird. Die Demonstranten waren vielmehr einfache Bewohner Berlins, die entsetzt von der Schießerei am Weihnachtstag gekommen waren, um diese zu unterbinden. Unter ihnen waren übrigens viele Frauen und Kinder. Die Zivilisten waren nicht nur entschlossen, den Kampf zu unterbinden, sondern ergriffen offensichtlich Partei für die Matrosen. Sie bedrängten die Soldaten mit Bitten, die Schießerei einzustellen und beschimpften die Offiziere, ob sie sich nicht schämten, solche Dinge mitten in Berlin zu befehlen. Nach allen zeitgenössischen Berichten hatte der Einbruch der Zivilisten in die Kampfzone für die Regierungstruppen eine verheerende Wirkung gehabt. Die Matrosen wurden von der Unterstützung ermuntert und brachen die Kapitulationsverhandlungen ab. Viele Soldaten warfen hingegen ihre Waffen weg und gingen davon, wobei einzelne von ihnen angeblich zu den Matrosen übergelaufen sein sollen. Als um 10.30 Uhr der

¹ Vgl. **Rotheit, R.**, *Das Berliner Schloß im Zeichen der Novemberrevolution*, S. 85f.

² Ebd.

³ Vgl. *Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution*, Berlin 1929, S. 257, *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/2., S. 101, Fn. 76.

Kampfplatz von den Zivilisten gesäubert wurde und die Feindseligkeiten wieder aufgenommen worden waren, war sein Ausgang bereits entschieden. Denn von nun an waren die Matrosen im Angriff und im Stab der Regierungstruppen sah man die Lage bereits als hoffnungslos.

Schon gegen elf Uhr stürmte ein Verbindungsoffizier in die Reichskanzlei und verlangte von Ebert, den Abzug der Regierungstruppen bei den Matrosen zu erwirken. Laut Volkmann brachten die Militärs dadurch Ebert und die beiden anderen mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten in eine doppelt mißliche Lage¹. Nicht nur daß die Militärs eigenmächtig den Sturm im Regierungsviertel begonnen hatten und sich nun offensichtlich verrechneten. Der Verbindungsoffizier platzte direkt in die Regierungssitzung in der auch die Volksbeauftragten der Unabhängigen anwesend waren und erweckten dort den Eindruck, daß der Angriff der Truppen des Generalkommandos Lequis direkt von Ebert geleitet wurde². Angesichts der gespannten Situation bei der Bevölkerung Berlins konnte dieser Schritt der Militärs für die Regierungsbeteiligung der Mehrheitssozialisten durchaus verhängnisvolle Folgen haben. Daß dies nicht geschah, war nur dem Umstand zu verdanken, daß selbst die Volksbeauftragten der USPD mit allen Kräften bemüht waren, so schnell wie möglich das Blutbad im Regierungsviertel zu beenden. Haase erklärte Ebert seine Unterstützung und beide leiteten Schritte zu Herbeiführung des Waffenstillstandes ein, welcher dann innerhalb kürzester Zeit auch erreicht wurde³.

Der Ausgang der Kämpfe im Berliner Regierungsviertel ist bekannt. Auf Vermittlung der Volksbeauftragten wurde ein „Waffenstillstand“ geschlossen. Die Truppen, die morgens das Feuer eröffnet hatten, verpflichteten sich, den Kampfplatz zu räumen und bekamen freien Abzug zugestanden. Letzteres erhielten sie nur aufgrund der Intervention der Regierung zu ihren Gunsten⁴. Obwohl auch die Matrosen sich verpflichtet hatten, in ihre Quartiere zurückzukehren, war der Rückzug des Generalkommandos Lequis aber nur auf dem Papier ehrenhaft. In Wirklichkeit bedeutete die Niederlage im Regierungsviertel eine Katastrophe. In den Augen der Bevölkerung handelte es sich offensichtlich um eine Kapitulation der Heeresleitung gegen revolutionäre Gewalten. Schon am Nachmittag des 24. Dezember besaß die Regierung keinerlei Truppen zum eigenen Schutz⁵. Die OHL erhielt am selben Tag ein Telegramm des Oberkommandos Lequis, in dem empfohlen wurde, das Generalkommando aufzulösen. Der Autor dieses Telegramms war der Stabschef des Generalkommandos Major Harbou. Der eigentliche Kommandeur General Lequis wurde bezeichnenderweise nicht einmal gebeten, seine Unterschrift unter die Auflösungserklärung seines eigenen Kommandos zu setzen⁶.

Mit dem Sturm auf das Kaiserliche Schloß erwies die OHL der Regierung und sich selbst einen Bärendienst. Erstens löste sie eine tiefe Regierungskrise aus, deren Ausgang in den Weihnachtstagen durchaus nicht so eindeutig war, wie es in der Retrospektive erscheint. Zweitens bedeutete die schlichte Tatsache der Niederlage einen ungeheueren Prestigeverlust der Regierung wie der Heeresleitung. Einerseits gab diese Niederlage allen radikalen Kräften in Berlin einen großen emotionalen Impuls. Andererseits erschwerte sie die Regierungsgeschäfte ungemein. Die Auflösung des Generalkommandos Lequis bedeutete, daß in der Reichshauptstadt traditionelle Truppen überhaupt nicht mehr zur Verfügung standen und daß die Regierung in

¹ **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 162f.

² Laut Müller-Franken begann die Sitzung aller Volksbeauftragten bereits „in der zehnten Morgenstunde“, **Müller-Franken, H.**, *Die Novemberrevolution*, S. 210f.

³ **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, S. 106f. Dittmanns Schilderung in: *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/2., S. 30-31.

⁴ Ebd.

⁵ **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1., S. 95.

⁶ Zum Wortlaut vgl. **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 163.

der Hauptstadt verschiedenen Milizen ausgeliefert war, deren politische Gesinnung sehr zweifelhafter Natur war. Die mit Abstand schwerstwiegendste Folge der Niederlage im Regierungsviertel bestand aber in der endgültigen Zerstörung der regulären Armee. Die Nachricht von der Kapitulation im Regierungsviertel wurde allgemein bekannt und hatte eine verheerende Wirkung auf die letzten verbliebenen Kader des alten kaiserlichen Heeres. Die letzten treu gebliebenen Soldaten verließen ihre Einheiten und gingen einfach nach Hause. Die Kenner der Materie stimmen darin überein, daß aus dem zwei Mio. zählenden Frontheer, welches Groener im September übernahm, unmittelbar nach der Weihnachtskrise so gut wie nichts mehr übrig geblieben war¹. Das Ausmaß des Debakels in Berlin ist schon darin sichtbar, daß die Nachricht davon in Kassel beinahe eine endgültige Katastrophe ausgelöst hatte. Sobald der Ausgang der Kämpfe in Berlin bekannt wurde, hielten die Offiziere der OHL eine Beratung ab, auf der beinahe beschlossen wurde, die Heeresleitung aufzulösen. Nur aufgrund einer energischen Intervention von Groener und Schleicher gelang es, diesen verhängnisvollen Beschluß zu verhindern. Schleicher erklärte den Offizieren, daß die Betrachtungsweise der Niederlage der Fronttruppen in Berlin einzig und alleine von der Haltung der OHL abhänge. „*Werfe man die Flinte ins Korn, so [bedeutet] dies den Untergang Deutschlands. Unter keinen Umständen [darf] man sich deshalb durch [die Niederlage vor dem Kaiserlichen Schloß] von dem Ziel der Wiederherstellung der Regierungsgewalt abbringen lassen. Handelt man so, dann wird die Berliner Niederlage nur eine Episode bleiben*“².

Indessen interessant zu vermerken ist die Tatsache, daß die an der Operation vor dem Kaiserlichen Schloß beteiligten Stabschefs keine Mittel gescheut hatten, um die Verantwortung für die Katastrophe auf die fremde Schulter zu laden. Bezeichnend hierfür ist insbesondere das Verhalten Groeners, der seine Mitarbeiter Schleicher und Harbou mit aller Kraft vor der Verantwortung gedeckt hatte. Beide Offiziere wurden genausowenig einer Befragung durch die Zivilbehörden unterzogen wie der berüchtigte Hauptmann Pabst, der als Stabsoffizier der Gardeschützendivision den Angriff auf die Volkssarinedivision geleitet hatte. In einer am 26. Dezember 1918 abgehaltenen Konferenz in der OHL erklärte Groener General Lequis und den preußischen Kriegsminister Scheüch zu den Hauptschuldigen der Niederlage, obwohl beide nachweislich nur Randfiguren gewesen waren³.

Kap. 15. Entscheidung im Januar

Wäre eine vergleichbare Niederlage der Regierung in Petersburg widerfahren, wäre ihr Sturz wohl kaum zu vermeiden gewesen. Aber die Niederlage der Regierungstruppen ereignete sich in Berlin unmittelbar vor dem Heiligen Abend und die Hauptbeteiligten am Sieg hatten keinerlei revolutionäre Ziele verfolgt. Die Matrosen der Volkssarinedivision dachten auch nicht im entferntesten daran, ihren Sieg zum Sturz der Regierung zu nutzen. Nachdem sie ihre Löhnung freigepreßt hatten, beruhigten sie sich. Viele Mannschaftsmitglieder gingen Weihnachten feiern. Zahlreiche von ihnen waren in Berlin zuhause. Laut verfügbaren Quellen ist es eindeutig, daß die Weihnachtskrise Berliner Radikale überhaupt unvorbereitet traf. Revolutionäre Obleute haben Weihnachten mit ihren Familien gefeiert und erfuhren von der Schießerei im

¹ Benoist-Méchin, J., *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1., S. 95f.

² Zitiert bei Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland*, S. 164.

³ Protokollarische Aufzeichnung der Konferenz von 28.12.1918, *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 2., S. 31f.

Regierungsviertel erst im Nachhinein. Ihre einzige Aktion bestand darin, daß sie eine Eilsitzung beriefen auf der beschlossen wurde, für den nächsten Tag eine Protestdemonstration abzuhalten¹. Was die Spartakusgruppe betraf, so hatte auch sie mit den Ereignissen im Regierungsviertel genauso wenig zu tun gehabt, wie die Revolutionären Obleute. Liebknecht war die ganze Nacht damit beschäftigt, eine Anklagenummer der „Roten Fahne“ herzustellen, die am nächsten Morgen mit Balkenüberschrift „Eberts Blutweihnacht“ überall in Berlin verteilt wurde². Ansonsten nahm er an der von den Revolutionären Obleuten organisierten Demonstration teil und hielt einige aufrührerische Reden³. Diese Protestdemonstration war aber alles andere als gefährlich. Abgehalten wurde sie erst am 25. Dezember, so daß die „Massen“ einen Tag Zeit hatten, um sich zu beruhigen. Auch war ihr Verlauf mehr als friedlich: Nach der abgehaltenen Kundgebung gingen die Menschen auseinander, um die Weihnachtstage mit ihren Familien zu verbringen⁴.

Was die Oberste Heeresleitung schließlich gerettet hatte, war ein glücklicher Zufall. Von diesem Zufall waren die Generalstabsoffiziere bei Beginn des Sturms auf das Kaiserliche Schloß aber nicht informiert gewesen. Die Sache war nämlich die, daß die Operation zur Auflösung der Volksmarinedivision bei der radikalen Linken nicht eine Einigung der Kräfte, sondern eine tiefe Krise auslöste⁵.

In den Regierungssitzungen der nächsten Tage offenbarte sich, daß die Volksbeauftragten der USPD nichts anderes erstrebten als möglichst schnell der Regierungsverantwortung zu entkommen⁶. Laut dem damaligen Sekretär in der Reichskanzlei Walter Oehme haben die sozialdemokratischen Volksbeauftragten noch einige Wochen vor der Weihnachtskrise damit begonnen, ihre drei Kollegen von der USPD auszuschalten: *„Vom Tage der Wahl des rein rechtssozialistischen Zentralrates [auf dem Reichsrätekongreß] begann in der Regierung ein offensichtliches Treiben gegen die drei unabhängigen Volksbeauftragten. Es war Tagesgespräch, daß ihr Rücktritt selbstverständlich sei... War schon vorher der ganze Apparat der Reichskanzlei in einseitiger Weise zugunsten der drei rechtssozialistischen Volksbeauftragten eingestellt, so arbeitete er seit jenem Tage nur noch für sie“*⁷. Wenn Oehmes Angaben zutreffen und Ebert und seine Mitarbeitern tatsächlich bemüht waren, die anderen drei Volksbeauftragten herauszudrängen, dann hätten sie sich alle Mühen sparen können. Schon sechs Tage nach den Kämpfen im Regierungsviertel erklärten alle drei USPD-Volksbeauftragte ganz unerwartet ihren Rücktritt und schalteten sich selbst aus⁸. Sie kündigten ihre Absichten bereits am 24. Dezember an. Dann stritten sie einige Tage lang fruchtlos mit ihren SPD-Kollegen über Recht und Unrecht des Schießbefehls vom 24. Dezember. Die Regierungssitzung zur Klärung der Schießerei im Regierungsviertel konnten die Volksbeauftragten der USPD erst am 28. Dezember erzwingen⁹. Anschließend riefen sie den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte als Schlichter an¹⁰ und nachdem dieses reine SPD-Gremium den Schiedsspruch im

¹ Müller, R., *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, S. 15f.

² Vgl. **Rote Fahne** vom 25.12.1918.

³ Müller, R., *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, S. 15f.

⁴ Ebd., **Drabkin, S.J.**, *Die Novemberrevolution*, S. 410f.

⁵ Ebd., **Drabkin, S.J.**, *Die Novemberrevolution*, S. 413f., **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 122f.

⁶ Protokollarische Berichte dieser Sitzungen sind abgedruckt bei *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/2., S. 33f.

⁷ Vgl. **Die Freiheit**, vom 27.12.1919.

⁸ **Drabkin, S.J.**, *Die Novemberrevolution*, S. 413f., **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 122f.

⁹ Protokolle der Regierungssitzungen von 28.12.1918 sind abgedruckt bei *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/2., S. 56-136.

¹⁰ Ebd.

Sinne der SPD gefällt hatte, traten sie aus der Regierung zurück¹. Das geschah am 29. Dezember und war selbst für die SPD im höchsten Maße unerwartet².

Die Gründe dieser Handlung der USPD sind umstritten³. Bis 23. Dezember war das Verhältnis der Unabhängigen in der Regierung zu ihren SPD-Kollegen durchaus ein gespanntes gewesen, so daß die Volksbeauftragten in zwei Blöcke zerfallen waren⁴. Andererseits war es trotz der Differenzen bis zum 23. Dezember gelungen, zwischen beiden Gruppen Kompromisse zu schließen, sobald es darauf ankam⁵. Selbst Barth, der die radikalsten Ansichten in der Regierung vertrat, war als Volksbeauftragter weit weniger kompromißlos, als man im allgemeinen glaubt. Obwohl Barth offensichtlich seine äußere Ähnlichkeit mit Trotzki zur Schau stellte, war er als Volksbeauftragter ehrlich bemüht, der Regierung loyal zu dienen. Wie die Herausgeber der Quellensammlung zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland hervorheben, kann man durchaus behaupten, „daß die üblichen Pauschalurteile, die über die Rolle Barths im großen Teil der Literatur zur Novemberrevolution zu finden sind, erheblicher Korrekturen bedürfen, und zwar aufgrund der Primärquellen, die eine differenziertere Betrachtungsweise erlauben“⁶. Da diese Behauptung auf die beiden anderen Volksbeauftragten der USPD Dittmann und Haase in noch größerem Maße zutreffend ist, ist es allgemein üblich, den plötzlichen Regierungsaustritt Haases, Dittmanns und Barths hauptsächlich mit zweierlei zu erklären. Einerseits wird darauf hingewiesen, daß der Regierungsaustritt durch die Basis erzwungen wurde. Andererseits wird betont, daß diese Handlungsweise unverkennbare Züge einer Überreaktion und politischen Kurzsichtigkeit aufwies⁷. Drei Tage später waren auch alle Mitglieder der Unabhängigen im Kabinett Preußens dem Beispiel Haases, Dittmanns und Barths gefolgt⁸.

Beim Austritt der USPD aus der Regierung handelte es sich formell um einen Protest gegen die Amtsführung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten und insbesondere gegen den sog. „Blankoscheck“, welcher den Militärs am Weihnachtstag den Sturm auf die Positionen der Volksmarinedivision ermöglicht hatte⁹. Andererseits sind in der Handlungsweise der USPD Züge unverkennbar, die auch für sozialdemokratische und liberale Parteien Rußlands bezeichnend waren. Es ist offensichtlich auch die Angst vor Verantwortung gewesen, welche die USPD bewog, die Regierungsgeschäfte so schnell wie möglich von sich zu weisen¹⁰. Seit der Schießerei im Regierungsviertel sahen die Unabhängigen für sich nur eine Alternative: Daß sie aus dieser Regierung heraus mußten. Wie ihr Vorstand Haase in diesen Tagen mehrmals betonte, wollte die USPD mit solch schrecklichen Vorgängen, wie sie sich am 24. Dezember ohne ihr Zutun abgespielt hatten,

¹ Der Forderungskatalog der USPD sowie die Antwort des Zentralrates sind abgedruckt bei **Barth, E.**, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, S. 115f. und **Ritter, G. A., Miller, S. (Hrsg.)**, *Die deutsche Revolution*, S. 167-169. Zur Begründungserklärung der USPD vgl. **Die Freiheit**, vom 28.12.1918.

² Ebd.

³ Vgl. *Quellen*, 1. Reihe Bd. 6/I., S. LXXII f., **Rosenberg, A.**, *Geschichte der deutschen Republik*, Karlsbad 1935, S. 55f.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/I., S. XL.

⁷ **Rosenberg, A.**, *Geschichte der deutschen Republik*, Karlsbad 1935, S. 55f.

⁸ Die Rücktrittserklärung vom 01.01.1919 ist abgedruckt bei **Kolb, E., Rürup, B. (Hrsg.)**, *Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland*, Leiden 1968, Bd. 1., S. 185f. Das einzige verbliebene Mitglied der USPD war nach dieser Aktion nur Polizeipräsident Emil Eichhorn.

⁹ Vgl. Protokolle der Regierungssitzungen von 28.12.1918, *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/2., S. 56-136. Zu den Zusammenhängen vgl. **Drabkin, S.J.**, *Die Novemberrevolution*, S. 413f., **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 122f.

¹⁰ Ebd.

nichts in Verbindung gebracht werden¹. Am liebsten wollte man also in die vertraute Stellung der Opposition zurückkehren und von dort aus, ohne Verantwortung zu tragen, Regierungsmaßnahmen bloßstellen². Gerade dies ist der USPD gründlich mißlungen.

Anders als Kerenskij und seine Partei SR hatte die SPD in dieser Situation durchaus gezeigt, daß sie gewillt ist, die Regierungsverantwortung auch alleine zu tragen. Bereits am 30. Dezember wurden an die Stelle der ausgeschiedenen USPD-Volksbeauftragten zwei Mitglieder der SPD, Wissell und Noske, gewählt und damit die Gefahr einer Regierungslosigkeit gebannt³. Die neue Regierung begann seit den ersten Stunden ihres Bestehens damit, eine entschlossene Politik zu verfolgen. Sie war vor allem nicht abgeneigt, aus dem Ausscheiden der USPD Nutzen zu ziehen. Unverzüglich nach dem Amtsantritt erließ diese neue Regierung die Proklamation, in der es unter anderem hieß: *„An das deutsche Volk! ... Die lähmende Zwiespältigkeit ist überwunden. Die Reichsregierung ist neu und einheitlich gebildet. Sie kennt nur ein Gesetz des Handelns: Über jeder Partei das Wohl, der Bestand, die Unteilbarkeit der deutschen Republik... Im Innern gilt es: Die Nationalversammlung vorzubereiten und ihre ungestörte Tagung sicherzustellen, für die Ernährung ernstlich Sorge zu tragen, die Sozialisierung im Sinne des Rätekongresses in die Hand zu nehmen, die Kriegsgewinne in der schärfsten Form zu erfassen, Arbeit zu schaffen und Arbeitslose zu unterstützen, die Hinterbliebenenfürsorge auszubauen, die Volkswehr mit allen Mitteln zu fördern, die Entwaffnung Unbefugter durchzusetzen. Das ist in großen Zügen unser Programm bis zur Nationalversammlung... Jetzt haben wir die Arbeitsmöglichkeit!... Uns die Arbeit! Euch allen aber die Mitarbeit! Der neue Freistaat ist unser aller Besitz. Helft ihn sichern!... Ohne [eure Unterstützung] bleibt jedes Programm Papier und Worte!... Wir kommen durch! Die Reichsregierung: Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Wissell“*⁴. Einige Momente dieses Aufrufes verdienen besondere Aufmerksamkeit. Die neue Regierung griff damit eindeutig in die Prärogativen der verfassungsgebenden Versammlung ein und deklarierte Deutschland als eine Republik. Dennoch lag der Verdienst dieses Aufrufes darin, daß er an die Staatlichkeitstradition in Deutschland appellierte und die Bürger zur aktiven Mitarbeit aufforderte. Dieses Dokument ist aber vor allem deshalb von besonderer Bedeutung gewesen, weil hier die neue Regierung sich nicht mehr als die Regierung der „Volksbeauftragten“, sondern als „Reichsregierung“ deklarierte. Das Wort „Revolution“ kam in diesem Aufruf nicht mehr vor. Statt dessen verkündete die Regierung als oberstes Ziel ihres Handelns, die Rückkehr zu geordneten Lebensbedingungen⁵. Mit dieser Politik hatten Ebert und seine Kollegen das Debakel der Regierungstruppen vor dem kaiserlichen Schloß binnen sechs Tagen in einen entscheidenden politischen Sieg verwandelt. Alle politischen Kräfte, die eine Radikalisierung der Revolution gewollt oder wenigstens mit ihr sympathisiert hatten, waren von nun an außen vor. Darin unterschied sich die Regierung Deutschlands von der Regierung Rußlands am Vorabend der entscheidenden Kämpfe wohl am meisten. Die Einheitlich gebildete Regierung war dem Einfluß revolutionärer Körperschaften entzogen und war überdies in der Lage, entschlossen zu Handeln⁶.

Die unmittelbare Folge dieser Entwicklung war der Zerfall der politischen Linken. Zur gleichen Zeit als die Regierung eine Konsolidierung erfuhr, befand sich die politische Linke in einer Phase der Auflösung. Am

¹ Ebd.

² Ebd.

³ **Rosenberg, A.**, *Geschichte der deutschen Republik*, S. 64f.

⁴ Der volle Text des Regierungsaufufes ist abgedruckt bei **Vorwärts**, vom 30.12.1918.

⁵ Vgl. **Rosenberg, A.**, *Geschichte der deutschen Republik*, S. 64f.

⁶ **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 128f.

30. Dezember trennte sich die Spartakusgruppe endgültig von der USPD und konstituierte sich als Kommunistische Partei Deutschlands¹. Diese Gründung vollzog sich im Streit mit anderen politischen Gruppierungen der Linken, wie auch im Inneren der Partei. Das Ausscheiden des Spartakusbundes aus der USPD stieß die Unabhängige in eine tiefe Identitätskrise². Zugleich verkrachte sich diese von Paul Levi, Karl Liebknecht, Wilhelm Pieck und Rosa Luxemburg hauptsächlich getragene Gründung mit den Revolutionären Obleuten, die bei der Gründung der KPD nicht mitmachen wollten und die Kampfmethoden des Spartakusbundes schon immer für dilettantisch hielten³. Selbst auf dem Gründungskongreß der KPD offenbarte sich, daß diese Partei keinerlei Ähnlichkeiten mit der von Lenin jahrzehntelang beherrschten Bolschewiki hatte. Die Basis der KPD verlangte nach sofortiger Aktion und forderte die gewaltsame Machtübernahme. Die Führung der KPD war hingegen unschlüssig und sah vor sich noch einen langen Weg bis zur Machtübernahme⁴. Überdies war sie nicht in der Lage, die Basis wirksam zu kontrollieren⁵. Die KPD steckte in der Gründungsphase: Sie besaß nur eine schwächliche Parteiorganisation und ihre Unterstützung bei der Bevölkerung war mehr als ungewiß⁶.

Die USPD war seit der Abspaltung des Spartakusbundes hauptsächlich mit dem Ausscheiden aus der Regierung beschäftigt und tief in sich zerstritten. Ihr linker Flügel tendierte in Richtung der KPD, ihr rechter Flügel aber strebte eine Wiedervereinigung mit der SPD an. Dieser inneren Spannung sollte die USPD sich später als nicht gewachsen zeigen. Überdies war das Verhältnis der USPD zu den Revolutionären Obleuten gespannt. Diese griffen die USPD scharf an, als Regierungskoalitionspartei versagt zu haben. Aus Protest hielten sie nicht einmal Abstand von Mitgliedern der eigenen Führungsriege und schlossen ihren bisherigen Vertreter in der Regierung Emil Barth aus ihrer Organisation aus⁷. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die politische Linke am Vorabend der entscheidenden Ereignisse im Januar handlungsunfähig war. Diese Handlungsunfähigkeit war übrigens nicht ohne eigene Schuld zustande gekommen: Die politische Linke hatte sich bis Ende Dezember selbst ausmanövriert⁸.

Aber während die politische Linke zerfiel, bildete sich in Berlin noch in den Weihnachtstagen eine hochexplosive Stimmung. Die ersten bedrohlichen Vorzeichen dieser Stimmung waren bereits am 29. Dezember deutlich sichtbar. An diesem Tag wurden die in den Kämpfen vor dem Schloß gefallenen Matrosen beerdigt. Die Beerdigung entlud sich in eine Massendemonstration, die in solchem Umfang seit dem 9. November in Berlin niemand gesehen hatte. Laut einigen Augenzeugenberichten handelte es sich um einen tausende zählenden Trauerzug - erbittert trauernde Arbeiter⁹. Der Demonstrationzug war unbewaffnet, aber auf mitgebrachten Plakaten wurden vielfach die Volksbeauftragten Ebert, Landsberg und Scheidemann als

¹ Ausführlich hierzu vgl. *Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919*, Berlin 1919. Zu den Zusammenhängen vgl. **Waldman, E.**, *Spartakus. Der Aufstand von 1919 und die Krise der deutschen sozialistischen Bewegung*, Boppard 1967, S. 170-231, **Drabkin, S.J.**, *Die Novemberrevolution*, S. 443f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Ebd., **Rosenberg, A.**, *Geschichte der deutschen Republik*, S. 61f., Referat von R. Luxemburg auf dem Gründungsparteitag und die Diskussion über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, **Bericht über den Gründungsparteitag**, S. 9f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd. Barth arbeitete nach der Revolution kurze Zeit als Gewerkschaftsfunktionär, kehrte aber dann bezeichnenderweise in die SPD zurück, *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/I., S. XL.

⁸ Ebd.

⁹ **Müller, R.**, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, S. 20f., **Oehme, W.**, *Damals in der Reichskanzlei*, S. 235f.

„Verräter“ und „Mörder“ gebrandmarkt¹. Die Stimmung in diesem Trauerzug war insofern bedrohlich, als viele zersprengte Reservisten der Berliner Garnison daran beteiligt waren. Andererseits muß hervorgehoben werden, daß die von den linken organisierten Massenkundgebungen selbst in dieser Situation keinesfalls gewalttätig waren. Als die Demonstrationen Anhängern der SPD begegneten, kam es in der Regel nur zur feindlichen Repliken. Gewalttätige Zusammenstöße wurden am 29. Dezember in Berlin nirgends registriert².

Was die Oberste Heeresleitung anbelangt, so befand sie sich nach dem Debakel am 24. Dezember ebenfalls in einem bedenklichen Zustand. Aus einigen Überlieferungen geht hervor, daß die Stimmung in Wilhelmshöhe am Vorabend der Januarereignisse nicht viel anders gewesen war als die Stimmung der gehobenen Schichten Petersburgs am Vorabend der Soldatenmeuterei. Aus Tagebucheinträgen Thaers geht hervor, daß die OHL „*der allgemeinen Tanzwut ergriffen [war, wobei] Groener und Schleicher voran an den Feiertagen mit Stenographistinnen getanzt [haben]*“³. Nach der Niederlage vom 24. Dezember hatte man sich in Wilhelmshöhe umorientiert und hoffte, die Wende nicht mehr mit regulären Truppen, sondern mit Formationen von Freiwilligen herbeizuführen⁴.

Diese Einheiten befanden sich aber erst in der Aufbauphase und waren noch nicht einsatzfähig. Obwohl die OHL noch während der Rückführung der Truppe von der Westfront die Bildung freiwilliger Formationen empfohlen hatte, war seitdem zur praktischen Umsetzung dieses Vorhabens nicht viel geschehen. Alle berühmten Führer der Freikorps beschuldigten später einstimmig Groener des „Versagens“⁵ und das nicht ohne Grund. Die OHL hatte bis zum Schluß keinerlei einheitliche Richtlinien für die Freikorps ausgearbeitet, so daß die aufgestellten Einheiten vielfach militärische Privatorganisationen waren⁶.

So war die Situation in Deutschland gekennzeichnet, als es in der Woche vom 5. bis 12. Januar 1919 in Berlin zur Krise kam, die das Schicksal der deutschen Revolution endgültig entschied⁷. Obwohl diese Woche in der Geschichtsschreibung des öfteren als „Spartakuswoche“ beschrieben wird, in der ein „bolschewistischer“ Aufstand gegen die parlamentaristische Demokratie stattgefunden hatte, bedarf diese Sichtweise Korrekturen. Was in dieser Woche vor sich ging, war in erster Linie ein Versuch der Arbeiterschaft Berlins, ihren Einfluß der Regierung gegenüber noch einmal geltend zu machen. Und zwar auf dieselbe Weise wie am 9. November 1918, als Massendemonstrationen der Berliner Arbeiterschaft den Kanzler Max von Baden zum Rücktritt, den Kaiser zur Abfahrt nach Holland gezwungen hatten. Der 5. Januar war im Prinzip nichts anderes als ein zweiter 9. November. Aber was im November der Arbeiterschaft Berlins spielend leicht gelungen war, scheiterte zwischen dem 5. und dem 12. Januar völlig. Es scheiterte teilweise deshalb, weil die Führung der Kundgebungen, die wiederum in den Händen der Revolutionären Obleute (und nicht der KPD) lag, noch planloser operierte als damals. Hauptsächlich aber daran, daß die Regierung und die OHL anders als bei den Ereignissen des 9. November sich entschlossen hatten, Gewalt anzuwenden⁸.

¹ Ebd.

² Ebd.

³ **Thaer, A., von, Generalstabdienst**, S. 283f.

⁴ Vgl. Protokollarische Aufzeichnung der Konferenz von 28.12.1918, *Quellen*, 2. Reihe, Bd. 2., S. 31f.

⁵ Vgl. **Maercker, G., Vom Kaiserheer zur Reichswehr**, S. 40f.

⁶ Ebd.

⁷ Zu den Zusammenhängen des Januaraufstands vgl. **Müller, R., Der Bürgerkrieg in Deutschland**, S. 15f., **Bernstein, E., Die deutsche Revolution**, S. 128f., **Waldman, E., Spartakus**, S. 213, **Rosenberg, A., Die Entstehung der deutschen Republik**, S. 61f.

⁸ Ebd.

Der Anlaß zur Massenexplosion war trivial. Seit der Befreiung von Otto Wels aus der Gefangenschaft der Volksmarinedivision ist sein Stabschef Anton Fischer von der Regierung zum neuen Militärkommandanten Berlins ernannt worden. Fischer war früher Kapuzinermönch, verließ später jedoch den Orden, engagierte sich in der SPD und wurde im Weltkrieg zum Offizier der Reserve¹. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Fischer, nachdem er zum Kommandanten von Berlin ernannt worden war, in erster Linie darauf bedacht war, seine Position zu festigen². Jedenfalls war Fischer in der Lage, sich den Posten des Berliner Kommandanten zu erkämpfen, obwohl die Regierung bereits einen Militär zum Nachfolger von Wels ernannt hatte. Als dieser Militär, der Kommandeur des 4. Garderegiments Oberst Reinhard in der Kommandantur vorstellig wurde, ist ihm die Amtsübergabe von Fischer verweigert worden³. Da die Reichsregierung zu schwach war, den Beschluß durchzusetzen, ist Fischer als Kommandant von Berlin geblieben⁴. Indessen war Fischer sehr engagiert, den letzten Vertreter der USPD in der preußischen Landesregierung, den Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, zum Sturz zu bringen. Da Eichhorn für seinen Sessel mit ähnlichen Methoden kämpfte und sich rundweg weigerte, den Posten zu verlassen, versuchte Fischer, ihn herauszudrängen, indem er einfach Eichhorns Wachen bestechen ließ⁵. Am 4. Januar erwirkte Fischer beim preußischen Innenminister Hirsch die Herausgabe einer Anordnung, wonach Eichhorn vom Posten des Berliner Polizeipräsidenten für abgesetzt erklärt wurde⁶. Zu Eichhorns Nachfolger wurde vom preußischen Innenminister der Mehrheitssozialist Eugen Ernst ernannt. Als aber Fischer und Ernst im Berliner Polizeipräsidium erschienen, um Eichhorn abzusetzen, ist ihr Plan insofern gescheitert, als die bestochenen Wachen sich geweigert hatten mitzuarbeiten⁷. Eine zeitlang versuchten dann Fischer und Ernst Eichhorn zur Amtsübergabe zu überreden, wobei beide Sozialdemokraten nach eigenen Stellungnahmen bemüht waren, „freundlich“ zu erscheinen: „*Du weißt, daß [Ernst] von der Regierung als Polizeipräsident eingesetzt worden [ist]. Sei so gut und mache keine Schwierigkeiten. [Wir] bitten dich, die Regierungsgeschäfte zu übergeben*“⁸. Beide Sozialdemokraten mußten aber ihre Bemühungen bald einstellen. Eichhorn erklärte ihnen einfach, daß er seine Absetzung nur vom Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte akzeptieren würde⁹. Da Eichhorn seine Argumentation schon zu Beginn der Debatte mit einem Revolver auf dem Tisch untermauerte¹⁰, ist für Fischer „*die Sache immer ungemütlicher*“¹¹ geworden. Beide Sozialdemokraten verließen schleunigst das Polizeipräsidium und suchten das Weite. Eichhorn aber vergaß den Vorfall nicht und wandte sich wegen Unterstützung an die Berliner Ortsgruppe seiner Partei¹².

¹Vgl. Müller, R., *Der deutsche Bürgerkrieg*, S. 28f., Fischer, A., *Die Revolutions-Kommandantur*, Berlin 1922.

²Zu den Verhältnissen in der Berliner Kommandantur nach der Entlassung von Wels vgl. *Quellen*, 1. Reihe, Bd. 6/II., S.37f., Oerzen, F., *Die deutschen Freikorps*, S. 259f.

³Vgl. Reinhard, W., *Die Wehen der Republik*, Berlin 1933, S. 54f., Fischer, A., *Die Revolutions-Kommandantur*, S. 49f. Und insbesondere den Bericht des Untersuchungsausschusses über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, in: *Sitzungsberichte der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung*, Bd. 15, S. 7689f.

⁴Ebd.

⁵Oerzen, F., *Die deutschen Freikorps*, S. 259f.

⁶Hirsch, P., *Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen*, Berlin 1929, S. 133f.

⁷In einigen Quellen wird Fischers Besuch des Polizeipräsidioms mit dem 5. Januar datiert. Fischer selbst erklärte, daß er und Ernst am 4. Januar bei Eichhorn erschienen waren. Vgl. Fischers Aussage im Ledebour-Prozeß, *Der Ledebour-Prozeß*, Berlin 1919, S. 463f., *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 3., S. 59f.

⁸Fischers Aussage im Ledebour-Prozeß, ebd.

⁹Ebd.

¹⁰Vgl. Ebd., Oehme, W., Caro, K., *Schleichers Aufstieg*, S. 43f.

¹¹Ebd.

¹²Eichhorns Schilderung, Eichhorn, E., *Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januarereignissen*, Berlin 1919.

Schon am Abend desselben Tages trafen sich im Polizeipräsidium der Vorstand der Berliner USPD, die Revolutionären Obleute und zwei frischgebackene Führungsleute der KPD, Liebknecht und Pieck, um die neue Situation zu beraten¹. Da man befürchtete, daß Fischer und Ernst von dem sozialdemokratisch dominierten Vollzugsrat leicht eine neue Entlassungsurkunde erwirken würden, wurde der Beschluß gefaßt, sich gegen eine Absetzung Eichhorns zur Wehr zu setzen. Alles, was der in diesem Augenblick im Polizeipräsidium debattierenden Linken aber einfiel, war der Aufruf zu einer Protestdemonstration, welche schon am nächsten Tag abgehalten werden sollte². Unverzüglich wurde der Text des Aufrufes geschrieben und noch am selben Abend überall in der Hauptstadt verklebt: *„Achtung! Arbeiter!.. Die Regierung Ebert Scheidemann hat ihr revolutionsfeindliches Treiben zu einem neuen niederträchtigen Anschlag gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Großberlins gesteigert: Sie versuchte, den Polizeipräsidenten Eichhorn in heimtückischer Weise aus seinem Amte zu drängen... Die Regierung Ebert-Scheidemann will damit... in Berlin ein Gewaltregiment gegen revolutionäre Arbeiterschaft aufrichten... Arbeiter! Parteigenossen! Das könnt, das dürft Ihr nicht dulden! Heraus darum zu wuchtigen Massendemonstrationen. Zeigt den Gewalthabern von heute eure Macht. Sammelt euch heute Sonntag [den 5. Januar] um 2 Uhr zur imposanten Massenkundgebung in der Siegesallee“*³. Dann gingen die Führer der linken Parteien auseinander, ohne auch nur zu ahnen, daß sie am nächsten Tag ihr blaues Wunder erleben würden.

Obwohl in dem Aufruf zu einer Massenkundgebung um 14 Uhr aufgerufen wurde, ist Berlin nach Augenzeugenschilderungen schon in den frühen Stunden des Tages nicht wiederzuerkennen gewesen. Das gesamte öffentliche Leben wurde lahmgelegt. Schon am Vormittag strömten aus allen Arbeitervorstädten riesige Marschkolonnen in Richtung Stadtzentrum. Niemand hatte die strömenden Massen an diesem Vormittag gezählt, aber die zeitgenössischen Quellen stimmen darin überein, daß gegen Mittag die Straßen von einer Menschenmenge gefüllt wurden, die in die Hunderttausende ging⁴. Um 14 Uhr standen die herbeigerufenen Menschen Kopf an Kopf, nicht nur in der Siegesallee, sondern quer durch den Tiergarten, die Linden entlang, auf dem Schloßplatz und von dort die Königstraße hinunter bis zum Alexanderplatz, wo das Polizeipräsidium lag⁵. Im Gegensatz zu 9. November war die Massenkundgebung des 5. Januar keine friedliche Versammlung mehr, sondern ein Aufmarsch. Ein beträchtlicher Teil der Demonstranten war bewaffnet. Die Photographien des Tages zeigen aber andererseits, daß bei den Kundgebungen am 5. Januar anders als während der Arbeiteraufmärsche in Rußland das asoziale Element so gut wie überhaupt nicht vertreten war⁶. Die Arbeiter demonstrierten feierlich angezogen⁷. Trotzdem waren diese Demonstranten alles andere als friedlich eingestellt. Nachdem sie sich Reden angehört hatten - wobei laut Augenzeugenberichten aufgrund fehlender Lautsprechanlagen die meisten gar nichts von dem Gesagten verstanden⁸ - gingen die Massen keineswegs auseinander. Genauso wie nach der Bekanntgabe der kaiserlichen Abdankung am 9. November ergriffen auch jetzt einzelne willkürlich zusammengesetzte Gruppen die Initiative und begannen mit der Besetzung öffentlicher

¹ Ebd., S. 67-69f., **Pieck, W.**, *Erinnerungen an die Novemberrevolution*, in: *Gesammelte Reden und Schriften*, S. 463f., **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 134f.

² Ebd.

³ Voller Text des Aufrufes ist abgedruckt bei **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 134.

⁴ **Oehme, W.**, *Damals in der Reichskanzlei*, S. 295f.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. **Institut für Marxismus-Leninismus(Hrsg.)**, *Die Novemberrevolution in Bildern und Dokumenten*, Berlin 1958.

⁷ Ebd.

⁸ Vgl. **Kessler, H., Graf, von**, *Tagebücher 1918-1937*, Frankfurt a. M. 1961, S. 92f.

Häuser¹. Es ist später behauptet worden, daß die Spitzel der Polizei bei diesen Aktionen ihre Hand im Spiel gehabt hätten². Mag dies für Einzelfälle auch zutreffend gewesen sein. Unmöglich aber hätten die Polizeispitzel so massenhafte Aktionen auf die Beine stellen können, wenn nicht die Demonstranten in ihrer Masse selbst zur Tat entschlossen gewesen wären³. Schon am frühen Nachmittag hatte sich aus der „imposanten Massenkundgebung“ eine bewaffnete Aktion entwickelt, die es offensichtlich auf die Zeitungsviertel Berlins abgesehen hatte. Alle großen Verlagshäuser Berlins, sowie die Zeitungsredaktionen - Ullstein, Scherl, Mosse, Vorwärts, Berliner Tageblatt - wurden besetzt, die Maschinen stillgelegt, die Redaktionen nach Hause geschickt. Später besetzten bewaffnete Gruppen alle großen Bahnhöfe und das Wolfissche Telegraphenbüro. Eine Gegenwehr hatten die Aktivisten an diesem Tag genausowenig vorgefunden wie die Demonstranten am 9. November. Die Übernahme der Gebäude verlief deshalb genauso wie am 9. November zuerst ohne blutige Exzesse. Noch in der Nacht waren überall in der Berliner Innenstadt aufgeregte Züge unterwegs, auf der Suche nach strategischen Zielen, die es zu besetzen galt. Gegen Mitternacht war die gesamte Stadt in den Händen der bewaffneten Demonstranten⁴.

Die Erfahrungen der bolschewistischen Putschversuche hatten gezeigt, daß die Unbeherrschbarkeit der „Massen“ die Machtergreifung nur erschwerte⁵. Aus diesem Grund hatte Lenin, als er im Oktober 1917 den entscheidenden Versuch gewagt hatte, auf die Unterstützung des „Volkes“ verzichtet und stattdessen auf bestimmte Mechanismen gebaut. Der wichtigste Bestandteil seiner Taktik bestand jedoch in der politischen Vorbereitung des Oktoberputsches. Da offene Machtergreifungen im April und in Juli 1917 gescheitert waren und beide Male bolschewistische Demonstrationen nur Gegenschläge der „Konterrevolution“ provoziert hatten, eroberten die Bolschewiki die Macht im Namen der von ihnen manipulierten Räte. Am Vorabend des Putsches beherrschte Lenin seine Partei vollkommen und hatte zusammen mit Trotzki eine zielstrebige Politik verfolgt⁶. In Deutschland waren die Revolutionäre aber bereits rein technisch gesehen von der Organisation der Bolschewiki meilenweit entfernt. Aus den Überlieferungen der deutschen Revolutionäre geht eindeutig hervor, daß niemand mehr von dem gewaltigen Aufmarsch am 5. Januar überrascht war, als die Leute, die ihn ausgelöst hatten. Sie hatten keine Ahnung gehabt, was für eine Lawine sie lostraten, weshalb die den ganzen Tag über nicht in der Lage waren, eine zielstrebige Politik zu betreiben. Vor dem 5. Januar besaß keine politische Gruppierung der Linken auch nur annähernd etwas, was einem detaillierten Plan entsprochen hätte und wußte nicht einmal, was man eigentlich bezweckte⁷. Erst am Abend des 5. Januar versammelten sich im Polizeipräsidium 86 Anführer der politischen Linken, um über die Vorgehensweise zu beraten⁸. Unter den Versammelten waren 10 USPD-Vorstandsleute, 70 Revolutionäre Obleute und mit Pieck und Liebknecht nur zwei Abgesandte der frischgebackenen KPD⁹. Außerdem waren drei Personen erschienen, die sich ermächtigt

¹ Ebd.

² *Verfassunggebende Preußische Landesversammlung 1919/1921. Untersuchungsausschuß*, S. 35f., S. 46 und 1523, *Der Ledebour-Prozeß*, S. 170, 483, 519, 607, 745f.

³ Laut Ledebour war die Stimmung der Regierungsgegner in Berlin so, „daß die Massen zur Aktion drängten, daß ihre Geduld erschöpft war“, ebd., S. 53.

⁴ Ebd.

⁵ **Suchanov, N.**, *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 393-468f.

⁶ **Suchanov, N.**, *Tagebuch der russischen Revolution*, S. 561-620f.

⁷ **Drabkin, J.S.**, *Die Novemberrevolution*, S. 488f.

⁸ Vgl. **Eichhorn, E.**, *Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium*, S. 69f., **Müller, R.**, *Der deutsche Bürgerkrieg*, S. 32f., **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 135f., **Waldman, E.**, *Spartakus*, S. 228f.

⁹ Ebd.

gefühlt hatten, im Namen der Berliner Garnison zu sprechen¹. Die Konferenz stand nach dem Bericht eines Teilnehmers, „ganz im Banne der gewaltigen Massendemonstration... Die Redner überboten sich gegenseitig mit Kraftworten und Forderungen“². Aus demselben Augenzeugenbericht konnte man aber auch entnehmen, daß die versammelten Revolutionsführer sich „[un]schlüssig [waren], was weiter geschehen mußte“³.

Der entscheidende Wendepunkt dieser Versammlung war die Rede des Kommandeurs der Volksmarinedivision Dorrenbach, die allerdings bar jedes Wirklichkeitssinnes war. Dorrenbach erklärte den Versammelten, daß die Berliner Garnison den Sturz der Regierung uneingeschränkt begrüßen würde und stellte die tatkräftige Unterstützung der Volksmarinedivision sowie der Garnisonsoldaten in Aussicht⁴. Darüber hinaus erklärte Dorrenbach, daß die Truppen in Spandau mit 200 Maschinengewehren und Kanonen zum Sturz der Regierung bereit stünden und die Garnison von Frankfurt an der Oder sich ebenfalls beteiligen würde. Dieser Stellungnahme Dorrenbachs erfüllte die Versammelten mit Euphorie und erzeugte eine Stimmung, „die keine objektive Stellungnahme aufkommen ließ“⁵. Obwohl die beiden andere Soldatenvertreter Dorrenbachs Stellungnahme in Abrede gestellt hatten und einer von ihnen (Albrecht) erklärte, daß die Truppen sich keinesfalls am Unsturz beteiligen werden, wurden sie überhört. Liebknecht erklärte den Versammelten, daß angesichts der neuen Situation die ursprüngliche Ziele der Protestkundgebung überholt waren. Er forderte den Sturz der Regierung und wurde dabei von Ledebour unterstützt⁶. Dennoch verstrickte man sich in fruchtlose Debatten. Nach dem Zeugnis Richard Müllers konnte die Versammlung stundenlang keinen Entschluß fassen, und zwar deshalb, „weil niemand klar umgrenzte Maßnahmen [vorgeschlagen hatte]“⁷.

Schließlich einigte man sich darauf, eine Abstimmung durchzuführen. Infolge dieser Abstimmung wurde mit nur sechs Gegenstimmen beschlossen, den Kampf zum Sturz der Regierung aufzunehmen. Dann wurde dem Beispiel der Bolschewiki folgend ein „Provisorischer Revolutionsausschuß“ gewählt, der genauso wie Lenins „Milrevkom“ den Putsch leiten sollte. Dieser „Provisorische Revolutionsausschuß“ bestand aber aus nicht weniger als 53 Mitgliedern. An seiner Spitze stand ein aus Liebknecht, Ledebour und Paul Scholze gebildetes Triumvirat, dessen Mitglieder „gleichberechtigt“ waren⁸. Dieser Revolutionsausschuß erklärte mit seiner ersten Handlung die Regierung für gestürzt und Regierungsgeschäfte für übernommen⁹. Tatsächlich hatte er aber weder die Regierungsgeschäfte noch auch nur die Geschäfte der draußen demonstrierenden Regimegegner übernommen. Die einzige Tat, die der „provisorische Revolutionsausschuß“ in dieser Nacht zustande brachte, war der Aufruf an die Berliner Bevölkerung, am nächsten Tag, dem 6. Januar noch eine Massendemonstration „um 11 Uhr an der Siegesallee“ zu veranstalten¹⁰. Dann verharrte dieses Gremium in einer unerklärlich passiven Stellung und ließ die Initiative aus den Händen gleiten. Laut einer gut unterrichteten

¹ Ebd.

² Müller, R., *Der deutsche Bürgerkrieg*, S.32f., Drabkin, S.J., *Die Novemberrevolution*, S. 486f.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Müller, R., *Der deutsche Bürgerkrieg*, S.33.

⁶ *Der Ledebour-Prozeß*, S. 53, Pieck, W., *Erinnerungen an die Novemberrevolution*, in: *Gesammelte Reden und Schriften*, S. 114f.

⁷ Ebd., Müller, R., *Der deutsche Bürgerkrieg*, S.33.

⁸ Vgl. Ebd., Oehme, W., *Damals in der Reichskanzlei*, S. 295f.

⁹ Der Text der Proklamation des Revolutionsausschusses ist abgedruckt bei Michaelis, H., Schraepfer, E. (Hrsg.), *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch*, Bd. 3., S. 63.

¹⁰ Der Text des Aufrufes, ebd.

Quelle gingen seine Mitglieder am diesem Abend einfach nach Hause¹. Die Straßen Berlins waren zu diesem Zeitpunkt bereits leer geworden. Die Mehrheit der Demonstranten war ebenfalls diesem Beispiel gefolgt.

Wie aus verfügbaren Quellen ersichtlich ist, war dies wohl einer der entscheidenden Fehler der Putschisten gewesen. Die Regierung war zu diesem Zeitpunkt alles andere als stark genug gewesen, einer entschlossenen Aktion auch nur den geringsten Widerstand zu leisten. Freilich: Nirgendwo in Deutschland hätte ein Putsch der politischen Linken in der Hauptstadt Zustimmung gefunden. Einige Führer der KPD, wie Luxemburg hatten davor gewarnt, in Berlin Macht zu ergreifen². Aber Tatsache bleibt auch, daß zumindest in der Hauptstadt ein Putsch durchaus im Bereich des Möglichen war. Die Regierung war am 5. Januar gegen Abend in der Hauptstadt gefangen. Seitdem die Demonstranten das öffentliche Leben der Hauptstadt lahmgelegt hatten, erstreckte der Machtbereich der Regierung sich nur über das Regierungsviertel. Die Reichsregierung war vom übrigen Land total abgeschnitten. Am 4. Januar hatte Ebert mit Noske in der Berliner Umgebung stationierte Formationen der Freikorps besichtigt. Ihre Freude darüber, daß der Regierung nun „richtige Soldaten“ zur Verfügung standen, erwies sich jedoch als eine Seifenblase³. Als Ebert Groener in diesen Tagen um Hilfe ersuchte, stellte sich heraus, daß die OHL ihr Bündnis mit den Sozialdemokraten recht einseitig auffaßte. In mehreren Telefongesprächen erklärte Groener, daß die Formationen der Freiwilligen noch nicht einsatzbereit waren und weigerte sich, die Freikorps zur Verfügung zu stellen⁴. Selbst am Abend des 5. Januar, als der „revolutionäre Ausschuß“ die Regierung für abgesetzt erklärt hatte, teilten die Militärs mit, daß sie Freikorps nicht früher als in einer Woche hergeben würden. Aus den Recherchen des Archivrats Volkmann geht hervor, daß die Regierung nicht zuletzt aufgrund dieser Nachrichten sich in der Nacht zum 6. Januar für machtlos hielt⁵*. Zuhause zu übernachten fürchtete man sich und auch in der Reichskanzlei wollte man nicht bleiben. Übernachtet hatte die Regierung in dieser Nacht deshalb „in einem befreundeten [Wirts]haus“, in dem sie sich „bis spät nach Mitternacht die Köpfe nach Ausweg zermartert“ hatte⁶.

Am zweiten Tag des Putsches, am Montag, den 6. Januar waren die „Massen“ noch zahlreicher auf den Straßen erschienen⁷. Der ausgerufenen Generalstreik legte die gesamte Hauptstadt wie am Vortag lahm. Die Innenstadt war prall mit Demonstranten gefüllt, die sich noch entschlossener gebärdeten, als am Tag zuvor⁸. Anscheinend waren die Demonstranten an diesem Tag siegessicher. Gestern hatten sie wie im Spiel Macht gezeigt und jetzt glaubten sie, noch erfolgreicher zu sein. Jetzt erwarteten sie eine Entscheidung und glaubten an den Erfolg ihres „Provisorischen Revolutionsausschusses“⁹. Wieder formierten sich Gruppen von Aktivisten und begannen damit, einzelne strategische Gebäude einzunehmen. Aber die Masse wartete auf Anweisungen der Führung¹⁰. Ohne diese Anweisungen wagte niemand, richtig wichtige Regierungsgebäude zu stürmen. Entgegen allen Erwartungen aber ließ die Führung des Putsches aber nichts von sich hören. Der

¹ Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland*, S. 176f.

² Rosenberg, A., *Geschichte der deutschen Republik*, S. 61f.

³ Zur der Truppenbesichtigung in Zossen, vgl. Wheeler-Bennett, J., *Die deutsche Armee in der Politik*, S. 57f., Maercker, G., *Vom Kaiserheer zur Reichswehr*, S. 64f.

⁴ Vgl. Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland*, S.170f., Oehme, W., *Damals in der Reichskanzlei*, S. 281f.

⁵ Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland*, S. 177f. Eine ähnliche Ansicht vertrat auch Noske: „Wenn die Scharen entschlossene, zielklare Führer gehabt hätten, an Stelle von Schwadronneuren, hätten sie am Mittag diesen Tages Berlin in der Hand gehabt“, Noske, G., *Von Kiel bis Kapp*, S. 67-73.

⁶ Volkmann, E., O., *Revolution über Deutschland*, S. 177.

⁷ Rasmuss, H., *Die Januarkämpfe 1919 in Berlin*, Berlin 1956, S. 20f.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.

¹⁰ Oehme, W., Caro, K., *Schleichers Aufstieg*, S.43f.

Revolutionsausschuß tagte den ganzen Tag über ununterbrochen. Die Stunden vergingen, von irgendwelchen Befehlen hörte aber niemand¹. Das Wetter begann am Nachmittag umzuschlagen. Der kurze Wintertag, der mit schönem Sonnenschein begonnen hatte, nebelte sich ein. Gegen Abend wurde es naßkalt und ungemütlich². Und es kam immer noch kein Befehl. Laut Augenzeugenberichten begannen die „Massen“ schon am frühen Nachmittag, sich zu lichten. Am späten Nachmittag verstärkte sich diese Tendenz, so daß am Abend die Straßen von Berlin bereits leer waren. Es waren nicht zuletzt Hunger und Kälte, die die Entschlossenheit der Demonstranten gelähmt hatten und sie nach Hause zwangen. Am Abend des 6. Januar war die gesamte Massenbewegung in Berlin zusammengebrochen³. Nur einzelne bewaffnete Gruppen harrten noch in den besetzten Verlagshäusern aus⁴.

Was war geschehen? Vor allem dies: Die Führung der Putschisten hatte vollkommen versagt und je deutlicher das Versagen wurde, desto weniger wollte die Berliner Garnison mit dem „Provisorischem Revolutionsausschuß“ in Verbindung gebracht werden. Die Berliner Garnison verhielt sich anfangs nicht viel anders als sein Äquivalent in Petersburg in den Tagen der bolschewistischen Machtergreifung. Die Reservisten nagten an der Regierung, diskutierten stundenlang, für welche Seite sie Partei ergreifen sollten. Sie hatten aber keine Lust, ihr Leben einem Risiko auszusetzen. Schließlich erklärten sie sich für „neutral“⁵. An dieser Abfuhr waren die Putschisten allerdings teilweise auch selbst schuld. Der „Provisorische Revolutionsausschuß“ agierte schon seit den frühen Stunden des Tages so ungeschickt, daß er die letzte Hoffnung, in Berlin die Macht zu ergreifen, endgültig untergrub. In den Morgenstunden hatten die Putschisten z. B. noch gar keinen Stab für ihre Tätigkeit. Am Vormittag war der gesamte dreiundfünfzigköpfige Revolutionsausschuß aus dem Polizeipräsidium in das Hauptquartier der Volksmarinedivision, den Marstall, gezogen. Kostbare Zeit wurde dadurch vergeudet. Im Marstall angelangt hatten die Putschisten festgestellt, daß die Matrosen von der ihnen zuteil gewordenen „Ehre“ keinesfalls erfreut waren und bedenklich stark dazu neigten, ihre Volksmarinedivision für „neutral“ zu erklären⁶. Der „Provisorische Revolutionsausschuß“ hatte keine eigenen Kader, auf die er mit Sicherheit bauen konnte. Als z. B. am Vormittag des 6. Januar die Putschisten das Gebäude des Kriegsministeriums besetzen wollten, schickten sie eine bewaffnete Formation, deren Gesinnung niemanden im Revolutionsausschuß bekannt war. Zum Anführer dieser Formation ernannten sie einen Matrosen, der ihnen rein zufällig in den Gängen vom Marstall begegnet war. Dieser Matrose hieß Lemmgen und war im Marstall nur deshalb erschienen, weil er an diesem Tag den Dienst antreten mußte⁷. Die Ergebnisse dieser Operation verliefen dann auch dementsprechend. Die bewaffnete Truppe erreichte das Gebäude des Kriegsministeriums und stellte fest, daß diese Zentrale der Militärbehörden unverteidigt war. Als die Mannschaft das innere des Kriegsministeriums betrat, wurde sie lediglich vom unbewaffneten Leutnant Hamburger empfangen. Die Putschisten überreichten Hamburger ein Schriftstück, aus dem hervorging, daß der „Provisorische Revolutionsausschuß“ das Kriegsministerium unter seiner Kontrolle nahm⁸. Dabei ereignete sich nach

¹ Ebd.

² Ebd.

³ Vgl. Ebd., **Rote Fahne**, 14.01.1919.

⁴ Ebd.

⁵ **Drabkin, J.S.**, *Die Novemberrevolution*, S. 492f. Zu den Vorgängen in den Kasernen des „Kaiser-Franz Regiments“ vgl. **DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei**, Nr. 2511, Bl. 30.

⁶ **Wrobel, K.**, *Die Volksmarinedivision*, Berlin 1957, **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 136f.

⁷ Ausführlich hierzu vgl. *Der Ledebour-Prozeß*, Aussage des Matrosen Lemmgen.

⁸ Der Text dieses Schreibens ist abgedruckt bei **Müller, R.**, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, S. 38.

Lemmgens Angaben folgende Szene: „Herr Hamburger sah sich das Schriftstück an und sagte, er könne darauf nicht eingehen, weil die Unterschriften des Revolutionsausschusses fehlten. Da nahm ich zum ersten Mal das Schriftstück an mich und sah ein, daß es unter diesen Umständen [in der Tat] nicht möglich wäre, das Ministerium zu besetzen. Wir ließen uns von Herrn Hamburger ein Schreiben geben, worin gesagt wurde, daß einer Übergabe des Kriegsministeriums nichts im Wege stände, sobald die Unterschriften des Revolutionsausschusses vorhanden wären. Darauf ging ich wieder zum Marstall zurück [und ließ den gesamte Trupp draußen vor dem Kriegsministerium warten]... Unterwegs frug ich... wo überhaupt der Revolutionsausschuß sich befände... Da ich nicht wußte, wer den Revolutionsausschuß bildete, frug ich [auch] wer die Herren überhaupt seien... Inzwischen meldete sich eine Persönlichkeit, die frug, was ich hätte. Ich sagte: Hier ist ein Schriftstück, das soll unterschrieben werden... Da sagte die Person zu mir: Einen Moment; er wolle das Schriftstück unterschreiben. Das Schriftstück wurde dann in einem anderen Zimmer unterschrieben, und wie ich nachher sah, befand sich der Name Paul Scholze darunter. Die betreffende Person sagte dann zu mir, ich solle dann einen Augenblick warten, bis Liebknecht käme. Inzwischen kam dann Liebknecht und unterschrieb auch. Herr Ledebour war nicht anwesend... Ich nahm das Schriftstück an mich und ging aus dem Marstall hinaus und begab mich nach Hause, wo ich volle 8 Tage blieb, indem ich mich krank meldete“¹. Die Truppe, die auf seine Rückkehr vor der Tür gewartet hatte, ergriff keine Eigeninitiative, sondern ging nach einiger Zeit einfach auseinander². Die nächste Episode im Hauptquartier des Putsches ist ebenfalls bezeichnend, denn dorthin fand sich ohne jeglicher Begleitung der Stadtkommandant Fischer ein und erbat die Übergabe. Fischer wurde festgesetzt, aber innerhalb nur weniger Stunden wieder freigelassen³. Schon diese beiden Episoden haben einiges dazu beigetragen, daß die Volksmarinedivision ihre „Neutralität“ aufgab und dem Revolutionsausschuß gegenüber eine feindliche Haltung annahm. Am Nachmittag erschienen die Vertreter der Volksmarinedivision beim Revolutionsausschuß und forderten ultimativ, den Marstall zu verlassen⁴. Die Matrosen erklärten überdies, daß Dorrenbach von ihnen abgesetzt worden war und drohten, ihn zu verhaften, sobald er sich blicken ließ⁵. Einige Stunden am Nachmittag des 6. Januar war der „Provisorische Revolutionsausschuß“ damit beschäftigt, sein Hauptquartier wieder im Polizeipräsidium einzurichten. Als er diesen Umzug beendet hatte, herrschte in seinen Reihen nach Richard Müllers Zeugnis bereits „Katzenjammer“⁶. Der Tag des Umsturzes war ohne Ergebnisse gelaufen.

Obwohl die Regierung die Schwäche der Putschisten am 6. Januar noch nicht erkannt hatte, war sie fest entschlossen, Widerstand zu leisten. Sie ernannte zum neuen „Oberkommandierenden in den Marken“ keinen Militär mehr, sondern das neue Regierungsmitglied Gustav Noske und beauftragte ihn mit der Organisation des

¹ *Der Ledebour-Prozeß*, Aussage des Matrosen Lemmgens.

² Ebd.

³ **Fischer, A.**, *Die Revolutions-Kommandantur*, S. 61f. Als Fischer in die Kommandantur zurückgekehrt war, stellte er fest, daß die Regierung an seiner Stelle bereits den Feldwebel Albert Klawunde ernannt hat. Fischer handelte in dieser Situation nicht viel anders als Polizeipräsident Eichhorn. Er weigerte sich, sein Amt zu übergeben. Der folgende Machkampf hatte die Tätigkeit der Kommandantur für einige Zeit paralysiert und trug unwillkürlich zur Besserung der Lage der Putschisten bei. Noskes Befehl zur Ernennung Klawundes in **DZA Potsdam**, *Akten der Reichskanzlei*, Nr. 2511.

⁴ **Wrobel, K.**, *Die Volksmarinedivision*, Berlin 1957, **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 136f.

⁵ **Fischer, K.**, *Die Berliner Abwehrkämpfe 1918/19*, Berlin 1956, S. 28f.

⁶ **Müller, R.**, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, S. 76.

militärischen Widerstands¹. Noske übernahm dieses Amt zwar voller Entschlossenheit, aber seine ersten Schritte zur Organisation des Widerstandes waren alles andere als unproblematisch^{2*}. Die Regierung hatte schon am 5. Januar sämtliche Führer der in Berlin stationierten militärischen Formationen zu einer Konferenz nach Berlin-Schöneberg geladen. Die Ergebnisse dieser Konferenz waren insofern bedrohlich, als die absolute Mehrheit der Geladenen sich für „neutral“ erklärt hatte³. Unmittelbar nach seiner Ernennung begab sich Noske in das Gebäude des Generalstabes und mußte dort feststellen, daß auch mit den Kräften der OHL eine Unterdrückung des Putsches zunächst nicht durchführbar war. Im Gebäude des Generalstabes wurde er von zwei Majoren in Empfang genommen, die ihm sofort eröffneten, daß nach Auffassung der OHL „Berlin vorübergehend zu räumen sei“⁴. Vor dem Generalstabsgebäude kampierten bereits bewaffnete Anhänger der Putschisten⁵. Noske ging deshalb zu Fuß zurück in die Reichskanzlei und erstattete Ebert einen Bericht. Die unmittelbare Folge dieses Berichts war eine Unterredung zwischen Ebert und dem Sozialdemokraten Hermann Müller. Müller wurde beauftragt, Berlin zu verlassen und im Fall des Regierungssturzes unverzüglich eine neue Regierung außerhalb der Hauptstadt zu bilden⁶. Am Nachmittag ging Noske in Begleitung eines Offiziers in Zivil durch die Straßen, um im abgelegenen Berliner Vorort Dahlem eine militärische Widerstandszentrale zu organisieren. „Höflich bat ich wiederholt darum, mich durchzulassen, denn ich hätte dringende Besorgungen. Es wurde mir bereitwillig der Weg freigegeben“⁷, beschrieb Noske später die Umstände seiner Reise. Obwohl Noske sogleich nach seiner Ankunft im Dahlemer Mädchenpensionat eine energische Tätigkeit entfaltet hatte, sind die praktischen Ergebnisse seiner Arbeit durchaus nicht so bedeutend gewesen wie es allgemein geglaubt wird. So geht aus mehreren primären Quellen hervor, daß die Militärs ihn als einen Zivilisten verachteten und seine Kompetenz bezweifelten⁸. In dieser Hinsicht verhielten sich die regierungstreuen Berufsmilitärs nicht viel anders als revolutionäre Soldatengremien, die sehr darauf bedacht waren, ihre „Neutralität“ zu wahren^{9*}.

Wenn man nach der Persönlichkeit sucht, die den Ausgang des Putsches entscheidend beeinflußt hat, so sind in diesem Zusammenhang nicht die Personen Noskes, Groeners, Lüttwitz', sondern die Person Eberts zu nennen. Ebert war derjenige in der Regierung, der die Taktik bestimmte, und er war zweifellos der eigentliche Organisator des Sieges über die Putschisten gewesen. Am Abend des 6. Januar erhielt die Regierung ganz unerwartet eine reale Chance, die Krise siegreich zu bewältigen. Das Verdienst Eberts bestand darin, diese

¹ Zur Ernennung des neuen Oberbefehlshabers vgl. **Müller-Franken, H.**, *Die Novemberrevolution*, S. 256f., **Oehme, W.**, *Damals in der Reichskanzlei*, S. 292f., **Schäffer, H.**, *Tagebuchblätter eines Rheinischen Sozialisten*, Bonn 1919, S. 92f., **Noske, G.**, *Von Kiel bis Kapp*, S. 67f.

² Noske übernahm seine neue Aufgabe übrigens mit einem Ausspruch, welcher ein bezeichnendes Licht auf die beabsichtigte Amtsführung wirft: „*Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!*“, **Noske, G.**, *Von Kiel bis Kapp*, S. 67f.

³ **Müller, R.**, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, S. 39.

⁴ Einer der Offiziere war der Schwiegersohn General Lüttwitz' Major Kurt Hammerstein. Der andere war ein Vertrauensmann Groeners Major Stockhausen, **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 181.

⁵ Ebd.

⁶ **Oehme, W.**, *Damals in der Reichskanzlei*, S. 302f.

⁷ Vgl. **Noske, G.**, *Von Kiel bis Kapp*, S. 70f.

⁸ Vgl. Noskes Charakteristik nach General Maercker, **Maercker, G.**, *Vom Kaiserheer zur Reichswehr*, S. 65f.

⁹ Ein typisches Beispiel dieser Haltung wird in einem Schreiben des Soldatenrates des III. Armeekorps gegeben, den Noske um die Bereitstellung der schweren Minenwerfer bat. Dort hieß es u. A.: „*Noch eine Frage an Herrn Noske. Kennt Herr Noske die Wirkung einer schweren Mine bis zu zwei Zentner? Im schweren Minenfeuer zu liegen, wird er die Gelegenheit noch nicht gehabt haben. Wir aber versichern ihm, daß das das Schrecklichste ist, was der Krieg überhaupt mit sich bringen kann. Schon der Abschluß einer solchen, in den Straßen geschehen, würde keine Fensterscheibe ganz lassen, und dort, wo sie einschlägt, ist nichts als ein Trümmerhaufen zu besetzen*“, zitiert bei **Müller, R.**, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, S. 57.

Chance zu erkennen und zu nutzen. Diese Chance ergab sich, als ganz unerwartet die aus der Regierung am 29. Dezember ausgeschiedene USPD ihre Vermittlung anbot¹. Den Vermittlungsangebot nahm Ebert sofort an und gewann damit die entscheidende Verschnaufpause. Die Annahme des Vermittlungsangebotes war insofern bemerkenswert, als Ebert in den darauffolgenden Verhandlungen eine taktisch vorzügliche Politik verfolgte. Auf Eberts Betreiben erklärte die Regierung ihre Bereitschaft, den Konflikt auf friedliche Weise zu lösen. Allerdings forderte sie den Revolutionsausschuß auf, die „Pressefreiheit zu respektieren“ und die Besetzung der Verlagshäuser zu beenden. Wie sich herausstellen sollte, war gerade diese Taktik der Garant für den späteren Zusammenbruch des Putsches².

Was den Revolutionsausschuß anbelangt, so war dieser bereits nach seiner Rückkehr in das Polizeipräsidium nicht mehr mit dem Sturz der Regierung beschäftigt, sondern lediglich damit, wie man sich aus der Affäre auf leidliche Art zurückziehen konnte. Nach der Rückkehr in das Polizeipräsidium wurden dem Revolutionsausschuß von den USPD-Vermittlern die Bedingungen der Regierung vorgelegt. Den ganzen Abend des 6. Januar verbrachte der Revolutionsausschuß mit Debatten über die Räumung der besetzten Zeitungen und Verlagshäuser und beschloß den Vorschlag der Regierung abzulehnen³. Das Schauspiel, das dieses handlungsunfähige Ungetüm von der ersten bis zur letzten Stunde seiner Existenz bot, ist geradezu erbarmungswürdig. Im Verlauf der Debatte wurde klar, daß der Revolutionsausschuß zum taktischen Rückzug genausowenig fähig war, wie bei der Planung der Offensive. Der Stimmungsabsturz seit dem gestrigen Siegesrausch war zu steil; die Niederlage zu erkennen und den Rückzug anzutreten: Das war mehr als dreiundfünfzig innerhalb von vierundzwanzig Stunden seelisch leisten konnten. Offensichtlich nagte an den Ausschußmitgliedern auch der Zweifel, ob die Demonstranten draußen ihnen überhaupt hörig waren. Sie hatten die Besetzung der Zeitungsviertel gar nicht befohlen und hatten über die bewaffneten Gruppen dort keine Gewalt⁴. Sie wußten in vielen Fällen nicht einmal, wer diese Besetzungen überhaupt kommandierte⁵. Aus einigen Quellen geht eindeutig hervor, daß die Ausschußmitglieder sehr stark im Zweifel waren, ob sie insbesondere die Räumung der Druckerei des „Vorwärts“ garantieren konnten. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Revolutionsausschuß in dieser Phase des Putsches bereits die Rolle des dummen August spielte. Man verweigerte die Räumung der besetzten Druckereien. Man tat es aber hauptsächlich deshalb, weil man fürchtete, in der Machtlosigkeit entlarvt zu werden⁶.

Die Entscheidung des Januarputsches fiel in den zwei folgenden Tagen, dem 7. und dem 8. Januar. In diesen Tagen haben die Putschisten ihre Initiative endgültig verloren, die Regierung aber genügend Kräfte zur Niederschlagung des Putsches zusammengestellt. Die Putschisten blieben bei ihrem „nein“ und verstrickten sich in innere Streitigkeiten. Ebert verhandelte zwar weiter, traf aber gleichzeitig auch seine eigenen militärischen Vorbereitungen. Da Noskes Arbeit Zeit brauchte, der Regierung aber keine Zeit zur Verfügung stand, entschloß sich Ebert, treugebliebene Teile der Berliner Garnison gegen die Putschisten einzusetzen. Auf dieser zweiten Linie bereitete er selbst den Gegenschlag vor, während er nebenbei verhandelte und seine Abneigung gegen

¹ **Rosenberg, A.**, *Geschichte der deutschen Republik*, S. 69f., **Bernstein, E.**, *Die deutsche Revolution*, S. 145f., **Drabkin, J.S.**, *Die Novemberrevolution*, S. 492f.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd., **Müller, R.**, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, S. 41f.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

Blutvergießen zum Ausdruck gab. Und tatsächlich sollten nicht die Freikorps Noskes, sondern die von Ebert eingesetzten Berliner Truppen die militärische Entscheidung bringen¹. Die Freikorps marschierten erst in Berlin ein, als die Schlacht geschlagen war².

Als in den Verhandlungen am 7. und den 8. Januar der Revolutionsausschuß sich immer noch weigerte, besetzte Häuser im Zeitungsviertel zu räumen, unterbrach Ebert die Verhandlungen und erteilte den Kommandeuren aller treu gebliebener Regierungstruppen der Berliner Garnison den Befehl, diese Räumung mit Gewalt zu erzwingen. Dies geschah in der Nacht zum 9. Januar. Bereits am 9. Januar schritten die Regierungstruppen zum Angriff über. Die Regierung verfügte zu diesem Zeitpunkt nur über eine buntscheckige Truppenschar: Einem aus Reservisten und SPD-Anhängern gebildeten „Regiment Reichstag“ und ein Regiment der Freiwilligen, welches in diesen Tagen in Berlin zusammengestellt wurde^{3*}. Aus regulären Truppen standen nur einige Kompanien der Reservisten eines Berliner Garderegiments (die sog. „Maikäfer“) und die während der Weihnachtskrise geschlagenen Einheiten des ehemaligen Generalkommandos Lequis zur Verfügung. Diese letzten waren seitdem reorganisiert und befanden sich unter dem Kommando des Majors von Stephani⁴.

Die Januarkämpfe in Berlin zeigten zweierlei: Sie belegten die Auffassung Generals Schulenburg am 9. November in Spa, daß die Niederwerfung der Massenunruhen auch mit kleinen Truppenkontingenten möglich war. Sie zeigten aber auch, daß die Regierung, insofern sie entschlossen handelte, durch bloße Massenkundgebungen nicht so einfach zu stürzen war. Als die Operation zur Niederwerfung des Januarputsches begonnen wurde, war die Situation der Reichsregierung in vielem noch schwieriger, als die des Kaisers am Vorabend des 9. November. Die Feindschaft großer Teile der Berliner Bevölkerung Eberts Regierung gegenüber war kaum weniger ausgeprägt als die antimonarchistische Stimmung am 9. November. Die kaiserliche Regierung verfügte zum Zeitpunkt ihres Sturzes aber über ein Millionenheer, dessen einzelne Einheiten durchaus einsatzfähig waren. Die Regierung Eberts war hingegen in den ersten entscheidenden Tagen des Januarputsches von jeglicher militärischer Macht entblößt⁵. Sie verfügte entweder über kümmerliche Reste der zersetzten Berliner Garnison, oder über einige Kompanien von Freiwilligen, die eine sonderbare Stellung der Regierung gegenüber einnahmen. Diese verbliebenen militärische Einheiten hatten nichts mehr mit dem klassischen Soldatentum zu tun^{6*}. Die unmittelbaren Ereignisse sollten bald zeigen, daß zu diesem Zeitpunkt

¹ **Oehme, W.**, *Damals in der Reichskanzlei*, S. 309f.

² Ebd.

³ Ironischerweise handelte es sich dabei um das sog. „Freikorps Reinhard“, das am 8. Januar über knapp 900 Kämpfer verfügte. Dieses Korps bestand ursprünglich aus den erfahrenen Frontsoldaten, welche den Krieg in den Gardeeinheiten mitgemacht hatten. Noske hatte bei seiner Aufstellung keinerlei Rolle gespielt. Später entwickelte sich diese Einheit jedoch zu einem extrem regierungsfeindlichen Korps, **Reinhard, W.**, *Die Wehen der Republik*, Berlin 1933. Zu Reinhardts Karriere in der NSDAP vgl. **Waite, R.**, *Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Post War Germany 1918-1923*, Cambridge Mass. 1952, S. 185f., 228 und 393, **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1., S. 126f.

⁴ Zur militärischen Seite vgl. **Kriegsgerichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918-1920*, Berlin 1940.

⁵ Vgl. **Scheidemann, P.**, *Der Zusammenbruch*, S. 214f.

⁶ Walter Oehme, der mehrmals Gelegenheit hatte, mit einzelnen Angehörigen der Freikorps zu reden, qualifiziert diese als schlichte Söldnertruppe und betont, daß selbst elitäre Freikorps wie die „Brigade Ehrhard“ von zweifelhaften Subjekten dominiert waren: *„Unter den sämtlich recht jungen Soldaten fanden sich in der Hauptsache Abenteurer, die die Arbeit scheuten und sich deshalb entschlossen, das Geld zu nehmen, das sich ihnen hier bot. Ihre kämpferische Entschlossenheit war nach meiner Ansicht nicht besonders groß... Daneben fand sich aber[...] eine Anzahl alter aktiver und im Krieg ergrauter Unteroffiziere und Gefreiter, die durch die Kriegsergebnisse zu einer kaum mehr zu überbietenden Brutalität verroht waren“*, **Oehme, W.**, *Damals in der Reichskanzlei*, S. 301f.

nicht nur das Soldatenkorps zersetzt war, sondern auch das Offizierskorps sich in einem bedenklichen Zustand befand¹.

Als die Operationen begannen, hatten die Berliner Ereignisse längst ihren massenhaften Charakter verloren und stellten keine ernsthafte Gefahr für die Regierung dar. Der Revolutionsausschuß hatte seine Tätigkeit bereits eingestellt. Die Massenkundgebungen waren abgeebbt. Die Regierungstruppen hatten nur gegen vereinzelte Besatzungen der Gebäude zu kämpfen, die hauptsächlich aus kriegsunerfahrenen Arbeitern bestanden und die im Prinzip auf verlorenem Posten standen: Ohne einheitliche Leitung, ohne Munition und ohne Verpflegung. Bezwingbar waren sie bereits durch die Abriegelung der besetzten Gebäude und Unterbindung der Verpflegungswege. Sobald aber die Verhandlungen gescheitert waren, wurde gegen sie trotzdem ausschließlich militärisch vorgegangen. Die erste Operationen begannen die Oberst Wilhelm Reinhard unterstellten Freiwilligen². Unter dem Kommando Leutnants von Kessel marschierten sie nach Spandau und begannen ohne jegliche Verhandlungen den Sturm des dortigen Rathauses. Nach kurzer Zeit wurde das Gebäude genommen, dann jedoch geschah Gräßliches: Alle Gefangenen wurden von Kessel in das Berliner Zentralgefängnis geschickt³. In dem Gefängnis kamen sie jedoch nie an. Unterwegs waren sie von einem Begleitkommando unter dem Vorwand eines Fluchtversuches alle erschossen worden⁴.

Militärisch verliefen die Operationen sehr eintönig: Die Regierungstruppen bewegten sich ohne Gegenwehr durch die Stadt, belagerten besetzte Gebäude und erstürmten sie⁵. Überall hatten sie mit erbitterter Gegenwehr der Besatzungen zu rechnen. Diese Besatzungen hatten aber nirgendwo eine echte Chance. Die schwerste Schlacht tobte am Samstag, dem 11. Januar. An diesem Tag wurde das Verlagsgebäude des „Vorwärts“ in der Lindenstraße von ehemaligen Einheiten des Generalkommandos Lequis gestürmt⁶. Auch in diesen Kämpfen gelang es, den Verteidigungswillen der Besatzung ziemlich schnell zu brechen. Die eingesetzten schweren Minenwerfer durchschlugen die Wände des „Vorwärts“. In relativ kurzer Zeit schickten die Revolutionäre sechs Parlamentäre, um über die Übergabe zu verhandeln. Aus einer gut unterrichteten militärischen Quelle geht hervor, daß auch diesmal der kommandierende Offizier der Regierungstruppen nur sehr wenig Einfluß auf seine Soldaten hatte. Einer der Parlamentäre wurde von Major Stephani mit der Forderung nach bedingungsloser Übergabe zurückgeschickt, die anderen fünf in eine nahe gelegene Dragonerkaserne abgeführt. Dort, nur einige Schritte von Gneisenaustraße entfernt, wurden alle fünf Gefangenen und zwei abgefangene Kuriere *„von einem Soldatenhaufen ohne Befehl und ohne standrechtliches Verfahren an die Wand gestellt und erschossen“*⁷. Laut einigen Aussagen der Augenzeugen vor dem Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages wurden alle Gefangenen vor ihrer Exekution schwer mißhandelt⁸. Für dieses Verhalten, welches an der Front für die Beteiligten ein Kriegsgerichtsverfahren bedeutet

¹ Vgl. **Schüddekopf, E. O. (Hrsg.)**, *Das Heer und die Republik*, S. 42-66 und 67-114, **Fischart, J.**, *Das alte und das neue System*, Berlin 1920, S. 231-236.

² Vgl. **Reinhard, W.**, *Die Wehen der Republik*, Berlin 1933, **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1., S. 128, **Kessel, H., von**, *Handgranaten und rote Fahnen*, S. 150f.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ausführlich hierzu vgl. **Kriegsgerichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, S. 60ff.

⁶ **Volkman, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 186f.

⁷ Ebd.

⁸ *Verfassunggebende Preußische Landesversammlung 1919/1921. Untersuchungsausschuß*, S. 29f.

hätte, ist niemand gerichtlich belangt worden¹. Reichsarchivrat Volkmann beschreibt auch eine andere Szene, die noch zwei Monate zuvor in der preußischen Armee eine Unmöglichkeit darstellte: „*Die Soldaten sind in ihrer Wut kaum zu bändigen. Als sie sehen, daß einer ihrer eigenen Offiziere, der von den Auführern gefangengenommen und im Vorwärtsgebäude während der Beschießung festgehalten worden ist, den Spartakiste die Hand reicht, um sich für die anständige Behandlung, die ihm zuteil geworden ist, zu bedanken, schlagen sie ihn blutig*“². Die eigentlich schauderhafte Szene ist allerdings unterblieben und dieses Unterbleiben war allein dem Major Stephani zu verdanken. Als das Vorwärtsgebäude endgültig ertümt wurde, rief Stephani in die Reichskanzlei an und fragte an, was mit den dreihundert Gefangenen zu geschehen sei. Nach eigener eidesstattlicher Aussage erhielt er die Antwort: „Alle erschießen!“³. Dieser Befehl wurde von Stephani sogar dreimal telefonisch wiederholt, aber er weigerte sich, den Befehl auszuführen. Von Stephani war noch ein Offizier der alten Schule und fühlte sich an gewisse Verhaltensmuster gebunden⁴.

Zur gleichen Zeit, als diese Ereignisse vor dem „Vorwärts“-Gebäude sich abspielten, befreiten die Regierungstruppen andere besetzte Gebäude der Hauptstadt⁵. Als letzte Festung der Putschisten fiel in der Nacht zum 12. Januar das Polizeipräsidium. Das Polizeipräsidium wurde von den sog. „Maikäfern“ gestürmt, der einzigen richtigen Militäreinheit des alten Heeres. Sie kämpften dort aber nicht allein. Als die Lage sich gewandelt hatte, liefen zahlreiche Truppen Eichhorns zu der Regierung über und beteiligten sich an der Erstürmung ihres eigenen Hauptquartiers⁶. Obwohl der Revolutionsausschuß bereits am 8. Januar aufgehört hatte zu existieren und seine Mitglieder sich auf der Flucht befanden, wurde das Gebäude des Polizeipräsidiums zäh verteidigt. Die Verteidiger ergaben sich auch dann nicht, als die Regierungstruppen mit Hilfe der Artillerie das Gebäude beinah zerstört hatten. Das Polizeipräsidium wurde deshalb im Sturm genommen, wobei die Kämpfe um das Gebäude mehr als zwei Stunden gedauert hatten. Nach zeitgenössischen Überlieferungen verhielten sich die regulären Regierungstruppen mit den Gefangenen durchaus korrekt. Ganz anders verhielten sich aber die Paramilitärs, die unmittelbar vor dem Sturm die Seiten gewechselt hatten. Der Kapitulation des Polizeipräsidiums folgten massenhafte Mißhandlungen und Erschießungen der Gefangenen ohne Gerichtsverfahren⁷.

Erst als Ebert den Kampf um Berlin im Prinzip gewonnen hatte, erklärten die Führer der Freikorps ihre Vorbereitungen für abgeschlossen. Der Einmarsch der ersten Freikorps in die Hauptstadt erfolgte unmittelbar nach der Erstürmung des „Vorwärts“ und Beendigung des militärischen Widerstands der Putschisten⁸. Laut einem Bericht der bürgerlichen „Post“ wurde der Einmarsch der Freikorps medienwirksam inszeniert, was eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der endgültigen Zerschlagung radikaler politischer Gruppierungen spielen

¹ Ebd.

² **Volkmann, E., O.**, *Revolution über Deutschland*, S. 187.

³ Vgl. *Verfassunggebende Preußische Landesversammlung 1919/1921. Untersuchungsausschuß*, Aussage Majors Stephani.

⁴ Die Person aus der Reichskanzlei, die den Erschießungsbefehl erteilt hatte, ist nicht ermittelt worden. Einige Quellen sprechen für Wilhelm Reinhard, jedoch handelte sich hier wahrscheinlich um einen Zivilisten. Stephani selbst hatte diesbezüglich keine Angaben gemacht. In einigen Quellen wird berichtet, daß die hauptsächlich aus Arbeitern zusammengesetzten Gefangenen anschließend befreit worden waren, ebd., **Kessel, H., von**, *Handgranaten und rote Fahnen*, S. 159-197, **Benoist-Méchin, J.**, *Geschichte der deutschen Militärmacht*, Bd. 1., S. 128f.

⁵ Laut Oerzen wurden mehrere Häuser freiwillig geräumt, **Oerzen, F.**, *Die deutschen Freikorps*, S. 270.

⁶ Vgl. *Verfassunggebende Preußische Landesversammlung 1919/1921. Untersuchungsausschuß*, Hennickes Zeugenaussage, **Müller, R.**, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, S. 67f.

⁷ Ebd., **Eichhorn, E.**, *Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium*, S. 80f. Schilderung der Kämpfe auch bei **Freiheit**, vom 13.01.1919. Zur offiziellen Version vgl. **Vorwärts**, 13.01.1919.

⁸ **Oehme, W.**, *Damals in der Reichskanzlei*, S. 309f.

sollte. Die ersten Freikorps, der nach Berlin verlegt wurde, war eine von General Maercker zusammengestellte Einheit, die unmittelbar nach Beendigung der Kämpfe um das Vorwärts-Gebäude nach Berlin verlegt wurde. Die Freikorps Maerckers rückte in die Hauptstadt durch den bürgerlichen Westen ein und hielten eine Parade im Stadtzentrum ab. An der Spitze dieser Freikorps marschierte Gustav Noske, der es sich nicht nehmen ließ, die Aufstellung der Freikorps seinem Wirken zuzuschreiben¹. Unmittelbar darauf wurde mit der planmäßigen Besetzung Berlins begonnen. Am 15. Januar, dem Mittwoch nach der Revolutionswoche, wurde der ganze Süden und Westen Berlins und die Innenstadt von den Freikorps widerstandslos besetzt. Zum Kommandeur der dortigen Militärverwaltung ernannte die Regierung den Kommandeur des III. Armeekorps Generalleutnant Walther Lüttwitz, der nach Hindenburg und Groener der dienstälteste aktive Militär war. Den Norden und Westen Berlins, wo die Arbeiterviertel konzentriert waren und wo eine Kontrolle ohne Blutvergießen nicht möglich war, wurden einstweilen ausgespart und für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen. Am 12. Januar wurden die Kämpfe in Berlin beendet und die ganze Stadt befand sich in den Händen der Regierungstruppen².

War der Putsch der politischen Linken im Januar eine „spartakistische“, also kommunistische Revolution gewesen? Was die Stimmung in der Berliner Arbeiterschaft anbelangt, so ist diese Frage eindeutig zu verneinen. Obwohl die Berliner Arbeiterschaft in Januarwoche in absoluter Mehrzahl aktiv an Massendemonstrationen beteiligt war, waren die Arbeiter in ihrer Masse paradoxerweise nicht kommunistisch, sondern sozialdemokratisch eingestellt. Sie waren abgeneigt, in ihrem Land eine Diktatur des Proletariats zu errichten. Diese These ist durchaus beweisbar, denn die Berliner Arbeiterschaft blieb während der Januarereignisse nicht stumm. In der zweiten Hälfte dieser tragischen Januarwoche, als im Zeitungsviertel schon Kanonen sprachen, erfolgte in Berlin eine eindrucksvolle Demonstration des politischen Bewußtseins der Arbeiterschaft. Am Donnerstag, den 9. Januar versammelten sich im Humboldthain vierzigtausend Arbeiter der AEG und der Schwarzkopfwerte und verabschiedeten eine Resolution, in der die Arbeiterschaft Berlins aufgefordert wurde, ihre politischen Forderungen zu formulieren³. In den nächsten Tagen ergriff diese Bewegung praktisch alle Betriebe Berlins und der Umgebung. Auf ihren Massenversammlungen formulierten die Arbeiter ihre politischen Ziele und zwar mit bemerkenswerter Klarheit⁴. Am 10. Januar versammelten sich achtzigtausend Arbeiter Spandauer Betriebe und verabschiedeten eine Vier-Punkte-Resolution. Darin forderten sie: „1. Rücktritt aller Volksbeauftragten; 2. Zusammentreten paritätischer Ausschüsse der drei [sozialistischen] Parteien; 3. Neuwahl der Arbeiter- und Soldatenräte; 4. Inangriffnahme der Einigung der sozialistischen Parteien“⁵. Ähnliche Resolutionen wurden auch auf den anderen Arbeiterkundgebungen dieser Tage verabschiedet, wobei in den meisten Fällen sehr scharf gegen die Gewaltanwendung in den Straßen der Hauptstadt protestiert wurde⁶. Am 11. Januar verabschiedeten die Arbeiter der Elektrizitätswerke von Berlin-

¹ Ebd.

² Zur militärischen Situation in Berlin nach Beendigung der Kämpfe vgl. **Kriegsgerichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.)**, *Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918-1920*, Berlin 1940.

³ Vgl. **Drabkin, S.J.**, *Die Novemberrevolution*, S. 499f.

⁴ Zu den Resolutionen der Arbeiterschaft Berliner Betriebe während der Novemberrevolution und der Januarkrise vgl. **Institut für Marxismus-Leninismus(Hrsg.)**, *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 2. Reihe, Bd. 1.-3., Berlin 1957.

⁵ Eine Auswahl wichtigster Resolutionen der Arbeiterschaft bei **Müller, R.**, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, S. 59f.

⁶ **Institut für Marxismus-Leninismus(Hrsg.)**, *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 2. Reihe, Bd. 2., S. 258f.

Schöneberg eine Resolution in der sie „den Rücktritt der Führer aller politischen Richtungen“ forderten, „die sich unfähig erwiesen haben, den entsetzlichen Brudermord zu verhindern“¹.

Abgesehen von unverkennbarer Radikalität einiger Formulierungen, sind es keine „spartakistischen“ oder kommunistischen Ziele gewesen, sondern genau die Ziele, die am 10. November das offizielle Regierungsprogramm der Volksbeauftragten gebildet hatten. Die Arbeiterschaft forderte nicht die Abschaffung des Rechtsstaates, sondern die Einigkeit aller sozialistischen Parteien und die Durchführung durchgreifender Reformen in Deutschland². Die Arbeiter, die am 5. und am 6. Januar auf die Straßen gegangen waren und in deren Namen die radikalen Linken die Machtübernahme deklariert hatten, beteiligten sich schon am 19. Januar aktiv an den Wahlen zur Nationalversammlung. Sie wählten dabei sozialdemokratisch und sogar christlich. Die Wahlen zur Nationalversammlung sind insofern bezeichnend gewesen, als sie die alte Mehrheitsverhältnisse der Vorkriegsjahre bestätigten und somit indirekt an die politische Tradition Deutschlands anknüpften. Die KPD boykotierte die Wahlen und war in der Nationalversammlung gar nicht vertreten³. Die USPD erlitt dagegen eine vernichtende Niederlage und erhielt nur 7,6% aller Stimmen. Dagegen wählten die SPD sogar 38% aller Wahlberechtigten und die Sozialdemokraten erhielten das Recht, über die Bildung der Koalitionsregierung zu verhandeln. Da auch die Zentrumspartei nicht zuletzt aufgrund der Stimmen aus Arbeiterschaft 19% aller Stimmen erhielt, waren die Sozialdemokraten in der Lage, eine auf der alten Reichstagsmehrheit basierende Regierung zusammen mit Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei (18%) zu bilden⁴. Unmittelbar nach Eröffnung der Nationalversammlung war Deutschland in der Lage, die Übergangsperiode zu beenden. Im Kontrast zu Rußland verzichtete das deutsche Äquivalent zum Ispolkom, der Zentralrat, bereits im Februar auf alle seine Befugnisse und übertrug seine Gewalt der Nationalversammlung⁵.

¹ **Institut für Marxismus-Leninismus(Hrsg.)**, *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 2. Reihe, Bd. 2., S. 283f.

² **Institut für Marxismus-Leninismus(Hrsg.)**, *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 2. Reihe, Bd. 2., S. 194f.

³ Vgl. **Flechtheim, O.**, *Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik*, Offenbach 1948, S.54f.

⁴ Zu den Zahlen vgl. **Heilfron, E.(Hrsg.)**, *Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates*, 9 Bde., Berlin 1919, Bd. 1., S. 169f.

⁵ Der Text der Erklärung ist abgedruckt bei **Ritter, G., Miller, S.**, *Die deutsche Revolution*, S. 203f.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen:

a) Archivalien:

- Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn**, *Deutschland 131, Mirbach an den Reichskanzler*, Bd. 18
BGStA München, *Akten der bayrischen Gesandtschaft in Berlin*, MA 1943 D.R., Pol. Archiv VII/18
BGStA München, MA 1943 D.R., Pol. Archiv VII/64
Bundesarchiv Koblenz, *Akten der Reichskanzlei*
Bundesarchiv Koblenz, *Nachlaß David*
Bundesarchiv Koblenz, *Nachlaß Haefen*
Bundesarchiv Koblenz, *Nachlaß Hertling*
Bundesarchiv Koblenz, *Nachlaß Schleicher*
DZA Potsdam, RWA, *Ausfuhr nach Rußland*
DZA Potsdam, *Spezialbüro Helfferich*, Nr. 19285
Generallandesarchiv Karlsruhe, Abt. 456, *Akten des Staatsministeriums*
Hauptarchiv Berlin-Dahlem, *Nachlaß Erbehardt*
HStA Stuttgart, *Nachlaß Conrad Haußmann*, Nr. 29
HStA Stuttgart, *Akten des württembergischen Kriegsministeriums*, Abt. Kr. A., Bd. 1081
Militärarchiv Freiburg i. Br., *Akten des Kommandos der Hochseestreitkräfte*
Militärarchiv Freiburg i. Br., *Nachlaß Falkenhausen*
Militärarchiv Freiburg i. Br., *Nachlaß Haefen*
Militärarchiv Freiburg i. Br., *Nachlaß Heye*
Militärarchiv Freiburg i. Br., *Nachlaß Hohenborn*
Militärarchiv Freiburg i. Br., *Nachlaß Mertz von Quirnheim*
Militärarchiv Freiburg i. Br., *Nachlaß Seeckt*

b) Dokumentensammlungen:

- Archiv graždanskoj vojny*, 2. Bde., Berlin 1921
Archivarische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1959
Auswärtiger Amt, Reichsministerium des Innern(Hrsg.), *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918*, Berlin 1924
Bank für den internationalen Zahlungsausgleich (Hrsg.), *15. Jahresbericht*, Basel 1945
Berthold, L., Neef, H.(Hrsg.), *Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution*, Frankfurt a. M. 1978
Bothmer, K., von, *Mit Graf Mirbach in Moskau. Tagebuch-Aufzeichnungen und Aktenstücke vom 19. April bis 24. August 1918*, Tübingen 1922
Breithaupt, W. (Hrsg.), *Volksvergiftung 1914-1918. Dokumente der Vorbereitung des 9. November 1918*, Berlin-Leipzig 1925

Conze, W., Matthias, E., Winter, G. (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, 4 Reihen, Düsseldorf 1970

Der Dolchstoßprozeß in München, Oktober-November 1925. Zeugen und Sachverständigen Aussagen. Eine Sammlung von Dokumenten, München 1925

Der Waffenstillstand 1918/1919. Das Dokumentenmaterial der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsbericht, Berlin 1928

Dietz, H. (Hrsg.), *Die Ehrengerichtsverordnungen. Neufassung 1910*, Rastatt 1910

Dnevniky Imperatora Nikolaja II-go, Moskau 1991

Documents of the American Association for International Conciliation for 1919, New York 1920

Elsner von Gronov, K., Sohl, G. (Hrsg.), *Militärstrafrecht für Heer und Marine des Deutschen Reiches. Handbuch für Kommando- und Gerichtsstellen, für Offiziere und Juristen*, Berlin 1906

Fleck, E., Keller, E. (Hrsg.), *Militärstrafgesetzbuch für das Deutsche Reich*, 2 Bde., Berlin 1880

Frauendienst, W. (Hrsg.), *Die geheimen Papiere Friedrichs von Holstein*, Göttingen - Berlin - Frankfurt a. M. 1956-1963

Friedrich - Ebert Stiftung (Hrsg.), *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 22., Bonn 1982

Froelich, A., *Die Verwaltung des deutschen Heeres. Heerwesen und Oekonomie nach den bestehenden Gesetzen, Regelements und sonstigen offiziellen Vorschriften*, 2 Bde., Berlin 1875

Generalnyj štab RKKA(Hrsg.), *Lodzinskaja operacija: Sbornik dokumentov*, Moskau 1936

Generalnyj štab RKKA(Hrsg.), *Varšavsko-Ivangorodskaja operacija: Sbornik dokumentov*, Moskau 1938

Generalnyj štab RKKA(Hrsg.), *Vostočno-prusskaja operacija. Sbornik dokumentov ob mirovoj imperialističeskoj vojne na ruskom fronte*, Moskau 1939

Generalstab des Heeres(Hrsg.), *Graf von Schlieffen: Dienstschriften*, 2 Bde., Berlin 1938

Gessen, I. (Hrsg.), *Archiv russkoj revoliuziji*, 22 Bde., Berlin 1921-1937

Golder, F.(Hrsg.), *Documents of Russian History 1914-1917*, Gloucester Mass. 1964

Gossudarstvennaja Duma, Stenografičeskije otčety, St. Petersburg 1907

Heilfron, E.(Hrsg.), *Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates*, 9 Bde., Berlin 1919

Hohlfeld, J.(Hrsg.), *Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Das Zeitalter Wilhelms II. 1898-1918*, Bd. 2., Berlin 1951

Hohlfeld, J.(Hrsg.), *Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart*, 9 Bde., Berlin 1951

Huber, E. R.(Hrsg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, 5 Bde., Stuttgart 1961

Hürter, J.(Hrsg.), *Paul von Hintze: Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär. Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik, 1903-1918*, München 1998

Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929

Institut für Marxismus-Leninismus(Hrsg.), *Die Novemberrevolution in Bildern und Dokumenten*, Berlin 1958

Institut für Marxismus-Leninismus(Hrsg.), *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 2. Reihe, Bd. 1. und 3., Berlin 1957

Institut Marksizma-Leninizma pri CK KPSS (Hrsg.), *Leninskij sbornik*, 39 Bde., Moskau 1924-1980

Jakovlev, J. (Hrsg.), *Petrogradskij Sowjet Rabočich i Soldatskich Deputatov. Protokoly zasedanij Iсполnitelnogo Komiteta i Bjuro I. K.*, Moskau 1925

Jakovlev, J., Pokrovskij, M. (Hrsg.), *Razloženiye armiji v 1917 godu*, Moskau 1925

Kaiserliche Statistische Amt (Hrsg.), *Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich*, Bd. 36/39, Berlin 1915/18

Kolb, E., Rürup, B. (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland*, Leiden 1968

Krasnyj Archiv, 103 Bde., Moskau 1922

Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres(Hrsg.), *Die Wirren in der Reichshauptstadt*, 6 Bde., Berlin 1940

Lane, J. (Hrsg.), *Letters of the Tsar to the Tsaritsa, 1914-1917*, New York 1929

Ledebour, G. (Hrsg.), *Der Ledebour-Prozeß*, Berlin 1919

Lenin, V., *Biografičeskaja Chronika*, 12 Bde., Moskau 1970-1982

Lenin, V., *Polnoje sobranije sočinenij*, 55 Bde., Moskau 1960

Lepsius, J. (Hrsg.), *Die große Politik der europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes*, Bd. 23, Bände, Berlin 1922-1925

Ludendorff, E., (Hrsg.), *Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18*, Berlin 1922

McCauley, M. (Hrsg.), *The Russian Revolution and the Sowiet State 1917-1021. Documents*, London 1975

Meyer, E. (Hrsg.), *Spartakus im Kriege. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege*, Berlin 1927

Michaelis, H., Schraepler, E. (Hrsg.), *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945. Eine Urkunden und Dokumentensammlung*, 27 Bde., Berlin 1958-1979

Ministersvo Inostrannyh Del SSSR (Hrsg.), *Dokumenty vnešnej politiki SSSR*, 21 Bde., Moskau 1957-1977

Montglas, M., Graf, von (Hrsg.), *Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, 1914*, 5 Bde., Berlin 1922-1928

Nalivajskij, B.(Hrsg.), *Petersburgskij sowjet rabočich i soldazkich deputatov: Protokoly zasedanij ispolnitelnogo komiteta i bjuro ispolnitelnogo komiteta*, Moskau - Leningrad 1925

Očerki istoriji Leningradskoj organizaziji KPSS, Leningrad 1962

Official Statements of War Aims and Peace Proposals, Washington D.C. 1929

Oganovskij, N., Čajanov, A. (Hrsg.), *Predvaritelnyje dannyje vserossijskoj selsko - chozjajstvennoj perepisi 1916 goda*, Petrograd 1917

Oganovskij, N., Čajanov, A. (Hrsg.), *Statističeskij spravočnik po agrarnomu voprosu*, Moskau 1917

Pares, B. (Hrsg.), *Letters of the Tsaritsa to the Tsar, 1914-1916*, London 1923

Perepiska Nikolaja i Aleksandry Romanovyh, Moskau 1925

- Pisma imperatricy Aleksandry Fjodorovny k Imperatoru Nikolaju II*, 2. Bde., Berlin 1922
- Protokoly VČK 5-ogo sozyva**, Moskau 1925
- Reichsministerium des Inneren (Hrsg.)**, *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918*, Berlin 1924
- Ritter, G., Müller, S. (Hrsg.)**, *Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente*, Hamburg 1974
- Schücking, W., Bell, J., Gradnauer, G., Breitscheid, R., Philipp, A. (Hrsg.)**, *Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags 1919-1930. Verhandlungen, Gutachten, Urkunden*, 4 Reihen, Berlin 1919-1928
- Schüddekopf, E. O. (Hrsg.)**, *Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933*, Hannover-Frankfurt a. M. 1955
- Šljapnikov, A. G. (Hrsg.)**, *Kto dolžnik*, Moskau 1926
- Stahl, W. (Hrsg.)**, *Schulthess europäischer Geschichtskalender*, München 1918
- Suchomlinov, V.**, *Die russische Mobilmachung im Lichte amtlicher Urkunden und der Enthüllungen des Prozesses*, Bern 1917
- The War Office (Hrsg.)**, *Statistics*, London 1922
- Ustav o službe po opredeleniju ot pravitelstva, Izdanije 1896 goda, Svod zakonov Rossijskoj Imperiji*, St. Petersburg 1913
- Valentinov, N. (Hrsg.)**, *Snošenija s sojuznikami po vojennym voprosam vo vremena vojny 1914-1918g.g.*, Moskau 1923
- Verfassunggebende Preußische Landesversammlung 1919/1921. Untersuchungsausschuß*, Berlin 1919
- Vestnik VČK**, Moskau 1920
- Wolf, H., Seidler, F.**, *Die deutsche Politik seit 1918. Eine aktenmäßige Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse und Persönlichkeiten der deutschen Geschichte nebst Erläuterungen für die Zeit vom 1. November 1918 bis 31. Dezember 1927*, Pforzheim 1928
- Wolfdieter Bibl. (Hrsg.)**, *Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs*, Darmstadt 1991
- Zeman, Z.**, *Germany and the Revolution in Russia 1915-1918. Documents from Archives of German Foreign Ministry*, London - New York 1958
- Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Hrsg.)**, *Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919*, Berlin 1919
- Zentralnoje Statističeskoje Upravlenije (Hrsg.)**, *Trudy*, Moskau 1921
- Zentralnoje Statističeskoje Upravlenije. Otdel Vojennoj Statistiki**, *Rossija v Mirovoj Vojne 1914-1918 goda (v zyfrach)*, Moskau 1925
- Zentralnyj Komitet trudovoj grupy (Hrsg.)**, *Aleksander Fjodorovič Kerenskij po materialam departamenta poliziji*, Petersburg 1917
- Zentralrat der Sozialistischen Republik Deutschlands (Hrsg.)**, *Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16-21. Dezember im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte*, Berlin 1919

c) Zeitungen und Zeitschriften:

<i>Am Quell deutscher Kraft. Halbmonatsschrift</i>	<i>Pravda</i>
<i>American Historical Revue</i>	<i>Pravitelstvennyj Vestnik</i>
<i>Berliner Abendzeitung</i>	<i>Proletarskaja Revoliuzija</i>
<i>Berliner Tageblatt</i>	<i>Reč</i>
<i>Birževyje Vedomosti</i>	<i>Reichsanzeiger</i>
<i>Byloje</i>	<i>Rus</i>
<i>Derandingia</i>	<i>Russkaja Letopis</i>
<i>Deutsche Rundschau</i>	<i>Russkije Vedomosti</i>
<i>Deutscher Reichsanzeiger</i>	<i>Slavic Review</i>
<i>Die Deutsche Tageszeitung</i>	<i>Soldatskaja Pravda</i>
<i>Die rote Fahne</i>	<i>Soveremennyje Zapiski</i>
<i>Europäische Gespräche</i>	<i>Sud Idjet</i>
<i>Frankfurter Zeitung</i>	<i>The American Slavic and East European</i>
<i>Revue</i>	
<i>Freiheit</i>	<i>Vestnik Archiva presidenta Rossijskoj</i>
<i>Federaziji</i>	
<i>Istoričeskij Žurnal</i>	<i>Vestnik žizni</i>
<i>Istoričeskije Zapiski</i>	<i>Vierteljahreshefte für die Zeitgeschichte</i>
<i>Izvestija</i>	<i>Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung</i>
<i>Jahrbücher für Geschichte Osteuropas</i>	<i>Volja Russi</i>
<i>Kieler Zeitung</i>	<i>Naša Žizn</i>
<i>Krasnaja Letopis</i>	<i>Vorwärts</i>
<i>Molodaja Gvardija</i>	<i>Vossische Zeitung</i>
<i>Naš Vek</i>	<i>Vozroždenije</i>
<i>Novaja Žizn</i>	<i>Wehrwissenschaftliche Rundschau</i>
<i>Novoje Vremja</i>	<i>Westnik Jevropy</i>
<i>Novyj Žurnal</i>	<i>Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft</i>
<i>Okopnaja Pravda</i>	<i>Zeitschrift für Geschichtswissenschaft</i>
<i>Österreichische militärische Zeitschrift</i>	<i>Zeitschrift für Militärgeschichte</i>
<i>Pamjat</i>	<i>Živoje slovo</i>
<i>Poslednije Novosti</i>	<i>Istoričeskij Archiv</i>

d) Zeitgenössische Überlieferungen:

Aleksinskij T., *La Grande Revue*, Paris 1923

Altrock, C., von, *Vom Sterben des deutschen Offizierskorps*, Berlin 1921

Antonov - Ovsejenko, V., *Zapiski o graždanskoj vojne*, 3 Bände, Moskau 1924

Appens, W., *Charleville. Dunkle Punkte aus dem Etappenleben*, Dortmund 1920

Baden, M., von, *Erinnerungen und Dokumente*, Berlin 1928

Balabanov, A., *Impressions of Lenin*, Ann Arbor 1964

Barth, E., *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, Berlin 1919

Bauer, M., *Der große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen*, Tübingen 1921

Baumgart, W. (Hrsg.), *Von Brest-Litowsk zur deutschen Novemberrevolution. Aus den Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Paquet, Wilhelm Groener und Albert Hopman*, Göttingen 1971

Bayern, R., von, *Mein Kriegstagebuch*, 3 Bde., Berlin 1929

Beck, L., *Der 29. September 1918*, in: **Speidel, H. (Hrsg.)**, *Ludwig Beck: Studien*, Stuttgart 1955

Benkendorff, P., *The last Days at Tsarskoje Selo*, London 1927

Bernstorff, J. H., *Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege*, Berlin 1920

Bethmann-Hollweg, T., von., *Betrachtungen zum Weltkrieg*, 2 Bde., Essen 1989

Blake, R. (Hrsg.), *Privat Papers of Douglas Haig, 1914-1918*, London 1952

Brecht, A., *Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884-1927*, Stuttgart 1966

Bruchmüller, G., *Die deutsche Artillerie in den Durchbruchsschlachten des Weltkrieges*, Berlin 1921

Brüning, H., *Memoiren 1918-1934*, 2 Bde., Stuttgart 1972

Brusilov, A., *Moji Vospominanija*, Moskau - Leningrad 1929

Brusilov, A., *Moji vospominanija*, Moskau 1963

Brusilov, A., *Soldiers Notebook*, London 1930

Buat, E., *L'armée allemande pendant la guerre de 1914-1918*, Paris 1920

Bubnov, A., *V zarskoj stavke. Vospominanija admirala Bubnova*, New York 1955

Buchanan, G., *My Mission to Russia and other diplomatic Memories*, London 1920

Bülow, B., von, *Denkwürdigkeiten*, 4 Bde., Berlin 1930

Bülow, K., von, *Mein Bericht zur Marneschlacht*, Berlin 1919

Burián, S., Graf, von, *Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege*, Berlin 1923

Čartorizky, A., *Memuary knjazja Čartorizkogo*, Moskau 1912

Churchill, W., *Die Weltkrise 1916/1918*, 2 Bde., Zürich - Leipzig - Wien 1927

Churchill, W., *The Second World War and an Epilogue on the Years 1945 to 1957*, London 1959

Consett, *The Triumph of Civil Forces*, London 1921

Cramon, A., von, *Deutschlands Schicksalsbund mit Österreich-Ungarn. Von Conrad v. Hötzendorf zu Kaiser Karl*, Berlin 1932

Custine, A., de, Marquis, *Russia*, London 1854

Czernin, O., *Im Weltkriege*, Berlin-Wien 1919

Danilov, J., *Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch. Sein Leben und Wirken*, Berlin 1930

Danilov, J., *La Russie dans la Guerre Mondiale*, Paris 1917

Danilov, J., *Na puti k krušeniju. Očerki iz poslednego perioda ruskoj monarchiji*, Moskau 1992

Danilov, J., *Rußland im Weltkriege: 1914-1915*, Jena 1925

De Basily, N., *Diplomat of Imperial Russia, 1903-1917. Memoirs*, Stanford, Calif. 1973

Denikin, A., *Očerki ruskoj smuty*, 6 Bde., Moskau 1991-1993

Denikin, A., *Put russkogo ofizera*, New York 1953

Denikin, A., *Staraja armija*, 2 Bde., Paris 1929

Deuringer, K., *Die Schlacht in Lothringen und in den Vogesen 1914. Die Feuertaufe der bayrischen Armee*, 2 Bde., München 1929

Dybenko, P., *Mjatežniki*, Moskau 1923

Eichhorn, E., *Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januarereignissen*, Berlin 1919

Einem, K., von, *Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg. Persönliche Aufzeichnungen des Generalobersten von Einem*, Leipzig 1938

Einem, K., von, *Erinnerungen eines Soldaten, 1853-1933*, Leipzig 1933

Erdmann, K. D.(Hrsg.), *Kurt Riezler - Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, Göttingen 1972

Erzberger, M., *Erlebnisse im Weltkrieg*, Berlin 1920

Eulenburg - Hertefeld, P., von, *Aus 50 Jahren. Erinnerungen, Tagebücher und Briefe aus dem Nachlaß des Fürsten Philipp zu Eulenburg - Hertefeld*, Berlin 1923

Falkenhayn, E., von, *Der Feldzug der 9. Armee gegen die Rumänen und Russen: 1916/17*, 2 Bde., Berlin 1921

Falkenhayn, E., von, *Die oberste Heeresleitung 1914-1916 in ihren wichtigsten Entschlüssen*, Berlin 1920

Fischer, A., *Die Revolutions-Kommandantur*, Berlin 1922

Foch, F., *Meine Kriegserinnerungen 1914-1918*, Leipzig 1931

François, H., von, *Der deutsche Kronprinz. Der Soldat und Heerführer*, Leipzig 1926

François, H., von, *Gorlice. Der Karpatendurchbruch und die Befreiung von Galizien*, Leipzig 1922

François, H., von, *Marneschlacht und Tannenberg. Betrachtungen zur deutschen Kriegsführung der ersten sechs Kriegswochen*, Berlin 1920

Freitag-Loringhoven, H., von, *Generalfeldmarschall Graf v. Schlieffen und die Verwaltung seines geistigen Erbes im Weltkrieg*, Leipzig 1920

Freitag-Loringhoven, H., von, *Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah*, Berlin 1923

Gallwitz, M., von, *Erleben im Westen: 1916-1918*, Berlin 1932

Gallwitz, M., von, *Meine Führertätigkeit im Weltkriege 1914-1916. Belgien, Osten, Balkan*, Berlin 1929

Gerard, J., *My four Years in Germany*, New York 1917

Gippius, S., *Siniaja knjiga*, Belgrad 1929

Gleich, G., von, *Die alte Armee und ihre Verwirrungen*, Leipzig 1919

Gorkij, M., *Erinnerungen an Zeitgenossen*, Berlin 1928

Gothein, G., *Warum verloren wir den Krieg*, Stuttgart 1919

Gough, H., *Fifth Army*, London 1931

Gradovskij, A., *Sobranije sočinenija*, 7 Bde., St. Petersburg 1901

Groener, W., *Das Testament des Grafen Schlieffen*, Berlin 1927

Groener, W., *Der Weltkrieg und seine Probleme. Rückschau und Ausblick*, Berlin 1920

Groener, W., *Feldherr wider Willen. Operative Studien über den Weltkrieg*, Berlin 1930

Groener, W., *Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg*, Göttingen 1957

Groener-Geyer, D., *General Groener. Soldat und Staatsmann*, Frankfurt a. M. 1955

Guderian, H., *Erinnerungen eines Soldaten*, Heidelberg 1951

Gurko, B., *Memories and Impressions of War and Revolution in Russia 1914-1917*, London 1918

Gurko, V., *Rußland 1914-1917: Erinnerungen an Krieg und Revolution*, Berlin 1921

Haig, D., *England an der Westfront. Die Marschallberichte an den Obersten Kriegsrat*, Berlin 1925

Hankey, M. P., *The Supreme Command 1914-1918*, 2 Bde., London 1961

Harden, M., *Köpfe*, 3 Bde. Berlin 1913

Hausen, M., Freiherr, von, *Erinnerungen an den Marnefeldzug 1914*, Leipzig 1920

Haußmann, C., *Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen*, Frankfurt 1924

Helfferich, K., *Der Weltkrieg. Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Bootkrieg*, 3 Bde., Berlin 1919

Hertling, K., Graf, von, *Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters*, Freiburg i.B. 1919

Hintze, P., von, *Aufzeichnung des Staatssekretärs Hintze*, in: **Niemann, A.**, *Revolution von oben, Umsturz von unten*, Berlin 1928

Hoffmann, M., *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, München 1923

Hoffmann, M., *Die Aufzeichnungen des Generalmajors M. Hoffmann*, Berlin 1928

Hohenborn, A. W., von, *Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des preußischen Generals als Kriegsminister und Truppenführer im Ersten Weltkrieg*, Boppard am Main 1986

House, E. M., *The intimate Papers of Colonel House*, 2 Bde., London 1926

Jäckh, E., *Der goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers*, Stuttgart 1954

Jegorov, A., *Razgrom Denikina*, Moskau 1931

Jellicoe, J. E., Lord, *Der U-Bootkrieg. Englands schwerste Stunde*, Berlin 1938

Jellicoe, J. R., Lord, *Erinnerungen*, 2. Bde., Berlin 1937

Joffre, J., *Mémoires du Maréchal Joffre, 1910-17*, 2 Bde., Paris 1932

Joost, W., *Botschafter bei den roten Zaren. Die deutschen Missionschefs in Moskau 1918 bis 1941. Mit Geheimakten und persönlichen Aufzeichnungen*, Wien 1967

Jussupov, F., *Rasputins Ende*, Frankfurt a. M. 1990

Kapp, W., *Die nationalen Kreise und der Reichskanzler*, Königsberg 1916

Karolyi, M., *Gegen eine ganze Welt. Mein Kampf um den Frieden*, München 1924

Katkov G., *Russia 1917. The February Revolution*, London 1967

Kerenskij, A., *Delo Kornilova*, Paris 1924

Kerenskij, A., *Die Kerenski Memoiren. Rußland und der Wendepunkt der Geschichte*, Wien - Hamburg 1966

Kerenskij, A., *Iz daleka. Sbornik stajej*, Paris 1922

Kerenskij, A., *The Crucifixion of Liberty*, New York 1972

Kessler, H., Graf, von, *Tagebücher 1918-1937*, Frankfurt a. M. 1961

Kluck, A., von, *Der Marsch auf Paris und die Marneschlacht 1914*, Berlin 1920

Kluck, A., von, *Wanderjahre, Kriege, Gestalten*, Berlin 1929

Krasnov, P., *Pamjati imperatorskoj russkoj armii*, in: *Russkaja letopis*, Bd. 5., Paris 1923

- Kronprinz Wilhelm**, *Meine Erinnerungen aus Deutschlands Heldenkampf*, Berlin 1923
- Kropotkin, P.**, *Zapiski revoluzionera*, Moskau 1920
- Krylenko, N.**, *Fevralskaja revoljuzija i staraja armija*, Moskau 1927
- Kryžanovskij, S.**, *Vospominanija*, Berlin 1938
- Kuhl, H., von** *Der Weltkrieg 1914-1918. Dem deutschen Volke dargestellt*, 2 Bde., Berlin 1929
- Kuhl, H., von**, *Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges*, Berlin 1920
- Kuhl, H., von**, *Der Marnefeldzug 1914*, Berlin 1921
- Kühlmann, R., von**, *Erinnerungen*, Heidelberg 1948
- Kühlmann, R., von**, *Gedanken über Deutschland*, Leipzig 1931
- Kurlov, P.**, *Das Ende des russischen Kaisertums. Persönliche Erinnerungen des Chefs der russischen Geheimpolizei*, Berlin 1920
- Kutepov A.**, *Pervyje dni revoluziji v Petrograde. Otryvok iz vospominanij napisnnych genelalom Kutepovym v 1926 godu*, Paris 1934
- Leeb, W., Ritter, von**, *Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen*, Stuttgart 1976
- Lemke, M.**, *250 dnej v zarskoj stavke*, Moskau 1920
- Lenin, V.**, *Sämtliche Werke*, 23 Bde., Wien-Berlin 1928-1933
- Lewinsohn, L.**, *Die Revolution an der Westfront*, Charlottenburg 1919
- Lloyd George, D.**, *War Memoirs*, London 1933
- Lockhart, B.**, *Vom Wirbel erfaßt. Bekenntnisse eines britischen Diplomaten*, Stuttgart 1933
- Lomonosov, J.**, *Vospominanija o martovskoj revoluziji 1917 goda*, Stokholm 1921
- Loßberg, F., von**, *Meine Tätigkeit im Weltkrieg 1914-1918*, Berlin 1939
- Luckner, F., Graf, von**, *Aus siebzig Lebensjahren*, Biberach 1955
- Ludendorff, E.**, *Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot*, Berlin 1919
- Ludendorff, E.**, *Mein militärischer Werdegang*, München 1937
- Ludendorff, E.**, *Meine Kriegserinnerungen*, Berlin 1919
- Lukomskij A.**, *Erinnerungen*, 2 Bde., Berlin 1923
- Medlin, V., Parsons S. (Hrsg.)**, *V. Nabokov and the russian Provisional Government 1917*, New Heaven 1976
- Meisner, H. O. (Hrsg.)**, *Aus dem Briefwechsel des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee 1886-1891*, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1928
- Merton, R.**, *Erinnerenswertes aus meinem Leben, das über das Persönliche hinausgeht*, Frankfurt a. M. 1955
- Miljukov, P.**, *Rußlands Zusammenbruch*, 2 Bde., Berlin 1925
- Miljukov, P.**, *Vospominanija 1859-1917*, 2 Bde., New York 1955
- Moltke, H., von**, *Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877-1916*, Stuttgart 1922
- Moltke, H., von**, *Gesammelte Werke und Denkwürdigkeiten*, 8 Bde., Berlin 1891-1893
- Moltke, H., von**, *Unter dem Halbmond. Erlebnisse in der alten Türkei 1835-1839*, Stuttgart 1997

- Morgen, C., von,** *Meiner Truppen Heldenkämpfe*, Berlin 1922
- Morgenthau, H.,** *Mémoires de l'Ambassadeur Morgenthau*, Paris 1919
- Müller, A.,** *Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts*, Berlin - Frankfurt a. M. 1959
- Müller, R.,** *Vom Kaiserreich zur Republik. Die Novemberrevolution*, Wien 1925
- Müller-Franken, H.,** *Die Novemberrevolution. Erinnerungen*, Berlin 1928
- Nicolai,** *Geschichte der Kriegsschule in Potsdam*, Berlin 1904
- Nicolai, W.,** *Geheime Mächte. Internationale Spionage und ihre Bekämpfung im Weltkrieg und heute*, Leipzig 1925
- Nicolai, W.,** *Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg*, Berlin 1920
- Niemann, A.,** *Der Kaiser und die Revolution. Die entscheidenden Ereignisse im Großen Hauptquartier im Herbst 1918*, Berlin 1928
- Niemann, A.,** *Revolution von oben, Umsturz von unten*, Berlin 1928
- Nikitin, B.,** *Rokovyje gody. Novyje pokazanija. Memuary načalnika vojennoj kontrazvedki Petrogradskogo voennogo okruga*, Paris 1937
- Oehme, W., Caro, K.,** *Schleichers Aufstieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution*, Berlin 1933
- Oehme, W.,** *Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19*, Berlin 1958
- Oskin, D.,** *Zapiski soldata*, Moskau 1929
- Paléologue, M.,** *Am Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Betrachtungen*, 2 Bde., München 1925
- Paquet, A.,** *Im kommunistischen Rußland: Briefe aus Moskau*, Jena 1919
- Pares B.,** *The Fall of the russian Monarchy. A Study of the Evidence*, New York 1961
- Pares, B.,** *Day by Day with the russian Army*, London 1915
- Payer, F., von,** *Von Bethmann - Hollweg bis Ebert*, Frankfurt a. M. 1923
- Pieck, W.,** *Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908-1950*, Berlin 1950
- Pieck, W.,** *Erinnerungen an die Novemberrevolution, in: Gesammelte Reden und Schriften*, Berlin 1959
- Podvojskij, N.,** *Vojennaja organizacija ZK VKP(b) i vojenno revoljuzionnyj komitet v 1917 godu*, Moskau 1923
- Polivanov, A.,** *Iz dnevnikov i vospominanij po dolžnosti voennogo ministra i ego pomoščnika 1907-1916 g. g.*, Moskau 1924
- Polovzev, P.,** *Dni zatmenija. Zapiski glavnokomadujuščego vojskami Petersburgskogo voennogo okruga generala P. Polovzeva v 1917 godu*, Paris 1937
- Potthoff, H. (Hrsg.),** *Friedrich v. Berg als Chef des geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß, in: Quellen*, Bd. 7., Düsseldorf 1971
- Prittwitz und Gaffron, F., von,** *Zwischen Petersburg und Washington. Ein Diplomatenleben*, München 1952
- Pronin, V.,** *Poslednije dni zarskoj Stawki*, Belgrad 1929

Puriškevič, V., *Wie ich Rasputin ermordete*, Berlin 1991

Rabenau, F.(Hrsg.), *Hans von Seeckt. Aus meinem Leben*, 2. Bde., Leipzig 1938

Raskolnikov, F., *Kronštat i Piter v 1917 godu*, Moskau - Leningrad 1925

Reinhardt, W., *Wehrkraft und Wehrwille*, Berlin 1932

Rodzjanko, A., *S belymi v Pribaltike*, Berlin 1926

Rodzjanko, M., *Erinnerungen*, Berlin 1926

Rodzjanko, M., *Gossudarstvennaja Duma i fevral'skaja 1917 goda revoliuzija*, Charkov 1990

Rodzjanko, M., *Erinnerungen*, Berlin 1920

Rodzjanko, M., *The Reign of Rasputin*, London 1927

Romanov, A., *Kniga vospominanij Velikogo Knjazja Aleksandra Michailoviča*, Paris 1933

Romanov, A., *Once a Grand Duke*, Casell 1932

Romanov, A., *Vospominanija*, Moskau 1999

Rosanov, V., *Apokalypsis našego vermeni*, Paris 1917

Rosen, F., *Aus einem diplomatischen Wanderleben*, Wiesbaden 1959

Ross, C., *Die ersten Tage der Revolution*, in: *Das Tage-Buch*, 1. Jg./I., Berlin 1920

Rotheit, R., *Das Berliner Schloß im Zeichen der Novemberrevolution*, Berlin 1923

Savinkov, B., *Erinnerungen eines Terroristen*, Nördlingen 1985

Savinkov, B., *K delu Kornilova*, Paris 1919

Sazonov, S., *Fateful Years*, London 1928

Schäfer, H., *Tagebuchblätter eines Rheinischen Sozialisten*, Bonn 1919

Scheidemann, P., *Der Zusammenbruch*, Berlin 1921

Scheidemann, P., *Memoiren eines Sozialdemokraten*, 2 Bde., Dresden 1928

Schlözer, L., von, *Generalfeldmarschall Freiherr von Loe*, Berlin 1914

Schweinitz, H., *Denkwürdigkeiten des Botschafters H. L. von Schweinitz*, Berlin 1927

Šklovskij, V., *Revoljuzija i front*, Petrograd 1921

Šljapnikov, A., *Semnadzatj god*, 4 Bde., Moskau - Leningrad 1925 -1931

Sljosberg, G., *Dela minuvšich dnej*, Paris 1933

Sokolnikov, G., *Brestskij mir*, Moskau 1920

Spieß, J., *Sechs Jahre U-Bootfahrten*, o. J.

Spiridovič, A., *Raspoutine*, Paris 1935

Stankevič, V., *Vospominanija, 1914-1919 g.*, Berlin 1920

Stein, H., von, *Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges*, Leipzig 1919

Stein, L., von, *Die Lehre vom Heerwesen. Als Theil der Staatswissenschaften*, Stuttgart 1872

Suchanov, N., *1917:Tagebuch der russischen Revolution*, München 1967

Suchomlinov, V., *Erinnerungen*, Berlin 1924

Suchomlinov, V., *Großfürst Nikolai Nikolajewitsch*, Berlin 1925

Šulgin, V., *Dni*, Belgrad 1925

Tappen, A., *Bis zur Marne 1914. Beitrag zur Beurteilung der Kriegsführung bis zum Abschluß der Marneschlacht*, Oldenburg 1920

- Taslaunu, O.**, *With the Austrian Army in Galicia*, London 1919
- Thaer, A., von**, *Generalstabsdienst an der Front und in der OHL. Aus den Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915-1919*, Göttingen 1958
- Thaer, A., von**, *Generalstabsdienst an der Front und in der OHL. Aus den Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915-1919*, Göttingen 1958
- Tirpitz, A., von**, *Erinnerungen*, Leipzig 1919
- Topham, A.**, *Memories of the Fatherland*, London 1916
- Troeltsch, E.**, *Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/1922*, Tübingen 1924
- Trotzkij, L.**, *Mein Leben*, Berlin 1930
- Trotzkij, L.**, *Moja žizn. Opyt avtobiografii*, 2 Bde., Berlin 1930
- Trotzkij, L.**, *Über Lenin. Material für einen Biographen*, Frankfurt 1984
- Tschirschky, F. G., von**, *Erinnerungen eines Hochverrätters*, Stuttgart 1972
- Tumulty, J. P.**, *Woodrow Wilson as I know him*, London 1922
- Valentini, R., von**, *Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel. Dargestellt von B. Schwertfeger*, Oldenburg 1931
- Vierhaus, R. (Hrsg.)**, *Das Tagebuch der Baronin Spitzenberg. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches*, Göttingen 1960
- Višnjak, M.**, *Vserossijskoje Učreditelnoje Sobranije*, Paris 1932
- Voitinskij**, *Gody pobed i poraženij*, Berlin 1924
- Vojejkov, V.**, *S zarjom i bez zarja. Vospominanija poslednego dvorzovogo komendanta gosudarja Nikolaja II-go*, Moskau 1995
- Vyrubova, A.**, *Souvenir de ma vie*, Paris 1927
- Vyrubova, A.**, *Stranizy iz mojej žizni*, Berlin 1923
- Wandt, H.**, *Etappe Gent*, Berlin 1920
- Wiese, L., von**, *Kindheit. Erinnerungen aus meinen Kadettenjahren*, Hannover 1924
- Wilhelm II.**, *Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918*, Leipzig 1922
- Witte, S.**, *Erinnerungen*, Berlin 1923
- Witte, S.**, *Vospominanija*, 3 Bde., Moskau 1960
- Wolff, T.**, *Through two Decades*, London 1936
- Wrangel, P.**, *Zapiski. Smuta i razval armji*, Moskau 1994
- Zedlitz-Trützschler, R., Graf, von**, *Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof*, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1923
- Žukov, G.**, *Erinnerungen und Gedanken*, Salzburg 1969

Sekundärliteratur:

- Adolph, H.**, *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie: 1894-1939. Eine politische Biographie*, Berlin 1971

- Akademija Nauk SSSR (Hrsg.),** *Istorija SSSR*, 14 Bde., Moskau 1966-1973
- Albertini, L.,** *The Origins of the War of 1914*, 3 Bde., Oxford 1952-1965
- Aleksejev, W., Schver, A.,** *Semja Uljanovyč v Simbirske*, Leningrad 1925
- Alter, J.,** *Eine Studie Bethmann-Hollwegscher Politik in Skizzen und Umrissen*, München 1919
- Andrejev, A.,** *Soldatzkije massy garnizonov russkoj armii v oktjabskoj revoljuzii*, Moskau 1975
- Anfimov, A.,** *Rossijskaja derevnja v gody Pervoj Mirovoj Vojny 1914-1917*, Leningrad 1967
- Anweiler, O.,** *Rätebewegung in Rußland: 1905-1921*, Leiden 1958
- Apel, E.,** *Die königliche Gewalt auf dem Gebiete des Ehrengerichtsverfahrens gegen preußische Offiziere*, Berlin 1906
- Aronson, G.,** *Rossija nakanune revoljuzji. Istoričeskije etudy*, New York 1962
- Asprey, B.,** *The First Battle of the Marne*, Philadelphia 1962
- Asprey, R.,** *The German High Command at war. Hindenburg and Ludendorff conduct World War I*, New York 1991
- Astrov N., Gronsčij, P.,** *The War and the russian Government*, New Haven 1929
- Avdejev, N. (Hrsg.),** *Revoljuzija 1917 Goda: Chronika sobytij*, 6 Bde., Moskau 1923-1930
- Balfour, M.,** *Der Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit*, Berlin 1973
- Banks, A.,** *Military Atlas of the First World War*, London 1975
- Barnett, C.,** *Anatomie eines Krieges. Eine Studie über Hintergründe und entscheidende Phasen des Ersten Weltkrieges*, München 1963
- Baumgart, W.,** *Die Deutsche Ostpolitik 1918. Vom Brest-Litowsk bis zum Ende des ersten Weltkrieges*, Wien-München 1966
- Baumgart, W.,** *Die militär-politischen Berichte des Freiherrn von Keyserlingk*, in: *Vierteljahreshefte für die Zeitgeschichte*, Bd. 15, 1967
- Baumgart, W.,** *Ludendorff und das Auswärtige Amt zur Besetzung der Krim 1918*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Bd. 14, 1966
- Bazyłow, L.,** *Obalenie caratu*, Warschau 1976
- Beloj, A.,** *Galizijskaja bitva*, Moskau 1929
- Benoist-Méchin, J.,** *Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946*, 6 Bde., Hamburg 1965
- Berdjajev, N.,** *Sinn und Schicksal des russischen Kommunismus*, Luzern 1937
- Bergh, M., van der,** *Das deutsche Heer vor dem Weltkriege. Eine Darstellung und Würdigung*, Berlin 1934
- Berndorff, H. R.,** *General zwischen Ost und West: Aus den Geheimnissen der deutschen Republik*, Hamburg 1951
- Bernhardi, T. von,** *Aus dem Leben Theodor von Bernhardis*, 8 Bde., Leipzig 1893-1906
- Bernstein, E.,** *Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk*, Berlin 1921
- Beskrovnyj, L.,** *Armija i flot Rossiji v načale 20 veka: Očerki vojenno - ekonomičeskogo potenziala*, Moskau 1986
- Beyme, K., von (Hrsg.),** *Empirische Revolutionsforschung*, Opladen 1973
- Beyrau, D.,** *Militär und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland*, Köln 1984

- Birth, E.**, *Die Oktobristen, 1905-1913. Zielvorstellungen und Struktur. Ein Beitrag zur russischen Parteigeschichte*, Stuttgart 1974
- Black, H.**, *Die Grundzüge der Beförderungsordnungen, in: Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps. Anciennität und Beförderung nach Leistung*, Stuttgart 1962
- Bljoch, I.**, *The Future of War*, New York 1899
- Block, A.**, *Der Sturz des Zarenreiches*, Frankfurt 1971
- Bochanov, A.**, *Nikolaj II.*, in: *Rossijskije samoderžy 1801-1917*, Moskau 1994
- Bowder., R. (Hrsg.)**, *The Russian Provisional Government*, Stanford 1961
- Braun, O.**, *Von Weimar zu Hitler*, New York 1940
- Breucker, W.**, *Die Tragik Ludendorffs. Eine kritische Studie auf Grund persönlicher Erinnerungen an den General und seine Zeit*, Oldenburg 1953
- Brinton, C. C.**, *Die Revolution und ihre Gesetze*, Frankfurt 1959
- Buchan, J.**, *A History of the Great War*, Boston 1922
- Budnikov, V.**, *Bolševizkaja partijnaja pečat v 1917 godu*, Charkov 1959
- Bunijan, J.**, *Intervention, Civil War, and Communism in Russia*, Baltimore 1936, S. 151
- Burdžalov, E.**, *Vtoraja russkaja revoluzija: Vosstanije v Petrograde*, Moskau 1967
- Burmeister, H. W.**, *Prince Philipp Eulenburg - Hertefeld 1847-1921*, Wiesbaden 1981
- Bushnell, J.**, *Mutiny amid Repression: Russian Soldiers in the Revolution of 1905-1906*, Bloomington 1985
- C. R. M. F. Cruttwell**, *A History of the Great War, 1914-1918*, Oxford 1936
- Calvert, P.**, *A Study of Revolution*, Oxford 1970
- Carr, E.**, *The bolshevik Revolution 1917-1923*, 4 Bde., London 1978
- Carsten, F. L.**, *Reichswehr und Politik: 1918-1933*, Köln - Berlin 1964
- Čermenskij, E.**, *Gosudarstvenaja Duma i sverženije zarizma v Rossiji*, Moskau 1976
- Chadsijev, Ch.**, *Velikij Bojar*, Belgrad 1929
- Chamberlin, H.**, *The russian Revolution 1917-1921*, 2 Bde., London 1935
- Clark, C., Haswell, M.**, *The Economics of Subsistence Agriculture*, London 1970
- Claus, R.**, *Die Kriegswirtschaft Rußlands bis zur bolschewistischen Revolution*, Bonn - Leipzig 1922
- Clausewitz, C., von**, *Von Kriege*, Bonn 1980
- Collenberg, R., von**, *Die deutsche Armee von 1871 bis 1914, in: Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv*, Berlin 1922, Heft 4
- Courtois, S.**, *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München 1998
- Craig, G. A.**, *Die preußisch - deutsche Armee. Staat im Staate*, Königstein 1980
- Craig, G. A.**, *The Politics of the Prussian Army 1640-1945*, Oxford 1955
- Cron, H.**, *Die Organisation des deutschen Heeres im Weltkriege. Dargestellt auf Grund der Kriegsakten*, Berlin 1923
- Cron, H.**, *Geschichte des deutschen Heeres im Weltkriege 1914-1918*, Berlin 1937
- Crouzas, A.**, *Geschichte des Königlich-Preußischen Kadetten-Corps*, Berlin 1857

- Čugajev, D.**, *Revoluzionnoje dviženije v Rossiji v maje - ijule 1917 goda: Ijulskaja demonstracija*, Moskau 1959
- Dan, F.**, *Proischoždenije bolševizma*, New York 1964
- Deist, W.**, *Der militärische Zusammenbruch des Kaiserreiches*, in: **Büttner, U. (Hrsg.)**, *Das Unrechtsregime. Internationale Forschungen über den Nationalsozialismus*, 2 Bde., Hamburg 1986
- Deist, W.**, *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918*, in: **Conze, W., Matthias, E., Winter, G. (Hrsg.)** *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Bd. 1., 2. Reihe, Düsseldorf 1970
- Deist, W.**, *Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch - deutschen Militärgeschichte*, München 1991
- Deist, W.**, *Seekriegsleitung und Flottenrebellion*, in: *Vierteljahreshefte für die Zeitgeschichte*, 1966, Bd. 14.
- Delbrück, H.**, *Geschichte der Kriegskunst in Rahmen der politischen Geschichte*, 4 Bde., Berlin 1964
- Delbrück, H.**, *Krieg und Politik*, 3 Bde., Berlin 1918-1919
- Delbrück, H.**, *Ludendorffs Selbstporträt*, Berlin 1922
- Demeter, K.**, *Das deutsche Heer und seine Offiziere*, Berlin 1930
- Demeter, K.**, *Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650-1945*, Frankfurt a. M. 1965
- Deutscher, I.**, *The Prophet Armed. Trotsky*, London 1954
- Die Offizierspensionierungen im deutschen Heere*, Stuttgart 1897
- Dingle, A.**, *The Campaign for Prohibition in Victorian England*, London 1980
- Djakin, V.**, *Russkaja buržuazija i zarism vo vremja Pervoj Mirovoj Vojny (1914-1917)*, Leningrad 1967
- Dobrorolskij, S.**, *Mobilisazija russskoj armiji v 1914 godu*, Belgrad 1922
- Dobrorolskij, S.**, *Strategičeskije plany*, Belgrad 1922
- Dorpalen, A.**, *Empress Augusta Victoria and the Fall of German Monarchie*, in: *American Historical Revue*, Nr. 58, 1952
- Drabkin, J. S.**, *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland*, Berlin 1968
- Drascher, W.**, *Zur Soziologie des deutschen Seeoffizierskorps*, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau*, 12. Jg., 1962
- Drezen, A.**, *Revoluzija vo flote: Baltijskije morjaki v vostanijach 1905-1906 g.g.*, Leningrad 1926
- Dupont, G.**, *Le Haut Commandement Allemand en 1914*, Paris 1922
- Edmonds, J.**, *Military Operations, France and Belgium 1914*, New York 1928
- Eisenhart-Rothe, E., von**, *So war die alte Armee*, Berlin 1935
- Eliasberg, G.**, *Der Ruhrkrieg 1920. Zum Problem von Organisation und Spontaneität in einem Massenaufstand und zur Dimension der Weimarer Krise*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 10. Jg., Bonn 1959
- Endres, F.**, *Reichswehr und Demokratie*, Leipzig 1919
- Endres, F.**, *Soziologische Struktur und die entsprechende Ideologie des deutschen Offizierskorps vor dem Weltkrieg*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Berlin 1927, Bd. 58
- Engelhardt, A.**, *Iz derevni*, Moskau 1987

- Engels, D. W.**, *Alexander the Great and the Logistics of Macedonian Army*, Berkeley Calif 1978
- Erdmann, K. D.(Hrsg.)**, *Der Erste Weltkrieg*, München 1980
- Esser, W.(Hrsg.)**, *Kurt Hahn. Erinnerungen, Gedanken, Aufforderungen, Beiträge zum 100. Geburtstag des Reformpädagogen*, Lüneburg 1987
- Falls, C.**, *The First World War*, London 1960
- Feldman, G.**, *Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918*, Princeton N. J. 1966
- Fenomenov, M.**, *Sovremenaja derevnja*, 2 Bde., Leningrad - Moskau 1925
- Fischart, J.**, *Das alte und das neue System*, Berlin 1920
- Fischer, F.**, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914/18*, Düsseldorf 1977
- Fischer, F.**, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1978
- Flechtheim, O.**, *Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik*, Offenbach 1948
- Fleer, M.**, *Rabočije dviženije v Rossiji v gody imperialističeskoj vojny*, Leningrad 1926
- Florinskij, M.**, *Samoderžavije i problema jedinstva gosudarstvennogo upravljenja v period Pervoj Mirovoj Vojny. 1914 – fevral 1917 g.g.*, Leningrad 1990
- Florinskiy, M.**, *The End of the Russian Empire*, New Haven 1931
- Foerster, W.**, *Aus der Gedankenwerkstatt des deutschen Generalstabes*, Berlin 1931
- Foerster, W.**, *Der Feldherr Ludendorff im Unglück. Eine Studie über seine seelische Haltung in der Endphase des Ersten Weltkrieges*, Wiesbaden 1952
- Foerster, W.**, *Graf Schlieffen und der Weltkrieg*, Berlin 1925
- Frenkin, M.**, *Russkaja armija i revoliuzija 1915-1917g.g.*, München 1978
- Frenkin, M.**, *Zachvat vlasti bolševikami i rol tylovyh garnisonov armiji: podgotovka i provedenije oktjabskogo mjateža 1917-1918 g.g.*, Jerusalem 1992
- Frentz, H.**, *Der unbekannte Ludendorff. Der Feldherr in seiner Umwelt und Epoche*, Wiesbaden 1972
- Friedensburg, F.**, *Kohle und Eisen im Weltkrieg und in den Friedensschlüssen*, München 1934
- Fuller, W. C., Jr.**, *Die Ostfront*, in: **Winter, J., Parker, G., Habeck, M.(Hrsg.)**, *Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, Hamburg 2002
- Gackenholtz, H.**, *Entscheidung in Lothringen 1914. Der Operationsplan des jüngeren Moltke und seine Durchführung auf dem linken deutschen Heeresflügel*, Berlin 1933
- Galai, S.**, *The Liberation Movement in Russia 1900-1905*, Cambridge 1973
- Gässler, Ch.**, *Offiziere und Offizierkorps der alten Armee in Deutschland*, Mannheim 1930
- Gatzke, H. W.**, in: *Vierteljahreshefte für die Zeitgeschichte*, Bd. 3., München 1955
- Gauss, Ch.**, *The German Emperor as shown in his public Utterances*, New York 1915
- Geiss, I.**, *Die Kriegsschuldfrage - das Ende eines Tabus*, in: **Mosse, G. (Hrsg.)**, *Kriegsausbruch 1914*, München 1970
- Gentizon, P.**, *L'Armée allemande après la Défaite*, Bossard 1929
- Gibson, R. H., Prendergast, M.**, *The German Submarine War, 1914-1918*, New York 1931
- Gilbert, M.**, *The First World War*, London 1994

- Gils, J.**, *The Leading Actors. Strategies and Events in the German Gamble for Total Victory on the Western Front*, New York 1974
- Gitermann, V.**, *Die Geschichte Rußlands*, 3 Bde., Hamburg 1949
- Gluck, C.**, *Japan's Modern Myths. Ideology in the late Meiji Period*, Princeton 1985
- Godechot, J.**, *Les Institutions de la France sous la Révolution et l'Empire*, Paris 1951
- Golovin, N.**, *Iz istoriji kampaniji 1914 goda. Načalo vojny i operaciji v vostočnoj Prussiji*, Prag 1926
- Golovin, N.**, *Rossijskaja kontr-revolucija v 1917-1918 g. g.*, 5 Bde., Paris 1937
- Golovin, N.**, *The Russian Army in the World War*, New Haven 1931
- Golovin, N.**, *Vojennyje usilija Rossiji v Mirovoj Vojne*, 2. Bde., Paris 1939
- Goodspeed, D. J.**, *Ludendorff. Soldat, Diktator, Revolutionär*, Gütersloh 1968
- Gorkij, M.**, *O ruskom krestjanstve*, Berlin 1922
- Görlitz, W.**, *Der deutsche Generalstab. Geschichte und Gestalt 1657-1945*, Frankfurt a. M. 1950
- Görlitz, W.**, *Hindenburg. Ein Lebensbild*, Bonn 1953
- Görlitz, W.**, *Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes*, Berlin 1977
- Görlitz, W.**, *November 1918. Bericht über die deutsche Revolution*, Hamburg 1968
- Grave, B. (Hrsg.)**, *Buržuazija nakanune Fevral'skoj Revoluciji*, Moskau - Leningrad 1927
- Greene, T. H.**, *Comparative revolutionary Movements*, New Jersey 1974
- Groener, W.**, *Das Testament des Grafen Schlieffen. Operative Studien über den Weltkrieg*, Berlin 1927
- Groh, D.**, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Weltkrieges*, Berlin 1974
- Groos, O.**, *Seekriegslehren im Lichte des Weltkrieges. Ein Buch für den Seemann, Soldaten und Staatsmann*, Berlin 1929
- Haffner, S.**, *Der Selbstmord des Deutschen Reiches*, München - Wien 1970
- Haffner, S.**, *Der Verrat. Deutschland 1918/1919*, Berlin 2000
- Haffner, S.**, *Im Schatten der Geschichte*, Stuttgart 1985
- Haffner, S., Venohr, W.**, *Preußische Profile*, Frankfurt a. M. 1988
- Hahlweg, W.**, *Lenins Rückkehr nach Rußland 1917*, Leiden 1957
- Haldenwang, A., von**, *Feldverwaltung, Etappe und Ersatzformationen im Weltkrieg 1914-1918*, Stuttgart 1925
- Hamilton, J.**, *The Soul and Body of an Army*, London 1921
- Hartmut, J.**, *Das Reserveoffizierkorps im Deutschen Kaiserreich 1890-1914. Ein sozialgeschichtlicher Beitrag zur Untersuchung der gesellschaftlichen Militarisierung im Wilhelminischen Deutschland*, Frankfurt a. M. 1981
- Hasegawa, T.**, *The February Revolution: Petersburg, 1917*, Seattle - London 1981
- Heining, K.**, *Hohenzollern. Wilhelm II. und sein Haus. Der Kampf um den Kronbesitz*, Berlin 1921
- Helfferrich, K.**, *Das Geld im russisch - japanischen Krieg*, Berlin 1906
- Helfferrich, K.**, *Das Geld*, Leipzig 1923
- Helmolt, H. F.**, *Ein Vierteljahrhundert der Weltgeschichte 1894-1919*, Charlottenburg 1919
- Herwig, H.**, *The First World War. Germany and Austria-Hungary 1914-1918*, New York 1997

- Herzfeld, H.**, *Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg*, Leipzig 1928
- Hetz, L.**, *Die Abdankung*, Leipzig 1924
- Hirsch, P.**, *Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen*, Berlin 1929
- Hirschfeld, G., Krumeich, G., Langewiesche, D. (Hrsg.)**, *Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkrieges*, Essen 1997
- Hoehling, A. A.**, *The War at Sea. A History of Naval Action 1914-1918*, London 1978
- Hoetzsch, O.**, *Rußland*, Göttingen 1915
- Hogg, I.**, *The Guns*, New York 1971
- Hull, I.**, *The Enthronement of Kaiser Wilhelm II 1888-1918*, Cambridge 1982
- Ironside, E.**, *Tannenberg. The First Thirty Days in East Prussia*, Edinburgh 1925
- Ivanov, V.**, *Russkaja inteligencija ot Petra I do našich dnei*, Moskau 1997
- Izgojev, A.**, *Položenije ruskich krestjan v gody Pervoj Mirovoj Vojny*, Belgrad 1921
- Jakovlev N.**, *1. Avgusta 1914*, Moskau 1974
- Jellinek, W.**, *Revolution und Reichsverfassung*, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*, Bd. 9., Berlin 1920
- Jemets, V.**, *Očerki vnešnej politiki Rossiji: 1914-1917*, Moskau 1977
- Jermolov, A.**, *Naš zemelnyj vopros*, St. Petersburg 1906
- Jünger, E.**, *In Stahlgewittern*, Stuttgart 1961
- Jochim, Th.**, *Die Vorbereitung des deutschen Heeres für die große Schlacht in Frankreich im Frühjahr 1918*, 2 Bde., Berlin 1927-1930
- Johnson, C.**, *Revolutionstheorie*, Köln 1971
- Jurovskij, L.**, *Currency Problems of the Soviet Union*, London 1925
- Kaehler, A.**, *Zur Beurteilung Ludendorffs im Sommer 1918*, in: **Kaehler, A. (Hrsg.)**, *Studien zur deutschen Geschichte des 19. und des 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1961
- Kamenskij, M.**, *Krušenije XX-go korpusa*, Leningrad 1921
- Kantorowicz, H.**, *Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914*, Frankfurt a. M. 1967
- Kaulisch, B.**, *Strategie der Niederlage. Betrachtungen zur deutschen Frühjahresoffensive 1918*, in: *Zeitschrift für Militärgeschichte*, Bd. 7., 1968
- Keegan, J.**, *Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie*, Hamburg 2000
- Keegan, J.**, *The First World War*, London 1998
- Keep, J. L. H.**, *The Russian Revolution. A Study in Mass Mobilisation*, London 1976
- Kehr, E.**, *Zur Genesis des königlich preußischen Reserveoffiziers*, in: *Die Gesellschaft*, Bd. 2., 1928
- Kennan, G.**, *Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875 bis 1890*, Frankfurt a. M. – Berlin – Wien 1981
- Kersnovskij, A.**, *Istorija russkoj armii v četyrech tomach*, 4 Bde., Moskau 1992-1994
- Kielmansegg, P., Graf, von**, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, Stuttgart 1980
- Kitchen, M.**, *The German Officer Corps 1890-1914*, Oxford 1968
- Klembovskij, V.**, *Strategičeskij očerk vojny 1914-1915 goda*, Moskau 1920

- Knauß, R.**, *Die deutsche, englische und französische Kriegsfinanzierung*, Leipzig 1923
- Knoch, P.(Hrsg.)**, *Kriegsaltag. Die Rekonstruktion des Kriegsaltags als Aufgabe der historischen Forschung und der Friedenserziehung*, Stuttgart 1989
- Koch, H. W.**, *Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923*, Berlin 1978
- Kochakov, B.**, *Sostav Petrogradskogo garnisona v 1917 godu*, Leningrad 1956
- Kolb, E.**, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 bis 1919*, Düsseldorf 1962
- Konovalov, V.**, *Revoluzionnoje dviženije v russkoj armiji v gody pervoj russkoj revoliuziji*, Moskau 1955
- Korkunov, N.**, *Rossijskoje gosudarstvennoje pravo*, St. Petersburg 1896
- Korolkov, G.**, *Nepolučivšijesja Kanny*, Moskau 1926
- Koselleck, R.**, *Preußen zwischen Reform und Revolution*, Stuttgart 1967
- Kotelnikov, V., Meller, V.**, *Krestjanskoje dviženije v 1917 godu*, Moskau - Leningrad 1927
- Krafčinskij, F.**, *The russian Peasantry*, New York 1898
- Kretschmann, W.**, *Das deutsche Militär-Eisenbahnwesen im Weltkrieg 1914-1918*, 2 Bde., Berlin 1925
- Kritskij, N.**, *Kornilovskij udarnyj polk*, Paris 1936
- Krüger, W.**, *Der Entschluß zum uneingeschränkten U-Bootkrieg im Jahre 1917 und seine völkerrechtliche Rechtfertigung*, Berlin 1959
- Laband, P.**, *Das Staatsrecht des deutschen Reiches*, Freiburg i. B. - Leipzig 1895
- Lapp, K.**, *Die Finanzierung der Weltkriege 1914/18 und 1939/45 in Deutschland*, Nürnberg 1957
- Laue, Th. von.**, *Sergei Witte and the Industrialisation of Russia*, New York 1963
- Leontowitsch, V.**, *Geschichte des Liberalismus in Rußland*, Frankfurt a. M. 1974
- Leppa, K.**, *Moltke und Conrad. Die Heerführung des Generalobersten v. Moltke und des Generals der Infanterie Freiherr v. Conrad im Sommer 1914*, Stuttgart 1935
- Leroy - Beaulieu, A.**, *Das Reich des Zaren und die Russen*, Sondershausen 1887
- Lewitas, E. R. (Hrsg.)**, *V ognje revoliuzionnych bojov. Rajony Peterburga v dvuch revoliuzijach*, Moskau 1967
- Lidell Hart, B.**, *History of the First World War*, London 1970
- Liebing, H., Frh., von**, *Die Politik von Bethmann-Hollwegs*, München 1918
- Lieven, D. C. B.**, *Russia and the Origins of the First World War*, London 1984
- Lindemeyer, H.**, *Die ethische Begründung der Prohibition*, Erlangen 1927
- Litvinov, A.**, *Proryv devjatoj Armiji v ijune 1916 goda*, Leningrad 1923
- Lotz, W.**, *Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege*, Berlin 1927
- Löwenstein, S.**, *Die Reichs-Amnestie*, Berlin 1919
- Ludwig, E.**, *Kaiser Wilhelm II.*, Berlin 1926
- Lütge, F.**, *Die deutsche Kriegsfinanzierung*, in: **Stucken, R. (Hrsg.)**, *Beiträge zur Finanzwissenschaft und zu Geldtheorie*, Göttingen 1953
- Lütge, K.**, *Die Politik des Reichskanzlers Max von Baden*, Phil. Diss., Kiel 1953
- Malaparte, C.**, *Der Staatsstreich*, Leipzig - Wien 1932

- Mandelstam, M., Posner, S.,** *Leonid Borisovič Krasin. Gody podpolja*, Moskau-Leningrad 1928
- Manikovskij, A.,** *Bojevoje snabženije ruskoj armiji v mirovju vojnu*, Moskau 1930
- Manikovskij, A.,** *Obespečenije ruskoj armiji bojevymi pripasami v vojnu 1914-1917 g.g.*, 3. Bde., Moskau 1920-1923
- Mann, G.,** *Prinz Max von Baden und das Ende der Monarchie in Deutschland*, in: **Mann, G., Burckhardt, A. (Hrsg.),** *Max von Baden. Erinnerungen und Dokumente*, Stuttgart 1968
- Marder, A. J.,** *From the Dreadnought to Scapa Flow. The Royal Navy in the Fisher Era*, 5 Bde., London 1969
- Marinearchiv (Hrsg.),** *Der Krieg zur See 1914-1918*, 7 Reihen, Berlin – Frankfurt a. M. 1920-1966
- Martens, G. Fr.,** *Nouveau recueil général de traités. 3 me série*, Bd. 18 Bde., Leipzig 1920
- Martov, J.,** *Geschichte der russischen Sozialdemokratie*, Berlin 1926
- Martynov, E.,** *Kornilov*, Leningrad 1925
- Martynov, E.,** *Zarskaja armija v fevralskom perevorote*, Moskau 1927
- Maslov, S.,** *Agrarnaja revoliuzija v Rossiji*, Prag 1928
- May, E.,** *Knowing One's Enemies. Intelligence Assessment before the the two World Wars*, Princeton 1984
- Medvedjev, R.,** *Oktober 1917*, Hamburg 1979
- Meier-Welcker , H.,** *Die militärische Lage der Mittelmächte Anfang Juni 1918*, in: *Österreichische militärische Zeitschrift*, Nr. 6., 1968
- Meinecke, F.,** *Die Revolution. Ursachen und Tatsachen*, in: **Anschütz, G., Thoma, R.(Hrsg.),** *Handbuch des deutschen Staatsrechts*, 2 Bde., Tübingen 1930
- Meinecke, F.,** *Geschichte des deutsch - englischen Bündnisproblems 1890-1901*, Darmstadt 1972
- Meisner, H. O.,** *Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Graf von Waldersee*, 3 Bde., Stuttgart - Berlin 1923
- Melgunov, S.,** *Kak bolševiki zachvatili vlast: Oktjabskij perevorot 1917 goda*, London 1984
- Melgunov, S.,** *Martovskije dni 1917 goda*, Paris 1961
- Melgunov, S.,** *Na putjach k dvorzovomu perevorotu*, Paris 1931
- Melgunov, S.,** *Zolotoj nemezki ključ bolševikov*, New York 1989
- Menning, B.,** *Bayonets bevor Bullets. The Imperial Russian Army 1861-1914*, Blomington 1992
- Messerschmidt, M.,** *Die Armee im Staat und Gesellschaft*, in: **Stürmer, M. (Hrsg.),** *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918*, Kronberg 1977
- Messerschmidt, M.,** *Die preußische Armee*, München 1976
- Metthias, E.,** *Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkriege*, in: **Fetscher, I.(Hrsg.),** *Marxismus-Studien*, 2. Folge, Tübingen 1957
- Meyer, G. P.,** *Revolutionstheorien heute. Ein kritischer Überblick in historischer Absicht*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Sonderheft 2: 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung, Göttingen 1976
- Meyer, G.,** *Der Durchbruch am Narev (Juli - August 1915)*, Oldenburg 1919

- Michalka, W.(Hrsg.),** *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1994
- Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.),** *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte: 1648-1939*, 6 Bde., München 1964-1981
- Miljukov, P.,** *Geschichte der zweiten russischen Revolution*, 2 Bde., Wien 1930
- Miller, A.,** *Dmitrii Miliutin and the Reform Era in Russia*, Charlotte, N. C. 1968
- Mitrany, D.,** *Marx against the Peasant. A Study in social Dogmatism*, Chapel Hill 1951
- Mommsen, W.,** *Weber und die deutsche Politik: 1890-1920*, Tübingen 1974
- Montgomery, V.,** *Weltgeschichte der Schlachten und Kriegszüge*, 2. Bde., München 1975
- Morgan, J.,** *Kings Counsel*, London 1945
- Morse, R.,** *Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867-1890*, **in:** *Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung*, Bd. 3., Münster 1957
- Müller, A.,** *Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung 1914-1918 im Dienste des deutschen Monopolkapitals*, Berlin 1955
- Neu, H.,** *Die revolutionäre Bewegung in der deutschen Flotte 1914-1918*, Stuttgart 1930
- Niemann, A.,** *Hindenburg im deutschen Schicksal*, Stuttgart 1933
- Niemann, A.,** *Kaiser und Heer. Das Wesen der Kommandogewalt und ihre Ausübung durch Kaiser Wilhelm II.*, Berlin 1929
- Nowak, K. F.,** *Der Sturz der Mittelmächte*, München 1921
- Nowak, K.F.,** *Chaos*, München 1923
- Obkircher, W.,** *General Erich von Gündell*, Hamburg 1930
- Oldenburg, S.,** *Zarstvovanije Imperatora Nikolaja II*, Moskau 1992
- Otto, H.,** *Strategisch-operative Planungen des deutschen Heeres für die Frühjahrsoffensive 1918 an der Westfront*, **in:** *Zeitschrift für Militärgeschichte*, Bd. 17., 1978
- Paulsen, F.,** *Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung*, Berlin 1909
- Pearson, R.,** *The russian Moderates and the Crisis of Tsarism 1914-1917*, New York 1977
- Pedroncini, G.,** *Les mutineries de 1917*, Paris 1967
- Petzold, J.,** *Ludendorff oder Kühlmann. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsregierung zur Zeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk*, **in:** *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1964, Heft 5
- Pipes, R.,** *Die russische Revolution*, 3 Bde., Berlin 1993
- Pipes, R.,** *Revolutionary Russia*, New York 1969
- Pipes, R.,** *Russia under the Bolshevik Regime 1919-1924*, London 1994
- Pipes, R.,** *The Fomation of the Soviet Union. Communism and Nationalism 1917-1923*, Cambridge 1964
- Pisarev, J.,** *Novyje podchody k izucheniju istoriji pervoj mirovoj vojny*, **in:** *Novaja i novejšaja istorija*, Nr. 3., 1993
- Pogrebinskij, A.,** *Gosudarstvennyje finansy zarskoj Rossiji v epochu Imperializma*, Moskau 1968
- Pöhlmann, M.,** *Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914-1956*, Paderborn 2002
- Poljakov, J.,** *Sowjetskaja strana posle okončanja graždanskoj vojny*, Moskau 1996

- Portugalskij, R., Aleksejev, P., Runov, W.,** *Pervaja mirovaja v žizniopisanijach russkich vojennačalnikov*, Moskau 1994
- Preyer, W.,** *Die russische Agrarreform*, Jena 1914
- Priebatsch, F.,** *Geschichte des preußischen Offizierkorps*, Breslau 1919
- Quenstedt, O.,** *Wort und Brauch im deutschen Heer*, Hamburg 1976
- Rabinowitsch, A.,** *Prelude to Revolution*, Bloomington 1968
- Radzinskij, E.,** *Nikolaj II: Žizn i smert*, Moskau 1996
- Radzinskij, E.,** *Stalin*, Moskau 1997
- Rakenius, G. W.,** *Wilhelm Groener als Erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung*, Boppard a. Rh. 1977
- Rall, H.,** *Wilhelm II. Eine Biographie*, Graz - Wien - Köln 1995
- Rašin, A.,** *Naselenije Rossiji za sto let*, Moskau 1956
- Rasmuss, H.,** *Die Januarkämpfe 1919 in Berlin*, Berlin 1956
- Rauchensteiner, M.,** *Der Tod des Doppeladlers. Österreich - Ungarn und der Erste Weltkrieg*, Wien 1993
- Réau, R. G.,** *Les crimes des conseils de guerre*, Paris 1925
- Rehder, J.,** *Die Verluste der Kriegsflootten 1914-1918*, München 1969
- Reichsarchiv (Hrsg.),** *Der Weltkrieg 1914-1918. Die militärischen Operationen zu Lande*, 14 Bde., Berlin 1914-1944
- Rhodes, Th.,** *The Real von Kühlmann*, London 1925
- Riebicke, O.,** *Was brauchte der Weltkrieg? Tatsachen und Zahlen aus dem deutschen Ringen 1914/1918*, Berlin 1936
- Ritter, G.,** *Der Schlieffen - Plan. Kritik eines Mythos*, Berlin 1956
- Ritter, G.,** *Die Zusammenarbeit der Generalstäbe Deutschlands und Österreich-Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Festgabe für Hans Herzfeld*, Berlin 1958
- Ritter, G.,** *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des Militarismus in Deutschland*, 4 Bde., München 1968
- Ritthaler, A.,** *Die Rolle des Staatssekretärs v. Hintze*, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte*, Berlin 1955, Bd. 1.
- Roesler, K.,** *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg*, Berlin-München 1967
- Rogge, H.,** *Holstein und Harden: Politisch - publizistisches Zusammenspiel zweier Außenseiter des Wilhelminischen Reiches*, München 1959
- Röhl, J.,** *Germany without Bismarck. The Crisis of Government in the Second Reich 1890-1900*, Berkeley 1967
- Rohrbach, P.,** *Rußland und wir*, Stuttgart 1915
- Rohwer, J. (Hrsg.),** *Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg. Literaturbericht und Bibliographie von 30 Mitgliedsstaaten der „Commission Internationale d'Histoire Militaire Comparée“*, Koblenz 1985
- Rosenberg, A.,** *Die Entstehung der deutschen Republik*, Frankfurt 1961
- Rosenberg, A.,** *Geschichte der deutschen Republik*, Karlsbad 1935

- Rosenberg, W.**, *Liberals in the Russian Revolution*, Princeton 1974
- Rostunov, I.**, *Russkij front pervoj mirovoj*, Moskau 1976
- Russische Kriegsgeschichtliche Kommission (Hrsg.)**, *Strategičeskij očerk vojny 1914-1918 g.g.*, 7 Bde., Moskau 1923
- Rutherford, W.**, *The Tsar's War 1914-1917. The Story of the Imperial Russian Army in the First World War*, Cambridge 1992
- Sacharov, A.**, *Aleksander I*, in: *Rossijskije samoderžy 1801-1917*, Moskau 1994
- Sauer, W.**, *Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht*, Phil. Diss., Berlin 1956
- Ščeglovitov, P. (Hrsg.)**, *Padenije zarskogo režima*, 7 Bde., Leningrad 1924-1927
- Ščegolev, P.**, *Ochranniki i avantjuristy*, Moskau 1930
- Scharfenort, L.**, *Die Königlich preußische Kriegsakademie, 1810-15. Oktober 1910*, Berlin 1910
- Scharlau, W., Zeman, Z.**, *Freibeuter der Revolution. Parvus - Helphand. Eine politische Biographie*, Köln 1964
- Schiffer, E.**, *Ein Leben für den Liberalismus*, Berlin 1951
- Schlieffen, A., von**, *Cannae*, Berlin 1925
- Schlözer, L., von**, *Generalfeldmarschall Freiherr von Loe*, Berlin 1914
- Schmidt-Reichberg, W.**, *Die Generalstäbe in Deutschland 1871-1945. Aufgaben in der Armee und Stellung im Staate*, Stuttgart 1962
- Schmitt, C.**, *Diktatur und Belagerungszustand*, in: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft*, Bd. 38, Berlin 1916/17
- Schub, D.**, *Lenin*, Wiesbaden 1952
- Schulte, B. F.**, *Die deutsche Armee 1900-1914. Zwischen Beharren und Verändern*, Düsseldorf 1977
- Schulte, B.**, *Europäische Krise und Erster Weltkrieg. Beiträge zur Militärpolitik des Kaiserreichs, 1871-1914*, Frankfurt a. M. 1983
- Schüssler, W.**, *Die Daily - Telegraph - Affäre. Fürst Bülow, Kaiser Wilhelm und die Krise des Zweiten Reiches*, Göttingen 1952
- Schwabe, K.**, *Deutsche Revolution und Wilsonfrieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/1919*, Düsseldorf 1971
- Schwarz Müller, T.**, *Zwischen Kaiser und "Führer". General August von Mackensen. Eine politische Biographie*, Paderborn u.a. 1995
- Schwerin, L., Graf, v.**, *Zweck, Bedeutung und Anwendung der ehrgerichtlichen Einrichtungen für die Offiziere des preußischen Heeres*, Hannover 1886
- Schwertfeger, B.**, *Die großen Erzieher des deutschen Heeres. Aus der Geschichte der Kriegsakademie*, Potsdam 1936
- Seeßelberg, F.**, *Der Stellungskrieg 1914-1918*, Berlin 1926
- Semennikov, V.**, *Politika Romanovyh nakanune revoliuziji*, Moskau 1926
- Senčakova, L.**, *Revoluzionnoje dviženije v armii i na flote v 1905-1917 g.g.*, Moskau 1994
- Sérrigny, General**, *Réflexions sur l'art de la guerre*, Paris 1921

- Sidorov, A.**, *Ekonomičeskoje položenije Rossiji v gody Pervoj Mirovoj Vojny*, Moskau 1973
- Sidorov, A.**, *Finansovoje položenije Rossiji v gody Pervoj Mirovoj Vojny 1914-1918 g.g.*, Moskau 1960
- Skalweit, A.**, *Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft*, Stuttgart 1927
- Skobelev, G.**, *Oktjabrskoje vosstanije Bolševikov*, Paris 1931
- Smilg-Bernario, M.**, *Von Kerenski zu Lenin. Die Geschichte der zweiten russischen Revolution*, Wien 1929
- Smith, F. A.**, *Manual of Veterinary Hygiene*, New York 1906
- Solomon, I.**, *Lenin i jego semja*, Paris 1931
- Solženyzin, A.**, *Das rote Rad. August vierzehn*, München - Zürich 1987
- Solženyzin, A.**, *Das rote Rad. November sechzehn*, München - Zürich 1986
- Sombart, N.**, *Wilhelm II. Sündenbock und Herr der Mitte*, Berlin 1996
- Spannocchi, L.**, *Das Ende des kaiserlich russischen Heeres*, Wien - Leipzig 1932
- Spindler, A.**, *Wie es zu dem Entschluß zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg 1917 gekommen ist*, Göttingen 1961
- Spiridovič, A.**, *Velikaja revoluzija, 1914-1917g.g.*, 4 Bde., New York 1962
- Stegemann, H.**, *Geschichte des Krieges*, 4 Bde., Berlin 1917
- Stein, H.**, *Der Offizier des russischen Heeres im Zeitabschnitt zwischen Reform und Revolution 1861-1905*, in: *Forschungen zur europäischen Geschichte*, 13 (1967)
- Stevenson D.**, *Armaments and the coming War. Europe 1904-1914*, Oxford 1996
- Stone, N.**, *The eastern Front, 1914-1917*, New York 1975
- Strachan, H.**, *The First World War*, Oxford 2001
- Struwe, P.**, *Ekonomičeskije problemy*, in: *Velikaja Rossija. Sbornik Stajej*, 2 Bde., Moskau 1911
- Sulzbach, H.**, *With the German Guns. Four Years on the Western Front 1914-1918*, London 1973
- Svečin, A.**, *Evoluzija vojnennogo iskustva*, Moskau 1927
- Svečin, A.**, *Postiženije vojnennogo iskustva. Idejnoje nasledije A. Svečina*, Moskau 1999
- Svečin, A.**, *Strategi*, Mineapolis 1992
- Tarle, J.**, *Evropa v epochu imperialisma 1871-1919*, in: **Tarle, J. (Hrsg.)**, *Sočinenija*, 12 Bde., Bd. 8., Moskau 1958
- Thaden, E.**, *Russia Since 1801. The Making of a New Society*, London - New York 1971
- Théry, E.**, *La Transformation économique de la Russie*, Paris 1914
- Thimme, F. (Hrsg.)**, *Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten*, München 1931
- Thimme, H.**, *Weltkrieg ohne Waffen. Die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung und ihre Abwehr*, Stuttgart 1932
- Thompson, J. M.**, *Lenin's Analysis of Intervention*, in: *The American Slavic and East European Revue*, Bd. XVII., No. 2., 1958
- Tiedemann, H.**, *Sowjetrußland und die Revolutionierung Deutschlands 1917-1919*, Berlin 1936
- Tokarev, J.**, *Petersburgskij sowjet rabočich i soldatskich deputatov v marte-aprele 1917 g.*, Leningrad 1976

Tolstoj, L., *Zapishnaja knizhka*, in: *Polnoje sobranije sočinenij*, Moskau 1952

Treitschke, H., von, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*, Leipzig 1928

Trotzkij, L., *Literatur und Revolution*, Berlin 1967

Tuchman, B., *August 1914. Ausbruch des Weltkrieges, der eigentliche Beginn unseres Jahrhunderts*, Bern-München 1979

Ulam, A., *Die Bolschewiki. Vorgeschichte und Verlauf der kommunistischen Revolution in Rußland*, Köln - Berlin 1967

Valentinov, N., *Malo znakomyj Lenin*, Paris 1972

Vasiljev, A., *Police Russe et Révolution*, Paris 1936

Vasjukov, V., *Vnešnjaja politika Vremennogo Pravitelstva*, Moskau 1966

Velsen, S., von, *Deutsche Generalstabsoffiziere im Ersten Weltkrieg 1914-1918*, in: **WaG** 1956

Verner, A., *Nicolas II and the Role of the Autocrat during the First russian Revolution, 1904-1907*, Columbia University 1986

Vietsch, E., von, *Bethmann Hollweg. Staatsmann zwischen Macht und Ethos*, Boppard am Rhein 1969

Volkman, E., O. (Hrsg.), *Deutschlands Schicksalsjahre: 1870-1918*, 7 Bde., Berlin 1923-1930

Volkman, E., O., *Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege*, Berlin 1925

Volkman, E., O., *Revolution über Deutschland*, Oldenburg 1930

Volkogonov, D., *Autopsy of an Empire. The seven Leaders who built the Soviet Regime*, New York 1998

Volkogonov, D., *Lenin. Utopie und Terror*, Wien - Düsseldorf - New York - Moskau 1994

Volkogonov, D., *Trotzki. Das Janusgesicht der Revolution*, Düsseldorf - Wien - New York - Moskau 1992

Volkov, S., *Russkij ofizerskij korpus*, Moskau 1993

Volz, H.(Hrsg.), *Novemberumsturz und Versailles 1918-1919*, 2 Bde., Berlin 1942

Waite, R., *Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Post War Germany 1918-1923*, Cambridge Mass. 1952

Waldman, E., *Spartakus. Der Aufstand von 1919 und die Krise der deutschen sozialistischen Bewegung*, Boppard am Rhein 1967

Washburn, S., *Victory in Defeat*, London 1916

Watt, M., *Dare call it Treason*, New York 1963

Weissman, N., *Reform in Zarist Russia*, New Brunswick 1981

Weller, B., *Maximilian Harden und die "Zukunft"*, Bremen 1970

Westarp, K., Graf, von, *Das Ende der Monarchie am 9. November 1918. Abschließender Bericht nach den Aussagen der Beteiligten*, Berlin 1952

Westarp, K., Graf, von, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, Berlin 1935

Wheeler-Bennett, J., *Brest-Litovsk: The forgotten Peace*, London-New York 1956

Wheeler-Bennett, J., *Der hölzerne Titan. Paul von Hindenburg*, Tübingen 1969

Wheeler-Bennett, J., *Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945*, 2 Bde., Königstein 1981

- Whittle, T.**, *The last Kaiser. German Emperor and King of Prussia*, London 1977
- Wiedner, H.**, *Soldatenmißhandlungen im Wilhelminischen Kaiserreich (1890-1914)*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 22., Bonn 1982
- Wilcox, E.**, *Russia's Ruin*, New York 1919
- Wildman, A.**, *The End of the Russian Imperial Army: The Old Army and the Soldier's Revolt, March-April 1917*, New York 1980
- Wilfong, W.**, *Rebuilding the Russian Army, 1905-1914. The Question of a comprehensive Plan for national Defense*, Bloomington 1977
- Willetts, H.**, *Die russische Agrarfrage nach der Bauernreform*, in: **Geyer, D. (Hrsg.)**, *Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland*, Köln 1975
- Williamson, S.**, *Austria - Hungary and the Origins of the First World War*, London 1991
- Wrobel, K.**, *Die Volksmarinedivision*, Berlin 1957
- Xylander, R., von**, *Deutsche Führung in Lothringen 1914. Wahrheit und Kriegsgeschichte*, Berlin 1935
- Zajončkovskij A.**, *Strategičeskij otčerk vojenno - istoričeskoj komisiji*, Moskau 1923
- Zajončkovskij, A.**, *Soslovnyj sostav ofizerskogo korpusa v Rossiji na rubeže XIX i XX vekov*, Moskau 1973
- Zajončkovskij, P.**, *Vojennyje reformy 1860-1870 g.g.*, Moskau 1962
- Zapenko, M.**, *Vserossijskoje soveščanije Sowjetov Rabočich i Soldatskich Deputatov: Stenografičeskij otčet*, Moskau - Leningrad 1927
- Zeisler, K.**, *Die revolutionäre Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918*, in: **Schreier, A. (Hrsg.)**, *Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*, Berlin 1957
- Zepelin, G., von, Drygalski, R., von**, *Die Heere und Flotten der Gegenwart*, 3 Bde., Berlin 1898
- Zichovič, J.**, *Strategičeskij otčerk vojny 1914 - 1918 g.g.*, Moskau 1922
- Zmarzlik, H.-G.**, *Bethmann-Hollweg als Reichskanzler 1908-1914. Studien zu Möglichkeiten und Grenzen seiner innenpolitischen Machtstellung*, Düsseldorf 1957
-